

Die jüdische Bevölkerung der Landkreise Lübbecke und Halle i.W.

(1815-1945)

Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie
an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld

von

Volker Beckmann

aus

Herford

(überarbeitet 2015)

Vorwort

Die vorliegende Arbeit basiert auf drei lokalgeschichtlichen Darstellungen und einer Dokumentation, die der Verfasser in den Jahren 1993, 1994 und 1998 im Auftrag der Städte Lübbecke, Versmold und Werther der interessierten Öffentlichkeit vorstellte. Sie wurde im Wintersemester 2000/2001 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld als Dissertation angenommen. Die ursprüngliche Fassung wurde sprachlich und unter Berücksichtigung neuerer Forschungsliteratur überarbeitet.

Dank schulde ich Professor Klaus Tenfelde (Bochum), Professor Joseph Walk und Dr. Jacob Borut (Jerusalem), Dr. Monika Minninger (Bielefeld), Dr. Joachim Meynert (Minden), Frau Tamar Avraham vom Pinkas Hakehillot-Projekt (Yad Vashem, Jerusalem), den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Archivaren der Stadt-, Kreis- und Staatsarchive, des Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem), des Central Zionist Archives (Jerusalem), des Archivs 1 der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ (Berlin) und des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte (Münster) sowie den Bibliothekaren der Germania Judaica „Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V.“ für ihre fachliche Betreuung und guten Hinweise. Professor Ute Frevert sei für die Übernahme des Ko-Referates gedankt.

Hilfe, Kritik und Anregungen erhielt ich auch von den Mitgliedern der AG „Juden in Lübbecke“, den Kollegen des Vereins „Kulturen in der Region e.V.“ in Herford und den Mitgliedern des „Kuratorium für eine Dokumentations- und Erinnerungsstätte in Herford zum Erinnern, Forschen und Gedenken“. Dafür sei auch Ihnen herzlich gedankt.

Mein persönlicher Dank geht insbesondere an Dr. Lore Shelley, Kurt Halle, Walter Hoffman, Fred Jellin, Professor Robert Allan Weinberg, Helga Becker-Leeser, Dipl. Ing. Ulrich Maaß, Paul Lütgemeyer, Stefanie Hillebrand, Dr. Heinz-Ulrich Kammeier, Professor Diethard Aschoff, Dr. Bert Wiegel und Brigitte Decker die mir wertvolles Quellenmaterial und gute Mitteilungen zukommen ließen.

Für geduldiges Korrekturlesen, nützliche Kritik und Hinweise geht mein Dank an Dipl. Ing. Heinz-Herbert Take.

Druckkostenzuschüsse gewährten mir freundlicherweise der Kreis Minden-Lübbecke, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. (Minden/Westf.) und der Verein „Kulturen in der Region e.V.“ (Herford).

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zahl der im Kreis Rahden lebenden jüdischen Familien im Jahre 1817.....	18
Tabelle 2: Zu- und Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Rahden/Lübbecke (1817-1882)	19
Tabelle 3: Wachstum der jüdischen Familien in Großendorf und Kleinendorf (1820-1855)	20
Tabelle 4: Natürliche Vermehrung in den jüdischen Familien der Stadt Lübbecke (1789-1849)	22
Tabelle 5: Gestiegenes Heiratsalter und geringerer Geburtenüberschuss in der jüdischen Gemeinde Lübbecke (1830-1867)	22
Tabelle 6: Langsames Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Levern (1818-1880)	23
Tabelle 7: Gebürtigkeit und Sterblichkeit unter den Juden im Vergleich zu der allgemeinen Bevölkerung der Stadt Lübbecke (1830-1863)	23
Tabelle 8: Geringes Wachstum der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf (1789-1858) ...	24
Tabelle 9: Zu- und Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreise Halle i.W. (1817-1880)	26
Tabelle 10: Die jüdische Bevölkerung in der Stadt und im Amt Halle i.W. (1831-1847)	27
Tabelle 11: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1849	27
Tabelle 12: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1852	28
Tabelle 13: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1855	28
Tabelle 14: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1858	28
Tabelle 15: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1861	28
Tabelle 16: Langsames Anwachsen der jüdischen Gemeinde in Halle i.W. (1831-1871)	29
Tabelle 17: Die jüdische Bevölkerungsentwicklung in der Kleinstadt Werther (1831-1885)	29
Tabelle 18: Langsamer Rückgang der jüdischen Bevölkerung von Borgholzhausen(1831-1885)	30
Tabelle 19: Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Amt Vermold (1818-1900)	31
Tabelle 20: Geschlecht, Alter, Herkunft und Funktion jüdischen Dienstpersonals im Kreis Rahden (11.2.1824)	36
Tabelle 21: Geschlecht, Alter, Herkunft und Funktion jüdischen Dienstpersonals im Kreis Halle i.W. (11.2.1824)	37
Tabelle 22: Legale und illegale Auswanderung von Juden aus Lübbecke im 19. Jahrhundert ...	48
Tabelle 23: Weitere jüdische Auswanderer aus dem Kreis Lübbecke im 19. Jahrhundert	49f
Tabelle 24: Jüdische Auswanderer aus dem Kreis Halle i.W. im 19. Jahrhundert	55f
Tabelle 25: Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Lübbecke (1871-1905)	57
Tabelle 26: Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Halle i.W. (1871-1905)	58
Tabelle 27: Grundsteuerzahlungen jüdischer Bürger von Lübbecke für das Jahr 1832	68
Tabelle 28: Grundvermögen und Gewerbeeinkommen der jüdischen Haushaltsvorstände von Lübbecke für 1835	68
Tabelle 29: Vermögensverhältnisse der jüdischen Haushaltsvorstände von Lübbecke im Mai 1842	69
Tabelle 30: Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübbecke für 1876 in Talern und Pfennigen	71f
Tabelle 31: Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübbecke für 1878 in Mark und Pfennigen	73
Tabelle 32: Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübbecke für 1882 in Mark und Pfennigen	74
Tabelle 33: Grundsteuerzahlungen jüdischer Bürger der Stadt Preußisch Oldendorf für 1833 ...	76
Tabelle 34: Verteilung des Lehrergehaltes auf die Haushaltsvorstände der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf (1. Quartal 1848)	77
Tabelle 35: Berufliche Tätigkeiten der Juden in Levern im 19. und 20. Jahrhundert	81
Tabelle 36: Jüdischer Hausbesitz in Levern im 19./20. Jahrhundert	81
Tabelle 37: Jüdische Handwerker in Levern seit 1813	83
Tabelle 38: Zahl der Kundeneinträge und Anschreibsummen im Anschreibbuch der Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer in Wehdem (September 1896-August 1899)	85
Tabelle 39: Jüdische Händler in Großendorf ohne kaufmännische Rechte im Jahre 1841	87

Tabellenverzeichnis (Forts.)

Tabelle 40: Jüdische Fleischer in Großendorf und Kleinendorf im Jahre 1841	87
Tabelle 41: Einkommens- und Vermögensaufstellung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde Rahden um 1851 (in rthl/Sgr/d)	88f
Tabelle 42: Berufe und Wohnorte der Mitglieder des Synagogenbezirks Halle i.W. im Jahre 1853	94
Tabelle 43: Monatliche Klassensteuerzahlungen der erwerbstätigen Mitglieder der Synagogengemeinde Halle i.W. im Jahre 1861	96f
Tabelle 44: Steuerleistungen jüdischer Bürger von Halle i.W. in Mark (1882-1899)	99
Tabelle 45: Verteilungsliste des Betrags vom Bezirk Werther zum Rabbinergehalt für 1824 von der Judenschaft des Kreises Halle i.W.	101
Tabelle 46: Berufsstruktur und monatlicher Klassensteuerbeitrag der wahlberechtigten Mitglieder der Synagogengemeinde Werther im Jahre 1870	107
Tabelle 47: Gehaltsanteil für den Oberrabbiner Moses L. Friedheim für 1818 verteilt auf die jüdische Gemeinde von Borgholzhausen (in Thalern und guten Groschen)	110
Tabelle 48: Berufe und jährliche Gewerbesteuerzahlungen der Juden in Borgholzhausen im Jahre 1869	116
Tabelle 49: Berufe der männlichen Juden im Amt Vermold (1823-1847)	119
Tabelle 50: Handelstätigkeit der jüdischen Bürger von Vermold (1882/1883)	117
Tabelle 51: Zahl und Alter der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Lumpen- sortieranstalt Philipp Stern in Halle i.W. (1901-1925)	135
Tabelle 52: Berufsstruktur der jüdischen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. nach der Berufszählung vom 5.6.1882 absolut und in [%]	141
Tabelle 53: Die Synagogenordnung der jüdischen Gemeinde Rahden vom 7.5.1835	165
Tabelle 54: Jüdische Lehrer in Rahden (1824-1925)	188f
Tabelle 55: Mitgliederstände und Kassenführung des Israelitischen Frauenvereins zu Lübbecke (1851-1880)	203
Tabelle 56: Wahlbeteiligung der zu Stadtverordneten wählbaren jüdischen Bürger von Lübbecke in % der wählbaren Juden und in % aller wählbaren Bürger	217
Tabelle 57: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 16.6.1903 und 25.6.1903 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen	259
Tabelle 58: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 25.1.1907 und 4.2.1907 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen	259
Tabelle 59: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 12.1.1912 und 20.1.1912 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen	260
Tabelle 60: Reichstagswahlergebnisse vom 16.6.1903 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen	262
Tabelle 61: Ergebnisse der Reichstagsstichwahl vom 25.6.1903 in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke und in vier ausgewählten Ämtern des Wahlkreises Minden-Lübbecke absolut und in % der abgegebenen Stimmen	262
Tabelle 62: Reichstagswahlergebnisse vom 25.1.1907 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen	263
Tabelle 63: Reichstagswahlergebnisse vom 12.1.1912 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen	263
Tabelle 64: Ergebnisse der Reichstagsstichwahl vom 20.1.1912 in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke und in ausgewählten Ämtern des Wahlkreises Minden- Lübbecke absolut und in % der abgegebenen Stimmen	264
Tabelle 65: Größe der jüdischen Gemeinden im Kreis Lübbecke (1909)	277
Tabelle 66: Größe der jüdischen Gemeinden im Kreis Halle i.W. (1909)	277

Tabellenverzeichnis (Forts.)

Tabelle 67: Jüdische Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Gefallene aus dem Kreis Lübbecke	317f
Tabelle 68: Jüdische Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Gefallene aus dem Kreis Halle i.W.	318f
Tabelle 69: Anteil der Stimmen des sozialistischen Lagers im Stimmbezirk Versmold in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen	335
Tabelle 70: Anteil der Stimmen des sozialistischen Lagers im Stimmbezirk Halle i.W. in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % der abgegebenen Stimmen	337
Tabelle 71: Anteil des sozialistischen Lagers in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen	340
Tabelle 72: Anteil des Zentrums in den Stimmbezirken der Städte Versmold und Lübbecke in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen	344
Tabelle 73: Anteil des nationalen Lagers in ausgewählten Stimmbezirken der Kreise Lübbecke und Halle i.W. in % aller abgegebenen Stimmen in der Reichstagswahl am 4.5.1924	349
Tabelle 74: Anteil des nationalen Lagers im Stimmbezirk Kleinendorf/Kreis Lübbecke in den Reichstagswahlen 1928-1933 in % aller abgegebenen Stimmen	351
Tabelle 75: Anteil des nationalen Lagers im Stimmbezirk Bockhorst/Kreis Halle i.W. in den Reichstagswahlen 1928-1933 in % aller abgegebenen Stimmen	351
Tabelle 76: Anteil der NSDAP-Stimmen in % aller abgegebenen gültigen Stimmen in einigen ausgewählten Stadt- und Landgemeinden des Kreises Lübbecke in den Reichstagswahlen 1928-1933	354
Tabelle 77: Anteil der NSDAP-Stimmen in % aller abgegebenen gültigen Stimmen in ausgewählten Stadt- und Landgemeinden des Kreises Halle i.W. in den Reichstagswahlen 1928-1933	364
Tabelle 78: Reichstagswahlergebnisse im Kreis Lübbecke 1928-1933 in % der gültigen abgegebenen Stimmen	365
Tabelle 79: Reichstagswahlergebnisse im Kreis Halle i.W. 1928-1933 in % der gültigen abgegebenen Stimmen	365
Tabelle 80: Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl am 13.3. und 10.4.1932 in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W.	384
Tabelle 81: Zahl und Zielländer jüdischer Auswanderer aus den Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke (1933-1938)	448
Tabelle 82: Zahl und Zielländer jüdischer Auswanderer aus den Landkreisen Lübbecke und Halle i.W. (1939-1941)	498
Tabelle 83: Mindestzahl der deportierten Juden, „Mischlinge“ und Überlebenden der Shoa aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. (1941-1945)	521
Tabelle 84: Orte der Shoa für die verschleppten Juden und „Mischlinge“ aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. (1941-1945)	528
Tabelle 85: Sachor! Gedenke der Opfer der Shoa aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. ...	529f

„☉.✳️ So ist die Erinnerung an die sinaitische Gesetzgebung Ermahnung und Ermutigung zugleich: Ermahnung, indem sie uns eindringlich auf die Bestimmung Israels, Diener Gottes zu sein, hinweist und uns auffordert, dementsprechend unser Leben zu gestalten, Ermutigung, indem der Gedanke an die Größe unserer Vergangenheit und den Ewigkeitswert unserer Lehre uns Kraft und Ausdauer verleiht, auch schwere Zeiten in Demut zu ertragen und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Aber nur derjenige wird aus dieser Erinnerung Mut schöpfen können, der auch ihre Mahnung beherzigt. ☉.✳️

(Predigt von Alfred Weinberg zu Schawuoth, ca. 1935)

„☉.✳️ Ich wäre den Weg der Juden nicht gegangen, ich hätte mich erschossen, das gebe ich ganz offen zu. Ich habe mit Alfred Weinberg und seiner Frau ernste Gespräche geführt. Durch eine Baseler Zeitung bin ich früh gewahr geworden, daß man die Juden einfach totgeschlagen hat, von Vergasung stand da noch nichts drin. So leicht war die ☉o genannte ✳️ Judenevakuierung nicht. Und dann hatte ich immer eine furchtbare Angst von ☉ic ✳️ der Gestapo, daß ich selbst weggeholt würde. Ich habe viele schlaflose Nächte gehabt. ☉.✳️ (Amtdirektor Ellerbrake, 1984)

„To be, or not to be: that is the question:
Whether 'tis nobler in the mind to suffer
The slings and arrows of outrageous fortune,
Or to take arms against a sea of troubles,
And by opposing end them?“
(William Shakespeare: Hamlet II, I, 55-60)

„☉.✳️ Doth God exact day-labour, light deny'd;
I fondly ask; ☉.✳️
(John Milton: On His Blindness, 7-8)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Tabellenverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung	10
1.1 Probleme.....	10
1.2 Methoden.....	13
1.3 Forschungsstand.....	14
1.4 Quellen.....	15

Kapitel 2

Die jüdische Bevölkerungsentwicklung in den Landkreisen Lübbecke und Halle i.W. im 19. Jahrhundert	17
2.1 Die Bevölkerungsentwicklung der jüdischen Gemeinden im Kreis Rahden/Lübbecke im 19. Jahrhundert im Vergleich zur allgemeinen: absolute und relative Maximalwerte....	17
2.2 Die Bevölkerungsentwicklung der jüdischen Gemeinden im Kreis Halle i.W. im 19. Jahrhundert im Vergleich zur allgemeinen: absolute und relative Maximalwerte	25
2.3 Zuwanderungen im 19. Jahrhundert.....	31
2.4 Auswanderungen nach Amerika im 19. Jahrhundert	39
2.5 Abwanderungen in die größeren Städte (1870-1900)	56
2.6 Zusammenfassung	60

Kapitel 3

Die Entwicklung der jüdischen Berufsstruktur und der sozialen Schichtung im 19. Jahrhundert	65
3.1 Die Ausgangssituation der jüdischen gruppenspezifischen Berufsstruktur in den beiden Kreisen Rahden/Lübbecke und Halle i.W. nach 1815	65
3.2 Die Entwicklung der Berufsstruktur und der sozialen Schichtung in den jüdischen Gemeinden des Kreises Rahden/Lübbecke im 19. Jahrhundert	66
3.2.1 Lübbecke	67
3.2.2 Preußisch Oldendorf	75
3.2.3 Levern	80
3.2.4 Wehden	83
3.2.5 Großendorf, Kleinendorf (Rahden)	86
3.3 Die Entwicklung der Berufsstruktur und der sozialen Schichtung in den jüdischen Gemeinden des Kreises Halle i.W. im 19. Jahrhundert	91
3.3.1 Halle i.W.	92
3.3.2 Werther	99
3.3.3 Borgholzhausen	109
3.3.4 Versmold	116
3.4 Die relative Bedeutung der „Produktivierung“	122
3.5 Der Beitrag der jüdischen Bürger zur Modernisierung und Industrialisierung	125
3.6 Zusammenfassung	138

Kapitel 4

Die Entwicklung jüdischer Identität in der ostwestfälischen Kleinstadt: Zeichen der Tradition und der Reform	143
4.1 Die jüdischen Kleinstadtgemeinden und ihre Verfassungen im Kreis Lübbecke	143
4.2 Die jüdischen Kleinstadtgemeinden und ihre Verfassungen im Kreis Halle i.W.	150
4.3 Synagogen und Gottesdienste im Kreis Lübbecke	155
4.4 Synagogen und Gottesdienste im Kreis Halle i.W.	168
4.5 Das jüdische Schulwesen in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W.	181
4.6 Zur jüdischen Wohltätigkeit	199
4.7 Zusammenfassung	210

Kapitel 5

Einbindende und ausgrenzende gesellschaftliche Kräfte vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg	213
5.1 Formen der sozialen Einbindung	213
5.1.1 Voraussetzungen zur Einbindung der jüdischen Bürger in das sozialpolitische Kleinstadtleben des Untersuchungsgebiets	213
5.1.2 Teilnahme an der Lokalpolitik	217
5.1.3 Teilnahme an der Rechtspflege	221
5.1.4 Teilnahme an lokalen Bürger-, Berufs-, Kultur- und Gesellschaftsvereinen	224
5.2 Formen der sozialen Ausgrenzung	234
5.2.1 Zur lokalen Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- und Ordnungspolitik des christlichen Obrigkeitsstaats gegenüber den Juden in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. im Vormärz, in der Revolution und in der zweiten Ausgrenzungsphase (1849-1858)...	234
5.2.2 Der so genannte moderne Antisemitismus in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W.	249
5.2.3 Die Reaktion der jüdischen und nichtjüdischen Bürger auf den so genannten modernen politischen Antisemitismus	275
5.3 Zusammenfassung	307

Kapitel 6

Die Folgen des Ersten Weltkrieges: die Weimarer Republik und ihre Krisenzeiten	311
6.1 Die jüdischen Bürger im Ersten Weltkrieg	311
6.2 Das Wahlverhalten und die Bedrohung durch rechtsradikale Parteien in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W.	329
6.3.1 Zur Reaktion der jüdischen und nichtjüdischen Bürger auf den Antisemitismus während der Weimarer Republik	366
6.3.2 Jüdische Jugendbeweger und Jugendbewegte am Ende der Weimarer Republik und zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft	388
6.4 Zusammenfassung	396

Kapitel 7

Der Terror des NS-Staates: Ausgrenzung, Ausplünderung, Verschleppung, Massenmord	402
7.1 Antisemitismus und Rassismus als Elemente der NS-Ideologie	402
7.2 Terror, Boykott, Ausgrenzung (1933-38)	409
7.3 Geistiger Widerstand, Solidarität, Auswanderung (1933-38)	428
7.4 Der Terror erreicht einen Höhepunkt: der Pogrom vom 9./10.11.1938	449
7.5 Die Fortsetzung des NS-Terrors (1939-41)	483
7.5.1 Erfolgreiche Auswanderungsbemühungen: Zwangsarbeit	483
7.5.2 „Judenhäuser“	489
7.5.3 Fluchtgeschichten (1939-41)	492
7.6 Deportationen, Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Massenmord, Befreiung	499
7.7 Zusammenfassung	530

Kapitel 8

Rückblick und Zukunftsaufgaben	535
Verzeichnis der Abkürzungen	541
Karten	569*
Quellen- und Literaturverzeichnis	542
Personenregister	566
Ortsregister	581

Kapitel 1

Einleitung

1.1 Probleme

Die vorliegende Studie nimmt die demographische, sozioökonomische und kulturelle Entwicklung von je vier jüdischen Gemeinden in den beiden ostwestfälischen, ländlichen und überwiegend protestantisch geprägten Kreisen Lübbecke (bis 1831 Rahden) und Halle i.W. für die Zeit von 1815-1945 in den Blick.

Sowohl der sektorale als auch der integrative Ansatz werden Berücksichtigung finden, um die jüdische Bevölkerungsbewegung, die jüdische Gewerbeaktivität und die jüdischen kulturellen Aktivitäten, Institutionen, Verhaltensweisen und Einstellungen zu beschreiben und zu erklären.¹

Die Darstellung ist insofern sozialgeschichtlich orientiert, als das alltägliche und feiertägliche Zusammenleben von Juden und Nichtjuden im lokalen und regionalen Kontext thematisiert wird. Auf Haupt- und Staatsaktionen wird nur am Rande eingegangen, obwohl der kulturelle und gesetzgeberische Einfluss der verschiedenen politischen Institutionen auf den Verwaltungsebenen des Bezirks, der Provinz und des Ministeriums für das politische Verhalten auf der Kreis- und Amtsebene in der gesamten Untersuchungszeit nicht unbedeutend war.

Es wird von den deutschen Juden gesagt, dass sie beweglicher als ihre nichtjüdischen Zeitgenossen waren, in den Handelsberufen und in den freien Berufen überrepräsentiert und dass sie erheblich zur Industrialisierung, zur Einführung neuer Verkaufsmethoden und zu den kulturellen Aktivitäten in den Gemeinden und Städten, in denen sie lebten und arbeiteten, beigetragen haben. Eine Aufgabe unserer Dissertation wird darin bestehen, zu erforschen, ob diese sozialen Phänomene in unserem Untersuchungsgebiet nachgewiesen, erklärt und quantifiziert werden können. Wir werden darstellen, wie schnell die jüdischen Bürger in die Mittelschicht aufstiegen und an dem Prozess teilnahmen, der mit dem Begriff *embourgeoisement* (dt. Verbürgerlichung) bezeichnet wurde.

Am Rande werden wir uns sowohl mit solchen speziellen Problemen wie mit den Arbeitsbedingungen in Betrieben, die im Besitz von Juden waren, und mit Arbeitskonflikten zwischen nichtjüdischen Arbeitern und jüdischen Unternehmern als auch mit der Frage ihrer Schlichtung beschäftigen.

¹ Der sektorale Ansatz in der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung „legt den Akzent auf die innere Entwicklung der Minderheit, wobei gesamtgesellschaftliche Prozesse nur insofern eine Rolle spielen, als sie entscheidend für die Entwicklung der Minderheit sind“, während der in dieser Arbeit favorisierte integrative Ansatz die enge Wechselbeziehung der jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebietes mit der sie umgebenden kleinstädtischen Bevölkerung betont. Vgl. Herzig, Arno: Juden und Judentum in der sozialgeschichtlichen Forschung, in: Schieder, Wolfgang; Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Band IV. Soziale Gruppen in der Geschichte. Göttingen 1987, S. 108-132. Tenfelde weist darauf hin, dass sozialgeschichtliche Grundlagenforschung die „lästige Fragerei beispielsweise nach [der Beziehung zwischen] Bevölkerung, Sozialstruktur, Kapitalismus und politischer Macht“ notwendigerweise impliziert. Vgl. Tenfelde, Klaus: Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte, in: Schieder/Sellin (1987), S. 81-107, hier besonders S. 83

In einem separaten Kapitel werden wir die Entwicklung der Ausdrucksformen der kollektiven jüdischen Identität darstellen, wie sie durch die Elementarschule, den traditionellen und modernen Typ des jüdischen Lehrers, die Synagoge, den Frauenverein und den Verein für jüdische Geschichte und Literatur repräsentiert wurden.

In einem weiteren Kapitel werden unterschiedliche Formen der sozialen Einbindung und Ausgrenzung diskutiert werden. In diesem Kontext wird dargestellt werden, in welcher Zahl sich die jüdischen Bürger z.B. an der Lokalpolitik, als ehrenamtliche Geschworene am Rechtssystem, als Ärzte am Gesundheitssystem und als Mitglieder am Leben der verschiedenen sozialen, kulturellen und beruflichen Vereine sowohl in der Wilhelminischen Zeit als auch während der Weimarer Republik beteiligten. Wir werden sehen, inwieweit die jüdischen Bürger, die Mitglieder der Mittelschicht in den Kleinstädten geworden waren, typische besitz- und bildungsbürgerliche Lebensstile und Werte mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern teilen konnten. Auch die alltäglichen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden in ihren Rollen als Mieter und Vermieter, Käufer und Verkäufer, Kreditgeber und Kreditnehmer und Unternehmer und Arbeiter werden in unsere Darstellung einbezogen.

Hinsichtlich der sozialen Formen der Ausgrenzung werden wir das besondere Problem behandeln, inwieweit die jüdischen Bürger in ihren Gemeinden von verschiedenen Formen des traditionellen und modernen Antisemitismus betroffen wurden. Wir werden darstellen, wie jüdische und nichtjüdische Bürger in einer Kleinstadt auf einen besonderen Fall von Blutbeschuldigungen reagierten, die sogar noch am Ende des 19. Jahrhunderts kursierten. Auch die Reaktionsformen der jüdischen und nichtjüdischen Bürger auf die christlich-soziale und deutsch-soziale Agitation in der Blütezeit der so genannten modernen Antisemitenparteien werden diskutiert werden. Es wird gezeigt werden, mit welchen Argumenten die stereotypen antisemitischen Vorwürfe widerlegt wurden. Wir werden fragen, auf welche Weise sich Nichtjuden und Juden in Verbänden und Vereinen organisierten, um den Antisemitismus mit Hilfe von Druckmedien und dem gesprochenen Wort zu bekämpfen.

Reichstagswahlergebnisse der 1890er Jahre und der Krisenjahre der Weimarer Republik werden dargestellt und dahingehend interpretiert, inwieweit die überwiegend nichtjüdische, kleinstädtische und ländliche protestantische Wählerschaft willens war, für Parteien ihre Stimme abzugeben, deren Programme das Ziel verfolgten, die Einbindung und die rechtliche Gleichstellung der deutschen Juden zurückzunehmen. Da die überwiegende Erwerbsbevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt war, soll sowohl die Rolle des Bundes der Landwirte hinsichtlich seiner Vermittlung antisemitischer Ziele und seine Verbreitung im Untersuchungsgebiet vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert werden als auch die quantitative Dimension der radikalisierten Landvolkbewegung und anderer Vorläufer der NSDAP, die während der Weimarer Republik virulent wurden, ausgewertet werden. Da auf beide Landkreise des Untersuchungsgebietes die höchsten NSDAP-Stimmen aller Landkreise des SPD-Partebezirks Östliches Westfalen und die

lippischen Freistaaten in den letzten zwei Jahren der Weimarer Republik entfielen, müssen wir nach der Korrelation zwischen der Sozialstruktur der Wählerschaft, ihrer Wahrnehmung der ökonomischen Krisen und der Organisierung der ersten NSDAP-Ortsgruppen fragen.² Wir werden darstellen können, dass sich einige jüdische Bürger Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold anschlossen, um Kameraden im politischen und unbewaffneten Kampf gegen die Feinde der Republik zu finden. Auch andere Protestformen der terrorisierten jüdischen Bürger gegen die nationalsozialistischen Angriffe auf ihre Würde und ihr Eigentum – vom Fluch in Hörweite eines NSDAP-Ortsgruppenleiters, über schriftliche und telefonische Proteste, die vom Geschäftsführer des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu Beginn des NS-Zeit an die Bezirksregierung gerichtet wurden, bis hin zum couragierten Auftritt in einer NSDAP-Wahlkampfveranstaltung – sollen dargestellt werden.

Im letzten Kapitel beschäftigen wir uns zunächst mit dem Problem, die konfuse nationalsozialistische Ideologie, die Elemente des Rassismus, Antisemitismus, Antiparlamentarismus, Antikommunismus usw. enthielt, zu beschreiben. Wir werden zeigen, dass in der ersten Phase des totalitären NS-Regimes (1933-35) nationalsozialistische Organisationen terroristische Aktionen gegen Juden ausübten, ökonomische Dauerboykotte gegen jüdische Laden- und Kaufhausbesitzer durchführten, lokalpolitische Verordnungen durchsetzten, um denjenigen Nichtjuden, die weiterhin mit Juden verkehrten, zu schaden, Juden die freien Berufe versperrten und antisemitische Propaganda verbreiteten.

Es wird dann dargestellt, wie die lokalen jüdischen Gemeinden während der ersten und zweiten Phase des NS-Regimes (1933-38) auf den NS-Terror reagierten. Die Juden organisierten ihren eigenen Arbeitsmarkt, ihren eigenen Kulturbund und legten Protest ein gegen ihre massive soziale und ökonomische Ausgrenzung – alles unter den Augen des allgegenwärtigen Gestapostaats. Wir werden versuchen zu erforschen, wie viele Juden sich schon vor dem Reichspogrom zur Auswanderung genötigt sahen und welche Organisationen halfen, die Auswanderung der jüdischen Kinder und Erwachsenen nach Palästina, Großbritannien und Nord- und Südamerika zu organisieren.

In der dritten Phase der NS-Gewaltherrschaft wurden alle noch bestehenden Synagogen in einem landesweiten Pogrom zerstört. Auch aus dem Untersuchungsgebiet wurden zahlreiche jüdische Männer unter brutalen Bedingungen ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Wir werden versuchen zu erforschen, wie viele Juden im Untersuchungsgebiet betroffen waren und Beispiele geben, wie sie von der SS und der Polizei behandelt wurden. Danach wurden die Juden vom NS-Staat zwangsenteignet und gezwungen, für Minimallöhne zu arbeiten, bevor diejenigen Juden, die aus verschiedenen Gründen nicht auswanderten, in die Zwangsarbeits-, Durchgangs- und Vernichtungslager verschleppt wurden. Schließlich behandeln wir aufgrund der Quellen die Frage,

² Einen allgemeinen Forschungsüberblick bietet Wirsching, Andreas: Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen und methodische Probleme, in: Möller, Horst (Hg.): Nationalsozialismus in der Region: Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 25-46

wie viele Juden des Untersuchungsgebietes die NS-Gewaltherrschaft überlebten und versuchen zu beschreiben und zu erklären, wie sie die Deportation, das Lagerleben und die Todesmärsche überlebten. Wir werden versuchen zu beschreiben, unter welchen Umständen sie von alliierten Truppen befreit wurden.

1.2 Methoden

Sowohl hermeneutisch-interpretative als auch quantitativ-analytische Methoden werden angewandt, um die ungedruckten und gedruckten Quellen auszuwerten und Einblicke in die Themen, die diskutiert werden sollen, zu erhalten. Abhängig von der Quellensorte und dem Problem, das zur Diskussion steht, wird eine der beiden Methoden bevorzugt werden.

Tabellen, die die Bevölkerungsentwicklung, die Sozialstruktur der einzelnen Gemeinden, die Auswanderungsbewegungen zeigen, aber auch die Wahlergebnisse der allgemeinen Bevölkerung und die relative Stabilität der unterschiedlichen Wählermilieus werden mit Hilfe von quantifizierbarem Quellenmaterial aufbereitet. Briefe, konstitutive Kategorien und Feiertage der jüdischen Kultur, aber auch Grundrisse von Synagogen und Fabriken sind Quellensorten, die übersetzt, beschrieben, interpretiert und in dem Kontext des Themas, das diskutiert werden soll, erklärt werden müssen. Manchmal ist es auch angezeigt, beide Methoden anzuwenden, um z.B. die quantifizierbaren Entwicklungen des Jüdischen Frauenvereins von Lübbecke (Mitgliederstände, Budgetentwicklung) zu zeigen, andererseits aber auch Einblicke in die Gruppenmentalität ihrer Mitglieder zu erhalten oder die soziale Zusammensetzung und geographische Herkunft der Kundschaft eines jüdischen Gemischtwarenhändlers darzustellen.

Zentrale hebräische Begriffe der jüdischen Mentalität wie *Gemilut Chassadim* und *Zedakah* (dt. freiwillige und pflichtgemäße Wohltätigkeit) oder *Haskarat Neshamot* (dt. das-in-Erinnerung-bringen-der-Seelen, nämlich der Toten vor Gott) müssen nicht nur übersetzt, sondern auch sorgfältig interpretiert werden, um Licht auf das Thema zu werfen, das diskutiert werden soll.

Da die Reichstagswahlergebnisse nicht nur in den beiden Landkreisen von einander abweichen, sondern sogar noch deutlicher auf der tieferen Ebene, von Amt zu Amt, wird der Historiker gezwungen, mikroanalytisch zu verfahren. Zudem differieren die Reichstagswahlergebnisse im Untersuchungsgebiet besonders in Krisenzeiten so sehr von Jahr zu Jahr, dass der Historiker die Wahlergebnisse in Reihenform darstellen muss, um Entwicklungen zu zeigen. Gleichzeitig können die Wahlergebnisse aber nur interpretiert werden, wenn sie in Korrelation zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft, ihrer Wahrnehmung der ökonomischen Krisen und der manipulativen Techniken der politischen Agitatoren und ihrer Medien betrachtet werden.

1.3 Forschungsstand

Was die deutsch-jüdische Geschichte der Kreisstadt Lübbecke betrifft, sind bisher zwei Monographien und eine Dokumentation im Auftrag dieser Stadt veröffentlicht worden (Zassenhaus 1988; Beckmann 1993, 1994).

Über die Geschichte der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf ist m.W. noch keine Monographie publiziert worden. Lediglich ein einziger Zeitschriftenartikel – mit Ausnahme von Zeitungsartikeln – zur Geschichte des einzigen Überlebenden der Shoa dieser Gemeinde (Alfred Ehrlich) mit dem Titel „Essen war der Hauptgedanke – wer umfiel, wurde getötet“ (Besserer 1996) wurde veröffentlicht.

Hillebrand konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf die jüdische Geschichte der Kleinstadt Levern, und die Resultate ihrer Forschungen wurden in Form einer Magisterarbeit veröffentlicht (Hillebrand 1992). Dieselbe Monographie erschien in überarbeiteter Form zusammen mit Fotos und einem Addendum in der Reihe *Quellen und Schrifttum zur Kulturgeschichte des Wiehengebirgsraumes*, Reihe A, Band 7 (Hillebrand 1996).

Schüler der Hauptschule Rahden erarbeiteten im Rahmen eines Projektes unter Anleitung ihrer Lehrerin Ursula Ester-Hartke eine Dokumentation mit dem Titel „Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche in Rahden. Ein Projekt der Geschichtswerkstatt Rahden“ (Ester-Hartke 1997).

Die Stadt Werther i.W. besorgte die Veröffentlichung einer Monographie mit dem Titel „Die jüdischen Bürger von Werther (Westf.). Sozialgeschichte einer Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert“ im Kontext der mahnenden Erinnerung an den Reichspogrom vor 60 Jahren (Beckmann 1998).

Hinsichtlich der jüdischen Geschichte der Kreisstadt Halle i.W. hielt der freie Mitarbeiter am Stadtarchiv Halle i.W., Dr. Uwe Heckert, am 28.02.1996 einen Vortrag mit dem Titel „175 Jahre Juden in Halle in Westfalen“, von dem er dem Verfasser freundlicherweise eine Kopie überließ (Heckert 1996).

Zur jüdischen Geschichte von Borgholzhausen ist bisher nur ein Zeitungsartikel erschienen, während der Verfasser eine kurze Monographie mit dem Titel „Jüdische Bürger im Amt Vermold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land“ im Auftrag der Stadt Vermold der interessierten Öffentlichkeit vorstellte (Beckmann 1998).

Aus einer kulturellen Perspektive verfasste Dr. Elfi Pracht/Kölnisches Stadtmuseum im Rahmen der Reihe *Jüdisches Kulturerbe* mit dem Teil III: Regierungsbezirk Detmold eine Übersicht aller ehemaligen jüdischen Gemeinden im Untersuchungsgebiet mit ihren konstitutiven Institutionen wie Synagogen, Friedhöfe, Mikwot usw. (Pracht 1998). Das Gedenkbuch „Feuer an Dein Heiligtum gelegt“ erinnert an die im reichsweiten Pogrom zerstörten Synagogen in Nordrhein-Westfalen (Brocke Hg. ©1999/5760).

Arno Herzigs Studie „Judentum und Emanzipation in Westfalen“ (Herzig 1973) und Joachim Meynerts Dissertation mit dem Titel „Was vor der Endlösung geschah. Antisemitische

Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg“ (Meynert 1988) setzten Maßstäbe hinsichtlich der Darstellung der Lebensverhältnisse der jüdischen Bürger in den Regionen Westfalen und Minden-Ravensberg unter den sozialen und politischen Bedingungen in der Untersuchungszeit vom Vormärz bis in die Zeit des Nationalsozialismus.

Lore Shelley lässt in ihren Publikationen weibliche und männliche jüdische Überlebende der Shoa aus verschiedenen Ländern Europas zu Wort kommen, die als Häftlinge, Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter oder Versuchsobjekte pseudomedizinischer Experimente unvorstellbar große Leiden in den unterschiedlichen Teillagern des Vernichtungslagers Auschwitz aushalten mussten. Ihre Augenzeugenberichte ehren die Toten, dienen der Nachwelt zur Mahnung, machen moralischen Druck auf die involvierten Industriebetriebe, längstfällige Lohnentschädigungen an die noch lebenden Zwangsarbeiter zu zahlen und dokumentieren die Verurteilung einiger NS-Täter (Shelley 1991, 1992, 1996).

1.4 Quellen

Die Quellensorten, auf denen diese Dissertation basiert, sind a) gedruckte und veröffentlichte Zeitschriften, b) ungedruckte und unveröffentlichte archivische Quellen, c) Interviews auf Kassette, Videotape oder in transkribierter Form und d) Briefe und Mitteilungen von in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Juden, aber auch von nichtjüdischen Zeitzeugen.

Zu a) Die wertvollsten gedruckten Quellen, die genannt werden sollen, sind die verschiedenen Periodika, die die jüdischen Blickpunkte reflektieren. Dazu gehört die Monatsschrift „Im deutschen Reich“ (1895-1922) des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die ab 1922 vom Wochenblatt „C.V.-Zeitung“ abgelöst wurde. Außerdem wurden verschiedene Jahrgänge der philosemitischen und linksliberalen Zeitschrift „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, die von 1891 bis 1910 wöchentlich, danach vierzehntäglich erschien, in der Germania Judaica/Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V. eingesehen. Ebenfalls wurden verschiedene Jahrgänge der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (AZJ), die wichtigste, von 1837-1921 erschienene Wochenzeitschrift des liberalen, reformorientierten deutschen Judentums, wie auch verschiedene weitere Periodika, die Gemeindemitteilungen enthalten, berücksichtigt.

In der Nationalbibliothek in Jerusalem wurden u.a. verschiedene Broschüren des C.V., C.V.-Mitgliederlisten, außerdem die von dem Lehrer Max Lazarus für seine Schulkinder verfassten Gedichte (Lazarus 1935), die zu Chanukka und zu Shabbat rezitiert wurden, eingesehen.

In den Central Zionist Archives in Jerusalem wurden u.a. die Stenographischen Protokolle der Verhandlungen des XIX. Zionistenkongresses (Luzern: 20.08.-06.09.1935) gelesen, ein Kongress, auf dem wichtige Beschlüsse zur Rettung deutscher Juden und wenigstens eines Teiles ihres Vermögens gefasst wurden.

Im Stadtarchiv Bielefeld wurden in Hinblick auf Reaktionsformen auf den so genannten modernen und nationalsozialistischen Antisemitismus die Wochenzeitschrift „Der Wächter. Bielefelder Zeitung“ und die sozialdemokratische Tageszeitung „Volkswacht“ in den Blick genommen. Im Kreisarchiv Minden wurden verschiedene Ausgaben der „Mindener Zeitung“ und des „Lübbecker Kreisblatt“ aus demselben Erkenntnisinteresse heraus gelesen.

Eine Kopie des Maschine geschriebenen, aber unveröffentlichten Überlebensberichts von Alfred Ehrlich, einziger Überlebender der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf, stellte dem Verfasser freundlicherweise Dr. Joachim Meynert zur Verfügung.

Zu b) Unveröffentlichte, ungedruckte archivische Quellen wurden in den Stadtarchiven Lübbecke, Preußisch Oldendorf, Rahden, Werther, Halle i.W., Borgholzhausen und Versmold sowie in den Kreisarchiven Gütersloh und Herford, in den Staatsarchiven Detmold und Münster, im Westfälischen Institut für Regionalgeschichte (Münster), in dem Archiv 1 der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ (ehemaliges Gesamtarchiv der deutschen Juden) und in den Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem) eingesehen. Die dort gefundenen Quellensorten reichen von Steuerlisten, Gewerbekonzessionen, Berichten der Gewerbeaufsichtsämter Bielefeld und Minden bis hin zu gemeindespezifischen Repräsentantenprotokollen, Anstellungs- und Kaufverträgen, Berichten über das Schulwesen, Gemeindeangelegenheiten und den Protokollen des Jüdischen Frauenvereins zu Lübbecke. Aus privater Hand wurden dem Verfasser zwei Hauptbücher zur Verfügung gestellt, eines wurde von einem nichtjüdischen Schuhmachermeister, das zweite von einem jüdischen Inhaber eines Gemischt-warengeschäftes geführt.

Zu c) Die Interviews mit Juden, von denen einige unter der NS-Gewaltherrschaft sehr gelitten haben und die für diese Dissertation benutzt werden, wurden von Dr. Joachim Meynert angefertigt. Sie befinden sich im Staatsarchiv Detmold, teils in transkribierter Form. Andere Interviews und Gespräche mit Juden und Nichtjuden mit Bezug auf die ehemaligen jüdischen Gemeinden von Lübbecke und Werther, die etwas über die Reichspogromnacht und über solidarische, mitmenschliche Verhaltensweisen zwischen Nichtjuden und Juden aussagen, wurden von Dieter Zassenhaus, Kläre Loescher, Andrea Sundermeier, Isolde Oberlehberg und Volker Beckmann durchgeführt. Diese Interviews befinden sich, teils in verschriftlichter Form, im Stadtarchiv Lübbecke. Ein Interview auf Videotape, das im Auftrag von Steven Spielbergs Survivors of the Shoa Visual History Foundation gefertigt wurde, sandte dem Verfasser freundlicherweise ein ehemaliger jüdischer Bürger von Rahden aus den USA zu.

Zu d) Schriftliche und mündliche Mitteilungen von jüdischen und nichtjüdischen Zeitzeugen werden für diese Dissertation ebenfalls berücksichtigt.

Kapitel 2

Die jüdische Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert

2.1 Die Bevölkerungsentwicklung der jüdischen Gemeinden im Kreis Rahden/Lübbecke im 19. Jahrhundert im Vergleich zur allgemeinen: absolute und relative Maximalwerte

Vor der Gründung der Provinz Westfalen mit ihren drei Regierungsbezirken Minden, Münster und Hamm (später Arnsberg) im Jahr 1815 lebten schon seit langem jüdische Familien in den Städten und Marktflecken des im Jahr darauf entstandenen Kreises Rahden, dessen Einteilung mittels Verordnung vom 18.10.1816 im Amtsblatt bekannt gemacht wurde. Schon im Jahre 1765 wurde für die Stadt Lübbecke von 9 vergeleiteten, d.h. mit Schutzbriefen versehenen Juden, im Flecken Rahden von 4 Juden mit ordentlichen und 2 mit außerordentlichen Schutzbriefen versehenen Juden berichtet.¹

Der neu gegründete Kreis Rahden mit der Kreisstadt Rahden umfasste das alte Amt Rahden, das Amt Reineberg und das Amt Limberg der ehemaligen Grafschaft Ravensberg. Im Jahre 1831 wurde durch königliche Kabinettsorder eine Neuaufteilung des Regierungsbezirks Minden entschieden. Mit Geltung ab 1.1.1832 wurde der Verwaltungsbezirk des neuen Kreises Lübbecke um die Kirchspiele Hüllhorst und Schnathorst sowie um das Dorf Oberbauerschaft aus dem Kreis Bünde erweitert und Lübbecke als neuer Kreisort festgesetzt. Das Verwaltungsbüro des Landrates wurde von Gut Benkhausen am 10.10.1832 nach Lübbecke verlegt.²

Anfang 1818 gehörten zur Gemeinde Rahden fünf Bauerschaften, nämlich Großendorf mit 1.930 Einwohnern, Kleinendorf mit 963, Varl mit 1.461, Stroehen mit 1.072 und Wehe mit 1.499 Einwohnern.³ In einem Bericht vom 26.1.1817 beschrieb der neue Landrat des Kreises Rahden, Georg von dem Bussche-Münch, der auf seinem Gut Benkhausen residierte, die Verteilung der 43 jüdischen Familien in den acht Verwaltungsbezirken wie folgt:

¹ Vgl. Stern, Selma: Der preußische Staat und die Juden. 3. Teil, 2. Akten, 1. Halbband. Tübingen 1971, S. 768

² Vgl. Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, S. 53

³ Vgl. Kirchhoff, Werner (Hg.): Die Chronik der Gemeinde Rahden 1818-1888. Espelkamp 1995, S. 7

Tabelle 1: **Zahl der im Kreis Rahden lebenden jüdischen Familien im Jahre 1817⁴**

Verwaltungsbezirk	Zahl der Familien	Erwachsene		Kinder unter 14 Jahren	Summe	Hausbesitzer	Mieter
		männlich	weiblich				
Rahden	12	19	20	13	52	2	10
Lübbecke	12	30	24	12	66	7	5
Gehlenbeck	2	1	2	3	6	-	2
Pr. Oldendorf	11	17	15	10	42	3	8
Börninghausen	1	1	1	2	4	-	1
Levern	3	3	-	-	3	-	3
Dielingen	1	2	2	3	7	-	1
Wehdem	1	2	1	1	4	-	1
Summe	43	75	65	44	184	12	31

Die gesamte jüdische Bevölkerung des Kreises Rahden nahm im Zeitraum von 1812-1826 um 80% zu. Sie wuchs von 136 Personen im Jahre 1812 auf 184 im Jahre 1817, 217 im Jahre 1821 (0,7% der Gesamtbevölkerung) und 245 im Jahre 1826.⁵ Der Landrat des Kreises Lübbecke berichtete am 18.1.1835, dass die jüdische Bevölkerung des Kreises seit der letzten Zählung im Jahre 1831 um 47 Personen (18,3%) von 257 auf 304 Personen zugenommen habe und führte diese demographische Entwicklung einerseits auf die „große Fruchtbarkeit der jüdischen Ehen“, andererseits auf eine „Vermehrung des hiesigen jüdischen Gesindes“ zurück.⁶ Um 1858 erreichte die jüdische Bevölkerung im Kreis Lübbecke ihr absolutes und relatives Maximum mit 406 Personen (0,84%), während die nichtjüdische Bevölkerung schon im Jahre 1852 mit 50.249 Personen ein erstes Maximum erlangte. Danach allerdings ging die Zahl der allgemeinen Bevölkerung infolge der Krisen der protoindustriellen Leinenhandweberei und Garnspinnerei durch die Auswanderungen nach Amerika und die Landflucht während der Industrialisierungsphase bis 1885 stetig zurück und erreichte einen Tiefpunkt von 45.957 Menschen.⁷ Auch die Erhöhung des Einfuhrzolls auf ausländische Tabake im Jahre 1879 hatte zur Folge, dass Arbeitsplätze in der Tabakfabrik- und Tabakhausindustrie fortfielen, und verursachte die vermehrte Auswanderung von Tabakfabrik- und Tabakhausarbeitern, da Ersatzarbeitsplätze anderer Gewerbezweige in genügender Zahl noch nicht zur Verfügung standen.⁸ Zuvor hatte sich die allgemeine Bevölkerung

⁴ Vgl. Aschoff, Diethard: „...krankhafte Auswüchse der menschlichen Gesellschaft“. Die Judengutachten des Landrats Georg von den Bussche-Münch von Rahden im Rahmen der frühpreußischen Regierungsgutachten (1816-1827), in: Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 137

⁵ Vgl. ebd., S. 117

⁶ Vgl. StADt, M I I L Nr. 274

⁷ Vgl. Reekers, Stephanie: Westfalens Bevölkerung 1818-1955. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden und Kreise im Zahlenbild. Münster 1956, S. 140. Vgl. Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Heft 3c. Düsseldorf 1964; Heft 3d. Düsseldorf 1966

⁸ Vgl. Kammeier, Heinz-Ulrich: Deutsche Amerikaauswanderung aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Münster 1989, 2. Aufl., S. 95

im Zeitraum von 1818-1831 nur um etwa 15% oder – in absoluten Zahlen ausgedrückt – von 30.582 im Jahre 1818 auf 35.951 Personen im Jahre 1825 vermehrt.⁹

Tabelle 2: Zu- und Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Rahden/Lübbecke (1817-1882)

Jahr	1818	1822	1825	1831	1834	1858	1867	1871	1882
Kreis Lübbecke	30.582	33.763	35.951	39.005	44.876	48.045	47.992	47.593	46.009
Juden	184 ^a	217 ^b	245	257	304	406	347	330	262
in %	0,6	0,64	0,68	0,66	0,67	0,84	0,7	0,69	0,57

a) Zahl gilt nach Aschoff (1996) für 1817; b) Zahl gilt nach Herzig (1973) für 1821
 Quellen: Aschoff (1996); Herzig (1973); Gemeindestatistik NRW, Heft 3d (1966); Reekers (1956); Preußische Statistik Bd. XVI, I. Teil (1869); Preußische Statistik, Bd. XXX (1875); Preußische Statistik, Bd. LXXVI, 3. Teil (1885)

Wie können wir die prozentual größere Vermehrung der jüdischen Bevölkerung in diesem Zeitraum erklären? Sind positive Wanderungsbilanzen und/oder Geburtenüberschüsse in den Blick zu nehmen? Wie verteilte sich das jüdische Bevölkerungswachstum im Vormärz auf die unterschiedlichen Gemeinden Großendorf und Kleinendorf, die Stadt Lübbecke, die Ortschaft Levern und den Marktflecken Preußisch Oldendorf?

Zunächst soll die demographische Entwicklung in den Gemeinden Großendorf und Kleinendorf für den Zeitraum 1820-1855 beschrieben werden. Im Jahre 1808 gab es im Kirchspiel Rahden 7 jüdische Familien, im Jahre 1817 – wie in Tabelle 1 ersichtlich – 12, und im Jahre 1826 war die Zahl der jüdischen Familien auf 14 mit 39 Kindern angestiegen.¹⁰

Tatsächlich wurden in den 1820er Jahren neue Ehen zwischen jüdischen Männern, die in der Gemeinde Rahden wohnhaft waren, und auswärtigen Frauen, von denen einige zum Judentum konvertierten, geschlossen. So verheiratete sich der Handelsmann Theodor Haas vermutlich im Jahre 1823 mit der aus Alswede stammenden Magd Engel Hildebrand, die, nachdem sie vom protestantischen Glauben zum Judentum übergetreten war, den Namen Lea Abraham annahm. Dieses Ehepaar hatte mindestens fünf Söhne, von denen einer, David (* 9.3.1836), nach Amerika auswanderte, und eine Tochter.¹¹

⁹ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Heft 3d. Düsseldorf 1966, S. 56-63

¹⁰ Vgl. Kirchhoff (1995), S. 1; StdtA Rahden, A Nr. 417

¹¹ Vgl. StADt, P 2 Nr. 134; StADt, M I II A Nr. 808. Ich danke Professor Diethard Aschoff für seinen Hinweis auf die zuletzt genannte Akte. Welche Widerstände von Seiten des protestantischen Obrigkeitsstaats Theodor Haas und Engel Hildebrand überwinden mussten, bevor sie die Ehe nach jüdischem Ritus eingehen konnten, zeigt das Protokoll ihrer Aussagen vor dem Landrat Georg von dem Bussche-Münch vom 21.5.1823 in Benkhausen: „Er der Haas habe die hier gegenwärtige Hildebrand in dem Hause des Handelsmannes Levy Corn in Rahden, bei welchem sie beide in Condition gestanden, kennengelernt, und sich mit ihr in einen näheren Umgang eingelassen. Nachdem sie darauf von ihm schwanger geworden, habe er sie vor ungefähr 6 Wochen zu sich genommen, in der Absicht, sie zu heirathen, erwiedernd, daß der Ausführung dieses seines Vorhabens kein Hinderniß entgegenstehe, da er die Hildebrand als der jüdischen Religion bereits angehörig betrachten zu können geglaubt habe, wenn sie schon seit längeren Jahren, sich nur zu den Juden gehalten, auch schon seit vielen Jahren die jüdischen Religionsgebräuche beobachtet habe. Übrigens wäre er mit der Hildebrand noch nicht getraut, nur habe er sich vorgenommen gehabt, in der nächsten Woche von dem Oberrabbiner in Bielefeld einen Trauschein zu holen. Auch wolle er hinzusetzen, wie er sich der Hildebrand, welche

Die Trauung zwischen dem Drechsler Joel Ginsberg, der in Lübbecke geboren war, aber in Rahden wohnte, und der vom katholischen Glauben zum Judentum konvertierten Bavette Baue, die aus Würzburg stammte, wurde am 18.12.1822 vom Vater des Bräutigams, dem Lehrer Wolf Ginzberg, vollzogen.¹²

Der Handelsmann Herz Goldstein aus Rahden, dessen Mutter aus Bayern stammte, wurde am 21.5.1829 mit Frommet Hirsch von dem Lehrer Marcus aus Lemförde getraut; und die Trauung des Pferdehändlers Simon Vogel, dessen Vater Pferdehändler in Brenken bei Büren war, mit Mina Katz, deren Eltern bei Blomberg in Lippe lebten, wurde vom Lehrer Bonn aus Bünde vollzogen.¹³

Die Niederlassung neuer Ehepaare in den Bauerschaften Großendorf und Kleinendorf und natürliches Wachstum der Familien führten dazu, dass die jüdische Gemeinde um 1855 ihr relatives und absolutes Maximum erreichte.

Tabelle 3: Wachstum der jüdischen Familien in Großendorf und Kleinendorf 1820-1855

Jahr	Gesamteinwohnerschaft	Juden absolut	Juden in %
1820	2.985	57	1,9
1825	3.274	81	2,5
1834	3.691	97	2,6
1840	4.056	92	2,3
1842	4.149	99	2,4
1855	3.695	102	2,76

Quellen: StdtA Rahden, A 417; Kirchhoff (1995); Ester-Hartke (1997); Brocke (1999)

früher in hilfloser Lage sich befunden, hauptsächlich aus Mitleiden angenommen und sie namentlich mit den ihr fehlenden notwendigsten Kleidungsstücken versehen, auch unterhalten habe. Die Hildebrand sagte darauf aus, der vorstehenden Vernehmlassung des Haas müsse sie ihrem ganzen Inhalte nach beitreten, nur wolle sie noch hinzufügen, daß nachdem sie vor ohngefähr 10 Jahren von dem Juden Bernhard Frank in Levern ein Kind gehabt, und ihr von dem verstorbenen Prediger Hartog zu Rahden, wie sie sich mit einem Juden eingelassen, der Besuch der Kirche untersagt, sie sich von jener Zeit an, dessen enthalten, und zu den Juden in der Hoffnung gehalten habe, einen Mann dieses Glaubens einmal zu ehelichen. So weit es ihr möglich gewesen, habe sie auch seit jener Zeit die jüdischen Religionsgebräuche beobachtet, die sie in den jüdischen Häusern, in welchen sie gedient, kennengelernt. Auch sey sie vor einem halben Jahre von dem jüdischen Lehrer Bretzfeld, der sich gegenwärtig bei Koblenzer in Wehdem aufhalte, auf die übliche Weise in die jüdische Religion förmlich eingeweiht. Sie habe zu diesem Ende ein Bad nehmen müssen, und sey darauf, nachdem ihr der jüdische Name Leha gegeben, von dem Bretzfeld eingesegnet. Der alleinige Grund, weshalb sie zum Judentum übergegangen, wäre hiernach der gewesen, daß sie durch jenes Verbot des Predigers Hartog aus der christlichen Religion förmlich ausgestoßen worden sey, auch müßte sie bekennen, daß ihr die jüdische Religion immer gefallen habe, und sie auch umsoweniger habe glauben können, durch ihren Übertritt zu selbiger, einen Fehltritt zu begehen, weil beide Religionen nur einen Gott verehren. Beiden Comparenten wurde darauf bei einer achttägigen Gefängnisstrafe untersagt, fernerhin in einem Hause zusammen zu leben, auch wurde der Hildebrand noch besonders eröffnet, daß nach der höchsten Cabinets Order vom 9ten September 1814 der Übertritt vom Christentum zum jüdischen Glauben als den Gesetzen entgegen, nicht gestattet sey, selbige auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche eine solche Handlungsweise nach sich ziehen müßte, womit die Verhandlung geschlossen, und nach vorhergegangener Verlesung und Genehmigung unterschrieben ist.“ Lea Abraham (Engel Hildebrand), die am 10.10.1823 einen Jungen zur Welt brachte, der bei der Beschneidung den Namen Samuel erhielt, verlor wegen ihrer Konversion zum Judentum ihre staatsbürgerlichen Rechte und konnte, wenn sie Datarus (Theodor) Haas nicht heiratete, abgeschoben werden.

¹² Vgl. StADt, P 2 Nr. 134

¹³ Vgl. ebd.

Auch die jüdische Gemeinde der Stadt Lübbecke erreichte in der Zeit des Vormärz im Jahre 1837 mit 131 Personen (5,1%) ihr relatives und absolutes Maximum. Zu dieser Zeit lebten 17 Familien am Ort, die ihre 31 Kinder in der privaten Elementarschule von dem Lehrer Heinemann Leeser, der aus Dülmen stammte, erziehen ließen.¹⁴ Die Zahl der jüdischen Familien war von 7 im Jahre 1812 auf 11 zu Beginn des Jahres 1817 angestiegen.¹⁵ Dietericis Nachweis, dass die größeren Geburtenüberschüsse unter den preußischen Juden im Vergleich zu den preußischen Nichtjuden auf einer geringeren Sterblichkeitsrate beruhten, konnte auch für Lübbecke bestätigt werden. Im Zeitraum von 1830-1863 betrug das Verhältnis zwischen Geburten und Todesfällen in der Gesamtbevölkerung 2.943 zu 2.222 (1,3), unter den Juden aber 119 zu 54 (2,2). Der prozentuale Geburtenüberschuss unter den Juden war mehr als doppelt so groß wie unter den Nichtjuden, nämlich 54,6% zu 24,55%, in absoluten Zahlen 65 zu 721.¹⁶ Allerdings wirkte sich der Verbürgerlichungsprozess, d.h. der Aufstieg in die Mittelschicht und in das Besitz- und Bildungsbürgertum unter den jüdischen Einwohnern insofern aus, als der Geburtenüberschuss im Zeitraum von 1850-1867 im Vergleich zum Zeitraum 1830-1847 von 59,7% auf 44,4% sank und das durchschnittliche Heiratsalter der Männer von 27,2 Jahren im ersten Zeitraum auf 35,5 Jahre im zweiten anstieg, unter den Frauen allerdings etwas weniger von 22,8 auf 23,2 Jahre.¹⁷ Längere Ausbildungszeiten und wirtschaftliche Konsolidierung erhöhten das durchschnittliche Heiratsalter der jungen Ehepaare, und eine bewusster Familienplanung reduzierte den Geburtenüberschuss in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Phänomen der unter den Juden niedrigeren Sterblichkeitsrate erklärt sich nach Dieterici aus der geringeren Rate unehelicher Kinder, der besseren Kinderpflege und dem mäßigeren Alkoholgenuss.¹⁸ Tatsächlich lassen sich elf unehelich geborene Kinder unter den Nichtjuden der Stadt Lübbecke im Zeitraum 1830-1863 nachweisen, aber kein einziges uneheliches jüdisches Kind. Uneheliche nichtjüdische Kinder waren bei der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit besonders gefährdet, da ihre Mütter die Kinderpflege aus

¹⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.4; Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 115-117; Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke (1830-1945). Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus. Lübbecke 1994, S. 10-13

¹⁵ Vgl. Zassenhaus (1988), S. 54, 73

¹⁶ Vgl. Chronik der Stadt Lübbecke; StdtA Lübbecke, B 63.6; StADt, P 2 Nr. 210

¹⁷ Vgl. StADt, P 2 Nr. 123, 186, 187

¹⁸ Vgl. Dieterici, C. F.W. (Hg.): Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin. 2. Jg. Berlin 1849, S. 358f. Vgl. Volkov, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780-1918. München 1994, S. 57. Volkov erklärt die bessere Kinderpflege unter den deutschen Juden mit der Ausbildung ihrer einzigartigen „intimen Kultur“, die eng verbunden war mit dem Verbürgerlichungs- und Modernisierungsprozess, an dem sich die deutschen Juden nach 1850 intensiv beteiligten. Dazu gehörte eine bewusste Familienplanung und die Reduktion der Kinderzahl. Jüdische Familien wurden eine Generation vor den nichtjüdischen Familien kleiner. Die bessere jüdische Kinderpflege verringerte die jüdische Kindersterblichkeit und verbesserte die Ausbildungschancen der jüdischen Kinder und Jugendlichen. Rothert wies ähnlich hohe Zahlen unehelicher Kinder nichtjüdischer Familien für die Gemeinde Alswede im Kreis Lübbecke nach, wo im Jahr 1845 unter den 180 geborenen Kindern 7 unehelich waren. In der Gemeinde Blasheim betrug die Zahl unehelicher Kinder unter den 105 im Jahre 1869 geborenen 9. Diese hohen Zahlen unehelicher Kinder lediger Mütter wiesen auf die „geringen Chancen zur Hausstandsgründung auf dem Lande“ im wirtschaftlich schwachen Kreis Lübbecke in dieser Zeit hin. Siehe Rothert, Liebetraut: Zur Herkunft westfälischer Bergleute auf Bochumer Schachtanlagen im 19. Jahrhundert. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreise Lübbecke und Büren als Herkunftsgebiete, in: Westfälische Forschungen, Bd. 31 (1981), S. 98

beruflichen und psychologischen Gründen häufig vernachlässigten.¹⁹ Folgende Aufstellung veranschaulicht die jüdische relative und absolute Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Lübbecke für den Zeitraum von 1789-1871:

Tabelle 4: Natürliche Vermehrung in den jüdischen Familien der Stadt Lübbecke (1789-1849)

Jahr	1789	1818	1830	1837	1843	1849	1852	1858	1864	1871
Stadt Lübbecke	1.441	1.906	2.316	2.569	2.750	2.825	2.879	2.700	2.785	2.705
Juden	49	66	95	131	119	129	114	110	110	105
in % aller	3,4	3,5	4,1	5,1	4,3	4,6	4,0	4,1	3,9	3,9

Quellen: Gemeindestatistik NRW, Heft 3d (1966); Beckmann (1993); Neumann (1884); Großmann (1937); Zassenhaus (1988)

Tabelle 5: Gestiegenes Heiratsalter und geringerer Geburtenüberschuss in der jüdischen Gemeinde Lübbecke (1830-1867)

Zeitraum	1830-1847	1850-1867
Geburten:	77	54
Mädchen:	37	25
Jungen:	40	29
Heiraten:	10	21
Durchschnittliches Heiratsalter:		
der Männer:	27,2 Jahre	35,5 Jahre
der Frauen:	22,8 Jahre	23,2 Jahre
Todesfälle:	31	30
Männlich:	19	16
Weiblich:	12	14
Säuglinge:		
Männlich:	1	1
Weiblich:	3	-
Kinder:		
Männlich:	4	6
Weiblich:	2	3
Durchschnittliche Lebenserwartung:		
Aller Altersgruppen:	39,6 Jahre	40,5 Jahre
Männer:	44,4 Jahre	35,1 Jahre
Frauen:	32,1 Jahre	42,4 Jahre
Geburtenüberschuss:	46	24

Quellen: StdtA Lübbecke B 63.6; StAdt (Personenstandsarchiv Westfalen-Lippe) P 2 Nr. 210

Im Unterschied zur jüdischen Bevölkerungsentwicklung im Kirchspiel Rahden und in der Stadt Lübbecke erreichte die jüdische Bevölkerung in der Ortschaft Levern erst im Jahre 1880 mit 9 Familien und 60 Personen ihr demographisches Maximum. Im Jahre 1816 gab es nicht mehr als 3 jüdische Familien in Levern, im Jahre 1858 10 Familien mit 48 Personen, darunter 18 Kinder, im Jahr 1900 sogar 11 Familien mit nur 10 Kindern.²⁰ Als Erklärung dieses Phänomens verweist Hillebrand auf das Verharrungsvermögen der in Levern wohnenden jüdischen Viehhändler und auf

¹⁹ Vgl. Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Düsseldorf 1977, S. 21-27

²⁰ Vgl. Hillebrand (1996), S. 32

einen im Verhältnis zu anderen jüdischen Gemeinden verzögerten Geburtenüberschuss.²¹
 Folgende Tabelle zeigt das relative und absolute Wachstum der jüdischen Gemeinde in Levern:

Tabelle 6: Langsames Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in Levern (1818-1880)

Jahr	1818	1834	1843	1858	1867	1871	1880	1900
Levern	1.021	1.299	1.432	1.223	1.295	1.267	1.139 ^a	1.107 ^b
Juden	6	22	28	48	54 ^c	48	60	36
in %	0,6	1,7	1,95	3,9	4,16	3,8	5,3	3,25

a) Zahl gilt für 1885; b) Zahl gilt für 1905; c) Zahl gilt für 1865

Quellen: Hillebrand (1996); Jehle (1998); Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966)

Tabelle 7: Gebürtigkeit und Sterblichkeit unter den Juden im Vergleich zu der allgemeinen Bevölkerung der Stadt Lübbecke (1830-1863)

Jahr	Gesamtbevölkerung			Juden		
	a) Geburten	b) Todesfälle	a:b in %	a) Geburten	b) Todesfälle	a:b in %
1830	78	72	108,3	7	2	350
1831	96	85	112,9	4	3	133,3
1832	85	74	114,8	4	1	400
1833	88 (3 unehelich)	78	112,8	4	2	200
1834	91	63	144,4	4	1	400
1835	100	92	108,7	5	1	500
1836	113	86	131,4	7	2	350
1837	78	87	89,6	3	1	300
1838	97	54	179,6	0	2	0
1839	81	90	90,0	6	5	120
1840	107	68	157,3	4	0	(4)
1841	86	69	124,6	3	2	150
1842	95	67	141,8	6	4	150
1843	105 (8 unehelich)	78	134,6	4	1	400
1844	77	65	118,5	1	2	50
1845	101	68	148,5	3	0	(3)
1846	110	73	150,7	6	1	600
1847	87	63	138,0	6	1	600
☉ ☿						
1850	82	38	215,8	4	2	200
1851	76	83	91,5	0	1	0
1852	96	52	184,6	4	0	(4)
1853	95	45	211,1	1	1	100
1854	105	84	125	3	5	60
1855	87	86	101,1	4	1	400
1856	70	64	109,4	3	0	(3)
1857	101	70	144,2	3	0	(3)
1858	72	56	128,6	3	1	300
1859	114	63	180,9	4	3	133
1860	101	62	162,9	6	1	600
1861	79	54	146,3	2	5	40
1862	95	46	206,5	2	1	200
1863	95	87	109,2	3	2	150

Summe	2.943	2.222	132,4	119	54	220,37
Geburtenüberschuss: (24,5%)	721			Geburtenüberschuss: 65 (54,6%)		

Quellen: Chronik der Stadt Lübbecke; StdtA Lübbecke, B 63.6; StADT, P 2 Nr. 210

²¹ Vgl. ebd., S. 34

Preußisch Oldendorf wurde Ende des 17. Jahrhunderts als Flecken und Leggeort bezeichnet und am 17.4.1719 mit den anderen ravensbergischen Flecken und Weichbildern, nämlich Werther, Halle i.W., Borgholzhausen und Versmold zur Stadt erhoben. Nach der napoleonischen Zeit ab 1817 galt der Ort als Titularstadt mit ca. 609 Einwohnern, unter ihnen – wie in Tabelle 1 aufgeführt – 42 Juden in 11 Familien, darunter 17 Männer, 15 Frauen und 10 Kinder unter 14 Jahren. Seit 1843 wurde der Ort nach der Einführung der Landgemeindeordnung vom 31.10.1841 und dessen Paragraphen 66 für städtische Gemeinden verwaltet.²² In den Jahren 1855-58 erreichte die Zahl der jüdischen Gemeinde ein lokales absolutes und relatives Maximum von 58 Personen (ca. 7%). Die zuletzt genannten Daten müssen jedoch insofern kritisch gelesen werden, als auch in der benachbarten Gemeinde Holzhausen jüdische Familien lebten. Im Frühjahr 1848 bewarben sich der Buchbinder Heinemann Heidelberg und der Färber Emanuel Schutz aus Holzhausen beim Vorsteher Michael Rintels um ihre Aufnahme in die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf, die nach dem Gesetz vom 23.7.1847 aufgefordert worden war, über die Grenzen des neu zu bildenden Synagogenbezirkes zu beraten.²³ Die Tatsache, dass das Lehrergehalt für das erste und zweite Quartal 1848 auf 9 jüdische Haushaltsvorstände in Preußisch Oldendorf umgelegt wurde, zeigt, dass die jüdische Familienzahl seit 1817 nur unwesentlich gesunken war, auch wenn man bedenken muss, dass manche Haushaltsvorstände ledig, verwitwet oder kinderlos gewesen sein mochten.²⁴ Die nachfolgende Tabelle kann für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts nur Anhaltspunkte liefern, denn die Zahl der Juden wird auf die Einwohnerzahl der Stadt Preußisch Oldendorf bezogen.

Tabelle 8: Geringes Wachstum der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf (1789-1858)

Jahr	1789	1817	1843	1858	1871	1895
Pr. Oldendorf	455	609	770	832	869	849
Juden	41	42	51	58	43	22
in %	9,0	6,9	6,6	7,0	4,9	2,6

Quellen: Aschoff (1996); Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3c (1966); Gemeindelexikon (1897); Großmann (1937); Jehle (1998); Pracht (1998)

Auch in der Gemeinde Dielingen an der nordwestlichen Kreisgrenze lebten jahrzehntelang jüdische Familien. Gab es hier im Jahre 1817 erst eine Familie bestehend aus 2 Frauen, 2 Männern und 3 Kindern (0,8% der Gesamtbevölkerung), so wuchs die Gemeinde auf 17 Personen

²² Vgl. Besserer, Dieter: Beiträge zur Geschichte der Stadt Preußisch Oldendorf bis zum Jahre 1843, in: 275 Jahre Stadtrechte 1719-1994: Bünde, Enger und Preußisch Oldendorf. Hg. im Auftrag der Städte Bünde, Enger und Preußisch Oldendorf von Sabine Bartetzko und Andrea Plüss. Bielefeld 1994, S. 146

²³ Vgl. Artikel „Preußisch Oldendorf“, in: Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 415; Gemeindestatistik NRW, Heft 3d (1966); Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1, 75 A Pr 3, Nr. 1

²⁴ Vgl. Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1, 75 A Pr 3, Nr. 1

im Jahre 1871 (1,6%). Bis zum Jahre 1905 war sie auf 14 Personen (1,5%) zurückgegangen.²⁵ Im Januar 1861 wandten sich die fünf jüdischen Familienvorstände in einem Protestschreiben an das Ministerium für geistliche Angelegenheiten in Berlin, weil sie die Synagoge in Lemförde, einen Ort, der eine Viertel Meile jenseits der Kreisgrenze im Königreich Hannover lag, weiterhin zum Gottesdienst zu besuchen wünschten und nicht dem Synagogenbezirk der Gemeinde Levern zugeordnet werden wollten, da dieser Ort 1 ½ Meilen entfernt lag und der längere Weg für Erwachsene wegen der Vorschriften der Thora nicht gangbar und für die Kinder der Weg nicht zumutbar war, um in Levern Religionsunterricht zu erhalten.²⁶

In der Gemeinde Wehdem gab es im Jahre 1817 1 jüdische Familie bestehend aus zwei Männern, einer Frau und einem Kind (0,3% der Gesamtbevölkerung), im Jahre 1871 22 Juden (1,7%) und im Jahre 1905 23 Juden (2,2%). In den 1850er Jahren waren in dieser Gemeinde drei jüdische Familien ansässig, von denen sich eine der Synagogengemeinde Lemförde (Coblenzer), eine andere der Synagogengemeinde Levern (Sauer) zuordnete und die dritte (Buchthal) eine indifferente Haltung zur Frage der kultischen Zugehörigkeit einnahm.²⁷

Im Kapitel 2.2. beschreiben wir die jüdische und allgemeine demographische Entwicklung im Kreis Halle i.W. im 19. Jahrhundert und versuchen, die Unterschiede und Analogien der Entwicklungen zu vergleichen. Die Fragen, von welchen sozialen Gruppen und Altersgruppen die demographische Dynamik getragen wurde und welche unterschiedlichen politischen und ökonomischen Ursachen der Auswanderung nach Amerika und der Abwanderung in die größeren, zunehmend industrialisierten Städte für Juden und Nichtjuden zu Grunde lagen, werden in den Kapiteln 2.4 und 2.5 diskutiert.

2.2 Die Bevölkerungsentwicklung der jüdischen Gemeinden im Kreis Halle i.W. im 19. Jahrhundert im Vergleich zur allgemeinen: absolute und relative Maximalwerte

In dem im Jahre 1816 neu eingeteilten Kreis Halle i.W., der sich aus dem ehemaligen Amt Ravensberg, der Vogtei Werther im früheren Amt Sparrenberg und den Bauerschaften Brockhagen und Steinhagen in der Vogtei Brackwede zusammensetzte, lebten seit Jahrzehnten jüdische Familien in den Kleinstädten – wenn wir von Ost nach West gehen – Werther, Halle i.W., Borgholzhausen und Versmold.¹

²⁵ Vgl. Aschoff (1996), S. 137; Engel, E. (Bearb.): Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Materialien der allgemeinen Volkszählung vom 1.12.1871. Berlin 1874; Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen sowie die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1.12.1905. Berlin 1909

²⁶ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 255

²⁷ Vgl. Aschoff (1996), S. 137; Engel (1874), S. 30f; Gemeindelexikon (1909); Hillebrand (1996); S. 51

¹ Vgl. 1816-1966. 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.). Eine Darstellung seiner Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Hg. v. Landkreis Halle (Westf.). Halle (Westf.) 1966, S. 19; Stern, Selma: Der preußische Staat und die Juden. 3. Teil, 2. Akten, 1. Halbband. Tübingen 1971, S. 766

Die Zahl der jüdischen Bevölkerung im Kreis Halle i.W. soll im Jahre 1812 162 Personen betragen haben und bis zum Jahr 1817 auf 253 Personen oder 0,98% der allgemeinen Bevölkerung angestiegen sein. Ein angebliches Anwachsen der jüdischen Bevölkerung um 56,2% innerhalb von nur fünf Jahren ist allerdings nur so erklärlich, dass die Ausgangszahl von 162 Personen einem möglicherweise kleineren Gebiet als dem späteren Kreis Halle i.W. zugeordnet wurde. Bis zum Jahr 1821 soll die jüdische Bevölkerung um 19% auf 205 Personen (0,76% der Gesamtbevölkerung) gesunken sein. Der Landrat des Kreises Halle i.W., August zur Hellen, berichtete der Bezirksregierung am 5.1.1835, dass die jüdische Bevölkerung von 271 Personen im Jahre 1831 auf 280 angestiegen sei und führte das Wachstum um 3,3% auf „neu geborene Kinder“ und auf die „Rückkehr eines Individuums aus dem Militair-Dienste“ zurück.² Auf Kreisebene erreichte die jüdische Bevölkerung in den Jahren 1843-49 mit 295 Personen oder 0,93% der Gesamtbevölkerung einen absoluten, wenn auch keinen relativen Maximalwert im Vormärz, als die allgemeine Bevölkerungszahl schon zu sinken, zumindest aber zu stagnieren begann. Rein statistisch gesehen bilanzierte sich die Zu- und Abnahme sowohl in der allgemeinen als auch in der jüdischen Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum zwischen 1843-49 so sehr aus, dass beide zu stagnieren schienen. Die nachfolgende Tabelle zeigt das absolute und relative Wachstum der jüdischen und der allgemeinen Bevölkerung bis 1849 im Kreis Halle i.W. und die Abnahme beider Bevölkerungsgruppen bis zur Reichsgründung und dem ersten Jahrzehnt der großen Depression.

Tabelle 9: Zu- und Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Halle i.W. (1817-1880)

Jahr	1817	1821	1837	1843	1849	1858	1867	1871	1880
Kreis Halle i.W.	25.727	26.825	30.973	31.694	31.696	29.551	29.297	27.840	28.101
Juden	253	205	290	295	295	268	244	203	177
In %	0,98	0,76	0,94	0,93	0,93	0,9	0,83	0,72	0,63

Quellen: Aschoff (1996); Herzig (1973); Neumann (1884); Reekers (1956); Wolf (1905); Preußische Statistik, Bd. XVI, I. Theil (1869); Preußische Statistik, Bd. XXX (1875); Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966); StdtA Halle, A 609; StdtA Werther, A 75; StdtA Borgholzhausen, A 441; StdtA Versmold, A 246

Die allgemeine Bevölkerung nahm also im Zeitraum von 1817-49 um 23,2% zu, um dann infolge der negativen Wanderungsbilanz (Auswanderungen) bis 1867 um 7,6% abzunehmen. Als Grund für die erste Entwicklung werden Geburtenüberschüsse angegeben.³ Demgegenüber nahm die jüdische Bevölkerung zunächst von 1817-21 angeblich um 19% ab, um dann bis 1843 um 43,9% zuzunehmen. Von 1849-67 war die jüdische Bevölkerungsbewegung dem allgemeinen Trend insofern ähnlich, als sie sich ebenfalls verringerte, allerdings in viel höherem relativen Maße, nämlich um 17,3%. Die Frage, welche sozialökonomischen Ursachen diesen Bevölkerungsbewegungen zu Grunde lagen, soll in den nächsten Teilkapiteln diskutiert werden.

² Vgl. Aschoff (1996), S. 117; StADt, M 1 I L Nr. 274

³ Vgl. 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.), S. 131

Betrachten wir zunächst die jüdische und allgemeine Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle i.W. Während im Jahr 1763 fünf jüdische Familien an diesem Ort lebten, berichtete der Bürgermeister Sprenger dem Landrat am 11. Oktober 1847 im Kontext des Gesetzes zur Bildung neuer Synagogenbezirke, dass aus der Stadt Halle i.W. ein Kaufmann, drei Handelsleute, zwei Buchbinder und drei Witwen vorgeladen worden seien, aus der benachbarten Ortschaft Steinhagen ein Handelsmann und ein Kaufmann, aus der ebenfalls zum Amt Halle i.W. gehörenden Gemeinde Brockhagen ein Handelsmann und ein Kaufmann und aus der Gemeinde Hörste ein Handelsmann.⁴ Für die Jahre 1831-1847 verteilte sich die jüdische Bevölkerung auf die Kreisstadt Halle i.W. und auf die sie umgebenden Gemeinden wie folgt:

Tabelle 10: Die jüdische Bevölkerung in der Stadt und im Amt Halle i.W. (1831-1847)⁵

Jahr	1831		1834		1847	
	mit staatsbürgerlichen Rechten	ohne staatsbürgerliche Rechte	mit staatsbürgerlichen Rechten	mit staatsbürgerlichen Rechten	mit staatsbürgerlichen Rechten	mit staatsbürgerlichen Rechten
Halle i.W.	19	7	31		41	
Hörste	8	-	7		9	
Steinhagen	8	6	13		11	
Brockhagen	7	-	8		17	
Summe	42	13	59		78	

Qualitativ gesehen weist diese Tabelle darauf hin, dass die 13 im Jahre 1831 in den jüdischen Familienbetrieben abhängig beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen, die kein preußisches Indigenat, d.h. Staatsbürgerrecht hatten, auch gleichzeitig vom Niederlassungsrecht und vom Erwerb des Stadtbürgerrechts ausgeschlossen waren, während seit 1834 zumindest theoretisch alle männlichen jüdischen Einwohner im Amt Halle i.W. seit Einführung der revidierten Städteordnung bzw. der Westfälischen Landgemeindeordnung (1843) in den Genuss des Stadtbürgerrechts kommen konnten, wenn sie das vorgeschriebene Alter hatten und bestimmte besitzmäßige und moralische Mindeststandards erfüllten.

Tabelle 11: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1849⁶

Stadt/Ort	Juden	Kinder bis Ende des 14. Lebensjahres		Personen von 15-60 Jahren		über 60jährige		Ehepartner	
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Halle	42	7	5	11	14	3	2	6	6
Brockhagen	12	4	4	1	2	1	-	1	1
Steinhagen	12	3	2	3	2	1	1	2	2
Hörste	8	2	2	2	2	-	-	1	1
Summe	74	16	13	17	20	5	3	10	10

⁴ Vgl. Stern, S. 766; StdtA Halle, A 611

⁵ Vgl. StdtA Halle, A 609. Zum Ausschluss der Frauen und Bürgerinnen vom aktiven und passiven Wahlrecht nach § 74 der Steinschen Städteordnung von 1808 und § 14 der revidierten Städteordnung von 1831 – unabhängig von der Frage, ob sie nichtjüdisch oder jüdisch waren – vgl. Frevert, Ute: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München 1995, S. 74-83

⁶ Vgl. StADt, M 2 Halle Nr. 7 und Nr. 206

Tabelle 12: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1852⁶

Ort	Juden	Alle Einwohner	Juden in %	Kinder bis Ende des 14. Jahres		Personen von 15-60 Jahren		über 60jährige		Ehepartner	
				männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Halle	41	1.447	2,8	7	3	12	14	1	4	6	6
Brockhagen	13	2.289	0,6	5	1	3	4	-	-	1	1
Steinhagen	18	1.860	1,0	5	5	3	3	1	1	3	3
Hörste	8	1.111	0,7	1	2	1	3	1	-	1	1
Summe	80	6.707	1,2	18	11	19	24	3	5	11	11

Tabelle 13: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1855

Ort	Juden	Alle Einwohner	Juden in %	Kinder bis Ende des 14. Jahres		Personen von 15-60 Jahren		über 60jährige		Ehepartner	
				männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Halle	37	1.452	2,5	7	5	11	10	2	2	6	6
Brockhagen	11	2.261	0,5	3	-	5	3	-	-	2	2
Steinhagen	23	1.724	1,3	8	7	4	3	-	1	3	3
Hörste	7	1.076	0,6	-	3	2	1	1	-	1	1
Summe	78	6.513	1,2	18	15	22	17	3	3	12	12

Tabelle 14: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1858

Ort	Juden	alle Einwohner	Juden in %	Kinder bis Ende des 14. Jahres		Personen von 15-60 Jahren		über 60jährige		Ehepartner	
				männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Halle	34	1.415	2,4	7	4	10	9	3	1	6	6
Brockhagen	8	2.154	0,4	-	-	3	4	1	-	1	1
Steinhagen	17	1.727	1,0	7	4	2	3	1	-	2	2
Hörste	7	1.026	0,7	-	2	2	2	1	-	1	1
Summe	66	6.322	1,0	14	10	17	18	6	1	10	10

Tabelle 15: Die Bevölkerungsstruktur der Juden im Amt Halle i.W. im Jahre 1861

Ort	Juden	alle Einwohner	Juden in %	Kinder bis Ende des 14. Jahres		Personen von 15-60 Jahren		über 60jährige		Ehepartner		Ärzte, Lehrer, Wiss.
				männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Halle	42	1.443	2,9	8	5	9	15	4	1	6	6	2
Brockhagen	9	2.172	0,4	-	-	5	3	1	-	2	2	-
Steinhagen	12	1.801	0,7	4	1	2	3	1	1	2	2	-
Hörste	6	1.057	0,6	-	1	1	3	1	-	1	1	-
Summe	69	6.473	1,1	12	7	17	24	7	2	11	11	2

Tabellen 10-15 veranschaulichen, dass sowohl die jüdische als auch die allgemeine Bevölkerung im Amt Halle i.W. im Jahr 1852 absolute Maximalwerte mit 80 bzw. 6.707 Personen erreichten. Nach 1852 gehen beide Bevölkerungsgruppen kontinuierlich zurück, steigen aber bis 1861 wieder leicht an. Die kleine jüdische Gemeinde in der Kreisstadt Halle i.W. selbst erreichte erst im Jahre 1871 ihr relatives und absolutes Maximum mit 47 Personen oder 3,2% der Gesamtbevölkerung. Der Zuzug von zwei jüdischen Familien in den Jahren 1861 (Rechtsanwalt Emil Friedlaender) und

⁶ Vgl. StADt, M 2 Halle Nr. 7 und Nr. 206

1864 (Kreisarzt Abraham Strauß) hatte bei der kleinen Minderheit von sechs Familien zur Folge, dass sich der Abwanderungsprozess in die größeren Städte lediglich verzögerte, aber auf Dauer nicht aufzuhalten war.

Tabelle 16: Langsames Anwachsen der jüdischen Gemeinde in Halle i.W. (1831-1871)

Jahr	1831	1843	1849	1852	1858	1871	1885
Halle, Kreisstadt	1.280	1.452	1.423	1.447	1.415	1.480	1.711
Juden	26	44	42	41	34	47	32
in % aller	2,0	3,0	3,0	2,8	2,4	3,2	1,9

Quellen: Engel (1874); Neumann (1884); StdtA Halle, A 609; Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964); Heft 3d (1966)

Die jüdische Bevölkerung der Kleinstadt Werther wuchs von drei Familien im Jahre 1714 auf 16 Familien im Jahre 1826.⁷ Ihren absoluten Maximalwert erreichte sie im Jahre 1840 mit 111 Personen oder 5,8% der gesamten Kleinstadtbevölkerung. Von 1840 bis 1871 sank die jüdische Bevölkerung um 37%, während sich die allgemeine Bevölkerung im selben Zeitraum um 12,9% verringerte. Abwanderungen, Auswanderungen, Todesfälle und ein um 72% deutlich geringerer Geburtenüberschuss im Zeitraum 1850-67 gegenüber 1830-47 (25:7) lagen der negativen jüdischen Bevölkerungsentwicklung zu Grunde. Mit 68 Personen im Jahre 1885 war Werther dennoch die größte jüdische Gemeinde im Kreis Halle i.W.

Tabelle 17: Die jüdische Bevölkerungsentwicklung in der Kleinstadt Werther (1831-1885)

Jahr	1831	1837	1840	1843	1849	1858	1871	1885
Werther, Stadt	1.648	1.845	1.900	1.897	1.925	1.775	1.654	1.964
Juden	98	102	111	97	99	82	70	68
in % aller	5,9	5,5	5,8	5,1	5,1	4,6	4,2	3,5

Quellen: Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966); StdtA Werther, A 72, 75, 77, 398

Im Unterschied zur jüdischen Gemeinde in Halle i.W., aber analog zur jüdischen Bevölkerungsentwicklung in Werther, erreichte die jüdische Gemeinde in Borgholzhausen schon im Jahre 1831 mit 5,9% ihr relatives und im Jahr 1843 ihr absolutes Maximum mit 76 Personen im Vormärz. Die Zahl der jüdischen Familien war von 8 im Jahre 1763 auf 13 in den 1820er Jahren angewachsen. Im Jahre 1826 berichtete der Bürgermeister von Borgholzhausen, dass es in der jüdischen Gemeinde 40 Kinder (16 Jungen/22 Mädchen) gebe, wovon 15 im schulpflichtigen Alter seien.⁸ Im Jahre 1852 lebten in Borgholzhausen 8 jüdische Familien mit Kindern, eine

⁷ Vgl. Stern, Selma: Der preußische Staat und die Juden. 2. Teil, 2. Akten. Tübingen 1962, S. 531; StdtA Werther, A 72, 75, 77, 398
⁸ Vgl. Stern, Selma: Der preußische Staat und die Juden. 3. Teil, 2. Akten, 2. Halbband. Tübingen 1971, S. 766; StdtA Borgholzhausen, A 975

alleinerziehende Witwe mit einer Tochter, ein kinderloses Ehepaar, drei allein stehende Männer und eine allein stehende Frau. Die Zahl der jüdischen Kinder, die teils im jugendlichen Alter, teils junge Erwachsene waren, betrug 38.⁹ Im Unterschied zur jüdischen Gemeinde in der Kreisstadt Halle i.W. nahm die Zahl der Juden in Borgholzhausen gleichmäßig fortlaufend ab, bis beide Gemeinden um 1880 gleich groß waren.

Tabelle 18: **Langsamer Rückgang der jüdischen Bevölkerung von Borgholzhausen (1831-1885)**

Jahr	1831	1843	1849	1852	1858	1871	1885
Borgholzhausen, Stadt	1.228	1.388	1.289	1.292	1.179	1.085	1.144
Juden	73	76	63	64	52	30	33
in % aller	5,9	5,5	4,9	4,9	4,4	2,8	2,9

Quellen: Engel (1874); Jehle (1998); Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966); StdtA Borgholzhausen, A 975

In der Kleinstadt Versmold am südwestlichen Rande des Landkreises Halle i.W. lebten im Jahre 1818 drei jüdische Familien, im Jahre 1829 sechs und im Jahre 1847 acht.¹⁰ Seit Beginn der 1840er Jahre ließen sich auch eine jüdische Familie in der Nachbargemeinde Hesselteich und drei jüdische Familien in der Gemeinde Bockhorst im Amt Versmold nieder. Während die jüdische Familie in Hesselteich nach dem Tod des Familienvaters Ende der 1850er Jahre nach Bielefeld umzog, lebten in Versmold und Bockhorst bis in die NS-Zeit hinein weiterhin jüdische Familien. Das absolute und relative Maximum im 19. Jahrhundert erreichte die jüdische Bevölkerung im Amt Versmold im Jahre 1858 mit 65 Personen oder 0,9% der allgemeinen Bevölkerung. In der Stadt Versmold selbst lebten im Jahre 1858 43 Juden, die 3,2% der allgemeinen Bevölkerung ausmachten. Bis zur Zeit der Weimarer Republik verringerte sich die jüdische Bevölkerung langsam auf fünf Familien in Versmold und eine Familie in Bockhorst.

⁹ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906

¹⁰ Vgl. StdtA Versmold, A 244, 246, 1238

Tabelle 19: Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Amt Versmold (1818-1900)

Jahr	1818	1831	1843	1847	1858	1875	1890	1900
Versmold, Amt	6.516 ^a	?	7.606	7.641 ^b	7.452	7.215	7.515	7.697
Versmold, Stadt	1.243	1.331	1.405	1.326	1.350	1.480	1.558	1.607
Juden in Versmold	22	41	37	41	43	34	(48) ^c	35
Juden in Bockhorst	-	-	4	18	22	13	?	8
Juden in Hesselteich	-	-	3	2	-	-	-	-
Juden in % des Amtes	0,3	?	0,5	0,8	0,9	0,6	0,6	0,5
Juden in % der Stadt	1,8	3,2	2,6	3,0	3,2	2,3	?	2,2

a) Zahl gilt für 1819; b) Zahl gilt für 1846; c) Zahl gilt für Versmold und Bockhorst
 Quellen: Westheider (1994); Wolf (1905); StdtA Versmold, A 40, 44, 244, 246, 1031, 1238; Gemeindestatistik NRW Heft 3c (1964), Heft 3d (1966)

2.3 Zuwanderungen im 19. Jahrhundert

Bei der Diskussion der Frage, inwieweit das Wachstum der jüdischen Gemeinden im Untersuchungsgebiet in der Zeit des Vormärz nicht allein aufgrund von Geburtenüberschüssen, sondern aufgrund hinzuziehender Personen zu erklären ist, unterscheiden wir als Zuwanderer a) Ehepaare und Ehepartner, die sich von auswärts kommend in einer der kleinen jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebietes niederließen; b) einzelne Kauf- und Handelsleute, die beabsichtigten, sich in einer der Kleinstädte einzubürgern und c) Dienstpersonal und Lehrer, die von einzelnen jüdischen Familien oder der ganzen jüdischen Gemeinde (hebr. Kehilla) angestellt wurden.

Zweifellos stellte die erste Gruppe die größte Anzahl der neuen jüdischen Bürger in den Kleinstädten des Untersuchungsgebietes während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dar. Nachfolgend versuchen wir, die Bedeutung dieser Gruppe für die Kleinstadtgemeinden Lübbecke, Werther, Borgholzhausen, Halle i.W. und Versmold einzuschätzen und den Zuzugsradius der Eheleute zu beschreiben.

In Lübbecke verheirateten sich im Zeitraum von 1829-1847 neun junge jüdische Ehepaare nach jüdischem Ritus und zehn Ehepaare ließen sich schließlich in dieser Kreisstadt nieder.¹

Die Ehepaare kamen aus folgenden Städten und Orten: 1) Gehlenbeck (Meyer)/Einbeck (Stern), 2) Werther (Weinberg)/Lübbecke (Auerbach), 3) Lübbecke (Mergentheim)/ Bielefeld (Heilbronn), 4) Lübbecke (Mergentheim)/ Bünde (Ganz), 5) Lübbecke (Boas)/Westerkappeln (Michel), 6) Beckum (Mansbach)/Telgte (Jacobsohn), 7) Lübbecke (Rosenbaum)/Buer (Weingarten), 8) Lübbecke (Steinberg)/Alverdissen (Spanier), 9) Spenge (Ruben)/Preußisch Oldendorf (Rintels), 10) Lübbecke (Weinberg)/Erwitte (Stern).

In Werther wurden im Zeitraum 1828-1847 sieben Ehen nach jüdischem Ritus geschlossen, wobei alle Bräutigamme aus Werther stammten und die Eltern der Bräute in Blomberg (Rintels),

¹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.6

Oestinghausen bei Soest (Rose), Rheda (Wallach), Lichtenau bei Paderborn (Löwenstein), Heiden bei Detmold (Erda), Ossendorf (Westheim) und Meinberg (Jacobsberg) lebten.²

Auch das Anwachsen der jüdischen Gemeinde in Borgholzhausen kann insofern erklärt werden, als in dieser Kleinstadt im Zeitraum von 1822-1845 zehn Ehen nach jüdischem Ritus geschlossen wurden.³ Die in Borgholzhausen lebenden Bräutigamme hießen Nachman Polly, Abraham Polly und Samuel Löbenstein, deren Bräute aus Herzfeld bei Hofstadt (Julchen Jeremias), aus Borgholzhausen (Jette Abrahams) und Werther (Sara Greve) stammten. Die Eltern der Bräute des Abraham Bendix Weinberg, der in Werther geboren war, lebten in Borgholzhausen, Verl und Bünde. Lefmann Silberberg, der aus Oestinghausen gebürtig war, ehelichte Bräute aus Borgholzhausen (Windmüller) und Freckenhorst (Rosenberg). Die Braut des aus Werther stammenden Pferdehändlers Samuel Meyerson kam aus Cloppenburg im Oldenburgischen. Die Brauteltern (Joseph) des Handelsmannes Feidel Joseph Steinfeld, der sich in Borgholzhausen niederließ, lebten in Gütersloh.

In der kleinen jüdischen Gemeinde Halle i.W. wurden im Zeitraum 1828-1845 vier Ehen nach jüdischem Ritus geschlossen: 1) der Uhrmacher Feidel Stern ehelichte Regina Reinhaus aus Sendenhorst vor dem Landesrabbiner Abraham Sutro aus Münster; 2) der Buchbinder Selig Weinberg ehelichte Jeanette Pollack aus Bünde; 3) der Viehhändler Bendix Goldschmidt verheiratete sich mit Sara Meyer aus Halle i.W. und 4) der Handelsmann Simon Goldstein ging mit Minna Goldschmidt aus Rahden die Ehe ein.⁴

Im Zeitraum 1850-1874 wurden vierzehn Ehen mit Ehepartnern aus dem Amt Versmold geschlossen, wobei es zu folgenden Verbindungen kam: 1) Hesselteich (Ganz)/Bockhorst (Weinberg), 2) Versmold (Heilbrunn)/Versmold (Katz), 3) Bockhorst (Weinberg)/Erwitte (Stern), 4) Versmold (Weinberg)/Bielefeld (Merfeld), 5) Steinhagen (Wisbrunn)/Bockhorst (Weinberg), 6) Höxter (Eisenstein)/Versmold (Weinberg), 7) Versmold (Eisenstein)/Hörste (Kirschbaum), 8) Brockhagen (Bergfeld)/Versmold (Ganz), 9) Schelfen (Simons)/Bockhorst (Weinberg), 10) Versmold (Spiegel)/Freckenhorst (Lefmann), 11) Marsberg (Dalberg)/Bockhorst (Weinberg), 12) Südlohn (Wolff)/Versmold (Steinfeld), 13) Herne (Weinberg)/Bockhorst (Weinberg), 14) Melle (Kaufmann)/Versmold (Steinfeld).⁵

Die Mehrzahl der genannten Ehepartner kamen also aus Orten der benachbarten Kreise der Regierungsbezirke Minden und Münster. Die entferntesten Orte, aus denen Ehepartner stammten, waren Herne (Kreis Bochum), Schelfen (Kreis Gladbach) und Cloppenburg im Oldenburgischen.

Es kann aber auch wenigstens an zwei Beispielen gezeigt werden, dass sich Juden aus dem Untersuchungsgebiet mit Ehepartnern aus Süddeutschland (Franken und Bayern) verehelichten. So wurde bereits erwähnt, dass der in Lübbecke geborene und in Rahden wohnhafte Drechsler

² Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

³ Vgl. ebenda

⁴ Vgl. ebenda

⁵ Vgl. StADt, P 2 Nr. 187

Joel Ginsberg mit Bavette Baue aus Würzburg am 18.12.1822 vor seinem Vater, dem Lehrer Wolf Ginsberg, die Ehe schloss.⁶

Der Gründer der Firma Abraham Hecht (1789-1851) in Lübbecke stammte aus Zeitlofs in Bayern.⁷ Er hatte als junger Mann bei dem Tuchhändler Nathan Moses Steinberg in Lübbecke gelernt, bevor er sich mit Friederike Pins (1801-1887) verheiratete, sich selbständig machte, in diesem Ort ein Manufakturwarengeschäft (1807) gründete und später ein Leinengroßhandelsgeschäft aufbaute. Streng genommen fällt dieses Beispiel schon in die Kategorie b).

Obwohl auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterhin jüdische Familien in die kleinen jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebietes zogen und im allgemeinen keine Schwierigkeiten hatten, das Bürgerrecht zu erwerben, reichte ihre Ansiedlung offensichtlich – wie wir anhand der Statistiken sahen - nicht aus, um die Verluste der jüdischen Gemeinden aufgrund von Todesfällen, Abwanderungen und Auswanderungen zu kompensieren. Die jüdische Gemeinde von Lübbecke beispielsweise verringerte sich von 129 Personen im Jahre 1849 auf 73 im Jahre 1895 oder von 4,6% auf 2,3% der Gesamtbevölkerung trotz Zuzugs mehrerer Familien in den 1850er und 1860er Jahren.⁸

In der Stadt Lübbecke hatte die Familie des Pferdehändlers Levi Vogel (1850), der vom Dorf Fiestel im Kirchspiel Alswede nach Lübbecke zog, die Familie des Getreidehändlers und Schlachters Abraham Kahen aus Holzhausen bei Preußisch Oldendorf (1858) und die des Viehhändlers und gelernten Buchbinders Nathan Hurwitz aus Levern (1859) keine Schwierigkeiten, sich niederzulassen und einzubürgern. Auch der aus Dülmen kommende Arzt und Homöopath Dr. med. Samuel Leeser konnte sich, nachdem ein nichtjüdischer Kollege aus Lübbecke nach Amerika ausgewandert war, mit seiner Frau ab 1856 zunächst im benachbarten Gehlenbeck, spätestens seit 1870 in Lübbecke niederlassen und praktizieren.⁹

Es können eine ganze Reihe von Beispielen genannt werden, die zeigen, dass einzelne jüdische Kauf- und Handelsleute vor ihrer Verhehlung in die kleinen Gemeinden des Untersuchungsgebietes zogen, um sich beruflich zu etablieren und sich rechtlich und sozial einzubürgern. Feidel Joseph Steinfeld aus Versmold entschied Anfang der 1820er Jahre, sich in Borgholzhausen niederzulassen.¹⁰ Der Pferdehändler Samuel Meyerson aus Werther ließ sich ebenfalls schon in den 1820er Jahren in Borgholzhausen nieder.¹¹ Der Handelsmann Wolf Löbenstein, der in Borgholzhausen mit Rebecca Polly verheiratet war, stammte angeblich aus dem

⁶ Vgl. StADt, P 2 Nr. 134 und Nr. 123

⁷ Vgl. Beckmann (1994), S. 28f, Anmerkung 6; vgl. StdtA Lübbecke: Interview von Andrea Sundermeier und Isolde Oberlehberg mit Fred Edwards (alias Ludwig Meyer) vom 9.9.1986

⁸ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Hefte 3c (1964), 3d (1966); Chronik der Stadt Lübbecke; Gemeindelexikon (1898), S. 26f

⁹ Vgl. Beckmann (1994), S. 66

¹⁰ Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

¹¹ Vgl. StADt, P 2 Nr. 187; ALBI New York, AR 4130: Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi (1675-1736?) in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables. Typoskript. Boston 1974, S. 16

Königreich Böhmen.¹² Auch der Getreidehändler Heinemann Spiegel aus Herzfeld bei Soest konnte sich offensichtlich problemlos um das Jahr 1863 in Lübbecke einbürgern.¹³ Der Schlachter und Handelsmann David Eisenstein aus Höxter verheiratete sich nach Versmold im Jahre 1862, wanderte allerdings im Jahre 1866 nach Amerika aus und ließ ein Jahr später Frau und Kind nachkommen.¹⁴

Während der Einbürgerung der aus Preußisch Oldendorf nach Lübbecke gezogenen Kaufleute und Brüder Marcus und Leffmann Löwenstein im Jahre 1855 keine rechtlichen Schwierigkeiten entgegenstanden, obwohl sich die Brüder zunächst mit dem finanziellen Problem konfrontiert sahen, das zur Einbürgerung notwendige jährliche Mindesteinkommen von 300 Reichstalern (rtl) pro Person zu erwirtschaften¹⁵, stieß die beabsichtigte Niederlassung des Handelsmannes Levy Frank aus dem nahegelegenen Wagenfeld (Königreich Hannover) in Rahden auf die gemeinsame Ablehnung der im Orte etablierten jüdischen und nichtjüdischen Kaufleute. In einem Protestbrief der Kaufleute vom 10.6.1817 an die Bezirksregierung, der den Zweck verfolgte, ihre ökonomischen Gruppeninteressen zu wahren, argumentierten die fünf jüdischen und fünf nichtjüdischen Kaufleute, dass sich die Zahl der jüdischen Familien, die in Rahden angeblich von sechs im Jahre 1806 auf achtzehn im Jahre 1817 gestiegen sei, noch erhöhe, wenn Frank die Erlaubnis erhalte, sich mit seinen Handelsknechten in Rahden niederzulassen. In dem Brief wurde besonders deutlich, dass die etablierte Kaufmannschaft in Rahden eine sich noch verstärkende Konkurrenz der Hausierer befürchtete, zu denen auch Frank gehörte. Doch der geplante Zuzug von Frank war nicht in erster Linie ökonomisch motiviert, sondern die Folge der Politik des Königreiches Hannover, die darauf abzielte, alle Juden, die sich während der napoleonischen Zeit auf hannoverschem Gebiet niedergelassen hatten, abzuschieben.¹⁶

Aus dem Antwortschreiben der Bezirksregierung in Minden ging hervor, dass sie die Niederlassung des Handelsmannes Frank sehr wahrscheinlich – wenn auch de facto letztlich erfolglos – zu verhindern beabsichtigte. Sie nahm den Fall zum Anlass, ihre Politik zu betonen, so genannte „Einwanderungen aus der Fremde“ künftig nicht mehr zuzulassen, um die Vermehrung der jüdischen Einwohner zu unterbinden. Mit dieser Umschreibung des Wortes „Fremde“ bezog sie sich auf Juden, die beabsichtigten, ihre Wohn- und Arbeitsstätten in den benachbarten oder ferneren Königreichen und Fürstentümern zu verlassen, um sich im preußischen Regierungsbezirk Minden niederzulassen. In einem ministeriellen Reskript vom 9.8.1823 wurde der Provinzialregierung in Münster und der Bezirksregierung in Minden bestätigt, dass die preußische

¹² Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

¹³ Vgl. Beckmann, Volker: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Lübbecke 1993, S. 91

¹⁴ Vgl. Müller, Friedrich: Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert. Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Minden, II. Teil. Heimliche Auswanderung 1814-1900. Beiträge zur westfälischen Familienforschung. Bd. 47/48. Münster 1992, S. 570, Nr. 16817

¹⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4a

¹⁶ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 273

Regierung die Zuwanderung von ausländischem jüdischen Dienstpersonal nur ausnahmsweise zu genehmigen beabsichtige.¹⁷

Dieses ministerielle Reskript interpretierte die Bezirksregierung in Minden dahingehend, dass sie am 27.8.1823 die Landräte ihres Bezirks aufforderte, zur Vorbereitung einer Abschiebeaktion relevante Personaldaten ausländischer jüdischer Dienstpersonen, Männer und Frauen, einzureichen. Rückendeckung für diese antiliberalen Politik erhielt die Bezirksregierung in Minden am 4.3.1824 vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Ludwig von Vincke, der sich von einer schnellen Abschiebeaktion jüdischen Dienstpersonals nicht nur die Eindämmung des „Schacherhandels“ und der „wucherlichen Umtriebe“ versprach, sondern eine solche Politik als „wohlthätig“ sowohl für die Abgeschobenen als auch für die nichtjüdische Mehrheitsbevölkerung charakterisierte. Er rechtfertigte die Abschiebepolitik gegenüber der Bezirksregierung Minden mit dem Hinweis darauf, dass jüdisches Dienstpersonal möglicherweise mit ansässigen Händlern und Kaufleuten konkurrieren könnte, wenn es auf eigene Rechnung Geschäfte betriebe. Außerdem fördere die Anstellung von jüdischem Dienstpersonal die „Absonderung“ der Juden von ihren nichtjüdischen Nachbarn.¹⁸ Obwohl der Oberpräsident gute Beziehungen zu Vertretern der jüdischen Elite wie Alexander Haindorf unterhielt und die Marks-Haindorf-Stiftung als Mitglied und Präsident von 1834-1844 unterstützte, war er andererseits auch in einer Gesellschaft für Judenmission aktiv, hegte große Vorurteile gegenüber der jüdischen Religion und machte in seinen Gutachten von 1824-26 deutlich, dass er die jüdischen Händler für die desolaten Verhältnisse der Bauern während der Agrarkrise der 1820er Jahre verantwortlich hielt.¹⁹

Nach der von der Mindener Bezirksregierung eingeforderten Aufstellung der Landräte gab es am 11.2.1824 im Kreis Rahden 13 jüdische Dienstpersonen, darunter acht „Hausmädchen“, drei „Schlächtergesellen“, einen „Handlungslehrling“ und einen „Handlungsgehilfen“. Im Kreis Halle i.W. wohnten und arbeiteten zu dieser Zeit zwei jüdische Mägde, zwei Knechte und zwei Schullehrer, die nicht aus dem Regierungsbezirk stammten.²⁰

¹⁷ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 273

¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹ Vgl. Aschoff, Diethard; Schlautmann-Overmeyer, Rita: Vincke und die Juden, in: Kloosterhuis, J.; Behr, H.-J. (Hg.): Ludwig Freiherr Vincke. Ein westfälisches Profil zwischen Reform und Restauration in Preußen. Münster 1994, S. 305. Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997, S. 48. Erb, Rainer: „Jüdische Güterschlächtere“ im Vormärz. Vom Nutzen des Stereotyps für wirtschaftliche Machtstrukturen, dargestellt an einem westfälischen Gesetz von 1836, in: International Review for Social History, Jg. 30 (1985), S. 314

²⁰ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 273

Tabelle 20: **Geschlecht, Alter, Herkunft und Funktion jüdischen Dienstpersonals im Kreis Rahden (11.2.1824)**

LÜBBECKE

☉☉LENE HIRSCH, Hausmädchen, 24 Jahre, Rettenberg in Bayern, seit 1 Jahr bei Nathan Steinberg in Lübbecke, früher 1 ½ Jahr in Petershagen.
☉☉BERTA BEHRENS, Hausmädchen, 17 Jahre, Detmold, seit ½ Jahr bei Kaufmann Mergentheimer in Lübbecke, früher 3 Jahre in Rahden.
☉☉SABINA ADELSHEIM, Hausmädchen, 22 Jahre, Lemförde im Hannoverschen, seit 1 Jahr bei Kfm. Abraham Hecht in Lübbecke, früher 2 Jahre Petershagen.
☉☉HANNA NATHAN, Hausmädchen, 21 Jahre, Lemförde, 1 ½ Jahr bei Bendix Boas in Lübbecke.
☉☉FANNY IMMANUEL, Hausmädchen, 20 Jahre, Horn im Lippischen, seit ½ Jahr bei Kaufmann Simon Rosenberg.

PREUßISCH OLDENDORF

☉☉SALOMON VORREUTER, Handlungsgehilfe, 23 Jahre, Sulzdorf in Bayern, seit 7 ½ Jahren bei Kaufmann Löwenstein in Oldendorf, früher in Enger.
☉☉SAMUEL GUMBRICH, Schlächtergeselle, 46 Jahre, Pfaffenwiesbach in Nassau Usingen, 4 Jahre bei Schlächter Silberschmidt in Oldendorf.

RAHDEN

☉☉LEVI MENDEL, Schlächterknecht, 22 Jahre, Gleicherwiesen im Herzoglich Sächsischen, seit dem 20. April 1823 bei Wolf Rosenberg in Rahden, hat sich bisher gut betragen.
☉☉MICHEL GOLDSCHMIDT, Schlächterknecht, 23 Jahre, Welze im Hannoverschen, seit dem 15. Oktober 1823, vorher zwei Jahre daselbst, bei Magnus Rosenberg daselbst.
☉☉SARA BLUMENTHAL, Hausmädchen, 16 Jahre, Bösingfelde im Lippischen, seit dem 15. Oktober 1823 bei Salomon Goldschmidt daselbst.
☉☉ELLE ROSENBERG, Hausmädchen, 14 Jahre, Wagenfeld im Hannoverschen, seit Michaelis 1823 bei Joseph Goldschmidt zu Rahden, hat sich bisher gut aufgeführt.

WEHDEM

☉☉MOSES STRAUß, Handlungslehrling, 18 Jahre, Kleineibstadt in Bayern, seit 7 ½ Jahren bei Philipp Coblenzer zu Wehdem.
☉☉VOGEL FRANKFURTER, Hausmädchen, 20 Jahre, Varenholz im Lippischen, seit 5 Jahren bei Philipp Coblenzer zu Wehdem.

Sämtliche oben aufgeführten Dienstpersonen sollten nach einem Schreiben der Bezirksregierung Minden an die Landräte der Kreise vom 10.3.1824 spätestens nach Ablauf von sechs Monaten freiwillig oder zwangsweise mit Pässen versehen und nach ihren Geburtsorten oder sonstigen Orten außerhalb des Regierungsbezirkes abgeschoben werden. Die Bezirksregierung zeigte mit dieser Maßnahme nicht nur, wie illiberal und antisemitisch sie handelte, sondern auch, dass sie die Ursachen der Agrarkrise an der falschen Stelle bekämpfte. Fallende Getreidepreise seit Beginn der 1820er Jahre und Verschuldungen der Bauern infolge der Ablösungen hatten nichts mit jüdischem Dienstpersonal zu tun.²¹

Im Kreis Halle i.W. lebten und arbeiteten am Stichtag des 11.2.1824 folgende jüdische Dienstpersonen:

²¹ Vgl. Mooser, Josef: Ländliche Klassengesellschaft 1770-1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen. Göttingen 1984, S. 132

Tabelle 21: **Geschlecht, Alter, Herkunft und Funktion jüdischen Dienstpersonals im Kreis Halle i.W. (11.2.1824)**

AMT HALLE i.W.

1 ♀ LENE MEYER, Dienstmagd, 30 Jahre, Herzogtum Mecklenburg, Stadt Güstrow, seit 16 Jahren bei Meyer Goldstein zu Halle, welcher sie als Kind angenommen.
2 ♂ JOSEPH STRAUß, Handlungsknecht, 26 Jahre, Merzbach in Bayern, seit ½ Jahr bei Levi Kirschbaum in Steinhagen, früher 6 ½ Jahre im Münsterschen.
3 ♂ ABRAHAM WAACK, Schullehrer, 32 Jahre, Lamberg im Österreichischen, seit 5 Jahren bei der jüdischen Gemeinde in Halle.

VERSMOLD

4 ♂ REISACH ABEL, Schullehrer, 20 ½ Jahre, Secherwelle ohnweit Bialystok in Rußland, seit 7 Monaten bei der jüdischen Gemeinde in Vermold.
--

WERTHER

5 ♀ JULIE EXAMEN, Magd, 19 Jahre, Heiligenkirchen im Detmoldischen, seit 1 ½ Jahr bei B. A. Meyerson in Werther.
6 ♂ SEELIG, Knecht, 28 Jahre, aus dem Hessischen, seit ½ Jahr bei M. Abrahamson in Werther, früher zu Bünde.

Quelle: StADt, M 1 I L Nr. 273

Von diesen Dienstpersonen sollten die beiden weiblichen und alle männlichen abgeschoben werden. Besonders unmenschlich und ökonomisch unsinnig erscheint aus unserer Sicht die geplante Zwangsabschiebung des Adoptivkindes Lene Meyer des Handelsmannes und Schlachters Meyer Goldstein in Halle i.W. Von der Abschiebung der beiden jüdischen Lehrer nahmen die Behörden vermutlich aus dem Grunde Abstand, weil sie als Geistliche und Kinderlehrer Bildungsfunktionen ausübten und kollektiv, d.h. von der ganzen Gemeinde (hebr. Kehilla) unterhalten wurden. Erst als der preußische Staat im Jahre 1824 die Schulaufsicht übernahm und mit der Verordnung vom 16.3.1825 die „Verbesserung“ des jüdischen Schulwesens beabsichtigte, wodurch jüdische Lehrer im Regierungsbezirk Minden, die in jener Zeit hauptsächlich aus Posen, Litauen, dem russischen Ansiedlungsrayon oder aus Galizien kamen, aufgefordert wurden, sich einer Nachprüfung in der deutschen Sprache bei den evangelischen Superintendenten zu unterziehen, zogen es manche jüdische Lehrer vor, freiwillig die Gemeinde zu wechseln, vermutlich weil sie sich als Lehrer des traditionellen Typs vor einer solchen Germanisierungspolitik fürchteten.

Insgesamt lebten und arbeiteten am 11.2.1824 157 jüdische Dienstpersonen in den zwölf Kreisen des Regierungsbezirks Minden, von denen 127 ausgewiesen werden sollten. Das bedeutete, dass diese Gruppe behördlicherseits gezwungen wurde, sich neue Wohnungen und Arbeitsstellen zu suchen. Arbeits- und marktwirtschaftlich gesehen war eine solche Abschiebepolitik unsinnig, denn es bestand offensichtlich Bedarf an jüdischen Dienstpersonen in den jüdischen Gemeinden des Bezirks. Die verbleibenden jüdischen Dienstpersonen, die nicht ausgewiesen werden sollten,

waren Lehrer, Waisen, arme Verwandte, ältere Dienstpersonen und Verwandte, die Unterhaltsleistungen erbrachten.²²

Wie schwer es jüdische Hausierer ohne festen Wohnsitz hatten, als preußische Untertanen angesehen zu werden und wenigstens einen „Reisepaß mit Anweisung des Aufenthaltsortes“ zu erhalten, zeigte die Lebensgeschichte des Sajon Meyer. Nach seinen eigenen Angaben in seinem Gesuch an die Bezirksregierung Minden vom 24.7.1839 war er im Jahre 1817 in Borgholzhausen auf der Durchreise seiner Eltern, die mit Kurzwaren hausierten, geboren worden, was er mit einem Attest des jüdischen Beschneiders Selig Werthauer aus Herford belegen konnte. Nach dem Tod seiner Mutter in Osterode im Königreich Hannover wurde Meyer zwar ein Pass ausgestellt, musste jedoch sofort das Land verlassen, um sich Legitimationspapiere seiner Heimatobrigkeit zu beschaffen. Zwar stellte der Bürgermeister von Borgholzhausen, Christian Bloebaum, Meyer am 12.5.1839 ein Legitimationsattest aus, doch die Bezirksregierung beschied das Gesuch Meyers mit Schreiben vom 30.7.1839 abschlägig und lehnte es ab, eine Aufenthaltsgenehmigung und einen Pass für ihn auszustellen, da seine Eltern im Regierungsbezirk keinen festen Wohnsitz gehabt hätten. Der Landrat des Kreises Halle i.W., August zur Hellen, bestätigte in seinem Schreiben vom 3.11.1839 an die Bezirksregierung, dass nach Aussage einiger christlicher und jüdischer Familien die Paten des Sajon Meyer der jüdische Beschneider Werthauer aus Herford und der jüdische Lehrer Goldschmidt in Borgholzhausen gewesen seien, seine Eltern aber „nach eben überstandem Wochenbette der Mutter sich gleich wieder auf die Wanderschaft begeben“ hätten. Schließlich kam das Innenministerium in Berlin am 7.1.1840 zu dem Schluss, dass Sajon Meyer als „Vagabund“ anzusehen sei, da er keinen festen Wohnsitz habe. Deshalb könne ihm auch weder eine Aufenthaltsgenehmigung in Preußen, noch ein Reisepass ins Ausland ausgestellt werden, da Hannover ihn wieder nach Preußen abschieben würde. Die Einreise des Meyer nach Preußen sei zukünftig zu verhindern. Außerdem rügte das Innenministerium das duldsame Verhalten des Borgholzhausener Bürgermeisters gegenüber Meyer.²³

Mehr Erfolg als der Hausierer Sajon Meyer in Borgholzhausen hatte der Familienvater Levi Rosenbaum in Lübbecke. Zassenhaus beschrieb dessen Bemühungen um eine Niederlassungserlaubnis und um eine Handelskonzession im Jahre 1819 wie folgt:

„Levi Rosenbaum weilte seit 1816 mit Familie in Lübbecke. Woher die Familie kam, ist unbekannt. Sein Kampf um eine Aufenthaltsgenehmigung bzw. eine Handelskonzession spitzte sich im Frühjahr 1819 zu. Wie Abraham Moses Friedländer wurde auch Levi Rosenbaum mit seiner Familie Ende April vom Landrat durch den Bürgermeister Kind die Weisung erteilt, binnen drei Monaten den Ort zu verlassen. Daraufhin reichte Levi Rosenbaum Unterlagen ein, die es ihm ermöglichen sollten, eine Aufenthaltserlaubnis für Lübbecke zu bekommen. Doch am 24. Juni beschied der Landrat, ☉☉unter Remission der Anlagen ☉☉daß ihm die Erlaubniß zur Niederlaßung in Lübbecke nicht erteilt werden könne, und sich dieser baldigst von dort zu entfernen habe.‘ Einen Grund gab der Landrat nicht an. Levi Rosenbaum richtete erneut ein Gesuch an die Behörden, diesmal jedoch an die Königliche Regierung in Minden. In deren Auftrage teilte ihm der Landrat am 30. Juli 1819 schließlich mit, daß die Regierung , ☉☉die Erlaubnis zum ferneren Aufenthalt in Lübbecke erteilt hat.‘ Am 30. Dezember erhielt er eine Konzession , ☉☉zum Hausiererhandel mit kurzen Waaren ☉☉²⁴

²² Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 273

²³ Vgl. StADt, M1 I L Nr. 274

²⁴ Vgl. Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 71

2.4 Auswanderungen nach Amerika im 19. Jahrhundert

In der Zeit von 1846-1857 und 1864-1873 wanderten jeweils mehr als 1 Million Menschen aus Preußen, aus den deutschen Fürstentümern, aus dem Gebiet des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs nach Amerika aus. In der Phase von 1880-1893 sollen es „sogar mehr als 1,8 Mio. Deutsche“ gewesen sein, die als Passagiere auf Segel- und Dampfschiffen den Atlantik überquerten, um in den traditionellen Einwanderungshäfen New York, Baltimore und Philadelphia an der Ostküste, Chicago am Michigansee und New Orleans am Golf von Mexico ihr neues Leben in Amerika zu beginnen. Die Ursache der Massenauswanderung nach Amerika wird in dem „krisenhaften Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft“ und als Ventil für die Überbevölkerung gesehen. Aus dem Westen Deutschlands sollen in erster Linie „Angehörige unterbäuerlicher Schichten, Heimarbeiter und Handwerker“ ausgewandert sein.¹

Gleichzeitig mit dem allgemeinen Auswandererstrom setzten sich nach einer Schätzung von Toury wenigstens 110.000 deutsche Juden oder „etwas mehr als 3% der Allgemeinauswanderung“ im 19. Jahrhundert in Bewegung², indem sie dieselben Auswanderungsagenten, die Schiffe derselben Reeder und dieselben Auswandererhäfen in Anspruch nahmen wie die nichtjüdischen Auswanderer. Barkai schätzte die Zahl des jüdischen Auswandererstroms nach Amerika im Zeitraum von 1830-1914 auf über 200.000 Menschen oder nahezu 4% der allgemeinen Auswanderung aus den Gebieten des Deutschen Reichs, während der Anteil der deutschen Juden im Jahre 1852 1,3% und im Jahre 1910 0,9% der allgemeinen Bevölkerung ausmachte.³

Der Bevölkerungsanstieg und die im Verhältnis zu ganz Westfalen relativ größere Bevölkerungsdichte in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. in der Periode 1818-1852 wurde von der protoindustriellen heimgewerblichen Massenfertigung von Leingarn und Leinwand getragen. Beides wurde bis zu den Gemeinheitsteilungen (ca. 1770-1830) von den Pächter-heuerlingen, danach auch von den Mieterheuerlingen gesponnen und gewebt. Bis zur demographischen Abschwungphase in den 1840er bis 1860er Jahren war die Bevölkerungsentwicklung im Regierungsbezirk Minden durch die relativ höchsten Geburtenraten, aber auch relativ höchsten Sterberaten gekennzeichnet. Heimgewerbliche Familien- und Kinderarbeit, ein niedriges

¹ Rößler, Horst: Massenexodus: die Neue Welt des 19. Jahrhunderts, in: Bade, Klaus (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München 1992, 2. Aufl., S. 148. Kamphoefner betont den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Zusammenbruch der protoindustriellen Leinenwarenproduktion und der Auswanderung landloser Heuerlinge und Landarbeiter aus Nordwestdeutschland nach Amerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Siehe Kamphoefner, Walter D.: Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert. Münster 1982, besonders S. 38 und 172

² Toury, Jacob (1977), S. 49, vgl. ebd. Tabelle 23, S. 43

³ Vgl. Barkai, Avraham: Branching out. German-Jewish Immigration to the United States 1820-1914. New York. London 1994, S. 9f. Als jüdische Auswanderungsagenten fungierten in Lübbecke Nathan Steinberg und Markus Löwenstein (für Pocrantz & Co. in Bremen) und in Preußisch Oldendorf Jacob Löwenstein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Kreisstadt Lübbecke gab es insgesamt mindestens acht Auswanderungsagenten. Vgl. Kammeier (1989, 2. Aufl.), S. 117f. Im Kreis Halle i.W. vermittelten u.a. Aron Bendix Weinberg in Werther seit 16.7.1868 für Eduard Ichon in Bremen Schiffspassagen von Bremen nach den USA, Canada, Südamerika (ohne Brasilien) und Australien. Vgl. StdtA Werther, A 221. In Halle i.W. fungierte u.a. Herz Stern um 1870 als Auswanderungsagent. Vgl. Meise, Heinrich: Die Stadt Halle in Westfalen. Halle i.W. 1968, S. 172

Heiratsalter und eine größere Heiratshäufigkeit als in rein bäuerlichen Schichten hatten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hohe Geburtenraten zur Folge.⁴ Während man im Amt Vermold Hanf erzeugte und zu dem so genannten Löwendlinnen verarbeitete, woraus z.B. Segeltücher und Sackleinen hergestellt wurden, baute man an der östlichen Flanke des Teutoburger Waldes hochwertigen Flachs an, der von den Spinnern des Amtes Werther zum Teil als Garn für die Feinleinenweber nach Bielefeld verkauft wurde.⁵ 1843 gab es im Kreis Halle i.W. etwa 1.000 Hanfweberfamilien, die 20.517 Stück Hanfgewebe produzierten, davon allein im Amt Vermold 12.749 Stück. Die Zahl der professionellen Garnspinner im Kreis Halle i.W. soll im Jahre 1838 140, die Zahl derjenigen, die Garne als Füllarbeit spannen, 1.720 betragen haben.⁶

Auch im Kreis Lübbecke diente die Leinenweberei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben der Landwirtschaft vor der Krise der Leinenhandweberei und Garnspinnerei als Haupterwerbsquelle. So wurden für das Jahr 1838 17 professionelle Weberfamilien und 3.682 Familien, die das Weben als Füllarbeit ausübten, gezählt. Im Jahr 1849 gab es im Kreis Lübbecke 28 Webstühle für den Haupterwerb und 4.183 Webstühle für das Nebengewerbe. Außerdem waren 8.039 Spinner nebenberuflich tätig.⁷ Allein in den Ämtern Rahden und Dielingen-Wehden soll es 1.380 Webstühle gegeben haben. Im Jahre 1838 gab es im Kreis Lübbecke 4.832 Spinnerfamilien gegenüber 1.860 im Kreis Halle i.W. Die Bevölkerung der Spinnerfamilien mit ihren Angehörigen soll im selben Jahr 19.328 Personen im Kreis Lübbecke und 7.740 Personen im Kreis Halle i.W. betragen haben. Ein Jahr später machte der prozentuale Anteil der Spinnerfamilien an der Gesamtbevölkerung im Kreis Lübbecke 40%, im Kreis Halle i.W. 24% aus. Aufgrund der Krise der Protoindustrie ging die Zahl der Spinnerfamilien bis zum Jahr 1849 im Kreis Lübbecke auf 3.897 und im Kreis Halle i.W. auf 1.153 zurück.⁸

Nach der Einführung der fabrikmäßigen Maschinenspinnerei und -weberei, z.B. in Bielefeld seit 1851 mit Gründung der Spinnerei „Vorwärts“ und der „Ravensberger Spinnerei“ im Jahre 1855, verschlechterten sich die Erwerbsmöglichkeiten der Handspinner und Handweber, da sie der mechanisierten Konkurrenz quantitativ und qualitativ unterlegen waren. Insbesondere das Zusammentreffen des Niedergangs der heimgewerblichen Leinen- und Garnherstellung ohne Aussicht auf substitutive Gewerbezweige, Missernten durch Kartoffelfäule seit Beginn der 1840er Jahre, der für Heuerlinge kaum tragbare Preisanstieg für Grundnahrungsmittel und die Agrarkrise Anfang der 1880er Jahre erhöhten die Zahl der Auswanderungen nach Amerika und die Abwanderungen ins Ruhrgebiet.⁹ Da jedoch nicht nur die Angehörigen der landlosen,

⁴ Vgl. Mager, Wolfgang: Protoindustrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit. Studien zu einer Gesellschaftsformation im Übergang, in: Geschichte & Gesellschaft, Jg. 8 (1982), S. 460f; 468ff; vgl. Mooser (1984), S. 86f

⁵ Vgl. Mager, S. 446, 456

⁶ Vgl. ebd., S. 465f, Fußnote 58

⁷ Vgl. Mooser, S. 67

⁸ Vgl. Kammeier (1989), S. 80; Mooser, S. 155, Tabelle 11

⁹ Vgl. Kammeier (1989), S. 63f, 75f. Im Kreis Lübbecke bot das Hollandgehen bis 1890 für Heuerlinge und Handarbeiter eine Möglichkeit, saisonale Erwerbsarbeit zu finden. Mit der Verzollung ihrer Verdienste und Erfindung

unterbäuerlichen Schichten auswanderten, sondern sich unter den nichtjüdischen Auswanderern der Kreise Lübbecke und Halle i.W. auch eine große Zahl von Handwerkern befand, deren Dienstleistungen für die überwiegend in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung in Krisenzeiten entbehrlich waren, müssen neben den genannten Auswanderungsursachen auch das Überangebot und die Unterbeschäftigung handwerklicher Berufsgruppen genannt werden.¹⁰ Unter den Auswanderern befanden sich auch verschuldete Bauern, die durch die Ablösezahlungen und durch Preisverfall in finanzielle Schwierigkeiten gekommen waren.¹¹ Aus dem Amt Rahden wanderten von 1855-1878 nach Kammeier 304 Personen aus, darunter allein 8 weibliche Personen mit und 89 ohne Konsens, 22 männliche Auswanderer ohne, 93 mit Konsens, 44 Familien ohne und 48 mit Konsens. Als Grund für die hohe Zahl der weiblichen Einzelauswanderer nennt Kammeier die Tatsache, dass in erster Linie Frauen und Mädchen gewohnt waren zu spinnen und zu weben und sie sich infolge der Krise des hauswirtschaftlichen Leinen- und Garngewerbes gezwungen sahen auszuwandern.¹²

Als Ursachen und Motive für die Auswanderungen nach Amerika wurden in einem Bericht des Regierungspräsidiums Minden aus dem Jahre 1854 folgende genannt¹³:

1. Verleitung durch früher ausgewanderte Personen
2. Mangel an Erwerbsmöglichkeiten
3. hohe Lebensmittelpreise infolge von missratenen Kartoffelernten
4. Abneigung gegen den Militärdienst der überaus pietistisch eingestellten Bevölkerung in Minden-Ravensberg
5. Hoffnung lediger Frauen auf Verheiratung in Amerika
6. zu niedriger Lohn für die arbeitenden Klassen
7. Überbevölkerung, Verarmung der Spinner und Weber
8. Bequemlichkeit und Naivität

Als Ursachen und Motive für die Auswanderung ohne Entlassungsurkunde gab die preußische Statistik folgende an¹⁴:

1. Hoffnung auf Gründung einer besseren Existenz
2. Kettenauswanderung aufgrund günstiger Nachrichten
3. Entziehung vom Militärdienst
4. Furcht vor Strafe wegen Verbrechen und Vergehen

von Mähmaschinen wurde diese Form der Wanderarbeit unrentabel. Vgl. Kammeier (1989), S. 85-87. Zur Kartoffelfäule im Norden des Kreises Halle i.W., besonders im Amt Werther in den 1840er und 1850er Jahren, und der durch sie verursachten Preissteigerungen siehe Stieghorst, Erika: Tausend Jahre – von „wartera“ bis Werther. Eine Heimatchronik mit Berichten aus der Geschichte von Ereignissen und Menschen mit Bildern und Karten. Hg. v. Heimatverein Werther e.V. Bielefeld 1992, S. 91f.

¹⁰ Vgl. Kammeier (1989), S. 97-103

¹¹ Vgl. Kammeier (1989), S. 43-46

¹² Vgl. ebd., S. 83f

¹³ Vgl. Müller, Friedrich: Auswanderung aus Westfalen, in: Beiträge zur westfälischen Familienforschung. Bd. 22/24 (1964-66). Münster 1966, S. 27f

¹⁴ Vgl. ebd., S. 29

5. Schulden und zerrüttete Vermögensverhältnisse
6. Verlockung durch Winkelagenten

Die Bevölkerung des Kreises Lübbecke verminderte sich im Zeitraum von 1852-1858 um 2.204 Personen, während sich die Bevölkerungsdichte von 1818-1858 von 61 Einwohnern pro km² auf 85 Einwohner pro km² erhöhte. Im Jahre 1858 gab es nach Reekers im Kreis Lübbecke 55 Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern. Die größten Gemeinden waren die Stadt Lübbecke mit 2.700 und die Gemeinde Großendorf mit 2.434 Einwohnern. Der Wanderungsverlust des Kreises Lübbecke im Zeitraum 1858-1871 betrug 7.048 Personen gegenüber einem Geburtenüberschuss von 6.588 Kindern. Im Zeitraum 1871-1885 erhöhte sich der Wanderungsverlust auf 8.881 Personen gegenüber einem Geburtenüberschuss von 7.245 Kindern. Während der Wanderungsverlust im Zeitraum 1885-1905 bei 8.748 Personen stabil blieb, erhöhte sich der Geburtenüberschuss in dieser Periode auf 13.621 Kinder.¹⁵

Im Folgenden fragen wir danach, ob sich die Gesamtzahl der Auswanderer nach Amerika für die Kreise Lübbecke und Halle i.W. im 19. Jahrhundert einschätzen lässt. Außerdem gehen wir der Frage nach, von welchen sozialen und verwandtschaftlichen Gruppen hinsichtlich der Kategorien Geschlecht, Alter und Beruf der jüdische Auswandererstrom getragen wurde.

Nach Riechmann betrug die Zahl der legalen, also mit Konsens ausgewanderten Amerikaauswanderer aus dem Regierungsbezirk Minden im Zeitraum 1862-1871 11.532 Personen, von denen im selben Zeitraum aus dem Kreis Lübbecke 2.283, aus dem Kreis Halle i.W. 1.252 Personen kamen. Prozentual ausgedrückt stammten also 19,8% der legalen Amerikaauswanderer des Regierungsbezirks Minden in dieser Periode aus dem Kreis Lübbecke, 10,8% aus dem Kreis Halle i.W.¹⁶ Für den Zeitraum 1844-1853 gibt Mooser die Minimalzahl von 569 ausgewanderten Personen aus dem Kreis Lübbecke an, während im selben Zeitraum 994 Auswanderer aus dem Kreis Halle i.W. emigriert sein sollen.¹⁷ Nach Rothert emigrierten allein aus dem Amt Levern im Zeitraum von 1848-1858 475 Personen, ca. 10% der Bevölkerung, meist in die USA.¹⁸

Allerdings lag die wirkliche Zahl der Auswanderer nach Amerika im 19. Jahrhundert weit höher, da auch die illegalen Auswanderer und die mit ausreisenden Familienangehörigen berücksichtigt werden müssen. So weist Westheider allein für das Amt Versmold 512 legale Einzelauswanderer ohne Familienangehörige nach, die im Zeitraum 1836-1897 nach Nordamerika auswanderten,

¹⁵ Vgl. Reekers, Stephanie: Westfälische Bevölkerung 1818-1955. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden und Kreise im Zahlenbild. Münster 1956, S. 262-264

¹⁶ Vgl. Riechmann, Wolfgang: „Vivat Amerika“. Auswanderungen aus dem Kreis Minden 1816-1933. Minden 1993, S. 185f

¹⁷ Vgl. Mooser, a.a.O., S. 493, Anhang 33

¹⁸ Vgl. Rothert, a.a.O., S. 91

schätzt aber die wirkliche Zahl aller Auswanderer für das 19. Jahrhundert auf insgesamt 2.000 Personen.¹⁹

Nach einer anderen Aufstellung betrug die Zahl der aus dem Regierungsbezirk Minden im Zeitraum von 1859-1870 legal Fortgezogenen 13.546 und 3.899 Illegale, zusammen also 17.445. Insgesamt sollen aus dem Regierungsbezirk Minden vom 1.10.1844-1886 45.097 Auswanderer mit Konsens, 12.067 ohne Konsens, zusammen also mindestens 57.164 Personen ausgewandert sein.²⁰ Auch wenn wir berücksichtigen müssen, dass nicht alle Auswanderer in diesem Zeitraum nach Nord-, Mittel- und Südamerika reisten, so betrug ihr Anteil an der westfälischen Gesamtauswanderung doch immerhin zwischen 86-95%.²¹ Der Anteil der Militärpflichtigen unter den Auswanderern ohne Konsens aus dem Regierungsbezirk Minden im Zeitraum 1855-1886 soll 16,3% ausgemacht haben.²²

Aus der Stadt Lübbecke wanderten allein im Jahre 1857 63 Personen, darunter 59 nach Amerika, aus.²³ Das waren ca. 2,2% der Stadtbevölkerung von ca. 2.700 Einwohnern. Der Geburtenüberschuss von 31 Kindern im selben Jahr konnte also den Wanderungsverlust der Stadtbevölkerung nicht ausgleichen.

Im Zeitraum von 1839-1882 wanderten mindestens 58 Juden, die in Lübbecke ihren Wohnort hatten oder in dieser Stadt geboren waren, überwiegend nach Nordamerika aus. Eine Familie emigrierte nach Dänemark und eine Frau verheiratete sich nach Italien. Handelte es sich bei der jüdischen Auswanderergruppe – wie Barkai schlussfolgerte – hauptsächlich um junge, unverheiratete und mittellose Menschen²⁴, oder kann mit Toury behauptet werden, dass sich unter ihnen viele Drückeberger, schwarze Schafe und Pioniere befanden²⁵, die für sich in Amerika größere wirtschaftliche Chancen sahen als in Preußen?

Zunächst einmal fällt auf, dass über 71% der jüdischen Auswanderer im Familienverbund ausreisten, d.h. mit Ehepartnern, Eltern oder einem Elternteil und Geschwistern. Unter den vier überlieferten Einzelauswanderern waren drei Lehrlinge unter 20 Jahren und ein Kaufmann von 33

¹⁹ vgl. Westheider, Rolf: *Versmold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert*. Bielefeld 1994, S. 262. Stieghorst gibt die Zahl der Auswanderer aus dem Amt Werther in der Zeit von 1857-1871 mit 114 Personen an. Auch diese Zahl dürfte sich nur auf die Auswanderungen mit Konsens ohne Familienangehörige beziehen. Vgl. Stieghorst, a.a.O., S. 94

²⁰ Vgl. Müller, Friedrich: *Auswanderung aus Westfalen*, in: *Beiträge zur westfälischen Familienforschung*. Bd. 22-24 (1964-66) Münster 1966, S. 48, Tabelle III

²¹ Vgl. ebd., S. 50, Tabelle V

²² Vgl. ebd., S. 11

²³ Vgl. *Chronik der Stadt Lübbecke*, Eintrag für das Jahr 1857

²⁴ Vgl. Barkai, Avraham: *German-Jewish Migrations in the Nineteenth Century, 1830-1910*, in: *LBIYB*, Bd. XXX (1985), S. 311; derselbe, *Amerikaauswanderung, Sozialprofil und Identitätsproblematik der deutschen Juden 1830-1914*, in: Volkov, S. (Hg.): *Deutsche Juden und die Moderne*. München 1994, S. 120. Hier kommt Barkai auch zu der Schlussfolgerung, dass „die jüdische Auswanderung in vieler Hinsicht ein Ersatz der verzögerten Emanzipation“ war, da die deutschen Juden bis 1869/71 eine rechtlich benachteiligte Gruppe bildeten und ihnen vielerorts Berufe und Niederlassung versperrt waren. Vgl. derselbe, *Branching out.* (1994), S. 17: „The greater part of the first wave of deutsch-jüdischen Auswanderer, Verf. was composed of young sons and daughters of ‚settled‘ Jews in villages and small towns, who were emerging as the dominant middle class of nineteenth-century German Jewry.“

²⁵ Vgl. Toury (1977), S. 49

Jahren. Die namentlich bekannten Auswanderer im Familienverbund hatten ein Durchschnittsalter von 29 Jahren.

Was kann über die sozioökonomische Ausgangslage der auswandernden Familien und ihre Motive zur Ausreise gesagt werden?

Über die Familie des Moses Hirsch Pollack (22 Jahre), der im Jahre 1839 mit seinen Eltern und zwei Geschwistern von Lübecke nach Baltimore auswanderte, schrieb Zassenhaus:

„Hirsch Levi Pollack stammte aus Posen. Wann er nach Lübecke kam, ist nicht sicher. In der Liste der Judenschaft von 1817 findet sich sein Name zum ersten Mal; dort werden er, seine Frau und vier Töchter angeführt. Bei der Vermögensbeurteilung im gleichen Jahr wurde seine Familie auch zu denen gezählt, ‚... die ihr Brot auskömmlich verdienen‘. Mit seinem ihm auferlegten Taler Beitrag zum Rabbinergehalt für 1816 gehörte er jedoch zu den drei ärmsten Juden, abgesehen von Abraham Ginzberger Adler und Itzig Grünwald, die so arm waren, daß sie gar nichts zu zahlen brauchten. Im folgenden mußte er noch einmal den gleichen Beitrag leisten. Im März 1819 taucht sein Name nicht in der Liste für das Rabbinergehalt auf. Obwohl Ende April des gleichen Jahres für ihn und seine Familie vom Landrat eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, da er schon, [...] früher hier eine Concession extrahirt < = erwirkt hatte >‘, scheint die Familie Pollack Lübecke verlassen zu haben. Für fast zehn Jahre ist der Name Pollack in den Akten nicht mehr zu finden. Gegen Ende der 20er Jahre muß die inzwischen auf sieben Personen angewachsene Familie Pollack zurückgekehrt sei: ab 1828 läßt sich ihre Anwesenheit in den Lübecker Akten über die jüdischen Familien, ihre Kinder(zahl), den Lehrer und die Schulverhältnisse nachweisen. Bis einschließlich 1838 gehörte die Familie Pollack zur Lübecker Judenschaft. Hirsch Pollack war Handelsmann, was in der Regel eine schönfärberische Bezeichnung für einen Lumpensammler, Hausierer oder Höker, d.h. Kleinhändler oder Krämer ist. Vermutlich war er bei seinem Broterwerb nicht sehr erfolgreich und/oder er und seine Familie wurden in der jüdischen Gemeinde nicht akzeptiert, da sie Ostjuden aus Posen waren. Wandernde Juden aus den polnisch-baltischen Gebieten wurden nicht nur von den preußischen Behörden sehr ungerne gesehen, sondern auch von den deutschen Juden abgelehnt. Oft blieben solche Familien nur eine begrenzte Zeit, um in Ruhe die Weiterreise nach Amerika vorzubereiten. [...]“²⁶

Das Motiv zur Auswanderung der Familie Rosenbaum, die aus den drei Söhnen Abraham (14 Jahre), Kussel (16 Jahre), Elias (18 Jahre) und ihrer verwitweten Mutter bestand, im Jahre 1845 nach Amerika lag wahrscheinlich in dem Wunsch der Mutter begründet, ihren Söhnen in Amerika eine bessere berufliche Zukunft zu eröffnen. Ihr Ehemann, der Galanteriewarenhändler Levy Rosenbaum, war am 22.4.1844 gestorben. Vermutlich hatte die Familie Rosenbaum mit schon früher ausgewanderten Verwandten, die in einer oder in mehreren der amerikanisch-jüdischen Gemeinden leben mochten, Briefe ausgetauscht, bevor sie sich zur Auswanderung entschloss. Außerdem berichteten seit der Mitte der 1840er Jahre amerikanische und deutsch-jüdische Zeitungen von der Entwicklung jüdischer Gemeinden in Nordamerika, deren Bevölkerung sich zwischen 1840-1860 nach Schätzungen von 15.000 auf 150.000 Personen verzehnfachte.²⁷

Die Familie des Hausierers, Schlachters, Lottereeinnehmers und späteren Klempners Meyer Schildesheim zog im Jahre 1824 von Levern, wo sie sich während der Zeit des Königreichs Westfalen niedergelassen hatte, nach Lübecke.²⁸ Ungewöhnlich war es, dass ein immerhin 65jähriger Familienvater im Jahre 1850 entschied, mit seiner Familie ins demokratischere Amerika auszuwandern. Vermutlich war er über das Scheitern der Revolution, die Einführung der neuen Verfassung und des Dreiklassenwahlsystems enttäuscht worden und wollte seinen Söhnen und drei Töchtern ein solches Wahlsystem ersparen. Sein ältester Sohn war schon im Jahre 1849 nach Amerika ausgewandert und konnte auf diese Weise seiner Familie von seinen neuen Erfahrungen brieflich berichten. Wahrscheinlicher war jedoch, dass die Familie Schildesheim vorwiegend aus

²⁶ Zassenhaus, S. 70

²⁷ Vgl. Barkai, *Branching out* (1994), S. 65

²⁸ Vgl. Hillebrand (1996), S. 16

ökonomischen Gründen auswanderte, da der Klempner Schildesheim im Mai 1842 zu den unteren Einkommensbeziehern der jüdischen Gewerbetreibenden gehörte.²⁹

Während wir über die politischen Einstellungen des Klempners Meyer Schildesheim nur spekulieren können, geht aus einem Brief des sozialistischen Demokraten Abraham Jacobi an seine Freundin Fanny Meyer in Minden vom 27.10.1850 hervor, dass auch die Familie Maass in Lübbecke Lose „für eine Organisation in Genf, die verfolgte Demokraten unterstützte“, erworben hatte.³⁰ Vermutlich bezog sich der Eintrag „Maas Lübbecke“ auf den Kaufmann Bernhard Maass und seine Frau Frommet, geb. Boas. Außerdem hatten auch demokratisch eingestellte Verwandte seiner Frau, die in Minden wohnten, Lose gekauft, darunter ihr Neffe Meyer Boas, der Vater des späteren Ethnologen Franz Boas. Wenn Bernhard Maass also mit seinem Sohn Felix (Selig Bernhard) im Jahre 1851 als erster Elternteil nach Amerika auswanderte, dann sicherlich nicht, weil er in Lübbecke ein unvermögender Mann war. Am 2.1.1848 war Bernhard Maass zusammen mit 8 weiteren jüdischen und 61 nichtjüdischen Bürgern von Lübbecke zur Stadtverordnetenwahl eingeladen worden, da der Wert seines Grundeigentums über 3.000 Taler eingeschätzt wurde.³¹ Sein Schwiegervater, der Tuchhändler Bendix Aron Boas, war im Jahre 1835 der wohlhabendste jüdische Bürger von Lübbecke mit dem höchsten Grundvermögen und jährlichem Einkommen.³² Eine Einwohnerliste vom Dezember 1843 weist nicht nur die Anzahl der Bediensteten nach, sondern zeigt auch, dass die Familie Maass ein konfessionell offenes Haus führte. Im Haus des Ehepaars Maass an der Bäckerstraße 66 lebten außer seinen 5 Söhnen, 3 Töchtern, einem jüdischen Handlungsgehilfen, zwei jüdischen Lehrlingen, einer jüdischen und zwei evangelischen Mägden, auch der junge katholische Missionar der im Juni 1842 neu gegründeten kleinen katholischen Gemeinde mit seiner Schwester und seinem Bruder.³³ Zweifellos waren die Sympathien des ca. 47jährigen Kaufmanns für die demokratische Paulskirchenbewegung enttäuscht worden, weshalb er sich zur heimlichen Ausreise aus dem preußischen Obrigkeitsstaat entschied. Er sah für sich selbst und seine Kinder bessere Entwicklungsmöglichkeiten im freiheitlichen Amerika. Aus einer Passagierliste geht hervor, dass seine Frau Frommet (44 Jahre) zusammen mit ihren Kindern Bella (7 Jahre), Abraham (9 Jahre) und Jeanette (13 Jahre) an Bord eines Schiffes namens „Ella“ von Bremen nach New York ausreiste, wo alle Familienangehörigen am 3.6.1853 ankamen.³⁴ Wann die anderen fünf Kinder der Familie Maass ihre Schiffspassage(n)

²⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 2.8

³⁰ Vgl. Herzig, Arno: Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Briefe. Dokumente. Presseartikel (1848-1853). Minden 1980, S. 85, 121, Anmerkung 44. Vgl. Minninger, Monika: Ostwestfälische Juden zwischen Emanzipation, Kultusreform und Revolution, in: Vogelsang, Reinhard; Westheider, Rolf (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998, S. 181, Fußnote 85

³¹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4a

³² Vgl. StdtA Lübbecke, B 2.8

³³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 84.25 IV (Liste der sämtlichen Civileinwohner 1843)

³⁴ Vgl. Zimmerman, Gary J.; Wolfert, Marion: German Immigrants. Lists of Passengers Bound from Bremen to New York 1847-1854. Baltimore 1985, S. 95

nach Amerika nahmen, ist noch unbekannt. Aber auch sie wanderten nach Amerika aus und ließen sich später in New York, Baltimore und Kalifornien nieder.³⁵

Um die Reisebedingungen der Einwanderer nach Amerika zu verbessern, setzten die amerikanischen Behörden die Passagiergesetze von 1819 und 1853 in Kraft, die auf „eine humanere Behandlung der Einwanderer auf den Ozeanschiffen“ abzielten, und ein Gesetz von 1847 stellte die Einwanderer unter den Schutz der amerikanischen Einwanderungsbehörden.³⁶

Eine weitere kinderreiche jüdische Familie, die angeblich ohne Konsens um 1856 die Kreisstadt Lübbecke verließ, war die des Posamentiers Julius Backhaus. Als sich der 37jährige Familienvater entschied, nach Randers in Dänemark auszuwandern, bestand seine Familie neben seiner Ehefrau aus drei Söhnen und drei Töchtern, die alle bis auf einen Sohn unter 10 Jahre alt waren.³⁷

Vermutlich war Julius Backhaus zu der Überzeugung gelangt, dass seine wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Zeit in Randers besser sein könnten als in Lübbecke. Als sich ein Sohn der Familie Backhaus im Mai 1875 in Neuahaldensleben im Regierungsbezirk Magdeburg niederlassen wollte, suchte er beim Bürgermeister Lüders in Lübbecke um eine Abschrift des Auswanderungskonsenses für seinen Vater nach. Aus der Antwort des Bürgermeisters ging hervor, dass sein Vater ohne Konsens, d.h. ohne Entlassungsurkunde aus dem preußischen Untertanenverbände ausgewandert sei und sein Sohn das preußische Staatsbürgerrecht (Indigenat) „durch 10jährigen Aufenthalt im Ausland“ verloren habe.³⁸ Nach dem „Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste“ vom 31.12.1842 behielt sich der restaurative preußische Obrigkeitsstaat das Recht vor, unerwünschte „Elemente und verarmte Rückwanderer die Aufnahme zu verweigern“.³⁹

Bei den übrigen jüdischen Auswanderern aus Lübbecke handelte es sich um junge Ehepaare und um drei Jugendliche unter 20 Jahren. Letztere wanderten mit Konsens aus, d.h. sie verstanden sich eher als Pioniere denn als „Refraktäre“ oder Drückeberger vor dem Militärdienst. Nach dem Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten mussten Auswanderer zwischen 17-25 Jahren eine Bescheinigung der Kreisersatzkommission zu dem Zweck beibringen, dass sie nicht bloß auszuwandern beabsichtigten, um sich dem Militärdienst im stehenden Heer zu entziehen.⁴⁰ Das Durchschnittsalter der 20 Auswanderer aus Lübbecke, deren Alter nachweisbar ist, betrug 25,3 Jahre.

³⁵ ALBI New York, AR 4130: Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi (1675-1736?) in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables. Typoskript. Boston 1974, S. 135

³⁶ Vgl. Müller, Friedrich (1966), S. 36

³⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, B 84.25 V; B 63.1; vgl. Müller, Friedrich: Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert. Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Minden. II. Teil. Heimliche Auswanderung 1814-1900. Beiträge zur westfälischen Familienforschung. Bd. 38/39. Münster 1981, S. 238, Nr. 6857

³⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.1

³⁹ Vgl. Müller (1966), S. 35

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 34

Wieviele jüdische Familien und Einzelauswanderer sind für die jüdischen Gemeinden Preußisch Oldendorf, Levern, Wehdem und Rahden nachweisbar und wie können sie sozialgeschichtlich beschrieben werden?

Für Preußisch Oldendorf sind sechs Auswanderer, fünf Männer und eine Frau, überliefert. Ihr Durchschnittsalter lag unter 20 Jahren. Chronologisch gesehen verließ als erster Meier Cahen als 17jähriger im Jahre 1844 seine Geburtsstadt, um ohne Konsens nach Amsterdam auszuwandern. Im Jahre 1859 verließen die Brüder Max (16 Jahre), Salomon (14 Jahre) und Jacob (11 Jahre) Cahen Preußisch Oldendorf. Wohin sie auswanderten, ist noch unbekannt. Im Jahre 1874 nahm Rebecca Ehrlich eine Schiffspassage nach New York. Der 20jährige Handelsgehilfe Jacob Stein wanderte im Jahre 1882 ebenfalls nach Nordamerika aus.⁴¹

Vermittelt durch den Agenten August Lümekemann in Lübbecke, der den Schiffsmakler Eduard Ichon in Bremen vertrat, wanderte als erster der Buchbinder Julius Boas im Jahre 1856 aus der jüdischen Gemeinde Levern aus. Der ca. 31jährige Ludwig (Bendix) Aron Boas, ein Bruder, emigrierte mit seiner Frau und zwei Kindern um 1870 nach Kanada. Auch seine Auswanderung war durch den Agenten Lümekemann vermittelt worden. Der 17jährige Handelsgehilfe Moritz Löwenstein entschied sich im Jahre 1865 auszuwandern. Die 44jährige Regine Wisbrunn emigrierte im Jahre 1887 mit ihren Söhnen Edwin (13 Jahre) und Richard (12 Jahre) nach New Mexico. Sie folgte offensichtlich ihrem schon früher ausgewanderten Ehemann Marcus Wisbrunn, der Handelsmann in Halle i.W. gewesen war.⁴²

Aus Wehdem emigrierte zuerst im Jahre 1880 der 17jährige Handlungslehrling Gerson Coblenzer mit Konsens nach Amerika, bevor der 15jährige Paul Coblenzer, vermutlich ein Bruder, ein Jahr später ebenfalls mit preußischem Konsens folgte. Es handelte sich also wieder um eine familiäre Kettenwanderung.⁴³

⁴¹ Vgl. Müller (1981), S. 238, Nr. 3930 zur Auswanderung von Jacob Stein. Die Daten zur Auswanderung aller anderen Personen aus Preußisch Oldendorf verdanke ich einer Mitteilung von Dr. Heinz-Ulrich Kammeier vom 8.12.1995.

⁴² Vgl. Müller (1981), S. 271, Nr. 4452 zur Auswanderung von Regine Wisbrunn und ihren Söhnen. Die Daten zur Auswanderung der übrigen drei jüdischen Männer aus Levern verdanke ich einer Mitteilung von Dr. Heinz-Ulrich Kammeier vom 8.12.1995

⁴³ Mitteilung von Dr. Heinz-Ulrich Kammeier vom 8.12.1995

Tabelle 22: **Legale und illegale Auswanderung von Juden aus Lübbecke im 19. Jahrhundert⁴⁴**

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
1. Moses Hirsch Pollack (Handelsmann) ohne Konsens	22	mit Eltern und 2 Geschwistern	1839	Amerika/ Baltimore
2. Kussel Levi Rosenbaum ohne Konsens	16	mit Mutter und 2 Geschwistern	1845	Amerika
3. Elias Rosenbaum ohne Konsens	18	siehe oben	1845	Amerika
4. Abraham Rosenbaum ohne Konsens	14	siehe oben	1845	Amerika
5. Abraham Schildesheim ohne Konsens	21	ohne	vor 1849	Amerika
6. Meyer Schildesheim (Klempner, Handelsmann)	65	mit Ehefrau und 5 Kindern	1850	Amerika
7. Bernhard Maass (Kaufmann) ohne Konsens	47	mit Sohn Felix (Selig Bernhard)	1851	Amerika
8. Frommet Maass, geb. Boas	44	mit Bella, Jeanette und Abraham; weitere 5 Kinder folgen	1853	Amerika, New York
9. Julius Backhaus (Posamentier) ohne Konsens	38	mit Ehefrau und 6 Kindern	1856	Dänemark, Randers
10. Johanna Weinberg	ca. 30	mit Schwester	1864/66	Amerika, Chicago
11. Röschen Weinberg	ca. 25	siehe oben	1864/66	Amerika, Chicago
12. Johanne Metz, geb. Mergentheim	ca. 35	mit Ehemann	1869	Amerika, Philadelphia
13. Emma Herzberg, geb. Mergentheim	ca. 17	mit Ehemann	1869	Amerika, Philadelphia
14. Henriette Pollack, geb. Mergentheim	ca. 20	mit Ehemann und 2 Brüdern, von denen einer zurückkehrt	1869	Amerika, Philadelphia
15. Sophie Boas, geb. Weinberg	ca. 27	mit Ehemann und 2 Kindern	um 1870	Kanada, Montreal
16. Abraham Meyer (Kaufmann)	ca. 33	?	1874	?
17. David Leaser (Handlungsgehilfe) mit Konsens	18	?	1880	Amerika, Chicago
18. W. Rosenthal (Kaufmannslehrling) mit Konsens	16	?	1880	Amerika, New Mexico
19. Benjamin Leaser (Handlungslehrling)	17	?	1881	Amerika
20. Eugen Steinberg (Kaufmann) mit Konsens	18	?	1882	Amerika
21. Pauline Steinberg	geb. 1861	?	?	Italien, Mailand
Summe: 21 + 37 = 58				

⁴⁴ Vgl. Beckmann (1993; 1994); Müller (1981, 1992); Weinberg (1974); StdtA Lübbecke, B 4.1; StADt, D 23 B Nr. 25766; Mitteilungen von Helga Becker-Leaser und Dr. Heinz-Ulrich Kammeier. Die Formulierung „aus Lübbecke“ bedeutet, dass die Auswanderer vor ihrer Abreise in Lübbecke ihren Wohnort hatten und auch in Lübbecke geboren waren oder, obwohl in Lübbecke geboren, von anderen Orten auswanderten. Z.B. soll der Handlungslehrling Benjamin Leaser, ein Sohn des Lehrers Heinemann Leaser aus Lübbecke, aus Peine ausgewandert sein. „Legal“ bedeutet „mit Konsens“, „illegal“ „ohne Konsens“.

Hinsichtlich der Gemeinde Großendorf (ab 1910 Rahden) sind uns sechs Auswanderungen ohne Konsens für die Zeit 1849-1867 mit insgesamt 11 Personen quellenmäßig überliefert, von denen mindestens 7 Personen nach Amerika ausreisten. Es handelte sich mit Ausnahme eines 43jährigen Schreibers ausschließlich um junge Männer im Alter zwischen 16-21 Jahren, von denen einer mit seiner Mutter und zwei weitere mit ihren Eltern auswanderten. Als Berufsbild wird bei zwei Männern „Handelsmann“ angegeben.⁴⁵

Aus dem Kreis Lübbecke sind uns insgesamt also mindestens 86 jüdische Auswanderer aus den verschiedenen kleinen jüdischen Gemeinden bekannt, die zum großen Teil nach Nordamerika (USA) im 19. Jahrhundert auswanderten. Das Durchschnittsalter der 17 Auswanderer aus den Ortschaften Großendorf, Levern, Preußisch Oldendorf und Wehdem betrug ca. 21 Jahre.

Tabelle 23: **Weitere jüdische Auswanderer aus dem Kreis Lübbecke im 19. Jahrhundert**

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter/ Geburts- Jahr	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
-------------------------------------	----------------------------	--	------	--------------------------

Großendorf

1. Wolf Ginsberg ohne Konsens	24.05.1827	mit Eltern	Vor 1849	?
2. Samson Levy (Schneider)	27.10.1830	mit Mutter	1850	Amerika
3. David Haas (Handelsmann), ohne Konsens	09.03.1836	?	1856	Amerika
4. Abraham Hammerschlag, ohne Konsens	13.07.1843 (unehelich)	?	1859	Amerika
5. Liebmann Frank (Handelsmann), ohne Konsens	20.10.1847	mit Eltern (Isaac Frank, Röschen Levy)	1865	Amerika
6. Louis Franke (Schreiber)	12.05.1824	?	1867	?
Summe: 6 + 5 = 11				

Levern

1. Julius Boas (Buchbinder)	1837	?	1856	Amerika ?
2. Moritz Löwenstein	27.01.1848	?	1865	?
3. Ludwig (Bendix) Aron Boas	18.01.1839	mit Ehefrau Sophie und den Kindern Aron und Eva	1870	Canada/ Montreal
4. Regine Wisbrunn, geb. Löwenberg	25.12.1843	mit den Kindern Edwin und Richard	1887	Nordamerika/ New Mexico
Summe: 4 + 5 = 9				

⁴⁵ Vgl. Müller (1992), S. 177, Nr. 5068 (zur Auswanderung von Wolf Ginsberg); S. 188, Nr. 5449 (Samson Levy); S. 201, Nr. 5823 (David Haas); S. 225, Nr. 6484 (Abraham Hammerschlag); 231, Nr. 6641 (Liebmann Frank); S. 555, Nr. 16324 (Louis Franke)

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter/ Geburts- Jahr	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
-------------------------------------	----------------------------	--	------	--------------------------

Preußisch Oldendorf

1. Meier Cahen	17.05.1827	?	1844	Amsterdam
2. Max Philipp Cahen	22.06.1843	mit seinen Brüdern ?	1859	Amerika ?
3. Salomon Cahen	31.05.1845	siehe oben	1859	Amerika ?
4. Jacob Cahen	11.08.1848	siehe oben	1859	Amerika ?
5. Rebecca Ehrlich	?	?	1874	USA/New York
6. Jacob Stein (Handlungsgehilfe)	10.07.1862	?	1882	Nordamerika
Summe 6				

Wehdem

1. Gerson Coblenzer (Handelslehrling)	27.05.1863	?	1881	Nordamerika
2. Paul Coblenzer	13.06.1866	?	1881	Nordamerika
Summe (Auswanderer Kreis Lübbecke) 86				

Quellen: Müller (1981, 1992); Mitteilung Kammeier; Weinberg (1974)

Welche jüdischen Auswanderer sind uns aus den kleinen Stadt- und Landgemeinden des Kreises Halle i.W. überliefert und wie können wir sie sozialgeschichtlich beschreiben?

Hinsichtlich der Kreisstadt Halle i.W. sind 5 jüdische Auswanderer nachweisbar, die sich im Zeitraum von ca. 1856-1888 entschieden, in Amerika ein neues Leben zu beginnen. Es handelte sich ausschließlich um junge Männer in einem Durchschnittsalter von 20 Jahren, von denen vier ohne Konsens ausreisten. Den Anfang machte vor dem Jahre 1857 ein Sohn des Buchbinders David Rosenbaum, Joseph D. Rosenbaum im Alter von ca. 22 Jahren. Vermutlich im Jahre 1857 folgten die fast gleichaltrigen Levi Weinberg, ein Sohn des Buchbinders Selig Weinberg, und Abraham Meyerson, ein Sohn des Pferdehändlers Nathan Meyerson. Im Jahre 1860 nahm Philipp Moses aus Halle i.W., der im Ort Leiberg südöstlich von Büren geboren war, eine Schiffspassage von Bremerhaven nach Amerika, und Julius Rosenbaum aus Bünde folgte ihm im Jahre 1888.⁴⁶

Der 17jährige Julius Wisbrunn, ein Sohn des Kaufmanns Heinemann Wisbrunn aus der Gemeinde Steinhagen im Amt Halle i.W., emigrierte im Jahre 1872 nach Amerika.⁴⁷ Bis zur Jahrhundertwende sollen alle Mitglieder der beiden jüdischen Familien am Ort entweder ausgewandert oder ins nahegelegene Brackwede bei Bielefeld abgewandert sein.⁴⁸

Aus der ebenfalls zum Amt Halle i.W. gehörenden Gemeinde Hörste wanderten im Jahre 1860 die Geschwister Henriette (26 Jahre) und Moses Kirschbaum (23 Jahre), vermittelt durch einen

⁴⁶ Vgl. Müller (1992), S. 363, Nr. 10425 (Joseph David Rosenbaum); S. 365, Nr. 10486 (Levi Weinberg); S. 365, Nr. 10490 (Abraham Nathan Meyerson); S. 524, Nr. 9136 (Philipp Moses); Müller (1981), S. 153, Nr. 2514 (Julius Carl Rosenbaum)

⁴⁷ Vgl. Müller (1992), S. 382, Nr. 11002

⁴⁸ Begleittext zu einem Foto des Mietshauses von Herz Wisbrunn am Kirchplatz in Steinhagen in der Ausstellung „Zugänge zum Judentum. Jüdische Diaspora in Minden-Ravensberg“, (8.9.-10.11.1996) Historisches Museum Bielefeld. (Monika Minninger)

Agenten der Bremer Schiffsmakler Lüdering & Co., nach Nordamerika aus. Im Jahre 1865 folgte ihnen ihre Schwester Lena (21 Jahre) in einer Auswanderergruppe von 7 Frauen und 3 Männern nach Nordamerika via Bremen. Schließlich folgte der 26jährige Kürschner Max Kirschbaum aus Bünde seinen Geschwistern im Jahre 1887 nach Amerika.⁴⁹

Der Vater dieser ausgewanderten Geschwister, Levi Kirschbaum, handelte im Jahre 1827 mit Ellenwaren.⁵⁰

Aus der jüdischen Gemeinde Borgholzhausen wanderte zuerst der 23jährige Jacob Löbenstein im Jahre 1845 ohne Konsens nach Amerika aus. Sein Vater war der aus Böhmen stammende Handelsmann Wolf Löbenstein. Im gleichen Alter emigrierte auch Samuel Rheinberg ohne Konsens im Jahre 1863. Sein Vater, der Handelsmann David Rheinberg, war aus Warburg gebürtig. Max Marcus Löbenstein, ein Enkel von Wolf Löbenstein, wanderte ebenfalls illegal im Alter von 29 Jahren im Jahre 1869 aus. Der erst 15jährige Lefmann Kemper, ein Sohn des Handelsmannes Joseph Kemper, der mit Tongeschirr gegen Lumpen, Heede (Flachs- oder Hanfabfall) oder Strickgarn handelte, nahm im Jahre 1875 eine Schiffspassage nach Amerika. Der Kaufmann Salomon Maass folgte im Alter von 24 Jahren im Jahre 1877 nach Nordamerika. Eine Haushaltsaufstellung der Synagogengemeinde Borgholzhausen für das Jahr 1894 belegt, dass die Verbindungen zwischen den in die USA ausgewanderten Juden aus Borgholzhausen keinesfalls abgerissen waren. Eine Person namens Maas aus Baltimore, vermutlich Salomon Maass, überwies ein Geschenk in Höhe von drei Mark, während eine Witwe Kemper, die ebenfalls in Baltimore lebte, 25 Mark durch Samuel Hesse der Synagogengemeinde Borgholzhausen zukommen ließ.⁵¹

Aus der jüdischen Gemeinde Versmold sind nur zwei Auswanderer nach Amerika überliefert. Im Jahre 1846 wanderte der 21jährige Isaac Prag ohne Konsens aus. Seine Eltern waren der Handelsmann und Lottereeinnehmer Isaac Prag aus Halle i.W. und Jette Prag, geb. Weinberg aus Werther. Der Schlachter und Handelsmann David Eisenstein, der am 16.4.1862 Nanny Weinberg, geb. Merfeld aus Versmold geheiratet hatte, wanderte im Jahre 1866 ebenfalls ohne Konsens nach Amerika aus und ließ ein Jahr später seine Ehefrau und Kinder nachkommen. Um welche Kinder es sich handelte, ist nicht klar. Ihr Sohn Abraham (*10.10.1853 in Versmold, gest. vor 1938 in Bielefeld) aus ihrer Ehe mit Levi A. Weinberg (gest. 24.11.1860) lebte als Metzger in Bielefeld. Möglicherweise handelte es sich um ihre Stieftöchter Vögelchen (* ca. 1823 in Versmold) und Hanna (* ca. 1821 in Versmold).⁵²

⁴⁹ Vgl. Müller (1981), S. 84, Nr. 1351 (Henriette Kirschbaum), Nr. 1352 (Moses Kirschbaum); S. 86, Nr. 1382 (Lenchen Kirschbaum); S. 150, Nr. 2471 (Max Kirschbaum); StADt, M 2 Halle Nr. 5. Ein nicht ausgewandertes Sohn des Levi Kirschbaum, Salomon, tötete sich selbst am 3.4.1869 mit einer Pistole. Vgl. StADt, P 2 Nr. 188

⁵⁰ Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

⁵¹ Vgl. Müller (1981), S. 61, Nr. 936 (Lefmann Kemper); S. 62, Nr. 946 (Salomon Maass), dort fälschlicherweise als „Salomon Schacht“ bezeichnet; Müller (1992), S. 353, Nr. 10142 (Jacob Löbenstein); S. 374, Nr. 10756 (Samuel Rheinberg); S. 570, Nr. 16830 (Max Marcus Löbenstein). Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816

⁵² Vgl. Müller (1992), S. 354, Nr. 10174 (Isaac Prag); S. 570, Nr. 16817 (David Eisenstein). Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables. Unveröffentlichter

Die fünf aus der Kleinstadt Werther nach Amerika ausgewanderten jungen unverheirateten Männer bildeten eine Altersgruppe von unter 20 Jahren. Vier der fünf jungen Leute wanderten in den 1850er Jahren aus. Die Ausreise der drei Söhne des Handelsmannes Jacob Alsbach kann als typische Familien- oder Kettenwanderung bezeichnet werden. Jacob Alsbach war vermutlich in seinen jungen Jahren nicht sehr wohlhabend, denn im Jahre 1832 betrug sein Anteil an dem Honorar des jüdischen Lehrers lediglich 1,3%, und bei der Anzeige der Geburt seiner Zwillinge Sara und Levi im November 1836 und seines Sohnes Joseph im Jahre 1839 im Kreisbüro in Halle i.W. brauchte er wegen Armut keine Hebammengebühr zu entrichten. Zuerst emigrierte der 19jährige Isaac im Jahre 1852 angeblich ohne Konsens, dann folgte der 18jährige Joseph im März 1857 mit der Entlassungsurkunde des Landrates des Kreises Warburg. Jacob Alsbach hatte seinen Wohnort von Werther nach Peckelsheim verlegt, eine Landgemeinde im Kreis Warburg, in der noch im Jahre 1871 eine jüdische Gemeinde von 138 Personen (9,2% aller Einwohner) existierte. Schließlich wanderte auch Jacob Alsbach dritter Sohn, Abraham (*1852 in Werther), allerdings ohne Konsens, aus.

Der 21jährige Lehmann Bendix Meier son, ein Sohn des Kaufmanns Bendix Meier son, wanderte im Jahre 1853 heimlich nach Amerika aus. Ebenfalls ohne Konsens soll der 20jährige Meier Meyerson, ein Sohn des Blaufärbers Moses Meyerson, im Jahre 1854 nach Amerika ausgewandert sein.⁵³

Insgesamt sind wenigstens 25 jüdische Auswanderer aus dem Kreis Halle i.W. nachweisbar, darunter nur zwei unverheiratete Frauen (Schwestern) und eine Ehefrau. Das Durchschnittsalter der 19 altersmäßig bekannten jüdischen Emigranten betrug 22,4 Jahre. Im Unterschied zur jüdischen Auswanderung aus dem Kreis Lübbecke beruhte diejenige im Kreis Halle i.W. zum großen Teil auf den Entscheidungen von Jugendlichen mit allenfalls einer abgeschlossenen Lehre, die beabsichtigten, ihre zukünftige Lebensplanung in Amerika zu verwirklichen. Gleichzeitig war der jüdische Auswandererstrom ein kleiner Teil der viel umfangreicheren allgemeinen Auswanderungsbewegung. Analog zur jüdischen Berufsstruktur befanden sich unter den jüdischen Auswanderern keine Spinner, Weber, Pächter-, Mieterheuerlinge oder Handwerker, die von der Krise der heimgewerblichen Protoindustrien, von den Folgen der Ablösungszahlungen oder direkt von einer Agrarkrise betroffen waren. Eher ist zu vermuten, dass die nachgeborenen Söhne der jüdischen Handelsleute keine wirtschaftlichen Chancen sahen, sich in den Kleinstädten der Kreise Halle i.W. und Lübbecke als Kaufleute niederzulassen oder in den bereits von den vorhandenen jüdischen Familien aufgeteilten Handels- und Hausiergebieten eine Nische zu finden. Denn dann

Computerausdruck. Boston 1998 (updated), Nr. 12143, Eintrag: Levi Abraham Weinberg (*ca. 1798 in Versmold, gest. 24.11.1860 in Versmold), der in erster Ehe mit Rebecca Nathanson (*ca. 1798 in Versmold, gest. 18.2.1852 in Versmold) verheiratet war.

⁵³ Vgl. Müller (1992), S. 363, Nr. 10408 (Isaac Alsbach); S. 373, Nr. 10731 (Joseph Alsbach). Müllers Angabe, dass Joseph Alsbach im Jahre 1855 ohne Konsens nach Amerika ausgewandert sei, steht im Widerspruch zu StdtA Werther, A 218, woraus hervorgeht, dass Joseph Alsbach beabsichtigte, im März 1857 mit Entlassungs-Urkunde vom 28.2.1857 aus Peckelsheim „abzureisen“. Vgl Müller (1992), S. 530, Nr. 15436 (Abraham Alsbach); S. 362, Nr. 10404 (Lehmann Bendix Meier son); S. 364, Nr. 10462 (Meier Meyerson)

hätten sie direkt mit anderen Familienmitgliedern um Einkommen und Märkte konkurrieren müssen, die in Krisenzeiten stagnierten oder enger wurden. Günstige Nachrichten aus den Briefen früher ausgewanderter Familienmitglieder, die sich in den schnell wachsenden amerikanisch-jüdischen Gemeinden integriert hatten, oder auch optimistische Nachrichten über die Entwicklungen dieser Gemeinden in der deutsch-jüdischen Presse werden nicht wenige junge Männer überzeugt haben, ihre berufliche Zukunft in Amerika zu verwirklichen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die sieben ohne Konsens ausgewanderten jungen Männer beabsichtigten, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: einerseits dem preußischen Militärdienst zu entgehen, andererseits die Entwicklungschancen in Amerika zu nutzen.

Das Wachstum der jüdischen Bevölkerung in Baltimore beispielsweise von 1.000 Personen im Jahre 1840 auf 8.000 Personen im Jahre 1860 wurde in der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“ lobend erwähnt. Im Unterschied zu Preußen, wo jeder Jude seit 1847 gezwungen wurde, einer Synagogengemeinde anzugehören, hatte sich die Hälfte der Juden in Baltimore entschieden, gar keiner jüdischen Gemeinde beizutreten, obwohl sich im Jahre 1860 dort schon sechs Gemeinden mit je unterschiedlichem Kultus ausdifferenziert hatten. Auch in Baltimore sollen nach Barkai die meisten Juden im Jahre 1860 als Hausierer und kleine Ladeninhaber ihr Brot verdient haben, doch die expandierende Eisen- und Kupferindustrie und die seit 1827 bestehende Eisenbahnverbindung mit Cincinnati schaffte günstige wirtschaftliche Entwicklungschancen und belebte die Märkte mit Handelsgütern, die ihre Vertreter suchten.⁵⁴

Eine genauere quantitative Bewertung der jüdischen Auswanderung ist für die Kreisstadt Lübbecke möglich, da außerdem die zeitgleichen Geburtenüberschüsse nachweisbar sind. Zwischen 1850-1860 betrug der Geburtenüberschuss 20 Personen, und im selben Zeitraum wanderten mindestens 27 Personen aus. Gleichzeitig ließen sich aber die drei Familien – wie oben beschrieben – Vogel, Cahen und Hurwitz in der Kleinstadt nieder. Die gesamte Zahl der jüdischen Gemeinde war in dieser Periode weniger rückläufig als in der Periode 1871-1885. Von 1849-1860 sank die jüdische Bevölkerung von 129 auf 121 Personen, von 1871-1885 aber von 105 auf 80 Personen. Es ist zu vermuten, dass die größere Verminderung im zweiten Zeitraum nicht nur auf weitere Auswanderungen und Binnenwanderungen in die größeren Städte (Urbanisierung) zurückzuführen ist, sondern auch auf den Verbürgerlichungsprozess der Mitglieder der jüdischen Gemeinde, durch den sich das Reproduktionsverhalten veränderte. Wie oben schon angedeutet, betrug der Geburtenüberschuss der jüdischen Gemeinde Lübbecke im Zeitraum 1830-1847 noch 46 (59,7%), verringerte sich jedoch im Zeitraum 1850-1867 auf 24 (44,4%).⁵⁵

Während die Familie des jüdischen Lehrers Heinemann Leeser (1814-1874) und seiner Frau Jeannette, geb. Meyberg (1829-1874) in Lübbecke sechs Kinder umfasste, hatten Max Lazarus (1869-1949), ebenfalls Lehrer in Lübbecke, und seine Frau Julie, geb. Aronheim (1863-1944) zwei

⁵⁴ Vgl. Barkai, *Branching out* (1994), S. 69f

⁵⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.6; StADt, P 2 Nr. 210

Kinder. Wie oben in Tabelle 22 ersichtlich, wanderte mindestens ein Sohn des Lehrers Heinemann Leeser, Benjamin (*1864), im Jahre 1881 von Peine in die USA aus und verheiratete sich um 1896 mit Stella Carroll. Die beiden Kinder des Lehrers Max Lazarus, Lothar und Ilse, flohen mit ihren Eltern und ihrer Familie vor dem deutschen Faschismus nach Palästina. Während die jüdischen und nichtjüdischen Auswanderer nach Amerika im 19. Jahrhundert von der Hoffnung erfüllt waren, im Zielland bessere sozialökonomische Entwicklungsmöglichkeiten zu finden und zu realisieren, ging es bei der Flucht der deutschen Juden nach Palästina und anderen Ländern während des Nationalsozialismus aus einer existentiellen Überlegung darum, die nackte Haut zu retten und die individuelle und kollektive Würde und Identität zu bewahren.⁵⁶

⁵⁶ Die Daten zur Auswanderung von Benjamin Leeser nach Amerika, seiner Eheschließung und seines Wohnortes Chicago um 1900 verdanke ich Müller (1981), S. 206, Nr. 3425 und einer Mitteilung von Helga Becker-Leeser vom 8.3.1996. Zur Flucht von Max und Julie Lazarus nach Palästina siehe: Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 146

Tabelle 24: Jüdische Auswanderer aus dem Kreis Halle i.W. im 19. Jahrhundert

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter/ Geburts- Jahr	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
-------------------------------------	----------------------------	--	------	--------------------------

Steinhagen

Julius Wissbrunn ohne Konsens	25.10.1855	?	1872	Amerika
----------------------------------	------------	---	------	---------

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter/ Geburts- Jahr	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
-------------------------------------	----------------------------	--	------	--------------------------

Halle i.W.

1. Joseph David Rosenbaum ohne Konsens	27.03.1834	?	vor 1857	?
2. Levi Weinberg ohne Konsens	26.03.1835	?	vor 1858	Amerika
3. Abraham Meyerson ohne Konsens	26.03.1835	?	vor 1858	Amerika
4. Philipp Moses ohne Konsens	28.04.1841 in Leiberg	?	1860	Amerika via Bremerhaven
5. Julius Carl Rosenbaum („Handlungsbeflissener“) mit Konsens	18.07.1869	?	1888	von Bünde nach Nordamerika

Hörste

1. Henriette Kirschbaum mit Konsens	26 Jahre	?	1860	Amerika
2. Moses Kirschbaum mit Konsens	22 Jahre	mit Schwester	1860	Amerika
3. Lena Kirschbaum mit Konsens	06.11.1843	?	1865	Amerika
4. Max Kirschbaum (Kürschner) mit Konsens	25.04.1861	?	1887	von Bünde nach Nordamerika

Borgholzhausen

1. Jacob Löbenstein ohne Konsens	22.08.1822	?	1845	Amerika
2. Samuel Rheinberg ohne Konsens	26.05.1840	?	vor 1863	?
3. Max Marcus Löbenstein ohne Konsens	02.01.1840	?	1869	?
4. Lefmann Kemper mit Konsens	29.02.1860	?	1875	Nordamerika
5. Salomon Maass (Kaufmann) mit Konsens	20.10.1853	?	1877	Nordamerika

Versmold

1. Isaac Prag ohne Konsens	20.01.1825 in Halle i.W.	?	vor 1846	Amerika
2. David Eisenstein ohne Konsens	18.08.1837 in Höxter	lässt Frau und Kinder nachkommen	1866	Amerika

Quellen: Müller (1981, 1992); StADt, M 2 Halle Nr. 5

Name (Beruf) mit/ohne Konsens	Alter/ Geburts- Jahr	Zahl mit auswandernder Familienmitglieder	Jahr	Zielland/ Staat/Stadt
-------------------------------------	----------------------------	--	------	--------------------------

Werther

1. Isaac Alsbach ohne Konsens	12.02.1833	?	1852	Amerika
2. Lehmann Meier ohne Konsens	14.06.1832	?	1853	Amerika
3. Meier Meyerson ohne Konsens	08.12.1834	?	1854	Amerika
4. Joseph Alsbach mit Konsens	10.01.1839	?	1857	von Peckelsheim nach Amerika
5. Abraham Alsbach ohne Konsens	1852	?	?	vermutlich Amerika
Summe (Auswanderer aus Kreis Halle i.W.) 25				

Quellen: Müller (1981, 1992); StdtA Werther, A 218

2.5 Abwanderungen in die größeren Städte (1870-1895)

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit der Frage, inwieweit der Rückgang der jüdischen Bevölkerung auf Kreisebene und in den einzelnen jüdischen Gemeinden vor und während der Zeit der großen Depression (1873-1895) mit der Abwanderung einzelner Familien in die größeren Städte der unmittelbaren Umgebung, des Rhein- und Ruhrgebiets oder anderer Provinzen zusammenhängen könnte und nicht nur als Resultat der Auswanderungen nach Amerika und der geringeren Geburtenüberschüsse erklärt werden kann.

Nachdem die jüdische Bevölkerung des Kreises Lübbecke um das Jahr 1858 einen demographischen Maximalwert und Wendepunkt mit 406 Personen (oder 0,8% der allgemeinen Bevölkerung) erreicht hatte, verringerte sie sich in den nachfolgenden Jahren kontinuierlich – im Unterschied zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung – von 347 Personen (0,7%) im Jahre 1867 auf 330 (0,7%) im Jahre 1871 und von 262 Personen (0,57%) im Jahre 1882 auf 216 im Jahre 1905 (0,4%). Demgegenüber war die allgemeine Bevölkerung bis zum Jahr 1895 auf den Stand von 1871 mit 47.742 Personen erneut angewachsen.¹

Im letzten Kapitel haben wir nachgewiesen, dass mindestens 86 Juden im 19. Jahrhundert aus dem Kreis Lübbecke vorwiegend nach Amerika auswanderten. Ohne vollständige Daten angeben zu können, kann an Beispielen gezeigt werden, dass sich auch jüdische Familien des Untersuchungsgebietes entschieden, ihren Wohnort und Arbeitsplatz in einen anderen Kreis oder in eine andere Provinz zu verlegen.

¹ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Hefte 3c (1964), S. 66f; 3d (1966); S. 56-63; Reekers (1956), S. 140; Preußische Statistik Bd. XVI, I. Theil. Berlin 1869, S. 22; Preußische Statistik, Bd. XXX, Berlin 1875, S. 100; Bd. LXXVI (1885), S. 356f; Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Berlin 1897, S. 26f; Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen sowie für die Fürstentümer Waldeck und Pymont. Berlin 1909, S. 52f

Tabelle 25: **Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Lübbecke (1871-1905)**

Jahr	1871	1882	1895	1905
Kreis Lübbecke	47.593	46.009	47.742	50.830
Juden	326	287 ^a	181 ^b	216
in % aller	0,7	0,6	0,4	0,42

a) Zahl gilt für 1880; b) nur jüdische Stadtbevölkerung

Quellen: Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966); Preußische Statistik Bd. XXX (1875); Bd. LXXVI (1885); Engel (1874); Neumann (1884); Gemeindelexika (1897, 1909)

Die jüdische Bevölkerung der Kreisstadt Lübbecke verringerte sich von 105 (3,9%) Personen im Jahre 1871 auf 80 (2,8%) im Jahre 1885 und 73 (2,3%) im Jahre 1895.²

Die Kinder des Pferdehändlers und Ackerbürgers Levi Vogel verheirateten sich in den Jahren 1873/74 nach auswärts (Breslau; Magdeburg?). Auch der 68jährige, ehemalige Ackerbürger selbst verließ im Frühjahr 1876 mit seiner Frau die Kreisstadt, um möglicherweise zu seiner Tochter nach Breslau zu ziehen. Irgendwann nach 1880 verheiratete sich Regina Rosenberg nach Aachen. Ende September 1885 zog Dr. med. Jacob Leiser mit Frau und Kind von Lübbecke nach Rheydt, um die Praxis seines dort verstorbenen Vaters zu übernehmen. Der 63jährige Kaufmann Moses Enoch Rosenberg wechselte mit seiner Frau den Wohnort, als er 1886 nach Köln umzog. Eine Tochter des Kaufmanns Moses Nathan Rosenberg verheiratete sich in den 1880er Jahren nach Berlin.³

Allein durch Binnenwanderung verlor die jüdische Gemeinde Lübbecke in den 1870er und 1880er Jahren mindestens 13 Mitglieder.

Während die allgemeine Bevölkerung im Kreis Halle i.W. um das Jahr 1875 einen Tiefstand von 27.271 Personen im 19. Jahrhundert aufgrund der Verluste durch Auswanderungen und Kriegsfolgen erreichte, verringerte sich die jüdische Bevölkerung in den folgenden Jahren aufgrund von Abwanderungen, fehlenden Zuzügen und geringeren Geburtenüberschüssen. Demgegenüber stieg die Zahl der allgemeinen Bevölkerung aufgrund von Geburtenüberschüssen von 1875-1905 wieder auf 30.709 Personen an.⁴

² Vgl. Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1871-1961. Sonderreihe Volkszählung 1961. Heft 3c. Düsseldorf 1964, S. 402-411; vgl. ebd., Bevölkerungsentwicklung 1816-1871. Heft 3d. Düsseldorf 1966, S. 198-201; Engel, E, (Bearb.): Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Materialien der allgemeinen Volkszählung vom 1.12.1871. Berlin 1874, S. 30-32; die Zahl der Juden in Lübbecke für 1885 gilt für 1880 nach Neumann, Salomon: Zur Statistik der Juden in Preußen von 1816-1880. Zweiter Beitrag aus den amtlichen Veröffentlichungen. Berlin 1884, S. 47; Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Aufgrund der Volkszählung vom 2.12.1895. Berlin 1897, S. 26f

³ Vgl. Beckmann (1994), S. 66f

⁴ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Hefte 3c und 3d (1964, 1966); 1816-1966. 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.). Eine Darstellung seiner Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Halle i.W. 1966, S. 131

Tabelle 26: **Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Halle i.W. (1871-1905)**

Jahr	1871	1882	1895	1900	1905
Kreis Halle i.W.	27.840	28.074	29.137	30.007	30.709
Juden	194	177	146 ^a	159	133 ^b
in % aller	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4

a) nur Stadtbevölkerung; b) Zahl gilt für 1907

Quellen: Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), Heft 3d (1966); Preußische Statistik Bd. XXX (1875); Bd. LXXVI (1885); Engel (1874); Neumann (1884); Gemeindelexikon (1898); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung (1909)

Die jüdische Bevölkerung in der Kreisstadt Halle i.W. erreichte erst vergleichsweise spät im Jahre 1871 mit 47 Personen (3,2%) ihr absolutes und relatives Maximum, da sich mit dem Zuzug im November 1861 von Hamm der Familie des Rechtsanwaltes und Notars Emil Friedlaender, der im nahegelegenen Bielefeld praktizierte, doch angewiesen wurde, in Halle i.W. seinen Wohnsitz zu nehmen, und dem Zuzug der Familie des Arztes Dr. med. Abraham Strauß aus Brilon, der am 1. Juni 1864 als Kreisarzt vereidigt worden war, die Synagogengemeinde Halle i.W. von 6 Familien im Jahre 1861 auf 8 Familien oder 10 Haushaltsvorstände im Jahre 1866 vergrößerte. Da es jedoch im August 1870 Emil Friedlaender gestattet wurde, mit seiner Familie nach Bielefeld zu ziehen und der Kreisarzt Dr. med. Abraham Strauß nach 12jähriger Tätigkeit im Mai 1876 in den Stadtkreis Barmen versetzt wurde, hatte sich die Zahl der Juden in Halle i.W. wieder im Jahre 1880 auf 32 Personen oder ca. 1,9% der allgemeinen Stadtbevölkerung verringert.⁵ Spätestens im Jahre 1904 verlegte Robert Stern, der Gesellschafter der Firma Ph. Stern, der die Lumpensortieranstalt in Halle i.W., Lange Straße 20, betrieb, seinen Wohnsitz nach Bielefeld. Noch im November 1893 war Robert Stern zum Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde zu Halle i.W. gewählt worden, wozu nach § 16 des Statuts vom 22.04.1856 nur die „in dem Hauptorte der Synagogen-Gemeinde wohnende Mitglieder“ in Frage kamen. Sein Bruder, der Kaufmann Victor Stern, war im Jahre 1904 Inhaber (Gesellschafter) eines Zweigbetriebs in Hannover, wo er auch seinen Wohnsitz hatte.⁶

Der Aufstieg deutscher Juden in das Bildungsbürgertum hatte zur Folge, dass neue jüdische Familien in der Kreisstadt ihren Wohnsitz nahmen, doch mit behördlicher Genehmigung bzw. Versetzung wechselten die Familien Friedlaender und Strauß nach wenigen Jahren wieder ihre Wohnsitze. Mit der aktiven Teilnahme an der Industrialisierung in der kleinen Kreisstadt und der Expansion ihres Geschäftsumfangs verlegten die Inhaber der Handelsgesellschaft Ph. Stern ihre Kontore und Wohnsitze nach Bielefeld und Hannover. In Halle i.W. verblieb das Lager der Lumpensortieranstalt.

⁵ Vgl. Neumann (1884), S. 47

⁶ Vgl. Statut für die Synagogengemeinde zu Halle i.W., in: StdtA Halle, A 611; StADt, D 23 Halle Nr. 281 Handelsregister des Amtsgerichtes Halle i.W., Bd. 1, Firmennr. 44

Die Attraktivität der Industriestadt Bielefeld für jüdische Gewerbetreibende belegt die Tatsache, dass die Zahl der jüdischen Bevölkerung in diesem ostwestfälischen Zentrum der Industrie und des Handels trotz Gründerkrise und großer Depression von 152 Personen im Jahre 1849 auf 653 im Jahre 1880 anstieg. Nach dem Tod des Kleinhändlers Meyer Ganz (gest. 1859) in Hesselteich, eine Gemeinde im Amt Versmold, zogen seine Frau Julie, geb. Ganz, verwitwete Weinberg, ihre Schwester Berta und ihre Tochter Sara nach Bielefeld und eröffneten ein Kolonialwarengeschäft in der Siekerstraße 13. Dieses Beispiel belegt, dass sich jüdische Frauen aktiv an der Abwanderung in die größeren Städte beteiligten und als Firmengründerinnen selbständige Aufgaben übernahmen.⁷

Adolf Maass (*9.10.1875 in Borgholzhausen) besuchte ein Gymnasium in Leer/Emsland, bevor er sich in Hamburg zum Speditionskaufmann ausbilden ließ. Seine Verbundenheit mit der Synagogengemeinde Borgholzhausen drückte er auf symbolische Weise aus, indem er für die Haushaltsjahre 1904/05 und 1905/06 je eine Mark überwies. Sein Vater, der Pferdehändler Alexander Maass, fungierte in dieser Zeit als Rendant der Gemeinde. Im Jahre 1911 verheiratete sich Adolf Maass in Hamburg mit Käthe Elsbach (*2.8.1887 in Herford). Seine gebildete und kunstsinnige Frau stammte aus der Herforder Unternehmerfamilie Elsbach, die hier eine Wäsche- und eine Herrenkleiderfabrik besaß und vor dem Ersten Weltkrieg der größte Arbeitgeber in der Stadt war.⁸

Hinsichtlich der Kleinstadt Werther sind uns mehrere Abwanderungen ganzer Familien ins nahegelegene Bielefeld überliefert. Die Brüder Jesaias, Leffmann und Michael Greve entschieden sich im Jahr 1863, zwischen 1872-76 und 1886, ihren Wohnort und Arbeitsplatz von Werther nach Bielefeld zu verlegen. Es handelte sich also um familiäre Kettenbinnenwanderungen. Die Familie des Handelsmannes Jesaias Greve umfasste 5 schulpflichtige Kinder, Kaufmann Leffmann Greve hatte 4 Jungen und ein Mädchen der Geburtsjahre 1862-72.⁹ Ob auch Michael Greve verheiratet war und Kinder hatte, als er nach Bielefeld umzog, ist noch unbekannt. Es sind also wenigstens 15 Mitglieder der Familie Greve vor und nach der Reichsgründung in die nahegelegene ostwestfälische Industrie- und Handelsmetropole abgewandert. Es kann vermutet werden, dass die Motive ihrer Abwanderung in der Absicht der Eltern begründet lagen, nicht nur ihre eigenen wirtschaftlichen Chancen zu verbessern, sondern auch die zukünftigen ihrer Kinder. Die Marktchancen und die schulischen, kulturellen und Ausbildungsangebote waren in Bielefeld natürlich größer und differenzierter als in der Kleinstadt Werther. Die Attraktivität von Bielefeld zog sogar ein Mitglied der unteren Einkommenschicht unter den Juden in Werther an. Denn es ist überliefert, dass der in dürftigen Einkommensverhältnissen lebende Handelsmann Benjamin

⁷ Vgl. Neumann (1884), S. 47; Minninger, Monika; Stüber, Anke; Klussmann, Rita: Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Katalog. Bielefeld 1988, S. 108f

⁸ Mitteilung von Evamaria Küchling-Marsden; StADt, M 1 II A Nr. 816; Brade, Lutz und Christine; Heckmanns, Jürgen und Jutta: Juden in Herford. 700 Jahre jüdische Geschichte und Kultur in Herford. Bielefeld 1990, S. 58-65; Herforder Kreisblatt vom 23.2.2000

⁹ Vgl. StdtA Werther, A 77; StADt, P 2 Nr. 186

Leeser mit seiner Familie und drei schulpflichtigen Kindern nach der Jahrhundertwende nach Bielefeld umzog.¹⁰

Die Notwendigkeit, die Kleinstadt Werther zu verlassen, war für junge Juden unerlässlich, die ein Studium aufnahmen – wie die Cousins Moritz (*1887) und Max Weinberg (*1889). Beide studierten Rechts- und/oder Staatswissenschaften und promovierten. Während Moritz Weinberg als Richter in Essen und später als Rechtsanwalt in Köln fungierte, arbeitete sein Cousin Max als Regierungsrat in Hannover.¹¹

Alexander Moses Alexander zog zuerst nach Essen, gründete ein Warenhaus, zog weiter nach Gelsenkirchen und emigrierte später nach London und New York. Mitglieder der Familie Goldstein verlegten ihren Wohnort nach Paderborn, und ein Sohn des Vieh- und Manufakturwarenhändlers Feodor Sachs, Ludwig, betrieb einen Textilgroßhandel in Wuppertal.¹²

2.6 Zusammenfassung

Nach Schmelz unterschied sich die demographische Entwicklung der deutschen Juden von derjenigen der allgemeinen Bevölkerung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dadurch, dass erstens ihre Sterblichkeitsraten niedriger lagen, zweitens in einer „vorrübergehenden Zunahme des natürlichen Zuwachses“, drittens in zurückgehenden Geburtenraten, die zusammen gesehen mit einer negativen Wanderungsbilanz zur Folge hatten, dass die jüdischen Gemeinden veralteten.¹

Segall konstatierte mit Bezug auf die preußischen Juden, dass erstens ihre Geburtenüberschüsse im Zeitraum von 1822-1840 höher lagen als die in der Gesamtbevölkerung, was auch er auf niedrigere Sterblichkeitsraten zurückführte. Im Zeitraum von 1840-1880 verlor Preußen ca. 44.100 Juden durch Abwanderungen, im Zeitraum von 1880-1885 17.000 weitere. Die von Antisemiten behauptete „Fabel der jüdischen Masseneinwanderung“ war also durch die Berechnungen von Neumann und Segall widerlegt worden.² Die xenophobischen Ängste, die die Antisemiten propagandistisch auszubedenken beabsichtigten, basierten vermutlich darauf, dass aufgrund der Pogrome und der ökonomischen Krisen in Rußland im Zeitraum von 1880-1914 2.725.000 russische und galizische Juden Europa verließen, von denen „ein erheblicher Teil über deutsche

¹⁰ Mitteilung von Helga Becker-Leeser

¹¹ Vgl. Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München. New York. London. Paris 1988, S. 382, Eintrag: Dr. jur. Moritz Weinberg; Weinberg, Robert Allan (1974), S. 59; derselbe (1998), Nr. 12131141, Eintrag: Moritz Weinberg; Nr. 1213741, Eintrag: Max Bendix Weinberg; Kienecker, Paul: Das Kirchspiel Werther und der Krieg 1914-1918. Zum dankbaren Gedenken an unsere Gefallenen und Kriegsteilnehmer. Werther 1920, S. 629: „Max Weinberg, Reg. Rat, Dr., 1.10.1914-5.12.1918 Kriegsfreiwilliger“. Vgl. Lowenthal, E.G. (Hg.): Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1966, 2. Aufl., S. 196 zu den vielfältigen öffentlichen und ehrenamtlichen Verpflichtungen von Dr. Moritz Weinberg

¹² Vgl. Lütgemeyer, Paul: Werthers lebendige Geschichte, in: Westfalen-Blatt vom 7.3.1985

¹ Vgl. Schmelz, Uriel: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 8, Nr. 1 (1982), S. 31ff

² Vgl. Segall, Jacob: Die Entwicklung der Juden in Preußen während der letzten hundert Jahre, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, 8. Jg., Nr. 6 (Juni 1912), S. 82f; vgl. Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechts und der Wissenschaft. Danzig 1900, 2. Aufl., S. 41f

Häfen“ hauptsächlich nach Amerika auswanderte.³ Auch die Tatsache, dass sich die Zahl der so genannten Ostjuden im Kaiserreich von ca. 16.000 im Jahre 1880 auf 70.000 im Jahre 1910 erhöhte, veränderte die antisemitischen Stereotypen und Bilder in der Wahrnehmung und in der Sprache bestimmter Politiker. Denn deutsche antisemitische, konservative und mindestens auch ein nationalliberaler Politiker plädierten im Reichstag beispielsweise im Kontext der Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag (1894) und auch ein Jahr später für ein Einwanderungsverbot für russische Juden.⁴

Die demographische Entwicklung der jüdischen Bevölkerung im Kreis Rahden/Lübbecke erreichte ihren absoluten und relativen Maximalwert um das Jahr 1858 mit 406 Personen oder 0,84% der Gesamtbevölkerung. Hinsichtlich der demographischen Entwicklung der Kreisstadt Lübbecke konnte nachgewiesen werden, dass die jüdischen Geburtenüberschüsse im Zeitraum 1830-1863 aufgrund niedrigerer Sterberaten um den Wert 0,9 höher lagen als die der allgemeinen Stadtbevölkerung (2,2:1,3). Der Anstieg der jüdischen Bevölkerung im Vormärz kann aufgrund von Geburtenüberschüssen und positiven Wanderungsbilanzen erklärt werden. Die kontinuierliche Abnahme der jüdischen Bevölkerung im Kreis Lübbecke von ca. 326 Personen im Jahre 1871 auf 216 Personen im Jahre 1905 resultierte aus geringeren Geburtenüberschüssen, negativer Wanderungsbilanz und zu geringen Zuwanderungen neuer Ehepaare. Ca. 86 jüdische Auswanderer nach Amerika aus dem Kreis Lübbecke, davon allein 57 aus der Kreisstadt selbst, konnten für das 19. Jahrhundert nachgewiesen werden. Bei diesen jüdischen Auswanderern nach Amerika handelte es sich um vollständige, teilweise große Familien, junge Ehepaare und Einzelauswanderer. Letztere hatten ein Durchschnittsalter von ca. 21 Jahren.

Im Unterschied hierzu erreichte die allgemeine Bevölkerung im Kreis Rahden/Lübbecke schon sechs Jahre früher um das Jahr 1852 ihren absoluten Maximalwert von 50.249 Personen, um danach bis zum Jahre 1885 aufgrund negativer Wanderungsbilanzen und geringerer Eheschließungen und Geburtenüberschüsse auf einen Minimalwert von 45.957 Personen abzusinken. Zwischen 1844-1871 emigrierten aus dem Regierungsbezirk Minden 43.398 Personen, die meisten von ihnen kamen aus Minden-Ravensberg. Mit dem Zusammenbruch der manuellen Garnspinnerei und Leinenweberei in den 1840er Jahren begann die Bevölkerungszahl zu sinken aufgrund von Aus- und Abwanderungen und aufgrund des Rückgangs der Eheschließungen und der Geburten. Auch landwirtschaftliche Krisen und die Erhöhung des Tabakeinfuhrzolls im Jahre 1879 erhöhte die Zahl der Auswanderer. Die Auswanderung vieler Menschen aus Minden-Ravensberg war eine Folge des Massenelends (Pauperismus), das einerseits verursacht wurde durch die Krisen der Protoindustrien und der Landwirtschaft, andererseits noch nicht durch den Aufbau substitutiver Gewerbezweige eingedämmt werden konnte.

³ Vgl. Adler-Rudel, Shalom: Ostjuden in Deutschland. 1880-1940. Tübingen 1959, S. 3f

⁴ Vgl. Antisemiten-Spiegel, S. 38-42; Zumbini, Massimo Ferrari: Große Migration und Antislavismus: negative Ostjudenbilder im Kaiserreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd. 3. Frankfurt a.M. 1994, S. 204

Neben den Auswanderungen nach Amerika sind auch Abwanderungen nach den Zechen im Ruhrgebiet und so genannte Hollandgänger zu berücksichtigen. Rothert wies 23 Zuwanderer aus dem Kirchspiel Werther im Kreis Halle i.W. nach, die zumeist auf der Bochumer Zeche Hannover in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Arbeit fanden. Unter ihnen waren zahlreiche Geburtsjahrgänge der 1830er und 1840er Jahre. Aus dem Kreis Lübbecke kamen aus dem Amt Levern 4, aus dem Amt Rahden 22 und aus dem Amt Hüllhorst 58 Leute, die auf den Bochumer Zechen Hannover und Hannibal Anstellungen fanden. Die relativ hohe Zahl der Zuwanderer aus dem Amt Hüllhorst führte Rothert auf den weit verbreiteten landwirtschaftlichen Kleinbesitz von unter 2 Hektar zurück, der nicht ausreichte, alle Söhne, selbst wenn sie als Hausarbeiter dazu verdienten, zu versorgen. Obwohl die Löhne in den Niederlanden in den 1840er Jahren sanken, betrug die Zahl der Hollandgänger als saisonale Wanderarbeiter aus dem Kreis Lübbecke noch 394 im Jahre 1843.⁵

Nach 1885 nahm die allgemeine Bevölkerung im Kreis Lübbecke wieder zu, bis sie im Jahre 1905 mit 50.830 Personen in etwa den Wert von 1852 wieder erreicht und etwas übertroffen hatte. Dieser allgemeine Bevölkerungsanstieg im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kann auf die expansive Entwicklung der Tabak-, Textil- und Wäscheindustrien zurückgeführt werden, die den Industrie- und zahlreichen Hausarbeitern und -arbeiterinnen im Kreis bescheidene Einkommensmöglichkeiten boten. Auch in den nachfolgenden Jahren vermehrte sich die allgemeine Bevölkerung bis in die NS-Zeit im Jahre 1939 auf 58.771 Personen.⁶

In den einzelnen jüdischen Gemeinden im Kreis Rahden/Lübbecke wurden die absoluten und relativen demographischen Höhe- und Wendepunkte allerdings in unterschiedlichen Jahren erreicht. In der Kreisstadt Lübbecke war dies im Jahre 1837 mit 131 Personen (ca. 5%) der Fall. Für die Gemeinden Großendorf und Kleinendorf ist der absolute und relative Maximalwert mit 102 Personen im Jahre 1855 oder 2,7% der Gesamtbevölkerung konstatierbar. In Levern wurde dieser demographische Wendepunkt erst im Jahre 1880 mit 60 Personen in 9 Familien (ca. 5% der allgemeinen Bevölkerung) erreicht, obwohl die Zahl der Familien noch bis zum Jahr 1900 auf einen Maximalwert von 11 anstieg. Die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf erreichte im Jahre 1858 mit 58 Personen oder 7% der Landstadtbevölkerung ihren absoluten und relativen demographischen Maximalwert.

Eine Seite des jüdischen Verbürgerlichungsprozesses bestand nach Volkov in der Ausbildung einer einzigartigen jüdischen „intimen Kultur“, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bewusste Familienplanung bzw. –steuerung einschloss.⁷ Die Fekundität jüdischer Frauen war nicht größer oder kleiner als die der nichtjüdischen, die relative jüdische Fertilität aber im Vormärz deutlich höher aufgrund niedrigerer Sterberaten (Mortalität) unter jüdischen Säuglingen und

⁵ Vgl. Rothert, Liebetraut: Zur Herkunft westfälischer Bergleute auf Bochumer Schachtanlagen im 19. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen, Bd. 31 (1981), S. 83, 86f

⁶ Vgl. Mooser (1984), S. 85; Gemeindestatistik NRW, Hefte 3c (1964), S. 66f; Heft 3d (1966), S. 56-63

⁷ Vgl. Volkov, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780-1918. München 1994, S. 57

Kleinkindern. Die niedrigeren Sterberaten erklären sich aufgrund gruppenspezifisch praktizierter sozialer Normen und die bewusste Familienplanung aufgrund der verbürgerlichten jüdischen Sozialstruktur: eine bessere Kinderpflege, eine schonendere Behandlung der schwangeren Frauen, eine niedrigere Zahl unehelicher Kinder und eine niedrigere Zahl von Alkoholikern waren solche praktizierten sozialen Normen und deren Resultate im jüdischen Milieu.

Im Unterschied zur Bevölkerungsentwicklung im Kreis Rahden/Lübbecke ist es schwierig, für den Kreis Halle i.W. nur einen einzigen demographischen absoluten und relativen Maximalwert oder demographischen Wendepunkt anzugeben. Diese Beobachtung gilt sowohl für die jüdische als auch für die allgemeine Bevölkerungsentwicklung im 19. Jahrhundert. Im Zeitraum von 1843-1849 bilanzierten sich die Geburten- und Sterbezahlen, Zuwanderungen und Abwanderungen so sehr miteinander aus, dass die absoluten Zahlen für die allgemeine Bevölkerung (1843: 31.694; 1849: 31.696) und die der jüdischen Bevölkerung (295 Personen für beide Jahre) einen demographischen Entwicklungsstillstand vortäuschen. Während die jüdische Bevölkerung kontinuierlich von ca. 194 im Jahre 1871 (0,7%) auf 133 (0,4%) im Jahre 1907 absank, erreichte die allgemeine Bevölkerung aufgrund negativer Wanderungsbilanz im Jahre 1875 mit 27.271 Einwohnern einen Tiefpunkt, um danach bis 1905 auf 30.709 Personen anzuwachsen, d.h. die allgemeine Bevölkerung erlangte erst nach der Jahrhundertwende den Wert, den sie schon im Jahre 1837 vor der Krise der protoindustriellen, heimgewerblichen Leinenhandweberei und –spinnerei gehabt hatte. Die Annahme liegt nahe, dass erst nach der Reichsgründung substitutive gewerbliche Strukturen - z.B. die heimgewerblichen Wäsche- und Zigarrenindustrien - neue Einkommensquellen eröffneten und Familiengründungen in den beiden Kreisen des Untersuchungsgebietes ermöglichten.

Bei den ca. 19 jungen jüdischen Auswanderern, die sich im 19. Jahrhundert entschlossen, die kleinen jüdischen Gemeinden des Kreises Halle i.W. zu verlassen, um sich in Amerika eine neue Existenz aufzubauen, handelte es sich überwiegend um männliche Jugendliche in einem Durchschnittsalter von ca. 21,5 Jahren. Interessant ist, dass das Durchschnittsalter der altersmäßig überlieferten jüdischen Einzelauswanderer aus den beiden Kreisen fast denselben niedrigen Wert aufweist (21 Jahre/Kreis Lübbecke; 21,5 Jahre Kreis Halle i.W.) Es ist zu vermuten, dass die meisten Jugendlichen eine abgeschlossene Lehre z.B. als Kauf- oder Handelsleute aufzuweisen hatten, bevor sie sich zur Auswanderung entschlossen. Im Unterschied zu den jüdischen Auswanderern aus dem Kreis Lübbecke lässt sich unter den jüdischen Auswanderern des Kreises Halle i.W. nur eine Familie nachweisen, bei der zunächst der Familienvater auswanderte und ein Jahr später Frau und Kinder nachreisen ließ. Ansonsten finden wir Kettenwanderungen von Geschwistern und Cousins (Kirschbaum aus Hörste; Meyerson aus Werther; Alsbach aus Werther bzw. Peckelsheim) und von Söhnen und Enkeln (Rosenbaum aus Halle i.W.; Löbenstein aus Borgholzhausen).

In der Kreisstadt Halle i.W. wurde der absolute und relative Maximalwert der jüdischen Bevölkerungsentwicklung erst im Jahre 1871 aufgrund des Zuzugs zweier Beamtenfamilien mit 47 Personen (3,2%) erreicht. In der Kleinstadt Werther wurde der demographische absolute Maximalwert schon im Jahre 1840 mit 111 Personen (5,8%) erreicht, so dass die Einweihung einer neuen Synagoge für die jüdische Gemeinde Werther in diesem Jahr nicht verwundert. Für die jüdische demographische Entwicklung der Kleinstadt Borgholzhausen ist ein relativer Maximalwert von 5,9% im Jahre 1831 und ein absoluter demographischer Wendepunkt im Jahre 1843 mit 76 Personen charakteristisch. In der Kleinstadt Versmold finden wir im Jahre 1858 den absoluten und relativen Maximalwert von 43 Personen oder 3,2% der Stadtbevölkerung.

Die jüdische Gemeinde in der Kreisstadt Halle i.W. hatte sich bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs auf 7 Personen (0,36%) in drei Familien verringert, so dass die Mindestzahl von zehn Männern (hebr. Minjan), deren Anwesenheit normalerweise für die Abhaltung des jüdischen Gottesdienstes in der Synagoge notwendig ist, nicht mehr vorhanden war. Deshalb besuchten die Haller Juden die Synagoge in Werther, wo es im Jahre 1913 noch 40 Juden (1,8%) gab. Die jüdische Gemeinde von Werther war im Jahre 1913 die größte Gemeinde im Kreis Halle i.W., denn die jüdische Gemeinde von Borgholzhausen war noch kleiner geworden und zählte 14 Seelen (1,1%), während diejenige in Versmold aus 35 Seelen bestand (1,7%).⁸

⁸ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, 21. Jg., Statistisches Jahrbuch 1913. Hg. vom Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes Berlin, S. 87-89

Kapitel 3

Die Entwicklung der jüdischen Berufsstruktur und der sozialen Schichtung im 19. Jahrhundert

3.1 Die Ausgangssituation der jüdischen gruppenspezifischen Berufsstruktur in den beiden Kreisen Rahden und Halle nach 1815

Die Tatsache, dass die überwiegende Zahl der im Erwerbsleben stehenden männlichen Juden im Untersuchungsgebiet nach 1815 weiterhin als Handels- und Kaufleute in der agrarisch geprägten Wirtschaftsverfassung tätig waren und eben nicht als Bauern, Handwerker oder gar als mit hoheitlichen Rechten ausgestattete Beamte, hatte seine geschichtlichen und rechtlichen Gründe.

Erstens wurden nach den Bestimmungen des so genannten Ediktes¹ betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im Preußischen Staate vom 11.3.1812 nur diejenigen Juden „für Einländer und preußische Staatsbürger“ erklärt, die schon zuvor mit Schutzbriefen und Konzessionen versehen worden waren. Zweitens hatten die Bestimmungen des Ediktes nach Beendigung der so genannten Befreiungskriege „in den neuen und wieder erworbenen Gebieten“ keine Geltung mehr, vielmehr ordnete das preußische Innenministerium an, die Juden „in eben der Lage zu belassen, in welcher sie bei der Okkupation angetroffen waren.“¹ Diese Bestimmung wurde am 8.8.1830 per Kabinettsorder wiederholt.

Die Juden in den Gemeinden des Kreises Rahden/Lübbecke, die von 1807-1813 im Königreich Westfalen unter Jérôme Bonaparte am 15.11.1807 den christlichen Bürgern gleichgestellt worden waren, genossen zwar weiterhin das Staatsbürgerrecht, ohne jedoch politische Rechte ausüben zu dürfen.² Das bedeutete z.B. für die jüdischen Bürger der Kreisstadt Lübbecke, dass sie nicht früher als nach der Einführung der Westfälischen Landgemeindeordnung für Kleinstädte mit 2.500 Einwohnern und mehr (1843) zu den Stadtverordnetenwahlen zugelassen wurden und unter bestimmten Qualifikationsvoraussetzungen selbst zu Stadtverordneten gewählt werden konnten.³ Und drittens schließlich wurde die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit für inländische jüdische Staatsbürger erst mit dem Gesetz über die Verhältnisse der Juden in Preußen vom 23.7.1847 erweitert, die relative Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, die das Edikt vom 11.3.1812 den Juden eröffnete, jedoch durch die konservative preußische Innenpolitik seit den 1820er Jahren immer mehr zurückgenommen. Maßgebend z.B. für die Zustimmung zur Niederlassung eines aus Kornik im Großherzogtum Posen stammenden Lehrers im Jahre 1839 in der Stadt Werther war nicht das Innenministerium, sondern die Ortsbehörde. Seit 1833 wurde es den bisher als Schutzjuden eingestufteten Juden aus Posen unter bestimmten Bedingungen ermöglicht, in andere preußische

¹ Zitiert nach Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 17

² Vgl. Herzig (1973), S. 18; vgl. Zassenhaus, S. 50

³ Vgl. Beckmann, Volker: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Lübbecke 1830-1945. Lübbecke 1993, S. 19

Provinzen zu reisen.⁴ Als sich die jüdische Gemeinde Werther weigerte, ihren vertraglich angestellten Lehrer Baruch Alge Elson fest einzustellen und die Ortsbehörde vermutete, dass der Lehrer zu den schon am Ort niedergelassenen jüdischen Händlern stoßen würde, verweigerten sie dem Lehrer das Recht auf weiteren Aufenthalt, der über die Dauer des vereinbarten Vertrages hinausgegangen wäre.⁵

Auch die Gewerbefreiheit für Juden wurde vom preußischen Innenministerium in den 1820er Jahren eingeschränkt. So durften sie keine Apotheker, Feldmesser, Auktionatoren oder Scharfrichter werden und ebenfalls keine hoheitlichen oder ehrenamtlichen Funktionen wie die eines Bürgermeisters, eines Offiziers oder Geschworenen ausüben.⁶ Tatsächlich wurde im Kreis Halle i.W. erst Anfang der 1860er Jahre der erste jüdische Mitbürger von Werther als schöffenbar vom Amtsbürgermeister eingeschätzt, und jüdische Auktionatoren finden wir nicht früher als in den 1880er Jahren in Versmold und Lübbecke.⁷

Neben rechtlichen Beschränkungen der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit für Juden waren es auch soziale und mentale Hemmnisse, die verhinderten, dass Juden in größerer Zahl ein Handwerk ergriffen. Vor Gründung des Vereins zur Beförderung von Handwerken unter den Juden im Jahre 1825 in Minden waren es gesellschaftliche, nichtjüdische Ursachen wie ein „Mangel an Bürgerlichkeit, der Druck, unter dem der Jude überhaupt früher lebte“, als auch jüdische Voraussetzungen wie die „Verschiedenheit der Religion“, „eine gewisse Arbeitsscheu“, Armut und Berufsdünkel, die zur Erklärung herangezogen wurden, warum Juden sich scheuten, ein Handwerk zu erlernen.⁸

Nachfolgend sollen die Berufe und wirtschaftlichen Funktionen der Juden in den einzelnen Gemeinden des Untersuchungsgebietes beschrieben und der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die jüdischen Berufsstrukturen schon im Vormärz in marktwirtschaftlicher Hinsicht wandelten und von der allgemeinen Berufsstruktur unterschieden.

3.2 Die Entwicklung der Berufsstruktur und der sozialen Schichtung in den jüdischen Gemeinden des Kreises Rahden/Lübbecke im 19. Jahrhundert

Während sich die nichtjüdische Erwerbsbevölkerung auf dem Land in erster Linie von Ackerbau und Viehzucht ernährte und die Heuerlinge im familienwirtschaftlichen, protoindustriellen Nebenerwerb Flachsgarn verspannen und Löwendleinen webten, überrascht es nicht, dass die

⁴ Vgl. Brammer, Annegret H.: Judenpolitik und Gesetzgebung in Preußen 1812-1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869. Berlin 1987, S. 119

⁵ Vgl. Beckmann, Volker: Juden in Werther (Westf.). Sozialgeschichte einer Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert. Werther 1998, S. 55

⁶ Vgl. Determann, Andreas et al.: Deutsche Juden und ihr Beitrag zur deutschen Kultur. (Begleittext der gleichnamigen Ausstellung veranstaltet von der Volkshochschule Münster und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Münster 1985. Unpaginiert) Münster o.J.

⁷ Vgl. KAGt, LR1 31/6 (Geschworenen-Urlisten); Beckmann (1993), S. 66; StdtA Versmold, A Nr. 864

⁸ Vgl. Erster Bericht über den Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden vom 19.10.1826 von Dr. Heilbronn. Minden, S. 7

jüdischen Händler und Kaufleute, die sich vorwiegend in den Kleinstädten niedergelassen hatten, mit Leinentuchen und Meterware en gros und en detail handelten, indem sie die Leggen des Kreises besuchten und die Leinenware aufkauften, bevor sie sie wieder verkauften. Noch am 3.12.1867 waren 79,6% der Erwerbsbevölkerung des Kreises Lübbecke im ersten Sektor (Landwirtschaft, Viehzucht und Gartenbau) beschäftigt, 13,3% in der Industrie, 1,5% im Handel und im Bankgeschäft, 0,4% im Verkehr und 1,2% der Erwerbstätigen boten persönliche Dienstleistungen an.¹

Die Unterschiede zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Berufsstruktur im Regierungsbezirk Minden verdeutlicht eine Statistik aus dem Jahre 1861, nach der nur 0,7% der jüdischen Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft als Eigentümer oder Pächter beschäftigt waren im Vergleich zu 72% der nichtjüdischen Erwerbsbevölkerung. Im Handwerk und in der Industrie waren 14,1% der Juden gegenüber 21,4% der Nichtjuden beschäftigt. Noch eklatanter fiel der Unterschied in der Erwerbstätigkeit im Handelssektor aus, wo 68,4% der Juden, aber nur 1,2% der Nichtjuden arbeiteten.²

3.2.1 Lübbecke

Auch auf der Ebene der einzelnen jüdischen Gemeinden lässt sich die Dominanz der Beschäftigung im Handelssektor nachweisen. So gab es in der Kreisstadt Lübbecke im Jahre 1824 unter den 13 jüdischen Erwerbstätigen nicht weniger als 8 Personen (61,5%), die als Kauf- oder Handelsleute aus ihren eigenen Ladengeschäften oder ambulant mit Ellenwaren, d.h. mit Tuchen als Meterware, darunter auch einer mit Galanteriewaren (Modewaren), handelten. Außerdem lebten und arbeiteten hier noch ein Pferdehändler, ein Schlachtergehilfe und zwei Personen, ein Mann und eine Frau, die von der jüdischen Gemeinde finanziell unterstützt wurden.¹ Sechs der dreizehn Erwerbstätigen (46,2%) besaßen ein ‚mutmaßliches Vermögen‘ von 5.000-10.000 Reichstalern (rtl), drei (23%) weitere Vermögen im Werte von 1.000-500 rtl, und die beiden unterstützungsbedürftigen Armen (15,4%) lebten ohne irgendein Vermögen von der Hand in den Mund. Acht jüdische Bürger besaßen Häuser, sechs darunter mit Gärten, während die restlichen fünf jüdischen Erwerbstätigen zur Miete wohnten. Im Jahre 1817 hatten in Lübbecke zwölf jüdische Familien - darunter sieben Hauseigentümer und fünf Mieter - gelebt.²

Eine Grund- und Gebäudesteuerauflistung aus dem Jahre 1832 zeigt, dass alle sieben verzeichneten jüdischen Bürger von Lübbecke Grundgüter und Gebäude besaßen. Abhängig vom

¹ Vgl. Kammeier, Heinz-Ulrich: Deutsche Amerikaauswanderer aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Münster 1989, 2. Aufl., S. 36, Tabelle 4

² Vgl. Preußische Statistik, Bd. V. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung nach den Aufnahmen vom 3. Dezember 1861 resp. Anfang 1862. Berlin 1864, S. 53-59

¹ Vgl. Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 80f

² Vgl. ebd.; vgl. oben Tabelle 1

Reinertrag ihrer Grundgüter und Gebäude lässt sich folgende Vermögensschichtung aus ihren Grundsteuerzahlungen aufstellen:

Tabelle 27: Grundsteuerzahlungen jüdischer Bürger von Lübbecke für das Jahr 1832³

Name	Hausnummer	Beruf	Grundsteuerbetrag		
			rtl	Sgr	d
1. Bendix Boas	66	Tuchhändler	8	6	11
2. Joseph Mergentheimer	7	Tuchhändler	5	15	1
3. Enoch Rosenberg	22	Tuchhändler	3	11	9
4. Abraham Münstermeyer	205	Schlachter	3	10	9
5. Lazarus Mergentheimer	51	Tuchhändler	3	9	2
6. Abraham Hecht	54	Tuchhändler	2	1	1
7. Nathan Rosenberg	175	Tuchhändler	1	11	11

Eine Aufstellung aus dem Jahre 1835, die nach Grundvermögen und Gewerbeeinkommen differenziert, zeigt eine im wesentlichen unveränderte Berufsstruktur bestehend aus sieben Kaufleuten und einem Fleischer mit Grundvermögen sowie einem Goldschmied, einem Klempner und zwei ambulant tätigen Handelsleuten ohne Grundvermögen. Neben dem wohlhabendsten Kaufmann Bendix Boas mit einem Grundvermögen im Werte von 3.512 rtl und einem Gewerbeeinkommen von 1.750 rtl p.a. gehörte die Mehrheit der jüdischen Erwerbstätigen (66,7%) der Mittelschicht an mit einem Grundvermögen zwischen 992-3.019 rtl und einem Gewerbeeinkommen von 550-750 rtl. Die Unterschicht (33,3%) ohne Grundvermögen erwirtschaftete ein jährliches Gewerbeeinkommen von 75-250 rtl.⁴

Tabelle 28: Grundvermögen und Gewerbeeinkommen der jüdischen Haushaltsvorstände von Lübbecke für 1835

Name	Hausnummer	Beruf	Grundvermögen in rtl	Jährliches Gewerbeeinkommen in rtl
1. Bendix Boas	66	Kaufmann	3.512	1.750
2. Levi Mergentheim	51	Kaufmann	1.322	750
3. Abraham Hecht	54	Kaufmann	992	750
4. Nathan Rosenberg	175	Kaufmann	1.753	650
5. Enoch Rosenberg	22	Kaufmann	1.188	550
6. Daniel B. Weinberg	42	Kaufmann	1.003	550
7. Joseph Mergenheim	7	Kaufmann	3.019	550
8. Abraham Münstermeyer	205	Fleischer	1.507	550
9. Aron Bendix Boas	84	Goldarbeiter	---	250
10. Meyer Schildesheim	197	Klempner	---	175
11. Heinemann Meyer	178	Handelsmann	---	125
12. Moses Weiß	81	Handelsmann	---	75

Quelle: StdtA Lübbecke, B 2.8

³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 74.2a. Ein Reichstaler (rtl) = 30 Silbergroschen (Sgr); 1 Silbergroschen = 12 Pfennige (d). Ab 1821 galt im ganzen Gebiet der preußischen Provinz Westfalen diese Berechnungseinteilung des preußischen Talers bzw. des Reichalters.

⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, B 2.8

Auch sieben Jahre später - im Mai 1842 - hatte sich die Berufsstruktur der jüdischen Mitbürger von Lübbecke kaum verändert. Fabrikanten und Ausübende so genannter freier Berufe waren noch nicht vertreten. 6 von 13 Berufstätigen (46,2%) arbeiteten als Manufakturwarenkauflleute, daneben gab es einen Handelsmann, außerdem einen Goldschmied, einen Fleischer und einen Klempner mit Hausbesitz. Bei der Vermögensschichtung kann eine breitere Mittelschicht von 5 Kauflleuten, einem Goldschmied und einem Fleischer mit einem jährlichen Gewerbeeinkommen von 400-700 rtl und einem Hausbesitz im geschätzten Wert von 1.170-2.600 rtl von einer schmaleren Mittelschicht, die aus einem Klempner und einem Kaufmann bestand, deren Gewerbeeinkommen 200 bzw. 300 rtl betrug und deren Hausbesitz auf 700 bzw. 786 rtl geschätzt wurde, unterschieden werden. Der unteren Schicht der Einkommensbezieher ohne Hausbesitz müssen zwei Handelsleute, ein Lehrer im Ruhestand und einer im aktiven Dienst zugeordnet werden. Ihre jährlichen Einkommen beliefen sich auf etwa 100-300 rtl.

Tabelle 29: **Vermögensverhältnisse der jüdischen Haushaltsvorstände von Lübbecke im Mai 1842**

Name	Hausnummer	Beruf/ Familienstand	Wert der Häuser in rtl	Gewerbe-einkommen pro Jahr in rtl
1. Joseph Mergentheim	7	Kaufmann	2.600	600
2. Moses N. Rosenberg	14	Kaufmann	2.550	?
3. Levi Mergentheim	51	Kaufmann	1.170	700
4. Enoch Rosenberg	22	Kaufmann	1.200	600
5. Rosette Boas	59	Witwe	1.630	---
6. Aron Boas	84	Goldschmied	1.350	400
7. Abraham Münstermeyer	205	Fleischer	1.200	600
8. Meyer Schildesheim	45	Klempner	700	200
9. Levi Rosenbaum	60	Kaufmann	700	300
10. Heinemann Meyer	178	Handelsmann	---	300
11. Benjamin Wolf	45	Lehrer	---	200
12. Moses Weiß	81	Handelsmann	---	100
13. Jeremias Sachs	198	ehem. Lehrer	---	100

Quelle: StdtA Lübbecke, B 2.8

Während im Jahre 1856 von 598 Familien in der Stadt Lübbecke 4,2% dieser Familien ihre Einkommen im Landbau erzielten, gab es nicht eine einzige jüdische Familie, die in diesem Sektor beschäftigt war. 39,9% aller Familien erwirtschafteten ihre Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit im Sektor Handwerk und Industrie, während nach der Einwohnerliste vom 18.12.1855 sich zwei jüdische Familien von insgesamt 19 (10,5%) von einem Handwerk ernährten (eine Lohgerberin und ein Posamentier). Während 9,3% aller Familien in Lübbecke Einkommen im

Sektor Handel und Verkehr erzielten, waren es 16 (84,2%) jüdische Familien, deren Ernährer als Kauf- und Handelsleute meist in eigenen Läden oder auch ambulant Einkommen erwirtschafteten.⁵ Außerdem gab es in der jüdischen Gemeinde einen Lehrer und Kultusbeamten, und im Jahr 1856 konnte sich in der Nachbargemeinde Gehlenbeck ein jüdischer Arzt niederlassen, der spätestens seit der Reichsgründung seine Praxis nach Lübbecke verlegen durfte.⁶

Der Fortschritt im Verbürgerlichungsprozess der jüdischen Geschäftsleute von Lübbecke in wirtschaftlicher Hinsicht kann sowohl im Verhältnis zur Gesamtheit der Steuerzahler der Kreisstadt als auch im binnenstrukturellen Vergleich an Hand der Steuerzahlungen für das Jahr 1882 nachgewiesen werden.

Nach dem Dreiklassensteuersystem fielen in die erste Abteilung fünf jüdische Geschäftsleute, und zwar zwei Kleiderfabrikanten, ein Textilgroßhändler, der Inhaber eines Textilkaufhauses und ein Manufakturist mit eigenem Geschäftsbetrieb. Diese fünf Geschäftsleute trugen nicht weniger als 17,65% aller Steuerbeiträge der ersten Abteilung bei, in absoluten Zahlen 2.283 von 12.935 Mark. Die Dominanz der jüdischen Steuerzahler in der ersten Abteilung wird deutlich, wenn ihre Steuerleistungen mit denen der zweiten und dritten Abteilung verglichen werden. Der Anteil der sechs jüdischen Steuerzahler der zweiten Abteilung betrug 10,9%, 1.410 Mark von insgesamt 12.896 Mark. Diese jüdischen Geschäftsleute erwirtschafteten ihre Einkommen als Manufakturisten mit eigenen Ladengeschäften, als Arzt, Schlachter und Kornhändler. In die dritte Steuerabteilung fielen wieder fünf jüdische Steuerzahler, die lediglich 2,4%, 301 Mark von insgesamt 12.391 Mark, beitrugen. Das wirtschaftliche Schlusslicht bildete der jüdische Lehrer und Kultusbeamte der Gemeinde, der 24 Mark Klassensteuer für das Jahr 1882 entrichtete, während das wohlhabendste Mitglied der jüdischen Gemeinde, der Kleiderfabrikant Nathan Ruben, insgesamt 530,16 Mark an Klassen-, Gewerbe-, Grund- und Defizitsteuer (städtische Haushaltssteuer) zahlen musste.⁷

Die jüdischen Steuerzahler der ersten Abteilung zahlten also mehr als die jüdischen Steuerzahler der zweiten und dritten Abteilung zusammen. Trotz großer Depression (1873-1895) hatten sich die jüdischen Geschäftsleute von Lübbecke so intensiv am Aufbau der Kleiderindustrie und an der Modernisierung des Handels beteiligt, dass sie besonders in der ersten Steuerabteilung überproportionale Steuerleistungen erwirtschaften konnten, die teilweise in Form der lokalen Haushaltssteuer direkt in den städtischen Haushalt flossen. Auch im Vergleich zur Gesamtheit der Steuerzahler ist der Beitrag der jüdischen erstaunlich hoch, wenn man bedenkt, dass die kleine jüdische Minderheit mit 80 Personen im Jahre 1880 ca. 2,8% aller Einwohner der Stadt Lübbecke ausmachte.⁸ Die überproportional hohe Steuerleistung der jüdischen Geschäftsleute lässt sich auch schon für das Jahr 1876 konstatieren, als sie insgesamt 26,2% aller für Lübbecke erhobenen

⁵ Vgl. Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, S. 57

⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, B 84.25 V

⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4

⁸ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964), S. 402-411; Neumann (1884), S 47

Steuern zahlten, obwohl der Anteil der Juden an der Stadtbevölkerung unter 4% lag. Auch im Steuerjahr 1878 zahlten die jüdischen Geschäftsleute schon 17,1% aller Steuerbeiträge der ersten Klasse und 7,4% der zweiten Klasse, d.h. die relative Steuerleistung der jüdischen Geschäftsleute der zweiten Klasse erhöhte sich bis 1882 um 3,5%.⁹

Ohne den jüdischen Beitrag zur lokalen Industrialisierung und Modernisierung im einzelnen vorwegzunehmen, können an dieser Stelle schon diejenigen jüdischen Firmen aufgezählt werden, die im Jahre 1900 in Lübbecke in Produktion gegangen waren oder sich am regionalen und überregionalen Handel beteiligten:

- 1.) die Hauptniederlassung der Konfektionsfabrik Nathan Ruben,
- 2.) die Leinen- und Baumwollgroßhandlung, Kleider- und Wäschefabrik Abraham Hecht;
- 3.) ein kleiner Konfektionsbetrieb mit der Firma Nathan Rosenberg,
- 4.) das Modewaren- und Konfektionsgeschäft Markus Löwenstein,
- 5.) die „Tischzeug-Leinen und Wäsche-Fabrik“ Joseph Mergentheim, deren Spezialität darin bestand, ganze Brautausstattungen anfertigen zu lassen;
- 6.) die Manufakturwarengeschäfte Leeser Mergentheim und
- 7.) Moses Bendix Weinberg,
- 8.) der Schlachtereibetrieb Gebrüder Mansbach,
- 9.) die Viehhandlung Nathan Hurwitz und
- 10.) die Kornhandlung Heinemann Spiegel.¹⁰

Tabelle 30: Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübbecke für 1876 in Talern und Pfennigen

Summe der Steuerbeiträge aller jüdischen Bürger	270,23
Summe der Steuerbeiträge aller Bürger	1.030,84
in % aller Steuerbeiträge	26,2%

⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4

¹⁰ Vgl. Beckmann, Volker: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Lübbecke 1830-1945. Lübbecke 1993, S. 77

Tabelle 30: **Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübbecke für 1876 in Talern und Pfennigen (Forts.)**

I. Abteilung

Firma	Grundsteuer	Klassensteuer	Gewerbesteuer	Deficitsteuer	Summe
1. Samuel Hecht Textilgroßhandel Hausnr. 285	3,95	13,50	3,00	23,83	44,28
2. Moses E. Rosenberg Manufakturwaren Hausnr. 24	2,69	12,00	3,00	20,69	38,38
3. Markus Löwenstein Manufakturwaren Hausnr. 36	2,25	10,50	3,00	18,38	31,13
4. Nathan Ruben Kaufmann Hausnr. 290	1,23	9,00	3,50	15,98	29,71

II. Abteilung

1. Moses N. Rosenberg Manufakturwaren Hausnr. 14	2,06	7,50	3,00	14,43	26,99
2. Nathan Steinberg Manufakturwaren Hausnr. 5	1,63	6,00	3,00	12,13	22,76
3. Moses B. Weinberg Manufakturwaren Hausnr. 40	0,86	5,00	2,50	9,61	17,97
4. Dr. med. Samuel Leeser Arzt Hausnr. 109	---	7,50	---	9,38	16,88

III. Abteilung

1. Heinemann Spiegel Kornhandel Hausnr. 214	0,70	2,50	2,00	5,83	11,03
2. Nathan Hurwitz Schlachter Hausnr. 299	0,45	2,00	2,50	5,45	10,40
3. Koppel Meyer Handelsmann Hausnr. 84	0,77	1,50	1,25	3,81	7,33
4. Enoch Rosenberg Rentner Hausnr. 24	---	3,00	---	3,75	6,75
5. Daniel B. Weinberg Manufakturwaren Hausnr. 46	1,35	0,75	1,00	3,29	6,39

Quelle: StdtA Lübbecke, B 4.4

Tabelle 31: **Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübecke für 1878 in Mark und Pfennigen**

I. Abteilung

Firma	Klassensteuer	Gewerbesteuer	Gebäudesteuer	Grundsteuer	Summe
1. Moses E. Rosenberg Manufakturwaren	144	36	32,26	248,26	460,52
2. Samuel Hecht Textilgroßhandel	126	30	47,38	234,88	438,26
3. Markus Löwenstein Textilkaufhaus	126,44	36	26,89	220,39	409,72
4. Nathan Ruben Kleiderfabrikant	126	42	17,94	217,44	403,38
5. Moses N. Rosenberg Manufakturwaren	90	36	24,66	173,16	323,82
Summe					2.035,70
Summe aller Steuerbeiträge der I. Abteilung					11.892,68
in % aller Steuerbeiträge der I. Abteilung					17,1%

II. Abteilung

1.Nathan Steinberg Manufakturwaren	72	36	19,58	145,58	273,16
2.Moses B. Weinberg Manufakturwaren	72	30	10,38	130,38	242,76
3. Dr. med. Samuel Leeser Arzt	90	---	---	112,50	202,50
4.Heinemann Spiegel Kornhandel	36	24	8,40	77,40	145,80
Summe					864,22
Summe aller Steuerbeiträge der II. Abteilung					11.646,90
in % aller Steuerbeiträge der II. Abteilung					7,4%

III. Abteilung

1.Nathan Hurwitz Schlachter	30	24	5,40	63,90	123,30
2.Koppel Meyer Handelsmann	18	15	9,13	46,63	88,76
3.Enoch Rosenberg Rentner	36	---	---	45,00	81,00
4.Daniel B. Weinberg Manufakturwaren	9	6	16,22	33,47	64,69
Summe					357,75

Quelle: StdtA Lübecke, B 4.4

Tabelle 32: **Steuerbeiträge der jüdischen Bürger von Lübecke für 1882 in Mark und Pfennigen**

I. Abteilung

Firma	Klassensteuer	Gewerbesteuer	Grundsteuer	Deficitsteuer	Summe
1. Nathan Ruben Kleiderfabrikant	144	48	55,08	283,08	530,16
2. Markus Löwenstein Textilkaufhaus	162	42	28,50	269,50	502,00
3. Samuel Hecht Textilgroß-handel	108	30	54,96	242,46	435,42
4. Moses E. Rosenberg Manufaktur-waren	144	30	24,12	234,12	432,24
5. Julius Ruben Kleiderfabrikant	126	50	50,00	157,50	383,50
Summe					2.283,32
Summe aller Steuerbeiträge der I. Abteilung					12.935,92
in % aller Steuerbeiträge der I. Abteilung					17,65%

II. Abteilung

1. Moses N. Rosenberg Manufaktur-waren	90	30	31,44	173,94	325,38
2. Moses B. Weinberg Manufaktur-waren	90	36	12,84	161,34	300,18
3. Nathan Steinberg Manufaktur-waren	72	36	21,96	147,96	277,92
4. Dr. med. Samuel Leeser Arzt	90	---	---	112,50	202,50
5. Nathan Hurwitz Schlachter	36	30	7,56	82,56	156,12
6. Heinemann Spiegel Kornhandel	36	24	9,60	78,60	148,20
Summe					1.410,30
Summe aller Steuerbeiträge der II. Abteilung					12.896,20
in % aller Steuerbeiträge der II. Abteilung					10,9%

III. Abteilung

1. Enoch Rosenberg Rentner	42	---	12,96	65,46	120,42
2. Koppel Meyer Handels-mann	18	15	7,68	45,18	85,86
3. Daniel B. Weinberg Manufaktur-waren	6	---	16,20	23,70	45,90
4. Meyer Meyer Handelsmann	6	---	6,00	13,50	25,50
5. Adolf Neuhof Lehrer	24	---	---	---	24,00
Summe					301,68
Summe aller Steuerbeiträge der III. Abteilung					12.391,51
in % aller Steuerbeiträge der III. Abteilung					2,4%

Quelle: StdtA Lübecke, B 4.4

3.2.2 Preußisch Oldendorf

Im Juni 1817 wurden neben nichtjüdischen Bürgern auch einige jüdische Einwohner der Kleinstadt Preußisch Oldendorf aufgefordert, rückständige Bürgergelder für die Zeit 1807-1816 nachzuzahlen:

- 1.) der Kaufmann Levi Abraham Löwenstein, Hausnummer 11, 3 Reichsthaler (rthl),
- 2.) der Schlachter und Handelsmann Neustäter, Hausnummer 15, 6 rthl,
- 3.) der Handelsmann Sabel Heidelberg, Hausnummer 31, 6 rthl,
- 4.) der Handelsmann Lafendel, Hausnummer 34, 6 rthl,
- 5.) der Kaufmann Rintels, Hausnummer 52, 6 rthl,
- 6.) der Handelsmann und Schlachter Ehrlig, Hausnummer 61, 6 rthl.¹

Das bedeutete, dass wenigstens diese sechs jüdischen Geschäftsleute der Stadt Preußisch Oldendorf als qualifiziert genug eingeschätzt worden waren, um den für Juden gesetzlich eingeführten Bürgerstatus während der Zeit des Königreichs Westfalen (1808-13) zugeschrieben zu bekommen.

Kaufmann Levi Abraham Löwenstein war im Jahre 1813 Besitzer eines Wohnhauses und einer Scheune in der Größe eines 1/12 rheinländischen Morgens. Außerdem besaß er folgende Grundstücke: einen Garten am Hause (1/8 Morgen), ein Stück Saatland am Schröttinghauser Berge (2 ¼ Morgen), einen Grasteil im Larer Bruche (3/4 Morgen), einen Grasteil auf der Masch (2 Morgen), einen Heideteil auf der Masch (2 ¾ Morgen), Rodung auf der Niedern Heide (1/2 Morgen), Bergteile auf der Egge (1 Morgen), Bergteile auf dem Brümmel (3/4 Morgen), Bergteile auf der kleinen Heide (1/4 Morgen), Bergteile in der Forskuhle (1/8 Morgen), Bergteile im Brande (1/12 Morgen). Insgesamt besaß er also Grundbesitz in der Gesamtgröße von mehr als 10 ½ Morgen, wofür er eine jährliche Grundsteuer in Höhe von 1 Reichsthaler (rthl), 22 Silbergroschen (Sgr) und 7 Pfennigen (d) oder monatlich 7 Sgr und 9 d zahlen musste. Levi A. Löwenstein handelte in den 1820er und 1830er Jahren als Kaufmann mit Woll- und Baumwollwaren, die er von der Leipziger Herbstmesse bezog.²

Zur selben Zeit besaß der Kaufmann Jacob Levi Cahen (Hausnummer 44) ebenfalls ein Wohnhaus, eine Scheune in der Größe eines 1/32 rheinländischen Morgens sowie folgende Grundstücke: einen Garten am Hause (1/32 Morgen), einen Grasteil auf der Masch (2 Morgen), einen Heideteil auf der Masch (2 ¼ Morgen) und Rodung auf der Niedern Heide (1/2 Morgen). Insgesamt besaß Kaufmann Jacob L. Cahen im Jahre 1813 somit Grundstücke in der Gesamtgröße von ca. 5 Morgen, wofür er eine jährliche Grundsteuer in Höhe von 1 rthl 12 Sgr 3 ½ d zahlen musste oder monatlich 5 Sgr 52 ¼ d.³

¹ Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, A 10.13

² Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, A 52.14. Ein rheinländischer Morgen entsprach vor 1816 102,132 Are, seit 1816 25,532 Are. Siehe Verdenhalven, Fritz: Alte Maß- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet. Was Familien- und Lokalgeschichtsforscher suchen. Neustadt/Aisch 1998, 2. Aufl., S. 39. Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Lavern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 148, Abbildung 17

³ Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, A 52.14

Philip Meyer Weinberg (Hausnr. 51) besaß ebenfalls ein Wohnhaus, einen Garten am Hause (1/8 Morgen), einen Grasteil in der Masch (2 1/6 Morgen) und einen Heideteil in der Masch (2 3/4 Morgen), insgesamt ca. 5 Morgen, wofür er jährlich 1 rthl 6 Sgr 9 d oder monatlich 4 Sgr 68 d Grundsteuer zu zahlen hatte.⁴

Tabelle 33: **Grundsteuerzahlungen jüdischer Bürger der Stadt Preußisch Oldendorf für 1833**

Name	Hausnummer	Beruf	Grundsteuer		
			rthl	Sgr	d
1. Heinemann Cahn	23	Kaufmann	4	16	3
2. Bernhard Cahn	45	Kaufmann	5	24	9
3. Judenschaft	17b	Synagoge, Schule	---	15	8
4. Levi Abraham Löwenstein	11	Kaufmann	12	15	3
5. Michael Rintels	52	Handelsmann	5	9	3

Quelle: StdtA Preußisch Oldendorf, A 52.14; Besserer (2014)

Eine indirekte Möglichkeit, die Vermögensschichtung der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf nachzuweisen, bietet die Verteilung des Lehrergehaltes in Gesamthöhe von 33 rthl, 12 Sgr, 6d auf neun Haushaltsvorstände für das erste Quartal 1848, die unabhängig von der Zahl der Kinder bei jedem Haushalt vorgenommen wurde. Kaufmann Levi A. Löwenstein, der ein Schulkind hatte, zahlte nicht nur das vereinbarte Schulgeld pro Kopf in Höhe von 10 Sgr, sondern den zweitgrößten Anteil am Gehalt des Lehrers in Höhe von 7 rthl, 21 Sgr und 3 d (= 2.775 d) oder 23% der Gesamtsumme. Vermutlich wurde die Verteilung des Lehrergehaltes aufgrund der Vermögensverhältnisse der einzelnen Schulinteressenten vorgenommen. Allerdings muss gesehen werden, dass der jüdische Lehrer nicht nur die Kinder unterrichtete, sondern in erster Linie von der ganzen Gemeinde (hebr. Kehilla) eingestellt wurde, um die synagogalen Funktionen zu erfüllen, d.h. seine geistlichen Dienste widmeten sich allen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Diese Verteilung des im Anstellungsvertrag vereinbarten Gehaltes für die geistlichen und erzieherischen Dienste des jüdischen Lehrers muss als ein gerechteres Verfahren beurteilt werden, als wenn allein die Zahl der Schulkinder als Verteilungsmaßstab berücksichtigt worden wäre.

⁴ Vgl. ebd.

Tabelle 34: **Verteilung des Lehrergehaltes auf die Haushaltsvorstände der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf (1. Quartal 1848)**

Name	Bürgerstätte Nr.	Beruf	Rthl	Sgr	d
1. Levi A. Löwenstein	11	Kaufmann	7	21	3
2. Bernhard & Phillip Cahen	45	Kaufleute	10	2	6
3. Dr. med. Immanuel Herzberg	38	Arzt	2	11	9
4. Wolf Löwenstein	44	Kaufmann	3	18	9
5. Heinemann Cahen	23	Färber	2	5	--
6. Samuel Neustädter	34a	Schlachter	1	13	3
7. Marcus Rhee	85	Färber	1	--	--
8. David Löwenstein	53	Lohgerber	2	--	--
9. Michael Rintels	52	Handelsmann	3	--	--
Summe			33	12	6

Quellen: Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“, Archiv (CJA), 1, 75 A, Pr. 3, Nr. 1; Hausnummern nach Pracht (1998) und Besserer (2014)

Pastor Hartmann erinnerte sich an die jüdischen Mitbürger von Preußisch Oldendorf, die in der Spiegelstraße wohnten, und an ihr Erwerbsleben in den 1860er Jahren wie folgt:

„Auf Junge-Blasen folgten drei Häuser, die Juden gehörten: David Löwenstein (Hausnummer 53, Lederhandlung und Lohgerberei in Engershausen), Ehrlichs (Nr. 76), die einen Laden mit Geschirr hatten, der in einem kleinen Erkerschaufenster jahraus, jahrein dieselben Tassen und Teller präsentierte. Außerdem war Simon Ehrlich auch Schlachter. Aber er begnügte sich nicht mit diesem Doppelgeschäft: ausser Geldgeschäften betrieb er noch ein Lumpen- und Alteisengeschäft, das sich zum Kummer meiner Mutter uns gegenüber zur Seite des Hauseinganges sehr wenig schön breit machte. Die Lumpen sortierte im neuen Hinterhause der alte Böcker. Er schien uns Kindern ganz die Farbe seiner veredelnden Tätigkeit angenommen zu haben, im Anzug wie im Gesicht. Das dritte dieser Häuser war ein Wollwarengeschäft von Wolf Löwenstein (meist ‚Wülffken‘ genannt). Wolf Löwenstein (Nr. 44) war unser nächster Nachbar. Wir hörten seinen werbenden Ruf, wenn die Leute aus den umliegenden Dörfern zur ‚Stadt‘ kamen: ‚Kummt herin, kummt herin, wollt ihr nich ein bischen handeln?‘ Sehr genau passte Frau Rosalie sonntags auf die Betglocke zum Schluss des Gottesdienstes in der Kirche auf. Sofort wurden die ‚Jalousien‘ des Ladens geöffnet, um das Geschäft mit den Kirchgängern zu machen. Wolfs hatten übrigens hinter dem Hause im Garten, der an den Werfelschen stieß, zwei Birnbäume mit überaus verlockenden Früchten: eine rotgelbe Sommerbirne und eine ‚Königsbirne‘. Wie waren wir entzückt, wenn einige davon in Werfels Garten fielen oder sie vom Brennhaus erreichbar waren!“

Außerdem lebten und arbeiteten um 1850 in Preußisch Oldendorf der Färbermeister Leffmann Marcus Rhee bei Nr. 85, der 1858 nach Levern verzog; die Witwe Rosalie Cahen mit ihren Kindern im Haus Nr. 58; der Handelsmann Michael Rintels im Haus 52; der Buchbinder Heinemann Heidelberg im Haus Nr. 34a.⁶ Im Januar 1848 bewarben sich Heinemann Heidelberg und der Färber Emanuel Schutz aus dem nahegelegenen Holzhausen um die Mitgliedschaft in der nach dem Gesetz vom 23.7.1847 zu bildenden Synagogengemeinde und wurden vom Vorsteher Michael Rintels am 16.5.1848 eingeladen, um ihren Aufnahmeantrag zu beraten.⁷ Dieser wurde offensichtlich positiv entschieden, denn die Namen von Emanuel Schutz und Heinemann Heidelberg wurden unter das Statut für die Synagogengemeinde Preußisch Oldendorf vom 14.3.1857 gezeichnet. Das Handzeichen von Heinemann Heidelberg (*1821) attestierte Wilhelm

⁵ Hartmann: Erinnerungen an die Bürger von Preußisch Oldendorf seit Ende der 1850er Jahre. Maschinenmanuskript verwahrt im StdtA Preußisch Oldendorf, S. 2. Ich danke Herrn Bolte für eine Kopie dieses Textes.

⁶ Vgl. Pracht, Elfi: Artikel „Preußisch Oldendorf“, in: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III. Regierungsbezirk Detmold. Köln 1988, S. 418

⁷ Vgl. Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1 (Bestände des früheren Gesamtarchivs der deutschen Juden), 75 A Pr. 3, Nr. 1

Cahen in lateinischer Schrift, da der Buchbinder vermutlich ausschließlich gewohnt war, hebräisch zu schreiben.⁸

In Preußisch Oldendorf lebten um 1850 außerdem noch der jüdische Lehrer Samuel Sachs (Hausnr. 176), der Kaufmann Jacob Löwenstein (Hausnr. 4), der Kaufmann Bernhard Cahen (Hausnr. 45) und Levy Neustädter mit großer Familie im Haus Nr. 44a.⁹

Dr. med. Immanuel Herzberg, ein „streitbarer Arzt und zeitweiliger Zechenaktionär“, praktizierte in Preußisch Oldendorf und Umgegend von ca. 1842-1850, bevor er Ende 1858 über England nach Amerika auswanderte.¹⁰ Im Januar 1850 ließ er eine kleine Schrift mit dem Titel „Mein Rendez-vous mit der Cholera in Frotheim“ bei L. Hagspihl in Lübbecke erscheinen, in der er seine Methoden zur Behandlung von Cholerakranken in dem Dorf Frotheim in der Gemeinde Gehlenbeck der Öffentlichkeit bekannt machte und in einem Vorwort konservativ gesinnte Zeitgenossen kritisierte. In einem Inserat für seine Schrift machte er seine Kritik an verharmlosenden Ärzten und zurückhaltenden Geistlichen wie folgt explizit:

„Das Schriftchen, das in zusammengedrängter Kürze eine Masse von Wahrheiten bietet, castigeit in pikanter Weise die Herren Ärzte, welche die ganze Krankheit vom Frotheimer Terrain rein wegläugnen, sowie die Beamten und Geistlichen, welche in süßem Pflichtgefühl nichts zu thun wußten, als sich retiré zu halten, resp. Krankenlisten sich zu erbitten.“¹¹

Im Gegensatz zu der deutsch-sozialen, antisemitischen Propaganda eines Dr. med. Adolf König, der auf einer Wahlveranstaltung in Levern im September 1892 mit Anspielung auf die Choleraepidemie in Hamburg pauschal behauptete, dass jüdische Ärzte zu feige seien, Cholerakranke zu behandeln, dokumentierte Dr. med. Herzberg schon 42 Jahre früher, wie unsinnig antisemitische Beleidigungen waren, die die beruflichen Fähigkeiten von Juden in Zweifel zogen, wenn die Anschuldigungen mit dem wirklichen Verhalten von Juden verglichen wurden.¹²

Auch in den Erinnerungen von Pastor Hartmann, dessen Eltern in der Spiegelstraße eine Apotheke leiteten, erscheinen die Mitglieder der jüdischen Minderheit nicht als normale Mitbürger, sondern eher als religiöse Exoten:

"[...] Da muss ich noch eine Reihe Mitbürger jüdischen Namens und mosaïschen Glaubens nennen, denn sie hatten etwas geheimnisvoll Interessantes, eben weil sie wie Fremdlinge unter uns wohnten. Es gab eine ganze Menge, ausser den auf der Spiegelstrasse wohnenden noch die beiden Kahns: ‚Obenkahns‘ bei der Kirche und der ‚blaue‘ Kahn (er war Blaufärber) am Anfang der Berliner Strasse am Bache. Bei der Kirche im Mietshause wohnten Neustädters oder Schimmels und der alte Schmul, Gesicht, Bart und

⁸ Vgl. StADt, M I I L Nr. 300

⁹ Vgl. Pracht (1998), S. 148

¹⁰ Begleittext zur jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf in der Ausstellung „Zugänge zum Judentum. Jüdische Diaspora in Minden-Ravensberg“ (8.9.-10.11.1996) im Historischen Museum Bielefeld und Mitteilungen von Dr. Monika Minninger. Dr. med. Immanuel Herzberg war um 1854 Mitbesitzer und Repräsentant des Steinkohlenbergwerks „Amalia“ im Harlinghauser Berg. Vgl. Besserer, Dieter: Jüdisches Leben in der Stadt Preußisch Oldendorf. Preußisch Oldendorf 2014, S. 194f.

¹¹ Das Inserat befindet sich in dem Exemplar der Schrift, das im Stadtarchiv/Landesgeschichtlichen Bibliothek Bielefeld verwahrt wird. Herzberg, Immanuel: Mein Rendez-vous mit der Cholera in Frotheim. Lübbecke 1850. Das Vorwort lautet wie folgt: „Wurmt Euch das Schriftchen, so verbrennt es, benutzt es aber ja nicht als Löschpapier. Winzig dünn jedes Blatt, würde es Eure kolossalen Fehler dennoch überall durchscheinen lassen, um so stärker, je mehr Ihr sie in Eurer Vornehmthuei vor den Augen der Welt bemäntelt wähnt. Bemänteln auch ich? Zu früh gab der Lehrer dem Knaben den revolutionären Jesaias, den Stürmer Jeremias in die Hand, um später gar noch Euren konservativen Mantelträger spielen zu können.“

¹² Vgl. Mindener Zeitung Nr. 245 vom 19.10.1892: „[...] König behauptete, in Hamburg seien die jüdischen Ärzte vor der Cholera entflohen, was nach eingegangenen Erkundigungen natürlich unwahr ist. [...]“

Anzug gleich grau. Bei Janzten war ‚Belchen Silberschmidt‘ eingemietet. Nahe bei ihr wohnte dann noch Jude Stein, der - wohl als einziger Jude aus Oldendorf - den Krieg von 1866 mitgemacht hatte. Die zahlreichen Juden Oldendorfs hatten sich eine Synagoge erbaut in einem Garten. Im Hause an der Strasse war die Judenschule, die Herr Wolf Katzenstein [seit November 1859 bis Ende 1866, Verf.] betreute, der Rabbiner[sic]."¹³

In den Jugenderinnerungen des späteren Pastors erschien die jüdische Minderheit von 40-50 Personen, die in den 1860er Jahren zwischen 5-6% der Stadtbevölkerung von ca. 850 Einwohnern ausmachte, als zahlreiche, religiös unterscheidbare Minderheit.¹⁴

In der kleinen Ackerbürgerstadt, in der viele Bürger bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts Kühe und Pferde hielten und landwirtschaftlichem Nebenerwerb nachgingen, waren der Sommermarkt und der Herbstmarkt besondere soziale Ereignisse, da auf diesen Märkten ein intensiver Austausch von Waren, die die Landbevölkerung in die Stadt importierte, um sie an die Ackerbürger zu verkaufen, stattfand. Der Sommermarkt in Preußisch Oldendorf spielte sich als Viehmarkt in der Spiegelstraße ab, wo auf der einen Seite die Kühe, auf der anderen Seite die Pferde und auf den Seitenwegen die Schweine aufgetrieben wurden. Marktschreier, „wahre Jakobs“, priesen lautstark ihre Ware an, und Viehhändler schlossen ihre Verkäufe mit Handschlägen ab. Es waren auch jüdische Viehhändler aus anderen Orten des Kreises Lübbecke am Kauf- und Verkauf von Vieh beteiligt. Quellenmäßig belegt ist es, dass sogar jüdische und nichtjüdische Viehhändler und Schlachter aus Werther und Halle i.W. den Herbstmarkt am 26.10.1835 in Preußisch Oldendorf aufsuchten, um dort Kühe zu kaufen und zu verkaufen.¹⁵

Ein anderer Ort, der jüdische und nichtjüdische Händler interessierte, war die örtliche Legge in der Kuhstraße. „Der Zweck der Legge bestand darin, das richtige Maß des Leinens in Länge und Breite zu beglaubigen, die Qualität zu bescheinigen sowie den Verkauf des Leinens zu vermitteln.“¹⁶ Jeden Montag brachte die protoindustriell und familienwirtschaftlich arbeitende Landbevölkerung ihr Löwendleinen in den Leggensaal, wo das Leinen „vom Polizeidiener Boknecht vermessen und im kleinen Hinterzimmer verkauft“ wurde.¹⁷ Überwacht vom Legge-Inspektor, einem ehemaligen Unteroffizier, der die Verarbeitung und den Verkauf kontrollierte, wurde das Löwendleinen an Leinenhändler verkauft, die aus Bünde, Lavern und Lübbecke kamen. Aus Lübbecke fuhren die Brüder Samuel oder Levi Hecht mit ihrem Planwagen nach Preußisch Oldendorf. Diese Brüder waren seit 1.1.1861 eingetragene Gesellschafter der Firma Abraham Hecht in Lübbecke, die dort am Osterwall 285 eine Leinenhandlung führten. Eine Zweigniederlassung dieser Leinenhandlung wurde in Köln von ihrem Bruder Moses Hecht geleitet.¹⁸ Vermutlich besuchten die Brüder Hecht neben den Leggen in Preußisch Oldendorf und

¹³ Vgl. Erinnerungen von Pastor Hartmann, S. 12; vgl. CAHJP, Preußisch-Oldendorf S/319/2 (Contracte für die Judenschaft 1798-1889)

¹⁴ Vgl. Gemeindestatistik NRW, Heft 3c (1964); Pracht (1998), S. 415

¹⁵ Vgl. StdtA Werther, A 232

¹⁶ Kammeier (1989), S. 79

¹⁷ Erinnerungen, S. 3

¹⁸ Vgl. Beckmann (1994), S. 28f, Anmerkung 6

in Lübbecke, die dort seit dem 5.1.1844 im Haus 38 eingerichtet worden war und im Jahre 1855 von dem Leggemeister und Färber Georg Vogeler geleitet wurde, auch diejenigen in Wehdem, Lavern und Rahden, um Leinen einzukaufen, in ihrem Lager in Lübbecke zu stapeln, bevor sie die Ware weiterverkauften. Die relative Bedeutung der einzelnen Leggen im Kreis Lübbecke kann an ihren Umsätzen gemessen werden: im Jahre 1872 zahlte die Legge in Lübbecke 57.065 Taler 3 Sgr aus, die Legge in Wehdem 31.551 Taler, die Legge in Preußisch Oldendorf ca. 22.962 Taler, die Legge in Lavern 12.713 Taler und diejenige in Rahden 8.324 Taler.¹⁹ Mit der zunehmenden Mechanisierung der Leinenherstellung in fabrikmäßig betriebenen Webereien musste die Bedeutung der Leggen zurückgehen. Das belegen auch die Umsatzzahlen aller Leggen des Kreises Lübbecke. Noch im Jahre 1868 wurden dort 1.672.245 Ellen im geschätzten Wert von 166.965 Talern im Vergleich zu 132.615 Talern vier Jahre später umgesetzt.²⁰ Nur der Umsatz der Legge in Rahden erhöhte sich von 4.678 rthl (1865) auf 8.324 rthl (1872), da an diesem Ort einfaches Löwendleinen und Packleinen in relativ kleinen Mengen angeboten wurde.²¹ Erst mit dem Entwicklungssprung vom Großhandel mit Leinen und Baumwollwaren zur konfektionsartigen Verarbeitung von Kleidern und Wäschestücken im Jahre 1905 wird die Firma A. Hecht auch einen Teil des in der Region fabrikmäßig hergestellten Leinens selbst verarbeitet haben.²²

3.2.3 Lavern

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwirtschafteten die Juden von Lavern ihre Einkommen in der Hauptsache als Hausierer, Klein-, Kram-, Garn- und Ellenwarenhändler, auch als Viehhändler und Schlachter. Sie handelten mit Lotterielosen, Altwaren und Leinen. Nach Hillebrand war seit 1825, d.h. also nach der Abschiebepolitik der Bezirksregierung, die sich gegen jüdisches Dienstpersonal und die Verbreitung des Hausierhandels richtete, eine Änderung des beruflichen Verhaltens der Juden in Lavern konstatierbar. Nach dem Zuzug der Familie Hurwitz aus Rahden im Jahre 1830 waren es gerade die Mitglieder und Nachfahren dieser Familie, die sich dem Viehhandel widmeten.¹ Einer von ihnen, Moses Hurwitz, kaufte seit den 1880er Jahren in Kommission Vieh „im gesamten Umland auf“ und ließ es mit der Köln-Mindener Eisenbahn zu den Märkten und Fleischfabriken in das Ruhrgebiet verfrachten. Das war offensichtlich möglich, da die Strecke Osnabrück-Bielefeld seit 1886 von dem „Haller Wilhelm“ bedient wurde. Zudem war die Bahnstrecke Herford - Bünde - Kirchlengern - Lübbecke - Rahden - Sulingen - Bassum seit 1901 befahrbar. „Um 1900 [zog] Moses Hurwitz ins Ruhrgebiet nach Essen, wo er als Haupt(vieh)lieferant des 'Krupp'schen Konsums' zu großem Reichtum gelangt[e].“²

¹⁹ Vgl. Kammeier (1989), S. 79; Hüffmann (1975), S. 62; StdtA Lübbecke, B 84.25 V

²⁰ Vgl. Mooser, Josef: Ländliche Klassengesellschaft 1770-1848. Bauern, Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen. Göttingen 1984, S. 482, Anhang 23

²¹ Vgl. Rothert, a.a.O., S. 91

²² Vgl. Beckmann (1993), S. 77

¹ Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Lavern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 20-23; 42f

² Ebd., S. 43

Die wohlhabendste jüdische Familie in Levern waren Löwensteins. Bernhard Löwenstein zog im Jahre 1843 mit seiner ersten Frau von Preußisch Oldendorf nach Levern und widmete sich zuerst dem Landhandel, speziell dem Verkauf von Garn und Leinen. Schon vor der Jahrhundertwende erwarb Bernhard Löwenstein in Levern mehrere Häuser und zwei Höfe in Nachbardörfern. Als Vorsteher der relativ spät gegründeten Synagogengemeinde Levern (1897/98) und Hauptsteuerzahler übernahm er die Kosten zum Ankauf des jüdischen Friedhofs (1860), des Synagogengrundstücks und des Baues der Synagoge (1872).

Im Jahr 1902 gründeten ein Sohn und ein Enkel Bernhard Löwensteins, Alex und Carl, in Levern eine Fleischwarenfabrik, die bis Ende der 1920er Jahre in Betrieb war. Ein anderer Sohn Alex Löwensteins, Leopold (*12.1.1878 Levern, gef. 25.5.1915 Loretohöhe/Frankreich), legte in Münster am Paulinum sein Abitur ab, studierte in Berlin Rechtswissenschaften und war als Gerichtsreferendar, Rechtsanwalt und Magistratsrat tätig.³

Tabelle 35: **Berufliche Tätigkeiten der Juden in Levern im 19. und 20. Jahrhundert⁴**

Name	Erwerbstätigkeiten	Zeit
1. Selig Sonnenstein	Hausier-, Kuhhandel, Schlachten	1814ff
2. Mathias Varnhagen	Tagelöhner, Trödler, Handelsmann, Schlachter	1822ff
3. Meyer Schildesheim	Hausier-, Lotteriehandel, Schlachten	ca. 1810-1824
4. Bernhard Frank	Ellenwarenhändler	ca. 1810-1824
5. Isaac Eichmann	Schlachter, Schächter	1819-1863
6. Philipp Hurwitz	Handelsmann, Schlachter	1830-1861
7. Bernhard Löwenstein	Landhandel, Geldgeschäfte	1843-1907
8. Alex und Carl Löwenstein	Fleischwarenfabrikanten	1902-Ende der 1920er Jahre
9. Leffmann Marcus Rhee	Färbermeister	1858-1896
10. Dr. med. Arnold Levy	Arzt; An- und Verkauf von Möbeln	1897-1910

Mangels Steuerlisten soll versucht werden, aufgrund des Hausbesitzes der jüdischen Bürger von Levern die Kontinuität ihres familiären Immobilienbesitzes nachzuweisen.

Tabelle 36: **Jüdischer Hausbesitz in Levern im 19./20. Jahrhundert⁵**

Familienname	Hausnummer	im Besitz von/bis
1. Löwenstein	95	1845-1920
Löwenstein	124 („Löwenburg“)	1848-1938
Löwenstein	214 (Fleischwarenfabrik)	1902-1935
2. Rhee	86	1860-1930
3. Eichmann	127	1820-1920
4. Hurwitz (Jacob, Isidor, Erich)	128	1850-1937
5. Hurwitz (Simon, Ferdinand, Artur)	153	1860-1937
6. Hurwitz (Philipp, Herz, Moses)	43	1845-1900
7. Boas	171	1860-1915

³ Vgl. Möllenhoff, Gisela; Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918-1945. Teil 1: Biographisches Lexikon. Münster 1995, S. 279

⁴ Vgl. Hillebrand (1996), S. 15-49

⁵ Vgl. Hillebrand (1996), S. 152

Während jungverheiratete und nichtverheiratete Juden in Levern zur Miete wohnten - dies galt auch für den Arzt Dr. med. Arnold Levy - dokumentiert obige Aufstellung, dass nicht weniger als sieben Familien in Levern Immobilien erwarben und jahrzehntelang im Besitz hielten. Aus der Aufstellung geht nicht hervor, dass viele Juden, besonders die Viehhändler, in Levern auch Acker- und Weideland besaßen und dieses entweder verpachteten oder zur Viehmast oder als Sammelstelle von Vieh nutzten.⁶ Während Bernhard Löwenstein am Ende des Jahrhunderts als Millionär und Eigentümer „eines der schönsten Stiftshäuser“ bezeichnet wurde, lag das durchschnittliche jährliche Einkommen eines jüdischen Lehrers, der in Levern offenbar ohne Hausbesitz blieb und gewöhnlich auf der unteren Stufe der jüdischen Einkommenskala zu finden war, im Jahre 1898 unter 2.000 Mark.⁷

Neben Kauf- und Handelsleuten und einigen Mitgliedern der so genannten freien Berufe arbeiteten in Levern in den 1840er bis 1860er Jahren auch einige jüdische Handwerker. Dabei handelte es sich um Buchbinder, Färber und Goldschmiede. Alle drei Handwerke waren traditionelle jüdische Berufe, von denen die des Buchbinders und des Färbers nicht zunftgebunden waren und sie somit für Juden auch schon vor den Stein-Hardenbergschen Reformen ausgeübt werden konnten. Die Berufe des Lohgerbers und Färbers waren in einer Region, in der die meisten Erwerbstätigen von der Landwirtschaft und der protoindustriellen Leinenproduktion lebten, nicht selten zu finden. Der Beruf des Buchbinders geht auf die Zeit der Erfindung des Buchdrucks zurück, während der Beruf des jüdischen Thorarollenschreibers (hebr. sofer) noch viel älter war, da die Thorarollen von Zeit zu Zeit neu geschrieben werden mussten oder als Geschenk für einzelne Familienmitglieder oder Gemeinden zu bestimmten Anlässen angefertigt wurden. Während Heinemann Heidelberg der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf am 28.4.1848 den Erhalt eines Rechnungsbetrags für seine Bindearbeiten zweier Bücher in Höhe von 1 rthl 20 Sgr in Oldendorf quittierte, fungierte Bendix Cramer in Werther von 1817 bis in die 1830er Jahre als Lehrer, Kultusbeamter, Thorarollenschreiber und Lotterieunterkollekteur.⁸

Ein jüdischer Goldschmied gestaltete jüdischen Schmuck und Kultgeräte wie Ringe, Ketten, Menorot, Mesusot, Kidduschbecher, Leuchter, Sederteller, Bessomimbüchsen, Thorakronen und -schilder usw. In kleinen jüdischen Gemeinden musste er vermutlich auch auf die Wünsche der nichtjüdischen Kundschaft eingehen, um genügend Einkommen zu erwirtschaften.

⁶ Vgl. ebd., S. 42

⁷ Vgl. ebd., S. 25; Lazarus, Max: Erinnerungen, S. 120

⁸ Vgl. Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1, 75 A, Pr 3, Nr. 1; vgl. StdtA Werther, A 74; StA Dt, P 2 Nr. 123

Tabelle 37: Jüdische Handwerker in Levern seit 1813⁹

Name	Beruf	im Beruf aktiv von/bis
1. Nathan Hurwitz	Buchbinder	ca. 1845-1849
2. Ascher Eichmann	Färbermeister	ca. 1840-1865
3. Simon Eichmann	Buchbinder	ca. 1847-1889
4. Aron Eichmann	Färber	ca. 1852-1858
5. Aron Bendix Boas	Goldschmied	1842-1847
6. Feibes (Ferdinand) Boas	Goldschmied (?)	ca. 1852-1896
7. Julius Boas	Buchbinder	bis 1856
8. Leffmann Rhee	Färbermeister	ca. 1858-1896
9. Bernhard Frank	Zimmermann (?)	1813-1824
10. Heinemann Heidelberg	Buchbindermeister	ca. 1845-1847

Quelle: Hillebrand (1996)

Jüdische Handwerker blieben aber auch in der jüdischen Gemeinde Levern immer in der Minderheit und machten - wenn man die Schlachter abzieht - nie mehr als 10% der Erwerbstätigen aus. Nachdem sich die jüdische Minderheit in Levern mit den drei Familien Sauer in Wehdem als Synagogengemeinde zusammengeschlossen hatte (1898), zeigte die Berufsstruktur der 12 Mitglieder immer noch die Dominanz der Kaufleute (16,7%) und Viehhändler (50%) und der so genannten freien Berufe (ein Arzt, ein Lehrer, zwei Rentiers), die 33,3% ausmachten.¹⁰

3.2.4 Wehdem

Im Kirchspiel Wehdem im Nordwesten des Kreises Lübbecke existierte am Ende des 19. Jahrhunderts außer den Viehhandlungen Moses, Abraham und Simon Sauer (Häuser Nr. 29 und Nr. 84) die Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer. Schon für das Jahr 1827 berichtete die Chronik von dem Kirchspiel Wehdem (1819-1879), dass „der Israelit Coblenzer [...] das am Kirchhofe angekaufte Haus [Nr: 184] verbessert“ habe. Im gleichen Jahr erwarb Coblenzer das Wohnhaus des Kolonen Thiesing am Kirchhof (Nr. 123).¹ Kaufmann Coblenzer schien keine schlechten Geschäfte zu machen, denn die Chronik berichtete für 1830, daß er sein Wohnhaus Nr. 184 „um 150 Rthlr. verbessert“ habe.² Innerhalb der Gemeinde Wehdem war Kaufmann Coblenzer so geachtet, dass ein Mitglied dieser Familie zum Gemeindeverordneten nach der Reichsgründung gewählt wurde und in dieser Eigenschaft die Chronik für das Jahr 1874 am 8.9.1876 als einer von insgesamt zwanzig Gemeindeverordneten attestierte. Auch die Gemeindechroniken von 1875, 1876, 1877 und 1879 wurden von ihm und seinen Amtskollegen mit ihren Unterschriften beglaubigt.³

⁹ Vgl. Hillebrand (1996), S. 41

¹⁰ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

¹ Vgl. Wiegel, Bert: Chronik vom Kirchspiel Wehdem 1819-1879. Espelkamp 1994, S. 57

² Vgl. ebd., S. 77

³ Vgl. ebd., S. 269, 272, 276, 280, 289

Wirtschaftshistorisch ist das Anschreibbuch (1896-99) der Gemischtwarenhandlung mit der Firma Philipp Coblenzer aus Wehdem in mehrerer Hinsicht von Interesse, da es etwas a) über die Zahl der Kundenkontakte, b) über die Wohnorte und soziale Herkunft ihrer Kunden, c) über die verkauften und von der Firma angekauften Waren und d) über die durchschnittlich angeschriebenen Summen und die Verrechnungsweise der kaufmännischen Tätigkeit dieser Firma aussagt.⁴

Für die vier Monate September bis Dezember 1896 hält das Anschreibbuch 262 Kundeneinträge fest, durchschnittlich pro Monat 65,5 Einträge. Der jüdische Kundenanteil betrug lediglich 9 Personen (3,4%). Die angeschriebenen Summen beliefen sich pro Monat durchschnittlich auf 12,83 Mark. Bei den jüdischen Kunden handelte es sich um A.[braham], Moses und einer Frau S. [imon] Sauer sowie B. und G.[eorg] Coblenzer aus Wehdem. Auch eine Witwe S. Oppenheimer aus Lemförde gehörte im November 1896 zu den Kunden der Firma Philipp Coblenzer. Gastwirt Louis Stein aus Preußisch Oldendorf ließ 9½ Pfund Butter zu 7,60 Mark im Dezember 1896 anschreiben. In den folgenden Jahren besuchten auch H. Coblenzer aus Seesen und I. Coblenzer aus Dielingen die Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer. Der überwiegend nichtjüdische Kundenstamm kam aus den Gemeinden der Ämter Dielingen (Wehdem, Arrenkamp, Oppendorf, Oppenwehe, Westrup, Mesenkamp), Lavern (Destel, Mehnen, Twiehausen) und Rahden (Varl). Angesichts der Geldknappheit seiner ländlichen Kundschaft war die Firma Philipp Coblenzer nicht nur so kulant, Kaufsummen anzuschreiben, d.h. also, ihren Kunden Kredit und Zahlungsaufschub zu gewähren, sondern sie verrechnete ihre Verkäufe auch mit Agrarprodukten wie Äpfel, Eier, Butter, Lupinen, mit protoindustriell hergestelltem Leinen und mit Dienstleistungen wie Fuhrlohn. Der Kaufmann akzeptierte diese materiellen Gegenwerte als Ersatzzahlungsmittel und bemühte sich zweifellos, sie nach Möglichkeit bald wieder mit Gewinn zu verkaufen.

Die Höhe der angeschriebenen Summen und die Zahl der Kundeneinträge variierten jedoch von Monat zu Monat. Im Jahr 1897 wurde die höchste angeschriebene Summe 2.083 Mark bei gleichzeitiger Höchstzahl der Kundeneinträge von 88 für März festgehalten, während im Dezember desselben Jahres die niedrigste monatlich angeschriebene Summe 450 Mark betrug und der Februar 1897 die wenigsten Kundeneinträge (38) aufwies. Offensichtlich war die Kundschaft im Frühjahr besonders kauflustig und kurz vor Weihnachten am wenigsten bereit, anschreiben zu lassen. Im Jahre 1898 gab es im Juni die zahlreichsten Anschreibeinträge (101), im Dezember wieder die wenigsten (46). Die höchste angeschriebene monatliche Summe betrug 1.666 Mark im April 1898, die niedrigste 245 Mark im Dezember. Die Kauf- und Anschreiblust im Frühjahr lässt sich auch für März 1899 nachweisen, als im Vergleich zu den ersten acht Monaten 1899 die häufigsten Anschreibungen (62) mit der höchsten Anschreibsumme (1.233 Mark) belegbar sind.

⁴ Ich danke Dr. Bert Wiegel, Rahden, für meine Einsichtnahme in eine Kopie des Anschreibbuches der Gemischtwarenhandlung mit der Firma Ph. Coblenzer in Wehdem (1896-1899).

Tabelle 38: **Zahl der Kundeneinträge und Anschreibsummen im Anschreibbuch der Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer in Wehdem (September 1896 - August 1899)**

Jahr	Kundeneinträge	Summe (in Mark)
1896 (Sept.-Ende Dez.)	262	2.201,23
1897	842	10.476,94
1898 (ohne Juli)	736	8.690,06
1899 (Jan.-Ende Aug.)	394	5.129,06

Quelle: Anschreibbuch der Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer in Wehdem (September 1896-August 1899). Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Dr. Bert Wiegel, Rahden.

Die Angewohnheit, anschreiben zu lassen, deutete einerseits auf die Geldknappheit der ländlichen Kundschaft hin, andererseits auf die Kulanz des jüdischen Gemischtwarenhändlers. Dass dieses Entgegenkommen auch bei nichtjüdischen Geschäftsleuten zu finden war, belegt das erste Hauptbuch des Schuhmachermeisters Heinrich Christoph Lütke-meier (1839-52) in Werther im Kreis Halle i.W., welches zeigt, dass auch er seiner jüdischen Kundschaft Zahlungsaufschub gewährte oder auch Agrarprodukte, Taschenuhren und Textilien als Gegenwerte für seine Dienstleistungen akzeptierte.⁵

Das vielfältige Verkaufssortiment, das die Gemischtwarenhandlung Philipp Coblenzer seinen Kunden anbot, lässt sich gruppenmäßig gliedern in a) rohe und verarbeitete Agrarprodukte, Obst, Lebensmittel, Genußmittel, Gewürze etc. ; b) Textilien; c) Haushaltswaren, Haushaltsmaschinen, Schreibwaren, Spielzeug, Schmuck etc.

Zur Gruppe a) gehörten Waren wie Mehl, Petroleum, Salz, Mais, Butter, Eier, Raffinade, Zucker, Kandis, Leinsaat, Steckrübensaat, Klee, Apfelsinen, Pflaumen, Pektin, Lupinen, Blumen, Kaffee, Reis, Pfeffer, Hafer, Zwetschen, Zichorien, Wein, Hafergrütze, Essigsprit, Korinten und westfälischer Schinken.

Zur zweiten Gruppe zählten folgende Waren: Tuche, Segeltuche, Leinen, Kattune, Kleider, Knabenmützen, Anzüge, Meterware (Cheviot, Battist, Cachmir, Orleans, Flanell), Bettzeug, Bauzelte, Wachstücher, Korsetts, Tailienstäbe, Schweißblätter, Unterhemden, Jacken, Westen, Hosen, Oberhemden, Kinderkleidung (Schürzen, Jäckchen), Bänder (Kriegerverein), Garn, Futter, Knöpfe, Schnur, Wolldecken, Schafdecken, Überzieher, Hüte, Halstücher, Inlette, Spitze, Seide, Strümpfe, Kleiderstoffe, Schürzen, Schaltücher, Schirme, Taschentücher etc.

Drittens verkaufte Coblenzer folgende Haushaltswaren: Öfen, Kamine, Lampen, Teelöffel, Waagen, Aufsatzhefte, Pergamentpapier; Reib-, Hub-, Hack- und Nähmaschinen, Zentrifugen; Bestecke, Geschirr; Kinderwagen, Puppen, Kugeln, Lichter; Gesangbücher; Haarfeilen, Käämme, Mandelseife, Wichse, Papier, Perlen, Draht etc.

⁵ Ich danke Paul Lütgemeyer, Werther, für meine Einsichtnahme in das erste Hauptbuch (1839-52) seines Urgroßvaters Heinrich Christoph Lütke-meier.

Das Sortiment der Firma Philipp Coblenzer war so breit, dass sie die Bedürfnisse der Landbevölkerung befriedigen konnte, ohne dass ihre Kunden die Geschäfte in den nächsten kleinen Landstädten wie Preußisch Oldendorf, Levern oder Lübbecke aufzusuchen brauchten. Ein Adressbuch aus dem Jahre 1908 fasste die Geschäftstätigkeiten der Firma Philipp Coblenzer mit den Begriffen 1. „Butter-, Eier- und Schmalzhandel en gros“, 2. „Rohproduktenhandel“, 3. „Schinken-“, 4. „Manufaktur- und Modewarenhandlung“ und 5. „Spezerei- und Gemischtwarenhandlung“ zusammen.⁶ Außerdem beschäftigte die Firma Ph. Coblenzer spätestens seit 1900 in ihrer Dampfziegelei in Niedermehnen 15-20 Arbeiter.⁷

3.2.5 Großendorf, Kleinendorf (Rahden)

Im Unterschied zur jüdischen Berufsstruktur in Lübbecke gab es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Großendorf und Kleinendorf nur zwei jüdische Kaufleute mit kaufmännischen Rechten, die vermutlich in eigenen Ladengeschäften Waren verkauften. Im Jahre 1841 handelte Joseph Goldschmidt (Nr. 64) mit Leinen und Manufakturwaren und wurde mit einem Gewerbesteuersatz von 1 rthl eingeschätzt. Ab Mai 1841 begann Minna Vogel (Nr. 130) einen Kleinhandel mit Kolonialwaren und wurde mit einem monatlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 5 Sgr veranlagt. Insgesamt wurden sieben Kaufleute mit kaufmännischen Rechten mit 7 rthl 15 Sgr Gewerbesteuer veranlagt.¹

Die meisten männlichen Juden von Großendorf arbeiteten im Jahre 1841 als Kleinhändler, Pferdehändler und Hausierer. Der 65jährige Levy Frank (bei Haus Nr. 23) erwarb in diesem Jahr einen Gewerbeschein zum Lumpensammeln im Austausch gegen Nadelkram. Hermann und Salomon Goldschmidt (Nr. 41) suchten die Bauern der Umgegend auf, um Bestellungen auf Handelssachen aufzunehmen. Die acht jüdischen Händler ohne kaufmännische Rechte von insgesamt 74 in dieser Kategorie zur Gewerbesteuer veranlagten (10,8%) mussten 62 Sgr von 362 Sgr (17,1%) zahlen. Unter diesen gab es nur eine Frau. Sie handelte mit Hüten. Interessant ist, dass im Fleischergewerbe ausschließlich jüdische Metzger für dieses Jahr aufgelistet waren. In diesem Gewerbe hatten die Juden in Großendorf und Kleinendorf eine Monopolstellung.

⁶ Vgl. Adreßbuch aller Länder der Erde der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc. Bd. 7a: Westfalen, Lippe-Detmold und Pyrmont. Nürnberg 1908, 13. Ausgabe, S. 388

⁷ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2045

¹ Vgl. StdtA Rahden, A 759

Tabelle 39: Jüdische Händler in Großendorf ohne kaufmännische Rechte im Jahre 1841

Name	Hausnummer	Gewerbe	Gewerbsteuer pro Monat	
			Sgr	d
1. Salomon Goldschmidt	4	Kleinhandel	15	--
2. Herz Goldstein	32	Kleinhandel	5	--
3. Theodor Haas	35	Kleinhandel	5	--
4. Samuel Samson	49	Kleinhandel	2	6
5. Blümchen Schildesheim	bei 57	Handel mit Putzwaren (ab November)	5	--
6. Simon Vogel	130	Pferdehandel	10	--
7. Wolf Rosenberg	139	Kleinhandel	15	--
8. Bernhard Rosenberg	139	Pferdehandel im Hause	5	--

Quelle: StdtA Rahden, A Nr. 759

Tabelle 40: Jüdische Fleischer in Großendorf und Kleinendorf im Jahre 1841

Name	Hausnummer	Gewerbe	Gewerbsteuer pro Monat in Sgr
1. Nias Hammerschlag	28	Fleischer	15
2. Herz Goldstein	32	Fleischer	10
3. Moses Stein	37	Fleischer	15
4. Jacob Ginsberg	39	Fleischer	15
5. Ephraim Goldberg	bei 45	Fleischer	10
6. Ruben Hahn	bei 56	Fleischer	20
7. Bernhard Frank	98	Fleischer	15
8. Simon Vogel	130	Fleischer	15
9. Wolf Rosenberg	139	Fleischer	15

Quelle: StdtA Rahden, A Nr. 759

Als man Anfang der 1850er Jahre den Bau einer neuen Synagoge für die jüdische Gemeinde Rahden plante, wurde eine detaillierte Übersicht der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Gemeindemitglieder aufgestellt, um sie entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten an den Baukosten zu beteiligen.² Unter den 18 Beitragspflichtigen waren 2 Kaufleute (11,1%), 5 Kleinhändler (27,8%), 2 Pferdehändler (11,1%), 1 Färber und Kleinhändler (5,5%), 1 Handelsmann und Hausierer, 2 Fleischer (11,1%), 3 Fleischer und Kleinhändler (16,7%), eine Witwe ohne Gewerbe, die von ihren Zinsen lebte, und eine Person, die aus Armenmitteln unterstützt wurde.

² Vgl. StdtA Rahden, A 415

Das wohlhabendste Mitglied, ein Kaufmann, besaß ein Haus, ein Gut in der Größe von 42½ Morgen [106.250 m² " 10,62 ha] mit einem durchschnittlichen jährlichen Ertrag von 96 Talern, das allerdings auch mit hypothekarischen Schulden in Höhe von 1.090 rthl belastet war. Seine gutsherrlichen Lasten betragen 22 rthl, 10 Sgr, 10 d jährlich. Sein Manufakturwarengeschäft erzielte einen jährlichen Umsatz von 3.000 Talern, außerdem hatte er ein Vermögen von 8.000 Talern und ein durchschnittliches jährliches Erwerbseinkommen von 700 Talern.

Am unteren Ende der Vermögensaufstellung steht ein Fleischer und Kleinhändler (Höcker) ohne Grundbesitz, der ein Vermögen von 100 Talern hatte und ein Durchschnittseinkommen von ebenfalls 100 Talern jährlich erzielte. Er wurde mit dem niedrigsten Klassensteuersatz (2 Taler) und Kommunalsteuersatz (5 Sgr) veranlagt. Allerdings musste dieser Fleischer und Höcker einen relativ hohen Gewerbesteuersatz (10 Taler) zahlen, wenn man bedenkt, dass die wohlhabenden Kaufleute, die ein viel höheres Einkommen erzielten, nur 16 bzw. 14 Taler Gewerbesteuer entrichteten.

Tabelle 41: Einkommens- und Vermögensaufstellung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde Rahden um 1851 (in rthl/Sgr/d)

Name	Haus-nr.	Gewerbe	Umsatz (jährlich) in rth	Vermögen in rthl	Einkommen in rthl	Gewerbesteuer in rthl	Grundsteuer in rthl/Sgr/d	Klassensteuer in rthl	Kommunalsteuer rthl/Sgr/d
1. Simon Rosenberg	139	Kaufmann	3.000	8.000	700	14	11/20/5	20	3/9/7
2. Joseph Goldschmidt	64	Kaufmann	2.500	4.000	450	16	4/17/2	12	1/11/9
3. Samuel Goldschmidt	bei 90	Höcker	600	1.500	200	2	---	5	0/12/6
4. Philipp Löwenstein	130	Pferdehändler, Höcker	500	1.000	200	4	0/16/78	4	0/10/0
5. Samuel Goldstein	bei 61	Pferdehändler	600	800	200	2	---	4	0/10/0
6. Leffmann Goldschmidt	bei 30	Färber, Höcker	500	800	180	2	---	3	0/7/6
7. Samuel Frank	bei 45	Höcker	800	500	250	2	---	4	0/10/0
8. Simon Goldstein	bei 90	Hausierer, Handelsmann	500	800	150	12	---	2	0/5/0
9. Isaak Frank	191	Höcker	300	400	180	2	0/21/11	2	0/6/10
10. Goldschmidt, Witwe	87	---	Bezieht Zinsen	2.500	---	---	0/13/0	12	1/1/1
11. Hirsch Vogel	bei 56	Fleischer, Höcker	400	300	150	10	---	4	0/20/0
12. Joseph Goldstein	bei 87	Höcker	300	300	180	2	---	2	0/5/0
13. Bernhard Frank	bei 30	Fleischer	300	180	150	8	---	3	0/7/6
14. Jacob Ginsberg	bei 30	Fleischer	200	100	100	6	---	2	0/10/0
15. Ephraim Goldberg	bei 32	Fleischer	200	100	100	4	---	2	0/5/0
16. Nias Hammer-schlag	bei 145	Höcker	200	100	100	2	---	2	0/5/0
17. Levi Hammer-	bei 28	Fleischer, Höcker	---	100	100	10	---	2	0/5/0

schlag									
18. Meyer Frank	bei 144	---	---	---	---	frei	---	frei	---

Quelle: StdtA Rahden, A Nr. 415

Inwieweit hatte sich die Berufsstruktur der erwerbstätigen Juden in Großendorf und Kleinendorf bis zum Jahre 1868 gewandelt?

Erstens war die Zahl der Kaufleute mit kaufmännischen Rechten von zwei auf vier angewachsen. Drei handelten ausschließlich mit Manufakturwaren und Leinen (Simon Rosenberg, Nr. 139; Samuel Goldschmidt, Nr. 189; Joseph Goldschmidt, Nr. 64), und ein Kaufmann handelte mit Manufaktur-, Kolonial- und Materialwaren (Samuel Frank, Nr. 71).

Diese vier jüdischen Kaufleute zahlten von insgesamt 16 zur Gewerbesteuer in der Klasse A II veranlagten (25%) 42 rthl von insgesamt 158 rthl p.a. (26,6%).³

Zweitens war die Zahl der Kleinhändler von 5 auf 6 angestiegen. Neu hinzugekommen war Baruch Rosenbaum (Nr. 142), der mit Manufaktur- und Kolonialwaren handelte. Sofern die Gewerbesteuerlisten dies explizit machen, handelten die anderen Kleinhändler mit Lumpen, Tongeschirr und Porzellan, Manufaktur-, Kolonial- und Materialwaren. Die sechs jüdischen von insgesamt 36 (16,7%) veranlagten Kaufleute ohne kaufmännische Rechte (Klasse B) zahlten 11 von 73 rthl (15,1%) für das Jahr 1868.

Drittens war die Zahl der jüdischen Fleischer von 8 auf 6 zurückgegangen. Sie zahlten von insgesamt 8 veranlagten (75%) 22 von 30 rthl Gewerbesteuer für 1868 (73,3%).

Als einziger jüdischer Handwerker arbeitete Leffmann Goldschmidt als Färber, der aus seinem offenen Ladengeschäft selbstgefärbtes Nesselzeug zum Kauf anbot. Als einer von 12 veranlagten Handwerkern (8,3%) zahlte er 6 (12,5%) von 48 rthl p.a. Gewerbesteuer.

Drei jüdische Hausierer, zwei von ihnen auch Kleinhändler, betätigten sich im traditionellen Landhandel. Jakob Ginsberg handelte umherziehend mit Vieh, Häuten, Wolle und Erzeugnissen der Landwirtschaft. Auch Samuel Goldstein suchte die Bauern auf und handelte mit Vieh, Fellen, Pferden und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Indem diese jüdischen Vieh- und Agrarprodukthändler den Bauern Häute, Federn, Knochen, Eier, Milch, Butter, Garn, Leinen, Vieh etc. abkauften, verschafften sie ihnen Geldmittel, die sie so dringend für ihre Anschaffungen brauchten.

Neben den Manufakturwarengeschäften S. Frank Nachf. und David Jakobsohn und dem Weiß- und Wollwarengeschäft Geschwister Vogel waren die von Juden geleiteten Viehhandelsgeschäfte bis vor und nach dem Ersten Weltkrieg das dominierende Element der jüdischen Berufsstruktur der Gemeindeglieder in Rahden. Ein Adressbuch aus dem Jahre 1908 nennt allein acht von Juden geführte Viehhandelsgeschäfte.⁴ Daneben existierte auch eine Rahdener Viehverwertungsgenossenschaft e.G.m.b.H., und in den 1920er Jahren soll es nach den Worten

³ Vgl. StdtA Rahden, A 765

des Viehhändlers Richard Haas, einem Sohn von Hermann und Emma Haas, nicht weniger als ca. 20 Viehgeschäfte in Rahden gegeben haben.⁵

Walter Hoffmann beschrieb die Entwicklung und Wirtschaftsweise des Viehhandelsgeschäfts seines Großvaters, Dagobert Haas und dessen Bruder Hermann Haas, wie folgt:

„Im Jahre 1934 gab es etwa 60 Juden in Rahden bei einer Bevölkerung von 3.000. Der Vorsitzende der Gemeinde war der Kaufmann Daniel Oppenheim, 2. Vorsitzender Rudolf Vogel. Im Raum der Synagoge war auch die Volksschule, der Lehrer war zuletzt Max Rhein. Die Schule soll immer sehr gut gewesen sein, so daß in früheren Jahren auch christliche Kinder in dieser Schule unterrichtet wurden, wie z.B. Kaufmann Lübking, der ein Kolonialwarengeschäft gegenüber der Köchlingschen Apotheke führte. Auch mein Großvater ging in Rahden in die jüdische Schule.

Die Juden im Ort waren kleine gewerbetreibende Unternehmer, ein Metzger und eine große Anzahl Viehhändler. Dies war eine Folge der Berufsbeschränkungen, der die Juden schon im Mittelalter unterlagen. Der Besitz und die Bearbeitung des Bodens war Juden untersagt, ebenso das Handwerk. Das Resultat war Handel, meistens Hausierer mit Altwaren. Das Metzgerhandwerk kam dadurch zustande, daß Juden die jüdischen Speisegesetze meistens streng befolgten. Um diese einzuhalten, mußten die Tiere besonders geschlachtet werden. Dieses unterlag dem Schochet, der ein Jude sein mußte und besonders dazu ausgebildet war. Das Vieh mußten die Juden daher selbst kaufen. Daraus wurden dann später Viehhändler.

Mein Großvater mütterlicherseits war Dagobert Haas Ⓒ.i. David, *6.9.1861 in Rahden, verschleppt ins KZ Theresienstadt, danach nach Auschwitz oder Treblinka; Ehefrau: Sophie, geb. Bendit, *15.6.1871, gest. 23.9.1941 KZ Theresienstadt. Dagobert fing an zu arbeiten, indem er Vieh für die Bauern der Umgebung schlachtete. Später gründete er dann mit seinem Bruder Hermann Ⓒ28.12.1858, gest. 8.5.1931; Ehefrau: Emma, geb. Gottschalk, *25.3.1865, gest. 28.2.1934 einen Viehhandel. Erst wohnten beide in Kleinendorf, hatten beide dort Häuser sowie ein Grundstück, auf dem heute Amtsgebäude stehen gegenüber der Stadtverwaltung. Dagobert und Familie wohnten auf der Langen Straße etwa gegenüber dem Bierverleger Remann. Hermann und Familie wohnten, wo heute das Amtsgericht steht. Hermanns Haus brannte später ab, wahrscheinlich Brandstiftung. In dieser Zeit machte ein Brandstifter Rahden unsicher.

Im Jahre 1906 bauten die Gebrüder Haas ein Zweifamilienhaus an der Bahnhofstraße 393 in Rahden, mit Stall für etwa 30-40 Kopf Großvieh, Remise und Heuboden. Anliegend größeres Weideland für das Vieh und angrenzenden Garten für Obst und Gemüse. Ein weiterer Garten lag auf dem Grundstück des heutigen Amtsgerichts. Diese Gärten ermöglichten eine Selbstversorgung der Familien. Das Geschäft entwickelte sich zu einem der größten in Westfalen. Das Geheimnis des Erfolges: es wurde immer mit Barem gezahlt und per Handschlag, der das Geschäft besiegelte. Handschlag bedeutete mehr als notarielle Verträge. Später wurden etliche Viehaufkäufer eingestellt. Aus denen wurden dann später alle erfolgreiche Viehhändler. Dagobert und Hermann waren die ganze Woche unterwegs, um Vieh zu kaufen, unterstützt durch zwei Aufkäufer sowie einem Viehpfleger. Jeden Montag fuhren die Gebrüder Haas immer mit dem ersten Zug, der Rahden verließ. Der Schwerpunkt des Tätigkeitsbereiches der Gebrüder Haas lag in der Provinz Hannover in der Gegend um Schwaförden und Sudwalde, 30-40 km nördlich von Rahden. Dort wurde später eine Weide in der Größe von 30 Morgen [ca. 7,6 ha] erworben, die an drei Straßen lag. Im Frühjahr wurde auf diese Weide Vieh gebracht, das dann im Herbst als Schlachtvieh verkauft wurde.

Freitags kamen die Gebrüder Haas dann nach Rahden zurück, und das Vieh wurde auch Freitags mit der Bahn nach Rahden geliefert. Gewöhnlich handelte es sich um 40-50 Stück Großvieh. Am Samstag kamen dann die Kunden, Großmetzger aus dem Raum Bielefeld und Bünde. Einer von ihnen ist noch heute im Geschäft und unterhält eine der größten Fleischfabriken in der Bundesrepublik. Gewöhnlich wurde das Vieh Samstags verkauft. Der Verkauf ging recht lebhaft zu und wurde durch Handschlag besiegelt. Verkaufszahlen wurden zwischen beiden Kontrahenten in hebräisch geführt. Den älteren christlichen Viehhändlern ist dies noch geläufig. Nur geht heute alles anders und über die Banken. Was nicht verkauft wurde, ging auf die Viehmärkte nach Dortmund und Essen. In Essen war Herr Louis Weidenbaum aus Rahden der Kommissionär und in Dortmund Hermanns Sohn Richard. Die Firma Haas war Erzeuger eigener landwirtschaftlicher Produkte für Vieh und Hausgebrauch, teils auf eigenem oder gepachtetem Boden. Eine besondere Freude war es immer für meinen lieben Großvater Dagobert, wenn er des Sonntags auf die Felder radelte und seinen Roggen usw. beschaute. Alles wurde getan, um eine gute Ernte herbeizuführen. Er war immer für den Betrieb da. Wenn es die Zeit erlaubte, überwachte er die Fütterung und Pflege seiner Kühe. Er war rüstig und voller Energie selbst im hohen Alter, wo andere im Lehnstuhl sitzen.

Natürlich hatte die Fa. Haas auch ihre Neider, und mein Großvater bekam etliche Male die Polizei ins Haus geschickt, da er unter Verdacht stand (nach Anzeige) Sonntags Geschäfte zu machen. Der Grund war, daß er des Sonntags gern zu den Bauern ging, um mit diesen zu schmusen oder zu küern, wie es auf Platt heißt.

Dagobert war die Seele des Geschäftes. Dies hatte er von seiner Mutter Dina [geb. Goldstein, *20.5.1827, gest. 11.10.1912], die sich bis zu ihrem Tod immer für das Geschäft interessierte.⁶

⁴ Vgl. Adressbuch aller Länder der Erde der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc. Bd. 7a: Westfalen, Lippe-Detmold und Pyrmont. Nürnberg 1908, 13. Ausgabe, S. 388

⁵ Vgl. StADt, D 23 Nr. 55

⁶ Brief von Walter Hoffmann vom 16.2.1996 an Verfasser; Brief von demselben an Bürgermeister Spönemann verwahrt im StdtA Rahden.

3.3 Die Entwicklung der Berufsstruktur und der sozialen Schichtung in den jüdischen Gemeinden des Kreises Halle i.W. im 19. Jahrhundert

Bei der Verteilung des Gehaltes für den Oberrabbiner Moses Liebmann Friedheim (1757-1826), der in Bielefeld residierte und neben der Gemeinde in Bielefeld auch diejenigen des Kreises Halle i.W. betreute, in Höhe von 40 rthl 18 ggr (978 ggr) für das Jahr 1818, betrug der Anteil der jüdischen Gemeinde Halle i.W. 15% (147 ggr). Die Beitragspflichtigen in Versmold und einer in Steinhagen zahlten zusammen 11,4% (112 ggr), auf die Gemeinde Werther entfiel nicht weniger als 41,3 % (404 ggr), und der Anteil der Beitragspflichtigen in Borgholzhausen machte 32,2% (315 ggr) aus.¹

Unter den neun Juden in Halle i.W. wurden vier als arm eingeschätzt. Zwei Juden waren Altwarenhändler (Trödler), einer arbeitete als Packenträger, einer als Kleinhändler und einer als Kaufmann. In Steinhagen arbeitete ein Jude als Hausierer, in Versmold wurden zwei Juden als arm eingeschätzt und einer als Altwarenhändler mit steuerfreiem Freipatent. Unter den acht Juden in Werther waren zwei Arme, ein Schlachter, ein Altwarenhändler, ein Viehhändler und drei Einzelhandelskaufleute mit eigenen Ladengeschäften.

64 Jahre später (1882) während der großen Depression (1873-95), nachdem sich eine jüdische Familie in Werther mit der Gründung einer Zigarrenfabrik (1877) zunächst mit einer Filiale in Theenhausen am Industrialisierungsprozess beteiligt hatte, verteilten sich die 57 jüdischen Haupterwerbstätigen im Kreis Halle i.W. auf die Berufsklassen Textilindustrie 5,25% (3 Beschäftigte), Nahrungs- und Genußmittelindustrie 14% (8), Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 5,3% (3) und Waren- und Produktenhandel 66,7% (38). Außerdem gab es noch einen Rentier und 4 Dienstboten. Demgegenüber waren die 11.282 Haupterwerbstätigen der allgemeinen Bevölkerung des Kreises Halle i.W. zu 31,4% in der Landwirtschaft, 3,8% in der Textilindustrie, 0,15% in der Papier- und Lederindustrie, 3,4% in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 3,2% im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, 2,0% im Waren- und Produktenhandel, 0,35% im Beherbergungs- und Schankgewerbe, 0,3% in der Verwaltungs- und Rechtspflege, 0,8% in der Religionspflege- und Erziehung, 0,2% in der Gesundheits- und Krankenpflege und 0,08% als Musiker, Schriftsteller Schausteller beschäftigt. Auf die Kategorie „ohne Beruf“ entfielen in der allgemeinen Bevölkerung 1,5%, als Dienstboten arbeiteten 9,2%.²

Im Folgenden soll dargestellt werden, inwieweit sich der Verbürgerlichungsprozess in wirtschaftlicher Hinsicht bei gleichzeitiger Abwanderung und Auswanderung in den einzelnen jüdischen Gemeinden ausformte.

¹ Vgl. StdtA Werther, A 73; 1 Taler = 24 gute Groschen (ggr) ; 1 ggr = 12 Pfennige (d) (1763-1821)

² Vgl. Preußische Statistik, Bd. LXXVI (3. Teil). Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5.6.1882 im preußischen Staate. Berlin 1885, S. 356f

3.3.1 Halle i.W.

Im Jahre 1816 lebten in der Kreisstadt Halle i.W. 43 Juden mit Staatsbürgerrecht unter 1.055 Nichtjuden (4%), darunter 1.001 Einwohner evangelischer, 11 römisch-katholischer Konfessionalität.

Von den Juden lebten 2 (4,6%) selbständig von wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeiten, 24 (55,8%) waren hauptberuflich im Handel beschäftigt und einer (2,3%) arbeitete als Handwerker. Die Zahl der Nebenerwerbstätigen betrug unter den Juden also höchstens 16 (37,2%). Es gab unter den Juden keine Beamte oder Landwirte.

Im Vergleich zur Berufsstruktur der Juden lebten unter den Nichtjuden 22 als Beamte (16 Oberoffizianten, 6 Unteroffizianten) (2,1%) in der Kreisstadt mit eigenem Amtsgericht; 122 Nichtjuden (11,6%) gingen landwirtschaftlichem Erwerb nach als Eigentümer, Erbpächter oder Erbzinsleute, von denen 12 Land in der Größe von 15-300 Morgen (3,75-75 ha) und 110 Land unter 15 Morgen bewirtschafteten. Unter den 128 Bürgern (Beisassen) lebten 7 von Renten, wissenschaftlicher Arbeit und im Großhandel (5,5%), 102 im Handwerk, Einzelhandel und als Gastwirte (79,7%). Unter den männlichen Erwerbstätigen arbeiteten in der Kreisstadt 106 als Tagelöhner, 43 als Gesellen und Lehrlinge im Handwerk und im Einzelhandel, und 17 Knechte und Jungen waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Unter den erwerbstätigen Frauen gab es zwei, die Eigentümerinnen von Land in der Größe von 15-300 Morgen waren, vier besaßen Land unter 15 Morgen. Drei Frauen als Beisassen arbeiteten selbständig als Handwerkerinnen oder im Detailhandel, 7 weitere weibliche Beisassen als Handarbeiterinnen. In der Landwirtschaft arbeiteten 4 Wirtschafterinnen, weitere 12 als Gehilfinnen bei wissenschaftlicher und künstlerischer Betätigung, bei Handwerkern und im Einzelhandel. 54 Mägde arbeiteten in der Landwirtschaft.¹

Der Verbürgerlichungsprozess der Juden in Halle i.W. lässt sich exemplarisch am besten an der Familiengeschichte und Wirtschaftsweise der Familie Stern darstellen. Der Vater des Kaufmanns Philipp Stern (*1789, gest. 9.3.1874), der Handelsmann und Schlachter Raphael Abraham (Anschel Levi), hatte um 1730 das Haus Nr. 6 am Kirchhof für 526 rthl vom Amtmann Schultzen gekauft und darüber eine Konzession aus Berlin vom 7.8.1770 erhalten.²

Philipp Stern soll im Jahre 1814 in Halle i.W. eine Rohproduktenhandlung gegründet haben. Seit dem 17.11.1818 war er mit Julie Windmüller (*1789 in Rheda, gest. 13.6.1854) verheiratet. Mit ihr hatte er sechs Kinder, nämlich 1. Raphael (*31.10.1819, gest. 23.12.1844), 2. Abraham (*16.7.1821), 3. Herz (* 12.5.1823), 4. Lene (* 13.5.1825), 5. Berta (*10.4.1828), 6. Meyer (*28.2.1831).³ Im Jahre 1828 erwarb Kaufmann Philipp Stern die Besitzung Nr. 11 (heute: Lange Str. 20, 20a) mit Wohnhaus, Lagerschuppen und Pferdestall.⁴

¹ Vgl. StADt, M 2 Halle Nr. 7

² Vgl. StdtA Halle, A 611

³ Vgl. Windmueller Horowitz, Inge et alii: Windmueller Family Chronicle. Richmond 1981. 2. Aufl., S. 93; StADt, P 2 Nr. 67

⁴ Vgl. Vortrag „175 Jahre Juden in Halle in Westfalen“, gehalten am 28.2.1996 von Dr. Uwe Heckert, S. 4; 100 Jahre Haller Kreisblatt. Unsere Heimat im Spiegel der Geschichte. (1982), Artikel: „Die Haller Juden“, S. 55

In einer Anzeige vom 23. Dezember 1818 bot Kaufmann Philipp Stern Kerzen zu 1 rthl pro 4 Pfund aus seiner „kürzlich etablirten Talglichter-Fabrik“ und feine gesüßte und ungesüßte Schokolade für 12 gute Groschen pro Pfund an.⁵ Im Jahre 1840 suchte Philipp Stern um eine Konzession mit kaufmännischen Rechten nach, um seinen Handel, d.h. Ein- und Verkauf mit wollenen und baumwollenen Ellenwaren auch auf das Ausland ausdehnen zu können. Seinen Handel mit Bettfedern, Töpferwaren und Altkleidern beabsichtigte Stern weiterhin nur im Inlande zu betreiben.⁶ Der Landrat August zur Hellen befürwortete das Gesuch gegenüber der Bezirksregierung am 25.2.1840 mit den Worten:

„Die Stadt Halle ist im Grenzbezirke belegen und zählt 1364 Seelen. Der Bittsteller Philipp Stern hat schon längere Jahre sein Handelsgeschäft - so viel hier bekannt untadelhaft - betrieben und befindet sich in guten Vermögensverhältnissen und steht von ihm zu erwarten, daß derselbe sich ferner als solider Kaufmann und guter Bürger bewähren wird, so daß in dieser Hinsicht dessen Concessionirung unbedenklich erscheint.“⁷

Am 8.8.1843 bestätigte Kaufmann Philipp Stern mit seiner Unterschrift, die Ministerial-Konzession, die es ihm erlaubte, „mit wollenen und baumwollenen Stuhl- und Kolonial-Waren“ zu handeln, vom Bürgermeister Sprenger gegen eine Gebührenerstattung in Höhe von 43 Sgr empfangen zu haben. Diese Konzession berechtigte ihn nicht nur zum Import von Stoffen und Tuchen aus dem Ausland, d.h. nicht zum Deutschen Zollverein gehörigen Gebiete wie z.B. aus dem Königreich Hannover oder der Hansestadt Hamburg, sondern auch dazu, Genuss- und Lebensmittel wie Tee, Kaffee, Kakao, Reis und Gewürze importieren und aus seinem Ladengeschäft ins nichtpreußische Ausland versenden zu dürfen.

Laut Eintragung vom 3.4.1862 des Firmenregisters des Amtsgerichtes Halle i.W. ging die Firma Philipp Stern auf seinen Sohn, den Kaufmann Herz Stern über.⁸ In den Jahren 1869/71 unterhielt Herz Stern in Halle i.W. (Hausnr. 11) ein Handelsgewerbe mit kaufmännischen Rechten. Er war als Auswanderungsagent tätig und erzielte zudem Einkommen aus dem Verkauf von Lebensversicherungen und Getränken.⁹ Das Sortiment der Handelsgeschäftes erweiterte sich insofern, als die Firma Ph. Stern mittels Inserate vom 26.4.1882 im „Haller Kreisblatt“ „neueste Tapetenmuster“, Knochenmehl, Saat- und Futterhafer anbot.

Mit Eintragung vom 23.12.1888 wurde die Firma Ph. Stern in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt und ging „durch Vertrag vom 12.12.1888 unter Übernahme sämtlicher Activa und Passiva auf die Kaufleute Victor und Robert Stern zu Halle i.W.“ über.¹⁰ Victor (*12.8.1861) und Robert (*3.2.1864) waren Söhne aus der zweiten Ehe von Herz Stern mit Bertha, geb. Dalberg. Herz Sterns einzige Tochter aus seiner ersten Ehe mit Amalie Bendix, Gella Amalie (*11.7.1856),

⁵ Vgl. StdtA Bielefeld, Öffentliche Anzeigen der Grafschaft Ravensberg, Dezember 1818

⁶ Vgl. KAGt, H4 H LR1 084/06

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 290

⁹ Vgl. Meise, Heinrich: Die Stadt Halle in Westfalen. Halle i.W. 1968, S. 172

¹⁰ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 290

wurde am 30.7.1942 von Dortmund mit Transport Nr. X/1-590 ins KZ und Durchgangslager Theresienstadt verschleppt und gilt seit dieser Zeit als verschollen.¹¹

Robert Stern war Inhaber der Lumpensortieranstalt in Halle i.W. an der Langestraße 20, in der vor dem Ersten Weltkrieg unter hundert und nach dem Ersten Weltkrieg über hundert Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Spätestens seit 1904 verlegte Robert Stern seinen Wohnsitz und sein Geschäftskontor nach Bielefeld. Auf die Arbeitsbedingungen und Beschäftigtenzahlen dieses expandierenden Betriebes soll in einem separaten Kapitel ausführlicher eingegangen werden.

Über die Berufsstruktur aller zur Repräsentantenwahl berechtigten Gemeindemitglieder des Synagogenbezirks Halle i.W. gibt folgende Aufstellung vom 31.9.1853 Auskunft:

Tabelle 42: Berufe und Wohnorte der Mitglieder des Synagogenbezirks Halle i.W. im Jahre 1853

Name	Beruf	Alter	Wohnort
1. Philipp Stern	Kaufmann	65 Jahre	Halle i.W.
2. David Rosenbaum	Buchbinder	60 Jahre	Halle i.W.
3. Feidel Stern	Viehhändler	57 Jahre	Halle i.W.
4. Selig Weinberg	Buchbinder	53 Jahre	Halle i.W.
5. Simon Goldstein	Handelsmann	39 Jahre	Halle i.W.
6. Bendix Goldschmidt	Handelsmann	41 Jahre	Halle i.W.
7. Nachmann Bergfeld	Handelsmann	56 Jahre	Brockhagen
8. Salomon Wissbrunn	Handelsmann	44 Jahre	Brockhagen
9. Meier Rose	Handelsmann	68 Jahre	Steinhagen
10. Herz Wissbrunn	Kaufmann	34 Jahre	Steinhagen
11. Heinemann Wissbrunn	Kaufmann	30 Jahre	Steinhagen
12. Salomon Kirschbaum	Handelsmann	62 Jahre	Hörste

Quelle: StdtA Halle, A Nr. 611

Bis auf die beiden Buchbinder erzielten alle männlichen Juden des Synagogenbezirks Halle i.W. ihre Einkommen aus ambulanten oder stehenden Handelsgeschäften.

Feidel Stern wurde in dem Geburtsregister mit Laufzeit von 1822-47 allerdings als Uhrmacher bezeichnet, arbeitete also als Handwerker, was nicht ausschloss, dass er auch mit neuen oder alten Uhren Handel trieb.¹² Bei der Anzeige der Geburt seines Sohnes Alexander (*3.9.1848) wurde sein Beruf mit Pferdehändler angegeben, eine Tätigkeit, die offensichtlich lukrativer war, als Uhren zu reparieren.¹³ In den Jahren 1869/71 unterhielt Feidel Stern in Halle i.W. (Hausnr. 104) ein Gewerbe ohne kaufmännische Rechte, in dem er u.a. mit Kolonialwaren handelte.¹⁴

¹¹ StADt, P 2 Nr. 186, 187

¹² Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

¹³ Vgl. StADt, P 2 Nr. 186

¹⁴ Vgl. Meise, S. 173

Während Simon Goldsteins Beruf im Sommer 1846 noch mit Putzmacher angegeben wurde¹⁵, er u.a. also Damen- und Kinderhüte anfertigte und verkaufte, unterhielt er in den Jahren 1869/71 in Halle i.W. (Hausnr. 28) ein Handelsgewerbe mit kaufmännischen Rechten. Er handelte mit Öfen, Fellen und Altwaren.¹⁶ Später im Jahrhundert führte er offensichtlich weiterhin als Kaufmann mit eigenem Ladengeschäft eine Eisenwarenhandlung in Halle i.W. an der Langestraße 28, wo er im Dezember 1882 „Patent Schrauben-Schlittschuhe“, das Paar zu 1,75 Mark, eine weitere Sorte Schlittschuhe namens „Halifax“ zu 3,50 M das Paar sowie Dezimal- und Tafelwaagen, verzinnte und lackierte Eimer, Bügeleisen und Feuergeräte zu billigen Preisen empfahl.¹⁷ Laut Eintragung vom 17.6.1901 wurde die Bielefelder Zweigniederlassung der Firma S. Goldstein in Halle i.W. zur Hauptniederlassung erhoben und Max Goldstein als persönlich haftender Gesellschafter ins Handelsregister eingetragen. Der Sitz der Firma wurde nach Bielefeld verlegt.¹⁸

Bendix Goldschmidt (Hausnr. 8) betrieb in den Jahren 1869/71 einen Handel ohne kaufmännische Rechte mit Vieh und Altwaren.¹⁹

Wie Kaufmann Philipp Stern im Jahre 1840 suchte auch der Handelsmann Nachmann Bergfeld aus der Gemeinde Brockhagen am 14.10.1842 um eine „Ministerielle Conzession zum Handel mit kaufmännischen Rechten“ beim Haller Bürgermeister Sprenger nach, um „Ellen- und Manufactur-Waaren sowohl aus dem Auslande zu beziehen, als auch davon Versendungen außerhalb des Ladens vorzunehmen.“²⁰ In einem Gutachten vom 23.7.1842 befürwortete der Vorsteher von Brockhagen, Broel, das Gesuch des Handelsmannes, indem er Bergfelds Geschäftstätigkeit in seinem eigenen Laden mit lobenden Worten von der ambulanten Erwerbstätigkeit von Hausierern abhob:

„Schon seit einer längeren Reihe von Jahren, wohl circa 25 Jahren, hat der hiesige israelitische Handelsmann Bergfeld in hiesiger Gemeinde domicilirt und sich seit mehreren Jahren als Grundeigenthümer angekauft. Das Geschäft, was er treibt, besteht in einem Handel mit Elle- und mehrartigen Manufacturwaaren. Der p. Bergfeld hat in der Führung dieses seines Geschäfts nicht nur stets einen guten, unbescholtenen Namen bewahrt, sondern durch das von ihm geführte Geschäft auch in mehr als einer Rücksicht der Gemeinde genützt, besonders insofern, daß er stets mit zuverlässiger Waare die Käufer bedient, sie immer preiswertig abläßt und auf diese Weise den anderweitig verderblichen Hausiern Abbruch thut.

Da er nun stets ein rechtlicher und rechtschaffener Mann gewesen ist, seine Familie eine sehr große Kinderzahl hat, er deshalb und aus dem Grunde, weil er seine beiden bereits herangewachsenen Söhne nicht anders beschäftigen und versorgen kann, sein Geschäft zu erweitern genöthigt ist, so wäre zu wünschen, wenn dem p. Bergfeld die kaufmännischen Rechte verliehen würden, zumal da er die kaufmännischen Kenntnisse besitzt und jene Rechte bereits früher geholt hat.“²¹

Nachdem auch der Landrat und das Hauptzollamt in Telgte das Gesuch befürwortet hatten, wurde die Konzession dem Kaufmann Nachmann Bergfeld am 18.1.1843 zugestellt. Das Hauptzollamt setzte voraus, dass Bergfeld über seine Geschäftstätigkeiten ordentlich Buch führte, so dass sie revidiert werden konnten, und seine Waren in angemeldeten Räumen aufbewahrte. Außerdem

¹⁵ Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

¹⁶ Vgl. Meise, S. 172

¹⁷ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 86 vom 16.12.1882; Nr. 87 vom 20.12.1882

¹⁸ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 281, Bd. 1, Firmennr. 44

¹⁹ Vgl. Meise, S. 173

²⁰ Vgl. KAGt, H 4 H LR 1 084/11

²¹ KAGt, H 4 H LR 1 084/11

durfte er bei Warenversendungen nur Legitimationsscheine bei der Steuerstelle in Halle i.W. anfordern.

Eine von den Synagogenvorständen Bendix Goldschmidt und Feidel Stern am 22.5.1861 aufgestellte Klassensteuerliste erlaubt eine Schichtung der erwerbstätigen Mitglieder der Synagogengemeinde Halle i.W. aufgrund ihrer damaligen Einkommen. Danach erzielten die Kaufleute Stern aus Halle i.W. und Heinemann Wissbrunn, Inhaber eines Textilgeschäftes in der Gemeinde Steinhagen, die höchsten Einkommen (42,1%). Sie bildeten die Oberschicht der Steuerzahler im Jahre 1861. Die Kaufleute Nachmann Bergfeld und David Wissbrunn und der Handelsmann Simon Goldstein erwirtschafteten 31,6% der Gesamtsumme der monatlichen Klassensteuern in Höhe von 4 rthl 22 Sgr 6d (1.710d). Diese drei Gewerbetreibenden können also als die Mittelschicht der Steuerzahler bezeichnet werden. Auf die restlichen sieben Erwerbstätigen entfielen somit 26,3% der Steuersumme. Die niedrigsten Steuern zahlten von diesen Erwerbstätigen der Buchbinder Levi Rose aus Halle i.W. (1,75%) und der „Handelsmann mit allerhand Sachen“, Meier Rose, aus Steinhagen.²²

Noch höhere Klassensteuersätze als die Kaufleute Stern und Wissbrunn mussten der Rechtsanwalt Emil Friedlaender und der Kreisarzt Dr. med. Abraham Strauß entrichten, nachdem sie sich in den Jahren 1861 bzw. 1864 in der Kreisstadt niedergelassen hatten. So zahlte Strauß 24 rthl und Friedlaender 20 rthl im Vergleich zu Kaufmann Simon Goldstein, der 16 rthl Klassensteuer für das Jahr 1867 abführen musste.²³

Nach seiner Tätigkeit als Gerichtsassessor ab 11.7.1857 bei den Kreisgerichten Dortmund und Hamm wurde Emil Friedlaender am 1.11.1861 zum Rechtsanwalt und Notar in Bielefeld ernannt und angewiesen, seinen Wohnsitz in Halle i.W. zu nehmen. Im August 1870 wurde es ihm gestattet, seinen Wohnsitz nach Bielefeld zu verlegen. In Halle i.W. soll Friedlaender längere Zeit als Stadtverordneter tätig gewesen sein.²⁴

Tabelle 43: Monatliche Klassensteuerzahlungen der erwerbstätigen Mitglieder der Synagogengemeinde Halle i.W. im Jahre 1861²⁵

Name	Wohnort, Hausnr.	Gewerbe/ Familienstand	Monatliche Klassensteuer		
			Rthl	Sgr	d
1. Philipp Stern	Halle i.W., Nr. 11	Kaufmann	1	--	--
2. Simon Goldstein	Halle i.W., Nr. 28	Kaufmann	--	15	--
3. Feidel Stern	Halle i.W., Nr. 31	Handelsmann	--	7	6
4. Levi Rose	Halle i.W., Nr. 31	Buchbinder	--	2	6
5. Bendix Goldschmidt	Halle i.W., Nr. 48	Handelsmann	--	5	--
6. Levi Kirschbaum	Hörste, Nr. 76	Handelsmann	--	7	6
7. Salomon Wissbrunn	Brockhagen, Nr. 5	Handelsmann	--	5	--

²² Vgl. StADt, P 2 Nr. 123

²³ Vgl. KAGt, LR I 59/6

²⁴ Vgl. StdtA Bielefeld, Westermannsammlung, Bd. 52, S. 87

²⁵ Vgl. StADt, M I I L Nr. 306; 1 Reichsthaler (rthl) = 30 Silbergroschen (Sgr); 1 Sgr = 12 Pfennige (d)

8. Nachmann Bergfeld	Brockhagen, Nr. 124	Kaufmann	--	15	--
9. Meier Rose	Steinhagen, Nr. 44	Handelsmann	--	2	6
10. Heinemann Wissbrunn	Steinhagen, Nr. 147	Kaufmann	1	--	--
11. David Wissbrunn	Steinhagen, Nr. 147	Kaufmann	--	15	--
12. Wissbrunn	Steinhagen, Nr. 147	Witwe	--	7	6
Summe			4	22	6
				= 1.710 d	

Quelle: StADt, M 1 I L Nr. 306

Minninger schrieb über ihn:

„[...] 1861, nach dem innenpolitischen Kurswechsel der sog. Neuen Ära, konnte erstmals in Bielefeld mit Emil Friedlaender aus Brilon ein jüdischer Rechtsanwalt seine Zulassung erhalten. Die Bielefelder Juristengesellschaft und damit auch der Anwaltsverein gehen auf den Juden Friedlaender als Gründer und langjährigen Vorsitzenden zurück und bezeugen damit seine Integration.[...]“²⁶

Nachdem der Kreisarzt des Kreises Halle i.W., Sanitätsrat Dr. med. Gieseler, am 28.8.1863 gestorben war und der Kreisphysikus Dr. med. Beckhaus/Bielefeld interimistisch mit dem Amt betraut worden war, andererseits der praktische Arzt Fischer/Spenge seine Bewerbung um die Physikatsstelle des Kreises Halle i.W. wieder zurückgezogen hatte, wurde mit Schreiben vom 20.5.1864 der praktische Arzt Dr. med. Abraham Strauß aus Brilon von der Bezirksregierung in Minden aufgefordert, die „Geschäfte als Kreisphysikus“ aufzunehmen. Zuvor sollte er sich beim Landrat Clemens August Graf von Korff-Schmising vorstellen, sich von ihm vereidigen lassen und dann die Physikatsregistratur übernehmen.

Am 1.6.1864 wurde Abraham Strauß in Halle i.W. vom Kreissekretär Carl Klostermann, der den dienstlich verhinderten Landrat vertrat, vereidigt. Der Amtseid, den Dr. med. Abraham Strauß ableistete, lautete wie folgt:

„Ich Abraham Strauß schwöre bei Adonai, dem Gotte Israels, einen leiblichen Eid, daß, nachdem ich zum Kreis Physikus des Kreises Halle i.W. ernannt worden bin, Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, treu und gehorsam sein und alle mir vermöge meines Berufs obliegenden Pflichten nach den darüber bestehenden oder noch ergehenden Verordnungen auch sonst nach meinem besten Wissen und Gewissen genau zu erfüllen und endlich die Verfassung gewissenhaft beachten will. Dies schwöre ich, so wahr mir Gott helfe, und wenn ich meinen Eid übertrete, so mögen mich der mir geschehenen Verwarnung gemäß alle nach göttlichen und menschlichen Gesetzen über solche Untreue und Entheiligung des göttlichen Namens verhängte Strafen treffen.“²⁷

Strauß verpflichtete sich, unentgeltlich königliche Beamte auf Anordnung der Staatsbehörden ärztlich zu untersuchen und Atteste über ihren Gesundheitszustand auszustellen. Der Kreisarzt hatte die ärztliche Oberaufsicht über die Schulen, Krankenhäuser und Gefängnisse sowie über das Impf-, Apotheken- und Hebammenwesen in seinem Zuständigkeitsbezirk. Strauß erhielt ein Jahresgehalt von 200 rthl (1875: 900 M) aus seinem Hauptamte und 12 rthl für seine Behandlung von Strafgefangenen. Zum Vergleich: der Kreischirurg und der Kreistierarzt erhielten ein Jahreseinkommen aus ihren Hauptämtern von je 100 rthl für 1864. Als Armenarzt erhielt der

²⁶ Minninger, Monika: Die Verdrängung jüdischer Juristen im Landgerichtsbezirk Bielefeld, in: Herzig, Arno.; Determann, Andreas; Teppe, Karl (Hg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen. Münster 1994, S. 17

²⁷ KAGt, L R I 59/6

Kreischirurg zusätzlich 50 rthl p.a., und der Kreistierarzt verbesserte sein jährliches Einkommen um 90 rthl, da zu seinen Pflichten auch die Überwachung der Viehmärkte im Kreis gehörte.²⁸

Innerhalb der jüdischen Synagogengemeinde wurde Dr. med. Abraham Strauß am 15.2.1866 mit 5 von 9 Stimmen zum stellvertretenden Vorstandsmitglied gewählt. Zu Vorstehern wurden der Handelsmann Bendix Goldschmidt, Rechtsanwalt Friedlaender und Kaufmann Simon Goldstein gewählt. Am 19.8.1872 wurde Strauß mit Kaufmann Feidel Stern und Handelsmann Markus Wissbrunn zum Vorsteher und am 31.5.1875 mit Kaufmann Herz Stern und Pferdehändler Raphael Stern erneut zum Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Halle i.W. gewählt.²⁹

Im Mai 1876 wurde Abraham Strauß vom Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in den Stadtkreis Barmen versetzt. Sein Nachfolger als Physikus des Kreises Halle i.W. wurde Dr. med. Theodor Hermann Kranefuß.³⁰

Bei Einführung der revidierten Städteordnung im Jahre 1835 zählte die Kreisstadt Halle i.W. 1.339 Einwohner und 237 Familienvorstände. Von diesen hatten 114 (48,1%) das aktive Stimmrecht - unter ihnen nur ein jüdischer Bürger (Kaufmann Philipp Stern) - und 39 (16,4%) das passive Wahlrecht.³¹

Die Urwählerlisten der stimmberechtigten Gemeindewähler in Halle i.W. von 1882, 1884, 1893 und 1899 zeigen zweierlei. Erstens war die Zahl der jüdischen steuerzahlenden Bürger der Kreisstadt auf 3-5 zurückgegangen. Zweitens verdeutlichen die Listen, dass die jüdischen Bürger proportional mehr Steuern zahlten, als ihr Anteil an allen stimmberechtigten Bürgern ausmachte. Für 1882 zahlten die jüdischen Kaufleute Herz Stern und Simon Goldstein und die Pferdehändler Raphael und Alexander Stern (4 von 145) - also ca. 2,8% aller Stimmberechtigten - ca. 4% der gesamten Steuersumme. Für 1884 betrug der Anteil der drei jüdischen Steuerzahler, der Kaufleute Max Goldstein, Herz und Raphael Stern (3 von 138, ca. 2,2%) wiederum ca. 4% der Gesamtsteuersumme.³² Im Jahr 1893 machte der Anteil der drei jüdischen Steuerzahler, der Kaufleute Robert Stern und Max Goldstein und des Handelsmanns Raphael Stern (3 von 210) ca. 1,4% aus. Sie zahlten aber 2,2% der Gesamtsteuersumme.³³ 1899 machte der Anteil der fünf jüdischen Steuerzahler, der Kaufleute Robert Stern und Max Goldstein, des Pferdehändlers Raphael Stern, des Viehhändlers Josef Sachs und der Rentnerin Bertha Stern (5 von 353) wiederum ca. 1,4% aus, sie zahlten aber 3,6% der Gesamtsteuersumme.³⁴

²⁸ Vgl. KAGt, L R 1 59/4. Der in Borgholzhausen wohnende und seit 17.4.1838 als Kreischirurg und Wundarzt praktizierende Carl Theodor Halbach erzielte allerdings für das Jahr 1864 aus seiner privaten Praxis als Wundarzt ein viel höheres Einkommen (600 rthl).

²⁹ Vgl. StdtA Halle, A 611

³⁰ Vgl. KAGt, L R 1 59/6

³¹ Vgl. StdtA Halle, A 119

³² Vgl. StdtA Halle, A 133

³³ Vgl. StdtA Halle, A 134

³⁴ Vgl. StdtA Halle, A 135

Diese Daten widerlegen die stereotypen Vorwürfe antisemitischer Politiker der 1880er und 1890er Jahre, dass die Juden Ausbeuter gewesen seien. Auch die Steuerleistungen der jüdischen Bürger von Werther machen deutlich, dass diese Unterstellungen der Wahrheit entbehrten und für die jüdischen Bürger als Affront aufgefasst werden mussten.

Tabelle 44: Steuerleistungen jüdischer Bürger von Halle i.W. in Mark (1882-1899)³⁵

Name/Beruf	1882	1884	1893	1899
1. Herz Stern Kaufmann	316	429	---	---
2. Raphael Stern Pferdehändler	95	83	67	76
3. Alexander Stern Pferdehändler	32	---	---	---
4. Robert Stern Kaufmann	---	---	396	1.013
5. Simon (Max) Goldstein Kaufmann	295	318	180	313
6. Josef Sachs Viehhändler	---	---	---	43

Quellen: StdtA Halle, A 133, 134, 135

Im Mai 1900 umfasste die Synagogengemeinde Halle i.W. acht Mitglieder, von denen sechs in der Kreisstadt selbst und zwei in der Gemeinde Brockhagen ihren Wohnsitz hatten. Darunter waren zwei Kaufleute, vier Viehhändler, ein Schlachter und ein Lehrer. Nach dem Fortzug der Gemeindemitglieder Friedlaender und Strauß gab es keine Beamten mehr am Ort, auch Handwerker fehlten.³⁶

3.3.2 Werther

Zu den 15 jüdischen Gemeindemitgliedern von Werther, die für das Jahr 1824 zum Gehalt des Oberrabbiners Moses L. Friedheim in Bielefeld beitragen sollten, gehörten drei Männer, die als so arm eingeschätzt wurden, dass sie keinen Beitrag leisten mussten. Zu dieser steuerlichen Unterschicht gehörten ein Schlachter und Makler, ein Pferdehändler und ein Handelsmann. Die drei am niedrigsten eingeschätzten Zensiten müssen ebenso zur Unterschicht gezählt werden. Diese waren 1. ein Schreibfedermacher und Militärinvalid, der vermutlich im antifranzösischen Befreiungskrieg teilgenommen hatte; 2. ein Handelsmann und 3. ein Altwarenhändler (Trödler). Auch die beiden nächsthöher eingeschätzten Steuerzahler gehörten noch zur steuerlichen Unterschicht der jüdischen Erwerbstätigen von Werther. Bei ihnen handelte es sich um einen

³⁵ Vgl. StdtA Halle, A 133, 134, 135. Die einzelnen Steuerleistungen verstehen sich als die Summe der für das jeweilige Jahr gezahlten Klassen-, Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Gemeindesteuern.

³⁶ Vgl. StdtA Halle, B 496

ehemaligen Lehrer und Zehngeboteschreiber (hebr. sofer), der auch mit Altwaren handelte und als Lotterieunterkollekteur fungierte, und einen weiteren Altwarenhändler. Diese acht Zensiten (53%) konnten also nicht mehr als 6,9% (28 Sgr von 407 Sgr) des Anteils am Gehalt des Rabbiners, der auf die Gemeindemitglieder von Werther fiel, aufbringen.

Zur steuerlichen Mittelschicht gehörten fünf Zensiten, die zusammen 40,3% des Rabbinergehaltsanteils aufbrachten. (164 Sgr von 407 Sgr). Es waren ein Schlachter, ein Pferdehändler, ein Einzelwarenhändler, ein Viehhändler und eine Person, die Kommissionsgeschäfte betrieb. Da sie alle neben einem Familien- auch einen Vermögensklassenbeitrag entrichten mussten, kann man schlussfolgern, dass sie alle Grund- und Hauseigentümer bzw. Ladenbesitzer waren. Die Oberschicht der Vermögenden innerhalb der jüdischen Gemeinde, zwei weitere Einzelhändler mit eigenen Ladengeschäften, trugen nicht weniger als 52,8% zu dem Rabbinergehaltsanteil bei (215 Sgr von 407 Sgr).¹

Tatsächlich waren die meisten jüdischen Gewerbetreibenden und Steuerzahler der Mittel- und Oberschicht schon im Jahre 1824 Hausbesitzer in Werther.

¹ Vgl. StdtA Werther, A 73

Tabelle 45: Verteilungsliste des Betrags vom Bezirk Werther zum Rabbinergehalt für 1824 von der Judenschaft des Kreises Halle i.W.

Name/Beruf	Familien- klasse	Beitrag		Vermögens- klasse	Beitrag		Beitrag zum Rabbinergehalt	
		Rtl	Sgr		Rtl	Sgr	Rtl	Sgr
1. Itzig Moses Goldschmidt Schlachter, Mäkler	arm	--	--	--	--	--	--	--
2. Gumpel M. Neustädter Pferdehändler	arm	--	--	--	--	--	--	--
3. Moses Goldschmidt Handelsmann	arm	--	--	--	--	--	--	--
4. Bernhard Cahen Schreibfedernfabrikant	I	--	4	--	--	--	--	4
5. Jacob Alsbach Handelsmann	I	--	4	--	--	--	--	4
6. Feibes Sachs Trödler	II	--	4	--	--	--	--	4
7. Bendix Cramer ehem. Lehrer, Zehngebotsschreiber, Lotterieunterkollekteur, Trödler	II	--	8	--	--	--	--	8
8. Levi Norden Trödler	II	--	8	--	--	--	--	8
9. Meyer Feibes Sachs Schlachter	II	--	8	V	--	12	--	20
10. Alexander Jacob Pferdehändler	II	--	8	V	--	12	--	20
11. Simson Aron Weinberg Detailhändler	II	--	8	II	1	14	1	22
12. Salomon M. Greve Viehhändler	II	--	8	II	1	14	1	22
13. Bendix Aron Weinberg Detailhändler	III	1	--	I	2	17	3	17
14. Meyer Abrahamson Detailhändler	III	1	--	I	2	18	3	18
15. Bendix Meyerson Kommissionär	II	--	8	V	--	12	--	20
Summe							13	17
								= 407

Quelle: StdtA Werther, A 73

1. Handelsmann und Schlachter Meyer Feibes Sachs war Eigentümer von Haus Nr. 36 seit 1815. Als er am 29.7.1823 verstarb, hinterließ er eine Witwe und fünf Söhne, von denen Aron Meyer Sachs das Haus Nr. 36 von seinem Bruder Heinemann Meyer Sachs, der das Haus 1821 geerbt hatte, am 2.3.1826 erwarb.

2. Pferdehändler Alexander Jakob kaufte Haus Nr. 15 am 3.6.1828. Da der Voreigentümer, der Kunstdrechsler Johann Strathmann am 6.4.1824 verstorben war, ist es möglich, dass Jakob das Haus schon früher angemietet hatte.

3. Handelsmann Simson Aron Weinberg erbte das väterliche Haus Nr. 11 am 12.12.1811.

4. Am 4.12.1820 kaufte Viehhändler Salomon Marcus Grewe die Stätte Haus Nr. 21, zu der ein Wohnhaus, ein Nebenhaus und eine Scheune gehörten, für 1.350 rthl. Möglicherweise war es dieses Nebenhaus, das als Synagoge für die Gemeindeglieder von Werther seit ca. 1787 diente.²

5. Bendix Aron Weinberg kaufte Haus Nr. 7 am 11.1.1810 mit Hof und 1/3 Garten zu einem Preis von 3287 Francs, 25 Centimes (900 Thaler Courants).

6. Handelsmann Meyer Abrahamson kaufte Haus Nr. 34 im Jahre 1799. Sein Sohn, der Blaufärber Moses Meyerson, erbte das Haus im Jahre 1825.

7. Kaufmann Bendix Meyerson erwarb Haus Nr. 33 im Jahre 1821.³

Nach Richarz^{3b} erfüllten die jüdischen Händler und Kaufleute in der ländlichen Wirtschaftsverfassung vier Funktionen:

Erstens exportierten die ambulanten jüdischen Händler, die sowohl Stall- als auch Markthandel betrieben und ihre Distrikte unter sich nach Familien getrennt aufgeteilt hatten, agrarische Produkte der Bauern wie Getreide, Kühe, Pferde, Flachs, Felle, Häute, Wolle, Talg, Holz, Federn, Knochen, Eier, Butter, Milch etc. oder auch Altkleider und Altmetall zu den lokalen und interregionalen Märkten, wo sie diese Waren an Einzel- und Großhändler verkauften. Beispielsweise besuchten jüdische und nichtjüdische Viehhändler und Schlachter aus Halle i.W. und Werther am 26.10.1835 den Viehmarkt in Preußisch Oldendorf unterm Limberg, der mindestens 20 km entfernt lag, um dort Kühe zu kaufen und zu verkaufen.⁴ Das bedeutete, dass die jüdischen Händler aus Halle i.W. und Werther nicht nur die lokalen Kram- und Viehmärkte im Frühjahr oder Herbst besuchten, um Vieh oder andere Waren zu verkaufen oder einzukaufen, sondern auch bereit waren, zum Herbstmarkt nach Preußisch Oldendorf im benachbarten Kreis Lübbecke zu fahren, um Handel zu treiben.

Zweitens importierten die jüdischen Händler Fertigwaren, aber auch Vieh und Nahrungsmittel, wenn der Landwirt diese Produkte nicht selbst herstellen bzw. züchten konnte. Beispielsweise legitimierte der Gewerbeschein für den Kaufmann Jordan Bendix Weinberg im Jahr 1872, „für eigene Handlung Bestellungen auf Manufakturwaren und Colonialwaaren, Korn und Landesprodukten zu suchen und Waaren aufzukaufen.“⁵ Die Familie Weinberg leitete seit 1798 ein Ladengeschäft für Manufaktur- und Modewaren in Werther. Wie das Manufakturwarengeschäft M. B. Weinberg in Lübbecke, das von Verwandten geführt wurde, oder Kaufmann Levi A. Löwenstein in Preußisch Oldendorf kauften auch die Weinbergs aus Werther schon vor der Jahrhundertmitte ihre Stoffe auf der Leipziger Michaelismesse ein.⁶ Später allerdings nach Einführung von Konfektionswaren auf dem Kleidermarkt trat die Firma Jordan Bendix Weinberg in

² Vgl. StdtA Werther, A 74

³ Ich danke Dipl. Ing. Ulrich Maaß, Werther, für seine freundliche Erlaubnis, seine Forschungen zur Geschichte des jüdischen Grund- und Hausbesitzes einsehen und zitieren zu dürfen.

^{3b} Vgl. Richarz, Monika: Emancipation and Continuity. German Jews in the Rural Economy, in: Mosse, W.; Paucker, A.; Rürup, R. (Hg.): Revolution and Evolution 1848 in German Jewish History. Tübingen 1981, S. 95-115.

⁴ Vgl. StdtA Werther, A 232

⁵ Vgl. StdtA Werther, A 381

⁶ Vgl. StdtA Werther, A 76

Werther dem Einkaufsverband mitteldeutscher Manufakturisten Berlin (Texag) bei und konnte sich auf diese Weise die weite Reise nach Leipzig sparen, da der Großeinkauf Preisvorteile für den Einzelhändler bot und über Vertreter, Kataloge und Telefon oder Einkaufstagungen abgewickelt wurde.⁷ Bis in die 1930er Jahre hinein verkauften die Inhaber oder auch Angestellte dieser Firma nicht nur auf Bestellung Kleidungsstücke, die sie maßgeschneidert nähen und anfertigen ließen, in ihrem Ladengeschäft, sondern bereisten auch ihre Kunden in der Umgegend, um weitere Bestellungen aufzunehmen, Agrarprodukte abzukaufen oder auch Klee- und Rübensamen zu verkaufen.

Drittens vergaben jüdische Händler auch kleinere Darlehen an ihre bäuerliche Kundschaft, wenn sie durch ihre Handelstätigkeit ausleihbares Kapital erwirtschaftet hatten. Gerade in der Zeit der Bauernbefreiung (1808ff) und der Ablösungen (1825ff), in der der grundbesitzende Adel seine Güter erweiterte, waren die ehemals abhängigen bäuerlichen Grundbesitzer auf Konsumtionskredite zur Überbrückung der hungrigen Monate zwischen Aussaat und Ernte oder Kredite für notwendige Anschaffungen und Investitionen angewiesen. „Das Darlehen, das die Bauern von den Juden erhalten konnten, war zumeist ein kurzfristig gewährter Kleinkredit und seiner Funktion nach nicht geeignet, eine langfristige Hofsanierung zu ermöglichen.“⁸

Doch manchmal war die Laufzeit eines hypothekarischen Darlehens, das von jüdischen Kreditgebern nichtjüdischen Bauern gewährt wurde, recht lang. So wurde ein Darlehen über 100 rthl, das dem königlichen Erbpächter Franz Prange in Holtfeld Nr. 58, einer Bauerschaft im Kirchspiel Borgholzhausen, ab Mai 1830 zu einem Zinsatz von 5% p.a. aus den testamentarischen Legaten des Wertheraner Handelsmannes Meyer Abrahamson vom 17.6.1825 verliehen wurde, erst 42 Jahre später vom nachfolgenden Erbpächter gekündigt.⁹ Ob allerdings hypothekarische Darlehen in Höhe von 100 oder 200 rthl als Kleinkredite in den 1820er und 1830er Jahren bezeichnet werden können, mag mit guten Gründen bezweifelt werden, wenn man bedenkt, dass das Jahreseinkommen aus dem Hauptamte des Kreisarztes des Kreises Halle i.W. in der Mitte der 1860er Jahre nicht höher als 200 rthl war. Im März 1828 wurde nämlich dem Arröder Friedrich Wilhelm Schwarze, Anerbe der Arröderei Nr. 7 des Gutes Werther, ebenfalls aus den Meyer Abrahamsonschen Armenlegaten ein Darlehen von 200 rthl auf hypothekarischer Sicherheit zu einem Zinsfuß von 5% pro Jahr verliehen.¹⁰ „Bei Arrödern handelt[e] es sich um Kleinbauern auf

⁷ Vgl. StdtA Werther, B 77; Landes, David: The Jewish Merchant. Typology and Stereotypology in Germany, in: LBIYB, Bd. XIX (1974), S. 19; Sellien, R.; Sellien, H. (Hg.): Dr. Gablers Wirtschaftslexikon. Wiesbaden 1965, Bd. 1, Spalte 1036

⁸ Erb, Rainer: „Jüdische Güterschlächtere“ im Vormärz. Vom Nutzen des Stereotyps für wirtschaftliche Machtstrukturen, dargestellt an einem westfälischen Gesetz von 1836, in: International Review of Social History, Jg. 30 (1985), S. 327

⁹ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 319

¹⁰ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 319. Zur Begrenzung des Zinssatzes für Hypothekendarlehen von jüdischen oder nichtjüdischen Kreditgebern mit kaufmännischen Rechten auf 5% p.a. bis 1867 nach den Vorschriften des preußischen Allgemeinen Landrechtes siehe Blömer, Maria: Wucher auf dem Lande, in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“. Dortmund 1988, S. 23-45, besonders S. 30

aufgetheilten [...] Ländereien von Rittergutsbesitzern. Kennzeichnend für diese war die begrenzt vererbte Verfügung über einen Parzellenbetrieb von selten mehr als 10 Morgen Land sowie die Verpflichtung zur Pachtzahlung und zur Ableistung ungemessener, gegen ortsüblichen Lohn abgegotener Tagelöhnerdienste auf dem Rittergut.“¹¹ Da der Realwert der Arröderei Nr. 7 auf 2.078 rthl 19 Sgr 4d eingeschätzt wurde und das Grundstück noch nicht hypothekarisch belastet worden war, stand der Gewährung des Hypothekendarlehens nichts entgegen. Die Laufzeit des Darlehens betrug mindestens sechs Jahre, denn Vorsteher Bendix Aron Weinberg berichtete dem Bürgermeister von Werther am 27.3.1834 im Zusammenhang mit einer Untersuchung über die Frage, ob die Zinsen des Abraham Meyersonschen Legats über 100 rthl zur Ausbildung armer jüdischer Kinder zu Handwerkern zur Verfügung stünden, dass das Kapitel noch bei Schwarz Nr. 7 zu Werther Arrode deponiert sei.¹²

Tatsächlich wurden aber auch kleinere Darlehen unter 100 rthl von Wertheraner Juden an ihre bäuerliche Kundschaft ausgeliehen. So versicherte der Haupterbe und Testamentsvollstrecker eines Legats in Höhe von 120 rthl aus dem Testament des Handelsmannes Aron Bendix Levi (1740-1812) zum Bau einer Synagoge in Werther, Simson Aron Weinberg, gegenüber Bürgermeister Kottenkamp am 20.8.1834, dass er das A.B. Weinbergsche Legat liquide machen könne, da er ein Kapital bei dem Bauern Dickhöner in Twelen bei Schildesche in Höhe von 85 rthl verliehen habe, das „jährlich mit 15 rthl ausbezahlt werde bis Zinsen und Kapital gedeckt oder zurückbezahlt seien, von den Jahren Sptbr 1833 bis dahin 1834 sei der Dickhöner die Zinsen von 100 rthl à 5% noch schuldig [...]“¹³ Außerdem könne er noch ein Kapital in Höhe von 30 rthl, das dem Bauern Kerkhoff zu Deppendorf ausgeliehen sei, sicherstellen.

Die Tatsache, dass jüdische Handelsleute aus Werther mit verliehenen Geldern Zinseinkommen erwirtschaften, war allerdings manchmal bitter notwendig, denn die finanzielle Lage des einzelnen jüdischen Handelsmannes war nicht immer allzu günstig wie folgendes Beispiel belegt. Am 27.3.1834 berichtete der Handelsmann Simson Aron Weinberg vor dem Bürgermeister von Werther Folgendes:

„Unser (der Gebrüder Weinberg) Vater [ARON BENDIX LEVI (1740-1812)] hat allerdings ein Testament gemacht und in demselben ein Kapital von 120 rthl ausgesetzt, welches zum Bau einer Kirche, wenn ein solcher einst unternommen werden möchte, verwendet werden sollte; bis dahin aber sollten die Zinsen dem zeitigen Lehrer, der das Gebet spreche, zu Gute kommen.

Da ich Haupterbe und Testamentsvollstrecker war, so hätte ich für die Sicherstellung dieses Legats sorgen müssen, da ich aber mehr Schulden meines Vaters bezahlt habe und bezahlen mußte, als mir überwiesen waren, welche aus der Masse hätten bezahlt werden müssen, die mir zu bezahlen aber allein aufgebürdet wurden, so habe ich diese 120 rthl zur Deckung der Schulden so lange verwendet, bis mir die ausgelegte Bezahlung derselben erstattet wird.

Es kann möglich sein, daß dieses Legat, das beim Kerkhoff zu Deppendorf belegt gewesene Kapital war, ich habe es aufgenommen und die Schulden meines Vaters damit bezahlt, indessen hat der Lehrer die testierten Zinsen immer bekommen. Um die Sache verständlich zu machen, muß ich weiter ausholen und bemerken, daß mir bei der Theilung der Masse circa 4-5000 rthl Passiva übertragen wurden, wovon vieles zu 6% verzinst werden mußte; dagegen übernahm ich auch die Aktiv Schulden. Von diesen sind viele ausgefallen, die nicht zahlen konnten; zu jenen, nemlich den Passiv Schulden, fanden sich noch mehrere, von denen Niemand etwas wußte; da ich nun einmal Haupterbe war, so hielten sich die Passivschulden an mir und ich mußte zahlen und bin sogar gepfändet worden. So standen auf dem Haus des Vaters auch noch 600 rthl; ich habe sie bezahlen müssen, obgleich ich das Haus ganz frei übernommen habe. Da nun noch Schulden vom Vater vorhanden waren, so glaubte ich die Aufnahme der 120 rthl zur Tilgung

¹¹ Mager, Wolfgang: Protoindustrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit. Studien zu einer Gesellschaftsformation im Übergang, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 8 (1982), S. 468

¹² Vgl. StdtA Werther, A 74

¹³ Ebd.

derselben durch das Angeführte vollkommen gerechtfertigt zu haben und habe weiter nichts hinzuzusetzen, als die Bemerkung, daß ich alles Gesagte beweisen kann.“¹⁴

Viertens konkurrierten Juden auch mit dem grundbesitzenden Adel während der Ablösungen darum, verschuldete Landgüter aufzukaufen und wieder zu verkaufen oder zu verpachten. Solange den befreiten Bauern keine alternativen Möglichkeiten der Kreditversorgung, z.B. in Form von ländlichen Darlehenskassen und Kreditanstalten gegeben wurde, war es legitim und legal, dass sich Juden bei den Versteigerungen beteiligten und Landkäufe tätigten. Im Unterschied zu den vier Paderborner Kreisen, wo als Antwort auf die wachsende Verschuldung der Grundbesitzer in der Agrarkrise der 1820er Jahre eine gegen die Juden gerichtete Kabinettsorder vom 20.9.1836 die Gewerbefreiheit der Juden einschränkte und mit der Einrichtung einer Tilgungskasse im selben Jahr den abzulösenden Grundbesitzern ein alternativer Weg geboten wurde, ihre Schulden durch jährliche Geldrenten an die staatliche Kasse abzutragen, war es im Regierungsbezirk Minden ein normales Verfahren, dass sich Juden an Versteigerungen von Grundgütern beteiligten.¹⁵

Nachdem der Handelsmann Bendix Aron Weinberg aus Werther im Jahre 1829 das Westerhaussche Kolonat in Lenzinghausen Nr. 14 beim Land- und Stadtgericht Bünde zum Preis von 4.400 Talern ersteigert hatte und danach an einen Korfhage für 5.200 Taler (zur Hälfte in Gold, zur Hälfte in Courant) wieder verkauft hatte, erhob der Landrat Georg von dem Bussche-Münch des Kreises Rahden Forderungen auf Zahlung von Weinkaufgeldern in Höhe von 10% der Kaufsummen von beiden Käufern, insgesamt also 960 rthl, da das Westerhaussche Kolonat dem Gut Werburg im Kreis Bünde eigenbehörig war. Dessen Besitzer war nämlich der Landrat.¹⁶ Gegenüber der Ablösungsgeneralkommission in Münster machte der Landrat am 28.11.1829 deutlich, dass er nicht eher der Ablösung des Kolonats zustimmen könne, bis jeder Käufer seine Weinkaufgelder an ihn bezahlt hätte. Ausdrücklich berief er sich auf § 34 der Ablösungsordnung. Weinberg und Korfhage berichteten der Generalkommission brieflich am 10.11.1829, dass sie nach §§ 68ff der Ablösungsordnung dem Landrat 200 rthl in Gold als Kapitalabfindung und Rückstandsrente angeboten hätten, die er aber offensichtlich als ungenügend abgelehnt hatte. Weinberg und Korfhage baten die Ablösungskommission darum, das Ablösungsgeschäft unter Vermittlung der Land- und Stadtgerichtsassessoren Bergmann in Bielefeld und Lampe in Halle i.W. abzuwickeln. Ihr Angebot, dem Landrat eine Kapitalabfindung von 200 rthl in Gold anzubieten, war ihrer Ansicht nach großzügig berechnet, denn der Landrat hätte lediglich Anspruch auf Laudemialgebühren in Höhe von 45 rthl Weinkaufgelder plus 59 rthl 12 Sgr an Rückstandsrenten. Bis 1835 war der Streit zwischen den Käufern des Kolonats Westerhaus und dem Landrat des Kreises Lübbecke noch nicht entschieden worden, denn der Justizkommissar Droege vom Haller Stadtgericht, der sich offensichtlich mit den Interessen der Gutsbesitzer in der Provinz Minden

¹⁴ KAGt, H 3 LR 1 170.2

¹⁵ Vgl. Mooser (1984), S. 118ff; vgl. Herzig, Arno: Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 99f

¹⁶ Vgl. StAM, Depositum Haus Benkhausen Nr. 7329 und Nr. 1561

identifizierte, bot dem Landrat von Lübbecke in einem Schreiben vom 16.4.1835 an, ältere Gerichtsakten zum Nachweis darüber, dass bei früheren Ablösungen eine zehnpromtente Laudemialgebühr, also eine lehnherrliche Gebühr von Gutsbesitzern erhoben wurde, zu durchforschen. Der Justizrat drückte seine Hoffnung aus, dass das Präzedenzurtel des laufenden Prozesses, der möglicherweise durch drei Instanzen ginge, den Interessen („Gerechtsame“) der Gutsherrschaften entsprechen würde.¹⁷ Der Rentmeister Grupe des Gutes Werburg berichtete in einem Brief an den Landrat des Kreises Lübbecke vom 18.2.1835, dass Aron Bendix Weinberg ihm gegenüber die Position vertrete, dass „bei keinem der Güter in der Grafschaft Ravensberg jemals Fälle vorgekommen, wo für die Ertheilung eines Consenses zum Verkauf eigenbehöriger Stetten 10 Prozent bezahlt wurden.“¹⁸

Auch wenn der Ausgang dieses mit Rechtsmitteln geführten Streits um die Höhe der zu zahlenden Weinkaufgelder nicht bekannt ist, so zeigte er doch, inwieweit in diesem Fall die Interessen der beiden Parteien auseinanderlagen.

Im Jahre 1841 wurde Aron Bendix Weinberg aus Werther von seinem Vater Bendix Aron bevollmächtigt, Kaufgelder für zwei kleinere Grundstücke, eine Wiese in der Größe von 2 Morgen, 150 Ruthen, 53 Fuß und einen Acker, 2 Morgen, 13 Ruthen, 18 Fuß groß, die im April 1841 vor dem Bänder Stadt- und Landgericht von Aron Bendix Weinberg zu einem Preis von 190 rthl Courant ersteigert worden und von ihm dem Bauern Johann Heinrich Schnatschmidt, geb. Redecker überlassen waren, von dem Kassenrendanten des Stadt- und Landgerichts Bünde in Empfang zu nehmen. Offensichtlich waren auch diese beiden Grundstücke dem Gute Werburg eigenbehörig gewesen. Nach Abzug zweijähriger Rückstandsgelder an den Rendanten des Gutes Werburg und den bei der Versteigerung angefallenen Gebühren, die die Salarienkasse des Gerichts kassierte, verblieben Aron Bendix Weinberg noch 115 Taler, 14 Silbergroschen und 6 Pfennige, die ihm vom Land- und Stadtgericht am 30.7.1841 ausgezahlt wurden.¹⁹

Im Jahre 1870 übten von den 12 männlichen wahlberechtigten Mitgliedern der Synagogengemeinde Werther 7 den Beruf des Handelsmannes aus (58,3%), und 5 (41,7%) waren Kaufleute mit eigenen Ladengeschäften.

¹⁷ Vgl. StAM, Depositum Haus Benkhausen Nr. 8689

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Vgl. StAM, Depositum Haus Benkhausen Nr. 201

Tabelle 46: **Berufsstruktur und monatlicher Klassensteuerbeitrag der wahlberechtigten Mitglieder der Synagogengemeinde Werther im Jahre 1870**

Name	Hausnummer	Gewerbe	Klassensteuerbeitrag		
			Rtl	Sgr	d
1. Michael Greve	1	Handelsmann	--	--	--
2. Simon Goldschmidt	4	Handelsmann	--	12	16
3. Aron Bendix Weinberg	7b	Kaufmann	1	10	--
4. Isaac Lienthal	10b	Handelsmann	--	5	--
5. Jordan Bendix Weinberg	12	Kaufmann	1	10	--
6. Joseph Meyerson	19	Kaufmann	1	20	--
7. Leffmann Greve	33	Kaufmann	1	--	--
8. Moses Meyerson (Witwe)	34	Kaufmann	--	15	--
9. Meyer Sachs	36	Handelsmann	--	--	--
10. Jacob Alexander sen.	41	Handelsmann	--	15	--
11. Jacob Alexander jun.	41	Handelsmann	--	25	--
12. Hesekei Neustädter	87	Handelsmann	--	--	--

Quellen: StdtA Werther, A 76; StADt, M 1 | L Nr. 306

Womit die einzelnen jüdischen Handels- und Kaufleute Mitte der 1880er Jahre handelten, verdeutlicht eine Gewerbesteuerzu- und -abgangsliste für die Jahre 1876-1893.²⁰

Hesekei Neustädter (Hausnr. 8) hatte am 21.10.1878 einen Handel mit Materialwaren (Haushaltswaren) angemeldet. Seit 1886 handelte seine Witwe mit Kurzwaren. David Goldschmidt (Hausnr. 83) betrieb einen Handel mit Fleisch- und Manufakturwaren. Benjamin Leeser (Hausnr. 83) handelte ebenfalls mit Fleisch- und Manufakturwaren. Dasgleiche galt für die Firma Gebr. Alexander (Hausnr. 39), die auch noch Schlachtereie betrieb. Ebenfalls mit Manufakturwaren handelten Moses Alexander (Nr. 21), Feodor Sachs (Nr. 33), und Jordan Bendix Weinberg (Nr. 12). Zumindest die beiden zuletzt genannten führten eigene Ladengeschäfte. Michael Greve handelte mit Vieh, Korn und Leinsamen, bevor er am 30.4.1886 nach Bielefeld verzog. Simon Goldschmidt (Nr. 4) handelte zumindest bis 1885 mit Altwaren, Vieh und Fellen. Im August und September 1882 bot Simon Goldstein (Hausnr. 57) in mehreren Inseraten, die im „Haller Kreisblatt“ erschienen, preiswerte Eisenwaren aus gerichtlichen Verkäufen an. Dabei handelte es sich um englische Kochöfen, Hopewellöfen, runde Kachelöfen für 10 Mark pro Zentner und Eisenblech-Ofenrohre zu 3 Mark pro 18 Pfund.²¹ Später, am 4.2.1888, meldete Simon Goldstein in Werther Nr. 50 eine neuerbaute Fabrik mit eigenem Kontor an, in der Eisenwaren hergestellt und verzinkt wurden.

Aron Bendix Weinberg richtete am 4.2.1888 im Gebäude des ehemaligen Gutes Werther weitere gewerbliche Räume und ein Kontor für seine Zigarrenfabrik ein. Schon seit 1877 hatte er mit

²⁰ Vgl. StdtA Werther, A 367

²¹ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 48 vom 2.8.1882; Nr. 53 vom 19.8.1882; Nr. 55 vom 26.8.1882; Nr. 65 vom 30.9.1882; Nr. 68 vom 14.10.1882

seinem Partner Wilhelm Langer in Theenhausen eine Zigarrenfabrikationsstätte unterhalten. Mit Vertrag vom 31.5.1887 hatten Aron B. Weinberg und sein Partner Langer von den Steinheimer Maklern L. Falkenstein und Joel Herzfeld zum Kaufpreis von 18.000 Mark das Schloss, den Hofraum und den Garten erworben. Das Haus Werther war schon im Jahre 1879 von Oscar zur Hellen an die Steinheimer Makler veräußert worden. Weinberg und Langer leisteten am 15.6.1887 einen Kaufvorschuss von 5.000 Mark und zahlten am 18.10.1887 den Kaufgeldrest von 13.325 Mark, 68 Pf. Die Auflassung fand beim Grundbuchamt in Halle i.W. statt. Als Generalbevollmächtigte unterschrieben den erfüllten Kaufvertrag am 18.10.1887 in Halle i.W. die Steinheimer Makler und der Kaufmann Aron Raphaelson aus Herford.²²

Bis zum Jahr 1908 hatte sich die jüdische Berufsstruktur in Werther nicht wesentlich verändert. Weiterhin erwirtschafteten die jüdischen Bürger von Werther ihre Einkommen als Kaufleute in eigenen Ladengeschäften, als Viehhändler und Fabrikanten. Hinzugekommen war ein Arzt, Dr. med. Hugo Marx, der allerdings im selben Jahr vor seiner Hochzeit mit Emilie Horstmann am 1.5.1908 zum Protestantismus konvertierte. Im einzelnen nennt das Adressbuch 1 Arzt (und 2 nichtjüdische); 1 Eisen- und Metallwarenhandlung (insgesamt 4); 2 Manufakturwarenhandlungen (insgesamt 8); 2 Viehhändler; 1 Zigarrenfabrik (insgesamt 8).²³

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren die meisten jüdischen Bürger von Werther in die Mittelschicht aufgestiegen. Zur unteren Mittelschicht und Unterschicht gehörten junge Kaufmannsgehilfen, Köchinnen, Hauspersonal, mindestens auch ein Handelsmann. Die Auswanderung einiger junger Söhne von Kauf- und Handelsleuten, Abwanderungen und Verheiratungen nach auswärts und die Gründung neuer Betriebe im Zuge der lokalen Industrialisierung hatten zur Folge, dass die soziale Schichtung der jüdischen Bürger von Werther am Ende des Jahrhunderts zweifellos homogener geworden war im Vergleich zur Sozialstruktur im Vormärz. Als Fabrikanten beschäftigten die Firmen Salomon Goldstein (Metallwarenfabrik und Verzinkerei) und A.B. Weinberg (Zigarrenfabrik) am Ende des Jahrhunderts ca. 100 Fabrikarbeiter. Während im Betrieb der Firma S. Goldstein nur männliche Arbeiter beschäftigt wurden (maximal 21 in den Jahren 1901-1903), arbeiteten für die Zigarrenfabrik A.B. Weinberg in den beiden Filialen in Theenhausen und Spenge, möglicherweise auch im Schloss Werther, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs Männer, Frauen und - bis zum Verbot der Fabrikarbeit für schulpflichtige Kinder (1891) - auch Kinder. Außerhalb ihrer drei Fabrikationsstätten beschäftigte die Zigarrenfabrik auch eine größere Zahl von Hausarbeitern und Hausarbeiterinnen in den Ämtern Werther und Spenge. Insgesamt soll die Mitarbeiterzahl der Zigarrenfabrik A.B. Weinberg in den 1920er und 1930er

²² Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

²³ Vgl. Adressbuch aller Länder... (1908), S. 318. Das Manufakturwarengeschäft Jordan B. Weinberg offerierte seiner Kundschaft nicht nur Textilien, sondern machte ihr vor dem Ersten Weltkrieg auch das Angebot, Bettfedern und Daunen mit einer neuen „Bettfedern-Dämpf- und Reinigungsmaschine“ desinfizieren zu lassen. Vgl. das entsprechende Inserat in: Der Familienfreund Nr. 28 (3. Jg.) vom 12.7.1913.

Jahren 400 betragen haben, wovon ca. 10% der Arbeiter z.B. als Sortierer im Schloss beschäftigt wurden.²⁴

3.3.3 Borgholzhausen

Wie schon oben erwähnt betrug der Anteil der jüdischen Gemeinde Borgholzhausen am Honorar des Oberrabbiners Moses L. Friedheim für das Jahr 1818 32,2% (13 rthl, 3 ggr).¹ Dieser Anteil war der zweitgrößte unter den vier im neu gegründeten Kreis Halle i.W. veranlagten jüdischen Gemeinden. Nur der Anteil der jüdischen Gemeinde Werther war mit 41,3% (16 rthl, 20 ggr) größer. Doch diese Tatsache erklärt noch nicht, wie sich die einzelnen Beiträge auf die jüdischen Steuerzahler verteilten und welche Berufe sie ausübten.

Von 14 veranlagten Juden waren drei, darunter eine Witwe, arm und zahlungsunfähig (21,4%). Neun Zensiten zahlten jeweils 20 ggr oder insgesamt 57,1% des ganzen auf Borgholzhausen entfallenden Anteils. Unter diesen neun Steuerzahlern waren vier Altwarenhändler, zwei Schlachter und drei Hausierer. Die Oberschicht der jüdischen Steuerzahler bestand aus einem Schlachter und einem Einzelhändler, die zusammen 5 rthl, 15 ggr (42,9%) des Rabbinergehaltsanteils für das Jahr 1818 in Borgholzhausen aufbrachten.

Im Jahre 1818 zählte die Stadt Borgholzhausen 1.098 Einwohner und 150 Wohnhäuser. Neben dem Handel und handwerklicher Arbeit waren die hauptsächlichen Beschäftigungszweige der Ackerbau, das Spinnen von Moltgarn und das Weben von Löwendleinen. Der Chronist der Land- und Stadtgemeinde beklagte im Jahr 1818, dass der Handel mit Leinen und Garn konjunkturell bedingt gering sei und der Ackerbau als „eben nicht bedeutend“ eingeschätzt würde. Zwar blieben die Preise für das Stück Vollgarn (= Feingarn) und Moltgarn (= grobes Garn) und das auf der Borgholzhausener Legge angebotene Segeltuch und Löwendleinen zumindest in dem Jahrzehnt 1818-28 relativ stabil, doch in Minden-Ravensberg insgesamt verfielen die Garnpreise von 13-14 Stück pro Taler in den Jahren 1816-1818 auf 34-40 Stück pro Taler im Jahre 1846.² Das bedeutete, dass die Spinner für weniger Ertrag immer mehr arbeiten mussten, wenn sie sich nicht entschieden, eine andere Form der Erwerbsarbeit aufzunehmen. Obwohl die Ursache des Preisverfalls bei der Garn- und Leinwandherstellung zunächst im größeren heimindustriellen, später im

²⁴ Vgl. StADt, M 1 I G Nr. 272; StADt, D 3 Bielefeld Nr. 699; Mitteilung von Hans und Melanie Herfurth

¹ Vgl. StdtA Werther, A 73

² Vgl. Westheider, Rolf (Bearb.): Chronik der Land- und Stadtgemeinde Borgholzhausen (1806-1844), in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 65, 72; vgl. Mooser (1984), S. 330, 480

Tabelle 47: **Gehaltsanteil für den Oberrabbiner Moses L. Friedheim für 1818 verteilt auf die jüdische Gemeinde von Borgholzhausen (in Thalern und guten Groschen)**

Name/Beruf	Gewerbe	Familienbeitrag		Vermögensbeitrag		Beitrag zum Rabbinergehalt	
		Rtl	ggr	Rtl	ggr	Rtl	ggr
1. Witwe Mendel	arm	--	--	--	--	--	--
2. Lefmann Kemper	arm	--	--	--	--	--	--
3. Abraham Kemper	arm	--	--	--	--	--	--
4. Nachmann Polly	Trödler	--	8	--	12	--	20
5. Abraham Polly	Trödler	--	8	--	12	--	20
6. Witwe Selig Maass	Schlachter	--	8	--	12	--	20
7. Wolf Lowenstein	Trödler	--	8	--	12	--	20
8. Feidel Steinfeld	Hausierer	--	8	--	12	--	20
9. Abraham Steinfeld	Schlachter	--	8	--	12	--	20
10. Jacob Hesse	Hausierer	--	8	--	12	-	20
11. Levy Simon Katz	Trödler	--	8	--	12	--	20
12. Alexander Jacob	Hausierer	--	8	--	12	--	20
13. Samuel Aron Hesse	Schlachter	--	8	1	--	1	8
14. Lefmann Isaac Rhee	Detailhändler	1	--	3	7	4	7

Quelle: StdA Werther, A 72; 1 Thaler = 24 gute Groschen (ggr) ; 1 guter Groschen = 12 Pfennige (1763-1821)

fabrikindustriellen Angebot zu suchen war, entschieden sich u.a. die Städte Borgholzhausen und Werther eher aus pädagogischer als aus wirtschaftlicher Einsicht heraus, im Vormärz so genannte Spinnschulen einzurichten, wo Kinder von 8-10 Jahren an Nachmittagen zwischen 15.00-18.30 zum Feinspinnen angehalten wurden.³ Während die Spinnschule in Borgholzhausen schon nach zweijähriger Existenz im Jahre 1831 aus finanziellen Gründen „einstweilen aufgehoben“ wurde, unterhielt man die Spinn- und Industrieschule in Werther 35 Jahre (1825-60) lang, bevor der industrielle Fortschritt der mechanischen Textilherstellung die Aufgabe dieses Schultyps erzwang. Für das Jahr 1842 konnte die Chronik keine Fortschritte beim Leinen- und Garnhandel festhalten, berichtete aber von erneuten Versuchen, im Riesberge Steinkohle abzubauen:

„Der Hauptzweig der Industrie in hiesigem Bezirke ist Spinnerei und Weberei, aus dem schlechten Zustande des Garn- u. Linnenhandels ergibt sich von selbst die traurige Lage der Spinner und Weber. Im Laufe des verflossenen Jahres (1842) hat man auch wieder angefangen, im Riesberg oberhalb Barnhausen, wo selbst man schon vor beinahe 100 Jahren auf ein Kohlenlager gestoßen war, aber wegen Unsicherheit des Erfolges die begonnenen Arbeiten einstellte, zu schürfen; und scheint die dießmalige Arbeit mit besserem Erfolge gekrönt werden zu sollen, wodurch dann eine größere Belebung unserer Industrie in Aussicht gestellt ist.“⁴

Der Erfolg der Steinkohlenförderung hielt sich in Minden-Ravensberg in engen Grenzen. Denn mit dem Anschluss an die Köln-Mindener Eisenbahn im Jahre 1847 wurde nicht nur die rentable Einfuhr von Getreide und Kartoffeln aus mitteldeutschen Erzeugerländern ermöglicht, sondern

³ Vgl. Chronik Borgholzhausen, S. 74f; Stieghorst, Erika: Tausend Jahre – von „wartera“ bis Werther. Eine Heimatchronik mit Berichten aus der Geschichte von Ereignissen und Menschen mit Bildern und Karten. Hg. v. Heimatverein Werther e.V. Bielefeld 1992, S. 39-41

⁴ Chronik der Land- und Stadtgemeinde Borgholzhausen, a.a.O., S. 93

auch der Import der qualitativ besseren Kohle aus dem Bergischen Land. Bis spätestens 1885 waren alle Kohlebergwerke am Teutoburger Wald geschlossen worden.⁵

Langfristig erfolgreicher ließen sich Borgholzhausener Honigkuchen, Herzen, Pfefferkuchen usw. auf den (Jahr-)märkten in der Region, spätestens seit der Weimarer Republik auch im Versandgeschäft auf internationalen Märkten verkaufen. Die Zahl der Bäcker im Ort blieb recht hoch im Vergleich zu denen im Nachbarort Versmold. Im Jahre 1783 sollen es 16 in Borgholzhausen gewesen sein (6 in Versmold), und im Jahre 1860 waren nicht weniger als 14 Honigbäcker in Borgholzhausen ansässig.⁶ In der Weimarer Republik produzierten noch drei Firmen der Honigkuchenbranche am Ort: Adolf Blanke (gegr. 1827), Heinrich Schulze (gegr. 1830) und Heinrich Brüning (gegr. 1861). Zur Versorgung mit dem Grundstoff Honig gründete die Firma Heinrich Schulze vor dem Ersten Weltkrieg sogar ein eigenes Unternehmen unter dem Namen Teutoburgerwald-Honigzentrale, die ihren Rohstoff auf Auktionen in Nordwestdeutschland (Lüneburger Heide) und in Holland einkaufte. Die Zwangsbewirtschaftung während des Ersten Weltkriegs legte auch diese Branche lahm, und von ca. 1918-22 mussten die Unternehmer auf Kunsthonig zurückgreifen.

In den 1820er Jahren waren ca. 13 jüdische Familien in Borgholzhausen ansässig, die maximal 6% der Einwohnerschaft ausmachten.

Im Jahre 1852 lebte die Familie des Kaufmanns Abraham Bendix Weinberg mit fünf Söhnen, 4 Töchtern, einer jüdischen und einer evangelischen Magd in der Freistraße 56a.⁷ Abraham B. Weinberg war Hausbesitzer und verkaufte aus seinem eigenen Ladengeschäft Haushalts- und Manufakturwaren. Im Juli 1842 hatte er beim Bürgermeister Christian Bloebaum eine Gewerbekonzession zum Handel mit kaufmännischen Rechten beantragt, um seinen Handel zu erweitern und Waren aus dem preußischen Ausland beziehen und dahin versenden zu können. Der Bürgermeister befürwortete das Gesuch in einem Schreiben vom 22.7.1842 an den Landrat mit der Begründung, dass Kaufmann Abraham Weinberg Grundeigentümer sei, keine Steuern hinterzogen, einen guten Ruf habe und zur Buchführung qualifiziert sei. Auch das Hauptzollamt in Telgte hatte gegen die Erteilung der Ministerialkonzession nichts einzuwenden.⁸

Auch der zweite jüdische Kaufmann im Ort, Feidel Joseph Steinfeld, der mit Frau, zwei Söhnen, zwei Töchtern und einer evangelischen Magd am Kirchhof Nr. 85 wohnte, hatte keine Schwierigkeiten, seinen Einzelhandel im Jahre 1842 zu einem Großhandel zu erweitern. Eine Ministerialkonzession, die ihm am 16.1.1842 ausgehändigt wurde, erlaubte ihm, mit Haushalts-,

⁵ Vgl. Stieghorst, S. 80; Westheider, Rolf: Vergessene Branchen. Eine Ausstellung zur Gewerbe-geschichte Borgholzhausens im 19. Jahrhundert, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Borgholzhausen 1994, S. 130

⁶ Vgl. Knehans, Wilhelm: Borgholzhausen – die Honigkuchenstadt, in: Borgholzhausen historisch, S. 103, 105

⁷ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906

⁸ Vgl. KAGt, H 4 H LR1 084/10

Papier- und Manufakturwaren auch außerhalb des Zollvereingebiets, z.B. im Königreich Hannover, das erst 1854 dem Deutschen Zollverein beitrug, zu handeln.⁹

Die örtlichen Handelsbeziehungen zwischen den beiden jüdischen Kaufleuten und ihren nichtjüdischen Kunden waren offensichtlich in der Zeit des Vormärz recht gut und wurden durch das Gesetz vom 8.12.1843, das beabsichtigte, ambulante jüdische Händler sowohl aus den vier Kreisen Paderborn, Warburg, Büren und Höxter, als auch aus dem Kreis Halle i.W. selbst vom regionalen Markt auszugrenzen, noch weiter befördert. Wenn auch die jüdischen Hausierer, von denen es ebenfalls in Borgholzhausen einige gab, die dem traditionellen Landhandel nachgingen, versuchten, sich schadlos zu halten, indem sie die regionalen jährlichen Kram- und Viehmärkte besuchten, so war doch die logische Konsequenz des Gesetzes, dass jüdische und nichtjüdische Ladenbesitzer in den kleinen Städten des Kreises Halle i.W. von seiner Ausgrenzungspolitik profitieren mussten. Denn Amtmann Bloebaum berichtete dem Landrat in Werther am 26.4.1845 wie folgt:

„[...] Die hiesigen jüdischen Kaufleute, welche sich auch mit Suchen von Waarenbestellungen auf Proben abgeben, sehen zur Entschädigung für die durch das Gesetz eingetretene Verminderung ihres Geschäfts in dieser Beziehung ihren Handel im Hause und Laden dagegen ebenfalls sehr erweitert, indem das hiesige Publikum sie an sich keinesweges den Christen nachstellt, sondern wenn sie gute Waare haben und überhaupt reel bedienen, ihnen eher einen noch größeren Zuspruch gönnt; [...]“¹⁰

Dem „Allerhöchsten Gesetz“ vom 8.12.1843 lag - ähnlich wie der provinziellen Abschiebepolitik in den 1820er Jahren - das Vorurteil zugrunde, dass jüdische Hausierer unter der Landbevölkerung Schaden anrichteten, d.h. den Verarmungsprozess besonders unter Heuerlingen, Knechten und Mägden beschleunigten. Dieser Mentalität stand die Einsicht entgegen, dass die Landbevölkerung von den jüdischen oder nichtjüdischen Hausierern nicht gezwungen wurde, Waren zu kaufen, sondern ihnen Angebote gemacht wurden, die sie annehmen konnten oder auch nicht. Falls sie sich für einen Kauf entschieden, kam ihnen der Hausierer insofern schon entgegen, als sich der Käufer den Weg zum nächsten Ladengeschäft sparen konnte. Hausierer übernahmen also nicht nur Funktionen des später entwickelten, modernen Versandgeschäfts, sondern sorgten mit ihren Aufkäufen von alten Kleidern, Schrott, Abfall der Flachsverarbeitung (Heede) und von Agrarprodukten dafür, dass die protoindustriell arbeitenden Heuerlinge und Neubauern in einer Zeit Kredit, Bargeld oder Zahlungsaufschub erhielten, als die ländliche Kreditversorgung noch unterentwickelt war, da es noch keine flächendeckenden Spar- und Darlehnskassen im Kreis Halle im Vormärz gab. Zwar wurde schon 1825 die Bielefelder Sparkasse zusammen mit einer Pfandleihanstalt gegründet, um Tagelöhner, Dienstboten und Fabrikarbeiter zum zinsgünstigen Sparen anzuleiten. Doch dieses Institut war nur für die Einwohner Bielefelds geschaffen worden und somit für die ländlichen Bewohner unerreichbar. Die Kreissparkasse in Halle i.W. wurde jedenfalls erst am 1.10.1856 eröffnet.¹¹

⁹ Vgl. KAGt, H 4 H LR1 084/09

¹⁰ Vgl. KAGt, H 4 H LR1 171.4

Ein weiterer jüdischer Bürger und Hausbesitzer war der Pferdehändler Samuel Meyerson, der im Jahre 1853 in der Tempfanne Nr. 11 mit Frau, drei Töchtern und zwei Söhnen lebte. Der Straßennamen deutete auf den örtlichen Feuerlöschteich (Dampfpfanne) hin.¹² Auch der Pferdehändler Abraham Seelig Maas, der im Jahre 1853 mit Frau, drei Töchtern, zwei Söhnen und einer katholischen Magd in der Freistraße Nr. 61 lebte, war Hausbesitzer.

Der fünfte jüdische Hausbesitzer war der Handelsmann und Schlachter Abraham Samuel Hesse, der mit Frau, vier Töchtern und zwei Söhnen in der Kuhstraße 112 lebte.

Welchen Erwerbstätigkeiten gingen die jüdischen Mieter im Jahre 1852 nach?

1. Nachmann Polly, der in den 1820er Jahren als Handelsmann, 1852 als Heuerling und Schlachter bezeichnet wurde, lebte mit Frau, Sohn und Tochter zusammen mit dem Tischler Philipp Ameling und seiner Familie im Haus Klingenhagen Nr. 19a.¹³
2. Die Witwe Rebecka Katz (74 Jahre), die mit ihrer Tochter (32 Jahre) im Haus Klingenhagen Nr. 102 lebte, erzielte Verdienst aus ihrer Tätigkeit als Spinnerin. Ihre Tochter Rieke Katz hinterließ der Synagogengemeinde Borgholzhausen im Jahre 1900 ein Legat in Höhe von 191,30 Mark.¹⁴ Mutter und Tochter lebten unter einem Dach mit einem Tagelöhner und den Familien eines Schuhmachers und eines Heuerlings.
3. Der blinde 64jährige Marcus Polly lebte zusammen mit der Familie des Bäckers Knigge in der Freistraße Nr. 92.
4. Die Witwe Friederike Simon (63 Jahre), die als Strickerin Einkommen erzielte, lebte mit ihrem Pflegesohn Samuel Löwenstein zusammen mit dem Schlosser Wöstendieck, seiner Mutter und einem Lehrling im Haus Freistraße Nr. 65b.
5. Zacharias Polly (45 Jahre), der 1852 ohne Gewerbe war, handelte acht Jahre später mit alten Sachen. Er lebte zusammen mit der Familie des Heuerlings Schäffer in der Tempfanne Nr. 9b.¹⁵
6. Der frühere Handelsmann Abraham Kemper (78 Jahre) lebte mit der Familie des Heuerlings und Tagelöhners Bischoff und der Familie des Heuerlings und Böttchers Koch in der Kleinen Straße Nr. 8b.
7. Der Heuerling und Lumpensammler Joseph Kemper lebte mit seiner Frau zusammen mit den Heuerlingsfamilien Schäffer und Bönker in der Kleinen Straße Nr. 31b.

¹¹ Vgl. Ditt, Karl: „Soziale Frage“, Sparkassen und Sparverhalten der Bevölkerung im Raum Bielefeld um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Conze, Werner; Engelhardt, Ulrich (Hg.): Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker. Stuttgart 1981, S. 519f; Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.) 1800-1905. Halle (Westf.) 1905, S. 58

¹² Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906, A 442; StADt, M 1 I L Nr. 319; Klumpe-Scheel, Bernd: Borgholzhausen an der Schwelle zum 18. Jahrhundert, in: Borgholzhausen historisch, S. 41

¹³ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906; StADt, P 2 Nr. 123

¹⁴ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906; StADt, M 1 II A Nr. 816

¹⁵ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 906, A 956

8. Die Tuchhändlerin Röschen Maass (48 Jahre) lebte zusammen mit der Bürgerin Siekötter und deren Pfliegerochter, der Spinnerin Doht und deren Tochter und der Familie des Heuerlings Rahe in der Kuhstraße Nr. 30.

9. Der Tagelöhner und Heuerling Lefmann Silberberg lebte mit Frau, Tochter und Sohn bei einer Witwe mit ihrem Sohn im Klingenhagen Nr. 18a.

Im Jahre 1860 gab es weiterhin zwei jüdische Kaufleute mit kaufmännischen Rechten. Feidel Joseph Steinfeld, Nr. 85, handelte mit Tuchen („Ellenwaren“) und Fellen.¹⁶ Witwe Weinberg (Nr. 56) betrieb einen Handel mit Manufakturwaren, aber auch mit Kühen, Häuten und Leinsamen.

Jüdische Händler ohne kaufmännische Rechte gab es vier. Röschen Maass (Nr. 30) betrieb einen Kleinhandel mit Ellenwaren. Lefmann Meyerson (Nr. 11) handelte im Kleinen mit Pferden. Zacharias Polly, Nr. 8, handelte mit alten Sachen. Sein Handel wurde im Unterschied zu den anderen jüdischen Kleinhändlern nicht als „unbedeutend“, sondern als „höchst unbedeutend“ eingestuft. Samuel Polly, Nr. 21, betrieb einen Handel mit Kühen, Häuten und Ellenwaren.

Im Ort gab es drei Schlachter, darunter zwei jüdische, deren Geschäfte aber als „unbedeutend“ eingeschätzt wurden: Samuel Abraham Hesse (Nr. 112) und Samuel Polly (Nr. 21). Letzterer war auch im ambulanten Gewerbe tätig und handelte unter Zuhilfenahme eines Frachtfuhrwerks mit Vieh, rohen Fellen, Talg und Erzeugnissen der Landwirtschaft. Auch Abraham Maass (Nr. 61) betrieb einen ambulanten Handel mit Landesprodukten wie Vieh, Talg, Getreide und rohen Viehhäuten. Aaron Abraham Weinberg (Nr. 56), ein Sohn der Hannchen Lefmann Rhee, suchte ambulant Käufe und Verkäufe für Manufakturwaren und Häute. Wie Abraham Maass benutzte auch Aaron Abraham Weinberg ein Frachtfuhrwerk. Zum ermäßigten Steuersatz sammelte Joseph Kemper (Nr. 10) Lumpen und Heede bei den Bauern und Hanf- und Flachswebern im Austausch gegen Geschirr aus Ton. Unter den Begriffen Heede oder Werg verstand man Kurzfasern, ein Abfallprodukt bei der Flachs- und Hanfverarbeitung. Diese konnten noch zu groben Garnen versponnen werden oder als Polster-, Putz- und Dichtungsmaterial verwendet werden. Bei der reineren Verarbeitung holländischer Segeltuche aus Hanfgarn, fiel mehr und bessere Heede ab, die im Amt Vermold, besonders in den Gemeinden Peckeloh und Bockhorst zu Packtuchen verwebt wurden.¹⁷

Bis 1869 hatte sich die Berufsstruktur unter den jüdischen Bürgern von Borgholzhausen nicht verändert. Neben Kaufleuten mit und ohne kaufmännische Rechte gab es zwei Schlachter und fünf ambulante Händler, die Vieh, Häute, Altmetall, Altkleider, Knochen, Heede usw. den Bauern abkauften und auf Märkten, an Gerber, Schrotthändler, Papier- und Leimmühlen oder auch an Großhändler und -metzger wieder verkauften. Bis zum Ende des Jahrhunderts gingen mindestens fünf jüdische von insgesamt 12 Gewerbetreibenden in Borgholzhausen mit

¹⁶ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 956

¹⁷ Vgl. Westheider, Rolf: Vermold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994, S. 213, 221

Wandergewerbescheinen dem traditionellen Landproduktenhandel mit und ohne Fuhrwerk nach. Insgesamt zahlten die 12 Hausierer aus Borgholzhausen 360 Mark an jährlicher Gewerbesteuer, wobei der Anteil der 5 jüdischen Hausierer (41,7%) 180 Mark ausmachte (50%).¹⁸

Im Unterschied zur Kreisstadt Halle i.W. oder Werther ließen sich in der Kleinstadt Borgholzhausen keine Juden in den freien Berufen oder als Beamte nieder. Auch jüdische Unternehmer, die eine Brauerei, eine Mühle, einen Kalkofen oder eine Segeltuchweberei gegründet haben könnten, lassen sich nicht nachweisen. Als Kaufleute und Landproduktenhändler verharrten sie in den Berufen, die sie schon im Vormärz ausgeübt hatten. Auswanderungen, Abwanderungen, Todesfälle und fehlende Zuzüge hatten zur Folge, dass die jüdische Gemeinde in Borgholzhausen im Jahre 1885 auf 33 Personen gesunken war (2,9% der Stadtbevölkerung) und vor dem Ersten Weltkrieg nur noch 14 Seelen zählte (Familien Weinberg, Hesse und Maass aus Borgholzhausen und die Familie des Schlachters Silberberg aus Bad Rothenfelde/Kreis Iburg).¹⁹

Vor dem Ersten Weltkrieg handelte Alexander Maass mit Pferden, Simon Hesse mit Landesprodukten, Jacob Hesse ebenfalls mit Vieh, Fellen und Landesprodukten, Arthur Hesse mit Haushaltsgegenständen, Altprodukten und Metallen und Max Weinberg mit Manufakturwaren.²⁰

¹⁸ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 612

¹⁹ Vgl. StADt, M1 II A Nr. 816

²⁰ Vgl. StdtA Borgholzhausen, Verzeichnis der Gewerbe An- und Abmeldungen im Amt Borgholzhausen

Tabelle 48: **Berufe und jährliche Gewerbesteuerzahlungen der Juden in Borgholzhausen im Jahre 1869**

Name	Hausnummer	Gewerbe/Handel mit	Gewerbesteuersatz in rthl
A. Handel mit kaufmännischen Rechten			
1. Abraham B. Weinberg	56	Manufakturwaren, Knochen, Leinsamen	8
2. Joseph Steinfeld	85	Ellenwaren, Fellen	10
B. Handel ohne kaufmännische Rechte			
1. Samuel Polly	21	Ellenwaren, Kühen, Fellen	2
2. Jacob Hesse	84	irdenem Geschirr, Lumpen, Fellen	4
C. Schlachter			
1. Samuel Polly	21	Schlachter	4
2. Abraham Hesse	112	Schlachter	4
D. Umherziehende Gewerbe			
1. Simon Hesse	7	Vieh, Leinen, trockenen Viehhäuten; Metallabfällen	16
2. Josef Kemper	10	Lumpen, Strickgarn, irdenem Geschirr	4
3. Samuel Polly	21	Vieh, Fellen, Landesprodukten	16
4. Alexander Maass	61	Vieh, Fellen, Landesprodukten	16
5. Samuel Hesse	112	Vieh, Fellen, Landesprodukten	16

Quelle: StdtA Borgholzhausen, A 956

Im Jahre 1908 handelten die Gebrüder Weinberg mit Eisen- und Metallwaren, Galanterie-, Glas- und Porzellanwaren und Manufaktur- und Modewaren. Samuel und Simon Hesse handelten mit Häuten und Fellen, Simon Hesse auch mit Rohprodukten, Fleisch, Galanterie-, Glas- und Porzellanwaren. Alexander Maass war Pferdehändler.

Insgesamt gab es in Borgholzhausen im Jahre 1908 zwei Eisen- und Metallwarenhandlungen, drei Fleischer, drei Galanterie-, Glas- und Porzellanwarenhandlungen, eine Honigwarenfabrik mit Motorbetrieb, fünf Lebküchner, fünf Manufakturwarenhandlungen und zwei Pferdehändler.²¹

3.3.4 Versmold

Während die nichtjüdische Bevölkerung im Amt Versmold hauptsächlich dem Ackerbau und der Viehzucht nachging und bis zur Krise der protoindustriellen Leinenhandweberei insbesondere die Mieterheuerlinge, aber auch die Pächterheuerlinge darauf angewiesen waren, Hanf- und Flachsgarn als Voll- oder Füllarbeit zu verspinnen und Segel- und Packtuche meist in Hausarbeit, teils seit 1841 in Fabrikarbeit herzustellen, erzielten die jüdischen Familien mehrheitlich ihre Einkommen als Vieh-, Fleisch-, Fell- und Altwarenhändler im ambulanten Handel. Ein Jude

²¹ Vgl. Adressbuch (1908), S. 311

handelte mit Hut-, Mode- und Schmuckwaren (Galanteriewaren). Unter den jüdischen Erwerbstätigen gab es auch Kaufleute, die eine Manufaktur- und Eisenwarenhandlung in Bockhorst (Gebr. Weinberg, gegr. ca. 1840) und eine Gemischtwarenhandlung in Versmold (Eduard Bergfeld, gegr. 1863) mit eigenen Ladengeschäften führten. Im Vormärz lebten mindestens zwei jüdische Handwerker in Versmold, und zwar ein Färber und ein Sattler, später seit Anfang der 1860er Jahre auch ein Kürschner bzw. Kappenmacher. Der jüdische Sattler verarbeitete den Grundstoff Leder und der Färber bearbeitete Garn und hand- oder maschinengewebtes Leinen. Leder, Flachs, Hanfgarn und Leinen waren im Amt Versmold leicht einzukaufen. Bis in die 1880er Jahre hinein handelten wenigstens vier jüdische Händler aus Versmold ambulant mit Vieh und Häuten, d.h. sie kauften von den Bauern Rinder, Kälber, Hammel oder auch Felle und verkauften Fleisch und Häute an Endverbraucher, Handwerker und Fabrikanten.¹ Leinen wurde in Versmold von 1697 bis zur napoleonischen Zeit auf der örtlichen Legge am Markt angeboten², später in den 1840er Jahren handelten die drei größten Versmolder Leinenhandelshäuser A.H. und C.W. Delius u. Co., D.C. Delius Erben und A.G. Vogt mit Segeltuchen und Löwentlinnen.³ Im Jahre 1839 gab es im Amt Versmold - besonders häufig in den Gemeinden Oesterweg, Loxten und Bockhorst - insgesamt 603 Webstühle für Segeltuche und 219 Webstühle für Löwendleinen sowie 49 Webstühle für Salz- und Packtuche.⁴ Bei der Segeltuchproduktion stand Versmold weit vor Borgholzhausen und Halle i.W. Auf die Krise der protoindustriellen Handspinnerei und -weberei, die sich nicht gegen englische und irische industriell gefertigte Leinen- und Baumwollfabrikate durchsetzen konnte, reagierte die Firma C.W. Delius in Versmold mit dem Aufbau einer mechanischen Spinnerei und Weberei (1863/64), die bis in die 1950er Jahre und damit wesentlich länger als die Segeltuchfabrik Helling, Hoffmann & Co. (1859-1908) in Borgholzhausen produzierte.⁵

Der jüdische Kürschner bezog seine Ware vermutlich - wie die Gebrüder Weinberg aus Bockhorst ihre Tuche - von der Leipziger Herbstmesse. Die Messestadt Leipzig war wegen ihres Tuch- und von jüdischen Händlern dominierten Rauchwarenhandels berühmt.⁶

Ähnlich wie in Rahden hatten auch die Juden in Versmold eine Monopolstellung beim Schlachten von Vieh. Als im Jahre 1823 vom Versmolder Bürgermeister eine Salzbedarfskontrolle aufgrund einer Kabinettsorder vom 19.8.1823 durchgeführt wurde, da es sich herausgestellt hatte, dass im

¹ Vgl. StdtA Versmold, A 864

² Vgl. Vinke, Wilhelm: Heimatgeschichte der Stadt Versmold und Umgebung. Bielefeld o.J. [1924], S. 66f

³ Vgl. Westheider, Rolf: Versmold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994, S. 225, 239. C.W. Delius handelte nicht nur mit Leinen, sondern beschäftigte auch schon seit 1837 mit staatlicher Unterstützung im Verlagswesen Hanfspinnerinnen aus den ärmsten Familien und Segeltuchweber. Vgl. Moser (1984), S. 170. Seit 1841 ließ er Leinen und Garn im kleinen Webereihaus am Aabach fabrikmäßig produzieren.

⁴ Vgl. Westheider (1994), S. 213

⁵ Vgl. Westheider (1994), S. 54-74; Vinke, S. 109

⁶ Vgl. KAGt, H 4 H LR1 084/07; Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung, Neuanfang. Chemnitz/Leipzig 1993, S. 86ff; Lowenstein, Steven M.; Mendes-Flohr, Paul; Pulzer, Peter; Richarz, Monika: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. III. Umstrittene Integration 1871-1918. München 1997, S. 52: „Mittelpunkt des Pelzhandels war der Brühl in Leipzig, wo Juden aus Osteuropa in Handel und Verarbeitung vorherrschten und die Stadt zu einem Weltzentrum des Pelzhandels machten.“

Grenzgebiet Versmold das billigere Salz aus dem benachbarten Königreich Hannover eingeschmuggelt und somit der preußische Fiskus geschädigt wurde, ergab eine Aufstellung, dass alle vier Schlachter in Versmold Juden waren.⁷

Im Jahre 1818 waren die drei in Versmold lebenden jüdischen Familien so arm, dass sie nur 6,7% (2 rthl, 18ggr) des auf den Kreis Halle i.W. verteilten Anteils zum Gehalt des Oberrabbiners Friedheim zahlen konnten. Benjamin Sternberg, der mit Fleisch, Schweinsborsten und alten Sachen handelte, brauchte wegen Armut nichts zu zahlen. Auch der Handelsmann und Schlachter Itzig Nathanson wurde als „arm“ bezeichnet und musste lediglich 20 gute Groschen beitragen. Der Altwarenhändler mit Freipatent, Samuel Aron Weinberg, mußte 1 Taler 22 gute Groschen zahlen.⁸ Wenn man unter dem Begriff Verbürgerlichung im wirtschaftlichen Sinn einen Prozess versteht, in dem selbständige Marktteilnehmer nicht nur Fleiß, Talent, Wissen und Methoden auf- und anwenden, sondern auch Kapital investieren müssen, um ihre Handelsgeschäfte ausdehnen zu können, so ist es nicht schwer, ein solches Verhalten auch unter den jüdischen Marktteilnehmern in Versmold und Bockhorst nachzuweisen.

Ähnlich wie die Kaufleute Steinfeld und Weinberg in Borgholzhausen oder Kaufmann Bergfeld in Brockhagen suchten im Jahre 1840 die Brüder Moses, Selig und Joseph Weinberg in Bockhorst um eine Konzession zum Handel mit kaufmännischen Rechten nach, um Manufakturwaren nicht nur en détail aus ihrem Ladengeschäft verkaufen zu können, sondern auch Versendungen in alle zum Zollverein gehörigen Gebiete machen zu dürfen.⁹ Nachdem ihnen diese Konzession aufgrund guter Referenzen des Versmolder Bürgermeisters Johann Friedrich Kollhorst am 21.7.1840 - oder nach jüdischer Zeitrechnung im Jahre 5600 - ausgehändigt worden war, entwickelten sich die Geschäfte dieses Manufakturwarengeschäfts in den nächsten Jahrzehnten so gut weiter, dass die Firma Gebr. Weinberg im Gewerbesteuerjahr 1881/82 mit dem höchsten Steuersatz in Höhe von 42 Mark eingestuft wurde und damit 36,8% der Gewerbesteuern nach Klasse A II in Bockhorst zahlte.¹⁰ Die Gesellschafter dieser Firma nahmen Warenbestellungen im und außerhalb ihres Ladengeschäfts auf und beschränkten sich nicht nur darauf, Textilien und Kleidungsstücke für Herren, Damen, Jungen und Mädchen in der angeschlossenen Schneiderwerkstatt maßgeschneidert zu verkaufen. Zu dem Verkaufssortiment des Ladengeschäfts Gebr. Weinberg gehörten auch Bettfedern, Kochmaschinen, Koch- und Füllöfen, wie Inserate im „Haller Kreisblatt“ aus den 1890er Jahren zeigen.¹¹

Wie umfangreich die Geschäfte der Firma Gebr. Weinberg in Bockhorst waren, belegen die Zahlen des Anlage-, Betriebs- und Umsatzkapitals (30.000 M/ 30.000 M/ 75.000 M) für das Jahr 1888/89

⁷ Vgl. Westheider, Versmold (1994), S. 195ff

⁸ Vgl. StdtA Werther, A 73

⁹ Vgl. KAGt, H 4 H LR1 084/07

¹⁰ Vgl. StdtA Versmold, A 864

¹¹ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 94 vom 6.8.1892; Nr. 130 vom 29.10.1892; Nr. 132 vom 3.11.1892; Nr. 133 vom 5.11.1892; Nr. 17 vom 8.2.1896

im Vergleich zu den Vermögenswerten des Gemischtwarengeschäfts der Firma Eduard Bergfeld in Versmold (1.500 M/ 2.000 M/ 4.000 M).¹²

Tabelle 49: **Berufe der männlichen Juden im Amt Versmold (1823-1847)**

Name	Gewerbe
1. Benjamin Sternberg	Schlachter, Handelsmann mit Schweinsborsten, Trödler
2. Abraham Meyer	Galanteriewarenhändler
3. Nathan Sternberg	Handelsmann
4. Selig Weinberg	Handelsmann und Schlachter
5. Moses Weinberg	Handelsmann und Schlachter
6. Abraham Weinberg	Handelsmann
7. Bendix Abraham Ganz	Färber
8. Raphael Frank	Sattler
9. Bendix Nathanson	Handelsmann und Schlachter
10. Bernhard Steinfeld	Handelsmann, Viehhändler, Schlachter
11. Meyer Weinberg	Kaufmann und Schlachter
12. Itzig Bendix Nathanson	Handelsmann und Schlachter
13. Bendix Heilbrunn	Handelsmann und Schlachter
14. Meyer Ganz	Kleinhändler

Quellen: StADt, P 2 Nr. 123, 187

Kaufmann Eduard Bergfeld und sein Sohn Carl in Versmold handelten in den 1880er Jahren mit Porzellan, Tongeschirr, Spielzeug, Lumpen, Eisen, Öfen und Kurzwaren. Auch dieses Handelsgeschäft nahm Bestellungen außerhalb des Ladengeschäfts auf und belieferte seine Kunden mit Eisen, Porzellan, Korbwaren und Landesprodukten.¹³

Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte sich das Handelsgeschäft Eduard Bergfeld zu einem Warenhaus mit gemischten Waren, in dem im Jahre 1913 solche unterschiedlichen Warengruppen wie Manufaktur- und Modewaren, Wäsche- und Aussteuerartikel, Damen-, Herren- und Kinderkonfektion; Bettwaren; Haushaltsgüter; Öfen, Fenster, Drahtwaren; Porzellane, Emaillewaren; Glas, Lampen; Kurz-, Korb- und Lederwaren; Galanteriewaren; Kolonialwaren, Schokoladen, Cakes und selbstgeröstete Kaffees angeboten wurden.¹⁴

Die Gewerbesteuerrollen der 1880er Jahren dokumentieren einen an Umfang größer werdenden Handel der Firma Eduard Bergfeld, der als Kaufmann und Auktionator mit Nürnberger Ware, irdenem Geschirr, Lumpen und Eisen handelte. Im Jahre 1880/81 wurde sie noch mit 6 Mark Gewerbesteuer, ein Jahr später mit 30 Mark und seit 1882/83 mit 36 Mark jährlicher Gewerbesteuer veranlagt.¹⁵

Von allen jüdischen Gewerbetreibenden im Amt Versmold musste die Firma Gebr. Weinberg in Bockhorst (Manufakturwaren) die höchste Summe pro Jahr (42 Mark) zahlen. Der Umfang dieses Geschäftsbetriebes wurde mit dem Adjektiv „ziemlich“ beschrieben. Die Umsätze der Firmen Gebr.

¹² Vgl. StdtA Versmold, A 1182

¹³ Vgl. StdtA Versmold, A 864

¹⁴ Vgl. Uthe, Käthe und Horst: „Um Deine Erziehung in den historischen Gebieten zu vergrößern.“ Dokumentation und Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte jüdischer Familien in Versmold. Hg. v. Heimatverein Versmold. Typoskript. Versmold 1988. Anlage 2: Festschrift zum 50jährigen Stiftungsfest des Bürgervereins Versmold 1913

¹⁵ Vgl. StdtA Versmold, A 864

Weinberg und Bergfeld stagnierten also durchaus nicht in der Zeit der großen Depression (1873-95), sondern im Gegenteil ließ es der lokale kleinstädtische Markt mit agrarischem Umfeld zu, dass die Inhaber dieser beiden Firmen Angebote machen konnten, die vermehrt angenommen wurden. Gewerbefleiß, Inserate in der Lokalpresse, faire Bedienung und Kulanz zahlten sich aus. Die Mitglieder dieser Familienbetriebe teilten sich ihre Arbeit auf im Innen- und Außengeschäft, ergänzten und halfen sich im Krankheitsfall. Allerdings gehört zur Dialektik der Marktwirtschaft, dass die größeren Anbieter die Märkte der kleineren Anbieter austrocknen können, zumal wenn beide mit ähnlichen Warengruppen handeln.

Denn am unteren Ende der jüdischen Gewerbesteuerzahler befand sich die Witwe Julie Heilbron, die mit Porzellan und irdenem Geschirr handelte. In einem Freistellungsauftrag für das Steuerjahr 1883/84 wurde ihre soziale Situation mit folgenden Worten umschrieben: „[Sie] ist eine alte, arbeitsunfähige Frau, die ihr Brod nicht anders verdienen kann. Eine arbeitsfähige Tochter, die zugleich Pflegerin der öfters kranken Mutter ist, hilft der Mutter beim Handel.“¹⁶

Eine andere jüdische Frau, Sara Natansohn, betrieb einen Kleinhandel mit Ellen- und Fleischwaren. Auch ein weiteres Beispiel belegt, dass jüdische Frauen in der Lage waren, selbständig ein Handelsgeschäft zu führen. Nach dem Tode von Meyer Ganz (1859), der am 1.10.1842 in Hesselteich einen Kleinhandel angemeldet hatte, zogen seine Frau Julie, ihre Tochter Sara und ihre Schwester Berta nach Bielefeld und eröffneten ein Kolonialwarengeschäft an der Siekerstraße 13. Nach Minninger war es keine Seltenheit, dass sich jüdische Frauen als Firmengründerinnen emanzipierten oder als Prokuristinnen und Gesellschafterinnen im Handelsgeschäft ihrer Männer im Kaiserreich mitarbeiteten.¹⁷ Das galt auch für die Firma Gebr. Weinberg in Bockhorst, in die die Witwe von Selig Weinberg als Gesellschafterin eintrat, oder für die Firma Eduard Bergfeld, in die die vier Geschwister Laura, Luise, Carl und Oscar als persönlich haftende Gesellschafter nach dem Tode ihrer Mutter eintraten, bevor die beiden Schwestern am 15.7.1913 wieder ausschieden. Der unverheirateten Luise Bergfeld wurde allerdings nach dem Ersten Weltkrieg mit Eintrag vom 4.12.1919 Prokura erteilt und sie führte das Geschäft bis Herbst 1935 weiter, als es aufgrund der ständigen bedrohlichen Boykottpolitik der Versmolder SA- und der NSDAP-Ortsgruppe aufgegeben werden musste.¹⁸

¹⁶ Vgl. StdtA Versmold, A 864

¹⁷ Vgl. StdtA Versmold, A 817; vgl. Minninger, Monika; Stüber, Anke; Klusmann, Rita: Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Bielefeld 1988, S. 108f

¹⁸ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 281, Firmennr. 57; StADt, M I I P Nr. 670

Tabelle 50: **Handelstätigkeit der jüdischen Bürger von Versmold (1882/1883)**

Name	Hausnummer	Handel mit	Gewerbesteuersatz in Mark
1. Gebrüder Weinberg	Bockhorst, Nr. 46	Ellenwaren	42
2. Eduard Bergfeld	Versmold, Nr. 38	Nürnberger Ware, irdenem Geschirr; Lumpen, Eisen	36
3. Julie Heilbronn, Witwe	Versmold, Nr. 35	Porzellan, irdenem Geschirr	3
4. Sara Natansohn	Versmold, Nr. 40	Ellenwaren, Schlachtereie	6
5. Abraham Sternberg	Versmold, Nr. 79	Schlachtereie	6
6. Bernhard Steinfeld	Versmold, Nr. 55	Schlachtereie	6
7. Levi Spiegel	Versmold, Nr. 114	Schlachtereie	6
8. Meier Weinberg	Versmold, Nr. 30	Ellenwaren, Schlachtereie	6
9. Abraham Weinberg	Versmold, Nr. 62	Ellenwaren, Fellen	6

Quelle: StdtA Versmold, A 864

Obwohl Abraham Sternberg (41 Jahre), Bendix Weinberg (29 Jahre), Moses Abraham Raphael (49 Jahre) und Abraham Steinfeld (31 Jahre) Anfang der 1880er Jahre - neben 40 (1882) bis 54 (1883) Nichtjuden - im Amt Versmold Gewerbescheine beantragten, um ambulant mit und ohne Fuhrwerk mit Vieh, Fleisch, trockenen und rohen Häuten, Manufakturwaren und Fellen zu handeln, zeigte sich der Verbürgerlichungsprozess unter den jüdischen Schlachtern in der Weise, dass sie um die amtliche Erlaubnis bzw. um amtliche Konzessionen nachsuchten, um in fremden oder eigenen Schlachthäusern Großvieh zu schlachten.

Der Viehhändler und Schlachter Levi Spiegel, der Anfang Oktober 1882 den Kotten im so genannten Hinterdorf Nr. 53 angekauft hatte¹⁹, beabsichtigte, das Schlachthaus des Schlachters Mense in Versmold zu benutzen, was ihm ohne Konzession erlaubt wurde. In Versmold gab es kein städtisches Schlachthaus, so dass sich die einzelnen Schlachter ihre eigenen bauen oder sich gegenseitig helfen mussten. Am 25.1.1912 erhielt Levi Spiegels Sohn Julius unter Beachtung von zehn Bedingungen die Genehmigung, ein neues Schlachthaus zu erbauen. Seinem Bruder, Nathan Spiegel, wurde am 3.12.1930 der Bau eines neuen Schlachthauses, in dem er 5-20 Stück Großvieh pro Woche verarbeiten wollte, unter Berücksichtigung von 26 Bedingungen, urkundlich genehmigt.²⁰ Schon am 23.5.1910 erhielt der Schlachter Abraham Steinfeld Nr. 55 vom Kreisausschuss eine Genehmigungsurkunde zum Bau eines neuen Schlachthauses, in dem er 8-10 Kühe oder Kälber pro Woche zu verarbeiten beabsichtigte, unter Berücksichtigung von zehn Ausführungsbedingungen ausgehändigt.²¹

Wie in Borgholzhausen gab es auch in Versmold keine Juden in den so genannten freien Berufen, Beamte oder Unternehmer, die sich am lokalen Industrialisierungsprozess beteiligten.

¹⁹ Vgl. Vinke, S. 207

²⁰ Vgl. StADt, D 3 Bielefeld Nr. 763

²¹ Vgl. StADt, D 3 Bielefeld Nr. 808

Im Jahre 1908 gab es in Versmold drei Fleischer, darunter die Firmen Sara Nathanson und Abraham Steinfeld, einen Kappenmacher (Moritz Eisenstein), zwei Viehhändler (Julius Spiegel, Abraham Steinfeld) und das Warenhaus Eduard Bergfeld.²²

Bis 1908 waren die Arbeiter der Hechelei, mechanischen Spinnerei und Bleicherei der Segeltuchfabrik Conrad Wilhelm Delius (Firma gegr. 1823) die einzigen Industriearbeiter in Versmold, bevor sich die lokale Fleischwaren- und Margarineindustrie fabrikmäßig entwickelte.²³

3.4 Die relative Bedeutung der „Produktivierung“

Seit dem Erscheinen des Buches „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ (1781/83), in dem der preußische Archivrat und Diplomat Christian Wilhelm von Dohm die bürgerliche Gleichstellung, die Erwerbs- und die Religionsfreiheit für die Juden forderte, „da sie von Natur aus die gleichen Fähigkeiten hätten wie alle Menschen“, waren die Stimmen der Ideologen und Gebildeten nicht verstummt, die eine Produktivierung der Juden bzw. eine Umschichtung der jüdischen Berufsstruktur erwarteten, womit sie meinten, dass sich die Juden handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen öffnen sollten, um in die bürgerliche Gesellschaft aufgenommen werden zu können.¹ Allerdings gehörte auch zum staatlichen Erziehungskonzept von Dohms, der der Lehre des Physiokratismus nahestand, wonach der Boden als der wichtigste Produktionsfaktor anerkannt wurde, die Erwartung, dass sich die Juden aus den Handelsberufen, die sie wegen ihres Ausschlusses aus den Zünften und dem Verbot des Landbesitzes hauptsächlich ausübten, zurückziehen sollten und ihnen die Möglichkeit gegeben werden sollte, Land zu pachten und zu bebauen.² Nach Sorkin bezog sich die wertende Unterscheidung zwischen so genannten produktiven und unproduktiven Berufen auf die Wirtschaftsordnung des späten 18. Jahrhunderts, die auf der Landwirtschaft und dem Zunftsystem basierte und damit landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen einen höheren Stellenwert beimaß als den Handelsberufen.³ Da sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts amtlicherseits das antisemitische Stereotyp des „Schacherjuden“ ausprägte, womit nicht nur der Kleinhandel, Landprodukten- oder Altwarenhandel der Juden bezeichnet wurde, sondern jede Form der Handelstätigkeit, sofern sie von Juden betrieben wurde, und in Opposition zum „bürgerlichen“, „nützlichen“ oder „christlichen“ Gewerbe gesehen wurde⁴, wunderte es nicht, dass Mitglieder der jüdischen Oberschicht diese fremdstereotypen Wertvorstellungen übernahmen und mit der Gründung von Vereinen zur

²² Vgl. Adressbuch (1908), S. 317f

²³ Vgl. Westheider, Versmold (1994), S. 62

¹ Siehe Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi; Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. II. Emanzipation und Akkulturation 1780-1871. München 1996, S. 20

² Vgl. Herzig, Arno: Die Problematik christlich-jüdischen Zusammenlebens in Westfalen und Lippe während des Mittelalters und in der Neuzeit, in: Rodekamp, Volker (Hg.): Jüdisches Leben – Religion und Alltag. Katalog zur kulturhistorischen Ausstellung. Bd. 2. Aspekte der Vergangenheit. Güterloh 1988, S. 83

³ Vgl. Sorkin, David: The Transformation of German Jewry 1780-1840. New York 1987, S. 108

⁴ Vgl. Pohlmann, Klaus: Die Verbreitung der Handwerke unter den Juden. Zur Geschichte der jüdischen Handwerker in Lippe im 18. und 19. Jahrhundert. Detmold 1993, S. 124-128

Verbreitung von Handwerken unter den Juden versuchten, Mitgliedern der verarmten jüdischen Unterschicht die Aufnahme einer Handwerkslehre mit Hilfe von Prämien und Lehrgeldvorschüssen zu erleichtern. Mit einer solchen praktischen Politik hoffte die jüdische Oberschicht, die sich schon vor ihrer rechtlichen Emanzipierung an die christliche Oberschicht akkulturiert hatte, die Berufsstrukturen der jüdischen Gemeinden derjenigen der nichtjüdischen Gesellschaft anzugleichen oder doch zumindest aus den Söhnen verarmerter Juden und aus jüdischen Waisenkindern nützliche jüdische Mitbürger zu machen.⁵

In Minden wurde im August 1825 von dem Mediziner David Heilbronn, dem Architekten Simon Burgheim und dem Bankier Adolph Levison der „Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden“ gegründet und von dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, der Regierung in Minden, den Landräten, Bürgermeistern, Pastoren, mehreren Adligen und jüdischen Mäzenen unterstützt. Dieser Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, jüdischen Lehrlingen und Gesellen mit Hilfe eines Netzes von Geschäftsführern in den kleineren Orten des Regierungsbezirkes Minden eine Lehr- oder Gesellenstelle bei jüdischen oder nichtjüdischen Meistern zu vermitteln und, wenn nötig, ihre Lehre vorzufinanzieren.⁶ Im Untersuchungsgebiet fungierten im Jahre 1825 die Kaufleute S. Goldschmidt in Rahden, L. Löwenstein in Preußisch Oldendorf, J. Boas und N. Rosenberg in Lübbecke, F. Stern in Halle und S. Weinberg in Werther als Geschäftsführer, deren Dienste darin bestanden, die freiwilligen, aber regelmäßigen Spenden von Juden und Nichtjuden und die vierteljährlichen Berichte an das Direktorium des Vereins zu übersenden und Mitteilungen über jüdische Lehrlinge und Gesellen und nichtjüdische, ausbildungsbereite Meister vor Ort zu machen.

Auch aus den Orten des Kreises Halle i.W. waren von dem Verein einige junge Männer angenommen, in der deutschen Sprache geprüft und bei Meistern untergebracht worden.

Raphael Frank aus Halle i.W. hatte bei einem Meister in der Kreisstadt eine Lehre als Sattler begonnen. Sein Vater war im Oktober 1820 gestorben und hatte Frau und drei minderjährige Kinder hinterlassen. Im Jahre 1834 ließ sich Raphael Frank in Versmold nieder.⁷

Meyer Gutmann aus Halle i.W. lernte in der Kreisstadt bei einem Schuhmachermeister. Sein Vater, der Handelsmann Levi Gutmann, war im Januar 1823 gestorben und hatte seine Frau, zwei Jungen - von denen der älteste 13 Jahre alt war - und zwei Mädchen hinterlassen. Fünfzehn Jahre später, am 24.12.1838, ließ sich Meyer Gutmann als Schuhmachermeister in Bielefeld nieder, nachdem er sich mehrere Jahre zuvor in der Weltstadt London fortgebildet hatte.⁸

⁵ Vgl. Bermann, Dagmar T.: Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Assimilatorische und zionistische Berufsumschichtungsbestrebungen unter den Juden Deutschlands und Österreichs bis 1938. Eine historisch-soziologische Studie. Wien 1971, S. 74-80. Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer: Deutsch-Jüdische Geschichte. Bd. II, (1996), S. 85

⁶ Vgl. Erster Bericht über den Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden vom 19.10.1826 von Dr. Heilbronn/Minden

⁷ Vgl. StADt, P 2 Nr. 67; StdtA Versmold, A 244

⁸ Vgl. StADt, P 2 Nr. 123; StdtA Bielefeld, Öffentliche Anzeigen der Grafschaft Ravensberg, 1838, S. 419

Philipp Norden aus Werther, dessen verstorbener Vater Altwarenhändler war, hatte sich zwar beim Mindener Verein angemeldet, wusste allerdings noch nicht, welches Handwerk er ergreifen würde. Moses Meyerson aus Werther hatte eine Lehre als Schönfärber in Gütersloh begonnen und war dem Mindener Verein als Mitglied beigetreten.

Am 28.11.1825 wurde in Münster durch Initiative von Professor Alexander Haindorf der „Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden und zur Errichtung einer Schulanstalt“ gegründet, dessen Zuständigkeitsbereich zunächst nur den Regierungsbezirk Münster umfasste und zwei Jahre nach seiner Gründung den Regierungsbezirk Arnsberg einschloss. Auch dieser Verein wurde vom Oberpräsidenten, Ludwig von Vinke, der dem Verein als Mitglied beitrug und für ihn bei seinen Unterbehörden Werbung machte, aktiv unterstützt. Im Jahre 1828 nannte sich die Einrichtung in Münster „Verein zur Errichtung einer Schul-Anstalt, worin künftig jüdische Schullehrer ausgebildet und arme und verwaiste Kinder unterrichtet werden sollen; wie auch zur Beförderung von Handwerken und Künsten unter den Juden.“⁹

Bis zum Tode von Professor Haindorf im Jahre 1862 wurden in dieser Einrichtung 200 Lehrer ausgebildet und 300 Handwerkern Lehrstellen auf Kosten des Vereins vermittelt.¹⁰ In der Zeit von 1825-1871 wurden 389 Lehrlinge, die in 56 Berufssparten ausgebildet wurden, aufgenommen. Die am häufigsten gewählten Berufe waren Schuhmacher (44), Schneider (35), Weber (33), Buchbinder (28), Klempner (24), Sattler (24), Glaser (23), Anstreicher (22), Färber (14), Kürschner (13), Drechsler (12), Schlosser (11), Kappenmacher (9) und Tischler (8).¹¹

Seit 1842 absolvierte Joseph Neustädter aus Werther durch Vermittlung des Haindorfschen Vereins eine Tischlerlehre in Münster. Zu Beginn seiner Lehrzeit wurde er mit Geld und Kleidungsstücken von der jüdischen Gemeinde Werther ausgestattet, später wurde er von seinem Onkel in Preußisch Oldendorf unterstützt, da auch seine Mutter von der jüdischen Gemeinde in Werther Fürsorgegelder erhielt.¹²

Wie wir oben gesehen haben, ließen sich auch in den jüdischen Gemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. einige Handwerker nieder wie Goldschmiede, Färber, Lohgerber, Buchbinder, ein Klempner, ein Posamentenmacher, ein Kürschner, ein Sattler, ein Drechsler, ein Uhrmacher, ein Putzmacher usw. Doch ihr Anteil an allen jüdischen Erwerbstätigen lag immer deutlich unter 10% im Untersuchungszeitraum des 19. Jahrhunderts verglichen mit dem Anteil der jüdischen Handwerker in der ganzen Provinz Westfalen im Jahre 1854, als er 14,2% betrug.¹³ Manche Handwerker - wie der Uhrmacher Feidel Stern in Halle oder der Drechsler Hesekeel Neustädter in Werther - zogen es nach einiger Zeit in der Tat vor, wieder Handel zu treiben: der Erste zunächst mit Pferden und später mit Kolonialwaren, der Zweite mit Haushaltswaren. Andere Handwerker

⁹ Vgl. Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997, S. 35ff

¹⁰ Vgl. Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 58

¹¹ Vgl. Freund, S. 78

¹² Vgl. KAGt, H 4 H LR1 171.1 (A 117)

¹³ Vgl. Herzig (1973), S. 69-71

entschieden sich, den Wohnort und damit den Markt zu wechseln, wie die Familie des Posamentiers Julius Backhaus, die im Jahre 1856 von Lübbecke nach Randers/Dänemark zog oder der Buchbinder Julius Boas aus Levern, der im selben Jahr nach Amerika auswanderte.

Obwohl sich die Zahl der jüdischen Handwerker im Vormärz im Untersuchungsgebiet vermehrte, war ihre Zahl nach dem ersten Schub der Industrialisierung (1847) bis zum Beginn der Industrialisierungsphase der 1870er Jahre rückläufig. Jüdische Handwerker blieben ‚soziales Anhängsel‘ der Kauf- und Handelsleute in den kleinen jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebietes.¹⁴ Inwieweit sich die Kinder der Kauf- und Handelsleute, die im Vormärz aktiv waren, entschieden, ein Unternehmen zu gründen und sich am lokalen, regionalen und überregionalen Industrialisierungsprozess zu beteiligen, soll im nächsten Kapitel dargestellt werden.

3.5 Der Beitrag der jüdischen Bürger zur Modernisierung und Industrialisierung

Während und nach der Industrialisierungsphase von 1870-90 entschieden sich einige jüdische Familien in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. teils allein, teils indem sie eine Partnerschaft mit einem nichtjüdischen Unternehmer eingingen, den Entwicklungssprung vom Handel mit Garn, Leinen und Drell, Manufakturwaren, Altkleidern, Tabak, Eisenwaren, Landesprodukten und Gemischtwaren zur fabrikmäßigen Produktion von serienmäßiger Konfektionsware, Wäsche, Zigarren, Fleischwaren, Metallwaren und Dampfziegeln zu wagen.¹ Ein solcher Entwicklungssprung wäre ohne die Mitarbeit und die Kenntnisse zahlreicher Hausarbeiter und -arbeiterinnen, insbesondere von Zigarrenmachern und Näherinnen, ohne die kostengünstige Beschäftigung von lohndrückenden Frauen und Kindern kaum möglich gewesen, zumal die Herstellung von Zigarren eine rein manuelle Tätigkeit darstellte. Die Krise der heimindustriellen Garnspinnerei und Leinwandweberei seit den 1830er Jahren setzte ländliche Arbeitskräfte frei, die einerseits zunehmend nach 1850 in der aus den Kleinstädten Minden, Vlotho und Bünde aufs Land expandierenden Zigarrenfabrikationsbranche Beschäftigung fanden, andererseits seit den 1840er Jahren im Verlagswesen und als Hausarbeiter/innen und Fabrikarbeiter/innen der Bekleidungs- und Wäscheindustrie Anstellung suchten.² Allerdings waren die Zahl und die Kapazitäten der Betriebe in der Zigarrenfabrikations- und der Bekleidungs- und Wäscheindustrie in

¹⁴ Vgl. Bermann, S. 77

¹ Vgl. Herzig, Arno: Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozess, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 112

² Vgl. Wrede, Joseph: Die Minden-Ravensberger Zigarrenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Arbeiter. Münster 1921, S. 13ff; Thielking, Bernd-Friedrich: Die Entstehung und Frühphase der Minden-Ravensberger Zigarrenindustrie (1830-1875), in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“. Dortmund 1988, S. 171f; siehe auch Momberg, Rolf: Die Zigarrenmacher. Aus der Geschichte der Zigarrenindustrie im Minden-Lübbecke Land von 1830 bis zur Gegenwart. Hüllhorst 1996. Vgl. Ditt, Karl: Die Wäsche- und Bekleidungsindustrie Minden-Ravensbergs im 19. Jahrhundert, in: Lassotta, A.; Lutum-Lenger, P. (Hg.): Textilarbeiter und Textilindustrie. Beiträge zu ihrer Geschichte in Westfalen während der Industrialisierung. Hagen 1989, S. 105f; Voß, Günther: Herfords Bekleidungs- und Wäscheindustrie im Wandel der Zeit. Herford 1984, S. 14ff

den 1840er und 1850er Jahren noch nicht so entwickelt, dass alle frei werdenden Arbeitskräfte, die von der Krise in der protoindustriellen Garnspinnerei und Leinwandweberei betroffen worden waren, in den neuen substitutiven Industriebranchen hätten Beschäftigung finden können, denn sonst wäre es nicht erklärlich, warum so viele Landbewohner während der agrarischen und protoindustriellen Krisen der 1840er und 1850er Jahren aus Ostwestfalen auswanderten.

In Lübbecke begann der Leinen- und Drellhändler Nathan Ruben (*1807 in Spenge) im Jahre 1846 ein Handelsgeschäft mit handgewebtem Leinen und ließ später im Verlagssystem blaue Arbeitskittel nähen.³ Mit seinem Bruder Abraham unterhielt Nathan Ruben als Teilhaber der Firma A. Ruben (gegr. 1843) von 1854-1861 in Herford „eine Weberei mit 40 Stühlen für Leinen und Drell.“⁴ Dies soll nach Voß das älteste Branchenunternehmen in Herford gewesen sein, „das sich aus einer Leinenweberei zur Kleiderfabrik entwickelte.“⁵ Lehrer Max Lazarus schilderte den Gewerbefleiß und die Initiative des früheren Händlers und späteren Inhabers einer Konfektionsfabrik in Lübbecke, Nathan Ruben, und seines Sohnes Julius wie folgt:

„Ich vernahm aus dem Munde eines begüterten Bauern, wie Herr Ruben sen. oft schon um Mitternacht sich zu Fuß nach fernen, gewerbereichen Orten begab, um bei Tagesanbruch im Hausierhandel tätig zu sein. Er begründete im Laufe der Zeit einen Konfektionsbetrieb und legte den Grund zur Hausindustrie am hiesigen Platze. Sein Auge übersah alles. Früh und spät spornte er Frauen und Mädchen zu Fleiß und Geschicklichkeit an und verhalf also armen Ortseingesessenen zu Brot und Verdienst. So wurde die Firma Nathan Ruben begründet, die, nach streng redlichen Grundsätzen geleitet, aufblühte und durch den kaufmännischen Weitblick des Sohnes zur Zeit als eines der bedeutendsten Unternehmungen gilt und überall in der Geschäftswelt sich des besten Rufes erfreut. Filialen in großen Städten sind angeschlossen. Herr Ruben jun. ist als Mitglied der Handelskammer und des Stadtverordnetenkollegiums sehr geschätzt. [...]“⁶

Die Zahl der von der Firma Nathan Ruben beschäftigten Näherinnen („Nähmaschinen“), die zumeist als Hausarbeiterinnen zugeschnittene Stoffe aus Leinen, Baumwolle und Jute zu Arbeiterkleidung wie Schlosseranzügen („Blaumänner“), Arbeitshemden und Kittel vernähten, erhöhte sich von 40 im Jahre 1880 auf 200 (1896/97), 250 (1897/98) und 300 (1898/99).⁷ Nach Erweiterung der Näherei im Fabrikhauptgebäude in Lübbecke im Jahre 1888 und dem Einbau eines Dampfkessels im Jahre 1894 in einem neuen Fabrikanbau konnte die zentralisierte Produktion gesteigert werden, da den Zuschneidern, Büglerinnen und Näherinnen elektrisch betriebene Arbeitsgeräte zur Verfügung standen.⁸ Im Jahre 1898/99 wurden im Fabrikgebäude ca. 35 Personen als Kontoristen, Reisende, Lagerarbeiter und Zuschneider sowie 50 Arbeiterinnen als Büglerinnen und Näherinnen beschäftigt. Spätestens seit 1897 unterhielt die Firma Nathan Ruben eine Hauptniederlassung in Hamburg, von wo ein Teil der Kleidung, die in Lübbecke hergestellt worden war, durch Reisende abgesetzt wurde. Seit 1.1.1906 wurde die Firma Nathan Ruben als Kommanditgesellschaft geführt, in der der Kaufmann Julius Ruben in Lübbecke mit 500.000 M, der

³ Vgl. Bünde, Lübbecke, Minden, Bad Oeyhausen, Rinteln, Solbad Melle. Hg. v. Magistrat der Stadt Bünde. Bearb. v. Bürgermeister Dr. Dieckmann. Berlin-Halensee 1930, 4. Aufl., S. 95

⁴ Voß, S. 248

⁵ Ebd., S. 248

⁶ Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 19

⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, B 55.29 II; StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2045

⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.58; Dieckmann, S. 95

Kaufmann Albert Heymann in Warburg mit 150.000 M, der Prokurist Adolf Wolff in Lübbecke mit einer Einlage von 50.000 M und die Gesamtprokuristen Hugo Leon mit 80.000 M und Fr. Ida Lehmann mit 20.000 M beteiligt waren.⁹ Neben der Hauptniederlassung in Hamburg wurden nach der Jahrhundertwende Zweigniederlassungen in Berlin, Mönchengladbach und Manchester unterhalten. Die Palette der Produkte der mechanischen Kleider- und Hemdenfabriken hatte sich bis 1908 erheblich erweitert. Ein Briefkopf der Hamburger Niederlassung nannte folgende: Herren- und Knaben-Konfektion; Loden-, Sport- und Schlafrock-Konfektion; imprägnierte und Gummimäntel; Ölzeug; Leder-, Pelzjoppen und -mäntel; Export-Konfektion; Pyjamas; Herren-Hemden; Sommer- und Lustre-Konfektion; Arbeiter-Garderoben.¹⁰

Nachdem infolge der Zwangsbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg, die vermutlich aus der britischen Seeblockade, die Deutschland vom Weltmarkt abschnitt, resultierte, 117 Hausarbeiterinnen aus 31 Gemeinden des Kreises Lübbecke und 14 Fabrikarbeiterinnen in Lübbecke von der Firma Nathan Ruben entlassen werden mußten, teilte der Lübbecker Bürgermeister Pütz der Regierung Minden am 28.10.1916 mit, dass die Entlassenen teilweise in örtlichen Zigarrenfabriken Verdienst gefunden hätten.¹¹

Die Firma Abraham Hecht wurde im Jahre 1807 in Lübbecke gegründet. Der Firmengründer stammte aus Zeitlofs in Bayern, zog am Ende des 18. Jahrhunderts nach Lübbecke und lernte bei dem Tuchhändler Nathan Moses Steinberger.¹² Zunächst führte Abraham Hecht in der Lange Straße 54 eine Manufakturwarenhandlung.¹³ Spätestens seit Anfang der 1860er Jahre leiteten seine Söhne Samuel und Levi als Gesellschafter eine Leinengroßhandlung in Lübbecke am Osterwall 285, und sein Sohn Moses führte eine Zweigniederlassung in Köln bis 1881. Danach übernahm Levi Hecht die Geschäftsführung bis 1887, als die Niederlassung in Köln aufgelöst wurde. Seit 1891 war Samuel Hecht alleiniger Inhaber der Firma A. Hecht, die nur noch in Lübbecke bestand.¹⁴ Vor der Jahrhundertwende wurde die Leinen- und Baumwollgroßhandlung von Hermann und Salomon Hecht, Söhne von Samuel Hecht, geleitet. Zunächst kaufte die Firma A. Hecht Leinentuche auf den Leggen der Kleinstädte im Kreis Lübbecke auf, lagerte sie und verkaufte sie weiter. Max Lazarus beschrieb die Anfänge dieser Firma in seinen Erinnerungen wie folgt:

„Das in hiesiger Gegend gesponnene Leinen wurde und wird an bestimmten Stellen und Terminen leggeartig, d.h. börsenartig, gewertet und verkauft. Dieser Einrichtung verdankt die Firma A. Hecht ihr Entstehen. Sie ist sehr im Aufblühen. Zwei Söhne vertreten sie mit bestem Erfolge auf Geschäftsreisen weit im Reiche. [...]“¹⁵

⁹ Vgl. StADt, (Gesellschafts- und Handelsregister des Kreisgerichts Lübbecke) A 1, Firma Nr. 19; vgl. StdtA Lübbecke, C I 3.75

¹⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 3.75

¹¹ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 7.53

¹² Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Andrea Sundermeier und Isolde Oberlehberg mit Fred Edwards vom 9.9.1986

¹³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 84.25 IV, V

¹⁴ Vgl. StADt, A 1, Firma Nr. 103

¹⁵ Lazarus, Erinnerungen, S. 20

Seit dem Jahr 1906 begann die Firma A. Hecht offenbar erfolgreich, Kleider- und Wäschekonfektion, d.h. massenhaft auf Vorrat nach bestimmten Größenklassen, fabrikmäßig zu produzieren, so dass die Gewerbesteuerzahlungen dieser Firma von 372 M im Jahre 1905 auf 572 M im Jahre 1906 anstiegen.¹⁶ Damit entrichtete die Firma A. Hecht sogar mehr Gewerbesteuern als die Firma Nathan Ruben, die 408 M zahlen musste.

Im Jahre 1906 gab es vier Konfektionsfabriken in Lübbecke, die insgesamt 64 Fabrikarbeiter und 105 Fabrikarbeiterinnen (ohne Hausarbeiterinnen) beschäftigten.¹⁷ Doch wie die Firma Nathan Ruben beschäftigte die Firma A. Hecht zweifellos mehr Hausarbeiterinnen als Näherinnen in der Fabrik. Im September 1915 sah sich die Firma A. Hecht genötigt, aufgrund der kriegsbedingten Zwangsbewirtschaftung 18 von 23 Fabrikarbeitern und zusätzlich 94 „Hausgewerbetreibende“, also Näherinnen, aus 15 Gemeinden des Kreises Lübbecke zu entlassen.¹⁸ Allein 50 Hausarbeiterinnen, die in der Kreisstadt wohnten, waren darunter. Ein Jahr später ruhte der Betrieb vorübergehend ganz, bevor die Produktion im Jahr 1917 wieder anlief. Nach dem Ersten Weltkrieg musste die Produktion im Winter 1923 wegen der Hyperinflation, der schwierigen Berechnung der Preise und Löhne, eine Zeit lang eingestellt werden.¹⁹

Die Firma M.N. Rosenberg als dritter, kleinerer Konfektionsbetrieb, produzierte in Lübbecke von 1898-1913. Im Jahre 1904 beschäftigte dieser Betrieb ein Maximum von 20 Arbeitern und Arbeiterinnen als Hausarbeiter und in der Fabrikationsstätte 2 Buchhalter und 2 Zuschneider.²⁰ Max Rosenberg, ein Sohn des früheren Manufakturwarenhändlers Moses Nathan Rosenberg, wurde am 12.2.1902 als persönlich haftender Gesellschafter der Firma M.N. Rosenberg ins Handelsregister eingetragen, während seinem Vater Moses Prokura erteilt wurde.²¹ Ein Grund für die Aufgabe dieses Betriebs war, dass Max Rosenberg als Soldat im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete Max Rosenberg als Handelsvertreter. Der Verbürgerlichungsprozess der Familie M.N. Rosenberg zeigte sich nicht nur darin, dass der Vater mit seinem Sohn einen Konfektionsbetrieb unterhielt. Eine jüngere Tochter von Max und Margarete Rosenberg, Hilde, schloss am 1.2.1930 an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg ihre Promotion ab und verheiratete sich im selben Jahr mit dem Lübbecker Fabrikanten Albert Ruben.²²

¹⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.31; C III 13.17

¹⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.31

¹⁸ Vgl. StADt, D 3 Minden Nr. 23

¹⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.74

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. StADt, A 1, Firma Nr. 13

²² Vgl. Beckmann (1994), S. 71. Dr. Hilde Rosenberg verfasste eine Dissertation mit dem Titel: „Die Berufsvorbereitung des Industriearbeiters und ihre Bedeutung im Kampf um die Arbeitsfreude mit einem Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Berufsvorbereitung Deutschlands.“ Eine Kopie der Promotionsurkunde wurde dem Verfasser freundlicherweise von ihrer Tochter, Miriam Shimoni, zugesandt.

Seit 1897 beschäftigten die Gebrüder Frank in Rahden 18 Hausarbeiter im Amt Rahden in der Textilherstellung.²³ Die Gewerbeinspektion in Minden schätzte die Lage der Konfektionsindustrie in der ostwestfälischen Region im Jahre 1897 als expansiv ein, da sowohl die Zahl der Konfektionsbetriebe als auch die Zahl der beschäftigten Hausarbeiter/innen zugenommen habe. Allerdings wurde auch die zunehmende Konkurrenz, besonders die der voigtländischen Konfektionsindustrie beklagt, wo noch niedrigere Löhne als in Ostwestfalen gezahlt würden.²⁴ Während im Jahre 1882 im Regierungsbezirk Minden, d.h. besonders in den Kreisen Minden, Lübbecke, Herford und Bielefeld 3.950 Personen im Heimgewerbe von der Bekleidungsindustrie beschäftigt wurden, waren es 1893 schon 4.750 Personen.²⁵ Der Erfolg der ostwestfälischen Konfektionsindustrie war ambivalent: einerseits trug die Bekleidungs- und Wäscheindustrie zur Beschäftigung von Frauen in den Städten und auf dem Land bei, andererseits war die soziale Lage der Näherinnen als Hausarbeiterinnen schlechter als diejenige der Fabrikarbeiterinnen in dieser Branche vor dem Ersten Weltkrieg. Die Gründe waren folgende:

1. Die Fabriknäherinnen hatten einen zeitlich geregelten Arbeitstag, der allerdings im Vergleich zu heutigen Standards sehr lang war. Nach der Arbeitsordnung der Firma Nathan Ruben vom 13.3.1913 betrug die Wochenarbeitszeit im Sommer 58 Stunden, die Tagesarbeitszeit 12½ Stunden inklusive 2½ Stunden Pause.²⁶ Für allein stehende oder verwitwete Frauen, die ihren Verdienst als Vollarbeiterinnen im Hausgewerbe erzielten, oder auch für junge, unverheiratete Hausarbeiterinnen (Näherinnen) war die tägliche Arbeitszeit vor Lieferterminen noch länger als diejenige der in einer Fabrik Beschäftigten und konnte 12-16 Stunden betragen.
2. Für Fabrikarbeiterinnen galt eine 14tägige Kündigungsfrist, während Hausgewerbetreibende keinen Kündigungsschutz hatten.
3. In Rezessionszeiten wurden Fabrikarbeiterinnen nicht sofort entlassen, sondern des öfteren mit Kurzarbeit beschäftigt, während Hausarbeiterinnen eher damit rechnen mussten, in solchen Zeiten ihre Beschäftigung zu verlieren.
4. Fabrikarbeiterinnen waren gegen Krankheit, Invalidität und altersbedingte Erwerbsunfähigkeit versichert, während sich Hausgewerbetreibende freiwillig versichern mussten, dies aber in der Regel nicht taten.²⁷

In Levern gründete im Jahre 1902 Alex Löwenstein mit seinem Sohn Karl die „Westfälische Fleischwarenfabrik Löwenstein & Sohn“, die vor 1914 ca. 15 Beschäftigte hatte.²⁸ In einer Beschreibung zum Antrag der Baugenehmigung eines Schlachtraumes für die Fleischwarenfabrik Löwenstein vom 20.10.1902 hieß es:

²³ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2045

²⁴ Vgl. StADt, D 3 Minden Nr. 52

²⁵ Vgl. Ditt (1989), S. 110

²⁶ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 125; StdtA Lübbecke, C II 13.8

²⁷ Vgl. Ditt (1989), S. 117

²⁸ Vgl. Möllenhoff, Gisela; Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918 bis 1945. Teil 1: Biographisches Lexikon. Münster 1995, S. 279; Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 27

„In dem projektierten Schlachtraum sollen Schweine und auch Rindvieh nach Erfordern und Bedarf geschlachtet werden, um von hier aus in geschlachtetem Zustande in der anstoßenden Fleischwarenfabrik zu Fleischwaren aller Art hauptsächlich zu Wurst verarbeitet zu werden.“²⁹

Die Wurst soll per Bahn von Bohmte/Osnabrück nach Münster transportiert und von dort vertrieben worden sein.³⁰ Der Betrieb der Fleischwarenfabrik wurde zu Beginn des Ersten Weltkriegs eingestellt. Nach dem Krieg widmete sich die Familie Löwenstein in erster Linie dem Import von Fleisch aus Übersee (z.B. aus Argentinien), das in Levern fassweise angeliefert „und portionsweise verpackt worden sein“ soll.³¹ Im Jahre 1919 wurde eine OHG mit dem Firmennamen „Löwenstein Söhne“ mit Sitz in Münster gegründet, im selben Jahr eine Zweigniederlassung in Köln. Die Firma hatte Einkaufsbüros in Rotterdam und Hamburg. Das Lebensmittelimport- und Großhandelsgeschäft, als dessen persönlich haftender Gesellschafter sich Alex Löwenstein nach seinem Umzug nach Münster im Jahre 1908 ins dortige Handelsregister eintragen ließ, war aus der im Jahre 1843 in Levern gegründeten Firma mit dem Namen seines Vaters „Bernhard Löwenstein“ hervorgegangen.³² Der Betrieb der Firma in Levern wurde mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1928/29 aufgegeben.³³

Im Jahre 1877 gründete Aron Bendix Weinberg aus Werther mit seinen Söhnen Moses Aron und Bendix Aron und seinem Partner Wilhelm Langer eine Zigarrenfabrik in der Gemeinde Theenhausen im Amt Werther im Kreis Halle i.W. Zuvor soll Aron B. Weinberg ein Handelsgeschäft mit Tabak und Zigarren sowie Finanzgeschäfte betrieben haben. Beispielsweise soll er nach dem Zusammenbruch einer ländlichen Sparkasse in Dornberg (1879/80) den größten Hof, Milsmann Nr. 1, in Dornberg erworben und in den Jahren von 1889-94 an fünf Bauern parzelliert wieder verkauft haben.³⁴ Im Jahre 1896 beschäftigten A.B. Weinberg & Langer in ihrer Zigarrenfabrik in Theenhausen ca. 55 Arbeiter und Arbeiterinnen. Nach dem Kauf des Schlosses Werther mit Hofraum und Garten im Jahre 1887 und der Einrichtung eines Kontors und weiterer Gewerberäume im Schloss ein Jahr später wurden hier weitere 25 Zigarrenarbeiter, z.B. als Sortierer beschäftigt.³⁵ Vor dem Verbot der Fabrikarbeit für schulpflichtige Kinder gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung vom 1.6.1891 wurden zumindest in der Filiale in Theenhausen neben erwachsenen Männern und Frauen auch Kinder in einem separaten Raum beschäftigt. Ein Schnitt und ein Grundriss der Filiale in Theenhausen aus dem Jahr 1890 zeigen im Erdgeschoss neben weiteren Räumen ein mit „Arbeitsraum I“ bezeichnetes Zimmer für „Knaben“ mit einer maximalen Länge von 7,82 m, einer maximalen Breite von 5,15 m sowie vier Fenster. Möglicherweise konnten in diesem Zimmer ca. 10 schulpflichtige Kinder nachmittags beschäftigt

²⁹ StADt, D 3 Minden Nr. 101

³⁰ Vgl. Hillebrand, S. 27

³¹ Ebd., S. 27

³² Vgl. Möllenhoff, S. 279, 281

³³ Vgl. Hillebrand, S. 27

³⁴ Briefliche Mitteilung von Paul Lütgemeyer an Kurt Weinberg

³⁵ Vgl. StADt, M 1 I G Nr. 272; StdtA Werther, A 367

werden. Im Bodenraum waren neben getrennten Arbeitsräumen für Männer und Frauen ein Lagerraum und eine Trockenstube eingerichtet. Der Arbeitsraum für Männer hatte eine Grundfläche von 63 qm und umfasste einen Luftraum von 179,7 cbm. Da nach der Verordnung des Bundesrates vom 9.5.1888 ein Mindestluftraum von 7 cbm pro Zigarrenarbeiter vorausgesetzt wurde, konnten in diesem Arbeitsraum nach den Berechnungen des zuständigen Baurates maximal 26-27 Arbeiter beschäftigt werden. Der Frauenarbeitsraum hatte eine Grundfläche von 50 qm und einen Luftraum von 137,80 cbm, was zur Beschäftigung von 19 Arbeiterinnen qualifizierte. Der Männerarbeitsraum war mit drei Fenstern, zwei Dachfenstern zum Öffnen und einer Deckenklappe ausgestattet. Der Frauenarbeitsraum hatte ebenfalls drei Seitenfenster und ein Dachfenster.³⁶

Das Verbot der Kinderarbeit in den Zigarrenfabriken hatte nach Wrede zur Folge, dass die Eltern, die auf die vorbereitende Arbeit und den Verdienst ihrer Kinder angewiesen waren, in die Hausgewerbeindustrie abwanderten, wo die Arbeitsverhältnisse möglicherweise noch schlechter waren. Hygienische Mindeststandards für Zigarrenarbeiter im Hausgewerbe wurden erst mit den Vorschriften des Bundesrats vom 17.11.1913 für die Gewerbeinspektion verbindlich gemacht.³⁷ Während im Jahre 1891 in 284 Filialfabriken in der Westfälischen Zigarrenindustrie noch 1.496 Kinder und 1.455 Jugendliche beschäftigt waren, sank ihre Zahl bis 1894 auf 2 Kinder und 1.226 Jugendliche in 237 Filialfabriken.³⁸ Nach einer Zählung aus dem Jahre 1898 waren von 22.668 in der Tabakhausindustrie im Reich arbeitenden Kindern allein 5.399 (2.992 Knaben/2.407 Mädchen) oder 23,8% in den Kreisen Minden, Lübbecke und Herford beschäftigt. Diese Daten belegen zum einen die Verlagerung der Kinderarbeit aus der Fabrik- in die Hausindustrie, zum anderen die expansive Bedeutung der ostwestfälischen Zigarrenhausindustrie am Ende des 19. Jahrhunderts.³⁹ Am 27.1.1890 stellte Aron Bendix Weinberg beim Landrat Graf zu Ysenburg in Halle den Antrag, in seiner Zigarrenfabrik in Theenhausen sechs weitere Zigarrenarbeiter, zusammen also 33 Zigarrenarbeiter beschäftigen zu dürfen, da der entsprechende Arbeitsraum „mit genügender Ventilationseinrichtung versehen“ sei.⁴⁰ Obwohl Gewerberat Raether in Minden in einem Gutachten vom 30.6.1890 zu dem Ergebnis kam, dass in diesem Fall eine Ausnahme von der Bekanntmachung des Bundesrats vom 9.5.1888 gemacht werden könne, wenn a) in dem Arbeitsraum für Männer ein Ventilationsmantelofen eingebaut würde, b) die Oberlichter der drei Giebelfenster mit Klappscheiben versehen würden und c) anstelle der Deckenklappe ein Dunstabzugsschacht installiert würde, entschied die Regierung schließlich Ende Juli 1890, das Gesuch abzulehnen, da der Arbeitsraum höchstens mit 27 Arbeitern belegt werden könne.⁴¹

³⁶ Vgl. StADt, M 1 I G Nr. 272

³⁷ Vgl. Wrede, S. 96f; StADt, M 1 I G Nr. 288, Bd. III

³⁸ Vgl. Wrede, S. 97

³⁹ Vgl. Wrede, S. 97f

⁴⁰ Vgl. StADt, M 1 I G Nr. 272

⁴¹ Vgl. ebd.

Bis spätestens vor Beginn des Ersten Weltkriegs unterhielt die Zigarrenfabrik A.B. Weinberg auch eine Filiale in Spenge im Kreis Herford am so genannten Hückerkreuz. Hier waren im Sommer 1914 durchschnittlich 60 Zigarrenarbeiter, darunter 20 Frauen und Mädchen beschäftigt. Von der Belegschaft waren 10 Männer und 8 Frauen (30%) in der SPD organisiert.⁴² Die Filiale wurde von einem Werkmeister, der von der Firma A.B. Weinberg angestellt war, geleitet. Dieser Werkmeister beschäftigte allerdings auch selbst eine Reihe weiterer Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen in den umliegenden Gemeinden wie Bardüttingdorf und Westerenger in der Hausindustrie.⁴³ Spätestens während der Zeit der Weimarer Republik unterhielt Werkmeister Peter Heitmann offenbar auch einen eigenen Fabrikraum für 18 Arbeiter, in dem er vermutlich in Kommission Zigarren für die Firma A.B. Weinberg in Werther herstellen ließ.⁴⁴

Welche Bedeutung die Zigarrenindustrie für den Kreis Herford im Vergleich zum Kreis Halle i.W. hatte, verdeutlichen die Beschäftigtenzahlen. Während schon im Jahre 1875 im Kreis Herford 92 Zigarrenfabriken mit 3.353 Beschäftigten registriert wurden, waren es im Kreis Halle i.W. im Jahre 1901 nur 118 Männer und 25 Frauen, die als Fabrikarbeiter und 106 Männer und vier Frauen, die in der Hausindustrie beschäftigt wurden.⁴⁵ Im Sommer 1913 zählte man im Kreis Herford 2.656 Hausarbeiterinnen und 4.220 Hausarbeiter in der Zigarrenindustrie.⁴⁶ Die Gründe für die größere Zahl der Beschäftigten in der Zigarrenindustrie im Kreis Herford, speziell im Amt Spenge im Vergleich zum Kreis Halle i.W. im allgemeinen und dem Amt Werther im besonderen, lagen im größeren Arbeiterangebot und den niedrigeren Löhnen, aber auch in den Absprachen der Zigarrenfabrikanten untereinander - zumindest in den 1850er Jahren -, ‚sich gegenseitig keine Arbeiter abzunehmen‘, um Lohnsteigerungen zu vermeiden.⁴⁷

Dass Arbeiter sich partei- und verbandsmäßig organisieren, um ihre Interessen besser vertreten zu können, zeigte sich in der Spenger Filiale der Firma A.B. Weinberg kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die 18 in der SPD und im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisierten Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen forderten eine 10-15% Lohnerhöhung pro Tausend gefertigter Zigarren.⁴⁸ Nachdem die Firma diese Forderungen abgelehnt hatte, stellten die 18 Arbeiter nach Ablauf der vierzehntägigen Kündigungszeit ihre Arbeit ein. Mit der Mobilmachung am 1. August nahmen die Arbeiter aber ihre Forderungen zurück und baten darum, wieder eingestellt zu werden. Dies lehnte die Firma A.B. Weinberg jedoch ab, da sie - nach den Worten des Amtmannes von Spenge, Cornelius – „die übelsten Erfahrungen“ mit den organisierten Arbeitern gemacht habe. Sie hätten nur „Unruhe“ unter den Arbeitern verbreitet und Lohnforderungen gestellt. Als die Löhne im Jahre zuvor beträchtlich erhöht worden waren, hätten die organisierten Arbeiter die zusätzliche

⁴² KAHf, A Nr. 1293

⁴³ Vgl. StADt, M 1 I G Nr. 287, Bd. II; Nr. 288, Bd. III

⁴⁴ Vgl. StADt, M1 I G Nr. 288, Bd. II

⁴⁵ Vgl. Thielking, S. 192, Tabelle 4; StADt, M 1 I G Nr. 274

⁴⁶ Vgl. KAHf, A Nr. 1301

⁴⁷ Vgl. Thielking, S. 193f

⁴⁸ Vgl. KAHf, A Nr. 1293

Forderung aufgestellt, dass alle 40 nichtorganisierten Arbeiter entlassen werden sollten. Während nach den Worten des Werkmeisters Heitmann die Firma A.B. Weinberg „froh sei, daß sie die [organisierten] Leute los sei“, sprach der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in Herford, Wilhelm Schlüter, von einer angedrohten Aussperrung der organisierten Arbeiter in Theenhausen, Werther und Spenge durch die Firma A.B. Weinberg. Am 1.8.1914 wandte sich Schlüter mit folgendem Schreiben an die Firma A.B. Weinberg in Werther:

„Geehrter Herr Weinberg! Angesichts dessen, das unser Deutschland jetzt in allen seinen Gliedern einig sein muß, angesichts der furchtbaren Gefahr, worin sich das Vaterland befindet, frage ich höflich an, ob es sich jetzt nicht gezimmt [sic] auch unsern Streit ein Ende zu machen. Wohl ist jetzt der beste Augenblick gekommen in allen Ehren Frieden zu schliessen. Ich teile Ihnen mit, dass wir alle Forderungen zurückziehen in der Voraussetzung dass auch Sie alle getroffenen Massregel in Spenge und Werther-Theenhausen zurücknehmen. Ich habe die Arbeiter in Werther angewiesen in diesen Sinne an Ihnen [sic] heranzutreten. Sollten Sie den Frieden wollen, dann sollen Sie sofort nach Spenge Botschaft schicken. In der Hoffnung dass auch Sie sich in obigen Sinne betätigen. Hochachtend W. Schlüter“⁴⁹

Eine Petition vom 3.9.1914 an den kommandierenden General der Kavallerie, Freiherr von Bining, in Münster mit angeschlossener Namensliste von 7 Arbeitern, von denen schon zwei „im Felde waren“, und 9 Arbeiterinnen, die meisten Ehefrauen, die in der Spenger Filiale beschäftigt waren, verdeutlichte, dass der Werkmeister Peter Heitmann - möglicherweise auf Anordnung der Firmenleitung - die innerbetriebliche Situation dadurch verschärft hatte, dass er von den Arbeitern verlangt hatte, bis zum 22.7.1914 eine Erklärung zu unterschreiben, wonach sie sich verpflichten sollten, aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande auszutreten. Wer sich weigerte, würde nach 14tägiger Kündigungszeit von Montag, dem 20.7.1914 an gerechnet, entlassen. Während der Werkmeister allen organisierten Arbeitern am Montag, dem 20.7.1914 kündigte, hätten die Arbeiter erst am darauf folgenden Mittwoch ihre Kündigung eingereicht. Deshalb sei die Kündigung der organisierten Arbeiter nach Meinung der Petenten erst am 5. August rechtsgültig gewesen. Ihr Arbeitgeber hätte ihre Kündigung aber schon zum 1. August ausgesprochen. Obwohl die organisierten Arbeiter schon vor der Mobilmachung der Firma A.B. Weinberg schriftlich versichert hätten, dass sie ihre Lohnforderungen in Anbetracht der militärischen Lage zurücknehmen und sie auch den Landrat von Herford um Vermittlung bäten, sei ihre Einstellung bisher noch nicht wieder erfolgt. Die Petition endete mit den Worten:

„Die Arbeiter bitten Eure Exellenz, daß Hochdieselbe die Firma [A.B. Weinberg] anhält, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, so daß die harmonische Stimmung, die jetzt im Vaterlande herrscht, durch dies kleine Vorkommnis nicht getrübt wird.“⁵⁰

Am 11. September 1914 teilte der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes in Herford, Wilhelm Schlüter, dem Herforder Landrat mit, dass durch die Vermittlung des reformorientierten Rabbiners der jüdischen Gemeinde in Bielefeld, Dr. Felix Coblenz, die Firma A.B. Weinberg alle Arbeiter wieder eingestellt habe.⁵¹

Nach dem Ersten Weltkrieg kam es im Amt Spenge im November 1927 erneut zu einer Aussperrung von Tabakarbeitern. Dieses Mal waren 651 Tabakarbeiter aus neun Firmen, darunter

⁴⁹ KAHf, A Nr. 1293

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Vgl. ebd.

124 Arbeiter der Firma A.B. Weinberg (19%), betroffen. Amtmann Cornelius berichtete dem Herforder Landrat, dass ein großer Teil der ausgesperrten Arbeiter nicht organisiert sei. Die organisierten Zigarrenarbeiter hatten - offenbar zusammen mit ihren Kollegen aus sächsischen Gebieten - Lohnforderungen gestellt, die die Mitglieder des Westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes nicht akzeptieren wollten.⁵²

In Werther richtete im Jahre 1849 das Handelshaus Walbaum im Bauernhaus Barmeyer am Markt den ersten Fabrikbetrieb mit Dampfkraft, eine Flachsschwingerei, ein. Nachdem dieser Betrieb geschlossen wurde, meldeten die Söhne des Handelsmannes Salomon Goldstein, Simon und Meier, in diesem Gebäude am Markt 50 am 4.2.1888 eine neue Metallwarenfabrik und Verzinkerei mit besonderem Kontor an.⁵³ Dieser Betrieb, der maximal 21 männliche Beschäftigte über 16 Jahre in den Jahren 1902/3 hatte⁵⁴, der Firma S. Goldstein, Werther, wurde im Jahre 1907 an Heinrich Rehwoldt aus Wattenscheid und Friedrich Streuber aus Herford verkauft und firmierte bis 1914 unter dem Namen „Westfälische Metallwaaren Fabrik & Verzinkerei Rehwoldt & Streuber“.

Die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen, die von der Lumpensortieranstalt mit der Firma Ph. Stern in Halle i.W. an der Langestraße 20 von 1901 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beschäftigt wurden, betrug minimal 39 von Winter 1903 bis Winter 1904 und maximal 65 im Winter 1913/14, darunter Männer, Frauen und Jugendliche. Im Februar 1918 erkannte die Kriegsamtsstelle Düsseldorf die Firma Ph. Stern in Halle i.W. als Rüstungsbetrieb „für die darin beschäftigten Schwerarbeiter“ an und wurde von der Gewerbeinspektion Bielefeld in die entsprechende Liste eingetragen. Das bedeutete, dass die Schwerarbeiter während der Zeit der großen Offensiven im Frühjahr 1918 nicht kriegsdienstverpflichtet werden konnten. Tatsächlich blieb die Zahl der beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter zwischen Sommer 1917 bis Sommer 1918 konstant (14). Erst im Winter 1918/19 stieg sie wieder auf 27 an. Nach dem Ersten Weltkrieg erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 118 im Winter 1919 bis Sommer 1920, unter ihnen 34 männliche Erwachsene über 16 Jahre und 54 Arbeiterinnen der Altersgruppe 16-21 Jahre und 30 Arbeiterinnen über 21 Jahre. Der Grund, weshalb die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen in der Altersgruppe von 16-21 Jahren von 54 im Sommer 1920 auf 2 im Winter 1920/21 sank, war vermutlich die Einführung der verlängerten Schulpflicht in den Fortbildungsschulen bis zum achtzehnten Lebensjahr (vgl. § 145 RV).⁵⁵

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten forderte die Gewerbeinspektion Bielefeld den persönlich haftenden Gesellschafter der Firma Ph. Stern, Robert Stern, der den Betrieb seit 1904 von seinem Kontor in Bielefeld aus führte, am 22.5.1906 auf, Staubabsaugungsanlagen in seinem Lager in Halle i.W. installieren zu lassen. Robert Stern

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. StdtA Werther, A 367; StADt, D 23 Halle Nr. 281, Firma Nr. 47; vgl. Stieghorst, S. 174f

⁵⁴ Vgl. StADt, D 3 Bielefeld Nr. 699

⁵⁵ Vgl. StADt, D 3 Bielefeld Nr. 791

versuchte zunächst, den Einbau einer solchen Anlage zu verhindern, indem er das Kostenargument geltend machte und auch auf die Konkurrenz verwies, die angeblich zum Teil ebenfalls keine Staubabsaugungsanlage hätte einbauen lassen müssen. Allerdings

Tabelle 51 : Zahl und Alter der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Lumpensortieranstalt Philipp Stern in Halle i.W. (1901-1925)

Jahreshälfte	Erwachsene			Jugendliche		Summe
	Männer über 16	Frauen 16-21	Frauen über 21	Jungen 14-16	Mädchen 14-16	
Sommer 1901	26	2	12	2	1	43
Winter 1901/02	26	2	12	2	1	43
Sommer 1902	22	2	12	3	1	40
Winter 1902/03	21	1	14	2	1	39
Sommer 1903	22	--	17	--	--	39
Winter 1903/04	22	2	14	--	1	39
Sommer 1904	27	1	14	4	1	47
Winter 1904/05	27	2	17	--	1	47
Sommer 1905	23	4	19	2	1	49
Winter 1905/06	23	4	19	2	1	49
Sommer 1906	27	--	27	--	--	54
Winter 1906/07	27	--	27	--	--	54
Sommer 1907	25	4	26	4	--	59
Winter 1907/08	25	4	26	4	--	59
Sommer 1908	26	2	24	1	1	54
Winter 1908/09	29	2	20	1	1	53
Sommer 1909	27	--	21	2	--	50
Winter 1909/10	26	1	21	1	--	49
Sommer 1910	26	--	19	3	1	49
Winter 1910/11	27	3	22	--	--	52
Sommer 1911	26	2	25	--	--	53
Winter 1911/12	28	3	28	--	--	59
Sommer 1912	30	2	29	--	--	61
Winter 1912/13	27	1	30	--	--	58
Sommer 1913	26	2	26	--	--	54
Winter 1913/14	33	--	32	--	--	65
Sommer 1914	18	4	22	--	--	44
Winter 1914/15	24	9	35	--	--	68
Winter 1915/16	28	7	41	--	--	76
Sommer 1916	25	5	35	--	--	65
Winter 1916/17	19	4	34	1	--	58
Sommer 1917	14	5	36	1	--	56
Winter 1917/18	14	--	39	3	--	56
Sommer 1918	14	6	39	--	--	59
Winter 1918/19	27	6	32	1	--	66
Sommer 1919	23	3	27	--	--	53
Winter 1919/20	34	54	30	--	--	118
Sommer 1920	34	54	30	--	--	118
Winter 1920/21	34	2	34	--	--	70
Sommer 1921	32	7	30	--	--	69
Winter 1921/22	24	2	38	--	--	64
Sommer 1922	25	3	37	--	--	65
Sommer 1923	28	--	37	--	--	65
Winter 1923/24	28	--	21	--	--	49
Sommer 1924	30	--	23	--	--	53
Winter 1924/25	34	--	38	--	--	72
Sommer 1925	35	--	40	--	--	75

Quelle: StADt, D 3 Nr. 791

sei er zum Einbau von Deckenventilatoren bereit. Auch verwies er in seinem Schreiben an die Gewerbeinspektion auf mögliche negative Folgen für die Gesundheit seiner beschäftigten Arbeiter:

„Es wird nämlich in dem Sortiersaal der Staub durchaus nicht allein an den Sortiertischen entwickelt, sondern mehr noch bei den verschiedenen anderen vorzunehmenden Hantierungen, wie Ausleeren der Säcke, Auspacken der sortierten Lumpen aus den Kisten in Körbe, Aufgeben dieser auf die Nachsehtische, Zusammenkehren der Lumpen & a.m. Der hierbei aufgewirbelte Staub würde aber in Folge des Zuges statt nach oben zu den Tischen hinziehen und die Arbeiter mehr wie jetzt belästigen.“⁵⁶

Der Gewerberat Trauthan in Bielefeld ließ sich von diesen Argumenten aber nicht beeindrucken und forderte mit Schreiben vom 31.7.1906 die Firma Ph. Stern auf, für eine Absaugung des Staubes auf den Sortiertischen, die mit einem Drahtnetz versehen waren, nach unten zu sorgen, da es solche Anlagen schon in einer großen Zahl ähnlicher Betriebe gebe. Ein Ministerialerlass vom Dezember 1895 verfüge, in allen Betrieben, die sich mit Strom versorgen könnten, solche

⁵⁶ StADt, D 3 Bielefeld Nr. 791; Schreiben vom 23.7.1906

Anlagen einbauen zu lassen. Für die Firma Ph. Stern konnte diese Verfügung damals nicht geltend gemacht werden, da ihre Sortieranlage schon vor 1895 bestand. Gegen den zusätzlichen Einbau von Deckenventilatoren hatte auch der Gewerberat nichts einzuwenden.

In ihrem Schreiben vom 23.8.1906 verwies die Firma Ph. Stern erneut auf die Konkurrenz. Die Firmen D. Katzenstein in Gotha und H. Meier & Co. in Lübeck hätten nach Totalbrand neue Sortieranlagen aufgebaut, die jedoch ohne mechanische Absaugungsanlagen ausgestattet seien, obwohl die Betriebe über Strom verfügten. Der Verein für Rohprodukthändler Deutschlands habe der Firma Ph. Stern versichert, dass der Einbau von „Exhaustoranlagen“ sich nicht bewährt habe und für die Arbeiter der ständige künstliche Luftzug unangenehmer sei als die Staubentwicklung. Das Schreiben von Robert Stern an die Gewerbeinspektion endet mit den empörten Worten: „Eine Ausnahme [im Original unterstrichen, Verf.], die mich zur Aufwendung von Tausenden zwingt, welche nach meiner und meiner Fachgenossen Ansicht und Erfahrung nutzlos zudem ausgegeben würden, kann billigerweise von mir nicht verlangt werden.“⁵⁷

Als Antwort auf dieses Schreiben sandte die Gewerbeinspektion der Firma Ph. Stern einen Firmenprospekt zu, der Entstaubungsanlagen für ca. 50 Sortiertische zum Preis von 2.000 M für Betriebe anbot, die Elektromotoren von 3-4 HP (PS) bereitstellen konnten. Die angebotene Anlage hatte auch den Vorteil, die Absaugluft zur Kühlung der Arbeitsräume im Sommer verwenden zu können. Unter Androhung einer polizeilichen Verfügung sollte sich die Firma Ph. Stern die Sache noch einmal überlegen.

Am 21.1.1908 teilte Robert Stern der Gewerbeinspektion in Bielefeld schließlich mit, dass die geforderte Entstaubungsanlage in seiner Lumpensortieranlage in Halle i.W. eingebaut und in Betrieb sei. Unangemeldete Betriebsrevisionen am 20. und 31.5.1910 ergaben, dass an 9 Sortiertischen, die mit Staubsieben in der Größe von 50 X 60 cm ausgerüstet waren, je zwei Arbeiter und an den übrigen 9 Tischen je ein Arbeiter beschäftigt wurden. Der Gewerbeinspektor forderte, dass nur ein Arbeiter an jedem Sortiertisch beschäftigt und an Sortiertischen ohne mechanische Staubabsaugung überhaupt nicht gearbeitet werden dürfe. Ein Katasterblatt von ca. 1908 gibt über die betrieblichen Verhältnisse wie Arbeitszeiten, Unfallverhütung, Gesundheitsschutz, sanitäre und Wohlfahrtseinrichtungen Aufschluss. Der Inhaber der Firma Ph. Stern, Robert Stern, leitete ihre Außengeschäfte von seinem Kontor in Bielefeld aus. Vor Ort in Halle i.W. war der Betriebsleiter Max Weißenbruch für die Abwicklung der Aufträge innerhalb der Lumpenhandel- und Sortieranlage verantwortlich. Die Arbeitszeit betrug 12 Stunden mit insgesamt zwei Stunden Pausen. Einen Arbeiterausschuss gab es 1908 noch nicht. Da nach dem Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 die Arbeitgeber gezwungen wurden, Arbeiterausschüsse in den Fabriken einzurichten und mit den Gewerkschaftsfunktionären der Kriegsausschüsse zu verhandeln, verwundert es nicht, dass sich ein Arbeiterausschuss erst im Mai 1917 mit einem Prokuristen als Vorsitzenden, drei Arbeitern und zwei Arbeiterinnen als Ausschussmitgliedern

⁵⁷ StADt, D 3 Bielefeld Nr. 791

sowie vier Ersatzmännern und sechs Ersatzfrauen aus der Belegschaft der Firma Ph. Stern bildete. Dem Betriebsrätegesetz entsprechend wurden im Mai 1920 drei Arbeiter und zwei Arbeiterinnen und ein Angestellter zu Betriebsräten gewählt. Als die Firma Ph. Stern am 12.9.1922 beim Gewerbeaufsichtsamt in Bielefeld um die Erlaubnis nachsuchte, 25 Arbeiter mit täglich zwei Stunden Überstunden belasten zu dürfen, um „eine größere Partie Lumpen“ für den Export per Dampfer, der am 26.9.1922 von Bremerhaven abging, fertigzustellen, unterschrieb Franz Jerrentrup für den Betriebsrat den Genehmigungsantrag mit den Worten: „Wir sind einverstanden, daß die vorstehenden Überstunden geleistet werden.“⁵⁸ Die Unterschrift des Betriebsratsangehörigen drückte das Einverständnis der Belegschaft aus, diese Überstundenarbeit zu leisten. Nach Erledigung des Exportauftrages war für die ganze Belegschaft eine achttägige Ferienzeit vorgesehen.

1908 waren im Betrieb der Lumpensortieranstalt drei Elektromotoren zu 7, 2½ und 1½ HP (PS) installiert. Das Gebäude an der Langestraße 20 in Halle i.W. wurde als „recht feuergefährlich“ eingestuft. Zwei Treppen waren vorhanden. Zum Schutz der Gesundheit diente die mechanische Staubabsaugung von den Sortiertischen und aus dem Vorpäckraum. Allerdings wurde von der Gewerbeinspektion nach einer Betriebsrevision am 30.1.1912 beanstandet, dass der Verbandskasten unvollständig ausgestattet war und insbesondere antiseptisches Verbandszeug und für Unfälle erforderliche Arzneimittel fehlten.

Es gab elektrisches Licht und Ofenheizung. Wasch- und Speiseräume waren für Männer und Frauen getrennt angelegt. Alle Arbeiter waren bei der Ortskrankenkasse versichert. Einmal jährlich wurde auf Kosten der Firma ein Betriebsausflug gemacht. Der Gesundheitszustand der Arbeiter war angeblich gut, manche Arbeiterinnen waren schon seit 25 Jahren im Betrieb beschäftigt. Das bedeutete, dass die Lumpensortieranlage der Firma Ph. Stern schon seit ca. 1883 in Halle i.W. in Betrieb war.

Am 20.6.1919 legte die Firma Ph. Stern dem Gewerbeaufsichtsamt in Bielefeld einen Entwurf und Lageplan zum geplanten Neubau einer Rohstoffverwertungsanlage an der Mönchstraße in Halle i.W. mit eigenem Bahnanschluss vor. In dem Neubau sollten die Rohstoffe sortiert und für den Versand aufbereitet werden. Der Neubau sollte 1.) aus Lagerräumen im Keller und Erdgeschoß mit einer Gesamtfläche von 1.180 qm, 2.) einem Pressraum mit 3-4 Pressen „zum Vorsortieren der Ware“, 3.) aus einem zweigeschossigen Fächerraum für die Sortenlagerung, und 4.) aus einem großen Sortierraum für 74 Arbeitsplätze und 2 Vorsortierer mit einer Bodenfläche von 600 qm bestehen. Der Bau sollte von Max Wrba, Architekt und Direktor der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Bielefeld, ausgeführt werden.⁵⁹ Der Umzug des Betriebes von der

⁵⁸ Ebd. Zur obligatorischen Einrichtung von Arbeiterausschüssen nach dem Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916 siehe Feldman, Gerald: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932. Göttingen 1984, S. 29-31

⁵⁹ Vgl. STADt, D 3 Bielefeld Nr. 791

Langestraße zur Mönchstraße soll 1923 erfolgt sein⁶⁰, doch konnte der Neubau bis September 1924 aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht beendet werden. Erneut kritisierte die Firma Ph. Stern den von dem Gewerbeaufsichtsamt geforderten Einbau von Staubaufsaugungsanlagen. Die Arbeiter verstopften teilweise die Röhren, weil sie von dem ständigen Luftzug kalte Hände bekämen.⁶¹

Die Arbeitsordnung, die zwischen der Firma Ph. Stern in Halle i.W. und dem Betriebsrat vereinbart und am 15.2.1921 unterschrieben wurde, regelte 1.) die Annahme von Arbeitssuchenden (§§ 1-3), 2.) die Lohnzahlung und Lohnberechnung (§§ 4-10), 3.) Verhalten bei der Arbeit (§§ 11-13) einschließlich der Arbeitszeit, 4.) Versäumung der Arbeit (§§ 14-15); 5.) Unfälle (§§ 17-18), 6.) Kontrolleinrichtung (§ 19), 7.) Beendigung des Arbeitsverhältnisses (§§ 20-23) und fügte noch einen Strafgeldkatalog für zu spät zur Arbeit kommende Arbeiter („Blaumacher“) an. Die Straf gelder sollten zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter verwendet werden.

Junge Mütter, die als Arbeiterinnen bei der Firma Ph. Stern Beschäftigung suchten, durften nur eingestellt werden, wenn sie einen Nachweis erbrachten, dass sie wenigstens sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt waren (§ 3). Im Unterschied zu den in der Zigarrenindustrie oder Wäsche- und Bekleidungsindustrie beschäftigten Hausarbeitern, die im Stücklohn standen, wurde der bei der Firma Ph. Stern beschäftigte Fabrikarbeiter nach dem „mit ihm vereinbarten oder tariflich festgesetzten Zeit- und Akkordlohn“ entlohnt (§ 4). Der Lohn wurde vierzehntäglich, jeweils montags, in bar ausgezahlt (§§ 6-8). Die Arbeitszeit betrug von Montag bis Freitag, vormittags 7-12 Uhr und nachmittags 13.30-17.30 Uhr, also 9 Stunden, und am Sonnabend von 7-13.00 Uhr. Die Wochenarbeitszeit betrug also 51 Stunden.

3.6 Zusammenfassung

Bis zur Reichsgründung übten die meisten jüdischen Bürger in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes Handelsberufe oder auch einige Handwerksberufe aus. Einige Frauen erzielten Erwerbseinkünfte, indem sie strickten, nähten, Kleinhandel betrieben oder als Firmengesellschafterinnen Verantwortung übernahmen. Als Kaufleute erfüllten die Juden Funktionen des Einzel- und Großhandels, indem sie insbesondere Tuche (Ellenwaren, Schnittwaren) auf der Leipziger Herbstmesse oder Leinen auf den regionalen Leggen einkauften und an Endverbraucher oder Zwischenhändler wieder verkauften. Die jüdischen Kaufleute verkauften allerdings nicht nur feinere und grobere Manufakturwaren aus Wolle, Baumwolle, Leinen, Drell oder Mischgeweben aus ihren Ladengeschäften, sondern auch Haushalts-, Kolonial-, Papier-, Eisenwaren, Geschirr etc.

Seit Beginn der 1840er Jahre beantragten mehrere jüdische Kaufleute Konzessionen, um als Kaufleute mit kaufmännischen Rechten im und außerhalb des Deutschen Zollvereins Waren

⁶⁰ Vgl. StdtA Halle, Vortrag von Dr. Uwe Heckert: „175 Jahre Juden in Halle i.W.“ vom 28.2.1996. Typoskript, S. 4

⁶¹ Vgl. StADt, D 3 Bielefeld Nr. 791

aufkaufen und versenden zu dürfen. Dieses Verhalten bedeutete, dass sie sich darum bemühten, ihren Einzelhandel mit Zustimmung der Behörden zu einem Großhandel auszuweiten. Um die Nachfrage der kleinstädtischen und ländlichen Bevölkerung zu befriedigen, offerierten besonders die Gemischtwarenhandlungen Philipp Coblenzer in Wehdem und Eduard Bergfeld in Versmold ihren Kunden spätestens am Ende des Jahrhunderts ein großes Sortiment unterschiedlichster Waren.

Als ambulante Händler und Hausierer mit Wandergewerbescheinen erfüllten die Juden Funktionen des Zwischenhandels, indem sie die Bauern und Heuerlinge der Region aufsuchten und ihnen Vieh, Häute, Felle, Altkleider, Lumpen, Altmetall, Knochen oder auch Heede abkauften, um diese Produkte an einzelne Handwerker, Fabrikanten, Klein- oder Großhändler wie z.B. an Gerber, Papier- und Leimmühlen, Schrotthändler, Packtuchweber und Metzger wieder zu verkaufen. Andererseits versorgten diese ambulanten Händler die Landbevölkerung, die keine Zeit hatte, sich auf den Weg zum nächsten Ladengeschäft zu machen, mit so genannten Landprodukten wie Vieh, Saatgetreide, Lein-, Rüben- und Kleesamen und Dünger, aber auch mit Halbfertigwaren wie Garn und Leinen, Fertigwaren wie Manufaktur-, Haushalts- und Kurzwaren oder auch mit Kolonialwaren. Die jüdischen Pferde- und Viehhändler kauften ihre Ware teils auf den traditionellen Kram- und Viehmärkten, die in Werther, Halle i.W., Borgholzhausen, Versmold, Lübbecke, Pr. Oldendorf, Blasheim, Oppenwehe und Rahden im Frühjahr oder im Herbst abgehalten wurden¹, teils indem sie die Tiere direkt beim Züchter erwarben. Jüdische Viehhändler in Rahden, Levern, Versmold und Borgholzhausen handelten nicht nur mit Rindern und Schafen, sondern schlachteten sie zum Teil selbst in eigenen Schlachthäusern und verkauften das Fleisch als Einzel- oder Großhändler. Mit dem Anschluss an das Eisenbahnnetz durch den Bau der Köln-Mindener Eisenbahn im Jahre 1847 und dem Ausbau der Strecke Bünde-Bassum in den Jahren 1899-1901 verkauften jüdische Vieh-händler, die größere Stückzahlen verhandelten, ihr Vieh entweder selbst an Großmetzger oder ließen es per Bahn nach den Viehmärkten in Dortmund und Essen transportieren und dort mittels Kommissionäre vermarkten. Dieser Vermarktungsmethode bedienten sich Moses Hurwitz aus Levern, die Gebrüder Haas aus Rahden und Feodor Hurwitz aus Lübbecke.

¹ Im Kreis Halle i.W. wurden in Werther in den 1830er Jahren zwei Märkte pro Jahr abgehalten (vgl. StADt, M 1 I P Nr. 373). Vor dem Ersten Weltkrieg fand der Kram- und Viehmarkt in Werther im Februar und im März statt (vgl. Familienfreund Nr. 7 vom 15.2.1913; Nr. 11 vom 15.3.1914). In Halle i.W. wurden die Kram- und Viehmärkte in den 1830er und 1840er Jahren im Februar, April und im September abgehalten (vgl. StADt, M 2 Halle Nr. 137) In Borgholzhausen wurden traditionell drei Kram- und Viehmärkte abgehalten: am 1. Dienstag im Mai, am 16. Oktober und zu Nikolaus am 6. Dezember auf dem Kuhhof (vgl. Klumpe-Scheel, Bernd: Borgholzhausen an der Schwelle zum 18. Jahrhundert, in: Borgholzhausen historisch, S. 42). In Versmold wurde der Sankt-Petri- Markt am Tag des Kirchweihfestes, am 22. Februar, abgehalten (vgl. Vinke, S. 21). In Lübbecke wurden 1872 gleich fünf Märkte abgehalten: am 27.2., 28.5., 8.7., 30.9. und am Andreastag, dem 30. November (vgl. Hüffmann <1975>, S. 62). Der traditionelle Markt in Blasheim fand am Montag nach Egidius (1. September) statt. Nach den Erinnerungen von Pastor Hartmann aus Preußisch Oldendorf wurden dort zwei Märkte abgehalten: der Mittsommermarkt in der Spiegelstraße und ein zweitägiger Herbstmarkt am Eingang von Engershausen. In Rahden wurden seit 1883 Viehmärkte eingeführt, die den Viehhandel belebten (vgl. Kirchhoff, Chronik <1995>, S. 315). Auch in Oppenwehe fanden in den 1870er Jahren Viehmärkte statt. Im Oktober 1895 wurden im Kreis Lübbecke in folgenden Orten Kram- und Viehmärkte abgehalten: in Haldem (2.10.), in Levern (15.10.), in Rahden (17.10.), in Lübbecke (22.10.) und in Preußisch Oldendorf (30.10.) (vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 79 vom 2.10.1895).

Vor Einrichtung kommunaler Kreditinstitute wie die der Kreissparkassen in Halle i.W. (gegr. 1856) und Lübbecke (gegr. 1857), der Städtischen Sparkasse Versmold (gegr. 1874), der Spar- und Darlehnskassen Halle i.W. (gegr. 1889) und Borgholzhausen (gegr. 1890) oder des genossenschaftlichen „Vorschußverein Werther“ (gegr. 23.11.1877) konnten sich Landwirte auch an jüdische Kaufleute wenden, um Darlehen auf hypothekarischer Sicherheit zu erhalten. Bei den quellenmäßig erfassten Beispielen handelte es sich um Darlehen in Höhe von 30-200 rthl aus legierten Stiftungskapitalien, die zu einem Zinssatz von 5% p.a. und zu Laufzeiten von einigen Jahren bis über vierzig Jahre gewährt wurden. Die maximale Höhe des Zinssatzes, den jüdische Handels- oder Kaufleute für Darlehen gegen Hypotheken bis 1867 nehmen durften, wurde im preußischen Allgemeinen Landrecht mit 5% p.a. festgelegt. Die Familie Weinberg in Werther vergab aber nicht nur Darlehen an Landwirte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, sondern auch später nach der Industrialisierung an die Arbeiter der Bielefelder Firmen Delius und Wertheimer, die mit dem geliehenen Geld ihre kleinen Häuser in den Ortschaften Theesen, Gellershagen, Jöllenbeck und Schildesche erbauten und seit der Jahrhundertwende einmal pro Jahr mit der Kleinbahn nach Werther fuhren, um Zinsen zu zahlen und Kleidung zu kaufen.²

Mitglieder der Familie Weinberg in Werther erhielten im 19. Jahrhundert auch mehrmals den Zuschlag bei gerichtlichen Zwangsversteigerungen von Grundstücken und ländlichen Besitzungen, die sie später wieder verkauften. Auch in Rahden erwarb ein anderer Manufakturwarenhändler, Simon Rosenberg, einen Bauernhof in der Größe von 42½ Morgen (ca. 10,62 ha) um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In Lübbecke kaufte kein geringerer als Elias Marks das von Cornbergsche Gut laut Kontrakt vom 8.6.1842 für 44.000 Taler.³ Die Vorbesitzerin, Franziska von Cornberg, hatte das Hofgut am 9.1.1839 für 34.000 Taler ersteigert. In den 1850er Jahren waren die Tochter und der Schwiegersohn von Alexander Haindorf, Jacob und Sophie Loeb, Besitzer des Gutes, und im Jahre 1883 wurde das Wohngebäude und der Hofraum unter Vermittlung des Getreidehändlers Heinemann Spiegel, der mit dem katholischen Pfarrer Joseph Blöink befreundet war, für 30.000 Mark an die katholische Gemeinde in Lübbecke verkauft. Diese richtete in dem Gebäude zunächst eine Kommunikantenstelle ein, später ein Hospiz und die Weberei der St. Paulus Innung.⁴ Die zum Hofgut gehörenden Ländereien, Wiesen und Bergteile waren Loebisches Fideikommiss, also unveräußerlich, und hatten eine Größe von ca. 200 Morgen (ca. 50 ha). Das von Cornbergsche Gut stellte zweifellos den größten jüdischen Landbesitz im Untersuchungsgebiet dar.

² Briefliche Mitteilungen von Paul Lütgemeyer an Kurt-Wilhelm Weinberg. Der Gründungsprozess der Kreissparkasse in Lübbecke dauerte länger als 10 Jahre. Der Statutenentwurf wurde von den Ständevertretern des Kreises am 23.11.1855 angenommen. Zum Kuratorium der Kreissparkasse Lübbecke gehörten neben dem Freiherrn von der Recke (Obernfelde) und Rechtsanwalt Becker auch der Kaufmann N. Steinberg, auf deren Beschluss die Kreissparkasse am 8.12.1857 eröffnet wurde. Im Laufe der Zeit wurden Zweigstellen der Kreissparkasse eingerichtet, z.B. in Levern am 9.5.1885. Vgl. Degner, Wolfgang: Geschichte und Entwicklung des Sparkassenwesens, in: 1000 Jahre Levern. Beiträge zu seiner Geschichte. Minden 1969, S. 285-289.

³ Vgl. v.d. Horst, Karl Adolf: Die Rittersitze der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden. Neudruck der Ausgabe von 1894-98. Osnabrück 1979, S. 97-99

⁴ Vgl. Beckmann (1993), S. 91-93; Hüffmann (1975), S. 61

Tabelle 52: Berufsstruktur der jüdischen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. nach der Berufszählung vom 5.6.1882 absolut und in [%]⁵

	Kreis Lübbecke		Kreis Halle i.W.	
	Juden	allg. Bevölkerung	Juden	allg. Bevölkerung
	262 [0,56]	46.009 [100]	129 [0,46]	28.074 [100]
Haupterwerbstätige	108 [41,2]	16.889 [36,7]	57 [44,2]	11.282 [40,2]
ohne Haupterwerb	154 [58,8]	29.120 [63,3]	72 [55,8]	16.792 [59,8]
Haupterwerbstätige nach Berufsklassen				
I. Landwirtschaft, Gärtnerei, Züchterei				
a) Selbständige	---	5.548 [32,8]	---	3.528 [31,3]
b) Verwalter, Arbeiter	1 [0,9]	5.897 [34,9]	---	3.541 [31,4]
IX. Textilindustrie				
a) Selbständige	1 [0,9]	125 [0,7]	2 [3,5]	98 [0,9]
b) Verwalter, Arbeiter	---	37 [0,2]	1 [1,75]	325 [2,9]
X. Papier- u. Lederindustrie				
a) Selbständige	1 [0,9]	25 [0,1]	---	17 [0,15]
XII. Industrie der Nahrung u. Genussmittel				
a) Selbständige	13 [12,0]	201 [1,2]	4 [7,0]	142 [1,26]
b) Verwalter, Arbeiter	10 [9,3]	1.012 [6,0]	4 [7,0]	240 [2,1]
XIII. Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe				
a) Selbständige	---	544 [3,2]	3 [5,3]	357 [3,2]
XVIII. 1. Waren- u. Produktenhandel				
a) Selbständige	36 [33,3]	151 [0,9]	25 [43,9]	139 [1,2]
b) Verwalter, Arbeiter	28 [25,9]	109 [0,6]	12 [21,0]	90 [0,8]
4. Sonstige Handelsgewerbe				
a) Selbständige	2 [1,85]	26 [0,15]	1 [1,75]	15 [0,1]
XXI. Beherbergungs- u. Schankgewerbe				
a) Selbständige	1 [0,9]	35 [0,2]	---	35 [0,3]
b) Verwalter, Arbeiter	1 [0,9]	12 [0,07]	---	6 [0,05]
XXIII. 2. Verwaltung u. Rechtspflege				
b) Verwaltungspers.	1 [0,9]	94 [0,55]	---	38 [0,3]
3. Religionspflege, Erziehung u. Unterricht				
a) Selbständige	5 [4,6]	122 [0,7]	---	88 [0,8]
4. Gesundheits- u. Krankenpflege				
a) Selbständige	2 [1,85]	33 [0,2]	---	18 [0,2]
5. Schriftstellerei, Musikausbübung, Schaustellung	1 [0,9]	14 [0,08]	---	9 [0,08]
XXIV. ohne Beruf	5 [4,6]	247 [1,5]	1 [1,75]	169 [1,5]
XXV. Dienstboten	---	1.510 [8,9]	4 [7,0]	1.036 [9,2]

Was die Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb der jüdischen Gemeinden betrifft, so lassen die Quellen Grund-, Haus- und Ladenbesitzer von Mietern und ambulanten Gewerbetreibenden unterscheiden, aber auch arme und Unterstützungsbedürftige erkennen. Zur letzten Gruppe, also den Unterstützungsbedürftigen, gehörten alte, behinderte oder auch junge Personen, Waisen und Halbwaisen, alleinerziehende und verwitwete Frauen, die mit Handarbeiten oder Kleinhandel Einkommen zu erzielen versuchten.

Die Berufszählung vom 5.6.1882 zeigt, dass im Kreis Lübbecke 33,3% der Juden selbständig und 25,9% - zumeist als mithelfende Familienangehörige – der 108 jüdischen Haupterwerbstätigen im Waren- und Produktenhandel beschäftigt waren, im Kreis Halle i.W. 43,9% bzw. 21%. Im Vergleich hierzu waren im Kreis Lübbecke nur 0,9% der nichtjüdischen Haupterwerbstätigen als Selbständige und 0,6% als Verwalter und Arbeiter in dieser Berufsgruppe vertreten, im Kreis Halle i.W. 1,2% und 0,8%. Herzigs Feststellung, dass die generelle Verharrung der Juden in Westfalen in den traditionellen Berufssparten des Korn-, Vieh, Textil- und Manufakturwarenhandels auch

⁵ Vgl. Preußische Statistik, Bd. LXXVI (3. Teil). Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5. Juni 1882 im preußischen Staate. Berlin 1885

während des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses zu beobachten ist⁶, gilt auch für die erwerbstätigen Juden in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. bis in die Hochindustrialisierungsphase. Demgegenüber arbeiteten im Jahre 1882 über 67% bzw. 62% der nichtjüdischen Haupterwerbstätigen als Selbständige und Unselbständige in der Landwirtschaft im Kreise Lübbecke und Halle i.W..

An zweiter Stelle waren die haupterwerbstätigen Juden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. in der Berufsgruppe „Industrie der Nahrung und Genußmittel“ zu 12% [7%] selbständig und 9,3% [7%] unselbständig beschäftigt. Hierunter sind die jüdischen Schlachter und Fleischverarbeiter, aber auch Zigarrenfabrikanten und ihre mithelfenden Familienmitglieder zu zählen. Der prozentuale Anteil der nichtjüdischen Haupterwerbstätigen in dieser Berufsgruppe war kleiner (1,2%, 6% für Lübbecke; 1,3%, 2,1% für Halle i.W.), absolut gesehen natürlich größer. Unter den 1.012 Arbeitern im Kreis Lübbecke und 240 im Kreis Halle i.W. sind viele Tabakarbeiter als Fabrik- und Hausarbeiter zu vermuten. Im „Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe“ arbeiteten im Kreis Lübbecke im Jahre 1882 544 [3,2%] und im Kreis Halle i.W. 357 [3,2%] Personen selbständig, d.h. in erster Linie als Näherinnen (Hausarbeiterinnen) für die expandierende Wäsche- und Bekleidungsindustrie.

Erst in der Hochindustrialisierungsphase (1870-90) gründeten jüdische Familien im Untersuchungsgebiet Unternehmungen zuerst in der Zigarren-, dann in der Rohstoffverwertungs-, Konfektions-, Metall- und Fleischverarbeitungsbranche. Zweifellos spielte die „Verknüpfung von Initiative, Aktivität und Kredit“⁷ eine wichtige Rolle für die industrielle Entfaltung dieser Unternehmungen und den Aufstieg der beteiligten Familien in den „wohlsituierten Mittelstand“ oder sogar ins „Großbürgertum“. Die Gründung von Filialfabriken in der Zigarrenbranche (Weinberg), Niederlassungen im In- und Ausland in der Konfektionsbranche (Ruben), Gründung eines Zweigbetriebs in der Rohstoff-verwertungsbranche (Stern) und Einrichtung von Einkaufsbüros in Hafenstädten des In- und Auslands in der Lebensmittel- und Metallimportbranche (Löwenstein) dokumentierte die Expansionsfähigkeit der beteiligten Unternehmen vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Ohne die Mitarbeit oft lohndrückender Frauen und Kinder in der ersten Entfaltungsphase, besonders in der Zigarrenindustrie, und ohne die in dem Hausgewerbe beschäftigten, Hunderte von Zigarrenarbeitern und oft politisch ungenügend organisierten Näherinnen wäre die Expansion der Betriebe in den genannten Branchen kaum möglich gewesen.

⁶ Vgl. Herzig, Arno: Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 112

⁷ Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation. Düsseldorf 1977, S. 117

Kapitel 4

Die Entwicklung jüdischer Identität in der ostwestfälischen Kleinstadt: Zeichen der Tradition und der Reform

4.1 Die jüdischen Kleinstadtgemeinden und ihre Verfassungen im Kreis Lübbecke

Nach dem Gesetz über die Verhältnisse der Juden vom 23.7.1847 wurden die einzelnen jüdischen Gemeinden von der Bezirksregierung aufgefordert, über die Größe der zu bildenden Synagogenbezirke zu beraten (§§ 35-36).¹ Ein Hinweis darauf, dass viele der zuvor selbständigen kleinen Synagogengemeinden in die neu konstituierten Synagogenbezirke integriert wurden, lieferte die Tatsache, dass die Zahl der Synagogenbezirke, die sich in Westfalen nach Erlass des Gesetzes schließlich bis zum Jahre 1858 bildeten (93), kleiner war als die Zahl der Synagogen oder Betstuben (hebr. Battim ha-Knesset; Battim ha-Tefilla), die im Jahre 1834 in Westfalen bestanden hatten (163).² Die Vorteile des Gesetzes vom 23.7.1847 bestanden darin, dass Gemeindepaltungen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Kultus möglicherweise vermieden werden konnten und dass die Synagogengemeinden vom Staat „in Bezug auf ihre Vermögensverhältnisse als juristische Personen“ (§ 37) eingestuft wurden. Das bedeutete z.B., dass die einzelnen Synagogengemeinden Gemeindesteuern zur Finanzierung des Schulwesens oder zum Ankauf von Gebäuden und Grundstücken auf die einzelnen Mitglieder umlegen durften.³ Am 9.2.1848 übersandte das Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin der Bezirksregierung in Minden einen allgemein gehaltenen Statutenentwurf, der von Dr. jur. Julius Rubo konzipiert worden war, um den Beamten ein „Schema“ zur Hand zu geben, wonach sie die Ordnung der eingereichten Statuten der einzelnen Synagogengemeinden überprüfen konnten.⁴

Es dauerte tatsächlich noch neun bis zehn Jahre, bis in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. nach Beratungen der Vorstände und Mitglieder der einzelnen Synagogengemeinden insgesamt sieben Statuten aufgesetzt und schließlich vom Oberpräsidium genehmigt wurden.⁵ Nach dem Gesetz vom 23.7.1847 wurden die Synagogengemeinden aufgefordert, Vorsteher und Repräsentanten aus dem Kreis der wahlberechtigten Mitglieder, die männlich, volljährig, unbescholten und wirtschaftlich selbständig sein mussten, für die Zeit von sechs Jahren zu wählen. (§§ 38-41) Nach drei Jahren sollte die ältere Hälfte der Vorstandsmitglieder und Repräsentanten ausscheiden (§

¹ Vgl. Freund, Ismar: Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen. Zweiter Band. Berlin 1912, S. 510ff

² Vgl. Brillung, Bernhard: Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815-1945, in : Hegel, E.; Stupperich, R.; Brillung, B.: Kirchen und Religionsgemeinschaften in Westfalen. Münster 1978, S. 115

³ Vgl. Lazarus, Lothar: Die Organisation der preußischen Synagogengemeinden. Diss. Göttingen 1933, S. 12f; 42f

⁴ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2196. „Dr. jur. Julius Rubo (1794-1866) promovierte als vermutlich erster jüdischer Jurist Preußens 1817 in Halle [Saale], durfte aber nicht die erstrebte Hochschullaufbahn einschlagen und wurde 1824 Sekretär der Berliner jüdischen Gemeinde.“ Siehe Richarz, Monika (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871. New York 1976, Bd. 1, S. 234, Anmerkung 15

⁵ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 255

42). Damit waren die jüdischen Frauen von der Verwaltung der jüdischen Gemeinden auf ähnliche Weise ausgeschlossen wie die nichtjüdischen Frauen von der Verwaltung der Kleinstädte, in denen sie zwar lebten und ihre Familien versorgten, aber politisch als unmündig betrachtet wurden. Die Aufgaben des Vorstands wurden vom Gesetz darin gesehen, die Beschlüsse der Repräsentanten auszuführen und die Gemeinde in Rechtsgeschäften zu vertreten (§ 44). Zu den wichtigsten Aufgaben der Repräsentanten gehörten Beschlussfassungen hinsichtlich 1. der „Festsetzung des Etats“; 2. der „Verpachtung, Verwaltung und Verpfändung von Grundstücken“; 3. der „Anstellung von Prozessen und Abschließung von Vergleichen über Gerechsamte der Synagogen-Gemeinde oder über die Substanz des Vermögens derselben“; 4. der „Verträge, welche außer den Grenzen des Etats liegen, und außerordentliche den Etat übersteigende Geldbewilligungen.“ (§ 47)

Das Statut für die Synagogengemeinde Lübbecke, das am 10.3.1858 vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, von Duesberg, genehmigt wurde, setzte fest, dass ihr Synagogenbezirk die Stadt Lübbecke und die Ämter Gehlenbeck und Schnathorst umfassen sollte (§ 1).⁶ Der Vorstand setzte sich aus drei Vorstehern und zwei Stellvertretern zusammen (§ 14). Die ersten gewählten und von der Bezirksregierung bestätigten Vorsteher waren die Kaufleute Enoch Rosenberg, Moses Bendix Weinberg und Heinemann Meyer. Die Repräsentantenversammlung sollte sich statutarisch aus neun Mitgliedern und zwei Stellvertretern zusammensetzen (§ 6). Aus ihrer Mitte wurde ein Vorsteher und ein Protokollführer gewählt (§ 9). Das erste Statut für die Synagogengemeinde Lübbecke vom 10.3.1858 wurde von nur fünf Repräsentanten, den Kaufleuten Nathan Steinberg, Joseph und Levy Mergentheim, Daniel Weinberg und Moses Nathan Rosenberg unterschrieben. Zwischen 1919 und 1931 blieb die Zahl der stimmbfähigen Mitglieder der Synagogengemeinde Lübbecke konstant bei 13 Personen. Im Jahre 1930 wurden 80% des Gemeindehaushalts von nur 5 Gemeindemitgliedern aufgebracht. Um die finanziellen und personellen Probleme der Gemeinde Lübbecke zu lösen, beantragte der Vorstand am 17.2.1932 bei der Bezirksregierung, seinen Synagogenbezirk „auf alle im Kreise wohnenden Juden auszudehnen“. Diesen Plan lehnten die jüdischen Gemeinden von Preußisch Oldendorf, Levern und Rahden jedoch ab.⁷ Zur Begründung dieses Antrages, den der Lübbecker Bürgermeister Gerhard Reineke unterstützte, verwies der Vorstand der jüdischen Gemeinde Lübbecke darauf, dass die Synagogengemeinde zu klein sei, um die statutarisch vorgesehenen 3 Vorstandsmitglieder und 9 Repräsentanten und deren Stellvertreter zu wählen und dass sie den einzigen Kultusbeamten im Kreise, Max Lazarus, angestellt habe, der alle kleinen Gemeinden im Kreise als Geistlicher und Lehrer betreuen könne. Aufgrund der personellen und finanziellen Sachzwänge wurde während der NS-Zeit eine neue Satzung (genehmigt am 27.10.1935) eingeführt, die an die Stelle der Repräsentantenversammlung

⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 13.1

⁷ Vgl. StADt, M I II A Nr. 820; StdtA Lübbecke, C I 13.2

die Gemeindeversammlung setzte, in der alle volljährigen Gemeindemitglieder, Männer und Frauen, Beschlüsse fassen und tragen sollten.⁸ Doch diese neue Satzung konnte sich aufgrund der totalitären und antisemitischen politischen Rahmenbedingungen nicht mehr bewähren.

Der Gemeindehaushalt hatte im Jahre 1855 ein Volumen von 370 rthl, das sich bis 1874 kaum veränderte (389 rthl), bis 1895/96 auf 2.098 Mark anstieg und für die Jahre 1929/30 5.025 RM betrug.⁹ Die Finanzierung des Haushaltes erfolgte über Zuschläge zur Klassen- bzw. Einkommensteuer und Grundsteuer. Zu den wichtigsten Ausgabenzwecken gehörten das Lehrgelohn, die Pensionsgelder des Lehrers, die Umbau- bzw. Neubaukosten der Synagoge (1854/55; 1896), Heizung, Beleuchtung, Ausmalung und Instandhaltung der Synagoge, Instandhaltung des neuen und des alten Friedhofs, Verbandsbeiträge für den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund (gegr. 1869), den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden (gegr. 1922), den Provinzialarmenverband und für die lokale Armenpflege. Da die jüdische Gemeinde Lübecke überalterte - 1932 fielen fast 50% der Gemeindemitglieder in die Altersgruppe 51-70 Jahre - und sich die antisemitische Ausgrenzung täglich auf vielfache Weise bemerkbar machte, beschloss die Gemeindeversammlung am 25.6.1936 den zusätzlichen Paragraphen 36 in ihre Gemeindegatzung aufzunehmen. Dieser lautete wie folgt:

„Wenn die Synagogengemeinde zu Lübecke aufgelöst wird oder keine Juden mehr in Lübecke ansässig sind, fällt das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Synagogengemeinde dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden in Berlin zu, sofern das Vermögen nicht im Wege der Eingemeindung einer anderen Synagogengemeinde übertragen wird.“¹⁰

Am 14.10.1847 teilte der Vorstand der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf vermutlich dem Bürgermeister der Stadt vier Gründe mit, warum er nach Absprache mit den Gemeindemitgliedern die Absicht habe, sich als Synagogengemeinde mit dem Synagogenbezirk Preußisch Oldendorf zu konstituieren.¹¹ Erstens besitze die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf im Unterschied zu allen anderen jüdischen Gemeinden des Kreises Lübecke seit über fünfzig Jahren eine königliche Konzession. Tatsächlich hatte die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf am 27.4.1797 mit dem ehemaligen Kämmerer Schwarzmeyer einen Vertrag über den Kauf eines Kottens (Miethaus für einen Heuerling) mit einem kleinen Garten und der Gerechtigkeit am Brunnen und ein Stück Wiese für eine Kuh über 400 Taler Courant geschlossen, um in diesem Kotten eine Synagoge einrichten zu können.¹² Ein Vertrag mit dem ehemaligen Kämmerer Schwarzmeyer über den Kauf eines Nebengebäudes, das in eine jüdische Schule umgebaut werden sollte, ebenfalls zu einem Kaufpreis von 400 Talern, wurde mittels einer königlichen Konzession vom 18.7.1797 unter Berücksichtigung bestimmter Bedingungen genehmigt. Zweitens wies der Vorstand darauf hin, dass Oldendorf eine Mittelpunktfunktion für den Ort Holzhausen, der 3/4 Stunde Fußweg entfernt sei und in dem zwei jüdische Familien

⁸ Vgl. StdtA Lübecke, C 13.2

⁹ Vgl. StdtA Lübecke, Chronik der Stadt Lübecke, 1855, I,7 und B 63.1

¹⁰ StADt, M 2 Lübecke Nr. 2201

¹¹ Vgl. Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1, 75 A Pr 3 Nr. 1

¹² Vgl. CAHJP, S/319/2

lebten, und für den Ort Levern, der nur eine Meile weit entfernt liege, erfülle. Drittens und viertens unterhalte die jüdische Gemeinde von Oldendorf seit langen Jahren ein Schulhaus mit Wohnung und eine Synagoge als Eigentum. Der Vorstand gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die jüdische Gemeinde von Lübbecke der Synagogengemeinde von Oldendorf anschließen würde, weil der Fußweg von Oldendorf nach Lübbecke 2½ Stunden, nach Levern 3 Stunden und nach Holzhausen 2 Stunden betrage. Weder in Levern noch in Holzhausen gebe es Synagogen, Schulhäuser oder Friedhöfe. Außerdem habe Lübbecke weder eine Synagoge, noch ein Schulgebäude als Eigentum aufzuweisen und das mit der angemieteten Synagoge verbundene Schullokal sei so dürftig, dass es „als solches nicht einmal den Namen verdien[e] und nur als Nothbehelf vorhanden“ sei.¹³ Darüber hinaus habe Lübbecke auch keine eigene Lehrerwohnung zu bieten. Obwohl sich der Wunsch des Vorstandes der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf nach einem Anschluss der jüdischen Gemeinde Lübbecke nicht erfüllte, spielte Oldendorf tatsächlich eine zentrale Rolle, da laut Statut für die Synagogengemeinde zu Oldendorf (genehmigt am 14.3.1857) die Amtsbezirke Holzhausen, Blasheim und Börninghausen und die Ortschaft Rödinghausen im Amtsbezirk Bünde in den Synagogenbezirk einbezogen wurden (§ 1). Gemeindeglieder, die außerhalb des Hauptortes wohnten, sollten nur „im Notfall“ gewählt werden (§ 5), weil es für sie zu beschwerlich war, an regelmäßigen Sitzungen teilzunehmen. Bei der Beratungssitzung über den Entwurf zum Statut am 23.3.1856 nahmen insgesamt 15 Personen teil, darunter Goldschmidt aus Rödinghausen und Emanuel Schutz aus Holzhausen. In Rödinghausen (Heddinghausen) lebte gegen Ende des 19. Jahrhunderts der jüdische Schlachter Siegmund Schönthal mit seiner Frau Laura, geb. Ehrlich, der um Aufnahme in die Synagogengemeinde Preußisch Oldendorf bat.¹⁴

Der statutarisch zu wählende Vorstand sollte aus drei Mitgliedern und einem Stellvertreter bestehen (§ 18). Im Juli 1857 unterschrieben Jacob Löwenstein, Jacob Cahen, Levy Neustädter und Emanuel Schutz (aus Holzhausen) als Vorsteher einen Mietvertrag mit dem vermutlich nichtjüdischen Heuerling Johann Wilhelm Knippenberg aus Engershausen, an den die Wohnung im jüdischen Schulhause vermietet wurde.¹⁵ Die Repräsentantenversammlung sollte aus neun Mitgliedern und drei Stellvertretern gebildet werden (§ 7). Unter dem Statut vom 14.3.1857 finden sich die Unterschriften der Vorsteher und Repräsentanten L.A. Löwenstein, M. Rintels, H. Cahen, W. Löwenstein, Wilhelm Cahen, E. Schutz, Jacob Cahen, J. Löwenstein, L. Neustädter, S. Ehrlich und drei Ringe als Handzeichen des Buchbinders Heinemann Heidelberg, dessen Unterschrift Wilhelm Cahen beglaubigte.

Die acht erhaltenen Protokolle der Repräsentantenversammlung aus den Jahren 1857-1860 geben einen Einblick in die Tagesordnung, Probleme und vielfältige Beschlussfassung dieses

¹³ Vgl. CJA 1, 75 A, Pr 3 Nr. 1

¹⁴ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 300

¹⁵ Vgl. CAHJP, S/319/2

Gremiums.¹⁶ Am 15.12.1857 wurden beispielsweise sieben Beschlüsse gefasst. Erstens wurde mit Stimmenmehrheit der anwesenden neun Repräsentanten entschieden, dass die noch nicht oder schon gezahlten Beiträge für die Synagogenplätze („Stettegelder“) niedergeschlagen bzw. zurückerstattet werden sollten. Zweitens wurde beschlossen, das Statut auf Kosten der jüdischen Gemeinde abschreiben zu lassen und dem Vorsteher der Repräsentanten, Wolf Löwenstein, zukommen zu lassen. Drittens wurde mit sechs gegen zwei Stimmen entschieden, den Synagogenplatz des Simon Ehrlich als sein Eigentum zu verleihen, da sein Vater immer seine Gemeindesteuer und auch ein Eintrittsgeld in Höhe von 11 rthl gezahlt und damit das Recht erworben hatte, einen Synagogenplatz als Eigentum innezuhaben. Viertens wurde mit fünf gegen zwei Stimmen der Beschluss gefasst, zuviel gezahlte Gemeindesteuern an B. Cahn, Dr. med. Weil und S. Ehrlich zurückzuerstatten. Fünftens wurde entschieden, durch den Vorstand beim Baumeister H. Unke einen Kostenvoranschlag für eine Bauzeichnung der im Jahre 1855 umgebauten Lübbecke Synagoge einholen zu lassen, um sie für einen geplanten Um- oder Neubau der Synagoge von Preußisch Oldendorf zu nutzen. Sechstens beschlossen die Repräsentanten, einen Antrag bei der Stadt Oldendorf zu stellen, das Honorar des Arztes Dr. med. Lücker für das bedürftige Gemeindeglied Bela Silberschmidt zu begleichen. Siebtens wurde entschieden, den Kostenvoranschlag des Tischlers A. für eine Pforte vor dem jüdischen Friedhof als zu hoch zu verwerfen. Stattdessen wurde beschlossen, den Auftrag zum Bau einer Pforte, die nach dem Modell der am Oerlinghauser Friedhof vorhandenen gestaltet werden sollte, an den „Niederstfordernden“ zu vergeben.

Da die jüdische Gemeinde seit September 1883 keinen Lehrer mehr fest angestellt hatte, der alle Fächer des Elementarunterrichts den Kindern anbieten konnte, sondern sich mit dem Wanderlehrer Adolf Neuhof aus Lübbecke, der einmal in der Woche einen zweistündigen Religionsunterricht erteilte, begnügte, und seit 1898/99 Max Lazarus aus Lübbecke als Religionswanderlehrer verpflichtete, verwundert es nicht, dass der Etat der Gemeinde Preußisch Oldendorf im Vergleich zu dem der Gemeinde von Lübbecke entschieden kleiner ausfiel. Im Jahre 1905 zahlten 10 Zensiten 334 Mark, im Jahre 1909 brachten 9 Zensiten 350 Mark auf und im Jahre 1913 ebenfalls 9 Zensiten 400 Mark.¹⁷

Nach dem Statut für die Synagogengemeinde zu Rahden umfasste der Synagogenbezirk den Amtsbezirk Rahden (§ 1).¹⁸ Obwohl nach § 4 der Vorstand aus vier Mitgliedern und zwei Stellvertretern zusammengesetzt werden sollte, finden sich unter dem Statut vom 31.10.1857 die Namen von drei Gemeindegliedern als Vorsteher, nämlich Goldschmidt, S. Goldstein und J. Ginsberg und die Namen der beiden Stellvertreter Simon Goldstein und N. Hammerschlag. Neben

¹⁶ Vgl. CAHJP, S/319/1

¹⁷ Vgl. Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913) 17., 19., 21. Jg. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

¹⁸ Vgl. StADt, M I I L Nr. 303

den im Gesetz vom 23.7.1847 aufgeführten Aufgaben des Vorstands wurden von dem Vorstand der Gemeinde Rahden die Ausübung noch weiterer Funktionen erwartet (§ 12). Er sollte Verträge im Namen der Gemeinde abschließen, Prozesse im Namen der Gemeinde führen, die Schule beaufsichtigen, die Synagogenordnung aufrechterhalten, die Rendantur verwalten und über die Mobilien und Immobilien der Gemeinde Buch führen. Da die Zahl der zum Repräsentantenamt qualifizierten Gemeindemitglieder zur Zeit der Abfassung des Statuts zu gering war, um neun Repräsentanten und zwei Stellvertreter zu wählen, wurde nach § 20 bestimmt, dass die Repräsentation aus sämtlichen stimmberechtigten Mitgliedern zusammengesetzt werden sollte. Unter dem Statut vom 31.10.1857 befinden sich ausdrücklich die Unterschriften der gewählten und von der Bezirksregierung bestätigten Repräsentanten: E. Goldberg, J. Goldstein, Samuel Frank, Feibes Goldberg, Leffmann Frank, das Handzeichen (XXX) des Th. Haas und das Handzeichen (XXX) des M. David, die von Goldstein beglaubigt wurden, sowie die Unterschriften von I. Frank, A. David, G. Haas, Rosenbaum, L. Goldschmidt und L. Hammerschlag.

Der Etat für die Jahre 1856/57 der jüdischen Gemeinde von Rahden, den die Vorsteher Goldschmidt, Rosenberg und Goldstein durch den Amtmann von Czernicki der landrätlichen Behörde zu Ellerburg vorlegte, umfasste 291 Taler, wovon 188 Taler auf das Lehrergehalt, 48 Taler auf Sollzinsen für geliehenes Kapital, 30 Taler für Abschlagszahlungen auf Schulden, je ein Taler als Domainenabgabe für den Beerdigungsplatz, Esrog (Zitrusfrucht für das Laubhüttenfest) und Grundsteuern entfielen, 10 Taler für die Beleuchtung der Synagoge und 2 Taler für die Feuerversicherung veranschlagt waren.¹⁹ Im Jahre 1869 hatte der Etat ein Volumen von 395 Talern, im Jahre 1888 eine Höhe von 1.102 Mark.²⁰ Da die jüdische Gemeinde von Rahden von 1836 bis 1925 zahlreiche Elementarschullehrer auf Gemeindekosten fest anstellte, waren ihre Ausgaben höher als die der Gemeinde von Preußisch Oldendorf. Im Jahre 1905 zahlten 14 Steuerzahler 1.450 Mark, im Jahre 1909 18 Zensiten 2.300 Mark und im Jahre 1913 finanzierten 25 Steuerzahler einen Etat von 3.000 Mark.²¹

Obwohl in Levern seit 1813 eine Synagoge besucht wurde und sich an diesem Ort seit 1822 eine Synagogengemeinde gebildet hatte, zog sich die Konstituierung einer Synagogengemeinde als Korporation des öffentlichen Rechts bis zum Jahr 1897/98 hin. Diese Verzögerung hatte mehrere Gründe. Erstens war die Zahl der wahlfähigen jüdischen Mitglieder in Levern selbst zu klein, wenn sich nicht weitere Mitglieder aus den Ämtern Wehdem und Dielingen bereit erklärten, sich der Synagogengemeinde Levern anzuschließen. Tatsächlich besuchten die Mitglieder der Familie Sauer aus Wehdem seit den 1830er Jahren die Synagoge in Levern, während sich die Familie Coblenzer in Wehdem mit der Synagogengemeinde im hannoverschen Lemförde verbunden hatte

¹⁹ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 303

²⁰ Vgl. StdtA Rahden, A 415

²¹ Vgl. Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913) 17., 19., 21. Jg. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

und die Familie Buchthal eine indifferente Haltung hinsichtlich der kultischen Zugehörigkeit einnahm.²² Die in Dielingen lebenden jüdischen Familien Spanier, Meier, Lipper, Goldschmidt und Herzfeld wandten sich mit folgendem Schreiben vom 25.1.1861 an das Ministerium für geistliche Angelegenheiten in Berlin gegen die Entscheidung des Oberpräsidiums von Westfalen, wonach sie der Synagogengemeinde Levern zugeschlagen werden sollten:

„Wir sind Eingesessene der Ortschaft Dielingen 1½ Meile von Levern entfernt, und dessen ungeachtet sind Anordnungen getroffen, wonach wir zur einzurichtenden Levernischen Synagogen-Gemeinde beitreten, und verhältnismäßig zu den desfallsigen Kosten beitragen sollen. Wie können wir aber bei einer solchen großen Entfernung von der projectierten Einrichtung Gebrauch machen, da wir nach der mosaischen Glaubenslehre am Sabbath einen Weg über ¼ Meile nicht zurücklegen dürfen? Wie ist es möglich zur Andacht in der Synagoge zu Levern rechtzeitig und ohne große Ermüdung zu erscheinen, da die Andacht nach unserer Glaubenslehre um 9 Uhr Morgens beginnen soll? Unsere Kinder können den Religions-Unterricht wegen der großen Entfernung in Levern selbstredend gar nicht empfangen. Aber auch abgesehen von der Unmöglichkeit, die Synagoge in Levern von hier aus zu benutzen, und von der eventuell eintretenden Übertretung unserer Glaubensgesetze, so streitet schon eine solche Zwangs-Theilnahme wider den § 15 der Verfassungs-Urkunde, und beziehen wir uns auf den Inhalt des umstehenden, abschriftlichen Ministerial-Erlasses. Wir benutzen die ¼ Meile von hier entfernte Synagoge zu Lemförde, werden künftig, wenn es nothwendig wird, hierselbst solche Einrichtungen treffen, die nach Maßgabe unsrer Glaubenslehre genügend sein werden. Wir bitten daher unterthänigst: 'Hochgeneigtst uns von der Zwangs-Theilnahme an der Levernischen Synagogen-Einrichtung gänzlich zu befreien!'"²³

Dieser Bitte wurde schließlich dahingehend entsprochen, dass der Synagogenbezirk nach dem Statut für die Synagogengemeinde Levern (genehmigt 11.1.1898) nur die Amtsbezirke Levern und Wehdem umfasste (§ 1).²⁴ Im Unterschied zu den Synagogengemeinden in Lübbecke und Preußisch Oldendorf konnte die Synagogengemeinde von Levern vor 1862 nicht zu einer Korporation öffentlichen Rechts erhoben werden, da diese Gemeinde erst in diesem Jahr einen eigenen Friedhof benutzte. Zuvor ließ die Gemeinde Levern ihre Toten auf dem alten Friedhof, Auf der Masch, der von der jüdischen Gemeinde Lübbecke im Dezember 1819 angekauft worden war, bestatten.²⁵ Der Vorstand der Synagogengemeinde Levern sollte aus drei Mitgliedern und einem Stellvertreter bestehen (§ 9). In den Vorstandswahlen vom 23.8.1901 wurde Kaufmann Bernhard Löwenstein zum ersten, Viehhändler Abraham Sauer aus Wehdem zum zweiten Vorsteher und der Rentier Leffmann Rhee zum Stellvertreter gewählt.²⁶ An die Stelle der Repräsentantenversammlung setzte das Statut die Generalversammlung, zu der alle wahlfähigen Gemeindemitglieder gehörten. Das Statut wurde von den zehn Gemeindemitgliedern, dem Kaufmann Bernhard Löwenstein, dem Rentier Leffmann Rhee, dem Viehhändler Simon Hurwitz, dem Rentier Ferdinand Boas, dem Viehhändler Isidor Hurwitz, dem Kommissionär Moses Horwitz, dem Viehhändler Karl Horwitz, dem praktischen Arzt Dr. med. Arnold Levy, dem Lehrer Siegmund Rosenbach und dem Kaufmann Alex Löwenstein unterschrieben. Außerdem waren die Viehhändler Abraham, Moses und Simon Sauer aus Wehdem Mitglieder der Synagogengemeinde Levern, hatten das Statut jedoch nicht unterschrieben. In den Wahlen vom 23.8.1901 wurde Ferdinand Boas zum Vorsitzenden der Generalversammlung, Alex Löwenstein zum Protokollanten und Isidor Hurwitz zum Rendanten gewählt. Da die Synagogengemeinde Levern von 1854-1921

²² Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 49-54

²³ StADt, M 1 I L Nr. 255

²⁴ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

²⁵ Vgl. Hillebrand (1996), S. 64; StdtA Lübbecke, C II 13.4

²⁶ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

Lehrer anstellte, war der Etat entsprechend hoch. Im Jahre 1905 zahlten 12 Zensiten 1.180 Mark, 1909 12 Zensiten 1.463 Mark und 1913 8 Zensiten 1.618 Mark.²⁷

4.2 Die jüdischen Kleinstadtgemeinden und ihre Verfassungen im Kreise Halle i.W.

Nach dem Statut für die Synagogengemeinde Halle i.W. (genehmigt 15.5.1856) umfasste der Synagogenbezirk die Stadt Halle i.W. und die Gemeinden Brockhagen, Steinhagen und Hörste (§ 1). Der Vorstand sollte aus drei Mitgliedern und einer nicht näher bestimmten Zahl von Stellvertretern (§ 13) bestehen. Im Jahre 1853 wurden der Pferdehändler Feidel Stern, der Handelsmann Bendix Goldschmidt und der Kaufmann Herz Wissbrunn aus Steinhagen zu Vorstehern und der Buchbinder David Rosenbaum zum Stellvertreter gewählt.¹ Das Statut vom 15.5.1856 unterschrieben neben den genannten Vorstandsmitgliedern auch noch als Mitglieder der Repräsentation die Kaufleute Philipp Stern und Simon Goldstein aus Halle i.W., der Handelsmann Levi Kirschbaum aus Hörste und der Buchbinder Meier Rose aus Steinhagen. Auch in dieser Synagogengemeinde war man aus Mangel an Mitgliedern gezwungen, an Stelle einer neunköpfigen Repräsentantenversammlung eine Gemeindeversammlung zu setzen.

In einem Schreiben an die Landratsbehörde vom 8.9.1856 beantragte der Vorstand der Synagogengemeinde Halle i.W., auf die Anstellung eines Lehrers und Geistlichen verzichten zu dürfen, da es in Halle nur zwei jüdische Familien mit Kindern gebe, die Kinder der jüdischen Familien in Brockhagen, Steinhagen und Hörste anderen Orts unterrichtet würden und der Kantordienst in Halle i.W. von dem früheren Viehhändler Bendix Goldschmidt ausgeübt werde. Die Ausgaben der Gemeindebedürfnisse wurden mit maximal 40 Talern veranschlagt, die von neun Gemeindemitgliedern aufgrund der Klassensteuerveranlagung aufgebracht wurden. Die Ausgaben für die Synagogenmiete wurden mit 14 rthl, Beleuchtung und Reparaturen mit 10 rthl und die Besoldung des Synagogendieners mit 6 rthl veranschlagt. Für die Instandhaltung des Friedhofs, Auf der Brandheide, wurden 10 rthl angesetzt, doch diese Summe verringerte sich, da auch jüdische Familien aus Werther den jüdischen Friedhof benutzten und zur Instandhaltung beitragen mussten. Der Vorstand bat ausdrücklich darum, weiterhin den Gottesdienst durch einen privaten Kultusbeamten ausüben lassen zu dürfen, auch wenn man sich der Tatsachen, dass Halle i.W. als Kreisstadt mit einem Amtsgericht zur Ableistung von Judeneiden berechnigte und als Ort, an dem es eine Synagoge und einen Friedhof für Juden gab, bewusst war.²

Da sich die jüdische Gemeinde in Halle i.W. entschied, tatsächlich keine Schule zu eröffnen und keinen Lehrer fest anzustellen, sondern ihren Kindern durch einen Wanderlehrer Religionsunterricht erteilen ließ, und auch nach der Jahrhundertwende aus Mangel an männlichen Gemeindemitgliedern anstelle ihrer angemieteten Synagoge diejenige in Werther besuchte, blieb

²⁷ Vgl. Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913) 17., 19., 21. Jg. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

¹ StdtA Halle, A 611

² Vgl. ebd.

der Etat entsprechend bescheiden. Im Jahre 1905 belief sich der Gemeindegeldetat auf 15 Mark, im Jahre 1909 auf 20 Mark und für das Jahr 1913 wurde überhaupt kein Etat mehr angegeben. Die drei jüdischen Familien besuchten weiterhin die Synagoge in Werther.³

Der Synagogenbezirk der Synagogengemeinde von Werther umfasste nur die Stadt Werther nach § 1 des Synagogenstatuts (genehmigt am 5.6.1856).⁴ Der Vorstand sollte aus drei Mitgliedern der Gemeinde und einem Stellvertreter gebildet werden (§ 11). Die Wahl von Aron Bendix Weinberg, Jesaias Greve und Simon Goldschmidt zu Vorstehern und von Joseph Meyerson zum Stellvertreter wurde von der Bezirksregierung in Minden am 8.12.1853 bestätigt. Am 10.1.1854 wurde dieser Vorstand in der Amtsstube des Bürgermeisters Riensch verpflichtet. Auch in der jüdischen Gemeinde Werther wurde beschlossen, aus Mangel an Mitgliedern keine neunköpfige Repräsentation zu bilden, sondern alle vorhandenen Mitglieder sollten als Repräsentanten angesehen werden. Das Statut vom 5.6.1856 unterschrieben die wahlfähigen Gemeindemitglieder Jordan Bendix Weinberg, Samuel Lilienthal, Salomon Goldstein, [Hesekiel] Neustaedter, Bendix Meyerson für Jacob Alexander, Heinemann Alexander, M[ichael] Greve und M[oses] Meyerson. Die jüdischen Gemeindemitglieder von Werther besaßen spätestens seit den 1780er Jahren eine eigene Synagoge, unterhielten spätestens seit Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs einen Kultusbeamten und Elementarschullehrer und kauften im Jahre 1889 ein Grundstück für einen eigenen Friedhof, An der Egge.⁵

Der Gemeindehaushalt für die Jahre 1856/57 wurde auf 289 rthl veranschlagt.⁶ Die Einnahmen setzten sich 1. aus den Mietbeiträgen für die Synagogenstände zusammen (32 rthl), 2. aus den Zinsen der Legate Abraham Meyerson, Salomon Greve und Bendix Weinberg (12 rthl), 3. aus Schul- und Synagogengeldern (57 rthl), 4. aus der von jedem Mitglied zu zahlenden Gemeindesteuer (184 rthl), die „nach Verhältnis der Klassen- und Einkommensteuer umgelegt“ (§ 22) wurde und anderen kleineren Einnahmequellen. Die Ausgaben wurden für das Gehalt des Lehrers und Kantors (240 rthl), Zinsschuldentilgung (19 rthl), Reparatur der Synagoge (5 rthl), Gehalt des Synagogendieners (hebr. Schammasch) (5 rthl), Beleuchtung der Synagoge (8 rthl) und Restaurierung der Thora (2 rthl) aufgewandt. Im Jahre 1905 finanzierten 12 Zensiten einen Gemeindehaushalt in Höhe von 1.200 Mark, 1909 zahlten 16 Steuerzahler 1.493 Mark und 1913 brachten 10 Zensiten einen Etat von 1.600 Mark auf.⁷

Das Statut der Synagogengemeinde von Borgholzhausen (genehmigt am 14.7.1856) unterschrieben die Vorstandsmitglieder F[eidel] J[oseph] Steinfeld, N[achmann] S[amuel] Polly,

³ Vgl. Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913) 17., 19., 21. Jg. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

⁴ Vgl. StdtA Werther, A 76

⁵ Vgl. StdtA Werther, A 74; StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

⁶ Vgl. StADt, M I I L Nr. 306

⁷ Vgl. Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913) 17., 19., 21. Jg. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

A[braham] [Samuel] Hesse, [Abraham Bendix] Weinberg und die Repräsentanten Zacharias Polly, A[braham] J[acob] Hesse, A[braham] Maass und L.[efmann] Silberberg.⁸ Die jüdische Gemeinde von Borgholzhausen hatte sich im Jahre 1822 eine neue Synagoge für 1.035 rthl mit einem Schulzimmer im „Vorlokal“ erbauen lassen.⁹ Da das Schulzimmer aber nicht ausreichend beheizbar war, wurden verschiedene Schulzimmer in der Folgezeit unter den Gemeindemitgliedern angemietet.

Der Friedhof, Auf der Nollheide, der um 1750 angelegt worden sein soll und gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde Versmold genutzt wurde¹⁰, war die zweite Immobilie, die erhalten werden musste. Obwohl sich der Friedhof (Flur 4, Nr. 272/152) spätestens seit 1877 ausschließlich im Eigentum der jüdischen Gemeinde von Borgholzhausen befand, waren die Versmolder Juden verpflichtet, ihre Gräber vermutlich auf eigene Kosten zu pflegen.¹¹

Der Etat der jüdischen Gemeinde Borgholzhausen belief sich im Jahre 1840 auf 146 rthl an Einnahmen und 121 rthl an Ausgaben.¹² Zu den wichtigsten Einnahmequellen gehörten Mizwegelder (i.e. Gelder für gottesdienstliche Ehrenfunktionen wie das Aussprechen von Gebeten und Segnungen) (34 rthl), Schulgelder (19 rthl), Gemeindesteuern (67 rthl) und Reparaturkostenbeiträge. Für den Gemeindeetat von 1840 wurden die Gemeindesteuern nach einem graduell, in fünf Steuerklassen abgestuften System, das vermutlich sowohl das Einkommen als auch das Grundvermögen der Steuerzahler berücksichtigte, erhoben. In die erste Steuerklasse fielen die Kaufleute Feidel Joseph Steinfeld und Abraham Bendix Weinberg, die jeweils 11 rthl, 7 Sgr, 6 d zahlten. Der Kaufmann Marcus Lefmann Rhee, der Pferdehändler Samuel Meyerson und Abraham Schoenbaum, die in die zweite Steuerklasse fielen, zahlten je 9 rthl. Der Pferdehändler Abraham Selig Maass und der Schlachter Abraham Hesse zahlten je 3 rthl, 27 Sgr, 6d Gemeindesteuern. Der Handelsmann Nachmann Polly und Simon senior zahlten je 13 Sgr und der Handelsmann Abraham Lefmann Kemper musste 1 Sgr, 15d aufbringen.

Zu den wichtigsten Ausgabenposten gehörten im Jahre 1839/40 das Lehrergehalt (70 rthl), Zinsschuldentilgung (15 rthl), Reparaturen an der Synagoge (12 rthl) und die Schulmiete für Abraham Hesse (16.10.1839-16.4.1840) (7 rthl, 15 Sgr) und für Nachmann Polly (16.4.-16.10.1840) (9 rthl).¹³

Das Statut vom 14.7.1856 bestimmte, dass „die Kosten des Kultus und die übrigen Bedürfnisse der Synagogengemeinde [...] durch einen auf sechs Jahre angelegten Etat festgesetzt und auf die einzelnen Mitglieder der Gemeinde nach Verhältnis der Grund-, Einkommen- und Klassensteuer umgelegt“ werden sollten (§ 25). Für das Jahr 1859 belief sich der Gemeindehaushalt nur auf 35

⁸ Vgl. ALBI New York, AR 3156, Hans Kronheim Collection

⁹ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 441

¹⁰ Vgl. Uthe, H. u. K.: „Um Deine Erziehung in den historischen Gebieten zu vergrößern.“ Dokumentation und Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte jüdischer Familien in Versmold. Heimatverein Versmold 1988, S. 16

¹¹ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816

¹² Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 448

¹³ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 448

rthl, 20 Sgr.¹⁴ Offensichtlich war in jenem Jahr kein Lehrer fest angestellt worden. Die wichtigsten Ausgabenzwecke waren die Beleuchtung der Synagoge (12 rthl), Reparaturen an der Synagoge (20 rthl) und die Einfriedigung des Friedhofes (20 rthl).

Der Gemeindeetat hatte im Rechnungsjahr 1894/95 ein Volumen von ca. 500 Mark. Zu den Einnahmequellen gehörten die Zinseinkünfte aus einem hypothekarischen Darlehen von 9.000 Mark zu 4% p.a. Zinsen aus dem Legat der Eheleute Schoenbaum an einen Bauern in Wellingholzhausen, Gemeindesteuern in Höhe von 82 Mark, ein Geldgeschenk der Witwe Kemper aus Baltimore (25 Mark) und Mitzwegelder (82 Mark). Der größte Ausgabenposten entfiel auf das Gehalt des Religionswanderlehrers David Baum (350 Mark).¹⁵

Die Einbindung der kleinen Gemeinde in einen überregionalen und einen regionalen jüdischen Dachverband zeigten die Jahresbeiträge für den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund (gegr. 1869 in Leipzig) und für den Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens (gegr. 1891 in Bielefeld) spätestens seit 1894.

Ähnlich wie in der Gemeinde Halle i.W. konnte nach der Jahrhundertwende kein wöchentlicher Gottesdienst mehr in der Synagoge von Borgholzhausen abgehalten werden, da die Zahl der männlichen Juden mit 4-5 Personen zu klein geworden war. Spätestens seit 1905 fanden nur noch Gottesdienste an den hohen Feiertagen im Herbst in der Synagoge von Borgholzhausen statt, indem Kantoren von auswärts eingeladen wurden. Sie erhielten ein Honorar aus dem Schoenbaumschen Legat.¹⁶

Im Jahre 1930 bestand die Synagogengemeinde von Borgholzhausen aus drei Familien (3 Männer, 4 Frauen und 3 Kinder unter 14 Jahren). Die Gemeindemitglieder in Borgholzhausen, Max Weinberg, Max Bauer und Jakob Hesse sowie Alfred Silberberg aus Bad Rothenfelde beschlossen am 8.2.1930, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied Max Weinberg eine Vollmacht zu erteilen, die baufällige Synagoge „meistbietend zu verkaufen“.¹⁷ Die Gebetstände sollten unter Aufsicht eines Gemeindemitgliedes verbrannt werden und die Kultusgegenstände, insbesondere die Thorarollen, von dem Rabbiner in Bielefeld, Dr. Hans Kronheim, in Verwahrung genommen werden. Der Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks, Flur 2 Nr. 61 in der Größe von 145qm, zu einem Preis von 650 RM sollte dem Preußischen Landesverband Berlin als Stammkapital überwiesen werden und die Zinsen zur Pflege des jüdischen Friedhofs verwendet werden. Es wurde bestimmt, dass das Kapital zurückfließen sollte, falls sich in der Zukunft eine neue, größere jüdische Gemeinde in Borgholzhausen mit dem Ziel bilden würde, wieder Gottesdienste abzuhalten. Die Bezirksregierung genehmigte den Beschluss der Synagogengemeinde von Borgholzhausen am 16.8.1930.

¹⁴ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 306

¹⁵ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816

¹⁶ Vgl. ebd. und Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistisches Jahrbuch 1905) 17. Jg. Berlin

¹⁷ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 306

Obwohl sich die drei Familien der Brüder Weinberg in der Gemeinde Bockhorst im Jahre 1842 wegen persönlicher Streitigkeiten von der Synagogengemeinde in Versmold getrennt hatten, Privatandacht in ihren Häusern hielten und seit Beginn der 1850er Jahre einen Privatlehrer zur Unterrichtung ihrer Kinder angestellt hatten, umfasste der Synagogenbezirk der Synagogengemeinde zu Versmold laut Statut (genehmigt am 26.4.1856) die Stadt Versmold und die Bauerschaften Peckeloh, Oesterweg, Loxten, Bockhorst und Hesselteich (§ 1).¹⁸ Nach § 5 sollte der Vorstand aus drei Mitgliedern und drei Stellvertretern bestehen. Auch in dieser Gemeinde sollte anstelle einer Repräsentantenversammlung eine Gemeindeversammlung, die aus allen wahlfähigen Gemeindemitgliedern zusammengesetzt war, gebildet werden (§ 25). Das Statut unterschrieben die Vorsteher A[braham] Weinberg, Levi Weinberg und Bendix Heilbrun. Diese Vorsteher und der Stellvertreter Bernhard Steinfeld wurden am 23.1.1854 von dem Amtmann Friedrich Theodor Heuermann mittels Handschlag verpflichtet, nachdem ihre Wahl am 17.10.1853 durch die Gemeindemitglieder von der Bezirksregierung am 8.12.1853 bestätigt worden war.

Vermutlich Anfang der 1830er Jahre ließ sich die jüdische Gemeinde von Versmold von dem Bauern Friedrich Wilhelm Klaus (Mattlage) aus Loxten ein Kottengebäude aus Fachwerk als Doppelhaus auf dem Land erbauen, in dem sowohl auf der einen Seite eine traditionelle Synagoge als auch auf der anderen eine Heuerlingswohnung eingerichtet wurden. Im Jahre 1899 entschied sich die Gemeinde, eine neue, steinerne, kirchenähnliche Synagoge an der Mittelstraße 12 in Versmold erbauen zu lassen, in der schließlich bis zum Novemberpogrom in der NS-Zeit Gottesdienste abgehalten wurden.

Der Gemeindeetat für die Zeit 1857-62 belief sich auf 45 rthl, 19 Sgr, 9d. Die Einnahmequellen bestanden aus Kultussteuern (28 rthl, 4 Sgr, 9d), Mieteinnahmen für die Heuerlingswohnung und Zinseinnahmen für ein Darlehen in Höhe von 100 rthl an den Bauern Klaus zu einem jährlichen Zinssatz von 4½ %. Die Ausgabenzwecke setzten sich aus der Mietzahlung an den Bauern Klaus und Reparaturausgaben zusammen.¹⁹ In den folgenden Jahren hatte der Gemeindehaushalt ein Volumen von 327 Mark (1890-93), 480 Mark (1905), 600 Mark (1913) und 198 Mark (1928).²⁰ Da die jüdische Gemeinde von Versmold im Unterschied zu der jüdischen Gemeinde von Werther wegen der kleinen Kinderschar keine jüdische Schule kontinuierlich zu unterhalten brauchte, sondern spätestens seit 1893 einen Wanderlehrer zur Unterrichtung ihrer Kinder im Fach Religion anstellte, verwundert es nicht, dass der Gemeindeetat nicht allzu umfangreich war.

¹⁸ Vgl. StdtA Versmold, A 1238

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. ebd.; Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1905; StADt, M I I L Nr. 306

4.3 Synagogen und Gottesdienste im Kreis Lübbecke

Im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildeten sich, teils in Analogie zu Entwicklungen im Protestantismus, vier unterschiedliche ideologische Richtungen im deutschen Judentum heraus. Das akademisch vorgebildete Rabbinat versuchte, neue Wege und Antworten auf Fragen der Gottesdienstgestaltung, der Interpretation der traditionellen Schriften und bei der Frage der Vereinbarkeit von jüdischer Tradition mit dem Leben in der mehrheitlich nichtjüdischen deutschen Gesellschaft, die sich zu industrialisieren und modernisieren begann, zu geben.

Der neo-orthodoxe Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1808-1888) zielte mit seinem Konzept „Tora im derech erez“ (wörtlich: Thora zusammen mit dem Weg des Landes) darauf ab, das traditionelle Judentum, das sich an die Gesetze und die Lehre der überlieferten Schriften der Bibel und des Talmud hielt, „mit einem aktiven Leben in Staat und Gesellschaft“ zu verbinden.¹ Der Jude als „Mensch-Jissroel“ konnte nach Hirschs Vorstellungen seine jüdische Lebensweise mit einer allgemein menschlichen konfliktlos in Einklang bringen. Die alten jüdischen Bräuche wurden von Hirsch mit neuen Argumenten gerechtfertigt und nicht schon allein aus dem Grunde akzeptiert, weil sie von den Eltern in Ehren gehalten wurden.

Der konservative Rabbiner Zacharias Frankel (1801-1875) versuchte in Analogie zu der protestantischen Vermittlungstheologie zwischen Glaube und historischer Kritik eine ausgleichende Position einzunehmen. Einerseits hielt er den Kern der jüdischen Religion für geoffenbart, andererseits betonte er die Innovationsfähigkeit des jüdischen Gesetzes. In Abgrenzung zur militanten Orthodoxie und radikalen Reform verstand er seine Aufgabe darin, die jüdische Religion im konservativen Sinne zu verbessern und fortzubilden. Frankel wurde im Jahre 1854 zum ersten Direktor des Jüdisch-Theologischen Seminars in Breslau gewählt, das erste moderne Rabbinerseminar in Deutschland, in dem bis 1938 723 Rabbiner und Gelehrte ausgebildet wurden, u.a. der Historiker Heinrich Graetz und der Rabbiner Leo Baeck.²

Der gemäßigt reformorientierte Rabbiner Abraham Geiger (1810-1874) war der Ideologe des religiösen Fortschritts, für den seiner Vorstellung nach der jüdische Geist und nicht in erster Linie das jüdische Gesetz verantwortlich war. Geiger wurde im Jahre 1838 zum Rabbiner in Breslau gewählt und fungierte ab 1872 als Dozent in der von ihm eingerichteten Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin.³

Während sich die gemäßigt reformorientierten Rabbiner für die zumindest teilweise Ersetzung des Hebräischen als gottesdienstliche Gebetssprache, die Einführung von Predigten, Choralgesang und Orgelmusik beim jüdischen Gottesdienst nach protestantischem Vorbild aussprachen, gingen die Forderungen des radikal reformorientierten Rabbiners Samuel Holdheim (1806-1860) insofern

¹ Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi; Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. II. Emanzipation und Akkulturation 1780-1871. München 1996, S. 146f

² Vgl. ebd.; Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, Artikel: „Frankel, Zacharias“, S. 151f; „Jüdisch-Theologisches Seminar, Breslau“, S. 246

³ Vgl. Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer: Deutsch-Jüdische Geschichte, Bd. II, S. 148ff; Schoeps, Neues Lexikon, Artikel: „Geiger, Abraham“, S. 163

weiter, als er sich in seiner Reformgemeinde in Berlin dafür einsetzte, den Sabbat auf den Sonntag zu verlegen, da immer mehr Juden gezwungen waren, am Freitag und Sonnabend zu arbeiten. Außerdem setzte er sich für die Abschaffung der Beschneidung jüdischer Knaben ein und für eine Reform der jüdischen Ehe- und Scheidungsgesetze. Auf der Rabbinerkonferenz in Braunschweig (1844) gehörte er mit Moses Hess zu den einzigen Konferenzteilnehmern, die im Unterschied zur Mehrheit die Mischehe zwischen Juden und Nichtjuden befürworteten. Das Gesetzesjudentum wollte er durch eine prophetische Moral des autonomen Individuums ersetzen.⁴

Hinweise darauf, nach welchen Modellen sich der Gottesdienst in der Synagoge der jüdischen Gemeinde von Lübbecke entwickelte und auf welche Weise sich die Riten und Gebräuche, die in der Gemeinde gefeiert wurden, wandelten, finden sich in der jüdischen Presse, in der Bürgermeisterchronik und in den Erinnerungen des Lehrers Max Lazarus.

Ein Artikel vom 27.7.1839 in der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“, die seit 1837 von dem gemäßigten Reformprediger und späteren Rabbiner von Magdeburg, Ludwig Philippson (1811-1889), herausgegeben wurde, berichtete darüber, dass vier Kinder in der jüdischen Gemeinde von Lübbecke am vergangenen Wochenfest (hebr. Shawuot) konfirmiert worden waren.⁵ Der Redakteur stellte den Lehrern und Geistlichen unter den Lesern der AZJ die rhetorische Frage, ob es nicht sinnvoll sei, aus Gründen der zeitlichen Vereinheitlichung, die „Konfirmationen“ [sic; statt: Barmizwafeiern] jüdischer Kinder immer am Wochenfest durchzuführen. Da jedoch der gottesdienstliche Ritus am Wochenfest eine „ungemeine Länge“ erforderlich mache, schlug der Redakteur vor, die „Religionsweihe der Kinder“ auf den nachfolgenden Sabbat zu verlegen. Die Verwendung der Substantive „Konfirmation“ und „Konfirmand“ in diesem Artikel zeigte die sprachliche Akkulturationsbereitschaft der reformorientierten Zeitung an die protestantische Mehrheitskultur an.

Inhaltlich gesehen waren Konfirmationen, die am Wochenfeste abgehalten wurden, sehr sinnvoll, da mit dem Fest seit rabbinischer Zeit die Erinnerung an die geoffenbarte Gesetzgebung am Sinai und die Erwählung Israels verbunden war.⁶

Während der spätere Landesrabbiner von Münster, Abraham Sutro (1784-1869), der in der Zeit des Kasseler Konsistoriums (1808-13) als Rabbinatsadjunkt in Höxter in deutscher Sprache predigte, Orgelmusik und „die nach dem Vorbild der evangelischen Liturgie eingeführte Konfirmation der Knaben“ akzeptierte, nach 1830 jedoch die Reinhaltung des jüdischen Ritus auf orthodoxe Weise praktizierte⁷, wurde dieser traditionelle Weg in Lübbecke offensichtlich von Lehrer Heinemann Leeser nicht gegangen. Es lässt sich quellenmäßig belegen, dass in der Dienstzeit des

⁴ Vgl. Schoeps, Neues Lexikon, Artikel: „Holdheim, Samuel“, S. 201; Meiring, Kerstin: Zwischen zwei Welten: Studien zur christlich-jüdischen Mischehe in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Diss. Bielefeld 1995, S. 32; Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer: Deutsch-Jüdische Geschichte, Bd. II, S. 150f

⁵ Vgl. AZJ (3. Jg.) Nr. 77 vom 27.7.1839

⁶ Vgl. Schoeps, Neues Lexikon, Artikel: „Schawuot“, S. 409f

⁷ Vgl. Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 43f, Fußnote 16; S. 46ff

Lehrers Leeser auch Konfirmationen von Mädchen in der Gemeinde gefeiert wurden. Der jüdische Frauenverein von Lübbecke spendete im Jahre 1860 5 rthl, die zur Anschaffung von Kleidungsstücken für Schönchen Meier wegen ihrer „Konfirmation“ (sic; statt: Batmizwafeier) Verwendung finden sollten.⁸ Die Tatsache, dass Batmizwafeiern in der Gemeinde Lübbecke abgehalten wurden, ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Gemeinde reformorientiert war. Später, im Jahre 1897, führte der Lehrer Max Lazarus wieder Barmizwafeiern in den synagogalen Gottesdienst ein, wie es die von ihm früher verwaltete Gemeinde Meschede im Sauerland von ihm erwartet hatte.⁹

Von 1835-40 und 1855-74 fungierte in Lübbecke Heinemann Leeser als Lehrer und Geistlicher. Er hatte im Jahre 1830 das jüdische Lehrerseminar in Münster und im Jahre 1833 als einziger jüdischer Hospitant das katholische Lehrerseminar in Büren besucht und seine Prüfungen an beiden Seminarien mit sehr guten Noten bestanden. Er besaß englische und französische Sprachkenntnisse und war Verfasser zweier Hebräischlehrbücher, nämlich „Hebräisches Lehr- und Übungsbuch für Schulen, 1. und 2. Kursus“ (hebr. Titel: „Halichot loschen hakodesch“) und „Hilfsbüchlein beim ersten Übersetzen des Pentateuch für israelitische Schulen“.¹⁰ Bis in die 1860er Jahre blieb Heinemann Leeser seiner gemäßigt reformorientierten Einstellung treu. Der orthodoxe „Israelit“ berichtete am 29.4.1868 (5628) mit Empörung, dass auf Initiative und unter dem Vorsitz des ältesten Lehrers, Heinemann Leeser, sämtliche acht jüdischen Lehrer des Kreises Lübbecke zu einer Konferenz nach Lübbecke eingeladen worden waren, um über schulische und synagogale Fragen offensichtlich nicht nur mit der Absicht zu beraten, die jüdischen Interessen zu harmonisieren und zu vereinheitlichen, sondern auch, um die synagogalen Melodien zu „vereinfachen“ und den jüdischen Gottesdienst zu „reformieren“. Die Konferenzteilnehmer beabsichtigten, dreimal jährlich über Fragen des Schul- und Synagogenwesens eine Sonderkonferenz abzuhalten. Der Artikel des „Israelit“ endete mit den empörten Worten: „Wir glauben indeß, die Herren Lehrer und Lehrerchen thäten - falls keine nöthigeren und dringlicheren Vorlagen zu erledigen sind - viel besser, wenn sie zu Hause blieben!“¹¹

Auch die Verwendung eines Harmoniums in der Leverner Synagoge seit dem Jahre 1887 und in der Lübbeckener Synagoge vor und nach dem Brand im Jahre 1897 weist daraufhin, dass die Gottesdienste in diesen Gemeinden liberal oder reformorientiert waren.¹² Nach orthodoxer Sitte war es nicht erlaubt, am Sabbat Musik zu machen, da dies dem Arbeitsverbot widersprach. Außerdem war das Musizierverbot im Gottesdienst seit der Tempelzerstörung als Zeichen der

⁸ Vgl. CAHJP, Inventory 6198

⁹ Vgl. Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 54f

¹⁰ Vgl. Nachruf von Salomon Blumenau in AZJ (38. Jg.) Nr. 14 vom 31.3.1874; Helga Becker-Leeser: Aus der Geschichte der Familie Leeser. o.O. 1987, S. 77-80. Ich danke Helga Becker-Leeser für ihre freundliche Zusendung einiger Kapitel aus ihrem damals noch unpublizierten Werk.

¹¹ Der Israelit Nr. 18 (IX. Jg.), Beilage vom 29.4.1868 (5628)

¹² CJA, 75 A Pr 3 Nr. 2; Lazarus, Max: Erinnerungen, S. 57

Trauer von den Orthodoxen akzeptiert und die Einführung von Orgelmusik als Nachahmung nichtjüdischer Gottesdienstformen angesehen worden.¹³

Bürgermeister Strubberg charakterisierte den Kultus der jüdischen Gemeinde von Lübbecke schon für das Jahr 1844 als reformorientiert und sprachlich akkulturiert:

„Die jüdische Gemeinde ist auf dem Wege der vernünftigen Reform vorgeschritten und hat manchen nicht mehr zeitgemäßen, auf den Vorschriften des Talmud beruhenden Gebrauch abgeschafft. So ist unter Anderem beim Gottesdienst jetzt deutsche Predigt, deutsches Gebet und deutscher Gesang eingeführt. Ihre Schule ist in einem ausgezeichneten Zustande.“¹⁴

Die erste nachgewiesene, von der jüdischen Gemeinde von Lübbecke benutzte Betstube befand sich im Jahre 1725 im Haus Nr. 54 des Schutzjuden Isaac Joseph, Vorsteher der Lübbecker und Oldendorfer Judenschaft. Die im Jahre 1742 benutzte Betstube befand sich im Haus Nr. 192 des Johann Hermann Farenkamp am Steinweg. Der Gemeinde war es nach einer Verordnung vom 24.9.1730 verboten worden, eine eigene Synagoge zu erbauen und einzurichten. Vermutlich schon seit 1744 hatte die Gemeinde eine andere Synagoge, die wahrscheinlich mit einer Schulstube verbunden war, gemietet. Sie befand sich in einem Gebäude auf dem Hofplatz des Westrupshof, den der Freiherr von der Recke schon 1624 erworben hatte, inmitten der Stadt Lübbecke. Im Jahre 1824 berichtete der Lehrer Baer Salomon dem Lübbecker Bürgermeister Carl Ludwig Sigismund Kind, dass „vor mehreren Jahren [auf dem Hofe der Familie von der Recke] eine neue Synagoge erbaut und eine neue Schulstube eingerichtet“ und von der „hiesigen Judenschaft in Pacht genommen“ worden sei.¹⁵

Am 21.4.1854 schlossen die Kaufleute Enoch Rosenberg, M.N. Rosenberg, Nathan Steinberg, Samuel Hecht, Daniel Bendix Weinberg, Moses Bendix Weinberg, Levi Weiß, Levi Mergentheim, Joseph Mergentheim und der Fleischer Itzig Mansbach einen Vertrag mit dem Freiherrn von der Recke über den Kauf von drei Grundstücken, nämlich 1. Flur 8, Nr. 499/157, Bäckerstraße, Haus und Hof mit der Synagoge (ca. 432 m²), 2. Flur 8, Nr. 500/162, Bäckerstraße Haus und Hof (ca. 186 m²) und 3. Flur 8 Nr. 501/161, Bäckerstraße, Garten (ca. 1.241 m²) zu einem Preis von 3.000 Talern.¹⁶ Die Parzellen 500/162 und 500/161 wurden laut Vertrag vom 2.1.1855 an den Pferdehändler Levi Vogel zu einem Kaufpreis von 1.500 Talern abgetreten, der diese Grundstücke laut Vertrag vom 18.9.1859 an den Gastwirt Heinrich Gottfried Wendt zu einem Preis von 2.500 Talern Courant weiterverkaufte.¹⁷ Da die Synagogengemeinde zu Lübbecke mit Genehmigung ihres Statuts vom 10.3.1858 Korporationsrechte erhalten hatte, wurde die Anleihe, die die Synagogengemeinde bei der Kreissparkasse Lübbecke zur Finanzierung ihres Synagogengrundstücks aufgenommen hatte, mittels Kultussteuerumlage von allen abgabepflichtigen Gemeindemitgliedern abgezahlt.

¹³ Vgl. Schoeps, Neues Lexikon, Artikel: „Orgel“, S. 348

¹⁴ StdtA Lübbecke, Chronik der Stadt Lübbecke, 1844, 32b

¹⁵ Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 389f; Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 32; StdtA Lübbecke, B 63.4

¹⁶ Vgl. StADt, D 23 B Nr. 25766

¹⁷ Vgl. StADt, D 23 B Nr. 25767

In den Jahren 1854/55 ließ die Gemeinde ihre Synagoge, die mit einem Schulzimmer verbunden war, umbauen. Während dieser Zeit benutzte sie ein Zimmer des Hauses Langestraße Nr. 9, in dem der evangelische Bäcker Philipp August Meier eine Schenkwirtschaft betrieb, als vorläufige Betstube. Offensichtlich war das Ehepaar Philipp und Caroline Meier mit der jüdischen Gemeinde befreundet, sonst hätte es ihr keine Betstube zur Verfügung gestellt. Möglicherweise arbeitete auch eine Tochter des Ehepaars Meier als Dienstmagd beim Nachbarn Joseph Mergentheim im Haus Langestraße Nr. 7. Am Tag der Einweihung der umgebauten Synagoge, am Shabbat des 8. Siwan 5615 (Freitag, 25.5.1855), d.h. also am Wochenfest (hebr. Schawuot), wurden die Thorarollen in einem „feierlichen Zug“ vom Haus Langestraße Nr. 9 vermutlich durch die Langestraße vorbei an den Manufakturwarengeschäften Moses Nathan Rosenberg (Nr. 14), Moses Enoch Rosenberg (Nr. 22), Markus Löwenstein (Nr. 36), Moses Bendix Weinberg (Nr. 40), Daniel Bendix Weinberg (Nr. 46), Levi Mergentheim (Nr. 51) und Friederike Hecht (Nr. 54) zur Synagoge, die sich am östlichen Ende der Langestraße, in der Bäckerstraße 1 (seit 1908: 23) befand, getragen. Dieser feierliche Zug wurde vermutlich von dem Lehrer Salomon Blumenau, der erst am 1.7.1855 seine Bielefelder Stelle antrat, und den Thoraträgern angeführt. Die Gemeinden im Bezirk Minden-Ravensberg hatten seit dem Tod des Oberrabbiners Moses L. Friedheim (9.4.1826) keinen neuen Rabbiner gewählt. Den Thoraträgern folgten vermutlich der jüdische Gemeindevorstand, Gäste und die jüdische Gemeinde. Vor der Synagoge wurde der Zug von dem Landrat Adolf von der Horst und dem Magistrat der Stadt Lübbecke empfangen. Anschließend fand ein feierlicher Gottesdienst statt.¹⁸

Eine Beschreibung der äußeren und inneren Elemente der Synagoge, wie sie vor dem Brand im November 1896 aussahen, und eine Charakteristik des Gottesdienstes, findet sich in den Erinnerungen des Lehrers Max Lazarus, der seit Mai 1892 von der Gemeinde in Lübbecke angestellt worden war:

„Das Grundstück, auf welchem sich der große Vorhof (Schulhof) und das Synagogengebäude befinden, wurde von einem Adligen in den [18]40er oder 50er Jahren käuflich erworben. Der Vorderteil des Gebäudes, den hauptsächlich Schule und Beratungszimmer und Flur zur Synagoge ausfüllen, ist massiv. Die Synagoge hat Fachwerkwände. Schmucklos, einfach sind die Wände, Fenster und das Gestühl des Synagogeninneren. Sitzreihen sind zu beiden Seiten, auch die Frauensitze, die unter dem Eingang liegen. Eine Frauenempore fehlt. Den Platz zwischen den Sitzreihen nehmen der Innenflur, der große Almemor [Betpult für die Lesung der Thora] und die erhöhte Stelle vor der Heiligen Lade ein, die ein schlichter Vorhang ziert. Vor der Heiligen Lade ist das Predigt-pult. Eine schwarze Tuchdecke mit kostbarer Spitze schmückt den Almemor und das Predigt-pult. Läufer und Teppiche bedecken den mit weißen und schwarzen Marmorplatten belegten Innenflur. Die Bänke ruhen auf Holzboden. Wertvolle Beleuchtungskörper älterer Zeiten zieren Decken und Wände.

Nicht weniger als 11 Thorarollen birgt die Heilige Lade. Sie sind Stiftungen der Gemeinde und Einzelstiftungen von Familien und im erhabendsten Sinne Beweisstücke für geordnete Gemeindeverhältnisse. Eine Thorarolle muß mehrere Jahrhunderte alt sein, ihr Pergament ist vom Alter dunkel, ihre Schrift noch leserlich. Von unschätzbarem Wert ist die Chanukka-Menora, ein getreues Abbild des in der Thora beschriebenen goldenen Leuchters. Ihr Stifter ist ein Vorfahr einer noch am Platze lebenden Familie. Die Menora ist über 200 Jahre alt.

Allsabbatlich, an allen Festtagen, wochentäglich bei Jahrzeiten, an einigen Festtagen, Chanukka und Purim findet Gottesdienst statt. Mit Ausnahme des hier schon vor vielen Jahren eingeführten dreijährigen Zyklus der Thoravorlesung wird der Gottesdienst in traditionell alter Weise abgehalten. Nicht nur an den hohen Herbstfesttagen, auch an den drei Wallfahrtsfesten [Sukkot (Laubhüttenfest), Schemini Azeret, Simchat Thora] werden Piutim (besondere Festgebete) eingeschaltet. Die Gemeinde ist aktiv am Gottesdienst beteiligt.“¹⁹

¹⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, Chronik der Stadt Lübbecke, 1855, I, 7; B 84.25 V; Herzig (1973); S. 46f; Minninger, Monika: Salomon Blumenau aus Bünde (1825-1904). Lehrer, Kantor, Prediger, Freimaurer, Autor, in: Ravensberger Blätter, Heft 1, April 1988, S. 10; zur Umrechnung des 25.5.1855 in die jüdische Zeitrechnung siehe Mahler, E.: Handbuch der jüdischen Chronologie. o.O. 1916. Ich danke Helga Becker-Leeser für ihre freundliche Zusendung von einigen kopierten Seiten aus diesem Werk.

¹⁹ Lazarus, Max: Erinnerungen, S. 17

Im Unterschied zu Heinemann Leeser hielt sich Max Lazarus enger an die Traditionen. Anstelle von Konfirmationsfeiern führte er wieder Barmizwafeiern ein. Das vom reformorientierten Verband der Synagogengemeinden Westfalens im Jahre 1894 eingeführte „Israelitische Gebetbuch“ des Rabbiners Dr. Vogelstein kritisierte er, da es „den Opferkult, die Erinnerung an die Wiederaufrichtung des Tempels und Jerusalems und den Messiasglauben ausgemerzt“ habe. Er fand es wichtig, nicht mehr ausgeübte Bräuche (hebr. Minhagim) wie Schabbatlichtanzünden, Kiddusch („Besonderes Gebet am Schabbath und Festtag, verbunden mit einem Segnungspruch über Wein und Brot“), Benschon (dt. Segnen) der Kinder, Hawdala (Zeremonie am Ausgang des Sabbats) den jüdischen Familien wieder vertraut zu machen. Max Lazarus gab zu bedenken, dass der Verband sich im konservativen Sinne verhalten hätte, wenn er bei der Regierung vorstellig geworden wäre, um die Abschaffung der Viehmärkte an Feiertagen und der Viehablieferungstermine am Sabbat zu verlangen.²⁰

Als die Synagoge im November 1896 aufgrund einer nur zwei Meter entfernten in Brand geratenen Gerberei Feuer fing, gelang es Lehrer Lazarus, die Thorarollen aus der Heiligen Lade [hebr. Aron ha-kodesch] zu retten, während die städtische Feuerwehr den Brand löschte und die Polizei die Synagoge vor Plünderern schützte. Da das mit der Synagoge verbundene Schulhaus vom Brand verschont wurde, fanden die folgenden Gottesdienste bis zur Renovierung der Synagoge dort statt. Im nächsten Frühjahr nach Pessach wurden die in Fäulnis übergegangenen Wände der Synagoge durch massive Mauern ersetzt. Das Innere der Synagoge wurde u.a. dadurch verschönert, dass die alten Hausfenster durch acht neue, farbige, bleiverglaste Bogenfenster ersetzt wurden. Der jüdische Frauenverein spendete ein Fenster, ein neues Harmonium und weißseidene Thoramäntelchen.²¹

Die „Allgemeine Zeitung des Judenthums“ berichtete über die von dem Lehrer Max Lazarus geleitete Einweihungsfeier und das Aussehen der neuen Synagoge wie folgt:

„Am 28. v. Mts. [August 1897] fand die Einweihung der neurenovirten Synagoge statt, an welcher sich alle Gemeindemitglieder und viele ihrer Verwandten aus der Ferne beteiligten. Die Feier beschränkte sich auf einen Sabbathgottesdienst, verbunden mit einer Weiherede und mehrstimmigen deutschen und hebräischen Chorgesängen. In der Festpredigt, der die Textworte aus dem 2. Buch Mose 25, 8 zu Grunde lagen, wurde auf die erhabene Bedeutung des Gotteshauses hingewiesen, das, auf altem Fundament wieder errichtet, seine alte, hochheilige Bestimmung erfüllen möge, indem es fürder bleibe eine Pflanz- und Pflegestätte der wahren Frömmigkeit und Religiosität, des Friedens und der Eintracht, der Liebe und Gerechtigkeit. Das neugeweihte Gotteshaus, eine Zierde unserer Stadt, ist ein herrliches, ehrendes Denkmal des religiösen, hochherzigen und einträchtigen Sinnes der hiesigen, nur aus 15 Familien bestehenden Gemeinde. Wer es betritt, dem mögen wohl die Segensworte Bileams von den Lippen strömen. Ist doch sein Inneres mit solchem Schmucke ausgestattet, daß es würdig jeder größeren Synagoge sich anreihen darf. Wände und Decken zieren prächtige Malereien und Stuckatureinfassung. Reiche Ornamente schmücken die Ostwand. Die heilige Lade, vor welcher ein kostbarer Vorhang aus rothem, schwerem Sammet mit Goldstickerei prangt, umgibt ein blaues Feld, reich mit Sternen besät und dieses umschließt wiederum ein kunstvoller Bogen, ruhend auf zwei vergoldeten Säulen. Acht große, bunte Bogenfenster gewähren dem Gottesdienste einen herrlichen Lichteindruck. Es bleibt noch zu erwähnen, daß alle Gemeindemitglieder sämtliche Ausgaben für die innere Ausschmückung der Synagoge durch freiwillige Stiftungen, die einen recht hohen Betrag ergeben, gedeckt haben; gewiß ein beredetes Zeugnis wahrer Religiosität und Opferwilligkeit und die sicherste Bürgschaft des besten Friedens und der unerschütterlichen Eintracht in hiesiger Gemeinde.“²²

²⁰ Vgl. ebd., S. 40f; 210f

²¹ Vgl. Lazarus, Max: Erinnerungen, S. 51f; 56f

²² AZJ, Beilage zu Nr. 38 vom 17.9.1897. Von 1926-1928 wurde der Innenraum der Synagoge zu Lübbecke von einem Neffen des Lehrers Max Lazarus aus Trier gleichen Namens neu ausgemalt. Er ersetzte den Sternenhimmel über dem Thoraschrein durch die Dekalogtafeln, malte die Decke als Himmelsgewölbe aus und stellte darin ‚das Waschbecken der Priester, (den) Tisch mit den Schaubroten, (die) Tempelleuchter, die Bundeslade und das ganze liturgische Jahr‘ dar. Zitiert nach Brocke, Michael (Hg.): Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938: Nordrhein-Westfalen.

Wie oben schon angedeutet, erwarb die Judenschaft zu Preußisch Oldendorf vom ehemaligen Kämmerer Schwarzmeier, Besitzer der Meierstätte Nr. 17, im Jahre 1797 ein Heuerlingshaus mit einem kleinen Garten und Nutzungsrechten an einem Brunnen zu einem Kaufpreis von 400 Talern Kurant.²³ Die jüdische Gemeinde beabsichtigte, den Kotten in eine Synagoge umzubauen, da ein solch wichtiges kultisches Versammlungsgebäude noch fehlte. Offensichtlich hatte sie bis zu dieser Zeit Betstuben angemietet oder in ihren Privathäusern Gottesdienste abgehalten. Am 18.7.1797 genehmigte die Regierung in Berlin den Kauf eines Nebengebäudes der Schwarzmeyerschen Stätte mit einem dahinter liegenden zwanzig Fuß langen Platz und den Umbau dieses Nebengebäudes in eine jüdische Schule unter der Bedingung, dass die Judenschaft 1. eine Heuerlingswohnung in dem neuen Schulgebäude einrichtete, 2. das Kaufgeld in Höhe von 400 Talern an das Amt Limberg zahlte und 3. alle Nebengebäude, die mit der Hauptstelle verbunden waren, übernahm. Offensichtlich wurde der angekaufte Kotten nachfolgend so umgebaut, dass eine Synagoge darin Platz fand. In dem Nebengebäude wurden ein Schulraum, eine Mietwohnung sowie eine Schlafkammer und eine Wohnstube für einen unverheirateten Lehrer eingerichtet. Dieses Gebäude lag direkt an der Straße nach Lübbecke.²⁴

Seit Ende 1857 wurde von der jüdischen Gemeinde von Preußisch Oldendorf erwogen, die Synagoge renovieren zu lassen.²⁵ Da sich das Gebäude jedoch in einem baufälligen Zustand befand, wurde entschieden, den Maurer und Zimmermeister W. Hunke aus Lübbecke zu beauftragen, Zeichnungen zum Bau einer neuen Synagoge anzufertigen. Zuvor schrieb Hunke dem Vorstand der Synagogengemeinde am 18.2.1858:

„Auf Ihren Wunsch habe ich die Synagogen zu Cöln und Crefeld besucht, habe selbige aber so großartig gefunden, daß Sie schwerlich werden daran denken können, ähnlich - wenn auch im kleinen Maaßstabe - zu bauen. Gestern war ich in Rahden und habe auch die dortige Synagoge besucht, die ich recht einfach, und bis auf einzelne Sachen - practisch und zweckmäßig fand. Bevor ich jedoch ein Bauproject für Ihre Gemeinde anfertige, muß ich zunächst wissen, wie groß Ihre Gemeinde ist, wie viel Sitze angebracht werden müssen, und ob die Frauen unten in der Kirche ~~oder~~ auf einer Empore untergebracht werden sollen. In Rahden ist letztere Anordnung gewählt, ebenso in Crefeld, was mir auch am besten gefällt, und was auch wohl am meisten im Character Ihrer Kirche liegt.“²⁶

Die erhaltenen Bauzeichnungen Hunkes zeigen jedoch, dass sich die Gemeinde in Oldendorf insofern an die Inneneinrichtung der Synagoge von Lübbecke gehalten hatte, als sie auf eine Empore für die Frauen zugunsten je zwei breiterer Sitzreihen am westlichen Ende der Synagoge verzichtete. Die neue, massive, aus Backsteinen gemauerte Synagoge hatte einen nahezu quadratischen Grundriß, war mit einer gewölbten Decke und einem Satteldach versehen und sollte 1.000 Taler kosten. Die eingeschossige Kleinstadtsynagoge war beidseitig mit acht Sitzreihen ausgestattet, auf die das Licht aus je zwei großen Rundbogenfenstern der Seitenwände und zwei Rundbogenfenstern der Ostwand fiel. Die mittig angelegte Bima wirkte traditionell, wurde jedoch von einem Predigerpult vor dem Toraschrein ergänzt, der sich in einem Anbau an der Ostwand

Bochum 1999 (5760), Artikel „Lübbecke“, S. 349f

²³ Vgl. CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/2

²⁴ Vgl. CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/2

²⁵ Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in NRW, Teil III (1998), S. 416; CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/1

²⁶ CJA, Archiv 1, 75 A Pr 3 Nr. 6

befand. Der Eingang in die Synagoge führte durch einen an der Westseite angebrachten Anbau mit Pultdach, in dessen Mitte ein „rundbogiges Portal aus kassiertem Eichenholz, das von zwei sehr kleinen Rundbogenfenstern flankiert war“, eingesetzt war. Auch der westliche Giebel hatte ein kleineres Rundbogenfenster. Die halbrundbogige Decke war vermutlich in verschiedenen Feldern ausgemalt und mit vergoldeten Metallsternen versehen. Die neue Synagoge soll am 1. August 1863 (Shabbat Nachamu, 16. Av 5623) eingeweiht worden sein. Sie befand sich als separates Gebäude hinter der Schule und war „von der Straße aus durch ein Gittertor und über einen schmalen Weg am Schulgebäude entlang zu erreichen [...]“²⁷

Die Ordnung des synagogalen Gottesdienstes wurde idealtypischerweise von dem „Synagogen-Reglement für die Synagogen-Gemeinde Oldendorf“, das am 27.3.1860 von der Bezirksregierung genehmigt wurde, geregelt.²⁸ Nach § 1 fungierte der jeweils gewählte Gemeindevorstand gleichzeitig auch als Synagogenvorstand. Unentschuldigtes Fernbleiben eines Vorstandsmitglieds beim Hauptgottesdienst wurde mit einer Geldstrafe geahndet. Der Gottesdienstbeginn wurde vom Vorstand „festgesetzt und bestimmt“ (§ 2). Ungebührliches Verhalten der Kinder und Erwachsenen während des Gottesdienstes wurde mit Strafgeld belegt (§ 3). Das Recht zum Vorbeten war nach § 4 dem jeweils gewählten Kultusbeamten und den Gemeindevorstandmitgliedern, die Jahrzeit hatten, d.h. des Todestages eines Verwandten gedachten, vorbehalten. Während der Thoraesung war es bei Geldstrafe verboten, die Synagoge zu verlassen oder zu betreten (§ 5). Nach § 6 sollten alle zwei Jahre zwei Mitglieder und ein Stellvertreter aus dem Vorstände und aus der Gruppe der Repräsentanten gewählt werden, deren Aufgabe darin bestand, die Ehrenfunktionen beim Gottesdienst (wie z.B. Lesung der Thoraabschnitte, Gebete und Segnungen) unter den Gemeindevorstandmitgliedern nach einer bestimmten Reihenfolge zu verteilen. Die Synagoge wurde traditionellerweise insofern als Miniaturtempel angesehen, als die Reihenfolge des Aufrufs zur Thoraesung von dem Kriterium abhing, ob das betreffende Gemeindevorstandmitglied dem Stamm der Kohanim (der Priester) oder dem der Lewiim (der Priestergehilfen) angehörte oder ob es zu den gewöhnlichen Mitgliedern zu zählen war. Eine Kopie des Anhangs zur Synagogenordnung, die von den Vorstandsmitgliedern J. Löwenstein und L. Neustädter am 29.4.1860 beglaubigt wurde, bestimmte, dass die Gemeindevorstandmitglieder H. Cahen, B. Cahen, W. Cahen und der Lehrer Wolf Katzenstein zu den Kohanim zu rechnen waren. Simon Ehrlich wurde als Levit angesehen, und W. Löwenstein, L. Neustädter, E. Schutz, D. Löwenstein, M. Rhee, A. Goldschmidt, J. Löwenstein, S. Heidelberg, H. Stein, S. Goldschmidt, N. Goldschmidt, A. Rhee, Georg Levi, M. Neustädter gehörten zu den gewöhnlichen Israeliten.

Die Thoraesung findet in Gegenwart von mindestens zehn Männern statt, die Bar Mitzwa sein müssen. Am Sabbatmorgengottesdienst sind sieben Gemeindevorstandmitglieder aktiv an der Thoraesung

²⁷ Brocke, Michael (Hg.): Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Bochum 1999, Artikel: Preußisch-Oldendorf, S. 437; vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in NRW, Teil III (1998), S. 416f

²⁸ Vgl. StADt, M I I L Nr. 303

beteiligt.²⁹ Der erste Teil der Lesung geht also an die Nachkommen der Priester, der zweite Teil an die der Leviten und der dritte Teil an die gewöhnlichen Israeliten. Den jeweils aufgerufenen Personen wurde von dem Aufrufenden (hebr. Segan) eine Karte (Billet) überreicht. Ausnahmen ließ die Synagogenordnung nur am ersten Neujahrstag, am Versöhnungsfest, am achten Tag des Laubhüttenfestes, am letzten Tag des Pessach und am zweiten Tag des Wochenfestes zu, da an diesen Festtagen „die ältesten Mitglieder der Gemeinde das Vorrecht zum Aufrufen zur Thora“ hatten. Ausnahmen bei der idealtypischen Reihenfolge der zur Thora Aufzurufenen ließ das Synagogenreglement auch bei Neuverlobten, Neuverheirateten, bei Vätern neugeborener Kinder, bei Vätern am Tage der Namensgebung ihrer Kinder, bei dem Beschneider (hebr. Mohel) und Gevatter am Tage der Beschneidung (hebr. Berit Mila) eines Kindes, bei Konfirmanden und ihren Vätern, bei Trauernden und Jahrzeithabenden vor. Da die Thora von einem erhöhten Ort, nämlich der Bima oder dem Almemor (arab. al-minbar) verlesen wurde, sprach man davon, dass der Aufgerufene zur Thora hinaufgeht (hebr. Alija [Singular]; Aljot [Plural] dt. Aufstieg[e]).

Für das Verlesen eines Segensspruches durch den Vorbeter musste das aufgerufene Mitglied mindestens sechs Pfennige bezahlen (§ 7). Freiwillige Spenden der Aufgerufenen sollten in Form von Marken, deren Wert 2 Silbergroschen, 1 Silbergroschen oder 6 Pfennigen entsprach, in einem Kasten verwahrt werden. Dieser Kasten wurde vierteljährlich geöffnet, die Marken vom Vorstände gezählt und der Rendant der Gemeinde mit der Hebung der Gelder beauftragt. Die Spendenzahlungen bei der Verlesung der Thora und dem Aussprechen von Segenssprüchen und Gebeten diente also zur Verbesserung des Gemeindeetats.

Nach § 8 wurden auch am letzten Tag des Laubhüttenfestes (hebr. Simchat Thora) Ehrenrechte im Gottesdienst der Synagogengemeinde Preußisch Oldendorf verkauft, da dieses Brauch geworden war.

Die Sitzordnung in der Synagoge wurde nach § 9 und § 12 so geregelt, dass ein Gemeindeglied, das keinen „eigenthümlichen“ Sitz hatte, keinen anderen Sitz einnehmen durfte als denjenigen, der ihm von dem Vorstand zugewiesen worden war. Ausgenommen von dieser Regelung waren nur die Trauernden. Mit dieser Regelung beabsichtigte man, Streitigkeiten wegen des Stettegeldes zu vermeiden. Alle Plätze in der Synagoge waren nummeriert.

Nach § 10 musste jeder männliche Synagogenbesucher am achten Tag des Pessachfestes, am zweiten Tag des Wochenfestes (hebr. Schavuot), am achten Tag des Laubhüttenfestes (hebr. Schemini Azeret) „für den an diesen Tagen zu vertheilenden Segensspruch“ sechs Pfennige in Form von Marken zahlen. Von den Eltern wurde erwartet, dass sie für ihre männlichen Kinder diesen Beitrag entrichteten.

Fremde Juden, die keine Mitglieder der Synagogengemeinde von Preußisch Oldendorf waren, durften am Gottesdienst teilnehmen, wenn sie jährlich einen Taler zur Gemeindekasse beitrugen (§ 11).

²⁹ Vgl. Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon, Artikel: „Parascha oder auch Sidra“, S. 355

Derjenige, der die Synagoge verließ und dadurch die Mindestzahl von zehn anwesenden konfirmierten Männern störte, wurde mit einer Geldstrafe belegt (§ 13).

Neben gottesdienstlichen Verhaltensweisen regelte die Synagogenordnung auch die Kleiderordnung der Gottesdienstbesucher (§ 15), von denen ab dem 18ten Lebensjahr erwartet wurde, beim Morgengottesdienst mit einem schwarzen Hut und nicht mit einer Mütze zu erscheinen. Die Höhe der Gebühren für die Bestattung von Juden, die nicht zur Synagogengemeinde von Preußisch Oldendorf gehörten, nämlich vier Taler für eine Erwachsenenleiche und zwei Taler für eine Kinderleiche, setzte § 14 fest. Nach § 16 waren alle Gemeindemitglieder verpflichtet, sich für die Wache bei sterbenden und toten Gemeindemitgliedern zur Verfügung zu stellen. Allerdings war es möglich, sich für diese Aufgabe vertreten zu lassen. Offensichtlich gab es um 1860 in Preußisch Oldendorf keine separate Bestattungsgesellschaft (hebr. Chewra Kaddischa), sondern ihre als heilig angesehen Handlungen wurden von den Mitgliedern der ganzen Gemeinde (hebr. Kehilla) ausgeübt. Die Judenschaft von Preußisch Oldendorf besaß seit 1740 einen eigenen Friedhof außerhalb des Ortes an der Bergstraße, der in den Jahren 1821 und 1889 durch Zukauf von Grundstücken erweitert wurde.³⁰

Als die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf im Juni 1890 aufgefordert wurde, dem geplanten Verband der Synagogengemeinden Westfalens beizutreten, wurde dem Bielefelder Vorstand die Antwort gegeben, dass dieser Schritt für die Gemeinde Oldendorf kaum gangbar sei, weil seit Jahren (1883) kein Lehrer und Kultusbeamter mehr angestellt worden sei und der Gottesdienst aufgrund der zu kleinen Zahl der Teilnehmer - außer an den hohen Festtagen - ausfallen müsse.³¹

Die Gottesdienste in der jüdischen Gemeinde von Rahden wurden in einem für jährlich 10 rthl gemieteten Zimmer im zweiten Stockwerk eines Anbaus, das dem Landwirt Bremer in der Steinstraße gehörte, bis zum Brand vom 8.7.1850 abgehalten. Vor Einweihung der neuen Synagoge der jüdischen Gemeinde von Rahden am Freitag, dem 10. September 1852 (5612), feierte die Gemeinde ihren Gottesdienst vermutlich in einem Zimmer des Viehhändlers Goldschmidt im Haus Nr. 64 in der Steinstraße. Hier sollen die jüdischen Kinder auch ihren Religionsunterricht erhalten haben.³² Eine erste Synagogenordnung vom 7.5.1835 versuchte, gemeinschaftliche Ordnungsvorstellungen mittels Geldstrafen für karitative Zwecke durchzusetzen. Sie umfasste zunächst sieben Punkte:

³⁰ Vgl. CJA, Archiv 1, 75 A Pr 3 Nr. 1; CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/2. Die Genehmigungsurkunde zur Anlegung eines jüdischen Friedhofes für die Preußisch Oldendorfer Juden datiert vom 4. Oktober 1740. Zuvor beerdigten die Oldendorfer Juden ihre Toten auf dem alten Friedhof von Lübbecke, Auf der Masch, in einem Feuchtgebiet an der Feldmark. Die 14 Taler, die die Oldendorfer Juden für ihren neuen Friedhof zahlen wollten, sollten zur Reparatur des Küsterhauses Verwendung finden. Der älteste Grabstein für drei Geschwister stammt aus dem Jahr 1742. Vgl. Hans-Joachim Karrasch: Der jüdische Friedhof Preußisch Oldendorf. Broschüre. Espelkamp 2000, S. 10, 13-15, 23, 35.

³¹ Vgl. CJA, Archiv 1, 75 A, Pr 3 Nr. 2

³² Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in NRW, Teil III (1998), S. 419; Ester-Hartke, Ursula: Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Ein Projekt der Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 16

Tabelle 53: Die Synagogenordnung der jüdischen Gemeinde Rahden vom 7.5.1835

1. Wer plaudert bezahlt eine Geldgabe in der Armen Casse von	5 Sgr
2. Wer von einer Stelle zur andren sich begiebt	2 [Sgr] 6d
3. Wenn sich merere auf einer Stelle versammeln jeder	2 [Sgr] 6[d]
4. Wer sich entfernt weil [sic] die Thora vorgelesen wird	5 [Sgr]
5. Die ihre Geböte [sic] so hoch verrichten das man den vohr böhter nicht hören kann wird verhältnismaßig in einer Geldgabe verrechnet.	
6. Haben die Eltern für Ruhe ihrer Kinder zu sorgen oder die auf Ihnen zugerechnete Geldgabe von die Eltern gevordert und bezahlen müssen	
7. ist von semtlicher gemeinde solches alle dem vohr steher überlassen und hat hier über zu ordnen."	

Quelle: StdtA Rahden, A 415

Punkt 6 wurde in einem Nachtrag insofern geändert, als es dem Vorsteher der Gemeinde überlassen sein sollte, störende Kinder von dem Gottesdienst auszuschließen oder von den Eltern wegbringen zu lassen. Diese erste Synagogenordnung wurde von den Gemeindemitgliedern Ruben Hahn, Goldberg, B. Frank, J. Goldschmidt, Wolf Rosenberg und dem Vorsteher S. Goldschmidt unterschrieben.³³

Nachdem am 17. Oktober 1851 (21. Tishrei 5612) der Grundstein zu einer neuen Synagoge aus Backstein an der Langen Straße gelegt worden war, wurde sie ein Jahr später, am 10. September 1852 (26. Elul 5612), vier Tage vor Rosh Hashana 5613, mit einem festlichen Gottesdienst eingeweiht. Zwar hatte Landrat Freiherr Adolf von der Horst sein Fernbleiben von der Zeremonie wegen einer Erkältung beim stellvertretenden Amtmann Otto Ahlemann am 9. September schriftlich entschuldigt, doch soll Pastor Hartog bei der Einweihungsfeier gesprochen haben, was ihm vom Superintendenten einen „scharfen Verweis“ eintrug und er später „vom Konsistorium von seinem Posten suspendiert“ wurde.³⁴

Nach dem erhaltenen Festprogramm sollte die Feier um 14.30 Uhr nachmittags beginnen. Die Thorarollen wurden zunächst - ähnlich wie bei der Einweihung der umgebauten Synagoge von Lübbecke drei Jahre später - „im feierlichen Zuge mit Musikbegleitung“ von dem alten Bethaus abgeholt und zur neuen Synagoge gebracht. Die Gebrüder Hochfeld und Carsoh aus Minden hatten die landrätliche Erlaubnis erhalten, bei der sakralen Einweihungsfeier und der profanen, nächtlichen Nachfeier im Pettenpohlschen Gasthaussaal Musik zu machen. Sie hatten zwar keinen Gewerbeschein beantragt, erhielten aber dennoch die Erlaubnis, Musik zu machen, da sie sich bereit erklärt hatten, unentgeltlich zu spielen.

Nachdem der feierliche Zug mit den Thorarollen vor der Synagoge angekommen war, wurde der Choral „Wie lieblich seid Herr Zebaoth“ (Vers 1 und 2) angestimmt. Danach überreichte der amtierende Geistliche Levy Leffmann (aus Sendenhorst/Kreis Beckum) dem Stellvertreter des

³³ Vgl. StdtA Rahden, A 415

³⁴ Vgl. ebd.; Pracht (1998), S. 420; Ester-Hartke (1997), S. 17

Landrates, also vermutlich Otto Ahlemann, den Schlüssel. Die Thoraträger traten nun vor die Heilige Lade, worauf der Choral „Ma tau wu...“ (dt. „Wie schön sind deine Zelte, oh Jacob...“) gesungen wurde. Danach sang der Geistliche einen Segensspruch, worauf der Chor mit „Amen“ antwortete. Während der Prediger die Heilige Lade öffnete, sang ein Trio „Waihi binzoa...“ (dt. „Trete hervor, oh Gott! Mögen Deine Feinde zerstreut werden, und Deine Feinde fliehen vor Dir!“) Zum Verständnis dieser Zeremonie schrieb Walter Hoffmann: „Diese beiden Lieder werden immer gesungen, wenn der Aron Hakodesch geöffnet und die Tora zur wöchentlichen Vorlesung am Schabbat herausgenommen wird.“ Die Bundeslade blieb solange geöffnet, bis der Chor „Seu scheorim...“ (dt. „Dies sind unsere Pforten...“) gesungen hatte. Vor der Predigt wurde „O! Gebet Gott die Ehre“ intoniert. Vor und nach dem Gebet wurden Verse des Chorals „Herr, nur Dir allein“ und zum Schluss die Festhymne „Heilig, heilig, Gott der Welten“ gesungen. Danach folgte der gewöhnliche Sabbatgottesdienst.³⁵

Anschließend wurde im Pettenpohlschen Saale die Feier zur Einweihung der Synagoge, vermutlich unter reger Teilnahme der nichtjüdischen Bevölkerung, fortgesetzt. Gegen eine Gebühr von 2 Talern erteilte der stellvertretende Amtmann Ahlemann die Erlaubnis, am 10. September bis 1 Uhr morgens und am 11. September bis Mitternacht zu feiern, während ein Gendarm und ein Polizeidiener abgestellt wurden, um „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten.³⁶

Der Inhalt der Synagogenordnung für die Synagogengemeinde Rahden vom 17. Juli 1857 war derjenigen der Synagogengemeinde von Preußisch Oldendorf ähnlich. Die Synagogenordnung, die den gottesdienstlichen Kultus in der neuen Synagoge von Rahden regelte, wurde von den Vorstehern Goldschmidt, S. Goldstein und J. Ginsberg und den Stellvertretern Hammerschlag und Simon Goldstein sowie von den Repräsentanten I. Frank als Vorsteher und F. Goldberg, S. Frank, G. Haas, Th. Haas, A. David, Rosenbaum und L. Hammerschlag unterschrieben. Das Handzeichen (XXX) des Gemeindeglieds Meyer David attestierte der amtierende Lehrer und Kantor Wolf Blumenreich. Offensichtlich wollte oder konnte Meyer David weder hebräisch noch deutsch unterschreiben. Im Unterschied zu den neuen Synagogen in Lübbecke und Preußisch Oldendorf gab es in der neuen Synagoge von Rahden eine Frauenempore, denn nach § 4 der Synagogenordnung sollten die Türen der Synagoge und der Prieche während der Thoralesung geschlossen bleiben.³⁷ Der Begriff „Prieche“ ist ein „norddeutscher Ausdruck für einen emporenartigen hölzernen Einbau in der Kirche“.³⁸ Die Synagoge zu Rahden hatte 72 Sitzplätze auf den seitlich angebrachten Bänken, auf denen später Frauen und Männer gemischt gesessen haben sollen.³⁹ Die Sitzordnung in der Synagoge in Rahden hatte sich also im Laufe der Zeit insofern liberalisiert, als das separate Sitzen von Männern und Frauen während des

³⁵ Vgl. StdtA Rahden, A 415; briefliche Mitteilungen von Walter Hoffmann an Verfasser

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 303

³⁸ Vgl. Pawlik, Johannes; Straßner, Ernst; Straßner, Fritz: Bildende Kunst. Begriffe und Reallexikon. Köln 1982, 7. Aufl., S. 299

³⁹ Vgl. Ester-Hartke, Spurensuche (1997), S. 17

Gottesdienstes irgendwann aufgegeben wurde. Die Frauen durften ihre Plätze auf der Empore verlassen und bei ihren Männern Platz nehmen.

Die Sitzordnung der Männer in der neuen Synagoge entsprach ihrem Alter, Status und Vermögen. Denn nach § 12 der Synagogenordnung vom 17. Juli 1857 erhielten die ältesten stimmberechtigten Männer zu Beginn jedes Jahres die besten Plätze, die sich am nächsten vor der Heiligen Lade an der Ostwand befanden. Die zweitbesten Plätze wurden denjenigen Männern zugewiesen, die nach dem 31. März 1850 stimmberechtigtes Mitglied der Synagogengemeinde von Rahden geworden waren. Die drittbesten Plätze erhielten die nicht stimmberechtigten Gemeindemitglieder in der Reihenfolge ihres Alters. Die hinteren Plätze wurden den Zahlungsunfähigen und Unterstützungsbedürftigen vom Vorstand angewiesen.

Die Tatsache, dass sich die jüdische Gemeinde von Levern als letzte von allen Synagogengemeinden im Kreis Lübbecke dazu entschied, eine eigene neue Synagoge in Verbindung mit einer Lehrerwohnung und einem Schulzimmer im Jahre 1873 erbauen zu lassen, erklärt Hillebrand mit dem langsamen jüdischen Bevölkerungsanstieg der Gemeinde, der seinen Höhepunkt erst im Jahre 1880 mit neun Familien und sechzig Personen oder 5% der allgemeinen Einwohnerschaft des Ortes erreichte.⁴⁰ Zuvor hatte die Gemeinde Betlokale angemietet, so im Jahre 1847 im Wohnhaus des Schuhmachers Heuer, später vermutlich in einem der Häuser Löwensteins.⁴¹ Die Kosten für die neue Synagoge sollten nach einem Voranschlag des Zimmermeisters Funke vom 15. Januar 1873 2.714 Taler betragen.⁴² Funke erläuterte das geplante Kultgebäude wie folgt:

„Die nachstehend veranlagte neue Sinnagoge der Israelitischen Gemeinde zu Levern soll nach beifolgenden Bauplan eine Länge von 48 [Fuß] = 15 Meter und eine Breite von 21 [Fuß] = 6,67 Meter und 17½ [Fuß] = 5,47 m in Lichten hoch, theils massiv, theils von Fachwerk mit Ziegelsteinen u Kalkmörtel ausgeführt werden. Die Sinnagoge ist so gemessen, das [sie] mit der darin angebrachte[n] Gallerie für cirka 40 Personen Raum gewährt. Die sonstige Einrichtung des Bauplans ist zur Lehrerwohnung und über derselben das Schulzimmer angebracht worden. Die Bedachung ist mit Pfannen in Kalk verlegt. [...]“⁴³

Die Grundsteinlegung der neuen Synagoge soll am Mittwoch, dem 16.4.1873 (19. Nisan 5633) stattgefunden haben.⁴⁴ Die Synagoge, Haus Nr. 98, befand sich an der höchsten Stelle der Dorfstraße in der Nähe der evangelischen Kirche, ohne allerdings die Nachbarhäuser zu überragen.⁴⁵ Die staatskonforme, konservative Gesinnung der Synagogengemeinde von Levern verdeutlichte ein Schild über dem Eingang der Synagoge mit der Aufschrift: „Gott schütze unseren geliebten König und Kaiser Wilhelm I.“ Die Inneneinrichtung der neuen Synagoge verband traditionelle Elemente wie Thoraschrein, Gewölbe und Frauenempore mit liberalen oder kirchenähnlichen Elementen wie Sitzbänke und ein Harmonium. Im Jahre 1843 wurde auf eine

⁴⁰ Vgl. Hillebrand (1996), S. 56

⁴¹ Vgl. ebd., S. 57, Fußnote 304

⁴² Vgl. CJA, Archiv 1, 75 A Le 2, Nr. 1

⁴³ CJA, Archiv 1, 75 A Le 2, Nr. 1

⁴⁴ Vgl. Hillebrand (1996), S. 56

⁴⁵ Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern 1800-1938. M.A. Osnabrück 1992, S. 63f

offizielle Anfrage der Behörden, ob es unterschiedliche religiöse Parteien in der Gemeinde gebe, geantwortet, dass alle Juden ‚altgläubige‘ seien.⁴⁶ Die Levernener Juden waren insofern reformorientiert, als sie ihren Gottesdienst seit 1887 mit Harmoniummusik begleiteten und deutsche Gesänge, auch im Chor, sangen. Sie bewahrten aber auch traditionelle Elemente des Judentums hinsichtlich der rituellen Gestaltung ihrer Gottesdienste und - in reduzierter Form - im Haushalt hinsichtlich der Beachtung der Speisegesetze.⁴⁷

4.4 Synagogen und Gottesdienste im Kreis Halle i.W.

Am 1. Dezember 1842 berichtete der Uhrmacher Feidel Stern dem Haller Bürgermeister Sprenger, dass er schon seit mehreren Jahren ein Betlokal bei dem Metzger Landwehr (Lange Straße 39) für die jüdische Gemeinde von Halle i.W. gemietet habe. Da aber ein schriftlicher Vertrag zwischen ihm und den Benutzern des Betlokals fehle, einige Interessenten sich zudem weigerten, überhaupt etwas zur Miete der Synagoge beizutragen, forderte Feidel Stern den Bürgermeister auf, die jüdischen Interessenten Philipp Stern, David Rosenbaum, Selig Weinberg, Jakob Sternberg und Bendix Goldschmidt aus Halle i.W., Nachmann Bergfeld und Salomon Wissbrunn aus Brockhagen, Levy Kirschbaum aus Hörste und Moses Wissbrunn und Meier Rose aus Steinhagen vorzuladen, um von ihnen eine definitive Erklärung zu verlangen, ob sie das gemietete Betlokal in Halle i.W. benutzen wollten und bereit seien, zur Miete beizutragen.¹

Am 26. Dezember 1842 erschienen acht jüdische Interessenten vor dem Bürgermeister in Halle i.W. und erklärten sich alle bis auf einen bereit, die Miete für ihre Synagogenplätze in Zukunft zu zahlen, vorausgesetzt, dass ihre Beiträge proportional zu ihren individuellen Vermögensverhältnissen erhoben würden.

Bendix Goldschmidt aus Halle i.W. war nicht bereit, einen Platz für 1 Taler zu mieten, der ihm von Feidel Stern angeboten worden war, sondern nur einen für 18 Silbergroschen.

Levy Kirschbaum aus Hörste äußerte sich dahingehend, dass er zahlungswillig sei, wenn alle Gemeindemitglieder ihren Beitrag leisteten, doch nur unter der Voraussetzung, dass die Synagoge immer geöffnet bleibe.

Jakob Sternberg war auch zur Zahlung eines seinen Vermögensverhältnissen entsprechenden Betrags bereit, doch forderte auch er, „die seit einem halben Jahr verschlossene Synagoge zu eröffnen“. Die zu Protokoll genommen Antworten von Selig Weinberg aus Halle i.W. und Salomon Wissbrunn aus Brockhagen hatten den gleichen Inhalt. Moses Wissbrunn aus Steinhagen erklärte, dass er seinen Beitrag immer entrichtet habe.

Der Buchbinder David Rosenbaum aus Halle i.W. wollte sowohl seine rückständigen als auch seine zukünftigen Beiträge zahlen. Da auch er wie alle anderen vorgeladenen Gemeindemitglieder seine persönliche Erklärung an einem Sabbat zu Protokoll geben musste, weigerte er sich, seine

⁴⁶ Vgl. Hillebrand (1996), S. 58

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 59; vgl. dieselbe (1992), S. 67; Pracht (1998), S. 425f

¹ Vgl. StdtA Halle, A 611

Unterschrift zu leisten. Offensichtlich war David Rosenbaum sehr konservativ eingestellt, da nach orthodoxer Einstellung das Schreiben am Sabbat dem Schreibverbot unterliegt.

Nur der Kaufmann Nachmann Bergfeld aus Brockhagen gab zu Protokoll, dass er die Synagoge in Halle i.W. nie besucht habe, sondern immer diejenigen in Gütersloh oder in Harsewinkel. Aus diesem Grund brauche er auch nicht zur Miete der Synagoge in Halle i.W. beizutragen.

Am 11.10.1847, als die Juden im Amte Halle i.W. aufgrund des Gesetzes vom 23.7.1847 erneut von dem Bürgermeister Sprenger vorgeladen wurden, um sich zur Bildung einer Synagogengemeinde zu äußern, erklärte Kaufmann Nachmann Bergfeld aus Brockhagen, dass er künftig die Synagoge in Bielefeld besuchen wolle.

Am 1.7.1843 berichtete Bürgermeister Sprenger dem Landrat August zur Hellen:

„In Halle hat die Judenschaft eine gemiethete Synagoge zum Gottesdienste und zwar ohne Wissen der Staatsbehörden, in welcher auch die gerichtlichen Eides-Abnahmen statt finden; es ist jedoch niemand gezwungen, sich zu dieser Synagoge zu halten. In der Regel wird sie von sämmtlichen in hiesigem Bezirk vorhandenen Juden besucht.“²

Da die Gemeinde keinen Lehrer angestellt hatte, fanden zu dieser Zeit nur unregelmäßig Gottesdienste statt. Die Kinder wurden „zur Konfirmation in die Nachbarstädte“ geschickt. Predigten wurden im Gottesdienst nicht gehalten, und die deutsche Sprache wurde beim Gottesdienst nicht verwendet.

Nachdem die jüdische Gemeinde von Halle i.W. Korporationsrechte erhalten hatte, mietete sie sich eine neue Synagoge an der Viehstraße 24, die am Sonnabend (Shabbat), den 14.5.1859 (10. Iyar 5619) eingeweiht wurde. Außer der gottesdienstlichen Einweihung sollen auch ein Konzert und ein Ball stattgefunden haben.³ Die massive, zweistöckige Synagoge war angeblich 10,5 Meter lang und 7 Meter breit, soll eine Sandsteinfassade und einen Fußboden aus Steinplatten gehabt haben und unterschied sich äußerlich nicht von einem Wohnhaus.⁴ Nach dem Gemeindeetat für das Jahr 1856/57, der sich auf 60 Taler belief, machten die Mietausgaben für die Synagoge 20 Taler aus.⁵

Wie Bendix und Simson Aron Weinberg in einem Schreiben vom 19.5.1837 der Polizeibehörde versicherten, hatte die jüdische Gemeinde von Werther ihre Synagoge „schon über 50 Jahre im Besitz“. Sie konnten zwar keinen schriftlichen Kaufvertrag vorlegen, waren aber in der Lage, ihren

² StdtA Halle, A 611. Zu den kleineren Einnahmequellen für die Synagogengemeinden Lübbecke und Halle i.W. dürften die Gebühren für die Ableistung von Thora-Eiden (Reinigungseide) und Mischna-Eiden (Erfüllungseide) in den Synagogen durch ortsfremde Juden gehört haben. Thora-Eide mussten vom Beklagten „zur Beseitigung eines begründeten Verdachts“, Mischna-Eide vom Kläger „zu dessen Entlastung bei Beweisschwierigkeiten“ geleistet werden. Siehe Schoeps (Hg.) (1992), Eintrag: „Eid“, S. 126f; vgl. Statut der Synagogengemeinde Lübbecke vom 10.3.1858, Abschnitt X, § 36, in: StdtA Lübbecke, C I 13.1

³ Vgl. Heckert, Uwe: Vortrag „175 Jahre Juden in Halle i.W.“ vom 28.2.1996; Meise, Heinrich: Die Stadt Halle in Westfalen. Halle i.W. 1968, S. 77

⁴ Vgl. Heckert, Vortrag, S. 5; Buck, Albert: Die Haller Juden, in: 100 Jahre Haller Kreisblatt. Unsere Heimat im Spiegel der Geschichte. Halle i.W. 1982, S. 55; Pracht (1998), S. 66. Die Synagoge von Halle i.W. wurde nach Pracht schon im Jahre 1903 aus Mangel an einem Minjan, d.h. zehn männlichen Betern, die Bar Mizwa sein müssen, geschlossen.

⁵ Vgl. StADt, M I I L Nr. 306

Besitzanspruch mittels Zeugenaussagen nachzuweisen.⁶ Die Synagoge befand sich auf der Stätte Nr. 21, für die der Viehhändler Salomon Marcus Grewe am 4.12.1820 1.350 Taler gezahlt hatte.⁷ Auf dieser Stätte befanden sich im Jahre 1820 ein Wohnhaus, ein Nebenhaus und eine Scheune. Möglicherweise war es dieses Nebenhaus, das schon seit längerer Zeit als Bet- und Versammlungshaus (hebr. Bet haTefilla, Bet haKnesset) für die jüdische Gemeinde von Werther diente. Das Haus Nr. 21 wurde 1838 vom Viehhändler Jesaias Greve erworben, ging im Jahre 1862 an den Handelsmann Moses Wallach aus Wiedenbrück, im Jahre 1864 an den Goldarbeiter Carl Nieshöfner und am 8.11.1872 an den Handelsmann Moses Alexander.

Im Jahre 1839 entschied sich die jüdische Gemeinde von Werther, ihre Synagoge umbauen und von 432 [42,6 m²] auf 600 Quadratfüße [59,2 m²] vergrößern zu lassen. Der Umbau kostete 550 Taler. Der Grundriss der neuen Synagoge war nahezu quadratisch. Es gab eine Empore für die Frauen der Gemeinde in ihrem Innern mit 18 Sitzplätzen. Die Zahl der Sitze mit Pulten für die Männer betrug 44. Die Baukosten wurden zumindest teilweise von den Erben des Aron Bendix Levischen und Abraham Meyersonschen Legats bestritten, deren Gelder für einen Synagogenneubau bestimmt waren, denn nach dem Etat für die Periode 1856/61 schuldete die gesamte Synagogengemeinde Bendix Meyerson und Aron Bendix Weinberg je zur Hälfte Zinsen in Höhe von 19 Talern 23 Silbergroschen und 3 Pfennigen für einen gemeinsamen Kapitalvorschuss von 395 Talern 15 Sgr, der am 12.2.1849 gegeben worden war.⁸ Der christliche Obrigkeitsstaat, vertreten durch die Bezirksregierung, genehmigte zwar den Umbau, mahnte aber architektonische Bescheidenheit an:

„Auf dem Grund der anliegend zurückerfolgenden Verhandlungen, wollen wir zwar den Neubau der Synagoge der Juden-Gemeinde zu Werther in der von der Gemeinde beschlossenen Art genehmigen, bedingen jedoch ausdrücklich hierbei, daß das neue Gebäude auf der nämlichen Stelle, worauf die abzubrechende alte Synagoge gestanden, wieder aufgerichtet, auch äußerlich nicht durch Inschriften oder auf sonstige Art als Synagoge bezeichnet werde. Zugleich setzen wir voraus, daß die Communal-Behörde nichts gegen die Anlage zu erinnern hat und daß solche nicht in zu großer Nähe der christlichen Kirche liegt, um die Störung des Gottesdienstes in letzterer befürchten zu müssen.

Was nun die in Ihrem Bericht vom 16t Juny c. erwähnte zweckmäßigere Verbindung des Bethauses mit einem Schulzimmer betrifft, so kann von der Verwaltungsbehörde hierauf um so weniger eingewirkt werden, als bei Ueberreichung des Bauplatzes durch den H. S. Greve die Errichtung eines Schul-Unterrichts-Lokals auf demselben nach § 3 des Contracts vom 28. März c. ausdrücklich ausgeschlossen ist. Es kann daher in dieser Beziehung die jüdische Gemeinde nur auf ihr eigenes Interesse und auf die mit der Anlage eines Schulzimmers verbundenen Ersparnis der bisherigen Miethe aufmerksam gemacht werden.

In derselben Art überlassen wir Ihnen, der Gemeinde die nach Ihrer Ansicht zu beschränkende Größe des Gebäudes und die damit verbundene Kostenersparnis bemerklich zu machen.“⁹

Tatsächlich verzichtete die Synagogengemeinde darauf, die neue Synagoge mit einem Schullokal zu verbinden, sondern ließ ihre Kinder wie zuvor in gemieteten Räumen unterrichten.

Als die Synagogengemeinde von Werther, vertreten durch ihre Vorsteher Bendix und Joseph Meieron, dem Amtmann Riensch am Donnerstag, den 10. September 1840 eine schriftliche Einladung zukommen ließ, an dem feierlichen Einweihungsfest am Freitag und Sonnabend, den 11./12. September 1840 (13./14. Elul 5600) teilzunehmen und einen Gendarm „beauftragen zu

⁶ Vgl. StdtA Werther, A 74

⁷ Ich danke Dipl. Ing. Ulrich Maaß, Werther, für seine freundliche Erlaubnis, seine Forschungen zur Geschichte des jüdischen Haus- und Grundbesitzes in Werther i.W. einsehen und zitieren zu dürfen.

⁸ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 306; StdtA Werther, A 72; Pracht (1998), S. 84

⁹ KAGT, H 2 H LR1 169.1 (A 116)

wollen, zur Vermeidung etwaiger Störung der Ruhe und Ordnung, gegenwärtig zu sein", war der Bürgermeister unsicher, wie er sich verhalten sollte, obwohl es so einfach gewesen wäre, die Einladung anzunehmen. Nachdem Riensch beim Landrat zur Hellen Rücksprache wegen dieser Angelegenheit gehalten hatte, wurde ihm geraten, sich an die „Ministerialbestimmungen in den von Kamptzschen Annalen der Preußischen inneren Staatsverwaltung" zu halten. Aus seiner Antwort vom 11. September ging jedenfalls hervor, dass er die Einladung der jüdischen Gemeinde ausschlug, außerdem nicht bereit war, für Polizeischutz sorgen und darüber hinaus das Verbot aussprach, zu der neuen Synagoge Fahnen zu tragen und Musik zu machen.¹⁰

Kurz vor den Doppelfeierlichkeiten aus Anlass des Geburtstages und der Inthronisierung des neuen Monarchen Friedrich Wilhelm IV., die bei Tagesanbruch des 15. Oktober 1840 in Werther wie in den anderen kleinen Orten des Kreises Halle i.W. „mit lebhaftem Kanonendonner" begannen und daraufhin morgens in allen Kirchen und Synagogen Gottesdienste stattfanden, war die Einweihung der neuen, kleinen Synagoge in Werther i.W. im Unterschied zu den Einweihungsfeiern der neuen Synagogen in Bielefeld (1847), Rahden (1852), Lübbecke (1855) und Versmold (1900) ohne Beteiligung der Ortsbehörden, ohne Ortspolizisten und vermutlich auch ohne einen öffentlichen Umzug abgelaufen. Die Hoffnungen der Juden, unter der neuen Regentschaft die bürgerliche Gleichstellung zu erlangen, entpuppten sich bald als illusorisch, nicht zuletzt, weil der konvertierte Jude Friedrich Julius Stahl (1802-1861) mit seinen Schriften die herrschende Staatsideologie des evangelisch-lutherischen, absolutistischen Obrigkeitsstaates rechtfertigte und die Begründungen dafür lieferte, die Juden in Preußen als zweitrangige Bürger zu behandeln und die jüdische Religion „auf einen dauernden und absolut minderwertigen Platz zu verweisen."¹¹

Über die Form und den Ablauf der Gottesdienste in der Synagoge zu Werther erfahren wir etwas Negatives aus einem Beschwerdebrief vom 3.12.1821 des für die kultischen Belange der jüdischen Gemeinden im Kreis Halle i.W. zuständigen Oberrabbiners Moses Liebmann Friedheim (18.6.1757-9.4.1826), der in Bielefeld residierte:

„Seit der von Königl. Hochlöbl. Regierung unterm 12ten Novbr. 1817 ergangenen gnädigen Verfügung zur Abhülfe der zur selben Zeit bey Hochdenenselben eingelaufenen Beschwerden, wegen der damals an einigen Orten entstandenen Unruhen in den Synagogen während des Gottesdienstes, habe ich Ursache mit den sämptlichen Israelitischen Gemeinden meines Rabbiner Bezirks in dieser Hinsicht zufrieden zu seyn, nur die Israelitische Gemeinde zu Werther macht hierin eine Ausnahme, woselbst seit geraumer Zeit trotz aller meiner bereits deshalb gethanen schriftlichen und mündlichen Verwarnungen die häufigen Unruhen in deren Synagoge während des Gottesdienstes kein Ende nehmen wollen, so sind erst den 24ten des verlossenen Monats bedeutende Unruhen in der Synagoge daselbst fast bis zum Schlagen wegen einiger Synagogen Stände vorgefallen. Ich halte mich deshalb gemüsiget, Einer Königlich Hochwohlhöfflichen Regierung unterthänigst zu bitten, zur Abhülfe dieser religionswidrigen Handlung an dieser Gemeinde nicht nur einen derben Verweis für das Verfllossene gnädigst ergehen zu lassen, sondern auch für denjenigen der inskünftige als Urheber sich ein solches Vergehen zu schulden kommen läßt, mit einer bedeutenden Geld Strafe zu belegen, oder wenn auch dieses durch Verschweigung wie bisher nicht hinlangen sollte, Hochdieselben zur Strafe der sämptlichen Gemeinde die Verschließung deren Synagoge auf vier Wochen gnädigst zu verordnen prüfen möchten. Mit aller Verehrung erharre ich. [gez.] Rabbiner Friedheim"¹²

¹⁰ Vgl. StdtA Werther, A 72

¹¹ Vgl. Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle i.W. 1800-1905. Halle i.W. 1905, S. 34; Katz, Jacob: From Prejudice to Destruction: Anti-Semitism, 1770-1933. Cambridge/Mass. 1980, S. 195-202; Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi; Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. II. Emanzipation und Akkulturation 1780-1871. München 1996, S. 191-193

¹² StADt, M I I L Nr. 265

Infolge dieser Beschwerde sollte vermutlich das schwächste Glied der Gemeinde, der Handelsmann Moses Goldschmidt, drei Tage lang in Arrest genommen werden, da eine Geldstrafe wegen Armut nicht einzufordern war. Die Ursachen des Streits in der Synagoge lagen wahrscheinlich darin begründet, dass das ärmste Gemeindemitglied sich nicht mit einem der schlechtesten Plätze in der Synagoge, die am weitesten von der Heiligen Lade entfernt aufgestellt waren, zufriedengeben wollte. Die Konflikte, die Moses Goldschmidt durchlebte, waren psychologischer Natur. Nicht genug, dass er zu den ärmsten Gemeindemitgliedern gehörte; seiner Frömmigkeit und seinem Wunsch, innerhalb der Synagoge einen besseren Platz oder einen der Ehrenplätze vor der Heiligen Lade zugewiesen zu bekommen, kam der Vorstand nicht entgegen. Im Unterschied zur Synagogenordnung von Rahden wurden die Plätze in der Synagoge von Werther nach der Synagogenordnung vom 9.4.1854 nicht in erster Linie aufgrund der Kriterien Alter und Status zugewiesen, sondern die Männer- und Frauenplätze wurden alle drei Jahre meistbietend versteigert. Denjenigen Gemeindemitgliedern, die bei der Versteigerung nicht mithalten konnten, wurde zweifellos einer der billigeren, hinteren Plätze vom Vorstand zum Preis von einem Taler (später 20 Sgr) pro Jahr zugewiesen.¹³ Es ging bei dem Streit um Synagogenplätze nicht nur darum, wieviel Geld ein Gemeindemitglied zahlen konnte, um einen guten Platz zu bekommen, sondern auch um die Ehre, die jedes Gemeindemitglied glaubte, Gott schuldig zu sein. Landrat Friedrich von der Decken, der die Ursachen des Streits in der Synagoge möglicherweise nicht durchschaute, kommentierte die Eingabe des Oberrabbiners am 29.12.1821 mit einem Satz, der zeigte, dass er bei dem Philosophen Kant Halt suchte: „Vorstellungen und Ermahnungen fruchten bei diesem Völkchen wenig, allein der Cathgorische Imperativ thut gleich Wunder.“¹⁴ Solange die Sitzordnung in der Synagoge von Werther ausschließlich die Vermögensverhältnisse der Gemeindemitglieder widerspiegelte und nicht auch Kriterien wie Alter und Bildung der Synagogenbesucher berücksichtigt wurden, war reinen polizeilichen Mitteln der Ortsbehörde wenig Erfolg beschieden, die synagogalen Konflikte zu schlichten. Die Bezirksregierung machte allerdings den Landrat am 9.1.1822 darauf aufmerksam, dass die Aufgabe des Bürgermeisters lediglich darin bestehe, die polizeiliche Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht jedoch, sich in die Kultusangelegenheiten der jüdischen Gemeinde einzumischen.¹⁵ Während die Bezirksregierung im Oktober 1837 ihre Zuständigkeit bei der Beaufsichtigung des Kultus und die Sanktionierung der Strafen der von der jüdischen Gemeinde von Werther durch den Bürgermeister und den Landrat eingesandten Statuten ablehnte, beschränkte sie sich nach dem Erlass des Gesetzes vom 23.7.1847 darauf, die Vorstandswahlen zu leiten und zu bestätigen, den Gemeindeetat zu beaufsichtigen und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.¹⁶ Als die Synagogengemeinde Werther der Bezirksregierung in Minden neben dem am 5.6.1856 vom

¹³ Vgl. StdtA Werther, A 76

¹⁴ StADt, M 1 I L Nr. 265

¹⁵ Vgl. ebd. und § 51 des Gesetzes vom 23.7.1847

¹⁶ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 265

Oberpräsidium genehmigten Statut auch ihre Synagogenordnung einreichte, nahm die Bezirksregierung von ihr lediglich Notiz, ohne dass sie einer Genehmigung bedurfte.¹⁷ Die Synagogenordnung vom 9.4.1856, die von den Vorstehern Aron Bendix Weinberg, Jesaias Greve und Simon Goldschmidt unterschrieben wurde, regelte das Verhalten und die Kleiderordnung der Gottesdienstbesucher, die Anfangszeiten der Gottesdienste am Sabbat, die Verteilung der Ehrenfunktionen und der Synagogenplätze.¹⁸

Der Bürgermeister von Borgholzhausen, Christian Bloebaum, beantwortete am 23.5.1843 dem Landrat August zur Hellen in Halle i.W. einen detaillierten Fragekatalog der Bezirksregierung vom 7.4.1843 über das jüdische Kultus- und Schulwesen hinsichtlich der Synagoge in Borgholzhausen wie folgt:

„Im Jahre 1822 ist von den hiesigen Israeliten mit einem Kosten-Aufwand von 1035 rthl 5 Sgr 3 d eine Synagoge [Im Klingenhagen Nr. 74] erbaut, jedoch ohne Lasten und Willen der Stadtverwaltung. Im Vorlokale derselben ist auch ein Schulzimmer angebracht, seiner Unzweckmäßigkeit wegen wird jedoch darin kein Unterricht erteilt, sondern dazu ein Lokal gemiethet. Zu der hiesigen Synagoge gehören keine fremden Ortschaften und wird solche nur von den frei wohnenden volljährigen und selbständigen Juden besucht und schließt sich von derselben keiner aus.“¹⁹

Seit dem Tode des Oberrabbiners Moses Liebmann Friedheim (1826) gab es keine höhere jüdische Aufsichtsinstanz mehr für die Gemeinde von Borgholzhausen. Der Lehrer Julius Eichwald (aus Herzfeld/Kreis Beckum) vereinigte in seiner Person die Funktionen als Religionslehrer, Kantor und Schullehrer. Eichwald hatte seine Abschlussprüfung am jüdischen Lehrerseminar der Marks-Haindorfschen Stiftung im Juli 1838 abgelegt und im August desselben Jahres sein Examen am evangelischen Lehrerseminar in Soest bestanden.²⁰ Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde würden von nichtjüdischen Gerichten entschieden. In kultischer Hinsicht gebe es keine Spaltungen, da die Juden in Borgholzhausen nach Meinung des Bürgermeisters „fast sämtlich auf einer hohen Bildungsstufe“ stünden und „noch alle den Altgläubigen“ angehörten. Im Gegensatz zu dieser Beschreibung charakterisierte Bloebaum den jüdischen Gottesdienst aber als durchaus reformorientiert, da die deutsche Sprache, die Predigt, Chorgesänge und die Konfirmation der Kinder Eingang gefunden hätten:

„Die deutsche Sprache ist im Gottesdienste nichts Auffallendes mehr. Das Gebet und der Segen für König und Vaterland und für die Gemeinde, die sabbathlichen Vorlesungen der Propheten, geschehen in deutscher Sprache. Auch wird an den Freitagen gepredigt und ist die Confirmation der Kinder ganz dem jetzigen Zeitgeist gemäß und wird dies alles von der jüdischen Gemeinde gewünscht, so daß noch vieles zu bewirken wäre, ohne Spaltungen dadurch hervorzurufen. Auch viele Chor- und Choralgesänge haben Aufnahme gefunden, welches übrigens durchzuführen deshalb schwer bleibt, weil das laute Dazwischenrufen hemmend entgegen tritt. Im Übrigen ist in Bezug auf Nachahmen christlicher Riten nichts zu bemerken.“²¹

Spätestens nach der Jahrhundertwende war die Zahl der Juden in Borgholzhausen so klein geworden, dass nur an den hohen Festtagen zusammen mit der seit 1886 in Bad Rothenfelde wohnenden Familie des Schlachters Silberberg Gottesdienste abgehalten werden konnten, indem

¹⁷ Vgl. StdtA Werther, A 76

¹⁸ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

¹⁹ StdtA Borgholzhausen, A 441

²⁰ Vgl. KAGT, H 2 H LR1 169.3

²¹ StdtA Borgholzhausen, A 441

auswärtige Prediger engagiert wurden. So quittierten beispielsweise am 27.4.1905 Georg und Leopold Rosenthal, siebzehn Mark für ihre Synagogendienste am Pessachfeste von Samuel Hesse erhalten zu haben.²² Am selben Tag bestätigte Karl Rosenthal, möglicherweise ein Bruder von Hugo Rosenthal (ab 1939: Josef Yashuvi <1887-1980>)²³, „für Leitung der Gottesdienste am 7. u. 8. Ostertag einundzwanzig Mark u. 50 Pf“ von Samuel Hesse erhalten zu haben. Für ihre Synagogendienste am Neujahrs- und Versöhnungstage erhielten Josef Isenberg und Georg Rosenthal am 9. Oktober 1905 in Borgholzhausen einunddreißig Mark und zwanzig Pfennige.²⁴ Josef Isenberg, Karl, Georg, vermutlich auch Leopold Rosenthal waren alle Schüler des Lehrerseminars der Haindorf- Stiftung in Münster, dessen religiöse Ausrichtung liberal bis konservativ war. Josef Isenberg (geb. 6.5.1890 in Halle i.W., gef. 26.8.1914) fungierte als Lehrer in Lavern von 1910-13, später fiel er als Soldat im Ersten Weltkrieg.²⁵ Auch Georg Rosenthal gehörte zu den jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs.²⁶ Karl Rosenthal, für den sein Kollege Max Lazarus am letzten Pessachtag 1915 den Festgottesdienst in Hörde bei Dortmund abhielt, weil er als Soldat diente, wurde später Reformrabbiner in Berlin.²⁷ Auch in den folgenden Jahren hielten Prediger aus Münster und Detmold die Festtagsgottesdienste an den hohen Feiertagen in der Synagoge zu Borgholzhausen ab.

Die Verfügung der Bezirksregierung vom 12.11.1817 an den Oberrabbiner Moses Liebmann Friedheim in Bielefeld bestätigte die disziplinarischen Aufsichtsbefugnisse, die das Israelitische Konsistorium unter Israel Jacobson den jüdischen Gemeindevorstehern schon im Jahre 1810 bekannt gegeben hatte. Den Gemeindevorstehern wurde nach der Verfügung vom 12.11.1817 das Recht zugestanden, Geldstrafen in Höhe von 8 guten Groschen bis zu einem Taler von denjenigen Gemeindefürsprechern zu erheben, die den Gottesdienst störten oder zu Gemeindeversammlungen nicht erschienen. Am Ende jedes Monats sollten die gesammelten Strafgebühren dem Landrat übersandt werden, der dafür Sorge zu tragen hatte, die Hälfte der Gebühren der Israelitischen Armenkasse zugute kommen zu lassen und berechtigt war, über die andere Hälfte nach den bestehenden Gesetzen zu verfügen.²⁸

Vermutlich durch diese Verordnung ermutigt, wandte sich Rabbiner Friedheim am 18. April 1822 mit folgendem Schreiben an den Bürgermeister Anton Daniel Delius in Versmold:

„Es ist mir in Erfahrung gekommen, daß bey den Israeliten daselbst in der Synagoge während des Gottesdienst mehrere Unruhen vorzufallen pflegen; da nun diesem Unfug anders nicht als durch Anstellung eines Kirchen Vorsteher[s] in der Gemeinde abzuheffen sey, so sehe ich mich genöthigt, Euer Wohlgeborn gehorsamst zu bitten, die Geneigtheit zu haben, die kleine Israelitische Gemeinde daselbst zu diesem Ende vorladen zu laßen, um einen Kirchen Vorsteher an zusetzen, welcher als dann vermöge einer Verordnung der Königlichen Hochlöblichen Regierung vom 12 Nov. 1817 ermächtigt ist, nach vorher gegangener Vermahnung die Ruhe in der

²² Vgl. StdtA Borgholzhausen, B 62.4.1

²³ Vgl. Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997, S. 190f, Fußnote 73

²⁴ Vgl. StdtA Borgholzhausen, B 62.4.1

²⁵ Vgl. Hillebrand (1996), S. 62; Freund (1997), S. 281, Fußnote 531; Lazarus, Erinnerungen, S. 176, 209

²⁶ Vgl. Freund, S. 281, Fußnote 531

²⁷ Vgl. Lazarus, Erinnerungen, S. 172, 231

²⁸ Vgl. StdtA Versmold, A 246

Synagoge von 8 ggr bis zu einem rthl Strafe zu gebieten und glaube ich, das Binnes Heilbronn sich am besten dazu eignen [wird]. Mit aller Hochachtung erharre ich [gez.] Rabbiner Friedheim"²⁹

Daraufhin ließ Bürgermeister Delius am 26. April 1822 die Familienväter Samuel Aron Weinberg, Itzig Nathanson, Benjamin Sternberg und Bendix Heilbronn vorladen, um einen so genannten Kirchenvorsteher wählen zu lassen. Diese Wahl fiel auf Bendix Heilbronn. Der neue Synagogenvorsteher wurde auch gleich aktiv und beschwerte sich bei Rabbiner Friedheim darüber, dass zwei Gemeindemitglieder sich das Vorbeten in der Synagoge anmaßten. Am 5. September 1822 forderte Friedheim Bürgermeister Delius schriftlich auf, diese Streitsache mittels Strafandrohung zu schlichten:

„Es ist unseren Religionsgesetzen zu wider, daß jemand sich eigenmächtig ohne Einwilligung der mehrsten Mitglieder der Gemeinde das Vorbeten in der Synagoge gewaltsamer Weise anmaßt, welches sich nach einer eingereichten Beschwerde des dortigen Israelitischen Kirchen Vorstehers Binnas Heilbrunn und Itzig Nathan im Namen der übrigen Mitglieder der Gemeinde der Samuel Aron Weinberg und sein Stiefsohn daselbst dermal zu schulden kommen lassen, das nun zu befürchten sey, daß durch diese religionswidrige Anmaßung an unsern gegenwärtig sich anmahnden Neues Jahres Fest und des langen Fast und Bet-Tage so gar Unruhen und Störung des Gottesdienstes entstehen könnten und vorerwähnter Weinberg und sein Sohn gegen alle meine gütlichen Vermahnungen sich äußerst widerspenstig betragen, so sehe ich mich genöthigt, um vorerwähnten Unfug vorzubeugen, Einen Wohlhälllichen Herrn Bürgermeister ganz ergebenst zu bitten, dem Weinberg und seinem Sohn alles ohne Einwilligung der mehreren Mitglieder der Gemeinde gewaltsame Vorbeten in der Synagoge bey einer angemessenen Strafe gänzlich untersagen zu laßen geruhen möchten. Mit ergebenster Hochachtung erharre ich [gez.] Rabbiner Friedheim"³⁰

Als Bürgermeister Anton D. Delius am 13. September 1822 den Vorsteher Bendix Heilbrunn sowie Itzig Nathanson, Samuel Aron Weinberg, Benjamin Sternberg und Nathan Sternberg vorladen ließ, verlangten der Vorsteher und Itzig Nathanson, dass Samuel Aron Weinberg und sein Stiefsohn Levi zukünftig das Alenu-Gebet nicht mehr vorbeten sollten. Bei dem Alenu-(Ieshabbeach <dt. Es obliegt uns zu preisen>) handelt es sich um ein „hymnisches Gebet am Ende der drei Gebetszeiten des täglichen Gottesdienstes".³¹ Samuel Aron Weinberg sah die Kritik an seinem

²⁹ Ebd.

³⁰ StdtA Versmold, A 246

³¹ Maier, Johann; Schäfer, Peter: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart/Konstanz 1987, 2. Aufl., Eintrag: „‘Alenu Ieshabbeach“, S. 14. Jeffrey L. Seif gibt folgende Übersetzung und Strukturierung des jüdischen Aleynu-Gebetes in englischer Sprache in seinem Buch: The Evolution of a Revolution. Reflections on Ancient Christianity in its Judaistic, Hellenistic and Romanistic Expressions. Lanham 1994, S. 126f:

„(1.) It is for us to praise the Lord of all things, to acclaim the author of all existence. (a.) He did not make us like the heathen of the earth; (b) He did not fashion us like the pagans of the world. (c.) Our portion is not like theirs, our lot is not like that of their multitudes. (2.) We bend the knee, bow down, and acclaim the supreme King of Kings, the Holy One, praised be He. (3.) It is He who stretched forth the heavens and laid the foundations of the earth. (a.) His glorious presence is in the heavens above, the dominion of His might is in the loftiest heights. (b.) He is our God; there is none else. (c.) He is our King; there is none other. (d.) As it is written in His Torah: and you shall know this day and meditate in your heart, that the Lord is Master in the heavens above and on the earth beneath. (e.) There is none else. (4.) We therefore hope in Thee o Lord of God, that we shall soon behold the triumph of Thy might, when idolatry will be uprooted from the earth and falsehood will utterly be destroyed. (5.) We hope for the day when the world will be perfected under the dominion of the Almighty and all mankind learn to revere Thy name; when all the wicked of the earth will be drawn into penitence unto Thee. (6.) O may all the inhabitants of the earth recognize that unto Thee every knee must bend, every tongue pledge loyalty. (7.) Before Thee, O Lord our God, may they bow down in worship, and give honor to Thy glorious name. (8.) May they all acknowledge Thy kingdom, and may Thy dominion be established over them speedly and forevermore. (a.) For sovereignty is Thine and unto all eternity Thou wilt reign in glory. (9.) As is written in Torah: The Lord will reign forever and ever. (a.) And it is further written: The Lord will be acknowledged as King over all earth; on that day will the Lord be One and His name One.“ Den Tenor und den Zukunftswert dieses Gebetes für die jüdische Gemeinschaft charakterisiert Seif mit den folgenden Sätzen: „With a vision of a future exaltation for Gold and vindication for Israel, the covenant people are encouraged by the ‚Aleynu‘ to live proleptically – i.e., as though the believed for future was already here. Jehovah, the God of Israel, is in reality the Lord of *all* creation – though only Israel knows it at present. Jews, who are unlike the Gentiles, must carry the standard – the Torah; Jews are

Verhalten nicht ein und forderte seinerseits von dem Vorsteher, die Kassenführung korrekt nachzuweisen. Schließlich kamen die anwesenden jüdischen Gemeindeglieder überein, zukünftig nur dem Samuel Aron Weinberg das Vorbeten zu erlauben und einen christlichen Einwohner mit der Führung der Armen- und Strafgelderkasse zu beauftragen.

Nach dem Tod des Oberrabbiners Friedheim (1826) stand die Wahl eines neuen Oberrabbiners für den Regierungsbezirk Minden an. Während sich die Judenschaft des Fürstentums Minden und des Kreises Brakel im Fürstbistum Paderborn für den amtierenden Landrabbiner Abraham Sutro entschieden, fiel die Wahl der Judenschaft der Grafschaften Ravensberg und Rietberg und des Fürstbistums Paderborn mit Ausnahme des Kreises Brakel und des Fürstentums Corvey auf den lippischen Hofkommissär und Bankier Aron Solmson (1817-59). Während die Bezirksregierung keine Schwierigkeiten hatte, die Wahl des orthodoxen Landrabbiners Sutro zu genehmigen, lehnte sie es ab, die Wahl des Bankiers Solmson zu bestätigen, ohne Gründe zu nennen. In einer Verfügung vom 5.3.1827 machte die Bezirksregierung deutlich, dass sie es für „angemessen“ hielt, wenn die Juden im Kreis Halle i.W. sich auch für den Landrabbiner Sutro entschieden. Alle selbständigen Juden der Ämter Vermold und Halle i.W. sollten am 12.3.1827, Morgens 11 Uhr, auf dem Kreisbüro in Halle i.W. erscheinen, um aus ihrer Mitte pro Gemeinde je einen Deputierten zu wählen, die wiederum am 14. März 1827 einen neuen Oberrabbiner wählen sollten. Bürgermeister Friedrich Wilhelm Eduard Körner aus Vermold teilte dem Landrat Friedrich von der Decken am 8.3.1827 mit, dass sich alle Juden des Verwaltungsbezirks Vermold für den Landrabbiner Sutro entschieden hätten und darum bäten, am 12. März nicht in Halle i.W. erscheinen zu müssen.³² Obwohl die einzelnen jüdischen Gemeinden als geduldete Privatvereine nicht verpflichtet waren, den Rat des Landesrabbiners anzunehmen, mussten sie doch bei ihm um die Ausstellung von Zeugnissen nachsuchen, wenn sie Eheschließungen und Scheidungen vornehmen oder sich einzelne Mitglieder ihre Befähigung zum Koscherschlachten attestieren lassen wollten.³³ Sutro stellte Abraham Weinberg aus Vermold am 22.11.1829 z.B. folgendes Zeugnis aus:

„Wenn Nathan Sternberg aus Vermold von dasiger Behörde die Erlaubnis zu heirathen hat, dann wird dem Herrn Abraham Weinberg daselbst hiermit die Erlaubnis ertheilt, ihn nach den Gesetzen Mosche und Israel trauen zu dürfen.“³⁴

persecuted for doing so. God is faithful; He will vindicate His people when He vindicates His name.“ Seif, a.a.O., S. 127. Ich danke Dr. Lore Shelley für ihre freundliche Zusendung dieses Buches, worum ich Sie gebeten hatte.

³² Vgl. StdtA Halle, A 609; StdtA Vermold, A 246; Guenter, Michael: Die Juden in Lippe von 1648 bis zur Emanzipation 1858. Detmold 1973, S. 167f. Ein weiterer Bewerber um das vakante Rabbinat in Minden-Ravensberg war der reformorientierte Lehrer Levi Bamberger (1769-1851) aus Gütersloh. Doch seine Bewerbung wurde vom Wahlkomitee abgelehnt. Allerdings wurde Levi Bamberger zur Beratung des Gesetzes vom 23.7.1847 im Jahre 1846 zusammen mit Professor Alexander Haindorf, Landrabbiner Abraham Sutro, Kaufmann A. Levison aus Minden, Obervorsteher L. Hellwitz aus Soest und dem Rabbinatsadjunkt Dr. Salomon Friedländer aus Brilon nach Münster eingeladen. Vgl. Herzberg, Kurt: Levi Bamberger und die jüdische Elementarschule in Gütersloh, in: Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde, Heft 36/37 (1974), S. 745

³³ Vgl. Brillling, Bernhard: Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815-1945, in: Hegel, E.; Stupperich, R.; Brillling, B.: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen. Münster 1978, S. 107

³⁴ StdtA Vermold, A 244

Obwohl die jüdische Gemeinde von Borgholzhausen im Jahre 1822 - wenn auch „ohne Lasten und Willen der Stadtverwaltung" - ihre neue Synagoge erbauen lassen konnte, stellten sich der für 1830 geplanten Errichtung eines Kottengebäudes aus Fachwerk – „außerhalb des Orts [Vermold] über 100 Schritt von öffentlichen Wegen" -, in dem sowohl eine Synagoge als auch eine Wohnung für eine Heuerlingsfamilie eingerichtet werden sollten, unerwartete Schwierigkeiten von Seiten des preußischen Königs und seiner Regierungspolitik entgegen. Die Bezirksregierung teilte Landrat von der Decken in Halle am 27.1.1830 Folgendes mit:

„Des Königs Majestät haben, wie Ihnen auf den Bericht vom 17ten v. M. u. J. die Auswirkung der allerhöchsten Genehmigung zur Erbauung einer Synagoge in Vermold betreffend, zum Bescheide geruht, sich bei mehreren Veranlassungen auf das bestimmteste dahin auszusprechen geruht, daß solche kleinen jüdischen Gemeinden die Errichtung eigentlicher Synagogen, statt der seither benutzten Betstuben nicht zu gestatten sei. Es muß daher sein Bedenken finden, für das Gesuch der Judenschaft zu Vermold allerhöchsten Orts einen Antrag auszuwirken.“³⁵

Trotz dieser ablehnenden Haltung der Bezirksregierung war die jüdische Gemeinde von Vermold von ihrem Bauvorhaben nicht abzubringen. Denn in einem Vertrag vom 18.6.1830 hatten sich die Gemeindeglieder Samuel Aron Weinberg, Benjamin Sternberg, Itzig Nathan, Bendix Heilbronn und Levi Weinberg verpflichtet, dem Bauern Friedrich Wilhelm Klaus (Mattlage) aus der Bauerschaft Loxten als Bauherrn des Kottengebäudes auf jeden Fall ein Kapital von 100 rthl zu zahlen, auch wenn sie - aus welchen Gründen auch immer - die zukünftige Synagoge in dem Fachwerkgebäude (Im Esch 132, heute Hohlweg 4) nicht mieten oder benutzen durften.³⁶ Außerdem hatte sich die jüdische Gemeinde in diesem Vertrag verpflichtet, von dem Bauern Klaus den neu zu erbauenden Kotten mit einem Scheffel Ackerland (ca. 1.702 m²) auf 30 Jahre für 30 Taler jährlich zu mieten. Da die jüdische Gemeinde wegen der neuen Bauhindernisse die Auszahlung der zweiten Hälfte des in dem Vertrag vereinbarten Kapitals in Gesamthöhe von 100 Talern bis April 1831 hinausgezögert hatte, obwohl sie in der Verpflichtung stand, diese Summe zu Michaelis und Weihnachten 1830 zu zahlen, legte Bauer Klaus vor dem Land- und Stadtgericht zu Halle i.W. eine Klage wegen Nichterfüllung des ausgehandelten Vertrags vom 18.6.1830 ein. Samuel Aron Weinberg wurde von demselben Gericht mit Schreiben vom 19.4.1831 aufgefordert, am 11.5.1831 morgens 11 Uhr zu erscheinen, um die Klage des Bauern Klaus „mit Angabe und Beibringung der Beweismittel zu beantworten." Im Falle des Nichterscheinens würde Exekution verhängt.³⁷

Am 6.4.1830 erschienen die jüdischen Familienväter (hebr. Baalebattim) vor dem Bürgermeister Friedrich Wilhelm Eduard Körner und baten darum, ihre geplante Synagoge nach Art und Weise einer Bauzeichnung, die sie vorlegten, erbauen lassen zu dürfen, obwohl die Bezirksregierung mit ihrer Verfügung vom 27.1.1830 ihre negative Haltung hinsichtlich eines Neubaus zum Ausdruck gebracht hatte. Die jüdischen Familienväter erklärten, dass sie mit dem Bauern Klaus übereingekommen seien, ihm 400 Taler für den von ihm abgetretenen Boden und für die Erbauung

³⁵ StdtA Vermold, A 246

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. ebd.

des Kottengebäudes zu zahlen, vorausgesetzt er halte sich an die Vorgaben der Bauzeichnung. Schon letzte Weihnacht hätten sie die erste Hälfte des vertragsmäßig vereinbarten Kapitalvorschusses von 50 Talern an Klaus gezahlt. Nachdem ihnen nun die Bauerlaubnis entzogen worden sei, habe die jüdische Gemeinde versucht, den Klaus dazu zu bewegen, vom Vertrag zurückzutreten. Doch das habe der Bauer genauso abgelehnt wie den Plan, ein anderes Gebäude erbauen zu lassen, das die jüdische Gemeinde auf eigene Kosten zu einem Wohngebäude einrichten wolle, falls der Synagogenbau definitiv verhindert werden würde. Dennoch hofften die jüdischen Familienväter immer noch, dass ihnen der Bau des neuen Bethauses gestattet werden würde. Sie versprachen, ihren Gottesdienst wie eh und je zu feiern und nach ihrer Verfassung zu leben.

Dass die jüdischen Familienväter dieses Versprechen vor dem Bürgermeister betonten, hatte seinen Grund. Denn schon am 25.6.1829 hatte die Bezirksregierung dem Landrat Friedrich von der Decken und dem Bürgermeister Körner in einer Verfügung mitteilen lassen, dass der König „keine von dem herkömmlichen Ritus abweichende Neuerungen“ unter den Juden dulde, um Sektenbildungen vorzubeugen.³⁸ Die Verfügung der Bezirksregierung bezog sich auf ein Edikt aus dem Jahre 1823. Nicht ausgesprochen wurde in dem Schreiben der Bezirksregierung, dass der evangelisch-lutherische Obrigkeitsstaat mögliche Neuerungen im jüdischen Kultus verhindern wollte, weil er befürchtete, dass sie auch liberale Tendenzen oder möglicherweise Spaltungen unter den Christen befördern könnten. Der protestantische Obrigkeitsstaat hoffte außerdem, dass ein durch Regierungsedikte künstlich traditionell gehaltenes Judentum die Konversionswilligkeit zum Christentum unter den Juden fördern würde.³⁹

Schließlich rangen sich Bürgermeister Körner und Landrat von der Decken zu dem absurden Beschluss durch, zwar den Bau, aber nicht die Benutzung der zu erbauenden Synagoge zu genehmigen. In einer Marginalie zum Grund- und Aufriss der neuen Synagoge heißt es:

„Da die hiesige Judenschaft erklärt hat, vorgezeichnetes Gebäude nach der Erbauung nicht als Synagoge zu benutzen, so wird auf ausdrücklichem Befehl des Herrn Landrath von der Decken vom 6t d. M. die Ausführung des Baus nach vorstehender Zeichnung von Polizeywegen hiermit erlaubt. Versmold, den 16. April 1830. Der Bürgermeister Körner“⁴⁰

Die Bauzeichnung zeigt eine aus Fachwerk zu erbauende Synagoge mit nahezu quadratischem Grundriss und traditioneller Inneneinrichtung. Es gab eine mittig angelegte, quadratische Bima, ein Podest, mit je einer Stufe an der Nord- und Südseite und dem Pult zur Verlesung der Thora an der Ostseite; die Heilige Lade als Behälter der Thorarollen an der Ostwand; eine Frauengalerie an der Westseite und Bänke längs der Nord-, Süd- und Ostseite. Die Nord- und Südwände waren sechsfachig konstruiert und mit je zwei Fenstern im zweiten und fünften Fach ausgestattet. Auch die Ostwand sollte zwei große Fenster im zweiten und vierten Fach aufweisen, während die Westwand des Kottens vier kleinere Fenster, je zwei im zweiten und vierten Fach für den

³⁸ Vgl. StdtA Versmold, A 246

³⁹ Vgl. Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi, Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. II. Emanzipation und Akkulturation 1780-1871. München 1996, S. 111f

⁴⁰ StdtA Versmold, A 246

Synagogensaal und für die Frauengalerie erhalten sollten.⁴¹ Aus dem Grund- und Aufriss der geplanten Synagoge von 1830 geht nicht hervor, wo sich die später eingerichtete Wohnung für den Heuerling befunden haben könnte. Vermutlich wurde eine Art von Doppelkotten errichtet mit dem Bethaus auf der einen und der Heuerlingswohnung auf der anderen Seite.

Die konservative Einstellung der Versmolder Juden zeigte sich nicht nur darin, dass die angemietete Betstube traditionell eingerichtet war, sondern auch in der Gestaltung ihres Gottesdienstes. Bürgermeister Friedrich Theodor Heuermann berichtete dem Landrat des Kreises Halle, August zur Hellen, am 3. Juli 1843:

„Die deutsche Sprache hat bei dem Gottesdienst hierselbst keinen Eingang gefunden, auch wird nicht gepredigt, eben so wenig findet eine die Konfirmation in der christlichen Kirche nachgebildete Aufnahme der Kinder in die Gemeinde statt.“⁴²

Nachdem die Brüder Moses, Selig und Joseph Weinberg in Bockhorst seit 1843 wegen persönlicher Meinungsverschiedenheiten nicht mehr am Synagogenkultus in Versmold teilnahmen, sondern Privatandacht in ihrem Haus hielten, ergab sich das Problem, die Gemeindeausgaben, nämlich 18 Taler für die Synagogenmiete, 6 Taler für Kerzenlichter, 2 Taler für Reparaturen, einen Taler für Wein und 7 Taler für durchreisende arme Juden ausgewogen auf die acht verbliebenen Versmolder Gemeindemitglieder neu zu verteilen. In einer Sitzung vom 30.6.1843 vor Bürgermeister Heuermann wurde der Beschluss gefasst, dass Familienoberhäupter jährlich 4 Taler oder monatlich 10 Silbergroschen zahlen sollten, die konfirmierten, aber wirtschaftlich unselbständigen Söhne des Benjamin Sternberg jedoch nur 1 Taler jährlich. Levi Weinberg wurde mit der Hebung der Beiträge betraut, und Nathan Sternberg, der zum Vorsteher gewählt wurde, war für die allgemeine Kassenführung und die Verwaltung der Armenkasse verantwortlich. Die monatlichen Beiträge sollten Levi Weinberg ins Haus gebracht werden. Wer in den ersten acht Tagen jedes Monats nicht zahlte, gegen den sollte mit Hilfe des Bürgermeisters Exekution verhängt werden. Diese Vereinbarungen sollten drei Jahre lang Gültigkeit haben. Wer die Kultusgemeinde vorher verlassen wollte, sollte 10 Taler Konventionalstrafe zahlen. Diese Regelungen unterschrieben die Gemeindemitglieder Abraham Weinberg, Bendix Abraham Ganz, Benjamin Sternberg, Bendix Heilbrun, Bernhard Steinfeld, Levi Weinberg in lateinischer und Itzig Nathanson und Nathan Sternberg in hebräischer Schreibschrift.⁴³

Aus den Etataufstellungen für die Synagogengemeinde, die nach dem Statut vom 6.2.1856 die Stadt Versmold und die Bauerschaften Peckeloh, Oesterweg, Loxten, Hesselteich und Bockhorst umfasste, ist jedenfalls ersichtlich, dass a) tatsächlich eine Synagoge und eine Synagogenwohnung am Hohlweg erbaut wurde und dass b) die jüdische Gemeinde vertraglich mit dem Bauern Klaus bis in die 1880er Jahre insofern verbunden blieb, als sie Miete an ihn für die Synagogenbenutzung zahlte, ihrerseits aber wiederum eine Wohnung neben der Synagoge an

⁴¹ Vgl. StdtA Versmold, A 246

⁴² StdtA Versmold, A 246

⁴³ Ebd. Ich danke Professor Robert Allan Weinberg für seine freundliche Transliteration der in jüdischdeutscher Kursivschrift abgefassten Namen.

einen Heuerling vermietete. Obwohl keine Verträge hinsichtlich dieser Untervermietungen erhalten sind, kann doch angenommen werden, dass dieser Heuerling - ähnlich wie derjenige, der die Wohnung in der jüdischen Schule in Preußisch Oldendorf mietete - Wartungs- und Reinigungsaufgaben auszuführen hatte. Andererseits musste Bauer Klaus das von der Synagogengemeinde an ihn dargeliehene Kapital von 100 Talern zu 4½ % pro Jahr verzinsen, eine Summe, die logischerweise als kleiner Einnahmeposten im Etat der Synagogengemeinde aufgeführt wurde.⁴⁴

Als sich die Synagogengemeinde von Versmold im Jahre 1899 entschied, eine neue, größere Synagoge aus Stein an der Mittelstraße 12 in Versmold erbauen zu lassen, wiederholte sich die lokalbehördliche Verzögerungspolitik bei der Genehmigung dieses Jahrhundertprojekts. Am 28.7.1899 schrieb Amtmann Ernst Graßhof an den Landrat Clemens August Graf von Korff-Schmising:

„Die israelitische Gemeinde Versmold beabsichtigt, in der kleinen Stadt eine neue Synagoge, die 8,40 m lang, 6,40 m breit und 5 m hoch werden soll, zu erbauen. Mir ist nicht recht klar, ob zum Bau dieser Synagoge die Genehmigung der Königlichen Regierung eingeholt werden muß, oder ob, was ich bei der geringen Bedeutung dieses Baues wohl annehmen zu dürfen glaube, die polizeiliche Genehmigung zum Bau der Synagoge genügt, und bitte ich hiernach um eine diesbezügliche Verfügung.“⁴⁵

Die Antwort des Landrates ist unbekannt. Jedenfalls schien die Bauerlaubnis irrtümlicherweise voreilig vom Amtmann gegeben worden zu sein mit der Folge, dass die Bezirksregierung den Bau unterbrechen ließ. Während der Bau ruhte, sollen besonders unter Frauen, Kindern und Ungebildeten Gerüchte kursiert haben, die den Blutaberglauben mit weiteren Zerrbildern bereicherte. Auf welche Weise die Brüder Carl und Oscar Bergfeld auf diese Ruf- und geschäftsschädigenden Verleumdungen und Gerüchte reagierten, soll im Kapitel 5.2.3 dargestellt werden.

An der Einweihung der neuen Synagoge am Freitag und Sonnabend, den 14./15.9.1900 (20./21. Elul 5660), nahmen von den geladenen Nichtjuden Landrat von Korff-Schmising, Amtmann Graßhof und das gesamte Stadtverordnetenkollegium teil. Die neue Synagoge hatte einen fast quadratischen Grundriss mit einer Seitenlänge von 8,80 m. Die Inneneinrichtung wirkte insofern kirchenähnlich, als je fünf hintereinander angeordnete Sitzbänke auf jeder Seite des Mittelganges aufgestellt waren. Die kleine Synagoge bot maximal 32 Personen Platz. Eine zentral angelegte Bima oder eine Frauengalerie gab es nicht mehr. Die Sicht der Synagogenbesucher war auf den Aron ha-kodesh in der Nische der Ostwand und auf die Thoralesung gerichtet. Vermutlich wurde der Gottesdienst mit Orgel- und Chormusik verschönert. Die Einweihungsfeier wurde von dem Bielefelder reformorientierten Rabbiner Dr. Felix Coblenz geleitet.⁴⁶

⁴⁴ Vgl. StdtA Versmold, A 1238

⁴⁵ StdtA Versmold, A 1077

⁴⁶ Vgl. StdtA Versmold, A 1077; Pracht (1998), S. 82. Vgl. AZJ vom 28.9.1900, S. 3: „Versmold i. Westf., 23. September. Unsere kleine Gemeinde hat am 14. und 15. d. M. ihr neuerbautes Gotteshaus durch Herrn Rabbiner Dr. Coblenz-Bielefeld einweihen lassen. Zu dieser Feier waren der Landrath Graf v. Korff-Schmiesnig [sic], der Amtmann Graßhof von hier und das gesammte Stadtverordnetenkollegium erschienen. An der Pforte des neuen Gotteshauses sprach die kleine Else Weinberg aus Bockhorst, welches zu unserer Gemeinde gehört, ein hübsches Gedicht und überreichte dem Herrn Landrath den Schlüssel, welcher solchen dem Herrn Amtmann übergab, der alsdann denselben

4.5 Das jüdische Schulwesen in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. im 19. und 20. Jahrhundert

Bevor der preußische Staat im Jahre 1824 die Aufsicht über das jüdische Schulwesen übernahm und die Schulpflicht für jüdische Kinder im Alter von fünf bis vierzehn Jahren einführte, erhielten die jüdischen Kinder in den Gemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. entweder ausschließlich Unterricht von jüdischen Lehrern oder sie besuchten gleichzeitig die örtliche nichtjüdische Volksschule oder sie erhielten Privatunterricht von örtlichen nichtjüdischen Lehrern in den Elementarschulfächern.

Der jüdische Kinderlehrer des älteren Typs (hebr. Melamed) war nicht in Westfalen ausgebildet worden, sondern hatte möglicherweise eine Talmudschule in seiner Heimat (z.B. in Litauen, Posen, Oberschlesien, Westpreußen, Rußland) besucht und war dann als unverheirateter Junglehrer (hebr. Bachur) nach Westen gereist, um als Gemeinde- oder Privatlehrer eine Anstellung zu finden.¹ In Lübbecke beispielsweise erteilte der Lehrer Baer Salomon, der angeblich aus Biala in Litauen stammte, den jüdischen Kindern seit 1821 Religions- und Hebräischunterricht, während zwei Jungen von insgesamt sechs jüdischen Schülern die örtliche evangelische Schule besuchten.² Außerdem erfüllte Baer Salomon die synagogalen Funktionen. Nachdem die Bezirksregierung in Minden mit der Verordnung vom 16.3.1825, die auf die „Verbesserung“ des jüdischen Elementarschulwesens abzielte, den evangelischen Superintendenten Helle zu Dielingen beauftragt hatte, die im Kreis Lübbecke tätigen jüdischen Lehrer Baer Salomon in

dem Herrn Rabbiner reichte. Das Gotteshaus macht trotz seiner Einfachheit in Bau und Ausführung einen würdigen, wohlthuenden Eindruck. Nach dem Gesang des „Ma Tauwu“ von Herrn Kantor Proskauer-Bielefeld fand das feierliche Anzünden des ewigen Lichtes durch Herrn Dr. Coblenz statt. Der Chor sang abermals ein Lied, worauf Herr Dr. Coblenz die heilige Lade öffnete und die Thorarollen einstellte. Hierauf begann die Festpredigt, die auf alle Hörer einen tiefen Eindruck machte. Das Gebet für Kaiser und Reich, die Stadt und Behörden schloß sich an. Nachmittags fand ein gemeinsames Mittagessen im Hotel Bütröwe statt, wobei der Herr Amtmann als Ehrengast der Gemeinde das Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Die Feier dürfte allen Theilnehmern eine unvergeßliche Erinnerung bleiben.“

Der Wortlaut der Predigt, die Dr. Felix Coblenz bei der Einweihungsfeier der neuen Synagoge in Versmold hielt, ist vermutlich nicht überliefert. Doch wurde die Predigt, die er bei der Einweihung der neuen Bielefelder Synagoge an der Turnerstraße 5-7 am 20.9.1905 hielt, publiziert. Diese endete mit den Worten: „Meine Andächtigen! Israels Propheten, diese gottbegeisterten Schöpfer der optimistischen Weltanschauung, haben mit kühnem Seherblick in die Zukunft der Zeiten geschaut und den Tag verkündet, da Gotteserkenntnis und Menschenliebe die Erde erfüllen, wie Wasser die Meerestiefen bedecken. Wann dieser Tag uns erstehen wird, ich weiß es nicht, kein Mensch kann es wissen. Jahrtausende mögen noch dahinrauschen im Strome der Zeit, ehe das große Prophetenwort sich erfüllt. Aber das eine weiß ich ganz gewiß: nicht durch ein Wunder wird die Stunde uns geboren, nicht auf ein göttliches Geheiß ersteht sie uns über Nacht. Wir müssen sie selber vorbereiten im Gange der natürlichen Entwicklung. Wir sitzen selber am Webstuhl der Zeit und helfen des Schicksals Fäden spinnen. Und ob der einzelne auch nur wenig vermag, im kleinen Kreise müssen wir alle wirken. Denn auf der Arbeit des einzelnen ruht der Erfolg des Ganzen. Wer unter uns möchte die Verantwortung tragen, wenn einst über unser Geschlecht geurteilt würde: es hat der Menschheit großen Zwecken nicht gedient! Drum laßt uns pflegen, was wir haben, drum laßt uns halten, was wir finden: unser Leben sei Religion! Unsere Religion sei Leben! Dann gilt's von jeder Stätte, wo wir ein gutes Werk vollbringen, dann gilt's von unserem Herzen, unsere Seele: Fürwahr, hier ist ein Gotteshaus, hier ist die Pforte, die den Himmel öffnet, die Pforte der Ewigkeit! Amen.“ Zitiert nach Coblenz, Felix: Predigten gehalten in der Synagoge zu Bielefeld. Neue Folge. Frankfurt a.M. 1907, S. 134

¹ Vgl. die Biographie des Lehrers Salomon Cohn, geb. 1817 in Kempen (Posen), der nach Detmold in Lippe reiste, um sich weiterzubilden. In: Richarz, Monika (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte. 1780-1871. New York 1976, Bd. I, S. 356-359

² Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.4

Lübbecke, Herz Kohn und Israel Marcus in Preußisch Oldendorf, Ephraim Goldberg in Rahden und Marcus Selig in Levern in allen Elementarschulfächern „mit Ausnahme der Religion“ zu prüfen, zog es Baer Salomon offensichtlich vor, die Gemeinde und den Kreis Lübbecke zu verlassen. Obwohl Baer Salomon im April und Mai 1822 von dem Oberrabbiner Moses Liebmann Friedheim in Bielefeld geprüft worden war, scheute sich der Lehrer möglicherweise aus dem Grund davor zurück, sich einer Zusatzprüfung durch einen nichtjüdischen Geistlichen zu unterziehen, weil er kein nichtjüdisches Lehrerseminar besucht hatte oder seine Deutschkenntnisse unzureichend waren.³ Seit 1825 unterrichtete Baer Salomon in der jüdischen Gemeinde Werther im Kreis Halle i.W. acht Mädchen und vier Jungen und war - wie üblich - auch als Vorsänger und Geistlicher tätig.⁴ Im Januar 1826 wurde es ihm von der Bezirksregierung gestattet, in der Nachbargemeinde in Halle i.W. als Religionslehrer und Vorsänger tätig zu werden, da die jüdischen Kinder dort in der örtlichen Elementarschule in allen anderen Fächern Unterricht erhielten.⁵

Das Verhalten von Baer Salomon war zweifellos nicht einmalig, da es auch der Lehrer Marcus Selig, der in Levern als Religionslehrer angestellt worden war, vorzog, sich der Nachprüfung zu entziehen und Levern im Frühjahr 1825 zu verlassen, so dass der Landrat die jüdischen Eltern aufforderte, ihre Kinder in die christliche Ortsschule zu schicken.⁶

Der jüdische Lehrer des älteren Typs machte seine Schüler mit den Grundlagen der jüdischen Tradition vertraut, d.h. er lehrte sie in der hebräischen Ursprache und in deutscher Übersetzung die wichtigsten Gebete, Segenssprüche, die wöchentlichen Thoraabschnitte aus den fünf Büchern Mose, Psalmen, Propheten und Sprüche der Väter (Mischna).⁷ Weder die jüdischen Elementarlehrer des älteren, noch des neueren Typs, die z.B. das jüdische Lehrerseminar der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1925)⁸ besucht und dort ihre Abschlussprüfungen abgelegt und anschließend z.B. an den evangelischen Lehrerseminaren in Soest oder Petershagen oder den katholischen Lehrerseminaren in Büren oder Werl (seit 1901) ihre erste Lehramtsprüfung bestanden hatten, konnten als bloße Fachlehrer gelten. Denn der jüdische Lehrer wurde in erster Linie als Geistlicher angesehen und musste in der Gemeinde, von der er angestellt und bezahlt wurde, die unterschiedlichsten kultischen Rollen spielen und Funktionen erfüllen. Als beispielsweise in der Gemeinde Lübbecke im Jahre 1885 ein neuer Lehrer und Kultusbeamter mittels Stellenanzeige in der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“ gesucht wurde, legten die Gemeindeglieder mehr Wert auf die gute Stimme des Vorbeters und seine

³ Vgl. Archiv des Kirchenkreises Lübbecke, A 45; StdtA Lübbecke, B 63.4. Vgl. von Rönne, Ludwig; Simon, Heinrich: Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landestheilen des Preußischen Staates; eine Darstellung und Revision der gesetzlichen Bestimmungen über ihre staats- und privatrechtlichen Zustände. Breslau 1843, S. 167-169

⁴ Vgl. StdtA Werther, A 72; StADt, P 2 Nr. 123

⁵ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4015

⁶ Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 60

⁷ Vgl. Linner, Barbara: Lernen und Lehren im Ostjudentum, in: Licharz, Werner (Hg.): Lernen und Lehren im Jüdischen Lehrhaus. Arnoldshainer Texte Bd. 38. Frankfurt a.M. 1985, S. 48f

⁸ Vgl. Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1941). Paderborn 1997

Gottesdienstgestaltung als auf sein pädagogisches Geschick. Der neue Kultusbeamte wurde schließlich aufgrund eines Probegottesdienstes und nicht einer Probeunterrichtsstunde eingestellt.⁹ Die Gemeindemitglieder erwarteten von dem jüdischen Lehrer und Kultusbeamten, dass er sie segnend und tröstend von der Geburt bis zum Tode begleitete. Der jüdische Lehrer hielt nicht nur die Gottesdienste als Kantor, Vorbeter, Prediger, Haftara- und Parschat-haSchawua- (dt. Propheten- und Thoraabschnitt) Vortragender. Er leitete die Beschneidungs- und Trauzeremonien und Bestattungsfeiern. Bis in die 1830er Jahre fungierten die jüdischen Lehrer auch als rabbinisch approbierte Schächter (hebr. Schochetim), um die Gemeinde, die sich an die Speisegesetze hielt (hebr. Kaschrut), mit koscherem Fleisch versorgen zu können. Beispielsweise wurde im Jahre 1824 der 71jährige Lehrer Isaak Meyer, der aus Breslau stammte und zuletzt in der Nachbargemeinde in Borgholzhausen tätig gewesen war, als Lehrer und Schächter für ein Jahr mit einem Jahresgehalt von 20 rthl von der Gemeinde Versmold angestellt. (Zum Vergleich: um 1830 war der Nettojahresverdienst eines Spinners in Minden-Ravensberg auch nicht höher als 20-40 Taler, ein Weber mit einem Webstuhl konnte aber schon einen Nettojahresverdienst von ca. 110 Talern erzielen.) Lehrer Meyer hatte angeblich im Laufe seiner Karriere von elf Landrabbinern Konzessionen erhalten, die letzte von Oberrabbiner Friedheim in Bielefeld im März 1823.¹⁰ Die Tragik dieser Lehrerkarriere bestand nicht nur darin, dass Lehrer Meyer seine Stellen bis ins hohe Alter dauernd wechseln musste, sondern auch darin, dass seine Leistungen im Vergleich zu denen seiner jüdischen Kollegen noch bescheidener honoriert wurden. So wurde Jeremias Sachs (geb. 1772 in Großglogau, Oberschlesien) für seine Tätigkeiten als Lehrer, Vorsänger und Schächter ein vierteljährliches Gehalt in Höhe von 35 Reichstalern, allerdings ohne Kost und Logis, von den Familienvorständen der Gemeinde Lübbecke in einer „Übereinkunft“ vom 31.12.1829 schriftlich zugesichert.¹¹ Sein Nachfolger, Benjamin Wolff (geb. ca. 1771), erhielt laut Vertrag vom 23.12.1840, der eine Laufzeit von drei Jahren hatte, ein jährliches Gehalt von 150 rthl, ein Kostgeld von 60 rthl und eine freie möblierte Wohnung.¹²

Die jüdischen Lehrer konnten ihr Gehalt allerdings dadurch aufbessern, dass sie zu Purim die Schriftrolle (hebr. Megilla) Esther und zu Schawuoth die Rolle Ruth gegen eine Gebühr verlasen. Manche Lehrer fungierten auch als Beschneider (hebr. Mohelim) der jüdischen Knaben, d.h. sie waren dazu rabbinisch approbiert worden. Jüdische Knaben müssen nach Ablauf von sieben Tagen beschnitten werden. Die Beschneidung gilt als Zeichen für den Bund Gottes mit dem Erzvater Abraham. Von den in Werther angestellten Lehrern wurde auch bis in die 1860er Jahre erwartet, dass sie für die verstorbenen Gemeindemitglieder Meyer Abrahamson und Salomon Greve ein tägliches Gebet oder einen Segensspruch in den Häusern der Verstorbenen

⁹ Vgl. Inserat in der AZJ vom 8.9.1885; StdtA Lübbecke, C I 13.3

¹⁰ Vgl. StdtA Versmold, A 246. Zu den stagnierenden Realeinkommen der Unterschichten und unteren Mittelschichten im Vormärz in Minden-Ravensberg siehe: Jarren, Volker: Schmuggel und Schmuggelbekämpfung in den preußischen Westprovinzen 1818-1854. Paderborn 1992, S. 217f

¹¹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.3

¹² Vgl. ebd.

aussprachen oder auch täglich und nach beendigem Gottesdienst am Sabbatnachmittag einen religiösen Vortrag (hebr. Schiur) hielten. Für diese zusätzlichen geistlichen Dienste erhielten die Vorsänger einen bestimmten Zinsbetrag aus den Legaten der Verstorbenen.¹³

In Lübbecke erfüllten die Lehrer Benjamin Wolff und Salomon Blumenau insofern eine weitere emanzipatorische Funktion, als sie die Pflicht hatten, nach der offiziellen Einführung der Westfälischen Landgemeindeordnung (1843) den Bürgereid der jüdischen Neubürger der Stadt Lübbecke abzunehmen, der nach einer Kabinettsorder vom 5.11.1833 wie folgt begann: „Ich N.N. schwöre bei Adonai, dem Gotte Israels, daß [...]“¹⁴

Die soziale Abhängigkeit des jüdischen Lehrers älteren Typs bestand in dem Einjahresvertrag, der Einrichtung des Wandeltisches, wodurch der Lehrer gezwungen wurde, an den Tischen der Eltern seiner Schüler Mahlzeiten einzunehmen - mit allen mehr oder weniger erfreulichen Begleiterscheinungen; in der Tatsache, dass ihm freier Wohnraum gestellt wurde und ihm ein so geringes Gehalt gezahlt wurde, dass es nicht ausreichte, um eine Familie zu ernähren oder Rücklagen für Krankheitsfälle und für das Alter zu bilden.¹⁵ Noch im Anstellungsvertrag für den Lehrer und Kultusbeamten Wolf Katzenstein, der vom Vorstand der Gemeinde Preußisch-Oldendorf am 13.11.1859 unterzeichnet wurde, heißt es in § 15: „Herr Katzenstein verzichtet für immer auf jeden Anspruch einer Pension seitens der Gemeinde.“ Allerdings wurde im § 16 festgehalten, dass der Lehrer „von allen Lasten und Abgaben der Synagogen-Gemeinde befreit“ war.¹⁶ Lehrer Jesaias Mayer, der mit der Gemeinde Rahden am 8.5.1863 einen Anstellungsvertrag abgeschlossen hatte, kündigte seine Stelle schon am Ende desselben Jahres, weil ihm das vereinbarte Jahresgehalt in Höhe von 300 rthl abzüglich 40 rthl Miete für ihn selbst und seine Familie als zu gering erschien und weil die Gemeinde Rahden von ihm vertraglich verlangt hatte, auf jegliche Pensionsansprüche zu verzichten.¹⁷

Eine Pensionskasse für jüdische Lehrer in Gemeinden, die Mitglieder in dem Verband der Synagogengemeinden Westfalens (gegr. 1891) waren, wurde erst im Jahre 1898 auf Initiative seines Vorsitzenden, Bankier Moritz Katzenstein (Bielefeld), gegründet. Der liberale und reformorientierte Rabbiner Dr. Felix Coblenz (Bielefeld), Gründer des Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens, sorgte im Jahre 1912 dafür, dass die Verbands-Pensionskasse der Westfälischen Provinzialhauptkasse in Münster angeschlossen wurde. Durch die Beiträge, die die jüdischen Gemeinden an die Westfälische Provinzialhauptkasse abführten, erhielten die jüdischen Lehrer Pensionsberechtigungen wie die Kommunalbeamten und Lehrer an städtischen Privatschulen.¹⁸

¹³ Vgl. StdtA Werther, A 74; StADt, M 1 II B Nr. 4015

¹⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.7

¹⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.4; Richarz, Monika: Jüdische Lehrer auf dem Lande im Kaiserreich, in: TAJB, Bd. XX (1991), S. 181f.

¹⁶ Vgl. CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/2

¹⁷ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000

¹⁸ Vgl. Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 74f; StADt, M 1 I L Nr. 255

Schon im Jahre 1856 war in Hamm der Verein israelitischer Elementarlehrer für Westfalen und die Rheinprovinz mit der Zielsetzung gegründet worden, das jüdische Schul- und Kultuswesen zu verbessern und „vor allem [...] aus Krankheits- oder Altersgründen arbeitsunfähige Lehrer [zu] unterstützen.“¹⁹ Eine Weiterentwicklung dieses Vereins bildete die 1861 gegründete Unterstützungs-Kasse für hilfsbedürftige israelitische Elementarlehrer beider Provinzen, resp. deren Witwen und Waisen, „die in Not geratenen Mitgliedern oder deren Witwen und Waisen eine jährliche Beihilfe gewährte.“²⁰

Die Abhängigkeit zahlreicher jüdischer Lehrer sowohl des älteren wie des jüngeren Typs zeigte sich auch darin, dass die Gemeindemitglieder bzw. Schulinteressenten besonders der Gemeinden Rahden und Werther nicht willens waren, ihre Lehrer und Kultusbeamten längerfristig zu beschäftigen. Für die Gemeinde Werther lassen sich nicht weniger als 21 Personen nachweisen, die in der Zeit von 1809-1914 als Lehrer an der privaten Elementarschule und als Kultusbeamten engagiert wurden.²¹ Benjamin Stiefel (geb. 1872 in Abterode), der seine beiden Prüfungen am jüdischen Seminar in Kassel abgelegt hatte, wurde für den längsten Zeitraum angestellt, nämlich von 1892-1904. Obwohl auch Kreisschulinspektor Stegelmann seine definitive Anstellung empfahl, scheiterte dieses Vorhaben, weil die jüdische Gemeinde Werther trotz mehrfacher Versuche im 19. Jahrhundert, ihre Privatelementarschule in eine öffentliche umwandeln zu lassen, keinen Erfolg in dieser Hinsicht bei der Schulaufsichtsbehörde erzielte. Während sich die jüdische Gemeinde Kostenvorteile versprach, weil öffentliche Schulen Zuschüsse erhalten konnten und die jüdische Gemeinde nur ihre eigene Volksschule hätte finanzieren und nicht auch noch zur Finanzierung aller anderen öffentlichen Schulen am Ort hätte beitragen müssen, lehnte die politische Gemeinde Werther und die Bezirksregierung diesen Plan mit der Begründung ab, dass die Leistungsfähigkeit des 76jährigen Hauptsteuerzahlers als jüdischer Schulinteressent zukünftig nicht gesichert sei und die Kinder der anderen Schulinteressenten bald aus der Volksschule entlassen würden. Der eigentliche Hauptgrund des negativen Bescheids war jedoch der, dass die kleine jüdische Gemeinde in Werther, deren Anteil an der Einwohnerschaft am Ende des 19. Jahrhunderts ca. 3% betrug, mehr als 10% der gesamten lokalen Schulsteuern zahlen musste.²² Erst im Jahre 1905 gewährte die Schulgemeinde Werther der jüdischen Gemeinde einen Zuschuss von 400 Mark. Im gleichen Jahr zahlte die jüdische Gemeinde Werther allerdings 1.677 Mark Schulsteuern, so dass der Zuschuss lediglich 23,8% ausmachte.²³

Der ständige Wechsel der Lehrer in der Gemeinde Rahden war noch markanter ausgeprägt als der in der Gemeinde Werther. Innerhalb von 100 Jahren stellten die Vorsteher der jüdischen Gemeinde von Rahden nicht weniger als 28 Lehrer und Kantoren ein, von denen jeder einzelne

¹⁹ Freund, S. 155

²⁰ Ebd., S. 155

²¹ Vgl. StdtA Werther, A 72, 75, 76, 77; StADt, M I II B Nr. 4015, 4016

²² Vgl. StADt, M I II B Nr. 4015

²³ Vgl. StADt, M I II B Nr. 4016

also durchschnittlich 3,6 Jahre dort tätig war.²⁴ Tatsächlich behielten aber einige Lehrer ihre Stellung nur ein Jahr, während einigen anderen, aufgrund fehlender Qualifikation, noch nicht absolviertem Militärdienst oder weil sie aus der Provinz Posen kamen, die Aufnahme ihrer Lehrtätigkeit und ihres Kantorats behördlicherseits verwehrt wurde.

Mit der Bekanntmachung vom 16.3.1825 verordnete die Bezirksregierung in Minden im § 3, Abs. 4, dass jüdische Lehrer „nicht auf Kontraktsfristen, sondern auf jährige oder halbjährige Kündigung“ eingestellt werden sollten und behielt sich ausdrücklich das Recht vor, eventuelle Kündigungen von seiten der jüdischen Gemeinden zu genehmigen oder nicht.²⁵ Daher muss davon ausgegangen werden, dass der besonders häufige Wechsel der Lehrer in den Gemeinden Werther und Rahden mit der Genehmigung der Bezirksregierung erfolgte. Die Initiative zur Kündigung des Anstellungsvertrags konnte vom Lehrer selbst oder auch von einigen Mitgliedern der Gemeinde ausgehen. Der Lehrer Abraham Dannenberg in Borgholzhausen, der zu einem jährlichen Honorar von 75 rthl und einem halbjährlich wechselnden Rundtisch bei 5 Gemeindemitgliedern angestellt worden war, zog es z.B. im Herbst 1849 vor, die lukrativere Tätigkeit der Branntweinbrennerei seines Vaters zu übernehmen, als weiterhin die „böswillige[n] Störungen des öffentlichen Gottesdienstes Seitens einiger übelgesinnter, ihm feindlicher Mitglieder“ zu ertragen.²⁶ Der Lehrer stand vor dem Dilemma, dass ihn drei Gemeindemitglieder von Borgholzhausen unterstützten, drei aber gegen ihn eingestellt waren.

Lehrer Baruch Alge Elson, der aus Kornik in Posen stammte, wurde von der politischen Gemeinde in Werther im Jahre 1839 die Niederlassung verweigert, weil es die jüdischen Schulinteressenten ablehnten, ihn als Lehrer und Kantor auf Lebenszeit einzustellen. Der Gemeinderat befürchtete, dass sich die Zahl der „armen Handelsjuden“ in der Stadt Werther vermehren würde, wenn die jüdische Gemeinde die Stellung des Lehrers kündigte. Deshalb musste dieser Lehrer mit seiner Familie und seiner Schwester die Kleinstadt Werther nach der feierlichen Einweihung der neuen Synagoge am 11./12. September 1840 verlassen.²⁷

Der erste Elementarschullehrer, der circa acht Jahre lang zunächst nur einen Teil der schulpflichtigen jüdischen Schüler von Großendorf und Kleinendorf im Lesen und Schreiben der deutschen und jüdischen Schrift, im Rechnen und in der Bibel- und Religionskunde unterrichtete, hieß Bendix Heine. Er wurde am 14.5.1815 in Schildesche bei Bielefeld geboren, hatte von Ostern 1830 bis Neujahr 1833 Unterricht in Hebräisch und Deutsch von dem Bielefelder Lehrer Joachim Posener erhalten und war von Neujahr 1830 bis April 1834 als Hilfslehrer an der jüdischen Elementarschule in Bielefeld beschäftigt worden. Außerdem hatte Bendix Heine das Bielefelder Gymnasium von Ostern 1830 bis Neujahr 1833 besucht. In seinem Gesuch um Genehmigung einer Hauslehrerstelle in Rahden legte er außer einem Zeugnis von Lehrer Posener und einem des

²⁴ Vgl. StdtA Rahden, A 417; StADt, M 1 II B Nr. 4000

²⁵ Vgl. Rönne; Simon (1843), S. 168

²⁶ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 3957; KAGt, H 2 H LR1 169.3

²⁷ Vgl. StdtA Werther, A 77

Gymnasiums von Bielefeld auch einen Lebenslauf bei, der seinen Familienhintergrund und die Sozialisationsformen in seiner Kindheit und wenig glücklichen Jugend zeigte:

„Am 14. Mai des Jahres 1815 ward ich Bendix Heine zu Schildesche bei Bielefeld geboren. Mein Vater, Handelsmann Heinemann Heine, erzeugte mit meiner Mutter Therese Heine, geb. Wiedenhoff aus Werther vier Söhne und drei Töchter. Drei meiner Geschwister starben in früher Jugend, und meine Eltern wandten nun ihre Sorgfalt auf die übriggebliebenen. Wir wurden sämmtlich in die Schule geschickt und mußten das dort Erlernte unter der Eltern Aufsicht wiederholen: Hier wurde ich in den Elementarkenntnissen unterrichtet, Religions- und Bibel-Unterricht genoß ich hingegen von einem Privat-Lehrer und von meinem Vater. Die Zeit, in welcher man die unschuldigen Freuden der Jugend ungestört genießen kann, ist gewiß die schönste unsres Lebens. Ich hatte leider nicht das Glück, dieselben in ihrer Reinheit zu genießen, eine langwierige Krankheit fesselte mich an das Bette. Besonders wurden mir jene Freuden getrübt, da meine Mutter nach langwieriger Krankheit am 4. März 1826 gestorben. Dieser Schlag war für uns sehr hart, denn die Vermögensumstände des Vaters hatten sich durch die Krankheit der Mutter sehr vermindert; zudem erlaubten ihm seine jetzt auswärts habenden Geschäfte nicht, gehörig auf die Erziehung seiner Kinder Acht zu geben. Er suchte daher zwei von ihnen bei Verwandten unterzubringen, und nur noch zwei, mich und einen älteren Bruder im Hause zu behalten. Getreu als von einer Mutter und liebenden Geschwistern fand ich nur noch im Lesen Nahrung. Mein Vater mochte diese Neigung und verschaffte mir Kamps Robinsohn und Reisebeschreibungen, Schröcks Weltgeschichte und einige religiöse Schriften, deren Inhalt mir Trost und Beruhigung verschafften. Die Lust zum stillen Lesen ward bei mir immer größer, und es kostete mir [sic] Überwindung, ein gesehenes Buch ungesehen zu lassen. In meinem vierzehnten Jahre ward ich konfirmiert. Da ich aber zu dem Handelsgeschäfte meines Vaters gar keinen Trieb zeigte, so ließ mich derselbe noch fortwährend die Schule besuchen. Mein ältester Bruder, Philipp Heine, der sich als Elementarlehrer ausgebildet und in Bünde die Stelle übernommen hatte, riet meinem Vater, mich in Bielefeld zu Herrn Posener, dessen Privatunterricht ich schon früher genossen, gänzlich hinzugeben. Von Ostern 1830 besuchte ich auch das Gymnasium zu Bielefeld. In Quinta trat ich ein und stieg in einem Zeitraum von 2 3/4 Jahren bis Sekunda. Ohne eine Bestimmung vor Augen zu haben, hatte ich mit Lust und Freude gearbeitet, und machte mir schon im Stillen die Hoffnung, einst Universitäten besuchen zu können. Im Rathe der göttlichen Vorsehung war es anders beschlossen. Mein Bruder, durch dessen alleinige Unterstützung ich hier gelebt, ging am 2. Juni 1832 zu den Seeligen über, und ich stand abermals verwaist da. Herr Posener rieth mir, ich sollte mich als Elementarlehrer auszubilden suchen, und erlaubte mir, in seiner Schule mich im Unterrichten zu üben. Da mein Vater die Kosten am Gymnasium nicht bestreiten konnte, so mußte ich, nachdem ich drei Monate in Sekunda gesessen, dasselbe verlassen, und zog zu Herrn Posener. Allhier lernte ich und lehrte ich zugleich. Derselbe gab mir einige pädagogische

Werke, als: Niemeyer, Dolz, Schwarze, Büdinger, P. Baer zum Selbststudium. In Erholungsstunden las ich einiges aus den deutschen Klassikern. Ich rechnete bei ihm aus Ehrlichs Heften, Brüche und [...]; zur Übung der deutschen Sprache benutzte ich: Splittergarb, Heusius und Heise, zur Geschichte: Bredow, Kohlrausch und Vormbaum; zur Physik: Nikolais Lehren von den natürlichen Dingen; zur Geographie: Gaspari und Volper; zum hebräischen Unterricht: Grammatik von Gesenius und von Cohn, und übersetzte ich fast die ganze Heilige Schrift aus dem Urtexte. Da mir gegenwärtig eine Hauslehrerstelle bei den Gebrüdern Goldschmidt in Rahden angeboten ist, so wage ich die gehorsamste Bitte, mir den Unterricht zu erlauben, und wünsche ich, mich zur nächsten Prüfung in einer unserer Provinzial-Seminarien examinieren zu lassen.“²⁸

Auf Empfehlung des Bielefelder Superintendenten Johann Scherr genehmigte die Bezirksregierung am 23.9.1834, dass Heine zunächst als Hauslehrer den Kindern der Gebrüder Goldschmidt in Rahden Unterricht erteilen dürfe, wenn er zum nächsten Termin eine Prüfung am evangelischen Seminar in Soest oder katholischen Seminar in Büren ablegte. Am 7.8.1835 bestand Bendix Heine seine Prüfung am Seminar in Büren vor einer Kommission, der offensichtlich auch der Schulreformer und Leiter des Seminars von Soest, Christoph Bernhard Ludwig Natorp, angehörte, mit einem Zeugnis Nr. III. Im selben Jahr besuchten von 28 schulpflichtigen jüdischen Schülern aus Großen- und Kleinendorf 12 die jüdische Schule.²⁹ Ein Jahr später wurde es Heine gestattet, als Elementarschullehrer allen jüdischen Kindern von Kleinen- und Großendorf Unterricht zu erteilen.

Nachdem der jüdische Lehrer der Schulaufsichtsbehörde einen Stundenplan vom 30.4.1836 eingereicht hatte, kritisierte diese, dass der Lehrer es versäumt habe, den Sachunterricht - Naturgeschichte, Geschichte und Geographie („Realien“) - in seiner Unterrichtsplanung zu berücksichtigen. Außerdem sollten auch die Kleinsten (Klasse II) Bibelunterricht erhalten. Wenn sie noch nicht lesen könnten, sei Heine verpflichtet, ihnen aus Moses Büdingers deutschsprachiger Kinderbibel („Der Weg des Glaubens“ <Derech Emunah>) vorzulesen. Heine gab beim Einreichen

²⁸ StADt, M 1 II B Nr. 4000

²⁹ Vgl. StdtA Rahden, A 417; StADt, M 1 II B Nr. 4000. Siehe auch den Artikel von Karl-Ernst Jeismann über das Leben und das Werk von Christoph Bernhard Ludwig Natorp (1774-1846) in: Westfälische Lebensbilder. Hg. v. Robert Stupperich. Bd. XV. Münster 1990, S. 108-134

seines Stundenplans beim Landratsamt zu bedenken, dass wichtige Lehrmittel, Bücher und besonders eine Karte von Palästina fehlten, außerdem die Kinder noch nicht reif für den Sachunterricht seien. Die Schulaufsichtsbehörde forderte daraufhin den Landrat von Lübbecke auf, die Eltern der Schüler in Rahden anzuhalten, für die erforderlichen Lehrmittel zu sorgen.³⁰

Erst nach Gründung des „Vereins zur Beförderung von Handwerken unter den Juden und zur Einrichtung einer Schulanstalt, worin arme und verwaisete Kinder unterrichtet und künftige jüdische Schullehrer gebildet werden sollen“ in Münster (28.11.1825) unter der Leitung des reformorientierten Nervenarztes und Universalhistorikers Alexander Haindorf und mit der

Tabelle 54: Jüdische Lehrer in Rahden (1824-1925)

Name	Herkunftsort (Dienstorte)	Funktionen (Zeit)	Qualifikationen	Honorar
1. Ephraim Goldberg	(Rahden; 1824: Borgholzhausen)	Lehrer, Kantor, Schächter (1824)	Zeugnis von Ober-rabbiner Friedheim	46 rthl p.a.; freie Kost und Logis
2. Samuel Levi	MILASLAWE/Posen (Rahden)	Religionslehrer (1826/27)	Zeugnis von Ober-rabbiner Friedheim	?
3. Bendix Bonn	(Rahden)	Religionslehrer bei J. Goldschmidt/W. Rosenberg (1829)	Ausgebildet beim Rabbiner in Detmold	50 rthl p.a.; kein freies Logis
4. Caspar A. Weinberg	SCHÖNLANKE/Posen (früher: Hausberge)	Religionslehrer (1830)	Atteste der jüd. Gemeinde Hausberge	?
5. Wolf Joseph Prager	GROßGLOGAU/Ober-schlesien	Religionslehrer (1830-?)	Zeugnis eines Oberrabbiners; soll Nachprüfung bei Superintendent Müller/Blasheim machen	?
6. Bendix Heine	SCHILDESCHE (Rahden; seit 1844 Herford)	Zunächst Hauslehrer bei Gebr. Goldschmidt; dann Gemeindelehrer (1834-42)	3 Jahre Gymnasium in Bielefeld; Prüfung am kath. Seminar in Büren	?
7. Abraham Wolf	(Rahden)	Lehrer (1842)	Ungeprüfter Kandidat des Seminars in Münster	?
8. Aron Kaufmann	TELGTE (früher: Castrop)	Lehrer, Kantor (1842-1843)	Examen am ev. Seminar in Soest (9.8.1839)	80 rthl p.a.; freie Kost und Logis
9. Levy Hellborn	LICHTENAU	Lehrer, Kantor (1843-1845)	Examen am ev. Seminar in Soest (11.8.1842)	70 rthl p.a.
10. Lion Cahn	OTTWEILER	Lehrer, Kantor (1849-1852?)	?	?
11. Levy Leffmann	SENDENHORST	Lehrer, Kantor (1852-1854)	Ein Heft mit Attesten	?
12. Wolf Blumenreich	WARENDORF (früher: Lüthorst, Einbeck)	Lehrer, Kantor (1854-1857)	Examen am ev. Seminar in Soest	188 rthl p.a.
13. Philipp Leeser	KERPEN (früher: Rüthen)	Lehrer, Kantor (1857-1861)	Zeugnis von Ober-rabbiner Bodenheimer; Examen am ev. Seminar Soest	?
14. Samuel Roos	AHLEN	Lehrer, Kantor (1861-1863)	Abgangszeugnis Geldern	300 rthl p.a.; 2 Wochen Ferien
15. Jesaias Mayer	TELGTE (früher: Werther)	Lehrer, Kantor (1863)	Abschlussprüfung am Seminar Münster; Examen am ev. Seminar in Soest	300 rthl. p.a.
16. Elieser Liepmansohn	RIETBERG (früher: Horn; Mönchengladbach)	Lehrer, Kantor (1864)	Besuchte das Seminar in Münster	?

³⁰ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000

17. Leffman Hope	OELDE	Lehrer, Kantor (1864)	?	?
18. B. Silberberg	OERLINGHAUSEN	Lehrer, Kantor (1865-1870?)	Attest der Regierung Arnsberg	?
19. Mendel	COESFELD	Lehrer, Kantor (1870-1872)	?	?
20. M. Neustädter	? geht nach Leipzig zur Weiterbildung	Lehrer, Kantor (1872-1875)	?	?
21. Joseph Liepmansohn	OLFEN	Lehrer, Kantor (1875-?)	?	1.020 Mark p.a.
22. Julius Heimburg	PADBERG (später: 6 Wochen Militärdienst)	Lehrer, Kantor (?-1879)	?	?
23. Louis Eber	KERPEN	Lehrer, Kantor (1879-1881)	?	1.000 Mark p.a.
24. Leopold Mendel	FAHR/Neuwied	Lehrer, Kantor (1882-1883)	Prüfung am Seminar Langenhorst	900 Mark p.a.
25. Julius Ransenberg	CALLE (1882-83: Pr. Oldendorf)	Lehrer, Kantor (1883-1888?)	Examen am Seminar in Rüthen	1.000 Mark p.a.
26. Samuel Neuhaus	BAUMBACH	Lehrer, Kantor (1888-1892?)	?	?
27. Moritz Friedländer	?; später: Posen	Lehrer, Kantor (1892-1893)	?	zunächst 900 Mark; dann 1.050 Mark p.a.
28. Max Rhein	DORTMUND	Lehrer, Kantor (1894-1925)	1. Examen im Seminar Soest; 2. Examen am Seminar Petershagen	1.505 Mark (1908) 2.400 Mark (1919) 20.000 Mark (1922)

Quellen: StdtA Rahden, A 417; StAdt, M 1 II B Nr. 4000; StdtA Borgholzhausen, A 441; Freund (1997)

finanziellen Hilfe seines Schwiegervaters Elias Marks wurde dieses Lehrerseminar mit angeschlossener Übungsschule ein Zentrum der Ausbildung jüdischer Lehrer in Westfalen.³¹

Die Finanzierung der Ausbildung jüdischer Lehrer und Handwerker in diesem Institut basierte allerdings hauptsächlich auf den freiwilligen Spenden jüdischer und christlicher Förderer.³² Die Vereinsarbeit wurde von Anfang an von dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, einem persönlichen Freund Professor Haindorfs, Ludwig von Vincke, der sowohl als Präsident dieses Vereins (1834-44) fungierte als auch Mitglied in der 1822 gegründeten Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden in den königlich-preußisch-westfälischen Gebieten war, wohlwollend gefördert. Landräte und Bürgermeister wurden angehalten, die Vereinsarbeit mit Hilfe von Ortspolizisten oder jüdischen Geschäftsführern, die Subskriptionslisten kursieren ließen, zu unterstützen. Im Kirchspiel Wehdem beispielsweise wurden im Jahre 1835 (3 rthl, 7 Sgr, 6 Pf), 1837 (4 rthl, 8 Sgr, 11 Pf) und 1839 (6 rthl, 16 Sgr, 9 Pf) unter nichtjüdischen Spendern für den Verein in Münster gesammelt³³, während die erste vom Landrat und Bürgermeister für Lübbecke und Gehlenbeck im Dezember 1825 initiierte Spendensammlung mittels Subskriptionsliste für den Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden, der sich in Minden gebildet hatte, negativ verlief.³⁴

Auch die jüdischen Gemeinden in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. waren dem Verein in Münster bis 1835 als Mitglieder beigetreten.³⁵ Die jüdische Gemeinde Lübbecke z.B. unterstützte

³¹ Vgl. Freund, S. 35, 38, 43f; Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 58f

³² Vgl. Freund, S. 53ff

³³ Vgl. Wiegel, Bert: Chronik von dem Kirchspiel Wehdem 1819-1879. Espelkamp 1994, S. 105, 110, 117

³⁴ Vgl. Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 63-66

³⁵ Vgl. Freund, S. 54, Fußnote 222

die Marks-Haindorf-Stiftung von 1876-93 mit einem jährlichen Betrag von 30 Mark aus ihrer Gemeindekasse.³⁶

Auf Kosten des Vereins in Münster wurden von 1825-71 insgesamt 346 jüdische Lehrlinge so weit gefördert, dass sie in den Provinzen Westfalen und in der Rheinprovinz eine Lehre aufnehmen konnten.³⁷ Gleichzeitig begannen nach Freund von 1826-71 insgesamt 276 Lehramtskandidaten ihre Ausbildung im Seminar der Marks-Haindorfstiftung, von denen schließlich 244 ihre Abschlussprüfung ablegten.³⁸ Nach Herzig wurden bis zum Tode Haindorfs (1862) in dem von ihm gegründeten Verein 200 Lehrer ausgebildet und 300 Handwerker in Lehrverhältnisse vermittelt.³⁹ Da das Seminar der Marks-Haindorf-Stiftung im Unterschied zu der ihr angeschlossenen Elementarübungsschule und zu den jüdischen Lehrerseminaren in Kassel (gegr. 1824) und Hannover (gegr. 1848) niemals öffentlich-rechtlich anerkannt wurde und nicht prüfungsberechtigt war, waren seine Lehrerkandidaten gezwungen, an nichtjüdischen Seminaren ihre erste Lehrerprüfung zu absolvieren.⁴⁰ Den quantitativen Erfolg des Lehrerseminars in Münster kann man daran erkennen, dass das Lehrer-Schülerverhältnis an jüdischen Schulen im Jahre 1847 in Preußen 1:27 betrug, in Westfalen aber ca. 1:16, während an christlichen Elementarschulen auf einen Lehrer 50 Schüler kamen.⁴¹ Während im Jahre 1847 im Regierungsbezirk Minden 63% der jüdischen Schüler jüdische Schulen besuchten und dieser Prozentsatz bis 1850 auf über 64% stieg, besuchten in ganz Preußen im Jahre 1847 nur 50%, im Jahre 1864 nur noch 47% der jüdischen Schüler im Pflichtschulalter jüdische Elementarschulen.⁴² Möglicherweise kann man aus diesen Zahlen schließen, dass die jüdischen Volksschulen in den ländlichen Gebieten Westfalens bei den jüdischen Eltern auf größere Akzeptanz stießen als in den preußischen Großstädten.

Qualitativ gesehen bedeutete der Besuch des Seminars der Marks-Haindorf-Stiftung für die jüdischen Lehrer, dass sie im Vergleich zu einer Talmud Schule in einem erweiterten Fächerkanon ausgebildet wurden. Der Lehrplan für das Schuljahr 1833/34 umfaßte insgesamt 44 Wochenstunden, die sich auf die Fächer Hebräische Sprache (10 Std.), Pädagogik (2 Std.), Geschichte (2 Std.), Geographie (1 Std.), Mathematik und Kopfrechnen (4 Std.), Tafelrechnen (2 Std.), Deutsch (2 Std.), Französisch (4 Std.), Latein (10 Std.), Naturlehre (2 Std.), Zeichnen (2 Std.) und Gesang (3 Std.) verteilten. Bis zum Schuljahr 1869/70 wurde die Gesamtstundenzahl auf 50 Wochenstunden angehoben, wobei auf den Unterricht der Hebräischen Sprache nun 13 Stunden entfielen, der Unterricht in Latein um 9 Stunden und in Französisch um 2 Stunden verkürzt, stattdessen der Unterricht in Jüdischer Geschichte (1 Std.), Englisch (1 Std.),

³⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.1

³⁷ Vgl. Freund, S. 74

³⁸ Vgl. ebd., S. 169

³⁹ Vgl. Herzig (1973), S. 58

⁴⁰ Vgl. Freund, S. 53

⁴¹ Vgl. Herzig (1973), S. 58f

⁴² Vgl. Freund, S. 174; Herzig (1973), S. 58, Fußnote 31; Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Düsseldorf 1977, S. 169

Psychologie (1 Std.), Musik (5 Std.), Turnen (2 Std.) neu eingeführt und auch die Wochenstundenzahl für die Fächer Pädagogik, Mathematik und Deutsch erhöht wurden.⁴³

Die modellhaft koedukative, gruppenübergreifende und integrative Ausrichtung der Marks-Haindorf-Stiftung bestand darin, dass an ihrer angeschlossenen Übungsschule, die seit 1828 aufgrund der Organisation Professor Haindorfs den „Charakter einer christlich-jüdischen Gemeinschaftsschule“ angenommen hatte, sowohl jüdische als auch katholische und evangelische Lehrer, darunter auch Geistliche, jüdische, katholische und evangelische Schüler - sowohl Mädchen als auch Jungen -, wenn auch im Fach Religion getrennt, unterrichteten.⁴⁴

Alexander Haindorf gehörte mit seinem Schwiegervater, dem Bankier Elias Marks aus Hamm, dem Kaufmann und Obervorsteher Levi Hellwitz aus Werl und den Ärzten David Heilbronn aus Minden und Philipp Wolfers, der in Lemförde praktizierte, als externe Mitglieder dem Berliner Verein für Cultur und Wissenschaft der Juden (1819-1824) an, der sich unter dem Eindruck der antisemitischen Hep-Hep-Unruhen gebildet hatte. Die Gründer dieses Vereins strebten ein Judentum an, „das nicht abgesondert - von außen durch Sonderrechte und von innen durch die strengen Bestimmungen der Halacha [i.e. das System des gesetzlichen Judentums] - im Staat existiert[e], sondern ein integraler Teil desselben [sein sollte].“⁴⁵ Da die Wissenschaft des Judentums aber beabsichtigte, neue Methoden einzuführen, ohne den politischen Gegensatz zwischen einem pluralistischen liberal-bürgerlichen Verfassungsstaat einerseits und einem monarchistisch exklusiven, sich als christlich definierenden Stände- und Obrigkeitsstaat harmonisieren zu wollen, verwundert es nicht, dass das von Professor Haindorf organisierte Schulexperiment nach der Inthronisierung Friedrich Wilhelm IV. nicht weiter fortgeführt werden konnte. Obwohl die Übungsschule des Vereins zu Münster mit Hilfe des Oberpräsidenten von Vincke im Jahre 1839 zu einer öffentlich anerkannten Anstalt gemacht wurde und damit in den Genuss des Legats in Höhe von 25.000 Talern kam, das Elias Marks ausgesetzt hatte, durften seit Beginn der Regentschaft Friedrich Wilhelm IV. (1840) keine christlichen Schüler mehr diese Schule besuchen, da der zuständige Kultusminister Eichhorn eine reaktionäre Schulpolitik betrieb und das christliche Schulwesen im segregativen Sinne interpretierte und durchsetzte.⁴⁶ Die Bezirksregierung Minden verordnete am 30.5.1844, dass jüdische Lehrer ausschließlich jüdische Kinder in den Klassenräumen der jüdischen Privatschulen unterrichten sollten, während es den jüdischen Lehrern gestattet wurde, einzelnen nichtjüdischen Kindern in der Wohnung ihrer Eltern

⁴³ Vgl. Freund, S. 160f

⁴⁴ Vgl. Herzig, Arno: Alexander Haindorfs Bedeutung für die Pädagogik in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, Bd. 23 (1971), S. 65ff. Die Israel-Jacobson-Schule in Seesen (gegr. 1801) nahm schon seit 1805 christliche Schüler auf. Siehe Schoeps, Hans-Joachim: Alexander Haindorf, in: Stupperich, R. (Hg.): Westfälische Lebensbilder. Bd. XI. Münster 1975, S. 107

⁴⁵ Livné-Freudenthal, Rachel: Der „Verein für Wissenschaft und Cultur der Juden (1819-1824)“ zwischen Staatskonformismus und Staatskritik, in: TAJB, Bd. XX (1991), S. 107

⁴⁶ Vgl. Freund, S. 126-135; Herzig (1971), S. 66f

oder in ihrer eigenen Wohnung in solchen Fächern wie z.B. Rechnen, Zeichnen und neueren Sprachen Unterricht zu erteilen.⁴⁷

Noch Jahre später wurde diese Trennungspolitik vom preußischen Staat aufrechterhalten. Als Salomon Blumenau, der auch im jüdischen Seminar in Münster ausgebildet worden war und seine erste Prüfung am Seminar in Soest abgelegt hatte, bei Antritt seiner Lehrerstelle in Lübbecke im Herbst 1852 der Bezirksregierung durch den Bürgermeister sein Gesuch übermittelte, „christliche Kinder in den Elementar-Unterrichts-Gegenständen unterrichten zu dürfen“, wurde dieser Antrag, der das Ziel der Assimilation mittels christlich-jüdischer Koedukation in der Tradition der Jacobson Schule in Seesen verfolgte, nach über zwei Jahren vom preußischen Innenministerium abgelehnt.⁴⁸

Es muss davon ausgegangen werden, dass die jüdischen Lehrer, die das Seminar der Marks-Haindorf-Stiftung besucht hatten, die Methoden und Inhalte, die sie erlernt hatten, in ihrem täglichen Unterricht an die ihnen anvertrauten Kinder weitergaben. Alexander Haindorf betonte in seiner Pädagogik die Ganzheitsmethode beim Lesen, kontextuelles Lernen, den Gesangunterricht zur Veredlung von „Herz und Gemüt“ und er stimmte dem englischen Arzt John Reid (1776-1822), dessen „Essays on Hypochondrical and other Nervous Affections“ (London 1816) er ins Deutsche übersetzt und mit Anmerkungen versehen hatte, darin überein, dass es „[...] kein passenderes Mittel zur Heilung sowohl als zur Verhütung der sogenannten Nervenübel [gebe] als körperliche Bewegung.“ Außerdem empfahl Haindorf in seiner Pädagogik das Kopfrechnen zur Übung des Gedächtnisses.⁴⁹

In Werther verpflichtete sich der Lehrer Baruch Weingarten in § 2 seines Anstellungsvertrages vom 20.10.1884 „[...] die schulpflichtigen Kinder aller Gemeindeglieder in allen Realien [i.e. Naturwissenschaften, Sachkenntnissen] einer Elementarschule, in der jüdischen Religion und den nöthigen hebräischen Wissenschaften [sic][zu unterrichten], und zwar täglich fünf Stunden nach einem zu entwerfenden Stundenplan und verspricht mit Treue und Gewissenhaftigkeit dieser Pflicht nachzukommen.“⁵⁰ Der Stundenplan dieses Lehrers für das Schuljahr 1884/85 zeigte, dass er seine Schüler in drei Lern- oder Altersgruppen („Classen“) einteilte und von Sonntag bis Freitag die Fächer Deutsch, Religion, Bibel, Hebräisch, Rechnen, Geographie, Raumlehre, Zeichnen, Naturkunde, Weltgeschichte und Gesang unterrichtete. Turnunterricht wurde spätestens während der Dienstzeit des Lehrers Benjamin Stiefel (1892-1904) im Sommer zwei Stunden wöchentlich erteilt.

Außerdem erwartete die jüdische Gemeinde Werther von dem Lehrer Baruch Weingarten, dass er das Kantorat ausübte. § 4 seines Anstellungsvertrages lautete:

⁴⁷ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 441

⁴⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.3; Minninger, Monika: Salomon Blumenau aus Bünde (1825-1904). Lehrer, Kantor, Prediger, Freimaurer, Autor, in: Ravensberger Blätter, Heft 1, S. 9

⁴⁹ Zitiert nach Beckmann, Wolfgang: Alexander Haindorf (1782-1862). Leben und Wirken eines jüdischen Arztes, Schriftstellers, Kunstsammlers, Professors und Philanthropen. Münster 1960, S. 56f; vgl. Herzig (1971), S. 71

⁵⁰ StADt, M 1 II B Nr. 4015

„p. Weingarten leitet nach dem Ermessen des Vorstands innerhalb der jüdischen Religion den öffentlichen Gottesdienst, mit Ausnahme von Krankheits- oder religionshinderlichen Fällen als Kantor an Sabbat- und Festtagen, am Neujahr- und Versöhnungsfeste und muß ihm an den beiden zuletzt genannten Festen ein Hülfskantor auf Kosten der Gemeinde zur Seite stehen.“⁵¹

Die beiden Lehrer, die die längste Zeit im Kreis Lübbecke ihren Gemeinden in pädagogischer und kultischer Hinsicht dienten, waren Max Lazarus in Lübbecke und Max Rhein in Rahden. Max Lazarus wurde am 26.5.1869 als Sohn eines Seifensieders im Trierer Vorort Zurlauben geboren, besuchte sechs Jahre lang das Lehrerseminar der Marks-Haindorf-Stiftung, wo er am 18. Januar 1889 seine Abschlussprüfung bestand. Anschließend absolvierte er am 1.3.1889 seine erste Lehrerprüfung am Seminar zu Soest.⁵² Bevor Lazarus seine Lehrer- und Kantorenstelle im Mai 1892 in Lübbecke antrat, hatte er von Mai 1889 bis April 1892 in der Synagogengemeinde Meschede im Sauerland gearbeitet.⁵³ In Lübbecke war Max Lazarus von 1892 bis nach der Reichspogromnacht als Lehrer und Kantor tätig. Er unterrichtete nicht nur die jüdischen Kinder aus Lübbecke, sondern erteilte auch den Kindern im benachbarten Preußisch Oldendorf und in Buer (Kreis Melle) während der 1890er Jahre Religionsunterricht und gab einigen christlichen Schülern der höheren Stadtschule in Lübbecke Nachhilfeunterricht.⁵⁴ Nach Ostern 1908 unterrichtete Max Lazarus in der 2. Klasse der neugebildeten Fortbildungsschule in Lübbecke die Fächer Handelsbetriebslehre, Wechselkunde, Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Schriftverkehr und Handelsgeographie. Insgesamt war Max Lazarus über 20 Jahre lang an der örtlichen Berufsschule tätig. Während des Ersten Weltkriegs unterrichtete Lazarus auch die unteren Klassen der Höheren Stadtschule und der Töchterschule.⁵⁵ Am Ende des Ersten Weltkrieges (Ostern 1918-Ostern 1921) wurde auf Initiative des Lübbecker Bürgermeisters Pütz und des Landrates von Borries eine Familienschule im Sitzungssaal des Kreishauses gegründet, in der Lazarus einen Sohn des Landrates, einen Sohn eines Zigarrenfabrikanten, einen Sohn eines Bankbeamten und zwei Töchter einer Landadligen unterrichtete.⁵⁶ Während der Weimarer Republik leitete Lehrer Lazarus zwei Arbeitergesangvereine und war z.B. an der musikalischen Gestaltung des Verfassungstages am 11. August 1929 beteiligt.⁵⁷ In der NS-Zeit sorgte sich Max Lazarus um den Religionsunterricht für die jüdischen Kinder aller vier damals im Kreis Lübbecke bestehenden Gemeinden. Zu Chanukkah 5694 (13.12.1933) beispielsweise trugen die Kinder aus den vier Gemeinden Lübbecke, Preußisch Oldendorf, Levern und Rahden von Max Lazarus selbst verfasste Gedichte im Hause Heine in Rahden vor. Lore Weinberg (9 Jahre), die zehn Jahre später nach Auschwitz verschleppt wurde, spielte die Rolle des Juda Makkabi.⁵⁸ Der Text lautet wie folgt:

„Bin Juda Makkabi, der Hämmerer, genannt. In ungleichem Kampfe stand ich für mein Land. Mit winzigem Heere wir stritten den Streit. Die Gottesfahne gab uns das Geleit. 'Wer ist wie Du, Ewiger, verherrlicht durch Macht?' Das war unsere Stärke in heisser Schlacht.

⁵¹ Ebd.

⁵² Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.1

⁵³ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 13.3

⁵⁴ Vgl. Lazarus, Erinnerungen, S. 93, 99

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 151-53, 175

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 180

⁵⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, C 1.30; Zassenhaus, S. 101f

⁵⁸ Vgl. Jüdische Rundschau Nr. 3 vom 9.1.1934; Mitteilung von Dr. Lore Shelley an Verfasser

Gott unser Sieg, Gott unser Schwert. Juda Makkabi das Heil'ge erwehrt. Gerettet den Tempel, aufs neue geweiht. Nun flammet, ihr Lichter, bringt glückliche Zeit! Nun ruhet mein Schwert. Die Hand dem Altar ich weihe mit meiner Kämpfer Schar. Kommt aber für Israel neue Not, ich hämmere, fürchte nicht den Tod. Denn Juda Makkabi heisst Hämmerer sein, nicht Menschen fürchten, nur Gott allein. Ihr Brüder in Israel, folget mir nach! Für Euer Heiligstes kämpfet, seid wach! O, hämmert es heute jedem ein: 'Du mußt Jude, Juda Makkabi sein!'"⁵⁹

Das alljährliche achttägige Chanukkahfest erinnert an die Wiedereinweihung des Tempels durch Juda Makkabi (Dez. 165 v.Chr.) nach der Entweihung durch die Seleukiden. „Nach einer talmudischen Legende reichte das wenige Öl, das die Makkabäer im Heiligtum vorfanden, in wunderbarer Weise acht Tage; zur Erinnerung daran wird am Chanukka-Leuchter, beginnend mit einem Licht am ersten Tag, acht Tage lang jeweils ein weiteres Licht angezündet.“⁶⁰

In dem an der Synagoge von Rahden angeschlossenen Schulraum erteilte Max Lazarus den Kindern in den Sommermonaten noch bis zum Laubhüttenfest im September 1937 Religionsunterricht, und der Viehhändler Richard Haas, 1. Vorsitzender der Gemeinde Rahden, wurde von ihm als Vorbeter geschult.⁶¹

Nach seiner Pensionierung bewarb sich Max Lazarus im Jahre 1936 als Kultusbeamter in der Gemeinde Vlotho und wurde nach Abhaltung eines Probegottesdienstes auch dort angenommen. Bis zur Pogromnacht leitete Max Lazarus weiterhin die Gottesdienste in der Synagoge von Lübbecke. Lore Weinberg (*19.2.1924) fuhr mit ihrem Fahrrad vor den jüdischen Feiertagen zu den einzelnen Familien, um ihnen das Einladungsprogramm des Festtagsgottesdienst zu überbringen:

„Ich war die letzte in Lübbecke, die das Zirkular zu den jüdischen Familien brachte. Das Zirkular enthielt das Programm des Festtagsgottesdienstes, das in feinsten Sütterlin Handschrift von Lehrer Lazarus geschrieben worden war und in einem Aktendeckel oder einer Kladde steckte. Vor den Feiertagen Pessach, Schawuoth, Sukkoth, Rosh-ha-Shana und Yom Kippur peddelte ich per Rad zu allen Gemeindemitgliedern und zeigte ihnen das Zirkular. Der Gottesdienst fand gewöhnlich um die gleiche Zeit statt, und die Leute wußten im voraus, was im Zirkular stand. Nichtsdestoweniger studierten sie das einzige Exemplar sehr genau und gaben es mir zurück. Es war Usus, daß die Überbringer des Zirkulars mit Süßigkeiten belohnt wurden. Als noch viele jüdische Kinder in Lübbecke waren, gab es wahrscheinlich eine strenge Reihenfolge, nach welcher die Zirkulanten ausgesucht wurden. In den Mitt- und späten Dreißiger Jahren war ich die einzige, und ich bestand darauf, nie irgend etwas als Entgelt zu akzeptieren. Also radelte ich von Hechts zu Rubens, zu Neustädters, Wolfs, Hurwitz, Lazarus, Schöndelns, Rosenbergs, Löwensteins, Blochs, Levys und Steinbergs, manchmal in Begleitung meines Drahthaarterriers Juppi.“⁶²

Am 14.3.1939, vier Monate nach der Pogromnacht, sah sich Max Lazarus unter dem Druck des deutschen Gestapo- und Terrorstaats gezwungen, mit seiner Frau Julie auf dem Dampfer „Palestina“ von Triest nach Erez Israel auszureisen, wo er sich zunächst im Kibbutz Rodges, später im religiösen Kwutzat Jawne ansiedelte.⁶³

Mit seinem Kollegen Max Rhein, der in der Nachbargemeinde Rahden von 1894 bis 1925 als Lehrer und Kantor tätig war, verband Max Lazarus eine tiefe kollegiale Freundschaft. Max Rhein wurde am 1.12.1872 in Dortmund als Sohn des Metzgers Moses Rhein geboren, und besuchte die Marks-Haindorf-Stiftung in Münster. Er bestand seine erste Lehrerprüfung am Seminar in Soest

⁵⁹ National Library, Hebrew University Jerusalem: Lazarus, Max: Für unsere Jugend. Ausgewählte Gedichte von Lehrer Max Lazarus. Lübbecke i.W. 1935, S. 3

⁶⁰ Maier, Johannes; Schäfer, Peter: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart/Konstanz 1987, 2. Aufl., Eintrag „Chanukka-Fest“, S. 67f

⁶¹ Vgl. StADt, M 2 Nr. 1779; Mitteilung von Walter Hoffman an Verfasser

⁶² Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993 an Verfasser

⁶³ Vgl. Lazarus, Erinnerungen, S. 146

am 10.2.1893 und seine zweite Prüfung am Seminar in Petershagen am 7.10.1896. Lehrer Rhein soll Unterricht in den Fächern Deutsch, Hebräisch, Religion, Mathematik und Fremdsprachen erteilt haben.⁶⁴

Von allen jüdischen Elementarschulen in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. wurden allein die Gesuche der jüdischen Gemeinde Rahden - unterstützt vom Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens - zur Umwandlung ihrer Schule in eine öffentliche schließlich im Jahre 1908 stattgegeben. Vorsteher Daniel Oppenheim hatte zur Begründung seines Gesuchs vom 27.6.1907 darauf verwiesen, dass die private Elementarschule in Zukunft nicht mehr von der Synagogengemeinde Rahden getragen werden könne, wenn die Gemeinde nach einem Gesetz vom 1.4.1908 auch zu den lokalen Schullasten beitragen müsse. Oppenheim wies nach, dass ein Bedarf für eine jüdische Volksschule bestehe, da die Zahl der schulpflichtigen jüdischen Schüler, die im Jahre 1908 22 betrug, bis 1911 auf 25 steigen würde.⁶⁵ Tatsächlich ordnete die Bezirksregierung an, dass nach § 66 des Gesetzes vom 23.7.1847 und § 40 des Volksschulunterhaltungsgesetzes vom 28.7.1906 zum 1.7.1908 ein jüdischer Schulverband gebildet werden, der die jüdischen Hausväter der Gemeinden Großendorf und Kleinendorf umfasste, und die jüdische Privatschule zu einer öffentlichen erhoben werden sollte. Für das Jahr 1909 trugen die Gemeinden Kleinendorf und Großendorf 750 Mark, der Staat 300 Mark zum Unterhalt der Schule bei, insgesamt ca. 70% des Grundgehältes für den Lehrer Max Rhein.⁶⁶

Da im Ersten Weltkrieg mindestens vier Lehrer der evangelischen Volksschule zum Kriegsdienst eingezogen worden waren, wurde die jüdische Volksschule mit der evangelischen vereint. Lehrer Max Rhein unterrichtete von 1915 bis 1917 die jüdischen und nichtjüdischen Schüler dieser Schule gemeinsam und erteilte nur den jüdischen Religionsunterricht separat.

Schon Ende 1925 wurde die jüdische Schule von Rahden mit Erlass vom 11.11.1924 allerdings wieder aufgelöst. Max Rhein verzog im Jahre 1928 und die schulpflichtigen jüdischen Kinder (1923: 10 Schüler) besuchten fortan die evangelische Volksschule in Rahden. Als Lehrer Rhein am 12.7.1937 in Ladenburg am Neckar starb, wurde seine Urne in einem Holzsarg nach Rahden überführt und auf dem jüdischen Friedhof in Alt-Espelkamp beigesetzt. Vermutlich hielt sein langjähriger Kollege Max Lazarus die Leichenrede.⁶⁷

Die jüdische Privatelementarschule in Levern, die räumlich mit der neuen Synagoge von 1873 verbunden war, wurde am 1.6.1921 aufgelöst. Nach Hillebrand waren 17 jüdische Lehrer im Zeitraum von 1854 bis 1921 an diesem Ort tätig. Max Lazarus erteilte auch den Kindern aus Levern seit 1920 Religionsunterricht und bereitete die Jungen auf die Bar Mizwa vor.⁶⁸

⁶⁴ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000; Lazarus, Erinnerungen, S. 44; Ester-Hartke, Ursula (Bearb.): Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche in Rahden. Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 23

⁶⁵ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000; StdtA Lübbecke, C I 13.3

⁶⁶ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000

⁶⁷ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4000; Schreiben Stadtarchiv Rahden an NRW Städte- und Gemeindebund in Düsseldorf vom 28.3.1987; Ester-Hartke, Spurensuche, S. 19f, 23

⁶⁸ Vgl. Hillebrand (1996), S. 60-64

An der jüdischen Volksschule in Preußisch Oldendorf unterrichteten von 1859 bis 1883 fünf Lehrer. Für seine Dienste als Elementar- und Religionslehrer und Vorbeter erhielt Julius Ransenberg laut Vertrag vom 20.8.1882 ein jährliches Gehalt von 800 Mark, ein freies möbliertes Zimmer inklusive Bettwäsche im Schulgebäude, zudem freie Heizung und Aufwartung. Die Wohnung in dem jüdischen Schulhause bestand a) aus der Wohnstube und der Schlafkammer rechts von der Straße, b) einer Küche, c) Stallung und der darüber befindlichen Kammer, d) Baderäume und die Mitbenutzung des Brunnens. Heuerling Johann Heinrich Wilhelm Knippenberg aus Engershausen, der die Wohnung seit 1857 gemietet hatte, verpflichtete sich nach § 5 des Vertrags vom 22.7.1879 für den Fall, dass die Synagogengemeinde von Preußisch Oldendorf einen Lehrer und Kultusbeamten anstellte,

„die Wohnstube des Lehrers und Cultusbeamten zu heizen und zu reinigen und die erforderliche Aufwartung für den angestellten Beamten [sic] so wie täglich das Bettenmachen nach dem Wunsche desselben zu besorgen. Ferner übernimmt derselbe das Schullocal zu heizen und in gehöriger Wärme zu erhalten so wie die freie Befuerung des Feuerungs Material für das Schullocal und der Wohnung des anzustellenden Beamten, ebenso die unentgeltliche Reinigung des Schullocals und der Schornsteine.“⁶⁹

Der Mieter der Schulwohnung erfüllte Hausmeisterdienste. Er war nicht nur für die Straßen- und Schornsteinreinigung verantwortlich, sondern führte auch Reparaturen aus und sorgte, wenn nötig, für einen frischen Farbanstrich. Die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf erwartete auch von dem Mieter der Schulwohnung, dass er die Synagoge reinigte und die Lichter vor jedem Gottesdienst anzündete und nachher wieder löschte.

Laut Vertrag vom 19.9.1883 übernahm Adolf Neuhof aus Lübbecke einmal wöchentlich als Wanderlehrer den Religionsunterricht der schulpflichtigen Kinder in dieser Gemeinde, und zwar zunächst für ein Jahr. Bestandteil dieses Unterrichts war die Einführung der Kinder in die hebräische Sprache verbunden mit dem Übersetzen aus dem Gebetbuch und dem Pentateuch.⁷⁰ Da dieser Lehrer in Lübbecke bis 1885 angestellt wurde, ist es wahrscheinlich, dass er mehrere Jahre als Religionswanderlehrer für die Gemeinde Preußisch Oldendorf tätig war. Ab Winter 1898/99 bis ca. 1904 wurde Max Lazarus als Religionslehrer angestellt. Im Winter ging er die jeweils 10 km lange Strecke von Lübbecke nach Oldendorf und zurück zu Fuß, in den anderen Jahreszeiten benutzte er sein Fahrrad.⁷¹

In der Synagogengemeinde Werther, Kreis Halle i.W., wurden im Zeitraum von 1809 bis 1914 mindestens 21 Lehrer angestellt. Der letzte, Friedrich Kaiser, hatte die Präparandenschule Burgpreppach und das Seminar in Kassel besucht und wurde Ende August 1914 als Ersatzreservist in die dritte Kompanie des Reserve Infanterie Regiments 15 nach Köln-Rhiel einberufen. Zwar versprach Vorsteher Moses Aron Weinberg, ihn nach Beendigung des Krieges wieder einzustellen, doch schweigen die Quellen über seine Wiederkehr. Den Ersten Weltkrieg

⁶⁹ CAHJP, Pr. Oldendorf S/319/2

⁷⁰ Vgl. ebd.

⁷¹ Vgl. Lazarus, Erinnerungen, S. 93

überlebte dieser Lehrer. Während des Zweiten Weltkriegs jedoch wurde er von Köln im Jahre 1942 von den Nationalsozialisten nach Minsk verschleppt und vermutlich dort ermordet.⁷²

Der Bürgermeister von Borgholzhausen, Christian Bloebaum, beschrieb den Zustand der jüdischen Schule am 2.8.1824 auf Anfrage des Landrates Friedrich von der Decken wie folgt:

„Ein Schulzimmer ist hier vorhanden, und zwar im Vor-Local des Israelitischen Tempels [sic] hieselbst. Es wird darin auch (wenn ein Lehrer frei ist) im Sommer unterrichtet, im Winter aber, da steht er bald an einem Ofen, bald an der dazu nöthigen Feuerung und muß dann oft die Schule Wochen ja Monate lang ausgesetzt werden.“⁷³

19 Jahre später berichtete derselbe Bürgermeister, dass die jüdische Gemeinde ein separates Schulzimmer angemietet habe, weil der Schulraum in der Synagoge „seiner Unzweckmäßigkeit wegen“ nicht benutzt werden könne. Für das 19. Jahrhundert lassen sich wenigstens 15 Lehrer nachweisen, die als Religionslehrer, manche auch als Elementarlehrer und Vorbeter am Ort tätig waren.⁷⁴ Da dem Lehrer Jacob Meyerson, der selbst aus Borgholzhausen stammte, im Jahre 1856 der Unterricht an der jüdischen Elementarschule versagt wurde, weil er vermutlich keine erste Lehrerprüfung an einem nichtjüdischen Seminar abgelegt hatte, die Regierung in Minden auch nicht bereit war, einen staatlichen Zuschuss zur Unterhaltung eines Privatlehrers zu gewähren, und andererseits die Zahl der schulpflichtigen jüdischen Kinder der Gemeinde zurückging, besuchten sie in den folgenden 28 Jahren die christliche Volksschule am Ort. Erst nachdem die Synagogengemeinde Borgholzhausen in den Genuss einer testamentarischen Schenkung der ehemaligen Gemeindeglieder, Eheleute Schoenbaum aus Osnabrück, in Höhe von 3.000 rthl (9.000 Mark) im Jahre 1884 gekommen war, stand die Finanzierung der jüdischen Privatschule auf soliden Füßen. Die Eheleute hatten in ihrem Testament vom 11.5.1863 ausdrücklich bestimmt, dass die Zinsen des Kapitals zur Besoldung eines jüdischen Lehrers verwendet werden sollten. Daher war die Synagogengemeinde am 16.3.1884 in der Lage, mit Moses Plaut einen Anstellungsvertrag abzuschließen, der vorsah, dass Plaut für seine Dienste als Elementarlehrer und Vorbeter ein jährliches Gehalt von 1.000 Mark erhalten sollte.⁷⁵

Seit 1892 wurden Religionswanderlehrer durch den Verband der Synagogengemeinden Westfalens vermittelt. Beispielsweise war David Baum als Wanderreligionslehrer für die Kinder der Gemeinden in Borgholzhausen, Halle i.W. und Versmold in der Zeit vom 15.12.1892 bis 1.4.1897 und von 1900 bis 1902 tätig. Die Etataufstellungen der Gemeinde Borgholzhausen von 1895 bis 1905 weisen nach, dass in den Jahren 1902 bis 1904 der in Werther angestellte Lehrer Benjamin

⁷² Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 4016; Rogmann, Gabriele (Bearb.); Matzerath, Horst (Red.): Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln. Gedenkbuch. Köln 1995, S. 223

⁷³ StdtA Borgholzhausen, A 441

⁷⁴ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A 975; StdtA Werther, A 72; StADt, M 1 II B Nr. 3957. Einer der jüdischen Lehrer, die in Borgholzhausen Kinder unterrichteten, war Jonas Bendix Cramer (*14.6.1824 in Werther, gest. 21.8.1892 in Neuenkirchen im Amt Rietberg). Seine Eltern waren Bendix Cramer und Hannchen Levi aus Werther. In Borgholzhausen wirkte er von 1844-46, danach war er in Viersen als Lehrer tätig. Seit 1851 diente er länger als 40 Jahre als Lehrer und Kultusbeamter der jüdischen Gemeinde Neuenkirchen im Amt Rietberg. Siehe: Die Juden der Grafschaft Rietberg. Hg. v. Heimatverein Neuenkirchen und der Stadt Rietberg. Rietberg 1997, S. 73, 97, 99, 213f, 247f

⁷⁵ Vgl. StADt, M 1 II B Nr. 3957

Stiefel und in den Jahren 1905 und 1906 sein Nachfolger Hugo Blumenfeld den Kindern in Borgholzhausen und Bad Rothenfelde Religionsunterricht erteilten.⁷⁶

Im Unterschied zu den Verhältnissen in den Gemeinden Borgholzhausen und Werther wurde in Versmold keine jüdische Volksschule dauerhaft unterhalten. Die acht nachweisbaren Lehrer wurden in erster Linie als Religionslehrer, Vorbeter und Schächter angestellt, während die jüdischen Kinder häufig die christliche Volksschule besuchten oder Privatunterricht von nichtjüdischen Lehrern erhielten. Eine Ausnahme machte Samuel Goldschein (geb. ca. 1788 in Pless/Oberschlesien), der für die Kinder der Gebrüder Weinberg in Bockhorst als Familien- und Elementarlehrer für die Fächer Deutsch und Hebräisch in den Jahren 1851-58 angestellt wurde.⁷⁷ Im Jahr 1905 wurde ein Lehrer namens Stein und im Jahr 1909 Hugo Rosenthal, beide aus Gütersloh, als Religionswanderlehrer verpflichtet.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816; StdtA Borgholzhausen, B 62.4.1

⁷⁷ Vgl. StdtA Versmold, A 1238; KAGt, H 3 H LR1 170.6

⁷⁸ Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, Jahrbücher 1905, 1909 (17. u. 19. Jg.). Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin. Zum Lebenslauf von Hugo Rosenthal (*14.12.1887-6.12.1980) siehe Freund (1997), S. 190f, Fußnote 73 und neuerdings Prüter-Müller, Micheline; Schmidt, Peter Wilhelm A. (Hgg.): Hugo Rosenthal (Josef Jashuvi) Lebenserinnerungen. Bielefeld 2000

4.6 Zur jüdischen Wohltätigkeit

„Wohltätigkeit ist für Juden eine der höchsten Formen der Frömmigkeit. Schopenhauers Idee war, daß Ethik durch Mitleid hervorgerufen wird, erregt durch das Leiden unserer Mit-Menschen. Für Juden muß Mitleid mit sozialer Gerechtigkeit verbunden sein. Wohltätigkeit auf hebräisch heißt 'Zedakah' und bedeutet Gerechtigkeit. Jede jüdische Gemeinde hat einen Spezialfonds für Hilfsbedürftige, jedes jüdische Kind wird schon früh dazu angehalten, den Armen zu helfen, und das bezieht sich nicht nur auf Glaubensgenossen.“¹

Diese Sätze stammen von Dr. Lore Shelley (*19.02.1924 in Lübbecke), die als 19jährige junge Frau nach Auschwitz verschleppt wurde, wo sie u.a. gezwungen wurde, als Sekretärin im Kommandanturgebäude (Auschwitz I) bis zur Auflösung des größten Vernichtungslagers des SS-Staates Todeslisten zu bearbeiten, stereotype Beileidsschreiben aufzusetzen und Sterbeurkunden für ermordete, verstorbene und hingerichtete jüdische und nichtjüdische Häftlinge zu schreiben.²

Die zum Teil gruppenübergreifende jüdische Wohltätigkeit fand im 19. und 20. Jahrhundert ihren sozialen Ausdruck in den jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebietes in Form von wohltätigen Vereinen, gemeinschaftlich finanzierten Kassen für wohltätige Zwecke, in testamentarischen Schenkungen, Legaten und freiwilligen Spenden. Gruppenübergreifend war diese Wohltätigkeit, wenn sie auf jüdische und nichtjüdische Empfänger ausgerichtet war. Sofern jüdische wohltätige Gaben für nichtjüdische Empfänger bestimmt waren, bildeten sie meistens eine zusätzliche Hilfe, denn die nichtjüdischen Bedürftigen konnten auch Unterstützungen z.B. von der örtlichen Armenkasse oder anderen wohltätigen Vereinen wie dem Vaterländischen Frauenverein erwarten.³

Die Gründung eines Israelitischen Frauenvereins in Lübbecke im Jahre 1848 beruhte nicht auf revolutionären Einsichten, sondern auf uralten jüdischen Tugenden und Werthaltungen. Nach § 2 des Statuts vom Januar 1852 bezweckte der Verein, zunächst die Bedürftigen in der eigenen Gemeinde zu unterstützen, daneben aber auch allgemeine Wohltätigkeit auszuüben.⁴ Als Vorstandspersonen wurden jährlich eine Vorsteherin und eine Rendantin und ihre Stellvertreterinnen gewählt (§ 7). Allerdings konnte die Rendantur nicht nur von einer Frau verwaltet werden, sondern wurde offensichtlich in manchen Jahren doppelt besetzt, d.h. auch dem amtierenden Lehrer anvertraut. So würdigte Lehrer Heinemann Leeser als Rechnungsführer die Leistungen des jüdischen Frauenvereins von Lübbecke im Rahmen seines 25jährigen Jubiläums, indem er ausdrücklich auf Hebräisch einen Spruch aus den Sprüchen der Väter (hebr. Pirkei Avot, 1:2) zitierte. Das Protokoll vom 11. Januar 1873, das von Sara Vogel als Vorsteherin und Julie Löwenstein als Rendantin unterschrieben wurde, berichtete von dieser Jubiläumsfeier wie folgt:

„[...] Nach gemeinschaftlichem Abendessen, gewürzt durch Scherz und heitere Unterhaltung, überreichte die Vorsteherin, Frau C. Hecht, im Namen der Versammlung dem Lehrer Leeser, Rechnungsführer des Vereins, begleitet mit sehr angemessenen Worten, einen vergoldeten silbernen Vorlegelöffel, als Andenken an die schöne Feier. Nachdem der Lehrer Leeser seinen tiefgefühlten Dank ausgesprochen, hielt derselbe mit Anknüpfung an die Worte Al schlaicho deworim hoaulom omed, al hatauro, al haawaudo weal gemiluth chassodim [dt. Auf drei Worten basiert die ganze Welt: auf der Weisung (Thora), auf dem (Gottes-) Dienst (Avoda) und auf

¹ Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993 an Verfasser

² Vgl. Shelley, Lore (Hg.): Schreiberinnen des Todes. Lebenserinnerungen internierter Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mußten. Bielefeld 1992, S. 117-119

³ Vgl. Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der Jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus. Lübbecke 1994, S. 57-61

⁴ Vgl. Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 217

Liebesebenen (gemiluth chassadim)]⁵ einen Vortrag über Entstehung und Entwicklung des Vereins, über dessen wohlthätige Wirksamkeit für Schule, Synagoge, vorzugsweise aber als Institut für Hilfsbedürftige des hiesigen Ortes, der benachbarten Orte u. weiterer Kreise. Den Verein dem ferneren Segen Gottes empfehlend, schloß er mit den Gebetsworten Ps. 90, 17."⁶

Auf dieser Jubiläumssitzung bewilligten die ca. 24 Vereinsmitglieder je eine Spende für die Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (2 rthl), für Familie M. Meier in Lübbecke (6 rthl) und für den deutsch-israelitischen Lehrerverein (20 Sgr). Außerdem beschloss der Verein, für die Kosten eines neuen Kronleuchters in der Synagoge von Lübbecke und für die Beleuchtung am Kol Nidre (dt. alle Gelübde) Abend (Versöhnungsfest) aufzukommen.⁷ Der Versöhnungstag (hebr. Jom Kippur = dt. langer Tag) ist der höchste Buß- und Fastentag im jüdischen Festtagszyklus.

Die Mitglieder des jüdischen Frauenvereins trafen sich jährlich zu einer Generalversammlung jeweils im Haus der im vorigen Jahr gewählten Vorsteherin oder Rendantin. Zunächst berichtete die Rendantin über die Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Jahres. Zu den Einnahmen gehörte a) ein Kapitalvermögen, b) Zinsen für das bei der örtlichen Sparkasse angelegte oder als Darlehen ausgeliehene Kapital und c) Mitgliederbeiträge. Der Mitgliederbeitrag betrug in den 1850er Jahren einen Silbergroschen pro Woche, doch wurden auch Frauen in den Verein aufgenommen, die zunächst nur die Hälfte (6 Pf) pro Woche zahlten. Nachdem die Mark infolge des Reichsmünzgesetzes vom 9.7.1873 anstelle des Talers zum Verrechnungskurs von 1:3 eingeführt worden war, betrug der Jahresbeitrag für verheiratete Frauen 5,20 M und für unverheiratete 2,60 M.

Die Haushaltung, d.h. die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben sowie die Verwaltung des Kapitalvermögens wurde in diesem Frauenverein so konservativ, aber gemeinsam ausgeübt, dass das Vereinskaptalvermögen von 72 Talern im Jahre 1851 auf 270 im Jahre 1873 anwuchs. Dieses Ergebnis wurde auf solche Weise erreicht, dass zunächst 70 Taler (1851), dann 85 Taler (1853) und schließlich 100 Taler (1855) an die Firma Joseph Mergentheim & Company in Lübbecke, eine Firma, die Manufakturwaren, Tischleinen, Wäscheartikel und ganze Brautausstattungen anfertigen ließ und verkaufte, zu 4% p.a. ausgeliehen wurden. Im Jahre 1859 entschied sich der Frauenverein, einen Staatsschuldschein zu 100 Talern anzukaufen, der mit 4½% p.a. verzinst wurde. Außerdem wurde ab 1860 zunächst ein Geldbetrag in Höhe von 20 Talern bei der Kreissparkasse deponiert, der 3,3% Zinsen p.a. einbrachte.

Das Volumen der Einnahmen schwankte im Zeitraum von 1853-1872 zwischen einem Minimum von 21 Talern (1857) und einem Maximum von 57 Talern (1861). Der Maximalwert lässt sich so erklären, dass neben Mitgliederbeiträgen, zwei fälligen Coupons für einen Staatsschuldschein und Zinserträge auch ein Legat in Höhe von 15 Talern von einem verstorbenen Mitglied angenommen wurde. Im Protokoll vom 19.1.1862 heißt es:

⁵ Vgl. Lazarus, S. 221; Mayer, Reinhold (Bearb.): Der Talmud. München 1980, 8. Aufl., S. 365; Fiebig, Paul (Bearb.): Pirque 'aboth. Der Mischnatraktat „Sprüche der Väter“. Tübingen 1906, S. 1

⁶ CAfHJP, Inventory 6198, Bl. 46, 47

⁷ Vgl. Maier, Johann; Schäfer, Peter: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart/Konstanz 1987, 2. Aufl., Eintrag: „Kol Nidre (Alle Gelübde)“, S. 178f

„Eins seiner Mitglieder verlor der Verein durch den Tod, nämlich die selige Frömmchen Rosenberg. Dieselbe hat sich durch das eben aufgeführte Legat von 15 rthl ein ewiges Denkmal der Liebe im Verein errichtet, und so lange dieser bestehen wird, bleibt in ihm das Andenken der Verewigten zum Segen und wirke zur Nachahmung.“⁸

Die Ausgaben des Frauenvereins schwankten zwischen einem Minimum von 2 rthl (1851) und einem Maximum von 62 rthl (1868). Die Ausgaben für das Jahr 1868 waren aus dem Grunde so ungewöhnlich hoch, weil für über 20 rthl neue Rouleaus für die Synagoge angeschafft wurden. Die alten sollten für die Schule verwendet werden. Lehrer Heinemann Leeser wurde - möglicherweise aus Anlass des 20jährigen Bestehens des Vereins - als Ehrengeschenk ein silberner Pokal zum Preis von 9 rthl 25 Sgr überreicht. Schon zum 10jährigen Jubiläum des Jüdischen Frauenvereins von Lübbecke war Lehrer Leeser ein Gebetsmantel (hebr. Tallit) geschenkt worden. Für die Schule wurde ein Globus angeschafft (5 rthl).

Mit Spenden wurden die Familien Marcus Meier in Lübbecke (5 rthl), Itzig Hurwitz in Lavern (2 rthl), die Familie Neustädter in Preußisch Oldendorf (3 rthl), die Witwe Korn in Rahden (2 rthl), Belchen Silberschmidt und der Buchbinder Heinemann Heidelberg in Preußisch Oldendorf mit je 1 rthl unterstützt. Außerdem gingen 5 Reichsthaler an „Notleidende in Ostpreußen“ und 2 Reichsthaler an den Marks-Haindorfschen Verein in Münster.⁹

Während besonders die Lehrer Heinemann Leeser und Max Lazarus gottesdienstliche Funktionen für den Frauenverein übernahmen, versäumten es die Frauen nicht, sich auch geistliche Bücher für eigene Bedürfnisse anzuschaffen. Im Jahr 1851 erwarben sie ein „Erbauungsbuch“, im Jahre 1861 wurde für 1 rthl, 6 Sgr ein Exemplar des Sefer Hachajim (dt. Buch des Lebens) von Salomon Ben Ephraim Blogg gekauft. Hierbei handelte es sich um ein Andachtsbuch für Kranke und Trauernde, das im Jahre 1856 in erster Auflage veröffentlicht wurde. Dieses Buch erschien in mehreren Auflagen, zuletzt im Jahre 1930.¹⁰ Die siebte Ausgabe, die in Hannover im Jahre 1893 veröffentlicht wurde, trägt den Untertitel: „Israelitisches Andachtsbuch bei Krankheitsfällen, in einem Sterbehause und beim Besuche der Gräber von Verwandten, zugleich alle Gebräuche (hebr. Minhagim), Vorschriften (hebr. Dinim) und Gebete (hebr. Tefillot) mit hebräischem Texte und deutscher Übersetzung. Herausgegeben von weil. S. E. Blogg“.

Am 1.1.1870 beschlossen die Mitglieder des Frauenvereins, sich das Hamburger Israelitische Gesangbuch zu besorgen. Dabei handelte es sich vermutlich um das „Israelitische Gesangbuch. Zum Gebrauche für die Schule, so wie für häusliche und öffentliche Gottesverehrung. Als Gesangbuch des Tempels erschienen. Hamburg 1818“, das später in verbesserten Auflagen von dem reformorientierten Leiter der Israelitischen Freischule und Gründer des Neuen Israelitischen Tempelvereins in Hamburg, Dr. Eduard Kley, herausgegeben wurde.¹¹ „Dr. Kley gehörte zum Kreis

⁸ CAfHJP, Inventory 6198, Bl. 15

⁹ Vgl. ebd., Bl. 32, 34, 35

¹⁰ Vgl. ebd., Bl. 15; Encyclopaedia Judaica, Bd. 4. Jerusalem 1971, Spalte 1113

¹¹ Vgl. Fürst, Julius: Bibliotheca Judaica. Bibliographisches Handbuch der gesamten Jüdischen Literatur. Erster Teil. Hildesheim 1960, S. 162; Meyer, Michael: Die Gründung des Hamburger Tempels und seine Bedeutung für das Reformjudentum, in: Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.): Die Juden in Hamburg 1590-1990. Wissenschaftliche Beiträge zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“. Hamburg 1991, S. 205f, Anmerkung 15

der Reformen, die eine veränderte Liturgie im Gottesdienst anstrebten, deutsche Predigt, deutsche Gebete und deutsche Choräle einführen wollten und auch die in christlichen Kirchen übliche Orgelbegleitung wünschten."¹² Möglicherweise handelte es sich bei dem von den Mitgliedern des Jüdischen Frauenvereins von Lübbecke angeschafften Gesangbuch auch um das später im Hamburger Tempel benutzte „Allgemeine israelitische Gesangbuch für Gotteshäuser und Schulen“, das von Maimon Fränkel, Gotthold Salomon und Immanuel Wohlwill im Jahre 1833 herausgegeben wurde.¹³

Beide Liederbücher dokumentieren, dass der Jüdische Frauenverein in Lübbecke - wie auch Lehrer Heinemann Leese selbst - reformorientiert war.

Die Wohltätigkeit des Jüdischen Frauenvereins kam, wenn man nur die erhaltenen Protokolle auswertet, fast ausschließlich jüdischen Familien, Einzelpersonen und Institutionen zugute. Das vorletzte erhaltene Protokoll der Generalversammlung vom 31.1.1880 zeigt, dass beschlossen wurde, der Lehrer-Witwenkasse in Bielefeld 15 Mark, der Jüdischen Waisenanstalt in Paderborn 6 Mark und der Marks-Haindorfstiftung in Münster 10 Mark zukommen zu lassen. Marcus Meyer sollte für das Einsammeln der Mitgliederbeiträge 7,50 M erhalten, und die Dienste des wahrscheinlich nichtjüdischen Nachtwächters außer Dienst, Gast, wurden, wie im Jahr zuvor, mit 6 M honoriert. Vermutlich erwarteten die Mitglieder des Frauenvereins von dem Nachtwächter, dass er ein Auge auf die Synagoge und den Friedhof der Gemeinde warf, um mögliche Täter von antisemitischen Sachbeschädigungen abzuschrecken. Schließlich war der jüdische Friedhof in Lübbecke schon im Jahre 1869 „mehrfach Stätte nächtlichen Unfuges gewesen“, so dass sein Betreten nur mit polizeilicher Erlaubnis gestattet wurde.¹⁴ Die jüdischen Frauen wollten sicherstellen, dass sich die erste Welle des politischen und rassistischen Antisemitismus im Kaiserreich (1878-81), die im Kontext der großen Depression und der Weltwirtschaftskrise zu sehen ist, nicht in Form von Sachbeschädigungen an jüdischem Eigentum in Lübbecke auswirkte.¹⁵

Es machte auch Sinn, dass die jüdischen Frauen ihre internationale Solidarität dadurch ausdrückten, dass sie in den Jahren 1878/79 Beiträge an die Alliance Israélite Universelle (gegr. 1860) zahlten. Dies war eine internationale Hilfsorganisation, die besonders den pogromgefährdeten Juden in Osteuropa zum Beispiel bei der Auswanderung Unterstützung anbot.

¹² Randt, Ursula: Zur Geschichte des jüdischen Schulwesens in Hamburg (ca. 1780-1942), in: Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.) (1991), S. 117

¹³ Vgl. Meyer, Michael, Die Gründung des Hamburger Tempels und seine Bedeutung für das Reformjudentum, in: Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.) (1991), S. 206, Anmerkung 15; Fürst (1960), S. 293

¹⁴ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 28 vom 10.7.1869

¹⁵ Vgl. Geiss, Immanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 272f

Tabelle 55: Mitgliederstände und Kassenführung des Israelitischen Frauenvereins zu Lübecke (1851-1880)

Jahr	Mitgliederzahl	Kapitalbestand			Einnahmen			Ausgaben		
		rtl	Sgr	d	rtl	Sgr	d	rtl	Sgr	d
1851	18	55	--	--	17	15	--	2	15	--
1853/54	?	85	--	--	30	7	3	15	--	--
1855	?	100	--	--	--	7	3	--	--	--
1857	?	109	12	4	21	14	11	11	17	9
1858	?	119	9	6	23	8	10	35	2	--
1859	?	107	16	4	40	27	11	21	29	3
1860	?	126	15	--	36	7	--	12	21	10
1861	?	150	--	2	57	18	5	24	20	4
1862	27	182	28	3	42	26	11	28	--	5
1863	28	197	24	9	40	13	6	28	15	5
1864	26	209	23	1	39	16	7	30	18	--
1865	26	218	21	8	36	17	7	28	20	--
1866	29	226	18	8	52	25	--	37	5	--
1867	29	242	9	2	37	22	11	23	2	6
1868	27	256	29	7	36	26	9	62	9	--
1869	26	231	17	4	38	9	1	25	29	5
1870	26	243	27	--	34	1	2	25	15	--
1871	24	252	13	2	33	21	--	30	16	--
1872	24	255	18	2	35	5	2	20	6	6
1873	?	270	16	10	?			?		
1874	?	?			?			?		
1875	18	8a	1a	7a	?			2	25	--
1876	14	13a	23a	6a	?			?		
		= Mark 41,35a								
1877	16	Mark 18,65a			?			?		
1878	15	Mark 37,25a			Mark 107,45			Mark 83,00		
1879	22	Mark 24,45a			Mark 129,85			Mark 96,00		
1880	18	Mark 33,85a			?			?		

Quelle: CAfHJP, Inventory 6198

a) nur Kassenbestand; dazu kommt eine Sparbucheinlage

(1 Reichsthaler = 30 Silbergroschen; 1 Silbergroschen = 12 Pfennige; 1 Reichsthaler = 3 Mark; 1 Mark = 100 Pfennige)

Im Zuge der Verbandsbildungen am Ende des 19. Jahrhunderts organisierte sich die jüdische Frauenbewegung unter dem Dach des Jüdischen Frauenbundes (gegr. 1904), dem sich auch der Jüdische Frauenverein in Lübecke anschloss.¹⁶

Auch in Werther, Kreis Halle i.W., gab es spätestens seit 1913 einen jüdischen Frauenverein, in dem die Frau des Zigarrenfabrikanten Moses Aron Weinberg, Elfriede, geb. Auerbach, als Vorsitzende fungierte.¹⁷ Schon im Jahr 1905 war möglicherweise dieselbe jüdische Dame („Frau Fabrikant Weinberg“) mit neun weiteren Damen im Vaterländischen Frauenverein Werther (gegr. 1888) vertreten.¹⁸

¹⁶ Vgl. Lazarus, S. 57. Zur Entwicklung der bürgerlichen jüdischen Frauenbewegung siehe: Kaplan, Marion A.: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981

¹⁷ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. (Statistisches Jahrbuch 1913) 21. Jg., Hg. v. Bureau des Israelitischen Gemeindebundes. Berlin, S. 89

¹⁸ Vgl. Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.) 1800-1905. Halle (Westf.) 1905, S. 251

In Lübbecke arbeiteten zwei jüdische Frauen, Fanny Löwenstein und Else Steinberg, im Vorstand des lokalen Vaterländischen Frauenvereins (gegr. 1879) im Kriegsjahr 1915 mit. Dieser Verein bezweckte in Kriegszeiten die „Fürsorge für die im Felde Verwundeten und Erkrankten“ und in Friedenszeiten die „Verhütung wirtschaftlicher und sittlicher Not“.¹⁹ Am 30.3.1932 wurde Fanny Löwenstein in einer Hauptversammlung des „Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz“ zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, doch die Nationalsozialisten verdrängten sie ein Jahr später aus dieser Funktion.

In Rahden gab es spätestens seit 1910 einen Jüdischen Frauenverein unter Vorsitz von Fräulein Kaufmann und Frau Oppenheim.²⁰ Emmi und Sophie Haas fungierten auch im Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins. Ihre Töchter, Meta und Hedwig, nahmen an Wohltätigkeitsveranstaltungen und an Theateraufführungen teil, die der Vaterländische Frauenverein im Dezember 1916 organisiert hatte.²¹

Diese Beispiele belegen, dass jüdische Frauen in verschiedenen Gemeinden des Untersuchungsgebietes gruppenübergreifende Wohltätigkeit ausübten. Sie organisierten sich sowohl im eigenen jüdischen Milieu, waren aber auch bereit, in einem allgemeinen Frauenverein, der die Interessen des konservativen Obrigkeitsstaats vertrat, mitzuarbeiten. Das Pendant zum Jüdischen Frauenverein in Lübbecke war der Jüdische Männerverein. Beide Vereine übten Wohltätigkeit aus, die sich nicht nur auf Juden beschränkte. Max Lazarus beschrieb ihre Zweckdienlichkeit in seinen Erinnerungen wie folgt:

„Frauenverein, Männerverein - beide ältere Gründungen - legen Zeugnis ab vom Wohltätigkeitssinn in der Gemeinde, von jüdischen Wohlfahrtsbestrebungen, die sich auch auf auswärtige Institute bindend erstrecken und in allgemeinen Nöten sich auch interkonfessionell offenbaren. Die Kassen beider Vereine bewilligen Gemeindemitglieder[n] in Nöten größere Summen. Aus beiden Vereinskassen erhalten die Wanderarmen Unterstützung, und bei den jüdischen Familien werden sie beköstigt und in Bedarfsfällen mit Wäsche und Kleidungsstücken versehen.“²²

Eine einmalige wohlthätige Spende konnte allerdings bei der Härte der bestehenden Gesetze nicht verhindern, dass der jüdische Lehrer S. aus Kolmar in Rußland, der 1 Mark vom jüdischen Wohltätigkeitsverein erhalten hatte, im Jahre 1888 in Lübbecke „wegen Bettelns zu 6 Tagen und wegen Landstreichens zu 5 Tagen Haft verurteilt“ wurde. Diese Strafe wurde diesem wegen eines ähnlichen Delikts vorbestraften Lehrer in Anrechnung seiner Untersuchungshaft jedoch erlassen.²³ Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass das Schicksal dieses Wanderlehrers ein Einzelfall war.

Bis zum Jahr 1909 hatte sich die jüdische Wohltätigkeit in Lübbecke in vier Vereinen ausdifferenziert. Es gab eine „Kasse gegen Wanderbettelei“ (auch „Zedokoh Kasse“ genannt) mit einem jährlichen Etat von 115 Mark; eine Chewra Kadischa (dt. Heilige Vereinigung =

¹⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.21

²⁰ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. (Statistisches Jahrbuch 1913) 21. Jg., Hg. v. Bureau des Israelitischen Gemeindebundes. Berlin, S. 88

²¹ Brief von Walter Hoffmann vom 16.2.1996 an Verfasser. Vgl. Ester-Hartke, Ursula (Bearb.): Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche mitten in Rahden. Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 24

²² Lazarus, Erinnerungen, S. 17f

²³ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 8 vom 28.1.1888

Beerdigungsbrüderschaft), die sich in traditioneller Weise um Kranke, Sterbende und die Bestattung von Vereinsmitgliedern kümmerte. Den Vorsitz in dieser Vereinigung hatte Alfred Löwenstein, seine Verwaltung unterstand dem Gemeindevorstand und sein Jahresetat betrug 150 Mark. Außerdem gab es noch den Israelitischen Männerverein unter dem Vorsitz von Nathan Hurwitz und Salomon Steinberg und den Israelitischen Frauenverein unter dem Vorsitz von Anni Wolff.²⁴

Auch in Rahden gab es spätestens seit 1909 eine durch freiwillige Spenden gebildete Kasse gegen Wanderbettelei.²⁵ Nachdem Richard Haas zusammen mit Moritz Ginsberg, Daniel Oppenheim und Julius Frank am 21.11.1931 zum Vorstandsmitglied der Gemeinde Rahden gewählt worden war²⁶ und später von Max Lazarus als Vorbeter geschult wurde, soll er auch die Armenkasse verwaltet haben. Walter Hoffmann erinnerte sich:

„Richard Haas als Vorbeter der Gemeinde hatte auch die Armenkasse unter sich, aus der arme jüdische Bettler unterstützt wurden, die von Ort zu Ort und Haus zu Haus gingen. Manchmal kamen auch jüdische Hausierer, die sich mit dem Verkauf von koscherer Wurst über Wasser hielten. Die Fa. Haas (Dagobert und Hermann) nahmen ihnen immer etwas ab, obwohl sie selbst wursteten.“²⁷

Außerdem existierte in Rahden eine Chewra Kadischa im Jahre 1909 unter dem Vorsitz von Daniel Oppenheim, Inhaber eines Textilgeschäfts am Kirchplatz.²⁸

In Borgholzhausen hatten einzelne jüdische Gemeindemitglieder ein so genanntes „Chewrageld“ in Höhe von 300 Mark zusammengelegt mit der Bestimmung, die Zinsen dieses Kapitals zur Unterstützung armer und kranker Mitglieder aus der Gemeinde zu verwenden. Dieses Kapital hatte der Pferdehändler Abraham Seelig Maass zu einem Zinsatz von 5% p.a. ausgeliehen. Nachdem er am 29.8.1865 im Alter von 76 Jahren gestorben war, übernahm sein Sohn Alexander sein Geschäft, sein Grundstück und seine Schulden. Da Konkursgründe vorlagen, einigte sich Alexander mittels Vergleichsverfahren, seinen Schuldnern 15% ihrer Forderungen zu zahlen. Die verbliebenen 45 Mark des Chewrageldes händigte Pferdehändler Alexander Maass dem Vorsteher der Gemeinde von Borgholzhausen, dem Handelsmann Simon Hesse, aus.²⁹

Jüdische Wohltätigkeit drückte sich nicht nur dadurch aus, dass sich einzelne Gemeindemitglieder in lokalen wohltätigen Vereinen organisierten, auswärtige Institute unterstützten und sich regionalen Verbänden und Vereinen oder sogar internationalen Organisationen anschlossen. Eine weitere Rechtsform, Kapital oder Zinskapital unter Beachtung gewisser Bestimmungen für jüdische oder interkonfessionelle Zwecke an eine jüdische oder politische Gemeinde zu transferieren, war die testamentarische Schenkung oder das Legat.

²⁴ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. (Statistisches Jahrbuch 1909) 19. Jg. Hg. v. Bureau des Israelitischen Gemeindebundes. Berlin, S. 68

²⁵ Vgl. ebd., S. 69

²⁶ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

²⁷ Brief von Walter Hoffmann vom 11.3.1996 an Verfasser

²⁸ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. (Statistisches Jahrbuch 1909) 19. Jg. Hg. v. Bureau des Israelitischen Gemeindebundes. Berlin, S. 68

²⁹ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816

Der Handelsmann Meyer Abrahamson aus Werther, 75 Jahre alt, der in Obernhofe (Obbornhofen) bei Butzbach in der Wetterau (Hessen) geboren und seit circa 37 Jahren mit Frommen Meyer Abrahamson, geb. Weinberg, verheiratet war, erschien am 17.6.1825, morgens 9 Uhr, auf dem Land- und Stadtgericht zu Halle i.W. und gab sein Testament zu Protokoll.³⁰ In diesem Testament bedachte Meyer Abrahamson nicht nur seine Ehefrau und seine acht Kinder, sondern vermachte auch den armen Juden und Christen von Werther je 15 Taler, die an seinem Begräbnistage sofort ausgezahlt werden sollten, sowie dem politischen Armenfonds der Stadt Werther 25 Taler, die spätestens acht Tage nach seinem Tode überreicht werden sollten.

Im Einzelnen sollte sein Sohn Bendix das von seinem Vater angekaufte ehemalige Beckersche Haus in Werther erhalten. Tatsächlich war die Hausstätte 33 schon 1821 angekauft worden.³¹ Außerdem sollte sein Sohn Bendix die Thora seines Vaters ausschließlich des Thoraschildes (hebr. Tass = dt. Platte) erben. Sein Sohn Samuel sollte die Bürgerstätte, die sein Vater von dem Pastor Schulze in Borgholzhausen angekauft hatte, als sein Eigentum erhalten, und sein Sohn Moses die von seinem Vater angekaufte ehemalige Wulfrathsche Bürgerstätte in Werther (Haus Nr. 34) mitsamt Mobiliar erhalten, den Wert der Immobilie und Mobilien jedoch mit den Miterben verrechnen. Denn Meyer Abrahamson bestimmte, dass sich seine vier weiteren Kinder Fanni, verehelichte Schoenbaum zu Neuenkirchen, Nathan, Samuel und Jette, verehelichte Lehmann zu Lipperode, je 1.200 Taler aus der Erbmasse auszahlen lassen sollten. Sein minderjähriger Sohn Joseph sollte allerdings kein Bargeld erhalten, da sein Studium vom Vater finanziert worden war. Seiner Ehefrau vermachte Meyer Abrahamson die Nutzung seines Hauses Nr. 34 in Werther und den Zinsgenuss eines Kapitals in Höhe von 4.000 Talern. Das übrige Vermögen wie Warenlager, Silbergerät, Bargeld, Kapitalien und sonstige Aktiva sollten nach Abrechnung der Vermächtnisse unter den Erben aufgeteilt oder zwangsversteigert werden.

Neben den oben erwähnten 55 Talern für jüdische und nichtjüdische Arme in Werther, setzte Meyer Abrahamson noch weitere Vermächtnisse aus: a) 100 Taler für einen zukünftig auszuführenden Anbau der Synagoge zu Werther. Solange diese Summe nicht für ihren gedachten Zweck ausgegeben werden konnte, sollte sie verzinslich ausgeliehen werden und die Zinsen am Sterbetag des Testators an die jüdischen Armen ausgezahlt werden.

b) Die Zinsen eines weiteren Vermächtnisses in Höhe von 100 Talern sollten jährlich für arme jüdische Kinder, die ein Handwerk erlernen wollten, verausgabt werden.

c) Die Zinsen eines dritten Vermächtnisses von 300 Talern sollten dem Lehrer der jüdischen Gemeinde Werther zugute kommen unter der Bedingung, dass dieser ein tägliches Gebet und einen Talmudvortrag (hebr. Schiur) im Andenken an den Testator verrichtete.

³⁰ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 319

³¹ Ich danke Dipl. Ing. Ulrich Maaß, Werther, für meine Einsichtnahme in seine bauhistorischen Unterlagen einiger Bürgerstätten der Stadt Werther i.W..

Dieses Testament gibt einen Einblick in die Zwecke und Größenordnung der Vermächtnisse, die ein frommer jüdischer Einzelhändler für bedürftige jüdische und nichtjüdische Nutznießer in einer ostwestfälischen Kleinstadtgemeinde im Jahre 1825 aussetzte.

Die Wohltätigkeit jüdischer Gemeinden konnte sich auch bis nach Erez Israel erstrecken. Aron Bendix Weinberg als Vorsteher teilte dem Amtmann Riensch am 3.2.1874 mit, dass die Synagogengemeinde Werther am 6.3.1873 eine Kollekte abgehalten habe, um „zur Errichtung eines jüdischen Hospitals und einer Schule zu Safed in Palästina“ beizutragen. Der Betrag in Höhe von 2 Reichsthalern und 6 Silbergroschen sei schon an den Abgesandten (hebr. Schaliach), dem Oberrabbiner Cohn, der sich in Berlin aufhielt, am 18.3.1873 per Postanweisung überwiesen worden. Safed in Obergaliläa war als Stadt kabbalistischer Weisheit bekannt, seitdem sich spanische Juden seit ihrer Vertreibung dort niedergelassen hatten. Nach der Familienüberlieferung sollen auch die Vorfahren des Leviten Aron Bendix Weinberg (1813-1897) in Werther Exulanten aus Spanien oder Portugal gewesen sein.³²

In einer Sitzung am 10.6.1884 in Borgholzhausen hatten die jüdischen Gemeindemitglieder Samuel, Simon und Abraham Jakob Hesse, Goldschmidt, B.A. Weinberg, Silberberg, Maass und Lehrer Plaut eine Schenkung eines Fonds der ehemaligen Gemeindemitglieder, Eheleute Schoenbaum aus Osnabrück, über 3.000 Taler (9.000 Mark) aus ihrem Testament vom 11.5.1863 „dankbarlichst“ angenommen.³³ Die Zinsen dieses Fonds, der laut Testament vom Landrat des Kreises Halle i.W. verwaltet werden sollte, waren dazu bestimmt, einen jüdischen Lehrer in Borgholzhausen zu besolden. 42 Jahre später, am 19.06.1926, beantragten die Gemeindemitglieder Max Bauer, Max Weinberg und Jakob Hesse aus Borgholzhausen und Meier Silberberg aus Rothenfelde bei den Behörden, die testamentarische Bestimmung dahingehend zu ändern, dass die Zinsen der Schoenbaumschen Schenkung zukünftig an die Armen der Stadt Borgholzhausen ausgezahlt, vornehmlich aber den Bedürftigen der jüdischen Gemeinde, zugute kommen sollten. Die Verteilung der Gelder sollte gemeinschaftlich von dem jüdischen Vorstand und dem Amtmann der Stadt Borgholzhausen durchgeführt werden. Als Begründung für diesen Antrag wurde darauf hingewiesen, dass eine dauernde Anstellung eines Lehrers aufgrund mangelnder Schülerzahlen in absehbarer Zeit nicht mehr notwendig sei, allenfalls müsse ein Teil der Zinsen für den jüdischen Religionsunterricht der Kinder bereitgestellt werden.³⁴

Wahrscheinlich wurde dieser großzügige Antrag der Synagogengemeinde Borgholzhausen behördlicherseits genehmigt, denn als der Vorsteher Max Weinberg drei Jahre später gegen einen beleidigenden, antisemitischen Artikel in der öffentlich an der Linde in unmittelbarer Nähe des

³² Vgl. StdtA Werther, A 76; Brief von Alfred Weinberg an Dolf Simon, Seattle, Washington, USA, vom 20.5.1938. Privatarchiv Dr. Lore Shelley. Vgl. ALBI New York, AR 4130, Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi in Werther near Bielefeld. Boston 1974, S. 57. Ben-Sasson, Haim Hillel (Hg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1992, S. 807-813

³³ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 319

³⁴ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 816

Amtsgebäudes ausgestellten Zeitschrift „Der Stürmer“ beim Bürgermeister schriftlich protestierte und deren Entfernung verlangte, wies er ausdrücklich darauf hin, dass die jüdische Gemeinde Borgholzhausen immer ihre interkonfessionelle Wohltätigkeit „durch Legate“ „auf humanste Weise“ gegenüber der Stadt gezeigt und zum „konfessionell[en] Burgfriede[n]“ beigetragen habe.³⁵

Im Vergleich zu den bisher beschriebenen Legaten und Schenkungen waren die Erben der Kleiderfabrik Nathan Ruben, deren Hauptsitz in Lübbecke war, in der Lage, der städtischen Armenkasse von Lübbecke noch größere Kapitalsummen als Legat, Stiftung oder Schenkung zu vermachen.³⁶ Es ist allerdings nicht schwer zu erklären, warum die Erben des größten Konfektionsbetriebs am Ort mit circa 300 Beschäftigten, der zu Beginn des Ersten Weltkriegs als zweitgrößter Gewerbesteuerzahler unter den von Juden geleiteten Betrieben in Lübbecke rangierte, von 1906 bis zum Kriegsjahr 1917 13.050 Mark der Stadt Lübbecke für wohltätige Zwecke schenken konnten. Denn ein Betrieb, der Mehrwert akkumulierte, konnte neben Steuerleistungen auch wohltätige Schenkungen tätigen, ohne wirtschaftlich Schaden nehmen zu müssen. Allerdings ist es bemerkenswert, dass die Witwe des am 6.4.1906 verstorbenen Kleiderfabrikanten Julius Ruben der Stadt Lübbecke am 28.4.1906 ein Legat ihres verstorbenen Ehemannes in Höhe von 5.000 Mark mit der Bestimmung vermachte, dass mit seinen „Zinsen jährlich ohne Unterschied der Confession Bedürftige unterstützt werden sollten.“³⁷ Julius Ruben war an der seit dem 1.1.1906 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelten Firma Nathan Ruben mit einer Einlage von 500.000 Mark beteiligt, so dass sein der Stadt vermachtes Armenlegat 1% seiner Firmeneinlage ausmachte.³⁸

Die Stadt Lübbecke nahm dieses Legat zweifellos gern an, übermittelte der Witwe Henriette Ruben ihren herzlichen Dank und legte das Kapital zunächst zinsträchtig bei der Städtischen Sparkasse an. Drei Jahre später verlieh die Stadt das Kapital als Hypothek an einen lokalen Zigarrenfabrikanten zu 3 3/5% Zinsen p.a.³⁹ Die Stadt Lübbecke nahm solche Armenlegate aus dem Grunde dankend an, weil für das Rechnungsjahr 1906 die Gesamtausgaben der städtischen Armenkasse auf 10.000 Mark veranschlagt waren, wovon der Titel „Verteilung der Zinsen von Legaten“ 1.113 Mark (11,1%) ausmachte.⁴⁰

Es war nicht verwunderlich, dass die Stadt Lübbecke auch von Nichtjuden Legate annahm, die den Bedürftigen der Stadt zugute kamen. So vermachte die in St. Louis, Missouri, verstorbene, vermutlich aus Lübbecke stammende Frau Charlotte Gehner, der Armenkasse ein Legat von 2.000

³⁵ Vgl. StdtA Borgholzhausen, C 43.2.3

³⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.19; C I 17.35; C I 15.12

³⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.19

³⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 3.75

³⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 15.12

⁴⁰ Vgl. ebd.

\$, das im Jahre 1885 nach Abzug der Anwalts- und Konsulatskosten einen Wert von 8.198 Mark hatte.⁴¹

Während des Ersten Weltkrieges überwies der Bevollmächtigte der Erben des Kleiderfabrikanten Julius Ruben, der Prokurist Adolf Wolff, der Stadt Lübbecke mehrmals beträchtliche Geldbeträge, die - „ohne Unterschied des Glaubens“ - Bedürftigen, insbesondere Kriegerwitwen, als Unterstützung gewährt werden sollten: im Januar 1915 5.000 Mark als Stiftung der verstorbenen Henriette Ruben, deren Zinserträge an ortsansässige Bedürftige verteilt werden sollten⁴²; im April 1915 1.000 Mark, im Juli 1915 300 Mark, im Januar 1916 500 Mark, im März 1916 250 Mark und im Februar 1917 1.000 Mark als Schenkungen aus dem Nachlass der Witwe Ruben.⁴³

Das Finanzgebaren der Stadt Lübbecke in der NS-Zeit zeigte sich auf solche Weise, dass die Legate des jüdischen Konfektionärs Julius Ruben und seiner Frau Henriette im August 1942 aufgelöst und dem allgemeinen Kapitalvermögen der Stadt zugeführt wurden, als zahlreiche ehemalige jüdische Bürger von Lübbecke in die Durchgangs- und Vernichtungslager verschleppt wurden.⁴⁴

Die am 24.12.1935 in London verstorbene Minna Löwenstein, die vermutlich in Preußisch Oldendorf geboren war, vermachte der Stadt Preußisch Oldendorf 2/16 ihrer Hinterlassenschaft (ca. £ 90 ~ 1.140 RM) mit der Bestimmung an den Bürgermeister, 1/16 ihrer Erbschaft unter die Armen der Stadt zu verteilen und 1/16 zur Verschönerung der Stadt zu verwenden. Eine Aufstellung der Verwendungszwecke der Schenkung aus der Erbschaft der Fräulein Minna Löwenstein belegt, dass neben Bedürftigen der Stadt auch der örtliche Berg- und Verschönerungsverein im Mai 1936 200 RM erhielt mit der Bestimmung, diese Summe für Sitzbänke am Bahnhof, an der Badeanstalt und am Waldesrand auszugeben. Außerdem sollte das Geld für die Anschaffung von Nistkästen und zur Anlage eines Vogelschutzgehölzes verwendet werden. Einigermaßen grotesk mutet es an, dass mitten im Zweiten Weltkrieg, am 22.3.1941, eine Firma Gottmann in Rinkerode beauftragt wurde, „Nisthölen“ (sic) bereitzustellen. Die einzigen Juden, die aus der Schenkung der Minna Löwenstein Unterstützungen erhielten, waren [Henriette] Goldschmidt (*31.7.1849 Rabber, gest. 28.1.1937 Preußisch Oldendorf), die am 22.12.1936 den Erhalt von 50 RM quittierte, und der einzige jüdische Überlebende der Shoa aus der Stadt Preußisch Oldendorf, Alfred Ehrlich, der im April 1946 250 RM erhielt. Mit anderen Worten: Alfred Ehrlich, der mehrere Vernichtungslager überlebt hatte, wurde 21,9% der Schenkung der Minna Löwenstein zugestanden, während dem örtlichen Berg- und Verschönerungsverein schließlich 58% der Erbschaft zugute kam.⁴⁵

⁴¹ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.17

⁴² Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.19

⁴³ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.35

⁴⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 17.19; C I 17.35

⁴⁵ StdtA Preußisch Oldendorf, III F 1.2

4.7 Zusammenfassung

Die Entwicklung jüdischer Identität in den ostwestfälischen jüdischen Kleinstadtgemeinden, deren Synagogenbezirke in einem mehrheitlich evangelisch-protestantisch ausgerichteten Umfeld gebildet wurden, hing einerseits zweifellos von der Ausbildung und Ausrichtung ihrer zuständigen Bezirksrabbiner und von den in den Gemeinden angestellten Lehrern und Geistlichen ab, andererseits beeinflusste die Politik und ideologische Ausrichtung des preußischen Staats, der vor Ort mit seinem staatlichen Apparat vertreten war, die wirtschaftliche und kulturelle Interaktion zwischen Juden und Nichtjuden.

Die Übernahme der Schulaufsicht durch den preußischen Staat (1824) - lokal vertreten durch evangelische Orts- und Kreisschulinspektoren - und die durch die westfälische Provinzialregierung geförderte Einrichtung eines jüdischen Lehrerseminars (1825-1925) in Münster formte die pädagogische und fachliche Ausbildung eines neuen, akkulturierten Lehrertyps und löste den alten jüdischen Lehrertyp, der hauptsächlich die religiösen und ethischen Fächer lehrte, ab. Während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch jüdische Männer in einigen Gemeinden des Untersuchungsgebietes (Rahden, Preußisch Oldendorf, Versmold und Halle) lebten, die ausschließlich die jüdischdeutsche Schrift verwendeten, muss davon ausgegangen werden, dass die Lehrer des neuen Typs ihre Schüler mit beiden Schriftsystemen, dem Jüdischdeutschen und dem Lateinischen, vertraut machten.

Allerdings lehrten auch die ca. 80 jüdischen Lehrer des neuen Typs, die in den Gemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. im 19. und 20. Jahrhundert angestellt wurden, ihre Schüler die wichtigsten Gebete in der Ursprache Hebräisch, zusätzlich unterrichteten sie aber einen im Vergleich zum alten Lehrertyp erweiterten Fächerkanon, in dem neben der deutschen Sprache auch so genannte Realien (Geographie, Sachunterricht), Gesang und Turnunterricht vertreten waren.

Dauerhaft konnten im Kreis Halle i.W. nur in den Gemeinden Werther und zeitweise auch in Borgholzhausen, und im Kreis Lübbecke in den Gemeinden Lübbecke, Preußisch Oldendorf, Levern und Rahden jüdische Privatelementarschulen unterhalten werden, da in diesen Gemeinden die Finanzierung scheinbar gesichert, die notwendige Kinderzahl vorhanden war und geeignete Lehrer gefunden werden konnten. Mit der Abnahme jüdischer Steuerzahler infolge des Abwanderungs-, Veralterungs- und Verbürgerlichungsprozesses bemühte sich die jüdische Gemeinde in Werther seit den 1860er Jahren, diejenige in Lübbecke spätestens seit 1909 um städtische Zuschüsse bzw. um die Erhöhung des Zuschusses zur Finanzierung des jüdischen Religionsunterrichts. Die jüdischen Vorstände verwiesen bei ihrer Antragstellung auf das Argument, dass die jüdischen Steuerzahler überproportional hohe Kommunalsteuern entrichteten. Tatsächlich wurden Zuschüsse zu den jüdischen Kultuskosten von den genannten Stadtverwaltungen auch gewährt, sie müssen jedoch in ihrer Relativität bewertet werden. Denn die jüdische Gemeinde Werther beispielsweise, die im Jahre 1899 ca. 3% der allgemeinen

Kleinstadtbevölkerung zählte, trug nicht weniger als 10% zu den lokal erhobenen Schulsteuern bei. Fünf Jahre später betrug der städtische Zuschuss zu den jüdischen Kultuskosten in Werther 23,8% der gesamten von den jüdischen Schulgemeindemitgliedern gezahlten Schulsteuern. Deshalb wunderte es nicht, dass die jüdische Gemeinde Werther seit 1899 und die jüdische Gemeinde Rahden seit 1907 mit Hilfe des Verbandes der Synagogengemeinden Westfalens (gegr. 1891) Anträge zur Umwandlung ihrer Privatelementarschulen in öffentliche Schulen an die Bezirksregierung stellten, da öffentliche jüdische Schulen großzügiger subventioniert wurden. Letztlich erfolgreich mit dieser Politik waren nur die jüdischen Schulinteressenten in den Gemeinden Kleinendorf und Großendorf (Rahden), wo 1908 eine jüdische Schulgemeinde gebildet wurde und von 1908-25 eine öffentliche jüdische Schule eingerichtet wurde.

Der von der ganzen Gemeinde angestellte Lehrer wurde in erster Linie als Geistlicher angesehen, der im Laufe des Festtagszyklus seine synagogalen Dienste (Kantorat) auszuüben hatte, daneben auch Beschneidungszeremonien, Bar- und Batmizwafeiern, Trauungen und Beerdigungen durchführte.

Die allgemeine ideologische Ausrichtung der jüdischen Gemeinden im Untersuchungsgebiet im religiösen Sinne war reformorientiert bis konservativ, keinesfalls radikalreformorientiert oder neo-orthodox. Denn diese Ausrichtung wurde auch im jüdischen Lehrerseminar in Münster eingehalten, aus dem zahlreiche Lehrer in die Gemeinden des Untersuchungsgebiets vermittelt wurden. Merkmale des reformorientierten jüdischen Gottesdienstes waren die deutschsprachigen Anteile, die Predigt nach evangelischem Vorbild, eine modernisierte Trauzeremonie, die „Konfirmation“ der Jungen und Mädchen, Chormusik und Orgel- bzw. Harmoniumbegleitung.

Diese Merkmale waren schon Ziele, die im Rahmen einer Konsistorialverfassung (1808) Teil einer ersten jüdischen Kultusreform im Königreich Westfalen, an der auch der Bielefelder Rabbiner Moses Friedheim mitgearbeitet hatte, sein sollten.¹ Diese pedantische Gottesdienstreform, die das Konsistorium unter der Präsidentschaft Israel Jakobsons ausarbeitete, wurde allerdings von den Gemeinden des Königreichs Westfalen vehement abgelehnt.²

Erst im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden reformorientierte Elemente in die Gottesdienste der Gemeinden Lübbecke und Borgholzhausen eingeführt. Relativ spät seit etwa 1887 begleitete auch Harmoniummusik den Gottesdienst der Gemeinde in Levern, nachdem dort die neue Synagoge im Jahre 1873 erbaut worden war. Eher konservativ waren die Ausrichtungen der Gemeinden Versmold und Werther, zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, denn in Versmold wurde der Gottesdienst ausschließlich in Hebräisch gehalten und die Gemeinde in Werther weigerte sich im Jahre 1828, Moses Büdingers deutschsprachige Kinderbibel als Unterrichtsmittel einzuführen.

¹ Vgl. Minninger, Monika; Stüber, Anke; Klussmann, Rita (Bearb.): Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Bielefeld 1988, S. 80

² Vgl. Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 13

Schon vor Einführung des Gesetzes vom 23.7.1847 entschieden sich die jüdischen Gemeinden Borgholzhausen (1822) und Versmold (1830) zum Bau neuer Synagogen. Die jüdische Gemeinde von Werther erweiterte ihre Synagoge im Jahre 1840. Auch die übrigen Gemeinden im Untersuchungsgebiet legten im Zeitraum von 1850-1900 Wert darauf, ihre Gottesdienste in neuen oder erneuerten Synagogen abzuhalten (Rahden 1852; Lübbecke 1855; Halle 1859; Preußisch Oldendorf 1863; Levern 1873; Versmold 1900). Mit Ausnahme der Synagoge in Halle i.W. waren alle Synagogen im Besitz der jüdischen Gemeinden.

Während die alte angemietete Synagoge in Versmold aus Fachwerk erbaut wurde, eine zentrierte Bima (hebr. Bamah = dt. Bühne; Podium; Altar) zur Verlesung der jeweiligen Thoraabschnitte und eine Frauenempore hatte und im ländlichen Umfeld situiert war, befand sich die neue, aus Stein gebaute Synagoge in der Mitte der Stadt und war insofern kirchenähnlich angelegt, als sie je fünf Sitzreihen für Männer und Frauen auf beiden Seiten des Mittelganges hatte. Die zentrierte Bima war verschwunden, und die Sicht der Gottesdienstbesucher war auf die Heilige Lade (hebr. Aron ha-kodesh) und auf das Pult des Vorlesers am östlichen Ende der Synagoge gerichtet.

Das Gesetz vom 23.7.1847 machte aus bloß geduldeten jüdischen Privatvereinigungen Korporationen des öffentlichen Rechts, deren Verwaltungspersonal und Etats vom Staat beaufsichtigt wurden. Der Vorteil dieses Rechtsstatus bestand darin, dass die Gemeindefinanzierung mit Hilfe des Staates organisiert und durchgesetzt werden konnte. Außerdem wurden jüdische Familien in kleinen Dörfern gezwungen, sich dem Synagogenbezirk des Hauptortes zuzuordnen.

Allerdings konnte das Gesetz nicht alle jüdischen Familien zwingen, sich dem von der staatlichen Verwaltung und der Hauptgemeinde definierten Synagogenbezirk einzuordnen. Im Kreis Halle i.W. hatten sich die Brüder Weinberg in Bockhorst schon vor Inkrafttreten des Gesetzes von der Hauptgemeinde in Versmold aufgrund von Meinungsverschiedenheiten getrennt, hielten Privatandacht in ihrem Haus und engagierten einen Familienlehrer für ihre Kinder. Im Kreis Lübbecke zogen es die Familien in Dielingen aus rituellen Gründen vor, weiterhin die Synagoge im nahegelegenen hannoverschen Lemförde zu besuchen, anstatt am Gottesdienst im entfernteren Levern teilzunehmen. Die drei Familien in Wehdem - wie Hillebrand zeigte - orientierten sich teils ebenfalls nach Lemförde, teils nach Levern.

Jüdische, vereinsmäßig organisierte oder auch individuelle Wohltätigkeit als traditionelle handlungsleitende jüdische Wertvorstellung, richtete sich zunächst auf Mitglieder desselben kulturellen Systems, kam aber auch Nichtjuden in Form von Spenden, testamentarischen Schenkungen und legierten Zinsbeträgen zugute.

Kapitel 5

Einbindende und ausgrenzende gesellschaftliche Kräfte vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg

5.1 Formen der sozialen Einbindung

5.1.1 Voraussetzungen zur Integration der jüdischen Bürger in das sozialpolitische Kleinstadtleben des Untersuchungsgebiets

Während die Juden in den Gemeinden des späteren Kreises Rahden bzw. Lübbecke im Hoheitsgebiet des Königreichs Westfalen (1807-13) dieselben Bürgerrechte erhielten wie die Nichtjuden, schränkte das so genannte „schändliche Dekret“ vom 17.3.1808, das in den östlichen Departements des Kaiserreichs Frankreich Geltung hatte, die Kreditgeschäfte, die Handels- und Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit der Juden wieder ein.¹ Von den Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten aufgrund dieses Dekrets waren auch vermutlich die Juden der Kleinstädte Vermold, Halle i.W., Borgholzhausen und Werther betroffen, da die heutigen Amtsbezirke Vermold und Borgholzhausen sowie Teile von Halle i.W. und Werther seit 1811 zum Kaiserreich Frankreich im Arrondissement Osnabrück des neugeschaffenen Ober-Ems-Departement, dessen Hauptstadt Osnabrück war, gehörten.²

Die Steinsche Städteordnung vom 19.11.1808 wurde nach dem Frieden von Tilsit (9.7.1807) nicht in den bis dahin preußischen Teilen des Rheinlandes und Westfalens eingeführt, wo das französische Gemeinderecht Geltung hatte. Das Emanzipationsedikt von 1812, wonach die Juden das Staatsbürgerrecht erhielten, galt nur für die östlichen Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen, nicht jedoch für die 1815 neugeschaffenen Provinzen Rheinland und Westfalen. Die Juden in den Gemeinden des Kreises Rahden, die zum Königreich Westfalen gehört hatten, besaßen zwar nach 1815 weiterhin das Staatsbürgerrecht, hatten jedoch ihre politischen Rechte verloren.³

Auf der rechtlichen Ebene ermöglichte es die Einführung der Revidierten Städteordnung vom 17.3.1831 und der Westfälischen Landgemeindeordnung vom 31.10.1841 für kleine Städte mit 2.500 Einwohnern und mehr, dass jüdischen Einwohnern der Kleinstädte des Untersuchungsgebietes das Bürgerrecht mit oder ohne Vereidigung und das damit verbundene aktive und passive Wahlrecht verliehen werden konnte, sofern sie die entsprechenden eigentumsrechtlichen und moralischen Qualifikationen erfüllten und über das Staatsbürgerrecht als

¹ Vgl. Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 27

² Vgl. 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.), S. 13f; Westheider, Rolf: Vermold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994, S. 112; derselbe (Hg.): Chronik der Land- und Stadtgemeinde Borgholzhausen, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Festschrift aus Anlaß des 275jährigen Stadtrechtsjubiläums, der Bildung der Stadt Borgholzhausen durch die Kommunalreform 1969 und des Austausches der Partnerschaftsurkunden zwischen den Städten Borgholzhausen und New Haven (Missouri), USA, am 17. April 1994. Borgholzhausen 1994, S. 55f; Stieghorst, Erika: Werther. 1000 Jahre von „wartera“ bis Werther. Eine Heimatchronik mit Berichten aus der Geschichte von Ereignissen und Menschen mit Bildern und Karten. Bielefeld 1992, S. 157f

³ Vgl. Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, S. 18

Voraussetzung zum Erwerb des Stadtbürgerrechts verfügten. Die jüdischen Bürger blieben nur von den Ämtern des Bürgermeisters und Oberbürgermeisters, nicht aber vom passiven Wahlrecht, ausgeschlossen.⁴ Das bedeutete also theoretisch, dass sie zum Beispiel zu Stadtverordneten gewählt werden konnten.

Von den jüdischen Einwohnern des Amtes Halle i.W. besaßen im Jahre 1831 42 von 55 (76,4%) das Staatsbürgerrecht⁵, drei Jahre später hatten angeblich alle jüdischen Einwohner des Amtes das Staatsbürgerrecht. In der Stadt Werther im Kreis Halle i.W. gab es im Jahre 1820 66 jüdische Einwohner mit staatsbürgerlichen Rechten und 5 ohne; im Jahre 1831 besaßen 92 jüdische Einwohner das Staatsbürgerrecht, 10 nicht, und im Jahre 1837 genossen 101 jüdische Einwohner von Werther staatsbürgerliche Rechte und nur einer war ohne Staatsbürgerrecht.⁶

Juden ohne staatsbürgerliche Rechte im Jahre 1820 waren z.B. Knechte und Mägde. Der Lehrer Baruch Alge Elson in Werther (1836-40) besaß zwar das Staatsbürgerpatent für Posen, woher er stammte, nicht jedoch eines für Westfalen, da ihm die Gemeinde Werther das Niederlassungsrecht verweigerte.

Wie begrenzt im Vormärz die politische Partizipationsmöglichkeit der jüdischen Bürger von Halle i.W. war, wird an einem Beispiel mit Bezug auf das Jahr 1835 deutlich. Die Kreisstadt zählte 1.339 Einwohner und 237 Familienoberhäupter, von denen 114 (48,1%) das aktive Stimmrecht hatten. Unter diesen gab es nur einen einzigen jüdischen Bürger (Kaufmann Philipp Stern). Außerdem genossen nur 39 Familienoberhäupter (16,5%) das passive Wahlrecht.⁷

Auf Provinzebene stimmten als erste die Vertreter der Rheinischen Ständeversammlung in Düsseldorf im Juli 1843 mit 58 gegen 5 Stimmen für die volle Emanzipation der Juden, während die Abgeordneten der Westfälischen Provinzialständeversammlung in Münster die Frage der Emanzipation der Juden in den Jahren 1841 und 1845 vertagten.⁸

Der politische Verbürgerlichungsprozess der jüdischen Einwohner von Lübbecke begann im 19. Jahrhundert, nachdem die Stadt nach dem Frieden von Tilsit (9.7.1807) zum Königreich Westfalen (1807-1813) geschlagen worden war, in dem der Artikel 10 der Verfassung vom 15.11.1807 die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetz und die freie Religionsausübung garantierte. Die

⁴ Vgl. Wex, Norbert: Staatliche Bürokratie und städtische Autonomie. Entstehung, Einführung und Rezeption der Revidierten Städteordnung von 1831 in Westfalen. Paderborn 1997, S. 292; Brammer, Annegret H.: Judenpolitik und Gesetzgebung in Preußen 1812-1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869. Berlin 1987, S. 124; Herzig (1973), S. 81; Toury, Jacob: Types of Jewish Municipal Rights in German Townships. The Problem of local Emancipation, in: LBIYB, Bd. XXII (1977), S. 74; derselbe, Der Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung im vormärzlichen Deutschland, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts. Frankfurt a.M., Bd. 23 (1963), S. 265, 274. Hier heißt es: „In Minden (Weser) war seit 1838 der Bankier Louis Levysohn Stadtrat.“

⁵ Vgl. StdtA Halle, A 609

⁶ Vgl. KAGt, H 2 H LR1 169.1

⁷ Vgl. StdtA Halle, A 119

⁸ Vgl. Minninger, Monika: Ostwestfälische Juden zwischen Emanzipation, Kultusreform und Revolution, in: Vogelsang, Reinhard; Westheider, Rolf (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998, S. 163; Herzig (1973), S. 83

Juden wurden in einem Emanzipationsgesetz vom 27.1.1808 den Nichtjuden gleichgestellt.⁹ Hüffmann stellte die Anfänge der stadtrechtlichen Verbürgerlichung der jüdischen Einwohner von Lübbecke wie folgt dar:

„[...] Im Königreich Westfalen (1807-1813) wurden den Juden erstmals Bürgerrechte zugestanden. Nach Art. 5 des königlich-westfälischen Dekrets vom 31. März 1808 mußten Juden sowohl in die Zünfte als auch in die Bürgerschaft aufgenommen werden. Aufgenommen wurde jeweils das Familienoberhaupt, wie es die französische Gesetzgebung vorschrieb; so am 28. Oktober 1808 in Lübbecke: Joseph Marcus Eichbaum, Nathan Moses Steinberg, Simon Moses Rosenberg, Bendix Feibes Boas, Lazarus Hirsch Marchenheimer, Abraham Ginzberg Adeler und Abraham Jacob Münstermeyer. Sie bezahlten jeweils 1 Reichstaler und 6 Groschen für den Feuereimer und denselben Betrag als Sitzungsgebühr. Als Ortseingesessene brauchten sie kein Bürgergeld zu entrichten.[...]“¹⁰

Am 30.7.1842 luden der Landrat des Kreises Lübbecke, Adolf von der Horst, und der Bürgermeister von Lübbecke, Wilmanns, alle Bürger der Stadt mit aktivem und passivem Stimmrecht nach dem Gesetz vom 31.10.1841 ein, an der Wahl der Stadtverordneten am Sonntag, dem 11.9.1842 im Rathaus von Lübbecke teilzunehmen. Zuvor sollte um 9 Uhr morgens ein Gottesdienst in der St. Andreas Kirche stattfinden. Die gewählten Stadtverordneten sollten später darüber beraten, ob die Revidierte Städteordnung vom 17.3.1831 eingeführt werden sollte oder die Westfälische Landgemeindeordnung. In dieser Wahl sollten 9 Stadtverordnete, die Hälfte von ihnen Grundbesitzer, und 9 Stellvertreter gewählt werden. Ausdrücklich wurde auf § 68 der Städteordnung hingewiesen, wonach es unter Androhung des Verlustes des Stimmrechts Bürgerpflicht war, an der Stadtverordnetenwahl teilzunehmen. Nicht teilnehmende Bürger waren an die Beschlüsse der Teilnehmenden gebunden.¹¹ Qualifiziert zum Erwerb des Bürgerrechts mit aktivem und passivem Stimmrecht waren alle männlichen Einwohner, die in der Stadt wohnten, „unbescholtenen Rufes“ waren und über ein Mindestgrundvermögen von 300 Talern verfügten. Aus einem angeschlossenen Verzeichnis geht hervor, dass es im Jahre 1842 insgesamt 75 zu Stadtverordnete wählbare Bürger, darunter 7 jüdische Kaufleute und einen Fleischer (10,7%), in Lübbecke gab. Wenn man bedenkt, dass der Anteil der Juden an der allgemeinen Stadtbevölkerung ein Jahr später nur ca. 4,3% betrug, wird der Grad des sozialen Aufstiegs und der Grad der Zugehörigkeit zum grundbesitzenden alten Mittelstand der Juden von Lübbecke im Vormärz deutlich. Auch wenn die Mindestqualifikationen zur Wählbarkeit als Stadtverordneter seit 1844 auf ein jährliches Einkommen von 400 Talern oder ein Grundvermögen von 3.000 Talern angehoben wurden, verringerte sich die Zahl der jüdischen Qualifikanten nicht, sondern vermehrte sich in den nächsten Jahren von acht auf elf.¹²

⁹ Vgl. Minninger, Monika; Stüber, Anke; Klusmann, Rita: Einwohner – Bürger – Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld. Bielefeld 1988, S. 80; Herzig (1973), S. 12; Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988, S. 50

¹⁰ Hüffmann, Helmut: Bürgergeld und Bürgeraufnahme in Lübbecke, in: Mindener Beiträge 20. An Weser und Wiehen. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Landschaft. Minden 1983, S. 277

¹¹ Vgl. StdtA Lübbecke, B 2.8

¹² Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4a. Zum Ausschluss der Frauen von der Stadtverordnetenwahl nach der Steinschen Städteordnung von 1808 und der revidierten Städteordnung von 1831 siehe Frevert, Ute: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München 1995, S. 74-83

Bei der Stadtverordnetenwahl am 11.9.1842 waren insgesamt 75 männliche Einwohner von Lübbecke als Stadtverordnete wählbar, darunter 8 Juden (10,7%), ohne dass jedoch ein jüdischer Bürger zum Stadtverordneten gewählt worden wäre.¹³

Offensichtlich entschieden sich die schließlich gewählten Stadtverordneten von Lübbecke dafür, die kostengünstigere, dezentralisierte Verwaltungsform der Westfälischen Landgemeindeordnung vom 31.10.1841 einzuführen, denn sie trat hier am 1.11.1843 in Kraft. Danach wurden die Landgemeinden, die unter französischer Verwaltung ihre Verwaltungseinrichtungen verloren hatten, neugeschaffenen Ämtern zugeordnet. Die Landgemeinden Gehlenbeck, Nettelstedt, Isenstedt und Frotheim wurden dem Amt Gehlenbeck angegliedert, und Schnathorst mit Tengern, Holsen, Bröderhausen, Hüllhorst, Ahlsen, Reineberg und Büttendorf wurden dem Amt Schnathorst zugeordnet. Die Gemeinden Blasheim, Holzhausen, Börninghausen, Oldendorf und die Stadt Preußisch Oldendorf wurden zum Amt Oldendorf zusammengefasst. Als eigener Verwaltungsbezirk war die Stadt Lübbecke mit einer „Viril-Stimme“ im Kreistag vertreten, die Rittergutsbesitzer mit 7 und die Ämter mit 11 Stimmen.¹⁴

Der Grad der Teilnahme der jüdischen Bürger von Lübbecke an den Stadtverordnetenwahlen im Vormärz und nach dem Scheitern der demokratischen Bewegung war nicht einheitlich hoch, sondern schwankte zwischen 75% (1842) und 27% (1849).

Die geringe jüdische Wahlbeteiligung am 30.12.1849 mag auf die Enttäuschung der jüdischen Bürger von Lübbecke über das Scheitern der Paulskirchenbewegung zurückzuführen sein. Wenige Wochen später führte Preußen eine revidierte monarchische Verfassung (31.1.1850) ein, die mit ihrem Artikel 14 die Möglichkeit schuf, Juden wieder aus allen Staatsämtern auszuschließen. Das undemokratische, indirekte Dreiklassenwahlrecht zur Wahl der Abgeordneten des Preußischen Abgeordnetenhauses war schon 1849 eingeführt worden. Sozialökonomische Gründe können für das Fernbleiben der jüdischen Bürger von Lübbecke nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn von den 11 geladenen jüdischen Bürgern besaßen 7 Grundbesitz von über 2.000 Talern und 4 weitere hatten ein jährliches Einkommen von 300 Talern oder mehr.¹⁵

Es gibt jedenfalls Hinweise darauf, dass wenigstens eine jüdische Familie in Lübbecke mit den vom preußischen Obrigkeitsstaat verfolgten Demokraten sympathisierte. Aus einem Brief des Demokraten Abraham Jacobi an seine Freundin Fanny Meyer in Minden vom 27.10.1850 ging hervor, dass Familie Maass aus Lübbecke und ihre Verwandtschaft in Minden Lose „für eine Organisation in Genf, die verfolgte Demokraten unterstützte“, gekauft hatte. Da Bernhard Maass als Grundeigentümer von über 3.000 Talern schon zur Stadtverordnetenwahl am 2.1.1848 zusammen mit 8 weiteren jüdischen und 52 nichtjüdischen Bürgern der Stadt Lübbecke

¹³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 2.8

¹⁴ Vgl. Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, 2. Aufl., S. 53; derselbe, Unterschichten und Obrigkeit. Zur sozialen Lage der städtischen und ländlichen Unterschichten im Raum Lübbecke in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Vogelsang, R.; Westheider, R. (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998, S. 64

¹⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4a

eingeladen worden war, er selbst es aber vorzog, mit seinem Sohn Felix (Selig Bernhard) im Jahre 1851 nach Amerika auszuwandern und im Juni 1853 seine Frau Frommet und seine übrigen acht Kinder nachkommen zu lassen, können wir den Schluss ziehen, dass er nicht ausschließlich aus ökonomischen Gründen auswanderte, sondern auch aus dem Grund, weil seine Sympathien für die Demokratiebewegung enttäuscht worden waren.¹⁶

Tabelle 56: Wahlbeteiligung der zu Stadtverordneten wählbaren jüdischen Bürger von Lübecke in % der wählbaren Juden und in % aller wählbaren Bürger

Stadtverordnetenwahl	in % der jüdischen Bürger	in % aller Bürger
11.09.1842	75% (6 von 8)	8,0% (6 von 75)
15.12.1844	25% (2 von 8)	2,8% (2 von 70)
27.12.1846	44,4% (4 von 9)	?
27.12.1846	allgemeine Wahlbeteiligung: 138 von 205 (67,3%)	
02.01.1848	44,4% (4 von 9)	6,5% (4 von 61)
31.12.1848	63,6% (7 von 11)	6,8% (7 von 103)
30.12.1849	27,3% (3 von 11)	3,1% (3 von 96)
28.12.1851	55,5% (5 von 9)	4,6% (5 von 109)
28.12.1851	allgemeine Wahlbeteiligung: 93 von 212 (43,9%)	

Quellen: StdtA Lübecke, B 2.8; B 4.4a

Nach einer Einschätzung von Toury gab es unter den aktiven jüdischen Politikern im Vormärz 13% Konservative, 8% Nationalisten, 32-35% gemäßigte Liberale, 32-35% Radikaldemokraten und 11-12% Sozialisten, während die passive jüdische Bevölkerung zu 55-60% konservativ und loyalistisch orientiert war und Nationalisten praktisch überhaupt gar keine Rolle spielten. Toury schätzte weiter, dass 30-35% der passiven jüdischen Bevölkerung gemäßigte Liberale, 9% Radikaldemokraten und 0,1% Sozialisten waren.¹⁷ In Lübecke dauerte es noch bis zum Jahre 1865, als der erste jüdische Bürger, der Manufakturwarenkaufmann Moses N. Rosenberg, offensichtlich zum Stadtverordneten gewählt worden und mit zwei weiteren Bürgern von Lübecke als Mitglied im Eichungsamt tätig war.¹⁸

5.1.2 Teilnahme an der Lokalpolitik

Vor der so genannten „Neuen Ära“, seit deren Beginn der neue Prinzregent Wilhelm von Preußen (1858) ankündigte, einen Aussöhnungskurs mit dem Bürgertum zu steuern, sind keine jüdischen Lokalpolitiker in den Kreisen Lübecke und Halle i.W. nachweisbar.

Da die jüdischen Bürger in erster Linie ihre Interessen als Kauf- und Handelsleute gefördert und vertreten sehen wollten, verwundert es kaum, dass sich im Februar 1842 8 jüdische von insgesamt 19 Kaufleuten von Lübecke (42,1%) bereit erklärten, die geplante Einrichtung einer Handelskammer in Bielefeld oder vorzugsweise in Minden zu unterstützen, die sie „für sehr nützlich und wünschenswerth“ hielten.¹

¹⁶ Vgl. Herzig, Arno: Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Biefe. Dokumente. Presseartikel (1848-1853). Minden 1980, S. 85 u. 121, Anmerkung 44

¹⁷ Vgl. Toury, Jacob: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar. Tübingen 1966, S. 27

¹⁸ Vgl. StdtA Lübecke, B 3.13

¹ Vgl. StdtA Lübecke, B 55.16

Der Manufakturwarenkaufmann Moses Nathan Rosenberg aus Lübbecke fungierte als stellvertretendes Handelskammermitglied in Minden von Ende 1865 bis Ende 1868 und als reguläres Mitglied von Ende 1868 bis Ende 1871.² Als Mitglied des Eichungsamtes fungierte M.N. Rosenberg als vermutlich erster jüdischer Stadtverordneter von Lübbecke zusammen mit Senator Hunke und Kaufmann Lümekemann in den Jahren 1865 bis 1866 und als Mitglied der Revisionskommission der städtischen Rechnungen von 1875 bis Ende 1880. Im Januar 1877 unterstützte Kaufmann M.N. Rosenberg als Wahlmann die Wiederwahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten General der Infanterie a.D. von Etzel für den Reichstagswahlkreis Minden-Lübbecke, der jedoch an den konservativen Kandidaten von Nathusius-Ludom fiel.³

Die Lübbecke Kaufleute von Stiften, Gerlach, Pohlmann und der Stadtverordnete und das Handelskammermitglied Alfred Löwenstein unterstützten in ihrem Schreiben vom 26.8.1912 an die Mindener Regierung das Gesuch von mehr als zwei Dritteln der ca. 120 Geschäftsinhaber in Lübbecke zur Einführung des 8-Uhr-Ladenschlusses anstelle des bestehenden 9-Uhr-Ladenschlusses.⁴ Tatsächlich verordnete die Bezirksregierung schließlich den 8-Uhr-Ladenschluss, der am 1.11.1912 eingeführt wurde.

Die Initiative zur Einführung des um eine Stunde vorgezogenen Ladenschlusses ging auf den Vertrauensmann und Schriftführer des Kreisvereins Lübbecke des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Moritz Lazarus, einen Bruder von Max Lazarus, zurück. Das Gesuch vom 26.5.1910, das an die Polizeibehörde Lübbecke gerichtet war, berief sich auf § 139f, Absatz 1 der Gewerbeordnung und betonte, dass eine frühere Beendigung der Arbeit durch die Einführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses für Geschäftsinhaber und Angestellte „in allen in Betracht kommenden Orten als segensreich“ angesehen würde.⁵ Die Gegner eines früheren Ladenschlusses hatten zu bedenken gegeben, dass die Arbeiter der Firmen, die zwischen 19.30-20.00 Uhr schlossen, kaum mehr Zeit zum Einkaufen finden würden und die Angestellten bei verkürzter Arbeitszeit angestrenzter arbeiten müssten.

Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig (V.d.H.) wurde „aufgrund des Versagens des Gewerksvereins deutscher Kaufleute“ am 29.7.1881 in Leipzig gegründet. Der V.d.H. hatte Ende 1905 67.277 Mitglieder, die in 483 Kreisvereinen organisiert waren.⁶ Die Leiter der Kreisvereine hatten die Aufgabe, bei den unorganisierten Berufskollegen für die Ideen des Verbandes zu werben.⁷ Die Zwecke des Verbandes bestanden zunächst in der Unterstützung bei

² Vgl. ebd.

³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 3.13; B 4.25; Lübbecke Kreisblatt Nr. 2 vom 6.1.1877; Hoener, Erich: Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866 bis 1896. Bielefeld 1923, Anhang, S. 107

⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.81

⁵ Vgl. ebd.

⁶ Vgl. Mehl, Walter: Die historische Entwicklung und die sozialen Ziele des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen. Greifswald 1928, S. 14

⁷ Vgl. ebd., S. 11

Stellenlosigkeit, Stellenvermittlung und Rechtsschutz, später wurde eine Witwen-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversorgungskasse gegründet.⁸

Im Unterschied zu dem unter Mitwirkung des jüdischen Buchhalters und späteren Schriftführers des „Handlungsgehilfenblatts“, Max Josephson, und des Redakteurs der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, Richard Lipinski, im Jahre 1897 in Leipzig gegründeten Zentralverband der Handlungsgehilfen, der mit den sozialdemokratischen Arbeitergewerkschaften (Generalkommission der freien Gewerkschaften) kooperierte, verfolgte der V.d.H. einen Kurs der parteipolitischen Neutralität.⁹ Diese neutrale Haltung nahm der V.d.H. allerdings nur gegenüber den Behörden ein, nicht aber gegenüber der Freien Vereinigung der Kaufleute, die von Richard Lipinski 1890 ebenfalls in Leipzig gegründet worden war und die eng mit der modernen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie zusammenarbeitete. Aus diesem Grunde war die Freie Vereinigung der Kaufleute in Leipzig nicht nur dem Druck der sächsischen Vereinsgesetzgebung und der Überwachung durch die Polizei ausgesetzt. Zudem forderte der Vorstand des V.d.H., der von der Polizei toleriert wurde, seine Mitglieder auf, die Versammlungen der Freien Vereinigung zu sprengen oder zu vereiteln, da der V.d.H. mit der Konkurrenz einer sozialdemokratischen Angestelltenvereinigung nicht einverstanden war.¹⁰

Im Gegensatz zum Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (gegr.1893), der nach seiner Satzung Juden und Personen jüdischer Herkunft als Mitglieder ausschloss, sich fremdenfeindlicher und antisemitischer Agitation bediente und die Interessen der Angestellten als mittelständisch deutete, betonte der Zentralverband die proletarische Klassenlage der Angestellten, die sich aus ihrer Unselbständigkeit ergab. Im Jahre 1911 hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 110.000 Mitglieder, der Zentralverband nur 15.000 Mitglieder.¹¹

Spätestens seit 1932 fungierte Moritz Lazarus als 1. Schriftführer in der wichtigsten Republikschutzorganisation, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Das bedeutete, dass Moritz Lazarus als Angestellter der Firma Nathan Ruben nach dem Ersten Weltkrieg seine politische Orientierung insofern änderte, als er sich, vermutlich aus einem Krisen-bewusstsein heraus, der SPD zuwandte, die im Reichsbanner aufgrund der Mehrheit der SPD-Mitglieder die Hauptlast tragen musste.¹²

Als am 2.12.1904 der Bürger-Verein für städtische Angelegenheiten zu Lübbecke in Westfalen gegründet wurde, gehörte zu seinen ca. 100 Mitgliedern - Kaufleute, Handwerker und Arbeiter - auch der Fleischer Feodor Hurwitz.¹³ In einer Versammlung dieses Vereins am 10.3.1907 im Hotel Rühle brachte Kaufmann Alfred Löwenstein den Antrag ein, anstelle des Kleinbahnprojekts

⁸ Vgl. ebd., S. 10

⁹ Vgl. ebd., S. 12f; Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a.M. 1986, S. 148

¹⁰ Vgl. Lange, Paul: Die soziale Bewegung der kaufmännischen Angestellten. Berlin 1920, S. 178; zur Kurzbiographie von Richard Lipinski siehe: Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München. New York. London. Paris 1988, S. 238

¹¹ Vgl. Massing, S. 148, 251, Anmerkung 273; Lange, S. 185

¹² Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2379

¹³ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 3.29

Lübbecke-Levern die Automobilgesellschaft „seitens der Stadt Lübbecke sowie der anliegenden Ortschaften“ zu fördern.¹⁴ Deshalb war es auch folgerichtig, dass Alfred Löwenstein später am 15.12.1921 mit acht weiteren Herren in die Verkehrskommission gewählt wurde.¹⁵ Der Bürgerverein übernahm auch insofern politische Funktionen, als er aus dem Kreis seiner Mitglieder Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl am 25.2.1908 auswählte.

Die oben erwähnte verkehrspolitische Forderung bestätigt die Beobachtung, dass Juden sich aktiv am regionalen Modernisierungsprozess beteiligten. Lange Jahre seines Lebens war Alfred Löwenstein sowohl in der jüdischen Gemeinde als Vorstandsmitglied als auch kommunalpolitisch als Stadtverordneter und Mitglied mehrerer Kommissionen, als Mitglied der Handelskammer und als Schöffe äußerst rege ehrenamtlich und wohlätig im öffentlichen Leben der Stadt Lübbecke aktiv.¹⁶

Während der konjunkturell stabilsten Zeit der Weimarer Republik nahm der Kleiderfabrikant Albert Ruben an 22 Ratssitzungen vom 9.10.1924 bis zum 15.3.1929 als Stadtverordneter von Lübbecke teil.¹⁷ Albert Ruben vertrat bürgerliche Interessen. Bei der Stadtverordnetenwahl am 17.11.1929 kandidierte er zusammen mit einem Justizsekretär i.R., einem Betriebsleiter, einem Werkmeister, einem Zigarrenfabrikanten und einem Justizinspektor als Repräsentant des Bürgerblocks. Albert Ruben fungierte auch als Wahlbeisitzer des II. Stimmbezirks im Wahlraum des Gastwirts Spilker, Gänsemarkt 1, für die Wahlen zum Reichstag und Preußischen Landtag am 20.5.1928 und für die Stadtverordneten-, Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen am 17.11.1929.¹⁸

Schon sein Vater, der Kleiderfabrikant Julius Ruben, war als einer von insgesamt acht liberalen Wahlmännern der Stadt Lübbecke in der Wahlmännerwahl am 30.10.1888 gewählt worden. Er hatte zusammen mit dem liberalen Rechtsanwalt Lümckemann für die erste Abteilung des ersten Wahlbezirks der Stadt Lübbecke (Rathaus) kandidiert. Für den ersten Wahlbezirk kandidierten insgesamt 6 Wahlmänner, je zwei für jede der drei Abteilungen gemäß dem Dreiklassenwahlrecht. Darunter waren ein Kaufmann, ein Gastwirt, zwei Zigarrenfabrikanten, ein Kleiderfabrikant und ein Rechtsanwalt. Gewählt wurden schließlich vier liberale Wahlmänner: Neben Kaufmann Julius Ruben und Rechtsanwalt Lümckemann (1. Abteilung) der Zigarrenfabrikant August Blase und der Kaufmann August Lümckemann (3. Abteilung), während die Kandidaten der 2. Abteilung durchfielen.¹⁹

Kaufmann Hermann Levy in Lübbecke fungierte als Wahlbeisitzer in den Reichstagswahlen am 31.7.1932 im Wahlbezirk I und sogar in den durch den Terror der SA als unfrei anzusehenden Wahlen zum Reichstag und Preußischen Landtag am 5.3.1933.²⁰

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Ratssitzungsprotokollbuch der Stadt Lübbecke

¹⁶ Vgl. Zassenhaus, S. 103; Lübbecke Kreisblatt vom 16.1.1933

¹⁷ Vgl. Ratssitzungsprotokollbuch der Stadt Lübbecke

¹⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 2.2

¹⁹ Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 87 vom 31.10.1888

²⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 2.2

In der Kreisstadt Halle i.W. soll der Rechtsanwalt und Notar Emil Friedlaender, der von November 1861 bis August 1870 in Halle seinen Wohnsitz hatte und in Bielefeld praktizierte, „als Stadtverordneter längere Zeit tätig gewesen“ sein, bevor er seinen Wohnsitz nach Bielefeld verlegen durfte.²¹

Im Jahre 1905 fungierte Kaufmann Max oder Meier Goldstein, der mit seinem Bruder Simon bis 1907 die Metallwarenfabrik Salomon Goldstein in Werther leitete, mit 8 weiteren Kollegen als Gemeindeverordneter in Werther. In den anderen Kleinstädten und Dörfern des Kreises Halle i.W., in denen es jüdische Gemeinden und jüdische Familien gab, sind für das Jahr 1905 keine weiteren jüdischen Gemeindeverordneten nachweisbar.²²

Kaufmann Alfred Weinberg fungierte spätestens seit November 1932 als Kassierer und Schriftführer in der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Werther, die aus 40-50 Personen bestand und deren Vorsitzender der sozialdemokratische Schlosser Heinrich Steinbach war.²³

5.1.3 Teilnahme an der Rechtspflege

In Preußen war es in der ersten Reaktionsperiode von 1815 bis 1847 keinesfalls selbstverständlich, dass es auch Juden gestattet wurde, das Geschworenen-Ehrenamt auszuüben. Anlässlich einer Diebstahlsaffäre in Köln wies der Regierungspräsident von Koblenz 1821/22 seine Landräte an, alle Juden von den Geschworenenlisten mit der öffentlichen Begründung zu streichen, dass sie ‚noch so weit in ihrer sittlichen Bildung zurück‘ seien.¹ Nachdem die Juden gegen diese zurücksetzende Diskriminierung protestiert hatten, verfügte der Oberpräsident, dass der Ausschluss der Juden ungesetzlich sei, während der Regierungspräsident eine gegenteilige Instruktion an seine Landräte erließ. Schließlich sprach sich selbst der preußische Innenminister Schuckmann für den Ausschluss der Juden vom Geschworenenamt aus, indem er sich unsachgemäß auf das schändliche Dekret (1808) berief, „nach dem Juden vor Gericht ‚die gesetzliche Präsumpion des Betrug‘ gegen sich hätten“.²

Erst mit der Umgestaltung der Strafprozessordnung (1848) wurden mit der neuen Gerichtsverfassung von 1849 auch außerhalb der Provinz Rheinland Geschworenengerichte eingeführt, womit die Prinzipien der Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens an die Stelle des schriftlichen deutschen Inquisitionsprozesses trat.³ Aufgrund des Gesuches von Abraham Ochse-Stern vom Mai 1848 an den rheinischen Regierungspräsidenten, Juden wieder zum Geschworenenamt zuzulassen, wurde ihm beschieden, dass die Unterbehörden Juden zwar von

²¹ Vgl. StdtA Bielefeld, Westermannsammlung, Bd. 52, S. 87

²² Vgl. Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.) 1800-1905. Halle i.W. 1905, S. 204

²³ Vgl. StdtA Werther, B 77, B 77a

¹ Vgl. Strenge, Barbara: Juden im preußischen Justizdienst 1812-1918: der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation. München. New Providence. London. Paris 1996, S. 34f

² Ebd., S. 35

³ Vgl. ebd., S. 81, Fußnote 4

diesem Amt ausgeschlossen hätten, in den Akten jedoch keine Anordnungen aufzufinden seien, wonach eine solche Verwaltungspraxis gerechtfertigt werden könne.⁴ Auch der preußische Justizminister Bornemann bestätigte, dass nach der rheinischen Kriminalprozessordnung der Eidesleistung eines Juden „nichts hinderlich entgegenstehe“, da der Wortlaut des Eides keinen religiösen Schwur enthalte, sondern lediglich aus der Bekräftigungsformel ‚Ich schwöre es‘ bestehe.⁵

Leopold Zunz, einer der Gründer der Wissenschaft des Judentums, kam in seiner Schrift „Die Vorschriften über Eidesleistungen der Juden“ (Berlin 1859) zu Beginn der so genannten Neuen Ära zu dem Schluss, dass der Ausschluss der Juden von Ämtern und Richterfunktionen, Judenrechte und Judeneide unter Rabbinerverwarnungen Rückschritte im bürgerlichen Rechtsstaat darstellten. Die rechtliche Gleichstellung von Juden mit Nichtjuden im bürgerlichen Rechtsstaat könne nur auf solche Weise verbessert werden, dass die „Form des gerichtlichen Eides bei Allen eine und dieselbe“ bleibe.⁶

Tatsächlich wurde im Kreis Halle i.W. erst nach der zweiten Reaktionsperiode (1849-1858) in der dritten Emanzipationsperiode (1859-1871) nach Beginn der so genannten Neuen Ära der erste jüdische Bürger als schöffensbar in die Geschworenenliste eingetragen. In der Liste für 1862 war neben 68 nichtjüdischen Bürgern auch der Name des 57jährigen Kaufmanns und Pferdehändlers Joseph Meyerson aus Werther Nr. 19 verzeichnet, der eine jährliche Klassensteuer von 20 Talern, eine Grundsteuer in Höhe von 3 Talern, 8 Silbergroschen, 6 Pfennigen und eine Gewerbesteuer von 12 Talern entrichten musste. Amtmann Riensch kommentierte, dass dieser Kaufmann „die gewöhnliche Bildung seines Standes“ besitze und dass „seine Qualifikation [...] in keiner Beziehung in Frage zu stellen“ sei.⁷ Die Tatsache, dass der Kaufmann Joseph Meyerson in die Geschworenenliste aufgenommen wurde, bedeutete natürlich nicht, dass er dieses Ehrenamt auch tatsächlich ausübte, doch zeigte sie einen Fortschritt in Richtung der rechtlichen Gleichstellung von Nichtjuden und Juden an. Auch in die Listen von 1863-68 wurde Kaufmann Joseph Meyerson aufgenommen.

In der Liste für 1865 wurde neben Meyerson auch der 42jährige Kaufmann Jordan Weinberg aus Werther Nr. 12, der 16 Taler Klassensteuer, 4 Taler, 25 Silbergroschen, 11 Pfennige Grundsteuer und 8 Taler Gewerbesteuer zahlen musste, neben 68 weiteren Nichtjuden als schöffensbar verzeichnet. Amtmann Riensch kommentierte am 1.10.1864: „Besitzt seinem Stande angemessene Bildung und [ist] moralisch qualificirt.“⁸

⁴ Vgl. ebd., S. 81

⁵ Vgl. ebd., S. 81

⁶ Vgl. Zunz, Leopold: Die Vorschriften über die Eidesleistung der Juden. Berlin 1859, S. 29

⁷ Vgl. KAGt, H LR1 31/6

⁸ Vgl. ebd.

Für 1867 und 1868 wurde zudem der 53jährige Kaufmann Aron Weinberg in Werther Nr. 7 in die Geschworenenlisten aufgenommen, der mit 16 Talern Klassensteuer, 2 Talern und 15 Silbergroschen Grundsteuer und 12 bzw. 10 Talern Gewerbesteuer veranlagt wurde.

Im Amt Halle i.W. war es der 32jährige Rechtsanwalt und Notar Emil Friedlaender, der neben 76 nichtjüdischen Bürgern als erster jüdischer Bürger für das Jahr 1864 in die Geschworenenliste aufgenommen wurde. Friedlaender zahlte für das Jahr 1864 16 Taler Klassensteuer. Auch für die nachfolgenden Jahre 1865-68 wurde Emil Friedlaender als schöffensbar in den Listen aufgeführt. Für 1876 wurden drei jüdische Bürger von Halle i.W. von insgesamt 67 (4,5%) vom Amtmann als schöffensbar eingestuft: 1. der 61jährige Kaufmann Simon Goldstein, der mit 60 Mark Einkommensteuer, 18,22 Mark Grund- und Gebäudesteuer und 24 Mark Gewerbesteuer in diesem Jahr veranlagt wurde; 2. der 49jährige Kreisarzt Dr. med. Abraham Strauß, der 108 Mark Einkommensteuer entrichtete und 3. der Kaufmann Herz Stern, der 72 Mark Einkommensteuer, 15,53 Mark Grund- und Gebäudesteuer und 36 Mark Gewerbesteuer abführen musste.⁹

Im Amt Borgholzhausen dauerte es bis zum Jahre 1876, als der 33jährige Pferdehändler Alexander Maass als erster jüdischer Bürger neben 45 nichtjüdischen als potentieller Geschworener verzeichnet wurde. Er musste 60 Mark Klassensteuer, 8,23 Mark Grund- und Gebäudesteuer und 6 Mark Gewerbesteuer zahlen.¹⁰ Im gleichen Jahr zahlte der 62jährige Zigarrenfabrikant Aron Weinberg in Werther 7b, der gleichfalls als Geschworener fungieren konnte, 72 Mark Klassensteuer, 6,47 Mark Grundsteuer und 36 Mark Gewerbesteuer.

Merkwürdigerweise wurde im Zeitraum 1861-1876 kein einziger jüdischer Bürger des Amtes Versmold vom zuständigen Amtmann Carl Niedermeier für würdig und fähig befunden, das Ehrenamt als Geschworener am Amtsgericht in Halle i.W. auszuüben. An den fehlenden Vermögensqualifikationen der Viehhändler und Kaufleute in der Kleinstadt Versmold und der Ortschaft Bockhorst konnte es nicht gelegen haben, warum sie negativ diskriminiert wurden. Denn viele jüdische Bürger des Amtes Versmold waren in die Mittelschicht aufgestiegen, hatten Grundbesitz erworben, und einige von ihnen, insbesondere die Gebrüder Weinberg in Bockhorst, zahlten die höchsten Gewerbesteuersätze. Möglicherweise war die Ausgrenzung der jüdischen Bürger von der ehrenamtlichen Rechtspflege auf die „wirre Amtsführung“ (1857-79) des Amtmannes Niedermeier zurückzuführen, der am 30.10.1879 ‚wegen Unterschlagung amtlich empfangener Gelder‘ (Vergnügungssteuern) vom Dienst suspendiert wurde. Bevor dieser Beamte zum Amtmann ernannt wurde, war er von 1854 bis 1857 Kreissekretär in Halle i.W. gewesen.¹¹

Im Kreis Lübbecke wurde Kaufmann Alfred Löwenstein mit dem Rentner Ludwig Waldthausen und die Kolonen Chr. Wiegmann und Wilhelm Holle zu Geschworenen der am 18.4.1904 begonnenen

⁹ Vgl. KAGt, H LR1 31/9

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ Vgl. Westheider (1994): Versmold, S. 155-158; 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.). Eine Darstellung seiner Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Halle i.W. 1966, S. 128

Schwurgerichtsperiode ausgelöst.¹² Laut Gerichtsverfassungsgesetz vom 1.2.1877 mussten Personen, die zu Geschworenen oder Schöffen wählbar waren, mindestens 30 Jahre alt sein und seit 2 Jahren ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben. Nicht schöffenbar waren z.B. Personen, die auf öffentliche Armenunterstützung angewiesen waren oder auch Religionsdiener.¹³ Nach dem Reichsgesetz vom 25.4.1922 waren auch Frauen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, und Religionsdiener schöffenbar. Der Prozentsatz der jüdischen schöffenbaren Bürger von Lübbecke bewegte sich im Zeitraum 1904-1910 (14 Männer) zwischen 3,4 bis 4,5, im Zeitraum 1911 bis 1926 (11 Männer, 9 Frauen) zwischen 1,4 bis 2,2.¹⁴

Die bisher ausgewerteten Quellen verweisen lediglich auf die potentielle Mitarbeit an der lokalen Rechtspflege, ohne dass sie bestätigen, dass die jüdischen Bürger diese Ehrenfunktion auch tatsächlich ausübten. Eine briefliche Mitteilung besagt, dass Kaufmann Daniel Oppenheim aus Rahden sogar als Geschworener am Landgericht in Bielefeld fungiert haben soll, ohne dass diese Behauptung verifiziert werden konnte.¹⁵ Gerichtsreferendar Lothar Lazarus, der seinen Vorbereitungsdienst am Landgericht Bielefeld im Jahre 1932 aufnahm, soll einen Teil seines Referendariats am Amtsgericht in Lübbecke absolviert haben.¹⁶

5.1.4 Teilnahme an lokalen Bürger-, Berufs-, Kultur- und Gesellschaftsvereinen

Der Verbürgerlichungsprozess der deutschen Juden kann nicht nur unter dem Aspekt eines im europäischen Vergleich recht langsamen rechtlichen Gleichstellungsprozesses dargestellt werden. Während die Juden in den Vereinigten Staaten (1789), in Frankreich (1789, 1791) und in den Niederlanden (1796) schon längst ihre stadt- und staatsbürgerliche Emanzipation erlangt hatten, war die Emanzipationsgesetzgebung in Deutschland erst mit der Übernahme des Gesetzes des Norddeutschen Bundes (1869) auf das ganze Reichsgebiet (1871) abgeschlossen. Zuvor war die erste Emanzipationsperiode unter französischer Besatzung (1808-15) von der ersten Reaktionsperiode (1815-47) abgelöst worden, die sich als christlich definierenden Obrigkeitsstaats abgelöst worden. Während der zweite Vereinigte Landtag am 6.4.1848 und die preußische oktroyierte Verfassung vom Dezember 1848 im Artikel 11 die Unabhängigkeit der staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Glaubensbekenntnis verkündeten, wurde dieser Fortschritt bei der rechtlichen Gleichstellung zwischen Christen und Juden in der folgenden zweiten Reaktionsperiode (1849-58) wieder zurückgenommen.¹

¹² Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 38 vom 31.3.1904

¹³ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 14.6

¹⁴ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 14.7; Beckmann, Volker: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Lübbecke 1993, S. 80

¹⁵ Brief von Walter Hoffmann vom 11.3.1996 an Verfasser

¹⁶ Mitteilung von Herrn Marquardt vom 30.7.1992; vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Herrn A. Lücker vom 13.10.1987

¹ Vgl. Toury, Jacob: Emanzipation und Assimilation, in: Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 132-134; Periodisierung nach Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 270ff

Mit dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der jüdischen Bürger als Händler, Kaufleute und Fabrikanten in die Mittelschicht der Kleinstädte des Untersuchungsgebietes im Zuge der Industrialisierung und verkehrsmäßigen Modernisierung nach ihrer rechtlichen Verbürgerlichung im Rahmen der eingeführten Westfälischen Landgemeindeordnung ergibt sich die Frage, inwieweit sie in den verschiedenen ortsansässigen Vereinen Aufnahme fanden und somit im lokalpolitischen und kulturellen Sinne an den bürgerlichen Werten, Normen und Lebensstilen des kleinstädtischen Besitz- und Bildungsbürgertums teilhaben konnten.²

Nach Krey wurden im Minden-Ravensberger Land im Zeitraum von 1840 bis 1844 28 Vereine gegründet und im Zeitraum von 1845 bis 1847 22. In der Revolutionsphase stieg die Zahl der Vereinsgründungen im selben Untersuchungsgebiet auf 59 Vereine an, während sie in der Reaktionsphase 1850-55 auf 37 zurückging. Insgesamt wurden also im Zeitraum von 1840 bis 1855 im Minden-Ravensberger Land 146 Vereine gegründet. Von diesen widmeten sich 33 der Sozialfürsorge, 51 verfolgten berufliche, 26 politische, 16 kulturelle Zwecke und 18 waren reine katholische oder evangelische konfessionsgebundene Vereine.³

Merkwürdigerweise erscheint in Kreys differenzierter Darstellung weder die jüdische Minderheit, noch wird auf jüdische Vereinsbildung eingegangen oder das Thema der Integrationsmöglichkeiten von Juden in den verschiedenen Vereinstypen, die mehrheitlich von Nichtjuden gegründet wurden, in den Blick genommen. Abgesehen von diesen theoretischen Defiziten weist Minninger auf die quellenmäßigen Schwierigkeiten hin, die darin bestehen, dass die Namen von Juden und Oppositionellen in den Mitgliederlisten der Vereine im Zeitraum 1840-50 häufig nicht zu finden sind. Nach der Revolution schrieb das Vereinsrecht erst seit April 1850 wieder vor, dass Vereine ihre Mitgliederlisten den Ortsbehörden einreichen mußten.⁴

Es ergeben sich also an dieser Stelle die Fragen, welche Vereine in den Kleinstädten und Dörfern der Kreise Halle i.W. und Lübbecke, in denen jüdische Familien lebten, im Vormärz, in der Revolutionszeit und in der nachfolgenden Reaktionsphase (1849-58) gegründet wurden, welche Zwecke sie verfolgten und ob es für Juden möglich war, ihnen als stadtrechtlich zunächst noch nicht vollständig emanzipierte Besitz- oder Bildungsbürger beizutreten und in ihnen mitzuwirken. Die Integrationsmöglichkeiten von Juden in den kleinstädtischen Bürger-, Berufs- und Kulturvereinen könnte als Chance gedeutet werden, dass sie von ihren mehrheitlich nichtjüdischen Mitbürgern akzeptiert und geachtet wurden.

In der Kreisstadt Halle i.W. schlossen sich einige jüdische Bürger dem Verein der Bürger in Halle (gegr. 1845) und dem Schießverein Ravensberg von 1860 an. Der erste Verein wurde von Heckert

² Vgl. Volkov, Shulamit: Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland als Paradigma, in: dieselbe: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. München 1990, S. 111-130

³ Vgl. Krey, Ursula: Vereine in Westfalen 1840-1855. Strukturwandel, soziale Spannungen, kulturelle Entfaltung. Paderborn 1993, S. 391-393

⁴ Vgl. Minninger, Monika: Ostwestfälische Juden zwischen Emanzipation, Kultusreform und Revolution, in: Vogelsang, R.; Westheider, R. (Hg.) (1998), S. 181

als „stockbürgerlich und patriotisch“ bezeichnet, obwohl auch dieser nach der gescheiterten Demokratisierung überwacht wurde, der zweite als „eher exklusiv“ charakterisiert.⁵

Der Verein der Bürger in Halle legte am 17.3.1850 revidierte Statuten vor, die vom Amtmann am 5.4.1850 genehmigt wurden. Da in diesen Verein nur Haller Bürger aufgenommen werden konnten, die jährlich 2½ Silbergroschen zur städtischen Armenpflege beitrugen, und der Armenpflege-Verein unter der Aufsicht des Bürgervereins stand, scheint es folgerichtig, dass Krey den Bürgerverein für die Stadt Halle ihrer Typisierung nach dem Vereinstyp I (Sozialfürsorge) zuordnet.⁶ Absurderweise schloss § 2 der revidierten Statuten aus, dass der Verein das Ziel verfolgen konnte, lokalpolitische Funktionen zu erfüllen. Die ambivalente Formulierung dieses Paragraphen kann mit der nachrevolutionären Vorsicht gedeutet werden, mit der die Mitglieder dem Obrigkeitsstaat gegenübertraten. „Der Verein ist der Mittelpunkt aller bürgerlichen Interessen und schließt nichts aus, was in diesen Bereich gehört, dagegen schließt er alles, und namentlich das politische, für immer aus, was nicht den Charakter eines echt deutschen Bürgersinnes in sich trägt.“⁷ Der Landrat stellte lobend fest, dass sich der Bürgerverein, der zunächst ein „gewöhnlicher Klub“ gewesen sei, also nach Krey „eine unverbindlichere Form des Zusammenschlusses“ war, nach der Revolution „gemeinnützige[n] Zwecken“ zugewendet habe.⁸ Tatsächlich verfolgte der Bürgerverein jedoch hauptsächlich berufliche, fort- und weiterbildende und gesellige Ziele. Die Mitglieder beabsichtigten, sich gegenseitig in der Gewerbetätigkeit zu fördern, zu Vorträgen und Diskussionen über wichtige Zeiterscheinungen einzuladen und die „Muße“ und „Erheiterung“ zu pflegen.⁹ Zur ‚Ausbildung des bürgerlichen Gemeinsinns‘ konnten im Vereinslokal (Franz Brune) an jedem ersten Sonntag im Monat um 18.00 Uhr mehrere Zeitschriften gelesen werden.¹⁰ Während das Spielen im Vereinslokal verboten war, durften die Vereinsmitglieder bei Versammlungen ein alkoholisches Getränk, nämlich ausschließlich Bier, zu sich nehmen. Ein Vereinsgesetz verpflichtete die Mitglieder des Bürgervereins dazu, im Alltagsleben bürgerliche Tugenden, worunter Ehrbarkeit, Nüchternheit und Gerechtigkeit verstanden wurden, zu beachten.

„Jedes Vereinsmitglied ist durch seine Theilnahme am Bürger Verein verpflichtet, ein bürgerliches Leben zu führen, d.h. ein ehrenhaftes Leben, welches keinem Vereinsmitgliede anstößig und ärgerlich ist; also nüchtern, ehrbar und gerecht, wie es einem deutschen Bürger zusteht zu wandeln und nicht durch eitlen Prunk und bürgerliche Hoffart und Vornehmthun sein Bürgerthum zu verleugnen.“¹¹

Dass sich der Bürgerverein für die Stadt Halle nicht ganz so unpolitisch verhielt, wie seine Statuten glauben machten, zeigte sich bald insofern, als der Verein am 10.2.1851 beim Amtmann das Gesuch einbrachte, den Verkauf einer städtischen Allee zu begutachten. In einer Randbemerkung lehnte der Amtmann diese Initiative aber ab, da nicht die städtische „Mittelklasse, sondern die 4

⁵ Vgl. StdtA Halle, Vortrag von Stadtarchivar Dr. Uwe Heckert: „175 Jahre Juden in Halle in Westfalen“ gehalten am 28.2.1996 in Halle i.W., S. 8

⁶ Vgl. Krey, S. 259

⁷ Zitiert nach Krey, S. 259

⁸ Vgl. ebd., S. 259

⁹ Vgl. StdtA Halle, 50/7 A Nr. 320

¹⁰ Vgl. Krey, S. 259

¹¹ Zitiert nach Krey, S. 259

meist begüterten Familien [...] durch den Verkauf der Allee den Haupt Vortheil" hätten. Auch das Gesuch des Bürgervereins nach Einrichtung eines Eichamtes im selben Jahr lehnte der Amtmann mit der Begründung ab, dass eine solche Entscheidung „einzig und allein" in den Händen der Stadtverordnetenversammlung liege.¹²

Die 43 Gründungsmitglieder des Bürgervereins für die Stadt Halle waren nach Heckert hauptsächlich Kaufleute und Handwerker. In einer Sitzung am 3.5.1850 traten weitere 13 Bürger von Halle i.W. dem Verein bei, unter ihnen auch der jüdische Pfandleiher Feidel Stern. Dieser jüdische Bürger, der in den 1820er bis 1840er Jahren als Uhrmacher, später als Pferde- und Viehhändler und seit der Reichsgründung als Kolonialwarenhändler tätig war, gehörte weder zu den wohlhabenden, noch zu den armen jüdischen Bürgern der Kreisstadt. Nach einer Klassensteuerliste aus dem Jahre 1861 zahlte der jüdische Bürger mit dem höchsten Einkommen eine monatliche Klassensteuer von 1 Taler (Kaufmann Philipp Stern), der mit dem niedrigsten (Buchbinder Levi Rose) den Betrag von 2 Silbergroschen und 6 Pfennigen, während der Handelsmann Feidel Stern mit 7 Silbergroschen und 6 Pfennigen veranlagt wurde.¹³ Nach der Gewerbesteuerhebeliste von 1869/71 zahlten der Kolonialwarenhändler Feidel Stern und der Viehhändler Bendix Goldschmidt einen jährlichen Mittelsatz von 4 Talern, während Simon Goldstein, der mit Öfen, Fellen und Altwaren handelte, und Herz Stern, der als Auswanderungs- und Lebensversicherungsagent und Getränkehändler tätig war, einen jährlichen Mittelsatz von 10 Talern entrichten mussten.¹⁴

Auf die Integration und Partizipation jüdischer Bürger von Lübbecke im Bürger-Verein für städtische Angelegenheiten zu Lübbecke in Westfalen (gegr. 1904), der durchaus politische Funktionen übernahm, indem er z.B. die Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl festlegte (1908) oder verkehrspolitische Vorschläge (1907) diskutierte, wurde schon oben eingegangen.

Zu den Gründungsmitgliedern des Schießverein Ravensberg von 1860 gehörten neben einigen prominenten Mitgliedern der Haller Kaufmannschaft (Kisker, Brune, Rolff), die mit Ellenwaren, Leinen, Segeltuch, Tabak, Branntwein und Kolonialwaren handelten und Fleischwaren produzierten, auch der Kaufmann Philipp Stern und der Handelsmann Feidel Stern.¹⁵

In der Stadt Borgholzhausen gehörten der Kaufmann Bendix Abraham Weinberg und der Viehhändler Samuel Hesse zu den insgesamt zehn Gründungsmitgliedern der geschlossenen Gesellschaft Ravensberg, die sich im Jahre 1883 bildete. Nach § 1 der Statuten vom 27.8.1883 bestand der Zweck der Gesellschaft „in [der] Förderung der Gemütlichkeit und Pflege der edlen

¹² Vgl. StdtA Halle, 50/7 A Nr. 320

¹³ Vgl. StADt, I I L Nr. 306

¹⁴ Vgl. Meise, Heinrich: Die Stadt Halle i.W.. Halle i.W. 1968, S. 172

¹⁵ Vgl. Heckert, Vortrag, S. 8

Gesangskunst in geselligem Kreise."¹⁶ Es handelte sich also um einen lokalen Kulturverein, in dem jedoch auch auswärtige Mitglieder eingeführt werden konnten (§ 3). Der jährliche Mitgliedsbeitrag betrug 3 Mark (§ 4). Zum Vergleich: schon für 1869 zahlte die Firma A.B. Weinberg 8 Mark und Samuel Hesse für sein ambulantes Gewerbe 16 Mark Gewerbesteuer.¹⁷ Über die Verwendung der Gelder, die nicht zur Deckung laufender Ausgaben dienten, sollte die Generalversammlung entscheiden (§ 9). Bei Auflösung des Vereins sollten die eventuell noch vorhandenen Gelder den Armen der Stadt Borgholzhausen zugute kommen (§ 10).

Für Versmold lassen sich ebenfalls einige jüdische Bürger nachweisen, die in vier lokalen Gesellschaftsvereinen Aufnahme fanden. Der Viehhändler Moses Abraham Raphael und die Kaufleute Eduard Bergfeld und sein Sohn Carl sangen als Mitglieder in dem 1863 gegründeten Bürger-Gesangverein Versmold. Mitglieder der Familien Weinberg aus der Gemeinde Bockhorst waren Sangesbrüder im dortigen Gesangsverein Einigkeit (gegr. 1875).¹⁸

Den Handelsmann A[ron?] Weinberg finden wir zusammen mit 24 weiteren Mitgliedern im Versmolder Turnverein, der sich laut Satzung im November 1891 konstituierte und sich ziemlich patriotisch gab, wenn wir auf die Sprache der Statuten rekurrieren. In § 1 hieß es: „Der Versmolder Turnverein bezweckt, seine Mitglieder zu geistig und leiblich rüstigen und tüchtigen Männern heranzubilden, ferner Vaterlandsliebe zu pflegen und das Turnen zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen.“ Nach § 2 widmete sich dieser Verein nicht nur Turnübungen und Turnfahrten, sondern organisierte auch den gemeinsamen Gesang und lud Gastredner zu Vorträgen ein. Nach § 3 konnten alle unbescholtenen Männer und Jünglinge, die das 16. Lebensjahr erreicht hatten, dem Verein beitreten.¹⁹

Der junge Kaufmann Carl Bergfeld (*1.3.1867), der nach dem Tod seines Vaters Eduard (1896) das Gemischtwarenkaufhaus mit der Firma Eduard Bergfeld übernommen hatte, fungierte sogar im Vorstand zweier Versmolder Gesellschaftsvereine. Als Schriftführer und Kassierer finden wir ihn zusammen mit August Bottemöller im Vorstand des Kegelveins Gut Holz, der sich laut seinen Statuten im Oktober 1906 bildete. Da der Vorstand, der aus einem Vorsitzenden, dem Schriftführer und Kassierer und je einem Stellvertreter bestand, für ein Jahr gewählt wurde, können wir davon ausgehen, daß Carl Bergfeld seine Vereinsfunktionen mindestens für die Periode 1906/07 ausübte. Dieser Verein bezweckte „die gesellige Unterhaltung“, beschränkte seine Mitgliederzahl auf 20, forderte ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. und hatte sein Vereinslokal bei Carl Froböse (§§ 1-4).

Die Klubordnung lautete wie folgt:

„Das Kegeln beginnt Abends ½ 9 Uhr. Jeder nach 9 Uhr kommende zahlt 10 d Strafgeld, für gänzlichem Ausbleiben pro Klubabend 20 d. Bei viermaligem aufeinander folgenden unentschuldigtem Ausbleiben kann der Vorstand die Ausschließung des betreffenden Mitgliedes beantragen. Zweifelhafte oder strittige Fälle beim Kegeln werden vom Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter entschieden“ (§ 5).

¹⁶ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A Nr. 340

¹⁷ Vgl. StdtA Borgholzhausen, A Nr. 956

¹⁸ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 59-61

¹⁹ Vgl. StdtA Versmold, A Nr. 1202

Eine Generalversammlung und eine Kassenrevision sollte Ende September eines jeden Jahres stattfinden (§ 6). Als Amtmann Graßhoff die Satzung dieses Geselligkeitsvereins am 29.11.1906 genehmigte, zählte er insgesamt 15 Mitglieder.²⁰

Mit Karl Erdmann stand Kaufmann Carl Bergfeld auch dem Männer-Gesangs-Verein Liedertafel in Versmold vor, als er sich im Oktober 1907 konstituierte. Der Zweck dieses Kulturvereins war die gesangliche Ausbildung und die gesellige Unterhaltung. Nach § 1 konnte jeder „unbescholtene ansässige Einwohner“, der das Mindestalter von 20 Jahren erreicht hatte, aufgenommen werden.²¹

Der Bürgerverein in Werther suchte am 12.8.1837 bei der Regierung in Minden darum nach, nicht nur ein Scheibenschießen, sondern auch „ein kleines Bürgerfest“ genehmigen zu lassen, zu dem Bewohner der Stadt, konfirmierte Kinder, Personen, die wenigstens zwei Jahre lang in Werther angestellt worden waren, und Landwirte aus der Gemeinde eingeladen werden sollten. In einer beigefügten Liste mit den Namen von 78 interessierten Festteilnehmern finden wir auch die Namen von sieben jüdischen Mitbürgern von Werther, die auf diese Weise ihre Integrations- und Akkulturationsbereitschaft und die Möglichkeit ihrer Akzeptanz in der bürgerlichen Mehrheitskultur bekundeten.²²

Allerdings waren nicht alle Bürger von Werther mit der geplanten Ausrichtung eines Schützenfestes einverstanden. Kurz bevor das Fest stattfand (3./4.9.1837) wandten sich zwei Bürger von Werther mit einem Schreiben vom 12.8.1837 an die Bezirksregierung, in dem sie darum baten, das Fest aus ökonomischen Gründen nicht genehmigen zu lassen. Ihr Schreiben drückte die Furcht aus, dass die protoindustriell arbeitenden Handspinner noch mehr verarmen könnten. Allerdings erwähnten die Bittsteller nicht die eigentlichen Ursachen der Pauperisierung der protoindustriell arbeitenden Heuerlinge und Kleinbauern, die in dem Import billiger maschinengesponnener Leinen- und Baumwollstoffe aus Belgien, England und Irland zu suchen waren, mit denen die ostwestfälischen Handspinner und -weber auf die Dauer nicht konkurrieren konnten.

„[...] Um hier eine angemessene Zahl von Schützen zusammenzubringen, müssen Familienväter dazu beredet werden, die kaum das tägliche Brodt haben, und die dann, um diese so überflüssige Ausgabe bestreiten zu können, dem Wucherer in die Hände fallen müssen, da wir hier kein Pfandhaus haben. Berechnen wir die baaren Auslagen, die der hiesige Schütze machen müßte, nur auf das kleinste Minimum, so kommen doch 3 rthl heraus, ohne die Versäumnis von wenigstens 3 Tagewerke mit Vor- und Nachfeier. Und so sind 5 rthl rein weggeworfen. Diese Vergeudung wiederholt sich dann jedes Jahr. [...] So dann ist der bisherige, aber schon schwankende Wohlstand unser Gemeinde und mit dieser der unsrer Handwerker höchst gefährdet, durch die täglich sich vervollkommnende Maschinen-Garn-Spinnerey, die unser Handgespinst, auf welches einzig und allein der hiesige Erwerb beruht, wöchentlich werthloser, ja schon jetzt fast unverkäuflich in der Fremde macht. Bleibt der Absatz unseres Handgespinst bei seiner bisherigen fortschreitenden Abnahme, so geht unsere Gemeinde ihrer Verarmung mit raschen Schritten entgegen, was dem gemeinen Mann leider nicht begreiflich zu machen ist. [...]“²³

Vor der Einrichtung von Berufsfeuerwehren wurde in den Kleinstädten Werther und Lübbecke das städtische Feuerlöschwesen entweder von allen Einwohnern, Hausbesitzern und Bürgern -

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. ebd.

²² Vgl. StADt, M I I P Nr. 373

²³ StADt, M I I P Nr. 373

inklusive der Heuerlinge - getragen (Werther), oder es wurden die freiwilligen Feuerwehrmannschaften, die sich aus den Bürgern der Stadt zusammensetzten, in die städtischen Feuerlöschanstalten integriert (Lübbecke).²⁴

In Werther waren nach der Feuerlöschordnung vom 4.5.1844 unter den 82 Bürgern, die im Brandfall als Wasserträger und Rettungsmannschaften eingeplant waren, 11 jüdische Bürger (13,4%).²⁵ Diese waren um 1852 sämtlich Hauseigentümer. Später, im Februar 1854, wurde die Zahl der Mannschaften auf 108 erhöht. Im Brandfall erwarteten der Bürgermeister und die Organisatoren des städtischen Feuerlöschwesens, dass alle Bürger, oder nach einer älteren Feuerlöschordnung vom 30.1.1840 sogar alle Einwohner, gruppenübergreifende Solidarität zeigen sollten, wenn es darum ging, ein Feuer zu löschen, die beiden großen Wasserspritzen und die kleine Wasserspritze zu bedienen, Tiere zu retten und Möbel und Inventar sicherzustellen.

In Lübbecke gehörten im Jahre 1897 mindestens 20 jüdische Bürger der Stadt als Wasserträger zu den Rettungsmannschaften und beteiligten sich im Brandfalle an der Bedienung der so genannten Staubretter, und in Borgholzhausen wurde im Jahre 1909 Jacob Hesse zum Hauptmann der Freiwilligen Feuerwehr gewählt, nachdem drei andere Kandidaten ihre Wahl abgelehnt hatten oder ihre Wahl vom Landrat nicht bestätigt worden war.²⁶

Die Integration jüdischer Bürger von Werther in den verschiedenen lokalen Kultur- und Gesellschaftsvereinen, sogar während der Zeit der großen Depression und des Beginns des politischen und rassistischen Antisemitismus, lässt sich gut nachweisen. Der Pferdehändler Alexander Jakob beispielsweise gehörte mit 14 weiteren nichtjüdischen Sangesbrüdern im Jahre 1877 zu den Gründern des Bürger-Gesangs-Vereins.²⁷ Im Turnverein, der sich 1879 zum ersten Mal, im Jahre 1904 zum zweiten Mal gründete, waren vor und nach dem Ersten Weltkrieg 5 jüdische Bürger aktiv. Paul Lütgemeyer beschrieb seine Aktivitäten wie folgt:

„Siegfried Alexander war ab 15.7.1910 der Vergnügungsboß für Feste, Ausflüge und Spiele. Für Feste wurde für alle 1 schwarzer Schlapphut mit Eichel zum Preise von 2.- bis 2,50 [Mark] vorgeschlagen. Später kam für diesen Hut eine grün-weiße Kordel dazu. Es wurde beschlossen, daß den Ehrendamen des Vereins eine schriftliche Einladung zugehen müsse, es gab Schnitzeljagden mit Damen, anschließend daran Tanz. Theateraufführungen unter Mitwirkung des Musikvereins.“²⁸

Dr. med. Hugo Marx fungierte als erster Vorsitzender, Schrift- und Kassenwart des Musikvereins Werther, nachdem er sich im Dezember 1909 unter Beteiligung von sechs Bürgern von Werther konstituiert hatte.²⁹ Hugo Marx hatte sich nach seiner Ankunft in Werther zunächst der jüdischen Gemeinde angeschlossen, war aber vor seiner Heirat mit Emilie Horstmann am 1.5.1908 zum Protestantismus konvertiert. Es wurde geschätzt, dass im Laufe der Verbürgerlichung und der Abwanderung der deutschen Juden aus Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg und

²⁴ Vgl. StdtA Werther, A Nr. 269; StdtA Lübbecke, C II 8.10

²⁵ Vgl. StdtA Werther, A Nr. 269

²⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 8.10; Stratmann, Gerhard: Das organisierte Feuerlöschwesen in Borgholzhausen im 19. und 20. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Borgholzhausen 1994, S. 141

²⁷ Vgl. StdtA Werther, A Nr. 212; Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 272f

²⁸ Brief von Paul Lütgemeyer an Kurt-Wilhelm Weinberg vom 24.2.1984

²⁹ Vgl. StdtA Werther, A Nr. 212

anderen Staaten während des 19. Jahrhunderts 17.520 Juden zum Protestantismus und 5.000 zum Katholizismus konvertierten.³⁰

Meta Weinberg, die älteste Tochter des Manufakturwarenhändlers Bendix Jordan Weinberg, die in Werther zunächst die jüdische Privatelementarschule und später das Konservatorium in Bielefeld besucht hatte, leitete spätestens im Jahre 1911 als Vorsitzende das Streichorchester. Im Vereinslokal, dem Deutschen Haus, wurden Volksweisen und Stücke von Mozart, Bach, Beethoven und Mendelssohn gespielt.³¹

Unter den Mitgliedern des städtischen Verschönerungsvereins, der sich 1903 gründete, waren auch drei jüdische Frauen und acht jüdische Männer vertreten.³²

Auch in Lübbecke konnten sich jüdische Bürger verschiedenen Kultur- und Geselligkeitsvereinen anschließen. In einer Gesellschaft Harmonie war der Schlachter Jakob Mansbach Mitglied (1873); im Männergesangverein Liedertafel (gegr. 1882) waren neben 28 nichtjüdischen Sangesbrüdern auch die jüdischen Kaufleute Leser Mergentheim, Enoch Rosenberg, M.N. Rosenberg und der Lehrer Adolf Neuhof vertreten. Dem Schießverein (gegr. 1887) schlossen sich die Kaufleute Alfred Löwenstein und Salomon Steinberg sowie der Arzt Dr. med. Siegfried Rosenberg an, und im „Verein der Landsknechte von 1892“ fungierte der jüdische Zigarrenarbeiter Nathan Rosenberg sogar als Vorsitzender. Im Kegelerverein Epitaphion (gegr. 1896) spielten neben acht Kaufleuten und einem Postassistenten auch E. Rosenberg mit. Eine jüdische Frau (Conradine Mergentheim) war um 1880 Mitglied im Lübbeckener Kirchenchor, der z.B. das Oratorium Josua von Georg Friedrich Händel einübte.³³ Im Verein der Einzelhändler des Kreises Lübbecke, in der Vereinigung kaufmännischer Angestellter zu Lübbecke, im Berg- und Verschönerungsverein und in der Orchestervereinigung waren ebenfalls jüdische Bürger und Bürgerinnen vertreten.³⁴

In Preußisch Oldendorf beabsichtigte der Gesangverein am 7.12.1876 einen Geselligkeitsverein zu gründen, was am 18.12.1876 tatsächlich geschah. Unter den Gründungsmitgliedern waren Sanitätsrat Dr. med. Lücker sowie als jüdische Bürger der Kaufmann Julius Cahen, der Lohgerber und Lederhändler David Löwenstein, der Färber Wilhelm Cahen und Heinemann Stein.³⁵ In der Mitgliederliste der Jahre 1885/86 des Gesangvereins mit gemischtem Chor finden wir 33 Mitglieder, darunter Lina Löwenstein, Luise Cahen, Julie Cahen und Flora Cahen. Im Mitgliederverzeichnis vom 1.10.1889 sind 12 Männer aufgelistet, darunter der Textilkaufhausinhaber Julius Cahen, der Viehhändler Nathan Goldschmidt, der Gastwirt Louis

³⁰ Vgl. Hartzitz, Noline: „Früh-Antisemitismus“ in Deutschland (1789-1871/72): strukturelle Untersuchungen zu Wortschatz, Text und Argumentation. Tübingen 1988, S. 50

³¹ Vgl. StdtA Werther, A Nr. 212; Lütgemeyer, Paul: Werthers lebendige Geschichte, in: Westfalen-Blatt vom 7.3.1985

³² Brief von Paul Lütgemeyer an Kurt-Wilhelm Weinberg vom 24.2.1984

³³ Das Foto von Fred Edwards (London) wurde veröffentlicht in Beckmann (1993), S. 82

³⁴ Vgl. Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus. Lübbecke 1994, S. 70f; 88f

³⁵ Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, II D 25, 2 Bde.

Stein sowie 20 Frauen, darunter Frl. Flora Cahen und Frl. J. Cahen. Einer der beiden passiven Mitglieder, die nicht mitsangen, aber den Verein unterstützten, war Kaufmann Wilhelm Cahen. Im Jahre 1898 waren Wilhelm Cahen und Jakob Löwenstein passive Mitglieder. In den Jahren 1904/05 sangen Löwenstein, Frau Kohlmann, Frau Löwenstein und Witwe Eichelgrün im Gesangverein mit. Im Jahre 1928 hatte der Gesangverein insgesamt 46 Mitglieder, darunter 17 Männer, u.a. den Bürgermeister, den Amtsdirektor, den Direktor der Mittelschule, einen Dentisten, einen Konrektor, einen Kassenrendanten, einen Gärtner, einen Lehrer, einen Buchhalter, einen Schlachter. Unter den Frauen waren Fräulein Cahen und Fräulein Ehrlich Mitglieder des Gesangvereins.³⁶

Im Jahre 1909 wurde in Preußisch Oldendorf ein Gesellschaftsverein ins Leben gerufen. Unter den Gründungsmitgliedern waren der Kaufmann Willy Löwenstein und die Kaufleute Wilhelm und Julius Cahen.³⁷ Am 1.11.1911 wurde ein Verein namens „Harmonie“ gegründet, dessen Schriftführer ein Herr Löwenstein war.

Am zweiten Ostertag, dem 18.3.1913, fand im Saale des Deutschen Hauses, das von dem jüdischen Gastwirt Louis Stein geführt wurde, das Stiftungsfest des Männergesangvereins statt. Auch die Weihnachtsfeier des Männergesangvereins am 21.12.1913 wurde bei Louis Stein ausgerichtet. Am 21.6.1914 veranstaltete der Männergesangverein ein Sängerfest mit Tanz, wobei Gastwirt Louis Stein mit einem Zelt und einer Kuchenbude vertreten war. Zu den Mitgliedern des am 18.10.1879 gegründeten Bürgerschützenvereins gehörten als jüdische Mitglieder zwei Steins, Goldschmidt, W. Cahen, S. Ehrlich, J. Cahen und J. Löwenstein. In der Gastwirtschaft Nordsiek, die sich zwischen der jüdischen Schule und dem Haus der Familie Löwenstein befand, tagte am 5.5.1900 der Bürgerverein Frohsinn offensichtlich noch nach der Polizeistunde. Fußgendarms Stubbe forderte die Anwesenden - unter ihnen die Handelsleute Goldschmidt und Ehrlich, ein Kaufmann, ein Müller, ein Fabrikant und ein Bäcker - auf, das Lokal nach 23.00 Uhr zu räumen.

Als Mitglieder des Bürgervereins finden wir unter den 22 Mitgliedern am 29.1.1906 als 1. Vorsitzenden den Mühlenbesitzer Haake, als 2. Vorsitzenden den Viehhändler Nathan Goldschmidt und als Kassierer den Schlachter Georg Ehrlich.³⁸ Georg Ehrlich war auch schon im Jahre 1885 Mitbegründer der Freiwilligen Feuerwehr in Preußisch Oldendorf gewesen.³⁹ Sein Sohn Alfred war Mitglied im Fußballverein „Oldendorfer Sportclub“ (OSC).

Nach Hillebrand waren die Juden in Levern im 20. Jahrhundert in allen örtlichen Vereinen, „wie Schützen-, Turn-, Gesangverein und Feuerwehr, vertreten.“⁴⁰

³⁶ Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, II D 25, 2 Bde.

³⁷ Vgl. ebd.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. Besserer, Dieter: „Essen war der Hauptgedanke – wer umfiel, wurde getötet“, in: Der Minden-Ravensberger 1996, S. 78

⁴⁰ Vgl. Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 70

In Rahden waren einige jüdische Bürger im Männergesangverein, im Schützenverein und in der Feuerwehr integriert. So sangen im 1887 gegründeten Männergesangverein Liedertafel auch die jüdischen Viehhändler B. Frank, Goldstein, Haas, Ginsberg und der Kaufmann Oppenheim mit.⁴¹ Der Viehhändler Moritz Ginsberg war von 1921-23 in der 1844 gegründeten Schützengilde Schützenkönig. Der Manufakturwarenhändler Hermann Vogel soll noch 1931/32 Feldwebel der 2. Kompanie gewesen sein, und der Viehhändler Richard Haas war Mitglied der Feuerwehr.⁴²

Auf der sozialen Ebene gab es anscheinend besonders für jüdische Männer vielfältige Möglichkeiten, sich in den unterschiedlichen Kultur-, Geselligkeits-, Bürger-, Berufs- und Zweckvereinen zu integrieren, während für jüdische Frauen außerhalb ihres Milieus neben Musik- und Gesangvereinen nur der Vaterländische Frauenverein⁴³ als Vorläufer des DRK überliefert ist, in dem sie eine aktive Rolle im national-patriotischen und gruppenübergreifenden karitativen Sinn spielen konnten.

Indem die jüdischen Bürger sich in diesen Vereinen vergesellschafteten und verbürgerlichten, teilten und kultivierten sie die Normen und Lebensstile der nichtjüdischen Besitz- und Bildungsbürger. Die Voraussetzung zur gesellschaftlichen Akzeptanz der jüdischen Kleinstadtbürger bestand darin, dass sie zumindest in einem der unterschiedlichen Bürger-, Gesellschafts- und Kulturvereine als volle Mitglieder aufgenommen worden waren. Dies war offensichtlich in derjenigen sozialökonomischen Entwicklungsphase möglich, als die jüdischen Kleinstadtbürger einen ähnlichen ökonomischen und sozialen Status erreicht hatten wie die nichtjüdischen Vereinsmitglieder.⁴⁴

„The history of German Jewry in the 18th and 19th century was thus also the history of how Bürgertum coped with the problem posed by Jews set upon assimilation and integration, and this history was expressed in the willingness - or unwillingness - of myriad Vereine to tolerate Jews in their midst. Being accepted into a Verein or being 'blackballed' literally, were highly significant phenomena and not isolated indicators of toleration or prejudice. Since being socially 'in' meant being member of appropriate Vereine, unravelling the actual rôle of Jews within them could serve in lieu of a social history of relations between Germans and Jews.“⁴⁵

So war es auf lokaler Ebene möglich, dass im Zusammenhang der liberalen Kleinstadtkultur obrigkeitsstaatlich und kirchlich vermittelte Vorurteile und Fremdstereotypen abgebaut wurden, Freundschaften und Bindungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern entstanden, die auch von der antisemitischen Propaganda christlich- und deutsch-sozialer Provenienz während der großen Depression nicht so schnell aufgelöst werden konnten. Dennoch hielten es einige Gemeinden und Gemeindemitglieder des Untersuchungsgebiets für ratsam, sich am Ende des 19.

⁴¹ Vgl. Ester-Hartke, Ursula: Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Ein Projekt der Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 24

⁴² Vgl. ebd., S. 24f; StADt, D 80 A Nr. 75: Interview von Joachim Meynert mit Irma Haas vom 27.5.1986

⁴³ Vgl. Frevert, Ute: Nation, Krieg, Geschlecht im 19. Jahrhundert, in: Hettling, Manfred; Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. München 1996, S. 162, wo es heißt, dass sich dem Vaterländischen Frauenverein, der in den Kriegen von 1866/71 entstand, „1909 fast 400.000, fünf Jahre später fast 600.000 Mitglieder in ca. 1.700 Zweigvereinen angeschlossen hatten.“

⁴⁴ Vgl. Wassermann, Henry: Jews, ‚Bürgertum‘ and bürgerliche Gesellschaft in a Liberal Era (1840-1880). Abstract seiner Dissertation. Jerusalem 1979, S. XI

⁴⁵ Ebd., S. XI

Jahrhunderts dem philosemitischen Verein zur Abwehr des Antisemitismus oder dem Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens anzuschließen, um sich in Reaktion auf eine zunehmend verbandsmäßig und parteimäßig betriebene antisemitische Hetze solidarisch zu vernetzen. Doch bevor auf dieses Thema eingegangen wird, sollen zunächst einige Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden im Vormärz, in der Revolution und in der darauf folgenden Reaktionszeit dargestellt werden.

5.2 Formen der sozialen Ausgrenzung

5.2.1 Zur lokalen Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- und Ordnungspolitik des christlichen Obrigkeitsstaates gegenüber den Juden in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. im Vormärz, in der Revolution und in der zweiten Reaktionsphase (1849-58)

In diesem Kapitel wird einerseits mit Hilfe einiger Beispiele gezeigt, inwiefern der preußische Obrigkeitsstaat in der ersten Reaktionsphase (1815-47) nach dem Wiener Kongress, in der Revolution und in der zweiten Reaktionsphase nach der Revolution (1849-58) die kulturellen Wahl- und Ausdrucksmöglichkeiten der Juden im Untersuchungsgebiet einschränkte, überwachte und kontrollierte. Andererseits wird auf einige Konflikte zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern eingegangen und die Frage gestellt, auf welche Weise der sich als christlich definierende Obrigkeitsstaat diese Konflikte schlichtete oder entschied.

In den jüdischen Gemeinden der Kreise Halle i.W. und Rahden gab es im Vormärz einige ältere Juden, Männer und Frauen, die sich nicht schriftlich in der deutschen Sprache, weder in der lateinischen, noch deutschen Schrift ausdrücken konnten, weil sie von ihren Eltern und ihren Lehrern des älteren Typs (hebr. Melamdin; Bachurim) ausschließlich die hebräische Kursivschrift und Jüdischdeutsch, d.h. die Fähigkeit, deutsche Texte in hebräischer Schrift abzufassen, erlernt hatten. Offensichtlich hatten diese jüdischen Männer und Frauen in ihrer Kinder- und Jugendzeit keine christlichen Elementarschulen besucht, was vor 1824, als der preußische Staat die Schulpflicht für jüdische Kinder einführte, auch nicht notwendig war. Der preußische Staat, der auf Kreisebene durch den Landrat vertreten war, verbot den Juden im Jahre 1826, amtliche Schriftstücke in hebräischer Schreibrift oder in Form von Kreuzen zu unterschreiben.¹ Daher erscheinen seit dieser Zeit Unterschriften in Form von drei Ringen oder drei Symbole wie X oder C in den amtlichen Akten, die entweder von Gemeindemitgliedern, die keine Schwierigkeiten hatten, deutsch zu schreiben, oder von einem preußischen Beamten beglaubigt wurden.²

Das Verbot der Verwendung der hebräischen Sprache in amtlichen Schriftstücken diente offensichtlich dazu, die Juden zu zwingen, deutsch schreiben zu lernen. Außerdem erleichterte diese Einschränkung der sprachlichen Ausdrucksmöglichkeit dem preußischen Staat, die kleine jüdische Minderheit, die bis 1847 nur als geduldete Religionsgemeinschaft angesehen wurde, besser zu verwalten.

¹ Vgl. StdtA Halle, A Nr. 609 (Schreiben von Landrat von der Decken an Bürgermeister Willmanns vom 24.9.1826)

² Vgl. StADt, P 2 Nr. 123; M 1 I L Nr. 303

Als sich die jüdischen Gemeindeglieder von Werther, der Kaufmann Bendix Meyerson, der Viehhändler Salomon Marcus Grewe, der Handelsmann und Schlachter Aron Meyer Sachs, der Blaufärber Moses Meyerson, der ehemalige Lehrer, Thoraschreiber und Lotterieurunternehmer Bendix Cramer und der Handelsmann Salomon Lilienthal am 16. Januar 1835 nicht einigen konnten, welcher von ihnen die Nachfolge des langjährigen Vorstehers Bendix Aron Weinberg antreten sollte, bestimmte der Bürgermeister Kottenkamp, der sich bei seiner Entscheidung von dem Kriterium der Hausnummer leiten ließ, Salomon Marcus Grewe, der im Haus Nr. 1 lebte, als zukünftigen Vorsteher.³ Obwohl sich der Viehhändler zunächst weigerte, das Amt zu übernehmen, da er nicht deutsch schreiben konnte, akzeptierte er nach einiger Überlegung dennoch das Gemeindeamt unter der Bedingung, dass seine erste Amtshandlung darin bestehen müsse, die noch ausstehenden Gelübde- und Armengelder (hebr. Zedakah) einziehen zu lassen. Salomon Grewe sah wohl ein, dass sein Defizit in der lateinischen oder deutschen Schrift mit einer Schreibhilfe kompensiert werden konnte, und besann sich sofort auf eine der wichtigsten Aufgaben eines jüdischen Gemeindevorstehers, die darin bestand, die Armenfinanzierung zu regeln.

Am 26. April 1836 wurde in der Synagoge in Halle i.W. eine Verordnung der Bezirksregierung vom 31.12.1835 bekannt gemacht, dass sich der jüdische Beschneider (hebr. Mohel) über die „Vorsichtsmaßregeln vor, bei und nach“ der Beschneidung beim zuständigen Kreisphysikus prüfen lassen müsse. Beschneider, die keine Prüfung ablegten, durften die Beschneidung nur im Beisein eines approbierten Wundarztes durchführen. Außerdem sollten nur „anerkannt sittliche und unbescholtene Individuen“ zum Ehrenamt eines Schneiders gewählt werden.⁴ Diese Verordnung war zweifellos vernünftig, auch wenn der christliche Staat sich in die wichtigsten kulturellen Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden mischte, denn eine doppelte Kontrolle des Schneiders, einmal durch einen Rabbiner, zum anderen durch einen Kreisarzt, konnte nur im Interesse der Eltern liegen. Dabei spielte die Religionszugehörigkeit des Kreisarztes keine Rolle, da es dem Staat um die medizinische und hygienische Vor- und Nachsorge der neugeborenen und beschnittenen Jungen ging. Allerdings kann vermutet werden, dass diese Aufsichtspflichten von dem jüdischen Kreisarzt von Halle i.W, Dr. med. Abraham Strauß (1864-76), mit mehr Interesse und Sympathie ausgeübt wurden.⁵

Nach einer Kabinettsorder vom 9. März 1841 wurde es jüdischen Eltern verboten, ihren Kindern Vornamen zu geben, die „mit der christlichen Religion“ oder mit „dem Namen des Erlösers“ in Beziehung gebracht werden konnten.⁶ Die Polizeibehörden und die jüdischen Kultusbeamten wurden mit der Verordnung der Bezirksregierung vom 7.4.1841 aufgefordert, dieses Verbot zu beachten. In dieser Kabinettsorder wurden die Vornamen Renatus, Anastas, Baptist, Peter,

³ Vgl. StdtA Werther, A 74

⁴ Vgl. StdtA Halle, A 609

⁵ Vgl. KAGt, H LR1 59.6

⁶ Vgl. von Rönne, Ludwig; Simon, Heinrich: Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landestheilen des Preußischen Staates; eine Darstellung und Revision der gesetzlichen Bestimmungen über ihre staats- und privatrechtlichen Zustände. Breslau 1843, S. 57; StdtA Werther, A 72

Christoph und Christian explizit erwähnt. Bei der Formulierung dieses Gesetzes ließ sich der christliche Obrigkeitsstaat offensichtlich von paternalistischen Einstellungen oder ideologischen Abgrenzungsgründen leiten. Als sich aber bald herausstellte, dass viele angeblich christliche Vornamen jüdischen Ursprungs sind wie beispielsweise Jakob, Joseph, Hans (Joachanan), Else (Elischewa) und Joachim (Jojachin/Jojakim), wurde das Gesetz gelockert.⁷

Nachdem die Abgeordneten der Rheinischen Provinzialstän­deversammlung in Düsseldorf im Juli 1843 mit großer Mehrheit für die volle Emanzipation der Juden gestimmt hatten, reagierte in Minden der Regimentsauditeur Eugen Macard in den Jahren 1843/44 mit der Publikation antisemitischer Schriften und mit einer Unterschriftenaktion, um in den Kreisen der Handwerker und Kleinbauern auf Stimmenfang zu gehen. Mit pseudochristlichen und rassistischen Argumenten versuchte Macard, gegen die Emanzipation der Juden zu hetzen, doch blieb seine Propaganda in den Landkreisen Lübbecke und Halle i.W. erfolglos.⁸ Der liberale Stadtrat von Minden wandte sich gegen die Unterschriftenaktion und die Bezirksregierung forderte ihre Lokalzensoren mittels Zirkularverfügung vom 24.6.1844 auf, die Publikation antisemitischer Schriften zu unterdrücken:

„Auf verschiedenen Punkten der Monarchie hat sich in neuester Zeit eine gereizte Stimmung gegen die Juden gezeigt, und ist sogar an einigen Orten in offenen Ausbrüchen übergegangen. Die Erfahrung früherer Zeit lehrt, daß Alles vermieden werden muß, was ihr Nahrung geben könnte. Es ist deshalb Veranlassung vorhanden, der Presse in dieser Hinsicht gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nach der Censur Instruction ist Schriften die Druckerlaubnis zu versagen, welche eine im Staate geduldete Religions-Gesellschaft oder ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche, oder die Gegenstände ihrer Verehrung herabwürdigten, schwächen oder verspotten. Ewer pp. werden demnach in Folge höherer Anordnung hierdurch angewiesen, unter strenger Anordnung jener Vorschrift alle Schriften und Artikel, welche die obengedachte Stimmung reizen könnten mit besonderer Aufmerksamkeit zu prüfen, und bei der Verstattung zum Druck mit Vorsicht zu Werke zu gehen.“⁹

Am 23.4.1858 informierte die Bezirksregierung in Minden den Haller Landrat Clemens August Graf von Korff-Schmising, dass „jüdische Kultusbeamte und Lehrer sich der durch Allerhöchste Kabinetts Order vom 10. März 1811 für die evangelischen Geistlichen vorgeschriebenen gleichen oder meist ähnlichen Amtstracht bedien[t]en.“¹⁰ Die Bezirksregierung verordnete, dass zukünftig der Landrat verfügen solle, dass das Ornat der jüdischen Lehrer und Kantoren sich „in Schnitt der Röcke“ und „in Form der Kopfbedeckung“ deutlich von der Amtstracht der evangelischen Geistlichen zu unterscheiden habe. Jüdische Kantoren müssten einen Gürtel tragen und auf die „weißen Päckchen“ verzichten. Eine Beschreibung der Amtstracht des jüdischen Kultusbeamten Wolf Katzenstein in Preußisch Oldendorf im Kreis Lübbecke findet sich im Protokoll der Repräsentanten vom 1. August 1858:

„ad 3) wurde die Beschaffung eines Tallars [sic] & eines Barets für den Kultusbeamten einstimmig aus Gemeindemitteln genehmigt. Zur Anschaffung dieser Gegenstände werden die Herrn S. Ehrlich & M. Rhee ernannt. Der Talar soll aus Orleans oder Lüster, das Baret aus Velvet angefertigt werden. Die vorbenannten Herrn haben sich vorher von verschiedenen Kaufleuten derartige Proben geben zu

⁷ Vgl. Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, Eintrag: „Namen“, S. 331

⁸ Vgl. Herzig (1973), S. 83-86

⁹ Vgl. StdtA Halle, A 609

¹⁰ Vgl. StdtA Werther, A 75. Die Tatsache, dass zu dem Ornat der jüdischen Rabbiner, Vorbeter und Kantoren meist ein schwarzer Talar mit Beffchen und ein Baret gehörten und die Kleidung der jüdischen Geistlichen derjenigen der evangelischen Geistlichen ähnelte, war kein Zufall, sondern ging auf eine Anordnung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. (1770-1840) vom 1. Januar 1811 zurück. Siehe Hofmann, Rainer; Sponsel, Ilse: Sammlungsführer durch das Fränkische-Schweiz-Museum. Führer durch die Synagoge mit einem Grußwort von Schalom Ben Chorin. Bayreuth 1993, 2. Aufl., S. 60

lassen & bei demjenigen, der die preiswürdigste Waare stellt zu kaufen. Für gute & billige Anfertigungen werden dieselben auf besten Kosten sorgen."¹¹

Diese Verordnung diente dazu, den äußerlichen, auf die Kleidung bezogenen Angleichungsprozess der jüdischen Kultusbeamten an die Kleiderordnung des protestantischen Klerus zu unterbinden, um so äußerlich für das allgemeine Publikum Unterscheidungsmerkmale sichtbar werden zu lassen. Die vier wichtigsten deutsch-jüdischen religiösen Ideologen und Rabbiner der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der neo-orthodoxe Samson Raphael Hirsch, der konservative Zacharias Frankel, der reformorientierte Abraham Geiger und der radikalreformorientierte Rabbiner Samuel Holdheim teilten alle die Akkulturationsmerkmale, dass sie eine Universität besucht hatten, deutsch sprachen, Schriften in Deutsch verfassten und „auf der Kanzel [...] Talar und Beffchen, generell die Abzeichen des Klerus [trugen]“.¹²

Als sich der 61jährige jüdische Lehrer und Kultusbeamte der Gemeinde in Lübbecke, Jeremias Sachs, trotz mehrfacher Aufforderung der Bezirksregierung in Minden weigerte, sich gemäß der Verordnung vom 16.3.1825 zu einer Nachprüfung an dem katholischen Lehrerseminar in Büren (gegr. 1825) oder dem evangelischen Lehrerseminar in Soest (gegr. 1806) zu melden, zögerte die Bezirksregierung nicht, ein Unterrichtsverbot am 28.2.1833 gegen diesen älteren jüdischen Lehrer auszusprechen, obwohl er in der Gemeinde Lübbecke schon seit 1829 als Lehrer, Vorsänger und Schächter offenbar zufriedenstellend gedient hatte.¹³ Nachdem die jüdische Schule in Lübbecke behördlicherseits am 28.2.1833 geschlossen worden war, wurden die Eltern der neunzehn Kinder im Alter von vier Jahren und sieben Monaten (Itzig Blumenfeld) und zwölf Jahren (Isaak Rosenbaum, Jette Pollack) polizeilich unter Strafandrohung angehalten, ihre Kinder in der örtlichen evangelischen Stadtschule anzumelden, wo es Lehrer Sachs zunächst noch gestattet wurde, bis Ende Oktober desselben Jahres Religionsstunden zu erteilen. In einem Schreiben vom 28.10.1833 an den Bürgermeister von Lübbecke, Wilmanns, forderte der Landrat des Kreises Lübbecke, Georg von dem Bussche-Münch, das sofortige Unterrichtsverbot, da nach § 8 der Verordnung vom 16.3.1825 der jüdische Lehrer nicht nur eine Lehrbefähigung des zuständigen Oberrabbiners, sondern auch eine Konzession der Bezirksregierung vorweisen müsse. In der jüdischen Gemeinde selbst nahmen nur zwei Mitglieder von ca. 14 gegen den Lehrer Sachs in diesem Konflikt Stellung. Die Bezirksregierung und die Mehrheit der jüdischen Gemeindemitglieder befürworteten ein Gesuch an den evangelischen Schulinspektor Karl Ludwig Kunsemöller, der seit 1832 Pfarrer in Preußisch Oldendorf war¹⁴, den Religionsunterricht von Lehrer Sachs zu begutachten.¹⁵ Nach

¹¹ CAHJP, S/319/1

¹² Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi; Meyer, Michael A. (Hg.): Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. 1780-1871. Bd. II. Emanzipation und Akkulturation. München 1996, S. 151

¹³ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.3

¹⁴ Vgl. Kammeier, Heinz-Ulrich: Deutsche Amerikaauswanderung aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Münster 1989, 2. Aufl., S. 164, Fußnote 5

¹⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.4

geschehener Visitation bescheinigte die Bezirksregierung dem Landrat und dem Bürgermeister, dass Lehrer Sachs „zur Ertheilung des [Religions-] Unterrichts sehr befähigt“ sei.¹⁶ Daher wurde es diesem Lehrer gestattet, weiterhin Religionsunterrichtsstunden den jüdischen Kindern in der evangelischen Stadtschule zu erteilen.

Warum sich Lehrer Sachs standhaft weigerte, sich einer Nachprüfung in einem nichtjüdischen Seminar zu unterziehen, mochte mit seinem Alter zusammenhängen. Vielleicht hatte er keine Lust mehr, als 61jähriger Lehrer, der mindestens in drei Gemeinden (Werther, Bünde, Lübbecke) gedient hatte, noch mit 17jährigen Kandidaten ein Seminar zu besuchen. Vielleicht wollte er aus gesundheitlichen, familiären oder finanziellen Gründen die Stadt Lübbecke nicht verlassen. Möglich ist es auch, dass er um seine historische Identität fürchtete und für neue Lehrinhalte und Lehrmethoden nicht mehr aufgeschlossen war.¹⁷

Lehrer Sachs konnte eine Bescheinigung des Oberrabbiners Abraham Sutro vorweisen. Während Sutro als Rabbinatsadjunkt in Höxter während der Zeit des Kasseler „Konsistoriums der Israeliten“ (1807-13) unter der Präsidentschaft des reformorientierten Landesrabbiners des Weserdistrikts, Israel Jacobson, alle Kultuserneuerungen mitmachte, sprach er sich nach 1830 für die Reinerhaltung des jüdischen Ritus in der Synagoge aus.¹⁸ In der ersten Reaktionszeit nach dem Wiener Kongress befürwortete er die bürgerliche Gleichstellung der Juden auf dem Gesetzeswege, die jedoch nur in einem liberalen bürgerlichen Staat möglich war, den Sutro ablehnte. Allerdings ließ Abraham Sutro seine eigenen Kinder, Lea und Simon, an der Elementarschule der Marks-Haindorfschen Stiftung ausbilden, wo er am Seminar selbst Hebräisch unterrichtete.¹⁹ Für Lehrer Sachs aus Lübbecke war es aber schon aus dem Grunde unmöglich, im Marks-Haindorfschen Lehrerseminar eine Nachprüfung zu absolvieren, da dieses Institut, obwohl vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen gefördert, niemals die staatliche Prüfungsberechtigung erhielt.

Als sich Abraham Sutros Sohn Baruch, der im Jahre 1850 sein Feldmesserexamen in Münster abgelegt hatte, im Jahre 1853 um eine Beamtenstellung in Münster bewarb, wurde seine Bewerbung von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, August von der Heydt, mit Hinweis auf die Bestimmung des § 2 des Gesetzes vom 23.7.1847 abgelehnt. Diese Spezialbestimmung besagte, dass Juden zu einem Staats- oder Kommunalamt nicht zugelassen werden könnten, wenn es mit der Ausübung einer richterlichen, polizeilichen und exekutiven Gewalt verbunden war. Obwohl die Provinzialregierung die Auffassung des Ministeriums nicht teilte, wurde die Verbeamtung Baruch Sutros verhindert. Diese ministerielle Entscheidung war umso unverständlicher, als mit dem Amt eines Feldmessers keine richterliche, polizeiliche und

¹⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.3

¹⁷ Zur differenzierten Analyse und Wertigkeit der historischen Kategorie „Identität“ siehe den Beitrag von Bergmann, Klaus: Identität, in: Bergmann, K.; Rüsen, J.; Schneider, G. (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. Düsseldorf 1985, S. 29-36

¹⁸ Vgl. Herzig (1973), S. 43f, Fußnote 16; S. 46ff

¹⁹ Vgl. Freund, S. 111; 127, Fußnote 370

exekutive Gewalt verbunden war. Außerdem besagte der Artikel 4 der revidierten Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31.1.1850, dass alle Preußen vor dem Gesetz gleich seien und öffentliche Ämter „für alle Befähigten gleich zugänglich“ gemacht werden sollten. Erst 1860 beschloß das Handelsministerium, die Prüfungs- und Vereidigungsvorschriften für jüdische Feldmesser aus den Jahren 1851/52 aufzuheben.²⁰

Seit 1859 wandten sich der orthodoxe Landrabbiner Abraham Sutro und sein reformorientierter Kollege Ludwig Philippson in zahlreichen Petitionen an das preußische Abgeordnetenhaus und das Ministerium, um sich für die von der Regierung verhinderte Gleichberechtigung der jüdischen Bürger einzusetzen. In diesen Petitionen ging es in erster Linie darum, dass die gleichberechtigte Anstellungsmöglichkeit jüdischer Beamtenanwärter in den Bereichen Kultus und Unterricht, Justiz und Handel endlich von der Verwaltungsseite befürwortet werden sollte.²¹

Das nächste Beispiel betrifft einen Fall schwerer Körperverletzung, die sich ein nichtjüdischer Lehrherr an einem jüdischen Lehrling zuschulden kommen ließ. Der Sohn des in Werther in ärmlichen Vermögensumständen lebenden ehemaligen Lehrers, Thoraschreibers und Lotterieunterkollekteurs Bendix Cramer, Louis, konnte seine Lehre bei den Mindener Klempnern Jochmus & Waag, die er dort vermutlich im November 1829 begann, nicht beenden, weil sein Lehrherr Jochmus ihn „durch thätliche Mißhandlung um ein Auge gebracht“ hatte und „dieserhalb vom alten Kramer für ihn ungünstig verklagt in einem Prozeß verwickelt [...]“ und bestraft wurde.²² Selbst wenn davon ausgegangen werden muss, dass auch nichtjüdische Lehrlinge in dieser Zeit von nichtjüdischen Meistern misshandelt wurden, so können als mögliche Erklärung der schweren Körperverletzung durch den nichtjüdischen Meister neben dem Statusunterschied auch kulturelle Differenzen eine Rolle gespielt haben. Bendix Cramer hätte seinen Sohn nachfolgend bestimmt nicht in die Lehre des in Lübbecke wohnenden jüdischen Klempnermeisters Meyer Schildesheim gegeben, wenn kulturelle christlich-jüdische Differenzen keine Rolle gespielt hätten. Im „Ersten Bericht über den Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden“ vom 19.10.1826 mit Sitz in Minden wurde als einer von sechs Gründen, warum bis dahin so wenige jüdische Lehrlinge bei nichtjüdischen Handwerksmeistern ausgebildet worden waren, auf die „Verschiedenheit der Religion, verschiedene Ruh- und Feiertage“ und auf „verbotene Kost“ hingewiesen.²³

Da wir davon ausgehen müssen, dass Bendix Cramer ein traditionell eingestellter und praktizierender Jude war, der im Januar 1835 von dem Landrat August zur Hellen autorisiert wurde, für den erkrankten jüdischen Lehrer Phillip Eber zwischenzeitlich den Unterricht der

²⁰ Vgl. Brillling, Bernhard: Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815-1945, in: Hegel, E.; Stupperich, R.; Brillling, B.: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Provinz Westfalen. 2. Bd. Münster 1978, S. 130; vgl. National-Zeitung Nr. 577, in: StADt, M I I L Nr. 255

²¹ Vgl. Brillling, S. 128-131

²² Vgl. StdtA Werther, A 74

²³ Vgl. Erster Bericht über den Verein zur Beförderung von Handwerken unter den Juden vom 19.10.1826 von Dr. Heilbronn. Minden, in: StdtA Werther, A 72

jüdischen Kinder in Werther zu übernehmen²⁴, so kann möglicherweise auch sein Sohn Louis ein gesetzestreuer Jude gewesen sein, der Wert darauf legte, die jüdischen Gebetszeiten, Feiertage und Speisegesetze einzuhalten. Ein jüngerer Sohn des Bendix Cramer, Jonas Bendix (*14.6.1824 in Werther), wurde jedenfalls jüdischer Lehrer und Kantor und diente in den jüdischen Gemeinden Borgholzhausen (1844-46), Viersen und danach seit 1851 länger als 40 Jahre in der Gemeinde Neuenkirchen im Amt Rietberg.²⁵

Aufgrund dieser kulturellen, feiertags- und arbeitszeitlichen Differenzen konnten zwischen christlichen Meistern und jüdischen Lehrlingen Konflikte entstehen. Meyer Schildesheim als neuer Lehrherr äußerte sich in lobenden Worten über seinen Lehrling Louis Cramer und gab ihm am 4.9.1834 gegenüber dem Bürgermeister von Lübbecke „das Zeugnis der Sparsamkeit und guten Aufführung [...]“²⁶ Auch wenn das Strafmaß und die genaue Bezeichnung des Delikts für diese schwere Körperverletzung nicht bekannt sind, so zeigt die Tatsache, dass ein Strafprozeßverfahren gegen den nichtjüdischen Meister angestrengt wurde, in dem sein Verhalten als strafwürdig eingeschätzt wurde, dass ein solches Verhalten dem christlichen Obrigkeitsstaat durchaus nicht gleichgültig war.

Wie die „Beschreibung der Landwirthschaft in Westfalen und Rheinpreußen“ von Johann Nepomuk von Schwerz (Stuttgart 1836) zeigt, war das antisemitische Stereotyp vom Juden als Schmarotzer und Ausbeuter armer, verschuldeter Bauern im Vormärz weit verbreitet.²⁷

Am 11.11.1835 wurde der Wertheraner Handelsmann Simson (Simon) Aron Weinberg (geb. ca. 1770 in Werther) von einem Ackerbürger H. aus Werther im Kreis Halle i.W. und am 9.12.1835 indirekt von einem Bauern K. aus Stockhausen im Kirchspiel Blasheim im Kreis Lübbecke mit der Begründung behördlich angezeigt, dass er mit falschen Talerstücken Rechnungen beglichen habe. Daraufhin wurde Simson Weinberg vom Wertheraner Bürgermeister Kottenkamp am 11.11.1835 vorgeladen und sagte Folgendes aus:

„Ich habe dem p. Horstmannshoff gestern Abend 6 rtl in ganzen Thalerstücken bezahlt, ob unter diesen das hier vorliegende gewesen, kann ich nicht sagen. Es ist allerdings als falsches durchaus nicht zu erkennen, ohne Brille kann ich es jedoch nicht erkennen. Es kann möglich sein, daß es unter den an H. gezahlten 6 Thalerstücken befindlich gewesen, woher ich diese erhalten, kann ich aber auch nicht sagen. Ich habe hier und da Geld erhalten, weiß aber nicht, von wem ich dieses Stück angenommen haben sollte.“²⁸

Bürgermeister Kottenkamp veranlasste daraufhin eine Durchsuchung des Hauses des Simon Weinberg in Werther, bei der aber „nichts Verdächtiges“ festgestellt wurde.²⁹ Am 12.11.1835 berichtete Kottenkamp dem Landrat des Kreises Halle i.W., August zur Hellen (1831-1855), wie folgt vom Ergebnis seiner Untersuchung:

²⁴ Vgl. StdtA Werther, A 72

²⁵ Vgl. ebd.; StADt, M 1 II B Nr. 3957; Die Juden in der Grafschaft Rietberg. Hg. v. Heimatverein Neuenkirchen und der Stadt Rietberg. Rietberg 1997, S. 73, 97, 99, 213f, 247f

²⁶ Vgl. Werther, A 74

²⁷ Vgl. von Schwerz, Johann Nepomuk: Beschreibung der Landwirtschaft in Westfalen und Rheinprovinz. Erster Theil. Stuttgart 1836, S. 393-398

²⁸ StdtA Werther, A 232

²⁹ Vgl. ebd.

„Euer Hochw[ohlgeboren] überreiche ich anliegend ein hier zum Vorschein gekommenes falsches Thalerstück nebst der darüber aufgenommenen abschriftlichen Untersuchungsverhandlung mit dem Bemerkten, daß nach einer durch mich veranlaßten Revision in dem Hause des Simson Weinberg, der das Stück ausgegeben, sich nichts Verdächtiges ergeben hat und auch nicht zu ermitteln ist, woher der Weinberg das Stück bekommen. Zugleich bitte ich gehorsamst veranlassen zu wollen, daß dasselbe durch ein gutes ächtes Thalerstück ersetzt werde.“³⁰

Am 5.1.1836 lud der Haller Bürgermeister Sprenger sämtliche Juden aus der Kreisstadt vor, die am 26.10.1835 den Preußisch Oldendorfer Viehmarkt besucht hatten. Ein Bauer namens Krieger aus Stockhausen im Kirchspiel Blasheim im Kreis Lübbecke hatte vor dem Bürgermeister Wilmanns in Lübbecke am 9.12.1835 zu Protokoll gegeben, dass er an zwei Juden aus Halle eine Kuh für 13½ rthl verkauft, später allerdings festgestellt habe, dass ihm „vier falsche preußische Thalerstücke“ gezahlt worden seien. Bürgermeister Wilmanns hatte seinem Kollegen in Halle i.W. die vier angeblich falschen Talerstücke und das aufgenommene Protokoll mit der Absicht zugesandt, dass dort eine weitere Verhandlung Licht in die Beschuldigung bringen sollte. Tatsächlich lud Bürgermeister Sprenger den Schlachter Jacob Sternberg aus Halle vor, konfrontierte ihn mit der Beschuldigung und ließ Folgendes protokollieren:

„Ich bin am 26 Oct. v. J. auf dem Markte zu Oldendorfe unterm Limberge gewesen, und habe in Gemeinschaft mit Simon Weinberg aus Werther eine weiße Kuh von einem Landmann, den ich nicht kenne, gekauft. Die Kuh hat Simson Weinberg behalten, und selbe an den Verkäufer mit 12 rthl, so genau weiß ich es nicht mehr, in verschiedenen Münzsorten bezahlt, ich habe dem Weinberg zu diesem Handel sechs Thaler geliehen, und so viel ich mich noch entsinne, ist das Kaufgeld in 1/3 und 1/6 Courant Stücken ausgezahlt. Außer dem Salomon Weinberg [sic; statt: Simon oder Simson] war noch Moses Goldschmidt, Samuel Lilienthal [sic], und noch ein Moses Goldschmidt, früher in Dornberg wohnhaft, so wie Bendix Weinberg sämmtliche in Werther wohnhaft auf genanntem Markte, selbe haben auch Kühe gekauft, aber zu welchem Preise und von wem ist mir unbekannt.“³¹

Aufgrund dieser zweiten Anzeige wurde der jüdische Handelsmann Simson Weinberg aus Werther und der Schlachter Jakob Sternberg aus Halle i.W. auf Veranlassung des Untersuchungsgerichts in Herford verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis nach Herford überführt. Das Inquisitoriat in Herford berief sich auf die im Land- und Stadtgericht in Lübbecke eingegangenen Verhandlungen. Aus den Aussagen, die Simson Aron Weinberg gegenüber dem Bürgermeister von Werther, Kottenkamp, ebenfalls am 5.1.1836 machte, können wir nicht erkennen, ob er tatsächlich mit gefälschten Münzen Rechnungen beglichen hatte. Möglicherweise wurde ihm Falschgeld untergeschoben. In diesem Fall gehörte Simson Aron Weinberg selbst zu den Geschädigten.

Simson Aron Weinberg gab am 5.1.1836 vor Bürgermeister Kottenkamp Folgendes zu Protokoll:

„Ich bin allerdings auf dem [Preußisch] Oldendorfer Markte am 26t October gewesen; ich habe daselbst aber weder eine Kuh noch sonst etwas gekauft, sondern bloß eine Zusammenkunft mit meinen Schwägern beabsichtigt, die aber nicht dahin gekommen sind. Ich habe zwar mit dem Jacob Sternberg aus Halle eine Kuh gekauft, die wir aber sogleich wieder verhandelt haben. Von wem die Kuh gekauft ist, weiß ich auch nicht, und nur so viel, daß etwa 27 magr [i.e. Mariengroschen] davon verdient worden ist. Der p. Sternberg hat dem Verkäufer, ich glaube, es war ein Bauer, das Geld bezahlt, wozu ich die Hälfte ausgethan habe, wie viel an Gelde, weiß ich nicht; auch weiß ich nicht in welchen Münzsorten, es war aber Preuß.[isches] Courant. Ich habe von dem allen keine Notiz genommen und kein Buch darüber geführt. Außer mir sind noch mehrere Israeliten von hier, dort gewesen, namentlich mein Bruder 1) Bendix Weinberg, 2) der Sohn des Salomon Grewe, namens Aaron, 3) der Salomon Lilienthal, 4) die Brüder Simon, 5) Bendix Goldschmidt, 6) Moses Goldstein, ferner 7) der Sohn des Fleischers Lindemann und 8) der Salzmeister Klaar.“³²

Obwohl diese Aussagen nicht erkennen lassen, dass der jüdische Handelsmann vorsätzlich und in betrügerischer Absicht mit Falschgeld Rechnungen beglich, und der anzeigende Ackerbürger

³⁰ Ebd.

³¹ StdtA Werther, A 232

³² Ebd.

lediglich ein falsches Talerstück vorlegen konnte, ohne beweisen zu können, dass es der jüdische Handelsmann verwendet hatte, scheute der preußische Obrigkeitsstaat offensichtlich nicht davor zurück, ihn aus bloßen Verdachtsgründen in Untersuchungshaft zu nehmen und seine Freiheit zu nehmen. Jedenfalls ordnete das Inquisitoriat in Herford die Verhaftung des jüdischen Handelsmannes aus Werther und des Schlachters aus Halle an, legte aber Wert darauf, dass beide getrennt überführt werden sollten, um Absprachen zwischen beiden zu verhindern.

Über den Ruf des jüdischen Handelsmannes Simson Aron Weinberg wusste Bürgermeister Kottenkamp dem Untersuchungsgericht in Herford am 25.6.1836 zu berichten, „daß er mehrere Male wegen Zoll-Defraudationen [Hinterziehungen] in Untersuchung gewesen, sonst aber nichts erheblich Nachtheiliges von ihm verlautet. Wegen seiner unglücklichen Familien-Verhältnisse wird er allgemein bemitleidet. Durch Sorglosigkeit und mangelhafter Geschäftsführung ist er in seinen Vermögensverhältnissen sehr heruntergekommen.“³³

Jarren beschrieb den Idealtypus des rheinisch-westfälischen Schmugglers im Vormärz, indem er umfangreiche Sozialdaten auswertete, als männlich, ca. 25-40 Jahre alt und der agrarisch-ländlich-heimgewerblichen Unterschicht angehörend. Simson Weinberg wich von diesem idealtypischen Modell insofern ab, als er vermutlich kein Schmuggler war, sondern sich der möglichen Zollhinterziehung verdächtig gemacht hatte. Als jüdischer Handelsmann gehörte er dem alten Mittelstand, wenn auch verschuldet, an und war im Jahre 1836 ca. 66 Jahre alt.³⁴

Wie oben (Kap. 3.3.2) schon dargestellt wurde, musste der Handelsmann Simson Aron Weinberg nach dem Tod seines Vaters Aron Bendix Levi (1740-1812) dessen Schulden in Höhe von ca. 5.000 Talern übernehmen. Das Haus Nr. 11, das sein Vater im Jahre 1810 gekauft und seinem Sohn ein Jahr später vererbt hatte, war auch mit 600 Talern belastet, so dass ein Teil seines Besitzes gepfändet werden mußte. Die Familie des Handelsmannes Simson Aron Weinberg war recht umfangreich. Im Jahre 1833 umfasste sie 10 Personen. Seine Tochter Lea (*28.12.1835) war als Säugling im Alter von drei Wochen gestorben.³⁵ Im November 1832 beteiligte sich Simson Weinberg, der vier seiner Kinder an dem Unterricht des jüdischen Lehrers teilnehmen ließ, an dem Gehalt und dem Wandeltisch für den Lehrer Philipp Eber mit dem viertgrößten Anteil, der 15 Taler 10 Silbergroschen ausmachte (10,2 %).³⁶ Das war ein beträchtlicher Anteil, wenn man bedenkt, dass sechs von fünfzehn veranlagten Familienvätern nur 2 Taler (1,3%) beitragen konnten.

Im Jahre 1836 verkaufte Simson Weinberg das väterliche Haus Nr. 11 an den Goldarbeiter Christian Gottlieb Burhorn.³⁷ Über die Gründe für diesen Verkauf schweigen die Quellen.

³³ StdtA Werther, A 232

³⁴ Vgl. Jarren, Volker: Schmuggel und Schmuggelbekämpfung in den preußischen Westprovinzen 1818-1854. Paderborn 1992, S. 213

³⁵ Vgl. ALBI New York, AR 4130, Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables. Boston 1974, S. 81

³⁶ Vgl. StdtA Werther, A 72

³⁷ Ich danke Dipl. Ing. Ulrich Maaß, Werther, für meine Einsichtnahme in die von ihm aufbereiteten bauhistorischen Quellen.

Das Verhalten des Wertheraner Bürgermeisters Riensch einzelnen Juden gegenüber war ambivalent. Einerseits inhaftierte er am 2.9.1838 Alexander Bendix Weinberg (*11.10.1810 in Werther) acht Tage lang im Stadtgefängnis ohne erkennbaren Grund, andererseits beschäftigte er spätestens seit Januar 1839 Jakob Weinberg aus Werther als seinen Privatsekretär.³⁸ Vielleicht entschied sich der Bürgermeister dazu, Jakob Weinberg persönlich anzustellen, nachdem er von der Bezirksregierung in Minden durch den zuständigen Landrat wegen seines unrechtmäßigen Verhaltens gegenüber Alexander B. Weinberg gerügt worden war. Alexander B. Weinberg sagte am 8. Oktober 1838 „auf hohen Präsidial-Befehl“ Folgendes vor der Bezirksregierung in Minden aus:

„Im Laufe des vorigen Jahres hatte sich die unter der jüdischen Gemeinde zu Werther nach und nach nicht nur in religiöser, sondern in jeder Hinsicht, eingerissene Unordnung so sehr gesteigert, daß es des Zusammentretens mehrerer moralischer und einflußreicher Männer bedurfte, welche, als Vorstand zusammentretend, alle Kraft anzuwenden sich vornahmen, um die vielen so sehr gesunkenen Mitglieder der Gemeinde zur Ordnung zurückzuführen. Es entwarf dieser Vorstand zweckmäßige Statuten hierzu, welche Euer Königlichen Hochwohlthöblichen Regierung vorgelegt, aber bestehender höherer Bestimmungen wegen nicht bestätigt worden sind. Trotz der vorliegenden Notwendigkeit die Ordnung herzustellen und zu erhalten, war der Eifer einiger Mitglieder des Vorstands hierzu aus dem Grunde erkaltet, weil die Statuten uns über ein Jahr lang von der Ortsbehörde nicht zurückgegeben wurden, und ich fühlte mich, da auch ich Mitglied des Vorstandes bin, veranlaßt, den Herrn Bürgermeister Riensch, wie aus der Anlage hervorgeht, um Auskunft über den Verbleib der Statuten, und darum zu bitten, den Vorstand zur Handhabung der übernommenen Verpflichtungen anzuhalten.

Hierauf wurde ich ganz abschlägig beschieden, bei einer ähnlichen Gelegenheit, wo ich am 2ten Septbr. ad protocollum vernommen wurde, mußte ich die empörendsten Schimpfreden von dem Herrn Bürgermeister anhören und wurde obenein 8 Tage in das Stadtgefängnis eingesperrt, ohne zu wissen warum. Zeugen dieses Vorfalles, namentlich der Schimpfreden [Hervorhebung im Original, Verf.], sind Barbier Wiegand in Werther, Tagelöhner Buschmann daselbst, Polizeidiener Godt daselbst. Ich verlangte, um über solche unschuldig erlittene Strafe mich beschweren zu können, Abschrift der ihr zu Grunde liegenden Verhandlungen, welche mir aber versagt wurde.

Ein ander Mal ersuchte ich den Herrn Bürgermeister um polizeyliche Anstiftung gegen einen mich dem Anschein nach um ein ihm geliehenes Kapital betrügen wollenden Durchreisenden, namens Marrwedel aus Hannover, jedoch auch dies wurde mir versagt. Hiernach glaube ich zur Beschwerde gegen den p. Riensch Ursache zu haben, und bitte um Untersuchung und auch namentlich darum, denselben anzuweisen, mir eine Abschrift jener Verhandlungen vom 2ten September zukommen zu lassen. Zum nehem Beweis seiner Angaben zeigt Komparent die hier beygefüigten Original Verhandlungen aus den Akten der Landrätlichen Behörde zu Halle vor und gab an, dieselben von dem Herrn Landrath zur Hellen empfangen zu haben.“³⁹

Aus dieser Quelle erfährt der Leser, dass der Bürgermeister Riensch auf die sachliche Anfrage des Vorstandsmitglieds Alexander B. Weinberg über den Verbleib der Statuten, die sich die jüdische Gemeinde Werther gegeben hatte, um ihre Kultusangelegenheiten zu ordnen, keine vernünftige Antwort zu geben wusste, obwohl der Landrat und sicherlich auch der Bürgermeister zu dieser Zeit schon von der Bezirksregierung informiert worden waren, dass die jüdischen Kultusangelegenheiten nicht vom Staat, sondern von der jüdischen Gemeinde selbst geregelt werden sollten.⁴⁰ Landrat August F.C. zur Hellen charakterisierte Alexander B. Weinberg in einem Schreiben an die Bezirksregierung vom 13.11.1838 als kranken und verrückten Langweiler, als einen Fall für die Psychiatrie und nicht als einen Bürger jüdischen Glaubens, der sachliche Anliegen vortragen wollte. Krankheit als antisemitisches Stereotyp gehörte innerhalb des biologisch-anthropologischen Begründungsverfahrens zum festen Repertoire traditioneller, moderner und NS-Antisemiten.⁴¹

³⁸ Vgl. StADt, 1 I L Nr. 265; StdtA Werther, A 74; Weinberg, Robert Allan, S. 56; StADt, P 2 Nr. 123

³⁹ StADt, M 1 I L Nr. 265

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Siehe Almog, Shmuel: „Judentum als Krankheit“: Antisemitisches Stereotyp und Selbstdarstellung, in: TAJB, Bd. XX (1991), S. 215-235. Almog fasst seinen Aufsatz wie folgt zusammen: „Die Beschäftigung mit dem Judentum als Krankheit erhellt die Beziehung zu den Juden als Anomalie in der menschlichen Gesellschaft. Dies ist eines der ältesten

„Der Handlungsdieners Alexander Weinberg junior aus Werther leidet periodisch an Verrücktheit. In den Monaten September und October v. J. laborierte er sehr an diesem Uebel. Er wollte sich etabliren und in große Handelsgeschäfte einlassen. Mit seinen poßirlichen Fantasien inkommodirte er alle Behörden in unleidiger Art. Er infurierte mich, sammtliche richterliche Personen des Gerichts und den Bürgermeister Riensch in Werther wiederholentlich; da man indeß wußte, daß er nicht zurechnungsfähig sei, seine Verrücktheit auch sonst ungefährlicher Natur war, suchte man seiner auf irgend eine Art loszuwerden. Das Uebelste war dabei, daß er die Behörden durch stundenlange Vorträge langweilte. Den Bürgermeister Riensch hatte er in wirklichen Belagerungszustand versetzt, ehe dieser nun Mal, um wenigstens einige Zeit Ruhe vor ihm zu haben, zu großer Genugthuung der Familie, einige Stunden einsperren ließ; so rechtfertigt sich diese Handlung von selbst, es war eine Art gerechter Nothwehr. Die qu. [ästionierte] zu meiner Registratur gehörende Acten Piece betreffend, bemerke ich folgendes. Vor einigen Wochen kam der Weinberg senior zu mir, beklagte sich, daß die Judengemeinde in Werther, deren Vorsteher er ist, ihm nicht glauben wolle, daß die entworfenen Statuten für die Judenschaft in Werther höheren Orts nicht genehmigt werden können, er bat mich daher, ihm die Original Verfügung auf einige Zeit anzuvertrauen, um solche den Zweiflern zu zeigen. Da der Weinberg sen. ein zuverlässiger Mann ist, übergab ich ihm die qu. Piece auf 14 Tage, welches auch des Inhaltes wegen, unbedenklich geschehen konnte. Während dieser Zeit hat der Weinberg jun. seinem Vater die qu. Piece entwendet und den ungebührlichen Gebrauch davon gemacht. Den Bericht des Bürgermeisters Riensch vom 10ten des Monats nebst Anlagen beehre ich mich gehorsamst beizufügen.“⁴²

Nachfolgend soll die Antwort der Bezirksregierung vom 22.11.1838 an den Landrat wiedergegeben werden, die sich für eine schonende Behandlung des Alexander B. Weinberg aussprach und den Bürgermeister von Werther wegen seines Verhaltens rügte.

„Aus dem untern 13. d. M. eingereichten Bericht des Bürgermeisters Riensch vom 10. d. M. und dem dabei gefügten Atteste geht zwar hervor, daß der Alexander Weinberg zu Werther an periodischer Geistesverwirrung leidet, indessen tragen die in Rede stehenden Handlungen desselben mehr das Gepräge einer überspannten Geistesverwirrung, weshalb wir uns vorläufig um so weniger veranlaßt finden können, die Unterbringung des p. Weinberg in die Irren-Anstalt zu Marsberg einzuleiten, als es die Umstände gestatten, die Heilung des p. Weinberg im elterlichen Hause zu versuchen. Ob hierzu und welche Mittel vorhanden sind, die einen günstigen Erfolg hoffen lassen, darüber wollen Ew. nähere Erkundigung einziehen. [...] Übrigens können wir es nicht billigen, daß der Bürgermeister Riensch dem p. Weinberg bloß um sich seiner zu entledigen hat einsperren lassen, ohne über die Nothwendigkeit des Arrestes eine Verhandlung aufzunehmen und [...] ein auf Thatsachen gegründetes Resolut auszusprechen. Sie haben dem Bürgermeister Riensch dieshalb um so mehr vorzuhaltten, als er hierbei nicht berücksichtigt hat, wie eine gesetzeswidrige Behandlung das Gemüt des nicht völlig Geistesverwirrten noch mehr aufreizen und seine Übel verschlimmern müßte. [...] Über die hinsichtlich des p. Weinberg ergriffenen Maaßnahmen wollen wir Ihren Bericht innerhalb 8 Wochen erwarten.“⁴³

Landrat August zur Hellen berichtete am 6.2.1839 der Bezirksregierung, dass sich der Vater des Alexander B. Weinberg, „ein sehr wohlhabender Mann“, verpflichtet habe, „den Sohn in seinem Hause den ärztlichen Vorschriften gemäß behandeln zu lassen.“⁴⁴ Mit anderen Worten: der junge Mann als Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde von Werther war ruhig gestellt worden, ohne dass ihm seine sachlichen Anliegen vernünftig beantwortet worden wären. Ein Jahr später, als Alexander B. Weinberg, der seinen Wohnort nach Herford verlegt hatte, erneut bei der Bezirksregierung anfragte, was aus seiner Klage gegen den Bürgermeister Riensch geworden sei, wurde ihm von dort „ernstlich“ geraten, „sich ruhig zu verhalten“, da seine Beschwerde schon am 22.11.1838 „als unbegründet zurückgewiesen“ worden sei.⁴⁵

Im Grunde ging es bei diesem Konflikt nicht um die Beziehung zwischen einzelnen Personen, sondern die Streitigkeiten resultierten aus den unregelmäßigen Beziehungen zwischen einem sich als christlich definierenden preußischen Obrigkeitsstaat und den jüdischen Gemeinden. Der preußische Staat war in dieser Zeit weder daran interessiert, die Autorität des zuständigen Landesrabbiners zu stärken, noch für die gesetzliche Organisation der jüdischen Gemeinden zu

und gleichzeitig auch weiterbestehenden Momente der Beziehung zwischen den Juden und ihrer Umgebung, speziell in bezug auf das Bild des Juden, wie es sich in seinen Augen und denen seiner Mitmenschen widerspiegelt. Möglich, daß dieses Phänomen zur Klärung eines der Rätsel beiträgt, das der Judenhaß seit der Antike in sich trägt, nämlich, daß die Nichtjuden die Juden als Jammergestalten verachten und sich dennoch vor ihrer großen Kraft fürchten.“ Ebd., S. 235

⁴² StADt, M 1 I L Nr. 265

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Ebd.

sorgen, sondern duldeten sie lediglich als Privatvereine. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass auch in der jüdischen Gemeinde von Werther die Rollen- und Funktionsverteilungen und Entscheidungsprozesse der innergemeindlichen Gremien solange relativ unverbindlich blieben, bis ihre Regelungsmechanismen (z.B. Gemeindestatuten) von einer äußeren Autorität (z.B. Bezirksregierung; Provinzialregierung; Ministerium und Landesrabbiner) anerkannt wurden.⁴⁶

Die Spannungen zwischen Bürgermeister Riensch und der jüdischen Gemeinde in Werther setzten sich auch bis ins Jahr 1840 fort. Das Jahr 5600 (9.9.1839-27.9.1840) war aus jüdischer Perspektive von doppelter Bedeutung: erstens markierte dieses Jahr für das Judentum in aller Welt den Beginn eines neuen Jahrhunderts, das rabbinische und kabbalistische Autoritäten zu messianischen Erwartungen veranlasste.⁴⁷

Für die jüdische Gemeinde in Werther war das Jahr 5600 insofern bedeutsam, als sie beschloss, die alte baufällige Synagoge auf dem Grundstück des Viehhändlers Salomon Greve Nr. 21 abreißen und eine neue, ca. 170 Quadratfüße größere, auf derselben Stätte errichten zu lassen. Dass Bürgermeister Riensch die Einladung zum Einweihungsfest am 13./14. Elul 5600 (11./12.9.1840) ausschlug, weil ihn weder der Landrat noch die staatlich vorgegebenen Regularien dazu ermutigten, wurde schon oben (Kap. 4.4) erwähnt.

Das obrigkeitsstaatlich vorgegebene negative Bild vom jüdischen Hausierer als Ausbeuter verarmter, nichtjüdischer Bauern und Heuerlinge wurde in dem Bericht des Amtmanns Riensch vom 13.4.1845, der den Erfolg der Effektivität des Gesetzes vom 8.12.1843 bilanzierte, wonach Juden aus den Kreisen Paderborn, Warburg, Büren und Höxter der Gewerbebetrieb im Umherziehen u.a. in dem benachbarten Kreis Halle i.W. verboten wurde, keinesfalls kritisch hinterfragt, sondern eher verstärkt bestätigt. Riensch kam zu dem Ergebnis, dass das Gesetz nicht greife und weitere Gesetze erforderlich seien, um die „christlichen Bauern“ vor der Habgier jüdischer Handelsleute zu schützen. Das als negativ empfundene äußere Erscheinungsbild eines Juden („orientalischer Ursprung“) wurde von ihm als Beleg der unterstellten inneren Werthaltung (Übervorteilungsabsicht) angesehen. Angesichts der Tatsache, dass es im Kreis Halle i.W. im Vormärz noch keine flächendeckenden Spar- und Darlehnskassen gab, unterstellte Riensch den kreditgebenden jüdischen Handelsleuten, dass sie die Geldnot der Bauern sittenwidrig ausnützten und ihnen „schlechte theure Waaren“ aufdrängten, die sie gar nicht bräuchten. Riensch bediente sich in seinem Bericht an den Landrat des antisemitischen Stereotyps vom Juden als Krankheit, indem er die legitimen emanzipatorischen Bestrebungen der Juden verwarf und die Juden als ethnische Gruppe generell mit Erregern schwerer epidemischer Krankheiten (Pest, Cholera, Pocken) gleichsetzte und sie mit der Kollokation „diese schlaue lügnerische Nation“ diffamierte.

⁴⁶ Vgl. Brillong (1978), S. 108f

⁴⁷ Vgl. Frankel, Jonathan: Crisis as a Factor in Modern Jewish Politics, 1840 and 1881-82, in: Reinharz, Jehuda (Hg.): Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses. Hanover & London 1987, S. 55. Zur jüdischen Datierung siehe: Mahler, E.: Handbuch der jüdischen Chronologie. o.O. 1916, S. 588-90

Während die Kollegen des Amtmannes aus den anderen Kleinstädten des Kreises Halle i.W. eine Verminderung des jüdischen ambulanten Gewerbebetriebs, andererseits aber eine Erhöhung des Umsatzes jüdischer Ladenbesitzer und verstärkte Jahrmarktsaktivitäten jüdischer Handelsleute infolge des Gesetzes vom 8.12.1843 konstatierten, fällt Amtmann Riensch nur antisemitische Pauschalurteile. Die Ambivalenz seiner Einstellung gegenüber den Juden, die er mit den negativ konnotierten Begriffen „Schacher“ und „Plage“ ausdrückte, wurde am Ende seines Berichts deutlich, wo er abrupt zugestand, auch „ehrenvolle Ausnahmen“ gnädig zu berücksichtigen. Nachfolgend der ganze Bericht:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich in Folge der rubricirten Hochverehrlichen Verfügung mein Gutachten dahin abzugeben, daß die Juden nach wie vor durch alle erdenkliche Art alle und namentlich das in Rede stehende Gesetz vom 8ten December 1843 betr. das Verbot des Aufsuchens von Waarenbestellungen bei Einzelpersonen zu umgehen wissen und mir allemöglichen Beschränkungen zum Wohl der christlichen Bauern für durchaus erforderlich scheint.

Wenn alle Juden auch sofort Christen würden, so würde ich doch dafür stimmen, daß solange deren Äußeres ihren orientalischen Ursprung dokumentirt, ihnen alle möglichen Beschränkungen, daß sie ihre Mitmenschen nicht übervortheilen auferlegt würden.

Wenn hier in der Gegend ein Grundbesitzer zu Grunde geht, so hat gewöhnlich ein Jude die Hand im Spiele, kann sich der Bauer nicht anders helfen, so geht er zu einem jüdischen Handelsmann und borgt, aber wenn er z.B. 20 Rthlr baar Geld haben will, so muß er für einen ebenso hohen Betrag schlechte theure Waaren, womit er nichts thun kann, mitnehmen.

So lange man Kortexe [i.e. Absud von Rinden] gegen die Pest und Cholera zieht, Pockenranke isolirt, so lange hat man vollkommen die Verpflichtung, die Emancipation der Juden zu bekämpfen respective die unerfahrenen Bauern gegen diese schlaue lügnerische Nation zu schützen, denn die Nebel der Berührung namentlich was den Schacher angeht mit denselben sind wahrlich gefährlicher wie jene Plagen; natürlich lasse ich ehrenvolle Ausnahmen zu. Der Amtmann Riensch“⁴⁸

Während die bisher dargestellten judenfeindlichen Verhaltensweisen von einzelnen Handwerkern, Bauern und Beamten verantwortet wurden, muss nach Rohrbacher zur Erklärung antijüdischer Ausschreitungen im Vormärz und in der Revolution ein dreifacher Kontext vorausgesetzt werden: 1. die sozialen Reibungen während des Übergangs von der ständisch verfassten zur industriell-kapitalistischen Gesellschaft; 2. die politischen Ausgrenzungen und Repressionen infolge der restaurativen Politik und 3. die kulturelle christlich-jüdische Differenz.⁴⁹

In Werther kam es Ende April 1848 zu einem sozialen Protest, dessen Träger eine konservative Quelle mit den Kollektivbegriffen „viele Menschen“, „das Volk“, „die Tumultuanten“, „die Aufständischen“ beschreibt, die schließlich Sachbeschädigungen an Häusern jüdischer Kaufleute (Weinberg, Meyerson) und nichtjüdischer Besitzer anrichteten.⁵⁰

Der soziale Protest in Werther war allerdings kein isoliertes Ereignis, denn im Revolutionsjahr 1848/49 sollen „gewalthafte Angriffe gegen Juden [...] in 93 Orten in Deutschland“ nachweisbar sein, davon in Preußen (ohne Posen) in 16, und im östlichen Westfalen in 6 Orten (Beckum, Körbecke, Bork, Lichtenau, Peckelsheim, Scherfede).⁵¹

Die konservative Quelle, die vom sozialen Protest Ende April 1848 in Werther berichtet, differenziert weder seine Urheber, noch ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen. Die Quelle weist lediglich darauf hin, dass sich eine diffuse Menschenmenge in Werther auf das Gerücht hin bildete, dass Kaufmann Rempel aus Bielefeld auf dem Blotenberg

⁴⁸ KAGt, H 4 HLR1 171.4

⁴⁹ Vgl. Rohrbacher, Stefan: Gewalt im Biedermeier: antijüdische Ausschreitungen im Vormärz und Revolution (1815-1848/49). Frankfurt a.M./New York 1993, S. 27

⁵⁰ Vgl. Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.) 1800-1905. Halle (Westf.) 1905, S. 34f

⁵¹ Rohrbacher, S. (1993), S. 217f, 220, 222

„Reden an das Volk" halten wollte. Rudolf Rempel war zweifellos kein Antisemit, sondern ein Unternehmer, der sich im Jahre 1844 auf die Seite des Proletariats gestellt hatte. Schon 1843 wurden in Rempels Lesegesellschaft in Bielefeld, zu der auch die jüdischen Kaufleute Salomon Dreyer, sein Kompagnon Jeremias Merfeld und der Bankier Heine gehörten, Fragen der Judenemanzipation diskutiert. Rempel und seine demokratischen Freunde forderten in ihrem Hammer Aufruf vom 2. April 1848 „An das Volk" die ‚vollständige staatsbürgerliche Gleichstellung aller Religionen und Konfessionen'. Während sich in Bielefeld ein Teil der jüdischen Mittelschicht und die Konvertiten der jüdischen Oberschicht dem Konstitutionellen Verein anschlossen, gelang es Rempel, Mitglieder der jüdischen gehobenen Mittelschicht für die demokratische Sache zu engagieren.⁵²

Dem zerstörerischen Verhalten der „Aufständischen" in Werther gebot der preußische Obrigkeitsstaat schließlich dadurch Einhalt, dass am 1. Mai Militär aus Bielefeld angefordert wurde, die am Protest Beteiligten am 2. Mai verhört und die vom Untersuchungsrichter für schuldig befundenen am 2. und 3. Mai ins Untersuchungsgericht nach Herford überführt wurden.

Ähnlich wie in Werther versammelte sich auch in Levern „ein Teil der Bevölkerung" am 24. März 1848 vor den Häusern des Amtmannes Duve und des wohlhabendsten jüdischen Bürgers Löwenstein und schlugen ihnen offenbar in stark alkoholisierte Fassung die Fenster ein. Allerdings hatten offensichtlich besser gestellte und weniger alkoholisierte Bürger von Levern dem Amtmann zuvor im Rahmen der Feierlichkeiten zur „Erhebung Sr. Majestät unseres Königs zum Deutschen Kaiser" ein „Vivathoch" ausgerufen und das Ständchen „Heil Dir im Siegerkranz" gesungen. „Der Aufstand löste sich schließlich von allein auf", obwohl das Landratsamt Truppen angefordert hatte, die aber wegen Mangels nicht erscheinen konnten. Amtmann Duve floh nach Minden. Schließlich brach der Landrat Adolf Freiherr von der Horst (1838-1870) am 30. März 1848 auf eigene Kosten, die ihm später vom Innenministerium nicht erstattet wurden, zu einer Inspektionsreise in seinem Landkreis auf, um ‚die Gemüther zu beruhigen'.⁵³

In Kleinendorf kam es am 26.3.1848 vor dem Amtshaus des konservativen Rhadener Amtmannes von Czernicki zu einem Hungeraufstand („Pöppelschlacht") von ca. 100 mit Mistforken und Heugabeln bewaffneten Frauen, als sie mit lauter Stimme Brot und Kartoffeln forderten. Nachdem der Amtsschreiber vor der Tür erklärt hatte, dass der Amtmann verreist sei, eskalierte der Aufruhr und einige Fensterscheiben gingen zu Bruch. Der Amtsschreiber suchte das Weite, um Hilfe zu

⁵² Vgl. Schulte, Wilhelm: Westfälische Köpfe. 300 Lebensbilder bedeutender Westfalen. Biographischer Handweiser. Münster 1963, 3. Aufl., Artikel: „Rudolf Rempel (1815-1868)", S. 258f; Minninger, Monika: Ostwestfälische Juden zwischen Emanzipation, Kulturreform und Revolution, in: Vogelsang, R.; Westheider, R. (Hg.) (1998), S. 184, 188

⁵³ Hillebrand (1996), S. 25; Spönemann, R.: Tumulte in Rahden und Levern während der Märztage 1848, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins der Mindener Heimatblätter, Jg. 48 (1976), S. 91-93

holen. Als sich schließlich die Mitglieder des örtlichen Sicherheitsvereins und die Frauen an einem Feuerlöschteich gegenüberstanden, gaben die Männer auf und zogen sich zurück.⁵⁴

Minninger kommt zu dem Schluss, dass die maßgebliche Meinung mehrerer Juden nach den fortschrittlichen Beschlüssen des Paulskirchenparlaments dahin tendierten, die antijüdischen Ausschreitungen während der Revolution zu „bagatellisieren“.⁵⁵ Herzig weist auf das unterentwickelte demokratische Bewusstsein des deutschen Bürgertums hin. Einerseits forderte es seine eigene Freiheit, andererseits war es mancherorts unfähig, Angriffe auf Mitglieder der jüdischen Minderheit und ihr Eigentum abzuwenden.⁵⁶

Nach Hüffmann kennzeichnete „eine konservative Grundstimmung und eine in allen Bevölkerungsschichten anzutreffende politische Apathie, die Revolten zur Existenzsicherung nicht ausschloß, [...] die allgemeine Situation im Kreis Lübbecke im Revolutionsjahr.“⁵⁷ In Lübbecke wurde im Jahre 1848 einerseits der dem liberalen Bürgermeister Hermann Strubberg nahestehende „Patriotische Verein“ gegründet, andererseits der konservative „Verein zur Wahrung der Rechte der Krone und des Volkes“, der die Interessen des Landrates Adolf von der Horst (1838-70) vertrat und vom Ortsgeistlichen Möller beeinflusst wurde.⁵⁸

Erst das Anwachsen der Zahl der in der expandierenden Zigarrenindustrie beschäftigten Haus- und Fabrikarbeiter unter den Heuerlingsfamilien der Kreise Lübbecke und Herford schuf die Voraussetzung zur Politisierung dieser Unterschichtsangehörigen, die sich dadurch zeigte, dass sie sich in der Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands (gegr. 1848 in Berlin) organisierten. Schon 1849 wurde eine Abordnung von ihnen aus Lübbecke zu der Hauptversammlung nach Leipzig entsandt. Die Statuten dieses Vereins zielten auf eine bessere Ausbildung ihrer Mitglieder ab und auf die gegenseitige Unterstützung in Krankheitsfällen. Die gesamte Zigarrenarbeiterassoziation trat am 20.2.1850 der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung als Dachorganisation bei. Letztere wurde vom postrevolutionären monarchischen Obrigkeitsstaat im selben Jahr verboten.⁵⁹ Ihr Gründer, der Schriftsetzer Stephan Born (Simon Buttermilch), musste schon 1849 in die Schweiz fliehen.

Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung, die als erste Arbeiterorganisation auf dem ersten gesamtdeutschen Arbeiterdelegiertenkongress in Berlin (23.8.-3.9.1848) auf der Basis von 32 Arbeitervereinen gegründet wurde, vertrat radikaldemokratische Forderungen. Zu diesen Forderungen gehörten das aktive „Wahlrecht für Arbeiter, Festsetzung von Mindestlöhnen und

⁵⁴ Vgl. Hüffmann, Helmut: Unterschichten und Obrigkeit. Zur sozialen Lage der städtischen und ländlichen Unterschichten im Raum Lübbecke in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Vogelsang, R.; Westheider, R. (Hg.) (1998), S. 69

⁵⁵ Vgl. Minninger, Ostwestfälische Juden..., a.a.O. (1998), S. 168

⁵⁶ Vgl. Herzig (1973), S. 108, Fußnote 2

⁵⁷ Hüffmann, Unterschichten..., S. 70

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 66

⁵⁹ Vgl. Hüffmann, Unterschichten..., a.a.O. (1998), S. 70; derselbe: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, 2. Aufl., S. 70

Begrenzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich, progressive Einkommensteuer und Aufhebung der indirekten Steuern, Schutz vor Entlassung, Kranken-, Unfall- und Altersversicherung, Unterstützung der Arbeitslosen und der Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern."⁶⁰ Born unterstützte die Genossenschaftsbewegung als Mittel zur Lösung der sozialen Frage und forderte zudem die unentgeltliche Schulpflicht.

Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung fungierte auch als „frühe sozialpolitische pressure group“ gegenüber der in Frankfurt tagenden Nationalversammlung, indem sie den Antrag stellte, „die Beschlüsse ihres Gründungskongresses bei der Beratung der Grundrechte zu berücksichtigen“.⁶¹ Obwohl die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung der Nationalversammlung zunächst skeptisch gegenüberstand, da letztere in erster Linie die Interessen der Bürger und nicht der Arbeiter vertrat, änderte sich ihre Haltung, nachdem „die Frankfurter Nationalversammlung am 2.3.1849 das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für die Reichsverfassung beschloß.“⁶² Die Arbeiterverbrüderung nahm im ‚Bürgerkrieg um die Reichsverfassung‘ aus dem Grund für die Reichsverfassung Partei, weil sie die Volkssouveränität und nicht die Fürstensouveränität zu verteidigen beabsichtigte.⁶³

5.2.2 Der so genannte moderne politische Antisemitismus in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W.

Obwohl die bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden als ein Geschenk des liberal eingestellten Norddeutschen Reichstages in der Verfassung des Norddeutschen Bundes am 3.7.1869 und in der Reichsverfassung im Jahre 1871 als Zielvorstellung gesetzlich verankert worden war und sich der Staat bei der Einstellung von Beamten hinsichtlich des Kriteriums der Religions- oder Konfessionszugehörigkeit hätte neutral verhalten müssen, zeigten die folgenden Jahre, dass zwischen Gesetzeswirklichkeit und Verwaltungspraxis Welten klafften. Weder im Erziehungswesen, noch im Hochschulwesen, im Justizwesen oder im Militär wurden jüdischen Bewerbern gegenüber nichtjüdischen gleiche Chancen eingeräumt. Die Folge dieser konservativen Politik der staatlichen Ausgrenzung war, dass Juden in erster Linie im Privatschulwesen, als Privatdozenten, in privaten Anwaltskanzleien, im Handel usw. beruflich tätig waren.¹ Das Mindeste, was deutsche Juden vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat erwarteten, war, dass er ihnen ihre körperliche Unversehrtheit garantierte und antisemitische Unruhen wie z.B. in Neustettin (1881), Xanten (1891) und Konitz (1900) unterdrückte und die Rädelsführer bestrafte.

⁶⁰ Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938. München 1991, S. 137; vgl. Schlangen, Walter (Hg.): Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute. Düsseldorf 1979, S. 48

⁶¹ Pracht, Elfi: Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867-1914. Pfaffenweiler 1990, S. 7

⁶² Ebd., S. 11

⁶³ Vgl. ebd., S. 12f

¹ Vgl. Levy, Richard S.: The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany. New Haven/London 1975, Kap. 6, S. 130-165

Nachfolgend fragen wir danach, welche Parteien in den Reichstagswahlkreisen Minden-Lübbecke und Herford-Halle und in den Landtagswahlkreisen Minden-Lübbecke und Herford-Halle-Bielefeld in der Zeit von 1879-1912 gewählt wurden, die antisemitische Ziele verfolgten, und welche Parteien die gesetzlich verbriefte bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden voraussetzten, ohne sie programmatisch zu betonen.²

Schon der Landtagswahlkampf im Jahre 1866 zeigte, dass die Demokraten andere Zielvorstellungen verfolgten als die Konservativen. Die Demokraten wandten sich mit dem pazifistischen Wahlaufruf in dem Wahlkreis Herford-Halle-Bielefeld „Wir wollen keinen Krieg!“ und mit der Parole „Diesem Ministerium keinen Pfennig zur Mobilmachung und zum Krieg!“ an ihre Wähler und unterschieden sich mit diesen Forderungen deutlich von dem antidemokratischen, antiliberalen, antikapitalistischen und antijüdischen Programm der Konservativen, das folgende Ziele anstrebte:

„Der Religionsunterricht soll in den Elementarschulen das Fundament des Unterrichts bleiben. Keine Zivilehe als für solche, die aus der Kirche ausgetreten sind. Keine Juden als Obrigkeit des christlichen Volkes. Aufrechterhaltung der Verfassung. Persönliches Regiment des Königs. Fortbestand des Herrenhauses in seiner jetzigen Gestaltung. Schutz gegen Zerstückelung der Bauernhöfe. Stärkere Heranziehung des Kapitals zu den Steuern, damit der Grundbesitz entlastet werden kann. Aufrechterhaltung der Gesetze gegen den Wucher. Schutz des Handwerks gegen die Macht des räuberischen Kapitals. Unterscheidung der Meisterprüfungen und Meisterkonzessionen für Stadt und Land.“³

Dieses Programm verdeutlichte, dass sich die konservative Partei in Minden-Ravensberg in erster Linie an die Bauern, Heuerlinge und Handwerker als potentielle Wähler richtete. Da aus konservativer und antisemitischer Perspektive das Judentum mit dem politischen Liberalismus, mit Kapitalismus und Börsenwesen gleichgesetzt wurde⁴, ohne dass die Antisemiten wahrnehmen wollten, dass Juden selbst im Handels- und Finanzsektor nur eine, wenn auch im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil überproportionale Minderheit bildeten⁵, wurde der Markt seit Beginn der Gründerkrise (1873) und während der großen Depression (1873-1895) besonders in den Jahren 1880-81 und in den Jahren 1891-93 mit einer Flut antisemitischer Schriften überschwemmt, die

² Vgl. Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973, Kap. VI, S. 120ff; Hoener, Erich: Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866 bis 1896. Ein Beitrag zur konservativen Parteiengeschichte. Bielefeld 1923; Watermann, Karl Friedrich: Politischer Konservatismus und Antisemitismus in Minden-Ravensberg 1879-1914, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jg. 52 (1980), S. 11-64

³ Zitiert nach Hoener, S. 19

⁴ Vgl. Felden, Klemens: Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1875-1900). Heidelberg 1963, Kap. V, S. 85-95; Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte in der Konservativen Partei. Bonn-Bad Godesberg 1975, 2. Aufl., S. 114-121; Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a.M. 1986, Kap. I-IV, S. 1-62

⁵ Im Jahre 1895 waren 65,2% (19.123 Frauen; 114.328 Männer) der jüdischen im Vergleich zu 10,6% der nichtjüdischen Erwerbsbevölkerung im Sektor Handel und Verkehr beschäftigt. Anders ausgedrückt waren im Jahre 1895 57,1 Juden von 1.000 Erwerbspersonen im Deutschen Reich und im Jahre 1882 85,8 Juden von 1.000 Erwerbspersonen in Preußen im Sektor Handel und Verkehr beschäftigt. Vgl. Lowenstein, S.M.; Mendes-Flohr, P.; Richarz, M.: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3. Umstrittene Integration. München 1997, S. 41; Kaplan, Marion A.: The Making of the Jewish Middle Class. New York 1991, S. 190; Schmelz, Usiel: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 8 (1982), S. 64, Tabelle 8

bequemer-, aber fälschlicherweise die Juden oder das Judentum als Verursacher der ökonomischen Krisen beschuldigten.⁶

Das eingefleischte konservative Vorurteil vom Juden als kapitalistischem Ausbeuter, das auch von dem christlich-sozialen Politiker und Hofprediger Adolf Stoecker, der als Landtagsabgeordneter den Wahlkreis Herford-Halle-Bielefeld von 1879 bis 1892 und den Reichstagswahlkreis Minden-Lübbecke in den Jahren 1893 bis 1898 vertrat, spätestens seit 1879 öffentlich verbreitet wurde⁷, mochte typisch für seine antilibérale Haltung gewesen sein, unterstellte es doch pauschal, dass Angehörige einer ethnisch-kulturellen Minderheit für strukturelle Wirtschaftsprobleme verantwortlich seien.

Auf das Wirtschaftsverhalten der jüdischen Bürger der Kleinstädte Werther, Lübbecke, Halle und die Gemeinde Bockhorst bezogen, muss dieses Vorurteil schlicht als falsch eingeschätzt werden, da diese Bürger überproportional mehr Steuern zahlten als ihr Anteil an allen Steuerzahlern (Urwählern) ausmachte.

Nach der Urwählerliste für die Stadt Werther für den Zeitraum 1879-81 machte der Anteil der 14 jüdischen Bürger (4%) von insgesamt 344 Urwählern an dem gesamten Aufkommen aus erhobener Klassen, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer 7,7% aus. In den Jahren 1882-84 zahlten 17 jüdische Bürger (4,3% aller Urwähler) 8,6% des Gesamtsteueraufkommens von 8.786,13 Mark, im Jahre 1885 zahlten die 18 jüdischen Bürger von Werther (4,8% aller Urwähler) 8,5% aller erhobenen Steuern und im Jahre 1888 entfiel auf die 15 jüdischen Bürger von Werther (4,2% aller Urwähler) sogar 9% des gesamten lokalen Steueraufkommens.⁸ Diese Zahlen bestätigen, dass die jüdischen Bürger von Werther als Händler, Kaufleute, Fabrikanten und zum Teil als Privatbankiers an dem lokalen Markt, an dem sich neben nichtjüdischen Händlern, Kaufleuten und Fabrikanten seit 1878 auch der Bankverein⁹ beteiligte, regen Anteil hatten, von ihrer Kundschaft aufgesucht wurden und ihre Produkte kontinuierlich absetzten.

Wie oben schon im Kapitel 3.2.1 dargestellt wurde, zahlten die nach dem anachronistischen Dreiklassenwahlrecht als Urwähler eingestuft jüdischen Fabrikanten, Kauf- und Handelsleute von Lübbecke z.B. für das Jahr 1876 sogar 26,2% des Gesamtsteueraufkommens von 1.030 Talern, obwohl der Anteil der jüdischen Bürger von Lübbecke an allen Einwohnern unter 4% lag.¹⁰

Auch im Zeitraum von 1900-1914 zahlten die jüdischen Gewerbetreibenden von Lübbecke in

⁶ Vgl. Felden, S. 38f; Anhänge 1 und 2; Massing, S. 9ff

⁷ Vgl. Felden, S. 97: „Die Verurteilung jüdischen Wesens durch den orthodoxen geistlichen war ebenso total wie die der Rassenantisemiten, wenn Stoecker sie auch in massvollen Formulierungen zu kleiden wusste und besonderen Nachdruck auf die publikumswirksamen Themen – jüdische Ausbeutung und Amoral – legte.“ Stoecker hielt seine erste antijüdische Rede am 19.9.1879. Vgl. Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873-1890) Berlin 1927, S. 26

⁸ Vgl. StdtA Werther, A 5

⁹ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 130 vom 6.6.1907: „[...] Die Bank, gegründet 1878, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt 1891, hat eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen. [...] Obwohl die Bank einen gemeinnützigen Charakter hat und zunächst darauf bedacht ist, den Handels- und Gewerbetreibenden und Landwirten zu mäßigem Zinssatz den nötigen Kredit zu gewähren, - im Jahre 1906 war hier der Zinssatz zeitweise um 2% niedriger als bei anderen Kreditinstituten -, ist doch auch der Reingewinn von Jahr zu Jahr größer geworden. [...]“

¹⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, B 4.4

jedem Jahr über 20% der gesamten für den Gemeindebezirk Lübbecke erhobenen Gewerbesteuern, obwohl der Anteil der jüdischen Bürger von Lübbecke an allen Einwohnern auf ca. 1,8% gesunken war.¹¹

In der Kreisstadt Halle i.W. entfielen für 1882 auf die vier jüdischen Urwähler (2,8%) ca. 4% der erhobenen Gesamtsteuersumme¹², und in der Gemeinde Bockhorst zahlten die Gebrüder Weinberg für das Steuerjahr 1881/82 den höchsten Steuersatz von 42 Mark und damit 36,8% der insgesamt für die Klasse A II erhobenen Gewerbesteuern.¹³

Diese Daten verdeutlichen, dass die jüdischen Bürger der Kleinstädte auch während der großen Depression wirtschaftlich erfolgreich waren und die von ihnen angebotenen Waren in qualitativer und preislicher Hinsicht von ihrer Kundschaft akzeptiert wurden.

Nachdem es der Hofprediger, Leiter der Berliner Stadtmission und der Wohlfahrtspflege der evangelischen Kirche in Berlin und Führer der christlich-sozialen Arbeiterpartei, Adolf Stoecker, innerhalb der Berliner Bewegung, der auch weitere antisemitische Politiker wie Bernhard Förster, Max Liebermann von Sonnenberg und Ernst Henrici angehörten, nicht geschafft hatte, der Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen im Jahre 1878 in Berlin Konkurrenz zu machen, richtete er seine politischen Ambitionen u.a. auf Minden-Ravensberg, wo er von der Konservativen Partei im Herbst 1879 als dritter konservativer Kandidat für den Landtagswahlkreis Herford-Halle-Bielefeld vorgeschlagen und später auch gewählt wurde.¹⁴

Nach der Wahlschlappe in Berlin wandelte sich die Christlich-Soziale Partei - das Wort „Arbeiter“ verschwand im Jahre 1881 - zu einer kleinbürgerlichen, sozialkonservativen Reformpartei, die gegen Linksliberalismus und Kapitalismus agitierte und, anstatt um des Friedens willen Brücken zu bauen, in ihrer antisemitischen Propaganda den Gegensatz zwischen Judentum und Christentum im Namen des ‚germanischen Wesens‘ betonte und solche antisemitischen Forderungen erhob wie ‚Beseitigung des Hypothekenwesens im Grundbesitz‘, ‚Änderung des Börsen- und Aktienwesens‘, ‚Wiedereinführung der konfessionellen Statistik‘, ‚Einschränkung der Anstellung jüdischer Richter‘ und ‚Entfernung der jüdischen Lehrer aus [den] Volksschulen‘.¹⁵ Das war ein antisemitischer Katalog, den die Christlich-Sozialen offenbar jahrelang mit sich herumschleppten und der schließlich im Eisenacher Programm (1895) seinen Niederschlag fand.

Da sich die konservative Partei in Minden-Ravensberg um die Gunst solch unterschiedlicher Wähler wie Landwirte mit mittelgroßen Betrieben, Kleinbürger, Handwerker, Heuerlinge, Textil-, Zigarrenfabrik- und Zigarrenhausarbeiter bemühte, ergibt sich die Frage, welche Wählerschichten die Christlich-Sozialen, die sich als eigenständige Partei erst 1896 wegen ihrer sozialkonservativen Forderungen von den Konservativen abspalteten, zu vertreten beabsichtigten.

¹¹ Vgl. Beckmann, Dokumentation (1993), S. 7, 77f

¹² Vgl. StdtA Halle, A 133

¹³ Vgl. StdtA Versmold, A 864

¹⁴ Vgl. Hoener, S. 46; Massing, S. 22f; Puhle, S. 118-121

¹⁵ Zitiert nach Puhle, S. 118

Nach Watermann stützten sich die Christlich-Sozialen „auf ein Milieu, das dem sozialen Status nach eher proletarisch genannt werden darf, dem Bewußtsein nach jedoch ein kleinbäuerlich geprägtes war.“¹⁶ Nach Ditt versuchte die Stoeckerpartei in Konkurrenz zur Sozialdemokratie sowohl die angeblichen Interessen der „Arbeiterschaft“ als auch die des „alten Mittelstandes“ zu vertreten und setzte sich für solche sozialen Ziele ein wie „bessere Fürsorge für Arbeitsunfähige“, „Beschränkung bzw. Verbot von Frauen- und Sonntagsarbeit“, „Reduzierung der Arbeitszeit“, „auskömmliche Löhne“, „Tarifverträge [...] auf der Basis eines friedlichen Miteinanders zwischen Unternehmen, Staat und Arbeitern“, selbstverständlich in einer Staatstheorie, die das Bündnis zwischen Thron und Altar betonte.¹⁷

In einer Rede Stoeckers am 2.5.1878 in Bielefeld vor 2.000 Zuhörern, die größtenteils Sozialdemokraten gewesen sein sollen, betonte er solche Ziele wie die „Organisation des Handwerks in obligatorischen Innungen“, die „Entlastung des ländlichen Grundbesitzes“, die „Verstaatlichung der Eisenbahnen“, die „Beendigung des Kulturkampfes“ und die Beibehaltung des „konfessionellen Schulsystems“.¹⁸ Andere Ziele der konservativen Partei waren die Ablehnung der Gemeinschaftsschule - wie sie z.B. Alexander Haindorf von 1828-40 in Münster modellhaft organisiert hatte - die Aufhebung der obligatorischen Zivilehe und die strenge Einhaltung der Sonntagsruhe bis hin zum Jagdverbot, Verbot von Frühkonzerten und die Einstellung des Post- und des Eisenbahnverkehrs sowie die Abschaffung des Klassenwahlrechts und dessen Ersetzung durch das allgemeine Wahlrecht.¹⁹

Es gab also durchaus Interessenkongruenzen mit der Sozialdemokratie, die ebenfalls für die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts - nach 1900 mittels massenhafter Straßenproteste - eintrat, nachdem sie erkannt hatte, dass ihre effiziente Mitarbeit im preußischen Landtag erst nach Abschaffung des undemokratischen Zensuswahlrechts und seiner anachronistischen Wahlkreiseinteilung möglich war.²⁰

Inwieweit können wir nun behaupten, dass Stoecker und seine Christlich-Soziale Partei innerhalb der Konservativen Partei sich dafür einsetzte, die bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden rückgängig zu machen?

Erstens gehörte Stoecker zu denjenigen, die die so genannte Antisemitenpetition unterschrieben.²¹ Diese war von dem völkischen Antisemitenführer Liebermann von Sonnenberg im August 1880 initiiert worden. Im Unterschied zum hessischen Antisemitenführer Otto Boeckel, der sowohl gegen Juden als auch gegen Großverdiener und Großgrundbesitzer kämpfte, war Liebermann von Sonnenbergs Ideal „altständisch-konservativ. Die Monarchie und das Christentum waren ihm

¹⁶ Watermann, S. 23

¹⁷ Vgl. Ditt, Karl: Die politische Arbeiterbewegung in Ostwestfalen zwischen der Reichsgründung und dem Beginn der Weimarer Republik, in: Düwell, K.; Köllmann, W. (Hg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Bd. 2. Wuppertal 1984, S. 243

¹⁸ Vgl. Hoener, S. 46f

¹⁹ Vgl. ebd., S. 53-57

²⁰ Vgl. Pracht, Elfi: Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867-1914. Pfaffenweiler 1990, S. 373-393

²¹ Vgl. Levy, S. 132

unverletzlich, und alle seine Forderungen nach Beschränkung der jüdischen Gleichberechtigung und zugunsten des Mittelstandes fanden ihre Grenze an der unverletzlichen Ordnung der bestehenden Gesellschaft und dem Gebot der Treue gegen Kaiser und Reich."²² Die Antisemitenpetition beabsichtigte in ihren eigenen Worten ‚die Emanzipation des deutschen Volkes von einer Art Fremdherrschaft, welche es auf die Dauer nicht zu ertragen vermag‘, und forderte u.a. die Beschränkung „der Immigration ausländischer Juden“ und den „Ausschluß der Juden von allen Regierungsstellen“, die „beschränkte Zulassung von Juden bei den Gerichten, besonders Richter“, den „Ausschluß der Juden von Lehrerstellungen in den Volksschulen“, die „Verringerung jüdischer Lehrkräfte an höheren Schulen und Universitäten“, die „Wiedereinführung des separaten Zensus für die jüdische Bevölkerung“, also politische Ziele, von denen wir oben im Programm der Konservativen schon teilweise gehört haben und deren Auswirkungen zu Beginn dieses Kapitels angedeutet wurden.²³

Nachdem diese Antisemitenpetition schließlich mit einer Viertelmillion Unterschriften im April 1881 dem Reichskanzler überreicht worden war, fragte die Fortschrittspartei im Landtag an, welche Haltung die Regierung gegenüber dieser Petition einzunehmen gedenke, worauf der Vizepräsident des preußischen Ministerrats erklärte, dass die Verfassung die Gleichheit der Konfessionen garantiere.²⁴ Merkwürdigerweise fühlten sich die Antisemiten durch diese Antwort ermutigt, ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten fortzusetzen.

Zweitens nahm Stoecker am Ersten Internationalen antijüdischen Kongreß vom 10.-12. September 1882 in Dresden teil. Im Laufe des Kongresses wurden die Unterschiede zwischen den Forderungen der Rassenantisemiten (Liebermann von Sonnenberg, Bernhard Förster, Henrici), deren politische Ziele die NS-Berufsverbote und Rassengesetze vorwegnahmen, und die gemäßigttere antisemitische Haltung Stoeckers offensichtlich, der in typisch missionarischer Absicht, die deutschen Juden erst dann als seine „Brüder“ akzeptieren konnte, wenn sie sich taufen ließen.²⁵

Drittens war Stoecker auch Teilnehmer am Bochumer Antisemitentag am 10./11.6.1889, zu dem der Wittener völkische Antisemitenführer Dr. med. Adolf König sämtliche antisemitischen Gruppierungen von Boeckel bis Stoecker mit insgesamt 250 Abgeordneten aus 100 deutschen Städten eingeladen hatte. Der Zusammenschluss der westfälischen Antisemiten in so genannten „Deutschen“ oder „Patriotischen Vereinen“ geschah unter der Regie von Dr. med. König.²⁶

Auch in der Gemeinde Levern im Kreis Lübbecke existierte im Jahre 1889 ein solcher „Deutscher Verein“, der in einer Zeitungsanzeige seine „Gesinnungsgenossen“ am 8.6.1889 einlud, um die

²² Broszat, Martin: Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Deutschland. Köln 1952, S. 92

²³ Zitiert nach Massing, S. 43

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. Wawrzinek, S. 50f

²⁶ Vgl. Herzig, S. 129f

Verbreitung antisemitischer Propaganda in der Gemeinde Levern zu planen und das anstehende Pfingsttreffen in Bochum vorzubereiten.²⁷

Das Ergebnis dieses Antisemitentages in Bochum war die Bildung einer neuen Antisemitenpartei mit dem Namen Antisemitische deutsch-soziale Partei und die Annahme eines Programms, das die weitgehende „Einschränkung der Staatsbürgerrechte der Juden“ vorsah.²⁸ Trotz Vermittlungsversuchs des antisemitischen Schriftleiters des Stoeckerschen Presseorgans „Volk“, Hans Leuß, wurde das Programm schließlich ohne die Stimmen der Christlich-Sozialen angenommen. Der Programmentwurf der Antisemitischen Deutsch-Sozialen Partei zielte unter Punkt 7 darauf ab, die mühsam errungene, von einem im Jahre 1871 mehrheitlich liberal eingestellten Reichstag konzedierte bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden wieder zurückzunehmen:

„[...] Als ihr Ziel faßt die antisemitische deutsch-soziale Partei die Aufhebung der Gleichberechtigung und die Stellung der Juden unter Fremdenrecht in Deutschland ins Auge. Die Ausführung dieser Maßregel würde in letzter Linie folgende Wirkung für die Juden haben: Die in Deutschland lebenden Juden dürfen nicht Richter, Lehrer, staatliche oder kommunale Verwaltungs- oder technische Beamte, Advokaten oder Ärzte mit Beamteneigenschaft sein. Juden, als gerichtliche Zeugen, dürfen nur auf den streng rituellen, jüdischen Eid vor einem Rabbiner vereidigt werden. Juden können nicht als Geschworene oder Schöffen sitzen oder sonstige deutsche Ehrenämter bekleiden. Die Juden sind vom Dienst im deutschen Heere ausgeschlossen, dafür entrichten sie eine von der betreffenden jüdischen Gemeinde beizutreibende Kopfsteuer. [...]“²⁹

Viertens ging die Initiative zur Erneuerung des konservativen Parteiprogramms im Sinne eines politisch-kulturellen Antisemitismus von den Christlich-Konservativen und der rechtsradikalen Kreuzzeitungsgruppe um Stoecker und seinem Freund Wilhelm von Hammerstein in Minden-Ravensberg aus. Hoener beschrieb diesen Prozess im Jahre 1923 wie folgt:

„Neben der sozialen Frage bedurfte die Stellung der konservativen Partei zum Antisemitismus einer Klärung. Die Minden-Ravensberger waren die Wortführer des schärfsten Antisemitismus; für sie war der Kampf gegen das Judentum nichts Neues, sondern stets hatten sie ihn durch die Wahl von Männern wie Strossner und Macard praktisch geführt. Die antisemitischen Tendenzen erfuhren eine neue Belebung, als um 1890 auch in Minden-Ravensberg überall deutsch-soziale Reformvereine gegründet wurden und eine überaus rege Tätigkeit entfalteten. Auf die konservative Partei wirkten diese Vereine, zumal ihre meisten Mitglieder zu den Konservativen zählten, befruchtend [sic] ein. Wohl gab es auch unter den Christlich-Konservativen manche, die aus taktischen Rücksichten gegen die Juden nicht schroff auftreten wollten; im allgemeinen entsprach aber die antisemitische Haltung der 'Neuen Westfälischen Volkszeitung' den Anschauungen der konservativen Wähler. Am 26. Oktober 1891 sprach sich der Redaktionsausschuß, der die politische Haltung des Parteiorgans zu überwachen hatte, einstimmig dafür aus, daß die Zeitung in der Art der 'Kreuzzeitung', des 'Reichsboten' und Stöckers entschieden, aber maßvoll in der Judenfrage Stellung nehmen sollte.“³⁰

Nach Hoener war es der Bielefelder Antisemitenanwalt Klasing, der auf dem Parteitag der Konservativen Partei am 8.12.1892 in der Tivoli-Bierhalle in Berlin dafür eintrat, den Satz „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“ aus dem neuen Parteiprogramm zu streichen, während nach Levy Stoecker und alle Delegierten aus Westdeutschland dafür verantwortlich gehalten werden.³¹ Schließlich einigten sich die gemäßigten Konservativen, die Kreuzzeitungsfaktion um von Hammerstein und Stoecker, die in Opposition zur freihändlerischen Regierungspolitik für Schutzzölle eintraten, und die radikalen Deutsch-Sozialen unter der Leitung

²⁷ Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 46 vom 8.6.1889 (Beilage)

²⁸ Vgl. Wawrzinek, S. 77

²⁹ Zitiert nach Mommsen, Wilhelm (Hg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1964, 2. Aufl., S. 75

³⁰ Hoener, S. 79f; vgl. Massing, S. 67

³¹ Vgl. Hoener, S. 89; Levy, S. 83

des Redakteurs Leuß auf den Satz ‚Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.³²

Auf Stoeckers antijudaistische Botschaften kann hier nicht im einzelnen eingegangen werden, wir können jedoch festhalten, dass für ihn praktizierende Juden keine gleichwertigen Mitbürger waren, sondern er betrachtete das Judentum als minderwertige Religion, ‚als untere Stufe der göttlichen Offenbarung‘ und machte spätestens seit 1879 gegen ‚dies frivole, gottlose, wucherische, betrügerische Judentum‘ Politik.³³

Wie können wir uns nun Stoeckers rege politisch-missionarische Agitation in seinem Landtagswahlkreis Herford-Halle-Bielefeld vorstellen? Hoener schrieb dazu:

„In den nächsten Jahren [1879ff] entfaltete Stöcker in Minden-Ravensberg eine rege Tätigkeit. An allen größeren Orten seines Wahlkreises trat er mit seinen Wählern in persönliche Fühlung; seine Leistungsfähigkeit erschien fast unbegrenzt. An Sonntagen kam es häufig vor, daß er morgens die Predigt hielt und am Abend nochmals an einem anderen Ort die Kanzel bestieg. Auf diese Weise gewann er schließlich das ganze Minden-Ravensberg für sich.“³⁴

In Werther im Kreis Halle i.W. trat Stoecker wenigstens zweimal auf, einmal vermutlich allein als Prediger am Freitagabend des 30. November 1888 in der St. Jacobi Kirche und am 24.8.1892 als Landtagsabgeordneter zusammen mit seinem antisemitischen Freund von Hammerstein, Mitglied des Preußischen Landtages seit 1876 und des Reichstages seit 1881, Schriftleiter der antisemitischen Kreuzzeitung, im Kontext der Ersatzwahl für den verstorbenen konservativen Reichstagsabgeordneten von Kleist-Retzow.³⁵

Auch im benachbarten Halle i.W. fungierte Stoecker am 28.6.1889 als Festredner auf einem Missionsfest, und in Bünde erschien er wieder in seiner Doppelfunktion am 12.6.1892, als er morgens in der neuen Kirche eine Predigt hielt, nachmittags aber wieder als Politiker im Stadtgarten auftrat, wo er vermutlich gegen die freihändlerischen Handelsverträge der Regierung und für den gescheiterten Gesetzesentwurf über die konfessionelle Volksschule sprach. Außerdem versuchte er dort dem Publikum zu erklären, warum er sich im Abgeordnetenhaus gegen die Erhöhung der Tabakfabrikatssteuer ausgesprochen hatte, bei der entscheidenden Abstimmung aber merkwürdigerweise wegen einer Konfirmationsstunde verhindert war.³⁶

Wenn auch Stoecker als einer von drei konservativen Abgeordneten des Landtagswahlkreises Herford-Halle-Bielefeld in den Jahren 1879, 1882, 1885 und 1888 gewählt wurde, so dürfen wir nicht unberücksichtigt lassen, dass seine liberalen Gegenkandidaten jeweils ebenfalls eine nicht unbedeutende Wahlmännerstimmenzahl auf sich vereinigen konnten. So erhielt Stoeckers liberaler Gegenkandidat in den Wahlen von 1879 263 von 594 Stimmen (44,3%), in den Wahlen von 1882

³² Zitiert nach Mommsen, W. (Hg.), S. 78

³³ Zitiert nach Massing, S. 29, 31. Greschat gibt zu bedenken, dass sich der Stoeckersche Antijudaismus auf folgende Generationen protestantischer Kirchenführer auswirkte. Siehe Greschat, M.: Protestantischer Antisemitismus im Wilhelminischen Zeit. Das Beispiel des Hofpredigers Adolf Stoecker, in: Brakelmann, G.; Rosowski, M. (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie. Göttingen 1989, S. 27-51; besonders S. 36-44

³⁴ Hoener, S. 47

³⁵ Vgl. Ravensberger Zeitung Nr. 141 vom 29.11.1888; Haller Kreisblatt Nr. 103 vom 27.8.1892

³⁶ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 77 vom 3.7.1889 und vom Juni 1892

sogar 319 von 656 Stimmen (48,6%).³⁷ In den Wahlen von 1885 hing Stoeckers Wiederwahl „am seidenen Faden“, erst im dritten Wahlgang konnte er sich mit nur 327 gegen 323 Stimmen für seinen fortschrittlichen Gegenkandidaten durchsetzen.³⁸ Auch in den Wahlen im Jahre 1888 konnten die drei konservativen Kandidaten nur eine knappe Mehrheit auf sich vereinigen. „Sie erhielten 352 bis 349, die Gegenkandidaten 342 bis 333 Stimmen.“³⁹

Die Reichstagswahl im Wahlkreis Herford-Halle im Jahre 1895 war insofern von Bedeutung, als zum ersten Mal mehrere antisemitische deutsch-soziale Pfarrer ins Wahlgeschehen eingriffen. Pfarrer Karl Iskraut versuchte mit Hilfe eines Christlich-Konservativen Volksvereins für Minden-Ravensberg diejenigen Gruppen, die nicht mit der Politik der Christlich Konservativen einverstanden waren, das waren christlich-soziale, deutsch-soziale Konservative und Mitglieder des Bundes der Landwirte (BdL) zu sammeln. Mit diesem Vorhaben hatte er aber letztlich wenig Erfolg, denn auf seiner von ihm in Herford am 5.10.1895 einberufenen Versammlung erschienen nur 36 Personen und der dort nominierte deutsch-soziale Kandidat Pfarrer Schall erhielt später im ersten Wahlgang lediglich 227 (1,7%) der abgegebenen Stimmen.⁴⁰

Vor dieser Reichstagsersatzwahl, die nach dem skandalösen Ausscheiden von Hammersteins notwendig wurde, entschied sich auf einer Vertrauensmännerversammlung in Herford am 24.9.1895 eine Mehrheit von 60 gegen 53 Stimmen für die Nominierung des konservativen Kandidaten Weihe, der auch vom BdL unterstützt wurde.⁴¹ Abgesehen davon, dass sich der BdL in den folgenden Jahren in enger Verbindung mit den Deutsch-Konservativen intensiver antisemitischer Propaganda bediente⁴², war vermutlich einer der Gründe, warum keiner der angetretenen Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielen konnte, derjenige, dass der antisemitische Pfarrer Iskraut einen eigenen Zählkandidaten in der Person eines weiteren antisemitischen Pfarrers namens Schall aufgestellt hatte. Im ersten Wahlgang am 22.11.1895 waren für den ganzen Reichstagswahlkreis 13.310 Stimmen abgegeben worden. „Davon erhielten Weihe <konservativ> 6.553, Quentin <liberal> 3.907, Hoffmann <SPD> 2.384, Schall <deutsch-sozial> 227, Schemmel <konservativ> 174 Stimmen und außerdem waren 65 vereinzelt abgegeben.“⁴³

In den Kleinstädten des Kreises Halle i.W. erhielten die Liberalen in Halle i.W., in Borgholzhausen und besonders in Versmold eine Mehrheit, während sich in Werther die meisten Wähler für den konservativen Kandidaten entschieden. Im pietistisch geprägten Amt Werther und in Borgholzhausen entfielen in den nächsten Reichstagswahlen im Jahre 1898 die höchsten Prozentsätze der abgegebenen Stimmen auf die Christlich-Sozialen (Stoeckerpartei), die zum ersten

³⁷ Vgl. StADt, M 1 I L Nr. 43

³⁸ Vgl. Hoener, S. 61

³⁹ Vgl. ebd., S. 66

⁴⁰ Vgl. Watermann, S. 47

⁴¹ Vgl. Hoener, S. 98

⁴² Vgl. Puhle, Kap. 2, S. 111-139

⁴³ Haller Kreisblatt Nr. 145 vom 5.12.1895

Mal als eigenständige Partei in die Wahl gingen. Im Amt Werther stimmten im ersten Wahlgang 1895 717 Wähler für Weihe, 59 für Quentin, 67 für Hoffmann und 18 für Schall. Das bedeutete, dass der extrem antisemitische Kandidat nur ca. 2% aller in den sechs Landgemeinden abgegebenen Stimmen erhalten hatte.⁴⁴

In der Stichwahl am 4.12.1895 stimmten im Kreis Halle i.W. 2.157 Wähler für Quentin, einige mehr, nämlich 2.216 Wähler für Weihe. Im ganzen Wahlkreis setzte sich schließlich der liberale Kandidat mit 8.958 Stimmen mit knapper Mehrheit gegenüber dem konservativen, der 8.626 Stimmen auf sich vereinigen konnte, durch.⁴⁵ Die Abwehrblätter mutmaßten, dass der liberale Kandidat neben den Stimmen der Sozialdemokraten noch 3.000 weitere Stimmen für sich mobilisiert haben musste.⁴⁶ Nach mehr als 20 Jahren war damit der Reichstagswahlkreis Herford-Halle wieder von einem liberalen Kandidaten (Bürgermeister Ludwig Quentin aus Herford) gewonnen worden. Wenn man bedenkt, dass konservative Politiker nach der für die Sozialdemokratie erfolgreichen Reichstagswahl im Frühjahr 1893 Pläne erwogen hatten, die darauf abzielten, das Reichstagswahlrecht im reaktionären Sinn zu ändern und ein konservativer Landadliger sogar Staatsstreichpläne in Erwägung gezogen hatte, bedeutete die Wahl eines liberalen Kandidaten einen Fortschritt.⁴⁷

Die höchsten Stimmenanteile erhielten die Christlich-Sozialen im Reichstagswahlkreis Herford-Halle im Jahre 1907 mit 22,3%, im Kreis Halle i.W. jedoch 1912 mit 25,6% und im Wahlkreis Minden-Lübbecke im Jahre 1912 mit 12%.⁴⁸ Im Kreis Lübbecke entfielen die höchsten Stimmenanteile für die Christlich-Sozialen im Jahre 1912 mit 18,8% auf das Amt Gehlenbeck und mit 8,8% auf das Amt Oldendorf.⁴⁹ Doch hatte dieses Ergebnis weniger mit der Attraktivität der Christlich-Sozialen Partei als mit der höheren Wahlbeteiligung in den einzelnen Kleinstädten und Ämtern und mit einer Stimmenverschiebung durch Verluste der konservativen Partei zu tun. Vergleichen wir die Wahlergebnisse für 1903, 1907 und 1912 zunächst für die Städte und Gemeinden im Kreis Halle i.W., in denen jüdische Familien lebten.

Tatsächlich stieg die Zahl der in den Reichstags- und Stichwahlen abgegebenen Stimmen in allen Kleinstädten und Gemeinden des Kreises Halle i.W., in denen jüdische Familien lebten, von 1.208 (1903) auf 2.037 (1907) und 2.261 (1912). Die höchsten Stimmenanteile erhielten die Christlich-Sozialen im Jahre 1903 in den Städten Werther und Borgholzhausen. Die Beobachtung von Vierhaus, dass die Stimmenanteile für die Christlich-Sozialen auf der Ebene des gesamten Reichstagswahlkreises Herford-Halle im Jahre 1907 am höchsten war, stimmt auch mit den Wahlergebnissen für die ausgewählten Kleinstädte im Kreis Halle i.W. überein, in denen jüdische

⁴⁴ Vgl. Haller Kreisblatt vom 23.11.1895

⁴⁵ Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 50 vom 14.12.1895

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. Hoener, S. 96

⁴⁸ Vgl. Vierhaus, Rudolf: Wahlen und Wählerverhalten in Ostwestfalen und Lippe untersucht an den Reichstags- und Landtagswahlen von 1867 bis 1912/13, in: Westfälische Forschungen, Bd. 18 (1968), S. 62

⁴⁹ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 18 vom 22.1.1912 (Beilage)

Familien lebten. In der Kleinstadt Werther stieg der Stimmenanteil für die Christlich-Sozialen von 1903 bis 1907 um 19%, in Borgholzhausen und den anliegenden Gemeinden Hamlingdorf und Wichlinghausen im gleichen Zeitraum sogar um 30%. In derselben Zeit verloren in der Stadt Werther die Konservativen 5,9%, die Liberalen 3,9% und die SPD 9,2% ihrer Stimmenanteile.

Tabelle 57: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 16.6.1903 und 25.6.1903 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich- sozial	National- liberal	SPD	Summe (absolut)
Stadt Halle und Gartnisch	16,0 [56,7]	---	61,6	22,3 [43,3]	331
Brockhagen- Patthorst	59,2	1,1	34,5	5,2	174
Künsebeck	41,9	---	33,8	24,3	74
Stadt Werther	34,6 [66,6]	11,9	26,1	27,3 [33,4]	329
Stadt Borgholzhausen, Hamlingdorf, Wichlinghausen	36,6 [80,3]	9,1	54,3	---	175
Stadt Vermold	5,4 [?]	1,4	83,3	9,9 [?]	222
Bockhorst	62,4	---	37,6	---	125
					1.208

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 93 vom 17.6.1903; Nr. 94 vom 19.6.1903; Nr. 98 vom 26.6.1903

Tabelle 58: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 25.1.1907 und 4.2.1907 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich- sozial	National- liberal	SPD	Wahlbe- rechtigte	Summe (absolut)
Stadt Halle und Gartnisch	17,5 [19,9]	0,2	53,9 [74,9]	28,3	531	434
Brockhagen- Patthorst	59,6	14,3	23,1	2,6	391	307
Künsebeck	43,4	13,2	33,0	10,4	135	106
Stadt Werther	28,7 [47,2]	30,9	22,2 [52,8]	18,1	471	414
Stadt Borgholz- hausen, Hamling- dorf, Wichling- hausen	23,7 [36,2]	39,1	30,1 [63,8]	4,9	335	266
Stadt Vermold	7,7 [9,0]	11,9	72,3 [91,0]	8,1	400	285
Bockhorst	36,9	2,1	40,8	---	282	225
					2.545	2.037

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 28 vom 2.2.1907; Nr. 30 vom 5.2.1907

Tabelle 59: Reichstagswahl- und [Stichwahl-] ergebnisse vom 12.1.1912 und 20.1.1912 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Herford-Halle i.W. in % der abgegebenen Stimmen

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich-sozial	National-liberal	SPD	Wahlberechtigte	Summe (absolut)
Stadt Halle und Gartnisch	12,4	7,4	46,5 [62]	33,7 [38]	590	516
Brockhagen-Patthorst	29,9	37,8	26,5	5,8	405	291
Künsebeck	34,9	12,7	21,4	30,9	158	126
Stadt Werther	19,2	27,0	23,3 [64,2]	30,4 [35,8]	509	437
Stadt Borgholzhausen, Hamlingdorf, Wichlinghausen	17,5	14,5	51,1 [81,9]	16,8 [18,1]	330	262
Stadt Vermold	3,8	5,5	70,2 [79,1]	19 [20,9]	462	396
Bockhorst	42,1	9,9	43,3	4,7	288	233
					2.742	2.261

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 11 vom 13.1.1912; Nr. 18 vom 22.1.1912

In Borgholzhausen verringerte sich der Stimmenanteil für die Konservativen in den Reichstagswahlen 1907 gegenüber 1903 um 12,9%, für die Liberalen sogar um 24,2%, während die SPD 4,9% hinzugewann. Die Annahme, dass die Christlich-Sozialen sowohl von den Wechselwählern aus diesen beiden Parteien und von Neuwählern profitierten, liegt nahe. Nur in der Gemeinde Brockhagen im Amt Halle i.W. nahm der Anteil der christlich-sozialen Stimmen von 1907 bis 1912 um bemerkenswerte 23,5% zu, ein Stimmenzuwachs, der zu Lasten der Konservativen ging.

In den Stichwahlen 1903 entschied sich die Mehrheit der Wähler in der Kreisstadt Halle i.W. und in den Städten Werther und Borgholzhausen für den konservativen Kandidaten, während in der Stadt Vermold traditionell liberal gewählt wurde. Im Zeitraum 1884-1912 erhielt in der Stadt Vermold die nationalliberale Partei nie weniger als 70% der abgegebenen Stimmen.⁵⁰ Auch im Amt Vermold dominierte das liberale Wählermilieu bis Ende des Jahrhunderts mit den höchsten Stimmenanteilen.⁵¹ Das Wahlverhalten im Amt Vermold unterschied sich insofern signifikant von dem im Amt Werther, als im Ersteren auf die Christlich-Sozialen lediglich 6,2% im Jahre 1907 und 13,4% im Jahre 1912 entfielen, während im Amt Werther seit der Abspaltung der Christlich-Sozialen von den Konservativen im Jahre 1896 zwischen 30-47% der Stimmen für diese Partei abgegeben wurden.⁵²

⁵⁰ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Vermold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 67

⁵¹ Vgl. ebd., S. 62

⁵² Vgl. ebd., S. 62 und derselbe, Juden in Werther (Westf.). Sozialgeschichte einer Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert. Werther 1998, S. 75

Dieses Phänomen kann sicherlich nicht nur mit dem Hinweis erklärt werden, dass die Zahl der christlich-sozial orientierten Tabakfabrik- und Tabakhausarbeiter und die Zahl der Arbeiter anderer Gewerbebezweige im Amt Werther höher lag als im Amt Versmold. Vermutlich müssen bei der Erklärung der hohen Stimmenanteile der Christlich-Sozialen im Amt Werther eine Kombination lebensgeschichtlicher und mentalitätsgeschichtlicher Dispositionen der pietistisch geprägten Landbevölkerung berücksichtigt werden.

Im ersten Wahlgang der Reichstagswahl 1903 erhielt Stoecker im Wahlkreis Herford-Halle mit 2.542 nur 10 Stimmen mehr als in der letzten Wahl im Jahre 1898, auf Quentin als liberalen Kandidaten entfielen mit 5.201 23 Stimmen weniger. Den größten Wahlerfolg konnte allerdings der sozialdemokratische Kandidat Carl Hoffmann, Redakteur bei der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“ in Bielefeld, verbuchen, der im Vergleich zur letzten Wahl 2.485 Stimmen hinzugewann und insgesamt 5.416 Stimmen erhielt. Damit hatte sich die Zahl der sozialdemokratischen Wähler im Wahlkreis Herford-Halle fast verdoppelt.

Eine Form der Wählermobilisierung bestand darin, dass Hoffmann vor Ort Wahlreden hielt, die seit 1898 gewöhnlich auf der Deele des Bauern August Günner in Oldendorf, Postweg 15, oder bei Bernd in Künsebeck stattfanden. Da der SPD-Ortsverein Halle i.W. erst 1907 gegründet wurde, übernahm der Bielefelder SPD-Stadtverordnete und Geschäftsführer der „Volkswacht“, Bruno Schumann, die Anmeldung der SPD-Wahlversammlungen. Zur persönlichen Überwachung der SPD-Wahlversammlung am 29.5.1898 auf dem Hof Günner verpflichtete der zuständige Landrat, Clemens August Graf von Korff-Schmising, den Amtmann, den zur Sicherheit auch noch ein Gendarm aus Werther begleitete. Hoffmann sprach zwei Stunden lang über die Ziele der Sozialdemokratie: „Die Überwindung der Herrschaft des Kapitalismus, die Abschaffung stehender Heere, gegen den Flottenbau.“⁵³ Bei dieser Wahlveranstaltung sollen ca. 100 Personen anwesend gewesen sein, mehrheitlich Zigarrenmacher, Zimmerergesellen und Fabrikarbeiter. Wie aus den Wahlergebnissen ersichtlich ist, entfielen in der Stichwahl 1903 immerhin 43,3% der abgegebenen Stimmen in der Kreisstadt Halle i.W. auf Hoffmann, in Werther 33,4%. Im ganzen Wahlkreis unterlag Hoffmann mit 6.910 Stimmen dem konservativen Kandidaten, auf den 13.353 Stimmen entfielen.⁵⁴

Die Stichwahl im Jahre 1907 entschied der liberale Kandidat mit der geringen Mehrheit von 226 Stimmen vor seinem konservativen Mitbewerber.⁵⁵ Die Städte Halle i.W., Werther, Borgholzhausen und besonders Versmold wählten alle mehrheitlich den liberalen Kandidaten.

⁵³ Vgl. Heckert, Uwe: 1907-1997. 90 Jahre Sozialdemokratie in Halle (Westfalen). Ein Blick zurück. Hg. v. SPD-Stadtverband Halle i.W. Bielefeld 1996, S. 5. Zu den Kurzbiographien und den politischen Ämtern von Karl Hoffmann und Bruno Schumann innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung siehe Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Biographisch-statistisches Handbuch. Düsseldorf 1986, S. 131 und 206

⁵⁴ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 98 vom 26.6.1903

⁵⁵ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 28 vom 2.2.1907; Nr. 30 vom 5.2.1907

In der Reichstagswahl 1912 kam es zu einer Stichwahl zwischen dem Redakteur Hoffmann (SPD), der im ersten Wahlgang 9.918 Stimmen erhalten hatte, und dem nationalliberalen Pastor Meyer, auf den 6.827 Stimmen entfielen. In der Stichwahl setzte sich schließlich Meyer mit 17.622 Stimmen vor Hoffmann mit 10.873 Stimmen durch. Im Kreis Halle i.W. hatte Meyer 4.818 Stimmen, Hoffmann 1.199 Stimmen auf sich vereinigen können.⁵⁶ Auch die Städte Halle, Werther, Borgholzhausen und Versmold entschieden sich mehrheitlich für den nationalliberalen Kandidaten. Inwiefern unterschied sich nun das Wahlverhalten in den Städten und Gemeinden des Kreises Lübbecke im Reichstagswahlkreis Minden-Lübbecke, in denen jüdische Familien lebten, von demjenigen im Wahlkreis Herford-Halle in den Reichstagswahlen 1903-1912? Vergleichen wir zunächst die Wahlergebnisse im Wahlkreis Minden-Lübbecke:

Tabelle 60: **Reichstagswahlergebnisse vom 16.6.1903 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen**

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich- sozial	National- liberal	Freisinn	SPD	Summe (absolut)
Stadt Lübbecke	15,6	0,3	8,5	38,6	36,9	601
Wehdem	74,4	---	1,6	24,0	---	125
Levern	68,2	---	5,2	23,4	3,1	192
Preußisch Oldendorf	43,1	1,3	20,9	26,1	8,5	153
Großendorf I + II	37,6	---	20,9	15,3	26,1	287
Kleinendorf	35,7	---	3,6	26,4	34,3	140
						1.498

Quelle: Mindener Zeitung Nr. 36 vom 12.2.1907

Tabelle 61: **Ergebnisse der Reichstagsstichwahl vom 25.6.1903 in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke und vier ausgewählten Ämtern des Wahlkreises Minden-Lübbecke absolut und in % der abgegebenen Stimmen**

Stadt/Ämter	Sielermann (konservativ)	Severing (SPD)	Summe (absolut)
Stadt Lübbecke	218 (45,2)	264 (54,7)	482
Amt Gehlenbeck	730 (79,8)	185 (20,2)	915
Amt Dielingen	1.081 (98,8)	13 (1,2)	1.094
Amt Pr. Oldendorf	1.245 (83,2)	252 (16,8)	1.497
Amt Rahden	896 (83)	183 (16,9)	1.079
			5.067

Quelle: Mindener Zeitung Nr. 147 vom 26.6.1903

⁵⁶ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 18 vom 22.1.1912

Tabelle 62: **Reichstagswahlergebnisse vom 25.1.1907 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen**

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich- sozial	Fortschritt	SPD	Summe (absolut)
Stadt Lübbecke	25,7	2,4	36,5	35,4	709
Wehden	75,9	---	24,0	---	183
Levern	80,4	---	15,5	4,0	225
Pr. Oldendorf	58,5	6,8	32,4	2,3	176
Rahden	52,9	---	36,1	11,0	474
Kleinendorf	55,4	---	23,4	21,2	184
					1.951

Quelle: Mindener Zeitung Nr. 12 vom 15.1.1912

Tabelle 63: **Reichstagswahlergebnisse vom 12.1.1912 in ausgewählten Stimmbezirken des Wahlkreises Minden-Lübbecke in % der abgegebenen Stimmen**

Städte/ Gemeinden	Konservativ	Christlich- sozial	Fortschritt	SPD	Summe (absolut)
Stadt Lübbecke	15,6	3,9	39,3	41,2	821
Wehden	46,9	---	53,1	---	196
Levern	67,5	0,9	29,4	2,2	231
Pr. Oldendorf	28,9	5,4	52,7	13,0	239
Rahden	13,1	---	71,8	15,1	365
Kleinendorf	20,4	---	52,4	27,2	206
					2.058

Quelle: Mindener Zeitung Nr. 12 (Beilage) vom 15.1.1912

Die Beobachtung von Vierhaus, dass der christlich-soziale Stimmenanteil im Jahre 1912 im Reichstagswahlkreis Minden-Lübbecke mit ca. 12% im Vergleich zu den unmittelbar vorherigen Reichstagswahlen höher lag, kann analogisch auch für die Kleinstädte und Gemeinden, in denen jüdische Familien lebten, bestätigt werden, obwohl der gesamte Stimmenanteil, der auf die Christlich-Sozialen entfiel, etwas niedriger lag. In der Reichstagswahl im Jahre 1903 betrug der gesamte Stimmenanteil 1,6% verteilt auf die Kreisstadt Lübbecke und die Kleinstadt Preußisch Oldendorf. In der Wahl im Jahre 1907 erhöhte sich dieser Anteil auf insgesamt 9,2%, und im Jahre 1912 auf 10,2% der abgegebenen Stimmen. Ein Grund für dieses Wahlverhalten mochte im kontinuierlichen Anstieg der Wahlbeteiligung in den drei Reichstagswahlen begründet sein (1903: 1.498; 1907: 1.951; 1912: 2.058 abgegebene Stimmen). Auf der Ebene des ganzen Reichstagswahlkreises Minden-Lübbecke stieg die Wahlbeteiligung von 69,7% im Jahre 1903 auf 82,6 im Jahre 1907.⁵⁷

⁵⁷ Vgl. Watermann, S. 16, Tabelle 1

Tabelle 64: **Ergebnisse der Reichstagsstichwahl vom 20.1.1912 in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke und in ausgewählten Ämtern des Wahlkreises Minden-Lübbecke absolut und in (%) der abgegebenen Stimmen**

Stadt/Ämter/Kreis	Sielermann (Konservativ)	Kiel (Fortschrittliche Volkspartei)	Summe
Stadt Lübbecke	182 (20,8)	693 (79,1)	876
Amt Gehlenbeck	692 (52,6)	623 (47,4)	1.315
Amt Levern	706 (84,4)	130 (15,5)	836
Amt Dielingen	853 (58)	616 (41,9)	1.469
Amt Pr. Oldendorf	1.092 (54,5)	910 (45,5)	2.002
Amt Rahden	759 (38)	1.237 (61,9)	1.996
Kreis Lübbecke	5.468 (51,9)	5.056 (48)	10.524

Quelle: Mindener Zeitung Nr. 18 (Beilage) vom 22.1.1912

Im Unterschied zu den Städten Werther, Borgholzhausen und der Gemeinde Brockhagen-Patthorst, wo auf die Christlich-Sozialen bis 40% der abgegebenen Stimmen entfielen, waren die Stimmenanteile, die nach der Jahrhundertwende auf die Stoeckerpartei im Kreis Lübbecke entfielen, verschwindend gering. Die Zeit, als Stoecker als Reichstagskandidat im Jahre 1881 48,4% und in der Stichwahl 1881 nicht weniger als 55,8% (10.322) der abgegebenen Stimmen im gesamten Wahlkreis Minden-Lübbecke erhalten hatte, waren vorbei.⁵⁸ Nach Watermann war die soziale Basis der christlich-sozialen Wählerschaft „weit überwiegend unter der Tabakarbeiterschaft zu suchen“.⁵⁹ Genauer beschrieben handelte es sich bei den christlich-sozialen Wählern um Tabakhausarbeiter in den Dörfern, die gleichzeitig einen bäuerlichen Kleinbetrieb besaßen und bewirtschafteten. Besonders in den Ortschaften Hüllhorst, Büttendorf, Schnathorst, Tengern und Bröderhausen im südlichen Teil des Kreises Lübbecke am Wiehengebirge soll das der Fall gewesen sein. Wrede schätzte, dass ca. 70% der 9.138 minden-ravensbergischen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter zwei Morgen im Jahre 1907 im Besitz von Zigarrenarbeitern waren.⁶⁰ Ihr bäuerliches Bewusstsein und ihre relative Isolation im Vergleich zum städtischen und fabrikindustriellen Proletariat mochte ein Grund sein, warum die SPD und die freien Gewerkschaften nur wenige Mitglieder unter ihnen fanden. Die großagrarische Interessenpartei der Christlich-Konservativen in Verbindung mit dem BdL entsprach offenbar nicht mehr der Klassenlage der Zigarrenhausarbeiter mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, so dass viele zumindest im Wahlkreis Herford-Halle in der Reichstagswahl 1898 als dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Konservativen die Stoeckerpartei wählten. Andererseits gibt Watermann zu bedenken, dass die soziale Basis der Christlich-Sozialen im Kreis Halle i.W. nicht ausschließlich

⁵⁸ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 18 vom 22.1.1912

⁵⁹ Watermann, S. 18

⁶⁰ Vgl. Wrede, Joseph: Die Minden-Ravensberger Zigarrenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Arbeiter. Münster 1921, S. 44

aus Tabakarbeitern, sondern auch aus Arbeitern anderer Gewerbebezüge, möglicherweise auch Pendlern und Kleinbauern, bestanden haben musste.⁶¹

Doch die Probleme, die von den modernen Antisemitenparteien verursacht wurden, waren nicht nur in ihrer quantitativen Verbreitung, sondern eher in ihrer mehr oder weniger erfolgreichen Bindungsfähigkeit mit anderen konservativen Parteien und Interessenverbänden - hier im Kreis Lübbecke konkret mit dem BdL - zu sehen. Die Trennung der Christlich-Sozialen als eigenständige Partei von den Christlich-Konservativen im Jahre 1896 bedeutete nach Watermann, dass „das Konzept einer konservativen Massenpartei, zusammengehalten durch die drei Momente Antisemitismus, Sozialkonservatismus und agrarische Interessenpolitik, [...] vollkommen fehlgeschlagen“ war.⁶²

Im Unterschied zu 1898 hatten die Deutsch-Sozialen noch in der Reichstagswahl 1893 ihre Stimmen auf den konservativen Kandidaten v. Roon und den Gutsbesitzer Caesar zu Rothenhof, den Kandidaten des BdL, zersplittert.⁶³ Auf diesen BdL-Kandidaten entfielen schließlich in Lübbecke 1,4%, im Amt Gehlenbeck ebenfalls 1,4% und im Amt Dielingen 8,9% der abgegebenen Stimmen.⁶⁴

In den Reichstagswahlen 1898 erhielt der Kandidat des BdL allerdings im ganzen Wahlkreis Minden-Lübbecke nicht weniger als 3.154 (18,5%) der abgegebenen Stimmen.⁶⁵ Nach Wehler beschränkte sich die Propaganda des BdL ‚auf das Tragen der demokratischen Maske und die Ausbeutung demokratischer Methoden für undemokratische Ziele bei antidemokratischer Gesinnung‘.⁶⁶ Das Publikationsorgan des Ende 1890 mit Hilfe jüdischer Förderer gegründeten Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, charakterisierte die reaktionäre und gegenemanzipatorische Propaganda des BdL Anfang 1896 wie folgt:

„In seiner Nummer vom 9. Januar fordert das offizielle Organ des Bundes [der Landwirte] auf, ernsthaft an die Lösung der Judenfrage zu gehen. Der einzig erfolgreiche Weg sei, daß man das ‚Schutzjudentum‘ wieder einführt und die Juden nicht mehr zu Vollbürgern macht. Vom Kriegsdienst müßten sie befreit werden, dafür aber könne man sie in ihren Rechten einschränken und unter Fremdenrecht [sic] stellen. Sie dürften dann, weder in den Reichstag gewählt, noch Beamte werden. - In derselben Nummer sind Ausdrücke wie Aasgeier, Gauner-Brut enthaltendes Gedicht abgedruckt. - Von den Leuten, welche einen Ahlwardt in den Reichstag gebracht haben, ist ein anständiger Ton nicht zu erwarten. Man begreift nur nicht, wie liberal sich nennende Männer mit Herrn von Plötz und seinem Gefolge zusammengehen können.“⁶⁷

Auch der Antisemiten-Spiegel betonte die antisemitische Kontinuität sowohl des Deutschen Bauernbundes als auch des BdL, in den ersterer aufgenommen wurde.

„Der antisemitische Charakter der Bewegung, auf dessen ‚trennende, menschenverachtende Wirkungen‘ der Reichskanzler Graf von Caprivi am 17. Febr. 1893 im Reichstage hingewiesen hatte, trat immer mehr in den Vordergrund. Der Abg.[eordnete] v. Plötz [Präsident des Deutschen Bauernbundes] schloß in der Versammlung, in der die Auflösung des ‚Deutschen Bauernbundes‘ und der Uebertritt zum Bunde der Landwirthe angenommen wurde, seine Rede mit einem Aufruf an alle Productivstände, sie möchten sich vereinigen, um einen festen Damm ‚gegen die zersetzenden Mächte des Freisinns, des Judenthums und der Sozialdemokratie zu errichten.‘

⁶¹ Vgl. Watermann, S. 20

⁶² Watermann, S. 51

⁶³ Vgl. Watermann, S. 47

⁶⁴ Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 49 vom 21.6.1893

⁶⁵ Vgl. Watermann, S. 16, Tabelle 1; Mindener Zeitung Nr. 18 vom 22.1.1912

⁶⁶ Zitiert nach Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1997, 7. Aufl., S. 90f

⁶⁷ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 3, 6. Jg., vom 18.1.1896, S. 20

Bereits im nächsten Jahre hatte der Bund der Landwirthe den Antisemitismus offen auf seine Fahne geschrieben, indem auf seiner im Februar 1894 stattfindenden Generalversammlung einstimmig beschlossen wurde, daß jedes Mitglied **einer der christlichen Confessionen angehören müsse**. [Im Original fett gedruckt, Verf.] Auch die späteren Generalversammlungen trugen einen ausgesprochen antisemitischen Charakter. Hr. Liebermann von Sonnenberg wurde einer der beliebtesten, stets mit stürmischem Beifall begrüßten Redner in diesen Generalversammlungen. Er erklärte sich denn auch ‚ganz zufrieden mit dem Ausdruck antisemitischer Gesinnung, wie er ihn im Bunde gefunden hätte‘. ‚Ein Jubel ohne Ende‘ - rief Herr v. Liebermann unter dem Beifall der Generalversammlung vom Februar 1897 – ‚würde die deutschen Lande durchbrausen, wenn wir auch eine Grenzsperre bekämen gegen die Judeneinfuhr‘ - eine Forderung, welche der Reichstag mit überwältigender Majorität abgelehnt hat.“⁶⁸

In der Ortschaft Kleinendorf, in der auch jüdische Familien lebten, erhielt der BdL in der Reichstagswahl 1898 einen maximalen Stimmenanteil von 8,2% (21 Stimmen). Nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 11.6.1933 wurden in diesem Ort 51,9% der Bevölkerung von insgesamt 1.285 zu den Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft gezählt.⁶⁹

Dass nur in der Stadt Lübbecke zuerst in der Reichstagsstichwahl vom 25.6.1903 der sozialdemokratische Kandidat Carl Severing 54,7% der abgegebenen Stimmen, später in der Reichstagshauptwahl 1912 der SPD-Kandidat Konrad Litzinger eine, wenn auch knappe Mehrheit von 41,2% vor dem Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei Kiel, auf den 39,3% der in den beiden Stimmbezirken der Stadt Lübbecke abgegebenen Stimmen entfielen, erhielten, kann möglicherweise soziostrukturell erklärt werden. Im Jahre 1900 zählte der Stadtbezirk von Lübbecke 3.636 Einwohner. Drei Jahre später betrug die Zahl aller gewerblich beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Lübbecke 401, darunter 130 Frauen. Die fünf örtlichen Zigarrenfabriken beschäftigten 81 Männer und 43 Frauen, die drei Konfektionsbetriebe 36 Männer und 87 Frauen. Bis 1912 hatte sich die Zahl aller gewerblichen Arbeiter, die in Lübbecke beschäftigt wurden, auf 904 erhöht, darunter waren 340 Frauen. Die fünf ansässigen Zigarrenfabriken beschäftigten nun 190 Männer und 70 Frauen, die drei Konfektionsbetriebe 70 Männer und 218 Frauen und eine Weberei 28 Männer und 10 Frauen.⁷⁰ Da weder nach dem aus mehreren Gründen undemokratischen Dreiklassenwahlrecht Frauen als Urwählerinnen noch als Wählerinnen von Reichstagskandidaten zugelassen waren, noch die männlichen Pendler aus den umliegenden Ämtern ihre Stimme in den beiden Wahlbezirken der Stadt Lübbecke abgaben, so ist es naheliegend zu vermuten, dass unter den 338 Stimmen für den SPD-Kandidaten in der Reichstagswahl 1912 mehrheitlich Arbeiter aus Lübbecke waren. 1906 war in Lübbecke ein SPD-Ortsverein gegründet worden, in dessen Vorstand ein Lagerhalter, ein Zimmermann, ein Zigarrenarbeiter, ein Zigarrensortierer und ein Steinmetz vertreten waren.⁷¹

In der Stadt und im Amt Werther hatte es die SPD vergleichsweise schwerer, sich zu entfalten, obwohl im Jahre 1906 ein örtlicher Arbeiterturnverein gegründet wurde und es im Jahre 1908 nicht

⁶⁸ Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christenthums, des Rechts und der Wissenschaft. Danzig 1900, 2. Aufl., S. 63f

⁶⁹ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 150 vom 30.6.1898; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 455 N.F.; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16.6.1933, Tabelle VII, Provinz Westfalen 15/65

⁷⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.31. Zu den Kurzbiographien und politischen Funktionen der sozial-demokratischen Politiker Konrad Litzinger und Karl Severing siehe Schröder (1986), S. 157 und 190f

⁷¹ Vgl. Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, 2. Aufl., S. 70

weniger als acht Zigarrenfabriken im Ort gegeben haben soll.⁷² Nicht früher als im Jahre 1907 waren drei SPD-Mitglieder in den Vorstand der örtlichen Zigarrenarbeiterkrankenkasse gewählt worden.⁷³

Der Amtmann von Werther berichtete am 18.8.1906 über die „Sozialdemokratische Bewegung“ Folgendes:

„Über die von sozialdemokratischer Seite beabsichtigten Versuche, die Koalitionsfreiheit auch auf die ländlichen Arbeiter auszudehnen, ist im hiesigen Bezirke nichts bekannt geworden. Die Agitation durch Flugblätter ist nicht hervorgetreten. In den Gemeindevertretungen befinden sich keine Sozialdemokraten. Es ist auch bisher nicht ersucht worden, eine im Verdachte stehende Persönlichkeit als Kandidaten für die Gemeindevertretung aufzustellen. Auch bei der Verwaltung der Krankenkassen ist ein Eindringen nicht bemerkt worden. Im vorigen Winter sind hier seitens der Zigarrenarbeiter verschiedene Protestversammlungen gegen Einführung der Tabaksteuer abgehalten. In einer derselben trat der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Antrick als Redner auf. Da der Gastwirt Konsemüller sich weigerte, seinen Saal zu diesen Versammlungen freizugeben, trat eine Anzahl des hiesigen Turnvereins, welcher bei dem p. Konsemüller sein Vereinslokal hat, aus dem Verein aus und gründeten diese einen sog. Arbeiter Turnverein. Als Vereinslokal wurde der Saal des Gastwirts Rentsch gewählt; dieser verweigerte ihnen aber bald die weitere Benutzung seines Lokals, da sie sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig schienen.“⁷⁴

Die SPD war zweifellos keine antisemitische, sondern eine klassenkämpferische Arbeiterpartei, die die wirtschaftlichen Ursachen und die soziale Trägerschaft des Antisemitismus schon in ihrer offiziellen Erklärung von 1892/93 auf den Parteitag von Berlin und Köln scharfsinnig analysiert hatte:

„Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeuterthum, dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich, d.h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet. Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt. Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt. Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, welche jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wieder ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist, und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem sozialen Elend befreien kann.“⁷⁵

Die Partei hoffte, dass die Wähler von Antisemitenparteien in Zukunft ihre Klasseninteressen klarer erkennen und folgerichtig SPD-Wähler oder SPD-Mitglieder werden würden. Dann würde sich der Nebel des Antisemitismus, „der Sozialismus des dummen Kerls von Wien“, von selbst auflösen.⁷⁶ Dieses Diktum wird dem österreichischen Politiker Ferdinand Kronawetter, einem

⁷² Vgl. Adressbuch aller Länder der Erde der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc. [Leuchs]. Bd. 7a: Westfalen, Lippe-Detmold und Pymont. Nürnberg 1908, 13. Ausgabe, S. 319; StdtA Werther, A 213

⁷³ Vgl. StdtA Werther, A 213

⁷⁴ Ebd. Otto Antrick war von Juni 1898-Juni 1903 MdR der SPD für den 9. Wahlkreis Frankfurt/Oder; von 1904-1906 SPD-Stadtverordneter in Berlin; von August 1906-1919 SPD-Parteisekretär in Braunschweig; 1918-1920 MdL Braunschweig. Zu den weiteren Funktionen, die Antrick für die SPD ausübte, siehe: Schröder (1986), S. 74

⁷⁵ Allgemeine Zeitung des Judentums (AZJ) Nr. 48, 56. Jahrgang, vom 25.11.1892, S. 1. Vgl. 1. Beilage zum „Vorwärts. Berliner Volksblatt“ Nr. 268, 9. Jg., vom 15.11.1892. Hier heißt es, dass der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin am 14.11.1892 als Punkt 10 der Tagesordnung das Referat von August Bebel mit dem Thema „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie“ vorsah.

⁷⁶ Vgl. Pulzer, Peter G.: The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria. New York/London/Sydney 1964. Kap. 27, S. 259-269

Anhänger der multinationalen Deutschen Volkspartei, zugesprochen und bezog sich auf die antisemitische Propaganda des christlich-sozialen Bürgermeisters von Wien, Carl Lueger.⁷⁷ Die bürgerliche „Allgemeine Zeitung des Judenthums“ kommentierte diese Parteitaktik der SPD, Antisemiten zur Sozialdemokratie herüberzuziehen, mit den Worten, dass die SPD mit ihrer offiziellen Erklärung selbst zugegeben habe, dass der Antisemitismus die „Vorfrucht“ des Sozialismus sei.⁷⁸

Eduard Bernstein verwendete den Begriff „Klasseninstinkt“, der das Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber der antisemitischen Bewegung steuere. Einerseits sah er die sozialen Träger des modernen Antisemitismus in den „alten ständisch privilegierten Klassen“, wie z.B. Junker, Klerus, „Innungsschwärmer“, die sich durch die kapitalistische und freihändlerische Wirtschaftsweise um ihre ehemaligen Privilegien gebracht glaubten, andererseits bei den so genannten liberalen Berufen, wie z.B. Lehrer, Literaten und Beamte, die sich vor der Konkurrenz überproduzierter Gebildeter fürchteten. Zudem rekrutierten sich die modernen Antisemiten aus den Schichten der Bauern und Kleinbürger, die ebenfalls die moderne Geldwirtschaft, den modernen Handel und die Großindustrie bekämpften. Der Begriff „Jude“ sei für diese Schichten ein Synonym für moderne Produktionsweisen, deren Konkurrenz sie fürchteten. Wenn der so genannte moderne Antisemitismus aber Einfluss auf die wirtschaftliche Gesetzgebung mit der „Schaffung von Monopolen, Ausnahmegesetzen, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit“ gewönne, dann hätte dies negative Folgen für die Lage der Arbeiter, so dass der moderne Antisemitismus nicht nur als „der Sozialismus des dummen Kerls“ bezeichnet werden könne, sondern als „der Betrug am dummen Kerl“ zu bewerten sei. Die Sozialdemokratie aber beabsichtige, die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu beseitigen und „die allgemeine Arbeitspflicht“ einzuführen.⁷⁹

Da die SPD über ein „geschlossenes Erklärungsmodell für die Krisenanfälligkeit der liberalkapitalistischen Wirtschaftsstruktur“ verfügte, benötigte sie keine antisemitische Integrationsideologie, um von den Interessengegensätzen einer heterogenen Basis abzulenken, auch wenn die SPD keine homogene proletarische Partei war.⁸⁰ Aus Sicht der SPD-Führung war der moderne Antisemitismus eine bewusst eingesetzte, manipulative „Krisen- und Verschleierungsideologie“⁸¹, eine „Ablenkungstaktik der herrschenden Klasse zwecks Manipulation der sozialen Unzufriedenheit“.⁸²

⁷⁷ Vgl. Lowenstein, S.M.; Mendes-Flohr, P.; Pulzer, Peter; Richarz, M.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3. Umstrittene Integration. München 1997, S. 209

⁷⁸ Vgl. AZJ Nr. 48 vom 25.11.1892

⁷⁹ Vgl. Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871-1914. Bonn 1978, S. 117; Bernstein, Eduard: Das Schlagwort und der Antisemitismus, in: Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart 1893, 11. Jg., 2. Bd., S. 234, 237

⁸⁰ Vgl. Leuschen-Seppel, S. 117

⁸¹ Vgl. Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 157

⁸² Vgl. Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 277

Abgesehen von der Tatsache, dass in der Arbeiterbewegung seit ihrem Beginn Juden als Spitzenpolitiker vertreten waren, spielte die Religionszugehörigkeit seit Verabschiedung des Gothaer Programms (1875) für Sozialdemokraten keine Rolle mehr, da sich die Sozialdemokraten als ‚konfessionslos‘ betrachteten und die Religionsausübung zur Privatsache erklärt hatten.⁸³ Die Bindung zur Sozialdemokratie der deutschen Juden, die mehrheitlich keine Arbeiter, sondern Kaufleute, Händler und Freiberufler waren und ihre Interessen bis 1879 eher von der Nationalliberalen Partei, später von linksliberalen Parteien vertreten ließen, verstärkte sich nach der Jahrhundertwende, obwohl in der offiziellen marxistischen Phraseologie der SPD der Bernsteinsche Revisionismus ignoriert wurde.⁸⁴ Es wurde geschätzt, daß im Jahre 1912 jeder 5. jüdische Wähler die SPD unterstützte. 1912 gab es 12 jüdische SPD-Reichstagsabgeordnete, 11 waren Universitätsabsolventen.⁸⁵ „1908 gelang es der SPD endlich, mit sieben Abgeordneten im preußischen Parlament einzudringen, ein gemessen an der Zahl der abgegebenen Stimmen und der im Reich gewohnten Erfolge eher bescheidenes und bedrückendes Ergebnis.“⁸⁶

Deutsch-soziale Politiker wie der ehemalige Pastor Dr. Danneil und Pastor Schall wurden zwar von den ostwestfälischen Deutsch-Sozialen in den Reichstagswahlen 1892 und 1895 für den Reichstagswahlkreis Herford-Halle nominiert, gewannen aber mangels Wählerunterstützung kein Mandat. Diese Verhältnisse hielten aber weder ravenbergische noch von auswärts kommende antisemitische Politiker davon ab, sich als politische Redner und Agitatoren in den Kreisen Halle i.W. und Lübbecke, teilweise im Rahmen wochenlanger Propagandafahrten, zu Wort zu melden. Die Tatsache, dass diese Politiker auf der Klaviatur des latenten Antisemitismus der Landbevölkerung spielten, zahlte sich zwar politisch nicht aus, schmerzte aber die betroffenen jüdischen Bürger in den einzelnen Gemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W.

Lehrer Max Lazarus aus Lübbecke nannte folgende antisemitische Politiker mit Bezug auf die frühen 1890er Jahre:

„Der Antisemitismus ist zu einer Hochflut im Lande, besonders in unserem Kreis geworden. Das schwerste Geschütz der Verleumdung und des blinden Hasses wird durch Hofprediger a.D. Stöcker, Dr. König, Witten, Liebermann v. Sonnenberg, Rektor a.D. Ahlwardt, Leuß gegen uns aufgeföhren.“⁸⁷

Der Kaufmann Carl Bergfeld aus Versmold erwähnte in seinem Bericht über Blut- und Ritualmordgerüchte im Amt Versmold im Jahre 1899 explizit folgende antisemitische Politiker:

„Auf mein Telegramm an das Landrathsamt in Halle erhielt ich direkt Nachricht, daß der Herr Graf mich auf seinem Schlosse zu Thatenhausen um 4 Uhr Nachmittags empfangen wolle. Ich fuhr mit meinem Gespann hin, wurde in liebenswürdigster Weise empfangen, theilte dem Herrn Grafen den ganzen Vorfall mit und bemerkte, daß wir noch nie den Schutz der Behörde nachgesucht hätten, obgleich Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre uns Hammerstein, Lemp [sic; statt: Leuß], Stöcker, Danneil u.s.w. auf den Hals geschickt worden seien. Jetzt wolle man uns nicht nur geschäftlich vernichten, sondern auch unseren tadellosen Ruf antasten. [...]“⁸⁸

⁸³ Vgl. Pulzer, S. 261

⁸⁴ Vgl. Pracht (1990), S. 232-246

⁸⁵ Vgl. Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 271

⁸⁶ Pracht (1990), S. 378

⁸⁷ Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 40

⁸⁸ Im deutschen Reich Nr. 12, 5. Jg., (Dezember 1899), S. 641-647, hier: S. 645; Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus vom 6.1.1900, 10. Jg., S. 2f

Nicht genannt wurde von Max Lazarus und Carl Bergfeld der antisemitische Pfarrer Karl Friedrich Wilhelm Iskraut, Vereinsgeistlicher für innere Mission für Ravensberg, Minden, Lippe und Tecklenburg in Bielefeld (1890-92), später Vereinsgeistlicher im Minden-Ravensberger Verein für innere Mission und christliches Volksleben in Gohfeld (1893) und Herausgeber des „Westfälischen Sonntagsblattes“. Iskraut agitierte zunächst als Christlich-Sozialer in Minden Ravensberg gegen Sozialdemokratie, Judentum und Linksliberalismus, bevor er als Deutsch-Sozialer den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden von dem antisemitischen Redakteur des Stoecker-Zeitung „Das Volk“, Hans Leuß, der im Dezember 1894 wegen Meineids zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde, übernahm.⁸⁹ Nachdem Iskraut schon am 2.8.1891 eine Kundgebung der sozialdemokratisch organisierten Spenger Zigarrenarbeiter mit Hilfe des örtlichen Posaunenchores so sehr gestört hatte, dass sich die Versammlung vertagen mußte, hetzte er in der so genannten Schlacht von Spenge am 9.8.1891 ca. 2.000 konservative Bauern und Heuerlinge gegen ca. 500 Sozialdemokraten aus Bielefeld, Bünde und Spenge so sehr auf, dass es zu einer wüsten Schlägerei kam, während die Gendarmen zunächst viel zu lange zögerten, um die streitenden Parteien zu trennen.⁹⁰

Zusammen mit seinem deutschsozialen Kollegen Dr. Danneil trat Iskraut als Gegenredner auf einer Abendveranstaltung des Abwehrvereins im Saal der Eintracht in Bielefeld am 9.11.1891 auf, wo beide antisemitischen Politiker von dem Schriftleiter des Vereins, Lic. Gräbner, dem Vorsitzenden des Ortsvereins, Justizrat Bachmann, und von dem reformorientierten Rabbiner Felix Coblenz in Schach gehalten wurden. Iskraut fiel durch „unparlamentarisches Verhalten“ und als „Meister [...] persönlicher Beschimpfung und Verhetzung“ auf.⁹¹

Am 10.2.1892 hielt Iskraut auf der Deele eines Bauernhofs in Werther auf einer rechtskonservativen Versammlung einen Vortrag, in dem er sich lobend über den konfessionellen Charakter des Volksschulgesetzentwurfs aussprach und es mühsam schaffte, einen Wurstfabrikanten zu beauftragen, im Namen angeblich 300 anwesender Männer ein Zustimmungstelegramm an den Kultusminister für die Annahme des neuen Gesetzentwurfs abzusenden.⁹²

Für Sonntag, den 1.5.1892, nachmittags 4½ Uhr, wurde in Rahden im Saale des Gastwirts Wolter ein Vortrag von Iskraut über das Thema „Christentum, Deutschtum, Sozialdemokratie!“ vom Rendanten eines vermutlich deutsch-sozialen Komitees, Senger, für alle Wahlberechtigten angekündigt.⁹³

In Borgholzhausen störte Iskraut eine von der freisinnigen Partei einberufene Wahlversammlung am 21.8.1892, als er mit der Debatte begann, obwohl der Redner Dr. Fränkel aus Weimar seinen

⁸⁹ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 21

⁹⁰ Vgl. Sahrhage, Norbert: Spenge 1860-1918, in: Mager, Wolfgang (Hg.): Geschichte der Stadt Spenge 1984, S. 264

⁹¹ Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 4 vom 15.11.1891; StdtA Bielefeld, Westermann-Sammlung, Bd. 17, S. 12

⁹² Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 20 vom 16.2.1892

⁹³ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 33 vom 23.4.1892

Vortrag noch nicht beendet hatte. Iskraut forderte alle anwesenden Christlich-Konservativen auf, den Saal zu verlassen. Fränkel erklärte, dass sich die konservative Partei nicht christlich-konservativ, sondern deutsch-konservativ nenne.⁹⁴

Ein biographisches Handbuch beurteilte das politische Verhalten von Iskraut mit folgenden Worten:

„Er wurde bekannt als Urheber der ‚Schlacht bei Spenge‘ am 9.8.1891, wo von ihm aufgewiegelte Bauern mit Dreschfliegeln über sozialdemokratische Flugblattverteiler aus Bielefeld herfielen. Sein Verhalten u[nd] Auftreten in politischen Versammlungen war rüde; er stand wohl an der Grenze der Geistesstörung.“⁹⁵

Der oben erwähnte Schriftleiter Hans Leuß hielt in Versmold am 22.11.1892 als deutsch-sozialer Reichstagskandidat auf einer „antisemitischen Versammlung“ im Saale des Wirts Kammeyer eine nebulöse Rede über das Thema „Deutsche Frauen und das deutsche Vaterland“. „Die Versammlung, welche von 300 Personen, darunter viele Frauen, besucht war, wurde mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet und mit dem Volksliede: ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ geschlossen.“⁹⁶

Tatsächlich wurde Leuß in der Reichstagswahl 1893 für den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden (4. Wahlkreis Kassel) mit 3.809 von 14.739 Stimmen in der Hauptwahl (25,8%) und in der Stichwahl mit 6.879 von 11.711 Stimmen (58,7%) in den Reichstag gewählt, wo er sich seinen deutsch-sozialen Kollegen Max Liebermann von Sonnenberg, der im Wahlkreis Fritzlar-Ziegenhain in der Hauptwahl 61,5% der Stimmen erhalten, und Dr. med. Adolf König, der in seinem Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar (1. Wahlkreis Kassel) in der Stichwahl 63,7% der Stimmen gewonnen hatte, anschloss, ohne mit ihnen Fraktionsstärke zu erreichen.⁹⁷

Dr. med. Adolf König aus Witten an der Ruhr, der nach Gründung der Deutsch-Sozialen Partei zusammen mit Paul Förster, Theodor Fritsch und Liebermann von Sonnenberg in den Parteiausschuss gewählt wurde, hielt am 25.9.1892 in Levern - zweifellos im Rahmen seines umfangreichen Wahlkampfprogramms - eine seiner notorisch antisemitischen Hetzreden über das Thema „Der Bauer und seine Feinde“ vor einigen Hundert Landleuten aus verschiedenen Orten des Kreises Lübbecke. Zu dieser „öffentlichen Volksversammlung“, die schließlich in einem Zelt und nicht wie angekündigt im Saal des einzigen Gastwirts der Ortschaft stattfand, hatte vermutlich das Komitee des lokalen deutsch-sozialen Vereins eingeladen.⁹⁸ Die reaktionäre und antisemitische Zielrichtung der Deutsch-Sozialen Partei ließ sich nicht nur an ihrem oben schon teilweise zitierten Gründungsprogramm ablesen. Ein Aufruf zur Einladung zum deutsch-sozialen Parteitag am 18./19.5.1891 in Leipzig richtete sich an alle, die beabsichtigten, die soziale Frage

⁹⁴ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 101 vom 23.8.1892

⁹⁵ Bauks, Friedrich Wilhelm: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945. Bielefeld 1980, S. 238

⁹⁶ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 141 vom 24.11.1892

⁹⁷ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 27; Broszat, S. 96

⁹⁸ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 258 vom 3.11.1892

„auf monarchischer Grundlage" und mit Hilfe „eines praktischen Christentums" anzugehen und zielte gleichzeitig auf die „Beseitigung des jüdischen Einflusses" ab.⁹⁹

Wie nicht anders zu erwarten war, unterschied sich das Presseecho des konservativen „Lübbecker Kreisblatt" von dem der freisinnigen „Mindener Zeitung" grundlegend. Das konservative Blatt berichtete unkritisch und begeistert, dass, nachdem zu Beginn der Veranstaltung von den „etwa 500 Personen" ein Kirchchoral gesungen und dem Kaiser ein Hoch ausgerufen worden war, der Redner „den Wucher" und „die Wucherer" als den eigentlichen Gegner des „Bauernstandes" identifiziert habe. Als Schlussfolgerung forderte der Redner die Verschärfung des „Wuchergesetz[es]" und den Ausschluss jüdischer Richter von der allgemeinen Rechtsprechung. Auf irgendwelche kritischen Einwände von Seiten des Publikums gegen die antisemitische Botschaft des Redners ging das konservative Blatt mit keinem Worte ein, sondern konstatierte lediglich, dass sich eine „heitere Debatte" dem „Vortrag" angeschlossen habe.¹⁰⁰

Nach der freisinnigen „Mindener Zeitung" setzte sich die Zuhörerschaft dieser Antisemitenversammlung aus „Landleuten" zusammen, die teilweise per (Pferde-)Omnibus aus den umliegenden Städten und Gemeinden wie Lübbecke, Rahden, Preußisch Oldendorf und dem Gut Hollwinkel angereist waren. Ein Beschwerdebrief einiger Leverner Bürger gegen die antisemitischen Botschaften des Redners vom 26.10.1892, die einen Tag später in der „Mindener Zeitung" veröffentlicht wurde, schätzte die Zahl des Publikums auf 3-400 Personen. Außer Landleuten hatte der Journalist auch Lehrer, Kaufleute, Adlige und Förster ausgemacht. Aufgrund der Tatsache, dass der Ortsgeistliche am Morgen in seiner Sonntagspredigt indirekt gegen die Antisemitenversammlung gepredigt hatte, sollen verhältnismäßig wenige Einwohner aus Lavern an der Versammlung teilgenommen haben. Die „Mindener Zeitung" fasste Königs Rede als „Hetz- und Schmährede gegen Juden" zusammen, in der er schließlich zum wirtschaftlichen Boykott der Juden aufrief. König erklärte den Konkurs landwirtschaftlicher Betriebe nicht aufgrund handelspolitischer und marktwirtschaftlicher Prozesse, sondern mit dem Hinweis auf die notorische, auf Unwahrheiten beruhende, antisemitische hessische Güterschlächterliste und machte Juden für das Höfesterben verantwortlich. Außerdem behauptete er, dass jüdische Ärzte zu feige seien, um Kranke in der in Hamburg ausgebrochenen Choleraepidemie zu behandeln, und dass die jüdischen Ärzte geflohen seien.

„Aber ein anwesender Israelit, ein Herr [Feibes/Ferdinand] Boas nahm das Wort und meinte, da thäte doch Dr. König gut, wenn er nach Hamburg ginge, um dort Cholerakranke zu behandeln, anstatt hierher zu kommen und den Samen der Zwietracht auszustreuen."¹⁰¹ König behauptete daraufhin, in Witten einen Cholerakranken behandelt und gerettet zu haben, während der

⁹⁹ Vgl. Fricke, Dieter: Antisemitische Parteien 1879-1894, in: derselbe et alii (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände. Bd. 1. Köln 1983, S. 83

¹⁰⁰ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 78 vom 28.9.1892

¹⁰¹ Mindener Zeitung Nr. 245 vom 19.10.1892

Journalist in Erfahrung brachte, dass nach Aussagen der Sanitätskommission und der Polizei in Witten kein Cholerafall bekannt geworden sei.

Als zweiter Hauptredner sprach ein pensionierter Gendarm namens Senger, vermutlich derselbe, der schon am 1. Mai desselben Jahres Iskraut zu einem Vortrag nach Rahden eingeladen hatte. Senger forderte „die Ausschließung der Juden vom Offizier- und Richterstande“. Die freisinnige Zeitung verschwieg nicht, dass der Rentner (Feibes/Ferdinand) Boas aus Lavern als einziger Jude den Mut besessen habe, um als Gegenredner aufzutreten. Doch kaum hatte Boas angefangen zu sprechen, wurde „von allen Seiten auf ihn eingeschrien“, auswärtige Bauern sollen „Jude, hault's Mul“ gerufen haben. Feibes Boas wurde also mundtot gemacht. Frustriert schließt der Zeitungsbericht mit den Worten: „Dies ist natürlich die bequemste Weise, die Gegner nicht zu Worte kommen zu lassen, und jeder anständige Mensch hütet sich daher, gegen einen antisemitischen Redner das Wort zu ergreifen.“¹⁰²

Später, im November 1892 wurde Dr. med. König zusammen mit seiner Frau mitten in Witten von zwei Bergleuten der Zeche Franziska-Unterbau verprügelt.¹⁰³ Vermutlich handelten die Bergleute aufgrund ihrer Einsicht, dass sich Königs antisemitische Hetzreden nicht nur gegen Juden richteten, sondern auch gegen Sozialdemokraten. Während der Session 1893-98 legte König sein Reichstagsmandat wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinen deutsch-sozialen Kollegen nieder und wurde durch Vielhaben ersetzt.¹⁰⁴

Der ehemalige Offizier Max Liebermann von Sonnenberg war ähnlich wie König konservativ, monarchistisch und christlich im abgrenzenden Sinne eingestellt und versuchte als Antisemit, eine Mittelstandspolitik zu vertreten.¹⁰⁵ Er verfasste mit dem Schwager Friedrich Nietzsche, Bernhard Förster, die Antisemitenpetition, die seit August 1880 in 100.000 Exemplaren in Umlauf gebracht wurde.¹⁰⁶ Einige Lehrer der Berliner antisemitischen Bewegung wie Jungfer, Bernhard Förster und Henrici wurden wegen ihrer Agitation vom Berliner liberalen Oberbürgermeister Max von Forckenbeck aus ihrem Dienst entlassen.¹⁰⁷ Im Jahre 1881 gründete Liebermann mit Bernhard Förster in Berlin den Deutschen Volksverein, der u.a. gegen die von den Antisemiten als ‚verjudet‘ angesehene Deutsche Fortschrittspartei kämpfte. Zusammen mit den anderen antisemitischen Führern der Berliner Bewegung (Stoecker, Bernhard Förster, Henrici) besuchte er den Ersten Internationalen antijüdischen Kongreß in Dresden (10.-12.9.1882) und gehörte dort zu den Rassenantisemiten, die im Unterschied zu Stoeckers Taktik der Mission und der Taufe gegenüber den Juden eine strikte antiemanzipatorische Ausgrenzungspolitik vertraten.¹⁰⁸ Diesen Kongreß sollen 3-400 Teilnehmer besucht haben, darunter Antisemiten aus Österreich, Frankreich und

¹⁰² Mindener Zeitung Nr. 227 vom 28.9.1892

¹⁰³ Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 51 vom 18.12.1892; Mindener Zeitung Nr. 290 vom 29.11.1892

¹⁰⁴ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 28

¹⁰⁵ Vgl. Broszat, S. 92

¹⁰⁶ Vgl. Fricke, a.a.O., S. 78

¹⁰⁷ Vgl. Massing, S. 110

¹⁰⁸ Vgl. Wawrzinek, S. 50f

Ungarn. Nachdem Liebermann seinen Volksverein und seine „Deutsche Volkszeitung“ im Sommer 1885 wegen mangelnden Interesses aufgeben musste¹⁰⁹, kündigte er seine Ausreise nach Paraguay an, um am Aufbau einer deutschen Kolonie am oberen La Plata mit Bernhard Förster zusammenzuarbeiten. Doch dann entschied er sich, in Deutschland zu bleiben und gab zusammen mit dem Leipziger Antisemiten Theodor Fritsch, der 1880 den antisemitischen Hammer-Verlag gegründet hatte, seit Oktober 1885 das Blatt „Antisemitische Correspondenz“ heraus, ein Publikationsorgan für alle Richtungen deutscher Antisemiten.¹¹⁰ In der kurz nach dem Bochumer Antisemitentag (10./11.6.1889) gegründeten Deutschsozialen Partei fungierte Liebermann mit Paul Förster, Theodor Fritsch und Adolf König als geschäftsführendes Parteiausschussmitglied. Seit 1890 saß Liebermann als deutsch-sozialer Abgeordneter für den Wahlkreis Fritzlar-Ziegenhain, in dem er in der ersten Wahl 61,3% der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, im deutschen Reichstag, ohne sich allerdings den radikalen Antisemiten Boeckel, Pickenbach, Werner, Zimmermann und Ahlwardt anzuschließen.¹¹¹

Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf im Jahre 1892 kündigte König in der „Westfälischen Reform“ Vorträge seines deutsch-sozialen Kollegen und Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg in nicht weniger als 19 westfälischen Orten an. Das Honorar für den Redner sollte durchschnittlich 50 Mark, in kleineren Orten 30 Mark betragen. Liebermanns Vortrag in Rahden im Kreis Lübbecke war für den 2.7.1892 vorgesehen.¹¹² Aus einer Anzeige im „Rahdener Wochenblatt“ geht hervor, dass der oben erwähnte, vermutlich deutsch-soziale Redant Senger zu einer öffentlichen Volksversammlung am 10.7.1892, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Hotelbesitzers Wolter in Rahden alle „Gesinnungsgenossen“ einlud, einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg über das Thema „Was heißt Judenfrage?“ zu hören.¹¹³

Von 1894-1900 fungierte Liebermann von Sonnenberg als Vorsitzender der am 7.10.1894 in Eisenach neugegründeten Deutschsozialen Reformpartei (DSRP), in der sich die Deutschsoziale Partei und die Deutsche Reformpartei zusammengeschlossen hatten.¹¹⁴ Die Diktion des neuen Parteiprogramms der DSRP, das auf dem Parteitag von Eisenach 1895 beschlossen wurde, nahm die Phraseologie der NS-Propaganda vorweg:

„Deutschen Geist und deutsche Eigenart wollen wir bewahren vor jedem schädlichen Fremdstoff, deutsche Arbeit schützen gegen Ausnützung und Ausbeutung. Darum erscheint uns der Kampf gegen den jüdischen Geist, gegen die wachsende Verjudung [sic] auf allen Gebieten des Lebens als eine wirtschaftliche, politische und sittliche Notwendigkeit.“¹¹⁵

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 60

¹¹⁰ Vgl. Levy, S. 37; Fricke, a.a.O., S. 80

¹¹¹ Vgl. Fricke, a.a.O., S. 83

¹¹² Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 25 vom 19.6.1892

¹¹³ Vgl. Ester-Hartke, Spurensuche, S. 34

¹¹⁴ Vgl. Fricke, Dieter: Deutschsoziale Reformpartei (DSRP) 1894-1900, in: derselbe et alii (Hg.), a.a.O., Bd. 2. Köln 1984, S. 540-46

¹¹⁵ Fricke, a.a.O., Bd. 2, S. 541

Liebermann, der - wie oben erwähnt - ein gern gesehener antisemitischer Gastredner auf den Generalversammlungen des BdL war, schaffte es nicht, für „die Forderung der Deutschsozialen nach einem Bündnis mit dem BdL und anderen konservativen Parteien" in dieser neuen Partei auf dem Parteitag von Magdeburg im Jahre 1900 eine Mehrheit zu finden.¹¹⁶ Liebermann von Sonnenberg, F. Raab, Ludwig Graf Reventlow und Julius Conrad Müller traten aus der DSRP aus und gründeten die Deutschsoziale Partei, eine weitere antisemitische Splitterpartei, deren Vorsitz Liebermann von 1900-1911 innehatte.¹¹⁷ Das Programm der Deutschsozialen Partei, das auf dem Leipziger Parteitag 1905 angenommen wurde, stellte ein „Mixtum compositum von Reaktionärem und Pseudofortschrittlichem" dar. Anstelle von Föderalismus, sozialen und ökonomischen Gruppen ist in dem Programm die Rede davon, dass die Förderung der „deutschen Stämme", des „Arbeiterstandes" und des „Mittelstandes" beabsichtigt sei, während das „Großkapital" und „die Macht des Judentums" bekämpft werden sollten. Auf dem Erfurter Parteitag von 1912 drückten sich die Redner dieser Partei im Ungeist des germanischen Chauvinismus und rassistischen Antisemitismus aus.

Nach Wehler bereitete die Ausgrenzungspolitik des Wilhelminischen Obrigkeitsstaats gegen Juden, Katholiken, Polen und Sozialdemokraten eine Freund-Feind-Mentalität vor, die im Nationalsozialismus zu einer noch radikaleren propagandistischen Trennung zwischen einer fiktiven „Volksgemeinschaft" und fiktiven „Volksschädlingen" führte, die schließlich noch brutaler vom totalitären Gestapo-Staat verfolgt und vernichtet wurden.¹¹⁸

5.2.3 Die Reaktion der jüdischen und nichtjüdischen Bürger auf den so genannten modernen politischen Antisemitismus

Nach Ragins wurde die Reaktion der deutschen Juden auf den so genannten modernen Antisemitismus, der sich seit dem Beginn der Gründerkrise publizistisch und später politisch bemerkbar machte, durch drei Faktoren erschwerend beeinflusst: 1. die Gleichgültigkeit der jüdischen Massen gegenüber dem neuen Phänomen; 2. die Krise des Liberalismus als politischer Kraft und des Freihandels als politischer Orientierungsrahmen in der Bismarckschen Regierungspolitik nach 1879 und 3. die mangelhaft organisierten jüdischen Institutionen.¹

Nachfolgend fragen wir danach, in welchen Formen jüdische und nichtjüdische Bürger in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. auf die Boykottforderungen, Beleidigungen, Körperverletzungen und Blutmordvorwürfe in der Zeit des so genannten modernen politischen Antisemitismus reagierten und wie sie sich solidarisch vernetzten und organisierten.

¹¹⁶ Ebd., S. 545

¹¹⁷ Vgl. Fricke, Dieter: Deutschsoziale Partei (DSP) 1900-1914, in: derselbe et alii (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 2. Köln 1984, S. 534-537

¹¹⁸ Vgl. Wehler, S. 100

¹ Vgl. Ragins, Sanford: Jewish Responses to Antisemitism in Germany 1870-1914. Waltham/Mass., Ann Arbor/Mich. 1972, S. 24-29

Die erste jüdische Dachorganisation, die sich für die rechtliche Gleichstellung der deutschen Juden einsetzte, z.B. gegen die Verbreitung antisemitischer Flugblätter aufgrund der Paragraphen 130 (Aufwiegelung zur Klassenhetze) und 166 (Verunglimpfung einer religiösen Körperschaft) des Strafgesetzbuches Klage bei der Staatsanwaltschaft einreichte, war der Deutsch-Israelitische Gemeindebund (gegr. 1869). Diesem Dachverband hatten sich bis 1893 ca. 500 Gemeinden in Deutschland angeschlossen. Da die Klage bei der Staatsanwaltschaft häufig erfolglos verlief - Juden wurden von den Antisemiten bewusst nicht als Klasse oder Religionsgemeinschaft, sondern als Rasse oder ethnische Gruppe angegriffen, oder der Staatsanwalt bewertete den Tenor der antisemitischen Schriften nicht als Schmähung, sondern als Spott - bestand die offizielle Verteidigungspolitik des DIGB seit 1879 darin, aufklärende Broschüren und Schriften publizieren zu lassen, um erzieherisch auf die breite Masse zu wirken.² Auf Initiative des DIGB förderte die Historische Kommission des DIGB bzw. für die Geschichte der Juden in Deutschland (1885-92), in der jüdische und nichtjüdische Historiker vertreten waren, die Herausgabe einer Reihe von historischen Studien. Auf dem Höhepunkt der Berliner Bewegung verschickte der DIGB eine selbstkritische Schrift unter dem Titel „Eine Ansprache des Vorstands an die Mitbrüder in Deutschland“ mit dem Thema „Wie ein Jude sich hinsichtlich der Antisemitenbewegung verhalten soll“, in der den einzelnen jüdischen Bürgern geraten wurde, Attitüden der Arroganz, Überlegenheit, Aggressivität, Großtuerei zu vermeiden, wenn möglich ein Handwerk anzustreben und Geschäfte ehrlich und gewissenhaft auszuführen. Bis Januar 1881 hatte der DIGB 5.000 Kopien dieser Schrift verbreiten lassen, und einige nichtjüdische Zeitungen waren so begeistert von dem Text, dass sie ihn abdruckten.³

Die eigentlichen Aufgaben des DIGB bestanden jedoch darin, die Verwaltungs-, Erziehungs- und Wohlfahrtseinrichtungen der jüdischen Gemeinden zu stärken. Der DIGB förderte die Aus- und Weiterbildung von jüdischen Jugendlichen und den Religionsunterricht in leistungsschwachen Gemeinden. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass im Jahre 1909 alle jüdischen Gemeinden des Kreises Halle i.W. und im Kreis Lübbecke allein die Gemeinde in Lübbecke dem DIGB angeschlossen waren.⁴

Dem im Jahre 1891 in Bielefeld auf Initiative des reformorientierten Rabbiners Felix Coblenz gegründeten Verband der Synagogen-Gemeinden Westfalens waren die Gemeinden Versmold, Borgholzhausen und Halle i.W. angeschlossen, die unter Vermittlung dieses regionalen Dachverbandes mit Religionswanderlehrern versorgt wurden. Im Unterschied zur Gemeinde Werther erreichte die Gemeinde Rahden im Jahre 1908, dass mit Hilfe dieses Verbandes und der Regierung ihre private Elementarschule in eine öffentliche umgewandelt wurde. Mit diesem Schritt war eine öffentliche Bezuschussung ihrer Schule im nächsten Jahr in Höhe von 28,6% der

² Vgl. Schorsch, Ismar: Jewish Reactions to German Antisemitism, 1870-1914. New York/London 1972, S. 41

³ Vgl. ebd., S. 47f

⁴ Vgl. Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1909 (19. Jg.). Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes Berlin, S. 67ff

Unterhaltskosten gesichert. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Bielefeld, Moritz Katzenstein, hatte zu Beginn der Beratungssitzung über den Statutenentwurf am 29./30.3.1891 im Saal Concordia über den zu gründenden Verband vor „ca. 80 Personen, Vorsteher[n], Repräsentanten und Lehrer[n] der Provinz“ erklärt, „daß die Idee, die jüdischen Gemeinden Westfalens zu einem Verbands zu vereinigen, das Kind des Antisemitismus sei.“⁵ Außerdem betonte der Vorsitzende, dass der zu gründende Regionalverband das Ziel verfolgen müsse, gemeinsam den jüdischen Indifferentismus zu bekämpfen, d.h. also innere Mission zu betreiben.

Tabelle 65: Größe der jüdischen Gemeinden im Kreis Lübbecke (1909)

Gemeinde	Mitglieder	Zensiten	in % der Einwohner der Städte u. Gemeinden	Budget in Mark
1. Lübbecke	70	26	1,7	2.500
2. Pr. Oldendorf	23	9	2,3	350
3. Levern	37	12	3,1	1.463
4. Rahden	75	18	3,0	2.300
Summe	205	65	0,4 (des Kreises)	6.613

Quellen: Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung 1905, 1909; Gemeindestatistik NRW Heft 3c (1966)

Tabelle 66: Größe der jüdischen Gemeinden im Kreis Halle i.W. (1909)

Gemeinde	Mitglieder	Zensiten	in % der Einwohner der Städte	Budget in Mark
1. Halle i.W.	14	5	0,7	20,00
2. Borgholzhausen	16	4	1,2	346,60
3. Versmold	50	14	2,8	480,00
4. Werther	53	16	2,5	1.493,00
Summe	133	39	0,4 (des Kreises)	2.339,60

Quellen: Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung 1905, 1909; 150 Jahre Landkreis Halle (Westf.) (1966)

Der Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Preußisch Oldendorf, vermutlich Jacob Löwenstein, teilte Moritz Katzenstein am 29.6.1890 seine Bereitschaft mit, dem zukünftigen Verband als Einzelmitglied beizutreten, doch sei die Mitgliedschaft für die ganze Gemeinde nicht sinnvoll, „weil leider dieselbe in Bezug auf Schule und Gottesdienst schon seit längerer Zeit verwaist“ sei. Ein Lehrer und Kultusbeamter sei schon seit Jahren nicht mehr angestellt worden und der Gottesdienst würde aus Mangel an Teilnehmern nur an den hohen Feiertagen abgehalten.⁶ Als letzten fest angestellten Lehrer hatte die Kehilla (dt. Gemeinde) Preußisch Oldendorf Julius Ransenberg für die Zeit vom 15.4.1882-15.4.1883 mit einem Gehalt in Höhe von 800 Mark sowie freier möblierter Wohnung und Aufwartung als Elementar- und Religionslehrer und Vorbeter am Shabbat engagiert.⁷ Wir können also den Schluss ziehen, dass sich die jüdische Gemeinde in

⁵ Allgemeine Zeitung des Judentums (AZJ) Nr. 15 vom 10.4.1891

⁶ Vgl. Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“, Archiv (CJA) 1, 75 A Pr 3, Nr. 2

⁷ Vgl. CAHJP, S/319/2

Preußisch Oldendorf sieben Jahre später als zu klein und unbedeutend einstufte, um sich als Mitglied dem neuen Regionalverband anzuschließen.

Für die größere Nachbargemeinde Lübbecke nahm der Lehrer Max Lazarus als Delegierter an den großen Versammlungen des Verbands der Synagogengemeinden der Provinz Westfalen teil. Während Max Lazarus das im Auftrage des Verbandes von Dr. Vogelstein bearbeitete neue Gebetbuch (hebr. Tefilla) kritisierte, „weil der Hinweis auf die Opfer, auf den Tempel, die Hoffnung auf die Erfüllung der messianischen Verkündigung fehlten“, lobte er den Bau eines jüdischen Altersheims in Unna-Königsborn und die Einrichtung einer Lehrerspensionskasse aufgrund der Beschlüsse der Jahrestagung des Verbandes im Jahre 1898 in Herford.⁸

Von der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf wurde zunächst für die Zeit vom 1.5.1879-1.5.1880 der Lehrer Jakob Kaufmann als Elementar-, Religionslehrer und Vorbeter mit einem Gehalt in Höhe von 900 Mark angestellt. Außerdem erhielt der Lehrer ein freies möbliertes Zimmer im Schulhaus und freie Aufwartung, d.h. ein durch Ofenheizung gewärmtes Zimmer und frische Bettwäsche, wofür der Mieter der Wohnung im jüdischen Schulhause vertraglich verpflichtet worden war. Nach Ablauf eines Dienstjahres wurde der Vertrag des Lehrers mit der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf offensichtlich um ein weiteres Jahr verlängert.⁹

Als der Lehrer Kaufmann seit dem 22.9.1880 einen sechswöchigen Wehrdienst in der Schulamtskandidatenabteilung der 11. Kompanie des 2. Westfälischen Infanterieregiments in Minden abzuleisten hatte, wurde er während seiner Dienstzeit von dem zuständigen Offizier und Feldwebel mehrmals so sehr diskriminierend und beleidigend behandelt, dass sich die Kehilla Preußisch Oldendorf verpflichtet sah, dem Königlichen Hohen Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster ein Protestschreiben zuzusenden. Dieses Schreiben wurde später am 21.12.1880 in der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht.¹⁰

In sieben Punkten wurden die Diskriminierungen, unter denen Lehrer Kaufmann zu leiden hatte, zusammengefasst. Erstens wurde sein Gesuch, ihn von der allgemeinen Verpflegung zu befreien, erst als Letztes nach drei Wochen bewilligt, nachdem diese Bitte schon allen anderen Schulamtskandidaten gewährt worden war. Da Kaufmann ein observanter jüdischer Lehrer war, der die Speisegesetze einhielt (hebr. Kaschrut), musste ihn diese Verzögerung umso mehr schmerzen.

Der Wunsch des Lehrers, wenigstens einmal während seiner Dienstzeit den Synagogengottesdienst besuchen zu dürfen, wurde abschlägig erteilt, obwohl alle evangelischen und katholischen Soldaten seit dem zweiten Sonntage „zur Kirche geführt“ wurden. Kaufmanns Gesuch, nur am Freitagabend für eine Viertelstunde den Gottesdienst besuchen zu dürfen, wurde nicht entsprochen.

⁸ Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 41, 73-75

⁹ Vgl. CAHJP, S/319/2

¹⁰ Vgl. AZJ Nr. 51 (44. Jg.) vom 21.12.1880; CJA 1, 75 A Pr 3, Nr. 2

Als dem jüdischen Lehrer aus Sicht des zuständigen Offiziers eine Freiübung nicht befriedigend gelang, ließ der Offizier die beleidigende, rassenantisemitische Bemerkung fallen, dass ‚er glaube, daß die Faulheit in der jüdischen Race liege‘.¹¹ Diese Bemerkung des Offiziers kann insofern erklärt werden, als das Jahr 1878 als negatives deutsches Epochenjahr den Beginn des politischen und rassistischen Antisemitismus markierte. Ein Jahr später erfand und benutzte der Publizist und Gründer der „Antisemiten-Liga“, Wilhelm Marr, den Schlüsselbegriff „antisemitisch“, während im selben Jahr der Historiker Heinrich von Treitschke dem Hofprediger Stoecker Hilfestellung gab, als er in einem Aufsatz in den Preußischen Jahrbüchern den Satz „Die Juden sind unser Unglück!“ prägte.¹²

Viertens sprach der zuständige Feldwebel den Lehrer Kaufmann fast nie mit seinem Namen an, sondern bezeichnete ihn stereotyp und abwertend als „den Juden“.

Als Jakob Kaufmann einmal in seiner Abwesenheit ein Paket erhielt, richtete sich der Feldwebel mit dem folgenden beleidigenden Satz an Kaufmanns Kameraden: ‚Ist der Mauschel, der Jude, nicht da, er soll sich bei mir einen Futtersack holen!‘

Ein anderes Mal hatten mehrere Kameraden, unter ihnen Jakob Kaufmann, ihren Brustbeutel vergessen. Daraufhin wandte sich der Feldwebel mit „lauter Stimme“ an den jüdischen Lehrer, indem er ihn mit folgendem Satz schwer beleidigte: ‚Halten Sie Ihr Maul, Sie sind nicht hier in der Synagoge, wo Sie Ihre Geschichten machen können.‘

Beim Einüben des militärischen Grußes an Vorgesetzte wurde Lehrer Kaufmann auf provozierende und lachende Weise von einem Unteroffizier gefragt: ‚Wenn Ihnen ein Rabbiner begegnet, was thun Sie dann?‘

Der kommandierende General beantwortete schließlich das Protestschreiben der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf am 19.11.1880 mit der Mitteilung, dass auf seine Anordnung hin zukünftig alle Mannschaften vorschriftsmäßig behandelt werden würden.¹³

Dieses Beispiel für die diskriminierende Behandlung eines wehrdienstleistenden jüdischen Lehrers in der preußischen Armee verstellt allerdings den Blick darauf, dass es im Zeitraum von 1880-1907 kein einziger von den 25.000-30.000 jüdischen Freiwilligen, die Absolventen höherer Schulen waren, nur ein Jahr dienen mussten und allein Offiziere werden konnten, geschafft hatte, Reserveoffizier zu werden. Die Tatsache, dass im selben Zeitraum von den 1.200-1.500 jüdischen Konvertiten, die im Militär dienten, ca. 300 zu Reserveoffizieren befördert worden waren, verdeutlichte, dass die Ausgrenzung der deutschen Juden im preußischen Militär methodisch betrieben wurde.¹⁴

¹¹ Vgl. AZJ Nr. 51 vom 21.12.1880

¹² Vgl. Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 272f; Lowenstein, Steven. M.; Mendes-Flohr, Paul.; Pulzer, Peter; Richarz, Monika: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. III: Umstrittene Integration. München 1997, S. 200f

¹³ Vgl. AZJ Nr. 52 vom 28.12.1880

¹⁴ Vgl. Schorsch, S. 91; Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 152

Martin Philippon wies im Jahre 1911 darauf hin, dass der Ausschluss der Juden im preußischen Militär seit Jahrzehnten die Bereiche des aktiven Offizierkorps, der Reserve und der Landwehr betraf.¹⁵

Auch im schulischen und im engen nachbarschaftlichen Bereich des Alltagslebens gab es in Preußisch Oldendorf Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden. Der Kaufmann Jacob Löwenstein erhob am 21.9.1887 Klage gegen den Lehrer Pohlmann und bat den lokalen Schiedsmann Kohlwes um einen Sühnetermin, weil der Lehrer seinen Jungen Willy vor seinen Mitschülern beleidigt hatte.

„An den Schiedsmann Herrn Kohlwes Hier. Im Laufe der vorigen Woche hat der seitwärts Beklagte während des Unterrichts gegen seine Schüler Folgendes geäußert. Ich verbiete und untersage euch mit Willy Löwenstein, diesem Judenjungen, hierselbst zu verkehren, da derselbe euch zu allem Schlechten verleitet. Wer von euch dennoch mit demselben umgeht, wird von mir hierfür seine Bestrafung erhalten. Die betreffenden Schüler werden dieses bekunden. Gegen diese meinem Sohn zugefügte öffentliche Beleidigung und wegen Ueberschreitung seiner amtlichen Befugnisse will ich unter Bezugnahme der §§ 186 und 187 des Strafgesetzbuches bei Gericht die Bestrafung des p. Pohlmann veranlassen, beantrage aber zuvor um Anberaumung eines Sühnetermins. [gez.] J.[acob] L. [öwenstein] P. Oldendorf d[en] 21. September 1887
(besondere Nebenbemerkung) Pohlmann hat einen seiner Schüler, der dennoch mit Willy umging, am 21. d. M. in der Schule deshalb bestraft.“¹⁶

Eine sekundäre Ursache dieses Konfliktes bestand offensichtlich darin, dass die jüdische Gemeinde vermutlich wegen Mangels an Schülern auf die Anstellung eines eigenen Elementarschullehrers nach dem Weggang des letzten Lehrers Ransenberg im Jahre 1883 verzichtet hatte und ihre Kinder in die öffentliche Elementarschule schickte. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser schulische Konflikt vor dem Schiedsmann gütlich beigelegt werden konnte, obwohl die Quellen über den Ausgang der Auseinandersetzung schweigen.

Am 9.11.1887 bat Kaufmann Jacob Löwenstein erneut den Schiedsmann Kohlwes darum, einen Sühnetermin anzusetzen. Dieses Mal erhob er Klage gegen den Sohn des Tabakfabrikanten August Nordsieck, den Kaufmann Louis Nordsieck, der Willy Löwenstein „auf offener Straße, vor versammelter Menschenmenge“ „geschlagen und beleidigt“ hatte. Auch bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft hatte Jakob Löwenstein Klage eingereicht. Doch diese teilte ihm am 4.11.1887 mit, dass er Privatklage erheben solle, da ein öffentliches Interesse in seinem Fall nicht vorliege. Außerem sandte sie dem Kaufmann am 11.11.1887 ein ärztliches Attest über die erlittene Körperverletzung seines Sohns zurück, da dieses Zeugnis bei der Erhebung einer Privatklage vorgelegt werden müsse. Schließlich lud der Schiedsmann Kohlwes auch in diesem Fall den Verklagten zusammen mit dem Kläger Jakob Löwenstein in einem Schreiben „zur mündlichen Verhandlung und zur gütlichen Einigung“ zu einem Termin am Montag, dem 14.11.1887 in seine Wohnung ein.¹⁷

Das unbezahlte Ehrenamt des Schiedsmannes wurde zu Beginn der Neuen Ära durch Mitteilung im Amtsblatt der Bezirksregierung Minden am 20.5.1859 in seinen zehn Kreisen - unter anderen

¹⁵ Vgl. Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur. Hg. v. Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland. 14. Bd. Berlin 1911, S. 3

¹⁶ CJA 1, 75 A Pr. 3 Nr. 2, Bl. 101

¹⁷ Vgl. ebd., Bl. 105

auch in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. - eingeführt.¹⁸ Nach §§ 2 und 6 sollten in Gemeinden mit über 500 Einwohnern ein Schiedsmannt ernannt und nach Stimmenmehrheit von den Gemeindeverordneten gewählt werden. Qualifiziert zu diesem Ehrenamt waren männliche Personen, die mindestens 21 Jahre alt, unbescholten und mit den Geschäften des bürgerlichen Lebens vertraut waren (§ 5). Die Aufgabe des Schiedsmannes bestand in erster Linie darin, zwischen den streitenden Parteien eine „Vereinigung“ (§ 4), einen „Vergleich“ oder eine gütliche Einigung (§§ 4, 14) zu stiften. Besonders bei Klagen über Ehrverletzungen und leichten Misshandlungen waren Schiedsmänner berufen, eine Schlichtung herbeizuführen. Kläger in solchen Fällen waren nach Artikel 18 des Gesetzes vom 14.4.1851 verpflichtet, zuerst einen Schiedsmannt zur Schlichtung der Streitigkeiten anzurufen, bevor sie die ordentlichen Gerichte im Wege eines Zivilprozesses belasteten. Deshalb bedeutete die Berufung von Schiedsmännern auch eine Entlastung der unteren Gerichtsinstanzen.

Die Entscheidung der einzelnen jüdischen Gemeinden in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. darüber, welchem Dachverband, der sich zum Ziel gesetzt hatte, die verschiedenen Formen des so genannten modernen Antisemitismus zu bekämpfen, sie sich anschließen sollten, hing nicht nur von der regionalen Verbandspolitik ab, sondern entscheidend davon, wie die jüdischen und nichtjüdischen Politiker und Honoratioren in der Hauptstadt Berlin des neu vereinigten Kaiserreichs auf die vielfältigen Gefahren reagierten, die von den Antisemitenparteien und ihrer Publizistik infolge der schweren Depression von 1873-79 für den Rechtsstaat ausgingen. Nach der Unterdrückung der Katholiken im so genannten Kulturkampf, der erst beendet wurde, nachdem Großagrarier und Schwerindustrie anstelle des Freihandels ihre Interessen in Form einer Schutzzollpolitik durchgesetzt hatten und damit die Nationalliberalen entbehrlich machten und der neue Papst Leo XIII. eine Verständigungspolitik mit Bismarck unter der Voraussetzung eingeleitet hatte, dass die Maigesetze aufgehoben und der verantwortliche Kultusminister Falk entlassen werden sollten, nach Ausgrenzung der Sozialdemokraten mittels Sozialistengesetz (1878), wurde nun das dritte sozialhistorische Milieu, die deutschen Juden, von einer Bewegung bedroht, deren Agitator Adolf Stoecker vom wilhelminischen Staat zumindest im Jahre 1880 geduldet wurde, da der Kanzler hoffte, dass er den Liberalen und Teilen der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft Stimmen entziehen würde.¹⁹

Nachdem die jüdische Gemeinde von Berlin seit Oktober 1879 dreimal beim preußischen Innenminister Graf Eulenburg gegen die antisemitische Bewegung - besonders gegen Stoeckers antisemitische Aktivitäten - Protest eingelegt hatte, wurde ihrem Vorsitzenden Magnus Meyer erst

¹⁸ Vgl. Amtsblatt der Kgl. Regierung zu Minden, Stück 20, Bekanntmachung der Minister des Innern und der Justiz Nr. 299 vom 11.2.1859, S. 153-160, in: KAGt, H LR1 31/5

¹⁹ Vgl. Craig, Gordon: Deutsche Geschichte 1866-1945. München 1980, S. 78, 147; Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1986, S. 47; Antisemiten-Spiegel (1900), S. 232

im Juni 1880 die Antwort erteilt, dass die Berliner Judenschaft nicht legitimiert sei, für alle preußischen Gemeinden zu sprechen und dass die Stoecker-Bewegung nicht illegal sei.²⁰

Die nächste Initiative zur Bekämpfung der Antisemitenbewegung ging von Moritz Lazarus aus, der an der Berliner Universität als Honorarprofessor Völkerpsychologie lehrte. In seinem Vortrag „Was heisst national?“, den er am 2.12.1879 an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums hielt, betonte er, dass das individuelle Bewusstsein nicht durch verwandtschaftliche Bindungen, sondern mittels Sprache, einem Sinn für die gemeinsame Geschichte und das gemeinsame Schicksal und durch das teilnehmende Bewusstsein am Geist eines Volkes geprägt werde.²¹ Am 1.12.1880 lud Moritz Lazarus ca. 200 Honoratioren der jüdischen Gemeinde von Berlin ein, um zur Gründung eines Komitees aufzurufen, das drei Aufgaben übernehmen sollte: 1. Verteidigung der Toleranz und Humanität gegen die Angriffe der Antisemitenbewegung, 2. Erhöhung des Judentums in den Augen der Juden und Nichtjuden, 3. Erhöhung der Juden. Schließlich wurde an jenem Abend eine Gruppe von 28 Honoratioren gewählt, die als „Das jüdische Comité vom 1. Dezember 1880“ die Abwehraktivitäten leiten sollten. Doch außer einem weiteren Treffen, an dem 600 Juden teilnahmen, brachte dieses Comité wenig zustande, da es „in aller Stille“ arbeitete, die entschlossene und krisenbewusste Öffentlichkeitsarbeit scheute und keine dauerhaften Taktiken oder einen institutionellen Rahmen schuf. „Der Gedanke, daß Angriffe auf die Gesamtheit von der Gesamtheit abgewehrt werden müßten, hatte sich noch nicht durchgerungen. Die Mehrzahl der Juden glaubte immer noch, daß geduldige Bescheidenheit und zarte Zurückhaltung der Juden-Politik höchster Trumpf sei.“²²

Alarmiert über den Ausgang der Reichstagswahlen im Februar 1890, in denen die Antisemiten in insgesamt 31 Wahlkreisen angetreten waren und die Boeckelsche antisemitische Volkspartei vier hessische Wahlkreise und die Deutschsozialen einen hessischen Wahlkreis gewinnen konnten, entschloss sich der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Freisinnigen Partei, Heinrich Rickert, zusammen mit seinem Freund, dem Stadtrat und Anwalt Edmund Friedemann, am 30.3.1890 in dessen Haus, eine Gruppe von Honoratioren von der Notwendigkeit einer systematischen Abwehr gegen den Antisemitismus zu überzeugen.²³

Ende 1890 verhandelten zwölf Reichstagsabgeordnete ‚unterschiedlicher politischer Orientierungen und Bekenntnisse‘ im Reichstag über die Bildung einer christlichen Verteidigungsorganisation.²⁴ Den Gründungsaufruf des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, der im Januar 1891 in verschiedenen liberalen Zeitungen veröffentlicht wurde, unterschrieben nicht

²⁰ Vgl. Ragins, S. 31f

²¹ Vgl. ebd., S. 29f

²² Fuchs, Eugen: Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Rede gehalten am zehnten Stiftungsfest am 2. Februar 1903 vom stellvertretenden Vorsitzenden Justizrat Dr. Eugen Fuchs in Berlin. Sonder-Abdruck aus „Im deutschen Reich“, Nr. 3, 1903. Berlin 1904, S. 8

²³ Vgl. Schorsch, S. 81

²⁴ Vgl. Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the First World War, in: LBIYB, Bd. XXVIII (1983), S. 206; Schorsch, S. 81

weniger als 585 Persönlichkeiten, die nach Suchy einen Querschnitt des Besitz- und Bildungsbürgertums darstellten.²⁵ Der Aufruf des neuen Vereins lautete wie folgt:

„Gegen unsere jüdischen Mitbürger wird ein gehässiger Kampf fortgesetzt, welcher der Natur unseres Volkes, seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner Stellung unter den civilisirten Nationen zuwider ist. In massenhaft verbreiteten Flugschriften, Zeitungen und Broschüren werden die Juden, denen die Gesetze des Reichs die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung [unterstrichene Worte im Original gesperrt, Verf.] gewährleisten, ohne Unterschied und nur weil sie Juden sind, mit den niedrigsten Beschimpfungen verfolgt. Sie werden als Fremdlinge dargestellt und als Menschen, welche die sittlichen Grundlagen des Staats und der Gesellschaft gefährden. Die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist das Ziel der antisemitischen Agitation. Derselben gleichgiltig und unthätig zuzuschauen, wäre eine verhängnisvolle Unterlassung. In einzelnen Bezirken unseres Vaterlandes hat die antisemitische Bewegung größere Kreise, namentlich auf dem platten Lande, ergriffen; auf andere sie auszudehnen, ist man eifrig am Werk. Deutsche Fürsten und Staatsmänner haben das verderbliche und unchristliche Treiben der Antisemiten verurtheilt, aber es ist vor Allem eine Ehrensache für das deutsche Volk und vornehmlich für uns Christen, demselben baldigst ein Ende zu machen.

Die Unterzeichneten, Mitglieder verschiedener religiöser Bekenntnisse und politischer Parteien, haben einen Verein zur Abwehr des Antisemitismus ins Leben gerufen. Sie wollen der antisemitischen Agitation mit Wort und Schrift entgegenreten. Sie wollen wirklich vorkommende Ausschweifungen und Mißstände weder verhehlen noch entschuldigen, sondern durch positive Einwirkung, insbesondere auch durch wirtschaftliche Maßregeln, solche zu beseitigen suchen. Sie wenden sich an ihre Mitbürger, solche zu beseitigen. Sie wenden sich an ihre Mitbürger, ohne Unterschied der Partei und des Glaubens, mit der Bitte, sie bei diesen Bestrebungen zu unterstützen und dem Verein beizutreten.“²⁶

Die Präsidenten des neuen Abwehrverbandes gehörten liberalen Parteien an und waren entschiedene Verfechter des Rechtsstaates. Sein erster Präsident, Rudolph von Gneist, war ein nationalliberaler Rechtshistoriker. Er befürwortete eine Reform der preußischen Bürokratie mit dem Ziel, die lokalen Organe der Selbstverwaltung und die Rechte des Individuums gegen bürokratische Willkürentscheidungen zu stärken, indem die Bürokratie unter die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte gestellt werden sollte, an die der Bürger appellieren konnte.²⁷

Sein Nachfolger, der Philosoph Heinrich Rickert, war zuerst langjähriger Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei. Im Jahre 1880 gehörte er zu einer Gruppe von 28 freihandelspolitisch eingestellten Reichstagsabgeordneten, die ihre Unterstützung der neuen Bismarckschen Schutzzollpolitik und antisozialistischen Gesetzgebung verweigerten. Er schloss sich zunächst mit den Sezessionisten im Jahre 1884 der Fortschrittspartei an, bevor beide Gruppen im selben Jahr die Deutsche Freisinnige Partei gründeten. Im Jahre 1893 spaltete sich diese Partei über die Frage, ob sie der Verstärkung des Heeres zustimmen sollten. Eine Minderheit, die dem Gesetzentwurf Caprivis zustimmte, organisierte sich unter Rickert in der Freisinnigen Vereinigung (1893), während sich die Mehrheit, die den Gesetzesentwurf ablehnte, unter Eugen Richter in der Freisinnigen Volkspartei (1894) zusammenschloss.²⁸

Der dritte Präsident des Abwehrvereins war seit Februar 1903 Theodor Barth. Er war ein Abgeordneter der Freisinnigen Vereinigung im Reichstag bis 1903. Im Unterschied zu Eugen Richter war er seit Ende der 1880er Jahre überzeugt, dass nur ein Zusammengehen zwischen freisinnigen und sozialdemokratischen Kräften die Reaktion in Deutschland überwinden könnte.²⁹ Er war Herausgeber der Zeitung „Nation“, die jedoch nie über eine Auflage von 3.000 Exemplaren hinauskam. Barth war ein Bewunderer der amerikanischen Demokratie und des britischen politischen Systems, befürwortete andererseits aber auch den Ausbau der deutschen Armee, der

²⁵ Vgl. Suchy, S. 209

²⁶ AZJ, Nr. 5 (55. Jg.) vom 29.1.1891. Unterstrichene Worte im Original gesperrt, Verf.

²⁷ Vgl. Schorsch, S. 87

²⁸ Vgl. ebd.; Massing, S. 75

²⁹ Vgl. Suchy, S. 218

Marine und des Kolonialsystems.³⁰ Er definierte den Antisemitismus als ‚eine Art von Sozialismus der Junker [adlige Großgrundbesitzer] ... durch die Junker und für die Junker.³¹

Als vierter Präsident des Abwehrvereins fungierte der Bergbauingenieur Georg Gothein von 1909-1933. Er war als Syndikus der Industrie- und Handelskammer Breslau zwischen 1893-1901 tätig gewesen, bevor er ebenfalls als Abgeordneter die Freisinnige Vereinigung seit 1901 im Reichstag vertrat. Er hatte als Student ein umfangreiches Werk über den Außenhandel Deutschlands publiziert und war ein Kritiker der protektionistischen Regierungspolitik.³²

Die politischen Beweggründe des Abwehrvereins beschrieb Schorsch wie folgt:

„Das wichtigste Anliegen des Vereins war der Charakter des deutschen Staats. Als ein Rechtsstaat basierte er auf dem Prinzip, daß die Bürger, die durch dieselben Pflichten gebunden wurden, Anspruch auf dieselben Rechte haben. Indem sie die Emanzipation der Juden attackierten, schwächten die Antisemiten das innerste Gefüge des deutschen Staats. Auf dem Spiel stand die absolute bürgerliche und politische Gleichheit aller Bürger. Die Rechte der Juden einzugrenzen, würde eine Verletzung der Verfassung und ein Betrug am Rechtsstaat sein. Da sowohl die Emanzipation und der Rechtsstaat Errungenschaften des deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts waren, warnten die Sprecher des Abwehrvereins davor, daß letztlich der Angriff gegen die Juden auch eine Zurückweisung des Liberalismus darstellte.[...]“³³

Soziologisch gesehen beurteilten die Führer des Abwehrvereins die Gruppen antisemitischer Wähler ähnlich wie die führenden Politiker der Sozialdemokratie als Protestwähler wirtschaftlich Unzufriedener, deren politisches Verhalten von Antisemitenparteien manipuliert wurde. Männer wie Treitschke und Stoecker erfüllten die Funktion, den neuen Judenhass zu legitimieren.³⁴

Die Zahl der Mitglieder des Abwehrvereins wuchs von 3.000 im März 1891 auf 8.000 im Juni 1891 und auf 13.338 aus 963 Orten im November 1893.³⁵ Ende 1897 zählte er bereits 18.000 Mitglieder und 1928 20.000.³⁶

Seit Bestehen des neuen Abwehrvereins erkundigten sich Juden des öfteren, ob es zweckdienlich sei, ihm als Mitglieder beizutreten. Im März 1891 wandte sich Charles Hallgarten, ein wohlhabender Frankfurter Bankier und Philanthrop und erstes jüdisches Mitglied im Vorstand des Abwehrvereins, in einem vertraulichen Rundschreiben an alle Vorsteher der jüdischen Gemeinden in Deutschland, in dem er um ihre Mitgliedschaft im Verein warb.³⁷

Im Unterschied zum Dezember-Komitee legte der Abwehrverein größten Wert auf seine Öffentlichkeitsarbeit. Seit dem 1.1.1891 publizierte er die erste Nummer seiner Wochenzeitung „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, der von seinem Schriftführer, dem emeritieren Geistlichen Gräbner, herausgegeben wurde. Seit dem 1.1.1911 erschien diese Vereinszeitung nur alle zwei Wochen. Die Zeitung informierte über die deutsche und ausländische Antisemitenbewegung und über die anfängliche Taktik des Vereins, Gegenveranstaltungen in

³⁰ Vgl. Schorsch, S. 87f

³¹ Zitiert und übersetzt vom Verfasser nach Schorsch, S. 90

³² Vgl. Suchy, S. 220; Schorsch, S. 88

³³ Schorsch, S. 89, übersetzt vom Verfasser

³⁴ Vgl. Schorsch, S. 89f

³⁵ Vgl. Schorsch, S. 82

³⁶ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 53; Lindner, Erik: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Magisterarbeit. Münster 1989, S. 12

³⁷ Vgl. Schorsch, S. 92f; Suchy, S. 210f

Orten zu organisieren, wo Antisemiten verstärkt agitierten. Das Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit bestand darin, die unsinnigen antisemitischen Behauptungen, Lügen und Unwahrheiten zu widerlegen. Nach Schorsch abonnierten im November 1893, als der Verein 13.338 Mitglieder hatte, nur 6.000 Mitglieder diese Vereinszeitung.³⁸ Später versandte der Verein eine wöchentliche Auswahl seines Zeitungsmaterials, die „Wochenkorrespondenz für Zeitungsredaktionen“, in 300 Exemplaren gratis an alle Redakteure in Deutschland. Für den Abwehrverein wurden auch andere aufklärende Publikationen wie Bücher, Broschüren, Flugblätter, Volkskalender und der Antisemiten-Spiegel, der seit 1892 in mehreren Auflagen erschien, in Umlauf gebracht.³⁹

Quellen belegen, dass sich die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf im Unterschied zu den Nachbargemeinden in Lübbecke und Levern dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus anschloss und in den Jahren 1892, 1893, 1894 und 1898 Sammelbeitragselder an ihn zahlte. Nach Paragraph 2 des Vereinsstatuts des Abwehrvereins sollte jedes Mitglied einen jährlichen Beitrag zahlen, die Höhe des Beitrags aber selbst bestimmen können. In einem Schreiben vom 19.9.1892 teilte der Vorsteher der Gemeinde, Jakob Löwenstein, dem Stadtrat H. Flinsch, der das Büro des Abwehrvereins in Frankfurt leitete, die Einzahlung von 8 Mark und 15 Pfennigen mit.⁴⁰ Das Frankfurter Büro des Abwehrvereins war im Februar 1891 als zweites Büro nach Berlin auf Initiative von Charles Hallgarten eröffnet worden, wurde aber formell vom nichtjüdischen Stadtrat Flinsch geleitet.⁴¹ Für 1894 überwiesen die Gemeindemitglieder Gastwirt Louis Stein, Witwe Cahen, Handelsmann Georg Ehrlich, Kaufmann Cahen, Viehhändler Nathan Goldschmidt, Kaufmann Carl Kohlmann und Vorsteher Jakob Löwenstein einen Betrag von 6 Mark an das Berliner Büro des Abwehrvereins und für 1898 einen Betrag von 6 Mark 30 Pfennigen, dessen Empfang der Schatzmeister des Vereins in Berlin, Jordan, am 9.5.1898 quittierte.⁴² Zumindest für das letzte Quartal des Jahres 1892 abonnierten die Gemeindemitglieder Frau Stein, Wilhelm Cahen, Carl Kohlmann, Nathan Goldschmidt und Jakob Löwenstein die Vereinszeitung „Mittheilungen zur Abwehr des Antisemitismus“ für je 85 Pfennige direkt beim Redakteur Johannes Buchholz in Berlin, Lützowstraße 67, und ließen sie sich von der Post zusenden.⁴³

Da die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf dem von liberalen Politikern geführten Abwehrverein zumindest bis 1898 ihr Vertrauen schenken, ist es naheliegend zu vermuten, dass zumindest einige der 21-23 Stimmen, die in den Reichstagswahlen im Jahre 1890 auf den freisinnigen Politiker von Forckenbeck, im Jahre 1893 auf den freisinnigen Reichstagsabgeordneten Virchow und im Jahre 1898 auf den Kandidaten Demmig der freisinnigen Volkspartei im Stimmbezirk Preußisch Oldendorf entfielen, von jüdischen Bürgern stammten.⁴⁴

³⁸ Vgl. Schorsch, S. 86

³⁹ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 54

⁴⁰ CJA 1, 75 A Pr 3 Nr. 2, Bl. 167, 175

⁴¹ Vgl. Suchy, S. 211; Schorsch, S. 83

⁴² CJA 1, 75 A Pr 3 Nr. 2, Bl. 191', 203, 207

⁴³ Vgl. ebd., Bl. 179

⁴⁴ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 45 vom 22.2.1890; Nr. 49 vom 21.6.1893; Nr. 150 vom 30.6.1898

Zunächst gehörte es zu den Taktiken des Abwehrvereins, dass ihre Redner Antisemitenveranstaltungen besuchten, um dort zu versuchen, auf die Unwahrheiten und Verdrehungen der antisemitischen Propagandisten direkt zu antworten. Doch wenn die Redner des Abwehrvereins überhaupt die Chance erhielten zu sprechen, so konnten sie nur kurze Ausführungen machen, denn meist wurden sie von dem antisemitischen Publikum mundtot gemacht. Als Rabbiner Coblenz auf einer so genannten „öffentlichen Volksversammlung“ am 6.12.1891 in Bielefeld, zu der „jedermann“ unter Zusicherung „freier Discussion“ eingeladen worden war, auf die Ausführungen des deutschsozialen Redners Dr. König entgegen wollte, ging „seitens der Antisemiten ein Johlen, Pfeifen und Schreien los[...], das aller Beschreibung spottet[e].“⁴⁵ Während seines zehnminütigen Vortrags wurde Rabbiner Coblenz dauernd unterbrochen, so dass er und der Schriftleiter des Abwehrvereins auf die Einladung zu einer weiteren deutschsozialen Versammlung mit Dr. König am 9.12.1891 in Bielefeld verzichteten. Da diese Taktik nichts bewirkte, wurde sie vom Abwehrverein fallengelassen. Stattdessen organisierte der Abwehrverein eigene Versammlungen in Orten, wo bekanntlich Antisemiten agitierten. Doch auch diese Methode wurde aufgrund mangelnder finanzieller Mittel und Nachfrage nach einigen Jahren aufgegeben.⁴⁶

In einer vom Abwehrverein organisierten Abendveranstaltung am 9.11.1891 im Saal der Eintracht in Bielefeld drückte der Vorsitzende, das freisinnige Mitglied des Bielefelder Magistrats, Justizrat Heinrich Bachmann, seine Hoffnung aus, dass die lokale Antisemitenbewegung „im gesunden Sinne der Bürger“ scheitern möge. Die anwesenden Sozialdemokraten, deren Verhalten im Gegensatz zu dem der störenden Antisemiten als „würdig“ und „angemessen“ charakterisiert wurde, verlangten die Wahl eines Abwehrbüros, die jedoch nicht durchgeführt wurde. Der Abwehrverein hatte neben seiner Zentrale in Berlin für Norddeutschland seit Februar 1891 ein Büro in Frankfurt eröffnet, das für Süd- und Südwestdeutschland, Elsaß, Hessen und die Rheinprovinz zuständig war. Seit 1893 wurden weitere Büros in Magdeburg, Köln, Marburg, Kassel, Darmstadt, Stuttgart, Karlsruhe und München eingerichtet. Schriftleiter Gräbner betonte im Gegensatz zu dem von den Antisemiten ausgegebenen Motto „Den Kaiser ehrt, den Juden wehrt“ die christliche Verpflichtung zur Bruderliebe zu den jüdischen Mitbürgern und verurteilte die „künstlich[e]“ und gehässige Agitation der lokalen Antisemiten. Rabbiner Felix Coblenz stellte in seinem Redebeitrag die Botschaft, vermutlich die der Ringparabel, in Gotthold Ephraim Lessings Stück „Nathan der Weise“ als modellhaftes Bildungsgut der Deutschen dar. Außerdem verurteilte der Rabbiner die verfälschende Zitierweise und unwahren Behauptungen in der Publikation „Der Talmudjude“ des katholischen Theologen August Rohling, die auch schon der österreichische Rabbiner Joseph Bloch öffentlich aufgedeckt hatte. Bezeichnenderweise wurde dieses antisemitische Werk bis 1924 in 7 Auflagen herausgegeben, nach 1918 in Theodor Fritschs

⁴⁵ Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 3 vom 17.1.1892

⁴⁶ Vgl. Schorsch, S. 83f

Hammer-Verlag.⁴⁷ Justizrat Bachmann beendete die öffentliche Versammlung um 23.00 Uhr mit zum Frieden mahnenden Worten.⁴⁸

Auf jüdischer Seite wurde der Abwehrverein durch ein von 20-30 Berliner Notabeln am 30.6.1892 gegründetes „Komitee zur Abwehr des Antisemitismus“ ergänzt. Es veröffentlichte aufklärende Schriften zur Frage des Anteils der Juden an der Kriminalität, am Heere, über das Koscherschächten etc. und bemühte sich, durch Wanderredner auf antisemitische verbale Angriffe zu reagieren.⁴⁹

Es dauerte noch bis zum Herbst 1893, bis sich der erste jüdische Abwehrverband als Massenorganisation der Öffentlichkeit vorstellte. Die Gründung und Reorganisation von Massenverbänden lag im Trend der Zeit: auch der BdL, der Deutsche Handlungsgehilfen Verband und der Alldeutsche Verband, die sich antisemitischer Propaganda bedienten, präsentierten sich ebenfalls im Jahre 1893. Insofern war die Gründung eines jüdischen Abwehrverbands eine folgerichtige Reaktion oder spiegelbildliche Antwort der jüdischen „Teilkultur“ (Jacob Borut). Nach Borut bot eine Teilkultur im Unterschied zu einer Subkultur „ihren Mitgliedern ein Netzwerk von Organisationen an, das viele Bedürfnisse umfasste, obwohl sie nicht so umgreifend war, um eine vollständige oder fast vollständige Trennung von der Mehrheitsgesellschaft, wie in einer Subkultur, zu erlauben.“⁵⁰ Der organisierte Druck antisemitischer Kräfte in der Mehrheitsgesellschaft, die die bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden rückgängig machen wollten, zwang die jüdische Minderheitsgesellschaft dazu, sich in Teilkulturen zusammenzuschließen.

Der erste Vorsitzende des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), der Arzt und Universitätslehrer Martin Mendelsohn, fasste die Ursachen und die Notwendigkeit der Bildung einer landesweiten jüdischen Abwehrorganisation in seiner Rede auf der ersten Jahresversammlung in folgende Worte, aus denen hervorgeht, dass sich der C.V. nicht in erster Linie darum bemühen sollte, antisemitische Politiker zu bekämpfen, sondern die falschen Vorstellungen, die sich das Bildungsbürgertum über die deutschen Juden machte, weil zu wenige nichtjüdische Bürger mit Juden Umgang hätten, zu korrigieren:

„[...] So konnte es garnicht anders kommen, als dass, Dank unserer Unthätigkeit, die falschesten Bilder von uns bei denjenigen entstanden, welche nach Lebensstellung und Vornehmheit der Gesinnung am ehesten in der Lage und auch bereit gewesen wären, der hässlichen Bewegung beizeiten einen Damm entgegen zu setzen. Diese aber kannten die Juden nicht und kennen sie heute noch nicht so wie sie wirklich sind; und diese Kenntnis können sie überhaupt erst dann erlangen, wenn die Juden beginnen, als solche in der Oeffentlichkeit zu existieren.

Es war daher notwendig, dass ein Verein entstand; ein Verein, nicht bloss ein Comité, ein ganzes Heer, nicht bloss einzelne Gruppen von Führern, dass unser Verein entstand, eine Vereinigung möglichst aller Juden in Deutschland. Denn nicht die Thätigkeit und Arbeit einer kleinen Zahl wohlwollender Glaubensgenossen vermag die falschen Vorstellungen über uns Juden zu beseitigen, welche überhand genommen haben. Dazu gehört mehr, dazu gehört, dass wir alle, ein jeder einzeln, unsere Person einsetzen, dazu gehört die ganze volle Oeffentlichkeit.“⁵¹

⁴⁷ Vgl. Herzig (1973), S. 91, Fußnote 28; Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 215

⁴⁸ Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 4 vom 15.11.1891

⁴⁹ Vgl. Fuchs (1904), S. 9

⁵⁰ Borut, Jacob: „Not a Small Number of Notables“: The Geographical and Occupational Structure of the Central Verein Membership During its First Years, in: Jewish History, Vol. 9, No. 1, Spring 1995, S. 55

In seiner ersten Gründungsphase bis 1900 strukturierte der C.V. als Interessenverband seine Aktivitäten auf drei Ebenen: 1. wandte er sich an die Behörden, insbesondere an Staatsanwälte und Gerichte, aber auch an die organisierte Politik, um Antisemiten anzuklagen und antisemitische Politiker auszugrenzen; 2. nutzte der Verein seine Publikationen, um seine Mitglieder und Freunde zu informieren und politischen Druck gegen die Regierung, Behörden und Staatsanwälte aufzubauen, die antisemitische Politik tolerierten; 3. bemühte sich der C.V., möglichst viele neue Mitglieder zu gewinnen.⁵²

In der Satzung des C.V., die auf der konstituierenden Versammlung am 4.4.1893 angenommen wurde, wird sein Zweck in § 1 mit folgenden Worten zusammengefasst, aus denen hervorgeht, dass die angestrebte Massenorganisation sich offiziell als überparteilich und in religiösen Auffassungen als neutral definierte:

„Der Central-Verein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens stellt sich die Aufgabe, die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens, ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie zu bestärken in der thatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung und in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung.“⁵³

Die Mittel, die der C.V. anzuwenden beabsichtigte, um seine Zwecke zu erreichen, werden in § 2 wie folgt umschrieben:

„Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich der Verein aller moralischen und gesetzlichen den Vereinsorganen zweckdienlich erscheinenden Mittel. Insonderheit leiht der Verein seine Beihilfe zur Durchführung des Rechtsschutzes und widmet sich der Aufklärung, Belehrung und Veredlung durch Wort und Schrift.“

Nachdem der C.V. im Dezember 1893 eine eigene Rechtsschutzabteilung aufgebaut hatte, konnte er seinen Mitgliedern, die wegen ihrer Religionszugehörigkeit Beschimpfungen und Diskriminierungen erlitten, helfen, indem der Verein den Staatsanwalt anrief, oder - wenn dieser den Fall zurückwies - den Geschädigten ermuntern, selbst Klage einzureichen. Außerdem überprüfte die Rechtsabteilung die Antisemitenpresse und forderte diejenigen Juden, die verunglimpft wurden, auf, rechtliche Schritte einzuleiten. Die Rechtsschutzabteilung des C.V. berief sich bei ihrer Strafverfolgung von Vergehen, die sich gegen das Judentum im allgemeinen und seine Institutionen richteten, insbesondere auf die Paragraphen 130 (Bestrafung der öffentlichen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander), 166 (Bestrafung von Gotteslästerung und Beschimpfung religiöser Institutionen mit Korporationsrechten), 185-200 (Bestrafung von Beleidigung und Verleumdung in mündlicher und schriftlicher Form) und 360, Absatz 11 (Bestrafung öffentlichen Lärms und groben Unfugs) des Strafgesetzbuches von 1876.⁵⁴

⁵¹ Mendelsohn, Martin: Die Pflicht der Selbstverteidigung. Eine Rede. Jahresbericht des Vorsitzenden in der ersten ordentlichen Generalversammlung des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin 1894, S. 11f

⁵² Vgl. Borut, S. 54f

⁵³ Satzungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Angenommen in der constituirenden Versammlung am 4. April 1893, § 1

⁵⁴ Vgl. Schorsch, S. 123; Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich mit Strafgesetznovelle von 1876. Berlin 1876, 5. Aufl., S. 121-252

Obwohl die C.V.-Rechtsschutzabteilung bis 1902 durchschnittlich 100 Fälle pro Jahr bearbeitete, gab es jedoch auch Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung von Antisemiten.⁵⁵ Antisemiten benutzten bald den Begriff „Blutmord“ statt „Ritualmord“, um bei ihrer Verleumdung im Zusammenhang mit Ritualmordvorwürfen den Paragraphen 166 zu umgehen. Oder sie behaupteten, dass sie die deutschen Juden nicht als „Klasse“, sondern als „Rasse“, als ethnische Gruppe, angriffen, damit Paragraph 130 nicht angewendet werden konnte. Doch diese Taktik wurde von den Gerichten nicht immer honoriert. Im November 1899 wurden drei Herausgeber von Antisemitenzeitungen von einem Berliner Gericht zu Geldstrafen verurteilt, weil sie antisemitische Reden des Grafen Pückler abgedruckt hatten und das Gericht die jüdischen Bürger als besondere Klasse innerhalb der Bevölkerung ansah. Auch das Reichsgericht in Leipzig bestätigte in der Berufungsverhandlung das Urteil und vertrat den Rechtsstandpunkt, dass sich § 130 sowohl auf soziale als auch auf ökonomische Klassen innerhalb der Gesellschaft beziehe.

Aus Sicht des C.V. bestand eine andere Entmutigung darin, dass Antisemiten meistens nur mit geringen Strafen seitens der Gerichte zu rechnen hatten. So wurde Theodor Fritsch, den Schorsch als „den abgebrühtesten antisemitischen Agitator des Zweiten Reichs“ bezeichnete, im Jahre 1911 mit einer Woche Haft wegen Gotteslästerung bestraft, während er wegen Beleidigung eines preußischen Beamten im Jahre 1888 zu einem Jahr Haft verurteilt worden war.⁵⁶

Der C.V. und der Abwehrverein unterhielten enge und freundschaftliche Beziehungen zueinander: ihre Zeitungen tauschten Artikel aus, und beide Vereine organisierten einen gemeinsamen Wahlkampffonds im Jahre 1912.⁵⁷

Die Rechtsschutzabteilung des C.V. führte Prozesse gegen alle führenden Antisemiten und informierte die staatlichen Behörden über antisemitische Verunglimpfungen und Schriften, worauf Letztere meistens konfisziert wurden. Zwischen 1893 bis 1915 wurden gegen 537 Personen mit antisemitischen Verbindungen Prozesse geführt. Die Gerichte verurteilten diese Antisemiten zu insgesamt 135 Jahren Haft und zu einer Geldstrafe von 56.200 Mark, ohne Gerichtskosten, welche die Antisemiten selbstverständlich auch zahlen mussten. „Die Vergehen reichten von Mord, Körperverletzung und Raub (14 Fälle) bis hin zu Erpressung und Unterschlagung. Verunglimpfungen und Verleumdungen machten die häufigsten Vergehen aus (240).“⁵⁸ An zweiter Stelle kamen Verurteilungen wegen Aufstachelung zum Klassenhass, Gewaltanwendung, Betrug, Scheckbetrug, Wucher und Meineid (66 Fälle). Ironischerweise waren dieses Vergehen, die die Antisemiten als typisch jüdisch verunglimpften.

Politisch gesehen gab es Hinweise darauf, dass der bürgerliche C.V. seine Interessen in erster Linie von linksliberalen Parteien vertreten ließ, obwohl seit seinem Bestehen immer eine Anzahl

⁵⁵ Vgl. Schorsch, S. 128ff

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 131

⁵⁷ Vgl. Levy, Richard S.: *The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*. New Haven/London 1975, S. 156f

⁵⁸ Levy, S. 159, übersetzt vom Verfasser

von Sozialdemokraten Mitglieder dieses Vereins waren.⁵⁹ Der erste Leiter der C.V.-Rechtsabteilung und langjährige stellvertretende Vorsitzende, Eugen Fuchs, und der zweite Vorsitzende des C.V., Maximilian Horwitz, waren Rechtsanwälte und gehörten der Freisinnigen Volkspartei an. In einem Wahlkampf im Jahre 1898 unterstützte der C.V. einen jüdischen Kandidaten dieser Partei. Schorsch kommt aber zu dem Schluss, dass der C.V. von Beginn an seine Überparteilichkeit betonte und nicht beabsichtigte, Mitglieder, die andere Parteien wählten, zu entfremden.⁶⁰

Mit Hilfe seiner 177 Ortsgruppen, die sich bis 1903 gebildet hatten, seiner örtlichen Mitglieder und Vertrauensmänner konnte der C.V. relativ schnell auf lokale Formen des Antisemitismus reagieren, indem solche Nachrichten in seinem Monatsjournal „Im deutschen Reich“ (1895-1922) veröffentlicht wurden. Diese Vereinsschrift erreichte bis 1902 eine Auflage von 11.200 Kopien pro Ausgabe, ein Jahrzehnt später war die Auflagenhöhe auf 37.000 Kopien pro Nummer angestiegen. Wichtige deutsche nichtjüdische Multiplikatoren und Bibliotheken erhielten diese Monatsschrift kostenlos zugesandt. Nach 1922 ließ der C.V. die für Mitglieder kostenlose Wochenzeitung „C.V.-Zeitung“ publizieren, die 1927 ca. 65.000, 1934 eine Auflagenhöhe von 50.000 Stück hatte.⁶¹

Der Anstieg der Mitgliederzahl des C.V. war erstaunlich. Ende des ersten Jahres hatte er ca. 2.000 Mitglieder⁶², zu Beginn des Jahres 1896 wurden bereits 5.359 Einzel- und 39 Kollektivmitglieder gezählt. Bis Februar 1903 war der Verein auf 12.000 Einzel- und 100 Kollektivmitglieder angewachsen, und im Jahre 1916 vertrat der C.V. 40.000 Einzelmitglieder.⁶³

In der Provinz Westfalen war der Mitgliederanteil des C.V. im Jahre 1895 mit 4,51% höher als der Anteil der jüdischen Bevölkerung der Provinz Westfalen an der Gesamtbevölkerung von Deutschland, der 1890 3,38% betrug. Borut erklärte den relativ hohen prozentualen Mitgliederanteil Westfalens im Jahre 1895 am C.V. mit Hinweis darauf, dass die jüdische Gemeinde Minden kollektiv dem C.V. beigetreten war.⁶⁴

Da Ortsgruppen offiziell zunächst nur in solchen Gemeinden gegründet werden konnten, in denen mindestens 75 Einzelmitglieder lebten, verwundert es nicht, dass in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in den Gemeinden des Untersuchungsgebiets nur Einzelmitgliedschaften nachweisbar sind. Diese Situation änderte auch das Reichsvereinsgesetz von 1908 nicht, nach dem sich auch jüdische Frauen dem C.V. als Mitglieder anschließen konnten.⁶⁵ Der Schlussfolgerung von Borut, dass die Mitglieder des C.V. in noch höherem Maße als die deutschen Juden insgesamt der

⁵⁹ Vgl. Paucker, Arnold: *The Jewish Defense against Antisemitism in Germany, 1893-1933*, in: Reinharz, Jehuda (Hg.): *Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses*. Hanover & London 1987, S. 104-132, besonders 111-113

⁶⁰ Vgl. Schorsch, S. 134f

⁶¹ Vgl. Levy, S. 155f; Schorsch, S. 120; Freedman, Herbert: *Die jüdische Presse im Dritten Reich*. Frankfurt a.M. 1987, S. 39; Schoeps, Julius H. (Hg.): *Neues Lexikon des Judentums*. Gütersloh 1992, S. 90f; Artikel: *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*

⁶² Vgl. Mendelsohn, S. 6

⁶³ Vgl. Schorsch, S. 119f

⁶⁴ Vgl. Borut, Jacob: „Not a Small Number of Notables“, S. 57, Tabelle 1; S. 60

⁶⁵ Vgl. Schorsch, S. 141; vgl. C.V.-Mitgliederverzeichnis 1908

mittleren und höheren Mittelschicht angehörten, gilt auch für die überlieferten C.V.-Mitglieder in den jüdischen Gemeinden Lübbecke und Levern im Zeitraum 1893-1908. C.V.-Mitglieder aus den Unterschichten sind in der Tat in den überlieferten Mitgliederverzeichnissen nicht auffindbar.⁶⁶

Schon im Jahr der Gründung des C.V. schlossen sich in Lübbecke der Baumwoll- und Leinengroßhändler Samuel Hecht und der Kaufhausbesitzer Markus Löwenstein (gest.1895) der neuen jüdischen Abwehrorganisation an. Beide gehörten zu den wichtigsten Steuerzahlern der Gemeinde. Für den Zeitraum vom 1.4.1895-1.4.1896 zahlten die Firma M. Löwenstein und der Großhändler Samuel Hecht je ca. 9% der gesamten monatlichen Einkommensteuer der Kehilla Lübbecke und der jährlichen Kultussteuer zur Finanzierung des jüdischen Gemeindehaushaltes.⁶⁷ Nur der Konfektionär Julius Ruben zahlte mehr Steuern, nämlich ca. 37% der Gesamtsumme von 2.098 Mark der insgesamt erhobenen Kultussteuern. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass auch die Kleiderfabrikanten Nathan und Julius Ruben im Zeitraum 1895-1908 als C.V.-Mitglieder bzw. Julius Ruben als C.V.-Vertrauensmann ab 1902 in den Mitgliederverzeichnissen aufgeführt sind.⁶⁸ Nathan Ruben fungierte von 1895 bis zu seinem Tod im Jahre 1900 als Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Lübbecke. Der Gründer der Kleiderfabrik, der als Verleger angefangen hatte, personifizierte die bürgerliche Oberschicht der Kehilla und übte durch seine ehrenamtliche Tätigkeit keinen geringen Einfluss auf die Gemeindepolitik aus.

Für die Gemeinde Levern erscheint der Vorsteher und Fleischwarenfabrikant Bernhard Löwenstein als erstes C.V.-Mitglied in den Mitgliederverzeichnissen von 1895 bis 1905, ab 1902 auch als Vertrauensmann. Hillebrand charakterisierte Bernhard Löwenstein als Hauptsteuerzahler der Kehilla seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu seinem Tod im Jahre 1907. Danach übten sein Sohn und seine Enkel als Hauptsteuerzahler und Honoratioren Einfluss bis in die 1920er Jahre aus. Bernhard Löwenstein hatte den jüdischen Friedhof (1860) finanziert und „den größten Teil der Kosten für den Kauf des Synagogengrundstücks sowie den Bau der Synagoge [1872]“ übernommen.⁶⁹ Als Vorsteher der Synagogengemeinde Levern fungierte er seit den 1860er Jahren bis zu seinem Tod im Jahre 1907. Für 1896-99 werden als weitere C.V.-Mitglieder der Kehilla Levern der praktische Arzt Dr. med. Arnold Levy und der Lehrer Siegmund Rosenbach aufgeführt. Von 1905-8 wird anstelle des jüdischen Lehrers ein Enkel Bernhard Löwensteins, der Gerichtsreferendar Dr. Leopold Löwenstein, der in Berlin studiert hatte, in den Mitgliederverzeichnissen erwähnt.

Als im Jahre 1909 der C.V. eine revidierte Satzung annahm, die vorsah, Ortsgruppen in regionalen Verbänden zusammenzufassen, deren Delegierte sich jährlich in Berlin trafen, bewirkte diese Reorganisation des C.V. eine Dezentralisation, eine höhere Zahl von C.V.-Zusammenkünften in ganz Deutschland und eine intensivere Werbekampagne für den C.V. Bis 1911 waren

⁶⁶ Vgl. National Library (Hebrew University), PV 3620: C.V.-Mitgliederverzeichnisse 1895-1908; Borut, S. 63

⁶⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, B 63.1

⁶⁸ Vgl. C.V.-Mitgliederverzeichnisse 1895-1908

⁶⁹ Hillebrand (1996), S. 26

Landesverbände im Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Württemberg, Oberschlesien und in Sachsen entstanden.⁷⁰

Der Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete des C.V. entstand im Jahre 1910 aus der C.V.-Ortsgruppe Herford, als deren Gebiet sich ausdehnte. Als sein erster Vorsitzender fungierte der Direktor der Wäschefabrik J. Elsbach, Isidor Baruch aus Herford bis 1912, danach der Rechtsanwalt Dr. Willy Katzenstein aus Bielefeld.⁷¹

Während die Gründung des C.V. nach Schorsch darauf abzielte, eine Form der Integration der deutschen Juden zu ermöglichen, die den „Sinn für jüdische Identität“, „die Praxis des Judentums“ und die „Kultivierung jüdischer Werte“ einschloss, verfolgte auch die Gründung des Verbandes für die Vereine für jüdische Geschichte und Literatur am 26.10.1893 in Hannover als Dachorganisation den Zweck, mittels Gründung möglichst vieler örtlicher Vereine Bildungsangebote zu organisieren, um dem Indifferentismus der Gemeindemitglieder entgegenzuwirken, ihr Wissen zu erhöhen und die komplexe „kollektive Mentalität“ des deutschen bürgerlichen Judentums zu entwickeln.⁷²

Die Gründung dieses Dachverbandes sieht Borut einerseits als Reaktion auf den steigenden, so genannten modernen Antisemitismus, andererseits deutet er ihn als ein weiteres Beispiel im Zusammenhang eines Prozesses, der die Ausbildung der „Teilkultur“, der „Dissimilation“ (Volkov), der „Rücksozialisation“ (Schatzker) und der „Biculturation“ (Cohen) der deutschen, mehrheitlich verbürgerlichten und reformorientierten Juden kennzeichnete. Den Begriff „Teilkultur“ definiert Borut

1. „als ein soziales System, dessen Organisationen nur einige Lebensbereiche abdecken und es daher seinen Mitgliedern nicht ermöglicht, sich von der umgebenden Gesellschaft zu isolieren“; 2. als „ein soziales System, in dem die Identifikation ihrer Mitglieder mit ihrem Bevölkerungsausschnitt partiell ist und in dem es nicht erwartet werden kann, daß sie sich von ihrer umgebenden Gesellschaft abtrennen, selbst wenn der organisatorische Rahmen für diese Trennung vorhanden wäre wie zum Beispiel in der frühen Phase der jüdischen Aufklärung (Haskalah).“⁷³

Für den Kreis Lübbecke ist als einziger Verein für jüdische Geschichte und Literatur derjenige in Rahden nachweisbar, dessen Aktivitäten in den Winterhalbjahren 1901/02 und 1902/03 in dem 6. (1903) und 7. Band (1904) des Jahrbuches für Jüdische Geschichte und Literatur festgehalten wurden. Von allen 32 überlieferten westfälischen Vereinen für jüdische Geschichte und Literatur gab es nur einen einzigen, nämlich denjenigen in Meschede im Sauerland, der eine ähnlich kurze Existenz hatte wie der in Rahden.⁷⁴ Während die kurze Lebenszeit des Mescheder Vereins in den Jahren 1913/14 mit den brutalisierenden Auswirkungen des Ersten Weltkriegs erklärt werden

⁷⁰ Vgl. Schorsch, S. 120

⁷¹ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 28; Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. Hg. v. Leo Baeck Institute Jerusalem. München/New York/London/Paris 1988, S. 21, Eintrag: Isidor Baruch; S. 188, Eintrag: Willy Katzenstein

⁷² Vgl. Schorsch, S. 148; Aschoff, Diethard: Zum jüdischen Vereinswesen in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, Bd. 39 (1989), S. 143; Borut, Jacob: Vereine für jüdische Geschichte und Literatur at the End of the Nineteenth Century, in: LBIYB, Bd. XLI (1996), S. 113

⁷³ Borut (1996), S. 112, übersetzt vom Verfasser

⁷⁴ Vgl. Aschoff (1989), S. 157, Anhang 3

kann, könnte der Rahdener Verein aufgrund fehlender Gelder oder Ideen aufgelöst worden sein. Aschoff kommt zu der allgemeinen Schlussfolgerung, dass die Glanzzeit des Verbandes für jüdische Geschichte und Literatur vor dem Ersten Weltkrieg lag, da die meisten Gemeinden nach dem Krieg gezwungen waren, ihre finanziellen Mittel für wichtigere Zwecke auszugeben als für kulturelle Veranstaltungen, z.B. für die direktere Bekämpfung des Antisemitismus, ein Anliegen, das vom C.V. besser wahrgenommen werden konnte als von einem kulturellen Verein. Doch diese allgemeine Beobachtung traf nicht auf den Gütersloher Verein zu, der bis mindestens 1920 kulturelle Veranstaltungen auch für die Mitglieder aus den umliegenden Städten Beckum, Herzebrock, Neuenkirchen, Oelde, Rheda und Versmold anbot.⁷⁵

Die Mitgliederzahl des Rhadener Vereins blieb mit 35, vermutlich ausschließlich männlichen Personen, stabil. Der bürgerliche Charakter des Vereins war am sozialen Status ihrer Vorstandsmitglieder erkennbar. Der Manufakturwarenkaufmann Daniel Oppenheim, der mehrmals im 20. Jahrhundert als Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Rahden fungierte, hatte auch den Vorstandsposten des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur inne. Als Schriftführer fungierte M. Frank, vermutlich ein Sohn oder Bruder des Manufakturwarenhändlers und Kleinunternehmers Samuel Frank. Die Gebrüder Frank beschäftigten in den Jahren 1897-1900 18 Näherinnen als Hausarbeiterinnen im Amt Rahden.⁷⁶ Zum Beisitzer des Vereins war der Lehrer und Geistliche der Gemeinde, Max Rhein, gewählt worden. Wie in der Gründungsphase des C.V. in Lübbecke und Levern wurde auch der Verein für jüdische Geschichte und Literatur in Rahden von bürgerlichen Mitgliedern, relativ wohlhabenden Honoratioren, Kaufleuten und dem Lehrer der Kehilla, getragen.

Das kulturelle Programm für das Winterhalbjahr 1901/02 bestand ausschließlich aus Vorträgen über geschichtliche Themen, einzelne Persönlichkeiten, die Beziehung eines Schriftstellers zum Judentum und aus Lesungen aus literarischen Werken. Nach Borut wählten die Referenten diejenigen Themen aus, die dem Wertsystem der sozialen Klasse, zu der sie selbst und ihre Zuhörerschaft gehörten, entsprachen.⁷⁷ Rabbiner Dr. Felix Coblenz aus Bielefeld hielt einen Vortrag über den „Einfluß der französischen Revolution auf die soziale Stellung der Juden“.⁷⁸ Dieser Typ von Vorträgen erfüllte nach Borut die Funktion, den Fortschrittsglauben an die voranschreitende Emanzipation der Zuhörerschaft zu bestärken. Lehrer Max Rhein referierte über zwei Themen: 1. „Heinrich Heine und sein Rabbi von Bacharach“ und 2. „Heine und seine Stellung zum Judentum“. Die Auswahl dieser Themen war zweifellos durch die Vorliebe des Verbandsvorsitzenden, Gustav Karpeles, der als Literaturwissenschaftler und Heine-Forscher

⁷⁵ Vgl. Aschoff (1989), S. 144f

⁷⁶ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2045; Adressbuch (1908), S. 388

⁷⁷ Vgl. Borut (1996), S. 111

⁷⁸ Vgl. Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur. Hg. v. Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland. 6. Band. Berlin 1903, S. 37f

mehrere Publikationen über das Werk Heinrich Heines herausgegeben hatte, beeinflusst worden.⁷⁹ Während der erste Vortrag vermutlich die Bedrohung der mittelalterlichen rheinischen Judenschaft beleuchtete, mochte Lehrer Rheins Vortrag zum zweiten Thema eher die Zerrissenheit und den Wandel - oder in den Begriffen Volkovs - die Assimilation und die Dissimilation, sowohl die Verbundenheit mit der deutschen Sprache und einiger ihrer Verwender als auch die Flucht aus den repressiven Strukturen des deutschen Obrigkeitsstaates, behandelt haben. Max Rheins Kollege Max Lazarus aus Lübbecke referierte über das eher konservative Thema der Bedeutung der jüdischen „Ceremonien“. Lazarus bedauerte, dass der reformorientierte Verband der Synagogengemeinden Westfalens sich nicht dafür einsetzte, „die verlorengegangenen Minhagim [dt. Bräuche], Schabbathlichtanzünden, Kiddusch [Besonderes Gebet am Schabbath und Festtag, verbunden mit einem Segnungsspruch über Wein und Brot], Benschon [dt. Segnen] der Kinder, Hawdala [dt. Unterscheidung; Abschiedszeremonie beim Ausgang des Schabbath] usw.“ den jüdischen Familien in der Region wieder vertraut zu machen.⁸⁰ Dr. Mannheimer aus Oldenburg hielt einen Vortrag über das nicht gerade spezifisch jüdisch anmutende Thema „Ein Spaziergang im Garten der Cultur“ und Lehrer Rhein referierte ein anderes Mal über einen „Betrüger-Messias“. Herr Rosenblatt aus Barenburg trug über den berühmten „Rabbi Jochanan ben Sackai“ vor, bekannt auch unter dem Beinamen „Leuchte Israels“ und „gewaltiger Hammer“, ein Anhänger der Friedenspartei, der sich der Legende nach in einem Sarg aus dem belagerten Jerusalem zum römischen Feldherrn Vespasian tragen ließ und von ihm die Erlaubnis erhielt, in Yavneh ein Lehrhaus zu errichten.⁸¹

Außerdem wurden im Verein für jüdische Geschichte und Literatur in Rahden im Winterhalbjahr 1901/02 Heines novellistisches Fragment „Der Rabbi von Bacharach“ und Poritzkys „Kleiner Kadosch“ gelesen.

Im folgenden Winterhalbjahr hatte sich das Programm dieses kulturellen Vereins auf zwei Vorträge von Max Rhein reduziert. Der erste beschäftigte sich mit der „Sozialen Frage in der mosaischen Verfassung“. Möglicherweise hatte sich Lehrer Rhein von seinem Kollegen Lazarus aus Lübbecke bei der Ausarbeitung dieses Vortrags beraten lassen, denn Max Lazarus musste, wie wir weiter unten sehen werden, im Rahmen einer amtlichen Lehrerkonferenz im Jahre 1896 über ein ähnliches Thema referieren. Zweitens sprach Lehrer Rhein im Winterhalbjahr 1902/03 über das Thema „Bilder aus der Kulturgeschichte Israels“. Während der Herforder Verein über eine Bibliothek mit über 300 Bänden verfügte, die von Fritz Elsbach (1912) und von Dora Ruschkewitz (1913) verwaltet wurde, ist für die kurze Zeit des Bestehens des Rahdener Vereins keine Bibliothek überliefert.

⁷⁹ Vgl. Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 256, Eintrag: Gustav Karpeles

⁸⁰ Vgl. Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 41; Glossar, S. 210f

⁸¹ Vgl. Maier, Johann; Schäfer, Peter: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart 1987, 2. Aufl., S. 158, Eintrag: Jochanan ben Zakkaj; Schoeps (Hg.) (1992), S. 231, Eintrag: Jochanan ben Zakkai

Der Rahdener Verein für jüdische Geschichte und Literatur gehörte zum Bezirksverband Westfalen-Lippe, der seinen Sitz zunächst in Brakel hatte und dem in den Jahren 1901-03 die Vereine in Warburg, Lippstadt, Höxter, Steinheim, Rahden und Lage angeschlossen waren.⁸² Später im Jahr 1913 gehörten auch die Vereine in Detmold, Hamm, Marsberg, Paderborn, Gütersloh, Herford und Unna zum Bezirksverband Westfalen-Lippe, der mit vier weiteren Bezirksverbänden den Verband seit 1901 untergliederte.⁸³ Im Jahre 1908 wechselte der Vorstand des Bezirksverbands von Brakel nach Warburg, 1912 nach Hameln.⁸⁴

Offenbar wurde im Kreis Halle i.W. und selbst in der großen, im Jahre 1910 ca. 800 Personen zählenden jüdischen Gemeinde in Bielefeld kein Verein für jüdische Geschichte und Literatur gegründet. Doch bildete sich im Jahre 1909/10 ein solcher Kulturverein in Gütersloh, der eine solche Ausstrahlung entfaltete, dass sich ihm Mitglieder aus den Städten Beckum, Herzebrock, Neuenkirchen, Oelde, Rheda und Versmold anschlossen.⁸⁵ In der Gründungsphase hatte dieser Verein ca. 60 Mitglieder, im Winter 1912 zählte er schon 120 und 1913 150 Mitglieder. Zwischen 1914 und 1920 stabilisierte sich die Mitgliedschaft dieses Vereins bei 160 Personen.⁸⁶

Die Expansion dieses Ortsvereins kann mit dem hohen Niveau der Veranstaltungen erklärt werden. Aus dem Jahrbuch 1913 erfahren wir, über welche Themen die eingeladenen Referenten vortrugen. M. Windmüller aus Rheda hielt einen Vortrag über die „Anwendungen der prophetischen Lehren auf das Leben“. Dr. Lorge aus Mainz referierte über „Lessing, ein Held der Toleranz“. Dr. Hirschberg aus Berlin trug vor über „Die Bibel in der Musik“. M. Windmüller hielt einen weiteren Vortrag über „Erziehung und Religion vom Standpunkte des Judentums“. Prof. Josef Goldstein aus Darmstadt referierte über das Thema „Naturerkenntnis und religiöser Sinn“, und die bekannte Kinderschriftstellerin Josefa Metz aus Bielefeld rezitierte aus eigenen Dichtungen.⁸⁷

Carl Bergfeld, Gesellschafter des größten Gemischtwarenkaufhauses in Versmold, trat dem Gütersloher Kulturverein vermutlich sofort bei und fungierte seit Winterhalbjahr 1910/11 als stellvertretender Vorsitzender oder Beisitzer.⁸⁸ Das soziale Verhalten von Carl Bergfeld kann tatsächlich mit dem Begriff „Biculturation“ beschrieben werden, weil er sich einerseits aktiv im

⁸² Vgl. Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur 1903. 6. Bd., Berlin 1903, S. 45; Jahrbuch 1904. 7. Bd., Berlin 1904, S. 59

⁸³ Vgl. Aschoff, Diethard: Die westfälischen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Spiegel ihrer Jahrbücher (1899-1920), in: Freimark, P.; Richtering, H. (Hg.): Gedenkschrift für Bernhard Brillung. Hamburg 1988, S. 229; Jahrbuch 1913. 16. Bd., Berlin 1913, S. 39

⁸⁴ Vgl. Aschoff (1989), S. 145

⁸⁵ Vgl. Aschoff (1988), S. 230. Zu den Aktivitäten des „Lippischen Landesverein zur Pflege der jüdischen Geschichte und Litteratur“ (1899-1917) erscheint demnächst mein Aufsatz in: Zeitlupe 2001. Historisches Jahrbuch der Stadt Lage. Hg. von Hans C. Jacobs und Christina Pohl im Auftrage des Lippischen Heimatbundes, Ortsverein Lage e.V.

⁸⁶ Vgl. Jahrbücher für jüdische Geschichte und Literatur 1911, 1912, 1913 (14., 15., 16. Bd.); Aschoff (1989), S. 145 und Anhang 3

⁸⁷ Vgl. Jahrbuch 1913; Macha-Krau, Heidrun: Josepha Metz (1871-1941), eine Bielefelder Schriftstellerin, in: Brehmer, Ilse; Jacobi-Dittrich, Juliane (Hg.): Frauenalltag in Bielefeld. Bielefeld 1986, S. 227-253

⁸⁸ Vgl. Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland, in: Jahrbuch 1911, S. 11; Jahrbuch 1912, S. 24; Jahrbuch 1913, S. 16

Vereinsleben des mehrheitlich nichtjüdischen liberalen Kleinstadtbürgertums seiner Heimatstadt Vermold integrierte, indem er dort in die Vorstände des Kegelveins „Gut Holz“ (1906) und des Männer-Gesang-Vereins (1907) gewählt wurde, andererseits aber auch bestrebt war, seine deutsch-jüdische Identität auf solche Weise auszubilden, dass er an den Aktivitäten des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur in Gütersloh als Vorstandsmitglied teilnahm. Angesichts des im Kaiserreich weit verbreiteten Verbandspartikularismus, Verbandsantisemitismus und des politischen Antisemitismus im konservativen, christlich-sozialen und deutsch-sozialen Milieu war eine duale Ausbildung der kulturellen und historischen Identität ein normaler Prozess, der es der deutsch-jüdischen Persönlichkeit ermöglichte, eine ausgewogene Balance zwischen dem jüdischen und nichtjüdischen Sozialleben aufzubauen.⁸⁹ Es ist nicht auszuschließen, dass auch andere Mitglieder der jüdischen Gemeinden Vermold, Halle i.W., Borgholzhausen und Werther die Kulturveranstaltungen des Gütersloher Vereins besuchten.

Neben der Gründung des C.V. und des Verbandes der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Zusammenhang mit der Entwicklung der von Jacob Borut so genannten „Teilkulturen“, die den Zweck verfolgten, die rechtliche Position und die Identität der Juden zu stärken, weil ihre Lage nicht nur durch die vielfältigen Formen des Antisemitismus in der Industriegesellschaft bedroht wurde, sondern auch durch die Zahl der Konversionen und Mischehen⁹⁰, die in den Großstadtgemeinden rapide zunahmen, und dem von jüdischen Verbandspolitikern beklagte Indifferentismus entgegengewirkt werden sollte, gab es zumindest auch ein Beispiel im agrarisch und kleinstädtisch strukturierten Untersuchungsgebiet, das zeigt, dass eine Gruppe von nichtjüdischen Bürgern ihre Solidarität mit ihren jüdischen Mitbürgern ausdrückte, indem sie gegen ihre politisch-propagandistische Ausgrenzung durch den deutsch-sozialen Reichstagspolitiker Dr. med. Adolf König Protest einlegte.

Es wurde oben schon dargestellt, dass als einziger Jude Feibes Boas aus Lavern den Mut hatte, den antisemitischen Lügen und Beleidigungen des Dr. König auf der öffentlichen Volksversammlung am 25.9.1892 in Lavern mit dem Thema „Der Bauer und seine Feinde“ öffentlich entgegenzutreten. Außerdem wurde oben versucht zu erklären, warum Dr. König mit seiner Frau später im November 1892 in Witten von zwei Bergleuten verprügelt worden war. Denn zweifellos richtete sich die politische Propaganda der Deutsch-Sozialen und die ihrer Nachfolgeparteien gegen Juden, Sozialdemokraten und Linksliberale gleichermaßen.

⁸⁹ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Vermold. Deutsch-Jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 65f; Bergmann, Klaus: „Identität“, in: Bergmann/Kuhn/Rüsen/Schneider (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. Düsseldorf 1985, S. 29-36

⁹⁰ Die prozentuale Zunahme der Mischehen unter den preußischen Juden erhöhte sich von 4,4% im Zeitraum 1876-1880 auf 20,8% im Zeitraum 1916-1920, zweifellos eine Folge der Einführung der Zivilehe im Jahre 1875, die Eheschließungen zwischen Juden und Christen ermöglichte, ohne dass ein Partner konvertieren musste. Nach Richarz sollen im Kaiserreich ca. 25.000 Juden zum Christentum konvertiert sein, darunter zum Katholizismus weniger als ein Drittel. Vgl. Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 19-22

Eine Gruppe von Leverner Bürgern, deren genaue Zahl nicht überliefert ist, wandte sich in einem Beschwerdebrief vom 26.10.1892 an den zuständigen konservativen Landrat Alexander von Oheimb (1870-95) in Lübbecke, um ihre Empörung darüber auszudrücken, daß der zuständige Amtmann Bruhns die antisemitische Hetzrede des deutschsozialen Politikers König ausdrücklich gebilligt hatte. Zudem baten sie den Landrat darum, den Amtmann „wegen seines gänzlich unangemessenen Verhaltens zurechtzuweisen“ und zu „rektifizieren“.⁹¹ Die Tatsache, dass der Beschwerdebrief sowohl in der linksliberalen „Mindener Zeitung“ als auch in den „Mitteilungen aus dem Verein des Antisemitismus“ erschien, deutet daraufhin, dass die beschwerdeführenden Leverner Bürger dem politischen Linksliberalismus ihr Vertrauen schenkten. Zudem wurde in ihrem Brief explizit auf die öffentliche Bewertung des freisinnigen Reichstagsabgeordneten, des Mentors und Initiators des Abwehrvereins, Heinrich Rickert, der in den Verhandlungen des Reichstags am 1.7.1890 und am 30.4.1891 die unwahren Behauptungen der antisemitischen hessischen Güterschlächterliste dargelegt hatte, Bezug genommen.⁹² Möglicherweise waren die beschwerdeführenden Leverner Bürger Mitglieder des Ende 1890 gegründeten Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, zumindest geht aus dem Brief ihre Sympathie für die Kritik, die dieser Verein am politischen Antisemitismus übte, hervor. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 52,4% entfielen in der Reichstagswahl von 1890 nur 6 der im Wahlbezirk Levern abgegebenen Stimmen (2,4%) auf den linksliberalen Kandidaten von Forckenbeck, 12 Stimmen (4,8%) auf den SPD-Kandidaten Kerrl und 113 Stimmen (45,2%) auf den konservativen Gutsbesitzer Bock.⁹³ In den Reichstagswahlen 1893 erhielt der linksliberale Kandidat Virchow 17 (3,1%) der im Amt Levern abgegebenen 543 Stimmen, der konservative Kandidat v. Roon nicht weniger als 526 (96,9%).⁹⁴ Aus dem Brief vom 26.10.1892 und den Reichstagswahlergebnissen können wir den Schluss ziehen, dass es sowohl in der Ortschaft Levern als auch im Amt Levern eine kleine Minderheit von Bürgern gab, die zwischen 1890-93 den Linksliberalismus und die Sozialdemokratie unterstützten. Offensichtlich gab es in Levern nicht nur einen „Deutschen Verein“, der vor dem Bochumer Antisemitentreffen im Amt Levern antisemitische Propaganda verbreitete, sondern auch eine Minderheit von Bürgern, die bereit war, öffentlich an Antisemiten und ihren Sympathisanten Kritik zu üben.⁹⁵ Amtmann Bruhns wurde jedenfalls vom Landrat nicht abgesetzt, denn er soll sein Amt von 1860-96 ausgeübt haben.⁹⁶ Nachfolgend soll der ganze Brief zitiert werden⁹⁷:

⁹¹ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 252 vom 27.10.1892; Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 45 (2. Jg.) vom 6.11.1892

⁹² Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 159

⁹³ Vgl. Mindener Zeitung Nr. 45 vom 22.2.1890

⁹⁴ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 49 vom 21.6.1893

⁹⁵ Vgl. Lübbecker Kreisblatt Nr. 46 vom 8.6.1889

⁹⁶ Mitteilung von Stefanie Hillebrand an Verfasser

⁹⁷ Mindener Zeitung Nr. 252 vom 27.10.1892

An den königl. Landrath v. Oheimb

Lübbecke

Am 25. September d. Js. hat der deutsch-soziale (antisemitische) **Dr. König-Witten** [Im Original fett, Verf.] hier in Levern in einer **Volksversammlung**, die von dem Herrn **Amtmann Bruhns** hier beaufsichtigt wurde, einen Vortrag über das Thema "**Der Bauer und seine Feinde**" gehalten, in welchem er eine Reihe von **Unwahrheiten über die Juden** vorbrachte, die geeignet sind, die hiesige Bevölkerung gegen ihre jüdischen Mitbürger zu **verhetzen** und sie zu Schädigungen der letzteren zu verleiten.

Unter Anderem hat Dr. König geäußert, die **Juden** seien alle **Betrüger**, solche Juden, welche davon eine Ausnahme machten, seien sehr dünn gesät, und selbst bei diesen gehe man **nicht sicher, ehe sie nicht tot seien**. - - Weiter hat Dr. König die bekannte **hessische Güterschlächterliste** als Beweis angezogen, daß die Juden die bäuerliche Bevölkerung durch Wucher skrupellos ruiniren. Diese Liste ist aber bekanntlich vom Abg. Rickert im Reichstage, auf Grund **amtlicher Auskünfte**, als **falsch** nachgewiesen. - Ferner hat Dr. König die Juden als feig und inhuman hingestellt, mit der Behauptung, die **jüdischen Aerzte** seien bei Ausbruch der Cholera **aus Hamburg geflüchtet**, was **gänzlich aus der Luft gegriffen ist** - Endlich hat Dr. König behauptet, die Juden hielten sich nicht an den Eid nach der jetzigen Formel gebunden, seien also **bereit, Meineide zu leisten**; selbstverständlich erlogen.

Die Unterzeichneten stehen dafür ein, daß vorstehende Angaben von Dr. König wirklich gemacht sind; sie haben unter vielen nur diejenigen Punkte angezogen, für die sie verschiedene Ohrenzeugen beibringen können.

Nun hat **Amtmann Bruhns** in Levern dem genannten antisemitischen Redner nach Beendigung seiner Rede den **Dank** dafür **ausgesprochen**, daß die Versammlung so gut abgelaufen sei und **hinzugefügt**: "**Sie haben nichts gesagt, als die Wahrheit, die reine Wahrheit, und wir wollen Ihre Worte zu Herzen nehmen**." - Im Anschluß an diese Worte hat er die Versammlung aufgefordert, dem Dr. König ein **dreifaches Hoch** auszubringen was auch geschehen ist.

Was also der antisemitische Redner unwahrer Weise für seine Zwecke **behauptet hat, das ist ihm unter amtlicher Autorität vor 3-400 Personen als Wahrheit bescheinigt worden**. Die Tragweite eines solchen Vorkommnisses ist leicht zu ermessen.

Wir glauben, daß die vorgesetzte Behörde des Amtmanns Bruhns ebenso die Pflicht wie das Recht hat, den genannten aufsichtführenden Beamten wegen dieses, unseres Erachtens gänzlich unangemessenen Verhaltens zurechtzuweisen, und bitten daher, denselben zu rektifiziren, sowie uns Mitteilung darüber zu machen.

Eines Königlichen Landrats

ergebene

(Folgen die Unterschriften)

Der Beschwerdebrief der Leverner Bürger verdeutlichte, dass der deutsch-soziale Hetzredner König mit stereotypen antisemitischen Vorwürfen operierte: Juden seien Betrüger, Wucherer, feige Ärzte und Meineidige.

Um dem Vorwurf entgegenzuwirken, Juden seien Zinswucherer, betonte der Antisemiten-Spiegel, dass nach rabbinischem Recht das Zinsnehmen nur von im Ausland lebenden Fremden gestattet war und die Rabbiner die Empfehlung aussprachen, dass sich die jüdischen Geldverleiher mit einem mäßigen Zinssatz begnügen sollten.⁹⁸ Im Mittelalter blieb den deutschen Juden gar nichts anderes übrig, als hohe Zinsen für ihre Geld- und Pfandleihe zu nehmen, nachdem sie aus den Handwerken, kaufmännischen Berufen, Ämtern und vom Landbesitz ausgeschlossen worden waren, um die im Vergleich zu den Christen viel höheren Steuern und Schutzgelder bezahlen zu können. Trotz des kanonischen Zinsverbots gab es aber auch viele Christen (z.B. die Lombarden), die im Mittelalter für ihre Geldleihe so hohe Zinsen verlangten, dass ihr Geschäftsgebaren von christlichen Geistlichen als wucherisch beurteilt wurde.⁹⁹ Nach der Kriminalstatistik kam es im Deutschen Reich im Zeitraum von 1882-1897 zu 770 Verurteilungen wegen Wuchers, darunter sollen 131 Juden (17%) gewesen sein. Da Juden überproportional im Handelssektor beschäftigt waren - im Jahre 1895 48,5% der jüdischen Frauen und 69% der jüdischen Männer im Vergleich zu 10% der allgemeinen Bevölkerung - war es nicht verwunderlich,

⁹⁸ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 174

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 182f

dass der Prozentsatz der wegen Wuchers verurteilten Juden höher lag als der Anteil der Juden an der ganzen deutschen Bevölkerung, der im Jahre 1890 1,15% betrug.¹⁰⁰

Der Abwehrverein reagierte auf den Wuchervorwurf der modernen Antisemiten, indem er in Karlsruhe in Baden im Jahre 1890 einen Schutzverein gegen wucherische Ausbeutung des Volkes gründete. Dieser Verein hatte im Jahre 1893 eine Mitgliederzahl von 1.124, und bis 1900 waren ihm 71 Gemeinden und Genossenschaften beigetreten. Der Verein bot Rechtshilfe und Darlehen zu mäßigen Zinssätzen an, überwachte das Geschäftsgebaren von Kleiderhausierern und beriet die Dorfbewohner und die Bauern, wie sie ihr Vieh und ihre Produkte zu günstigen Bedingungen verkaufen konnten.¹⁰¹

Im Jahre 1879, zu Beginn der Berliner Bewegung, veröffentlichte der zweimal wöchentlich in Lübbecke erscheinende „Conservative Volksfreund. Organ der konservativen Partei“ ehrenrührige Ausfälle gegen die Juden, indem die Zeitung „die an vielen Orten hervorgetretene Agitation gegen den Wucher benutzt[e], um alle Gehässigkeit dieses schändlichen Gewerbes auf die Juden zu wälzen.“¹⁰² Lehrer Mannsbacher aus Lavern übersandte der Zeitung eine Entgegnung, die allerdings nicht veröffentlicht wurde. Die reformorientierte „Allgemeine Zeitung des Judenthums“ schlug schon 1879 die Gründung von Antiwuchervereinen vor, ein Projekt, das tatsächlich erst 11 Jahre später vom Abwehrverein verwirklicht wurde. Der Journalist der AZJ zeigte sich verwundert darüber, dass es trotz der judenfeindlichen Polemik des „Conservativen Volksfreundes“ viele Juden gab, die sich nicht scheuten, in dieser Zeitung zu inserieren, anstatt auf ihre Waren und Dienstleistungen in anderen judenfreundlicheren Journalen aufmerksam zu machen. Als mögliche Erklärung für dieses auf seiten der Juden widersprüchliche Verhalten kann vermutet werden, dass die konservative Zeitung von der Landbevölkerung gelesen wurde, auf deren Kundschaft die jüdischen Kaufleute und Viehhändler in Lübbecke und in den anderen Städten und Gemeinden des Kreises Lübbecke nicht verzichten wollten.

Der pauschale, ehrenrührige und empörende Vorwurf des deutsch-sozialen antisemitischen Politikers Dr. med. König, alle Juden seien feige Ärzte, kann mit dem bereits oben erwähnten Beispiel widerlegt werden, dass Dr. med. Immanuel Herzberg aus Preußisch Oldendorf schon im Jahre 1849 Cholerakranke in der Gemeinde Frotheim im Amt Gehlenbeck nach bestem Wissen behandelte. Bei seinem Dienst wurde Herzberg zunächst nur von dem Kreisphysikus Dr. med. Hausmann unterstützt, während sich die freien Ärzte, die Beamten und Geistlichen durch Abwesenheit und vornehme Zurückhaltung auszeichneten.¹⁰³

Der dritte, immer wieder von der Antisemitenpresse kolportierte Vorwurf, Juden seien Meineidige, beruhte auf der von Antisemiten lancierten, absichtlich falschen Übersetzung des Kol-Nidre-

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 189; Kaplan, Marion: *The Making of the Jewish Middle Class*. New York 1991, S. 158; Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 13

¹⁰¹ Vgl. Schorsch, S. 84; *Antisemiten-Spiegel* (1900), S. 191f

¹⁰² Vgl. AZJ, Nr. 20 (43. Jg.) vom 13.5.1879

¹⁰³ Vgl. Herzberg, Immanuel: *Mein Rendez-vous mit der Cholera in Frotheim*. Lübbecke 1850 (Werbetext, Inserat), S. 25

Gebets, das von den Juden am Vorabend des Versöhnungstages, des höchsten jüdischen Feiertages, gesprochen wird. Richtig übersetzt lautet der Abschnitt, den der Vorbeter spricht:

„Alle Gelöbnisse, Verzichtleistungen, Bannformeln oder Versagungen, Büßungen oder als solche geltende Ausdrücke, durch die **wir uns Etwas** [Im Original fett, Verf.] geloben, bekräftigen, uns verpflichten oder uns versagen, von diesen bis zum nächsten, zum Guten uns eingehenden Versöhnungstage, bereuen wir hierdurch, daß sie alle aufgelöst, erlassen und vergeben seien, null und nichtig, ohne Geltung und Bestand. Unsere Gelöbnisse sind keine Gelöbnisse, unsere Versagungen sind keine Versagungen, und unsere Schwüre sind keine Schwüre.“¹⁰⁴

Darauf antwortet die Gemeinde:

„Und es sei verziehen der ganzen Gemeinde der Kinder Israels und dem Fremdlinge, der weilt in unserer Mitte, [...]“

Der Artikel in den „Mitteilungen zur Abwehr des Antisemitismus“ betont, dass „es sich **nicht** [Im Original fett, Verf.] um **Eide** handelt, die man dritten Personen oder vor der Obrigkeit, **sondern** um **Gelübde**, die man sich selbst abgelegt hat.“

Wie oben im Kapitel 4.6 erwähnt, zahlte der Jüdische Frauenverein von Lübbecke in den Jahren 1879/80, also zeitgleich mit der so genannten Berliner Bewegung, dem pensionierten Nachtwächter Gast jährlich 6 Mark, vermutlich mit dem Zweck, dass dieser die Synagoge und den jüdischen Friedhof bewachte. Möglich ist auch, dass der jüdische Frauenverein ihm frühere Leistungen honorierte.¹⁰⁵

Die Gründung deutscher oder patriotischer Vereine in Westfalen geschah unter der Regie des konservativen Antisemiten Dr. König. Vor dem Antisemitentreffen in Bochum machte der Deutsche Verein, Abteilung Levern, mit einer Anzeige auf sein Mitgliedertreffen in Levern am 8.6.1889 aufmerksam, ohne dass die Ausdrucksweise des Inserats erkennen ließ, dass es sich um ein Treffen von Antisemiten handelte.

„Heute abend 8 Uhr Versammlung in Levern in bekanntem Lokale. Die Gesinnungsgenossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, da es nach genauer Information dringend notwendig erscheint, für Levern und Umgegend einige Aufklärung zu schaffen, auch sollen die bekannten Geschichten am Pfingstsonntag in Bochum zur Sprache gebracht werden.“¹⁰⁶

Einen Tag nach dem Bochumer Antisemitentreffen setzte ein „evangelischer Bürger“ folgendes Inserat ins „Lübbecker Kreisblatt“, um seine Abscheu über die antisemitische, vermutlich deutsch-soziale Propaganda in Lübbecke zum Ausdruck zu bringen.

„Im Interesse des Friedens unserer Stadt wäre dringend zu wünschen, daß nun endlich die Beunruhigung der israelitischen Mitbürger durch nächtliches Ankleben von Plakaten an deren Häusern wie auch an der Synagoge, in denen zu antisemitischen Versammlungen eingeladen wird, sowie durch alberne Inserate ein Ende nähme. Die auf diese Weise betriebene, von allen ruhigen Bürgern verurteilte Hetze von Seiten einiger Leute stellt letzteren, milde gesagt, ein sehr ungünstiges Zeugnis aus.“¹⁰⁷

Zu Beginn des Jahres 1896 arbeitete der jüdische Lehrer Max Lazarus in Lübbecke auf einen Impuls des Kreisschulinspektors einen Vortrag zum Thema „Die soziale Seite der mosaischen Rechtspflege“ aus, den er auf der nächsten Lehrerkonferenz halten sollte. Zunächst scheute der Lehrer wegen der möglichen Folgewirkungen angesichts des im Kreise Lübbecke herrschenden Antisemitismus davor zurück, den Vortrag zu übernehmen, doch dann nahm er nach einiger

¹⁰⁴ Mitteilungen Nr. 38 (2. Jg) vom 18.9.1892

¹⁰⁵ Vgl. CAHJP, Inventory 6198

¹⁰⁶ Lübbecker Kreisblatt Nr. 46 vom 8.6.1889 (Beilage)

¹⁰⁷ Lübbecker Kreisblatt Nr. 47 vom 12.6.1889

Bedenkzeit diese Verpflichtung doch an, weil er vor sich selbst nicht als „Feigling“ gelten und offensichtlich die Gelegenheit nutzen wollte, seine nichtjüdischen Kollegen mit den wichtigsten ethischen Grundsätzen der schriftlichen Lehre, der Thora, und der mündlichen Lehre, der Mischna (dt. Wiederholung), bekannt zu machen.¹⁰⁸

Zunächst ging Lehrer Lazarus vom Mischnatraktat „Sprüche der Väter“ aus, indem er den Spruch „Wahrheit, Recht und Frieden haltet aufrecht in euren Toren!“ (1,18) zitierte und auf den Beginn des Traktats verwies, wonach Moses die Thora, das Gesetzbuch Israels, auf dem Berg Sinai vor mehr als viertausend Jahren empfing. Die mündliche Lehre, die Mischna, die Lehren der Tannaiten, die Rabbi Jehuda um das Jahr 200 n.Chr. ordnete, erläutere die schriftliche Lehre, die Thora. Da die Thora den observanten Juden dazu verpflichtete: „Du sollst sie knüpfen zum Zeichen an Deine Hand u. zur Stirnbinde zwischen Deinen Augen. [Deuteronomium 6,8] Satz im Maschinenmanuskript unterstrichen, Verf.“, so bezeichne die Mischna, was geknüpft werden solle, nämlich die Gebetsriemen (hebr. Tefillin) mit den beiden Kapseln, „die die Schmasprüche [Dtn 6,4-9; 11, 13-21 u. Num 15,37-41] u.[nd] noch andere Torasätze enthalten“.

Das wichtigste Gebot der Thora sei die Achtung des Menschenlebens. Nach Auffassung der jüdischen Weisen ist der Mensch eine Welt im Kleinen, da er mit Geist, Seele und sittlicher Veranlagung ausgestattet ist. Der kaltblütig geplante Mord wird nach der Thora (5. Buch Mose 21, 22-23) mit der Todesstrafe, Tod durch Erhängen, geahndet. Nach Max Lazarus war diese Todesstrafe humaner als die Bestrafung von Rechtsbrechern im Mittelalter in Deutschland, als der zum Tode Verurteilte vorher mit Rad, Scheiterhaufen usw. gefoltert wurde und sein Leichnam später verstümmelt und am Galgen hängen gelassen wurde.

Fahrlässige Totschläger waren nach dem mosaischen Gesetz insofern vor den Bluträchern geschützt, als sie eine der sechs Zufluchtstätten, drei diesseits, drei jenseits des Jordan, aufsuchen konnten. Zuvor musste ein Richter entscheiden, ob Mord oder fahrlässige Tötung vorlag. Der fahrlässige Totschläger musste so lange an der Zufluchtstätte bleiben, bis der Hohepriester gestorben war.

Knechte und Mägde galten nach dem mosaischen Gesetz nicht als Eigentum ihres Herrn und waren nicht seiner Willkür ausgesetzt. Sie durften nicht misshandelt oder wie Sklaven verkauft

¹⁰⁸ Vgl. Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Nachlass Professor Hans Chanoch Meyer, Fach 9.2b. Hier wird das Originalmanuskript der Erinnerungen, die der Lehrer Max Lazarus zwischen 1943-48 im Kwuza Jawne verfasste, verwahrt. Warum Rabbiner Hans Chanoch Meyer die Rekonstruktion des Lehrervortrages, den Max Lazarus im Jahre 1896 hielt, nicht in die von ihm bearbeiteten Memoiren aufnahm, obwohl der Vortrag doch auch heute noch für Nichtjuden lehrreiche ethische Grundlagen des Judentums zusammenfasst und diese Rekonstruktion zeigt, auf welche ethische Grundlagen Max Lazarus selbst am Ende des 19. Jahrhunderts besonderen Wert legte, scheint mir nicht einsichtig zu sein. Die Erinnerungen von Max Lazarus waren doch in erster Linie für ein nichtjüdisches Lesepublikum bestimmt. Seine religiösen Einstellungen waren konservativ, aber nicht orthodox geprägt. Die Verwendung eines Harmoniums spätestens seit den 1890er Jahren und die Einübung mehrstimmiger deutscher und hebräischer Gesänge für die Einweihungsfeier der neu renovierten Synagoge in Lübbecke im August 1897 waren reformorientierte Elemente. Auch die politische Einstellung von Max Lazarus war bis Ende des Ersten Weltkrieges patriotisch-konservativ. Vgl. auch die Rezension der „Erinnerungen“ von Ruth Kestenbergl-Gladstein in: Mitteilungen des Irgun Olej Merkaz Europa (Vereinigung der Einwanderer aus Mitteleuropa, Tel Aviv) vom 16.2.1968, S. 4

werden. Nachdem sie sechs Jahre ihrem Herrn gedient hatten, mussten sie unentgeltlich im siebten Jahr freigelassen werden, wenn der Knecht es so wollte.

Der Jude sollte sich auch vor Unterlassungssünden hüten und seinen Nächsten aus Lebensgefahr retten, ihm Obdach, Brot und Kleidung geben.

Der Mensch sei die Krone der Schöpfung, durch Arbeit werde er erst zum Menschen. Sein Eigentum müsse vor Neidern geschützt werden. Deshalb heiÙe es: „Ihr sollt nicht stehlen, ihr sollt nicht ableugnen, ihr sollt einander nicht belügen.“ (3. Buch Mose 19, 11)

Auch Max Lazarus betonte, dass Juden im Altertum Zinsen nur von im Ausland lebenden Personen, die als Marktteilnehmer nach Israel/Juda kamen, nehmen durften, nicht aber von Einheimischen, im Land lebenden Fremdlingen und Beisassen. Wenn am Ende des 19. Jahrhunderts ein Jude wegen Wucher bestraft werde, dann sollte nicht die Gesamtheit der Juden dafür verantwortlich gemacht werden.

Im Mittelalter waren die deutschen Juden auf die Zinsnahme angewiesen, weil sie aus Innungen und Gilden ausgeschlossen waren und kein Land besitzen durften, andererseits waren sie aber verpflichtet, Städten, Fürsten und Adligen hohe Steuern zu zahlen. Häufig wurde die „verblendete Volksmenge vor die Häuser der Juden“ getrieben, wo sie aus „Wahn“ plünderte, raubte, zerstörte und tötete. Nach Max Lazarus waren es Werte wie „tiefe Frömmigkeit, sittlicher Lebenswandel, inniges Familienleben u.[nd] die unerschütterliche Hoffnung auf Gott“, die die deutschen Juden in solchen Zeiten miteinander verbanden und stärkten.

Desweiteren wies Max Lazarus auf die Gebote der Nächstenliebe hin, die sich auch auf Fremde im eigenen Volk erstrecken sollten, denn die Israeliten waren auch Fremde in Ägypten gewesen. Mit anderen Worten: die Juden sollten die Fremden im eigenen Land nicht so behandeln, wie sie selbst im ägyptischen Exil behandelt wurden.

Außerdem verwies Max Lazarus auf die Gebote der Ehrung von Vater und Mutter und auf das Gebot der Armenfürsorge.

In einem geschichtlichen Rückblick stellte Max Lazarus dar, dass die Leviten, die Priestergehilfen, aus einem doppelten Grund von allen anderen Stämmen unterhalten werden mussten: 1. waren ihre Dienste in der Stiftshütte und später im Tempel geheiligt, 2. durften sie keinen Landbesitz erwerben und konnten ihn auch nicht erben. Begeistert beschrieb Max Lazarus ihre musischen Dienste im Tempel:

„Von Salomos Zeit an sangen die Lewiten bei der Darbringung der Opfer die Davidischen Psalmen u.[nd] begleiteten sie mit Saitenspiel, Pauken, Zimbeln u.[nd] Triangel. Ja, noch mehr: Die Lewiten dichteten eine Reihe von Psalmen, Vermehrung der Psalter Davids. Wie unsagbar wunderwirkend muss der Gesang u.[nd] das Saitenspiel der Lewiten die Seelen der Frommen im Tempel ergriffen haben! Propheten waren die Beschützer der Lewiten. Was in späteren Zeiten in Domen u.[nd] Kirchen die Volksmenge durch Orgeltöne u.[nd] Chorgesänge zu Gott erhob, war der heilige Dienst der Lewiten nicht die Quelle hierzu?“¹⁰⁹

Die Wohlhabenden waren das ganze Jahr über nach der mosaischen Rechtsordnung verpflichtet, die Leviten, die abhängig Beschäftigten, Witwen und Waisen zu unterstützen, während der

¹⁰⁹ Westfälisches Institut für Regionalgeschichte. Nachlass Professor Hans Chanoch Meyer, Fach 9.2b, S. 55

Getreideernte, der Traubenlese und besonders während der drei Wallfahrtsfeste (Pessach; Schawuoth; Sukkot).

Als Verpflichtung der sozialen Verbundenheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer galt die Shabbatruhe, das Bundeszeichen zwischen Gott und Israel. Knechte und Mägde im alten Israel wurden von Max Lazarus nicht als „Unterwürfige“, sondern als „Mitarbeiter“ angesehen. Am Shabbat saß der Hausherr mit seinen Familienangehörigen und seinen Knechten und Mägden an einem Tisch, um die Shabbatfreude und Shabbatruhe gemeinsam zu teilen. Nach längerer oder kürzerer Dienstzeit war der Arbeitgeber verpflichtet, seine Arbeiter zu beschenken, bevor er sie in die Freiheit entließ.

Dass die gemeinsame Religion ein verbindendes Element auch im Alltag darstellte, zeigte Lazarus am Beispiel der Grußformeln, die zwischen dem reichen Landbesitzer Boas aus Bethlehem und seinen Landarbeitern, die mit der Gerste- und Weizenernte beschäftigt waren, ausgetauscht wurden. Boas begrüßte sie mit den Worten „Gott sei mit euch!“ und die Arbeiter antworteten „Gott segne dich!“

Die Erzählung von der Moabiterin Ruth, die ihre verarmte und verwitwete Schwiegermutter Noomi zurück nach Juda begleitete, auf den Getreidefeldern des reichen Judäers Boas als Ährenleserin arbeitete und schließlich mit Boas die Ehe einging, zeigte nach Max Lazarus, dass Boas von den Tugenden Ruths beeindruckt war und der Judäer die Thorasatzung der Einlösung beachtete, „wonach das Erbe ihres [Ruths] ersten Gatten nicht Fernstehenden anheimfallen durfte, sondern von dem nächsten Anverwandten [Boas] eingelöst werden mußte.“¹¹⁰

Schließlich verwies Max Lazarus auf die Verpflichtung der Verzehntung, wonach der Jude ein Zehntel seines jährlichen Ertrages den Leviten, den Fremden, den Waisen und Witwen zukommen lassen musste. Das Jüdische Lexikon erläutert die pflichtmäßige Wohltätigkeit, die Zedaka, die im Unterschied zur freien Liebestätigkeit, Gemilut chassadim (dt. Wohltaten), als ausgleichende soziale Gerechtigkeit zu sehen ist, wie folgt:

„[...] Diese Bereitwilligkeit, von seinem Überfluß zu spenden, ist dem j[üdischen] Volke schon vom ersten Stadium seiner geschichtlichen Entwicklung an, anerzogen worden durch eine Gesetzgebung, welche die soziale Fürsorge für die Schwachen und Besitzlosen zu einer religiösen Pflicht erhob, indem sie ihnen ein Recht auf ausreichende Hilfe gewährte und sie zugleich vor dem bedrückenden, demütigenden Gefühl des Almosennehmens schützte. Das ist der tiefe Sinn der Gesetze (Lev. 19, Deut. 14 u. 15) über die Nachlese auf den Feldern (Pea), über die Brotabgabe (Challa), die Zehntabgabe von Vieh und Getreide (Maasser und Teruma), über den Schuldenerlaß im siebenten Jahre (Schemitta), die alle in großzügiger und weitherzigerweise Weise der moralischen und wirtschaftlichen Verarmung und Proletarisierung des Volkes vorbeugen wollten. [...]“¹¹¹

Zum Schluss machte Max Lazarus auf die Speisegesetze (hebr. Kaschrut) aufmerksam, insbesondere auf das Verbot des Blutgenusses, da Blut als Sitz der Seele und des Lebens des Tieres angesehen wurde und als Opfergabe im Tempelgottesdienst vorgesehen war.

Indem Max Lazarus auf einer öffentlichen Lehrerkonferenz seine nichtjüdischen Kollegen explizit mit der Humanität der ethischen und sozialen Grundsätze der mosaischen Pflichtlehre vertraut machte, verwarf er implizit den stereotypen Vorwurf der so genannten modernen Antisemiten, die Juden seien Ausbeuter sowohl jüdischer als auch nichtjüdischer Arbeitskräfte und zeigte auf, dass

¹¹⁰ Ebd., S. 57

¹¹¹ Herlitz, Georg; Kirschner, Bruno (Hg.): Jüdisches Lexikon. Bd. IV/2. Berlin 1927/1982, S. 1476

konservativ eingestellte Juden wie er selbst als deutsche Bürger und Eigentümer ihrer Sozialpflichtigkeit nach den Gesetzen der Thora, der Mischna und der modernen, parlamentarischen Gesetzgebung nachkamen. Die Furcht des jüdischen Lehrers, Gefahr zu laufen, selbst im nichtjüdischen Kollegenkreis wegen seiner traditionellen Auffassungen angefeindet zu werden, ist signifikant und weist möglicherweise darauf hin, wie gering der soziale Verkehr zwischen ihm und seinen nichtjüdischen Kollegen zu Beginn seiner Dienstzeit gewesen sein mochte. Erst seit 1908, als Lazarus auch an der neuen kaufmännischen Gewerbeschule in Lübbecke unterrichtete, mussten seine Kontakte zu seinen nichtjüdischen Kollegen größer geworden sein.

In Werther war es der Manufakturwarenkaufmann Jordan Bendix Weinberg (1822-1905), der Zweitjüngste von 13 Kindern, den sein Enkel Alfred in einem Brief aus mehreren Gründen in ehrenvoller Erinnerung behielt. In seiner Jugend hatte Jordan Bendix Weinberg das jüdische Lehrerseminar der Haindorf-Stiftung in Münster absolviert. Später wurde er ein erfolgreicher Kaufmann in Werther. Sein Familiensinn war auch gut entwickelt, und, um seine Ehre zu verteidigen, hatte er in seinem Leben gegen Antisemiten in vielen Prozessen erfolgreich geklagt.¹¹²

Im Sommer 1899 wurde der Bau der neuen Synagoge für die jüdische Gemeinde Versmold an der Mittelstraße 12 unterbrochen, weil der zuständige Amtmann die Bauerlaubnis erteilt hatte, ohne die Genehmigung der Bezirksregierung abzuwarten. Während die Bauarbeiten ruhten, wunderten sich die Besitzer des größten Gemischtwarenkaufhauses in Versmold, die Brüder Carl und Oscar Bergfeld, warum die Zahl ihrer Kunden, insbesondere Frauen und Kinder im November 1899 im Vergleich zum Vorjahr stark abgenommen hatte und die Kunden nach 20.00 Uhr fast gar nicht mehr kamen. Schließlich erfuhren sie nach Befragung ihres Arbeiters und ihres weiblichen Dienstpersonals, dass Blutbeschuldigungsgerüchte im Amt Versmold und in der Grenzgemeinde Dissen im Kreis Iburg (Regierungsbezirk Osnabrück) kursierten, wonach ein Jude mit langem, schwarzem Bart und langem Messer im Keller des Kaufhauses Bergfeld säße, der darauf wartete, dass Christen durch eine Falltür zu ihm hinunterfielen. Dann würde er sie schlachten, weil das Blut der christlichen Opfer zum Weiterbau der neuen Synagoge nötig sei.¹¹³

Die Brüder Bergfeld reagierten auf diese ruf- und geschäftsschädigenden Gerüchte, indem sie zuerst den freisinnigen Bielefelder Rechtsanwalt Adolf Bock, den Stadtverordneten und langjährigen stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher, telegraphisch über die Gerüchte informierten. Rechtsanwalt Bock hatte von den Gerüchten schon am Biertisch gehört, fand sie aber

¹¹² Privataarchiv Dr. Lore Shelley. Brief von Alfred Weinberg an Dolf Simon, Seattle, Wash., USA, vom 20.5.1938

¹¹³ Yad Vashem Archives, Jerusalem, Pinkas Hakehillot: Versmold, Pressezusammenfassungen; vgl. Im deutschen Reich, Dezember 1899, Nr. 12 und Mitteilungen vom 6.1.1900 (10. Jg.); Suchy, Barbara: Antisemitismus in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, in: Bohnke-Kollwitz, Jutta et alii (Hg.): Köln und das rheinische Judentum. Festschrift Germania Judaica 1959-1984, Köln 1984, S. 252-285, besonders 275

nicht bedeutend genug, um mit den Brüdern Bergfeld Verbindung aufzunehmen. Dann setzte ein Bruder Bergfeld den Versmolder Stadtverordnetenvorsteher in Kenntnis, für den diese Gerüchte angeblich unbekannt waren. Am Buß- und Betttag fuhr Bergfeld um 5¼ Uhr morgens mit der Postkutsche nach Bielefeld zum Justizrat Adolf Bock, um ihn mit den Ritualmordgeschichten bekannt zu machen und beauftragte ihn, beim Staatsanwalt Klage einzureichen. Rechtsanwalt Bock gab den Rat, den Versuch zu unternehmen, die Verwaltungsbehörden für die Sache zu interessieren.

Auf der Rückreise von Bielefeld nach Versmold konnte sich Bergfeld davon überzeugen, dass einige Postkutschenpassagiere von den Gerüchten gehört hatten. In Versmold angekommen bat Bergfeld den Rektor Kunz der örtlichen Volksschule, die Schüler über den Unwert der falschen Gerüchte aufzuklären. Daraufhin suchte ein Bergfeld Bruder den Amtmann Ernst Graßhof auf, der auch von dem Gerücht noch nichts wusste und über seine Verbreitung empört war. Später wurde mit Genehmigung des Landrates ein amtliches Inserat im „Haller Kreisblatt“ veröffentlicht, in dem 300 Mark Belohnung für denjenigen ausgesetzt wurde, der den Urheber des Gerüchts zur Anzeige brächte.

Schließlich wurde ein Bergfeld Bruder auf sein Telegramm vom Landrat des Kreises Halle i.W. auf seinem Schloß zu Thatenhausen nachmittags um vier Uhr freundlich empfangen. Bergfeld informierte den Landrat Clemens August Graf von Korff-Schmising über den Unwert der Blutbeschuldigungsgerüchte und machte darauf aufmerksam, dass er als Jude noch nie die Behörde um Schutz nachgesucht habe, auch nicht, als die Juden Ende der 1880er, Anfang der 1890er Jahre von den christlich-sozialen Politikern Stoecker und seinem Freund von Hammerstein und den deutsch-sozialen Politikern Leuß und Danneil belästigt worden waren. Während die christlich-soziale und deutsch-soziale antisemitische Propaganda Boykottforderungen enthielt, seien die aktuellen Blutbeschuldigungsgerüchte sowohl geschäfts- als auch rufschädigend. Der Landrat brachte mit schärfsten Worten seine Empörung über die Verbreitung der falschen Gerüchte zum Ausdruck und versicherte Bergfeld den Schutz der landrätlichen Behörde.

In der Gemeinde Hesselteich im Amt Versmold wurden die Schulkinder von ihrem Lehrer Rümker über die Grundlosigkeit der Blutbeschuldigungsgerüchte aufgeklärt, während der katholische Pfarrer Tiemann in Versmold seine Pfarrkinder mit der Bedeutung des achten Gebots vertraut machte.

Auf die Initiative der Brüder Bergfeld wurde neben dem amtlichen Inserat im „Haller Kreisblatt“ auch im „Iburger Kreisblatt“ ein Artikel veröffentlicht, in dem die Unsinnigkeit der Blutbeschuldigungsgerüchte betont und auf die Belohnung für die Ergreifung der Urheber der Gerüchte hingewiesen wurde. Die Tatsache, dass sowohl in der Monatszeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, „Im deutschen Reich“, als auch wenig später im Publikationsorgan des Abwehrvereins, in den „Mitteilungen“, in ihrem Wortlaut identische, ausführliche Artikel über die Reaktion der jungen Kaufleute Bergfeld auf diese falschen

Blutbeschuldigungsgerüchte erschienen, zeigte, dass sie diesen beiden Abwehrvereinen ihr Vertrauen schenken und sich ihnen möglicherweise als Mitglieder angeschlossen hatten. Warum Carl Bergfeld wenige Jahre später auch in dem Verein für jüdische Geschichte und Literatur in Gütersloh mitarbeitete, wurde bereits oben versucht zu erklären.

Während Blutbeschuldigungsgerüchte bereits im zweiten und dritten Jahrhundert von den heidnischen Römern gegen die Frühchristen verbreitet wurden und sie von den Kirchenvätern als falsch und als unter der Folter erpresste Aussagen nachgewiesen wurden, kursierten solche Gerüchte im selben Zeitraum, aber auch im Mittelalter gegen Mitglieder christlicher Sekten, später auch gegen Protestanten in Frankreich, gegen Katholiken in England, im 17. Jahrhundert gegen Jesuiten in der Schweiz und im 19. Jahrhundert gegen christliche Missionare in Afrika und China.¹¹⁴

Im Grunde erfüllten solche Ritualmord- und Blutbeschuldigungsgerüchte die Funktion, von den wahren Mördern abzulenken und ihre schändlichen Motive zu verdunkeln, falls überhaupt ein Mord geschehen war.¹¹⁵ Schon eine Papstbulle aus der Mitte des 13. Jahrhunderts drohte denjenigen Adligen und Geistlichen kirchliche Strafen an, die zukünftig weiterhin unter dem Vorwand, Juden hätten ein Ritualmord begangen, sie beraubten, vertrieben, ermordeten oder der Zwangstaufe unterwarfen.¹¹⁶ Das jüdische Verbot des Blutgenusses führte die Blutbeschuldigungen ad absurdum und den Päpsten Innozenz IV. und Gregor X. galt das jüdische Verbot des Blutgenusses als Beweis gegen die Ritualmordgerüchte.

In den industrialisierten, von zyklischen Überproduktions- und Absatzkrisen betroffenen Marktwirtschaften Deutschlands, Österreichs und Ungarns am Ende des 19. Jahrhunderts erfüllten Ritualmordgerüchte und Blutbeschuldigungen weiterhin Ablenkungs- und Verdunkelungsfunktionen. Ihre vermehrte Verbreitung war auf das Publikationswesen der so genannten modernen Antisemitenparteien christlich-sozialer, deutsch-sozialer und deutschnationaler Varianten zurückzuführen. Antisemitische Politiker, Geistliche und Publizisten förderten diese Gerüchte, die seit Jahrhunderten als Elemente des Aberglaubens im christlich geprägten Europa immer wieder auftauchten, indem sie mit antisemitischen Meinungen und Bildern vom Juden oder vom Judentum auf die als bedrohlich eingeschätzten Entwicklungen der Modernisierung und der konjunkturellen Schwankungen unterworfenen Marktwirtschaft reagierten, zweifellos, um möglichst viele Anhänger zu mobilisieren. Andererseits erwiesen sich diese Politiker aber als unfähig, auf die Krisenerscheinungen der Markt- und Weltwirtschaft mit rationalen politischen Mitteln zu antworten. Im Jahre 1899 kursierten solche Ritualmordgerüchte auch in Braunschweig und Breslau. Im Zeitraum von 1893-1902 sollen solche grundlosen Gerüchte für

¹¹⁴ Vgl. Antisemiten-Spiegel (1900), S. 465-470

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 472

¹¹⁶ vgl. ebd., S. 474f

nicht weniger als 38 Orte in Deutschland vom Niederrhein bis nach Pommern, Oberschlesien, Posen und Westpreußen nachweisbar sein.¹¹⁷

Die quantitative und geographische Verbreitung dieser Gerüchte deutete darauf hin, wie bedrohlich sich die Antisemitenpresse auswirken konnte, wenn der wilhelminische Obrigkeitsstaat keine oder unzureichende rechtliche Gegenmaßnahmen ergriff und die verantwortlichen Redakteure, Propagandisten und Kolporteurs nicht oder nur geringfügig bestrafte. Das deutsche liberale politische Milieu und die deutschen Juden ergriffen mit ihrer Verbandspolitik, die in Berlin ihren Ausgang nahm, die Initiative, um mit ihren Mitteln dem politischen und Verbandsantisemitismus entgegenzutreten. Ob der Rückgang des politischen Antisemitismus auf 7 Reichstagsmandate im Jahre 1912 allein auf ihre Aktivitäten zurückzuführen war, ist in der Forschung umstritten.¹¹⁸

5.3 Zusammenfassung

Im Vormärz wurde die rechtliche Gleichstellung und die Verbürgerlichung der jüdischen Einwohner in den Kleinstädten des Untersuchungsgebiets mit der Einführung der Westfälischen Landgemeindeordnung (1841-43) eingeleitet. Obwohl die jüdischen Bürger danach an den Stadtverordnetenwahlen teilnehmen konnten, da die allermeisten von ihnen über das Staatsbürgerrecht als Voraussetzung zum Erhalt des Stadtbürgerrechts verfügten, wenn sie bestimmte besitzmäßige und moralische Mindestanforderungen erfüllten, dauerte es tatsächlich noch bis zum Beginn der so genannten Neuen Ära (1858ff), ehe die ersten jüdischen Stadtverordneten (Kaufmann M.N. Rosenberg in Lübbecke, 1865ff; Rechtsanwalt Emil Friedlaender in Halle i.W., 1861ff) im Untersuchungsgebiet von den nichtjüdischen wahlberechtigten Bürgern gewählt wurden und in Funktion treten konnten.

¹¹⁷ Vgl. Rohrbacher, Stefan.; Schmidt, Michael: Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile. Reinbek 1991, S. 341-359; Erb, Rainer: Zur Erforschung der europäischen Ritualmordbeschuldigungen, in: Erb, Rainer (Hg.): Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigungen gegen Juden. Berlin 1993, S. 9-16; Lichtblau, A.: Die Debatten über die Ritualmordbeschuldigungen im österreichischen Abgeordnetenhaus am Ende des 19. Jahrhunderts, in: ebd., S. 267-293; Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. H.C. Meyer. Dortmund 1967, S. 30-32

¹¹⁸ Schorsch (1972) hält es für sehr zweifelhaft, ob die Rechtsschutzpolitik des C.V. den Rückgang des politischen Antisemitismus im Kaiserreich beeinflusst hat. „Die letzten Forschungsergebnisse führen den raschen Verfall der Antisemitenparteien, besonders nach der Reichstagswahl von 1907, auf eine Reihe von nationalen Entwicklungen zurück. Der steigende Wohlstand, die wachsende Drohung der Sozialdemokraten und die wachsende Beschäftigung mit der Außenpolitik verringerte die Wählbarkeit des Antisemitismus. Zum großen Teil änderten die Antisemiten einfach ihre Aktionsbasis. Während sie an politischer Kraft verloren, waren sie weiterhin in parapolitischen Organisationen wie dem BdL, dem Alldeutschen und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband wie auch in breiten Kreisen der preußischen und der Reichsregierung vertreten. Allenfalls konnten C.V.-Sprecher darauf hinweisen, dass ihre Leistungen antisemitische Zeitungen und Demagogen zwangen, ihre Verunglimpfungen zu mäßigen.“ Ebd., S. 131, übersetzt vom Verfasser. Levy (1969) kam zu der Schlussfolgerung, dass die Techniken des Abwehrvereins und des Centralvereins zur Bekämpfung der konventionellen, parlamentarischen Antisemiten zumindest teilweise wirksam waren, weil die parlamentarischen Antisemiten respektabel und fortschrittlich erscheinen wollten und die Institutionen des Kaiserreichs verehrten. Die Abwehrtechniken des Abwehrvereins und des C.V. gegenüber den Nationalsozialisten mussten allerdings aus dem Grunde versagen, weil die Nationalsozialisten sich als revolutionär in dem Sinne ansahen, dass sie das ausdrückliche Ziel verfolgten, die parlamentarische Demokratie, die den deutschen Juden die verfassungsmäßig rechtliche Gleichberechtigung gegeben hatte, abzuschaffen. Vgl. Levy, Richard Simon: Anti-Semitic Political Parties in the German Empire. Yale 1969, S. 363

Jüdische Bürger im Untersuchungsgebiet, die sich als Politiker oder Delegierte aktiv für die Demokratie im Vormärz einsetzten, sind nicht überliefert, doch wies Minninger nach, dass sich Mitglieder der gehobenen jüdischen Mittelschicht in Bielefeld an Rudolf Rempels Lesegesellschaft (1843) beteiligten, sich für die Ziele der Demokratie einsetzten und die Forderung des Hammer Aufrufs vom 2.4.1848 nach staatsbürgerlicher Gleichstellung aller Religionen und Konfessionen zweifellos unterstützten. Die Familie Bernhard Maass in Lübbecke teilte mit ihren Verwandten in Minden ihre Sympathie für verfolgte und in die Schweiz geflohene Demokraten so sehr, dass sie Lose zu ihrer finanziellen Unterstützung erwarb (1850). Obwohl der Kaufmann Bernhard Maass in Lübbecke relativ wohlhabend war, entschied sich der Familienvater im Jahre 1852, mit einem seiner Söhne nach Amerika auszuwandern und ein Jahr später seine Frau und seine acht weiteren Kinder nachreisen zu lassen.

Seit Anfang der 1860er Jahre lässt sich die potentielle Integration jüdischer Bürger aus den Ämtern des Kreises Halle i.W. - mit Ausnahme der jüdischen Bürger im Amt Versmold - als ehrenamtliche Geschworene im Strafprozesswesen am Amtsgericht Halle i.W. nachweisen. Ob sie aber tatsächlich zu diesem Ehrenamt berufen wurden, konnte nicht nachgewiesen werden. Im Kreis Lübbecke wurde Kaufmann Alfred Löwenstein aus Lübbecke im Jahre 1904 als Geschworener für das Schwurgerichtswesen am Amtsgericht in Lübbecke durch das Los bestimmt.

Die früheste Integration jüdischer Bürger in die kleinstädtischen Bürgervereine konnte für Werther im Jahre 1837 und für Halle i.W. im Jahre 1850 belegt werden. Die Einbindung jüdischer Bürger und Hausbesitzer in das städtisch organisierte Feuerlöschwesen wurde schon im Vormärz als selbstverständlich angesehen (z.B. Werther 1840).

Für die Zeit vor und nach der Reichsgründung kann die mancherorts zahlreiche Teilnahme besonders der männlichen jüdischen Bürger (Werther, Lübbecke, Preußisch Oldendorf) in den verschiedenen Kultur- und Geselligkeitsvereinen leicht nachgewiesen werden. Die Akzeptanz der jüdischen Bürger im liberalen Kulturbetrieb der Kleinstädte kann nach Wassermann so erklärt werden, dass sich jüdische und nichtjüdische Bürger hinsichtlich ihres sozialen Status (Kaufleute, Händler), ihrer Schicht- und Klassenzugehörigkeit (alter Mittelstand, Besitz- und Bildungsbürgertum) und ihrer politischen Orientierung (National- und Linksliberale) im Laufe des Modernisierungs-, Industrialisierungs- und Reichsbildungsprozesses nicht nur einander angenähert hatten, sondern diese kleinstädtische Lebensweise wirklich miteinander teilten. Der Manufakturwarenkaufmann Moses Nathan Rosenberg in Lübbecke, der jahrelang als Stadtverordneter (1865-80) tätig war, als Mitglied der Handelskammer in Minden (1865-71) fungierte, im Jahre 1877 als nationalliberaler Wahlmann auftrat und als Mitglied im Männergesangverein „Liedertafel“ (gegr.1882) integriert war, und der Arzt Dr. med. Hugo Marx, der sich 1901 in Werther niederließ, jahrelang an diesem Ort praktizierte und im Jahre 1909 zu den Gründungsmitgliedern des Musikvereins gehörte, personifizierten diesen bürgerlichen Integrations-

und Akkulturations-prozess. Im Fall von Dr. med. Hugo Marx ging dieser Anpassungsprozess an das nichtjüdische Kleinstadtbürgertum so weit, dass er die jüdische Gemeinde verließ, 1908 zum Protestantismus konvertierte und mit einer evangelischen Frau die Ehe einging.

Jüdische Frauen waren aus diesem kleinstädtisch liberalen Kulturbetrieb durchaus nicht ausgeschlossen. In Lübbecke sang Conradine Mergentheim um 1880 im Lübbecker Kirchenchor mit, in Preußisch Oldendorf waren jüdische Frauen als Mitglieder im dortigen Gesangverein mit gemischtem Chor (gegr. 1885/86) vertreten, und in Werther wurde Meta Weinberg im Jahre 1911 Vorsitzende des Streichorchesters des lokalen Musikvereins. Vor und während des Ersten Weltkrieges waren jüdische Frauen als Mitglieder in den Ortsvereinen des Vaterländischen Frauenvereins von Werther, Lübbecke, Rahden und vermutlich auch in Versmold integriert. Wie im letzten Kapitel dargestellt, schlossen sich jüdische Frauen aber auch in eigenen Vereinen (Lübbecke, Werther, Rahden) zusammen, die - im Unterschied zu den kleinstädtischen Gesellschafts- und Kulturvereinen - neben geselligen Funktionen überwiegend wohltätige Zwecke verfolgten.¹

Mitglieder der jüdischen Oberschicht zogen es vor, sich nicht im kleinstädtischen Kulturbetrieb zu integrieren, sondern eher als Lokalpolitiker in die Öffentlichkeit zu gehen. Der Kleiderfabrikant Julius Ruben in Lübbecke fungierte im Jahre 1888 als liberaler Wahlmann, sein Sohn Albert als Stadtverordneter (1924-29) des Bürgerblocks. In Wehden fungierte der Kaufmann Coblenzer als einer von zwanzig Gemeindeverordneten in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre. In Werther übte M. Goldstein ebenfalls das Amt eines Gemeindeverordneten im Jahre 1905 aus.

Nach Gründung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1893) als jüdische Antwort auf die Angriffe der so genannten modernen Antisemitenparteien traten die Kleiderfabrikanten Nathan und Julius Ruben in Lübbecke und der Fleischwarenfabrikant Bernhard Löwenstein in Levern sofort diesem wichtigsten deutsch-jüdischen Abwehrverein als Mitglieder und Vertrauensmänner bei.

Die infolge der Gründerkrise und der großen Depression (1873-95) von Berlin ausgehende Antisemitenbewegung (1879-80), die Krise des Liberalismus seit 1879, der politische Erfolg der Antisemitenparteien, die im Deutschen Reichstag von 1890 bis 1912 vertreten waren, und die andauernden öffentlichen Beleidigungen und Unwahrheiten, die von der Antisemitenpresse verbreitet wurden, alarmierte das liberale nichtjüdische und jüdische Bürgertum gleichermaßen. Die Gründung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Berlin am Ende des Jahres 1890 erfolgte aufgrund der Einsicht ihrer linksliberalen Lenker, dass die Antisemitenparteien die Grundprinzipien des Rechtsstaates, der auf der verfassungsmäßigen Gleichheit der Rechte und Pflichten seiner Bürger gegründet war, in Frage stellten und das politische Ziel verfolgten, die verfassungsmäßig garantierte Gleichstellung der deutschen Juden rückgängig zu machen. Da sich

¹ Vgl. Kaplan, Marion: Freizeit – Arbeit. Geschlechterräume im deutsch-jüdischen Bürgertum 1870-1914, in: Frevert, Ute (Hg.): Bürgerinnen und Bürger: Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988, S. 157-174

die jüdische Gemeinde von Preußisch Oldendorf dem Abwehrverein in den Jahren 1892-1898 anschloss, so zeigte dieses Verhalten, dass sie das linksliberale politische Programm dieses im wesentlichen nichtjüdischen Vereins unterstützte. Während der kleinstädtische liberale Kulturbetrieb ungestört weiterlief, war es klug, sich auch in dieser Dachorganisation zu vernetzen, da die Gemeinde zu klein war, um sich dem Verband der Synagogengemeinden der Provinz Westfalen (1891) anzuschließen und der Anschluss an den DIGB insofern keinen Sinn machte, als diese Dachorganisation in der Frage der Bekämpfung des Antisemitismus zu schüchtern auftrat.

Von antisemitischer und zionistischer Seite wurde der Verein zur Abwehr des Antisemitismus abwertend als „Judenschutztruppe“ bezeichnet.² Der Vorstand dieses Vereins hatte Schwierigkeiten zu verstehen, warum ein deutscher Jude auch gleichzeitig ein national gesinnter Jude (Zionist) sein konnte, während die Zionisten nicht zu unrecht erkannten, dass zumindest einige Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus die deutschen Juden nur dann als emanzipierte Deutsche akzeptieren konnten, wenn sie sich assimilierten, d.h. zum Christentum konvertierten.³ Der Sozialdemokrat Franz Mehring kritisierte den Philosemitismus der Führer liberaler Parteien, weil sie lediglich behaupteten, die Juden zu schützen, obwohl es ihnen in erster Linie um den Erhalt des Kapitalismus ginge, während die Antisemiten die Juden verfolgten und, zumindest die radikalen Antisemiten Boeckelscher Richtung, lediglich vorgaben, den Kapitalismus zu bekämpfen.⁴

Die Gründung des C.V. und des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur (1893) bezweckten, die bürgerliche Gleichstellung der deutschen Juden und ihre deutsch-jüdische Identität zu stärken als Antwort auf die Aktivitäten der Antisemitenparteien christlich-sozialer, deutsch-sozialer und demagogisch-egalitärer Provenienz im Zuge des sich in der Gesamtgesellschaft ausdifferenzierenden Verbandspartikularismus, ein Prozess, der nicht selten mit antisemitischer Propaganda wie im Fall des BdL, des Alldeutschen Verbands und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands begleitet wurde.

Der Zusammenschluss jüdischer Bürger, sei es als ganze Gemeinde, sei es als Einzelmitglieder, im Abwehrverein, im C.V. und im Verein für jüdische Geschichte und Literatur, Organisationen, die von linksliberalen Rechtsanwälten und Politikern gelenkt wurden, kann nicht nur als ein Ergebnis der Ausbildung jüdischer „Teilkulturen“ (Jacob Borut) gesehen werden, sondern war ein politisches Verhalten der Klugheit, der öffentlichen Zivilcourage und der Gewaltenteilung. Wenn die Gerichte im Kaiserreich nicht gewillt waren, Antisemiten angemessen zu verurteilen, wenn die Verwaltung jüdische Bürger aus den Bereichen Justiz, Erziehungswesen, Hochschulwesen und Militär beruflich ausgrenzte oder gegenüber Nichtjuden benachteiligte, so waren die Öffentlichkeitsarbeit

² Vgl. Lindner, Erik: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Münster 1989, S. 17

³ Vgl. Schorsch, Ismar: Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870-1914. New York/London, S. 98f; Tal, Uriel: Christians and Jews in Germany. Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870-1914. Ithaka/London 1975, S. 295-298

⁴ Vgl. Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a.M. 1986, S. 199f

und der Rechtsschutz des Abwehrvereins und des C.V. ebenso wie die Kulturveranstaltungen des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur notwendige gesellschaftliche Aktivitäten, die es den einzelnen jüdischen Bürgern erlaubten, den nicht leichten identifikatorischen, ausbalancierenden Prozess, die Bindungen sowohl zur jüdischen als auch zur deutschen Kultur, im Alltag auszuhalten.

Kapitel 6

Die Folgen des Ersten Weltkriegs: die Weimarer Republik und ihre Krisenzeiten

6.1 Die jüdischen Bürger im Ersten Weltkrieg

Wie kann erklärt werden, dass sich im Untersuchungsgebiet eine relativ große Zahl jüdischer und nichtjüdischer junger Männer freiwillig zum Kriegsdienst meldete, obwohl dieser Krieg dem Grundgedanken der internationalen Arbeiterbewegung nach Kriegsverhinderung und dazu der Tatsache widersprach, dass es jüdische Männer schließlich auch in Belgien, Frankreich, England, Rußland, Serbien und Amerika gab, die im Ernstfall gezwungen sein würden, gegeneinander zu kämpfen. Heißt es nicht, dass alle Juden und Christen Brüder sind?

Im Folgenden soll zunächst versucht werden darzustellen, auf welche Weise der vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat ausgehende Nationalismus und Militarismus in den Kleinstädten des Untersuchungsgebietes in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in den verschiedenen patriotischen Vereinen, in den sich alljährlich wiederholenden patriotischen Feierlichkeiten und bei der Einweihung von Kriegerdenkmälern vermittelt wurde.

Zur „nationalen politischen Liturgik“¹ (George Mosse) des wilhelminischen Obrigkeitsstaates im Untersuchungsgebiet gehörten alljährlich sich wiederholende, typisch bürgerliche Feste zu Ehren des Geburtstags des Kaisers, zur Erinnerung an die Schlacht von Sedan und die feierliche Einweihung von Kriegerdenkmälern, staatlich angeordnete, bürgerliche Feste, die den Geist des deutschen Militarismus und des Chauvinismus perpetuierten und sich scharf von den Forderungen der deutschen Sozialdemokratie nach Abschaffung des stehenden Heeres und Ablehnung des Flottenausbaues² im Jahre 1898 abhoben. Auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Stuttgart im Jahre 1907 forderten insbesondere die französischen Sozialistenführer Gustave Hervé und Jean Jaurès mit Nachdruck eine Verständigung über vorbereitende Mittel zur Abwendung eines Krieges, die ‚von der parlamentarischen Intervention bis zum Massenstreik und zum Aufstand‘ reichen sollten. Die französischen Sozialistenführer waren über die außenpolitische Blindheit der deutschen Sozialdemokraten erbost und hielten sie für satte Spießbürger, deren

¹ Diese Kollokation verwendet George L. Mosse in seiner Darstellung: Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich. Frankfurt a. M./New York 1993, passim

² Vgl. Heckert, Uwe (Bearb.): 750 Jahre Halle/Westfalen. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Ausstellungskatalog. Halle i.W. 1996, S. 36f; ders.: 1907-1997. 90 Jahre Sozialdemokratie in Halle (Westfalen). Ein Rückblick. Halle i.W. 1996, S. 5

Internationalismus reiner Lippendienst sei. Sie konnten sich die „Pariastellung“ der deutschen Sozialdemokraten im wilhelminischen Obrigkeitsstaat und ihre Isolation im Reichstag schlecht vorstellen. Während es üblich war, dass die Sozialistenführer in den westlichen Parlamenten vor oder nach den Debatten mit den Ministern der Regierung zwanglose Gespräche führten, vermieden die Mitglieder der deutschen kaiserlichen Regierung jeden Kontakt mit führenden sozialdemokratischen Politikern in den Wandelgängen und im Restaurant des Reichstages. Schließlich rang man sich auf dem Stuttgarter Kongress zu der Resolution durch, nach der im Falle, dass Krieg drohe, die parlamentarischen Vertreter zusammen mit der Hilfe des Büros der Sozialistischen Internationale in Brüssel alles unternehmen sollten, um den Kriegsausbruch ‚durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel‘ zu verhindern.³

Zur internationalen Qualität der Flottenausrüstung mit Großkampfschiffen trug auf deutscher Seite seit 1898 das Reichsmarineamt insofern bei, als es öffentlichkeitswirksam am 30.4.1898 den Deutschen Flottenverein gründete, um den Ausrüstungsgedanken zu popularisieren.⁴ Wenig verwunderlich war die Gründung eines Zweigvereins in Versmold, „dem Zentrum der Segeltuchherstellung“, dessen 61 Mitglieder im Dezember 1903 einen Querschnitt des „nationalkonservativen Bürgertums“ darstellten. Fabrikarbeiter waren - bis auf einen einzigen - in ihm nicht zu finden, jedoch eine ganze Reihe von Handwerkern (18).⁵ Nach Westheider war es in erster Linie die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Firma C.W. Delius, die vor dem Ersten Weltkrieg in steigendem Maße in auftragsmäßige Abhängigkeit von der Reichsmarine geriet, und nicht so sehr patriotisch-expansionistische Haltungen, die den Ausschlag zur Mitgliedschaft in diesem Verein gaben.⁶ Während in der Liste der Mitglieder des Flottenvereins im Dezember 1903 noch vier jüdische Bürger von Versmold - drei Kaufleute und ein Handelsmann - verzeichnet waren, wurde der Flottenverein drei Jahre später von keinem jüdischen Bürger, weder aus Versmold noch aus Bockhorst, mehr gefördert. Der Flottenverein von Versmold hatte sich auf 53 Mitglieder verringert. In der Gemeinde Bockhorst bei Versmold wurde der Flottenverein im Jahre 1903 von 16 Mitgliedern gefördert, darunter waren zehn Bauern, ein Kantor, ein Pfarrer, ein Handelsmann, ein Wirt und ein (jüdischer) Kaufmann. Offensichtlich hatten unter den jüdischen Bürgern ein Interessenwandel und Lernprozess dahingehend eingesetzt, die Flottenausrüstung spätestens im Jahre 1906 nicht weiter zu unterstützen.

Auch die Vorstandsmitglieder der Kreisgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins in der Kreisstadt Halle i.W. (gegr. 1899) gehörten dem kleinstädtischen Besitz-, Bildungs- und Amtsbürgertum an. Vorsitzender im Jahre 1905 war ein Kommerzienrat, sein Stellvertreter ein Arzt. Außerdem fungierte der Kreissekretär als Schriftführer, ein Lehrer als Schatzmeister, ein

³ Zitiert nach Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. Hildesheim. Zürich. New York 1993 (Nachdruck der Ausgabe Zürich/München 1949), S. 181

⁴ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1994, 7. Aufl., S. 167f

⁵ Vgl. StdtA Versmold, A Nr. 867

⁶ Vgl. Westheider, Rolf: Versmold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994, S. 390f

Apothekenbesitzer und ein Rektor als Beisitzer, die Amtmänner von Halle i.W., Borgholzhausen, Versmold und Werther als Vertrauensmänner sowie ein Fabrikbesitzer aus Borgholzhausen und ein Kaufmann aus Werther als Rechnungswarte. Als Ehrenwarte waren der Amtmann von Versmold und ein Verwaltungsvolontär aus Halle i.W. gewählt worden. Im ganzen Kreis Halle i.W. zählte der Flottenverein im Jahre 1905 386 Mitglieder.⁷ In der Kreisstadt selbst bewegte sich das Beitragsaufkommen seiner Mitglieder zwischen 150 Mark (1903) und 310 Mark (1918). Die Stadt Halle i.W. beteiligte sich am Flottenverein seit 1906 mit einem Jahresbeitrag von 20 Mark und ließ die Mitgliederbeiträge durch Polizeidiener einziehen. Polizei und Gemeindevorsteher wurden auch zur Verteilung des Verbandsorgans „Die Flotte“ verpflichtet.⁸

Bürgerlich geprägt waren auch die Vorstände der Schützen-, Krieger-, Landwehr- und Reservevereine, von denen im Kreis Halle i.W. im Jahre 1905 in allen Kleinstädten und Ämtern insgesamt nicht weniger als 16 existierten. Industriearbeiter und Juden waren in ihren Vorständen jedenfalls nicht zu finden.⁹ Als Vorsitzender des Kreis-Kriegerverbandes Halle i.W. fungierte der adlige Landrat, als sein Stellvertreter der Vorsitzende der Kreis-geschäftsstelle des Flottenvereins ein Kommerzienrat, als Schriftführer ein Kaufmann, ein Bautechniker als sein Stellvertreter, ein Kreiskommunalkassenrendant als Kassenführer und ein Postverwalter aus Versmold als Stellvertreter. Letzterer fungierte auch gleichzeitig als Vorsteher des Landwehr- und Reservevereins Versmold.¹⁰

Dr. Lore Shelley, die als junge Frau vom SS-Staat gezwungen wurde, in Auschwitz I Todeslisten zu bearbeiten, erinnerte sich in einem Brief an den Verfasser mit Schrecken daran, dass auch ein Mitglied ihrer Familie vom typisch deutschen Militarismus vereinnahmt worden war:

„[...] Man war super-deutsch und wollte von Herzls Ideen nichts wissen. Ein Beispiel hierfür war ein Onkel meiner Mutter, ein Veteran des austro-preussischen Krieges 1866 und des franko-preussischen Krieges 1870/71, der selbst im hohen Alter beim Schützenfest und anderen Gelegenheiten stolz mit seiner Brust voller Orden und Ehrenzeichen in der Parade marschierte. Diese Einstellung und Vaterlandsliebe vieler deutscher Juden war ein standard joke der SS in den KZ, besonders des Krematoriumspersonals, das sich köstlich amüsierte, den ‚Dank des Vaterlandes‘ endlich allen in den Gaskammern zu verabreichen.“¹¹

Im Kreis Halle i.W. wurden insbesondere Feste aus Anlass der Geburtstage und Regierungsjubiläen der preußisch-hohenzollernschen Herrscherfamilie gefeiert, denn die Grafschaft Ravensberg gehörte seit 1609 zu Brandenburg-Preußen. Am Fest des Kreises Halle i.W. am 24.6.1909 unterhalb der Ravensburg auf der Sedanwiese im Teutoburger Wald zur Erinnerung an die 300jährige Vereinigung der ehemaligen Grafschaft Ravensberg mit Brandenburg-Preußen beispielsweise nahmen neben Dutzenden von Ehrengästen und Honoratioren, Hunderten von Schülern auch Tausende von gewöhnlichen Besuchern teil. Aus sozialen und organisatorischen Gründen wurde die Anreise der Ehrengäste einerseits und die der Krieger-, Gesang-, Posaunenvereine und der Schulklassen andererseits getrennt durchgeführt.

⁷ Vgl. Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.) 1800-1905. Halle (Westf.) 1905, S. 263

⁸ Vgl. StdtA Halle, 102/3 B 642; 19/10 C 190

⁹ Vgl. Wolf, S. 259-263

¹⁰ Vgl. ebd., S. 260f

¹¹ Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993 an Verfasser

Während die Ehrengäste am Bahnhof in Halle i.W. in Empfang genommen wurden und „nach einem ausgiebigen Gabelfrühstück mit Toasts auf den Hallenser Landrat Graf von Korff-Schmising“ in Autos zum Festplatz gefahren wurden, bewegten sich die Vereine und Schulklassen zu Fuß in einem Festzug zur Ravensburg. Für eine geordnete Ab- und Anreise der Masse von Zuschauern und Zuschauerinnen, die teils zu Fuß, teils mit ihren Fuhrwerken zum Festplatz kamen, wurde der Amtmann aus Borgholzhausen mit seinen Stäben aus Feuerwehrleuten und Polizei verpflichtet. Sehr wahrscheinlich waren auch jüdische Familien als Zuschauer erschienen, und die kleine Schülergruppe des jüdischen Lehrers Isidor Landsberg aus Werther bildete vermutlich einen winzigen Teil des Festzuges. Charakteristisch für dieses Fest war „die enge Verzahnung von Militärischem, Religiösem und Historischem in Wort, Musik und Aktion.“¹² Es wurde gemutmaßt, dass an der Parade unter den Klängen des Infanterieregiments Nr. 78 sämtliche Kriegervereine des Kreises Halle i.W., möglicherweise auch einige der Nachbargebiete, teilnahmen.

Das 25jährige Krönungsjubiläum Kaiser Wilhelm II. wurde im Juni 1913 zweifellos in jeder Kleinstadt der Kreise Halle i.W. i.W. und Lübbecke festlich begangen. An dem Sportfest in Versmold nahmen neben Schülern der Volksschule, die im Festzug zum Stadtpark marschierten und dort Lieder vortrugen und Tänze vorführten, der örtliche Turnverein, der Jugendverein, der Bürger-Gesangverein und der Radfahrverein teil. Die Feuerwehrkapelle spielte auf, der Amtmann hielt eine Festrede, und auf der folgenden Abendveranstaltung brachte der Superintendent einen Toast auf Wilhelm II. aus.¹³

Ähnlich organisiert verliefen die Festivitäten aus Anlass des 25jährigen Regierungsjubiläums in Werther. Ein Rektor und ein Pastor hielten patriotische Reden, Schüler präsentierten Chorgesänge und führten für geladene bürgerliche Festgäste ein patriotisches Theaterstück auf. Die bürgerliche, in Werther verlegte illustrierte Wochenzeitschrift „Der Familienfreund“ berichtete ohne ein Wort der Kritik an der massiven Aufrüstungspolitik des wilhelminischen Obrigkeitsstaates wie folgt:

„Werther, den 20. Juni. (Kaiserjubiläum.) Am Morgen des Jubiläumstages bewegte sich unsere Schuljugend unter Führung ihrer Lehrer im langen Zuge durch die festlich geschmückte Stadt nach dem Saale des Wirts Kunsemüller. Nach einem einleitenden Chorgesang der oberen Schulklassen ergriff Herr Rektor Buddemeier das Wort und gedachte in gehaltvoller Rede der Verdienste, die unser Kaiser sich während seiner 25jährigen Regierungszeit um unser Vaterland erworben hat. Nun folgte ein patriotisches Festspiel. In lebensvoller Weise wußten die kleinen Darsteller ihrer schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, so daß die anwesenden Gäste, Herr Amtmann Mensing, Herr Oberst Lückner, Herr Fabrikant Jörgens, Herr Apotheker Witter, Herr Stadtverordneter Loges, Herr Dr. Marx und viele andere ihnen freudigen Beifall nicht versagten. Erhöht wurde die Wirkung des Stückes noch durch eingelegte patriotische Gesänge, die unter Leitung des Herrn Biermann in vorzüglicher Weise vom Schulchor zur Ausführung gebracht wurden. Am Nachmittag fand die allgemeine Feier im Lokal des Wirts Hoffmann statt, wo Herr Pastor Kienecker eine begeisterte Rede über die Persönlichkeit unseres edlen Herrschers, unter dessen glorreichem Szepter unser Volk zu nie geahntem Wohlstande emporgestiegen sei. Gefühle der Begeisterung lösten sich mächtig im Kaiserhoch aus. Unter großer Beteiligung der Schulen, Vereine und der hiesigen Bürgerschaft verlief das Fest in vorzüglicher Weise.“¹⁴

¹² Lakämper-Lührs, Heinrich; Westheider, Rolf: Treue Ravensberger und gute Preußen. Die Feiern aus Anlaß der 300jährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Ravensberg zu Brandenburg-Preußen im Amt Borgholzhausen im Jahre 1909, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Hg. v. Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 156

¹³ Vgl. Westheider: Versmold (1994), S. 397

¹⁴ Der Familienfreund. Illustrierte Wochenzeitschrift. Verlegt von Johannes Thumel in Werther, Nr. 25 vom 21.6.1913

Derselbe Pastor, der zu dieser Gelegenheit die Politik Wilhelm II. pries, veröffentlichte nach dem Ersten Weltkrieg ein Gedenkbuch für die 227 gefallenen, 20 vermissten und 1.167 Kriegsteilnehmer aus allen Gemeinden des Kirchspiels Werther.¹⁵

Ein anderes alljährlich am 2. September begangenes Fest, das ebenfalls „mit konservativen Vorzeichen von oben organisiert“ wurde und auf eine Initiative des evangelischen Geistlichen Friedrich von Bodelschwingh zurückging, war das Sedanfest zur Erinnerung an den deutschen Sieg über Frankreich bei Sedan im Jahre 1870.¹⁶ Das Fest war in katholischen Gebieten nicht besonders beliebt, weil es Katholiken an die Parteien erinnerte, die Bismarcks antikatholische Politik unterstützt hatten. Dieses nationale Fest erwies sich nach Mosse im Laufe der Jahre als „Fehlschlag“, degenerierte zu „militärischem Pomp und Formalitäten“ und reduzierte sich auf die bürgerliche Gemütlichkeit der vaterländischen Vereine, ohne das Volk wirklich einzubinden. Dennoch wurde dieser Gedenktag in den protestantisch geprägten Kreisen Lübbecke und Halle i.W. i.W. noch bis 1919 besonders als obrigkeitsstaatlich organisiertes Schulfest begangen. Lehrer Max Lazarus in Lübbecke, dessen beide patriotische Theaterstücke während des Krieges mehrfach aufgeführt wurden, war wie alle nichtjüdischen Lehrer verpflichtet, seine Schüler am Sedantag teilnehmen zu lassen. Von der Feier am 2.9.1892 in seinem ersten Dienstjahr in Lübbecke berichtete er in seinen „Erinnerungen“ wie folgt:

„Sedan wird gefeiert. Sämtliche Schulen der Stadt, auch meine kleine Schulklasse, marschieren unter Vorantritt einer Schülerkapelle und des Musikkorps der Feuerwehr mit Gesang und Musik durch die Straßen der Stadt nach dem Schützenhaus. Hier haben Damen die Tische gedeckt. Etwa 400 Kinder werden auf Kosten der Stadt mit Kaffee und Kuchen bewirtet, die Lehrer und Lehrerinnen an besonderen Tischen. Bald belebt sich der große Schützenplatz. Die Jugend belustigt sich durch Spiele, Wettlaufen, Turnen und Reigen unter Führung ihrer Lehrer. Mir wird auch eine Schulklasse zugeteilt, ich mache mich schnell mit meiner Schar bekannt. Die Feuerwehrkapelle konzertiert. Rasch vergeht der Nachmittag. Der Rückmarsch wird angetreten. Vor der großen evangelischen Schule hält der Rektor eine Ansprache und verabschiedet die Kinder.“¹⁷

In Borgholzhausen schlug man am 2.9.1909 zwei Fliegen mit einer Klappe, als man die Sedanfeier mit der Einweihung eines Gedenksteins zur Erinnerung an die 300jährige Zugehörigkeit zu Brandenburg-Preußen zusammenlegte.¹⁸

Oft genug wurde die wilhelminische Festkultur mit der Einweihung martialischer Kriegerdenkmäler kombiniert. Die in den Orten Versmold, Borgholzhausen, Halle i.W. und Steinhagen unverkennbaren Kriegerdenkmale im Kreis Halle i.W., die zwischen 1876 und 1906 errichtet wurden, sollten die Funktion erfüllen, den deutschen Militarismus und Chauvinismus der adligen und bürgerlichen Schicht gegenüber Frankreich wachzuhalten. Dieser Versuch war umso absurder und anachronistischer, als die Forderung nach Abrüstung, internationaler Verständigung und Kriegsverhinderung spätestens seit 1907 zu den wichtigsten politischen Zielen der II. Internationale gehörte.¹⁹ Doch leider wurden die französischen Befürchtungen hinsichtlich des deutschen

¹⁵ Vgl. Kienecker, Paul: Das Kirchspiel Werther und der Krieg 1914-18. Zum dankbaren Gedenken an unsere Gefallenen und Kriegsteilnehmer. Werther i.W. 1920

¹⁶ Vgl. Mosse, George (1993), S. 111-115

¹⁷ Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. H.C. Meyer. Dortmund 1967, S. 36

¹⁸ Vgl. Lakämper/Westheider (1994), S. 161-165

¹⁹ Vgl. Westheider, Rolf: Krieg, Einheit, Denkmal. Beispiele politischer Symbolik in Minden-Ravensberg, in: Meynert, J.; Mooser, J. (Hg.): Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888-

Militarismus nicht im gleichen Maße von der deutschen sozialdemokratischen Elite geteilt, die nach Mayer in einem naiven, undialektischen, pseudodarwinistischen und automatischen Fortschrittsglauben befangen war.

Neben den jüdischen Lehrern Max Lazarus in Lübbecke, Max Rhein in Rahden, Josef Isenberg in Levern und Friedrich Kaiser in Werther zeigte auch der Rabbiner Dr. Felix Coblenz in Bielefeld seine loyale Haltung gegenüber dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat. Am 6.8.1900 nahm er als Vertreter der Synagogengemeinde Bielefeld in Anwesenheit des Kaisers an der Enthüllungsfest eines Denkmals für den Großen Kurfürsten teil, das Wilhelm II. gestiftet hatte.²⁰ Ohne vermutlich die militärische Seite des Patriotismus unter industriellen Bedingungen zu problematisieren, forderte der reformorientierte Rabbiner Dr. Coblenz „die uneingeschränkte patriotische Loyalität der Juden zum deutschen Staat“ auch als pädagogisches Lernziel in seinem Lehrbuch „Jüdische Religion“ (Leipzig 1908):

„Unsere Persönlichkeit muß im Dienste des Vaterlandes aufgehen. [In der gedruckten Fassung kursiv, Verf.] Es bedarf nicht einmal eines besonderen Gebotes, das uns die Hingabe an das Vaterland zur Pflicht macht - die Stimme unseres Herzens ist das natürlichste und zwingendste Gebot. Wir lieben unser Vaterland, weil wir in ihm geboren und erzogen sind. Wir lieben die deutsche Muttersprache. Aus den Werken unserer Dichter und Denker schöpfen wir die reichste Bildung, und in der Geschichte unseres deutschen Volkes, in seinen Kämpfen und Siegen offenbart sich uns die lebendige Kraft, die unsere Väter im Dienste der Gesamtheit entfaltet haben. Wir hängen an unserem Vaterlande mit unserem ganzen Denken und Fühlen. Wenn Menschen so mit einem Lande verwachsen sind, dann setzen sie freudig ihr Bestes ein, um sein Gedeihen zu fördern. Ihre Arbeit bringt ihnen erhöhten Genuß, weil sie wissen, daß sie dem Vaterlande nützt. Wir lieben unser Vaterland; darum wollen wir ihm dienen.“²¹

Hier ist nicht der Ort, um ausführlich auf die Vorgeschichte und die Ursachen des Ersten Weltkrieges einzugehen. Wehler wies nach, dass das deutsche Kaiserreich in den Jahren vor dem Krieg eine massive Aufrüstungspolitik betrieben hatte. So wuchs die Friedenspräsenzstärke des Heeres von ca. 400.000 Soldaten im Jahre 1870 auf 864.000 Soldaten im Jahre 1913 oder, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, von 0,98% (1870) auf 1,3% (1913).²² Der Bau von Schlachtschiffen wurde in den Vorkriegsjahren systematisch erhöht, wofür 60% des Rüstungsetats ausgegeben wurden.²³ Die Pläne zu einem Zweifrontenkrieg, der die bewusste Verletzung der Neutralität Belgiens mit einschloss, wurden schon in den Jahren 1895-1906 unter dem Chef des Generalstabs, Alfred von Schlieffen, ausgearbeitet.²⁴

Fritz Fischer stellte in seinem Buch „Der Griff nach der Weltmacht“ seine Thesen vor, dass 1. das Deutsche Reich „einen wesentlichen Anteil an der Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieg trage“; 2. betonte Fischer den Primat der Innenpolitik als Quelle der Außenpolitik, da die deutsche Regierung „ein festes Kriegszielprogramm besessen habe“. Die Industrieinteressen der Banken und die der exportorientierten chemischen, elektrischen und Maschinenindustrie seien auf

1914. Bielefeld 1991, S. 487-502; Mayer, S. 177-181

²⁰ Vgl. AZJ Nr. 33 vom 17.8.1900

²¹ Zitiert nach Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997, S. 249

²² Vgl. Wehler, S. 151

²³ Vgl. ebd., S. 170

²⁴ Vgl. ebd., S. 154

die Errichtung eines mitteleuropäischen Wirtschaftssystems hinausgelaufen, und die Großagrарier und die Schwerindustrie hätten ebenfalls annexionistische Kriegsziele verfolgt.²⁵

Nach Arthur Rosenberg verdeckte der Kriegsausbruch die Lösung der innenpolitischen Spannungen des Kaiserreichs zwischen Regierung und Volk nur wenige Jahre. Im Gegenteil, je länger der Krieg andauerte, umso brüchiger wurde der „Burgfrieden“, umso größer wurden die innenpolitischen sozioökonomischen Konflikte, „bis dann Krieg und Revolution eins wurden.“²⁶

Wie verhielten sich die deutsch-jüdischen Dachverbände nach der Kriegserklärung der deutschen Regierung an Russland? Problematisierten sie die Tatsache, dass deutsche Juden gezwungen sein würden, gegen russische Juden zu kämpfen? Oder forderten sie zu der patriotischen Loyalität auf, für die der Rabbiner Dr. Coblenz schon Jahre zuvor eingetreten war? Der Aufruf des Verbandes der deutschen Juden und des Centralvereins vom 1.8.1914 lag ganz auf der Linie des Patriotismus, den Dr. Coblenz immer wieder beschworen hatte. Deutsche Juden sollten, um antisemitischen Vorurteilen zuvorzukommen, mehr als ihre Pflicht tun. Die Verbände riefen ausdrücklich dazu auf, dass sich jüdische Männer freiwillig zum Dienst an der Waffe bereitstellen sollten.

„An die deutschen Juden! In schicksalsernster Zeit ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Daß jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterland zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle - Männer und Frauen - stellet Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“²⁷

Tabelle 67: Jüdische Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Gefallene aus dem Kreis Lübbecke

1. Lübbecke

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Kurt Steinberg	16.09.1895	?	Freiwilliger	1914-1919?	?
2. Moritz Weinberg	05.10.1895	?	Freiwilliger	1914-1919?	?
3. Siegfried Weinberg	16.01.1898	Infanterie	Freiwilliger; Feldwebel	1916-3.11.1918	Eisernes Kreuz 2. Klasse (1917)
4. Max Löwenstein	04.08.1896	Radfahrer/ Bückeberger Jägerbatallion	Freiwilliger	1914-5.9.1916 (gef.)	?
5. Hermann Levy	17.02.1879	?	?	1914-1919?	?
6. Feodor Hurwitz	20.01.1874	?	Unteroffizier	1914-1918	?
7. Albert Ruben	29.02.1888	?	?	1914-Mai 1919	?
8. Dr. med. Louis Ruben	28.08.1884	?	Feldarzt	1914-Januar 1919	?
9. Hermann Hecht	22.12.1869	Innendienst	?	1914-?	?
10. Bernhard Neustädter	11.09.1896	?	?	?	Erhält im November 1934 Frontehrenkreuz
11. Max Rosenberg	18.09.1870	?	?	1914-1919?	Mehrere Auszeichnungen

Quellen: Lazarus (1967); Zassenhaus (1988); Shelley (1992); Beckmann (1994); StdtA Lübbecke, C III 3.2; D 200-01

²⁵ Vgl. Jäger, Wolfgang: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1984, S. 205; vgl. Symposium: The German Empire and the First World War. A Quarter Century after the Fischer Controversy. Introduction by Samuel R. Williamson, in: Central European History, Bd. 21, Nr. 3 (Sept. 1988), S. 203-223

²⁶ Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt a.M. 1988, S. 59

²⁷ Zitiert nach Rieger, Paul: Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893-1918 von Landesrabbiner Dr. Rieger – Braunschweig. Berlin 1918, S. 60

2. Levern

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
Dr. jur. Leopold Löwenstein	12.01.1878	?	Unteroffizier	gef. 25.05.1915	?
Erich Hurwitz	?	?	?	?	EK II

Quelle: Möllenhoff/Schlautmann (1995); Hengst (2013), Handbuch, S. 717

3. Wehdem

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
Alfred Sauer	02.01.1890	Infanterie	?	gef. 01.06.1918	?

Quelle: Die jüdischen Gefallenen (1932, 2. Aufl.)

4. Rahden

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Dagobert Haas	06.09.1861	?	?	?	?
2. Alfred Haas	ca. 1900	?	?	1916-?	?
3. Richard Haas	10.07.1896	?	?	?	Auszeichnung
4. Alfred Frank	15.01.1899	?	?	?	?
5. Richard Frank	02.12.1899	?	?	?	?
6. Hermann Vogel	27.03.1876	?	?	3 Jahre Frontsoldat	Eisernes Kreuz, Kriegsehren-, Verwundetenab-zeichen
7. Erwin Meyer	14.12.1894	Infanterie	?	gef. 15.01.1915	?
8. Hermann Oppenheim	22.06.1887	Infanterie	?	gef. 07.09.1914	?

Quellen: Die jüdischen Gefallenen (1932, 2. Aufl.); Ester-Hartke (1997); Mitteilung Walter Hoffmann; StADt, D 80 A Nr. 75

Tabelle 68: Jüdische Teilnehmer am Ersten Weltkrieg und Gefallene aus dem Kreis Halle i.W.

1. Halle i.W. und Brockhagen

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Josef Isenberg	06.05.1890	Infanterie	?	gef. 26.08.1914	?
2. Moritz Hurwitz	?	?	?	gef. 1917	?
3. Albert Wissbrunn	?	?	?	1914-?	?

Quellen: Die jüdischen Gefallenen (1932, 2. Aufl.); Gatzen (1989); Minninger (1996); Heckert (1996)

2. Borgholzhausen

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Jacob Hesse	1877	Landsturm Wachtkommando	?	?	?
2. Max Weinberg	1888	Landsturm Kavallerie	?	?	?

Quelle: Kriegerehrenbuch Borgholzhausen (1922)

3. Vermold und Bockhorst

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Oscar Bergfeld	05.10.1872	?	?	gef. 28.04.1915	?
2. Alfred Steinfeld	25.06.1887	?	?	gef. 13.10.1915	?
3. Alfred Weinberg	19.09.1883	?	?	gef. 22.09.1915	?
4. Bernhard Steinfeld	?	?	?	?	Auszeichnung

Quellen: Weinberg (1974); Gatzen (1989); Beckmann (1998); Hengst (2013), Handbuch, S. 726

4. Werther

NAME	GEBURTSTAG	TRUPPENTEIL	STATUS	DIENSTZEIT	AUSZEICHNUNG
1. Dr. med. Hugo Marx	09.10.1876	Infanterie	Bataillonsarzt	28.09.1914-15.06.1915 (gef.)	Eisernes Kreuz 2. Klasse
2. Friedrich Kaiser	02.10.1888	Infanterie	?	1914-?	?
3. Albert Sachs	19.05.1896	Infanterie	Musketier	1915-1918	?
4. Philipp Sachs	14.08.1898	Infanterie	Kanonier	1917-1919	?
5. Ludwig Sachs	30.11.1896	Infanterie	Musketier	1915-1918	?
6. Julius Weinberg	16.02.1887	?	Sergeant	1914-1918	Eisernes Kreuz
7. Dr. jur. Max Weinberg	16.02.1887	?	Freiwilliger	1914-1918	EK
8. Dr. jur. Moritz Weinberg	29.09.1888	?	Oberleutnant	?	Bayrischer Militärverdienstorden, 4. Klasse mit Schwertern
9. Alfred Weinberg	28.05.1894	?	Soldat	1913-1918	?
10. Hugo Alexander	?	?	Oberarzt der Reserve	?	EK
11. Oscar Eichenwald	?	?	?	?	EK

Quellen: Kienecker (1920); Weinberg (1974); Beckmann (1998); StdtA Werther, B 95a; Hengst (2013), Handbuch, S. 783

Deshalb verwundert es nicht, dass sich aus der jüdischen Gemeinde Lübbecke mehrere junge Männer als Kriegsfreiwillige meldeten: Kurt Steinberg, Moritz und Fritz Weinberg und Max Löwenstein.²⁸

Nach der deutschen Kriegserklärung an Russland am 1.8. und an Frankreich am 3.8.1914 fanden am Mittwoch, dem 5. August, nach einem Aufruf des Kaisers, den „Tag für Gebete im Interesse des Vaterlandes und seines heiligen Krieges zu widmen“, vermutlich in allen Synagogen der kleinen Gemeinden im Untersuchungsgebiet, die noch ein Minjan aufzuweisen hatten, besonders denkwürdige Bittgottesdienste statt, in denen die amtierenden Lehrer und Kantoren ihre Gemeinden einerseits zur patriotischen Pflicht ermahnten, andererseits aber auch versuchten, den zukünftig ausrückenden Soldaten Gottvertrauen und Trost zu vermitteln.²⁹

Insgesamt lassen sich also für den Kreis Lübbecke wenigstens 21 jüdische Kriegsteilnehmer nachweisen, von denen 5 (23,8%) im Ersten Weltkrieg gefallen sind. Aus den kleinen jüdischen Gemeinden des Kreises Halle i.W. kamen wenigstens 17 Kriegsteilnehmer, wenn der im Jahre 1908 zum evangelischen Glauben konvertierte Dr. med. Hugo Marx mitgerechnet wird. Von diesen 17 jüdischen Kriegsteilnehmern fielen 6 (35,3%). Für fast alle gefallenen jüdischen Soldaten wurden Gedenksteine auf den jüdischen Friedhöfen Borgholzhausen, Halle i.W. und Lübbecke errichtet, außerdem eine Ehrentafel an der Nordwand der Synagoge von Rahden aufgehängt. Noch heute findet man ihre Namen auf den Kriegerdenkmälern in Brockhagen, Bockhorst und Rahden. Die Frage allerdings, warum die Namen der jüdischen Kriegsteilnehmer aus Rahden, Erwin Meyer und Hermann Oppenheim, während der NS-Zeit vom Kriegerdenkmal am Alten Markt gelöscht und erst 1976 mit Farbe wieder aufgetragen wurden, andererseits aber noch im

²⁸ Vgl. Lazarus, Max (1967), S. 171; Zassenhaus (1988), S. 95. Die gesamte Zahl der gefallenen Soldaten aus dem Kreis Lübbecke im Ersten Weltkrieg wird auf ca. 2.300 geschätzt. Siehe Kammeier, Heinz-Ulrich: Der Landkreis Lübbecke und der 1. Weltkrieg. Alltagserfahrungen in einem ländlichen Raum Ostwestfalens. Rahden 1998, S. 281

²⁹ Vgl. Ester-Hartke, Ursula: Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Rahden 1997, S. 25; Lazarus, Max (1967), S. 171; Mendes-Flohr, Paul: The Kriegserlebnis and Jewish Consciousness, in: Benz, Wolfgang; Paucker, Arnold; Pulzer, Peter (Hg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998, S. 227

November 1934 Bernhard Neustädter aus Lübbecke per Einschreiben ein Frontehrenkreuz erhielt, wirft ein Licht auf die Widersprüchlichkeit lokaler nationalsozialistischer Ausgrenzungspolitik.³⁰

Die wenigsten deutschen und österreichischen jüdischen Intellektuellen äußerten sich begeistert über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Albert Einstein, seit 1914 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, verabscheute als Internationalist Autoritarismus und Militarismus.

Für den Sozialisten Gustav Landauer war der kaiserliche Obrigkeitsstaat die Quelle allen Übels. Seiner Meinung nach hatte Deutschland den Krieg begonnen. Er sezierte öffentlich die deutsche Propaganda, die versuchte, den Krieg als Kampf für die deutsche Kultur und als Abwehrkampf gegen die russische Invasion zu rechtfertigen, als unstimmig, weil die wichtigste Front im Westen lag und sich die Kampfhandlungen gegen Soldaten aus demokratischen Staaten richteten. In einem Brief an Präsident Wilson drückte er im Jahre 1917 seine Hoffnung aus, dass die USA wesentlich zur zukünftigen Einheit Europas beitragen könnten.

Als der Rabbiner Joseph Carlebach am Samstagabend vor Rosh Hashana 1917 in der von den Deutschen besetzten litauischen Stadt Kovno seine Predigt mit den Worten begann „Wir haben diesen Krieg nicht gewollt!“, so drückte er damit sein tiefes Bedauern darüber aus, dass Juden aus dem Westen gezwungen wurden, gegen Juden aus dem Osten zu kämpfen. Carlebach hatte großen Respekt vor der Gelehrsamkeit der litauischen Juden und predigte für die Einheit des jüdischen Volkes. Unglücklicherweise waren einige deutsch-jüdische Soldaten mit Rabbi Carlebachs Botschaft nicht einverstanden und denunzierten ihn. Zur Strafe wurde der Rabbiner für einen Monat an die Front versetzt.

Für Gershom Scholem war der Erste Weltkrieg aus zionistischer Sicht eine große Katastrophe. Zusammen mit seinem Freund Erich Brauer redigierte er seit August 1915 eine zionistische und antimilitaristische Zeitschrift mit dem Titel „Die Blauweisse Brille“, in der er sich kritisch mit der Sicht Martin Bubers auseinandersetzte, der in einem Artikel in der „Jüdischen Rundschau“ (Januar 1915) entschieden für den Krieg mit den Worten Stellung bezog: ‚wir gingen in den Krieg nicht trotz unseres Judeseins, sondern weil wir Zionisten sind‘. Auf einem zionistischen Treffen zu Chanukka 1915 rechtfertigte Buber in deutschpatriotischer Absicht den Krieg, indem er ihn mit dem der Makkabäer gegen die Römer verglich. Diese Sicht erregte Scholems Zorn. Er war der Überzeugung, dass ein britischer Sieg der zionistischen Sache förderlicher sei. Als Scholem im Mai 1917 einberufen wurde, spielte er den geistig Verrückten, so dass er im Januar 1918 als untauglich entlassen wurde. Er zog es daraufhin vor, nach Jena zu ziehen und dort zu studieren.³¹

Sigmund Freud stellte zu Beginn seines Essays „Die Enttäuschung des Krieges“, den er vermutlich im März und April 1915 schrieb, mit großem Bedauern fest, dass der Krieg eine zutiefst

³⁰ Vgl. Ester-Hartke, S. 26; StdtA Lübbecke, D 200-01. In Rahden weihte die Synagogengemeinde am 20.4.1927 ein Kriegerehrenmal ein, das an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Gemeindemitglieder Hermann Oppenheim und Erwin Meyer erinnerte. Die Holztafel war zwischen den Nordfenstern in der Synagoge angebracht. Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 421; vgl. Ester-Hartke, S. 17

³¹ Vgl. Horwitz, Rivka: Voices of Opposition to the First World War among Jewish Thinkers, in: LBIYB, Bd. XXXIII (1988), S. 233-259

degradierende Wirkung auf die Wissenschaft ausübe, weil sie gezwungen werde, den Weg der „leidenschaftslose[n] Unparteilichkeit“ aufzugeben. Leider seien einige Wissenschaftler bereit, aktiv in der Kriegswirtschaft und Kriegspropaganda mitzuarbeiten, auch wenn sie ihre Arbeit nicht mit ruhigem Gewissen ausführen könnten. Freud stellte einer solchen Haltung zu Gunsten des nationalistischen Chauvinismus und Militarismus das Verhalten des „Kulturweltbürger[s]“ gegenüber, der gewohnt sei, die kulturellen Ausdrucksformen vieler Nationen zu achten.³² Das wahre Gesicht, die neue Qualität des unter modernen industriellen Bedingungen geführten Krieges, der alle herkömmlichen internationalen Vereinbarungen und Traditionen ignorierte und verletzte, charakterisierte Freud in folgenden Sätzen:

„Der Krieg, an den wir nicht glauben wollten, brach nun aus, und er brachte die - Enttäuschung. Er ist nicht nur blutiger und verlustreicher als einer der Kriege vorher, infolge der mächtig vervollkommenen Waffen des Angriffes und der Verteidigung, sondern mindestens ebenso grausam, erbittert, schonungslos wie irgendein früherer. Er setzt sich über alle Einschränkungen hinaus, zu denen man sich in friedlichen Zeiten verpflichtet, die man das Völkerrecht genannt hatte, anerkennt nicht die Vorrechte des Verwundeten und des Arztes, die Unterscheidung des friedlichen und des kämpfenden Teiles der Bevölkerung, die Ansprüche des Privateigentums. Er wirft nieder, was ihm im Wege steht, in blinder Wut, als sollte es keine Zukunft und keinen Frieden unter den Menschen nach ihm geben. Er zerreißt alle Bande der Gemeinschaft unter den miteinander ringenden Völkern und droht eine Erbitterung zu hinterlassen, welche eine Wiederanknüpfung derselben für lange Zeit unmöglich machen wird.“³³

Während des Krieges schien die philosemitische Abwehrzeitschrift „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ die Tatsache aus dem Blick genommen zu haben, dass schließlich auch in den Ländern, gegen die das deutsche Reich Krieg führte, nicht unbedeutende jüdische Minderheiten lebten. Die Zeitschrift instrumentalisierte den zweifelhaften, ambivalenten wissenschaftlichen Erfolg deutsch-jüdischer Chemiker und Physiker, indem das Publikationsorgan betonte, dass sie „an der Fortführbarkeit des Krieges“ maßgeblichen Anteil hätten.³⁴ Insbesondere die wissenschaftlichen Leistungen von Fritz Haber, Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, wurden herausgehoben. Das Institut in Berlin-Dahlem war im Jahre 1912 von Kaiser Wilhelm II. persönlich eingeweiht und Haber bei dieser Gelegenheit zum Hauptmann befördert worden. Mit seinem Team von Mitarbeitern, unter ihnen Otto Hahn, James Franck, Gustav Hertz, Wilhelm Westphal und Erwin Madelung, beschäftigte er sich seit dem Herbst 1914 im Auftrag des Kriegsministeriums mit der Entwicklung und Herstellung von chemischen Kampfstoffen, deren Einsatz er z.T. persönlich an der West- und Ostfront überwachte. Außerdem wurde das nach Fritz Haber und Carl Bosch benannte Verfahren, Ammoniak aus dem Stickstoff der Luft zu gewinnen, für die Herstellung von Sprengstoffen genutzt. Wenn das Mitteilungsblatt am 13.1.1915 die Nachricht für berichtenswert hielt, dass sich im Kaiser-Wilhelm-Institut eine Explosion ereignet hatte, bei der es einen toten und einen verletzten Professor gegeben hatte, Haber aber unverletzt geblieben war, oder die Abwehrzeitschrift am 19.5.1915 vermutlich in verkürzter Form über den Tod der Ehefrau Clara von Fritz Haber berichtete, so waren

³² Vgl. Freud, Sigmund: Zeitgemäßes über Krieg und Tod (1915): Die Enttäuschung des Krieges (I), in: Mitscherlich, Alexander; Richards, Angela; Strachey, James (Hg): Sigmund Freud. Studienausgabe. Bd. IX. Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion. Frankfurt a. M. 1982, S. 35-37

³³ Ebd., S. 38

³⁴ Lindner, Erik: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Magisterarbeit. Münster 1989, S. 70

diese Ereignisse kleinere Tragödien im Verhältnis zur Wirkung der deutschen Giftgasangriffe an der West- und Ostfront, denen Zehntausende von Soldaten zum Opfer fielen.³⁵ Nach dem deutschen Chlorgasangriff in Ypern, von dessen Wirkung sich Haber persönlich überzeugen konnte, bat ihn seine Frau Clara, die Entwicklung von chemischen Kampfstoffen aufzugeben. Haber weigerte sich. Am Abend, bevor sich Haber auf eine Reise an die Ostfront zu einem neuen Gasangriff aufmachte, nahm sich seine Frau das Leben.

Es sind Briefe erhalten, die Aufschluss darüber geben, wie sich die Haltung von Dr. med. Hugo Marx aus Werther i.W. im Laufe des Krieges wandelte. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte sich Hugo Marx, obwohl er seine kleinen Kinder, einen Sohn und zwei Töchter, und seine am 6.3.1914 verstorbene Frau in Werther zurücklassen musste, zunächst als Zivilarzt gemeldet und wurde dann als Bataillonsarzt von Altenbeken nach Münster, später nach Teroneren und Beverloo in Belgien versetzt. Im Januar 1915 musste er mit seinem Batallion „genau in der Mitte zwischen Reims und Verdun" Stellung beziehen. Schon hier erkannte der Arzt, als sein Regiment in kurzer Zeit sehr dezimiert wurde, dass ‚der Krieg [...] etwas Schreckliches' ist.³⁶ Am 24.3.1915 erhielt er Nachricht vom Tod seines ältesten Bruders, der in Augustowo gefallen war. Aus seinem Fronturlaub wurde zunächst nichts, da er den Regimentsarzt vertreten musste. In einem seiner Briefe schilderte Hugo Marx den Grabenkrieg in Nordfrankreich, wie wir ihn aus den Szenen des Romans „Im Westen nichts Neues" kennen:

„[...] Unser Regiment hat eine schwere Zeit hinter sich. Wenn es auch nicht blutige Angriffe weder von der einen noch von der anderen Seite waren, die uns Opfer auferlegten, so haben wir durch Artilleriefeuer doch Verluste gehabt. Der Gefechtsabschnitt, den wir zuletzt besetzt hielten, war in den letzten drei Wochen täglich unausgesetzt das Ziel einer feindlichen Batterie, die offenbar gut verschanzt, von den unsrigen nicht zum Schweigen gebracht wurde.

Der Abschnitt war in Zeiten von je sechs Tagen von zwei Kompagnien unseres Batallions besetzt, so daß ich abwechselnd sechs Tage Gefechtszeit und sechs Tage Ruhe hatte. Schon der Aufmarsch zur Stellung war ein gefährlicher; und eine Zeitlang beschossen die Franzosen sogar unser Quartier Autry mit schweren Geschützen aus 10 km Luftlinienentfernung. An dem Tage, an dem diese Beschießung begann, waren wir im Abmarsch von der Stellung bereits vor Autry angekommen, als wir in der Ferne am Horizont die Geschütze aufblitzen sahn (es war stockfinstere Nacht), welche ihre Geschosse in das bisher noch unversehrte Autry hineinsandten. Einige Sekunden Stille; dann kam es über uns gesaust, und sofort schlug es mit donnerähnlichem Getöse in das vor uns liegende Autry ein, so daß wir unsere Marschrichtung ändern mußten. Offenbar waren es schwere französische oder englische Schiffsgeschütze, die ihren feurigen Gruß nach Autry entsandten.

Der Aufmarsch in die Stellung, der je nach Quartierort 2¼-4½ Stunde dauerte, war nicht minder gefährvoll. Bildete doch die Front in dieser Gegend ein gewaltiges Hufeisen, an deren vorgeschobenstem Posten wir uns befanden. Innerhalb dieses Hufeisens mußten wir alle sechs Tage unseren Aufmarsch und Abmarsch vollziehen, also auf beiden Seiten von Freund und Feind umgeben. Waren wir dann glücklich in der Stellung angelangt, so waren wir wie in der Mausefalle.

Unser Lager befand sich in einer Talschlucht, ungefähr 100 m hinter dem eigenen Schützengraben, der dem feindlichen sich von 300 auf 150 m näherte. Lager wie Schützengraben wurden täglich andauernd zu bestimmten Zeiten beschossen (von Artillerie). Wir Ärzte waren denselben Gefahren ausgesetzt wie die Soldaten; nur insofern noch mehr, als wir bei durch Granatfeuer eingetretenen Verlusten direkt im Feuer verbinden mußten, während die Truppen in der Lage waren, am sicheren Bergabhang Unterkunft zu finden. Dort boten die tief in den Felsen gehauenen Unterstände einen granatsicheren Unterschlupf, was die gewöhnlichen Unterstände nicht taten.

Feiertage und Sonntage gab es nicht. Karfreitag wurde, das habe ich im Tagebuch ausdrücklich bemerkt, von den Franzosen der Artilleriekampf begonnen.

Am zweiten Ostertage eröffneten die übrigens überaus nervösen Franzosen ein heftiges Gewehrfeuer auf unsere Schützengräben, dem bald ein noch heftigeres Artilleriefeuer auf unsere gesamte Gefechtsstellung folgte. Es war der Tag einer allgemeinen Offensive auf der Westfront. Wir hatten an diesem Tage vier Granatvolltreffer auf dem bescheidenen Raum unseres Lagers und zwar in die Unterstände hinein. Einem Artilleriefeuer im Lager ausgesetzt zu sein, ist schrecklich; darin auszuhalten erfordert mehr Mut als eine offene Feldschlacht, zu der wir hier vielleicht berufen sind. Ein Heulen und Sausen, je nach Schwere des Geschosses; ein dumpfer Aufschlag, ein donnerähnliches Krachen kennzeichnen den Weg der Granate, vor der wir im Aufmarsch zur Stellung oft Deckung im Straßengraben suchten. [...]

³⁵ Vgl. Quitzow, Wilhelm: Naturwissenschaftler zwischen Krieg und Frieden: Quellen und Materialien. Düsseldorf 1986, S. 50-57; Lindner, S. 68f

³⁶ Zitiert nach Kienecker, Paul: Das Kirchspiel Werther und der Krieg 1914-18. Zum dankbaren Gedenken an unsere Gefallenen und Kriegsteilnehmer. Werther i.W. 1920, S. 230

Der Krieg an sich befriedigt nicht. Wenn ich gefragt würde, ob mich der Krieg befriedige, so würde ich tausendmal nein sagen. Für mich ist der Krieg nur das Endergebnis aller Fehler, die Eigennutz und Eigenliebe, Ehrgeiz und tierischer Rassenhaß begangen haben. Daß er notwendig war, bedarf keiner Frage, sonst hätte ihn das Schicksal nicht zugelassen. Hoffentlich bringt der Krieg aber auch unserem Vaterland und manchem seiner Bewohner Gelegenheit zur Einsicht und Umkehr. [...] ³⁷

Die Ausdruckweise des Arztes verrät, dass sein Denken in patriotischen und nebulösen Kategorien befangen war. Militarismus und Imperialismus waren zweifellos nicht nur ein deutsches Problem. Doch der Krieg war von den deutschen Militärs und den so genannten Eliten geplant worden, die bereit waren, in dem defensiven Offensivkrieg erhebliche Risiken einzugehen. Der Krieg ging nicht auf das Konto des Schicksals.

Der mutige Arzt, Träger des Eisernen Kreuzes ('Die Sanitäter wollten einmal im Feuer die Verwundeten nicht holen; da bin ich selbst hingegangen'), kam Ende Mai/Anfang Juni 1915 nach Werther i.W. auf Urlaub zu seinen Kindern. Er hätte gern die Bataillonsarztstelle in Halle i.W. erhalten und die Verwundeten im St. Jacobistift versorgen lassen. Sein Abschied aus Werther am 10. Juni zurück an die Front wurde ihm sehr schwer. Er wollte noch seine Mutter in Frankfurt a.M. besuchen. Am 15.6.1915 wurde Dr. med. Hugo Marx in Hirzenstein am Hartmannsweilerkopf unweit von Isenheim von einer Granate in seinem Unterstand getötet. Sein Leichnam wurde nach Werther überführt und dort auf dem christlichen Friedhof beigesetzt.

Aus der Stadt Werther i.W. kamen 433 Kriegsteilnehmer, von denen 5 vermisst und 89 gefallen sind. Unter diesen 433 sind uns mindestens 8 jüdische Kriegsteilnehmer (1,8%) bekannt. Im ganzen Kirchspiel Werther gab es 1.167 Kriegsteilnehmer, 20 Vermisste und 227 Gefallene. ³⁸

Aus der Nachbarstadt Borgholzhausen nahmen ca. 285 Männer am Krieg teil, darunter 2 jüdische (0,7%). Das Kriegerehrenbuch nennt 59 Gefallene oder an ihren Verwundungen Verstorbene. ³⁹

Versmold hatte 85 Gefallene, darunter 2 jüdische, Bockhorst 61 Gefallene, darunter einen jüdischen, zu beklagen. Insgesamt fielen 347 Soldaten im Ersten Weltkrieg, die aus dem Amt Versmold stammten. ⁴⁰

Wenige Wochen, nachdem von Hindenburg und von Ludendorff an die Spitze der Dritten Obersten Heeresleitung berufen worden waren, wurde aufgrund des Erlasses vom 11.10.1916, der vom preußischen Kriegsminister Wild von Hohenborn initiiert wurde, eine sogenannte „Juden­zählung“ im Feldheer, in der Etappe und im Besatzungsheer durchgeführt, um angeblich antisemitischen Beschwerden entgegenzutreten. „In Wirklichkeit gaben antisemitische Beweggründe den Ausschlag.“ ⁴¹

Die Antisemitenpresse des Reichshammerbundes und anderer völkischer Organisationen, die des Alldeutschen Verbandes, des Bundes der Landwirte und die Publikationsorgane der evangelischen und katholischen Studentenschaft hatten schon seit Spätherbst 1914 beleidigende Vorwürfe

³⁷ Zitiert nach demselben, S. 233f

³⁸ Vgl. Kienecker, S. 646

³⁹ Vgl. StdtA Borgholzhausen: Das Eiserne Buch des Amtes Borgholzhausen. Kriegerehrenbuch und Ortschronik der Kriegsjahre 1914-1919. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen 1922

⁴⁰ Vgl. Westheider: Versmold (1994), S. 471

⁴¹ Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 169

gegenüber der jüdischen Minderheit erhoben, dass ihre Soldaten sich weniger aufopferungsvoll und kampfestüchtig verhielten als die nichtjüdischen Soldaten. Die Juden drückten sich angeblich vor dem Fronteinsatz und würden am Kriege finanziell profitieren. In den ersten beiden Kriegsjahren beschränkten sich die jüdischen Presseorgane darauf, diese Vorwürfe publizistisch richtigzustellen, ohne die Regierung aufzufordern, selbst aktiv gegen diese Vorwürfe eine Erklärung abzugeben.⁴²

Zur unmittelbaren Vorgeschichte der „Judenählung“ trug das so genannte Hindenburgprogramm bei, das vorsah, Facharbeiter vom Frontdienst freizustellen, um die erhöhte Produktion von Munition und Kriegsmaterial sicherzustellen. Gleichzeitig drängte die Oberste Heeresleitung (OHL) darauf, angesichts massiver Verluste in den letzten Monaten des Krieges, so viele waffentaugliche Männer wie möglich einzuberufen. Der konkrete Druck der OHL auf das Kriegsministerium spielte bei der Initiierung des Erlasses eine Rolle. Die „Judenählung“ zielte nach Angress darauf ab, mögliche jüdische Drückeberger nachzuweisen und jüdische Forderungen nach dem Krieg hinsichtlich der Gleichbehandlung von jüdischen Bewerbern um Aufnahme in das Offizierskorps abzublocken.⁴³

Als die „Judenählung“ am 3.11.1916 Gegenstand einer Reichstagsdebatte war, erklärte ihr möglicher geistiger Vater, Oberst von Wrisberg, dass der Erlass keine antisemitischen Absichten verfolge, nur die „ständig einlaufenden Beschwerden über die Freistellung von Juden vom Militärdienst“ überprüft werden sollten.⁴⁴ Zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Heine und Quarck, und ein Abgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei, Ludwig Haas, der auch Ausschussmitglied des Abwehrvereins war, äußerten ihre Kritik an dem Vorgehen des Kriegsministeriums, da es auf die deutschen Juden eine entfremdende Wirkung haben musste.⁴⁵

Nach Lindner hatte die Erhebung eine desintegrierende und distanzierende Wirkung auf das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden im deutschen Militär.⁴⁶ Der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Juden, Oskar Cassel, legte beim Leiter des Zentraldepartements des Kriegsministeriums, Oberst Ulrich Hoffmann, am 4.11. und 7.11.1916 Protest ein, während sich der Hamburger Bankier Max Warburg schriftlich und mündlich an den Direktor des Kanzleramtes, Unterstaatssekretär Arnold Wahnschaffe, wandte, um durch ihn die Zusage zu erhalten, dass das Kriegsministerium eine unzweideutige öffentliche Erklärung abgebe, „daß die deutschen Juden ihre patriotische Pflicht im selben Maße erfüllten wie ihre christlichen Kameraden“.⁴⁷ Am 19.1.1917 warnte Warburg einen hohen Reichs-bankfunktionär, dass die „Judenählung“ negative Auswirkungen auf die Bereitschaft jüdischer Bankiers, die anstehende sechste Kriegsleihe zu

⁴² Vgl. Angress, Werner T.: The German Army's „Judenählung“ of 1916. Genesis – Consequences – Significance, in: LBIYB, Bd. XXIII (1978), S. 119; Lindner, S. 87

⁴³ Vgl. Angress, S. 123f

⁴⁴ Lindner, S. 89

⁴⁵ Vgl. Angress, S. 126; Lindner, S. 90

⁴⁶ Vgl. Lindner, S. 90

⁴⁷ Angress, S. 129. Übersetzung ins Deutsche vom Verfasser.

bedienen, haben könnte. Tatsächlich wurde die Finanzierung der geschätzten Kriegskosten von 152-155 Mrd. Mark durch das Ermächtigungsgesetz vom 4.8.1914 mit Hilfe von neun langfristigen Anleihen, der Rest durch Schuldverschreibungen getätigt.⁴⁸ Vermutlich beteiligten sich auch jüdische Bürger aus dem Untersuchungsgebiet an der Zeichnung von Kriegsanleihen, um ihren Patriotismus zu dokumentieren. Familie Weinberg aus Bockhorst beispielweise soll nicht weniger als 5.000 Mark Kriegsanleihen gezeichnet haben.⁴⁹ Da der vermehrte Geldumlauf nur teilweise abgeschöpft wurde und Geldnoten ohne Rücksicht auf genügende Golddeckung gedruckt wurden in der Hoffnung, irgendwann zukünftig Kriegsgewinne zu machen, verlor die Mark schon zwischen 1914-19 neun Zehntel ihres Wertes. Die hyperinflationären Probleme der frühen 1920er Jahre beruhten auf der Kriegsfinanzierung mit nicht gedeckten Geldschöpfungen.⁵⁰

Schließlich zeigte sich der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Juden zufrieden mit einer brieflichen Mitteilung des Kriegsministers General Hermann von Stein, die veröffentlicht werden durfte. Der abschließende Satz dieser Mitteilung vom 20.1.1917 lautete:

„Auf jeden Fall habe ich festgestellt, daß das Verhalten der jüdischen Soldaten und Mitbürger während des Krieges nicht der Grund war, der die Anordnung meiner Vorgänger veranlaßte, und kann daher nicht mit ihr in Verbindung stehen.“⁵¹

Die Judenzählung war ein Symptom dafür, dass der Antisemitismus in Deutschland, besonders in militärischen und sozioökonomischen Krisenzeiten, nicht nur in der konservativen und völkischen Presse zum Ausdruck kam, sondern sogar Regierungspolitik werden konnte. Die Ergebnisse dieser Zählung wurden zunächst geheim gehalten, was von der antisemitischen Presse ausgenutzt wurde. Die von Jacob Segall im Auftrag der großen jüdischen Organisationen von 1917-21 geleitete Zählung kam zu dem Ergebnis, dass von den 1914 lebenden 555.000 reichsdeutschen Juden 100.000 während des Krieges in Heer, Marine und Schutztruppen gedient hatten und 12.000 gefallen waren.⁵² Diese Zahlen waren doppelt so hoch wie das Ergebnis der Zählung der

⁴⁸ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1994, 7. Aufl., S. 200. Innerhalb der SPD stimmten im August 1914 nur zwei von zwölf jüdischen SPD-Reichstagsabgeordneten gegen die Bewilligung von Kriegskrediten: Joseph Herzfeld und Hugo Haase. Infolge der Gräueltaten des Ersten Weltkriegs kam es bald zu einem grundlegenden Meinungsumschwung im Juni 1915. Bernstein vom rechten Flügel der SPD, Haase vom linken Flügel und Karl Kautzky von der orthodoxen Mitte riefen öffentlich zu einem Versöhnungsfrieden auf. Im Dezember 1915 stimmten 42 SPD-Abgeordnete mit Nein oder enthielten sich der Stimme, darunter sieben der noch verbliebenen elf Juden in der SPD-Fraktion. Als im Frühjahr 1917 die USPD von den SPD-Reichstagsabgeordneten gegründet wurde, die den Krieg ablehnten, traten ihr sechs der jüdischen SPD-Abgeordneten bei. Vgl. Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz (1997), S. 372f

⁴⁹ Vgl. Bockhorst und seine Bauern während des 2. Weltkriegs. Schülerarbeit einer 12. Klasse des Gymnasiums der Jugenddorf-Christopherusschule Versmold im Rahmen des Wettbewerbs „Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ mit dem Thema „Alltag im Nationalsozialismus. Die Kriegsjahre in Deutschland“. 1982/83, Körber-Archiv, Hamburg. Nr. 83-334, S. 32

⁵⁰ Vgl. Wehler, S. 201; Alter, P. et al.: Grundriß der Geschichte. Bd. 2. Neuzeit seit 1789. Stuttgart 1984, S. 253f

⁵¹ Zitiert nach Angress, S. 133; übersetzt vom Verfasser

⁵² Vgl. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hg.): Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch. Berlin 1932, 2. Aufl., S. 421. Segall errechnete, dass 17,3% aller deutschen Juden und 18,73% aller nichtjüdischen Deutschen Kriegsteilnehmer waren. Diesen geringfügigen Unterschied erklärte er mit dem unterschiedlichen Altersaufbau der beiden Bevölkerungsgruppen. Nach Segall standen 77,55% der jüdischen Kriegsteilnehmer an der Front, 11-12% sind gefallen. Dieser Prozentsatz war 1-2% niedriger als der der nichtjüdischen Gefallenen. Dieses Phänomen erklärte Segall mit der niedrigeren Zahl jüdischer Offiziere und Reserveoffiziere und der größeren Zahl an jüdischen Soldaten, die in Schreibstuben Dienst taten. 35,42% der jüdischen Kriegsteilnehmer wurden ausgezeichnet, 23,17% befördert, 2,4% seien in den Offiziersrang erhoben

Heeresverwaltung, die auf einen deutschjüdischen Gesamtverlust von 6.000 Soldaten während des Ersten Weltkriegs kam. Die deutschen Gesamtverluste wurden mit 1,88 Mio. angegeben.⁵³ Die Zahl der Opfer unter Soldaten und Zivilisten aller kriegführenden Länder wird auf 8,5 Mio. geschätzt.⁵⁴

Ein anderer Aspekt des Ersten Weltkrieges bestand darin, dass Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter im Untersuchungsgebiet eingesetzt wurden. Wenn unter ihnen Juden waren, ergab sich die Frage, wer für ihre religiösen Bedürfnisse zuständig war. Der Lehrer Max Lazarus verfasste Anfang 1917 sein zweites patriotisches Theaterstück mit dem Titel „Der Engel, den der Kaiser fand in seinem Flehn fürs Vaterland“, das im selben Jahr zweimal in Lübbecke, einmal in Preußisch Oldendorf und 1918 einmal in Heepen und in Milse bei Bielefeld aufgeführt wurde. Andererseits kümmerte sich der jüdische Lehrer um die religiösen Bedürfnisse der jüdisch-russischen Kriegsgefangenen:

„Russische und französische Kriegsgefangene hatte man hier [in Lübbecke] in einem Lager untergebracht. Sie wurden landwirtschaftlich und als Arbeiter beschäftigt. Drei jüdische Kriegsgefangene zählten dazu, darunter der Urmacher [sic] Schapiro aus Rußland. Als vierter ein Russe namens Abraham, der bei einem Bauern beschäftigt wurde. Von der Militärbehörde in Minden erwirkte ich die Erlaubnis, für die Kriegsgefangenen in religiöser Hinsicht zu sorgen. Sie durften an Feiertagen am Gottesdienst teilnehmen, wurden unter Aufsicht eines Wachmanns nach dem Gottesdienst in der jüdischen Schule beköstigt, insbesondere nach Schluß des Versöhnungstages. Ich nahm auch sonst Gelegenheit, mich mit ihnen zu unterhalten und sie nach ihrem Herkommen zu befragen. Schapiro erwarb sich als geschickter Urmacher [sic] Vertrauen und Achtung in der Stadt. Er hatte insbesondere die Aufgabe, die Turmuhr der evangelischen Kirche wöchentlich zu regulieren. Der furchtbare Winter 1917 setzte ihm leider sehr zu. Er wurde lungenkrank, fand im Kreiskrankenhaus Aufnahme und wurde liebevoll betreut. Er entschlief, es ist erschütternd, ohne seine Angehörigen in Rußland wiederzusehen. Man wollte den Kriegsgefangenen erst nicht erlauben, an dem Begräbnis ihres Kameraden teilzunehmen. Da erklärten sie, die Tagesarbeiten zu verweigern. Von der Militärbehörde in Minden wurde darauf die Mitfolge der Kriegsgefangenen genehmigt. Sie gingen geschlossen dem Leichenkondukt voran. Die Gemeindeglieder erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre. In meiner Traueransprache auf dem Friedhof brachte ich zum Ausdruck, der Verstorbene habe als Soldat seine Schuldigkeit getan, habe kameradschaftlich zu seinen Mitgefangenen gestanden, habe hier durch seine Arbeitswilligkeit und sein bescheidenes Wesen sich die Achtung derer erworben, mit denen er in Berührung kam. Auch betonte ich, daß er ein frommer Jude war. - Einige Zeit nach seinem Heimgang wurde ihm ein schlichtes Grabdenkmal errichtet mit einer Widmung in russischer Sprache und einem hebräischen Spruch, soweit ich mich erinnern kann.“⁵⁵

Jacob Schapiro (*21.3.1891, gest. 8.6.1918) gehörte zum 9. Samsonov Regiment. Der Befehlshaber einer der beiden russischen Armeen, die im Sommer 1914 Ostpreußen angriffen, war Alexander Samsonov. Er beging Selbstmord, als seine Armee bei Tannenberg den deutschen Truppen unterlag. Von den mehr als 150.000 russischen Soldaten fielen 50.000. Jacob Schapiro war einer von 90.000 russischen Gefangenen.⁵⁶

worden, 1,37% zum Sanitätsoffizier. Vgl. Friedländer, Saul: Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Mosse, Werner E. (Hg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Tübingen 1971, S. 37f, Fußnote 28. Berding bestätigt die Berechnungen Jacob Segalls in aufgerundeten absoluten Zahlen. Nach ihm gab es unter den ca. 100.000 deutsch-jüdischen Soldaten 78.000 Frontkämpfer, von denen 12.000 fielen. 30.000 erhielten Tapferkeitsmedaillen, 19.000 wurden befördert, davon 2.000 zu Offizieren. Vgl. Berding, Helmut: Der Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg, in: Benz, W.; Bergmann, W. (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg 1997, S. 288. Dem in Lübbecke geborenen, am 3.11.1918 schwer verwundeten, freiwilligen Frontkämpfer Siegfried (Fritz) Weinberg war als Musketier am 23. August 1917 als Tapferkeitsauszeichnung das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden. Nach dem Krieg wurde ihm in der Hyperinflationszeit eine einmalige Abfindungssumme ausgezahlt, deren Kaufkraft lediglich ausreichte, einen einzelnen Schuh zu kaufen. Vgl. Shelley (1992), S. 114; Zassenhaus, S. 95

⁵³ Vgl. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hg.): Die jüdischen Gefallenen, S. 421

⁵⁴ Vgl. Tenbrock, R.H.; Goerlitz, E.; Grütter, W. (Bearb.): Zeiten und Menschen. Bd. 2. Ausgabe G. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart 1776 bis heute. Paderborn 1970, S. 99

⁵⁵ Lazarus, S. 176f

⁵⁶ Vgl. Zassenhaus, S. 93f

Max Lazarus bemühte sich also, das Leben der jüdisch-russischen Kriegsgefangenen etwas menschlicher zu gestalten. Die gemeinsamen Glaubensvorstellungen und gemeinsame Kenntnisse des Hebräischen als Gebetsprache bildeten eine internationale Brücke, die jenseits der deutschen obrigkeitsstaatlichen Ideologie und Freund-Feind-Muster Geltung hatte. Umsomehr musste es Jacob Schapiro schmerzen, die Turmuhr der evangelischen Kirche stellen zu müssen, als bis heute ein Gedenkstein über dem Nordportal der St. Andreas Kirche an die Ermordung der Lübbecker Juden im Jahr 1350 erinnert.

Die in der Landwirtschaft eingesetzten Kriegsgefangenen wurden anscheinend nicht immer streng beaufsichtigt. Am 16.3.1917 musste ein Landwirt aus Varl bei Rahden, wo sich ein weiteres Kriegsgefangenenlager befand, ein Strafgeld von 10 Mark zahlen, weil ihm vorgeworfen wurde, dass er „durch Fahrlässigkeit“ die Flucht des Kriegsgefangenen Sender Kutschinski ermöglicht hätte.⁵⁷

Weitere Kriegsgefangenenlager im Kreis Lübbecke wurden in Preußisch Ströhen, Tonnenheide und Haldem eingerichtet. Das KGL Tonnenheide wurde im Dezember 1915 mit 150 französischen Gefangenen belegt. Ihre Aufgabe bestand in der „Urbarmachung von etwa 350 Hektar Moor- und Heidefläche“.⁵⁸

Das Haldemer Lager war Ende 1914 in einer umgebauten Scheune eines Landwirts eingerichtet worden, in dem ca. 40 französische, belgische und russische Kriegsgefangene festgehalten wurden, die zu bezahlten Arbeiten auf Haldemer Höfen verpflichtet wurden. Hinsichtlich des Haldemer Lagers wurde nur von einem Fluchtversuch im Jahre 1917 berichtet, während aus dem Massenlager Minderheide für 20.000-30.000 Kriegsgefangene von Januar bis Juni 1917 451 Menschen flohen.

Nach dem Abschluss des Waffenstillstandes am 11.11.1918 sollten alle Kriegsgefangenen laut Telegramm des Arbeiter- und Soldatenrats Minden vom 28.11.1918 entlassen werden. Doch die Rückkehr der ehemaligen Kriegsgefangenen in ihre Heimatländer verzögerte sich aufgrund von Transportproblemen. Russische und ukrainische Gefangene entschieden sich, zunächst in Deutschland zu verbleiben, da in ihren Heimatländern ein Bürgerkrieg zwischen Bolschewisten und so genannten Weißen (Monarchisten, Demokraten) ausgebrochen war.⁵⁹

Ein anderer kriegsbedingter regionalgeschichtlicher Aspekt bestand in der Unterbringung von ca. 2.500 Industriekindern im Kreis Lübbecke während des Ersten Weltkrieges. Aufgrund der englischen Blockade und der Mangelernährung in den Städten des Ruhrgebiets war es schon vor, besonders aber während des „Steckrübenwinters 1916/17“ notwendig geworden, Kinder aus kinderreichen Familien des Ruhrgebiets, deren Väter als Soldaten an der Front dienten und deren Mütter nicht selten in der Kriegsindustrie eingesetzt waren, bei Bauernfamilien in Pflege zu geben. Den Kindern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihren ernährungsbedingten, schlechten

⁵⁷ Vgl. StADt, D 23 Rahden Nr. 21

⁵⁸ Vgl. Kammeier (1998), S. 152, 162, 174

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 178f

Gesundheitszustand zu verbessern, indem ihnen ihre Pflegeeltern einen Speiseplan mit ausreichend Kartoffeln, Fleisch, Obst und Gemüse anboten, während sich andererseits die Kinder als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter nützlich machen sollten. Zudem schienen manche Pflegeeltern den Besuch ihrer Kinder auf dem Lande genutzt zu haben, um ihre eigenen defizitären Ernährungswünsche zu befriedigen. Die Vermittlung der Industriekinder wurde von den örtlichen Pfarrgemeinden und kirchlichen Vereinen (z.B. Frauenhilfe) organisiert und der Aufenthalt der Kinder teilweise von der Frauenhilfe finanziert. Im Jahre 1917 fanden 75 Kinder aus Düsseldorf in der Gemeinde Arrenkamp, 80 Kinder aus Herne in Dielingen, 105 Kinder aus Herne in Drohne und 56 Kinder aus Dortmund in Fiestel Pflegeeltern und Unterkunft.⁶⁰

Schon als Zweijähriger wurde Friedrich Jelin aus Herne (*5.6.1916) bei dem Tischler und Pachtbauern Varenkamp in Varl bei 23 in Pflege gegeben. Die Bäuerin war als Mädchen im Manufakturwarengeschäft seiner Großeltern Daniel und Ida Oppenheim in Rahden beschäftigt gewesen. Sie hatte die Idee von Ida Oppenheim (geb. Goldschmidt aus Lemförde), einen jüdischen Jungen aufzunehmen, offensichtlich für gut befunden. Friedrich Jelin hatte 5 Geschwister und sein Vater Leopold war von 1914-18 Soldat. Friedrich blieb vier Jahre bei den Varenkamps, die ihn wie ihren eigenen Sohn behandelten. Der Junge erlernte ihren Dialekt und sprach seine Pflegeeltern mit „Vater“ und „Minna“ an. Als Friedrich etwas älter war, durfte er Kühe und Ziegen, begleitet von einem Hütehund, auf die Weide bringen. Manchmal besuchten ihn seine Eltern, Leopold und Clara, geb. Oppenheim, in Varl. Als Friedrich Jelin das schulpflichtige Alter erreichte, nahmen ihn seine Eltern zurück nach Herne.⁶¹ Dieses Beispiel zeigt, dass enge freundschaftliche Beziehungen zwischen Juden und Christen während und nach dem Ersten Weltkrieg möglich waren.

Ein anderes Indiz für die sich verringern den sozialen Distanzen zwischen Juden und Nichtjuden waren die steigenden Zahlen der jüdisch-christlichen Mischehen. Auf den voranschreitenden Verbürgerlichungsprozess der deutschen Juden, ihr Assimilations-bestreben und ihren höheren Grad der Urbanisierung ist es zurückzuführen, dass der Prozentsatz der deutsch-jüdischen Mischehen in den 1920er Jahren im Reichsgebiet bei 17%, in Berlin aber über 30% lag.⁶² Trotz weiterhin endogamen Heiratsverhaltens der deutschen Juden stieg der Anteil der christlich-jüdischen Mischehen reichsweit von 7,8% im Jahre 1901 auf 23% im Jahre 1932. In Preußen stieg der Anteil der jüdisch-christlichen Mischehen nach Einführung der Zivilehe (1875) von 4,9% auf 23,8% im Jahre 1932.⁶³

⁶⁰ Vgl. Kammeier (1998), S. 221-226

⁶¹ Vgl. Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996 im Auftrage von Steven Spielbergs „Survivors of the Shoah Visual History Foundation“.

⁶² Vgl. Barkai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul; Lowenstein, Steven M.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV. Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. München 1997, S. 59

⁶³ Vgl. Meiring, Kerstin: Zwischen zwei Welten: Studien zur christlich-jüdischen Mischehe in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Diss. Bielefeld 1995, S. 238-242

6.2 Das Wahlverhalten und die Bedrohung durch rechtsradikale Parteien in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. während der Weimarer Republik

In diesem Kapitel fragen wir nach dem Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Milieus, politischen Lagern und dem Wahlverhalten der größtenteils nichtjüdischen Bevölkerung in den Kleinstädten und Landgemeinden der beiden Kreise Lübbecke und Halle i.W. In welchem Zeitraum und in welchen Orten und Ämtern radikalisierte sich das Wahlverhalten der Kleinstadt- und Landbevölkerung unter den Bedingungen der Hyperinflation und Deflation? Welche Milieus, Parteien und politische Lager lassen sich unterscheiden? Welche Wählerfluktuationen zwischen den einzelnen Lagern, Parteien und Bewegungen können nachgewiesen werden, um das Anwachsen der NSDAP-Wähler zu erklären? Welche Rolle spielten die Mobilisierungs- und Propagandatechniken der NSDAP? Wie stabil blieb das sozialistische Lager?

Da nachfolgend Fragen der regionalen Wahlforschung im Vordergrund stehen, soll auf Rohes Milieubegriff rekurriert werden. Nicht die existentiellen materiellen Interessen der Wähler stehen im Vordergrund seiner Definition, sondern unterschiedliche Milieus bilden sich nach Rohe durch unterscheidbare Lebensweisen, Mentalitäten und Deutungskulturen.

„Der Milieubegriff verweist auf unterschiedliche kulturelle Manifestationen, auf Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur. Aber konstitutiv für den Begriff ist letztlich nicht eine bestimmte Denkweise, sondern eine bestimmte Lebensweise. Kultur als Lebensweise kann man nur mit anderen zusammen haben. Milieu ist deshalb stets ein soziales, nicht bloß mentales Phänomen, auch wenn die Grenzen zwischen Lebensweise und Mentalität fließend sind. Angehörige unterschiedlicher Milieus denken nicht nur anders und deuten nicht nur die Alltagswelt anders aus, sie leben tatsächlich anders. Ihr Tag ist anders strukturiert, und ihr Verhalten folgt einem jeweils anderen Rhythmus und anderen Mustern.“¹

Unklar bleibt allerdings bei der Definition des Milieubegriffs, den Rohe anbietet, inwieweit unterschiedliche soziale Einheiten unterschiedliche Milieus konfigurieren. Spielt die schichten-, klassen- und gruppenspezifische Zugehörigkeit der Mitglieder eines Milieus die Hauptrolle bei der Milieubildung oder etwa die Identifikation mit der sozialpolitischen Einheit, z.B. mit der Gemeinde oder der Stadt, in der die Wähler wohnen und arbeiten? Die Frage, ob tatsächlich Milieus oder Teilmilieus historisch und empirisch nachweisbar sind, kann nach Rohe nicht theoretisch, sondern nur empirisch im örtlich-zeitlichen Rahmen einer Forschungsarbeit beantwortet werden.²

Während Lepsius zwischen vier „sozialmoralischen Milieus“ unterschied - nämlich dem ostelbisch-konservativen, dem katholischen, dem liberalbürgerlichen und dem sozialistischen, konstatiert Rohe bei seiner Analyse des Wahlverhaltens im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, dass sich drei politische Lager ausdifferenzierten: das sozialistische, das katholische und das nationale Lager.³ Im Unterschied zum Begriff „Milieu“ charakterisiert Rohe die Bedeutung der Kollokation „politisches Lager“ als umfassender und weniger geschlossen:

„Ein politisches Lager lebt in seinem Zusammenhang im Unterschied zu einem Milieu stärker von der Abgrenzung gegen andere als von eigenen positiven Gemeinsamkeiten und kann deshalb im Prinzip sogar sehr heterogene Milieus enthalten, die irgendwann einmal, aus gegebenenfalls sehr unterschiedlichen Gründen, eine historische Koalition mit politischen Eliten eingegangen sind. Ein Milieu trägt

¹ Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1992, S. 19

² Vgl. ebd., S. 20

³ Vgl. Tenfelde, Klaus: Historische Milieus – Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Hettling, Manfred; Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. München 1996, S. 247f; Rohe, S. 98ff

sich u. U. aus sich heraus, ein Lager dagegen bedarf des Gegenüber. Ein politisches Lager kann nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch unterschiedliche sozialmoralische Milieus umschließen, darüber hinaus Menschen, die aus lokalen und überlokalen Milieuzusammenhängen überhaupt herausgefallen sind. So gesehen ist das Lager ein weniger integriertes kulturelles Gebilde als das Milieu. [...] Gleichwohl ist ein politisches Lager mehr als eine Zweckkoalition unterschiedlicher Parteien und Milieus, die sich zur Verfolgung gemeinsamer materieller Interessen zusammengefunden haben; vielmehr ist es ein historisch-kulturelles Gebilde, das nicht zuletzt in historischen Erinnerungen und Mentalitäten sowie in den damit verknüpften Emotionen und Aversionen tief verwurzelt ist. Lagergrenzen sind deshalb politisch nur schwer passierbar. Das Vorhandensein eines Lagersystems, das ein Mehrparteiensystem strukturiert, zeigt sich deshalb nicht zuletzt daran, daß die 'Beweglichkeit' der Wähler innerhalb eines Lagers groß, zwischen den Lagern dagegen gering ist."⁴

Bei der Beschreibung des Wahlverhaltens der Bevölkerung der Kreise Lübbecke und Halle i.W. während der Weimarer Republik unterscheiden wir nach Rohe zwischen einem sozialistischen, einem sehr kleinen katholischen und einem nationalen Lager, zu dem sowohl liberale als auch nationale und rechtsextreme Parteien hinzuzurechnen sind. Die jüdischen Wähler - das sei vorweggenommen - unterstützten - je nach Schicht-, Klassen- und Berufszugehörigkeit teils das sozialistische, teils das nationale Lager. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass einige unter ihnen am Ende der Weimarer Republik ihre Stimme dem katholischen Zentrum gaben.⁵ Um 1900 bildeten die jüdischen ostwestfälischen Gemeinden nach Herzig „eine Gruppe mit einem eigenen kulturellen System“, das weitgehend in der bürgerlichen Gesellschaft und im allgemeinen kulturellen System integriert war.⁶ Die Frage, inwieweit Juden und Nichtjuden nach der Revolution von 1918 auf die Bedrohung durch rechtsradikale Kräfte reagierten, soll im nächsten Kapitel behandelt werden.

Nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16.6.1925 hatte der Kreis Lübbecke 55.400 Einwohner, von denen 54.687 (98,71%) der evangelischen Konfession, 486 (0,88%) der katholischen Konfession und 141 (0,26%) der jüdischen Religion angehörten. Demgegenüber wurden im Kreis Halle i.W. 32.962 Einwohner gezählt, von denen 32.051 (97,24%) evangelisch, 712 katholisch (2,16%) und 81 (0,24%) jüdisch waren.⁷ Wie landwirtschaftlich die beiden Kreise geprägt waren, zeigen folgende Prozentzahlen. Nach der Zählung vom 16.6.1925 arbeiteten im Kreis Lübbecke 63,04% im ersten Wirtschaftssektor (Land-, Forstwirtschaft); 28,94% im zweiten Sektor (Industrie und Handwerk) und nur 8,02% im dritten Sektor (Handel, Verkehr, Verwaltung). Im Kreis Halle i.W. waren 60,67% der Erwerbstätigen im ersten Sektor, 28,71% im zweiten und 10,62% im dritten Sektor beschäftigt.⁸

⁴ Rohe, S. 21f

⁵ Nach verschiedenen Berechnungen wählte die Hälfte bis zwei Drittel der deutschen Juden die linksliberale DDP in der Weimarer Republik, bis sich diese Partei wegen ihres Wahlbündnisses mit dem antisemitischen Jungdeutschen Orden vor der ominösen Septemberwahl 1930 ins Abseits manövrierte. Da die ultrareligiösen Juden zahlenmäßig zu gering waren, um eine jüdisch-religiöse Partei auf Reichsebene durchzusetzen, entschieden sich insbesondere orthodoxe Juden in Bayern am Ende der Republik, dem Zentrum oder der BVP ihre Stimme zu geben. Vgl. Barkai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul; Lowenstein, Steven M.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV. Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. München 1997, S. 107f

⁶ Vgl. Herzig, Arno: Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 118

⁷ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 401, S. 366

⁸ Vgl. Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987, S. 26

Anders ausgedrückt waren im Jahre 1925 im Kreis Lübbecke in 2.914 gewerblichen Niederlassungen insgesamt 10.372 Personen beschäftigt, von denen im zweiten Wirtschaftssektor (Industrie und Handwerk) 8.694 Personen und im dritten Sektor (Handel und Verkehr) 1.564 Personen tätig waren. Unter diesen 2.914 gewerblichen Niederlassungen gab es 662 Hausgewerbebetriebe, worunter vermutlich in erster Linie Zigarrenhausarbeiter und Näherinnen der Wäsche- und Textilindustrie zu finden waren. Allein 570 Hausgewerbebetriebe fielen in die Kategorie „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe“, 90 in die Kategorie „Bekleidungs-gewerbe“.⁹ Noch acht Jahre später wurden im Kreis Lübbecke 47,6% (27.601) der Gesamtbevölkerung als Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung „Land- und Forstwirtschaft“ einschließlich ihrer Angehörigen ohne Hauptberuf klassifiziert.¹⁰

Im Kreis Halle i.W. beschäftigten im Jahre 1925 1.886 gewerbliche Niederlassungen, darunter 164 Hausgewerbebetriebe, insgesamt 5.900 Personen. Die Hausgewerbebetriebe verteilten sich fast gleichmäßig auf die Gewerbegruppen „Nahrungs- und Genußmittelindustrie“ (81) und auf das „Bekleidungs-gewerbe“ (79). Nach der Zählung vom 16.6.1933 wurden 44,0% der Gesamtbevölkerung (15.149 Personen) des Kreises Halle i.W. zur land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung gerechnet.¹¹

Zu fragen ist, ob sich überhaupt angesichts der dominant landwirtschaftlich geprägten Gewerbestruktur proletarische Milieus nachweisen lassen. Ein Hinweis auf die Beantwortung dieser Frage kann möglicherweise die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in einigen Kleinstädten des Untersuchungsgebietes nach der Novemberrevolution 1918 bieten. Während in der Kleinstadt Werther offensichtlich im Jahre 1919 eine bewaffnete Einwohnerwehr gegründet wurde¹², bildeten sich in der Kleinstadt Versmold und in den Kreisstädten Halle i.W. und Lübbecke Arbeiter- und Soldatenräte.

Zu den Aufgaben des Soldatenrates, der sich am 13.11.1918 in Versmold konstituierte, gehörte die Wahrnehmung der Interessen der demobilisierten Soldaten, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Amt, die Regelung der Einquartierungen von zurückkehrenden Soldaten und insbesondere die Überwachung der Verteilung der rationierten Kohlen, des Petroleums und der knappen Lebensmittel. Arbeiter waren jedoch in diesem Soldatenrat, dessen Vorsitzender ein Leutnant der Reserve und dessen Stellvertreter ein Viehhändler waren, nicht vertreten. Auch die beiden Schriftführer und die anderen acht Mitglieder entstammten dem Versmolder Bürgertum. Nach wenigen Tagen wurde der Soldatenrat durch einen gewählten Volksrat ersetzt, in dem neben Bürgern und Bauern lediglich ein Arbeiter repräsentiert war. Dieser Volksrat wurde im Januar 1919 von neugewählten Gemeinderäten abgelöst.¹³

⁹ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 416, Heft 8a, S. 64

¹⁰ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 455, Heft 15, S. 66

¹¹ Vgl. ebd., S. 65

¹² Vgl. StdtA Werther, B 77a

¹³ Vgl. Westheider, Rolf: Versmold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994, S. 471

Zwar gab es in Versmold, einer Stadt, die 1925 2.245 Einwohner zählte, und in den umliegenden Gemeinden Peckeloh (1.568 Einwohner) und Bockhorst (1.269 Einwohner) einige fleischverarbeitende Betriebe und in Versmold zudem die Segeltuchfabrik C.W. Delius, deren Arbeiter theoretisch ein selbstbewusstes, organisiertes proletarisches Milieu hätten konstituieren können. Doch dazu fehlten einerseits noch die parteiorganisatorischen Voraussetzungen, andererseits die stabilisierenden Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft in der revolutionären Umbruchphase. Bis 1918 soll es in Versmold weder zur Gründung eines SPD-Ortsvereins gekommen sein, noch wurden SPD-Veranstaltungen angeboten. Das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft der Firma C.W. Delius wurde durch „patriarchalische Versorgungs- und Schutzmaßnahmen“ vernebelt, auch als die kriegswirtschaftlich bedingten Aufträge von der Marine noch 1917/18 einen Fabrikneubau nötig machten.¹⁴ Doch nach der Revolution, die durch die mutige Meuterei der Kieler Matrosen ausgelöst worden war, verschlechterte sich die Fleischversorgung der Arbeiter der Firmen C.W. Delius und der Leder- und Metallwarenfabrik Arminius eGmbH in Versmold so sehr, dass sie beinahe am 8.7.1919 einen, für das Ruhrgebiet bestimmten, mit amerikanischem Speck beladenen, aus zwölf Wagons bestehenden Zug geplündert hätten, der länger als eine Woche am Versmolder Bahnhof abgestellt worden war.¹⁵ Im November 1918 war die Versmolder Arbeiterschaft noch zu unorganisiert und unausgebildet, um klassenbewusst im Soldatenrat mitzuarbeiten. Immerhin entfielen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 300 von 1.070 (28%) abgegeben Stimmen im Wahlbezirk Versmold auf die SPD.¹⁶

Aus den Berichten der in Bielefeld redigierten, sozialdemokratischen Tageszeitung „Volkswacht. Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Freistaaten“ geht hervor, dass sich die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft aus den Orten Gütersloh, Steinhagen, Künsebeck, Halle i.W., Dissen-Rothenfelde, Georgsmarienhütte, Borgholzhausen und Warendorf zum ersten Mal am 31. Juli 1921 in der Kleinstadt Versmold traf, um hier ein Gewerkschaftsfest schon vor dem offiziellen Verfassungstag zu feiern. 2.500 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen an einem Demonstrationszug durch Versmold unter den Klängen von Musikkapellen und den Trommelwirbeln der freien Turnerschaften aus Gütersloh und Steinhagen teil. Ein Genosse aus Bielefeld hielt eine Ansprache, die Internationale wurde gesungen und ein Hoch auf die freien Gewerkschaften und die neue Republik ausgebracht, bevor sich die Festteilnehmer in den Sälen und Zelten erfrischten.¹⁷

Ein Jahr später, am 27. Juni 1922, nahmen ca. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen aller Versmolder Betriebe an einer Kundgebung zum Schutz der Republik teil aus Anlass der Ermordung des

¹⁴ Vgl. ebd., S. 65ff

¹⁵ Vgl. ebd., S. 439

¹⁶ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 16 vom 20.1.1919; Nr. 17 vom 21.1.1919

¹⁷ Vgl. Volkswacht. Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Freistaaten vom 31.7.1921

linksliberalen Außenministers Walther Rathenau. Der jüdische Minister im Kabinett Wirth war von vier Mitgliedern der geheimen, frühfaschistischen Terror- und Femevereinigung Organisation Consul (OC) am 24.6.1922 in Berlin ermordet worden. Auch wenn die OC aufgrund solcher Arbeiterproteste wie in Versmold und des Einflusses des Reichskanzlers Wirth zerschlagen wurde, konnten ihre Mitglieder zum großen Teil in anderen paramilitärischen und faschistischen Organisationen Unterschlupf finden.¹⁸

Auch in den folgenden Jahren der Weimarer Republik berichtete die „Volkswacht“ von den gemeinsamen Interessen und Lebensweisen der in Versmold organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie zeigten sich z.B. seit 1927 in Form von mehrtägigen Volksfesten zur Feier der Verfassung, die vom Vereinskartell ausgerichtet wurden. In diesem Vereinskartell waren alle zur demokratischen Arbeiterbewegung gehörenden Vereine, Verbände und die Mitglieder der örtlichen Republikenschutzorganisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vertreten (ADBG, SPD, Arbeiterturn- und Arbeitergesangvereine).¹⁹ Bis 1932/33 existierten in Versmold ein SPD-Ortsverein, das Reichsbanner, die Freie Turnerschaft, die Freie Turn- und Sportvereinigung und der Arbeitergesangverein „Sangeslust“.²⁰ Als Redner beteiligten sich an der Versmolder Verfassungsfeier im Jahr 1927 Artur Ladebeck, der von 1928-33 als Vorsitzender der SPD und als Stadtverordneter in Bielefeld²¹ fungierte, und der Sekretär des SPD-Unterbezirks Herford-Halle, das SPD-Magistratsmitglied Julius Finke²² aus Herford. Im Rahmen der Verfassungsfeier am 14.8.1930 sprachen der Sekretär der Holzarbeiter-gewerkschaft in Bielefeld und SPD-Politiker Carl Schreck aus Bielefeld, der mit dem Volkswachtreakteur Carl Hoffmann und dem preußischen Innenminister Carl Severing für die revisionistische Parteilinie eintrat²³, Auguste Walter, die zeitweise als SPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag einen Sitz hatte, und Franz Specht, Bezirksleiter des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Weitere Veranstaltungen der organisierten Arbeiterbewegung in Versmold und Konflikte mit Arbeitgeberern, über die die „Volkswacht“ berichtete, waren ein Arbeitersporttag (2.9.1924); die Errichtung einer Flussbadeanstalt in der Kaldenhofer Mühle durch die Mitglieder der Freien Turnerschaft (16.7. 1927); die Generalversammlung und die Neuwahl des SPD-Ortsvereins

¹⁸ Vgl. Volkswacht vom 30.6.1922; Artikel „Organisation Consul (OC) 1920-1923“, in: Fricke, Dieter et alii (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 3. Köln 1985, S. 549-554

¹⁹ Vgl. Volkswacht vom 17.8.1927

²⁰ Vgl. Homburg, George: Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz. Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Hamburg 1988, S. 173

²¹ Vgl. Kosch, W.: Biographisches Handbuch, 2. Bd. Bern/München 1963, S. 726. Ladebeck war auch 1924 Leiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Bielefeld.

²² Vgl. Reichstags-Handbuch, VIII. Wahlperiode 1933, S. 130

²³ Vgl. Vogelsang, Reinhard: Geschichte der Stadt Bielefeld. Bd. II. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Bielefeld 1988, S. 176. Carl Schreck fungierte auch als Sekretär und Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks „Östliches Westfalen“, als Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses, als Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender des „Reichsausschusses zur Förderung der Leibesübungen“. Vgl. Koch, Philipp; Meynert, Joachim: Ein Volk, ein Reich, ein Führer? Opportunismus und Widerstand proletarischer Milieus im Raum Minden 1933-1945. Bielefeld 1998, S. 198, Anmerkung 480

Versmold (14.2.28); die Versammlung des Vereinskartells für das Amt Versmold, in der über den Ablauf der Maifeier und des Verfassungsvolksfestes beraten wurde (16.3.28); die Wahl des Bildungsausschusses und des Bücherwartes für die Leihbibliothek im Vereinslokal der SPD (Wehmann) (4.4.28); der Dirigentenwechsel beim Arbeitergesangverein „Echo“ (19.4.28); die unzulässigen Lohnkürzungen und Kündigungen von Arbeitern im Zusammenhang mit der Verhinderung der Wahl eines Betriebsrates in der Versmolder Fleischwarenfabrik Stockmeyer (5.7.28); die Versammlung der Funktionäre der Arbeiter-Kulturvereine und der freien Gewerkschaften zur Vorbereitung der Bildung von SPD-Ortsvereinen in den Gemeinden Loxten und Peckeloh (21.11.30); die Gründung eines Mandolinenvereins durch die Freie Turnerschaft (14.12.30); die Generalversammlung des Ortsvereins des Reichsbanners (14.1.31); Betriebsschließungen von Ziegeleien und Tischlereien und Entlassungen im Pflasterhandwerk, die die Zahl der Arbeitslosen in Versmold auf 240 und die der Wohlfahrtsempfänger auf 20 erhöhte (22.1.31) und schließlich die Generalversammlung zur Wahl der Gewerkschaftskommission des ADGB (29.1.31). Ende April 1931 streikten die Arbeiter der fleischverarbeitenden Betriebe Menzefricke, Nölke und Wiltmann gegen den Lohnabbau von 6%, der infolge der Brüningsschen Deflationspolitik angeordnet worden war. Unter dem Vorsitz des Amtmanns Kettmann, des Bezirksleiters des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes Specht und eines Arbeitgeber- und eines Arbeitnehmervertreters wurde ein Tarifvertrag mit Wirkung ab 1.5.1931 ausgehandelt, der tatsächliche Lohnkürzungen vorsah.²⁴ Am 10.9.1931 berichtete die „Volkswacht“ über die Absicht des Vereinskartells für das Amt Versmold, eine Arbeiterwohlfahrt in Form einer Wohlfahrtsküche und zur Abgabe kostenloser Kleidung, Brennmaterial etc. für die Erwerbslosen einzurichten. Ob dieser Plan von der Stadt Versmold unterstützt wurde, ist zweifelhaft, denn 1932/33 war die Arbeiterwohlfahrt angeblich im ganzen Kreis Halle i.W. nicht vorhanden.²⁵ Die aufgelisteten Aktivitäten der organisierten Arbeiterbewegung im Amt Versmold verdeutlichen, dass es hier durchaus ein klassenbewusstes Proletariat gab. Ob alle Arbeiter der Fleischverarbeitungsbetriebe, der Spinnerei und Weberei C.W. Delius, der Leder- und Metallwarenfabrik Arminius und der Ziegeleien auch konsequenterweise die Parteien der sozialdemokratisch und kommunistisch organisierten Arbeiterbewegung, die SPD, USPD oder die KPD wählten, kann natürlich im Einzelnen nicht nachgewiesen werden. Der prozentuale Anteil an allen abgegebenen Stimmen, die auf das sozialistische Lager im Stimmbezirk Versmold entfielen, betrug in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 28%, erreichte während der Hochkonjunktur in den Reichstagswahlen vom 20.5.1928 ein Maximum von 47,3% und fiel bis zu der letzten, von den NSDAP-Organisationen dominierten Reichstagswahl am 5.3.1933 auf 27% zurück.²⁶

²⁴ Vgl. Westheider: Versmold (1994), S. 441

²⁵ Vgl. Homburg, S. 173

²⁶ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 16 vom 20.1.1919; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 55 vom 6.3.1933

Tabelle 69: **Anteil der Stimmen des sozialistischen Lagers im Stimmbezirk Versmold in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen**

Wahlen	KPD	USPD	SPD	Summe
19.01.1919	---	---	28,0	28,0
06.06.1920	---	1,8	33,2	35,0
04.05.1924	0,3	---	35,9	36,2
07.12.1924	0,2	---	36,9	37,1
20.05.1928	0,4	---	46,9	47,3
14.09.1930	1,2	---	35,5	36,7
31.07.1932	3,6	---	32,3	35,9
06.11.1932	6,3	---	29,9	36,2
05.03.1933	2,7	---	24,3	27,0

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 16 vom 20.1.1919; Nr. 17 vom 21.1.1919; Nr. 131 vom 7.6.1920; Nr. 286 vom 8.1.1924; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 216 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

In der Kreisstadt Halle i.W. existierte noch im Januar 1919 ein Soldatenrat. Am 24.1.1919 übersandte ihm der Bezirks- und Soldatenrat in Bielefeld eine Abschrift der Eisenbahndirektion, in der die Behörden aufgefordert wurden, den zivilen Reiseverkehr zu Gunsten des Transports demobilisierter Soldaten und des Güterverkehrs zu kontrollieren.²⁷ Ob auch Arbeiter im Soldatenrat Halle i.W. vertreten waren, ist allerdings unbekannt.

Die organisierte Arbeiterbewegung war in der Kreisstadt, die 1933 2.309 Einwohner hatte, insofern erfolgreich, als schon im März 1919 drei SPD-Vertreter in den Stadtrat, in der Nachbargemeinde Künsebeck ein SPD-Mitglied in den dortigen Gemeinderat, in Oldendorf zwei SPD-Vertreter und in Steinhagen drei SPD-Genossen in den Gemeinderat zogen.²⁸ Am 1. Mai 1923 feierte der SPD-Ortsverein in Halle i.W. (gegr. 1907) den Tag der Arbeit mit einem Demonstrationszug durch die Stadt mit Musikbegleitung und anschließender Tanzveranstaltung. Der Bielefelder SPD-Politiker Carl Schreck, MdR, weihte - möglicherweise bei dieser Gelegenheit - die neue SPD-Fahne ein. Das noch heute erhaltene rote Tuch zeigt auf der Vorderseite neben dem Gründungsdatum, unter dem Parteinamen und über dem Namen des Ortsvereins zwei vereinte Hände. Auf der Rückseite steht der Spruch „Vereinte Kräfte führen zum Ziel“. Das 25jährige Bestehen des Ortsvereins wurde am 17.7.1932 erneut mit einem Umzug durch die Stadt gefeiert, an dem über 400 Männer und Frauen teilgenommen haben sollen. Der Festzug wurde von dem Trommler- und Blaskorps der Freien Turner angeführt, danach folgten Reichsbannerformationen und SPD-Vereine aus allen umliegenden Orten. Auf dem Lindenplatz in Halle i.W. endete der Umzug mit einer Ansprache von Carl Schreck. Er rief aus, „daß die Sozialdemokraten auch die Meinung des politisch Andersdenkenden achte[t]en, daß ihr Kampf immer ein Kampf mit geistigen Waffen gewesen sei und auch in Zukunft sein werde. Wo aber die organisierte Arbeiterschaft mit Terror bedroht werde,

²⁷ StdtA Werther, A 222

²⁸ Vgl. Heckert, Uwe: 1907-1997. 90 Jahre Sozialdemokratie in Halle (Westfalen). Ein Rückblick. Hg. v. SPD-Stadtverband Halle i.W. Bielefeld 1996, S. 25

würde sie sich seiner zu erwehren wissen." KPD-Ortsgruppen gab es spätestens seit 1923 in Halle und in der benachbarten Gemeinde Steinhagen.²⁹

Den Anschluss der Stadt Halle i.W. an den Weltmarkt ermöglichte der Bau einer Eisenbahnstrecke („Haller Willem“), die im Jahre 1886 Bielefeld zunächst mit Dissen/Bad Rothenfelde, später mit Osnabrück verband. Dieser Bahnanschluss verbesserte die Anlieferung von Rohstoffen und den Absatz von Waren. Der Abtransport von Kalk und Kalksteinen der örtlichen Kalkwerke und - in bescheidenem Umfang bis 1926 - auch der minderwertigen Steinkohle aus dem Eggeberg wurde durch die Eisenbahnverbindung ebenso verbessert wie die Ansiedlung neuer Betriebe wie z.B. die Flachsroste in Künsebeck (1933) und eines Zweigwerkes der Dürkopp-Werke in den Weltkriegsjahren 1941/42.³⁰

Auch für die Rohstoffverwertungsfirma Philipp Stern, die Anfang der 1920er Jahre einen Neubau mit eigenem Bahnschluss an der Mönchstraße eröffnete, war diese verkehrstechnische Anbindung an den Weltmarkt notwendig, um überhaupt Exportaufträge für Übersee tätigen zu können. In diesem Betrieb waren im Sommer 1920 insgesamt 118 Arbeiter beschäftigt, darunter 34 Männer über 16 Jahre, 54 Frauen in der Altersklasse 16-21 Jahre und 30 Frauen über 21 Jahre. Unter den Bedingungen der Hyperinflation im Winter 1923/24 sank die Zahl der Beschäftigten dieses Betriebes auf 28 Männer und 21 Frauen, um nach der Währungsstabilisierung und Einführung der Reichsmark im Sommer 1925 wieder auf eine Beschäftigtenzahl von 75 Arbeitern (35 Männer und 40 Frauen) anzuwachsen.³¹

Nach Heckert waren Streiks in Haller Betrieben „zwischen 1900 und 1933 keine Seltenheit“. Beispielweise legten 85 Arbeiter der Hanfspinnerei und Bindfadenfabrik Hackmann ein Viertel Jahr, von April bis Juli 1921, wenn auch letztlich erfolglos, die Arbeit nieder, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Während des Streiks wurden die Arbeiter vom Deutschen Textilarbeiterverband mit 15 Mark pro Tag unterstützt.³²

In den Jahren 1932/33 gab es in Halle i.W. einen SPD-Ortsverein, eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, eine Freie Turnerschaft und eine Freie Turn- und Sportvereinigung.³³

Sein bestes Ergebnis erzielte das sozialistische Lager (SPD+USPD) im Stimmbezirk Halle i.W. in den Reichstagswahlen am 6.6.1920 mit 31,1% der abgegebenen Stimmen. Wie im Stimmbezirk Versmold erhielt auch die SPD im Stimmbezirk Halle i.W. in der Hochkonjunktur am 20.5.1928 ihr bestes Ergebnis während der Weimarer Republik mit 29,1% der abgegebenen Stimmen. Die KPD konnte wie im Stimmbezirk Versmold in den Reichstagswahlen am 6.11.1932 ihren höchsten Anteil

²⁹ Vgl. Volkswacht Nr. 164 vom 15.7.1932; Nr. 166 vom 18.7.1932; Heckert: 90 Jahre Sozialdemokratie in Halle (Westfalen), S. 27-29; derselbe: 750 Jahre Halle/Westfalen. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Ausstellungskatalog. Halle i.W. 1996, S. 69

³⁰ Vgl. Heckert: 750 Jahre Halle (Westf.), S. 31

³¹ Vgl. StADt, D 3 Nr. 791

³² Vgl. Heckert: 750 Jahre Halle (Westf.), S. 32f

³³ Vgl. Homburg, S. 173

mit 8,4% der abgegebenen Stimmen erzielen. Das sozialistische Lager im Stimmbezirk Halle i.W. erhielt wie in Versmold in den Reichstagswahlen am 5.3.1933 den prozentual geringsten Anteil an allen abgegebenen Stimmen im Vergleich zu allen vorher stattgefundenen Wahlen. Kann man aus diesen Zahlen schon generell schließen, dass die SPD in den Zeiten der Hochkonjunktur, als es vermutlich die wenigsten Arbeitslosen gab, die besten Resultate erzielte, während die KPD in den Zeiten der Hyperinflation und der Deflation und der dadurch verursachten Arbeitslosigkeit größeren Zulauf hatte?

Tabelle 70: **Anteil der Stimmen des sozialistischen Lagers im Stimmbezirk Halle i.W. in den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 und in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen**

Wahlen	KPD	USPD	SPD	Summe
19.01.1919	---	---	27,7	27,7
06.06.1920	---	4,1	27,0	31,1
04.05.1924	6,8	---	16,1	22,9
07.12.1924	2,4	---	22,1	24,5
20.05.1928	1,7	---	29,1	30,8
14.09.1930	4,3	---	25,4	29,7
31.07.1932	5,6	---	20,9	26,5
06.11.1932	8,4	---	21,0	29,4
05.03.1933	5,3	---	17,0	22,3

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 16 vom 20.1.1919; Nr. 17 vom 21.1.1919; Nr. 131 vom 7.6.1920; Nr. 286 vom 8.12.1924; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 216 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

In der Kreisstadt Lübbecke nahm am 14.11.1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Arbeit auf. Ihm gehörte ein Musketier, ein Landsturmmann, ein Reservist und ein Obermatrose an. Der Magistrat der Stadt erkannte ihn lediglich als Beirat an und verwahrte sich gegen Versuche des Arbeiter- und Soldatenrates, „ohne triftigen Grund in behördliche Maßnahmen ein[zugreifen]“. ³⁴ In den Gemeinden des Kreises Lübbecke wurden Ende 1918 ebenfalls „Bauern- und Landarbeiterräte“ gebildet, die sich als Beiräte verstanden und neben der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Sicherheitswehren in Konkurrenz zu örtlich bestehenden Einwohner- und Bürgerwehren organisierten, um Plünderungen durch hungernde Städter und demobilisierte Soldaten zu verhindern. Hinsichtlich der Forderung des Lübbecker ASR vom 17.12.1918 nach Zahlungen von Aufwandentschädigungen für die Sicherheitswehren, zog es der Landrat von Borries vor, darauf nicht einzugehen und nur mit seinen Amtsmännern zu kommunizieren. Während der Lübbecker ASR die Kooperation der Behörden suchte, sprach ihm der Landrat seine Legitimation ab. Über die Gründung und die Aufgaben des Lübbecker ASR berichtete sein Vorsitzender dem Landrat am 10.1.1919 wie folgt:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 5. Januar erwiedere [sic] ich, daß der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat keine Privatgründung des Herrn Lenz ist und nicht zu den wilden Soldatenräten gezählt werden kann. Es steht fest, daß die Führer der hiesigen Arbeiterbewegung in den Tagen nach der Revolution am 11., 12. u. 13. November von Urlaubern u. sonstigen Militärpersonen derartig überlaufen wurden, daß es ein Unding gewesen wäre, die Bildung eines Soldatenrats nicht in die Hand zu nehmen. [...] Über alledem steht auch fest, daß 9/10 der hiesigen Bevölkerung mit Einschluß der Behörden die Bildung des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats

³⁴ Vgl. Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975, S. 86

zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe u. Ordnung begrüßt haben. Fast in derselben Weise wurden wir gedrängt, in den größeren Gemeinden des Kreises Lübbecke ebensolche Arbeiter- u. Soldatenräte zu bilden. Um keine Gegensätze und unnütze Scherereien entstehen zu lassen, haben wir nicht selbstständige A. u. S. Räte in den Landgemeinden gebildet, sondern sogenannte Beiräte, die [...] lediglich auf die Weisungen des hiesigen A. u. S. Rates angewiesen waren. Was die Wahl [...] betrifft: [...] Die Bildung von Revolutionsorganen geht nicht immer in einwandfreier Weise vor sich. Deßhalb sollte man in dieser Sache wenigstens die Streitaxt begraben, zumal feststeht, daß [...] mehr Personen mitgewählt haben wie bei den Gemeinderatswahlen. [...] Der Dienst der Sicherheitsmannschaften ist nicht unnütz gewesen [...] und wenn bislang noch keine größere Plünderungen u. Räubereien vorgekommen sind, so beweist das noch lange nicht, daß es in den nächsten Monaten (nicht) noch schlimmer wird. Ich befürchte, daß die unsauberen Elemente aus den Großstädten, nachdem dort die Hausmittel noch knapper werden, das platte Land überfluten und mancher größere Landwirt nicht nur sein Hab und Gut, sondern auch sein Leben einbüßen wird, wenn nicht für genügend Schutz gesorgt wird. Dies ist ohne Waffen nicht möglich. Andererseits steht fest, daß die jetzigen Militärorgane die Zivilbevölkerung und alten Gewalthaber nicht mit Waffen u. Munition versorgen werden; deßhalb liegt nichts näher, als ein Einvernehmen unter den jetzt öffentlichen Organen herzustellen [...]³⁵

Auf einer Amtmannbesprechung in Lübbecke vom 12.11.1918 empfahl der Vorsitzende, der 1917 zurückgetretene Landrat Wilhelm von Ledebur, das Herforder Modell, falls Arbeiter und Soldatenräte gebildet werden sollten.³⁶ In Herford hatte sich schon am 9.11.1918 unter dem Vorsitz von Wilhelm Schlüter (SPD, Gewerkschaftssekretär des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, später Mitglied der Nationalversammlung) ein Arbeiter- und Soldatenrat konstituiert, der mit dem Oberbürgermeister ausgehandelt hatte, „dem Magistrat und der Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite“ zu treten.³⁷ Zu seinen Aufgaben gehörte der Schutz des Eigentums der Bürger, die Aufsicht über die Lebensmittelverteilung, die Kontrolle der Militärpersonen und die Sicherstellung der Abgabe militärischer Waffen und Munition. Auf Beschluss des Lübbecker Kreis-Bauern- und Landarbeiterrat vom 14.3.1919 löste derselbe sich selbst mit der Begründung auf, dass inzwischen die Gemeindevertretungen aufgrund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt worden waren. Am 14.5.1919 verfügte der neue Landrat von Lübbecke, Kurt von Borries, die Abgabe aller Waffen der Arbeiter- und Soldatenräte gemäß der Verordnung des Rats der Volksbeauftragten vom 14.12.1918 innerhalb von 14 Tagen.³⁸

Vergleichen wir die proletarischen Milieus und das Wahlverhalten der sozialistischen Lager in Vermold und Halle i.W. mit dem in der Kreisstadt Lübbecke, die im Oktober 1927 4.640 Einwohner zählte. Eine Statistik aus derselben Zeit differenziert die Erwerbsbevölkerung mit ihren Angehörigen sowohl nach Wirtschaftssektoren als auch nach Sozialgruppen. Danach fielen 5% der Bevölkerung in die Kategorie „Landwirte“, 18% in die Kategorie „Gewerbtreibende“ (in Industrie, Handel und Gewerbe), 68% der Bevölkerung wurden als „Arbeitnehmer“ (Beamte, Angestellte und Arbeiter) definiert und 9% waren „Angehörige freier Berufe“ (inklusive Berufslose, Pensionäre, Invaliden und sonstige).³⁹ In absoluten Zahlen ausgedrückt gab es also 3.155 Personen in Lübbecke im Oktober 1927, die im weitesten Sinne als Arbeitnehmer mit ihren Angehörigen bezeichnet werden können. Doch wieviele Fabrikarbeiter ohne Hausarbeiter befanden sich darunter?

³⁵ Zitiert nach Kammeier, Heinz-Ulrich: Der Landkreis Lübbecke und der 1. Weltkrieg. Alltagserfahrungen in einem ländlichen Raum Ostwestfalens. Rahden 1998, S. 20-22

³⁶ Vgl. ebd., S. 17, 21

³⁷ Vgl. Pape, Rainer: Sancta Herfordia. Geschichte Herfords von den Anfängen bis zur Gegenwart. Herford 1979, S. 289

³⁸ Vgl. Kammeier (1998), S. 22f

³⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 15.18

Bevor die kriegsbedingten, aus der britischen Blockade resultierenden Entlassungen von Arbeitern vorgenommen werden mussten, gab es 1914 in Lübbecke 5 Zigarrenfabriken mit insgesamt 415 Arbeitern (230 Männer, 185 Frauen), 2 Konfektionsfabriken mit 143 Arbeitern (55 Männer, 88 Frauen) und eine Weberei mit 36 Arbeitern (26 Männer, 10 Frauen).⁴⁰ Insgesamt waren in allen Lübbecke-Betrieben 912 Fabrikarbeiter (darunter 347 Frauen) vor dem Ersten Weltkrieg beschäftigt. In der Hochkonjunktur nach der Währungsstabilisierung in den 1920er Jahren muss die Zahl der Betriebe und der Industriearbeiter in Lübbecke viel höher gewesen sein. Die Zigarrenfabriken August Blase und Mencke und Holle, die Brauerei Barre, die Bremer Papier- und Wellpappenfabrik, zwei Lohgerbereien, die Kleiderfabriken Nathan Ruben und Abraham Hecht und die Kammgarnspinnerei Lübbecke beschäftigten neben Industriearbeitern auch Hunderte von Hausarbeitern. 1937 soll es nicht weniger als 800 Vollarbeiter in der Zigarrenindustrie in Lübbecke, 540 in Gehlenbeck und 620 in Nettelstedt gegeben haben. Die Fabrik- und Hausarbeiter der Zigarrenindustrie in Lübbecke und in der Nachbargemeinde Gehlenbeck wählten nach dem Ersten Weltkrieg traditionsgemäß SPD oder KPD.⁴¹

Die Gründung des SPD-Ortsvereins in Lübbecke ging auf das Jahr 1906 zurück, eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gab es in Lübbecke schon im August 1924.⁴² Eine Wahlvorschlagsliste der SPD für die Stadtverordnetenwahl am 17.11.1929 in Lübbecke listete 16 männliche Kandidaten auf. Der Vertrauensmann war ein Zigarrenarbeiter, sein Stellvertreter ein Zuschneider. Die Berufe der anderen Kandidaten waren Landwirt, Maurerpolier, Sozialschreiber, Postsekretär a.D., Gewerkschaftssekretär, zwei Zigarrensortierer, Lohgerber, Schriftsetzer, Schlosser, Klempner, Böttcher, Arbeiter und Maurer.⁴³ Eine KPD-Ortsgruppe bestand in Lübbecke zunächst von April bis Juli 1932⁴⁴, die KPD-Ortsgruppen in Gehlenbeck und Nettelstedt existierten bis zur NS-Machtübernahme weiter.⁴⁵ Vor der NS-Machtergreifung gab es in der Stadt Lübbecke einen SPD-Ortsverein, eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit Schutzformation, eine Freie Turn- und Sportvereinigung und den Lübbecke-Volkschor.⁴⁶

Dass alle sozialdemokratischen Organisationen in demonstrativer Geschlossenheit und in Abgrenzung zu den sich häufenden NSDAP-Aufmärschen auftreten konnten, zeigte sich am 3.5.1931 bei einer Kundgebung des SPD-Unterbezirks Minden-Lübbecke auf dem Hünenbrink bei Nettelstedt. Hier sollte der preußische Innenminister Carl Severing eine Rede halten. An dieser

⁴⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.31

⁴¹ Vgl. Momberg, Rolf: Die Zigarrenmacher. Aus der Geschichte der Zigarrenindustrie in Minden-Lübbecke Land von 1830 bis zur Gegenwart. Hüllhorst 1996, S. 145. Die Zahl der Vollarbeiter für das Jahr 1937 berechnet sich aus der jährlichen Gesamtarbeiterstundenleistung dividiert durch 2.400 Stunden. Vgl. ebd., S. 141. Zum Wahlverhalten der Zigarrenarbeiter in Lübbecke und Gehlenbeck siehe: Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg, Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976, S. 26f

⁴² Vgl. Hüffmann (1975), S. 70; Zassenhaus, S. 96

⁴³ Vgl. StdtA Lübbecke, C I 1.3.2

⁴⁴ Vgl. Schacht, S. 40

⁴⁵ Vgl. Nordsiek, Marianne: Fackelzüge überall. Das Jahr 1933 in den Kreisen Minden und Lübbecke. Bielefeld 1983, S. 16f

⁴⁶ Vgl. Homburg, S. 163

Veranstaltung nahmen außer SPD-Ortsvereinen aus den Kreisen Lübbecke und Minden der Arbeiter-Turn- und Sportbund Lübbecke, der Volkschor Lübbecke und der Gesangverein „Einigkeit“ aus Gehlenbeck teil. Außerdem führen verschiedene Gruppen des Reichsbanners, möglicherweise auch des Jungbanners, mit dem Fahrrad zum Kundgebungsort. Auch Mitglieder des ADGB-Ortsausschusses Lübbecke meldeten sich zur Teilnahme an dieser Kundgebung.⁴⁷ Schon vor Bildung der Eisernen Front am 23.12.1931, bestehend aus sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen unter Ausschluss der KPD, die als Gegengewicht zur Harzburger Front (gegr. 11.10.1931) des nationalen Lagers gedacht war, wurden offensichtlich solche Demonstrationen aller sozialdemokratischen Organisationen im SPD-Unterbezirk Minden-Lübbecke durchgeführt.

In welchen Reichstagswahlen erhielten die SPD und die KPD in den zwei bzw. drei Stimmbezirken der Stadt Lübbecke die höchsten Stimmenanteile?

Wie in Versmold und Halle i.W. konnte die SPD in den Reichstagswahlen am 20.5.1928, die in der Hochkonjunktur abgehalten wurden, ihr bestes Ergebnis erreichen, während die KPD aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des deflatorischen Drucks auf Deutschland, der die Arbeitslosigkeit noch vergrößert hatte, in den Reichstagswahlen am 6.11.1932 die meisten Stimmen in Lübbecke erhielt. Wie in Versmold und Halle i.W. schien es auch in Lübbecke eine positive Korrelation zwischen deflationsbedingter höherer Arbeitslosigkeit und vermehrter Stimmabgabe für die KPD zu geben. Diese Annahme schließt allerdings nicht aus, dass die höhere Stimmenzahl für die KPD in Lübbecke (283 Stimmen am 6.11.1932 im Vergleich zu 138 Stimmen in der vorhergehenden Reichstagswahl am 31.07.1932) auf die verstärkte Mobilisierungstätigkeit der vor den Reichstagswahlen Anfang November 1932 neugegründeten KPD-Ortsgruppe Lübbecke und der KPD-Ortsgruppe Gehlenbeck zurückzuführen war.⁴⁸ Zudem ist zu bedenken, dass die KPD zweifellos in erster Linie von Wechselwählern und nicht von Neuwählern profitiert hatte, da die Zahl aller abgegebenen Stimmen in den drei Stimmbezirken von Lübbecke von 3.249 (31.7.1932) auf 3.181 (6.11.1932) sank und die SPD 3,8% und die NSDAP 2,4% ihrer Stimmen einbüßten.

Tabelle 71: Anteil des sozialistischen Lagers in den Stimmbezirken der Stadt Lübbecke in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen

Wahlen	KPD	USPD	SPD	Summe
06.06.1920	---	3,2	37,6	40,8
04.05.1924	2,6	0,2	34,7	37,5
07.12.1924	1,3	---	37,6	38,9
20.05.1928	0,9	---	39,4	40,3
14.09.1930	2,5	---	37,9	40,4
31.07.1932	4,3	---	33,9	38,2
06.11.1932	8,9	---	30,1	39,0
05.03.1933	5,7	---	27,5	33,2

Quelle: Lübbecke Kreisblatt Nr. 68 vom 6.5.1924; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 215 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

⁴⁷ Vgl. Schacht, S. 30

⁴⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 3.2

Kleinere katholische Gemeinden existierten in der Weimarer Republik im Amt Versmold und in Lübbecke. Die Zahl der Katholiken in der Stadtgemeinde Versmold betrug nach der Volkszählung am 16.6.1925 99 Personen von insgesamt 2.245 Einwohnern (4,4%), während die jüdische Minorität in Versmold noch kleiner war und 19 Personen (0,8%) zählte und die jüdischen Familien in der Nachbargemeinde Bockhorst aus 8 Personen (0,6%) bestanden.⁴⁹ Die katholische Minderheit in Lübbecke war mit 358 Personen (8,1%) unter insgesamt 4.434 Einwohnern nach derselben Zählung absolut und relativ gesehen größer als in Versmold. Das galt auch für die jüdische Minderheit in Lübbecke, die aus 48 Personen bestand (1,08%).⁵⁰

Die katholische Missionsgemeinde in Versmold war die erste Tochtergemeinde der Urgemeinde St. Johannes Baptist in Stockkämpfen. Dort war am 30.9.1696 eine Kirche vom Weibischof von Osnabrück auf den Namen des Evangelisten Johannes eingeweiht worden. Das Patronat über die Kirche hatten die Adelshäuser Holtfeld und Tatenhausen inne, die nach der Reformation katholisch geblieben waren. Die Initiative zum Bau einer katholischen Kirche in Versmold ging von Kaufleuten aus Warendorf und Beelen aus, die im Jahre 1854 einen Kirchbauverein mit den Pfarrern der umliegenden Gemeinden gründeten. Bevor am 26.11.1857 in Versmold an der Kämpfenstraße eine Kapelle für die Missionsgemeinde durch den Paderborner Weibischof auf den Hl. Michael geweiht wurde, feierte man die heiligen Messen „in der Linnenkammer des protestantischen Kirchmeisters Anton Heinrich Delius am Marktplatz und auf dem Hof Richter in Oesterweg“.⁵¹ Die Kapelle hatte 70 Plätze, die Zahl der katholischen Gläubigen soll 80 betragen haben. Neben der Kirche gehörte zum Gemeindezentrum das Pfarrhaus, ein Friedhof und eine einklassige Schule, in der von 1881 bis 1930 Elementarunterricht erteilt wurde, danach ausschließlich Religionsunterricht. Die Missionsvikarie wurde im Jahre 1862 zu einer Pfarrei erhoben, die Zahl der Gemeinemitglieder soll 1938 400 gewesen sein.

Die Anfänge der katholischen Kirchengemeinde in Lübbecke gehen auf das Jahr 1841 zurück.⁵² Auf Initiative eines Freiherrn, eines Gerichtsdirektors aus Lübbecke, eines Oberlandesgerichtsassessors aus Paderborn, eines Konsistorialrates und eines Dompastors aus Minden wurde ein Saal im Cornbergschen Hofgut in Lübbecke angemietet, um dort Gottesdienste abzuhalten. Ein Jahr später nahm als erster Missionar Johann Ludovicus Aufenanger (*1811 Natzungen), der zuvor Schulrektor in Rüthen gewesen war, seinen Dienst auf. Bevor im Jahre 1845 das Haus 77 zum Pfarr- und Schulhaus umgebaut wurde, das am 3.9.1845 bezogen werden konnte, unterrichtete Johann Aufenanger die katholischen Kinder in seiner Wohnung selbst. Im März 1845 erhielt der katholische Geistliche Hilfe, als sein Bruder Franz Josef als Lehrer angestellt wurde. Die katholische Kirche wurde auf dem Grundstück 79 am 27.5.1846 von Bischof

⁴⁹ Vgl. StdtA Versmold, B 722a

⁵⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 15.18

⁵¹ Vgl. Romer, Siegfried: Die katholische Kirche in Versmold, in: Westheider, Rolf (Hg.): 900 Jahre kirchliches Leben in Versmold. Bielefeld 1996, S. 117

⁵² Vgl. Schoneweg, E.(Hg.): Minden-Ravensberg. Ein Heimatbuch. Bielefeld/Leipzig 1929, S. 350. Katholisches Pfarramt Lübbecke (Hg.): 100 Jahre katholische Pfarrgemeinde Lübbecke. O.J.

Franz Drepper aus Paderborn auf den Namen Johannes Baptist geweiht. Die katholische Gemeinde hatte zu dieser Zeit ungefähr 260 Mitglieder.⁵³ Am 15.9.1846 verließ Aufenanger Lübbecke, um in Minden die freigewordene Stelle als Kaplan anzunehmen. Die Missionsgemeinde Lübbecke wurde am 1.10.1858 durch Bischof Konrad Martin zur Pfarrei erhoben.

Während der Dienstzeit des Pfarrers Joseph Blöink (1873-1902) wurde ein christlich-soziales Unternehmen mit dem Namen „St. Paulus-Innung“ für Weberei gegründet (1880). Es wurde im Jahre 1890 in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung zur Ausbildung junger Näherinnen und Weber umgewandelt, die einerseits am Gewinn beteiligt wurden, andererseits in den Genuss verschiedener betrieblich organisierter Sozialleistungen kamen (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für mindestens 13 Wochen; Pflege und ärztliche Behandlung im angeschlossenen Hospiz; Wohnungsmiete zu günstigem Mietzins). Im Jahre 1883 kaufte die katholische Gemeinde das ehemalige Cornbergsche Hofgut, das im Besitz von Jacob oder Richard Loeb war, für 30.000 Mark und richtete dort ein Hospiz, eine Wollweberei und eine Trikotagenfabrikation ein.⁵⁴ In dem Hospiz lebten schulpflichtige Kinder, Lehrlinge und unverheiratete Gesellen unter einem Dach. Die Versorgung der Kinder des Hospizes mit Nahrung, Wasser, Kleidung, Elektrizität, Bildung usw. wurde teils durch den Verkauf der Waren der Weberei finanziert, teils durch den Ankauf und die Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Größe von 50 Morgen Acker und Wiesen ermöglicht. Zwei Jahre nach Produktionsbeginn wurden 8 junge Männer (Lehrlinge, Gesellen, Meister) und 8 Näherinnen beschäftigt, die den Unterhalt von 11 schulpflichtigen Kindern im Hospiz erwirtschafteten.⁵⁵ Im Jahre 1914 beschäftigte diese katholische Produktionsgenossenschaft 26 Männer und 10 Frauen.⁵⁶ Es handelte sich bei diesem sozialen Unternehmen um eine Produktivassoziation im Sinne des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler, der sich vorstellte, dass der Arbeiter auch gleichzeitig die Funktion eines Unternehmers ausüben könnte. Dem Bischof ging es darum, einige Arbeiter aus den elenden Arbeitsbedingungen der Fabriken zu befreien und ihre Arbeitswelt zu humanisieren. So sollten die von ihm gedachten Unternehmen genossenschaftlich finanziert werden und nicht wie die von Ferdinand Lassalle geforderten Assoziationen von staatlichen Krediten abhängig sein. Als Kritik an diesem sozialen Unternehmen des Lübbecker Modells wurde eingewendet, dass seine Leitung zu pfarrerzentriert gewesen sei und nicht als Lösungsmodell für die soziale Frage taugte, da es zu stark vom kirchlichen Markt und von der Mildtätigkeit der Kunden abhängig, also unter den Bedingungen des Weltmarktes nicht konkurrenzfähig gewesen sei. Immerhin produzierte die St. Paulus-Innung noch bis 1959.⁵⁷

⁵³ Vgl. Herr, Theodor: Die St. Paulus-Innung zu Lübbecke in Westfalen. Ein praktischer Versuch des 19. Jahrhunderts zur Lösung der sozialen Frage, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften, Bd. 25 (1984), S. 187

⁵⁴ Vgl. Pfarrchronik der katholischen Gemeinde Lübbecke, Bl. 102f; von der Horst, Karl (Hg.): Die Rittersitze der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden. Osnabrück 1970, S. 97f

⁵⁵ Vgl. Herr, S. 202

⁵⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 13.31

⁵⁷ Vgl. Herr, S. 185; Hüffmann (1975), S. 61

Was das Verhältnis zwischen Mitgliedern der jüdischen und katholischen Minderheit in Lübbecke betrifft, so belegen verschiedene Quellen, dass es recht freundschaftlicher Art war. Im Jahre 1843 fand der erste katholische Missionar Johann Aufenanger, möglicherweise mit seinem Bruder und seiner Schwester, Wohnung im Hause Nr. 66, dessen Besitzer das Ehepaar Bernhard und Frommet Maass war.⁵⁸ Aaron Weinberg (*2.5.1832 in Lübbecke), der älteste Sohn des aus Werther stammenden Manufakturwarenkaufmannes Daniel Bendix Weinberg, soll am 15.2.1863 in der St. Gertrud Kirche in Lübbecke auf den Namen Aron Paulus getauft worden sein.⁵⁹ Später zog er nach Berlin und ist auch dort gestorben. Tatsächlich gab es aber gar keine St. Gertrud Kirche in Lübbecke. Die katholische Kirche war 1846 auf den Namen des Heiligen Johannes des Täuflers geweiht worden, und die evangelische Pfarrkirche hieß seit Jahrhunderten St. Andreas Kirche. Der Verkauf des Cornbergschen Hofgutes an die katholische Gemeinde im Jahre 1883 geschah mit freundlicher Vermittlung des jüdischen Saatgetreide- und Düngemittelhändlers Heinemann Spiegel, der um 1863 von Herzfeld nach Lübbecke gezogen war. Später, gegen Ende der Weimarer Republik, registrierte der jüdische Lehrer Max Lazarus in einer NSDAP-Wahlveranstaltung am 5.2.1930, dass der NSDAP-Redner aus Münster nicht nur Juden und das Judentum verunglimpfte, sondern auch Katholiken und „bedeutende Staatsmänner“ beleidigte. Als Lazarus eine Verteidigungsrede halten wollte, wurde er von einem SA-Mann mundtot gemacht und gewaltsam aus dem Versammlungssaal gedrängt.⁶⁰

Aus dem bisher Dargestellten kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sich schon im Vormärz in Versmold und in Lübbecke katholische Milieus herausbildeten, in deren Mittelpunkt die Kirchen, der Kultus und die Ausbildung der Jugend standen. Proletarische Milieus entwickelten sich dort erst im Zuge der lokalen Industrialisierung, organisatorisch gesehen erst nach der Jahrhundertwende, als in Lübbecke (1906) und in Halle i.W. (1907) SPD-Ortsvereine gegründet wurden. Im Amt Versmold organisierte sich das proletarische Milieu erst nach der Novemberrevolution, nachdem sozialdemokratische Organisationen gegründet worden waren. Während angenommen werden muss, dass sich das katholische Konfessionsmilieu seit 1870 politisch vornehmlich durch die Zentrumspartei ausdrückte, wurden die Interessen des proletarischen Klassenmilieus in der Kaiserzeit durch die SPD vermittelt.⁶¹ Nach der Novemberrevolution konkurrierten die KPD und - zumindest bis 1924 - die USPD um die Gunst der proletarischen Wähler, ohne allerdings - wie oben exemplarisch dargestellt - in den Kreisen Halle i.W. und Lübbecke die Mehrheit der SPD gefährden zu können.

Im Vergleich zur SPD hielt sich die Zahl der Stimmen, die auf die Kandidaten des Zentrums im Kreis Halle i.W. während der Kaiserzeit entfielen, in engen Grenzen. Im ersten Wahlgang der

⁵⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, B 84.25 IV

⁵⁹ Vgl. Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi in Werther near Bielefeld. Boston 1998, 12132.

⁶⁰ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 195

⁶¹ Vgl. Tenfelde, Klaus: Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Hettling, M.; Nolte, P. (Hg): Nation und Gesellschaft in Deutschland. München 1996, S. 253

Reichstagswahlen von 1884 entfielen auf den Zentrum-Kandidaten Schorlemer-Alst 59 Stimmen im Vergleich zu 856 Stimmen für den SPD-Kandidaten Zwiener.⁶² In den Reichstagswahlen von 1903 erhielt der Zentrum-Kandidat Graf Ballestrem im Kreis Halle i.W. 64 Stimmen in der Hauptwahl, während auf den „Volkswacht“-Redakteur Carl Hoffmann 5.416 Stimmen im gesamten Reichstagswahlkreis Herford-Halle entfielen.⁶³ In der Zeit der Weimarer Republik gewann das Zentrum in den Stimmbezirken Versmold und Lübbecke folgende Anteile:

Tabelle 72: Anteil des Zentrums in den Stimmbezirken der Städte Versmold und Lübbecke in den Reichstagswahlen 1920-1933 in % aller abgegebenen Stimmen

Wahlen	Versmold	Lübbecke
06.06.1920	2,6	5,0
04.05.1924	3,2	5,5
07.12.1924	3,1	5,2
20.05.1928	3,9	5,6
14.09.1930	3,3	4,5
31.07.1932	2,6	5,1
06.11.1932	2,9	4,8
05.03.1933	1,8	4,0

Quellen: Haller Kreisblatt Nr. 131 vom 7.6.1820; Nr. 286 vom 8.1.1924; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 216 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933. Lübbecke Kreisblatt Nr. 68 vom 6.5.1924; Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 215 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

Für das katholische Lager in Versmold stimmten minimal 32 Wähler (1933), maximal 52 Personen (1930). Im Unterschied zum Wahlverhalten des sozialistischen Lagers war die Zustimmung zur Politik des Präsidialkabinetts Brüning unverkennbar, während es nicht deutlich wird, für welche Partei(en) sich die Wechselwähler im katholischen Lager in der letzten, nicht mehr freien Wahl der Weimarer Republik entschieden. In Lübbecke entschieden sich 1920 ein Minimum von 119 Wählern für das Zentrum, in den Wahlen vom 31.7.1932 für das Kabinett von Papen vereinigte das Zentrum ein Maximum von 170 Stimmen auf sich. Der Brüning-Effekt spielte in Lübbecke offensichtlich keine Rolle, da die Stimmen für das Zentrum von 1928 bis 1930 von 141 auf 124 Stimmen zurückgingen.

Da für den Ausgang der Weimarer Republik die Bedrohung durch rechtsradikale Parteien im nationalen Lager und durch das Zusammengehen von rechtsradikalen und nationalen Parteien und Bewegungen von fataler Bedeutung war, soll nachfolgend auf diejenigen Stimmbezirke in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. eingegangen werden, in denen im Vergleich zu den anderen Stimmbezirken besonders viele Stimmen auf rechtsradikale Parteien in den Reichstagswahlen entfielen. Bei der Auswahl von Stimmbezirken wurden nur diejenigen berücksichtigt, in denen jüdische Familien lebten.

⁶² Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 109 vom 31.10.1884; Nr. 110 vom 2.11.1884

⁶³ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 94 vom 19.6.1903

In den Reichstagswahlen am 4.5.1924 gingen gleich drei rechtsradikale Parteien ins Rennen: die Deutschsoziale Partei, der Völkisch-Soziale Block und die Nationalsozialistische Freiheitspartei.

„Die Deutschsoziale Partei <1921-1928> war eine der zahlreichen völkischen Splittergruppen mit einem extrem antisemitischen und terroristischen Zuschnitt, die sich an bestimmte Teile des Kleinbürgertums wandte. Sie ging nach mehreren Metamorphosen und Krisen in der NSDAP auf.“⁶⁴

Kennzeichnend für die antisemitische Richtung dieser Partei war ihr Ziel, die 'Vernichtung der jüdischen Vorherrschaft in Deutschland' zu erreichen. Als ihre Zielgruppe nennt Weißbecker „unaufgeklärte Arbeiter und Teile der Mittelschichten“. Typisch für den Charakter ihres Vorsitzenden Richard Kunze, genannt „Knüppel-Kunze“, ein ehemaliges Mitglied der DNVP, war nicht nur, dass er schon als antisemitischer Redner für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund Propaganda gemacht hatte.⁶⁵ Dieser rechtsradikale Bund wurde nach dem Mord an dem Reichsaußenminister Walther Rathenau aufgrund des Republikschutzgesetzes vom 18.7.1922 verboten. Kunze beteiligte sich am Kapp-Putsch (13.-17.3.1920) und scheute nicht davor zurück, seine Schusswaffe auf einer seiner Versammlungen zu benutzen. Traurige Berühmtheit erlangte Kunze durch den Einsatz seines Gummiknüppels, den er „Heda“ nannte, bei der Diskussion mit Andersdenkenden auf den Propagandaversammlungen seiner Partei. Auf Bitten der örtlichen jüdischen Gemeinde in Goerlitz gelang es im Jahre 1923 einmal dem örtlichen SPD-Vorsitzenden Otto Buchwitz mit seinen Genossen, Knüppel-Kunze zu entwaffnen und ihn der Polizei zu übergeben, die Kunze zum Bahnhof geleitete, um seine Abfahrt sicherzustellen.⁶⁶ Als Tarn- und Übergangspartei für die in Preußen vom 18.11.1922 bis 12.12.1924 verbotene NSDAP nahm die Deutschsoziale Partei an den Reichstagswahlen am 4.5.1924 teil, bei der sie vier Mandate (333.400 Stimmen) gewann.⁶⁷ Im Kreis Lübbecke entfielen auf diese rechtsradikale Partei in den Stimmbezirken Lübbecke, Wehden, Lavern, Preußisch Oldendorf, Rahden und Kleinendorf in denselben Reichstagswahlen nicht mehr als insgesamt 22 Stimmen, wobei Preußisch Oldendorf mit 7 Stimmen (1,2%) und Rahden mit 8 Stimmen (0,9%) die höchsten Anteile hatten. Doch für zwei weitere rechtsradikale, antisemitische Parteien wurden weitaus mehr Stimmen abgegeben, so dass es notwendig ist, das gesamte nationalistische und rechtsextreme Lager in den Blick zu nehmen. Die Wahlergebnisse im „Haller Kreisblatt“ für die Reichstagswahl am 4.5.1924 machen eine Differenzierung des antisemitischen rechtsextremen Lagers allerdings nicht möglich.

Bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei (1922-33), die sich am 16.12.1922 bildete, handelte es sich um eine radikale Abspaltung von der DNVP, in der ehemalige Mitglieder des verbotenen

⁶⁴ Weißbecker, Manfred: Artikel: „Deutschsoziale Partei 1921-1928“, in: Fricke, D. et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945) Köln 1984, Bd. 2, S. 538

⁶⁵ Vgl. Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923. Hamburg 1970, S. 127, 280; Berding, S. 178-189

⁶⁶ Vgl. Niewyk, Donald L.: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy confronts the Problem of Anti-Semitism 1918-1933. Baton Rouge 1971, S. 71

⁶⁷ Vgl. Weißbecker, in: Fricke et al. (1984), Bd. 2, S. 538f

rechtsradikalen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, deutsch-völkische Parteiführer (Graefe, Wulle, Henning) und deutschvölkische und antisemitische Schriftsteller und Publizisten (Reventlow, Dinter, Fritsch) vertreten waren. In einem Programm aus dem Jahr 1923 erhob der Parteiführer Wulle Forderungen nach einer Diktatur, der Ersetzung des Parlaments durch ein „ständisches Berufsparlament“ und den Ausschluss der jüdischen Staatsbürger aus dem Justizwesen, Schuldienst und anderen öffentlichen Ämtern.⁶⁸ Im März 1923 war die DVFP ausdrücklich dazu bereit, Mitglieder der in Preußen verbotenen NSDAP aufzunehmen. Daraufhin wurde auch die DVFP von der preußischen Regierung am 23.3.1923 verboten. Später schlossen sich die Regierungen der Länder Thüringen, Sachsen und Baden diesem Verbot an. Nachdem der preußische Innenminister Severing das Verbot der DVFP am 29.2.1924 wieder aufgehoben hatte, vereinigten sich Deutschvölkische und Nationalsozialisten im Wahlkampf vor der Reichstagswahl am 4.5.1924 unter der Bezeichnung Nationalsozialistische Freiheitspartei unter der Führung von Ludendorff, Graefe und Gregor Strasser. In ihrer Wahlpropaganda wandte sich diese rechtsradikale Partei gegen das parlamentarische System, für den Ausschluss der jüdischen Bürger aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben, gegen den Friedensvertrag von Versailles und den Dawesplan. Erschreckenderweise erhielt die NSFP reichsweit fast 2 Millionen Stimmen und gewann 32 Abgeordnetenmandate.⁶⁹ In den sechs Stimmbezirken des Kreises Lübbecke, in denen jüdische Familien lebten, wurden in den Reichstagswahlen vom 4.5.1924 insgesamt nur 4 Stimmen für die NSFP abgegeben.

Weitaus mehr Wähler in den agrarisch strukturierten Kreisen Lübbecke und Halle i.W. entschieden sich dafür, ihre Stimme dem Völkisch-Sozialen Block, einer weiteren Tarnorganisation der verbotenen NSDAP, zu geben. Zweifellos kann dieses Wahlverhalten dadurch erklärt werden, dass sein Kandidat, Heinrich Dolle, die antisemitischen Ressentiments der Landbevölkerung auszubeuten beabsichtigte. Als Genossenschaftssekretär hatte Dolle schon am 1.10.1918 ein antisemitisches Pamphlet als Sondernummer des „Arbeitsblattes der Bezugs- und Absatzvereinigung der Kleinviehzüchter e.G.m.b.H. zu Moers“ in Umlauf gebracht, das alle Versatzstücke des „traditionellen und aktuellen Antisemitismus“ enthielt. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass der antisemitische Reichshammerbund gleich 400 Stück bestellte und einer der Führer des antisemitischen Alldeutschen Verbandes Dolle aufforderte, an den Sitzungen des alldeutschen „Judenausschuß“ teilzunehmen.⁷⁰ Im Kreis Lübbecke wurden 250 Stimmen in den

⁶⁸ Vgl. Artikel: „Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1933“ von Manfred Weißbecker, in: Fricke et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Köln 1984, Bd. 2, S. 550-558

⁶⁹ Vgl. Wulff, Reimer: Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922-1928. Marburg 1968, S. 39f

⁷⁰ Vgl. Lohalm, S. 75. Im Lübbecker Kreisblatt Nr. 58 vom 24.4.1924 warb der Völkisch-Soziale Block, Landesverband Westfalen-Nord, mit einem Anzeigentext, dessen Tenor die antiparlamentarische, antimarxistische, nationalistische und rassistische Zielsetzung dieser rechtsradikalen Partei offenbarte. In täuschender Absicht gab sich diese nationalsozialistische Tarnpartei als „neue Freiheitspartei“ aus: „Unser Freiheitskampf geht gegen die fremden Bedrücker aller Rassen [Unterstrichene Worte im Original gesperrt, Verf.], die sich in unserer Volksgemeinschaft breit gemacht haben oder uns von außen mit offenem Rechtsbruch vergewaltigen. Unser Freiheitskampf geht gegen das undeutsche und unchristliche Wesen, das alles überwuchert und erstickt; er geht gegen Parlamentarismus und Marxismus und alle internationalen Irrlehren. Wir wollen eine starke rein deutsche Regierung, die dem wahren

sechs genannten Stimmbezirken für den Völkisch-Sozialen Block abgegeben. Den höchsten Stimmenanteil erhielt diese rechtsradikale Partei in der Ortschaft Rahden mit 7,3% (64) aller in der Reichstagswahl am 4.5.1924 abgegebenen Stimmen. Absolut gesehen entfielen in den beiden Stimmbezirken der Stadt Lübbecke mit 110 Stimmen (4,5%) sogar noch mehr Stimmen auf diese rechtsradikale Partei. In der Ortschaft Levern und der Kleinstadt Preußisch Oldendorf lagen die Anteile bei 4,6 und 4,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der rechtsradikale Völkisch-Soziale Block schaffte es also, sowohl unter den Kleinstadtbewohnern, die mehrheitlich nicht in der Wirtschaftsabteilung „Forst- und Landwirtschaft“ erwerbstätig waren, als auch in der Dorfbevölkerung Wähler zu finden. Am 16.6.1933 waren in den Kleinstädten Lübbecke 8,3% und Preußisch Oldendorf 5,9%, in den Landgemeinden Rahden 19% und in Levern nicht weniger als 64% der Bewohner land- und forstwirtschaftlich erwerbstätig.⁷¹

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) war eine gegenrevolutionäre konservative Sammlungspartei, die gegen Demokratie, die neue Republik, den Versailler Vertrag, Reparationsleistungen und für die Wiederaufrüstung zu Felde zog, durch ihre Querverbindungen mit landwirtschaftlichen Gruppen, Industrieverbänden und dem antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband jedoch an die Mittelparteien gebunden und seit 1925 sogar koalitionsfähig wurde. In dieser national-konservativen Partei waren neben Deutsch- und Freikonservativen und Christlichsozialen auch einige besonders antisemitische Gruppen vertreten wie der Alldeutsche Verband, der nach dem Mord an dem Außenminister Rathenau verbotene Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund und die im November 1918 aufgelöste Deutschvölkische Partei. Die DNVP verweigerte Juden den Eintritt in die Partei und in ihrem Parteiprogramm vom Oktober 1920 verwahrte sie sich gegen die „Überhebung des Judentums“ (Artikel 11). Im Jahre 1926 beschloss die DNVP jedoch, jüdische Funktionäre aus eigenen Reihen nicht in die Parlamente zu entsenden. Daraus kann geschlossen werden, dass es jüdischen Bürgern zwischenzeitlich möglich war, sich als einfache Mitglieder dieser Partei des nationalen Lagers anzuschließen.⁷²

Als Hochburgen des nationalen Lagers im Kreis Lübbecke zeigten sich in der ersten Reichstagswahl 1924 die agrarisch strukturierten Gemeinden Wehden, Levern und Kleinendorf, in denen über 50% der Wähler für die Parteien des nationalen Lagers (ohne liberale Parteien) stimmten.

Volkswillen entspricht und weder von Parteien noch Geldinteressen abhängt. Wir ziehen den Trennungsstrich nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen deutsch und undeutsch. Deutsche Brüder aller Stände reicht Euch die Hand zu gemeinsamer Arbeit! Deutschland den Deutschen! Freie Männer im freien Lande! Tretet den Ortsgruppen bei! Gründet neue Ortsgruppen!“ Die pseudoantikapitalistische Zielsetzung und die Verwendung der Worte „Volksgemeinschaft“ und „Stände“ an Stelle des Ausdrucks „Klassengesellschaft“ entlarvt die Orientierung dieser Partei als nationalsozialistisch.

⁷¹ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 455, Heft 15, S. 66

⁷² Vgl. Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1973, 3. Aufl., S. 61ff; Berding, S. 188; Lohalm, S. 69

Der Prozentsatz der land- und forstwirtschaftlich erwerbstätigen Personen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung betrug am 16.6.1933 in der Landgemeinde Wehdem (962 Einwohner) 76,1%, in der Ortschaft Levern (1.145 Einwohner) 64% und in der Landgemeinde Kleinendorf (1.285 Einwohner) 51,9%.⁷³ Für die Landgemeinden Wehdem, Levern und Kleinendorf ist also eine positive Korrelation zwischen der landwirtschaftlich dominanten Sozialstruktur und der Wahlentscheidung für die DNVP festzustellen, während diese Korrelation im Hinblick auf die Wahlentscheidung für die drei rechtsextremen Parteien zumindest ambivalent war, da diese Parteien sowohl in den Kleinstädten Lübbecke und Preußisch Oldendorf als auch in den genannten Landgemeinden in der ersten Reichstagswahl 1924 ähnlich hohe Stimmenanteile erzielten.

Im Kreis Halle i.W. gewannen die drei rechtsextremen Parteien in der ersten Reichstagswahl 1924 in den Kleinstädten Borgholzhausen mit 9,6%, Versmold mit 5,5 und Werther mit 6,8% aller abgegebenen Stimmen die höchsten Anteile. Da die Prozentsätze der land- und forstwirtschaftlich erwerbstätigen Personen im Juni 1933 in diesen drei Stadtgemeinden Borgholzhausen (1.310 Einwohner) 27,1%, Versmold (2.950 Einwohner) 17,3% und Werther (2.492 Einwohner) 10,2% relativ gering waren, ist keine eindeutig positive Korrelation zwischen Wahlverhalten und Sozialstruktur festzustellen. Auf die Landgemeinden Brockhagen und Bockhorst entfielen in denselben Wahlen die höchsten prozentualen DNVP-Stimmenanteile. Da im Juni 1933 in Brockhagen (1.906 Einwohner) 67,5% und in Bockhorst (1.248 Einwohner) 68,3% der Ortsbevölkerung land- und forstwirtschaftlich erwerbstätig waren, ist hier ein positiver Zusammenhang zwischen der örtlichen Sozialstruktur und der Tendenz, DNVP zu wählen, erkennbar.

In der Stadt und im Amt Versmold erzielten in Fortsetzung des Wahlverhaltens in der Kaiserzeit die liberalen Parteien DDP und DVP innerhalb des nationalen Lagers bis zum Eintritt der Hyperinflation eine Mehrheit, die sich seit der ersten Reichstagswahl 1924 auf das sozialistische und das nationale Lager verteilte.⁷⁴

Die Radikalisierung des Wahlverhaltens der Landbevölkerung in der Reichstagswahl am 20.5.1928 lässt sich beispielhaft für die Stimmbezirke der Landgemeinden Bockhorst im Kreis Halle i.W. und Kleinendorf im Kreis Lübbecke zeigen. Beide Landgemeinden hatten eine ähnlich geringe Bevölkerungszahl nach der Zählung vom 16.6.1933 (1.248/1.285) und hohe Prozentsätze an land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung (68,3%/51,9%). Nach der Zählung vom 16.6.1925 bewirtschafteten die meisten erwerbstätigen Personen (9.796 = 31,6%) im Kreis Lübbecke landwirtschaftliche Betriebe in der Größe von 2-5 Hektar. Was die

⁷³ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 455, Heft 15, S. 66

⁷⁴ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 66-82

Tabelle 73: **Anteil des nationalen Lagers in ausgewählten Stimmbezirken der Kreise Lübbecke und Halle i.W. in % aller abgegebenen Stimmen in der Reichstagswahl am 4.5.1924**

1. Kreis Lübbecke

Städte/ Gemeinden	Deutschsoziale Partei	Völkisch- Sozialer Block	National- sozialistische Freiheitspartei	DNVP	Summe
Lübbecke	0,1	4,5	0,08	22,2	26,9
Wehdem	0,2	1,4	---	84,0	85,6
Levern	0,6	4,6	---	70,0	75,2
Pr. Oldendorf	1,2	4,8	---	34,4	40,4
Rahden	0,9	7,3	0,2	30,6	39,0
Kleinendorf	---	2,9	---	54,2	57,1

Quelle: Lübbecker Kreisblatt Nr. 68 vom 6.5.1924

2. Kreis Halle i.W.

Städte/ Gemeinden	Nationalsozialistische Freiheitspartei; Deutschsoziale Partei; Völkisch-Sozialer Block	DNVP	Summe
Borgholzhausen	9,6	20,9	30,5
Halle	3,5	19,5	23,0
Künsebeck	3,0	32,3	35,3
Brockhagen/Patthorst	1,1	40,9	42,0
Versmold	5,5	20,6	26,1
Bockhorst	1,6	49,4	51,0
Werther	6,8a	24,8	31,6

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 286 vom 8.12.1924; StdtA Werther B 1

a) Der Prozentsatz bezieht sich auf die Summe der abgegebenen 3 Stimmen für die Deutschsoziale Partei, 2 Stimmen für die Nationalsozialistische Freiheitspartei und 77 Stimmen für den Völkisch-Sozialen Block.

Viehwirtschaft betraf, wurden in erster Linie auf den Betrieben dieser Größenordnung Rindvieh für die Milch- und Fleischproduktion gehalten (8.732 = 28,7%) , an zweiter Stelle Schweine für die Fleischverarbeitung gemästet (14.555 = 28,6%). Dass der Ackerbau für diese Betriebe nicht unwichtig war, wird an der insgesamt bewirtschafteten Fläche des Ackerlandes im Verhältnis zur Fläche der genutzten Weiden und Wiesen ersichtlich (5.787 ha/3.247 ha).

Im Kreis Halle i.W. waren ebenfalls die meisten Erwerbstätigen (4.885 = 29,0%) auf Höfen in der Größe zwischen 2-5 Hektar beschäftigt. Auch hier wurde überwiegend Rindvieh (5.161 = 30,7%) gehalten und Schweine gemästet (9.764 = 26,4%).⁷⁵ Das Verhältnis der bewirtschafteten Fläche des Ackerlandes zur Fläche der Wiesen- und Weidewirtschaft betrug in diesem Kreis 3.475 ha/1.201 ha.

Inwieweit diese Daten auf die Landgemeinden Kleinendorf und Bockhorst im Einzelnen übertragbar sind, ist noch unbekannt. In der Bauerschaft Bockhorst betrug die durchschnittliche Kartoffelanbaufläche von 103 landwirtschaftlichen Betrieben, die in den Kriegsjahren 1942/43

⁷⁵ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 412, S. 98f

Speisekartoffeln abzuliefern hatten, nicht mehr als 0,5-0,6 ha. Eine Ertragswertaufstellung von 106 landwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinde Bockhorst vermutlich aus dem Jahre 1944 belegt, dass die Höfe eine durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche von 7,5 ha hatten.⁷⁶

Die Agrarkrise im Jahr 1928 wirkte sich für die Bauern im Nachbarkreis Minden insofern aus, als die Schweinepreise auf den Großmärkten im Ruhrgebiet verfielen, da dort aufgrund von Kaufkraftverlust weniger Fleisch nachgefragt wurde, andererseits die Ausweitung der Schweinemast das Angebot an Fleisch erhöht hatte, was sich auch preisdrückend auswirkte. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Bauern in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. von diesem Verfall der Schweinepreise ebenfalls betroffen wurden. Tatsächlich war seit 1928 ein Absinken des Getreidepreises festzustellen, im Jahre darauf verfiel der Preis für Roggen, Milch und Schweine, im Jahr 1930 die Preise für Kälber und Rindvieh. Von der auf Druck des Reichslandbundes eingeleiteten Hochzollschutzpolitik (1929-31) profitierten lediglich größere Getreidebauern in Ostwestfalen, nicht jedoch die Viehwirtschaft treibenden Bauern. Westfälische Viehveredelungsbetriebe (Schweinemäster, Milchviehhalter) gelang es offensichtlich erfolgreich in der Weltwirtschaftskrise, ihre Betriebe trotz der Kaufkraftverluste unter den Lohnempfängern und des Preisverfalls landwirtschaftlicher Produkte rentabel zu halten, indem sie die Gesteungskosten ihrer Produktion verminderten. In Westfalen kam es jedenfalls nach Theine nicht zum Zusammenbruch der Landwirtschaft, auch wenn die Agrarverbände dies seit Mitte der 1920er Jahre befürchteten.⁷⁷

Inwiefern kann nun behauptet werden, dass sich das Wahlverhalten der von der Agrarkrise in den beiden Landgemeinden Kleinendorf und Bockhorst betroffenen erwerbstätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung radikalisierte? Vergleichen wir die Anteile, die in den Reichstagswahlen 1928-33 auf die rechtsradikalen Parteien des Völkisch-Nationalen Blocks, der Christlich-Nationalen Bauernpartei (Landvolk) und der NSDAP in den Stimmbezirken der beiden Landgemeinden entfielen. Die Stimmenanteile der DNVP als Vertreterin des nationalen Lagers werden mit aufgeführt, um zu zeigen, inwieweit sie von der Radikalisierung der landwirtschaftlichen Wähler profitierte oder Stimmen einbüßte.

Während sich in Kleinendorf eine Mehrheit der Wähler dafür entschied, mit 62,2% (=376) der abgegebenen Stimmen in der Reichstagswahl 1928 dem Landvolk ihr Vertrauen zu schenken, entfielen in Bockhorst im selben Jahr 44,1% (= 226) der abgegebenen Stimmen auf den radikalen, antisemitischen Völkisch-Nationalen Block. In Kleinendorf verlor die DNVP offensichtlich im Vergleich zu den Reichstagswahlen am 4.5.1924 bis zum Jahr 1928 fast 50% der Stimmen an das

⁷⁶ Vgl. Bockhorst und seine Bauern während des Zweiten Weltkriegs. Schülerarbeit einer 12. Klasse des Gymnasiums der Jugenddorf-Christophorusschule Versmold im Rahmen des Wettbewerbs „Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ unter dem Thema „Alltag im Nationalsozialismus. Die Kriegsjahre in Deutschland“. 1982/83, Körber-Archiv Hamburg, Nr. 83-334, Anhang

⁷⁷ Vgl. Theine, Burkhard: Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik. Paderborn 1991, S. 127-142; vgl. Koch, P.; Meynert, J.: Ein Volk, ein Reich, ein Führer? Opportunismus und Widerstand proletarischer Milieus im Raum Minden 1933-1945. Bielefeld 1998, S. 41f

Landvolk. SPD und DVP hatten zusammen ca. 13,5% der Stimmen abgegeben, und es ist wahrscheinlich, dass ihre Stimmen ebenfalls zum Landvolk gewandert waren.

Tabelle 74: Anteil des nationalen Lagers im Stimmbezirk Kleinendorf/Kreis Lübbecke in den Reichstagswahlen 1928-1933 in % aller abgegebenen Stimmen

Wahlen	DNVP	Christlich-Nationale Bauernpartei (Landvolk)	NSDAP	Summe
20.05.1928	5,3	62,2	0,5	68,0
14.09.1930	4,3	43,9	22,1	70,3
31.07.1932	2,5	1,9	72,8	77,2
06.11.1932	5,2	3,8	68,5	77,5
05.03.1933	4,6 _a	---	80,5	85,1

Quelle: Lübbecker Kreisblatt Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 215 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

a) In den Wahlen am 5.3.1933 trat die DNVP unter der Bezeichnung „Kampffront Schwarz-weiß-rot“ an.

Tabelle 75: Anteil des nationalen Lagers im Stimmbezirk Bockhorst/Kreis Halle i.W. in den Reichstagswahlen 1928-1933 in % aller abgegebenen Stimmen

Wahlen	DNVP	Christlich-Nationale Bauernpartei (Landvolk)	Völkisch-Nationaler Block	NSDAP	Summe
20.05.1928	28,1	1,2	44,1	---	73,4
14.09.1930	23,9	0,7	---	56,7	81,3
31.07.1932	18,3	0,2	---	68,6	87,1
06.11.1932	17,9	---	---	67,0	84,9
05.03.1933	12,1 _a	---	---	83,0	95,1

Quelle: Haller Kreisblatt Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 216 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

a) In den Wahlen am 5.3.1933 trat die DNVP unter der Bezeichnung „Kampffront Schwarz-weiß-rot“ an.

In Bockhorst profitierte der Völkisch-Nationale Block von den Verlusten der DNVP, die im Vergleich zu den Reichstagswahlen am 7.12.1924 20% der Stimmen abgab, und dem Rückgang der SPD und der DVP, die im selben Zeitraum je ca. 11% ihrer Stimmen verloren. Der Anstieg der Wahlstimmen für den Völkisch-Nationalen Block konnte auch nicht aus dem Reservoir der Erst- und Nichtwähler stammen, da die Zahl der abgegebenen Stimmen im Stimmbezirk Bockhorst von 570 (7.12.1924) auf 512 Stimmen (20.5.1928) zurückgegangen war. Während die radikalisierten Wähler in der Landgemeinde Bockhorst den Weg hin zur NSDAP in einem Schritt vollzogen (1928-30), wobei die DNVP nochmals 4,2% ihrer Stimmen verlor, entschieden sich die Wähler in Kleinendorf in zwei Schritten mehrheitlich zur NSDAP zu wechseln, wobei in den Reichstagswahlen 1930 in einem ersten Schritt ca. 20% der Landvolkwähler zur NSDAP wanderten und sich am 31.7.1932 in einem zweiten Schritt über 40% der Landvolkwähler entschieden, NSDAP zu wählen.

Für die jüdischen Familien und alle demokratisch eingestellten Bürger musste die Radikalisierung des Wahlverhaltens vor Ort als bedrohlich empfunden worden sein. Denn bei der

Landvolkbewegung, die unter dem Eindruck der Agrarkrise im Jahre 1928 in Schleswig-Holstein entstand, handelte es sich nach der Selbsteinschätzung ihrer Mitglieder um eine als „Nothilfe“-Bewegung angesehene bäuerliche Protestbewegung, die offensichtlich auch in der Provinz Westfalen Sympathisanten fand. Die Bewegung sammelte sich unter der Parole „Kampf dem jüdisch-parlamentarischen System“ und unterhielt Kontakte zu nationalen und antisemitischen Verbänden und Bündnissen wie dem Reichslandbund, dem Alldeutschen Verband, dem Stahlhelm, dem Tannenberg-Bund und dem Wehrwolf. Der Anpassungsdruck der Industriegesellschaft führte in der Agrarkrise zum Zusammenbruch der klein- und mittelbäuerlichen Standesorganisationen. Die radikalisierte Schleswig-Holsteinische Landvolkbewegung erhob sich gegen die Repräsentationsorgane des eigenen Milieus (Bauernverbände), rief zu Steuerboykotten auf und verübte in ihrer anarchischen Phase Bombenanschläge auf Landratsämter, Finanzämter usw., bis im Winter 1929/30 die Nationalsozialisten die Bewegung unterwanderten und sich der Bauernverbände bemächtigten. Die Landvolkbewegung kann als Übergangsphänomen begriffen werden, die in einer Krise entstand, als sich die bäuerlichen Standesorganisationen von der nationalen Integrationspartei DNVP abgelöst hatten. Dieser Prozess wiederholte sich nach Lepsius in sechs weiteren Ländern und Provinzen, die protestantisch geprägt waren.⁷⁸

Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei war Anfang März 1928 von „hessischen und mitteldeutschen Landbündlern“ gegründet worden und warb als Konkurrenzpartei zur DNVP um ländliche Wähler.⁷⁹ Fahlbusch/Methfessel charakterisieren die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) wie folgt:

„Die CNBL wurde durch ehemalige Reichstagsabgeordnete der DNVP bzw. der DVP sowie leitende Funktionäre des Reichs-Landbundes (RLB) [am 8.3.1928 in Weimar] gegründet. Ihr Aufbau erfolgte mit Hilfe regionaler Organisationen, vor allem des Thüringer und des Hessischen Landbundes. Ihre politische Entwicklung wurde im wesentlichen von den Interessen der Großagrarier sowie durch das Verhältnis der Führung des RLB zur Brüning-Regierung bestimmt. Trotz erheblicher Differenzen mit Vertretern des ostelbischen Flügels im RLB vertrat die CNBL im Prinzip die gleiche Politik. Die CNBL bewies, daß sie fest im Lager des Agrarkonservatismus verankert war und sich zunehmend auf die NSDAP orientierte. Dem objektiv notwendigen Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern wirkte sie somit entgegen.“⁸⁰

Im Kreis Lübbecke konnte diese Partei besonders in den Reichstagswahlen am 20.5.1928 in den Landgemeinden Wehden (83,4%), Levern (73,7%) und Kleinendorf (62,2%) und am 14.9.1930 - bei fallender Tendenz - in den Landgemeinden Wehden (60%) und Levern (52,6%) die meisten Stimmen auf sich vereinigen, bevor die Wählerschaft dieser Landgemeinden in den nächsten Reichstagswahlen am 31.7.1932 mehrheitlich für die NSDAP stimmte.⁸¹

⁷⁸ Vgl. Artikel: „Landvolkbewegung“ von Lutz Fahlbusch, in: Fricke et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Köln 1985, Bd. 3, S. 347-353; Lepsius, Mario Reiner: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart 1966, S. 22f, Fußnote 26

⁷⁹ Vgl. Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Düsseldorf 1962, S. 116

⁸⁰ Vgl. Artikel: „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928-1933“ von Lutz Fahlbusch und Werner Methfessel, in: Fricke, D. et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Köln 1983, Bd. 1, S. 434-439, hier: S. 434; Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1996, S. 311ff

⁸¹ Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 215 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932

Erschreckende Ziele verfolgte auch der Völkisch-Nationale Block unter der Führung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Nachdem im Frühjahr 1928 der Wehrwolf, das Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot und der Rest von Kunzes Deutsch-Sozialer Partei aus dem Block ausgetreten war, wurde er zu einem „Sammelbecken völkischer und konservativer Splitterorganisationen“.⁸² In seinem Programm vom 1.4.1928 entwarf der Block das Ziel einer ‚völkischen Monarchie‘, gab vor, landwirtschaftliche und mittelständische Interessen vertreten zu wollen, bekämpfte das parlamentarische System, Juden, Jesuiten und Freimaurer und lehnte auf außenpolitischem Gebiet die Abrüstungs- und Reparationspolitik der Regierungsparteien ab.⁸³

Erschreckend für alle demokratischen und jüdischen Bürger gleichermaßen war die Ideologie des Nationalsozialismus, dessen Elemente 1. Antiliberalismus und Antiparlamentarismus, 2. Antikommunismus und Nationalismus, 3. Rassismus, 4. Antisemitismus und 5. Militarismus und Imperialismus waren. Diese ideologischen Elemente wurden weniger deutlich im Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.1920 erläutert als in Hitlers Bekenntnisschrift „Mein Kampf“, die der wegen seines „hochverräterischen Unternehmens“ (bewaffneter Putschversuch) von dem Volksgericht für den Landbezirk München I zu 5 Jahren Festungshaft am 1.4.1924 verurteilte Führer der NSDAP, Adolf Hitler, teils selbst schrieb, teils seinem Privatsekretär Heß diktierte.⁸⁴

Die erste NSDAP-Ortsgruppe im Kreis Lübbecke entstand am 2.6.1926 in dem Dorf Tengern im Kirchspiel Schnathorst auf Initiative des Bielefelder NSDAP-Bezirksleiters Friedrich Homann, der auch für die Gründung der NSDAP-Ortsgruppen in Hüllhorst (21.5.1930) und Lübbecke im Jahre 1930 verantwortlich war.⁸⁵ In der Kreisstadt selbst organisierte der erste NSDAP-Ortsgruppenleiter und Geschäftsführer der NSDAP-Kreisleitung, Friedrich Watermann, ein ehemaliger Großmeister des Jungdeutschen Ordens in Lübbecke, ein Jahr später die NSDAP-Ortsgruppen Rahden, Dielingen, Preußisch Ströhen, Wehden, Fiestel und Büttendorf. Die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe im Nachbarort Preußisch Oldendorf fiel auch in das Jahr 1931.⁸⁶ Tatsächlich hatten der Jungdeutsche Orden und die NSDAP ähnliche Zielvorstellungen. Beide bekämpften die organisierte Arbeiterbewegung, propagierten einen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion und sahen im italienischen Faschismus ein Vorbild.⁸⁷

1932 kamen die NSDAP-Ortsgruppen in Levern, Schnathorst und Holsen hinzu. In Lübbecke trat im Kontext des Volksbegehrens „Auflösung des Landtages“ am 8./9. August 1931 zum ersten Mal eine SA-Gruppe (Sturm 76) unter Führung eines Gärtnergehilfen in Erscheinung. Eine SS-Staffel

⁸² Vgl. Wulff, S. 160

⁸³ Vgl. ebd., S. 160f

⁸⁴ Vgl. Artikel: „Nationalsozialismus“, in: Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich. München 1998, 2. Aufl., S. 238-240; Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998, S. 78-83

⁸⁵ Vgl. Nordsiek, Marianne: Fackelzüge überall... Das Jahr 1933 in den Kreisen Minden und Lübbecke. Bielefeld 1983, S. 26-28

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 33; Schacht; Witteborg, S. 31; Neue Westfälische Nr. 167 vom 21.7.1995

⁸⁷ Vgl. Artikel: „Jungdeutscher Orden“ von Kurt Finker, in: Fricke et al. (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Köln 1985, Bd. 3, S. 138-148, hier: S. 138

wurde im Juli 1932 von einem 21jährigen Studenten gegründet.⁸⁸ Andere Gliederungen der NSDAP wie Hitlerjugend (HJ), Bund Deutscher Mädel (BDM), NS-Frauenschaft, NS-Lehrerbund, Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) und das Kreisorchester entstanden 1932 in Lübbecke zunächst für ganze Kreisgebiet.⁸⁹

Während der Stimmenanteil des sozialistischen Lagers in Lübbecke von 40% auf 33% im Zeitraum 1920-33 sank, vergrößerte sich der Anteil der NSDAP-Stimmen, ausgenommen in der Reichstagswahl vom 6.11.1932, kontinuierlich von 0,6% der abgegebenen Stimmen auf 47,6%. Vergleichen wir das Stimmenwachstum für die NSDAP in Lübbecke, wo es ein sozialistisches Milieu gab, mit dem Wahlverhalten in der kleinen Nachbarstadt Preußisch Oldendorf und einigen ausgesuchten Landgemeinden des Kreises Lübbecke.

Tabelle 76: Anteil der NSDAP-Stimmen in % aller abgegebenen gültigen Stimmen in einigen ausgewählten Stadt- und Landgemeinden des Kreises Lübbecke in den Reichstagswahlen 1928-1933

Stadt-/Landgemeinde	Einwohner am 16.6.1933 (Juden)	Land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung in %	Wahlen	NSDAP-Stimmenanteil	Summe aller gültigen Stimmen (absolut)
Stadt Lübbecke	5.275 (42)	8,3	20.05.1928	0,6	2.476
			14.09.1930	24,6	2.786
			31.07.1932	42,8	3.267
			06.11.1932	40,4	3.202
			05.03.1933	47,6	3.402

Stadt Pr. Oldendorf	1.610 (14)	5,9	20.05.1928	0,5	625
			14.09.1930	35,2	764
			31.07.1932	59,3	915
			06.11.1932	58,7	914
			05.03.1933	67,7	984

Lg. Wehdem	962 (2)	76,1	20.05.1928	0,2	483
			14.09.1930	25,3	462
			31.07.1932	78,0	602
			06.11.1932	77,1	556
			05.03.1933	82,4	596

Lg. Lavern	1.145 (11)	64,0	20.05.1928	1,4	570
			14.09.1930	27,2	519
			31.07.1932	59,6	636
			06.11.1932	47,4	390
			05.03.1933	73,3	686

Lg. Rahden	2.126 (60)	19,0	20.05.1928	0,3	855
			14.09.1930	22,4	913
			31.07.1932	60,5	1.160
			06.11.1932	51,2	1.125
			05.03.1933	66,8	1.334

Quellen: Lübbecker Kreisblatt Nr. 118 vom 21.5.1928 Nr. 215 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932; Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933; StdtA Lübbecke, C III 2.2; Statistik des Dt. Reichs, Bd. 455, Heft 15, S. 66; Meynert (1988); Pracht (1998)

⁸⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 3.2; Schacht; Witteborg, S. 31

⁸⁹ Vgl. Nordsiek, S. 33

Diese Daten zeigen erstens, dass die demagogische Propaganda der NSDAP vor der Reichstagswahl am 14.9.1930 auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise sowohl in den beiden Stadtgemeinden, als auch in den drei Landgemeinden auf fruchtbaren Boden fiel, obwohl zu dieser Zeit noch in keiner der Städte und Landgemeinden (mit Ausnahme von Tengern und Hüllhorst) NSDAP-Ortsgruppen gebildet worden waren. Die NSDAP-Bezirksleitung hatte nicht weniger als 30 Propagandaveranstaltungen im Kreis Lübbecke organisiert.⁹⁰ Richard Walther Darrés agrarpolitischer Apparat innerhalb der Reichsleitung und das agrarpolitische Programm des NSDAP-Reichstagsabgeordneten Werner Willikens, das „Steuererleichterungen, Schuldenerlaß, agrarische Schutzzölle und Verbilligung landwirtschaftlicher Produktionsmittel“ in Aussicht stellte, hatte offensichtlich besonders in der kleinbäuerlichen Bevölkerung auf Kosten der DNVP und der Landvolkpartei Anklang gefunden.⁹¹ Doch Kleinbauern konnten nicht die einzige Sozialgruppe gewesen sein, die sich von der NSDAP-Propaganda ansprechen ließ, denn sowohl in den Kleinstädten Lübbecke und Preußisch Oldendorf als auch in den Landgemeinden mit über und unter 50% land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung stieg der NSDAP-Stimmenanteil von unter 1% auf über 20% der abgegebenen gültigen Stimmen im Vergleich zur Reichstagswahl im Jahr 1928. Zweitens fällt auf, dass der NSDAP-Stimmanteil in allen ausgewählten Orten nur in der Kreisstadt Lübbecke in der Reichstagswahl am 5.3.1933 unter 50% geblieben war.

Welche Klassen- und Konfessionsmilieus in der Kreisstadt Lübbecke hatten gegenüber der nationalsozialistischen Gefahr bis zur Reichstagswahl am 5.3.1933 relative Stabilität bewiesen? Im Vergleich zu den Reichstagswahlen am 20.5.1928 hatte die SPD nur 12 Stimmen eingebüßt, die KPD jedoch 172 Stimmen hinzugewonnen. In absoluten Zahlen hatte das sozialistische Lager also 160 Stimmen zugelegt. Das Zentrum als Ausdruck des katholischen Konfessionsmilieus hatte lediglich 3 Stimmen verloren und damit ebenfalls dem Angriff der NS-Propaganda standgehalten. Die liberalen Parteien DDP (seit 14.9.1930: Deutsche Staatspartei) und die DVP hatten zusammen seit 1928 463 Stimmen verloren, während im nationalen Lager die DNVP (seit 5.3.1933: Kampffront Schwarz-weiß-rot) 100 Stimmen abgegeben hatte. Wenn wir die Verluste, die alle größeren Parteien seit der Reichstagswahl am 20.5.1928 gemacht hatten, addieren, erhalten wir eine Summe von 578 Stimmen. Selbst wenn wir davon ausgingen, dass die NSDAP 578 Wechselwähler aus allen größeren Parteien in der Wahl am 5.3.1933 angezogen hätte, so bliebe zu erklären, woher die restlichen 1.040 Stimmen kamen, da die NSDAP aus allen drei Stimmbezirken in Lübbecke 1.618 Stimmen erhielt. Wie hoch kann die Zahl der Erst- und Nichtwähler in Lübbecke geschätzt werden, die die NSDAP für ihre Ziele mobilisierte? Seit den Reichstagswahlen am 20.5.1928 war die Zahl der Wahlberechtigten von 3.053 (Landtagswahl 20.5.1928), auf 3.287 (Reichstagswahl 14.9.1930), und von 3.506 (Reichstagswahl 31.7.1932) auf

⁹⁰ Vgl. Nordsiek, S. 30

⁹¹ Vgl. Schacht; Witteborg, S. 25f; Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt a.M. 1988, S. 132f

3.715 (5.3.1933) angestiegen.⁹² Theoretisch konnten alle Parteien also maximal 662 Neuwähler bis zum 5.3.1933 mobilisieren, vorausgesetzt alle Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Die tatsächliche Zahl der abgegebenen Stimmen betrug aber nur 2.476 (20.5.1928), 2.817 (14.9.1930), 3.304 (31.7.1932) und 3.441 (5.3.1933), woraus sich eine Wahlbeteiligung von 81,1%(1928), 85,7% (1930), 94,2% (31.7.1932) und 92,6% (1933) errechnen lässt. Während also die Zahl der Wahlberechtigten von 1928-33 um 662 stieg, erhöhte sich die Zahl der tatsächlich abgegebenen (gültigen) Stimmen um 965 (926). Die NSDAP als „absolutistische Integrationspartei“ (Sigmund Neumann)⁹³ musste also sowohl aus der Gruppe der Wechselwähler als auch aus der Gruppe der Erst- und Nichtwähler Stimmen gewonnen haben, sonst wäre der Anstieg ihres Stimmenanteils nicht erklärbar. Als Fazit ist festzuhalten, dass die NSDAP in der Kreisstadt Lübbecke zweifellos von den Wechselwählern der liberalen Parteien und - im geringeren Maße - von denen der DNVP, d.h. also von den Wechselwählern des nationalen Lagers profitierte, im größeren Maße jedoch von der Gruppe der Erst- und Nichtwähler.

Der Nationalsozialismus, der sich gegen das Judentum, den sozialistischen Internationalismus, den Pazifismus, den Liberalismus und Parlamentarismus wandte, rekrutierte seine Wähler nicht nur aus dem abstiegsbedrohten alten und neuen Mittelstand (Bauern, Kaufleute, Handwerker, Angestellte) oder aus der Gruppe der Arbeitslosen, die nach Falter eher KPD oder SPD als NSDAP wählten, sondern auch aus der Sozialgruppe der Beamten, die, obwohl nicht abstiegsgefährdet, - aus welchen Gründen auch immer - die Entscheidung trafen, sich dem Trend der Zeit anpassen zu müssen. Childers kam bei seiner Untersuchung über die soziologische Basis der nationalsozialistischen Wählerschaft zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Die Quellen der nationalsozialistischen Stärke in den Wahlen waren soziologisch flüchtig, breiteten sich von der unteren Mittelklasse bis einschließlich der oberen Mittelklasse der Beamtenschaft als auch der unentschiedenen Handwerkerschaft kleiner Handwerksbetriebe aus. Obwohl nach 1928 hauptsächlich protestantisch, unterschied sich die soziale Herkunft der nationalsozialistischen Wählerschaft nicht wesentlich von der katholischen [NS-] Wählerschaft. Bis 1932 war die NSDAP ein einzigartiges Phänomen in der deutschen Wahlpolitik geworden, eine breite Protestpartei, deren Wähler, obwohl sie in erster Linie in einer sozial unterschiedlichen Mittelklasse vertreten waren, vor allem einig waren bei der Ablehnung einer immer bedrohlicheren Gegenwart.“⁹⁴

Falter resümierte: „Die NSDAP-Zuwandererwellen [1928-33] stammten, wenn auch mit deutlichem Übergewicht der bürgerlich-protestantischen Mittel- und Rechtsparteien und der Nichtwähler sowie in geringem Ausmaße auch der Sozialdemokraten (!), aus allen politischen Lagern.“⁹⁵

Konnte die NSDAP im Kreis Halle i.W. ähnlich hohe Stimmenzuwächse wie im Kreis Lübbecke erzielen? Inwiefern differierte das Wahlverhalten in Stadtgemeinden von dem in den Landgemeinden hinsichtlich der Anfälligkeit gegenüber der NSDAP-Propaganda? Nachfolgend vergleichen wir die für die NSDAP abgegebenen Stimmenanteile in einigen ausgewählten kleinstädtischen und ländlichen Stimmbezirken, in denen jüdische Familien zur Zeit der Weimarer

⁹² Vgl. StdtA Lübbecke, C III 2.2

⁹³ Vgl. Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1973, 3. Aufl., S. 73-87, 107-110

⁹⁴ Childers, Thomas: The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Mosse, George L. (Hg.): International Fascism: New Thoughts and new Approaches. London 1979, S. 161-188, hier: 176 übersetzt vom Verfasser

⁹⁵ Falter, Jürgen W.: Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn 1984, S. 58

Republik lebten, ohne jedoch eine kausale Beziehung zwischen dem Anwachsen der NSDAP-Stimmenanteile und der Tatsache, dass jüdische Familien vor Ort lebten, vorauszusetzen. Bei dieser Voraussetzung folgen wir der These von Winkler, dass beim Aufstieg des Nationalsozialismus der Antisemitismus lediglich für die Binnenintegration der NS-Bewegung von Bedeutung gewesen sei, bei der Mobilisierung neuer Wähler jedoch nur eine sekundäre Rolle gespielt habe.⁹⁶ Nichtsdestoweniger war die Judenfeindschaft der NSDAP ein unübersehbares ideologisches Moment, das sich sowohl in der mündlichen und schriftlichen Tagespropaganda, in der zunehmenden Zahl durch NS-Täter frevelhaft zerstörter und entweihter jüdischer Friedhöfe und Synagogen als auch in dem NS-Parteiprogramm vom 24.2.1920 sowie in den notorischen Schriften der Nationalsozialisten im ganzen Reichsgebiet objektiv nachweisbar ausdrückte. Für die jüdischen Familien war es wenig tröstlich zu wissen, dass sich möglicherweise eine Mehrheit der Wähler in den Orten, in denen sie lebten und arbeiteten, nicht aus judenfeindlichen, sondern aus anderen Motiven für die NSDAP entschieden.

Die hohen NSDAP-Stimmenzuwächse in den Kleinstädten Borgholzhausen, Versmold und in der Landgemeinde Bockhorst im Amt Versmold um über 40% von 1928-1930 sind zum Teil auf die relativ frühe Gründung örtlicher NSDAP-Ortsgruppen und weiterer NS-Gliederungen sowie auf ihre Mobilisierungstechniken zurückzuführen.

Die erste NSDAP-Ortsgruppe im Kreis Halle i.W. wurde nach einer Versammlung am 14.1.1930, die von der NSDAP-Bezirksleitung in Bielefeld organisiert worden war und an der 280 Teilnehmer anwesend gewesen waren, in Versmold für das ganze Amt gegründet. Schon am 23.1.1930 wurde eine NSDAP-Versammlung in Bockhorst organisiert, weitere folgten am 8.2.1930 in Versmold, Peckeloh und Oesterweg. Der erste Ortsgruppenleiter war ein 65jähriger Rottenführer i.R., der zweite, ein 28jähriger Kaufmann, fungierte ab Juni 1930, der dritte, ein 29jähriger Landwirt, übernahm diese Funktion von August 1931 bis September 1937, bevor ein vierter NSDAP-Ortsgruppenleiter in Funktion trat. Im Juni 1930 wurde für Versmold eine SA-Ortsgruppe gegründet. Andere Gliederungen der NSDAP wie die HJ wurde im Dezember 1931 gebildet. Danach traten eine Motor-HJ, eine Flieger-HJ, das Jungvolk, der BDM und die Jungmädelschaft in Funktion. Eine NS-Frauenschaft wurde im Februar 1932 gegründet und eine Zelle der NSBO soll auch schon vor der NS-Machtübernahme in Versmold in Konkurrenz zum ADGB ihr Unwesen getrieben haben. Die NSDAP-Ortsgruppe in Versmold organisierte schon im Jahr 1930 30 Versammlungen und wuchs von 35 Mitgliedern im April 1930 auf 60 Mitglieder im Sommer 1930

⁹⁶ Vgl. Winkler, Heinrich August: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus – Juden als „Blitzableiter“, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg 1997, S. 358. Nach Niewyk spielten für die NSDAP-Wählerschaft ökonomische Probleme, nationalistische Einstellungen und die Furcht vor dem Kommunismus eine größere Rolle als der Antisemitismus. Vgl. Niewyk, S. 122

und im Jahre 1932 von 73 auf 130 Mitglieder an.⁹⁷ Zum Vergleich: die SPD-Ortsgruppe in Versmold zählte im April 1930 95 Mitglieder, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 100 Mann.⁹⁸

In Borgholzhausen war offensichtlich ebenfalls schon vor der Reichstagswahl am 14.9.1930 eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet worden und machte mit NSDAP-Propaganda-veranstaltungen auf sich aufmerksam. Zunächst wurde sie von einem 23jährigen Landwirtschaftsschüler geleitet, bevor im Herbst 1931 ein 23jähriger Handlungsgehilfe diese Funktion übernahm. Die NSDAP-Ortsgruppe Borgholzhausen zählte am 10.8.1931 nur 5 Mitglieder und war nach Mitteilung des Bürgermeisters Müller, der Anhänger der DDP war, an den Landrat vom 26.11.1931 bis dahin auf 32 Mitglieder und 12 SA-Leute angewachsen.⁹⁹ In den Jahren 1930-32 wurden in der Kleinstadt Borgholzhausen einschließlich der im Amt liegenden Gemeinden mindestens 24 NSDAP-Veranstaltungen organisiert, an denen nicht weniger als 2.200 Besucher teilnahmen. Als der NSDAP-Bauernführer Meinberg am 4.11.1931 in Borgholzhausen auftrat, waren ca. 300 Zuhörer anwesend, und den notorischen antisemitischen NSDAP-Redner Münchmeyer wollten am 24.7.1932 in Berghausen 250 Personen hören. Über den politischen Charakter dieses NSDAP-Propagandisten schrieb der „Anti-Nazi“:

„Ludwig Münchmeyer. Einer der radikalsten nationalsozialistischen Agitatoren ist der ehemalige Pastor Münchmeyer. Münchmeyer hat ein bewegtes Leben hinter sich. Er hat fünf verschiedenen Parteien angehört. Erst war er deutschnational, dann bei den Welfen, dann war er bei der völkischen Freiheitspartei, dann beim völkischen Block, und schließlich ist er bei den NS gelandet. Und das alles im Laufe dreier Jahre. Als Welfe bekämpfte er die NS. Heute, als NS. bekämpft er die Welfen. Wo wird Münchmeyer morgen stehen?“¹⁰⁰

Tags zuvor hatte Münchmeyer im Deutschen Haus in Werther auf Einladung der dortigen NSDAP-Ortsgruppe vor 310 Personen zum Thema „Die Reichstagswahl am 31.7.1932“ gesprochen, während der NSDAP-Bauernführer Wilhelm Meinberg/Dortmund schon am 9.11.1931 in Werther über das Thema „Zukunft oder Untergang“ vor nicht weniger als 360 Personen agitiert hatte.¹⁰¹ Der NSDAP-Geschäftsführer der Kreisleitung Lübbecke, der auf dem ersten NSDAP-Kreistag am 21.11.1932 in Fiestel von dem 25jährigen Kreissparkassenangestellten Ernst Meiring abgelöst wurde¹⁰², agitierte nicht nur im Kreis Lübbecke, sondern trat beispielsweise auch auf Einladung der NSDAP-Ortsgruppe Borgholzhausen am 13.9.1930 in Berghausen vor 200 Personen als Redner auf. Am 17.10.1931 in Barnhausen sprach er vor 25 Personen zum Thema „Was ist die Folge der Brüning Diktatur? Restlicher Zusammenbruch durch den Kommunismus oder Errettung durch Adolf Hitler?“ und am 22.10.1931 zum gleichen Thema in Holtfeld vor 50 Personen.¹⁰³ Im angetrunkenen Zustand hatte Watermann am 22.10.1932 auf einem so genannten „Deutschen Abend“ im Hotel Wolter in Rahden in einer Rede zur Bildung einer örtlichen NS-Frauenschaft angeregt und in dieser Rede den greisen Reichspräsidenten beleidigt. Nachdem die

⁹⁷ Vgl. Westfälische Neueste Nachrichten Nr. 11 vom 13.1.1940

⁹⁸ Vgl. StdtA Versmold, C 283

⁹⁹ Vgl. StdtA Borgholzhausen, 43.2.4/5

¹⁰⁰ Vgl. Anti-Nazi. Handbuch im Kampf gegen die N.S.D.A.P. Hg. vom deutschen Volksgemeinschaftsdienst Berlin-Wilmersdorf 1930, S. 170

¹⁰¹ Vgl. StdtA Werther, B 77

¹⁰² Vgl. Schacht; Witteborg, S. 47

¹⁰³ Vgl. StdtA Borgholzhausen, C 43.2.4/5

republikanische Beschwerdestelle Anzeige beim Oberstaatsanwalt gemacht hatte, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Dies war vermutlich der Grund, warum Watermann selbst für die NSDAP nicht mehr tragbar war.¹⁰⁴

In der Kleinstadt Werther machten sich Anhänger der NSDAP bzw. der SA im Frühjahr 1930 störend und belästigend bemerkbar, weil sie nach Beendigung des Gottesdienstes Besuchern der St. Jacobi Kirche Flugblätter aufzwangen. Diese Methode behielten lokale Mitglieder der NSDAP und SA bis zum 2. August 1931 bei, als Hauptwachtmeister Kolbow den Landarbeiter Johannes Hammer aufforderte, die Verteilung von Versammlungszetteln vor den Ein- und Ausgängen der Kirche zu unterlassen, um den Gottesdienstbesuchern freien Ausgang zu gewähren. Als sich Hammer weigerte, den Anordnungen des Überwachungsbeamten Folge zu leisten, da er behauptete, dass er eine schriftliche Erlaubnis der Polizeibehörde Werther erhalten habe, die er allerdings nicht vorzeigen konnte, und er sich zudem auf seinen Auftraggeber, den SA-Führer Walter Schäfer, der in einigem Abstand von der Kirche ebenfalls Flugzettel verteilte, berief, wurden die Zettel „wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung“ und „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ beschlagnahmt. Unerklärlicherweise entschied Bürgermeister Ostrop, der der DVP nahestand, am 3.8.1931, die Flugzettel zurückzugeben und von einer Bestrafung abzusehen.¹⁰⁵

15-16 uniformierte NSDAP-Angehörige verursachten in Werther am 2.4.1930 einen Skandal, als sie „in geschlossenem Zuge durch die Stadt unter lautem Singen und Heilrufen auf Hitler“ zum Deutschen Haus marschierten, wo sie von dem Überwachungsbeamten aufgefordert wurden auseinanderzugehen, weil sie sich „verkehrsbehindernd“ auswirkten. Nachdem der NSDAP-Redner, der 23jährige Handlungsgehilfe Max Hiemisch aus Bielefeld, Mitglieder der Reichsregierung und den Reichspräsidenten beleidigt hatte, zudem die Worte geäußert hatte „Wir hassen den Staat! Wir sind Revolutionäre und fordern dazu auf!“, drohte die Versammlung zu eskalieren, so dass der Überwachungsbeamte sie um 23.00 Uhr auflöste. Bei diesem Schritt berief er sich nicht auf das Republikenschutzgesetz, sondern auf das allgemeine Landrecht. Als daraufhin der NSDAP-Redner eine neue Versammlung eröffnete, wurde er kurzerhand in Haft genommen, um 0.30 Uhr jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.¹⁰⁶

Eine NSDAP-Ortsgruppe wurde in Werther am 15.12.1930 vermutlich im Beisein des NSDAP-Bezirksleiters gegründet. Im Juli 1931 hatte sie 35 Mitglieder. Der erste Ortsgruppenleiter soll bis März 1931 ein Kaufmann, der zweite ein 32jähriger Maler gewesen sein. Der dritte Ortsgruppenleiter, der 28jährige Landwirt Hans Wellmann, leitete mindestens 19 öffentliche Wahlveranstaltungen der NSDAP in der Kleinstadt und im Amt Werther von Juli 1931 bis November 1932. Der vierte Ortsgruppenleiter, Otto Eickhoff, war von Beruf Ingenieur.¹⁰⁷

¹⁰⁴ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 68

¹⁰⁵ Vgl. StdtA Werther, B 77

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

Die 36 NSDAP-Wahlveranstaltungen in Werther mobilisierten von April 1930 bis November 1932 mindestens 3.600 Personen. Im nationalen Lager müssen allerdings noch zwei Veranstaltungen der DNVP (Kampfblock Schwarz-weiß-rot) und zwei Veranstaltungen des Tannenbergbundes, Kampfgruppe Bielefeld, hinzugerechnet werden. Finker charakterisierte die rechtsextreme politische Ausrichtung des Tannenberg-Bundes (TB) wie folgt:

„Der TB [Tannenberg-Bund. Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger- und Jugendverbände] war eine militaristische, großdeutsch-völkische Dachorganisation einiger Jugend- und Wehrverbände mit relativ geringem Einfluß. Er setzte sich die Errichtung einer Diktatur faschistischen Typs und die Entfesselung eines Revanche- und Eroberungskrieges zum Ziel. Kennzeichnend war neben dem Ludendorff-Kult seine extrem antikommunistische, antidemokratische, antisemitische und antireligiöse Position. Der TB erwies sich für die Schaffung einer breiten Massenbasis als ungeeignet. Er wurde von den reaktionärsten Kräften des deutschen Monopolkapitals fallengelassen und erlag schließlich der Konkurrenz der NSDAP.“¹⁰⁸

In Werther organisierte die evangelische Kirchengemeinde am 15.2.1932 eine öffentliche Veranstaltung im Deutschen Haus zu dem Thema „Christentum und Tannenbergbund“. Neben Mitgliedern des Tannenbergbundes nahmen an der öffentlichen Diskussion auch die späteren Bekenntnispfarrer Wilhelm Niemöller aus Bielefeld und Christoph Karl Heuer aus Werther teil. Unter dem Einfluss seiner zweiten Frau hatte Ludendorff, der sowohl am Kapp-Putsch als auch am Hitler-Putsch teilgenommen hatte, eine pseudoreligiöse Bewegung „Deutsche Gotteserkenntnis“ gegründet, eine neue germanische Religion, die die alten nordischen heidnischen Götter verehrte. Das Nazi-Regime erkannte diese Pseudoreligion im Jahre 1939 offiziell an. In einer Art Verfolgungswahnsinn machte der Tannenbergbund Propaganda gegen Christentum, Judentum und Freimaurerei.¹⁰⁹ In der Veranstaltung zu Beginn des Jahres 1932 ging es zweifellos darum, echte christliche Auffassungen von wahnsinnigen, pseudoreligiösen Vorstellungen zu unterscheiden.

In der Reichstagswahl am 14.9.1930 erhielt die NSDAP in Werther 18,6% der abgegebenen gültigen Stimmen, der Evangelische Volksdienst immerhin 7,1%. Der besondere Wahlerfolg des Christlich-Sozialen Volksdienstes als kleine Partei des nationalen Lagers in dem ersten Krisenjahr der Wirtschaftskrise erklärte sich zweifellos aus der Kandidatur des späteren Bochumer Bekenntnispfarrers Albert Schmidt¹¹⁰, der im Unterschied zu seinem Bochumer Amtsbruder Hans Ehrenberg nicht sozialdemokratisch, sondern bis zur Wahl des Kabinetts Müller Anhänger der DVP gewesen war. Der CSVD lehnte in seinen Leitsätzen den Klassenkampf, aber auch den Abbau der Sozialpolitik ab, betonte die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Freiheit der Persönlichkeit, der Kirchen und der christlichen Bekenntnisschule und forderte - vermutlich zur Linderung des massenhaften Problems der Arbeitslosigkeit - eine Verbindung zwischen Selbsthilfe und Staatshilfe.¹¹¹ Mit diesem inhaltlichen Programm stellte sich der CSVD dem Nationalsozialismus

¹⁰⁸ Vgl. Artikel: „Tannenberg-Bund. Arbeitsgemeinschaft völkischer Frontkrieger- und Jugendverbände 1925-1933“ von Kurt Finker, in: Fricke et alii (Hg.): Lexikon der Parteiengeschichte. Köln 1986, Bd. 4, S. 180-183, hier: S. 180

¹⁰⁹ Vgl. Artikel: „Erich Ludendorff“, in: Wistrich, Robert S.: Who is Who in Nazi Germany. London/New York 1995, S. 161-163

¹¹⁰ Vgl. Rosowski, Martin: Albert Schmidt 1893-1945. Politische und pastorale Existenz in christlich-sozialer Verantwortung. Bochum 1984, S. 20f

¹¹¹ Vgl. Artikel: „Christlich-Sozialer Volksdienst 1929-1933“, in: Fricke et alii (Hg.), Bd. 1, S. 464-470, bes. 467

zwar als sittlich fundierte Kraft entgegen, wie die Freunde Schmidt und Ehrenberg der geistlosen Brutalität des NS-Regimes mutig entgegentraten, doch als politische Partei war der CSVD nicht bereit, sich frühzeitig und klar von der NSDAP zu distanzieren. Im Gegenteil, zwei Führer dieser Partei hatten am 22.3.1932 eine Unterredung mit Hitler, in der sie erklärten, dass „der CSVD mehr Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der Nazi-Partei als mit den Deutschnationalen sehen würde.“¹¹² Dieser Kurs wurde offensichtlich von der Wählerschaft vor Ort nicht honoriert. In Werther jedenfalls schrumpfte der Stimmenanteil des CSVD in der Landtagswahl am 24.4.1932 auf 4,1%, in der Reichstagswahl am 31.7.1932 weiter auf 2,4% der abgegebenen Stimmen.¹¹³ In der nächsten Reichstagswahl erhielt diese kleine protestantische Partei in Werther 3,2%, am 5.3.1933 3,4% der abgegebenen Stimmen. Die Charakterisierung des politischen Kurses des CSVD gegenüber der NSDAP fällt bei Fahlbusch/Methfessel entsprechend negativ aus:

„Der CSVD entwickelte sich aus zwei Strömungen des bürgerlich-protestantischen Lagers. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der Faschisierung gelang es ihm, eine größere Gruppe von Protestanten des städtischen und besonders des ländlichen Kleinbürgertums zu erfassen. Diese Position nutzte er zur fast bedingungslosen Unterstützung der Brüning'schen Faschisierungspolitik und zur Tolerierung der Hitlerbewegung aus. Damit förderte der CSVD objektiv die Entwicklung der faschistischen Diktatur in Deutschland und trug auch gleichzeitig zur Abwanderung eines großen Teils seiner Anhänger zur NSDAP bei. Zu Beginn der faschistischen Diktatur hatte er stark an Einfluß verloren und löste sich selbst auf.“¹¹⁴

Als intellektueller Seelsorger innerhalb des evangelischen Milieus äußerte sich der Volkswirtschaftler, Philosoph und evangelische Theologe Hans Ehrenberg, der seit 1925 Pfarrer des 6. Bezirks südlich und nördlich des Bochumer Hauptbahnhofs war, im Entscheidungsjahr 1932 zur kulturellen Rolle und Aufgabe der katholischen und evangelischen Kirchen, die sich beide mit dem Problem konfrontiert sahen, wie sie, vertreten durch die konfessionellen Parteien des Zentrums und des Christlich-Sozialen Volksdienstes, auf den Angriff der Nationalsozialisten reagieren sollten. Ehrenberg konstatierte, dass die deutschen Faschisten außenpolitisch imperialistische Ziele anstrebten und innenpolitisch an „Machthunger“, an „Rassenstolz“ und an einem „Judenkomplex“ litten. Der Theologe wusste, wovon er sprach. Schon im März 1927 war Ehrenberg von einer Gruppe von Nationalsozialisten, die von dem Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Bochum (1923) und späteren Gauleiter von Westfalen (1928), Josef Wagner, angeführt wurden, im lutherischen Gemeindesaal in Hattingen gestört worden, als der Theologe zwei Vorträge und eine Predigt über das Verhältnis zwischen Judentum und Christentum auf Einladung der deutschen christlichen Studentenbewegung hielt.¹¹⁵ Ehrenberg erkannte einerseits die römisch-katholische Kirche als Bollwerk gegen den Marxismus an, während er andererseits erwartete, dass der winzige evangelische Volksdienst den deutschen Faschismus, wenn nicht bändigen, so doch „erlösen“ sollte. Realistisch resümierte der Theologe, dass die Katholiken an

¹¹² Ebd., S. 469

¹¹³ Vgl. StdtA Werther, B 1

¹¹⁴ Artikel: „Christlich-Sozialer Volksdienst 1929-1933“, in: Fricke et alii (Hg.), Bd. 1. Köln 1983, S. 464

¹¹⁵ Vgl. Ehrenberg, Hans Philipp: *Autobiography of a German Pastor*: London 1943, S. 27f. Vgl. LkA, Bestand 3 Nr. 17, Nachlaß Hans Ehrenberg (bearb. von Hans Steinberg): Vortrag von Hans Ehrenberg über Israel, Judentum und Antisemitismus (nicht vollständige Mitschrift in Form eines Typoskripts) 1927/28. Günter Brakelmann: *Hans Ehrenberg. Ein judenchristliches Schicksal in Deutschland*. Bd. 1: *Leben, Denken und Wirken 1883-1932*. Waltrop 1997, S. 271-298.

politischer Blindheit und die Protestanten an „mangelnder Liebe“ litten. Deutschland stünde vor einem (Haken-) Kreuzweg.¹¹⁶

Wie kann erklärt werden, dass der NSDAP-Stimmenanteil in der Landgemeinde Brockhagen im Amt Halle i.W. in der Zeit von der Reichstagswahl am 14.9.1930 bis zur Reichstagswahl am 31.7.1932 um mehr als das Doppelte von 31,6% auf 66,2% anstieg? Uwe Heckert charakterisierte die Mobilisierungstechniken der NSDAP im Amt Halle i.W. wie folgt:

„Ab 1930 trat die NSDAP im Amt Halle in Erscheinung. Im Umfeld des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen in diesem Jahr konnte sie auf neun Versammlungen 698 Interessierte mobilisieren, mehr als jede andere Partei. Zur Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 waren es bereits 3595 Teilnehmer auf 40 Versammlungen. Zu diesem Zeitpunkt existierten im Kreis Halle bereits NSDAP-Ortsgruppen in Brockhagen (75 Mitglieder), Steinhagen, Amshausen, Borgholzhausen und in Halle selbst. Später, bei Kriegsende, zählte die Haller NSDAP (mit Randgemeinden) über 300 Mitglieder.“¹¹⁷

Im Unterschied zum Wahlverhalten in der Kreisstadt Lübbecke, wo der NSDAP-Stimmenanteil in den letzten Reichstagswahlen am 5.3.1933 unter 50% der abgegebenen gültigen Stimmen blieb, zeigen die Wahlstimmen für die Kleinstädte des Kreises Halle i.W., dass hier die NSDAP in der Wahl am 5.3.1933 über 50% der Stimmen erhielt, obwohl doch, wie dargestellt, zumindest in Versmold und in der Kreisstadt Halle i.W. ein sozialistisches Klassenmilieu und in Versmold zudem ein kleines katholisches Konfessionsmilieu nachgewiesen werden konnte. Das hatte zwei Gründe. Zum einen waren die Stimmenanteile dieser Milieus, die durch die Parteien des sozialistischen Lagers und durch die konfessionelle Zentrumpartei vermittelt wurden, geringer als in Lübbecke. Zweitens waren auch die Stimmenanteile der liberalen Parteien, des Zentrums, der DNVP, und des Evangelischen Volksdienstes in ihrer Summe zu gering, um den NSDAP-Stimmenzuwachs zu schmälern. Im Vergleich zu der letzten Reichstagswahl am 6.11.1932 verloren die Deutsche Staatspartei, die DVP, das Zentrum, die DNVP und der Evangelische Volksdienst im Stimmbezirk der Kreisstadt Halle i.W. in der Wahl am 5.3.1933 in ihrer Summe 11%, im Stimmbezirk der Kleinstadt Borgholzhausen 9,6% und im Stimmbezirk der Kleinstadt Versmold 4,6% der abgegebenen gültigen Stimmen, in der Kreisstadt Lübbecke jedoch nur 1,4%.¹¹⁸ Anders ausgedrückt gab es in den Kleinstädten des Kreises Halle i.W. eine größere Anzahl an Wechselwählern, die sich entschieden, für die NSDAP in der letzten Wahl am 5.3.1933 ihre Stimme abzugeben als in der Kreisstadt Lübbecke, da es wahrscheinlicher war, dass die Mehrzahl dieser Wähler des nationalen Lagers eher zur NSDAP als zu den Parteien des sozialistischen Lagers wanderten.

Eine eindeutig positive Korrelation zwischen Stimmbezirken mit einem hohen Prozentsatz an land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung und der Disposition der Wähler, in diesen Bezirken der NSDAP ihre Stimme zu geben, kann für die Landgemeinden Wehdem und Levern im Kreis

¹¹⁶ Vgl. Ehrenberg, Hans Philipp: Deutschland im Schmelzofen. Gewalten. Fronten. Entscheidungen. Berlin 1932, S. 86-88

¹¹⁷ Heckert, Uwe: 1246-1996. 750 Jahre Halle in Westfalen. Führer zur stadthistorischen Ausstellung. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Hg. v. Kulturamt der Stadt Halle i.W. Halle i.W. 1996, S. 58

¹¹⁸ Berechnet nach Haller Kreisblatt Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933; Lübbecke Kreisblatt Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933

Lübbecke festgestellt werden. Doch in Levern rutschte der Stimmenanteil für die NSDAP am 6.11.1932 wegen der niedrigen Wahlbeteiligung von 59,6% auf 47,4%, um am 5.3.1933 bei sehr hoher Wahlbeteiligung auf 73,3% zu steigen. In der Kleinstadt Preußisch Oldendorf mit einem vergleichsweise niedrigen Prozentsatz an land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung (5,9%) entfiel auf die NSDAP seit Juli 1932 fast 60%, am 5.3.1933 sogar 67,7% der abgegebenen Stimmen. Das sozialistische Lager - repräsentiert durch die Parteien SPD und KPD - verlor hier seit der Reichstagswahl am 6.11.1932 7,7%, die Parteien des nationalen Lagers (DVP, Dt. Staatspartei, Zentrum, DNVP, Evangelischer Volksdienst) nur 0,4% der abgegebenen Stimmen. In dieser Kleinstadt kamen die Wechselwähler also mehrheitlich aus dem sozialistischen und nur zu einem geringen Teil aus dem nationalen Lager, wenn auch - bei gesteigener Wahlbeteiligung - auch Erst- und Nichtwähler für die NSDAP gestimmt haben dürften.

Ähnlich wie in Wehden und Levern im Kreis Lübbecke stiegen auch in den Landgemeinden Brockhagen und Bockhorst im Kreis Halle i.W. mit einem Anteil an land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung von 67,5% bzw. 68,3% die NSDAP-Stimmenanteile seit Juli 1932 über 60%, am 5.3.1933 sogar über 70% bzw. 80% der abgegebenen Stimmen. Aus welchen Lagern kamen hier die Wechselwähler? In Brockhagen verlor das sozialistische Lager seit der Reichstagswahl am 6.11.1932 bis zum 5.3.1933 insgesamt 7,9% der abgegebenen Stimmen, die KPD hatte allein 7% ihrer Wähler abgegeben. Das nationale Lager inklusive des Zentrums (DVP, Dt. Staatspartei, Ev. Volksdienst, DNVP) verlor 6,8% der abgegebenen Stimmen, darunter die DNVP allein 6,1%. Da die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen um 147 Stimmen gestiegen war, hatte die NSDAP in den Wahlen am 5.3.1933 sowohl aus dem sozialistischen und nationalen Lager als auch von Nicht- und Erstwählern profitiert.

In Bockhorst betrug der Verlust der Stimmen des sozialistischen Lagers vom 6.11.1932 bis 5.3.1933 8,5% der Stimmen, davon gab die SPD allein 7% ab. Das nationale Lager (DVP, Dt. Staatspartei, Zentrum, DNVP, Evangelischer Volksdienst) verlor im gleichen Zeitraum 7,8% der Stimmen, darunter die DNVP allein 6%. Bei gesteigener Wahlbeteiligung (6.11.1932: 63,5% = 564 Stimmen; 5.3.1933: 763 Stimmen) mobilisierte die NSDAP auch in dieser Landgemeinde Wähler sowohl aus dem sozialistischen und nationalen Lager als auch aus den Gruppen der Nicht- und Erstwähler.

Tabelle 77: Anteil der NSDAP-Stimmen in % aller abgegebenen gültigen Stimmen in ausgewählten Stadt- und Landgemeinden des Kreises Halle i.W. in den Reichstagswahlen 1928-1933

Stadt-/Landgemeinde	Einwohner am 16.6.1933 (Juden)	Land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung in %	Wahlen	NSDAP-Stimmenanteil	Summe aller gültigen Stimmen (absolut)
Stadt Halle i.W.	2.309 (11)	7,7	20.05.1928	0,5	1.085
			14.09.1930	19,2	1.311
			31.07.1932	46,7	1.395
			06.11.1932	36,7	1.309
			05.03.1933	54,7	1.498

Stadt Borgholzhausen	1.310 (7)	27,1	20.05.1928	0,2	514
			14.09.1930	47,0	732
			31.07.1932	61,4	759
			06.11.1932	56,4	617
			05.03.1933	71,8	870

Stadt Werther	2.492 (20)	10,2	20.05.1928	0,2	1.272
			14.09.1930	18,6	1.382
			31.07.1932	48,2	1.440
			06.11.1932	44,5	1.465
			05.03.1933	55,7	1.609

Stadt Versmold	2.950 (30)	17,3	20.05.1928	0,2	1.238
			14.09.1930	40,3	1.551
			31.07.1932	51,8	1.620
			06.11.1932	48,0	1.456
			05.03.1933	60,9	1.754

Lg. Brockhagen	1.906 (7)	67,5	20.05.1928	---	651
			14.09.1930	31,6	844
			31.07.1932	66,2	1.043
			06.11.1932	62,7	979
			05.03.1933	77,6	1.126

Lg. Bockhorst	1.248 (3)	68,3	20.05.1928	---	512
			14.09.1930	56,6	562
			31.07.1932	68,6	580
			06.11.1932	67,0	564
			05.03.1933	83,1	763

Quellen: Haller Kreisblatt Nr. 118 vom 21.5.1928; Nr. 216 vom 15.9.1930; Nr. 178 vom 1.8.1932 Nr. 262 vom 7.11.1932; Nr. 55 vom 6.3.1933; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 455, Heft 15, S. 65; Meynert (1988), S. 41; Minninger (Ausstellung 1996); Heckert (1996); Pracht (1998); Beckmann (1998)

Im gesamten ostwestfälischen SPD-Bezirk, zu dem 12 Stadt- und Landkreise, eine Grafschaft und zwei Freistaaten gehörten, hatten die mehrheitlich protestantischen Landkreise Lübbecke und Halle i.W. die höchsten NSDAP-Stimmenzuwächse und NSDAP-Stimmenanteile in den Reichstagswahlen von 1930-33 erhalten, während die NSDAP in den beiden katholischen

Landkreisen im November 1932 „ihr schlechtestes und drittschwächstes Ergebnis“ erzielte.¹¹⁹ Auf die SPD entfielen sowohl in den protestantischen Landgemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. als auch in den katholischen Landkreisen relativ wenige Stimmen.

Tabelle 78: Reichstagswahlergebnisse im Kreis Lübbecke 1928-1933 in % der gültigen Stimmen

Wahl	Wahlbeteiligung	KPD	SPD	Zentrum	DDP ^a	DVP	DNVP ^b	NSDAP
20.05.1928	70,9 ^c	0,9	24,4	0,7	2,7	6,0	11,1	1,5
14.09.1930	65,6 ^c	2,4	21,7	0,6	2,8	3,7	7,4	26,5
31.07.1932	78,9 ^c	4,0	19,2	0,8	0,4	1,0	9,6	60,7
06.11.1932	77,4 ^c	6,1	17,8	0,6	0,3	1,3	9,7	59,1
05.03.1933	89,3 ^c	3,5	14,2	0,5	0,4	0,7	7,9	71,4

a) Seit der Wahl am 14.9.1930 nannte sich die DDP „Deutsche Staatspartei“ und ging nur einmal ein Wahlbündnis mit dem Jungdeutschen Orden („Volksnationale Reichsvereinigung“) ein.

b) In der Wahl am 5.3.1933 trat die DNVP unter der Bezeichnung „Kampffront Schwarz-weiß-rot“ an.

c) in % der Wahlberechtigten

Quelle: Hemkemeier (1987), S. 199-203.

Tabelle 79: Reichstagswahlergebnisse im Kreis Halle i.W. 1928-1933 in % der gültigen Stimmen

Wahl	Wahlbeteiligung	KPD	SPD	Zentrum	DDP	DVP	DNVP	NSDAP
20.05.1928	71,0	1,1	33,7	1,5	4,5	10,1	24,6	0,4
14.09.1930	76,3	2,5	27,6	1,6	2,5	7,6	15,2	31,2
31.07.1932	74,7	4,9	23,3	1,5	0,4	2,0	14,8	50,2
06.11.1932	72,2	8,1	22,3	1,5	0,4	3,3	15,9	45,3
05.03.1933	87,3	4,2	17,1	1,1	0,4	1,8	11,2	62,4

Quelle: Hemkemeier (1987), S. 199-203

Welche Schlussfolgerungen können aufgrund dieser Reichstagswahlergebnisse für die Stabilität des sozialistischen, katholischen und nationalen Lagers in den beiden Landkreisen gezogen werden?

Das sozialistische Lager vertreten durch SPD und KPD erhielt sowohl im Kreis Lübbecke als auch im Kreis Halle i.W. während der Hochkonjunktur in der Reichstagswahl am 20.5.1928 mit 25,3% bzw. 34,8% seine höchsten Stimmenanteile während der Weimarer Republik. Schon im ersten Jahr der Weltwirtschaftskrise (Deflation), die sich reichsweit durch Produktionsrückgänge und Erhöhung der Arbeitslosenquote ausdrückte, verlor das sozialistische Lager in der Wahl am 14.9.1930 im Landkreis Lübbecke seine Mehrheit an die rechtsradikale NSDAP um 2,4%, im Landkreis Halle i.W. knapp um 1,1% der abgegebenen gültigen Stimmen. Im Vergleich zur Wahl am 20.5.1928 verlor das sozialistische Lager im Landkreis Lübbecke bis zur Wahl am 5.3.1933

¹¹⁹ Vgl. Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987, S. 36f

7,6% und im Landkreis Halle i.W. sogar 13,5% der abgegebenen Stimmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Stimmenanteile zur NSDAP wanderten.

Das katholische Lager im Kreis Lübbecke vertreten durch die Zentrumsparterie verlor im Zeitraum 1928-1933 0,2%, im Kreis Halle i.W. 0,4% der Stimmen.

Ein Hinweis zur Beantwortung der Frage, aus welchem Lager die NSDAP ihre höchsten Anteile an Wechselwählern erhielt, zeigen die gesamten Stimmenverluste des nationalen_Lagers inklusive des Zentrums (DDP, DVP, DNVP) im Zeitraum 1928-1933. Im Landkreis Lübbecke verlor das nationale Lager 10,8%, im Landkreis Halle i.W. nicht weniger als 25,8% der abgegebenen Stimmen. Auch hier ist die Vermutung nicht unberechtigt, dass diese Stimmenanteile zur NSDAP wanderten. Da jedoch die Wahlbeteiligung im Landkreis Lübbecke in der Wahl am 5.3.1933 im Vergleich zur Wahl am 20.5.1928 um 18,4%, im Landkreis Halle i.W. um 16,3% der Wahlberechtigten zunahm, ist es sehr wahrscheinlich, dass die NSDAP auch aus der Gruppe der Neu- und Nichtwähler Stimmen mobilisieren konnte. Denn die Summe der Wechselwähler aus dem sozialistischen und dem nationalen Lager allein kann das sprunghafte Anwachsen der NSDAP-Stimmenanteile seit der Wahl am 14.9.1930 nicht erklären.

Für die jüdischen und nichtjüdischen Demokraten in den Kleinstädten und Landgemeinden der Kreise Lübbecke und Halle i.W. bestanden zahlreiche Gründe über das Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung besorgt zu sein. Die Juden als kulturelle Gruppe, unabhängig von der politischen und religiösen Einstellung des Einzelnen, wurden kollektiv und kontinuierlich in der NS-Presse beleidigt. Die Fälle häuften sich, dass Juden von Nationalsozialisten mundtot gemacht wurden oder ihr Eigentum zielgerichtet und vorsätzlich als Objekt der NS-Propaganda geschädigt wurde. Im nächsten Kapitel stellen wir dar, wie Juden und Nichtjuden auf diese „Kulturschande“ und die Angriffe der Nationalsozialisten auf ihre Würde und ihr Eigentum reagierten, um ihre persönliche, kollektive und politische Identität zu wahren und die Behörden zu ermutigen, die Aktionen der Nationalsozialisten zu bestrafen oder wenigstens einzudämmen.

6.3.1 Zur Reaktion der Juden und Nichtjuden auf den Antisemitismus während der Weimarer Republik

In diesem Kapitel unterscheiden wir zwischen den schriftlichen oder mündlichen Verhaltenweisen einzelner jüdischer Bürger in ihrer Funktion als Lehrer oder Vorsteher der jüdischen Gemeinden im Untersuchungsgebiet und dem Verhalten von Juden und Nichtjuden, die solidarisch eingebunden waren in politischen Parteien und Verbänden der Arbeiterbewegung oder des linksliberalen Lagers. Unser erkenntnisleitendes Interesse richtet sich auf die Frage, wie sie die Gefahren des Nachkriegsantisemitismus und des Nationalsozialismus einschätzten und auf sie reagierten.

Im Januar 1919 drückte der jüdische Lehrer Max Rhein aus Rahden in einem Leserbeitrag des örtlichen Wochenblattes sein Abscheu darüber aus, dass schon im Jahre 1916 die Kriegslüge vom

Juden als Kriegsgewinnler verbreitet worden war. Dieser Vorwurf sei angeblich erneut von einem Redner der Deutschen Volkspartei in einer Wahlversammlung am 25. Januar 1919 lanciert worden. Nach der Meinung von Rhein lenkten solche Unwahrheiten lediglich von der Politik derjenigen rheinisch-westfälischen Konzerne ab, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial große Gewinne erzielt und somit ein Interesse an der Verlängerung des Krieges gehabt hätten. Der jüdische Direktor der Hamburg-Amerika-Linie (Albert Ballin), dessen Name er nicht explizit erwähnte, habe jedoch Berliner Amtsstellen vor der Entfesselung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges gewarnt, weil dieser den Eintritt Amerikas in den Krieg provozieren würde. Antisemitische Kriegslügen lenkten von der Verantwortung der „wahren Schuldigen“ ab. Als Lehrer forderte er die Bestrafung der Schuldigen, ansonsten setzte er sich ausdrücklich für ein „friedliches Einvernehmen“ zwischen allen Mitbürgern von Rahden ein. Innerhalb des bürgerlichen Centralvereins erhielt Lehrer Rhein am 8.5.1920 die Möglichkeit, auf einer C.V.-Mitgliederversammlung in Rahden, einen aufklärenden Vortrag von dem Syndikus des Landesverbandes Ostwestfalen, Rechtsanwalt Dr. Schoeps, zum Thema „Die antisemitische Welle“ zu hören. Am 26.2.1919 widerlegte Dr. Holländer als C.V.-Syndikus von Berlin auf einer C.V.-Mitgliederversammlung der neugegründeten C.V.-Ortsgruppe in Bielefeld in seinem Vortrag „Ziele und Zwecke des C.V.“ die unsinnigen Behauptungen „der gegen die Juden erhobenen Vorwürfe der Drückebergerei, des Kriegswuchers u.s.w. auf Grund tatsächlichen Materials. [...]“¹ In der Tat agitierte besonders der Alldeutsche Verein seit 1916 mit den Kriegslügen vom „jüdischen Drückeberger“ und „jüdischen Kriegsgewinnler“, denen seit der Waffenstillstandsforderung der Obersten Heeresleitung (OHL) Ende September 1918 die „Dolchstoßlegende“ hinzugefügt wurde. Danach wurde linken politischen Kräften und den deutschen Juden unterstellt, dass die militärische Niederlage auf ihr Konto ginge.² Mit dieser verbandsmäßig und publizistisch organisierten antisemitischen Propaganda versuchten die politischen und militärischen Führungsschichten des Kaiserreiches ihre Verantwortung für die militärische Niederlage auf die deutsch-jüdische Minderheit zu projizieren.³ Der Schifffahrtsexperte Albert Ballin wurde zwar im vom Staat kapitalistisch organisierten Krieg mit dem Posten eines Chefs der Zentraleinkaufsgesellschaft betraut. Doch der Direktor der HAPAG hatte sich schon vor dem Krieg des öfteren für eine Verständigungspolitik mit England eingesetzt, da durch die deutsche Flottenausrüstung militärische Konflikte vorprogrammiert waren. Seine Warnungen vor einer Kriegsführung mit dem uneingeschränkten U-Booteinsatz, der auch vor der Torpedierung von

¹ Vgl. Rahdener Wochenblatt Nr. 13 vom 30.1.1919; Im deutschen Reich, XXV. Jg., Nr. 4, S. 183; XXVI Jg., Nr. 11, S. 354

² Vgl. Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 174-178

³ Vgl. Ullrich, Volker: Fünfzehntes Bild: „Drückeberger“. Die Judenählung im Ersten Weltkrieg, in: Schoeps, Julius H.; Schlör, Joachim (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. Frankfurt a.M. 1995, S. 216. Lowenstein, Steven M.; Mendes-Flohr, Paul; Pulzer, Peter; Richarz, Monika: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3. Umstrittene Integration 1871-1918. München 1997, S. 271. Barkai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul; Lowenstein, Steven M.: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 4. Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. München 1997, S. 51

Passagier- und Handelsschiffen nicht haltmachte, brachte ihm die Feindschaft der Alldeutschen ein.⁴

Im November 1918 hatten die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten (RdV) beschlossen, eine Dokumentensammlung über die Ursachen des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs publizieren zu lassen. Für diese Arbeit zeichneten Max Quark für die SPD, Karl Kautzky für die USPD und Gustav Mayer als parteiloser reformorientierter Historiker der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich. Während Karl Kautzky „von der ausschließlichen Kriegsschuld Deutschlands überzeugt“ war, vertrat Mayer den Standpunkt, dass der deutsche Generalstab den Plan verfolgte, die Mordtat von Sarajewo zu einem „offensiven Defensivkrieg“ zu nutzen. Doch Mayer unterschätzte nicht „die Wirksamkeit der Kräfte“, die auch die anderen hochgerüsteten Industriemächte in den Krieg getrieben hätten.⁵ Dieses Beispiel zeigt, dass auch unter Politikern der Linken und unter republikanischen Intellektuellen die Meinungen über die Kriegsschuldfrage auseinander gingen.

Bei der Darstellung der Rechtskultur der Weimarer Republik wird verschiedentlich darauf hingewiesen, dass deutsche Gerichte rechtsextreme Straftäter häufig milder beurteilten als Angeklagte des linken politischen Spektrums. Mit Hilfe der Rechtsschutzabteilung des C.V. gelang es tatsächlich, dass berüchtigte Antisemiten wie Theodor Fritsch und führende Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels, Gregor Strasser, Robert Ley, Karl Holz und Julius Streicher mehrfach zu ein paar Wochen oder Monaten Gefängnis oder zu geringen Geldstrafen verurteilt wurden. Doch diese milden Urteile konnten keinen Gesinnungswandel, ein Gefühl der Reue oder eine Einsicht in den Unrechtscharakter ihrer Taten bewirken. Zudem erhielten die Angeklagten vom Gericht des öfteren die Möglichkeit, den Gerichtssaal zu einem Forum für nationalsozialistische Propaganda umzufunktionieren und sich von ihren Anhängern feiern zu lassen.⁶

Als bekanntestes Beispiel dafür, dass ein und dasselbe Gericht einen ehemaligen Angehörigen der bayerischen Räteregierung wegen eines vergleichbaren Delikts zu einer längeren Haftstrafe verurteilte als den Führer der NSDAP, wurde auf die Fälle Fechenbach und Hitler verwiesen, die vor dem Volksgericht München I verhandelt wurden. Felix Fechenbach wurde am 20.10.1922 wegen Landesverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil ihm vorgeworfen wurde, dass er als Sekretär des ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner im April 1919 einem schweizerischen Schriftsteller eine Abschrift eines Telegramms ausgehändigt hatte, in dem der bayerische Gesandte beim Vatikan, Ritter, seiner Regierung mitteilte, dass „der Papst ein scharfes

⁴ Vgl. Lowenstein/Mendes-Flohr/Pulzer/Richarz: Deutsch-jüdische Geschichte, Bd. 3, S. 271. Lindner, Erik: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Magisterarbeit. Münster 1989, S. 99

⁵ Vgl. Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. Hildesheim. Zürich. New York 1993, S. 312

⁶ Vgl. Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf, in: Mosse, Werner E. (Hg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker: Das Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage am Ende der Weimarer Republik. Tübingen 1966, 2. Aufl., S. 446; Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl., S. 77

Vorgehen Österreichs gegen Serbien" billige. Später war das Telegramm in der Pariser Zeitung „Le Journal“ veröffentlicht worden. Während Fechenbach erst nach zweijähriger Haftzeit begnadigt wurde, brauchte Hitler, der mit drei Mitangeklagten wegen Hochverrats vom selben Gericht zu 5 Jahren Festungshaft mit Aussicht auf Bewährung nach einem halben Jahr am 1.4.1924 verurteilt wurde, nur neun Monate absitzen und konnte diese Zeit auch noch dazu nutzen, sein schlechtes Buch „Mein Kampf“ zu diktieren.⁷

Neben den stereotypen Vorwürfen, die Juden seien „Kriegswucherer“ und „Kriegsgewinnler“ gewesen, letztere Anschuldigung wurde schon seit Beginn des Krieges von der Presse des BdL, in der „Kreuzzeitung“, dem Organ der Konservativen sowie in der antisemitischen völkischen Presse verbreitet⁸, wärmten die Nationalsozialisten in Würzburg Ostern 1929 den mittelalterlichen Ritualmordvorwurf wieder auf und kolportierten ihn für agitatorische Zwecke.⁹

Am 17.3.1929 war ein 5jähriger Junge mit einer Halswunde in dem Dorf Manau bei Hofheim in Unterfranken tot aufgefunden worden. Da die Polizei die Tat nicht zügig aufklären konnte, nutzten die Nationalsozialisten die Gelegenheit, um den mittelalterlichen Blutmordvorwurf gegen die jüdische Bevölkerung der Gegend publizistisch in der antisemitisch-pornographisch aufgemachten Zeitschrift „Der Stürmer“ und auf einer Versammlung am 1.4.1929 in Hofheim zu erheben. Mit diesem Verhalten verfolgten die Nationalsozialisten die Absicht, die nichtjüdische Bevölkerung aufzuhetzen und für ihre Bewegung Stimmung zu machen. Der „Stürmer“ behauptete, es gebe eindeutige Beweise, dass der Zweck des Mordes gewesen sei, Menschenblut zur Zubereitung von Mazzot zu gewinnen. Dieses Beispiel zeigte, dass der Antisemitismus der Nationalsozialisten wenig innovativ war. Sie benutzten stereotype Vorwürfe, die seit dem Mittelalter erhoben und widerlegt worden waren.

Ungesäuertes Brot (hebr. Mazzah; Pl. Mazzot) essen gläubige Juden, um am Pessachfest an den eiligen Auszug aus Ägypten zu erinnern.¹⁰ Ritualmordgerüchte hatten zuletzt am Ende des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Gegenden von Deutschland Hochkonjunktur. Damals hatten sie die Funktion, von den wahren Mördern abzulenken, und, falls sie von der Antisemitenpresse verbreitet wurden, für die verschiedenen Antisemitenparteien christlich-sozialer, deutsch-sozialer und nationaler Provenienz Stimmung zu machen, die sich als unfähig erwiesen, die sozialen Probleme der Industriegesellschaft mit rationalen Mitteln anzugehen. Zuletzt hatte sich der „Antisemitenpiegel“ (Danzig ²1900), der vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus verbreitet wurde, bemüht, die unterschiedlichen Argumente gegen die unsinnige Behauptung des Ritualmordvorwurfs, die seit dem Altertum vorgebracht worden war, darzustellen. U.a. wurde

⁷ Vgl. Rasehorn, Theo: Rechtspolitik und Rechtsprechung. Ein Beitrag zur Ideologie der „Dritten Gewalt“, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Bonn 1988, 2. Aufl., S. 411f; Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998, S. 79-83

⁸ Vgl. Lindner, S. 102

⁹ Vgl. Flade, Roland: Juden in Würzburg 1918-1933. Würzburg 1985, S. 330-334; Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945. Paderborn 1993, 2. Aufl., S. 110

¹⁰ Vgl. Eintrag: „Matzah“, in: Maier/Schäfer: Kleines Lexikon des Judentums. Konstanz 1987, 2. Aufl., S. 204

schon von den Päpsten Innozenz IV. (1253) und Gregor X. (1272) darauf hingewiesen, dass der Verzehr von Blut für gläubige Juden verboten ist, weil Blut als Sitz der Seele gilt und deshalb Tiere vor dem Verzehr rabbinisch geschächtet werden müssen. Somit wurde der Unwert der Blutmordvorwürfe schon im Mittelalter auch päpstlicherseits bestätigt.¹¹

Nachdem die gerichtliche Pressestelle in Bamberg die Behauptungen des im März veröffentlichten „Stürmer“-Artikels zurückgewiesen hatte und sich die Kultusgemeinden des Bezirksrabbinats Burgpreppach in der Schrift „Die Bluttat von Manau“ an das vernünftige Urteil der Bevölkerung gewandt hatten, nahm sich der Centralverein des beleidigenden Kollektivvorwurfs an. Auf höherer Ebene hatte sich der C.V. schon zuvor dafür eingesetzt, dass die Kollektivbeleidigung als strafbare Handlung im Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte. Doch diese Bemühungen waren letztlich erfolglos gewesen, weil Sozialisten und Liberale die Redefreiheit gefährdet sahen. Üblicherweise wurden antisemitische Hetzer aufgrund der Paragraphen 130 des StGB (Aufreizung zum Klassenhass) und 165 StGB (Gotteslästerung und Verunglimpfung religiöser Institutionen) angeklagt.¹²

In Würzburg reagierte die örtliche C.V.-Ortsgruppe auf die schriftlichen und mündlichen Ritualmordvorwürfe der Nationalsozialisten, indem sie am 6.5.1929 im Huttenschen Garten eine öffentliche Gegenveranstaltung organisierte, zu der 1.500 Personen einschließlich 300 bis 400 Nationalsozialisten angeführt vom Redakteur des „Stürmer“, Karl Holz, und dem Gauleiter Otto Hellmuth erschienen. Gegen die Ritualmordvorwürfe sprachen ein jüdischer Justizrat, der auch ein Gutachten eines Theologieprofessors verlas, ein evangelischer Pfarrer, der C.V.-Syndikus, der extra aus Berlin angereist war, und der Oberbürgermeister. Auf nationalsozialistischer Seite meldeten sich Holz und Hellmuth zu Wort, die den evangelischen Geistlichen als „Judenknecht“ beschimpften und einen SPD-Stadtrat niederschrien. Schließlich blieb dem Überwachungsbeamten nichts anderes übrig, als die Veranstaltung vorzeitig „unter den Kampfgesängen der Nationalsozialisten“ aufzulösen.¹³

Am 4.11.1929 wurden Julius Streicher als Herausgeber des „Stürmer“ und Karl Holz als Redakteur vom Nürnberger Schwurgericht zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen wegen ihrer verleumderischen Artikel verurteilt. Dadurch dass die Angeklagten sich über die Richter lustig machten, den Gerichtssaal für ihre NS-Propaganda nutzten und schließlich von ihren Anhängern als „Helden“ gefeiert wurden, hatte das Gerichtsverfahren an Autorität und Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Die Bayerische Rabbinerkonferenz ließ jedoch vor dem Schwurgericht folgende Erklärung verlesen, die ihr Vertrauen in und ihre Dankbarkeit für die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens dokumentierte:

¹¹ Vgl. Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christenthums, des Rechtes und der Wissenschaft. Danzig 1900, 2. Aufl., S. 476f

¹² Vgl. Paucker (1966), S. 444; derselbe (1969), S. 77-80

¹³ Zitiert nach Flade, S. 333f

„Wir danken allen Behörden und Personen, die in Erfüllung gesetzlicher und menschlicher Pflicht die Verbreiter beschimpfender Angriffe gegen unsere Religionsgesellschaft zur Rechenschaft gezogen haben. Unsere Glaubensgenossen aber möge dies in dem Vertrauen bestärken, daß im Kampfe gegen Haß und Lüge immer noch Recht und Wahrheit sich durchsetzen werden.“¹⁴

In Borgholzhausen im Kreis Halle i.W. wandte sich Max Weinberg als Vorsitzender der kleinen Synagogengemeinde Borgholzhausen, zu der drei Familien am Ort und eine Familie in Bad Rothenfelde gehörten, in einem Schreiben vom 13.8.1929 an die örtliche Polizeiverwaltung, in dem er gegen den die jüdische Gemeinde beleidigenden Inhalt zweier „Plakate“ protestierte, die in der Nacht vom 10. zum 11.8.1929 in einem geringen Abstand vom Amtsgebäude an einer Linde angeschlagen worden waren. Das erhaltene Schriftstück enthält die handschriftliche Marginalie „Es handelt sich offensichtlich um die Zeitschrift ‚Der Stürmer‘ (Hopfenprozess)“. Der Vorsitzende drückte seine Empörung darüber aus, dass die Plakate nicht schon längst behördlicherseits entfernt worden waren. Auf die Zukunft bezogen sprach Max Weinberg seine Erwartung aus, dass die Stadt verpflichtet sei, die verantwortlichen Verteiler anzuzeigen und die Plakatierung solcher Publikationen zu verhindern. Durch die Verbreitung solcher Hetzblätter bestehe die Gefahr, dass das Eigentum der jüdischen Gemeinde wie Synagoge und Friedhof von manipulierten Jugendlichen zerstört werden könnte. Die jüdische Gemeinde hatte sich in der Tat stets großzügig gegenüber der Stadt Borgholzhausen gezeigt und erwartete folgerichtig von der Polizeibehörde, dass sie ihre Ehre und ihr Eigentum beschützte. Der Text des Protestbriefes ist bedeutsam genug, um ihn komplett zu zitieren:

„An die Polizeiverwaltung der Stadt Borgholzhausen. In der Nacht vom 10 zum 11 August 1929 wurden an der Linde, die ca 1 1/2 Meter entfernt vom hiesigen Amtsgebäude steht und für gewöhnlich zu Anschlagzwecken benutzt wird, zwei Plakate angeheftet, die beleidigende Äusserungen besonders für die jüdische Religionsgemeinschaft, sowie den deutschen Staat enthielten. Es liegt hier die Gefahr vor, dass durch diese Hetze Kultureigentum der jüdischen Gemeinde, wie Friedhof, Synagoge sehr leicht zerstört werden können, wie das anderswo durch eine verhetzte Jugend zu oft geschehen ist. Ausserdem haben die Mitglieder der hiesigen Synagogengemeinde ihrem Vaterlande gegenüber sowie steuerrechtlich voll und ganz ihre Pflicht getan und sind daher als Ehrenleute freie Bürger des deutschen Staates, nicht Menschen zweiter Klasse. Bisher ist im hiesigen Stadtbezirk der konfessionelle Burgfriede stets gewahrt worden, ausserdem hat sich die hiesige jüdische Gemeinde stets, wie durch Legate bewiesen, in humanster Weise gezeigt, sodass wir erwartet hätten, dass die Plakate sofort entfernt worden wären. Wir bemerken ausdrücklich, dass hier keine parteipolitische Verhetzung, sondern eine Verhetzung der jüdischen Religionsgemeinschaft in Frage kam und ersuchen daher, für die Zukunft nichts unversucht zu lassen, um derartige nächtliche Umtriebe zur Anzeige zu bringen, ebenso die entsprechenden Organe anzuweisen, derartige Plakate sofort zu entfernen. Ihrer Rückäußerung sieht entgegen: Die Synagogengemeinde Borgholzhausen i.A. [gez.] Max Weinberg“¹⁵

Da die Mitglieder Max Weinberg und Jacob Hesse der Synagogengemeinde Borgholzhausen als Soldaten im Weltkrieg teilgenommen hatten, ist es wahrscheinlich, dass sie Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF) waren. Dieser Verband wurde im Jahre 1919 „als Abwehrinstrument gegen den Antisemitismus“ gegründet und arbeitete diskret mit dem Centralverein (C.V.) und dem Reichsbanner zusammen bei der Aufklärung über und Bekämpfung der NSDAP.¹⁶ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte im Sommer

¹⁴ Zitiert nach Flade, S. 334

¹⁵ StdtA Borgholzhausen, C 43.2.3

¹⁶ Zitiert nach Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 385, Artikel: Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF); Paucker (1969), S. 34f. Zu einer vorsichtigeren Einschätzung kommt Jacob Toury in seinem Aufsatz „Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, in: Heid, Ludger; Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992, S. 227: „Kurz – es ergibt sich als Fazit aller bisherigen Betrachtungen, daß die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und RjF und/oder C.V. [bis 1930] eher die große Ausnahme, als die Regel

1929 in der Wilhelmstraße in Berlin in der Nähe der Hauptgeschäftsstellen des C.V., der SPD und des SPD-Parteiorghans „Vorwärts“ ein neues Büro eröffnet, das die Funktion hatte, die NSDAP zu erforschen und die republikanischen Parteien und Organisationen in Wahlkampfzeiten mit Anti-Nazi Propagandamaterial zu versorgen.¹⁷ Schon in der Reichstagswahl von 1928 ließ der C.V. Millionen von Flugblättern, Plakaten, Klebezetteln und Tausende von Broschüren drucken, die von den republikanischen Parteien (SPD, DDP, Zentrum) verteilt wurden und gegen die völkischen Verbände und die NSDAP gerichtet waren. Unter den Broschüren, die zur Verteilung kamen, waren 10.000 Exemplare des von dem evangelischen Pfarrer Emil Felden verfassten „Anti-Anti“, „einer fünfzigblättrigen Anleitung im Taschenformat zur Entgegnung der antisemitischen Topoi“, die an alle republikanischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Parteimitglieder abgegeben wurden.¹⁸

Das Antwortschreiben des Borgholzhausener linksliberalen Bürgermeisters Albert Müller vom 19.8.1929 auf den Protestbrief von Max Weinberg war in einem sehr ausweichenden und zurückhaltenden Tenor gehalten. Schlimmer noch, der Bürgermeister spielte den Unwissenden, als wüsste er nicht, um welche Zeitschrift es sich handelte und wer der Herausgeber war. Er signalisierte, erst dann gegen die Verbreitung der Hetzschrift Schritte zu unternehmen, wenn ihm die kleine jüdische Gemeinde, die am 5.9.1930 aus Mangel an Mitgliedern ihre Synagoge für 650 RM an den Arbeiter Gustav Oelze verkaufte¹⁹, aufklärendes Hintergrundmaterial lieferte.

„Wenn wir auch das hier angeschlagene Plakat keineswegs als eine geeignete Propaganda ansehen können, so ist es uns doch immerhin zweifelhaft, ob ein polizeiliches Einschreiten hiergegen geboten ist. Sind wir richtig unterrichtet, so hat es sich um eine Zeitschrift gehandelt, welche eine Abhandlung über den Hopfenprozeß brachte. War die Polizeibehörde hier also berechtigt, gegen diese Zeitschrift vorzugehen, so mußte es in erster Linie die Stelle des Druckortes dieser Zeitschrift tun. Es ist uns angenehm, wenn Sie uns nähere Mitteilungen zur Sache geben können, damit wir die letztgenannte Stelle verständigen. Bis dahin beabsichtigen wir zur Sache nichts zu unternehmen. Der Bürgermeister. [gez.] Müller“²⁰

In Lübbecke wagte sich der amtierende jüdische Lehrer und Kultusbeamte Max Lazarus in die Höhle des Löwen, als er sich entschied, am 1.2.1930 eine NSDAP-Veranstaltung zu besuchen, „um etwaige Verunglimpfungen gegen Juden und Judentum zurückzuweisen und aufklärend zu wirken“.²¹ Dass der Lehrer diese Aufgabe ausdrücklich als seine Pflicht bezeichnete, entsprach dem Ethos und der langjährigen Praxis des Centralvereins, dessen Redner und Funktionäre beabsichtigten, sich in einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit für „die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichstellung“ aller deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens in Wort und

war.“

¹⁷ Vgl. Paucker (1966), S. 463f

¹⁸ Vgl. Klein, Brigitte: Die C.V.-Zeitung der Jahrgänge 1925-1935. Zum Problem des Selbstverständnisses deutscher Juden. Diplomarbeit. Frankfurt a.M. 1969, S. 32f; Paucker (1966), S. 454; derselbe (1969), S. 48. Vgl. Felden, Emil: Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage. Berlin: Philo-Verlag, 6. Aufl. ca. 1930. Die erste Auflage erschien 1920; es gab 7 Auflagen mit ca. 30.000 verkauften Exemplaren; die Finanzierung erfolgte mit Hilfe des Bremer Kaufhausbesitzers Julius Bamberger, der Mitglied des CV war. Vgl. Barkai, Avraham: „Wehr Dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893-1938. München 2002, S. 419f, Anmerkung 31; Rohdenburg, Günther: „Das war das neue Leben“. Leben und Wirken des jüdischen Kaufhausbesitzers Julius Bamberger und seiner Familie. Bremen 2000, S. 24.

¹⁹ Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 58

²⁰ Vgl. StdtA Borgholzhausen, C 43.2.3

²¹ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 195

Schrift einzusetzen.²² Deshalb war es sehr wahrscheinlich, dass sich Max Lazarus spätestens nach Ende des Ersten Weltkriegs dem lokalen Ortsverein des C.V. anschloss. Zu Beginn der NS-Zeit (Sommer 1934) soll es innerhalb des Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete in 60 Städten C.V.-Ortsvereine oder zumindest einzelne C.V.-Mitglieder gegeben haben, darunter in den Städten Lübbecke und Preußisch Oldendorf und in den Landgemeinden Rahden und Wehden im Kreis Lübbecke und in Halle i.W. und in Werther im Kreis Halle i.W.²³ Im Oktober 1935 war Max Lazarus ein Mitglied unter zehn (8 Männer und 2 Frauen) im C.V.-Ortsverein in Lübbecke.²⁴ Da sich die Zeitungsanzeige für die NSDAP-Veranstaltung im Lübbeckener Kreisblatt vom 23.1.1930 an „alle deutschen Männer und Frauen“ richtete und eine „freie Aussprache“ in Aussicht stellte, glaubte der jüdische Kultusbeamte, der wie die Mehrheit der Juden in Lübbecke während der Weimarer Republik der DDP nahegestanden haben soll, zu Recht teilnehmen zu können.²⁵ Der Zusatz „Juden haben keinen Zutritt“ wurde aus dem Grunde nicht in die Anzeige aufgenommen, weil der Herausgeber der Zeitung dies abgelehnt hatte. Nach der Argumentation des Landrates Kurt von Borries hatte Max Lazarus das Recht, die NSDAP-Veranstaltung zu besuchen, weil es der Veranstalter versäumt hatte, den Ausschluss von Juden auf Plakaten anzukündigen. Nachdem der NSDAP-Stadtverordnete Bolwin aus Münster seinen Vortrag beendet hatte, wurde Max Lazarus, der sich zu Wort melden wollte, von einem SA-Mann mundtot gemacht und gewaltsam aus dem Versammlungslokal gedrängt.

Das Protestschreiben, das der jüdische Lehrer am 5.2.1930 an den Magistrat der Stadt Lübbecke adressierte, machte deutlich, dass der NSDAP-Redner Juden, Judentum, Katholiken und republikanische Politiker verunglimpft hatte. Am Ende des Briefes zog Max Lazarus die Schlussfolgerung, dass die Nationalsozialisten „mit unlauteren und gefährlichen Mitteln“ die bürgerliche Gesellschaft um ihren Frieden und ihre Sicherheit brächten. Der Magistrat und das Landratsamt wurden von ihm aufgefordert, Maßnahmen gegen die NSDAP-Veranstaltungen einzuleiten. Der liberalen Ausrichtung des Centralverein entsprach es, dass der jüdische Lehrer implizit die bürgerlichen Glaubens- und Minderheitenrechte für die jüdischen Mitbürger von Lübbecke einforderte. Dass sich die rassenantisemitische Polemik des NSDAP-Redners auch besonders gegen so genannte Ostjuden, die SPD-Politik in Berlin und gegen die SPD-Politik auf Reichsebene richtete, nicht nur gegen einzelne Politiker, verschwieg der Protestbrief. Nachfolgend der ganze Text:

„Betrifft: Beschwerde über Verunglimpfung durch Nationalsozialisten in einer Versammlung am 1. Februar 1930 im Saale des Gasthauses Kappelmann, Lübbecke
Lübbecke, den 5. Februar 1930
An den Magistrat der Stadt Lübbecke
Vorausschickung. Das auf die Versammlung hinweisende Plakat trug die Aufschrift in Fettdruck: Alle gegnerischen Redner werden zur Diskussion aufgefordert und die beiliegende Kreisblatt Anzeige besagte ausdrücklich: Freie Aussprache! Demnach war Juden der Eintritt nicht verboten.“

²² Vgl. Satzungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 4.4.1893, § 1

²³ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27

²⁴ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2380

²⁵ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 195

Als einziger Kultusbeamte jüdischer Religion im Kreise Lübbecke glaubte ich daher, unbehelligt die Versammlung besuchen zu dürfen, um etwaige Verunglimpfungen gegen Juden und Judentum zurückzuweisen und aufklärend zu wirken, wie es meine Pflicht war. Der Stadtverordnete Bolwin, Münster i.W., verbreitete sich in langer Ausführung über das Thema - Schaffende Arbeit -. Seine Darlegungen waren

1. eine Fülle von Verleumdungen und Verhetzungen gegen Juden und Judentum, teilweise sogar in unsittlichen Worten.
2. Schmähungen auf Katholiken.
3. Herabsetzung der Verdienste bedeutender Staatsmänner,
4. gaben sie deutlich zu erkennen, daß die Nationalsozialisten, wenn es nicht anders ginge, vor Tätlichkeiten nicht zurückschrecken.

Die im Saale aufgestellten Sturmmannschaften illustrierten diese Ansprüche unverkennbar.

Als nach beendigtem Vortrag zu Wortmeldungen aufgefordert wurde, meldete ich mich beim Versammlungsleiter unter Angabe meiner Personalien, zugleich unter Hinweis auf meine Schultätigkeit im Dienste der Stadt Lübbecke. Mit keinem Worte wurde mir dabei entgegnet, daß ich als Jude nicht zugelassen würde; vielmehr zog man es durch Überfall vor, mich nicht nur mundtot zu machen, sondern des Saales zu verweisen. Ich war noch nicht auf meinem Platze, da redete mich ein großer Mensch in Uniform mit den Worten an, ob ich Jude sei. Ich bejahte es und wurde aufgefordert, meinen Hut zu nehmen und sofort den Saal zu verlassen. Ich antwortete ruhig, daß hier Redefreiheit sei, und war weiter bemüht, sachlich auf seinen Irrtum aufmerksam zu machen. Der Mensch unterbrach mich in barschen Worten, wurde tätlich, faßte mich am Rocke an, hielt mich fest und drängte mich so dem Ausgange zu. Nur mit Mühe gelang es mir, meines Überziehers und meines Hutes habhaft zu werden. Zum ersten Male in meinem Leben nach 38jährigem Wirken in der Synagogengemeinde Lübbecke und mehr als 20jähriger Schultätigkeit im Dienste der Stadt Lübbecke ist mir eine solche tätliche Beleidigung angetan worden.

Unter Hinweis auf obige Darlegung unterliegt es keinem Zweifel, daß die Nationalsozialisten mit unlauteren und gefährlichen Mitteln ihre Ziele verfolgen, den Frieden und die Sicherheit der Bürger in Stadt und Land gefährden.

Der Magistrat wird daher von dem Unterzeichneten ergebenst gebeten, gegen Veranstaltungen geschildeter Art Maßnahmen gütigst treffen zu wollen, bzw. das Landratsamt von dem Geschehenen gefälligst in Kenntnis setzen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung! [gez.] Max Lazarus²⁶

Der konservative Landrat Kurt von Borries vertrat trotz des Uniformverbots des preußischen Innenministeriums vom 11. Juni 1930 für die NSDAP und ihre Gliederungen die Meinung, dass gegen einzelne Träger von NSDAP-Uniformen so lange nicht eingeschritten zu werden brauche, bis sie nicht auf provozierende Weise aufträten.²⁷ Schacht/Wittenborg kommen zu der richtigen Einschätzung, dass der Landrat die quantitative und qualitative Dimension der Bedrohung der demokratischen Kultur durch die Nationalsozialisten, die vor der Reichstagswahl am 14.9.1930 im Kreis Lübbecke 30 Versammlungen organisiert hatten, verharmloste. Jedenfalls lässt die Bewertung der NSDAP-Aktivität im Kreis Lübbecke, die der Lübbecker Landrat auf einer Bezirkslandratskonferenz am 30.6.1930 in Paderborn abgab, ein republikanisch-demokratisches Krisenbewusstsein vermissen:

„Ich habe die Richtigkeit dieser Meldung bezweifelt. [...] Bezüglich der in etwas größerer Zahl schon in letzter Zeit hier abgehaltenen Versammlungen der NSDAP habe ich [...] gesagt, dass die Versammlungen friedlich verlaufen wären und auch, soviel ich es übersehen konnte, zu besonderen Erfolgen der Partei nicht geführt hätten.“²⁸

Um den Beschwerdebrief des Lehrers Max Lazarus beantworten zu können, forderte der Landrat zunächst die Berichte der beiden Überwachungsbeamten an. Aus dem Report des Landjägermeisters Wolff ging hervor, dass die Mehrheit der Besucher der NSDAP-Veranstaltung die Propagandarede „gebilligt“ hätten. Danach hatte der NSDAP-Redner die pauschale Behauptung aufgestellt, dass die Ostjuden in Deutschland große Vermögen erworben hätten. Diese unwahre Behauptung versuchte der NSDAP-Propagandist mit Hinweis auf die Barmat-Sklarek Skandale in Berlin zu belegen. Zweitens richtete sich die Kritik des NSDAP-Redners gegen die Amtsführung des SPD-Finanzministers Rudolf Hilferding, dem er Unfähigkeit

²⁶ StADt, M 2 Lübbecke Nr. 195

²⁷ Vgl. Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg, Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976, S. 24

²⁸ Zitiert nach denselben, S. 25

unterstellte. Noch bedenklicher allerdings war jedoch, dass der Landjägermeister Wolff bestritt, dass überhaupt Gewalt von seiten eines SA-Mannes gegenüber dem jüdischen Lehrer angewandt worden war:

„[...] Beschwerdeführer ist deshalb aus dem Saal verwiesen & herausgedrängt, weil er sich weigerte, freiwillig zu gehen. Tätlichkeiten sind nicht vorgekommen. Ein Ersuchen um Schutz bzw. die betreffende Person festzustellen, ist nicht an uns gerichtet und lag auch keine Veranlassung hierzu vor.“²⁹

Bei der Barmat-Affäre im Jahre 1924/25 handelte es sich „um die angebliche Bestechung von Sozialdemokraten durch einen jüdischen Händler, der holländischer Sozialdemokrat war und Kredite von der Post und preußischen Staatsbank erhalten hatte“.³⁰ Die holländisch-jüdischen Brüder Julius, Salomon und Henri Barmat, die aus Russland stammten, hatten während des Ersten Weltkrieges Lebensmittellieferungen nach Deutschland organisiert und Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten aufgenommen. Schließlich zogen sie nach Berlin und bauten mit geborgtem Inflationsgeld ein Industrieimperium auf. Die Brüder pflegten Kontakte zu Politikern unterschiedlicher Parteien einschließlich der SPD. Zu Beginn des Jahres 1925 wurden die Barmats auf Anordnung der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet und ihre Einlagen eingefroren. Ihnen wurde vorgeworfen, Schulden unter falschen Angaben gemacht zu haben. Ende 1928 wurde Julius Barmat wegen Bestechung öffentlicher Beamter verurteilt.³¹

Im Januar 1925 verteidigten Hermann Müller und Rudolf Breitscheid die SPD und die Barmats in ihren Reden vor dem Reichstag. Breitscheid wies darauf hin, dass die Barmat-Affäre von den rechtsextremen Parteien in übertriebenem Maße propagandistisch ausgenutzt würde, weil die Barmats Ostjuden seien. Der SPD-Politiker machte deutlich, dass vor dem Krieg auch zahlreiche Konservative und Adlige in Skandale verwickelt worden waren. Müller beantwortete Zurufe („Ostjude!“) aus den Reihen der Nationalsozialisten, indem er versicherte, dass die Herkunft eines Menschen unerheblich sei. Doch bis zum Ende der Weimarer Republik wurde die Barmat-Affäre immer wieder von den Nationalsozialisten als angeblicher Beleg für die Korruption der SPD angeführt.³²

Barkai wies darauf hin, dass Ostjuden in erster Linie kleine Händler waren, die mit dem Handel von billigen Waren ihren Lebensunterhalt bestritten und zumeist in den deutschen Großstädten wohnten. Schon vor dem NS-Boycott am 1.4.1933 wurden sie die ersten Opfer des Terrors von SA- und SS-Angehörigen.³³ 1925 gab es 90.000 Ostjuden in Deutschland, ca. 15% der gesamten jüdischen Bevölkerung.³⁴ Mitten in der Hyperinflation, drei Tage vor dem Hitler-Putsch, brach in der neuen Republik der erste Pogrom nach dem Ersten Weltkrieg am 5.11.1923 im Berliner

²⁹ StADt, M 2 Lübbecke Nr. 195

³⁰ Vgl. Harsch, Donna: Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, in: Heid, L.; Paucker, A. (Hg.) (1992), S. 207

³¹ Vgl. Niewyk, Donald L.: Socialist, Anti-Semite, and the Jews. German Social Democracy confronts the Problem of Antisemitism 1918-1933. Baton Rouge 1971, S. 104

³² Vgl. ebd., S. 104f

³³ Vgl. Barkai, Avraham: Vom Boycott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988, S. 23f

³⁴ Vgl. Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“, in: Schoeps, J.; Schlör, J. (Hg.) (1995), S. 250, Anmerkung 15

Scheunenviertel aus, einem ghettoähnlichen, hauptsächlich von Ostjuden bewohnten Wohnbezirk in der Nähe des Alexanderplatzes. Während Aschheim die Tumulte, an denen 10.000 Leute teilgenommen haben sollen, als „Hungeraufstand“ und „Pogrom“ charakterisierte, wies Heid darauf hin, dass die Plünderungen und Misshandlungen von Juden durch Provokateure völkischer Verbände ausgelöst worden waren, die sich unter die wartenden Arbeitslosen vor dem Arbeitsamt Gormannstrasse gemischt hatten.³⁵ Während des Pogroms organisierten Angehörige des RjF und anderer jüdischer Organisationen bewaffnete Selbstschutzkommandos in Gruppen von 25 Männern, da die allgemeine Schutzpolizei offensichtlich überfordert war, die Plünderungen und Misshandlungen zu verhindern, und die RjF-Mitglieder davon überzeugt waren, aus Notwehr handeln zu müssen, um ihre Glaubensgenossen im Scheunenviertel und in anderen Berliner Stadtteilen zu beschützen.³⁶ Schlimmer noch, da sogar einige Mitglieder des RjF von der Schutzpolizei verhaftet, schwer misshandelt und beraubt worden waren, wurden am 28.8.1924 von dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte ein Unterwachtmeister zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe und ein Oberwachtmeister zu einer Geldstrafe in Höhe von 200 Mark verurteilt.³⁷ Die aus Galizien stammenden Brüder Max, Leo und Willy Sklarek hatten im Jahre 1926 die zuvor liquidierte Berliner Kleider-Vertriebsgesellschaft erworben. „Zum Ausgleich für die schlechte Qualität der übernommenen Ware“ erhielten sie beträchtliche Darlehen von einer städtischen Bank.³⁸ Darüber hinaus wurde der nun privaten Kleidervertriebsgesellschaft das Monopolrecht eingeräumt, städtische Behörden bis 1930 beliefern zu dürfen. Die Sklareks bedankten sich auf ihre Weise, indem sie einen Teil der Rechnungen an die Stadtbank fälschten, andererseits aber auch städtische Beamte unterschiedlicher Parteien für ihr Entgegenkommen bei der öffentlichen Auftragsvergabe mit Geschenken bedachten. Der Schaden für die Stadt soll schließlich über 10 Millionen Mark betragen haben. Die Sklareks wurden im Herbst 1929 wegen Betrugerei und Urkundenfälschung angeklagt und zwei von ihnen zu Gefängnisstrafen in Höhe von 4 Jahren verurteilt.³⁹

Während die Nationalsozialisten den Fall Sklarek im Sinne ihrer Verschwörungstheorie auszubeuten beabsichtigten, verteidigte der SPD-Parteivorstand weiterhin seine sozialistischen Ideen, die sozialdemokratische Kultur und die Klasseninteressen, die von der SPD wahrgenommen wurden.⁴⁰ Der „Vorwärts“ wehrte sich gegen die Korruptionsvorwürfe der Nationalsozialisten, indem er die Sklareks als „wertlose Opportunisten“ bezeichnete und darauf hinwies, dass angeblich gute Christen schließlich auch im Skandal um die Raiffeisen Bank verwickelt seien, durch den verschiedene preußische und nationale Institutionen 40.000.000 RM

³⁵ Vgl. ebd., S. 249

³⁶ Vgl. Aschheim, Steven: *Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923.* London 1982, S. 243f; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein: *Deutsch-jüdische Geschichte*, Bd. 4, (1997), S. 119f; *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* Nr. 11 vom 10.6.1924

³⁷ Vgl. *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus* Nr. 18/19 vom 10.10.1924

³⁸ Vgl. Harsch (1992), S. 194

³⁹ Vgl. ebd., S. 194ff; Niewyk, S. 197f

⁴⁰ Vgl. Harsch (1992), S. 210

Verluste erlitten hätten.⁴¹ Eine Reaktion auf die Sklarek-Affäre bestand darin, dass die Zusammenarbeit zwischen dem C.V. und der SPD in der Folgezeit etwas diskreter gehandhabt wurde, beide Seiten aber in der aufklärenden Abwehrarbeit im Wahlkampf vor der Reichstagswahl im September 1930 verstärkt kooperierten. Während es dem bürgerlichen C.V. in erster Linie um die Verteidigung der bürgerlichen Minderheiten- und Glaubensrechte ging Hilferding, kämpften die Sozialdemokraten für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokraten versuchten weiterhin, die Arbeiter darüber aufzuklären, dass die NSDAP darauf aus war, die Rechte der organisierten Arbeiterbewegung aufzuheben und „eine Diktatur des Kapitals“ einzuführen.⁴²

Rudolf war der anerkannte Finanzexperte und Cheftheoretiker der SPD während der Weimarer Republik, außerdem ein entschiedener Anti-Nazi.⁴³ Zunächst praktizierte er als ausgebildeter Kinderarzt, profilierte sich aber schon in der SPÖ als neo-marxistischer Wirtschaftstheoretiker. Er schrieb Artikel für „Die Neue Zeit“ und für das österreichische Magazin „Deutsche Worte“, war politischer Redakteur des „Vorwärts“ (1907-15), Chefredakteur der USPD-Zeitung „Die Freiheit“ und redigierte später „Die Gesellschaft“. In der ersten Koalitionsregierung unter Kanzler Stresemann fungierte er als SPD-Finanzminister (1923), schließlich erneut in der großen Koalition unter Müller (1928/29). Als USPD-Politiker machte er im Februar 1919 den Vorschlag zur Bildung eines Obersten Arbeiterrates, der die Funktion haben sollte, Gesetzesvorlagen zu prüfen, bevor sie der Nationalversammlung vorgelegt würden. Der Arbeiterrat sollte auch selbst legislative Funktionen erfüllen. Streitigkeiten zwischen ihm und der Nationalversammlung, die sowohl als verfassungsgebende Versammlung als auch als Parlament in Weimar zusammentrat, sollten durch Volksentscheide beigelegt werden. Auf dem Kongress zu Halle a.S. (Oktober 1920) stimmte Hilferding mit 155 weiteren USPD-Delegierten gegen den Anschluss an die KPD, da die politisch-ökonomischen Bedingungen in Deutschland nicht identisch mit den russischen waren. Die terroristischen Herrschaftstechniken der Bolschewisten schreckten ihn zu sehr ab, als dass er bereit gewesen wäre, dem Beitritt zur Dritten Internationale zuzustimmen.⁴⁴ Die Zukunft des Sozialismus konnte seiner Meinung nach nur in einem kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystem innerhalb eines parlamentarischen Regierungssystems verwirklicht werden. Seit 1921 setzte sich Hilferding wieder für die Vereinigung der USPD mit der SPD ein, um geeint die radikale Rechte zu bekämpfen und die politischen und ökonomischen Errungenschaften der Arbeiter nach 1918 zu verteidigen. Die Aufgabe der Gewerkschaften und der Betriebsräte sah Hilferding in der Verbesserung der Sozialpolitik und der demokratischen Produktionspolitik zum Wohle der beschäftigten Arbeiter im System des organisierten Kapitalismus. Der Eintritt der SPD in Koalitionen mit gemäßigten bürgerlichen Parteien war nach seiner Meinung Ende der 1920er

⁴¹ Vgl. Niewyk, S. 197f, Fußnote 53

⁴² Harsch (1992), S. 210

⁴³ Vgl. Wistrich, Robert: Who is who in Nazi Germany. London/New York 1995, S. 110

⁴⁴ Vgl. Haupt, Heinz-Gerhard: Rudolf Hilferding, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Deutsche Historiker. Bd. VIII. Göttingen 1982, S. 60f

Jahre erneut notwendig, um die radikale Rechte von der Regierungsbeteiligung fernzuhalten und um den organisierten Kapitalismus evolutionär weiterzuentwickeln.⁴⁵ Doch die DVP- und die SPD-Mitglieder im Kabinett Müller waren nicht fähig oder willens, ihre Interessengegensätze und unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen unter dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung zu überwinden, so dass die Große Koalition am 27.3.1930 an der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung scheiterte, obwohl sich das Kabinett noch am 5.3.1930 zu einer Kompromisslösung durchgerungen hatte. Zwar waren die SPD-Regierungsmitglieder - Kanzler Müller, Innenminister Severing und Wirtschaftsminister Schmidt - bereit, den Mayer-Brüningschen Kompromiss mitzutragen, doch lehnten ihn die SPD-Fraktion und die Gewerkschaften unter dem Einfluss des Arbeitsministers Wissel ab.⁴⁶ Später erklärte Otto Wels die Auflösung des Reichstages als Resultat ‚des sozialen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit‘.⁴⁷ Unter den jüdischen Bürgern der Kleinstadt Werther gab es einige, die sowohl Mitglieder des RjF und des C.V. waren als auch die SPD und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold unterstützten. Das Reichsbanner war eine offiziell parteiübergreifende Schutzorganisation (gegr. 1924), in der die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten wegen der zahlenmäßigen Schwäche der DDP-Mitglieder und der lauwarmen Haltung des Zentrums.⁴⁸

Artur Sachs (*1914-1998) entstammte einer traditionell eingestellten jüdischen Familie aus Werther. Sein Vater Feodor (1862-1942) war Vieh- und Manufakturwarenhändler. In den Familien Sachs und Weinberg wurden die Speisegesetze eingehalten (hebr. Kaschrut) und Feodor Sachs fungierte auch als Schächter (hebr. Schochet), um koscheres Fleisch anbieten zu können. Es wurde gebetet und Gebetsriemen angelegt (hebr. Tefillin), es gab Mesusot an den Türeingängen (d.h. Türpfosten: „Kapsel mit einer Pergamentrolle, auf der Passagen von Deuteronomium 6, 4-9 und 11, 13-21 geschrieben sind“).⁴⁹ Feodor Sachs fungierte zusammen mit Jordan Bendix Weinberg als Vorbeter der Gemeinde. Feodor, der eine gute Stimme hatte, übte des öfteren bei geöffneten Fenstern die Gebete und biblischen Textstellen, so dass der evangelische Pfarrer (z.B. Pastor Wolrab) ihn hören konnte. Denn das Elternhaus der Familie Sachs lag in der Nähe des Küsterhauses. Seinem Vater half Artur beispielsweise beim Aus- und Einwickeln der Thorarollen an Festtagen in der Synagoge. Die aus Werther stammenden Torarollen sollen um 1800 geschrieben worden sein. Die Frauen in der jüdischen Gemeinde in Werther konnten den

⁴⁵ Vgl. Smaldone, William: Rudolf Hilferding and the Theoretical Foundations of German Social Democracy, 1902-1933, in: Central European History, Bd. 21, Nr. 3, Sept. 1988, S. 267-299

⁴⁶ Vgl. Schwabe, Klaus: Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Bonn 1988, 2. Aufl., S. 131-133; Grebing, Helga: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus. Mannheim 1993, S. 41; Craig, Gordon: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches. München 1980, S. 465ff

⁴⁷ Zitiert nach Harsch, Donna Teresa: The response of German Social Democracy to the rise of National Socialism, 1928-1933. Yale 1987, S. 150

⁴⁸ Vgl. Paucker (1966), S. 452; Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966, S. 357ff

⁴⁹ Vgl. Schoeps (Hg.) (1992), S. 314, Artikel: „Mesusa“

Gottesdienst von einer Galerie verfolgt. Artur Sachs erhielt seinen Religionsunterricht in Bielefeld bei dem Rabbiner Dr. Hans Kronheim in der Luisen-Realschule. Zu Hause lasen Sachs u.a. die liberale „Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ).

In Werther hatte Artur Sachs die evangelische Volksschule besucht, wo er antijudaistische Äußerungen einiger seiner Mitschüler ertragen musste. Während seiner Lehre im Manufakturwarengeschäft Gustav Loeb in Vlotho (1929-34) besuchte Artur Sachs eine Handelsschule in Bielefeld, wo keine antijudaistischen oder antisemitischen Bemerkungen gefallen sein sollen. In Vlotho war Artur Sachs Mitglied im Fußballclub F.C. Arminia Vlotho, der von seinem Bruder Ludwig und einem Schmidt gegründet worden war. Als Schüler hatte sich Artur Sachs um 1925 dem Arbeiterturnverein angeschlossen.⁵⁰ Dieser Verein wie auch der Arbeitermusikverein, der SPD-Ortsverein und die Reichsbanner-Ortsgruppe trafen sich regelmäßig im Lokal Wöhrmann gegenüber dem Elternhaus Sachs. Hier tranken auch die Arbeiter der Knochenmehl- und Leimfabrik Jörgens & Voerkel ihr Bier. Anfang der 1930er Jahre suchten Vater und Sohn Sachs sowie Alfred Weinberg beim Reichsbanner Schutz. Artur Sachs erklärte die Reaktion seines Vaters auf den NS-Antisemitismus wie folgt:

„Es gab damals schon einen versteckten Antisemitismus, aber der wurde nicht sehr ernst genommen. Mein Vater hielt den Nationalsozialismus für eine vorübergehende Erscheinung - sogar auch dann noch, als wir später zu niederen Arbeiten gezwungen wurden. Er war Sozialdemokrat, zugleich ein konservativer Patriot. Mein Bruder hatte im 1. Weltkrieg gekämpft, und mein Vater sagte immer: 'Man kann uns doch nichts Negatives nachsagen. Wir jüdischen Menschen waren immer ehrlich, wir haben viel für Deutschland geleistet.

Was unser Verhältnis zur Sozialdemokratie betrifft, so muß man wissen, daß es zwischen den Juden und den Sozialdemokraten immer schon sehr viele Verbindungen gab. Ich selbst habe im Arbeiterturnverein geturnt. In diesem Milieu haben wir uns noch am ehesten zuhause gefühlt, und bei der SPD haben wir Anfang der 30er Jahre Schutz gesucht: Wir haben die drei Pfeile des 'Reichsbanners' am Revers getragen, wir haben geglaubt, unsere Organisationen könnten den Nationalsozialisten wirkungsvoll bekämpfen.“⁵¹

Kaufmann Alfred Weinberg (*1894), Inhaber des 1798 gegründeten Manufaktur- und Modewarengeschäfts in Werther, hatte sich spätestens seit November 1932 als Kassierer und Schriftführer der Reichsbanner-Ortsgruppe Werther angeschlossen, deren Vorsitzender der Schlosser Heinrich Steinbach war. Bürgermeister Ostrop, der für die DVP Wahlwerbung machte, teilte dem Landrat am 24.11.1932 mit, dass die Ortsgruppe des Reichsbanners aus 40-50 Personen bestehe und dass es keinen Jugendleiter, keine Schutzformationen, Ausrüstungs-, Bekleidungs- oder Waffenlager gebe. Der Kommentar des Bürgermeisters zum Stichwort „Bildungsarbeit“ erweckte den Anschein, als ob die Schutzorganisation ihre Aufgaben nach der letzten Reichstagswahl am 6.11.1932, in der auf die NSDAP 44,5%, auf die SPD aber lediglich 25,3% der abgegebenen Stimmen in Werther entfallen waren, nur noch wenig überzeugend in der Öffentlichkeit ausführen könne:

„Wöchentlich findet ein Versammlungsabend statt. Es werden in diesen Veranstaltungen Schießübungen mit einer Luftbüchse veranstaltet. Die Abende sind nicht gut besucht. Außerdem hat die Ortsgruppe eine kleine bereits seit 10 Jahren beschaffte Bücherei, die aber kaum benutzt wird. Besondere Beobachtungen wurden nicht gemacht. Die hiesige Ortsgruppe tritt nur wenig in Erscheinung. Die einzelnen Mitglieder sind kaum bekannt.“⁵²

⁵⁰ Mitteilungen von Artur Sachs vom 18.6. und 25.6.1996; vgl. STADt, D 80 A Nr. 39 und 70: Interviews von Joachim Meynert mit Artur Sachs vom 24.3.1981 und 5.9.1985

⁵¹ Vgl. StdtA Bielefeld, Artur Sachs: „Lebenserinnerungen 1933-1945“. Pressemitteilung, S. 1

⁵² StdtA Werther, B 77a

Wenn die organisierte Arbeiterbewegung nach den wenig Vertrauen einflößenden Reichstagswahlergebnissen vom 6.11.1932 tatsächlich vor Ort den Mut verloren hatte, weiterhin gegen die Gefahren des Nationalsozialismus Aufklärung zu leisten, so ergibt sich die Frage, welche Methoden SPD und Reichsbanner in Werther vor dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 bzw. vor der Reichstagswahl am 31.7.1932 angewandt hatten, um die unentschiedene Wählerschaft vor der Gefahr, die der Republik und der demokratischen Kultur durch die nationalsozialistischen Angriffe drohte, aufzuklären und die kommunale Verwaltung aufzufordern, diese Aufklärungsarbeit zu unterstützen.

Eine Methode, der sich sowohl die Anhänger der organisierten Arbeiterbewegung als auch die Nationalsozialisten bedienten, bestand darin, die Wahlplakate des politischen Gegners abzureißen oder zu überkleben. Wenn Plakate zu NS-Veranstaltungen mit dem Zusatz einluden „Juden haben keinen Zutritt“, erhielten republikanische Wahlhelfer die Möglichkeit, diesen Zusatz mit dem Zettel „Denn beim Lügen möchten wir ungestört bleiben“ zu überkleben.⁵³ Dieser Klebezettel wie auch ein runder Klebezettel, der Hitler in der Mitte und den Text „Die Nazis sind unser Unglück“ zeigte, gehörte zu dem Anti-Nazimaterial, das vom C.V. gedruckt wurde und seit dem Wahlkampf vor den Reichstagswahlen 1924 und am 20.5.1928 massenhaft den republikanischen Parteien SPD, DDP und dem Zentrum zur Verfügung gestellt wurde und durch das Reichsbanner, die Eiserne Front oder durch den C.V. selbst zur Verteilung gelangte.⁵⁴ Ob diese speziellen Antinazizettel auch in Werther tatsächlich verteilt wurden, konnte allerdings weder nachgewiesen noch ausgeschlossen werden.

Am 13.3.1932 stellte der „Ortsgruppenführer [sic]“ der NSDAP-Ortsgruppe Werther beim Bürgermeister Strafantrag gegen vier Männer, vermutlich Sozialdemokraten, da sie von Nationalsozialisten beim Abreißen von genehmigten NS-Wahlplakaten „angetroffen“ und „gesehen“ worden seien. Als Bürgermeister Ostrop die Beschuldigten vorlud, bestritten sie die Tat und beklagten sich ihrerseits darüber, dass die Nationalsozialisten selbst „Plakate anderer Parteien und Verbände zerrissen und überklebt“ hätten. Nachdem der Bürgermeister die Sozialdemokraten aufgefordert hatte, „im Interesse der Ruhe und des Friedens im Amte ähnliche Handlungen in Zukunft zu unterlassen“, richtete Ostrop nicht ohne Grund an den NSDAP-Ortsgruppenleiter die Bitte, er solle seinen Anhängern verbieten, zukünftig Plakate, Agitationsmaterial und handschriftliche Zeichen an Privathäuser oder an den städtischen Bekanntmachungskasten zu kleben.⁵⁵

Denn in einem Schreiben vom 17.3.1932 hatte Kaufmann Alfred Weinberg beim Bürgermeister dagegen Protest eingelegt, dass der lokale SA-Führer mit seiner Kolonne in der Nacht vom 11. zum 12. März 1932 sämtliche Fensterscheiben und Türen seines Geschäfts- und Wohnhauses mit

⁵³ Vgl. Paucker (1966), S. 454, Fußnote 182

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 465. Ein solcher Klebezettel wurde abgedruckt in: Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II). From The First World War to its Dissolution in 1933, in: LBIYB, Bd. XXX (1985)

⁵⁵ StdtA Werther, B 77

Hakenkreuzzetteln überklebt hatte. Alfred Weinberg forderte den Bürgermeister auf, gegen diese Agitationsmethoden der NSDAP bzw. SA aus mehreren Gründen Schritte zu unternehmen. Erstens hätten sich auch Schüler als Nachahmungstäter oder Trittbrettfahrer dieser Methode bedient und weitere antisemitische Graffiti hinzugefügt. Zweitens sei es sehr schwer, diese Zettel und Graffiti zu entfernen. Drittens bedeuteten diese beleidigenden Schädigungen seines Eigentums, dass der republikanische Rechtsstaat offenbar unfähig war, politische Gangster in Schach zu halten und effektiv zu bestrafen. Auch die Tatsache, dass Alfred Weinberg als Eigentümer darauf verzichtete, eine Strafanzeige gegen den SA-Führer zu erstatten, verdeutlichte, dass sein Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat im Grunde schon erschüttert war.

„Alfred Weinberg
Manufaktur- und Modewaren
Entstanden im Jahre 1798

Werther i. Westf., den 17. März 1932

Herrn Bürgermeister Ostrop Hier. Ich glaube nicht fehl zu gehen in der Annahme, dass ich Ihre Unterstützung finden werde in der Bekämpfung der politischen Auswüchse, welche sich bei der letzten Wahl gegen uns Juden richteten und mit denen wir in vielleicht verschärften Maßen bei den bevorstehenden Wahlkampagnen bestimmt rechnen können.

Es ist beobachtet worden, dass der SA Führer der N.S.D.A.P., Walter Schäfer, in Begleitung seiner Klebekolonnen in der Nacht vom 11. zum 12. d.M. [von Freitag auf Samstag] die bekannten Zettel mit dem Hakenkreuz an unsere sämtlichen Fensterscheiben geklebt hat. Am Morgen darauf, also am Wahltage, waren alle Türen u.s.w. mit diesen Zetteln beklebt. Das Entfernen dieser Zettel war nicht ganz einfach. - Diese Agitationsmethode hat inzwischen Anklang bei der schulpflichtigen Jugend gefunden, indem von dieser die Front unseres Wohnhauses vollständig mit Hakenkreuzen, Zeichnungen und unflätigen Worten beschmiert worden ist.*)

Von einer Anzeige gegen Walter Schäfer habe ich abgesehen, weil diese Leute erfahrungsgemäß nur auf eine solche warten, um nachher ihre Anhänger noch mehr gegen uns Juden aufhetzen zu können. Ich bitte Sie jedoch dringend, uns in unserem Abwehrkampf zu unterstützen, indem Sie mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln energisch Front gegen diese Art der Agitation machen wollen, welche allgemein als KULTURSCHANDE hervorgehoben im Original, Verf. bezeichnet wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung! [gez.] Alfred Weinberg

*) Da das Haus mit Zementwasserfarbe getüncht ist, ist das Geschmier sehr schwerlich zu entfernen."⁵⁶

Zwei wichtige Begriffe werden in dem Protestbrief von Alfred Weinberg genannt: „Abwehrkampf“ und „Kulturschande“. Beide bürgerlichen Verbände, der Verein zur Abwehr des Antisemitismus und der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, begriffen den NS-Antisemitismus als „Kulturschande“, als Störung der demokratischen Verhältnisse, als Krankheit. Während der C.V. auf die pauschale und unwahre Unterstellung, Juden seien minderwertig, in der Phase von 1928-33 mit der Publikation von Leistungskatalogen für alle Bereiche der Gesellschaft antwortete und den wissenschaftlich-kulturellen Beitrag jüdischer Bürger für die deutsche Gesellschaft im allgemeinen betonte⁵⁷, erklärte der Abwehrverein den NS-Antisemitismus im Sinne Erich Kuttners in einer Analyse des katastrophalen Ergebnisses der Reichstagswahl am 14.9.1930 ebenfalls als „Kulturschande, als zivilisations-, rechts- und sittenwidriges Produkt schwächerer Minderwertigkeitsgefühle [...]“.⁵⁸

Der Abwehrverein zweifelte keineswegs daran, dass Politiker wie Frick, Stöhr, Münchmeyer, Ley, Fabricius etc. als „überzeugte und zielbewußte Antisemiten“ handelten, hielt aber den Antisemitismus bei der Wahlentscheidung der Millionen von neuen NSDAP-Wählern nicht für das entscheidende Motiv.

⁵⁶ StdtA Werther, B 77

⁵⁷ Vgl. Klein (1969), S. 3f

⁵⁸ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 10 vom 1.10.1930; vgl. Kuttner, Erich: Pathologie des Rassenantisemitismus. Eine politisch-psychologische Studie. Berlin 1930, S. 5f

„Wirtschaftliche Verzweiflungsstimmung, Verbitterung, Pessimismus, dumpfes Sehnen nach irgendeinem radikalen Umschwung zum Besseren, von phrasengewaltigen Animierpolitikern und Gefühlspaukern geschickt mit Begeisterungsdunst gespeister Autoritätshunger hat sie am Wahltag zwar zu urteilslosen Nachläufern des Nationalsozialismus gemacht, aber nicht zu Antisemiten.“⁵⁹

Die Abwehrblätter zogen die Schlussfolgerung, dass sich Deutschland unter einer Hitler-Diktatur, „für die Dauer dieses Regimentes und noch geraume Zeit darüber hinaus auslöschen würde aus der Reihe der Kulturvölker.“⁶⁰ Als Lösung der Krise wurde „eine breite Abwehrfront der Vernünftigen“ und ein von Parlament und Regierung zu beschließendes, umfassendes Reformprogramm gefordert.

Der C.V. betonte, dass er nicht aus Eigennutz gegen den Antisemitismus kämpfe, sondern für alle Demokraten, für die Gleichberechtigung unter den Nationen, um den Völkerfrieden zu erhalten. Die Ideale des C.V. basierten auf dem Ethos der alten Propheten: soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung waren die Ziele, für die sich der C.V. einsetzte. Während der C.V. die Vergottung eines menschlichen Politikers und den totalen Staat ablehnte, signalisierte der bürgerliche Verband seine Bereitschaft, einen autoritären Staat unter der Voraussetzung zu akzeptieren, dass er sich mit Berufung auf eine göttliche Instanz legitimierte.⁶¹

Alfred Weinbergs Protestschreiben muss also im Zusammenhang der Verbandspolitik gelesen werden. Die politisch-publizistische Reaktion der deutschen Juden gegen die nationalsozialistischen Angriffe auf ihre Würde und ihr Eigentum beruhte auf dem Argument, dass nicht nur die Juden als Gruppe geschädigt wurden, sondern ebenso die deutsche Kultur und die deutsche Demokratie im allgemeinen. Juden wie Max Rhein in Rahden, Max Weinberg in Borgholzhausen, Max Lazarus, Siegfried Weinberg und Moritz Lazarus - die beiden Letztgenannten waren Mitglieder des Reichsbanners - in Lübbecke und Alfred Weinberg in Werther sahen es als ihre Pflicht an, mit Hilfe der Organisationen des eigenen kulturellen Systems und in Zusammenarbeit mit den republikanischen Parteien und Organisationen die kommunalen Behörden und das übrige deutsche Volk zur Wachsamkeit aufzurufen.⁶²

Wie bedrohlich das Verhalten der Wähler in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. im März und April 1932 wirklich war, zeigte das Ergebnis der Reichspräsidentenwahlen. Bei einer Wahlbeteiligung von 77,9% (18.260) im ersten Wahlgang entfielen im Kreis Halle i.W. 41,2% der gültigen abgegebenen Stimmen auf Hitler als zukünftigen Reichspräsidenten, während der Kandidat der Weimarer Koalition, Hindenburg, 39,4% erhielt. Im zweiten Wahlgang fiel die Mehrheit für den NSDAP-Spitzenkandidaten noch deutlicher aus, da er 52,7% der abgegebenen gültigen Stimmen (9.130) erhielt, während 44,0% auf Hindenburg entfielen. Doch Hitler hatte nicht alle Stimmen, die im ersten Wahlgang für den DNVP-Kandidaten Duesterberg abgegeben wurden (14,1%), erhalten. Manche DNVP-Wähler hatten offensichtlich auch für Hindenburg gestimmt.

⁵⁹ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus Nr. 10 vom 1.10.1930

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vgl. Klein (1969), S. 44f

⁶² Vgl. Paucker (1966), S. 440; derselbe (1969), S. 70f

Viele KPD-Wähler hatten es im zweiten Wahlgang vorgezogen, sich erst gar nicht an der Wahl zu beteiligen, da ihr Kandidat chancenlos war (5,0%/3,3%).

Im Kreis Lübbecke wurden im ersten Wahlgang bei einer Wahlbeteiligung von 80,8% (30.159) für Hitler nicht weniger als 49,7% der gültigen Stimmen abgegeben, im zweiten Wahlgang sogar 61,8%. Hindenburg verbesserte sein Ergebnis lediglich von 32,5% auf 36,1%. Auf den DNVP-Kandidaten entfiel im ersten Wahlgang mit 14,2% der gültigen Stimmen ungefähr der gleiche Anteil wie im Kreis Halle i.W. Thälmann erhielt 3,4% im ersten, 2,1% im zweiten Wahlgang.⁶³

Eine absolute und relative Mehrheit der aktiven Wähler in den agrarisch strukturierten und protestantisch ausgerichteten Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke war also schon im Frühjahr 1932 bereit, einen rechtsradikalen und extrem antisemitischen Reichspräsidenten zu akzeptieren. Ironischer- und fatalerweise wurde derselbe faschistische Kandidat ein knappes Jahr später vom Reichspräsidenten von Hindenburg, der von der Weimarer Koalition getragen wurde, zum neuen Reichskanzler vereidigt. Vor diesem Hintergrund wogen die Warnungen der demokratischen Parteien und Republikschutzorganisationen vor den wirklichen totalitären Zielen der NSDAP (siehe Boxheimer Dokumente) um so schwerer. In der Stadt Lübbecke, wo es ein sozialistisches Milieu gab, erhielt Hindenburg mit der werbewirksamen Unterstützung der Eisernen Front im zweiten Wahlgang 1.808 Stimmen, während auf Hitler 1.285 Stimmen entfielen.⁶⁴

Die so genannten Boxheimer Dokumente, die von dem NSDAP-Rechtsanwalt, Amtsrichter und NSDAP-Fraktionsführer im hessischen Landtag Werner Best verfasst, am 14.9.1931 im „Boxheimer Hof“ in Worms beraten und bezeichnenderweise der politischen Polizei von dem NSDAP-Kreisleiter in Offenburg ausgehändigt worden waren, zeigten der Öffentlichkeit, welche brutalen Methoden hessische NSDAP-Parteiführer für die Zeit der geplanten NSDAP-Machtübernahme empfahlen.

„Widerstand würde grundsätzlich mit dem Tode bestraft, Waffenbesitz durch Erschießen auf der Stelle geahndet, Streikende in öffentlichen Betrieben und Dienststellen fusiliert. Auch auf schwere Verstöße gegen noch zu erlassende Notverordnungen folge die Todesstrafe.“⁶⁵

Wie notwendig der Zusammenhalt der organisierten Arbeiterbewegung angesichts der sich vermehrenden, gewaltbereiten Nationalsozialisten war, zeigte sich vor Ort im Untersuchungsgebiet nicht nur in Lübbecke und Werther.

⁶³ Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 427, S. 28f

⁶⁴ Vgl. Schacht/Witteborg, S. 39

⁶⁵ Pätzold/Weißbecker, S. 166

Tabelle 80: **Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl am 13.3 und 10.4.1932 in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W**

Kreis Lübbecke	1. Wahlgang (13.3.1932)	2. Wahlgang (10.4.1932)
Wohnbevölkerung: 55.400 (am 16.6.1925)	Duesterberg (DNVP): 4.241 (14,2%)	
Stimmberechtigte: 37.311 / 37.491	Hindenburg (Weimarer Koalition) 9.736 (32,5%)	10.395 (36,1%)
Wahlbeteiligung: 30.159 / 29.020 (80,8% / 77,4%)	Hitler (NSDAP): 14.869 (49,7%)	17.804 (61,8%)
Gültige abgegebene Stimmen: 29.938 / 28.803	Thälmann (KPD): 1.022 (3,4%)	603 (2,1%)
	Winter (Splitterpartei): 63 (0,2%)	

Kreis Halle i.W.	1. Wahlgang (13.3.1932)	2. Wahlgang (10.4.1932)
Wohnbevölkerung: 32.962	Duesterberg: 2.553 (14,0%)	
Stimmberechtigte: 23.434 / 23.478	Hindenburg: 7.152 (39,4%)	7.624 (44,0%)
Wahlbeteiligung: 18.260 / 17.497 (77,9% / 74,5%)	Hitler: 7.471 (41,2%)	9.130 (52,7%)
Gültige abgegebene Stimmen: 18.131 / 17.322	Thälmann: 907 (5,0%)	565 (3,3%)
	Winter: 46 (0,25)	

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 427, S. 28f

In der Sylvesternacht 1931/32 löste ein bewaffneter Nationalsozialist, der provozierend eine Parteinadel trug und damit gegen die Notverordnung vom 8.12.1931, nach der das Tragen von Parteiabzeichen verboten worden war, verstieß, im Versammlungslokal der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners in Versmold (Wehmann, Ravensberger Hof) eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten aus. Das unmittelbare Ergebnis dieses nationalsozialistischen Überfalls war ein angeschossener Musiker und einige Fenster, die zu Bruch gingen. Die Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins, des Reichsbanners, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Freien Turn- und Sportvereinigung und des Vereinskartells forderten den Bürgermeister Kettmann am 2.1.1932 in einem Protestschreiben auf, eine für den 7.1.1932 geplante NSDAP-Versammlung bis frühestens zum 20.1.1932 mit dem Argument verbieten zu lassen, dass die Nationalsozialisten die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdeten. Dasselbe Argument hatte Max Lazarus schon in seinem Brief an den Magistrat von Lübbecke am 5.2.1930 vorgetragen. Tatsächlich sprach der Versmolder Bürgermeister Kettmann

in einem Brief vom 4.1.1932 an den NSDAP-Ortsgruppenleiter, Landwirt August Fischer, ein Verbot der NSDAP-Veranstaltung am 7. Januar aus, genehmigte jedoch eine neue, am 6. Januar angemeldete und für den 12. Januar vorgesehene NSDAP-Veranstaltung mit dem absurden Argument, dass die SPD keine Störungen der NSDAP-Veranstaltung beabsichtige.⁶⁶

Wie die Nationalsozialisten in Vermold von der organisierten Arbeiterbewegung eingeschätzt wurden, dokumentierte ein Brief des Vorsitzenden der ADGB-Ortsgruppe vom 4.1.1932 an einen lokalen Nationalsozialisten:

„Auf Ihr Schreiben vom 31.12.31 teile ich Ihnen mit, dass die S.P.D. es nach wie vor ablehnt, Ihre Versammlungen zu besuchen. Eine geistige Auseinandersetzung mit Ihnen bzw. Ihrer Partei ist uns zu jeder Zeit recht. Diese Gewähr ist uns bisher nicht gegeben. Eine Auseinandersetzung mit Revolver u.s.w. ist nicht unsere Absicht. Ich verweise hiermit auf den Überfall auf unser Vereinslokal in der Sylvesternacht. Mögen Sie persönlich im politischen Kampfe es ehrlich meinen, aber an der Illegalität Ihrer Partei ist nicht mehr zu zweifeln. Mit Federschen Lehren läßt sich keine Politik machen. Wir hoffen, dass auch Sie als Irregeleiteter, wenn Sie es ehrlich meinen, noch einmal den rechten Weg finden werden. Es lebe die Weimarer Republik. Mit deutschem Gruß, Wilhelm Braend.“⁶⁷

In Rahden kam es am 28.2.1932 zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und den örtlichen Nationalsozialisten, deren Ortsgruppenleiter der Apotheker Köchling war. Auch hier waren es die gewaltbereiten und provozierenden Nationalsozialisten, die auf eine „wüste Schlägerei“ abzielten, während das Reichsbanner eine deeskalierende vorbeugende Taktik verfolgte, die darin bestand, den politischen Gegner verbal und schriftlich zu bekämpfen und ihn nicht oder nur selten in seinen eigenen Versammlungsorten aufzusuchen. Die zuständigen Landjäger- und Polizeibeamten mussten sich nachfolgend dem Vorwurf stellen, absichtlich oder unabsichtlich zugelassen zu haben, dass sich ca. 80-100 Stahlhelmer und Nationalsozialisten mit vorsätzlich unfriedlicher Absicht Zugang zum Versammlungsort der Mitglieder der Eisernen Front verschaffen konnten. Zunächst befanden sich ca. 60 Nationalsozialisten im Versammlungssaal der Eisernen Front. Da sie mit „Heil Hitler“ Rufen provozierten, forderte der Versammlungsleiter und der SPD-Landtagsabgeordnete Willy Michel ihren Ausschluss. Ihr Abgang verzögerte sich, weil sie von dem Landjägerbeamten Graupmann in ihrer Meinung bestärkt wurden, dass die Versammlung der Eisernen Front eine öffentliche sei. Schließlich zogen sie auf Initiative ihres Ortsgruppenleiters doch ab. Danach wurde die Versammlung der Eisernen Front von einer weiteren Gruppe von Nationalsozialisten gestört, die aber vermutlich mit Hilfe von Schutzformationen (Schufos) des Reichsbanners hinausgedrängt werden konnten. Die Nationalsozialisten wechselten hinüber zu einer Veranstaltung des Stahlhelms, die zeitgleich abgehalten wurde. Gegen Ende der Stahlhelm-Versammlung stellten die Nationalsozialisten die Forderung auf, dass ein Gegenredner bei der Versammlung der Eisernen Front auftreten solle. Da die zuständigen Überwachungsbeamten das erneute Aufeinandertreffen zwischen Nationalsozialisten und den Mitgliedern der Eisernen Front entweder nicht verhindern wollten oder konnten, kam es zu Tötlichkeiten, bei denen Willy Michel mit einem „Totschläger“ am Kopf getroffen wurde.⁶⁸ Michel beschwerte sich brieflich am 2.3.1932 beim Regierungspräsidenten

⁶⁶ Vgl. StdtA Vermold, C 283

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Vgl. Schacht/Witteborg, S. 35-38

in Minden über „das schlappe Verhalten der Landjäger“, beklagte, dass seinem Eindruck nach die Landjäger mit den Nationalsozialisten und Stahlhelmern sympathisierten und forderte von der Regierung geeignete Maßnahmen.⁶⁹

Der konservative Landrat des Kreises Lübbecke bestätigte nach Anhörung der beteiligten Gruppen in einem Schreiben vom 12.3.1932 der Bezirksregierung, dass die Landjägerbeamten und die städtische Polizei in ihrem Dienst versagt hätten:

„Allerdings lässt sich, [...] nicht verkennen, dass die Landjägerbeamten wie auch die kommunalen Polizeibeamten insofern sachlich nicht ganz zweckmässig gehandelt haben, als sie nicht dafür gesorgt haben, dass Flur, Eingang und der Marktplatz vor dem Hotel Wolter [in Rahden] unter allen Umständen von den Stahlhelmern und Nationalsozialisten freigehalten wurden und dadurch der ungestörte Abzug der Teilnehmer an der Kundgebung der Eisernen Front gewährleistet und jeder Zusammenstoß vermieden wurde. [...]“⁷⁰

Bei einer Besprechung des Konfliktes vom 28.2.1932 im Kreishaus von Lübbecke bekundeten die geladenen Vertreter der Parteien und Verbände ihre Absicht, „zukünftig von planmässigen Störungen von gegnerischen Versammlungen abzusehen.“⁷¹ Der Vorsitzende des Reichsbanners, Zuschneider Hülsmeier, machte sinngemäß deutlich, dass es der politische Stil seiner Schutzorganisation sei, den politischen Gegner niemals mit geplanten gewalttätigen, aggressiven Methoden zu beeindrucken.

Der von Michel beschuldigte Landjägerbeamte wurde nachfolgend zunächst von der Bezirksregierung verwarnt und von seinen Führungsfunktionen entbunden, Ende August 1932 allerdings auf Initiative des Landrates von Lübbecke erneut mit seinen alten Kompetenzen betraut.⁷²

Auf welche Weise versuchte die SPD, Neu- und Nichtwähler vor den falschen Versprechungen der NSDAP zu warnen und sie an sich zu binden?

Einen Tag vor der Reichstagswahl am 31.7.1932, zehn Tage nach dem Papen-Staatsstreich gegen die kommissarische Regierung Braun-Severing in Preußen, übergab ein Beauftragter der NSDAP-Ortsgruppe Werther dem Bürgermeister Ostrop eine Wahlflugschrift der SPD mit der Aufforderung, sie verbieten zu lassen, „da sie ihrer Meinung nach die jetzige Regierung verleumde und unwahre Behauptungen gegen die NSDAP aufstelle.“⁷³ In dieser SPD-Wahlflugschrift mit dem Titel „Gegen das System Hitler!“ wurde auf intelligente Weise auf folgende Widersprüche in der nationalsozialistischen Politik hingewiesen:

„Hitler prophezeite und verspricht: Seinen Freunden im Großgrundbesitz, auf deren Schlössern er wohnt, höhere Zölle und höhere Landpreise, den Städtern aber verspricht er billigere Lebensmittel. Er verspricht den Schwerindustriellen, die begeistert ‚Heil Hitler!‘ rufen, Abbau der Soziallasten und den Arbeitern und Angestellten höhere Sozialrenten. Er verspricht den Handwerkern, Bauern und kleinen Geschäftsleuten Verringerung der Soziallasten, den Beamten aber sagt er Wahrung aller Rechte und erhöhte Gehälter zu. Er redet gegen ‚Bonzen‘ und ist selber Riesenbonze mit Privatautos von je 40 000 Mark Wert und einem Einkommen viel höher als das des Reichskanzlers. Hitler und die tausend Parteiangestellte mit einem Einkommen von vielfach 1.000 Mk. im Monat sind die einzigen, die nicht von Versprechungen, sondern vom Geld des ‚Dritten Reiches‘ leben. [...] Es gilt aus geistiger Schmach das Vaterland und das Volk vom Elend zu befreien! Deutsches Volk, nütze das Wahlrecht! Die Stimme des deutschen Volkes gehört am 31. Juli nur der Liste 1. Gewählt wird von 8 bis 5 Uhr.“⁷⁴

⁶⁹ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 68

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Schacht/Witteborg, S. 37

⁷² Vgl. ebd., S. 38

⁷³ Vgl. StdtA Werther, B 77

⁷⁴ StdtA Werther, B 77

Mit Hilfe dieser Auflistung von Ungereimtheiten in der Politik der NSDAP versuchte die SPD als Klassen- und Staatspartei, Wähler für sich einzunehmen. Die ostwestfälische SPD steuerte mit Severing als preußischem Innenminister einen besonders legalistischen, staatstragenden, parlamentarischen Kurs. Die SPD- und die Gewerkschaftsführung waren sich einig in ihrer Politik, Gewalttätigkeiten auf der Straße und einen Bürgerkrieg zu vermeiden.⁷⁵ Dies war wohl der Hauptgrund, warum die Vorstände der SPD und des ADGB auf das Einheitsfrontangebot der KPD am Tag des Papen-Putsches zum Aufruf eines Generalstreiks nicht eingingen. Was zur Abwehr des Kapp-Putsches im März 1920 noch möglich war, wurde am 20.7.1932 nicht mehr in Erwägung gezogen. Deshalb war es kaum verwunderlich, dass die Enttäuschung bei der SPD-Basis, dem Reichsbanner und der Eisernen Front tief war.⁷⁶

In seinen Memoiren versuchte Severing, sein Verhalten am 20.7.1932 zu rechtfertigen. Erstens sei die Zeit zu knapp gewesen, um der preußischen Polizei Weisungen zu erteilen. Zweitens sei es unmöglich gewesen, das Reichsbanner so auszurüsten, dass es im Kampf gegen die Reichswehr Erfolg hätte haben können. Drittens sei das Ziel, eine geschäftsführende SPD-Regierung wieder einzusetzen, „kein zündendes Kampfobjekt“ gewesen. Viertens hätten sich von den anderen republikanischen Parteien nur die im Reichsbanner organisierten Mitglieder des Zentrums dem Widerstand angeschlossen. Fünftens wäre ein Generalstreik bei der Massenarbeitslosigkeit wirkungslos geblieben, da streikende Arbeiter durch Arbeitslose ersetzt worden wären.⁷⁷ Auf der anderen Seite wäre die Eiserne Front, insbesondere das Reichsbanner, zum Widerstand bereit gewesen.

Die Arbeiterbewegung in Ostwestfalen war am Ende der Weimarer Republik tief gespalten und zerstritten, obwohl doch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD von Nöten gewesen wäre. Einheitsfrontaktivitäten waren allenfalls auf der unteren Ebene möglich, so im Arbeiterviertel Kamphof und im 2. Stadtbezirk in Bielefeld, wo ein Einheitsfrontkomitee und ein Massenselbstschutz mit Erfolg gegründet wurden. Auch in Herford kam es im Juni 1932 zur Gründung eines Einheitsfrontkomitees, das aus je 2 Mitgliedern der SPD, der SAP, der KPD und zwei Parteilosen bestanden haben soll. In der Erwerbslosenbewegung wurden im Landkreis Bielefeld Erwerbslosenausschüsse eingerichtet, die auf die Kommunen Druck ausübten, um Hilfsbedürftige wenigstens mit Nahrungsmitteln und Kohlen zu versorgen.⁷⁸

⁷⁵ Vgl. Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987, S. 171. Zur Bewertung der NSDAP aus sozialdemokratischer Sicht und zu den parlamentarischen, staatlichen und wahlkämpferischen Strategien der SPD im Kampf gegen die NSDAP siehe Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989

⁷⁶ Vgl. Hemkemeier, S. 176

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 179

⁷⁸ Vgl. Zoremba, Dieter: „Der Weg der SPD führt die Arbeiterklasse ins Verderben“ – Bielefelder KPD in Auseinandersetzung mit der SPD, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 39-45

Doch was SPD und KPD auf der Parteebene von einer gemeinsamen Bekämpfung des Faschismus abhielt, waren ihre grundsätzlich unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen. Während die SPD in Zusammenarbeit mit anderen republikanischen Parteien an der Erhaltung des parlamentarischen Systems interessiert war, steuerte die KPD eine Diktatur des Proletariats an. Während die KPD die SPD als „Sozialfaschisten“ verunglimpfte, weil sie bereit war, die Politik des Prädialkabinetts Brüning zu tolerieren, verübelte die SPD, dass sich die preußischen Kommunisten am Volksbegehren, das am 5.2.1931 durch den Stahlhelm beantragt worden war, und am Volksentscheid gegen die Braun-Severing-Regierung beteiligten (9.8.1931), obwohl Sozialdemokraten und Kommunisten in Lippe im Januar 1931 im Kontext des von den Nationalsozialisten initiierten Volksbegehrens zur Auflösung des Lippischen Landtags durchaus einige Male erfolgreich bei der Bekämpfung nationalsozialistischer Versammlungen zusammengearbeitet hatten.⁷⁹

Felix Fechenbach berichtete im sozialdemokratischen „Volksblatt. Lippische Zeitung“ über das wahre Gesicht des Nationalsozialismus, über seine Gewalttätigkeiten und seine Gewaltbereitschaft und entlarvte die pseudosozialistischen und antikapitalistischen Phrasen der NSDAP als „Etikettenschwindel“, die das alleinige Ziel verfolgten, naive Anhänger zu mobilisieren.⁸⁰ Bei dieser Charakterisierung der Nationalsozialisten befand er sich in Übereinstimmung mit dem „Anti-Nazi“, dem vom Centralverein herausgegebenen Handbuch im Kampf gegen die NSDAP (Berlin 1930), das den Nationalsozialismus als undemokratisch, seine Rassenlehre als unhaltbar und seinen Sozialismus als lediglich vorgespielt charakterisierte. Das Handbuch, das als Materialsammlung für den sozialdemokratischen Redakteur und Redner gedacht war, präsentierte u.a. 30 nationalsozialistische Politiker, die als Scharlatane, Korrupte, Pervertierte, Sadisten und Fememörder vorgestellt wurden. Die SPD arbeitete mit geistigen Mitteln.

„Dem skrupellosen Gewaltcharakter des Nationalsozialismus stand die Sozialdemokratie dennoch recht hilflos gegenüber, da der sozialdemokratische Antifaschismus bereits in der Theorie defensiv strukturiert und auf völlige Gewaltlosigkeit angelegt war. Der Mangel an offensiven Ansätzen wirkte sich folgeschwer auf die antifaschistische Praxis aus. Die Entwicklung der Tolerierungspolitik und der ‚Stimmzettellantifaschismus‘ waren Ausdruck dieses Mangels.“⁸¹

6.3.2 Jüdische Jugendbeweger und Jugendbewegte am Ende der Weimarer Republik und zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Im Unterschied zu Bielefeld, wo sich nach dem Ersten Weltkrieg eine zionistische Ortsgruppe unter der Leitung des Rechtsanwalts Theodor Müller bildete, die sich der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) anschloss¹, und Herford, wo sich spätestens während der NS-Zeit von 1934-37 ein zionistischer Arbeitskreis unter der Leitung des Schlossers Bernhard Schoeps mit ca. 25 Mitgliedern (darunter 9 Frauen) im Alter von 20-30 Jahren aktiv auf die Ausreise nach Palästina

⁷⁹ Vgl. Hemkemeier, S. 108, 125, 128; Pätzold/Weißbecker, S. 157f

⁸⁰ Vgl. Hemkemeier, S. 87

⁸¹ Ebd., S. 80f

¹ Vgl. Meynert, Joachim: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933-1945. Münster 1988, S. 193

vorbereitete², lassen sich für den Kreis Lübbecke nur wenige jüdische junge Erwachsene nachweisen, die sich am Ende der Weimarer Republik entschieden, nach Eretz Israel auszuwandern.

Im ganzen Untersuchungsgebiet wurden in Lübbecke im ersten Halbjahr 1919 nur 23,20 Mark in vier Büchsen für den Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemeth LejIsrael) gesammelt.³ Die Tatsache, dass für keine der jüdischen Gemeinden des Untersuchungsgebiets nach 1919 Zionistensteuern oder Spenden für den KKL in der „Jüdischen Rundschau“ aufgelistet wurden, verdeutlicht, dass zionistische Interessen oder Zukunftsentwürfe keine große Rolle spielten.

Wie eine Spendenliste für den Jubiläumsfonds des Centralvereins im Jahre 1918 belegt, setzten die beiden eingesessenen jüdischen Kleiderfabrikanten, drei Manufakturisten und ein kaufmännischer Angestellter in Lübbecke ihr Vertrauen weiterhin in den C.V., der die bürgerlichen, akkulturierten deutschen Juden vertrat.⁴ Ihre Spenden beliefen sich zusammen auf nicht weniger als 675 Mark. Nach dem Ersten Weltkrieg verhielt sich der C.V. als Dachverband jedoch längst nicht so abweisend gegenüber dem Zionismus wie in seiner Gründungszeit. Denn im Jahre 1919 unterstützten führende Vertreter des C.V. die zionistischen Forderungen nach nationalen Minderheitenrechten für osteuropäische Juden und nach der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina, da sich jene praktischen politischen Ziele aus Sicht des C.V. mit ihrer Beziehung zum Deutschtum durchaus in Einklang bringen ließen. Das katastrophale Ergebnis der Reichstagswahl am 14.9.1930 wurde aus zionistischer Sicht als große Niederlage des C.V. bewertet, da sich die Abwehr- und Aufklärungsarbeit des Büros Wilhelmstraße offensichtlich nicht ausgezahlt hatte.⁵

Die ideologische Ausdifferenzierung der deutsch-jüdischen zionistischen und nichtzionistischen Jugendbewegung kann am Beispiel der Lebensverläufe von drei jungen Leuten gezeigt werden. Kurt Halle (*1911 in Auerbach) schloss sich als zehnjähriger Schüler dem Deutsch-Jüdischen Wanderbund „Kameraden“ an. Er erinnerte sich daran, eine vierwöchige Wandertour durch den Schwarzwald gemacht zu haben, wo er und seine Kameraden in Bauernhäusern übernachteten.⁶ Dieser Jugendverband jüdischer Wander-, Sport- und Turnvereine war sozial, finanziell und ideologisch eng mit dem Centralverein verbunden und begann, sich seit 1919 mit zunächst 26 Vereinen reichsweit zu entfalten.⁷ In seiner Hochzeit hatte dieser Jugendbund 60 Ortsgruppen. Im Jahre 1932, als er sich in drei Gruppierungen aufteilte, hatte er noch ca. 45 Ortsgruppen bei einer Mitgliederzahl von 1.500. Im Entscheidungsjahr 1932 spaltete sich von diesem Jugendbund die

² Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27, 28; Brade, Lutz: Juden in Herford – Lebensläufe, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1999. Bielefeld 1998, S. 165

³ Vgl. Jüdische Rundschau Nr. 67 vom 19.9.1919. Ich danke Dr. Borut/Jerusalem für seinen Hinweis, die Jüdische Rundschau, Organ der ZVfD, unter diesem Aspekt einzusehen.

⁴ Vgl. Im deutschen Reich, Jg. XXIV, März 1918, Nr. 3, S. 10f

⁵ Vgl. Weltsch, Robert: Introduction, in: LBIYB, Bd. I (1955), S. XXIX; Paucker (1966), S. 421

⁶ Mitteilungen von Kurt Halle an Verfasser

⁷ Vgl. Im deutschen Reich, Jg. XXV, Nr. 4, S. 185; Nr. 11, S. 479; Maoz, Eliyahu: The Werkleute, in: LBIYB, Bd. IV (1959), S. 166

linksstehende „Freie deutsch-jüdische Jugend“ ab mit 5 Ortsgruppen und 100-120 Mitgliedern, deren Existenz nur bis zur NS-Machtübernahme dauerte. Die rechtsstehende Gruppierung, der Pfadfinderbund „Das schwarze Fähnlein“, hatte 15-20 Ortsgruppen bei einer Mitgliederzahl von 400. Die meisten ehemaligen Mitglieder der „Kameraden“ gründeten als neue Jugendbewegung die „Werkleute“ (Der Kreis) mit 25 Ortsgruppen und 1.000 Mitgliedern, die in den folgenden Jahren auf 1.200 anstiegen.⁸ Politisch gesehen sympathisierten viele Mitglieder der „Werkleute“ mit der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), waren daran gewöhnt, historische, politische und ökonomische Entwicklungen marxistisch zu interpretieren, belegten aber gleichzeitig Bibel- und Hebräischkurse, um sich auf die Auswanderung nach Erez Israel vorzubereiten. Die Entscheidung, ein eigenes Werkleute-Kibbutz zu gründen („Hazorea“) fiel im April 1933.⁹

Hildegard Admanit (Diamant), geb. Hurwitz (*31.07.1911 in Levern) hatte in Osnabrück das Lyzeum besucht und dort ihr Abitur abgelegt. Außerhalb der Schule hatte sie Religionsunterricht bei Rabbiner Dr. Hugo Krakauer erhalten, der auf Empfehlung von Leo Baeck in der Synagogengemeinde Osnabrück von 1925-30 wirkte. Um 1930 zog Hildegard Hurwitz nach Berlin, schloss sich dort einer „Werkleute“-Jugendgruppe an, arbeitete als KassiererIn und bereitete sich drei Jahre lang auf ihre Auswanderung (hebr. Alija = dt. Aufstieg) im Jahre 1937 nach Erez Israel vor. Dort wurde sie ein Mitglied des religiösen Kibbutz Rodges, seit 1941 des Kwutzah Yavneh.¹⁰ Die „Werkleute“-Jugendbewegung in NS-Deutschland engagierte sich gerade auch verstärkt für junge Erwachsene über 20 Jahre.

Kurt Halle arbeitete von 1929-35 in Herford als Geschäftsführer des Kaufhauses Paul Herzfeld, bevor er von März 1936 bis März 1937 von Alfred Weinberg in Werther angestellt wurde. In seiner Herforder Zeit hatte Kurt viele Kontakte zu Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend unterhalten, z.B. zu dem Arbeiter und Querflötist Kurt Held, mit dem er als Trompeter im SAJ-Fanfarenchor spielte. Vor der NS-Machtübernahme versteckten Mitglieder des SAJ-Fanfarenchors ihre Musikinstrumente unter dem Fußboden eines Bauernhofes. Während Kurt Halle innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung in Herford mit Walter Hünenhoff (*1902), dem SAJ-Verbebezirksleiter, und mit dem SPD-MdR Julius Finke zusammenarbeitete, indem er beispielsweise mit ihnen NS-Veranstaltungen besuchte und den „Anti-Nazi“ in der Hoffnung verteilte, die Nationalsozialisten würden durch dessen Lektüre ihren eigenen Charakter erkennen, unterhielt Kurt im jüdischen Milieu gute Kontakte zu dem Lehrer und Prediger Sigmund Goldman, der für den Centralverein schon spätestens seit 1913 C.V.-Propagandafahrten unternahm, um neue C.V.-Mitglieder zu werben.¹¹ In Herford war im Juni 1932 - wie schon erwähnt - ein

⁸ Vgl. Maoz, S. 174, Fußnote 4a

⁹ Vgl. ebd., S. 177. Zur zeitgenössischen Einschätzung der SAP siehe Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1973, 3. Aufl., S. 38f

¹⁰ Vgl. Hillebrand (1996), S. 22. Zu Leo Baecks Empfehlung von Dr. Hugo Krakauer als neuer Rabbiner für die Synagogengemeinde Osnabrück siehe: Reicher, Benno (Bearb.): Jüdische Geschichte und Kultur in NRW. Ein Handbuch. Essen 1993, S. 225f. Hebr. Kibbutz = dt. „Sammlung“: Kollektivsiedlung in Eretz Israel; hebr. Kwutzah = dt. „Gruppe“ von Pionieren zwecks gemeinschaftlicher Ansiedlung in Eretz Israel

¹¹ Vgl. Im deutschen Reich, Jg. XIX, Nr. 4, S. 180

Volksfrontkomitee gegründet worden, und Sozialdemokraten und Kommunisten erörterten Möglichkeiten des politischen Widerstands schon im Kontext der Reichspräsidentenwahlen im März/April 1932. Schließlich einigten sich Sozialdemokraten und Kommunisten darauf, folgende Zielvorstellung einzuhalten:

„Bei Reden, auf Kundgebungen und den auf Demonstrationen mitgeführten Transparenten sind alle Partei- und gewerkschaftlichen Differenzen auszuschalten, damit die im Entstehen begriffene Einheitsfront nicht gefährdet wird. Alle Losungen und Aktionen sind ausschließlich gegen den Klassenfeind - Faschismus - zu richten.“¹²

Das Zentrum der Arbeiterbewegung in Herford war das Volkshaus am Alten Markt (1928-33), in dem sich im Erdgeschoss die Hauptverkaufsstelle des Konsum-Vereins, die SPD-Parteibuchhandlung der „Volkswacht“, eine Stehbierhalle und ein Restaurant befanden. Die Räume für den Sportverein VfL, der Arbeiter-Samariterbund und das Reichsbanner sowie eine Bibliothek der Gewerkschaften waren vermutlich im ersten Stock. Im zweiten Stock waren die Büros der Gewerkschaften (Metallarbeiter, Holzarbeiter, Baugewerbe, Textil-Bekleidung, Zuckerbäcker, Nahrung-Genuss, Buchdruckerverband) untergebracht. Im dritten Stock befanden sich die Wohnungen für Walter Hünerrhoff und Tilla Möller, die den Sortimentsbuchladen des Bielefelder SPD-Verlags der „Volkswacht“ leitete. Im Volkshaus trafen sich die Gewerkschafter, die Arbeitersportler, der Arbeiter-Gesangverein, der Kinderchor, hier versammelte sich die SAJ zu Schulungen und Tanzveranstaltungen.¹³

Im jüdischen Milieu schloss sich Kurt Halle dem C.V., nach der NS-Machtübernahme auch dem Jüdischen Kulturbund und der Sportgruppe im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an. Als 4. Vorsitzender des Jüdischen Jugendbundes engagierte er sich in der jüdischen Jugendarbeit. Als Leiter der Ortsgruppe des Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend (BDJJ), die Anfang 1934 in Herford gegründet wurde, betreute Kurt Halle 10 Jugendliche im Alter zwischen 14-18 Jahren. Sie beschäftigten sich mit „jüdischer Geschichte, Bibel, jüdischer Literatur und jüdischen Zeitungen“ und machten alle 14 Tage eine Fahrradwanderung.¹⁴

Gegenüber der Gestapo wurde die ideologische Ausrichtung dieses jüdischen Jugendbundes als „weder neutral noch assimilatörisch noch zionistisch noch orthodox“ beschrieben. Weiter heißt es in einem Informationsblatt:

„In seiner Auffassung vom Wesen des Judentums unterscheidet er sich grundsätzlich von allen jüdischen Bänden. Die Sinndeutung jüdischer Werte und jüdischer Geschichte führt ihn zur ausschliesslichen Bejahung des Lebens in der Diaspora.

Der Bund ist sich seiner Pflichten als Träger des religiösen und geschichtlichen Judentums voll bewußt. Er lehnt daher eine assimilatörische Eingliederung der Juden durch Aufgehen in der Umwelt unter Aufgabe des Judentums im festen Willen, das Judentum zu erhalten, mit Entschiedenheit ab.

Im Hinblick auf Deutschland will er seine Mitglieder zu aufrechten Menschen erziehen, die allen echten Kulturwerten allgemeiner und jüdischer Herkunft aufgeschlossen sind. Die körperliche Schulung, die kameradschaftliche Erziehung gehören neben der Pflege geistiger Werte zum wichtigsten Bestandteil seiner Erziehungsarbeit.[...]“¹⁵

¹² Zitiert nach Zoremba, S. 42

¹³ Vgl. Heidemeier, Ilse: Das Volkshaus bis 1933, in: Spurensuche - Das andere Herford. Stadtführung durch die Herforder Geschichte 1900 bis 1950. Hg. v. Arbeit & Leben – DGB/VHS im Kreis Herford in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Geschichte der Arbeiterbewegung“. Herford 1989, S. 7f. Erstes Interview mit Kurt Held. Maschinenschriftliche Transkription der Geschichtswerkstatt Arbeit & Leben in Herford.

¹⁴ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27. Mit Werner Hoffmann (später Gruppenleiter im BDJJ) machte Kurt Halle schon 1932/33 eine Fahrradwanderung nach Baden-Baden. Mitteilung von Kurt Halle

¹⁵ StADt, M 4 A Nr. 28

Tatsächlich wurde Kurt Halle gezwungen, sich einmal pro Woche bei der Gestapo in Bielefeld zu melden. Die Polizei in Herford als auch die Gestapo in Bielefeld überwachten nicht nur die Inhalte der jüdischen Jugendarbeit des BDJJ, sondern der NS-Staat verfolgte im Sinne der antisemitischen Ausgrenzungspolitik die Strategie, assimilatorische jüdische Jugendarbeit zu behindern und letztlich ganz zu verbieten.¹⁶

Zu Beginn des NS-Systems gab es nicht nur die radikale Rosenbergsche Form des Antisemitismus, die auf Vernichtung des Judentums ausgerichtet war, sondern auch eine prozionistische „Dissimilation“-Strategie im SS-Judenreferat, die die Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina publizistisch und mit Hilfe des Haavara-Abkommens förderte.¹⁷ Im Rahmen des Haavara- (dt. Transfer) Abkommens vom Mai 1933 zwischen dem NS-Reichswirtschaftsministerium und der offiziellen jüdischen Vertretung unter Einschluss der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) wurde es ermöglicht, dass bis Kriegsbeginn ca. 52.000 Juden, sofern sie ein Kapitalistenzertifikat in Höhe von 1.000 Palästina-Pfund (ca. 15.000 RM) bezahlen konnten, nach Palästina auswanderten und 140 Millionen RM nach Palästina überwiesen wurden. Die deutschen Juden erhielten im Zielland Sachwerte in Form von Häusern, Citrusplantagen etc., während sich der jüdische Vertragspartner, die Hanotea Ltd. (Gesellschaft für Citrusplantagen in Palästina), verpflichten musste, deutsche Exportgüter in Form von Röhren, Düngemitteln, Pumpen etc. von den auf dem Sperrkonto eingezahlten Geldern zu erwerben. So kam es zu der Absurdität, dass zu Beginn der NS-Zeit Palästina von deutschen Waren überschwemmt wurde.¹⁸

Kurt Halle teilte dem Herforder Bürgermeister am 1.4.1936 von Werther aus mit, dass sich der Bund Deutsch-Jüdischer Jugend in der Folgezeit „Der Ring, Bund Jüdischer Jugend“ nenne und dass diese Namensänderung schon vom Gestapoamt in Berlin und vom Reichsjugendführer genehmigt worden sei. Der NS-Staat erkannte jüdische Jugendliche und Erwachsene nach Veröffentlichung der Nürnberger Gesetze nicht mehr als Deutsche an, so dass dieses Wort aus ihren Vereinsnamen herausgenommen werden musste. Im Unterschied zu Alfred Weinberg, dem die Zigarrenarbeiter, die vor der NS-Machtübernahme SPD-Wähler waren, die Hoffnung machten, „dass die Nationalsozialisten wieder verschwinden würden“, entschied sich der 26jährige Kurt Halle für seine Auswanderung im März 1937 von Hamburg nach New York. Da der Gestapostaat die letzte nichtzionistische Ortsgruppe für jüdische Jugendarbeit in Herford am 14.1.1937 aufgelöst hatte und das ehemalige Manufakturwarengeschäft Weinberg in Werther aufgrund der NS-Wirtschaftspolitik, die gleichbedeutend mit einem Dauerboykott war, kaum noch Umsatz machte, gab es für den jungen, unverheirateten Kaufmann Kurt Halle keinen Grund mehr, in NS-

¹⁶ Vgl. Meynert, S. 142f; 153

¹⁷ Vgl. Erlebnisse und Beobachtungen in den ersten Hitlerjahren von Kurt Tuchler (Yad Vashem Archives, 01/24), freundlicherweise dem Verfasser zugesandt von Walter Hoffman.

¹⁸ Vgl. Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988, S. 62f

Deutschland zu verbleiben. Wie unterschiedlich die Zukunftsaussichten eingeschätzt wurden, zeigte sich an der schmerzlichen Tatsache, dass sich Alfred Weinberg von Kurt Halle nicht verabschiedete.¹⁹

Irgendwann am Ende der Weimarer Republik verliebte sich Ilse Lazarus (*1907 in Lübbecke, gest. 1972 Yavneh), einzige Tochter des Lehrers Max Lazarus in Lübbecke, in Rudi Abraham Herz (*1905 in Aachen, gest. 1997 in Yavneh). Rudi Herz entstammte einer assimilierten jüdischen Familie aus München, sein Vater war Kleiderfabrikant. Nach dem Abitur (1923) arbeitete er zunächst in der väterlichen Kleiderfabrik. Danach folgte von 1925-26 eine landwirtschaftliche Ausbildung (hebr. Hachschara) zur Vorbereitung auf die spätere Auswanderung als Pionier (hebr. Chaluz) nach Erez Israel. Von 1927-29 absolvierte Rudi ein Studium mit dem Abschluss Diplomlandwirt. Als Student war er Mitglied im „Jung-Jüdischen-Wanderbund“, der im Jahre 1922 den kulturellen Zionismus im Sinne von Achad Haam unterstützte, d.h. einerseits den Aufbau von Erez Israel als kulturelles Zentrum, andererseits aber auch die jüdische Kulturarbeit in der Diaspora zu fördern beabsichtigte.²⁰ Seine ideologische Zielsetzung tendierte in Richtung eines religiösen Sozialismus der alten Propheten. Dann wechselte Rudi Herz zum Esra, einem orthodox jüdischen Jugendbund. Er folgte seiner Einsicht als religiös-zionistischer Jugendleiter, Jugendliche auf landwirtschaftlichen Lehrgütern zur Ausreise nach Erez Israel und für den Aufbau von Erez Israel vorzubereiten. Der Esra war auf der Halberstädter Führertagung vom 8.-10.8.1919 durch Einigung der Jeschurun- (hebr. Adath Jeschurun = dt. Austrittsgemeinde) und Esragruppen gegründet worden. In den Jahren 1932/33 gab es 29 Esra-Ortsgruppen in Deutschland, die von 24 Gruppenleitern deutsch-jüdischer Abstammung und 5 Leitern ostjüdischer Abstammung (17,2%) betreut wurden. In den ersten Jahren seines Bestehens wuchs dieser Jugendbund auf ein Maximum von 3.000 Mitgliedern, seit der Führertagung in Fulda (1923) waren es nach Adler ca. 1.500. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise waren die meisten Esräer nicht mehr Kinder gutbürgerlicher Familien, sondern die meisten Mitglieder waren nun ‚Kinder des völlig verarmten Mittelstandes in Deutschland, zum anderen Teil hier aufgezogene Jugend der in den Kriegs- und Inflationsjahren nach Deutschland eingewanderten Ostjuden.²¹ Während die zionistischen Esraführer eine Zukunft der Kaufmannsöhne nur in Israel sahen, war diese Idee in den Kreisen der deutsch-jüdischen Orthodoxie durchaus nicht populär. Von 1929-32 übernahm Rudi Herz die Leitung des Lehrgutes Rodges-Gehringshof bei Fulda, das mit einer Größe von 94 acres (38 ha) ausreichend für 15 Auszubildende war. Auf einem Seminar Pessach 1929 wurde entschieden, einen Kibbutz Rodges in Erez Israel zu gründen. Rudi Herz war Mitglied des Bachad (hebr. Brit Chaluzim Datiim = Bund religiöser Pioniere), seit 1930 auch des Zeire_Misrachi (i.e. der Religiös-

¹⁹ Mitteilung von Kurt Halle; Erinnerungen von Hanna Lütgemeyer; StADt, M 4 A Nr. 27

²⁰ Vgl. Walk, Joseph: The Torah va'Avodah Movement in Germany, in: LBIYB, Bd. VI (1961), S. 241 und Fußnote 19

²¹ Zitiert nach Adler, Benjamin Benno: ‚Esra‘. Die Geschichte eines orthodox jüdischen Jugendbundes zur Zeit der Weimarer Republik. Amsterdam 1992, S. 423; vgl. auch S. 45f, 177, 421ff, 440 et passim. Ich danke Professor Joseph Walk für seinen Hinweis auf diese von ihm angeregte Dissertation.

Nationalen Jüngerer; <Misrachi = hebr. Abk. für Merkas Ruchani = geistiges Zentrum>). Die Geschichte des Bachad und die Ausrichtung der religiösen Chaluzim fasste Rudi wie folgt zusammen:

.Bachad was founded in Hamburg in December, 1928. Its primary task was to rally all who recognized the obligatory force of the Torah and were prepared to build up Eretz Israel in accordance with its spirit, those who wanted to maintain or resume contact with each other or for the furtherance of common interests. Special stress was laid upon spiritual training as being no less important than vocational instruction. Care was to be taken of suitable employment in accordance with the requirements of the training programme... All this work was, however, no more than preparatory. Realization came in Eretz Israel alone. There was the need to strengthen the Orthodox Workers' Front for the unavoidable struggle (Kulturkampf) and above all to strive for a general and unconditional recognition of the Torah. This would come about only if we succeed in creating a type of group and an atmosphere wherein the Torah engendered a Jewish way of life full of joy, as a matter of fundamental principle. We would never succeed in solving the problems of our own lives or the wider Jewish dilemma in an acceptable manner, unless we succeed in creating our own "milieu". The problem of the Kibbutz has been on our agenda for some time. Hitherto we have not been able to overcome the personal and practical difficulties. We are now on the threshold of renewed Aliyah. Ten of our chaverim have good reason to expect immigration certificates. Most of them have spent Pessach at Rodges. Discussions, as serious as they were protracted, led to the final result: the founding of Kibbutz Rodges. This decision was forced upon us by the state of affairs. Further procrastination would have meant the final shelving of the Kibbutz project. We are neither so numerous nor yet assured of a sustained reserve that we can consider dispensing with ten of our best people. Should these like their forerunners disperse in Eretz Israel, we would hardly have substitutes for them... This type of close co-operation would require an all-out individual effort at adaptation to the community. It is therefore imperative that all future members of the Kibbutz work together for some time, either at Rodges or at some other Training Centre.²²

Tatsächlich kamen die ersten 10 deutsch-jüdischen Pioniere am 13.11.1929 in Erez Israel an. Sie siedelten auf den Ländereien von Salvendi nahe Petach Tikvah (dt. Tor zur Hoffnung), die nach dem Ersten Weltkrieg von einer Frankfurter Gesellschaft für religiöse Ansiedlungen erworben worden waren. Im ersten Jahr ihrer Existenz einigten sich die Chaverim auf eine kooperative Form der Landwirtschaft. Die Entscheidung, die Kibbutz-Form mit dem Namen Rodges zu wählen, fiel am 1.1.1931 mit Mehrheitsbeschluss.²³

Am 20.1.1933 verheiratete sich Rudi Herz mit Ilse Lazarus standesamtlich in München, bevor er nach Erez Israel ausreiste. Seit 1933 war Rudi Mitglied des Kibbutz Rodges. Die erste Gruppe mit 22 religiösen deutsch-jüdischen Chaluzim, die während der NS-Zeit auswanderten, kam hier zwischen dem 4.6.1934 bis 26.11.1934 an. Die gesamte erste Gruppe von religiösen Chaluzim umfasste ca. 60 deutsch-jüdische Jugendliche, die einen zweijährigen Kurs in Landwirtschaftskunde, Handwerk und Säuglingsbetreuung ablegten. 38 Jugendliche hatten den Kibbutz bis Januar 1937 wieder verlassen und zum Teil neue religiöse Gruppen (hebr. Plugot) im Kfar Jona gebildet. Im Jahr 1941 siedelte die Mehrheit der Rodges Gruppen in der Nähe des historischen Yavneh und gründete das Kwutzah (dt. „Gruppe“ von Pionieren zwecks gemeinschaftlicher Ansiedlung) Yavneh.²⁴

Von 1934-37 hielt sich Rudi wieder in Deutschland auf und übernahm die Leitung des Bachad in der religiösen Jugendalija nach Erez Israel. Im August/September 1935 nahm Rudi als einer von 34 Delegierten der Ländergruppe Deutschland am 19. Zionistenkongress und der vierten Tagung des Council der Jewish Agency for Palestine in Luzern teil, auf der die Ursachen und Konsequenzen der Zunahme des Antisemitismus in Deutschland, Polen und in anderen Ländern

²² Zitiert nach Walk, S. 255f

²³ Vgl. Walk, S. 256

²⁴ Vgl. Eintrag: „Rudi Abraham Herz“, in: Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München. New York. London. Paris 1988, S. 149; derselbe: The Torah va'Avodah Movement in Germany, (1961), S. 256. Near, Henry: The Kibbutz Movement. A History. Vol. I. Origins and Growth 1909-1939. Oxford 1992, S. 291f; CZA, S 75 Nr. 60, 161, 162, 305

diskutiert und wichtige Beschlüsse hinsichtlich der verstärkten deutsch-jüdischen Einwanderung nach Palästina und der partiellen Rettung des deutsch-jüdischen Vermögens (Haavara) gefasst wurden.²⁵

Die Organisation der Auswanderung jüdischer Jugendlicher speziell aus NS-Deutschland wurde von der Jewish Agency for Palestine und der Jugendhilfe e.V. Berlin (gegr. 30.1.1933) koordiniert und war verbunden mit den Namen von Recha Freier, Henrietta Szold als Direktorin der Jugendaliya und Hans Beyth, der von 1932-35 Mitarbeiter der Jugendhilfe war. Beyth war auch Mitbegründer des Hachschara-Zentrum Hameln und des Landschulheims Herrlingen. Bis 1948 sollen 30.000 Kinder durch die Jugendaliya nach Israel gekommen sein.²⁶

Recha Freier, die Gattin eines Berliner Rabbiners, hatte die Ausreise der ersten 12 jungen Leute mit Hilfe der Histadrut (Allgemeine Organisation der jüdischen Arbeiter in Israel) organisiert, die im Oktober 1932 im Ben Shemen-Jugenddorf ankamen. Auf dem 18. Zionistenkongress in Prag (1933) wurde beschlossen, ein Ressort für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina zu gründen. Die Jugendaliya sollte unter der Leitung von Henrietta Szold (Präsidentin der Hadassa/Amerikanische Zionistische Frauenorganisation) organisiert werden, für die Finanzen zeichnete Georg Landauer verantwortlich. Bis Mitte 1935 waren mit Hilfe der Jugendaliya 600 deutsch-jüdische Jugendliche in 11 Kibbutzim, 4 Landwirtschaftsschulen und 2 Berufsschulzentren in Palästina untergebracht worden. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs konnten über 5.000 jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach Palästina auswandern. 15.000 jüdische Kinder ohne Kapitalistenzertifikat konnten unter größter Anstrengung ins westliche Ausland, besonders nach England gebracht werden. Diese Kinder und Jugendlichen sahen ihre Eltern nicht mehr wieder.²⁷

Neben Rudi und Ilse Herz wurden auch seine Schwiegereltern und sein Schwager sowie Hildegard Admanit Mitglieder des Kwutzah Yavneh. Innerhalb der religiösen Jugendaliya und der religiösen Kibbutzbewegung (Kibbutzim HaDati) hat Rudi Herz zweifellos vielen Jugendlichen eine berufliche und perspektivische Zukunft ermöglicht und sie andererseits vor den Folgen des NS-Antisemitismus bewahrt.

Adler fasste seine umfassende Untersuchung zum orthodoxen Jugendbund „Esra“ in sieben Thesen zusammen:

²⁵ Vgl. CZA, Nr. 5238: Stenographische Protokolle der Verhandlungen des XIX. Zionistenkongresses und der vierten Tagung des Council der Jewish Agency for Palestine. Luzern 20.8.-6.9.1935. Wien 1937, S. 26. Ben Sasson, Haim Hillel (Hg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Drittes Buch. Ettinger, Shmuel: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Die Neuzeit. München 1992, S. 1240; vgl. Barkai (1988), S. 62f

²⁶ Vgl. Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1971, Bd. 15, Spalten 665-668; zum Leben und Werk von Hans Beyth siehe Walk, Kurzbiographien, S. 33. Paragraph 1 der Satzung der Jüdischen Jugendhilfe e.V. lautete: „Der Zweck des Vereins ist die Förderung der Berufsausbildung und Berufsunterbringung in Deutschland befindlicher arbeitsloser Jugendlicher in Palästina.“ Vgl. CZA, S 75 Nr. 307. Zur jüdischen Jugendarbeit für die Jugend-Alija während der NS-Zeit bis 1943 siehe Schwersenz, Jizchak: Die versteckte Gruppe. Ein jüdischer Lehrer erinnert sich an Deutschland. Berlin 1994, 3. Aufl.

²⁷ Vgl. Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1971, Bd. 16, Spalten 861f

1. Der Esra weckte das Solidaritätsgefühl zwischen Ost- und Westjuden, Orthodoxen und Nichtorthodoxen, zwischen den Juden im Exil und im Heiligen Land.
2. Der Esra „war in jeder Hinsicht ein Jugendbund nach dem jugendbewegten Prinzip“, kein „gesellschaftlicher Gemütlichkeitsverein“.
3. Der Esra verarbeitete die scheinbaren Paradoxa der Rebellion gegen Materialismus, Kapitalismus und Großstadtkultur in Deutschland mit der Hinwendung zur religiös-sozialistischen Kollektivsiedlung in Erez Israel.
4. Der Esra reinterpretierte das Programm „Torah-im-Derech-Erez“ des neo-orthodoxen Rabbiners Samson Raphael Hirsch, indem er Wert auf ein intensives Torahstudium, auf die Beschäftigung mit Kunst und Literatur und eine gründliche landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildung legte.
5. Im Unterschied zu anderen jüdischen Jugendverbänden nutzte der Esra Wanderungen und Ferienlager zur Intensivierung des Torahstudiums in der freien Natur und zur Erweiterung des kameradschaftlichen Bewusstseins untereinander.
6. Im Unterschied zu nichtjüdischen Jugendbünden waren Jungen und Mädchen beim Wandern, im Zeltlager, in Arbeitsgesellschaften in gemeinsamen Gruppen zusammengefasst, mit Ausnahme beim Talmudlernen, das für Jungen reserviert war.
7. Im Unterschied zu anderen orthodoxen Kreisen pflegten die Esräer einen freien Umgang zwischen den Geschlechtern, was häufig zu Frühehen unter den Mitgliedern führte. Aufgrund der Einbindung in religiös-sozialistischen Kollektivsiedlungen basierten diese Ehen nicht auf der Akkumulation materieller Werte, sondern „auf übereinstimmenden Idealen.“²⁸

6.4 Zusammenfassung

Dem Ersten Weltkrieg fielen Millionen von Soldaten und Zivilisten zum Opfer. Die hohlen patriotischen Phrasen entlarvten sich in den Schützengräben als zynische Propaganda morscher politischer Systeme, und die Folgen der deutschen Kriegsfinanzierung (Hyperinflation) verunsicherten und verarmten Lohn- und Gehaltsempfänger, die Arbeiter und die Angestellten des neuen Mittelstandes gleichermaßen. Der Fortschrittsglaube, definiert als europäische Kriegsverhinderungspolitik, wurde unter dem Zwang monarchischer Systeme zu Grabe getragen. Die deutsche Gesellschaft, die überlebt hatte, reorganisierte sich mehrheitlich im parlamentarischen System von Weimar, das mit seiner Verfassung neue Chancen demokratischer Partizipation (z.B. Frauenwahlrecht) eröffnete, aber auch neue Risiken (z.B. die großen Machtbefugnisse des Reichspräsidenten; Missbrauch plebiszitärer Elemente durch rechts- und linksradikale Organisationen und Parteien) schuf.

Während die jüdischen Spitzenorganisationen (Verband der deutschen Juden; Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) ihre Mitglieder zu Beginn des Krieges -

²⁸ Vgl. Adler (1992), S. 442f

möglicherweise aus einer kompensatorisch-überangepassten Haltung heraus - zu verstärkten patriotischen Anstrengungen und zur freiwilligen Kriegsteilnahme aufriefen, stimmten im Reichstag zunächst nur zwei von zwölf jüdischen SPD-Abgeordneten (Joseph Herzfeld, Hugo Haase) gegen die Bewilligung von Kriegskrediten. Insgesamt stimmten 14 von 110 SPD-Abgeordneten (12,7%) gegen die Bewilligung von Kriegskrediten. Unter dem Eindruck der Brutalität des Krieges riefen im Laufe des Jahres 1915 Eduard Bernstein vom rechten Flügel, Hugo Haase vom linken Flügel und Karl Kautzky von der orthodoxen Mitte zu einem Versöhnungsfrieden auf. Im Dezember 1915 stimmten 42 SPD-Abgeordnete (unter ihnen 7 jüdische) gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite oder enthielten sich der Stimme, und unter den Gründern der USPD, die die Fortführung des Krieges ablehnten, waren schließlich im Frühjahr 1917 6 jüdische SPD-Abgeordnete.¹

In Ostwestfalen teilten der reformorientierte Rabbiner Dr. Felix Coblenz in Bielefeld und die jüdischen Lehrer in Lübbecke und Rahden die patriotische Haltung der bürgerlichen Dachorganisationen des jüdisch-akkulturierten Milieus. Deshalb verwundert es nicht, dass es unter den ca. 38 jüdischen Kriegsteilnehmern aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. zahlreiche jugendliche Freiwillige gab. Den 11 jüdischen Gefallenen zum Gedächtnis wurden Gedenksteine auf den jüdischen Friedhöfen in Borgholzhausen, Halle i.W. und Lübbecke errichtet oder ihre Namen auf einer Ehrentafel in der Synagoge in Rahden verzeichnet. Im nichtjüdischen Milieu wurden ihre Namen auf den Kriegerdenkmälern in Brockhagen, Bockhorst und Rahden integriert oder in den Ehrenbüchern für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs (z.B. von Werther und Borgholzhausen) aufgeführt.

Der Lehrer Max Lazarus in Lübbecke ließ während des Krieges einerseits von ihm selbst verfasste patriotische Theaterstücke aufführen, kümmerte sich aber andererseits um die religiösen Bedürfnisse der russisch-jüdischen Kriegsgefangenen, die in der Kreisstadt und im Kreis Lübbecke als Zwangsarbeiter interniert waren.

Nach dem Krieg beteiligte sich Max Lazarus als Chorleiter des Gesangvereins „Liederkranz“ zusammen mit den Vorstehern der Turnvereine, des Fußballclubs, des Männergesangvereins, der Orchestervereinigung, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Kriegervereins und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lübbecke an der Organisation der jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen zu Ehren des Verfassungstages.²

Hinsichtlich des allgemeinen Wahlverhaltens in den Reichstagswahlen während der Weimarer Republik im Untersuchungsgebiet unterschieden wir zwischen einem sozialistischen Lager, einem sehr kleinen katholischen Lager und einem seit Beginn der Weltwirtschaftskrise sich radikalierenden und mehrheitlich anwachsenden nationalen Lager.

Die Interessen des sozialistischen Lagers wurden in den Kleinstädten Versmold, Halle i.W., Werther und Lübbecke, Orte in der Größenklasse von 2.300 bis 5.300 Einwohnern, mehrheitlich

¹ Vgl. Lowenstein, S.; Mendes-Flohr, P., Pulzer, P.; Richarz, M.: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 3. Umstrittene Integration 1871-1918. München 1997, S. 372f

² Vgl. StdtA Lübbecke, C I 1.30

durch die SPD vermittelt, auf die in der Reichstagswahl am 20.5.1928 (Hochkonjunktur) die höchsten Stimmenanteile in einer Bandbreite von 49,9% (Versmold), 39,4% (Lübbecke), 32,3% (Werther) bis 29,1% (Halle i.W.) entfielen. Es liegt nahe, die Schlussfolgerung zu ziehen, dass eine positive Korrelation zwischen Hochkonjunktur, relativ niedriger Arbeitslosigkeit und relativ vermehrter Stimmabgabe für die SPD anzunehmen ist. In der letzten, nicht mehr freien Reichstagswahl am 5.3.1933 gingen die SPD-Stimmenanteile auf 27,5% (Lübbecke), 24,3% (Versmold), 21,2% (Werther) und 17,0% (Halle i.W.) zurück.

Die KPD erhielt in den genannten Kleinstädten ihre höchsten Stimmenanteile in der Reichstagswahl am 6.11.1932 mit 8,9% (Lübbecke), 8,4% (Halle i.W.), 7,9% (Werther) und 6,3% (Versmold), die allerdings in der nächsten Wahl auf 5,7% (Lübbecke), 5,3% (Halle i.W.), 4,8% (Werther) und 2,7% (Versmold) zurückfielen. Der Anstieg der KPD-Stimmenanteile in der Novemberwahl mochte im Zusammenhang stehen mit der deflationsbedingten höheren Arbeitslosigkeit, der Enttäuschung mancher SPD-Wähler über die SPD-Tolerierungspolitik und die Ablehnung der SPD, außerparlamentarische Mittel in Reaktion auf den Papen-Staatsstreich zur Anwendung zu bringen. So ist zu vermuten, dass einige SPD-Wähler ihre Stimme in dieser Wahl der KPD gaben.

Das kleine katholische Lager, dessen Interessen durch das Zentrum vermittelt wurden, erhielt die höchsten Stimmenanteile ebenfalls in der Reichstagswahl am 20.5.1928 mit 3,9% in Versmold und 5,6% in Lübbecke.

Nach dem Hitler-Putsch traten in der Reichstagswahl am 4.5.1924 verschiedene rechtsradikale Gruppierungen als Ersatz für die in Preußen verbotene NSDAP auf, nämlich die Deutschsoziale Partei, die Nationalsozialistische Freiheitspartei und der Völkisch-Soziale Block. In den Stimmbezirken, in denen jüdische Familien lebten, erhielt der Völkisch-Soziale Block seine höchsten Stimmenanteile in den Kleinstädten Lübbecke (4,5%), Preußisch Oldendorf (4,8%) und in der Landgemeinde Rahden (7,3%) im Kreis Lübbecke. Im Kreis Halle i.W. entfielen auf alle drei genannten rechtsradikalen Parteien in den Stimmbezirken der Kleinstadt Borgholzhausen 9,6%, in Werther 6,8% und in Versmold 5,5% der abgegebenen Stimmen. Diese Parteien waren für die jüdische Bevölkerung insofern bedrohlich, als sie sich in Fortsetzung des Verhaltens der Antisemitenparteien des Kaiserreichs eines agitatorischen Antisemitismus bedienten.

Die Radikalisierung des Wahlverhaltens in den Landgemeinden Wehdem, Lavern und Kleinendorf im Kreis Lübbecke, Ortschaften in der Größe von 900 bis 1.300 Einwohnern und einem Anteil an in der Landwirtschaft tätigen Personen von über 50-75% (1933), zeigte sich auf solche Weise, dass die Mehrheit der Wahlstimmen nach der Wahl vom 4.5.1924 nicht mehr auf die DNVP entfiel, sondern bis zur Wahl am 20.5.1928 zur Christlich Nationalen Bauern- und Landvolkpartei wanderte, bevor sie in den beiden nachfolgenden Wahlen auf die NSDAP fiel.

Dieses Wahlverhalten unterschied sich von demjenigen in der Landgemeinde Bockhorst im Kreis Halle i.W., eine Bauerschaft in der Größe von 1.250 Einwohnern und einem Anteil von in der

Landwirtschaft tätigen Personen von fast 70% (1933), wo die Mehrheit der Stimmen in der Wahl am 20.5.1928 nicht weiterhin auf die DNVP, sondern auf den radikalen Völkisch-Nationalen Block entfiel, bevor sie schon in der nachfolgenden Wahl am 14.9.1930 zur NSDAP wanderte.

Das Wahlverhalten in der Kreisstadt Lübbecke im Vergleich zu demjenigen in allen anderen untersuchten Kleinstädten zeichnete sich durch eine besondere relative Stabilität des sozialistischen Klassenmilieus und des katholischen Konfessionsmilieus aus. Nur hier blieb der Anteil der auf die NSDAP entfallenen Stimmen in der letzten - nicht mehr freien Reichstagswahl - unter 50%. Seit 1930 mobilisierte die NSDAP ihre Wechselwähler mehrheitlich aus dem nationalen Lager, doch profitierte diese „absolutistische Integrationspartei“ (Neumann) in erster Linie von der Mobilisierung von Erst- und Nichtwählern. Für die Wahl am 5.3.1933 richtete die NSDAP in Lübbecke sogar einen „Schlepperdienst“ ein, um auch Kranke und Gehbehinderte für ihre schlechte Politik einzunehmen.³

Das katastrophale Ergebnis der Reichstagswahl am 14.9.1930 aufgrund der hohen Stimmenanteile für die NSDAP alarmierte sowohl die organisierte demokratische Arbeiterbewegung als auch den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens als jüdische Dachorganisation, da die NSDAP darauf abzielte, sowohl die organisierte Arbeiterbewegung zu zerstören als auch die jüdischen Bürger politisch und ökonomisch auszugrenzen. Tatsächlich wurde nach dieser Wahl die Zusammenarbeit zwischen dem Centralverein, der SPD, den Gewerkschaften und den anderen republikanischen Parteien bei der Bekämpfung des gemeinsamen politischen Gegners enger, indem die republikanischen Kräfte die Informationen und Broschüren des Büros Wilhelmstraße nutzten und in Wahlzeiten das von diesem Büro gedruckte Propagandamaterial durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verteilen ließen.⁴

Wes Geistes Kind die Nationalsozialisten waren, zeigte reichsweit die steigende Zahl der Überfälle auf jüdische Bürger, Boykottforderungen, die gegen jüdische Warenhäuser gerichtet wurden und Schändungen von Synagogen und jüdischen Friedhöfen, die auf das Konto von Nationalsozialisten gingen.

³ Vgl. Nordsiek, Marianne: Fackelzüge überall... Das Jahr 1933 in den Kreisen Minden und Lübbecke. Bielefeld 1983, S. 50. Während in der Reichstagswahl am 5.5.1933 27,5% der in der Kreisstadt Lübbecke abgegebenen Stimmen auf die SPD, 5,7% auf die KPD und 47,6% auf die NSDAP entfielen, betrug der Prozentsatz aller in den vier Stimmbezirken abgegebenen Nein-Stimmen in der Volksabstimmung über die Vereinigung der Ämter des Kanzlers und des Präsidenten am 19.8.1934 19,4% (601 Nein-Stimmen zu 3.090 Ja-Stimmen). Vgl. StdtA Lübbecke, C III 2.2. Der Stimmenanteil, der als Ablehnung der totalitären Politik des NS-Regimes interpretiert werden könnte, war damit geringer als der Stimmenanteil, der in der Reichstagswahl am 5.3.1933 auf die Parteien des sozialistischen Lagers in der Kreisstadt entfallen waren. Doch lag er immerhin um 5% höher als der Anteil an Nein- und ungültigen Stimmen, die in derselben Volksabstimmung in der Bergarbeiterstadt Penzberg/Oberbayern abgegeben wurden, obwohl hier in der Reichstagswahl am 5.3.1933 noch 31,7% der Stimmen auf die SPD, 33,8% auf die KPD und nur 16,1% auf die NSDAP entfallen waren. Vgl. Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945. München. Wien 1982, S. 338, Tabelle 50; S. 191, Tabelle 35.

⁴ Vgl. Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl., S. 117f

Während der vom Büro Wilhelmstraße (Volksgemeinschaftsdienst) herausgegebene „Anti-Nazi“ (hg. 1930) den Nationalsozialismus als undemokratisch, seine Rassenlehre als unhaltbar und seinen Sozialismus als lediglich vorgespielt entlarvte, fasste bezeichnenderweise die Funktionärszeitschrift „Der Meister“ des antisemitischen Jungdeutschen Ordens eines der Ziele des Nationalsozialismus, nämlich die Zerstörung der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbewegung, im April 1930 wie folgt zusammen:

„Wir zerschlagen euch die Organisationen der Arbeiterschaft. Wir zerschlagen euch die Gewerkschaften. Darum müßt ihr uns Recht geben, in unserer Agitation uns dem Geist der Arbeiterschaft anzupassen. Wenn wir von der Verstaatlichung des Grund und Bodens reden, so meinen wir das nicht so. Wenn wir gegen das Kapital reden, so brauchen wir dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, dass wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden.“⁵

In einem Artikel mit dem Titel „Die Sozialdemokratie kämpft gegen Hitler“ vom 12.9.1930, der in der C.V.-Zeitung abgedruckt wurde, erklärte der Vorsitzende des SPD-Bezirksverbandes Berlin, Franz Künstler, warum die nationalsozialistische Bewegung als politischer und kultureller Gegner der Sozialdemokratie angesehen werden musste:

„[...] Die nationalsozialistische Bewegung wird niemals eine Bewegung der Zukunft sein, weil, ganz abgesehen von ihrer politischen Unzulänglichkeit, ihr jeder wissenschaftliche, ja moralische Boden fehlt. Wie der einzelne Mensch sich politisch nur erfolgreich auswirken kann, wenn er sich eine moralische und sittliche Basis schafft, so können Parteien auf die Dauer sich nur behaupten, wenn sie zugleich darauf bedacht sind, sich kulturell auszuwirken. Die ganze Gefährlichkeit der Nationalsozialisten besteht darin, dass ihre Führer im Grunde Menschenverächter sind. Sie drillen und exerzieren ihre Anhänger auf den politischen Gegner. Physische Kraft und rohe Gewalt sollen in Ermangelung von Können und Wissen den politischen Gegner niederringen. Was sich heute in den S.A. austobt, ist bewußt organisiertes Banditentum. Keine Ideengemeinschaft und politische Überzeugung hält diese für unser politisches Leben so unheilvoll wirkenden Menschen zusammen. Wie die bezahlten Landsknechte Wallensteins, so verkaufen sie gegen Lohn ihre Zeit und Kraft. Gegen diese modernen Landsknechte anzukämpfen und ihr politisches Leben in Deutschland vor dem Einfluß solcher Elemente zu reinigen, hat sich die Sozialdemokratie als Aufgabe gestellt.“⁶

Doch die SPD unterschätzte die Attraktivität nationalsozialistischer, irrationaler Agitation besonders in den agrarisch strukturierten und protestantisch geprägten Parteiunterbezirken. Schon das Ergebnis der Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 verdeutlichte, dass eine Mehrheit der Wähler in den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. bereit war, einen rechtsradikalen, antisemitischen Reichspräsidenten zu akzeptieren.

Der SPD-Vorstand des Parteibezirks Östliches Westfalen steuerte einen besonders legalistischen und parlamentarischen Kurs, der sowohl außerparlamentarische Aktionen als auch Einheitsfrontangebote der KPD aus grundsätzlichen und taktischen Erwägungen ablehnte. Zur Gründung von Einheitsfrontkomitees und parteiübergreifenden Erwerbs-losenausschüssen an der Basis kam es außerhalb des Untersuchungsgebiets in der Stadt und im Landkreis Bielefeld und in Herford. Im Gegensatz zu den gewaltbereiten paramilitärischen Gruppierungen der Harzburger Front verfolgte die Eiserne Front im Untersuchungsgebiet defensive und aufklärende Zielsetzungen.

Wie versucht wurde darzustellen, legten einige jüdische Bürger schriftlichen Protest gegen antisemitische Verunglimpfungen durch nationalsozialistische Politiker bei den kommunalen Behörden der Städte Borgholzhausen, Lübbecke und Werther ein. Ihre Wortwahl belegt, dass sie die Einschätzung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus und des Centralvereins, die im

⁵ Zitiert nach C.V.-Zeitung Nr. 17 vom 25.4.1930

⁶ C.V.-Zeitung Nr. 37 vom 12.9.1930

Nationalsozialismus eine „Kulturschande“ sahen, teilten. Als Mitglieder der örtlichen Reichsbannergruppen und/oder des Centralvereins setzten sie sich mutig und öffentlich für die Beachtung der in der Weimarer Verfassung garantierten Glaubens- und Minderheitenrechte, modern gesprochen für ihre Menschenrechte ein und riefen die kommunalen Behörden eindringlich dazu auf, mit ihren Mitteln die NS-Bewegung zu bekämpfen, die die Grundwerte einer zivilen Bürgergesellschaft massiv bedrohte.

Die nichtzionistische Jugendarbeit versuchte, die Identität der jüdischen Jugendlichen unter den Bedingungen der anwachsenden NS-Ausgrenzung und Gestapo-Kontrolle zu stärken. Da diese Jugendarbeit vom NS-Staat im Frühjahr 1937 verboten wurde, außerdem die jüdischen Jugendlichen aufgrund der antisemitischen Trennungspolitik spätestens nach dem Novemberpogrom 1938 die öffentlichen Schulen verlassen mussten, entschieden sich einige jüdische Eltern, ihre Kinder in jüdischen Schulen, Landschulheimen u.s.w. unterzubringen.

Die „Werkleute“-Bewegung (1932-38), in der die Schriften von Martin Buber und sozialistisches Gedankengut rezipiert wurden, bereitete ihre Mitglieder seit 1932 mittels Umschulung auf die Alija nach Erez Israel vor, wo diese Bewegung einen eigenen Kibbuz (Hazorea, April 1934) gründete. Hier schloss sie sich der Hashomer Hatzair-Bewegung (dt. Der junge Wächter <Jugendorganisation der zionistischen Arbeiterpartei>) an.

Der zionistische Flügel des orthodox jüdischen Jugendbundes „Esra“ schloss sich im Dezember 1928 im Bachad (Brit Chaluzim Datiim, dt. Bund religiöser Pioniere) zusammen und bereitete Jugendliche auf die Alija auf dem Lehrgut Rodges-Gehringshof bei Fulda vor. Auch dieser Jugendbund traf schon zu Pessach 1929 die Entscheidung, einen eigenen Kibbuz in Erez Israel zu gründen.

Die von der Jewish Agency for Palestine und der Jüdischen Jugendhilfe e.V. organisierte Auswanderung nach Erez Israel (Jugend-Alija) rettete bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ca. 5.000 Kindern und Jugendlichen aus Deutschland und Österreich das Leben, und die Jugendhilfe e.V. förderte die berufliche Ausbildung dieser Jugendlichen sowohl in Deutschland in Vorbereitungslagern und Kibbuzim als auch im Zielland in den von den verschiedenen Organisationen getragenen Kibbuzim, Landwirtschaftsschulen und Berufsschulzentren. Weitere 15.000 Mädchen und Jungen wurden von der Kinder- und Jugend-Alija in westeuropäische Länder, insbesondere nach Großbritannien, geschickt. Die wenigsten dieser Kinder und Jugendlichen sahen ihre Eltern wieder.

Kapitel 7

Der Terror des NS-Staats: Ausgrenzung, Ausplünderung, Verschleppung, Massenmord

7.1 Antisemitismus und Rassismus als Elemente der NS-Ideologie

„Wo ist das alles hingekommen, was noch vor einem Jahr und vorher hundert Jahre lang Freiheit, Recht und Geist hieß?“ fragte der für das reformierte Bekenntnismilieu maßgebende Theologe Karl Barth in seiner berühmten Schrift „Theologische Existenz heute!“.¹

Nur einen Tag nach der Brandlegung des Reichstagsgebäudes am 27.2.1933 erzwang die NSDAP-Führung vom greisen Reichspräsidenten von Hindenburg die Inkraftsetzung einer zweiten, noch verhängnisvolleren Notverordnung, welche alle wesentlichen verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der deutschen Bürger aufhob. Schon am 4.2.1933 war eine Notverordnung erlassen worden, „welche Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte, das politische Strafrecht verschärfte und auch für die politische Tätigkeit der SPD das Feld legaler Möglichkeit einschränkte.“² Die so genannte „Verordnung zum Schutz von Staat und Volk“ vom 28.2.1933 setzte folgende individuelle Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft: die Freiheit der Person, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit des Brief-, Post- und Fernsprecheheimnisses, den Schutz von Eigentum und Wohnung.

Nachdem das Reichstagsgebäude in Brand gesetzt worden war, sah sich also der kritische und demokratische Bürger einer Regierung gegenüber, in der es zwar auch einige konservative Minister gab, deren Regierungsstil aber von der gewaltbereiten und terroristischen Politik der Nationalsozialisten bestimmt wurde, die nun in einem „permanenten Ausnahmezustand“ willkürlich jeden Bürger verhaften und foltern lassen konnten, ohne dass er Rechtshilfe in Anspruch nehmen, Wiedergutmachung einklagen konnte oder die neue Regierung ihm Rechenschaft über ihr Verhalten ablegen musste.³ Leben, Freiheit, Demokratie, natur- und menschenrechtliche Wertvorstellungen zählten in den Augen der Nationalsozialisten wenig. Stattdessen behauptete die NS-Ideologie, dass nicht mehr Individuen, Klassen, Stände oder Schichten die Subjekte des Geschichtsprozesses seien, sondern Rassen, Völker und Staaten.⁴ Tatsächlich aber herrschten in Deutschland wenige Monate nach der NS-Machtergreifung nur noch die NSDAP als totalitäre,

¹ Barth, Karl: Theologische Existenz heute! Beiheft Nr. 2 von „Zwischen den Zeiten“. München 1933, S. 40

² Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945. Köln 1998, S. 252

³ Vgl. Craig, Gordon: Deutsche Geschichte 1866-1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches. München 1980, S. 503f; Bracher, Karl D.: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn 1984, S. 20ff; Aleff, Eberhard (Hg.): Das 3. Reich. Hannover 1970, 23. Aufl., S. 21; Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegungen und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1978, 7. Aufl., S. 101

⁴ Vgl. Schmuhl, Hans-Walter: Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Bonn 1993, 2. Aufl., S. 188f

terroristische Partei mit ihren paramilitärischen und beruflichen Gliederungen, die Geheimdienste, die Privatwirtschaft und die Reichswehr.

Da Hitler schon im Januar 1932 vor Hunderten von Industriellen des Rhein-Ruhr-Gebietes die Vernichtung des ‚Marxismus bis zur letzten Wurzel‘ als Ziel des Nationalsozialismus angekündigt hatte⁵, verwunderte es nicht, dass sich die Aggression der NS-Machthaber vor und nach Inkrafttreten der „Verordnung zum Schutz von Staat und Volk“ (Reichstagsbrandverordnung) vom 28.2.1933 zunächst gegen KPD- und SPD-Mitglieder richtete.

So wurden allein 361 Personen aus dem Stadt- und Landkreis Bielefeld von 1933-35 wegen politischer Strafsachen in so genannte „Schutzhaft“ genommen, manche mehrmals. Bezeichnenderweise gehörte die Mehrheit der Verhafteten der KPD (60,9%) und der SPD (17,2%) vor 1933 an. Der Widerstand gegen das NS-Regime wurde zu 84,8% von Arbeitern getragen.⁶ Der SPD-Reichstagsabgeordnete und SPD-Bezirksvorsitzende Carl Schreck wurde vom 2.4.-15.5.1933 aufgrund einer Denunziation in „Schutzhaft“ genommen, weil er auf einer SPD-Versammlung seine Zweifel darüber ausgedrückt hatte, ‚dass ein Mann allein das Reichstagsgebäude in Brand stecken könne ... Nero hätte s. Zt. Rom in Brand gesteckt, um einen Grund zu haben, die Christen zu verfolgen.‘⁷ Nach Entlassung aus der Haft sah sich Schreck gezwungen, sein Mandat und seine Ämter niederzulegen.

Im Kreis Lübbecke wurden im Zeitraum 1933-37 mindestens 89 Personen wegen politischer Straftaten in „Schutzhaft“ genommen. Von diesen waren wenigstens 37% Arbeiter. Die Begründungen für ihre Inhaftierungen reichten von der Beleidigung von NSDAP-Funktionären bis zu der Mitgliedschaft in verbotenen Parteien, Organisationen und Sekten (KPD, RGO, ADBG, Reichsbanner, Bibelforscher, „Jesus siegt“, so genannte „Ausschreitungen“, „Agitation unter Arbeitern“, Resistenz, „Arbeitsscheue“, Begünstigung, „Hochverrat“, Zerreißen von NSDAP-Plakaten etc.).⁸ Doch so schnell ließen sich symbolische Gesten der Solidarität im sozialistischen Milieu nicht vom NS-Regime unterdrücken. In Lübbecke verweigerte beispielsweise die Belegschaft der Kleiderfabrik Nathan Ruben mindestens noch bis November 1937 den „deutschen Gruß“ und grüßte stattdessen mit „Guten Morgen“ und „Guten Tag“, um ihre Verachtung gegenüber dem NS-Regime auszudrücken.⁹ Andererseits forderten 82 Belegschaftsmitglieder der Kleiderfabrik Abraham Hecht in Lübbecke in einem mit „Heil Hitler“ unterzeichneten Brief vom 20.4.1934, ihren Betrieb am bevorstehenden Maifeiertag, der vom Nationalsozialismus als

⁵ Zitiert nach Pätzold/Weißbecker, S. 181

⁶ Vgl. Diewald-Kerkmann, Gisela: Verfolgung, Widerstand und Resistenz in Bielefeld 1933-1945, in: Diewald-Kerkmann, Gisela; Kunz, Kerstin.; Knobelsdorf, Andreas: Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-45. Bielefeld 1992, S. 56-59

⁷ Zitiert nach derselben, S. 31; vgl. Homburg, George: Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz. Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Hamburg 1988, S. 67; vgl. Bracher, Karl Dietrich (1984), S. 20ff

⁸ Vgl. Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg, Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976, S. 81-94

⁹ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1779

arbeitsfreier „Festtag der nationalen Arbeit“ für eigene Zwecke von der organisierten Arbeiterbewegung usurpiert worden war, „mit den nationalen Flaggen [...] schmücken“ zu dürfen, wie es ihren Arbeitsgenossen in anderen Betrieben erlaubt sei.¹⁰ Angeblich waren alle unterzeichneten Belegschaftsangehörigen Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront (DAF). In diesem Fall kann nicht ausgeschlossen werden, dass einige Mitarbeiter dieser Firma diesen Brief aufgrund innerbetrieblichen Gruppendrucks oder aus Tarnungsgründen unterschrieben hatten.

Auch im Kreis Halle i.W. wurden viele Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD oder weil sie Mitglieder religiöser Sekten waren verhaftet, in Konzentrationslager verschleppt oder hingerichtet. Ein Arbeiter, Christian Schalk aus Künsebeck, der Mitglied der Zeugen Jehovas war, verweigerte den deutschen Gruß, ging nicht zu den - aus parlamentarisch-demokratischer Sicht - bedeutungslosen, manipulierten Zustimmungswahlen und verweigerte den Kriegsdienst. Schalk wurde am 12.7.1940 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ hingerichtet.¹¹

Neben dem Antimarxismus, der auf die Vernichtung aller Organisationen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung zielte, wurde nach der NS-Machtübernahme der spezifische NS-Rassismus zur Staatsdoktrin erhoben. Schon in seinem Agitationsbuch „Mein Kampf“ hatte Hitler in pseudoreligiöser Sprache versucht, seine rassistischen Politikvorstellungen darzustellen. Danach richtete sich sein Hass gegen Juden, Slawen, Farbige und Behinderte, während andererseits eine „arische Herrenrasse“ herangezüchtet werden sollte.¹²

Das war natürlich so ein wissenschaftlicher Unsinn, dass der „Anti-Nazi“ auf seiner ersten Seite Wert auf die Feststellung legte, dass es keine reinen Rassen gebe und alle Nationen „ein Gemisch von mehr oder weniger verschmolzenen Rassen und Völkern“ darstellten.¹³ Auch Hitler selbst sei ein Mischling, keinesfalls ein reinrassiger Germane. Mit Genugtuung zitierte der „Anti-Nazi“ eine ungünstige Beschreibung des Führers aus rassenhygienischer Sicht, die der Geheimrat Prof. Dr. von Gruber, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der auch Mitglied des antisemitischen Alldutschen Verbandes war, formuliert hatte:

„Zum ersten Male sah ich Hitler in der Nähe. Gesicht und Kopf schlechte Rasse, Mischling. Niedrige, fliehende Stirn, unschöne Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, dunkles Haar. Eine kurze Bürste von Schnurrbart, nur so breit wie die Nase, gibt dem Gesicht etwas Herausforderndes. Gesichtsausdruck ist nicht der eines in voller Selbstbeherrschung Gebietenden, sondern der eines wahnwitzig Erregten. Wiederholtes Zucken der Gesichtsmuskeln. Am Schluß Ausdruck eines beglückten Selbstgefühls.“¹⁴

Dass die Nationalsozialisten die Juden als tieferstehende Rasse bewerteten, um sich selbst aufzuwerten, erklärte Schweid an einer Stelle seines guten Buches, das sich aus jüdischer Sicht mit dem Sinn der Shoa (dt. Verwüstung, Vernichtung, Katastrophe) für das jüdische Denken beschäftigt, mit dem Hinweis darauf, dass die NS-Ideologie das Judentum als Quelle der

¹⁰ Vgl. StdtA Lübecke, C II 3.2; Pätzold/Weißbecker, S. 267f

¹¹ Vgl. Heckert, Uwe: 1246-1996. 750 Jahre Halle in Westfalen. Führer zur stadthistorischen Ausstellung. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Halle i.W. 1996, S. 61

¹² Vgl. Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988, S. 280-283

¹³ Vgl. Anti-Nazi. Handbuch im Kampf gegen die N.S.D.A.P. Hg. v. Deutschen Volksgemeinschaftsdienst Berlin-Wilmersdorf. Berlin 1930, S. 1

¹⁴ Zitiert nach demselben, S. 2

Inspiration für alle geistigen Strömungen verstand, welche die Nationalsozialisten als feindlich ansahen: Christentum, Marxismus, Kommunismus. Unabhängig davon, was der einzelne Jude dachte, wie er sich verhielt, oder ob er seit zwei Generationen mit Nichtjuden verheiratet war, allein die Tatsache, dass er einer vom nationalsozialistischen Rassismus als biologisch minderwertig definierten Gruppe angehörte, reichte aus, ihn zu ächten, zu verfolgen und zu ermorden.¹⁵

Mosse stellte dar, dass die NS-Machtergreifung in erster Linie eine antijüdische Revolution gewesen sei, da schon die Kartell-Convent Blätter im August 1930 zu der Schlussfolgerung gekommen waren, dass sich die nationalsozialistische Politik lediglich den Anschein gebe, sozialistische und antikapitalistische Ziele zu verfolgen. In Wirklichkeit richtete sich die NS-Politik an erster Stelle gegen die Juden.¹⁶ In der NS-Propaganda erschien der Jude als entmenschlichte Figur, die kein Mitleid auslösen sollte, und die jüdische Religion als ein Fossil ohne ethischen Inhalt.¹⁷ Die NS-Revolution hatte nur insofern einen antibürgerlichen Anstrich, als die NS-Politik darauf abzielte, die bürgerlichen Juden auszugrenzen. Die NS-Revolution war insofern antikommunistisch gewesen, als sich der NS-Staatsterror zunächst gegen die deutschen jüdischen und nichtjüdischen Mitglieder der Arbeiterparteien auswirkte. Mit dieser Doppelstrategie entlarvte sich die so genannte NS-Revolution als Machwerk der antisemitisch und antimarxistisch eingestellten deutschen Mittelschichten.¹⁸

Nach Neumann erfüllte der NS-Antisemitismus und NS-Rassismus drei Funktionen: 1. als „Ersatz für den Klassenkampf“; 2. als „Rechtfertigung für die Expansion nach Osten“ und 3. als „Ablehnung des Christentums und all dessen, wofür es steht.“¹⁹

Nach Schmuhl drängte der NS-Rassismus, begriffen als ein zu Vorurteilen geronnenes pseudowissenschaftliches System, auf politische Verwirklichung in Form von massenhaften Zwangssterilisierungen, Asylierung, Eheverboten, Einwanderungsbeschränkungen, Rassentrennungen und schließlich - unter Kriegsbedingungen - Massenmorden. Der NS-Rassismus setzte einen Prozess der Entmenschlichung in Gang, indem er propagandistisch Degenerationsängste und Züchtungsutopien entwarf und menschliche Großgruppen (z.B. Behinderte, Juden, Slawen, Sinti und Roma) als minderwertig und bevölkerungspolitisch gefährlich einstufte. Indem der NS-Rassismus die Naturrechtslehre leugnete, wonach Leben und Freiheit

¹⁵ Vgl. Schweid, Eliezer: *Wrestling until Daybreak. Searching for Meaning in the Thinking on the Holocaust*. Lanham. New York. London 1994, S. 186, Asterisk-Fußnote. Ich danke Dr. Lore Shelley für ihre freundliche Zusendung dieses Buches und einiger der von ihr selbst herausgegebenen Erinnerungen von Frauen, die in verschiedenen Teillagern von Auschwitz gefangen gehalten und unter brutalsten Bedingungen zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Diese Augenzeugenberichte ehren die Toten, dienen der deutschen Nachwelt zur Mahnung, ähnliche rechtsradikale Parteien wie die NSDAP frühzeitiger und effektiver zu bekämpfen, machen Druck auf deutsche Industriebetriebe, längstfällige Lohnentschädigungen an die Überlebenden der Shoa und der NS-Zwangsarbeitslager auszuzahlen und dokumentieren die Verurteilung einiger NS-Täter nach dem Krieg.

¹⁶ Vgl. Mosse, George L.: *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich*. New York 1964, S. 300

¹⁷ Vgl. ebd., S. 302

¹⁸ Vgl. ebd., S. 309f

¹⁹ Vgl. Neumann, Franz: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Frankfurt a.M. 1984, S. 163-166

unveräußerliche menschliche Werte darstellen, nahm sich der verbrecherische NS-Terrorstaat das Recht heraus, willkürlich Massenverbrechen zu planen und zu begehen und schließlich in den KZ massenhaft Experimente an lebenden Menschen durchzuführen.²⁰

Neben Schmuhl betonen auch Bock, Klee und Sofsky den rassistisch-ideologischen, personellen, organisatorischen und technischen Konnex zwischen dem Massenmord an jüdischen und nichtjüdischen Anstaltsbewohnern und KZ-Häftlingen und dem Massenmord an den europäischen Juden in den Vernichtungslagern im besetzten Polen.²¹

In einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Volksaufartung im Dritten Reich“, der am 1.4.1933 im „Lübbecker Kreisblatt“ erschien, unterstellte der ethnozentrisch und rassenantisemitisch eingestellte Autor jüdischen Mitmenschen pauschal angeblich genetisch erklärbare schlechte Charaktereigenschaften („Schmarotzer“) und machte den Vorschlag, sie zwangsweise sterilisieren zu lassen. Schon vor der Gleichschaltung der Presse in der Reichspressekammer und der Verabschiedung des NS-Schriftleitergesetzes vom 4.10.1933 gab das „Lübbecker Kreisblatt“ auf diese Weise einem rassistischen Autor ein Forum für die Befürwortung von aggressiven Zielen, die später im Stammlager Auschwitz I von brutalen, kriminellen SS-Ärzten an jüdischen Frauen, die aus ganz Europa nach Auschwitz verschleppt worden waren und „als Versuchskaninchen für ihre Sterilisations-Experimente benutzt wurden“, in die Praxis umgesetzt wurden.²²

Als sich die nationalsozialistisch eingestellte Ärzteschaft in Minden-Ravensberg im Sommer 1933 als „Kampforganisation der NSDAP“ organisierte, vertrat Dr. med. Hanns Löhr, Chefarzt der inneren Abteilung der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta in Bethel (Allgemeinkrankenhaus Gilead) und NSDAP-Kreisleiter für den Landkreis Bielefeld, „den nationalsozialistischen Standpunkt der Rassenhygiene“.²³ In einer Rede vor dem NS-Ärztebund äußerte er seine Meinung, dass Männer im NS-Staat idealtypischerweise den Beruf des Bauern ausüben, Frauen aber in erster Linie die Rollen als Mütter und Hausfrauen spielen sollten. Mischehen mit so genannten „Fremdrassigen“ seien zu verbieten. Spätestens im Februar 1933 hatte Löhr seine Ansichten auch schon in öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen auf Einladung der NSDAP-Ortsgruppen in den Kreisstädten Lübbecke und Halle i.W. dargestellt. In einem Vortrag im Altstädter Gemeindehaus in Bielefeld im Dezember 1933 versuchte er als Arzt und Sohn eines evangelischen Pfarrers dem Publikum zu erklären, warum er das „Gesetz zur Verhütung

²⁰ Vgl. Schmuhl, Hans-Walter: Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: Bracher/Funke (1993), S. 188f. Vgl. Shelley, Lore (Hg.): Criminal Experiments on Human Beings in Auschwitz and War Research Laboratories. Twenty Women Prisoners' Accounts. San Francisco 1991

²¹ Vgl. Bock, Gisela: Zwangssterilisierungen im Nationalsozialismus. Studien zur Rassen- und Frauenpolitik. Opladen 1986, S. 350f; Klee, Ernst: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt a. M. 1985, S. 367-379; derselbe: Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt a.M. 1986, S. 151ff; Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘. Göttingen 1992, 2. Aufl., S. 248-260; Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt a.M. 1999, 3. Aufl., S. 278, 298

²² Shelley, Lore: Schreiberinnen des Todes. Lebenserinnerungen interner jüdischer Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mußten. Bielefeld 1992, S. 122

²³ Nordsiek, Marianne: Fackelzüge überall... Das Jahr 1933 in den Kreisen Minden und Lübbecke. Bielefeld 1983, S. 91

erbkranken Nachwuchses“ vom 14.7.1933 guthieß und damit die Zwangssterilisierung so genannter „Erbkranker“ befürwortete. Da sich Dr. med. Löhr sowohl in dieser Frage als auch mit seiner Ablehnung evangelischer - möglicherweise sozialdemokratisch und jüdenfreundlich eingestellter - Bekenntnispfarrer im Dissens mit den meisten Angehörigen der Bekennenden Kirche befand, verwunderte es nicht, dass er gegen die Kandidatur von Pastor Friedrich von Bodelschwingh als erstem „Reichsbischof“ intrigierte und „besonders gegen Theologen Anzeige erstattete und sie in Gefahr des Verlustes ihrer Freiheit brachte.“²⁴

Goldhagen führte den Holocaust in erster Linie auf den eliminatorischen, dämonischen Antisemitismus zurück, der nicht nur die Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen und die der Polizeibataillone, sondern auch Tausende von ganz gewöhnlichen Deutschen motiviert habe, Jagd auf die europäischen Juden zu machen und sie systematisch zu ermorden.²⁵

Nach Bartov ist die Erkenntnis, dass Antisemitismus die Mörder der Juden motivierte, nicht neu. Wichtiger sei allerdings die Beschäftigung mit der Frage, warum der Massenmord an den friedlichen europäischen Juden so präzedenzlos war, da der totalitäre NS-Staat ihm unter Kriegsbedingungen einen so hohen Stellenwert und so viele Ressourcen einräumte. Andererseits findet Bartov die pauschale Unterstellung, alle Deutschen seien - möglicherweise schon in der Weimarer Republik - Antisemiten gewesen, inakzeptabel und nicht beweisbar. Stattdessen erweitert Bartov den Problemhorizont, indem er darauf hinweist, dass die NS-Ideologie eine „entmenschlichte Sichtweise“ verordnete und die „ausgefeilte Propagandamaschine“ nicht nur zur Ermordung der europäischen Juden, sondern auch vieler anderer Gruppen und Nationen, auf die es das nationalsozialistische System abgesehen hatte (z.B. Behinderte, Polen, Russen, Sinti und Roma), anstiftete. Das Verhalten von Soldaten, Polizisten, SS- und SD-Angehörigen sei auf eine Vielzahl von Bedingungen zurückzuführen.²⁶

Wehler kritisierte, warum Goldhagen, anstatt eine neue Kollektivschuldthese aufzustellen, nicht strukturellen Fragen nachgegangen sei, die sich auf die Voraussetzungen des NS-Systems, die Radikalisierung der Judenpolitik, die Brutalisierung der Einstellungen vieler Deutscher durch den

²⁴ Vgl. Lübbecke Kreisblatt Nr. 39 vom 15.2.1933; Haller Kreisblatt Nr. 42 vom 18.2.1933. Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefeld. Dokumentation einer Ausstellung. Bielefeld 1986, Geleitwort, S. 5 und S. 80; vgl. Hochmuth, Anneliese: Eugenik, Sterilisation, Patientenmorde und die v. Bodelschwinghschen Anstalten. Bethel 1929-1945. Bielefeld 1997, S. 29f; Michaelis, Gottfried: Der Fall Vischer. Ein Kapitel des Kirchenkampfes. Bielefeld 1994, S. 137. Als NSDAP-Kreisleiter des Landkreises Bielefeld und als 1. NSDAP-Kreisdeputierter des Kreisausschusses Bielefeld-Land wurde Löhr im April 1933 vereidigt. Die Karriere von Dr. med. Hanns Löhr in der SA begann als Sturmbannarzt 1/15 W.N. vom 15.2.-15.4.1931. Nach Übernahme der Leitung der Medizinischen Universitätsklinik Kiel am 1.8.1934 wurde er zum Sanitätsgruppenführer z.B.V. Gruppe Nordmark befördert. Am 6.7.1936 ernannte ihn Himmler zum SS-Oberführer im Stabe des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, am 13.9.1936 beförderte ihn derselbe zum SS-Oberführer und SS-Führer im SD-Hauptamt. Am 10.9.1941 wurde er zum SS-Brigadeführer im Reichssicherheitshauptamt befördert, bevor er am 4.10.1941 verstarb. Vgl. Bundesarchiv Berlin, NSDAP-Mitgliederkarteikarte Dr. med. Hanns Löhr; SS-Führer-Akte (NSDAP-Mitgliedsnummer: 478474; SS-Mitgliedsnummer: 276855)

²⁵ Vgl. Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996, S. 45-215

²⁶ Vgl. Bartov, Omer: Ganz normale Monster, in: Schoeps, Julius H. (Hg.): Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg 1997, 5. Aufl., S. 72, 73f, 77f

Ersten und Zweiten Weltkrieg, das System von Befehl und Gehorsamspflicht, die Probleme des Gruppendrucks und der „Entscheidungswillkür unterer und mittlerer Instanzen“ konzentrierten.²⁷

Auch Bauer resümierte, dass die NS-Bewegung nicht wegen ihrer antisemitischen Propaganda an die Macht gekommen sei, obwohl es jedem Wähler klar gewesen sein müsste, dass die Nationalsozialisten eine antisemitische Bewegung darstellten. Nicht für die einfachen NSDAP-Mitglieder sei der Antisemitismus der wichtigste Beweggrund gewesen, sondern für die NS-Führung. Für sie war er ein „grundsätzlicher ideologischer Lehrsatz“. Die NS-Führung bestand aus einer Gruppe von „Lumpenintelligenzlern“, deren Ideologie sich aus einem säkularisierten christlichen Antijudaismus speiste, der mit den rassistischen Ideen des fin de siècle kombiniert wurde. Der Jude wurde als „satanisches Element“ angesehen, das sich durch böse Mächte in den Geschichtsprozess eingeschlichen habe. Bauer stimmt den Forschungsergebnissen von Jäckel, Krausnick und Hillgruber zu, dass die beiden wichtigsten Kriegsziele der NS-Bewegung darin bestanden, sich territorial auszubreiten und die Juden in ihrem Einflussgebiet durch Vertreibung oder Massenmord loszuwerden.²⁸ Nach Bauer erklärten die Nationalsozialisten soziale und politische Phänomene mit Hilfe ihres antisemitischen Ansatzes, wobei der rassistische Ansatz aus dem antisemitischen entwickelt wurde und somit sekundär war. Obwohl die Nationalsozialisten die von ihnen so genannte arische Rasse verherrlichten, hatten sie keine Schwierigkeiten, mit Ungarn, Finnen und Türken zusammenzuarbeiten. Japaner und Araber wurden einfach zu „Ehrenariern“ erklärt. Tatsächlich hatten am 5.3.1933 bei einer Wahlbeteiligung von 88,7% erschreckenderweise 17,3 Millionen Deutsche (43,9%) die NSDAP gewählt, doch auch immerhin 7,2 Millionen die SPD (18,3%) und 4,8 Millionen die KPD (12,3%).²⁹

Wie oben dargestellt entfielen in derselben unfreien Wahl bei einer Wahlbeteiligung von 89,3% im Kreis Lübbecke 71,4% der gültigen Stimmen auf die NSDAP. Das war der bei weitem höchste Wert im ganzen SPD-Parteibezirk für das östliche Westfalen, den Kreis Rinteln und die lippischen Freistaaten. Auf die SPD entfielen 14,2% und die KPD 3,5%. Im Kreis Halle i.W. wählten bei einer Wahlbeteiligung von 87,3% 62,4% NSDAP - das war der zweithöchste Wert im SPD-Parteibezirk - 17,1% SPD und 4,2% KPD.

Diese Zahlen belegen, dass sich die Mehrheit der Wahlberechtigten im Untersuchungsgebiet für eine rechtsradikale, totalitäre Partei entschieden hatte, aus welchen Motiven auch immer. Doch welche Konsequenzen hatte dieses Wahlergebnis für das alltägliche Zusammenleben vor Ort im neuen totalitären Staat zwischen Juden und Nichtjuden, die in der Weimarer Republik noch in den verschiedenen Vereinen und Organisationen der Arbeiterbewegung, in den lokalen Gesellschafts- oder Berufsvereinen zusammen gearbeitet und gefeiert hatten, die im wirtschaftlichen Bereich als Kapitaleigner und Arbeiter, als Ladeninhaber und Kunden Waren produziert, ge- und verkauft, im

²⁷ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Wie ein Stachel im Fleisch, in: Schoeps (Hg.) (1997), S. 200

²⁸ Vgl. Bauer, Yehuda: On the Place of the Holocaust in History, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 2, No. 2 (1987), S. 213f

²⁹ Vgl. Aleff (1970), S. 22

Wohnbereich als Hausbesitzer und Mieter gegenüberstanden, als Nachbarn und Bürger eines Ortes zusammengelebt hatten?

7.2 Terror, Boykott, Ausgrenzung

Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung im Untersuchungsgebiet begann sofort, nachdem Adolf Hitler vom Reichspräsidenten zum neuen Reichskanzler vereidigt worden war. An ihm beteiligten sich nicht nur SA- und SS-Leute oder die von dem Innenminister Göring aus den Reihen der SA, SS und des Stahlhelms am 22.2.1933 ernannten Hilfspolizisten, sondern offensichtlich auch einfache, von dem NS-Rassenantisemitismus indoktrinierte Bürger. Schon im ersten Jahr der NS-Machtergreifung bestand das unmittelbare Ziel der antisemitischen Politik darin, „den Juden in wirtschaftlicher wie in jeder anderen Beziehung das Leben in Deutschland so unerträglich wie möglich zu machen und sie zur Auswanderung zu drängen.“¹ Von NS-Kreisleitungen organisierte so genannte Einzelaktionen und pogromartige Ausfälle einfacher Volksgenossen an der Basis, Sachbeschädigungen, Bedrohungen und Boykotte gehörten neben dem zentral organisierten Boykott vom 1.4.1933 zur alltäglichen Dialektik des neuen Regimes. Interessenkonflikte zwischen staatlichen Behörden und NS-Bewegungsstellen hinsichtlich der Judenpolitik konnten mancherorts in Ostwestfalen entstehen, wenn die terroristischen Aktionen auf der Ebene der Kreisleitungen oder Ortsgruppenleitungen beispielsweise mit den Ordnungsvorstellungen des Regierungspräsidenten kollidierten.²

In Versmold wurde „kurz nach der Machtübernahme“ von einer unbekanntem Zahl von Personen gegen den Viehhändler und Schlachter Bernhard Steinfeld „demonstriert“, „eine vor dem Hause errichtete Mauer niedergerissen“ und „Beschädigungen am Hause vorgenommen“. Bernhard Steinfeld ließ sich jedoch in dieser Phase der Ausgrenzungspolitik noch nicht einschüchtern und zeigte den Pogrom beim Landrat an. Später riefen Mitglieder der Familie Steinfeld beim Bürgermeister Kettmann an, da sie sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlten. Kettmann, der in der Zeit der Weimarer Republik noch regelmässig zum Verfassungstag eingeladen hatte, passte sich offensichtlich schnell der neuen repressiven Politik des NS-Regimes an, denn er bedrohte Steinfeld mit Schutzhaft, „falls noch irgendetwas vorfiele“. Noch vor Verkündung der Nürnberger Gesetze kam es am 7.8.1935 erneut zu einem pogromartigen Überfall auf das Haus des Viehhändlers Steinfeld mitten in Versmold an der Wiesenstrasse 1. Diesmal hatten sich nach Schätzung des auf einen Impuls des Arztes Dr. Warneck und des Gastwirtes Feldmann herbeigerufenen Gendarmeriehauptwachtmeisters Lembke 150 bis 200 Personen zusammengefunden, um unter lautem „Johlen, Pfeifen und Schreien“ fast alle Fensterscheiben zu zerschlagen, die Blendläden auszuhängen und durch die Fenster in die Zimmer des Hauses zu

¹ Barkai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul; Lowenstein, Steven M.: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV. Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. Hg. von Michael A. Meyer. München 1997, S. 199

² Vgl. Meynert, Joachim: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933-1945. Münster 1988, S. 90-95

werfen. Offensichtlich hatte sich eine Menschenmenge in diesem Ort berechtigt gefühlt, auf mögliche intime Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden öffentlich, pogromartig und mit dem Vorwurf der „Rassenschande“ zu reagieren. Dieses Verhalten kann dadurch erklärt, aber nicht entschuldigt werden, dass zumindest ein Teil der Öffentlichkeit schon jahrelang durch den NS-Rassenantisemitismus und durch die ehrenrührige Hetze in den notorischen Stürmerkästen indoktriniert worden war. Der an den Ort der Ausschreitungen herbeigerufene Wachtmeister gebot dem zerstörerischen Treiben Einhalt, so dass sich die Menge gegen 23.00 Uhr auflöste. Während sich die Witwe Julie Steinfeld mit ihrer Tochter Selma verängstigt in ein Hinterzimmer ihres Hauses zurückgezogen hatte, war Bernhard Steinfeld mit seinem Auto weggefahren.³

In Isingdorf-Arrode 1 brachen am 30.3.1933 gegen 2.30 Uhr morgens vier SS-Leute - drei Hilfspolizisten in Uniform und einer in Zivil - unter dem Vorwand in die Wohnung des Zigarrenfabrikanten Julius Weinberg ein, diese im Auftrag ihrer Leitung in Bielefeld nach Waffen durchsuchen zu müssen. Dabei zerstörten sie die Fenster einer Haustür und einer Korridor-tür und beschlagnahmten eine Pistole, die Julius Weinberg ihnen aushändigte. Die SS-Leute durchsuchten jedes Zimmer und öffneten Schränke. Julius Weinberg reagierte auf diesen Überfall, indem er zuerst seinen Werkmeister, dann den örtlichen Oberlandjäger und den Amtsinspektor Heinrich Ellerbrake telefonisch um Hilfe rief. Als der Landjäger die SS-Leute aufforderte, sich zu legitimieren, kamen dieser Aufforderung nur zwei SS-Männer nach. Die SS-Leute gaben an, keine Genehmigung der Ortspolizeibehörde zu benötigen, hatten keinen schriftlichen Auftrag bei sich und beabsichtigten, in derselben Nacht noch weitere Durchsuchungen anderen Ortes vorzunehmen. Auf den Rat des Amtsinspektors verzichtete der Zigarrenfabrikant darauf, einen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch zu stellen, um keinen Vorwand zu weiteren Repressalien gegen sich und seine Familie zu liefern. Das Ergebnis dieses Überfalls war, dass sich die Familie Weinberg eingeschüchtert und unsicher fühlte.⁴

Diese Sachbeschädigungen, die auf das Konto von Nationalsozialisten gingen, waren keine Einzelfälle, denn Barkai resümierte: „Im westfälischen Bezirk Minden-Ravensberg war das Einwerfen von Fensterscheiben jüdischer Wohnungen, Geschäfte und Synagogen so alltäglich, dass viele Juden Eisengitter vor ihren Türen und Fenstern anbringen ließen.“⁵

Die Boykottierung jüdischer Kaufhäuser begann schon vor dem zentral organisierten Boykott am 1.4.1933, denn die NS-Propaganda versuchte auf diese Weise, den gewerblichen Mittelstand für sich einzunehmen.⁶

³ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

⁴ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake; StADt, D 80 A Nr. 48: Interview von Joachim Meynert mit Kurt-Wilhelm Weinberg vom 30.6.1985

⁵ Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 196

⁶ Vgl. ebd., S. 195f

Die Filiale des „Westfälische[n] Kaufhaus[es] G.m.b.H.“ in Lübbecke an der Langestraße 2, ein Unternehmen für den „Groß- und Kleinhandel, Ein- und Verkauf von Haushaltswaren, Geschenkartikeln, Spielwaren und einschlägigen Artikeln“ mit 7 Angestellten und 6.000 RM Ertrag wurde am Sonnabend, dem 11.3.1933 durch Mitglieder der SA boykottiert.⁷ Ein Schild, das neben der Kaufhausfiliale angebracht worden war, forderte potentielle Käufer auf, nur in „deutschen Geschäften“ zu kaufen. Als sich eine Menschenansammlung bildete, wurde die Filiale von der SA geschlossen. Insgesamt war das Weka nur 1 3/4 Jahr in Betrieb gewesen, von Anfang Juni 1932 bis Ende Februar 1934, als es endgültig geschlossen werden musste. Schon bei der Eröffnung des Weka sollen Nationalsozialisten die Fenster und die angrenzenden Bürgersteige mit antisemitischen Parolen beschmiert haben.⁸ Ende Juni 1933 berichtete die Lübbecke Lokalpresse von einer „Haussuchung“ des Weka durch die Polizei und einen Sturmbannführer unter dem Vorwand, dass ein Kunde eine Ware in „marxistischem Einwickelpapier“ erhalten hätte. Schließlich wurde die Filiale am 30.6.1933 „bis auf weiteres polizeilich geschlossen“.⁹ Persönlich haftender Gesellschafter des Weka war Willy Hauptmann, jüdischen Glaubens, aus Bielefeld.¹⁰

Da die Schließung eines Kaufhauses wie das Weka in Lübbecke nicht nur den jüdischen Kapitaleigner schädigte, sondern auch mögliche nichtjüdische Angestellte arbeitslos machte, zudem Steuerausfälle zur Folge hatte, waren Interessenkonflikte zwischen Staats- und Bewegungsstellen vorprogrammiert. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen forderte den Regierungspräsidenten in Minden in einem Schreiben vom 6.9.1933 auf, Oberbürgermeister und Landräte anzuweisen, Beamten zu erlauben, in jüdischen Warenhäusern einzukaufen. Störungen des Geschäftsbetriebes von Waren-, Kaufhäusern und Einheitspreisgeschäften sollten zukünftig vermieden werden. Auf Weisung des Landrates ordnete Kreisleiter Meiring in Lübbecke am 25.9.1933 an, eine eventuell bestehende Inseratensperre gegen jüdische Geschäftsleute aufheben zu lassen.¹¹

In Rahden arbeitete Friedrich Jelin (*05.06.1916 in Herne) seit ca. 1931 als kaufmännischer Angestellter im Textilgeschäft seiner Großeltern Daniel und Ida Oppenheim zusammen mit seinem Onkel Hugo Oppenheim an der Langen Straße 71. Da nach der NS-Machtübernahme die Kinder vieler Kunden im Jungvolk bzw. bei den Jungmädels (10-14 Jahre), in der HJ und im BDM (14-18 Jahre) dahingehend indoktriniert wurden, nicht mehr in jüdischen Geschäften einzukaufen, blieben die Kunden bald aus. Kauften Nichtjuden dennoch in Geschäften ein, die Juden gehörten, liefen sie Gefahr, von Nationalsozialisten fotografiert oder denunziert zu werden. Die Fotografien von judenfreundlichen Kunden wurden gewöhnlicherweise in einem der notorischen Stürmerkästen

⁷ Vgl. StdtA Lübbecke, C III 13.3a; Lübbecke Kreisblatt vom 14.3.1933

⁸ Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Joseph Lazarus vom 18.9.1987

⁹ Vgl. Lübbecke Kreisblatt vom 29.6.1933 und 30.6.1933

¹⁰ Vgl. Minninger, Monika; Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld 1933-45. Eine Dokumentation jüdischer Einzelschicksale. Hg. v. Stadtarchiv Bielefeld. Bielefeld 1985, S. 82, Nr. 347; vgl. StADt, D 23 Lübbecke Nr. 133

¹¹ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 4.5

ausgestellt, von denen es mindestens einen auch in Rahden an der Bahnhofstrasse bei der Buchdruckerei Kosenowski seit Mai 1935 gab. In weißer Schrift auf rotem Grund zeigte er die Aufschrift „Die Juden sind unser Unglück“, einen Satz, den Heinrich von Treitschke schon 1879 geprägt hatte. Außerdem verkündete der Stürmerkasten auf der Unterkante die Botschaft „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“. Zudem gab es noch zwei weitere Stürmerkästen im Amt Rahden im Sommer 1935.¹²

Die SA in Rahden veranstaltete jeden Sonntagmorgen Umzüge, wobei sie vor den Häusern jüdischer Bürger Parolen wie „Hängt die Juden! Stellt die Bonzen an die Wand!“ oder „Deutschland erwache! - Juda verrecke!“ brüllte.¹³

Mit Hilfe eines Autos verkauften Friedrich Jelin und sein Onkel Kleidung an die Bauern in der Umgebung. Als das Auto einmal im Schlamm stecken blieb, rief Friedrich Jelin einen Bauern um Hilfe, der mit seinen beiden Pferden einen Acker bearbeitete. Doch als dieser merkte, dass die Hilfesuchenden Juden waren, verweigerte er seine Unterstützung. Glücklicherweise konnte Friedrich Jelin einen anderen Bauern finden, der das Auto gegen Bezahlung aus dem Schlamm zog.

Das Textilhaus Oppenheim in Rahden hatte seit 100 Jahren einen blauen Briefkasten. Als die Post diesen Briefkasten aufgrund von antisemitischen Anordnungen abmontierte, ging Friedrich Jelin direkt zur Hauptpost, um die Geschäftsbriefe abzuholen. Eines Abends warnte ihn telefonisch eine nichtjüdische Bekannte (Buchhändlerin Matzel Kaiser), am nächsten Tag nicht zur Post zu gehen, weil ein Attentat auf ihn geplant sei. Wenn Friedrich Jelin die Schwingtür aufmachte, würde dort ein ihm feindlich gesinnter Mann so tun, als hätte ihn die Tür getroffen und würde den Vorfall als Vorwand nehmen, dass ein vor der Post wartender zweiter Mann Friedrich Jelin zusammenschlagen, wörtlich „töten“ würde.

Die Verhältnisse für Juden wurden in Rahden immer schlechter. Steine mit beleidigenden Aufschriften (z.B. „Ich Stinker – Du Stinker! Käse!“) wurden in das Wohnzimmer von Friedrich Jelin geworfen. Der junge kaufmännische Angestellte wohnte bei seinem Onkel Hugo Oppenheim, Lange Straße 87, neben Böversen, die einen Lebensmittelladen kombiniert mit einer Gaststätte betrieben. Christian Böversen wurde als Nachfolger des Apothekers Ludwig Köchling, der Selbstmord begangen haben soll, neuer NSDAP-Ortsgruppenleiter. Von ihm und seinem Sohn Heinz gingen die meisten Bedrohungen aus. Zu Beginn des NS-Regimes sagte einmal der Viehhändler Hermann Goldstein in Hörweite anderer Leute: „Hitler verrecke!“ Daraufhin musste er zum Ortsgruppenleiter Köchling gehen. Als dieser ihn zur Rede stellte, sagte Goldstein: „Wenn ich dies nur sage, verreckt er doch nicht.“ Köchling soll geantwortet haben: „Herr Goldstein, gehen Sie

¹² Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670; Mitteilungen von Walter Hoffman an Verfasser

¹³ Siehe Ester-Hartke, Ursula: Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche in Rahden. Ein Projekt der Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 48

nach Hause und seien Sie in Zukunft vorsichtiger. Seien Sie froh, dass ich der Ortsgruppenleiter bin.“¹⁴

Der von der Parteileitung der NSDAP und vom Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Gräueltaten und Boykotthetze reichsweit am 1.4.1933 inszenierte Boykott gegen jüdische Geschäftsleute, Rechtsanwälte und Ärzte bewertete Barkai als Startzeichen zur „Verdrängung der Juden“ und „Ausplünderung auf wirtschaftlichem Gebiet“.¹⁵ Die Nationalsozialisten hatten Schwierigkeiten zu erkennen, dass dieser als „Abwehrmaßnahme“ kaschierte, gegen die so genannte „Greuelhetze“ von ins Ausland geflohenen deutschen Juden gerichtete Boykott im Grunde nur die deutsche Volkswirtschaft schädigen musste und außenpolitischen Kredit verspielte.

Eine Anzeige des Aktionskomitees der NSDAP-Ortsgruppe Rahden im „Rahdener Wochenblatt“ vom 31.3.1933 appellierte an das Lesepublikum in fetten Lettern: „Deutsche wehrt Euch, Kampf dem Juden! Kein Stück Tuch vom Juden! Kein Vieh vom Juden! Kein Handel mit dem Juden überhaupt!“ und fügte in weniger fetten Lettern hinzu: „Wir werden streng kontrollieren, wer gegen unsere Maßnahme handelt“.¹⁶

Der Boykott wurde vermutlich in jedem Ort, in dem jüdische Geschäftsleute lebten, auf ähnliche Weise durchgeführt. In Lübbecke postierten sich SA-Leute vor den Manufakturwarengeschäften M. B. Weinberg, Langestraße 40/41, Hermann Levy, Langestraße 5, und vor dem Westfälischen Kaufhaus, Langestraße 2. Das Kaufhaus M. Löwenstein blieb vermutlich vorsorglich geschlossen. Die SA-Leute waren mit Schildern ausgerüstet, die solche antisemitischen Botschaften verkündeten wie: „Deutsche kauft in deutschen Geschäften, wer im jüdischen Warenhaus kauft, versündigt sich am deutschen Volke.“¹⁷

Doch nicht alle Bürger ließen sich von den rassenantisemitischen Phrasen und fotografierenden SA-Leuten am Sonnabend, dem 1.4.1933 beeindrucken. Eine Arbeiterfamilie aus Gehlenbeck (Kemner), die der SPD und dem Mandolinenverein verbunden war, drückte ihre Solidarität mit den ausgegrenzten jüdischen Geschäftsleuten aus, indem sie „trotz Warnung durch die SA-Posten“ Einkäufe bei Hermann Levy und im Weka tätigten. Dadurch dass eine Frau aus dieser Familie bei der Kleiderfabrik Nathan Ruben als Näherin und eine zweite als Hausmädchen bei Rosenberg in Lübbecke beschäftigt waren, konnten sie sich ein authentisches Bild von jüdischen Arbeitgebern machen.¹⁸ Das Verhalten der Kemners beruhte auf ihrer Überzeugung, dass sowohl die jüdischen

¹⁴ Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996 im Rahmen von Steven Spielbergs „Survivors of the Shoah Visual History Foundation“. Ich danke Fred Jellin für seine freundliche Zusendung einer Kopie dieser bewegenden und informativen Quelle. Ebenso schulde ich den schriftlichen und mündlichen Mitteilungen von Walter Hoffman, Fred Jellin und Werner Kirchhoff Dank.

¹⁵ Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1945. Frankfurt a.M. 1988, S. 33

¹⁶ Zitiert nach Ester-Hartke, S. 42

¹⁷ Zitiert nach Nordsiek, S. 84

¹⁸ Vgl. Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus. Hg. v. der Stadt Lübbecke. Lübbecke 1994, S. 97f. Der Verfasser verdankt diese Informationen den Recherchen von Andrea Sundermeier, die in Manuskriptform im Stadtarchiv Lübbecke verwahrt

Geschäftsleute als auch die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterbewegung auf terroristische und pseudolegale Weise unterdrückt wurden.

Während die jüdischen Bürger von Lübbecke auch auf sozialem Gebiet langsam aus dem Vereinsleben der Stadt hinausgedrängt wurden und ihnen nur noch ihre eigenen Vereine (Frauenverein, C.V. und Kulturverein) als kongeniale, sozial-kommunikative Netzwerke übrigblieben, schlossen sich überwiegend Sozialdemokraten und einige Kommunisten nach dem Verbot ihrer Parteien seit dem 1.7.1933 in einem fiktiven Kaninchenzuchtverein zusammen. Aufgrund der Denunziation eines Försters wurde dieser Verein jedoch schon am 21.8.1933 vom Landrat wieder verboten.¹⁹

Nach dem Berufsbeamtengesetz vom 7.4.1933 sollten jüdische Beamte in den Ruhestand versetzt werden. Doch dieses Gesetz betraf zunächst nur 40% der jüdischen Juristen, weil auf die meisten von ihnen die Ausnahmebestimmungen als Frontkämpfer und Alt-Rechtsanwälte zutrafen. Immerhin wurden von dem Gesetz ca. 3.500 selbständige oder angestellte jüdische Rechtsanwälte sowie ca. 2.000 jüdische Referendare und Assessoren betroffen, „für die der Abschluß ihrer Ausbildung und die Berufszulassung in Deutschland völlig aussichtslos wurden.“²⁰

Das Berufsbeamtengesetz zerstörte auch die berufliche Karriere von Lothar Lazarus, dem einzigen Sohn des jüdischen Lehrers in Lübbecke. Lothar Lazarus hatte sein Vorbereitungsdienst als Gerichtsreferendar im Jahre 1932 am Landgericht in Bielefeld begonnen.²¹ Einen Teil seines Vorbereitungsdienstes soll er am Amtsgericht in Lübbecke absolviert haben.²² Laut Mitteilung des Bielefelder Landgerichtspräsidenten vom 2.6.1933 wurde er „mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres beurlaubt.“²³ Am 7.5.1934 wurde Lothar Lazarus auf Grund seiner eingereichten Dissertation mit dem Thema „Die Organisation der preußischen Synagogengemeinden“ und einer mündlichen Prüfung vom 22.7.1933 an der Georg August Universität in Göttingen die Würde eines Doktors der Rechte verliehen.²⁴ Da Dr. jur. Lothar Lazarus im NS-Staat kein Richter werden oder als Anwalt jüdische oder nichtjüdische Mandanten vor Gericht vertreten konnte, war es logisch, dass er seine juristischen Fähigkeiten in einer Funktion beim Palästina-Amt in Berlin einbrachte.²⁵

Die Folge der andauernden propagandistischen Ausgrenzung und der besonders im Jahr 1935 intensivierten terroristischen Einzelaktionen, die von NS-Gliederungen (SA, HJ) gegen jüdische Geschäftsleute und judenfreundliche Kunden inszeniert wurden, bestand darin, dass die Umsätze

werden.

¹⁹ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 3.2

²⁰ Vgl. Barkai (1988), S. 37

²¹ Mitteilung von Herrn Marquardt/Amtsgericht Lübbecke vom 30.7.1992. Seit dem 14.9.1933 wird die Personalakte von Dr. Lothar Lazarus beim OLG Hamm verwahrt.

²² Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Herrn A. Lückert vom 13.10.1987

²³ Vgl. Beckmann, Volker (Bearb.): Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Hg. v. der Stadt Lübbecke. Lübbecke 1993, S. 115

²⁴ Vgl. ebd., S. 114

²⁵ Vgl. Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Hg. v. der Stadt Lübbecke. Lübbecke 1988, S. 101

der jüdischen Ladenbesitzer dramatisch zurückgingen, weil die Kunden es kaum mehr wagten, in einem Klima der allgegenwärtigen NS-Überwachung und Denunziation jüdische Geschäfte zu betreten. Allenfalls gaben besonders treue Kunden noch Bestellungen bei nichtjüdischen Angestellten auf oder betraten den Geschäftsraum ausschließlich durch die Hintertür.²⁶ Nicht nur das Weka in Lübbecke, sondern auch die Ladengeschäfte von Luise Bergfeld in Versmold, Gebrüder Weinberg in Borgholzhausen, Moritz Isenberg in Halle i.W. und Hermann Levy in Lübbecke mussten schon in der Ausgrenzungsphase bis 1937 ihren Geschäftsbetrieb einstellen. Die Kundschaft des Kaufhauses Eduard Bergfeld (gegr. 1863) an der Ravensberger Straße 17, der Schlachtereien Nathan Spiegel (Gestermannstrasse 9) und Abraham Steinfeld (Wiesenstrasse 1) in Versmold wurde im Sommer 1935 von NSDAP-, SA- und HJ-Angehörigen so sehr terrorisiert, dass sich Luise Bergfeld (*2.8.1865) als Inhaberin des alteingesessenen Kaufhauses E. Bergfeld gezwungen sah, ihr Geschäft im selben Jahr aufzugeben und zu verkaufen.

Der SA-Mann Sonnenschein und der NSDAP-Amtswalter Sieckendieck hefteten abends nach 18.00 Uhr antisemitische Zettel mit der Aufschrift „Kauft nicht beim Juden“ und „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ auf die Fahrräder der Kunden des Kaufhauses E. Bergfeld. Zettel mit derselben antisemitischen Botschaft wurden auch auf die Schaufenster des Kaufhauses geklebt. Indoktrinierte Jugendliche, vermutlich Mitglieder der HJ, postierten sich dem Kaufhaus gegenüber und hielten unter Anleitung der genannten Funktionäre Hetzreden, um Kunden, die das Geschäft betraten oder hinausgingen, vor der Öffentlichkeit zu diskriminieren. Am 17.7.1935 ging Sieckendieck sogar so weit, der Angestellten Margarete Hurwitz (*1915), die von Lübbecke nach Versmold gezogen war, um bei Bergfeld eine Lehre zu absolvieren, Schläge anzudrohen. NSDAP-Kreisleiter Mierig in Halle i.W. begründete das Verhalten der NSDAP-Mitglieder in Versmold in einem Schreiben vom 9.8.1935 an den Landrat des Kreises Halle i.W., indem er darauf hinwies, dass die junge jüdische Angestellte „stets alle Parteigenossen, soweit sie das Parteiabzeichen tragen, in höhnischer Weise anlacht[e] und dadurch provoziert[e].“ Während der Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete in Herford, Dr. Hans Davidsohn, in zahlreichen Schreiben beim Regierungspräsidenten in Minden gegen diese terroristischen Einzelaktionen der NSDAP auf Ortsebene Protest einlegte, indem er sich auf Regierungserlasse und Erlasse des Reichswirtschaftsministers stützte, legitimierte Kreisleiter Mierig in Halle i.W. das Verhalten der NSDAP-Ortsgruppenmitglieder in Versmold gegenüber dem Landrat mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das Programm der NSDAP und Hitlers Buch „Mein Kampf“.²⁷

Eine weitere Methode, deren sich NSDAP-Mitglieder in Versmold bedienten, bestand darin, die Kundschaft der jüdischen Geschäfte sonnabends zu fotografieren und den Kunden die Fotos zu

²⁶ Erinnerungen von Hanna Lütgemeyer aus Werther. Ich danke Paul Lütgemeyer für die Nutzung des Dokuments.

²⁷ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

zeigen, um Druck auf sie auszuüben, damit sie sich den NSDAP-Wertvorstellungen anpassten. Auf einem freien Bauplatz gegenüber der Schlachtereier Spiegel wurde ein Schild mit den antijüdischen Botschaften „Dies ist ein jüdisches Geschäft“ und „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ aufgestellt. Vor der Schlachtereier Steinfeld verkündete ein Schild den antijüdischen Aufruf „Deutsche Eltern, gebt acht auf Eure Kinder, verkauft sie nicht an die Juden“. An einem Leitungsmast in einem Meter Abstand vom Geschäftseingang des Kaufhauses E. Bergfeld hatten die Nationalsozialisten die Schilder angebracht „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ und „Der Jude siegt mit der Lüge und stirbt mit der Wahrheit“. Darunter war eine Karikatur angebracht, die ein Auto zeigte, in dem jüdische Insassen ein Ortsschild betrachteten, das die Aufschrift „Juden sind hier unerwünscht“ trug. Doch damit nicht genug. An allen Ortseingängen von Versmold waren Schilder mit der antijüdischen Botschaft „Juden sind hier unerwünscht“ aufgestellt, während das in der Gemeinde Oesterweg installierte Schild die verschärfte Textvariante „Juden betreten den Ort auf eigene Gefahr“ zeigte.

Wie teilweise schon oben mit Bezug auf den Ort Rahden im Kreis Lübbecke erwähnt, gab es im Sommer 1935 nicht nur in Versmold antisemitische Schilder, sondern auch in den Gemeinden Peckeloh und Brockhagen und in der Kreisstadt Halle i.W.. An der Badeanstalt in Borgholzhausen warnte ein Schild mit der Aufschrift „Juden ist die Benutzung untersagt“, dass auch hier Juden unerwünscht waren. Im selben Ort gab es noch ein weiteres Transparent mit der Variante „Deutscher Bauer, meide den Juden“.

Stürmerkästen existierten im Kreis Halle i.W. zur selben Zeit in den Kleinstädten bzw. Landgemeinden Versmold, Loxten, Bockhorst, Oesterweg, Halle i.W., Borgholzhausen, Brockhagen und „Werder“ (sic; statt: Werther).²⁸ Einer verkündete die Botschaft „Wer mit dem Juden verkehrt, verkehrt mit dem Satan“. In merkwürdiger Verdrehung der Tatsachen wurde in der NS-Ideologie das Judentum seiner historischen und ethischen Dimension beraubt und stattdessen als Inkarnation des Bösen dargestellt. Das Ziel der terroristischen NS-Politik auf der Ebene der Kreisleitungen in dieser Phase war offensichtlich, die Juden sozial und wirtschaftlich so sehr zu ächten, dass sie so schnell wie möglich auswanderten. Luise Bergfeld in Versmold sah sich gezwungen, ihr Geschäft trotz Hilfe eines Reisenden und eines weiblichen Lehrlings aufzugeben. Die Firma Eduard Bergfeld erlosch laut Eintragung im Handelsregister am 18.10.1935. Die alte, alleinstehende Dame verkaufte alle ihre Immobilien an der Ravensberger Straße 17 und zog Anfang Oktober 1935 nach Warburg. Ihre Hilfe Margarete Hurwitz konnte also ihre Lehre, die sie am 14.5.1935 im Kaufhaus Bergfeld begonnen hatte, nicht beenden und kehrte schon Ende August 1935 nach Lübbecke zurück. Der angestellte Reisende Simon Blein, der als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde Versmold für die Zeit vom 1.7.1933-

²⁸ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

30.6.1939 gewählt worden war, hatte es vorgezogen, schon am 1.2.1935 nach Hardenberg in Holland zu ziehen.²⁹

Die NS-Boykottpolitik gegen jüdische Firmen in Versmold begann 1933, setzte sich 1934 fort und erreichte mit den terroristischen Einzelaktionen im Sommer 1935 einen Höhepunkt. Neben dem Kaufhaus E. Bergfeld waren auch die Umsätze der Textilwarenhandlung Sigmund bzw. Martha Spiegel, der Viehhandlung Julius Spiegel und der Schlachtereier Alfred Silberberg in Bad Rothenfelde so sehr geschmälert worden, dass sich die Mitglieder dieser Familien in den Jahren 1936/37 zur Flucht nach den USA und Großbritannien gezwungen sahen. Unter dem Eindruck des nationalsozialistisch gesteuerten Boykotts weigerten sich die Wurstfabriken in Peckeloh, Versmold und Loxten, Fleisch von jüdischen Schlachtern anzunehmen. Zahlungsfähige Kunden lehnten es ab, ihre Schulden für Viehlieferungen zu bezahlen. Schlachter Silberberg aus Bad Rothenfelde/Kreis Iburg musste sein Eigentum schon 1935 verkaufen, wobei die Nationalsozialisten die Hälfte des Verkaufserlöses einbehielten.³⁰

In Lübbecke konnte das Manufakturwarengeschäft Hermann Levy (Langestr. 5) aufgrund antijüdischer Boykotte nicht mehr weiter geführt werden, so dass sich der Inhaber gezwungen sah, am 28.9.1935 ein Konkursverfahren einzuleiten. Die Firma wurde am 16.4.1936 im Handelsregister gelöscht, nachdem in einem Vergleichsverfahren dem Kleinhändler A. Finke die Warenbestände und das Inventar des Geschäfts zugesprochen worden waren. Die Höhe der Schulden der Firma H. Levy entsprach dem Wert der Warenbestände. Es ist naheliegend anzunehmen, dass der Inhaber nur aus dem Grunde nichts mehr absetzen konnte, weil er Jude war. Durch das Vergleichsverfahren war ihm die Möglichkeit genommen worden, seine Waren zu Billigpreisen in einem Ausverkauf anzubieten. Danach fand Hermann Levy bis August 1938 Arbeit in der Zuschneiderei der Firma Abraham Hecht.³¹

In einem Schreiben vom 23.9.1935 berichtete der Landrat des Kreises Lübbecke dem Regierungspräsidenten über die Zahl und die Form der in seinem Verwaltungsbezirk vorhandenen Stürmerkästen und Schilder mit antisemitischen Aufschriften, die unter dem Begriff „Einzelaktionen“ subsumiert wurden.³² Danach gab es an den Ausfallstraßen der Kreisstadt 6 Schilder mit der Aufschrift „Juden sind in diesem Orte nicht erwünscht“. Zudem waren in der Stadt von der NSDAP drei Stürmerkästen angebracht worden, von denen der erste die Aufschrift hatte „Juda umgarnt dich ungemerkt. Deutscher sei wach. Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“, der zweite „Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“ und der dritte „Juda ist unser Unglück“. Der dritte Stürmerkasten war mit einer Figur, die den deutschen Michel symbolisieren sollte, und 7

²⁹ Vgl. StADt, D 23 Halle i.W. Nr. 281, Bd. 1, Firmennr. 57; StdtA Versmold, Akte „Judendokumentation“. Fragebogen „Abmeldung der Glaubensjuden“ vom 14.2.1961

³⁰ Vgl. StdtA Versmold, Akte „Judendokumentation“. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 95f

³¹ Vgl. StADt, Handelsregister des Amtsgerichtes Lübbecke, A 2, Firmennr. 237; StADt, D 27A KA 65/35; Mitteilung von Ewald Meier vom 30.9.1992

³² Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

Raben auf einem Ast, die vermutlich für die jüdischen Familien am Ort standen, umrahmt. Diese Figuren sollten dem unkritischen Betrachter eine Art antisemitisches Märchen erzählen. Zum leichteren Verständnis der antisemitischen Botschaft der Figuren war folgender Text in Form einer Aufschrift am Stürmerkasten angebracht: „Die sieben Raben. Der Michel liegt im süßen Traum im Gras in stiller Ruh, die Raben oben auf dem Baum mauscheln ihm heiter zu. In Küch und Keller fraßen sie zu Haus ihm alles leer und immer plagt Hunger sie, drum suchen sie noch mehr. Wenn nicht bald eine starke Hand den Michel weckt vom Schlaf, dann wird, ich sehe es voraus, er selbst zum Fraß.“

Der Text stellte die Juden also in Kontinuität der Stereotypie, die schon von den Antisemiten im Kaiserreich verwendet worden war, als Ausbeuter der deutschen Nichtjuden dar. Dieser Rückgriff auf alte Vorurteile stützt die Charakterisierung des NS-Antisemitismus als eine Ideologie der utopischen Regression.³³ Christlich-sozialer Antijudaismus, deutsch-soziale, programmatisch beabsichtigte Aufhebung der Gleichberechtigung jüdischer Bürger und die Boeckelsche Forderung nach judenfreien Viehmärkten in Hessen waren antiemanzipatorische, politische Zielsetzungen der Antisemitenparteien im Kaiserreich gewesen, auf die die Nationalsozialisten zurückgriffen. Die zielgerichteten Boykotte von Firmen, deren Eigentümer Juden waren, zeigte, dass es die NS-Bewegung ernst meinte mit der schon im Programm der NSDAP angekündigten Aufhebung der jüdischen Emanzipation in Deutschland, die so mühsam von liberalen und sozialdemokratischen Politikern während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik verteidigt worden war.

Weitere Schilder und Stürmerkästen mit antisemitischen Botschaften waren von den NSDAP-Ortsgruppen in den Amtsbezirken Dielingen im Westen, in Gehlenbeck im Osten, in Hüllhorst im Süden und in Rahden im Zentrum des Landkreises Lübbecke aufgestellt worden. Die NSDAP-Ortsgruppe in Levern beabsichtigte, gleich sechs Schilder mit gereimten antisemitischen Versen aufzustellen. Das erste Schild sollte die Aufschrift tragen:

„Bauer! Trittst Du in Laverns Mauern,
meide den Juden, lass ihn nur lauern!
Schrei ihm ins Ohr, wie es Dein Recht:
Nimmermehr bin ich ein Judenknecht!“

Da es zwischen Staats- und Bewegungsstellen Differenzen hinsichtlich der Bewertung der Einzelaktionen gab, wurde unter der Leitung von Dr. Alfred Meyer, der seit 1931 als NSDAP-Gauleiter Westfalen-Nord, seit Mai 1933 als Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe und seit 1938 auch als Oberpräsident der Provinz Westfalen fungierte, eine Sitzung am 31.8.1935 in Münster mit den politischen Dezernenten der Bezirksregierungen Minden und Münster und den Leitern der Stapo Bielefeld und Münster einberufen. Diese kam zu dem Ergebnis, dass das Fotografieren vor jüdischen Geschäften und das Ankleben von Plakaten ohne Zustimmung des

³³ Vgl. Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. München 1987, 7. Aufl., S. 39

Besitzers verboten werden sollte. Auch alle antisemitischen Schilder mit Ausnahme der Botschaft „Juden sind hier unerwünscht“ sollten bis zum 5.9.1935 entfernt werden. Entsprechend teilte der Regierungspräsident in Minden dem Landrat von Lübbecke am 7.10.1935 mit, dass die in Levern und Rahden an Zufahrtsstraßen aufgestellten Tafeln „im Einvernehmen mit dem politischen Kreisleiter“ demontiert werden sollten.³⁴

In Lübbecke eskalierten die Einzelaktionen gegen jüdische Bürger in der Nacht vom 19. zum 20.8.1935, nachdem einige Gäste den Polterabend des NSDAP-Bürgermeisters und Kreisleiters Ernst Meiring verlassen hatten.

Ähnlich wie in Rahden bei Friedrich Jelin wurde gegen 1.15 Uhr ein dicker Stein in das Manufakturwarengeschäft von Hermann Levy geworfen. Der Stein wurde vorher mit runden Handzetteln mit der Aufschrift „Wer beim Juden kauft ist ein Volksverräter“ beklebt. Um dieselbe Zeit wurde auch ein Stein in das Wohnzimmer des Fabrikanten Hermann Hecht (Osnabrücker Straße 4) geworfen und ein „unbrauchbares Motorrad Marke Triumph vor das Haus gestellt“. Beim Kaufmann Weinberg (Paul Schöneberg), Langestraße 40/42, wurde eine Glasscheibe der Haustür und eine Fensterscheibe des Wohnzimmers eingeworfen. Dem Fabrikanten Albert Ruben, Ostertorstrasse 6, wurden „mit einem dicken Stein“ zwei Fensterscheiben des Schlafzimmers zerschlagen. Junge Leute sollen vor der Villa Marschlieder gesungen und laut „Juda verrecke“ gerufen haben. Auch bei der Witwe Johanna Hurwitz, Bergertorstrasse 12, wurde eine Fensterscheibe eingeworfen. Vor dem Hause des Lehrers Max Lazarus, Bahnhofstrasse 16, sollen 5-6 männliche Personen ein Lied nach der Melodie „Eine Seefahrt, die ist lustig“ mit Gitarrenbegleitung gesungen haben. Außerdem sollen sie „Juda verrecke“ gerufen haben. Zeugen dieses Vorfalls waren das Dienstmädchen Martha Löw und die Tochter des Lehrers, Ilse Herz.

Der Nachtschutzbeamte Hörnschemeyer teilte der ermittelnden Polizei mit, dass er den Kreisamtsleiter der Deutschen Arbeitsfront, einen Kreisabteilungsleiter sowie mehrere Betriebsratsmitglieder Lübbecke Firmen, die alle den Polterabend des NSDAP-Bürgermeisters und Kreisleiters besucht und dessen Haus gegen 23.30 Uhr verlassen hätten, gesehen habe.

Der Landrat des Kreises Lübbecke, Kurt von Borries, teilte dem Regierungspräsidenten am 22.8.1935 mit, dass der Kreisleiter der DAF in Lübbecke und mehrere Amtswalter verhaftet worden seien und - nach Rücksprache mit dem Gauleiter – „Schutzhaft“ gegen sie vorgesehen sei.³⁵

Dieses Beispiel zeigt, dass sich in dieser Phase der antijüdischen Ausgrenzungspolitik die Staatsstellen in einzelnen Fällen aktiv in die Strafverfolgung von NSDAP-Funktionären einschalten konnten, wenn sie zu der Überzeugung gelangt waren, dass die antijüdischen Ausschreitungen

³⁴ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

³⁵ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

illegal waren. Grundsätzlich aber verhinderten sie die soziale und wirtschaftliche Ächtung der jüdischen Bürger keineswegs, sondern waren willige Helfer.

Am 20.8.1935 ließ Kreisleiter Meiring einen Aufruf im „Lübbecker Kreisblatt“ veröffentlichen, der offensichtlich die Funktion hatte, von den wirklichen Tätern der Sachbeschädigungen und Verhöhnungen abzulenken. Darin wurde absurderweise behauptet, „Judenknechte“ hätten die Fenster jüdischer Bürger eingeworfen, um die Versicherungen zu schädigen. Denselben unterstellte er auch, dazu fähig zu sein, Stürmerkästen zu beschädigen und antisemitische Ortseingangsschilder zu entfernen. Er forderte „rassebewußte“ Beamte auf, zukünftig nicht mehr bei Juden einzukaufen und drohte diesem Personenkreis mit öffentlicher Diskriminierung.

Schon im Juni 1935 hatte der NSDAP-Kreisleiter und Bürgermeister von Lübbecke in einer Einzelaktion erfolglos dem Landrat seine Absicht angekündigt, „den Gültigkeitsbereich der Pässe der Juden allgemein auf das Deutsche Reichsgebiet zu beschränken.“³⁶ Der Kreisleiter wollte verhindern, dass die jüdischen Bürger im Sommer in die Schweiz führen. Zur Begründung dieses Plans wies der Bürgermeister darauf hin, dass der schweizerische Nationalrat die Gewährung eines Kredits für die Olympischen Spiele in Berlin abgelehnt hätte. Doch der Regierungspräsident in Minden untersagte am 21.6.1935 Meirings geplante Einzelaktion und ließ ihn wissen, dass ihre Begründung keine Geltung mehr habe.

Gegenüber dem Geschäft des Schlachtermeisters Moritz Isenberg (*1883) in Halle i.W., Lange Straße 61, befand sich das Lokal der SA, die vermutlich wenig Mühe hatte, zu kontrollieren, welche Kunden bei dem jüdischen Schlachter trotz der NSDAP-Boykottaufrufe noch einkauften. Umsatzeinbußen der Schlachterei Isenberg und des im Nebenhaus eingerichteten Hutgeschäfts seiner Schwägerin Ida Herzberg waren die Folge der NS-Boykottpolitik. Hinzu kam, dass Moritz Isenberg unter dem Vorwand der „Rassenschande“ am 30.11.1935 von der Polizei festgenommen, einem Richter vorgeführt und inhaftiert wurde. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe „fortgesetzt arische Frauen und Mädchen öffentlich in unsittlicher Weise belästigt und geschlechtlich mißbraucht“.³⁷ Am 7.3.1936 wurde Isenberg freigesprochen und schließlich am 7.4.1936 aus der Haft entlassen. Diese Form der Terrorisierung zeigt, dass die Nationalsozialisten vor keiner Unwahrheit und Gemeinheit zurückschreckten, um das Ansehen der Juden schlecht zu machen. Die Tatsache, dass der Stürmerkasten in Halle i.W. am Lindenplatz, der über das angeblich „rassenschänderische Treiben“ Isenbergs berichtete, zu Beginn des Jahres 1936 von Unbekannten demoliert worden war, zeigte jedoch, dass nicht alle Bürger der Kreisstadt mit den Botschaften des „Stürmer“ einverstanden waren.³⁸ Schlachtermeister Isenberg meldete sein Gewerbe am 15.8.1936 ab. Im Handelsregister des Amtsgerichts Halle i.W. erlosch auch die

³⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, C II 5.2.3

³⁷ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 647 Bd. II

³⁸ Vgl. Heckert, Uwe (Bearb.): 1246-1996. 750 Jahre Halle in Westfalen. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Ausstellungskatalog. Halle i.W. 1996, S. 53f

Firma der offenen Handelsgesellschaft seiner Schwägerin, der Modistin Ida Herzberg, die seit dem 4.9.1924 bestand, laut Eintragung vom 12.10.1936.³⁹

Als der Viehhändler Albert Sachs für seinen Schwager Jacob Jacobs, der von Ahlen nach Halle i.W. gezogen war, am 11.2.1935 bei der Ortspolizeibehörde einen Wander-gewerbeschein beantragte, wurde ihm dieser nur kurze Zeit ausgestellt. Auf Druck der NSDAP-Kreisleitung Halle, der NSDAP-Ortsgruppe und der SS in Ahlen, die Jacobs, der holländischer Staatsangehöriger war, als „Rassenschänder“ und „Talmudjuden“ verunglimpften, entschied der Haller Landrat am 23.7.1935 unter Hinweis auf § 57 der Reichsgewerbeordnung („Mißbrauch des Gewerbes zu staatsfeindlichen Zwecken“) den Amtsbürgermeister anzuweisen, dass ihm eine Legitimationskarte nicht ausgehändigt werden sollte. Zu dieser Zeit war Jacob Jacobs allerdings schon mit seiner Frau nach seinem Geburtsort Borne in Holland verzogen. Im August 1938 folgten ihm Albert Sachs und seine Frau mit ihrer Tochter.⁴⁰

Der Inhaber der Lumpensortieranstalt mit der Firma Ph. Stern in Halle i.W., Robert Stern, verkaufte mit Zustimmung seines im Jahre 1936 nach New York ausgewanderten Sohnes Herbert seinen Betrieb im Herbst 1937 an die Johann Borgers KG aus Bocholt. Während die Familie Herbert Stern im Juli 1936 in die USA floh, folgten seine Eltern erst im September 1939.⁴¹

Auch das Manufakturwarengeschäft Gebrüder Weinberg in Borgholzhausen konnte dem Druck der NS-Boykottpolitik über das Jahr 1937 hinaus nicht standhalten. Die Firma und die Gesellschaft erloschen am 27.10.1937. Kaufmann Max Weinberg meldete sich am 25.10.1937 mit Frau und Tochter nach Hannover ab.⁴²

Im Kreis Lübbecke unterhielten Landwirte noch bis 1937 geschäftliche Beziehungen mit jüdischen Viehhändlern. Im Mai 1937 wurden einige Landwirte, unabhängig davon, ob sie NSDAP-Parteimitglieder waren oder nicht, von der NSDAP-Kreisleitung in Lübbecke vorgeladen, wo sie sich schriftlich verpflichten mussten, zukünftig nicht mehr mit Juden zu handeln.⁴³

Der Viehhändler Heinrich Behring aus Tonnenheide, der mindestens bis zu dieser Zeit noch für den jüdischen Viehhändler Dagobert Haas aus Rahden als Aufkäufer tätig war, wurde im Februar 1937 vom NSDAP-Stützpunktleiter Kolkhorst in Tonnenheide in einer Wirtschaft als „Judenknecht“ bezeichnet, worauf Behring ihn im angetrunkenen Zustande einen „Lump“ schimpfte. Nachdem der

³⁹ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 283, Firmennr. 216

⁴⁰ Vgl. StdtA Halle i.W., Heckert, Uwe: Vortrag: „175 Jahre Juden in Halle in Westfalen“ vom 28.2.1996, S. 12f; StdtA Werther, B 95a; StADt, M I I P Nr. 631

⁴¹ Vgl. Heckert, Vortrag, S. 14; StADt, D 23 Halle Nr. 283; Minninger (1985), S. 216, Nr. 1024; S. 217 Nr. 1031

⁴² Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 281 (Handelsregister des Amtsgerichtes Halle i.W.), Firmennr. 82; StdtA Borgholzhausen, Meldewesen ab 1.1.1959; Yad Vashem, Pinkas Hakehillot: Fragebogen „Abmeldung der Glaubensjuden“ vom 28.2.1961

⁴³ Vgl. StADt, M I I P Nr. 670

Stützpunktleiter Behring beim Staatsanwalt wegen Beleidigung angezeigt hatte, kam es zu einer Gerichtsverhandlung. Das Gericht folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Zahlung einer Geldstrafe von 100 RM nicht, sondern verringerte die Strafe auf 60 RM und Veröffentlichung des Urteils. Der Verteidiger des Angeklagten Behring machte deutlich, dass schließlich auch sein Mandant beleidigt worden sei und beantragte, dass beide Parteien straflos ausgehen könnten, da sich die wechselseitigen Beleidigungen aufhoben. Doch ganz so weit wollte das Gericht mit seinem Urteil nicht gehen. Offensichtlich teilte das Gericht die Vorurteile der NSDAP dahingehend, dass die Beleidigung eines NSDAP-Funktionärs schwerwiegender zu beurteilen sei als die Beleidigung eines judenfreundlichen Viehhändlers.⁴⁴

Das „Rahdener Wochenblatt“ berichtete am 16.8.1935, dass der Viehhandel zwischen Nichtjuden und Juden auf dem Viehmarkt in Rahden am Vortag von den Nationalsozialisten mit den bekannten Mitteln beendet worden sei. Transparente mit der Warnung an „arische“ Bauern vor dem Handel mit jüdischen Viehhändlern und das Fotografieren von nichtjüdischen Händlern, die sich an diese Aufforderung nicht hielten, bewirkten, dass sich die jüdischen Händler vom Markt zurückzogen.⁴⁵ Eine andere Variante des SA-Terrors bestand darin, nichtjüdische Bauern, die noch von Juden Vieh kauften, „schreiend“ und „tobend“ „bis zum Ortsausgang“ von Rahden zu begleiten.⁴⁶

Eines Tages öffneten Nationalsozialisten das Tor einer Weide in Sudwalde in der Provinz Hannover, die von den Gebrüdern Haas aus Rahden erworben worden war, um Schlachtvieh zu mästen, und es war natürlich mühsam, das entlaufene Vieh wieder einzufangen. Ein anderes alltägliches Beispiel zeigte, dass Jugendliche, die von den Staatsorganisationen antisemitisch indoktriniert wurden, selbst zu kleinen Tätern wurden. Eine jüdische Frau, Hedwig Haas (*1897), wurde von der 10-14 Jahre alten Tochter eines benachbarten Tischlers vom Bürgersteig gestoßen. Dieser Tischler hatte sogar hin und wieder Aufträge von dem Vater der jüdischen Frau erhalten. Da die jüdischen Viehhändler es bald nicht mehr wagten, Viehmärkte und Bauern in anderen Orten bei Tage aufzusuchen, um Vieh aufzukaufen oder zu verkaufen, verlegten sie sich darauf, auf telefonischem Wege von Gasthöfen aus mit Bauern ins Geschäft zu kommen, und führten Viehtransporte bei Nacht durch.⁴⁷

Im August 1938 machte der NSDAP-Ortsgruppenleiter in Rahden und der NSDAP-Kreisleiter in Lübbecke Druck auf den Bürgermeister von Rahden, den Wandergewerbeschein für den Viehhändler Dagobert Haas nicht mehr zu verlängern. Das Gewerbe der weiteren vier jüdischen Viehhändler und eines Viehkommissionärs in Rahden und Kleinendorf wurde endgültig mit

⁴⁴ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1779

⁴⁵ Vgl. Ester-Hartke, S. 64

⁴⁶ Vgl. Meynert (1988), S. 169

⁴⁷ Mitteilungen von Walter Hoffman an Verfasser; vgl. Ester-Hartke, S. 65

Inkraftsetzung der so genannten Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938 unterbunden.⁴⁸

Die in Levern wohnenden Viehhändler Ferdinand Hurwitz (*1865) und sein Sohn Artur (*1903) gaben ihr Gewerbe im Sommer bzw. Herbst 1937 auf und verzogen zu Verwandten nach Holland. Die Stapo Bielefeld forderte den Amtsbürgermeister von Levern mit Schreiben vom 19.11.1937 auf, Ferdinand und Artur Hurwitz festnehmen zu lassen, falls sie zurückkehren sollten und Deutschland nicht innerhalb dreier Tage verließen.⁴⁹

Die so genannten Nürnberger Gesetze vom 15.9.1935 bildeten die Grundlage „für die restlose Ausschaltung der Juden aus allen öffentlichen Arbeitsverhältnissen.“⁵⁰

Ausnahmeregelungen für jüdische Frontkämpfer und Staatsbeamte, die schon vor 1914 im Dienst waren, entfielen in der Folgezeit. Das Reichsbürgergesetz entrechtete die schon sozial und wirtschaftlich ausgegrenzten jüdischen Bürger noch weiter, indem es sie lediglich als „Staatsangehörige“ einstuft, während nur den „Staats- oder Reichsbürgern“ volle politische Rechte zuerkannt werden sollten. Die Kategorie „Staatsangehörige“ wurde auch auf weibliche, nichtjüdische Hausangestellte übertragen. Nach § 3 des von den Nationalsozialisten so genannten „Gesetz[es] zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15.9.1935, das am 1.1.1936 in Kraft trat, galt: „Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen“.⁵¹

Die NSDAP-Kreisleitung informierte am 6.4.1936 den Landrat des Kreises Lübbecke, Kurt von Borries, der seit Anfang 1933 der NSDAP beigetreten war, dass in den Haushalten des jüdischen Manufakturwarenhändlers Hugo Oppenheim und des Viehhändlers Dagobert Haas in Rahden seit kurzem je eine Hausangestellte tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit angestellt worden seien. Die Kreisleitung verlangte vom Landrat, dass er gegen diese Verhältnisse einschreite, indem sie sich auf den Unmut einer fiktiven „erregten Bevölkerung“ berief.

Der Landrat wurde auch gleich aktiv. Er ließ durch die Ortpolizeibehörde Rahden am 6.4.1936 Strafanzeige gegen die beiden Juden beim Oberstaatsanwalt in Bielefeld erstatten und die beiden Mädchen am 8.4.36 zu ihren Angehörigen nach Recklinghausen-Erkenschwick zurückschicken. Obwohl Hugo Oppenheim und Dagobert Haas in zwei Schreiben an den Regierungspräsidenten in Minden auf einen Kommentar zum § 3 des Gesetzes vom 15.9.1935 hinwiesen, wonach „deutschblütige Personen fremder Staatsangehörigkeit nicht unter das Verbot“ fallen würden, vertrat der Landrat die Auffassung, dass für die Auslegung des Blutschutzgesetzes allein

⁴⁸ Vgl. Ester-Hartke, S. 66f

⁴⁹ Vgl. StADt, M2 Lübbecke, Nr. 1779; Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 22f

⁵⁰ Vgl. Scheffler, Wolfgang: Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964, S. 21-23

⁵¹ Scheffler, S. 72

massgebend sei, ob die beschäftigten Mädchen fremder Staatsangehörigkeit „in einer engen Lebensgemeinschaft mit dem Deutschen Volke in Vergangenheit und Zukunft“ stünden oder stehen würden. Zwar wurde in der Regel ausländischen Arbeitnehmern, die sich seit mindestens 10 Jahren im Reichsgebiet aufhielten, ein Befreiungsschein erteilt, doch hielt es der Landrat für rechtens, den beiden Hausangestellten diese Befreiungsscheine durch die Arbeitsvermittlung zu entziehen, falls sie diese besäßen. Obwohl Dagobert Haas und Hugo Oppenheim in zwei Schreiben vom 23.5. und 27.5.1936 an das Regierungspräsidium in Minden darauf hinwiesen, dass der zuständige Referent der Bezirksregierung der Rechtsauffassung, die vom Syndikus des Centralvereins vorgetragen worden war, zugestimmt habe, verfügte die Regierung am 24.5.1936, dass die beiden Hausangestellten ihre Beschäftigung nicht wieder aufnehmen dürften. Auch die Bitte des Vaters einer der tschechoslowakischen Mädchen, seiner Tochter die Einstellung bei der Familie Haas wieder zu gestatten, da er seit 6 Jahren arbeitslos und auf das Einkommen angewiesen sei, wurde von der Bezirksregierung negativ beschieden.⁵²

Vermutlich wurde auch der Antrag von Marie Gerling (25 Jahre) vom 30.11.1935, die in Lübbecke seit einem Jahr bei dem jüdischen Ehepaar Alfred (*1863) und Fanny Löwenstein (*1870) beschäftigt war, auf Befreiung vom § 3 des Blutschutzgesetzes vom Landrat abgelehnt, obwohl die Antragstellerin auf die gesundheitliche Schwäche des Ehepaars und die Tatsache, dass ihr einziger Sohn im Ersten Weltkrieg gefallen war, hingewiesen hatte. Zwar erkannte auch der Landrat die Hilfsbedürftigkeit des jüdischen Ehepaars an, doch vertrat er die Ansicht, dass der Antrag abgelehnt werden könne, da sich auch die jüdische Pflegerin Else Katz (*1892) um das Wohl des Ehepaars kümmerte.⁵³

Am 1.3.1938 nahm der Amtsbürgermeister von Rahden, Waidner, den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Richard Haas, nach telefonischer Rücksprache mit der Staatspolizei in Bielefeld wegen Verdunkelungsgefahr und mit der absurden Begründung in Haft, dass er „einen Einbruch in die Synagoge fingiert habe, um den Verdacht der Täterschaft auf andere Personen zu lenken.“⁵⁴ Daraufhin schickte die Gestapo Bielefeld einen ihrer Beamten nach Rahden und Lübbecke, um den Sachverhalt zu ermitteln. Der Bericht des Kriminal-Sekretärs vom 3.3.1938 endete mit den Worten:

„Wenn auch den Angaben der Juden wenig Glauben zu schenken ist, so erweckt es nach der Lage der Sache doch den Anschein, dass hier fremde Personen ihre Hand im Spiel haben. Die nach dieser Richtung angestellten Ermittlungen waren ohne Erfolg. Da sich neue Anhaltspunkte, die eine Verlängerung der Polizeihaft rechtfertigen, nicht ergeben haben und die Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestand, wurde der Jude Haas am 2.3.1938 gegen 21 Uhr aus der Polizeihaft entlassen.“⁵⁵

Was war wirklich geschehen? Zur Mittagszeit des 5.2.1938 fuhr Friedrich Jelin mit seinem PKW an der Synagoge in Rahden vorbei und bemerkte, dass ein Fenster des Schulzimmers zerschlagen auf dem Boden lag. Jelin fuhr daraufhin zum ersten Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde,

⁵² Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

⁵³ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2200

⁵⁴ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1779

⁵⁵ Ebd.

Richard Haas, in die Bahnhofstrasse 393, um ihm von dem Vorfall zu berichten. Beide fahren zur Synagoge zurück und setzten die beiden Fensterflügel wieder ein. Das Aufschließen des Haupteingangs war nicht so einfach, weil das Schloss mit Holzspänen verstopft worden war und mit einem Messer gesäubert werden musste. Im Schulzimmer war ein schwerer Vorhang abgerissen und auf den Boden geworfen worden, der von Richard Haas wieder an seinem rechten Platz aufgehängt wurde. Auf der Schultafel waren neben hebräischen und deutschen Schriftzeichen das Emblem der KPD in Form einer Zeichnung sichtbar. Friedrich Jelin wischte die Zeichnung auf Bitte von Richard Haas von der Tafel. Da der Schlüssel für den Synagogenraum nicht mehr vorhanden war, mussten sie die zweiflügelige Pendeltür aufdrücken. Im Innenraum der Synagoge fehlten zwei oder drei Glühlampen, außerdem waren die Sicherungen im Schaltkasten herausgedreht worden. Elektrisches Licht konnte also nicht angemacht werden.

Eine Befragung des letzten jüdischen Lehrers im Kreis Lübbecke, Max Lazarus, durch den von der Gestapo beauftragten Ermittlungsbeamten brachte folgendes Ergebnis: Max Lazarus hatte den jüdischen Kindern im Schulzimmer der Synagoge von Rahden zuletzt am 16.9.1937 zur Vorbereitung des Laubhüttenfestes (hebr. Sukkot) Religionsunterricht erteilt. Die hebräischen und deutschen Schriftzeichen als Tafelanschrieb stammten von ihm selbst und bezogen sich auf die Bedeutung des bevorstehenden Laubhüttenfestes (20.-28.9.1937). Orthodoxe Juden erbauen für dieses Fest eine Laubhütte und essen und schlafen darin. Die Laubhütte soll an den Auszug der Israeliten aus Ägypten, an die Bewahrung der Israeliten durch Gott und an die Unsicherheit menschlicher Werte erinnern. Zu Sukkot wird ein Feststrauß aus vier Teilen gebunden: 1. einem Etrog (Zitrusfrucht), 2. einem Palmzweig (hebr. Lulaw), 3. drei Myrtenzweigen (hebr. Hadas), 4. zwei Bachweiden (hebr. Araba). Am letzten Tag von Sukkot, zu Simchat Thora (dt. Freude der Lehre), finden anlässlich der Beendigung und des Beginns der Thoralesung nach einjährigem Zyklus Umzüge mit sämtlichen Thorarollen und mit dem Feststrauß um das Lesepult statt, indem die Teilnehmer ihre Freude über die Thora zum Ausdruck bringen und Bittgebete für eine gute Ernte singen.⁵⁶

Ob festliche Laubhütten auch in Rahden im Jahre 1937 erbaut wurden, ist nicht überliefert. Max Rhein und später Max Lazarus hatten Richard Haas als letzten Vorbeter der Gemeinde ausgebildet. Die allgemeine Richtung des praktizierten Glaubens war liberal. Richard Haas leitete samstagsmorgens den Gottesdienst. Zu den hohen Feiertagen wurde ein Rabbiner eingeladen, der bei Haas an der Bahnhofstrasse zu Gast war. In früheren Jahren hatte Daniel Oppenheim als Vorleser an den hohen Feiertagen fungiert, und Fred Jellin erinnerte sich daran, dass er seinem Großvater beim Ausschmücken der Synagoge half.⁵⁷

Jedenfalls verwunderte es nicht, dass Max Lazarus gegenüber dem Gestapobeamten vehement bestritt, das kommunistische Emblem auf die Schultafel gezeichnet zu haben. Der Lehrer konnte

⁵⁶ Vgl. Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, Artikel: „Simchat Tora“, S. 424; Artikel: „Sukkot“, S. 437

⁵⁷ Brief von Fred Jellin vom 18.8.1997 an Verfasser

sich auch nicht vorstellen, dass seine Schüler das Zeichen auf die Tafel gemalt hätten. Richard Haas drückte bei seiner Schadensmeldung auf dem Amt in Rahden seine Vermutung aus, dass „wohl Jungens“ für die Tat verantwortlich waren.⁵⁸

Die Tatsache, dass der Amtsbürgermeister diesen Vorfall zum Anlass nahm, um den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von Rahden, die doch schließlich aufgrund des Einbruchs die Geschädigte war, mindestens einen Tag im Gemeindegefängnis zu inhaftieren, zeigte, wie indoktriniert, nervös und ungerecht er handelte. Warum sollte Richard Haas ein Interesse daran gehabt haben, jüdische Schüler im Schulzimmer der Gemeinde zum Kommunismus zu bekehren? Als Viehhändler, Haus- und Grundbesitzer, der in der Gegend um Bremen Viehweiden besaß, und als Vorbeter der Gemeinde gehörte Richard Haas zur jüdischen Mittelschicht, die materiell und kulturell liberale Werte schätzte und von einem rechts- oder linksradikalen politischen System wenig begeistert war. Von Dr. Schäfer benötigte Richard Haas während seiner Haft Beruhigungsmittel. Als er wieder entlassen wurde, verstärkte sich bei der Familie Haas die Einsicht, dass Rahden ein gefährlicher Ort für sie war und dass sie früher oder später wegziehen musste. Die Furcht kam auf, dass Richard Haas in ein Zwangsarbeitslager oder in ein Konzentrationslager hätte eingewiesen werden können.⁵⁹

Nachdem der für die Gestapo herangezogene Beamte nichts Belastendes gegen die jüdische Gemeinde Rahden ermitteln konnte, stellte der Oberstaatsanwalt in Bielefeld das Strafverfahren am 21.3.1938 ein. Zum Missfallen des Amtsbürgermeisters hatte seine terroristische Taktik keinen Hochverrat der Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Tage gefördert. Die Gestapo setzte den Landrat des Kreises Lübbecke dahingehend am 4.4.1938 in Kenntnis.⁶⁰

Mit diesem zuletzt dargestellten Vorfall hatten die so genannten Einzelaktionen im Kreis_Lübbecke nicht ihr Ende gefunden. Im Gegenteil, im Herbst 1938 wurde eine Reihe von jüdischen Bürgern erneut Opfer von Sachbeschädigungen an ihrem Eigentum, als Steine durch ihre Fenster geworfen wurden. Dies geschah zum dritten Mal beim ehemaligen Gemischtwarenhändler Philipp Coblenzer, Wehdem 184; beim ehemaligen Viehhändler Sauer in Wehdem; beim nichtjüdischen Vermieter, Schuhmacher Spengemann in Rahden, der seit 30 Jahren seinen Laden an den jüdischen Manufakturwarenhändler Hermann Vogel vermietet hatte und es trotz des Drucks der NSDAP-Kreisleitung im August 1938 ablehnte, Vogel zu kündigen; beim ehemaligen Viehhändler Alfred Frank in Kleinendorf; bei der jüdischen Witwe Horwitz in Rahden; beim früheren Viehhändler Richard Haas in Rahden; beim früheren Viehkommissionär Alfred Weidenbaum in Rahden; beim früheren Viehhändler Moritz Ginsberg in Rahden.⁶¹ Kein jüdischer Bürger wagte es, Strafanzeige gegen diese von der NSDAP verursachten Schadensfälle zu stellen. Auch der ehemalige

⁵⁸ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1779

⁵⁹ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 75: Interview von Joachim Meynert mit Irma und Liesel Haas vom 27.5.1986

⁶⁰ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1779; Meynert (1988), S. 72

⁶¹ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1783

Viehhändler Kurt Goldstein (39 Jahre), der am 28.9.1938 in Rahden verprügelt worden war, verzichtete resigniert darauf, eine Strafanzeige wegen Körperverletzung bei der Polizeiverwaltung in Rahden zu stellen. Seine Schilderung gegenüber dem Polizeihauptwachtmeister Schiermeyer verdeutlichte, wie sich der alltägliche Terror der NSDAP-Ortsgruppenleitung auf die jüdischen Bürger von Rahden auswirkte:

„Er sei an dem betreffenden Tage mit seinem Bruder Erwin, der zu Besuch hier gewesen sei, zu Hugo Oppenheim gegangen, der direkt neben dem Ortsgruppenleiter Böversen am Kirchplatz wohnt. Da in dem Hause Oppenheim eine Fensterscheibe am Kirchplatz entzwei gewesen sei, haben Hugo Oppenheim und Erwin Goldstein die Fensterscheibe selbst wieder eingesetzt. Er, Kurt Goldstein, habe nur dabei gestanden und zugesehen. In dem Augenblick, als sein Bruder und Hugo Oppenheim das Fenster wieder einsetzten, seien Heinz Böversen und seine Frau dort vorbeigekommen. Er habe dann bemerkt, dass etwas nicht in Ordnung gewesen sei, da er zwei Männer aus der Wirtschaft Böversen habe kommen sehen. Er sei deshalb in das Wohnhaus des Hugo Oppenheim gegangen. Bevor er in das Haus gegangen sei, habe er noch gesehen, dass die beiden Personen hinter seinem Bruder und Hugo Oppenheim hergegangen seien. Er sei dann längere Zeit in dem Haus des Oppenheim geblieben, sei aber schliesslich nach draußen gegangen, um nach Hause zu gehen. Als er bei der Wirtschaft Böversen vorbei gewesen sei, sei er beim Vorgarten der Wirtschaft Lange, die etwa 30 Mtr. von der Wirtschaft Böversen entfernt ist, von zwei Personen angegriffen und geschlagen worden. Er sei dann fortgelaufen, aber von den verfolgenden Personen noch einmal an dem Garten der Witwe Lange stark verprügelt worden. Die Personen habe er aber nicht erkannt. Auf die Frage des Polizeihauptwachtmeisters Schiermeyer, was es denn nun gäbe, hat er wörtlich geantwortet: ‚Wir machen nichts. Es hat keinen Zweck, wir müssen doch darunter leiden.‘“⁶²

Die Boykottierung und die Ächtung der jüdischen und indirekt auch eines Teils der nichtjüdischen Bevölkerung des Kreises Halle i.W. hatte im August 1935 eine neue Dimension angenommen, als der Gemeinderat Halle auf Initiative der NSDAP-Kreisleitung und der NSDAP-Ortsgruppe Halle i.W. beschloss, Juden künftig keine gemeindeeigenen Grundstücke mehr zu verkaufen und nichtjüdische Handwerker, die noch mit Juden Geschäfte machten, von Gemeindeaufträgen auszuschliessen.⁶³

Der Amtsbürgermeister der Stadt Werther teilte am 7.10.1935 dem Landrat von Halle i.W. mit, dass auf Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Werther in allen Gemeinderäten des Amtes Werther neben den Beschlüssen, die schon der Haller Gemeinderat angenommen hatte, zukünftig nur diejenigen Gewerbetreibende mit öffentlichen Aufträgen rechnen könnten, die für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) spendeten, mindestens seit einem halben Jahr der Deutschen Arbeitsfront (DAF) angeschlossen seien und deren Beschäftigte der Staatsjugend oder anderen NS-Gliederungen angehörten.⁶⁴

Bis hierhin wurde ausschließlich die Ausgrenzung und Terrorisierung der erwachsenen jüdischen Bevölkerung dargestellt. Wie aber wurden diejenigen jüdischen Schüler, die öffentliche Schulen im Untersuchungsgebiet noch bis zum 15.11.1938 besuchen durften, im Schulunterricht von ihren Lehrern und Mitschülern behandelt?

In Lübbecke besuchte Lore Weinberg (*1924) die so genannte Mittelschule am Markt als einzige jüdische Schülerin von ca. 1934 bis Frühjahr 1938, als sie gezwungen wurde abzugehen. Eine nichtjüdische Klassenkameradin erinnerte sich daran, dass Lore Weinberg immer allein für sich auf dem Schulhof gestanden habe.⁶⁵ Die letzte nichtjüdische Verkäuferin der Firma M. B. Weinberg

⁶² StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1783

⁶³ Vgl. Heckert, Vortrag, S. 10; StADt, M 1 I P Nr. 670

⁶⁴ Vgl. StdtA Werther, B 95a

⁶⁵ Mitteilung von Else Schmidt vom 17.9.1992 an Verfasser

erinnerte sich, dass Lore manchmal mit Büchern unterm Arm von der Synagoge zurückkam, wo sie von Max Lazarus Religionsunterricht erhalten hatte, und häufig, wenn sie von der Stadtschule nach Hause kam, weinte.⁶⁶

Im Kreis Lübbecke kam es im Jahre 1935 wohl aus dem Grunde nicht zur Einrichtung einer jüdischen Volksschule für alle jüdischen Kinder im Sinne der NS-rassenantisemitischen Trennungspolitik, weil die ministeriell geforderte Mindestzahl von 20 „nichtarischen“ Kindern nicht vorhanden war. In Lübbecke gab es 1937 zwei jüdische Schüler, in Rahden elf und in Levern zwei.⁶⁷

Die jüdischen Kinder in Rahden wurden in der evangelischen Volksschule „von den Lehrern nicht beachtet und nicht aufgerufen, wenn sie sich meldeten. Sie durften zu nichtjüdischen Schülern keinen Kontakt haben und mußten allein auf der Schulbank sitzen. In den Pausen kümmerten sich ihre Klassenkameraden nicht um sie.“⁶⁸

Kurt Spiegel (*1916) in Versmold wurde gezwungen, die Höhere Privatschule schon im Jahre 1933 nach der Untertertia auf „Weisung des NS-Regimes“ zu verlassen.⁶⁹ In Werther war es Kurt-Wilhelm (*1924) und Walter Weinberg (*1924) noch möglich, dieselbe Klasse der Evangelischen Höheren Privatschule von Ostern 1935-37 zu besuchen. Von Turnfesten wurden die beiden jüdischen Schüler ausgeschlossen. Wegen der Indoktrinierung der HJ war es für die beiden kaum mehr möglich, mit ihren Klassenkameraden normalen Umgang zu pflegen. Der Schultag begann mit einem Heil-Hitler-Gruß und nicht etwa mit einer Andacht.⁷⁰

7.3 Geistiger Widerstand, Solidarität, Auswanderung (1933-1938)

Wie reagierten die gesellschaftlich geächteten und wirtschaftlich ausgegrenzten Juden im Untersuchungsgebiet auf die andauernden und stufenweise eskalierenden Angriffe der Nationalsozialisten und deren Gliederungen auf ihre Ehre, ihre körperliche Unversehrtheit, ihr Eigentum und auf die Schädigung ihrer Geschäftsinteressen? Mit Hilfe welcher Verbände, Organisationen und Vereine versicherten sich die Juden ihrer gegenseitigen, gruppenspezifischen Hilfe? Welche Rückwirkungen hatte die Aufhebung der Emanzipation auf das religiöse Bewusstsein der ausgegrenzten Juden? Wieviele jüdische Einzelpersonen und Familien entschieden sich im Untersuchungsgebiet, schon vor dem reichsweiten Pogrom am 9./10.11.1938 auszuwandern?

Der Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im Landesverband Ostwestfalen, Dr. jur. Hans Davidsohn, legte besonders im Jahre 1935 in zahlreichen Schreiben,

⁶⁶ Mitteilung von Liesel Schlingmann vom 12.3.1993 an Verfasser

⁶⁷ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 246; Meynert (1988), S. 105, 107

⁶⁸ Ester-Hartke, S. 39

⁶⁹ Vgl. StdtA Versmold, Akte „Judendokumentation“

⁷⁰ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 48: Interview von Joachim Meynert mit Kurt-Wilhelm Weinberg

die er an das Regierungspräsidium in Minden richtete, Protest gegen die verleumderischen und wirtschaftsschädigenden antisemitischen Ortseingangsschilder, Stürmerkästen, Karikaturen etc. ein, die in den Orten Versmold, Brockhagen, Lübbecke und Rahden innerhalb des Untersuchungsgebietes, aber auch in Herford, Paderborn, Minden und Lahde von NS-Bewegungsstellen angebracht worden waren. Diese schriftlichen Eingaben durch Dr. Davidsohn bei der Bezirksregierung in Minden und seine telefonischen Proteste beim politischen Dezernenten der Bezirksregierung, Dr. Rütten, in denen sich der C.V.-Syndikus auf Erlasse und Äußerungen des Reichswirtschaftsministers berief, legten die ideologischen Differenzen zwischen Staats- und Bewegungsstellen offen. Da der NS-Staat die terroristischen Aktionen an der Basis kontrollieren wollte, wunderte es nicht, dass Dr. Alfred Meyer, der seit 1931 als NSDAP-Gauleiter Westfalen-Nord und seit 1938 zudem als Oberpräsident der Provinz Westfalen fungierte, zu Beginn einer Besprechung am 31.8.1935 in Münster seine Verfügung an die politischen Funktionäre, die auf einem Erlass des Reichsinnenministers vom 20.8.1935 zur Verhinderung von Ausschreitungen basierte, im Beisein der Gestapoleiter von Bielefeld und Münster verlas. Außerdem wurde u.a. das Problem erörtert, wie der Begriff „Einzelaktion“ definiert werden sollte und welche Einzelaktionen zukünftig unterbleiben sollten. Während die Teilnehmer der Besprechung vom 31.8.1935 zu keinem Ergebnis hinsichtlich der ersten Frage kamen, entschied die Gauleitung, dass das Bekleben von Plakaten mit nationalsozialistischen Botschaften auf Privatgrundstücken zu verbieten sei. Es wurde darauf hingewiesen, dass Pastoren, die solche Plakate abgerissen hatten, von den Gerichten freigesprochen worden seien. In den Fällen, in denen Geistliche wegen solcher Taten verurteilt worden waren, hätte die Staatsanwaltschaft in Berlin Berufung zwecks Freispruch eingelegt. Außerdem wurde das Fotografieren vor jüdischen Geschäften von der Gauleitung verboten. Obwohl selbst die Stapoestelle Bielefeld gegenüber dem Geheimen Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin am 4.7.1935 die Ansicht vertrat, dass antisemitische Ortseingangsschilder mit der Aufschrift „Juden sind in diesem Ort unerwünscht“ an Durchgangsstraßen, die nach Holland gehen, bei „fremden Ausländern [sic]“ wirtschaftsschädigende Irritationen hervorrufen könnten, da holländische Geschäftsleute von ihren jüdischen Kunden bedrängt würden, ihre geschäftlichen Beziehungen zu deutschen Firmen einzuschränken, konnten sich der Gauleiter in Münster und der Regierungspräsident in Minden nicht dazu entschließen, diese Schilder entfernen zu lassen, solange sie auch in Franken zugelassen waren.¹

Wie im letzten Kapitel dargestellt bedeuteten solche Entscheidungen keinesfalls, dass die gewaltsamen terroristischen Aktionen und die Boykottpolitik der NSDAP und ihrer Gliederungen gegen jüdische Bürger und Geschäftsleute vor Ort in der Folgezeit gemildert oder unterbunden

¹ Vgl. StADt, M1 I P Nr. 631, 670

wurden. Im Gegenteil, die kriminelle antisemitische Energie so mancher NSDAP-Funktionäre wurde durch die Eingaben des C.V.-Landesverbandes eher noch verstärkt.

Wie im Fall des Gerichtsreferendars Lothar Lazarus (Lübbecke) wurden auch Dr. Oscar Kahn (Bielefeld), Dr. Heinz Rose (Gütersloh) und Dr. Hans Davidsohn (Herford), die am Landgericht Bielefeld als Rechtsanwälte eingetragen waren, aufgrund des Berufsbeamtengesetzes vom 7.4.1933 mit Berufs- und gerichtlichem Vertretungsverbot belegt.² Während der NS-Staat Hans Davidsohn beruflich ausgrenzte, intensivierte der Jurist seine soziale Integration und berufliche Fürsorge innerhalb des jüdischen Milieus. In Herford unterhielt er in der Kurfürstenstrasse 15 ein Rechts- bzw. Auskunftsbüro. Davidsohn, der vor der NS-Machtübernahme der DDP angehörte, setzte sich in couragierter Weise als Geschäftsführer des Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete im Centralverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens für die Ehre, Würde und die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten seiner massiv unter Druck geratenen Schicksalsgenossen ein, seitdem er dieses Amt von seinem Vorgänger, dem Prediger Sigmund Goldmann aus Herford, der am 30.11.1934 von diesem Amt aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war, übernommen hatte.³ Ähnlich wie Davidsohn hatte auch der Mindener Kaufmann und Sozialdemokrat Otto Michelsohn schon „in den 20er Jahren gegen den aufkommenden Antisemitismus gearbeitet“, auf Versammlungen Reden gehalten und in schriftlichen Eingaben an die Behörden die Beachtung der Bürger- und Menschenrechte zugunsten seiner Schicksalsgenossen sowohl in Ostwestfalen als auch seit der NS-Machtübernahme als Syndikus des C.V.-Landesverbands Pommern in Stettin eingefordert. Otto Michelsohns Vater Nathan war einer der Gründer der C.V.-Ortsgruppe in Minden gewesen.⁴

In Herford legte Davidsohn beispielsweise im Juni und September 1935 schriftlichen Protest bei der Bezirksregierung gegen die Aufstellung eines Schildes an der Markthalle ein, auf dem es hieß „Juden sind hier nicht erwünscht und werden auch nicht bedient“, indem er darauf hinwies, dass sich der nichtjüdische Handel mit solchen Botschaften nur selbst schade. Er begründete seine Intervention mit dem Argument, dass das antisemitische Schild „dem Grundsatz der Marktfreiheit“ widerspreche.⁵ Dieser Protest hatte zur Folge, dass auf Anordnung des Herforder NSDAP-Oberbürgermeisters Kleim lediglich die zweite Hälfte der antisemitischen Botschaft entfernt wurde. Noch weniger erfolgreich waren Davidsohns Eingaben vom 10.5. und 23.5.1935, in denen er gegen die Aufstellung von Stürmerkästen in Lübbecke beim Regierungspräsidenten in Minden Protest eingelegte. Der Regierungspräsident hatte die Angewohnheit, C.V.-Protestbriefe an die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord weiterzuleiten. Aus jüdischer Sicht bedeutete die Antwort des

² Vgl. Knobelsdorf, Andreas; Minninger, Monika; Sunderbrink, Bärbel: Das Recht wurzelt im Volk. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Bielefeld 1992, S. 24f

³ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670; StADt, M 4 A 27, 28

⁴ Vgl. Meynert (1988), S. 89f; StADt, D 80 A Nr. 51: Interview von Joachim Meynert mit Otto Michelsohn vom 24.4.1985; StADt, M 1 I P Nr. 670

⁵ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27

NSDAP-Gauinspektors und Landrats von Herford, Hartmann, an den RP vom 3.6.1935 nichts anderes als die Fortführung antisemitischer Frechheit und Beleidigung:

„Die Beschwerde des jüdischen Centralvereins hat sich dadurch erledigt, dass gelegentlich einer neuen Aufstellung des ‚Stürmer‘-Kastens in Lübbecke der bereits verblichene handgeschriebene Aushang, der Grund zur Beschwerde gegeben hatte, entfernt worden ist. Die Ortsgruppe der NSDAP hat sich aber entschlossen, als Ersatz dafür weitere 6 Schaukästen der Zeitung ‚Der Stürmer‘ aufzustellen und dort die Zeitung zum Aushang zu bringen.“⁶

Als im Frühjahr 1935 in Lübbecke ein Stürmerkasten in unmittelbarer Nähe der Kleiderfabrik A. Hecht mit den antisemitischen Aufschriften „Der Jude umgarnt Dich. Deutscher sei wach.“ und „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ aufgestellt wurde, brachte der Inhaber des Betriebes, Hermann Hecht, der Mitglied der C.V.-Ortsgruppe war, persönlich beim Landrat „in ruhiger Form“ seinen Protest dagegen zum Ausdruck.⁷ Zudem machte der C.V.-Syndikus in schriftlicher Form am 22.6.1935 beim Regierungspräsidenten Anzeige gegen diesen Stürmerkasten in der Ostertorstrasse und gegen einen zweiten, der an der Langestraße angebracht worden war. Diese Interventionen des Centralvereins bewirkten bei der NSDAP aber keineswegs eine Verhaltensänderung. Wie schon im letzten Kapitel erwähnt ging aus dem Bericht des Landrates des Kreises Lübbecke an den RP vom 23.9.1935 hervor, dass sich die Zahl der in Lübbecke aufgestellten Stürmerkästen auf drei erhöht hatte und der dritte sogar mit besonders beleidigenden, antisemitischen figurativen und textuellen Elementen ausgestattet worden war.⁸

Dass Dr. Davidsohn innerhalb des jüdischen Milieus in Herford sozial integriert war, zeigte die Tatsache, dass er sich seit dem 1.4.1930 mit 34 weiteren Mitgliedern dem Israelitischen Wohltätigkeitsverein angeschlossen hatte. Außerdem war er seit dem 1.11.1935 Mitglied im Bund Deutsch-Jüdischer Jugend (gegr. 1.12.1932, aufgelöst 14.1.1937) mit 21 weiteren Mitgliedern.⁹ Kurt Halle, der selbst als Erzieher mit diesem nichtzionistischen Jugendbund verbunden war, zudem in der SAJ, im C.V. und im Kulturbund in Herford engagiert war, charakterisierte Dr. Davidsohn als „fantastic young man with musical aspirations.“¹⁰

C.V.-Geschäftsführer waren aufgrund ihrer Tätigkeit im NS-Regime besonders gefährdet. Dr. Davidsohn wurde am 5.10.1936 in Malchin/Mecklenburg Opfer eines vermutlich von den Nationalsozialisten „arrangierten Autounfall[s]“. Sein Leichnam wurde im Juli 1937 auf den jüdischen Friedhof Weißensee nach Berlin überführt und dort beigesetzt. Sein Berufskollege Otto Michelsohn gehörte zu denjenigen, die ihm die letzte Ehre erwiesen. Während Kurt Halle sich entschied, Anfang März 1937 von Hamburg nach New York auszuwandern, weil die jüdische Jugendarbeit im BDJJ von der Gestapo zu Beginn des Jahres endgültig unterdrückt worden war, und Otto Michelsohn wegen eines so genannten Devisenvergehens im Laufe desselben Jahres mit

⁶ StADt, M 1 I P Nr. 670

⁷ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 631

⁸ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

⁹ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27, 28

¹⁰ Mitteilung von Kurt Halle an Verfasser

seiner Frau und seiner Tochter von Amsterdam nach Chile fliehen musste, hatte Dr. Davidsohn seine Auswanderungspläne nicht verwirklichen können. Für seine Freunde und Schicksalsgenossen hatte er auf solidarische Weise das getan, wozu er beruflich ausgebildet worden war. Er hatte unermüdlich und in traditionell rechtstaatlicher Weise an den NS-Staat appelliert, die Minderheiten- und Menschenrechte der jüdischen Bürger zu respektieren. Diese Aufgabe wurde ihm in dem Maße immer unmöglicher gemacht, wie die totalitäre NSDAP den Staat systematisch zu einem antisemitischen und rassistischen Unrechtsstaat umformte, der auf Minderheiten- und Menschenrechte nicht den geringsten Wert legte.¹¹

Wenige Tage nach dem Boykott am 1. April 1933 eröffnete der liberale Rabbiner Leo Baeck eine Tagung, zu der Vertreter jüdischer Gemeinden und Verbände geladen waren, mit den Worten: „Die tausendjährige Geschichte des deutschen Judentums ist zu Ende.“¹² Auf eine noch deutlicher formulierte Fragestellung einigten sich die Führer der Separatorthodoxie in Deutschland, die sie im Oktober 1933 in einer Denkschrift an die Reichsregierung in einer düsteren Vorahnung zum Ausdruck brachten:

„Wenn Sie, Herr Reichkanzler, und die von Ihnen geführte nationale Regierung, wenn die verantwortlichen Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP sich in der Tat das Endziel der Ausmerzungen des deutschen Judentums aus dem deutschen Volke gesetzt haben sollten, dann wollen wir uns nicht länger Illusionen hingeben und lieber die bittere Wahrheit erfahren.“¹³

Am 6.6.1933 suchten Leo Baeck und Leo Wolff als Vorsitzende der Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände um eine Unterredung mit der Reichskanzlei nach, um ihre Positionen zur geplanten Judenpolitik der neuen Regierung darzulegen. Obwohl die Reichskanzlei den Erhalt der Anfrage wenigstens bestätigte, verweigerte sie die erwünschte Aussprache. Damit zeigte die Reichskanzlei, dass sie unfähig oder unwillens war, mit zivilisierten Menschen zu sprechen. Der Ton des Briefes, der die Unterschrift von Leo Baeck trug, war weder resignativ, noch unterwürfig, rechtfertigend oder zornig gehalten, sondern drückte die als selbstverständlich erachtete Erwartung aus, mit der Würde im politischen Spiel geachtet zu werden, mit der die Vertreter der deutschen Juden in der Weimarer Republik rechnen konnten. Die Sprache des Briefes war ernst und das von Rabbiner Leo Baeck und dem Juristen Leo Wolff vorgetragene Anliegen existentiell berechtigt. Sie waren um das Wohl der ca. 500.000 deutschen Juden besorgt.

„Die deutsche Judenfrage verlangt ein klares Wort der deutschen Juden. Vor dem deutschen Judentum steht das Schicksal, zum Entrechteten in der deutschen Heimat zu werden. In ihrer Ehre getroffen, können die deutschen Juden als die Wenigen sich nicht verteidigen; aber es darf ihnen nicht verwehrt sein, ihre Haltung offen und aufrichtig kundzutun. Die deutschen Juden weisen es von sich, als die Anhänger oder Urheber irgendeines „Systems“ angeprangert zu werden, während sie in Wahrheit immer bewiesen haben und auch jetzt zu beweisen bereit sind, dass sie sich jeder staatlichen Ordnung willig und freudig unterordnen, wenn sie ihnen Würde, Arbeit und Freiheit läßt. Die deutschen Juden lehnen es ab, immer wieder auf ihre Jahrhunderte alte deutsche Kultur zu verweisen, auf ihre dauernde Verbundenheit mit deutschem Land und deutschem Geist. Die Wirklichkeit der Geschichte spricht für sie, spricht von ihrer Arbeit, ihrem Willen und ihrer Treue, von ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Volk. Wir dürfen erwarten, dass auch die Auseinandersetzung mit uns auf dem Boden des Rechtes und mit Waffen der Vornehmheit geführt werde, dass ehrliche Klarheit über unseren Platz und unseren Weg in dem Raume des Lebens geschaffen werde. Eine offene Aussprache mit der Reichsvertretung der

¹¹ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 27, 28; Brade, Lutz: Juden in Herford – Lebensverläufe, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1999. Hg. vom Kreisheimatverein e.V. Bielefeld 1998, S. 138; Mitteilung von Dr. Lutz Brade

¹² Zitiert nach Simon, Ernst: Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand. Tübingen 1959, S. 70

¹³ Zitiert nach Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 260f

deutschen Juden, welche die Gemeindeverbände und die großen jüdischen Organisationen und damit die Gesamtheit des deutschen Judentums umfaßt, vermag zum Ziele zu führen. Das Wohl Deutschlands erfordert es ebenso wie das der deutschen Juden ☹️❏¹⁴

Zur Organisation des geistigen Widerstands der deutschen Juden im NS-System, das sich systematisch der Propaganda der Lüge und Verschleierung bediente, gehörte die unter maßgeblicher Mitwirkung des Bibelübersetzers und Philosophen Martin Buber geleitete „Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung“, die jüdischen Erziehern „als Informationsbörse in Fragen des Lehrplans und der Pädagogik“ diente. Außerdem veranstaltete die Mittelstelle „Lernzeiten“ als Fortbildungsseminare für Pädagogen. Auch Kurt Halle, Jugenderzieher („Ortsgruppenleiter“) im BDJJ in Herford, konnte sich daran erinnern, an einem Treffen mit Martin Buber teilgenommen zu haben.¹⁵ Bei der Wiedereröffnung des Frankfurter Jüdischen Lehrhauses am 19.11.1933 unterschied Buber drei Stadien der Volkserziehung: 1. die „weisend lehrende“, 2. die „prophetisch mahnende“ und 3. die „überlieferte Volkserziehung“, die er mit den drei Aufgaben der Juden als Erinnerungs-, Lebens- und Werkgemeinschaft in Beziehung setzte.¹⁶ Nach Ernst Simon hat der Begriff „geistiger Widerstand“ zwei Bedeutungen:

„Einmal kann er meinen eine Verwurzelung des Geistigen in einer inneren Substanz, die äußeren Stürmen defensiv gewachsen ist, und zweitens den aktiven Einsatz jener Substanz gegen feindliche und minderwertige Kräfte, die sie und die von ihr getragenen Werte bedrohen. Vorläufig haben wir die Funktion der Volksbildung für den geistigen Widerstand nur in ihrer ersten, der scheinbar passiveren Form kennengelernt. Eine aktivere sollte sie zunächst in einem Teil der zionistischen Bewegung gewinnen.“¹⁷

Mit Ausnahme von Rudi Herz und seiner Frau Ilse Lazarus, die sich aktiv in der religiösen zionistischen Jugendbewegung (Esra, Bachad) engagierten, und Hildegard Hurwitz, die sich einer Jugendgruppe in der von Martin Buber inspirierten Werkleutebewegung in Berlin angeschlossen hatte und sich auf die Alija vorbereitete, gab es in den kleinen Gemeinden im Untersuchungsgebiet vermutlich kaum weitere aktive Zionisten, wenn sich auch die Sympathie für die zionistische Bewegung unter dem Druck des NS-Ausgrenzungsprozesses bei einigen Gemeindemitgliedern vergrößert haben musste. Während in Berlin das Jüdische Lehrhaus Fortbildungs-, Sprachkurse und Arbeitsgemeinschaften anbot und die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVfD) in ihrer Lehrstätte Chajim Nachman Bialik Kurse über Bibeltexte, Landeskunde und Sprachkurse in Hebräisch und Jiddisch veranstaltete, fanden auch beispielweise schon Ende 1933 und Anfang 1934 ähnliche kulturelle Veranstaltungen in Detmold und Bielefeld statt.

„Detmold. Im Dezember hielt Frau Herrstadt-Oettingen einen Vortragsabend, der in der vollbesetzten Synagoge stattfand. Auch die Mitglieder der Nachbargemeinden nahmen daran teil. In den Chanukkahtagen veranstalteten die Mitglieder des jüdischen Pfadfinderhauses unter Führung ihrer O.G.-Leiterin Karla Rulf eine Werbe-Chanukkahfeier. Am 10. Januar hielt Josef Plaut, der Sohn unseres verstorbenen früheren Predigers Abraham Plaut, einen köstlichen Abend ab. Neben dem hebräischen Sprachkurs für Erwachsene ist nunmehr auch ein Kursus für Schüler eröffnet worden. Beide Kurse stehen unter der Leitung des Predigers Rulf.“¹⁸

¹⁴ Zitiert nach Baker, Leonard: Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich. Stuttgart 1982, S. 214f

¹⁵ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 285. Mitteilung von Kurt Halle an Verfasser

¹⁶ Vgl. Simon, S. 34

¹⁷ Simon, S. 15f

¹⁸ Jüdische Rundschau Nr. 7 vom 23.1.1934; Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. Hg. vom Leo Baeck Institute Jerusalem. München. New York. London. Paris 1988, S. 148, Eintrag: „Edith Herrstadt-Oettingen“ (Vortragskünstlerin); S. 297, Eintrag: „Joseph Plaut“ (Schauspieler, Sänger); S. 320, Eintrag: „Moritz Rulf“ (Lehrer, Prediger der jüdischen Gemeinde Detmold, später Leiter des Israelitischen Kinderheims, Lützowstraße, Köln.)

„Bielefeld. Am 4. März fand eine gutbesuchte Tagung der Zionisten des Bielefelder Bezirks. R.-A. Dr. Schloßberg (Berlin) hielt ein umfassendes Referat über ‚Der Zionismus im Kampf um das jüdische Volk‘. Ferner sprachen Dr. Capell (Düsseldorf) über ‚Zionistische Aufgaben im Bielefelder Bezirk‘ und Hans Seidenberg (Düsseldorf) über ‚Die nationale und soziale Bedeutung des Keren Kajemeth Lejisrael‘. An die Referate schloß sich eine lebhaftige Aussprache an. Am Abend veranstaltete die Zionistische Ortsgruppe einen jüdischen Abend in der Synagoge. Orgelspiel und Chorgesang umrahmten einen Vortrag von Dr. Schloßberg ‚An der Wende zweier Epochen‘, der bei den Zuhörern einen nachhaltigen Eindruck hinterließ.“¹⁹

Wie oben erwähnt veranstaltete der Lehrer Max Lazarus aus Lübbecke in Rahden am 13.12.1933 (Chanukka 5694) eine Feier mit allen Schulkindern aus seinem Bezirk. Die Texte zu dieser Chanukkafeier hatte er selbst geschrieben. Die Kinder rezitierten diese Texte einzeln oder im Sprechchor, spielten je eines der sechs Chanukkalichter und den Diener, der die Chanukkageschichte zusammenfasste, nachdem der Diener bei jedem Kind das Chanukkalicht angezündet hatte. Zudem sagte ein Kind einen Text mit dem Titel „Der Besen der Heiligung“ auf und ein weiteres Kind spielte den Juda Makkabi (Lore Weinberg).²⁰ Das bewusste Begehen der jüdischen Feiertage im Jahreszyklus gab den nach Orientierung suchenden zionistischen und nichtzionistischen Juden ein neues kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl inmitten des sie massiv ausgrenzenden NS-Regimes, ein lebendiges Bewusstsein von den Bedrohungen, Katastrophen und Erlösungen in der jüdischen Geschichte, eine erneute Erinnerung an die Wertvorstellungen, die die Voraussetzungen zu einem bewussten jüdischen Kollektivleben lieferten.²¹ Insofern war dieser Religionsunterricht unter NS-Bedingungen Geschichtsunterricht, Trost und Sozialarbeit in einem.

„Rahden i. Westf. Zu einer erhebenden Kundgebung gestaltete sich eine von der Jugend aus vier Kleingemeinden veranstaltete Chanukkahfeier im Hause Heine in Rahden. Der Bedeutung des Festes gemäße Darbietungen vorgetragen von der Schuljugend und verfaßt von Lehrer Lazarus, Lübbecke, wechselten miteinander ab.“²²

In Werther predigte Alfred Weinberg nach dem Tod seines Vaters Bendix Jordan (*14.2.1857-16.5.1933) im Zyklus der Festtage über bestimmte Bibelabschnitte vor den Männern und Frauen der jüdischen Gemeinde. Aus der Anfangszeit des NS-Regimes ist eine „Predigt für Schawuoth“ erhalten, in der Alfred Weinberg den Bibelabschnitt Exodus Kapitel 19, 3-6 auslegte und die Bedeutung der zehn Gebote und der Sabbatruhe betonte. Schawuoth wird 50 Tage nach Pessach im Mai/Juni zum Abschluss der Frühlingsfeste als Fest der Erstlingsfrüchte gefeiert. Die Synagoge und die Häuser werden mit Blumen und Früchten geschmückt. Im Mittelpunkt steht aber die Erinnerung an die Offenbarung am Sinai und die Erwählung Israels als „ein Königreich von Priestern und ein heiliges Volk.“ U.a. heißt es in Alfreds Predigt:

„[...] So ist die Erinnerung an die sinaitische Gesetzgebung Ermahnung und Ermutigung zugleich: Ermahnung, indem sie uns eindringlich auffordert, dementsprechend unser Leben zu gestalten, Ermutigung, indem der Gedanke an die Größe unserer Vergangenheit und den Ewigkeitswert unserer Lehre uns Kraft und Ausdauer verleiht, auch schwere Zeiten in Demut zu ertragen und

¹⁹ Jüdische Rundschau Nr. 23 vom 23.3.1934; Walk (1988), S. 52, Eintrag: „Dr. jur. Hans Capell“ (Verbandsfunktionär der ZVfD <Zionistische Vereinigung für Deutschland> und des KKL <Keren Kajemeth Lejisrael = Jüdischer Nationalfonds)

²⁰ Vgl. Lazarus, Max: Für unsere Jugend. Ausgewählte Gedichte von Max Lazarus. Lübbecke 1935. [National Library Jerusalem, 36 B 577]; Brief von Dr. Lore Shelley an Verfasser

²¹ Vgl. Boas, Jacob: Countering Nazi-Defamation. German Jews and Jewish Tradition, 1933-1938, in: LBIYB, Bd. XXXIV (1989), S. 210f

²² Jüdische Rundschau Nr. 3 vom 9.1.1934

zuversichtlich in die Zukunft zu schauen. Aber nur derjenige wird aus dieser Erinnerung Mut schöpfen, der auch ihre Mahnung beherzigt. [...]"²³

Die in deutscher Sprache gehaltenen Predigten von Alfred Weinberg wurden von einer nichtjüdischen Angestellten der Firma Jordan Bendix Weinberg, Hanna Lütgemeyer, maschinenschriftlich ins Reine geschrieben.

Mit keinem Wort ging Alfred Weinberg auf den alltäglichen Terror und den Boykott, der von der NSDAP und ihren Gliederungen ausgeübt wurde, ein, sondern er betonte treu die altbewährten jüdischen Werte.

Als Quellen des Trostes gegenüber der massiven antisemitischen Propaganda hob die Reichsvertretung der deutschen Juden in ihrer Botschaft zu Yom Kippur 1935 den jüdischen Glauben, die kollektive Ehre der deutschen Juden und die Haltung und die Aufgaben der deutsch-jüdischen Jugend hervor.

„Die Reichsvertretung der deutschen Juden richtet am Sabbat des Trostes folgende Worte an uns:

„Tröstet, tröstet mein Volk“, ruft uns der heutige Sabbat zu. Woraus kann uns in diesen Tagen, in denen wir durch eine Flut von Beschimpfungen hindurchgehen müssen, Trost erwachsen? Er erwächst aus der Antwort, die unser Glauben, die unsere Ehre, die unsere Jugend gibt.

Allen Schmähungen stellen wir die Hoheit unserer Religion entgegen, allen Kränkungen unser stetes Bemühen, in den Wegen unseres Judentums zu gehen, seinen Geboten nachzukommen.

Die wahre Ehre gibt sich jeder selbst, er gibt sie sich durch ein Leben, das unantastbar und rein, schlicht und aufrecht ist, durch ein Leben auch von jener Zurückhaltung, die das Zeichen innerer Stärke ist. Unsere Ehre ist unsere Ehre vor Gott, sie allein wird bestehen.

Unsere Jugend - gibt sie uns nicht ein Beispiel der Anspruchslosigkeit und des Mutes, auf neuen Wegen dieses schwere Leben zu meistern? Lasst uns, Eltern und Lehrer, ein Geschlecht heranziehen, streng und hart gegen sich selbst, hilfsbereit gegen jeden anderen, mit starkem Körper und frischem Geist, gläubig und fest sich verwurzelnd im Judentum.

Lasst Euch nicht niederdrücken und lasst Euch nicht verbittern. Vertraut auf Den, dem die Zeiten gehören.“²⁴

Wie dramatisch sich die Ausgrenzung schon im Herbst 1935 zuspitzte, verdeutlichte ein von dem Rabbiner Leo Baeck im Auftrag der Reichsvertretung für Kol Nidre verfasstes Gebet, das also am Vorabend des höchsten jüdischen Festtages, am Versöhnungstag (Yom Kippur 5696), in den Synagogen verlesen werden sollte. Die Gestapo war mit der Formulierung des Gebetes nicht einverstanden und hatte es verboten. Die NS-Propaganda wird nämlich darin als Lügen- und Verleumdungssystem eindeutig verworfen. Dennoch hatte man es in einigen Synagogen verlesen. Daraufhin wurden Leo Baeck als Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden und Otto Hirsch als geschäftsführender Vorsitzender verhaftet und 24 Stunden lang gefangengehalten. Insgesamt wurde Rabbiner Leo Baeck fünfmal vom NS-Regime verhaftet, bevor er ins Durchgangslager Theresienstadt verbracht wurde.²⁵ Der Wortlaut des Kol Nidre-Gebetes verdeutlichte, dass die jüdische Religion eine geschichtliche Mission erfüllt, indem ihre Lehrer Generation für Generation mit denselben ethischen Wertvorstellungen, Glaubensinhalten und -haltungen vertraut machen:

„Die Reichsvertretung der deutschen Juden spricht mit uns: In dieser Stunde steht ganz Israel vor seinem Gotte, dem richtenden und dem vergebenden. Vor ihm wollen wir allesamt unseren Weg prüfen, prüfen, was wir getan und was wir unterlassen, prüfen, wohin wir gegangen und wovon wir ferngeblieben sind. Wo immer wir gefehlt haben, wollen wir offen bekennen: ‚wir haben gesündigt‘; und wollen mit dem festen Willen zur Umkehr vor Gott beten: ‚vergib uns!‘

²³ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

²⁴ ALBI New York; Leo Baeck/LB/London Collection AR 7161. Ich danke Prof. Robert Allan Weinberg für seine freundliche Zusendung dieses bedeutenden Dokuments.

²⁵ Vgl. Simon, S. 39; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 258

Wir stehen vor unserem Gotte. Mit derselben Kraft, mit der wir unsere Sünden bekannt, die Sünden des Einzelnen und die der Gesamtheit, sprechen wir es mit dem Gefühl des Abscheus aus, dass wir die Lüge, die sich gegen uns wendet, die Verleumdung, die sich gegen unsere Religion und ihre Zeugnisse kehrt, tief unter unseren Füßen sehen. Wir bekennen uns zu unserem Glauben und zu unserer Zukunft. Wer hat das Geheimnis des Ewigen, des einen Gottes gekündet? Wer hat der Welt den Sinn für die Reinheit der Lebensführung, für die Reinheit der Familie geoffenbart? Wer hat der Welt die Achtung vor dem Menschen, dem Ebenbilde Gottes gegeben? Wer hat der Welt das Gebot der Gerechtigkeit, den sozialen Gedanken gewiesen? Der Geist der Propheten Israels, die Offenbarung Gottes an das jüdische Volk hat in allen gewirkt. In unserem Judentum ist es erwachsen und wächst es. An diesen Tatsachen prallt jede Beschimpfung ab.

Wir stehen vor unserem Gotte; auf Ihn bauen wir. In Ihm hat unsere Geschichte, hat unser Ausharren in allem Wandel, unsere Standhaftigkeit in aller Bedrängnis ihre Wahrheit und ihre Ehre. Unsere Geschichte ist eine Geschichte seelischer Grösse, seelischer Würde. Sie fragen wir, wenn sich Angriff und Kränkung gegen uns kehren, wenn Not und Leid uns umdrängen. Von Geschlecht zu Geschlecht hat Gott unsere Väter geführt. Er wird auch uns und unsere Kinder durch unsere Tage hindurch leiten.

Wir stehen vor unserem Gotte. Sein Gebot, das wir erfüllen, gibt uns die Kraft, Ihm beugen wir uns, und wir sind aufrecht vor den Menschen. Ihm dienen wir, und wir bleiben fest in allem Wechsel des Geschehens. Demütig vertrauen wir auf Ihn, und unsere Bahn liegt deutlich vor uns, wir sehen unsere Zukunft.

Ganz Israel steht in dieser Stunde vor seinem Gotte. Unser Gebet, unser Vertrauen, unser Bekennen ist das aller Juden auf Erden. Wir blicken aufeinander und wissen von uns, und wir blicken zu unserem Gotte empor und wissen von dem, was bleibt.

„Siehe, nicht schläft und nicht schlummert Er, der Israel hütet“. „Er, der Frieden schafft in seinen Höhen, wird Frieden schaffen über uns und ganz Israel“.

Trauer und Schmerz erfüllen uns. Schweigend, durch Augenblicke des Schweigens vor unserem Gotte, wollen wir dem, was unsere Seele erfüllt, Ausdruck geben. Eindringlicher als alle Worte es vermöchten, wird diese schweigende Andacht sprechen.“²⁶

Der liberale Rabbiner Leo Baeck war am 17.9.1933 zum Präsidenten der Reichsvertretung der deutschen Juden gewählt worden. Seine Persönlichkeit eignete sich am besten, zwischen den unterschiedlichen politischen und ideologischen Gruppierungen des deutschen Judentums zu vermitteln. Er repräsentierte seit den frühen zwanziger Jahren als Vorsitzender den deutschen Rabbinerverband, war Großpräsident des Unabhängigen Ordens Bne Briss (UOBB), Mitglied des Hauptvorstands des C.V. und des Präsidiums des Keren Hajessod (Grundfonds).²⁷

Bis hierhin wurde der geistige Widerstand einiger Juden im Untersuchungsgebiet am Beispiel der Arbeit des Geschäftsführers des Centralvereins, Landesverband Ostwestfalen und angrenzende Gebiete, der Chanukkafeier 1933 in Rahden und einer Predigt zu Schawuoth in Werther gezeigt. Auf überregionaler, zentraler Ebene drückten die Botschaften der Reichsvertretung der deutschen Juden gegenüber der nationalsozialistischen Reichsführung aus, dass sie gewillt war, wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik in Würde und Anstand mit der Regierung in einen Dialog zu treten. Doch dieses Anerbieten wurde von der neuen NS-Regierung abgelehnt. Die neue totalitäre NS-Regierung brauchte bei der Exekution ihres antisemitischen Programms keine jüdischen Gesprächspartner. Die Epoche der deutsch-jüdischen Emanzipation war somit zu Ende gegangen. Die Botschaft der Reichsvertretung zu Yom Kippur 1935 nach Innen verdeutlichte ihr Bemühen, den Glauben der deutschen Juden in einer sich radikal veränderten sozio-ökonomischen Umwelt zu stärken.

Da aufgrund der NS-Boykottpolitik gegen von Juden geleitete Betriebe immer mehr jüdische Männer und Frauen arbeitslos wurden, ergab sich das Problem, wie die Arbeitslosen auf die noch bestehenden Betriebe verteilt werden konnten. Junge Frauen nahmen zur Vorbereitung ihrer Auswanderung Stellen als Hausbedienstete an. Der Annoncenteil in dem neutralen „Hamburger Israelitischen Familienblatt“ half bei der Vermittlung offener Stellen.²⁸ Ältere jüdische Arbeitslose,

²⁶ ALBI New York, Leo Baeck/LB/London Collection AR 7161. Das Kol Nidre Gebet von 1935

²⁷ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 252

²⁸ Vgl. Brillling, Bernhard: Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, in: Der Archivar 22 (1969), S. 163; Freedon, Herbert: Die jüdische Presse im Dritten Reich.

besonders Handelsangestellte und Beamte, hatten Schwierigkeiten, eine Stelle zu finden. Zudem verordnete die Reichsregierung schon im November 1935, dass die jüdischen Arbeitsämter zu schließen seien, was auf Intervention der Reichsvertretung allerdings erst am 1.1.1937 geschah. Die NS-Regierung war nicht davon überzeugt, dass die jüdischen Arbeitsämter ausschließlich den Zweck verfolgten, die Arbeitssuchenden so zu beraten und umzuschichten, dass sie sobald wie möglich auswanderten.²⁹

In den Jahren 1936-39 nahm der Manufakturwarenhändler Alfred Weinberg in Werther beispielsweise nicht weniger als sieben Hausgehilfinnen und zwei Angestellte bei sich auf, junge Leute im Durchschnittsalter von ca. 25 Jahren, und teilte mit ihnen Brot und Wohnung, obwohl sein Geschäft kaum noch Umsätze machte. Die letzte nichtjüdische Angestellte der Manufakturwarenhandlung Jordan Bendix Weinberg musste ihre Arbeit 1936 aufgeben, weil die direkten Kontakte, die die Familie Weinberg zu nichtjüdischen Kunden aufrecht erhalten konnte, „an einer Hand“ abzählbar waren.³⁰ Alfred Weinbergs Solidarität gegenüber seinen Schicksalsgefährten ist also aus dem Grund hoch einzuschätzen, weil sein Umsatz gering gewesen sein dürfte und er von seinen Ersparnissen leben musste.

Der Zigarrenfabrikant Julius Weinberg in Werther beschäftigte in der Zeit von 1936-39 mindestens 12 jüdische Hausbedienstete (Hausgehilfinnen, Erzieherinnen, einen Chauffeur und einen Kraftfahrer) im Durchschnittsalter von 28,4 Jahren neben Hunderten von Heimarbeitern, bevor er gezwungen wurde, seine Fabrik im Juli 1938 an einen Konkurrenten zu verkaufen und ein Jahr später nach England auszuwandern.³¹

Der aus seinem Beruf als Verwaltungsobersekretär der AOK ausgegrenzte Willy Labandter fand in der Buchhaltung der Herrenkleiderfabrik und Webwarengroßhandlung Abraham Hecht Beschäftigung, nachdem er mit seiner Frau Karola von Bielefeld kommend im Januar 1936 nach Lübbecke gezogen war. Als dieser Betrieb im Sommer 1938 an einen nichtjüdischen Konkurrenten zwangsverkauft wurde, zog Willy Labandter zurück nach Bielefeld und wanderte schließlich am 4.8.1939 nach England aus.³² Auch Hermann Levy, der in Lübbecke sein Manufakturwarengeschäft aufgrund des permanenten NS-Boykotts im Herbst 1935 verkaufen musste, fand in der Zuschneiderei der Firma A. Hecht bis zu ihrem Zwangsverkauf Arbeit.³³

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, dass jüdische Arbeitgeber bereit waren, ihre vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgegrenzten Schicksalsgefährten zu beschäftigen.

Gegenseitige Hilfe, Rückhalt und Trost fanden die ausgegrenzten jüdischen Frauen und Männer auch in den Ortsvereinen ihres Vereinswesens. Einen „Israelitischen Frauenverein“ (gegr. 1848)

Frankfurt a.M. 1987, S. 34f

²⁹ Vgl. Barkai, Avraham (1988), S. 96

³⁰ Vgl. StdtA Werther, B 95a; StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake; Mitteilung von Kurt Halle an Verfasser

³¹ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

³² Vgl. Minninger (1985), S. 121, Nr. 545; Zassenhaus, S. 100; Mitteilung von Ewald Meier an Verfasser

³³ Vgl. Zassenhaus, S. 102; Mitteilung von Ewald Meier an Verfasser

gab es während der NS-Zeit in Lübbecke mit 15 (1935) und 11 Mitgliedern (1937), deren Vorstände sich aus einer Vorsitzenden (Margarete Rosenberg; Fanny Löwenstein) und einer Rendantin (Anni Wolff) zusammensetzten.³⁴ Der Rahdener „Israelitische Frauenverein“ (gegr. 1910) zählte 16 Mitglieder im Jahr 1935 und verringerte sich auf 9 Mitglieder im Juli 1938. Die schwindenden Mitgliederzahlen in beiden Vereinen waren darauf zurückzuführen, dass sich immer mehr Gemeindemitglieder entschlossen, fortzuziehen oder auszuwandern. Der Frauenverein in Rahden löste sich aus diesem Grund und der damit zusammenhängenden schlechten Vermögenslage am 1.9.1938 auf. Vom Vereinsvermögen in Höhe von 178,90 RM wurden 50 RM für wohltätige Zwecke ausgegeben und 100 RM der jüdischen Gemeinde Rahden überwiesen. Den Rest des Vereinsvermögens verwaltete die letzte Vorsitzende, Sophie Haas.³⁵

Der Ortsverein des Centralvereins der Juden in Deutschland, Landesverband Westfalen-Ost, in Lübbecke zählte 1935 acht Männer und zwei Frauen, zwei Jahre später neun Männer und zwei Frauen. Der Vorstand dieses Ortsvereins setzte sich aus einem Vorsitzenden (Alfred Löwenstein) und einem Kassierer (Adolf Wolff) zusammen.³⁶ Oben wurde bereits dargestellt, dass die Abwehrarbeit des C.V. während des NS-Regimes zur Farce wurde, weil die antisemitischen Bewegungsstellen der NSDAP den C.V. nicht ernst nahmen und es andererseits der C.V. gewohnt war, mit rechtstaatlichen Mitteln und dauerndem Rekurs auf Minderheiten- und Menschenrechte zu operieren, die die Nationalsozialisten schon längst aufgehoben und durch ihre NS-Ideologie und NS-Gesetzgebung ersetzt hatten. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass der Protest des C.V.-Mitgliedes Hermann Hecht beim Landrat des Kreises Lübbecke gegen die Aufstellung eines Stürmerkastens in der Nähe seiner Fabrik im Frühjahr 1935 keinen Erfolg hatte.

Der Boykott am 1.4.1933 richtete sich gegen jüdische Geschäftsinhaber, Ärzte und Rechtsanwälte. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtengesetz“ vom 7.4.1933 legalisierte nicht nur das gerichtliche Vertretungsverbot, die Amtsenthebung und Ausgrenzung von Tausenden von jüdischen Rechtsanwälten, Notaren und Assessoren, sondern traf auch, teilweise schon vor seiner Inkraftsetzung, Tausende von jüdischen Künstlern - Schauspieler, Musiker, Sänger, Regisseure, Dirigenten, technisches Personal - die zwar selten verbeamtet waren, deren Dienstverträge aber dennoch gekündigt wurden.³⁷ Verantwortlich für diese Maßnahmen war der preußische Ministerpräsident und Theaterliebhaber Göring, der seine Theaterpolitik einem besonderen Staatskommissar, Hans Hinkel, übertrug, der als Landesführer des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Kultur installiert wurde.

³⁴ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2380

³⁵ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1783

³⁶ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2380

³⁷ Vgl. Dahm, Volker: Kulturelles und geistiges Leben, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1988, S. 81f; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 272; Geisel, Eike; Broder, Henryk M.: Premiere und Pogrom: der jüdische Kulturbund 1933-1942. Berlin 1992, S. 9

Als Reaktion auf diese Ausgrenzungspolitik, die schätzungsweise 8.000-20.000 jüdische Künstler arbeitslos machte, wurde Mitte Juli 1933 unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen Intendanten an der Städtischen Oper Berlin, Neurologen und Leiters des Berliner Ärztechores, Kurt Singer, des Regieassistenten an der Preußischen Staatsoper Berlin, Kurt Baumann, und des Dramaturgen und Schriftstellers Julius Bab der „Kulturbund deutscher Juden“ in Berlin gegründet. Dieser Kulturbund, dem bald weitere jüdische Kulturbünde im ganzen Land (Rhein-Ruhr, Rhein-Main; Hamburg; Bayern; Ostwestfalen) folgten, bot in der Folgezeit Schauspiele, Opern, Konzerte und Vorträge für seine Mitglieder an. Die Rabbiner Leo Baeck und Joachim Prinz, Kurt Singer und Julius Bab erläuterten auf Werbeveranstaltungen die Konzeption des Kulturbundes.³⁸

Die Nationalsozialisten verfolgten bei der Genehmigung des Kulturbundes mehrere Absichten. Erstens wurde durch die Gründung dieses abgesonderten Kulturverbandes das Problem der jüdischen Massenarbeitslosigkeit, die ja eine Folge der NS-Politik war, unter Künstlern und technischem Personal gemindert. Zweitens diente der Kulturbund dem Regime als Beweis seiner Großzügigkeit und zur Abwehr antinationalsozialistischer Propaganda im Ausland, und drittens sollte eine Ghettoisierung der jüdischen Kultur die Trennung der deutschen Juden von den Nichtjuden vergrößern, ihren assimilatorischen Optimismus dämpfen und sie zur Auswanderung ermutigen.³⁹

Diesen Zielsetzungen gemäß wurde das Programm der Kulturbünde in der Folgezeit vom Reichskulturwart Hinkel einer immer rigideren Zensur unterworfen. Bald durften die Werke der deutschen Klassik und Romantik nicht mehr gespielt werden; Beethoven war ab 1937 tabu; die Werke von Mozart durften seit dem Anschluss Österreichs nicht mehr aufgeführt werden. Alle Veranstaltungen mussten nicht nur angemeldet und genehmigt werden, sondern wurden - wie die Gottesdienste der Bekennenden Kirche - von Gestapobeamten überwacht. Unter solchen Verhältnissen verwandelten sich die Kulturbünde in „Kulturkasernen“.⁴⁰

Das erste Theaterstück, das der „Kulturbund deutscher Juden“ am 1.10.1933 im Berliner Theater an der Charlottenstraße aufführte, war das dramatische Gedicht „Nathan der Weise“ von Gotthold Ephraim Lessing (Uraufführung: 14.4.1783 in Berlin) in der Inszenierung von Karl Löwenberg mit Kurt Katsch in der Hauptrolle. In dem Stück, das zur Zeit der Kreuzzüge in Jerusalem spielt, geht es um den Juden Nathan, dessen Frau und sieben Söhne in einem Pogrom, den Christen verursachen, verbrannt werden. Dem Juden wird von einem Klosterbruder ein kleines Mädchen übergeben, das er als seine Adoptivtochter Recha annimmt. Recha wird von einem Tempelherrn aus dem brennenden Haus des Nathan gerettet. In der Schlusszene stellt sich heraus, dass Recha und der Tempelherr Geschwister sind und der Sultan Saladin ihr Onkel ist. Auf dem

³⁸ Vgl. Dahm, S. 83ff

³⁹ Vgl. Dahm, S. 87; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 275

⁴⁰ Vgl. Geisel; Broder, S. 14

Hintergrund kollektiver Zerstörungsbesessenheit und ideologischer Blindheit gilt dem Dichter also gruppenübergreifendes, hilfreiches Handeln als wahre Mitmenschlichkeit.

Der Intendant des Kulturbunds, Dr. med. Kurt Singer, richtete folgende Worte an das zahlreich erschienene jüdische Publikum aus Berlin:

„Wenn sich heute zum erstenmal der Vorhang hebt im Theater des 'Kulturbundes Deutscher Juden', dann wissen wir alle: es geht mehr als um Theaterspiel. Wenn sich der Vorhang hebt, dann ahnen wir: aus einer Gemeinschaft, von der Not gezimmert, ist eine Gemeinschaft der schaffenden Arbeit geworden. Nur so kann uns das Theater, sonst wohl als eine Stätte der Unterhaltung und Erbauung geliebt, eine Stätte der Weihe und des Kults in schmerzreicher Zeit werden. Nie ist der Zusammenhang zwischen Bühne und Publikum, zwischen Oben und Unten im Theater so groß gewesen, wie jetzt, nie das Geben und Nehmen so sehr in eins verschmolzen, wie heute, wo jeder Atemzug, jedes Wort, jede Geste zu sagen, ja, uns in die Seele zu hämmern scheint: Schicksalsgemeinschaft...“⁴¹

„Dies war das einzige Mal, dass der ‚Nathan‘ in Nazideutschland gespielt wurde.“⁴² Die „Jüdische Rundschau“, Organ der deutschen Zionisten, kritisierte in einer Rezension, dass die versöhnende Botschaft des Stücks die Wunschprojektion des liberalen, assimilierten Judentums darstelle, für die Einschätzung der zeitgenössischen politischen Verhältnisse jedoch untauglich sei.⁴³

Dirigiert von Michael Taube wurde Mitte Oktober 1933 das erste Sinfoniekonzert mit Werken von Händel, Tschaikowsky und Mozart gegeben. Danach folgte die erste Oper, die der Kulturbund in Berlin präsentierte, Mozarts „Hochzeit des Figaro“ am 14.11.1933 unter der Orchesterleitung von Joseph Rosenstock.⁴⁴

Nach Dahm soll sich der „Kulturbund Ostwestfalen“ im September 1934 konstituiert haben, tatsächlich gründete er sich schon am 1.7.1934. Als Geschäftsführer des „Kulturbundes deutscher Juden für Ostwestfalen und angrenzende Gebiete“ wurde Dr. Hans Davidsohn in Herford gewählt, der diese Funktion ab 1.8.1934 ausübte. Als erster Vorsitzender fungierte Prediger Sigmund Goldmann aus Herford, als zweiter Vorsitzender Albert Eichmann aus Detmold und als Stellvertreter Wolfgang Meyer-Michael aus Rheda und Dr. Erich Rosenbaum aus Bünde. Der Vorstand rechnete mit 300-500 aktiven Mitgliedern und sah 5 Vortragsorte vor: Detmold, Herford, Minden, Rheda und Osnabrück.⁴⁵ Bielefeld und Orte des Altkreises Halle i.W. waren also als Vortragsorte ausgeklammert worden.

In Lübbecke hatten sich diesem regionalen jüdischen Kulturbund bis Juli 1937 neun Frauen und neun Männer als Mitglieder angeschlossen. Es gab keinen Ortsverein oder einen Vorstand. Dr. Hilde Ruben, geb. Rosenberg war mit der Einziehung der Mitgliederbeiträge betraut worden und gab Mitteilungen des Vereins weiter.⁴⁶

Welche Kulturveranstaltungen wurden organisiert? Da jede in der Herforder Synagoge stattgefundene Veranstaltung des Kulturbunds polizeilich angemeldet und vom Büro des

⁴¹ Zitiert nach Dahm, S. 125

⁴² Geisel; Broder, S. 14

⁴³ Vgl. Dahm, S. 129

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 132, 134

⁴⁵ Vgl. Dahm, S. 94; StADt, M 4 A Nr. 27

⁴⁶ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 2380

Staatskommissars Hinkel in Berlin genehmigt werden musste, kann die Vielfalt des angebotenen Programms aufgrund der überlieferten Quellen beschrieben werden.

In der Berliner Philharmonie veranstaltete im Mai 1934 der Kulturbund Berlin zusammen mit der Künstlerhilfe unter der Leitung von Dr. med. Singer als „einen Höhepunkt des Musikjahres“ und zum Gedenken an den 250. Geburtstag von Georg Friedrich Händel, Hofkapellmeister von Georg I., die Aufführung des Oratoriums „Judas Maccabäus“, an der 350 Sänger und Instrumentalisten mitwirkten. Allein drei Chöre, der Opernchor des Kulturbunds, die „Jüdische Chorvereinigung“ und der „Berliner Ärztechor“, den Dr. Singer in den 20er Jahren selbst gegründet hatte, waren an der Aufführung beteiligt. Da den Nationalsozialisten Händel wegen seiner Bindung zu England und seiner dreizehn alttestamentarischen Bibelatorien unwillkommen war, konnten seine Werke in den jüdischen Kulturbünden bis zum reichsweiten Pogrom am 9./10.11.1938 gespielt werden.⁴⁷ Ironischerweise soll sich Händel zu Lebzeiten nie in flüssigem Englisch ausgedrückt haben, sondern machte sich angeblich in einem „Opernkauderwelsch“ aus Deutsch und Italienisch verständlich. Doch die Liebe der Engländer zu Händels Bibelatorien erklärte sich aus der Tradition des Puritanismus, weil sie „das Volk Israel als prophetisches Gleichnis ihrer anglikanischen Gotteskindschaft“ ansahen. Nach seinem Tod wurde Händel in der Westminster Abbey beigesetzt und der Text seiner Arie „I know that my Redeemer liveth“ aus dem „Messias“ auf sein Grabmal gesetzt. Diesen Spruch hatte Händel aus dem Buch Hiob zitiert (Kap. 19, 25).⁴⁸ Später, am 29.9.1934, reiste Dr. med. Singer nach Herford und sprach in einer Abendveranstaltung in der Synagoge über „Händels Leben und seine Werke“. Der Überwachungsbeamte berichtete hierüber wie folgt:

„Der angemeldete jüdische Kulturabend fand am Sonnabend, den 29. September 1934 um 20.30 Uhr in der hiesigen Synagoge statt. Anwesend waren 130 Personen. Die Teilnehmer kamen auch aus Bad Oeynhausens, Vlotho und Lübbecke. Dr. Kurt Singer leitete den Abend mit einem kleinen Vortrag über den Zweck der Kulturabende ein. Er erklärte, dass Kulturabende notwendig seien, da die Juden aus dem deutschen Kulturleben ausgeschlossen seien. Jüdische Kultur allein komme nicht in Frage. Die Verbundenheit mit Heimat, Deutschland und dem europäischen Leben könne nicht ausgeschlossen werden. Dr. Kurt Singer sprach dann über Händels Leben und seine Werke. Er stellte musikalische Gegensätze zwischen Bach und Händel heraus. Er brachte dann den Besuchern Musikstücke aus ‚Judas Makkabäus‘ auf Schallplatte und Klavier zu Gehör. Die Veranstaltung war um 22.45 Uhr beendet. Sie ist ohne Störung verlaufen. In politischer Hinsicht war sie bedeutungslos.“⁴⁹

Für den 18.3.1935 war ein Lichtbildvortrag des Bildhauers und stellvertretenden Vorstandsmitglieds Wolfgang Meyer-Michael über das Thema „Rembrandt und die Juden“ eingeplant. Am 4.4.1935 war ein Gesangsabend des Oberkantors Hermann Lieber aus Hamburg, der von Heinz Philippsohn aus Herford auf dem Klavier begleitet wurde, vorgesehen. Eine Kulturbundveranstaltung für den 8.2.1936 war am 4.2.1936 abgesetzt worden wegen der Ermordung von Wilhelm Gustloff, dem NS-Statthalter für die Schweiz, durch David Frankfurter. Auch der für den 25.3.1936 vorgesehene Kammermusikabend von Joseph und Boris Schwarz musste auf Veranlassung der Stapo Bielefeld verschoben werden. Für den 10.5.1936 war ein

⁴⁷ Vgl. Dahm, S. 115, 135

⁴⁸ Vgl. Moser, Hans Joachim: Musikgeschichte in hundert Lebensbildern. Stuttgart 1958, S. 314, 320, 323f. Dieser Spruch wird auch auf dem Grabstein für Levy (*18.10.1814, gest. 16.1.1886) und Fanny Neustädter (*23.9.1829, gest. 13.8.1873), die auf dem jüdischen Friedhof von Preußisch Oldendorf beigesetzt wurden, zitiert. Vgl. Karrasch, S. 36

⁴⁹ StADt, M 4 A Nr. 28

Vortrag der Musikhistorikerin Dr. Anneliese Landau aus Berlin über das Thema „Mendelssohn und seine Zeit“ angekündigt. Der Pianist Wolfgang Rosé spielte zur Erläuterung Werke von Mendelssohn, Schumann und Chopin. Am 20.5.1936 wurde in der Herforder Synagoge erneut ein Kulturabend gegeben. Dr. Ludwig Landau hielt einen Vortrag zum Thema „Vom Sinn jüdischer Geschichte“. Umrahmt wurde sein Vortrag mit Klavierbegleitung. Max Mansfeld aus Berlin spielte Biblische Lieder von Dvorák, die Arie des Obadjah aus dem „Elias“ von Mendelssohn, jüdische Volkslieder und eine Ariosa von Händel. Am 6.6.1936 sollte ein Konzert mit der Sängerin Emmy Lussheimer-Joseph aus Mannheim und dem Pianisten Bernhard Abramowitsch aus Hamburg stattfinden. Die letzte Veranstaltung, die Dr. Davidsohn anmeldete, war ein „heiterer Vortragsabend“ mit dem Künstler Alfons Fink aus Berlin, der am 8.10.1936 um 20.30 Uhr in der Herforder Synagoge stattfinden sollte. Staatskommissar Hinkel hatte die Veranstaltung mit Ausnahme des Textes „Jüdisch“ genehmigt.

Nach dem tödlichen Attentat auf Dr. Davidsohn am 5.10.1936 wurde Werner Hoffmann aus Herford mit der Geschäftsführung des Kulturbundes für Ostwestfalen und Nachbargebiete beauftragt. Er meldete für Sonnabend, den 14.11.1936 einen Vortragsabend an. Kein geringerer als der Theaterkritiker und Mitbegründer des Jüdischen Kulturbundes Berlin, Julius Bab, wurde eingeladen. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde auch diese Veranstaltung von der Gestapo überwacht. Bab behandelte die Themen „Der Jude als Motiv in der europäischen Dichtung“ und „Der Widerhall der Bibel in der europäischen Dichtung“ am Beispiel der Figuren Shylock in Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“, des Nathan in Lessings Stück „Nathan der Weise“ und der Judith im gleichnamigen Stück von Hebbel. Der Überwachungsbeamte wusste zu berichten, dass „ca. 115 Personen aus Herford und Umgegend“ an der fast zweistündigen Abendveranstaltung in der Herforder Synagoge teilgenommen hatten. Am 9.3.1937 wurde am selben Ort ein Gesangs- und Klavierabend mit der Berliner Sopranistin Doris Wilamowska und dem Pianisten Wolfgang Rosé gegeben, an dem ca. 170 Personen aus Herford und Umgegend teilnahmen. Manche der vortragenden Künstler – wie Anneliese Landau, der Rabbiner Hermann Lieber oder Joseph Schwarz - konnten sich später ins demokratische Ausland retten, andere wie Heinz Philippsohn wurden in die Lager verschleppt und sind dort umgekommen.⁵⁰

Dieses Programm des „Jüdischen Kulturbundes für Ostwestfalen und angrenzende Gebiete“, wie er sich seit September 1935 nennen musste, war zweifellos geistreicher als die von der NS-

⁵⁰ Vgl. StADt, M 4 A Nr. 28. Zur Kurzbiographie der Musikologin Dr. phil. Anneliese Landau, siehe: Walk, Joseph (1988), S. 212; des Sängers und Musikpädagogen Joseph Schwarz siehe ebd., S. 337; zu Rabbiner Hermann Lieber siehe ebd., S. 235; zur Sängerin Doris Wilamowska, die noch im Februar 1941 mit dem Rezitator Willy Buschhoff und dem Konzertpianisten Kurt Heinemann auf eine Tournee durch acht deutsche Städte ging, siehe Dahm, S. 255; zu Heinz Philippsohn siehe Brade (1998), S. 159.

Regierung verordnete germanisch-heroische Attitüde. Im Regierungsbezirk Minden wurde z.B. ein Richard-Wagner-Gedenktag (13.2.1933) für alle Schulen eingeführt.⁵¹

Nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze und dem „faktisch bestehenden Lokal- und Gaststättenverbot“ trafen sich junge jüdische Leute wie Artur Sachs aus Werther (*1914) in dem Lokal, das die jüdische Gemeinde in Bielefeld im Gemeindehaus neben ihrer Synagoge eingerichtet hatte.⁵² Während Artur Sachs in den Jahren 1933/34 noch im Fußballclub F.C. Arminia Vlotho mitspielen konnte, sogar nach dem Fußball noch mit jungen SS-Leuten in Lokalen Billard spielte, war dies später nicht mehr möglich. Er kümmerte sich um jüdische Jugendliche im jüdischen Fußballclub, der sich in Brackwede unter dem Dach des RjF organisierte.⁵³ Da Artur Sachs ein Motorrad, später ein kleines Auto besaß, war er mobil, und es bereitete ihm keine Schwierigkeiten, zwischen den ostwestfälischen Städten hin- und her zu fahren. In Herford turnte er beispielsweise mit Kurt Halle im BDJJ, in Brackwede spielte er Fußball, in Bielefeld konnte er das Lokal im Gemeindehaus besuchen und schließlich in Werther nach seiner Lehre in Vlotho das Textilgeschäft seines Vaters fortführen, indem er ambulant Textilien aus dem Wuppertaler Großhandelsgeschäft seines Bruders Ludwig in der ostwestfälischen Region verkaufte.⁵⁴

Wie reagierten die jüdischen Eltern auf die Tatsache, dass ihre Kinder in den öffentlichen Schulen von indoktrinierten Klassenkameraden und Lehrern diskriminiert wurden und es daher zu befürchten war, dass sie Schaden an Leib und Seele erleiden würden? Wieviele Eltern im Untersuchungsgebiet konnten es sich leisten, ihre Kinder jüdische Schulen, Landschulheime oder Internate besuchen zu lassen?

Im Juni 1937 wurde der Stapo in Bielefeld gemeldet, dass in Lübbecke und Levern je zwei jüdische Schüler und in Rahden elf jüdische Schüler die öffentlichen Schulen besuchten.⁵⁵ In Werther und Vermold soll es ein Jahr zuvor keine jüdischen Schüler mehr gegeben haben, in Borgholzhausen nur einen einzigen.⁵⁶

Der Zigarrenfabrikant Julius Weinberg aus Werther ließ seine Söhne Bernd (*26.6.1922) und Kurt-Wilhelm (*23.7.1924), die zuvor Schüler der Evangelischen Höheren Privatschule in Werther

⁵¹ Vgl. Emer, Wolfgang: Bürgertum und ‚Machtergreifung‘ in Bielefeld: ‚Es lag keinerlei Notwendigkeit vor, um- oder gleichzuschalten‘, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler, Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 13; Laqueur, Walter: Fascism: past, present, future. New York. Oxford 1996, S. 61; zur Förderung der Gobineau-Rezeption und des Rassenmystizismus durch Wagner siehe: Losemann, Volker: Rassenideologien und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg. Basel. Wien 1997, S. 316f.

⁵² Vgl. Meynert (1988), S. 72

⁵³ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 39, 70: Interviews von Joachim Meynert mit Artur Sachs vom 24.3.1981 und 5.9.1985

⁵⁴ Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996 an Verfasser

⁵⁵ Vgl. StADt, M2 Lübbecke Nr. 246

⁵⁶ Vgl. CZA, A 142/88‘5

gewesen waren, das Philantropin (gegr. 1804) in Frankfurt a.M. von 1936/37 an besuchen. Dieses Internat vermittelte alle Bildungsabschlüsse und zählte 1929 900 Schüler und Schülerinnen. Während der NS-Zeit stieg die Zahl der Schüler, die aus ganz Deutschland kamen, auf 1.200-1.400 an. 600 Schüler besuchten allein die Höhere Schule des Philantropin. Seit 1937 konnten sich Schüler auf das „Cambridge Certificate“ vorbereiten, eine Prüfung, die ein Jahr später von englischen Prüfern zum ersten Mal abgenommen wurde. Der letzte Direktor des Philantropin, Dr. Albert Hirsch, legte Wert auf die Vermittlung europäischen Bildungsgutes. Er hatte eine Reihe von Lehrbüchern geschrieben und bei einer Neuausgabe von Lessings Werken mitgearbeitet. Kurt-Wilhelm Weinberg besuchte das Philantropin bis Dezember 1938. Während des reichsweiten Pogroms am 9./10.11.1938 wurden alle Lehrer über 60 Jahre und einige Schüler über 16 Jahre in das KZ Buchenwald verschleppt. Lilly Hirsch, die Gattin des Schuldirektors, fragte eine Woche nach dem Pogrom beim Frankfurter Polizeipräsidenten nach, wie lange die 800 Schüler des Philantropins voraussichtlich noch ohne Unterricht bleiben würden. Falls ihr Ehemann nicht bald aus dem KZ entlassen werden würde, müsse ein englischer Prüfer bestellt werden, der das „Cambridge School Certificate Examination“ anstelle ihres Mannes „in seiner Eigenschaft als Local Secretary“ leiten würde.⁵⁷

Helmut Bloch (*11.12.1922) begann am 1.12.1936 an der jüdischen Gartenbauschule Ahlem bei Hannover eine dreijährige Lehre als Gärtner, nachdem er die jüdische Privatelementarschule bei Max Lazarus und die öffentliche Volksschule in Lübbecke besucht hatte. Die Gartenbauschule in Ahlem war im Jahre 1893 von dem jüdischen Philantropen Moritz Alexander Simon gegründet worden und die erste ihres Typs in Deutschland. Es wurden landwirtschaftliche Fächer, besonders Gartenbaukunde, aber auch allgemein-bildende Fächer, die an höheren Schulen gelehrt wurden, angeboten.

„Im Jahre 1933 betrug die Schülerzahl ungefähr 50, erhöhte sich aber auf 120 zwischen 1936 und 1938. Die Schule wurde von den Nationalsozialisten als Berufsausbildungszentrum für auswanderungswillige Jugendliche genehmigt, und es war ihr erlaubt worden, Abschlusszeugnisse auszustellen. Zwischen 1933 und 1939 erhielten ungefähr 300 Schüler ihr Abschlusszeugnis in Ahlem, und einige dieser Schüler wanderten nach Erez Israel aus.“⁵⁸

Nach Beendigung seiner Lehre zog Helmut Bloch am 3.4.1940 nach Hamburg, wo er als Friedhofsgärtner des jüdischen Friedhofs Ohlsdorf bei einem nichtjüdischen Gärtnermeister tätig war, bevor er am 27.10.1941 nach Ahlem zurückzog. Der erste Deportationstransport mit dem Ziel Lodz hatte Hamburg am 25.10.1941 verlassen. Seine Mutter, die Witwe Eva Bloch, war seit September 1939 in der Gartenbauschule Ahlem als Hauswirtschafterin angestellt worden.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 48: Interview von Joachim Meynert mit Kurt-Wilhelm Weinberg vom 30.6.1985; Walk, Joseph: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1991, S. 161, 207f; Galliner, Arthur: The Philantropin in Frankfurt. Its educational and cultural significance for German Jewry, in: LBIYB, Bd. III (1958), S. 185f; Artikel „Philantropin“, in: Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 361

⁵⁸ Encyclopedia Judaica, Jerusalem 1971, Bd. 2, Spalten 468f, übersetzt vom Verfasser

⁵⁹ Mitteilung von Hilde Bloch vom 17.11.1992; StdtA Hannover vom 30.11.1992. Vgl. Lorenz, Ina S.: Die jüdische Gemeinde Hamburg 1860-1943. Kaiserreich – Weimarer Republik – NS-Staat, in: Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.): Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung

Der Manufakturwarenhändler Alfred Weinberg aus Werther schickte seine Söhne Walter (*7.7.1924) und Herbert (*2.4.1927) im Herbst 1937 nach Hamburg auf die Talmud Tora Oberrealschule.⁶⁰ Kurt-Wilhelm Weinberg erinnerte sich in einem Gespräch mit Joachim Meynert daran, dass er mit seinem Vetter Walter und dessen Vater, der den Gottesdienst in Werther leitete, zur Synagoge gegangen sei, „um die Thorarollen weiterzustellen für die Stelle, die dann vorgelesen wurde an einem Feiertag oder an einem Samstag.“⁶¹ Das Bildungsziel dieser prüfungsberechtigten Schule wurde von ihrem Direktor Arthur Spier am 15.8.1934 wie folgt beschrieben:

„Entfaltung aller im Kind und Jugendlichen schlummernden Kräfte zur Heranbildung des bewußten jüdischen Menschen, dessen Weltanschauung fest verwurzelt ist in der jüdischen Tradition und den jüdischen Kulturgütern, der aber zugleich durch Einfühlung und Erfassen aller Werte deutscher Kultur und ihrer Beziehungen zu dem europäischen und allgemeinen Bildungsgut die Harmonie der Gesamtpersönlichkeit erstrebt.“⁶²

Alfred Weinberg (*28.05.1894) teilte einem amerikanischen Freund in einer in Briefform gehaltenen „Familiengeschichte“ vom 20.5.1938 seine Bereitschaft zur Auswanderung mit. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen hatten sich so weit verschlechtert, dass er keine Zukunft mehr für sich und seine Familie in Deutschland sah, obwohl seine Vorfahren seit über 200 Jahren in Werther ansässig gewesen waren.

„[...] Wie manches mal schon bin ich den gleichen Weg gegangen wie mein Ahne Aron Heinemann [ca. 1675-1736]; wie oft wohl habe ich schon feststellen müssen, wie schön meine Heimat ist und wie stark ich mit ihr verwurzelt bin, wie oft aber auch habe ich schon mit Sehnsuchtschmerzen hinter den Vögeln hergeschaut, wenn diese im Herbst gen Süden ziehen, um den Unbilden des Winters aus dem Wege zu gehen? - Und wie oft habe ich wohl schon gedacht, könntest Du doch so wie Dein Urahne mit dem Stecken in der Hand weiterziehen in ein anderes Land, wohin Du Deine Familie verpflanzen möchtest?!?!? - Seit vorigem Herbst habe ich meine Kinder hergeben müssen, dass sie in Hamburg die Talmud Tora Schule besuchen. Sie machen uns immer nur Freude. Ich bin bereit, sie auch weiter fort zu geben. - Außerhalb meiner Familie habe ich bislang im Leben noch nicht viel Freude gehabt. 1913, als 19jähriger wurde ich Soldat und zog anschließend in den Krieg, wurde mehreremale leicht und 1918 etwas schwerer verletzt. Seitdem hat mich das Leben niemals mehr befriedigt. Aus diesem Grunde bin ich bereit, hinter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen, und ich möchte wieder einen Stecken nehmen und den Weg meines Ahnen über die Passhöhe des Teutoburger Waldes zurückgehen, um Werther, diesem freundlichen, reizenden Örtchen mit seiner treuen, braven, dankbaren Bevölkerung für immer Lebewohl zu sagen. - I am sorry for that! -- Wahrscheinlich kam mein Vorfahre aus Bacharach am Rhein. Nach allen Überlieferungen zu urteilen stammen wir aus Spanien oder Portugal. Wir sind Leviten! --- Sechs meiner Vorfahren haben ihre Augen in Werther zum ewigen Schlaf geschlossen; wo wird man mein müdes Haupt dereinst zur ewigen Ruhe betten?“⁶³

Lore Weinberg (*19.2.1924) besuchte von Mai bis Dezember 1938 das Landschulheim Herrlingen (gegr. 1926) in der Nähe von Ulm, das von Hugo Rosenthal und seiner Frau geleitet wurde. Hugo Rosenthal (1887-1980) besuchte das Marks-Haindorfsche Lehrerseminar in Münster, war von 1908-10 Lehrer in Gütersloh und Wanderlehrer in Versmold und leistete dann seinen einjährigen Wehrdienst in Bielefeld ab, bevor er von 1911-14 seinen Bruder Karl als Kantor und Religionslehrer der jüdischen Gemeinde in Grünberg/Schlesien ablöste. Wie seine vier Brüder diente er als Soldat im Ersten Weltkrieg. Von 1920-24 lehrte er an der Samsonschule in Wolfenbüttel, fungierte von 1924-29 in Palästina als Sportlehrer, kehrte nach Deutschland zurück

„Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“: Hamburg 1991, S. 98; Zassenhaus, S. 97.

⁶⁰ Vgl. Meynert (1988), S. 116

⁶¹ Vgl. StAdt, D 80 A Nr. 48: Interview von Joachim Meynert mit Kurt-Wilhelm Weinberg vom 30.6.1985

⁶² Zitiert nach Randt, Ursula: Zur Geschichte des jüdischen Schulwesens in Hamburg (ca. 1780-1942), in: Herzig/Rohde (Hg.) (1991), S. 122

⁶³ Brief von Alfred Weinberg, Werther, vom 20.5.1938 an Dolf Simon, Seattle, Washington, USA. Privataarchiv Dr. Lore Shelley

und war von 1929-33 an der zionistisch orientierten Ryke-Schule in Berlin als Lehrer tätig. Von 1933-39 leitete er das Landerziehungsheim Herrlingen, bis es nach der Pogromnacht geschlossen werden musste. Im August 1939 wanderte er mit seiner Familie nach Erez Israel aus und wohnte dort zunächst im Ben Shemen-Jugenddorf, das 1927 von dem Berliner Arzt und Erzieher Siegfried Lehmann für litauische Kriegswaisen gegründet worden war. Von 1940-56 leitete Hugo Rosenthal das Kinder- und Jugendheim Ahawa (dt. Liebe) in Kirjat Bialik bei Haifa.⁶⁴

Joseph Walk stellte die Geschichte, die Atmosphäre und den Erziehungsstil im Landschulheim Herrlingen wie folgt dar:

„[...] Das im Jahre 1926 von Anna Essinger errichtete Landschulheim Herrlingen bei Ulm mußte - gleich dem im Jahre 1912 von ihrer Schwester Klara Weimersheimer gegründeten simultanen Kinderheim - sofort nach dem Umsturz auf die nichtjüdischen Schüler verzichten. Während Frau Weimersheimer die Anstalt noch bis 1936 weiterführte, um dann mit ihren letzten Zöglingen nach Palästina überzusiedeln, wanderte Frau Essinger mit zahlreichen Schülern schon im Herbst 1933 nach England aus. Die frei gewordenen Räume pachtete Hugo Rosenthal, ein erfahrener Pädagoge und glühender Zionist, der in den Jahren 1924 bis 1929 in Palästina gelebt hatte. Er war zum Weiterstudium nach Deutschland zurückgekehrt, widmete sich u.a. der Lehrerfortbildung und redigierte seit Juli 1933 die neu geschaffene Beilage der ‚Jüdischen Rundschau‘ für Erziehung und Unterricht (‚Die jüdische Schule‘). Rosenthal gelang es in kurzer Zeit, das Mißtrauen nichtzionistischer Persönlichkeiten zu überwinden und sich die moralische und finanzielle Unterstützung der verantwortlichen Männer der Reichsvertretung zu sichern. Darüber hinaus fand er auch die Unterstützung der deutschen Behörden. So wurden die innerhalb des Instituts bestehenden oberen Schulklassen als einzige staatliche höhere jüdische Lehranstalt Württembergs von dem radikalen, antisemitischen Ministerpräsident und Erziehungsminister Mergenthaler anerkannt und bevorzugt behandelt. Da auch die einheimische Bevölkerung dem jüdischen Heim nicht unfreundlich begegnete, konnte Rosenthal die Anstalt bis zur Pogromnacht nahezu ungestört ausbauen und erweitern (1936/37 über 100 Schüler, davon etwa 85% in der höheren und 15% in der Grundschule).

Ungeachtet seiner zionistischen Einstellung hielt Rosenthal jeden politischen Einfluß von Herrlingen fern und schuf in Zusammenarbeit mit Erziehern und Schülern eine von den Lehren Baecks und Bubers bestimmte jüdisch-liberale Atmosphäre, welche die zumeist aus nichtreligiösen Kreisen kommenden Kinder und Jugendlichen in ihren Bann zog. Unterricht und Gemeinschaftsleben ordneten sich organisch in den Rhythmus des jüdischen Jahres ein, und die in jeder Hinsicht außergewöhnlichen ‚Lernzeiten‘ ermöglichten eine auf Wissenvermittlung fundierte Auseinandersetzung mit weltanschaulichen Problemen. Gartenarbeit und Landwirtschaft, Sport und Ausflüge brachten das jüdische Großstadtkind der Natur näher und gewährleisteten die körperliche Ertüchtigung und Erziehung zur Arbeit einer von Haus aus verwöhnten und häufig verweichlichten Jugend. Zu einem besonderen Erlebnis für Zöglinge und Erzieher gestalteten sich die in Herrlingen von der ‚Mittelstelle für Erwachsenenbildung‘ organisierten Tagungen jüdischer Lehrer mit Martin Buber und dessen Mitarbeitern. Rosenthals Ehefrau Judith trug durch einen vertieften Musikunterricht zur ästhetischen Erziehung der Schüler bei.[...]⁶⁵

Kurt Levy (*8.4.1914) aus Lübbecke, der dort im Jahre 1933 an der Staatlichen Schule in Aufbauform sein Abitur bestanden hatte, war schon am 21.5.1936 nach Herrlingen gekommen und fungierte im jüdischen Landschulheim u.a. als Ski- und Boxlehrer, bevor er 1938 in die USA auswanderte.⁶⁶ Auf Anfrage des Verfassers, ob sich Lore Weinberg bzw. ihre Eltern für Herrlingen wegen der Nähe zum US-amerikanischen Konsulat in Stuttgart oder wegen Kurt Levys Lehrtätigkeit entschieden hätten, antwortete Dr. Lore Shelley wie folgt:

„Ich besuchte Herrlingen lediglich, nachdem ich in Lübbecke nicht mehr zur Schule gehen konnte, von ca. Mai 1938 bis Dez. 1938, i.e. zu einer sehr schweren Zeit (Novemberpogrom etc.) [...] ich glaube, es war mehr oder weniger Zufall, dass ich nach Herrlingen ging. Ganz bestimmt spielten weder die Nähe des Stuttgarter Konsulats noch Kurt Levys Anwesenheit eine Rolle. Die Auswahl an jüdischen Schulen war nicht zu groß: ein Teil meiner Werther Verwandten ging zum Philantropin nach Frankfurt, ein anderer zur Talmud-Thora Schule nach Hamburg. Ich liebte das Landleben und nicht die Großstadt. Außerdem hatte Hugo Rosenthal einige der Erziehungsmethoden von Paul Geheeb's Odenwaldschule übernommen, und das imponierte mir. Überdies stammte Hugo Rosenthal aus Lage, [...] und seine Frau, Betty, eine Dortmunderin, war Pianistin, und meine Mutter hatte das Bielefelder Konservatorium absolviert. [...] Es war nicht der Übergang von der Stadtschule (Lübbecke war damals lediglich eine sehr provinzielle Kleinstadt) zum

⁶⁴ Vgl. Walk, Joseph (1988), S. 316, Eintrag: „Hugo Rosenthal (Josef Jaschwi)“; Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997, S. 190f, Anmerkung 73. Prüter-Müller, Micheline; Schmidt, Peter Wilhelm A. (Hgg.): Hugo Rosenthal (Josef Jashuvi): Lebenserinnerungen. Bielefeld 2000. Schon 1906 wurde ein Kinderdorf, Kirjat Sefer, für die Waisen des Kishinev Pogroms unter der Leitung von Israel Belkind nahe bei Ben Shemen gegründet. Lehmann gründete dort 1927 eine Landwirtschaftsschule. Vgl. Encyclopaedia Judaica, Bd.4, Spalten 547-548

⁶⁵ Walk, Joseph: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1991, S. 163

⁶⁶ Vgl. Schachne, Lucie: Erziehung zum geistigen Widerstand im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1986, S. 123, 164; Zassenhaus, S. 102

Landschulheim, der wichtig war, sondern der Wechsel von einer feindseligen, hasserfüllten Atmosphäre zu einem jüdischen Milieu. [...]“⁶⁷

Ernst Neustädter (*23.7.1928) aus Lübbecke besuchte seit ca. 1937 die jüdische Schule in Osnabrück, bevor er im Januar 1939 nach England auswanderte.⁶⁸ Siegfried Frank (*15.3.1924) aus Kleinendorf war seit Mai 1938 Schüler der Bezirksschule der jüdischen Gemeinde in Bad Nauheim.⁶⁹ Heinz Oppenheim (*24.6.1923) aus Rahden erhielt vor seiner Ausreise am 1.9.1937 von Le Havre nach New York Privatunterricht.⁷⁰

Offensichtlich gab es doch eine ganze Reihe von Eltern in den Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke, die erkannten, dass ihre Kinder nur in einer jüdischen Schule optimal gefördert werden und nur in einem jüdischen, menschenfreundlichen Milieu zu kulturbewussten Menschen heranwachsen konnten. Nur in Rahden besuchten ca. zehn jüdische Schüler die öffentliche Volksschule, bis ihnen der Schulbesuch nach der Pogromnacht untersagt wurde oder sie mit ihren Eltern auswanderten.

Wieviele Juden aus den Gemeinden des Untersuchungsgebietes entschieden sich schon vor der Reichspogromnacht im Zeitraum zwischen 1933-38 zur Auswanderung und welche Zielländer wurden gewählt?

Mindestens 31 Juden aus den Gemeinden der Landkreise Halle i.W. und Lübbecke wanderten vor der Reichspogromnacht aus. Eine knappe Mehrheit entschied sich für die USA, mindestens je 7 ehemalige jüdische Bürger flohen nach Palästina oder in die Niederlande. Doch diese Aufstellung verschweigt, dass es viele Juden zunächst vorzogen, in eine Großstadt mit einer größeren jüdischen Gemeinde zu ziehen, um eine endgültige Auswanderung besser vorbereiten zu können. Denn in der Kleinstadt Lübbecke beispielsweise gab es keine Hilfsorganisationen. Im Zeitraum 1933 bis zum Reichspogrom 1938 verließen 16 Juden die Kreisstadt Lübbecke, um in größeren Städten wie Bielefeld, Osnabrück, Hannover, Rheydt, Trier, Aachen oder im Landschulheim Herrlingen Wohnung zu nehmen. Ältere Juden nahmen einen Platz in einem jüdischen Altersheim oder zogen zu Verwandten, jüngere Juden suchten einen Ort mit jüdischen Ausbildungsstätten. Dieser Migrationsprozess hatte nichts mit dem Urbanisierungsprozess des 19. Jahrhunderts gemein, sondern war durch die antisemitische NS-Ausgrenzungspolitik bedingt. Unter normalen demokratischen Bedingungen hätten jüdische Bürger auch in Lübbecke alt werden oder junge jüdische Leute in den öffentlichen Schulen in dieser Kreisstadt ausgebildet werden können. Nach dem Reichspogrom verstärkte sich dieser Verdrängungsprozess aufgrund der massiven Repressionsspolitik des Gestapo- und SS-Staats und der endgültigen wirtschaftlichen

⁶⁷ Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993 an Verfasser

⁶⁸ Mitteilung von Dr. Lore Shelley an Stadtarchiv Lübbecke; vgl. StdtA Lübbecke, D 200-01

⁶⁹ Vgl. Meynert (1988), S. 116

⁷⁰ Vgl. Ester-Hartke, S. 40f, 55

Ausgrenzung zu einer weiteren Fluchtbewegung in andere deutsche Städte, europäische und außereuropäische Länder.

Tabelle 81: Zahl und Zielländer jüdischer Auswanderer aus den Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke (1933-1938)

Städte/ Gemeinden	Palästina	Groß- britannien	Nieder- lande	Italien	USA	Südwestafrika
Halle i.W.			5			1
Versmold		3			6	
Borgholz- hausen, Bad Rothenfelde					2	
Werther					1	1
Pr. Oldendorf	3					
Levern			2			
Rahden	4			3		
Summe	7	3	7	3	9	2

Quellen: Minninger (1985); Heckert (1996); Hillebrand (1996); Ester-Hartke (1997); Beckmann (1998)

7. Der Terror erreicht einen Höhepunkt: der Pogrom vom 9./10.11.1938

Der reichsweite Pogrom am Mittwoch und Donnerstag, dem 9. und 10.11.1938, war alles andere als eine spontane Aktion des terroristischen NS-Staates. Er markierte den Anfang der endgültigen wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, ihre Verdrängung in eine kriminalisierte Randexistenz, und er gab für viele, die noch in Deutschland verblieben waren, den Anstoß zu einer panikartigen Flucht aus dem Land, in dem sie zwar geboren waren, aber nicht unterzugehen beabsichtigten.¹

Der jüdische Einzelhandel existierte schon Anfang 1938 nicht mehr. Aus den freien Berufen waren die Juden ebenfalls ausgeschlossen worden. „Mindestens die Hälfte der jüdischen Angestellten und Arbeiter war arbeitslos.“² Die Änderung der Gewerbeordnung vom 6.7.1938 hatte zur Folge, dass Juden auch nicht mehr im ambulanten Gewerbe tätig sein durften. Von dieser Regelung waren die wichtigsten Ausweichberufe der arbeitslosen Juden betroffen. Noch nicht einmal die Tätigkeit als Hausierer ließ das NS-Regime den deutschen Juden übrig und zeigte mit dieser Wirtschaftspolitik, dass es ihren Status voremanzipatorisch, geradezu vormodern definierte. Im Unterschied zu mittelalterlichen Verhältnissen wurde den Juden aber nicht die Möglichkeit zu einer Konversion zum Christentum eröffnet. Das wäre absurd gewesen, denn die Nationalsozialisten unterdrückten und verfolgten sowohl evangelische Bekenntnispfarrer, regimekritische katholische Geistliche als auch die Rabbiner als Vertreter des Judentums. Die Nationalsozialisten hatten gar keinen Respekt vor den Zehn Geboten. Ihr Bild von Jesus Christus war eine Karikatur faschistischer Rassenideologie und hatte mit der historischen Figur des jüdischen Wanderlehrers nichts zu tun.³

Die weitere Ausplünderung jüdischer Vermögenswerte durch den NS-Staat wurde schon Monate vor dem Pogrom auf der Grundlage der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“, die von Göring als dem Beauftragten für den Vierjahresplan und als Reichsinnenminister am 26.4.1938 erlassen worden war, organisiert. Danach wurden die Juden gezwungen, eine mehrseitige Vermögenserklärung auszufüllen und abzugeben, die es den mit der Durchführung der Verordnung befassten Stellen - Finanzämtern, Polizei, Gestapo, Handelskammern,

¹ Vgl. Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a. M. 1988, S. 148; Adam, Uwe: Wie spontan war der Pogrom?, in: Pehle, Walter H. (Hg): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a.M. 1988, S. 93

² Barkai, Avraham: „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Pehle (1988), S. 105

³ Vgl. Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefeld. Dokumentation einer Ausstellung. Zusammengestellt von der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde. Bielefeld 1986, S. 92; Brasse, Friedrich: Die Mariengemeinde Stift Berg in der Zeit des Dritten Reiches 1933-1945. Hg. vom Herforder Verein für Heimatkunde e.V. und der Evangelisch-Lutherischen Mariengemeinde Stift Berg zu Herford. Herford 1994, S. 212, Dokumentation Nr. 11 (Stürmer Nr. 17, April 1935); Schacht/Witteborg (1976), S. 144-162. Zum Thema Jesus aus jüdischer Sicht siehe Ben-Chorin, Schalom: Bruder Jesus. Der Nazarener in jüdischer Sicht. München 1977

Gauwirtschaftsberatern - einfach machte, die Vermögenswerte zu schätzen und zwangsweise einzuziehen.⁴

Welche jüdischen Gewerbebetriebe existierten überhaupt noch in den Städten und Gemeinden des Untersuchungsgebiets vor und nach dem Pogrom?

In Versmold war nur eine jüdische Familie, Julie Steinfeld mit ihren Töchtern Selma und Alma verblieben. Alle anderen Familien und Einzelpersonen waren schon in den Jahren 1936/37 mehrheitlich in die USA, nach Großbritannien oder in andere deutsche Städte geflohen.⁵ Der Viehhändler „Bernhard Steinfeld [...] wurde denunziert und wegen angeblicher Tierquälerei in einem Willkürakt vom Landgericht Bielefeld im Juni 1938 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zudem wurde sein Viehbestand durch Gerichtsbeschluss eingezogen.“⁶ Diese Haftstrafe sollte Bernhard Steinfeld von Februar bis Dezember 1938 im Staats- und Jugendgefängnis Bochum absitzen. Da sich sein Diabetes in der Haft verschlimmerte, wurde er in das dortige Gefängnislazarett, später in das jüdische Krankenhaus nach Köln-Ehrenfeld verlegt. Landrat Karl F. E. Leweke begründete im August 1938 den Entzug des Führerscheins von Bernhard Steinfeld mit seiner Krankheit.⁷ Während seiner Haft wurde Steinfeld aufgefordert, die Vermögenserklärung nach der Verordnung vom 26.4.1938 bis zum 30.6.1938 einzureichen. Nach dem Pogrom wurde sein Gewerbe abgemeldet, und der Bürgermeister von Versmold machte 1939 gegenüber dem Kulturamt in Bielefeld das große Interesse der Stadt am Erwerb der Steinfeldschen Weiden in der Gemeinde Greffen in der Größe von 15 ha deutlich.⁸ Tatsächlich war also die Familie Steinfeld in Versmold aufgrund der antisemitischen NS-Politik in eine kriminalisierte Randexistenz gedrängt und schon vor dem Pogrom wirtschaftlich ruiniert worden.

In der Nachbargemeinde Bockhorst war der Umsatz des Manufakturwarengeschäfts Gebrüder Weinberg seit 1936 „rapide zurück[gegangen]“, da die NS-Organisationen die bäuerliche Kundschaft unter Druck setzte und von ihr verlangte, dass sie nicht mehr in diesem Geschäft Einkäufe machte. Nach dem Pogrom wurde das Geschäft staatlicherseits geschlossen. Der Mitinhaber des Geschäfts, Max Meyer, wurde am 9.11.1938 ins KZ Buchenwald verschleppt und am 12.12.1938 entlassen. Bis zur Ausreise mit seiner Frau in die USA im April 1941 war Max Meyer ohne Einkommen.⁹

⁴ Vgl. Barkai, Boykott (1988), S. 150; derselbe, Schicksal (1988), S. 101-103

⁵ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Bielefeld 1998, S. 103

⁶ Meynert, Joachim: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg. Münster 1988, S. 169

⁷ Vgl. StADt, M1 I P Nr. 670

⁸ Vgl. Gatzten, Helmut: „... und vergib uns unsere Schuld.“ Die letzten Juden in Versmold, in: Westheider, Rolf (Hg.): 900 Jahre kirchliches Leben in Versmold. Bielefeld 1996, S. 130f

⁹ Vgl. Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold, S. 97

In Borgholzhausen gab es im Jahre 1937 keine Juden mehr. Die letzte Familie (Max Weinberg) hatte sich am 25. Oktober 1937 nach Hannover abgemeldet.¹⁰ Die Synagoge war schon am 5.9.1930 an einen nichtjüdischen Arbeiter verkauft worden.¹¹

In der Kreisstadt Halle i.W. mussten die Gewerbebetriebe des Schlachtermeisters Moritz Isenberg und seiner Schwägerin Ida Herzberg (Hutgeschäft) aufgrund der nationalsozialistischen Boykottpolitik schon im Laufe des Jahres 1936 aufgegeben werden. Die Lumpensortieranstalt Philipp Stern wurde ein Jahr später - wie oben erwähnt - an einen nichtjüdischen Konkurrenten verkauft. Schon vor dem Pogrom hatte sich Moritz Isenberg genötigt gesehen, laut Kaufvertrag vom 11.6.1938 eines seiner Weidegrundstücke in der Gemarkung Oldendorf in der Größe von 5.000 qm zum Preis von 0,50 RM pro qm an die Stadt Halle i.W. zu veräußern. Nach dem Pogrom drückte die Stadt Halle i.W. den Kaufpreis weiter nach unten, als sie Moritz Isenberg zwang, laut Vertrag vom 18.1.1939 ein weiteres Grundstück in der Größe von 20 Scheffelsaat (ca. 3,4 ha) zum Preis von 750 RM pro Scheffelsaat (ca. 1.702 qm) inklusive eines Viehstalls für 15 Stück Großvieh zu verkaufen. Die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord teilte dem Regierungspräsidium Minden am 11.4.1939 mit, dass ihrerseits keine Einwände gegen die Genehmigung des Kaufs vorlägen. Der Notar und NSDAP-Ortsgruppenleiter Dr. Lücke aus Halle i.W. begründete den Erwerb der Grundstücke durch die Stadt Halle i.W. in seinem Genehmigungsgesuch vom 21.4.1939 an das Regierungspräsidium mit folgenden Worten:

„Der Ankauf der Grundstücke seitens der Stadt erfolgte um zu verhindern, dass der Grundbesitz einmal zu Spekulationszwecken von auswärtigen Interessenten gekauft wurde, andererseits sollte weiterhin verhindert werden, dass das Grundstück von einem Kalkwerk erworben wurde. Die Grundstücke liegen am sog. Schützenberg in Halle i.W. Von dem Grundbesitz des Juden Isenberg wurde bereits im Jahre 1938 ein Teilstück an das Kalkwerk Schneiker verkauft. Ein weiterer Verkauf der Grundstücke an das Kalkwerk Schneiker mußte seitens der Stadt aus städtebaulichen Gründen verhindert werden, da bei einem weiteren Vortreiben des Kalkbruchs das gesamte Stadtbild der Stadt nach Norden gesehen verschandelt wurde [sic]. Weiterhin mußte die Sicherung des Grundstücks seitens der Stadt erfolgen, weil die Stadt das Grundstück für den anzulegenden Schießstand auf dem Schützenberge benötigte bezw. zu Austauschzwecken nötig hat. Es steht noch nicht fest, wohin das Gemeinschaftshaus der Stadt Halle i.W. demnächst gebaut werden wird. Da der Schützenberg hierfür die besten Voraussetzungen bietet, war daher eine Sicherung der Grundstücke des Isenberg für die Stadt erforderlich, wenn das Gemeinschaftshaus in zukünftiger Zeit auf dem Schützenberg errichtet werden soll. Aus den vorgenannten Gründen blieb der Stadt kein anderer Weg übrig, das Grundstück des Juden Isenberg für städtische Zwecke zu sichern bezw. zu verhindern, dass durch den Ankauf von dritter Seite evtl. Pläne der Stadt durchkreuzt würden.“¹²

Schließlich erteilte das Regierungspräsidium am 6.5.1939 dem Kaufvertrag vom 18.1.1939 seine Genehmigung. Die Prozedur dieses Grundstückskaufs verdeutlichte, dass sich sowohl ein Privatmann als auch die Stadt als Kaufinteressenten um die Zuteilung der preisgünstigen Beute bemühten. Den Zuschlag erhielt in diesem Fall die Stadt. Es kann jedoch auch an einem Beispiel gezeigt werden, dass die totalitäre NSDAP den Verkauf eines Grundstücks aus dem Besitz des ehemaligen - nach dem Pogrom nahezu entrechteten - Bürgers Moritz Isenberg an einen privaten Interessenten verweigerte. Jedenfalls informierte der Gauwirtschaftsberater den Regierungspräsidenten am 22.5.1939, dass die Genehmigung des Kaufvertrags vom 22.12.1938

¹⁰ Vgl. Yad Vashem, Pinkas Hakehillot, Fragebogen „Abmeldung der Glaubensjuden“ vom 28.2.1961; Weinberg, Robert Allan: The Descendants of Aron Heineman Levi in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables. Boston 1998 (neu überarbeitet), 1214813

¹¹ Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 58

¹² StADt, M I I P Nr. 1547

über ein Grundstück in der Größe von 1.220 qm abzulehnen sei, da der Erwerber, ein Bankleiter, von der Kreisleitung Bielefeld-Halle „als politisch unzuverlässig“ eingestuft werden müsse.¹³

Obwohl Moritz Isenberg der Stadt Halle i.W. unter dem Zwang der NS-Verhältnisse Grundstücke zu einem Gesamtkaufpreis von ca. 16.000 RM verkauft hatte, reichten die Erlöse offenbar nicht aus, um a) die so genannte „Sühneleistung“ in Höhe von 20% (ab 15.11.1939 25%) des im April 1938 angemeldeten Vermögens und b) die „Reichsfluchtsteuer“ als Voraussetzung zum Erhalt einer Unbedenklichkeitsbescheinigung und zur Beantragung von Reisepässen zahlen zu können. Letztere wurden von den Behörden erst ausgestellt, wenn die Reichsfluchtsteuer in Höhe eines Viertels des angemeldeten Vermögens gezahlt worden war.¹⁴ Außer einem Reisepass benötigte ein ausreisewilliger Jude ein Visum, und die Passagegelder mussten, zumindest teilweise, in ausländischen Devisen bezahlt werden. Für einen deutschen Juden war es aber im Jahre 1939 fast unmöglich, Reichsmark in Britische Pfund oder Amerikanische Dollars umzutauschen.¹⁵ Beim Finanzamt Bielefeld hatte Isenberg aufgrund seines Anteils des zu zahlenden „Sühnegeldes“ ca. 11.000 RM Steuerschulden.¹⁶ Da der jüdische auswanderungswillige Verkäufer die Verkaufserlöse auf ein Sperrkonto einzahlen musste, über das de facto der NS-Staat verfügte, und dem jüdischen Verkäufer nur ein Bruchteil zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes oder zur Zahlung von Steuern zur freien Verfügung stand, war es kein Wunder, dass die meisten Juden verschuldet waren und sich genötigt sahen, ihren ganzen Besitz zu verkaufen, um ihre Flucht finanzieren zu können.¹⁷

Relativ spät kam ein Kaufvertrag zwischen Moritz Isenberg und seinem Mieter, dem Schlachtermeister Wilhelm Rieke, am 3.8.1939 zustande. Danach war Isenberg bereit, sein Wohn- und Geschäftshaus (Baujahr ca. 1890), Schlacht- und Wurstraum (ca. 50 Jahre alt) und Stallgebäude (ca. 30 Jahre alt) auf dem Grundstück Adolf Hitlerstrasse 61 (früher: Lange Straße) zu einem Kaufpreis von 21.000 RM zu verkaufen. Da das Regierungspräsidium Minden die Genehmigung dieses Vertrages verzögerte, bat Notar Dr. Terwort als Vertreter des zum Militär einberufenen Notars Dr. Lücke in einem Schreiben vom 29.12.1939 an das RP Minden, den Genehmigungsprozess zu beschleunigen, um die Auswanderung seines Mandanten zu ermöglichen:

„Ich übersende anbei Schreiben der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abteilung Wanderung, Beratungsstelle Bielefeld, vom 27.12.39 an den Verkäufer Isenberg. Da Isenberg nach Venezuela auswandern will, das Passagegeld zur Transferierung aber bis Anfang Januar 1940 angewiesen sein muß, ist es, wenn Isenberg die Möglichkeit ausnutzen soll, dringend geboten, den Kaufvertrag beschleunigt zu behandeln, da der Kaufpreis erst bei Genehmigung gezahlt wird, Isenberg anderweitig die Passagegelder aber nicht zur Verfügung stehen. Ich bitte die Genehmigung tunlichst zu beschleunigen.“¹⁸

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1990, Bd. 1, S. 143-145

¹⁵ Vgl. ebd., Bd. 1, S. 145-152

¹⁶ Vgl. StdtA Halle i.W., Heckert, Uwe: Vortrag „175 Jahre Juden in Halle i.W.“ vom 28.2.1996, S. 18

¹⁷ Vgl. Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Judenverfolgung in Bielefeld, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 183

¹⁸ StADt, M I I P Nr. 1547

Obwohl der Verkaufsvertrag zwischen Isenberg und Rieke vom Regierungspräsidium am 6.1.1940 genehmigt wurde, gelang es Moritz Isenberg nicht mehr, die vom NS-Regime aufgezwungenen Formalitäten zur Auswanderung seiner Familie rechtzeitig zu erledigen. Das Venezuela-Projekt galt laut Mitteilung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 27.12.1939 nur noch bis Januar 1940. Auch die Bemühungen seines Sohnes Hans, der 1936 nach Windhoek in Südwesafrika ausgewandert war, seine Eltern und seine Schwester nach dorthin zu holen, scheiterten vermutlich an der Visumfrage.¹⁹

Die Eheleute Josef und Martha Sachs aus Halle i.W. sahen sich laut Vertrag vom 8.12.1938 genötigt, ihr Grundstück, Adolf Hitlerstraße (Lange Straße) 21, in einer Gesamtgröße von 910 qm mit den darauf stehenden Gebäuden an den Schlachter August Kindermann zu verkaufen. Auch dieses Grundstück war vermutlich aufgrund der Verbindlichkeiten aus dem so genannten „Sühnegeld“ zu 2.000 RM bei dem Haller Spar- und Darlehnskassenverein und zu 500 RM beim Schlachter Moritz Isenberg hypothekarisch belastet. Der Kaufvertrag wurde vom Regierungspräsidenten am 6.5.1939 genehmigt.²⁰ Nach dem Zwangsverkauf soll das Ehepaar die Stadt Halle i.W. verlassen haben.

Der Viehhändler Nathan Hurwitz in Brockhagen Nr. 220 sah sich schon vor dem Pogrom laut Vertrag vom 27.8.1938 veranlasst, zwei seiner Grundstücke in einer Gesamtgröße von 312 qm zu einem Preis von 3 RM pro qm an die Gemeinde Brockhagen zu verkaufen. Die Gemeinde benötigte die Grundstücke angeblich „dringend zur Einrichtung eines Parkplatzes in dem engen Dorfbezirk“. Dieser Vertrag wurde vom RP am 26.3.1939 genehmigt.²¹

In Werther war die Zigarrenfabrik A.B. Weinberg im Juli 1938 an einen nichtjüdischen Konkurrenten aus Herford verkauft worden. Der Betrieb war nun ein Teil der „Böckelmann & Co Kommanditgesellschaft“.²² Im August wurde auf Schloß Werther mit typischem NS-Pathos der erste Betriebsappell in Anwesenheit des Ortsgruppenleiters, des Ortsobmanns der Deutschen Arbeitsfront (DAF), des Kreisfachabteilungsleiters Nahrung und Genuss, des Betriebsobmanns, der beiden Prokuristen und der Betriebsangehörigen abgenommen.²³ Einen Monat nach der Pogromnacht wurde Alfred Weinberg vom Abschnittsleiter/Kreishauptstellenleiter für

¹⁹ Vgl. Heckert, Vortrag, S. 18; vgl. Hochzeitsanzeige für Hans und Ruth Isenberg, geb. Löwenstein für den 3.7.1938 in Windhoek, Südwesafrika. Hans Isenberg stammte aus Halle i.W., Ruth Löwenstein aus Oldenburg, Ostfriesland. Sie war vor ihrer Auswanderung nach Südwesafrika bei Alfred Weinberg in Werther als „Haustochter“ gemeldet. Hans Isenberg soll zunächst nach Rhodesien ausgewandert sein, bevor er nach Südwesafrika weiterreiste und sich dort verheiratete. Er war der einzige Überlebende aus seiner Familie. Vgl. CV-Zeitung Nr. 26 vom 30.6.1938; StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake; Buck, Albert: Die Haller Juden, in: 100 Jahre Haller Kreisblatt. Unsere Heimat im Spiegel der Geschichte. Halle i.W. 1982, S. 56; StdtA Halle, Texte von Schülern für eine Ausstellung zur Geschichte der Juden im Amt Halle i.W.

²⁰ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1547

²¹ Vgl. ebd.

²² Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 283 (Handelsregister), Firmennr. 333

²³ Vgl. Haller Kreisblatt Nr. 189 vom 15.8.1939

Wirtschaftsfragen aufgefordert, sein gesamtes Warenlager bis zum 12.12.1938, 12 Uhr, an einen Händler gegen bar zu veräußern. Falls kein Käufer gefunden werden könnte, würde ein Sachverständiger bestellt, der das Warenlager taxiere und an die Fachorganisation zwangsverkaufe.²⁴ Laut Eintrag im Handelsregister war die Firma Jordan B. Weinberg am 9.3.1939 „erloschen“.²⁵ Auch Feodor Sachs wurde vom Amtsbürgermeister am 9.12.1938 aufgefordert, gemäß der „Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 23.11.1938, seine „Einzelhandelsverkaufsstelle aufzulösen und abzuwickeln“.²⁶ Seit dem Abschluss seiner Lehre beim Textilgeschäft Gustav Loeb in Vlotho (1934) sorgte Artur Sachs für seinen erblindeten Vater und eine Haushälterin, indem er mit Hilfe seines Halbbruders Ludwig, der in Wuppertal einen Textilgroßhandel betrieb, ein kleines Geschäft neu einrichtete und trotz der NSDAP-Boykottaufufe – „wenn es auch teilweise im Dunkeln und unter vielen Vorsichtsmaßnahmen geschah“ - ambulant Betten- und Anzugstoffe verkaufte. Artur Sachs benutzte für diese Verkaufsfahrten sein Motorrad, später sein kleines Auto.²⁷ Nach dem Pogrom war das nicht mehr möglich, weil die Ware beschlagnahmt worden war.

Der erste Grundstücksverkauf, von dem die Stadt Werther nach dem Pogrom profitierte, wurde am 28.1.1939 in Münster zwischen dem Bürgermeister der Stadt Werther, Friedrich Ostrop, und der Witwe Emma Alexander, geb. Falk, ausgehandelt. Da Frau Alexander so schnell wie möglich mit ihrem Sohn Alex und seiner Familie nach Holland auszuwandern beabsichtigte, trug sie der Stadt Werther den Verkauf ihrer beiden Grundstücke in der Gemarkung Werther in einer Gesamtgröße von 7.942 qm an. Mit dem von der Stadt Werther angebotenen Kaufpreis von 10.000 RM war sie einverstanden, sofern die Stadt Werther dem Grundstückskauf bis zum 10.2.1939 zustimmte. Der Kaufpreis sollte „Zug um Zug gegen Erteilung der Auflassung“ an ihren Sohn ausgezahlt werden. Der Amtsbeigeordnete Johannes Thumel und der Beigeordnete Otto Eickhoff unterschrieben das protokollarisch festgehaltene Verkaufsangebot tatsächlich am 10.2.1939, und der Landrat als Preisüberwachungsbehörde hielt in einem Aktenvermerk vom 17.3.1939 fest, dass er gegen den Kaufpreis von 1,25 RM pro qm keine „Bedenken“ habe.²⁸ Da Frau Alexander schon am 13./14.3.1939 mit ihrem Sohn nach Rotterdam geflohen war, kann nicht davon ausgegangen werden, dass sie oder ihr Sohn irgendeinen Betrag des Kaufpreises aus dem Grundstücksverkauf nach Holland transferieren konnte. Denn das zurückgelassene Geld eines jüdischen Emigranten wurde auf einem Sperrkonto eingefroren. Die Aufsicht über diese Sperrkonten führten die Devisenstellen bzw. die Ämter des Oberfinanzpräsidenten. Allerdings soll es nach Hilberg tatsächlich „einer Reihe von Juden“ gelungen sein, „ihre gesperrten Guthaben zum Wechselkurs

²⁴ Vgl. StdtA Werther, B 95a

²⁵ Vgl. StADt, D 23 Halle Nr. 283, Firmennr. 306

²⁶ Vgl. StdtA Werther, B 95a

²⁷ Vgl. StdtA Bielefeld: Pressemitteilung: „Artur Sachs. Lebenserinnerungen 1933-1945“; Mitteilungen von Artur Sachs vom 18.6. und 25.6.1996 an Verfasser

²⁸ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1500

von 20 Cents pro Sperrmark oder sogar darüber" verkauft zu haben.²⁹ Alex Alexander aus Münster gehörte nicht zu diesen Glücklichen. Vermutlich war er während des Pogroms in das KZ Buchenwald verschleppt worden. Während des Pogroms verhaftete Juden konnten diese Orte des Terrors oft nur verlassen, wenn sie sich zur Ausreise innerhalb weniger Wochen schriftlich verpflichteten. Jedenfalls beschleunigte Alex Alexander seine Auswanderung mit dem Ziel USA nach dem Pogrom. Er verkaufte am 2.3.1939 und am 26.5.1939 seine beiden Häuser in Münster. Sein Vermögen wurde zur Zahlung einer Reichsfluchtsteuer in Höhe von 20.500 RM und einer „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 26.000 RM vom Finanzamt Münster bzw. vom Deutschen Reich beschlagnahmt, wörtlich „sichergestellt“. Der Antrag von Alex Alexander an die Devisenstelle Münster auf Transferierung eines monatlichen Betrages von seinem Sperrkonto zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes und zur Zahlung der Lagermiete für sein Umzugsgut in Rotterdam bzw. Amsterdam wurde am 8.12.1939 von dort negativ beschieden. Endgültig wurde sein Eigentum am 10.4.1941 vom NS-Staat beschlagnahmt, als er ausgebürgert wurde. Nachdem er zunächst in den Jahren 1942/43 im Sammellager Westerbork interniert worden war, wurde er mit Ehefrau und Tochter und 870 weiteren Juden nach dem Durchgangslager Theresienstadt verschleppt. Alex Alexander wurde am 28.9.1944 nach Auschwitz deportiert und dort am 7.10.1944 ermordet. Seine Ehefrau und seine 5jährige Tochter erlitten dasselbe Schicksal. Seine 82jährige Mutter wurde zwar im Mai 1945 von russischen Truppen in Theresienstadt befreit, sie verstarb jedoch auf dem Rückweg in die Niederlande.³⁰ Dieser zuletzt beschriebene Grundstücksverkauf zeigt die enge Verbindung zwischen dem terroristischen reichsweiten Pogrom, den beschleunigten Auswanderungsvorbereitungen der direkt betroffenen Juden, den erzwungenen Verkauf von Immobilien zur Finanzierung ihrer Flucht und der totalen Ausplünderungspolitik des NS-Staats.

Die judenfeindliche staatliche Ausplünderungspolitik kam auch in der Sprache der Stadtchronik von Lübbecke zum Ausdruck, die für den 24.8.1938 festhielt:

„Die Kleiderfabrik der jüdischen Firma A. Hecht ist in arischen Besitz übergegangen. Die Firma heißt jetzt Lübbecker Kleiderfabrik Kaufmann u. Co Kommanditgesellschaft. Hoffentlich gibt es in Lübbecke bald keinen jüdischen Betrieb mehr.“³¹

Die Herrenkleiderfabrik und Webwarengroßhandlung mit der Firma A. Hecht (gegr. 1807), zu deren 125jährigem Bestehen in demokratischen Zeiten Bürgermeister Gerhard Reineke am 3.10.1932 seine Glückwünsche schriftlich übermittelt hatte³², wurde gemäß den Kaufverträgen vom 28.6. und 13.8.1938 von der „Lübbecker Kleiderfabrik, Kaufmann und Co KG“ erworben.³³ Nach dem Vertrag vom 13.8.1938 musste der Verkäufer substantielle Kaufpreissenkungen

²⁹ Vgl. Hilberg (1990), Bd. 1, S. 149

³⁰ Vgl. Möllenhoff, Gisela; Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918-1945. Teil 1. Biographisches Lexikon. Münster 1995, S. 50f

³¹ Vgl. StdtA Lübbecke, Stadtchronik, Bd. II, S. 117

³² Vgl. StdtA Lübbecke, C I I.18

³³ Vgl. StADt, D 27 A KA 65/13

hinnehmen.³⁴ Der Kaufpreis für die Gebäude und Grundstücke, Ostertorstraße 5 und 7, musste von 80.000 RM auf 71.820 RM gesenkt werden, obwohl der Rechtsanwalt der Firma A. Hecht darum gebeten hatte, 75.000 RM als Kaufpreis festsetzen zu lassen. Der Landrat als Preisüberwachungsbehörde hatte Hermann Hecht am 6.7.1938 mitgeteilt, dass er gegen den Verkaufspreis von 80.000 RM für den gesamten Hausbesitz einschließlich Fahrstuhl und Heizungsanlage keine Einwände habe. Der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige für das Baugewerbe im Bezirk der Handwerkskammer zu Bielefeld schätzte den Wert der Grundstücke und der Gebäude im Auftrag der Firma A. Hecht am 18.7.1938 auf insgesamt 122.620 RM ein. Der Verkehrswert (tatsächlicher Wert, Marktwert) wurde also auf Druck des Gauwirtschaftsberaters in Münster um mehr als 40% gesenkt. Gegen die Entlassung des Vertreters Schreyer zum 1.10.1938 hatte die IHK Ostwestfalen nichts einzuwenden, da er Jude war. Die IHK Ostwestfalen teilte dem RP am 25.7.1938 mit, dass die zuständige Fachuntergruppe der Herren- und Knabenbekleidungsindustrie keine Einwände gegen eine zwangsweise Übernahme der Firma A. Hecht vorzubringen habe. Nach einer Durchführungsbestimmung vom 5.7.1938 mußten Industrie- und Handelskammern die zuständige fachliche Gliederung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft gutachtlich anhören, wenn in der zu veräußernden Firma oder in dem Betrieb des Erwerbers mehr als 50 „Gefolgschaftsmitglieder“ beschäftigt wurden. Die Käufer der Kleiderfabrik beabsichtigten, einen Kaufgeldrest bis zu 60.000 RM in monatlichen Raten in Höhe von 10.000 RM „abzutragen“ und den Kaufgeldrest zu 4% pro Jahr zu verzinsen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die jüdischen Verkäufer nur über einen kleinen Bruchteil des Kaufgeldes frei verfügen konnten, denn nach der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3.12.1938 wurden Juden gezwungen, ihr Bargeld, ihren Schmuck und andere Wertgegenstände auf Sperrkonten zu deponieren. Die Verfügung über diese Werte war genehmigungspflichtig. Hermann Hecht wurde schon im Juli 1938 vom Finanzamt Lübbecke aufgefordert, 25.716 RM zur Sicherung der Reichsfluchtsteuern zu zahlen.

Der Zwangsverkauf der Kleiderfabrik mit der Firma Nathan Ruben KG in Lübbecke vollzog sich unter noch dramatischeren Bedingungen. Der erste Kaufvertrag datierte vom 5.9.1938. Dieser wurde aber zu Ungunsten des Verkäufers am 23.9. und 10.11.1938 verändert.³⁵ Albert Ruben, persönlich haftender Gesellschafter der Firma Nathan Ruben, wurde während des Pogroms verhaftet, im Stadtgefängnis von Lübbecke festgehalten und gezwungen, einen zu seinen Ungunsten veränderten Kaufvertrag zu unterschreiben. Bis zu seiner Ausreise nach Großbritannien im August 1939 soll Albert Ruben in NS-Gefangenschaft geblieben sein. Nachweisbar ist, dass er im KZ Buchenwald festgehalten wurde.³⁶ Nach einem Bescheid des RP

³⁴ Vgl. StADt, M I P Nr. 1553

³⁵ Vgl. StADt, M I P Nr. 1553 und Nr. 2000

³⁶ Vgl. HStA Weimar, so genannte „Geldkarte“ für Albert Ruben; Zassenhaus, S. 105; Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1988, 18. Aufl., S. 231f. Von den in der so genannten „Rath-

vom 7.11.1938 sollte der Preis für das gesamte Eigentum, das Albert Ruben veräußern sollte, 220.000 RM nicht überschreiten. Am 1.11.1938 ordnete der RP in einem Schreiben an den Betriebsleiter der Firma Nathan Ruben an, dass für den Grundbesitz nicht mehr als 50.000 RM gezahlt werden sollten, während der Vertrag vom 5.9.1938 den Steuereinheitswert für das Wohnhaus, die Fabrik und die Werkwohnungen mit 89.000 RM einschätzte und den Wert der Immobilien mit den Betriebseinrichtungen wie Zentralheizung, Kamin und Dampfmaschine sogar mit 100.000 RM angab. Im selben Schreiben des RP vom 1.11.1938 wurde der Kaufpreis für die Maschinen und das Inventar auf 16.350 RM herabgesetzt, während der Vertrag vom 5.9.1938 den Gebrauchswert der Maschinen und des Inventars gemäß dem Gutachten eines unabhängigen Oberingenieurs auf 30.000 schätzte. Der Pensionfonds in Höhe von 10.000 RM des Betriebskapitals wurde von Albert Ruben zum 31.3.1939 gekündigt und blieb damit in seinem Besitz. Unter dem Eindruck der Reichspogromnacht forderte das Finanzamt am 10.11.1938 den Betriebsleiter der ehemaligen Firma Nathan Ruben auf, „an Albert Ruben keine Beträge zu zahlen, bevor die Reichsfluchtsteuersicherheiten geleistet sind.“³⁷ Diese betrugen 13.000 RM für Albert Ruben und 18.949 RM für den Prokuristen Adolf Wolff und mussten auf ein Sperrkonto der Kreissparkasse Lübbecke eingezahlt werden. Die einzige Kommanditistin der Firma Nathan Ruben, eine minderjährige Nichte von Albert Ruben, die mit einer Einlage in Höhe von 70.000 RM seit dem Tod ihres Vaters Dr. med. Louis Ruben (gest. 30.6.1924) am Betriebskapital beteiligt war, sollte den auf sie entfallenden Anteil am Kaufpreis erhalten. Der Kaufvertrag vom 5.9.1938 in seiner veränderten Fassung vom 23.9. und 10.11.1938 wurde vom RP am 11.11.1938 genehmigt. Die Kleiderfabrik ging nach dem Zwangsverkauf in die Firma Wilhelm Dierks KG über.

Die Art und Weise, wie der letzte jüdische Lehrer in Lübbecke, Max Lazarus, vom NS-Staat gezwungen wurde, nach der Pogromnacht sein Eigenheim an einen, dem System genehmen Arbeiter zu verkaufen und wie die Behörden die Genehmigung des Kaufvertrages und damit die Ausreise des alten Ehepaares auf schikanöse Weise verzögerten, soll nachfolgend am Zwangsverkauf von Grundstücken, die im Besitz jüdischer Bürger von Lübbecke waren, dargestellt werden. Der ganze Verdrängungsprozess verdeutlicht die geistlose Dynamik der totalitären Machtverhältnisse. Im Jahre 1918 hatte der jüdische Kantor und Lehrer der Synagogengemeinde Lübbecke zwei Grundstücke, 275 qm und 977 qm groß, und ein zweistöckiges Haus mit Garten erworben und Anfang März 1919 bezogen. Am Ende seiner Lebenserinnerungen gab Max Lazarus eine gute Beschreibung seines Hauses:

Aktion“ ins KZ Buchenwald verschleppten Juden wurden Geldspenden von der SS erpresst, „angeblich zur Bezahlung der Heimreise ärmerer Kameraden.“ Entlassen wurde nach Kogon nur derjenige jüdische Insasse, der Reisegeld vorweisen konnte. Wurde ihm dieses von der SS geraubt, war er mittellos, konnte jedoch das Glück haben, dass seine Heimreise per Bahn vom Jüdischen Frauenrat, deren Mitglieder die jüdischen Konzentrationäre am Weimarer Bahnhof empfangen, finanziert wurde.

³⁷ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1553

„Das Haus hat der ehemalige Besitzer 1904 erbauen lassen. Es ist ein zweistöckiger, massiver Bau mit einem Balkon an der belebten Bahnhofstraße und dem Ausblick nach Osten, liegt zwischen zwei neuzeitlichen Gebäuden, ohne dieselben zu berühren. Eine Steintreppe, von Steinwänden eingefasst, führt zur zweiflügeligen Haustür mit Fenstereinsatz. Ein Ziergarten mit Eisengitter auf niedriger Mauer trennt das Wohnhaus von der Straße. Alle Außenwände sind verputzt. Nicht weniger als drei fünfteilige, ziemlich hohe Fenster im Erdgeschoß verleihen der Fassade einen wohnlichen Anblick. Erdgeschoß, Etage weisen je sechs Räume auf, sogar das Kellergeschoß. Der Boden (Speicher) ist geräumig, erhält Licht aus Osten und Westen. Im Erdgeschoß, in der Etage und im Keller führt je ein heller Flur zu den in Frage kommenden Räumen. Im Kellergeschoß befinden sich außer den Lagerstätten für Gemüse, Obst und Kohlen die Waschküche, von welcher ein Ausgang nach dem Hofe hinführt. An dem Ausgang liegt ein Stall, über demselben ein Holz- bzw. Torfboden und ein Hühnergelaß. Wenige Schritte vom Hofe zieht sich ein sehr großer Garten hin, den ein Weg in zwei Teile teilt. Er dient zum Gemüseanbau, zur Beerenanpflanzung, weist eine Reihe fruchttragender Obstbäume auf, sogar zwei Spargelbeete verraten seinen mannigfachen Nutzen. Eine schattige Laube im Garten ladet zum Ausruhen ein. Wie können wir dem Allmächtigen danken, dass es uns gelungen ist, ein solches Besitztum zu erwerben!“³⁸

Laut Kaufvertrag vom 13.12.1938 erwarb der Bahnarbeiter Heinrich Büttemeier das beschriebene Haus mit Garten zum Preis von 15.000 RM.³⁹ Der Käufer übernahm eine Hypothek in Höhe von 8.000 RM und verpflichtete sich, 7.000 RM auf ein Sperrkonto der Kreissparkasse Lübbecke einzuzahlen, über das Herr Lazarus nur mit Genehmigung der Devisenstelle (Oberfinanzpräsident Westfalen) in Münster verfügen durfte. Im § 6 des Kaufvertrages wurde Max Lazarus, nun als Mieter, das Recht eingeräumt, zwei Räume im Erdgeschoss, zwei Räume im Obergeschoss und zwei Räume im Kellergeschoß gegen Zahlung einer Monatsmiete von 60 RM vom Tag der Auflassung bis zu seinem Fortzug zu nutzen. Im § 9 wurde Max Lazarus eine Frist bis zum 1.4.1939 gesetzt, innerhalb deren er „sich aber die größte Mühe zu geben [habe] zur Erlangung der Einreiseerlaubnis“ nach Palästina.⁴⁰ Wenn nötig, würde das Mietrecht um zwei Monate verlängert. Der Garten musste schon am 1.3.1939 übergeben werden.

Das örtliche Finanzamt forderte Max Lazarus am 16.12.1938 auf, eine „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 3.600 RM zu zahlen. Die Genehmigung des Kaufvertrages vom 13.12.1938 hing davon ab, ob Käufer B. diese Abgabe für Rechnung der Eheleute Lazarus an die Finanzkasse Lübbecke entrichtete.

Nachdem Max Lazarus 800 RM dieser erzwungenen „Judenvermögensabgabe“ offensichtlich aus liquiden Mitteln gezahlt hatte, nahm er für den restlichen Betrag in Höhe von 2.800 RM am 16.2.1939 „eine Sicherungshypothek mit Zustimmung des Herrn Büttemeier für das Reich vertreten durch das Finanzamt in Lübbecke i.W.“ auf.⁴¹

In einem zweiten Kaufvertrag vom 16.2.1939 verpflichtete sich der Käufer, den restlichen Betrag der Judenabgabe in Höhe von 2.800 RM unter Anrechnung des Kaufpreises von 7.000 RM zu entrichten, so dass auf das Sperrkonto Lazarus bei der Kreissparkasse Lübbecke nur noch 4.200 RM zu zahlen waren.

Max Lazarus bat den Regierungspräsidenten in Minden nicht ohne Grund in drei Schreiben vom 16.2., 20.2. und 28.2.1939 dringend darum, den Kaufvertrag zu genehmigen. Denn ohne die Genehmigung der Bezirksregierung könne er keine Unbedenklichkeitsbescheinigung, keinen Pass, kein Visum und keine Schiffskarte erhalten. Das Palästina-Amt in Berlin, Passage-Abteilung, teilte

³⁸ Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967, S. 184

³⁹ Vgl. StADt, M1 I P Nr. 1553

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Vgl. ebd.

Max Lazarus am 17.2.1939 mit, dass man es zur Kenntnis genommen habe, dass die Eheleute Lazarus ihre Schiffsreise am 8.3.1939 nicht antreten könnten. Die Reise per Schiff ab Triest sei auf den 15.3.1939 verlegt, die Abreise ab Lübbecke per Bahn beginne am 11.3.1939. Das Schiff, das Triest am 22.3.1939 verlasse, sei „bereits völlig besetzt“. Wenn das Einwanderungszertifikat für Palästina, das er bereits am 9.2.1939 erhalten hätte, nicht bis zum 31.3.1939 genutzt würde, verfiere es unwiderruflich. Max Lazarus wies in seinem Schreiben an den RP auf das Alter seiner Frau (75 Jahre alt) und sein eigenes Alter hin (fast 70 Jahre) hin. Er könne weder die Reise, noch die Transportkosten, noch alle anderen Auswanderungskosten bezahlen, wenn der Kaufvertrag nicht genehmigt würde und die Verkaufssumme ihm nicht zur Verfügung stünde.

Da die Bezirksregierung bis Ende Februar nicht reagierte, reichte Max Lazarus am 1.3.1939 persönlich beim RP in Minden folgende Unterlagen ein: 1. „Antrag auf beschleunigte Entscheidung“, 2. „Schreiben des Kreiswirtschaftsberaters, aus dem das Einverständnis mit dem Kaufpreis hervor[ging]“, 3. „Nochmalige Abschrift des Kaufvertrages“.⁴²

Zeitgleich am 1.3.1939 berichtete der Gauwirtschaftsberater aus Münster dem RP in Minden, dass er keine Bedenken gegen den Kaufvertrag habe. Am 3.3.1939 teilte der stellvertretende Landrat des Kreises Lübbecke, Hüter⁴³, dem RP mit, dass der Kaufpreis in Höhe von 15.000 RM für das ehemalige Haus „des Juden Lazarus“ seines Erachtens „angemessen“ sei. Am 4.3.1939 erteilte auch der RP endlich seine Genehmigung zum Verkauf des Hauses des Lehrers i.R., Max Lazarus.

In seinen Lebenserinnerungen schrieb der jüdische Lehrer und Kantor:

„Nach dem verhängnisvollen 10. November 1938 traf ich sofort Vorkehrungen, mit meiner Familie nach Erez Israel auszuwandern. Am Mittwoch, 14. März 1939, fuhren meine liebe Frau und ich auf der ‚Palestina‘ von Triest ab, unsere Kinder waren uns vorausgeeilt. Auf der Mittelmeerfahrt hielt ich am Freitagabend unter Teilnahme vieler Mitreisenden den Schabbathgottesdienst ab. [...]“⁴⁴

Als einziges Ladengeschäft im Kreis Lübbecke, dessen Inhaber Juden waren, existierte in Lübbecke vor dem Pogrom nur noch das Manufakturwarengeschäft M.B. Weinberg. Der Umsatz dieses Geschäfts war vermutlich schon im Frühjahr 1938 sehr gering, denn die letzte nichtjüdische Verkäuferin musste im März 1938 entlassen werden, weil aufgrund der antisemitischen Boykottpolitik der NS-Gliederungen es kein Kunde mehr wagte, bei Schönebergs einzukaufen.⁴⁵

Nach dem Pogrom durften die Inhaber der Firma ihr Geschäft nicht mehr betreten, „damit nichts entwendet wurde.“⁴⁶ Der kommissarische Landrat Hüter verfügte am 12.12.1938, dass der Bücherrevisor W. zum Abwickler des Geschäfts bestellt wurde. Dieser setzte den Wert des Warenlagers auf 11.535 RM fest, obwohl sein buchmäßiger Einkaufswert 14.942 RM betragen

⁴² Vgl. StADt, M I I P Nr. 1553

⁴³ Nachdem Kurt von Borries Landrat des Kreises Recklinghausen geworden war und sich in Lübbecke am 4.11.1938 verabschiedet hatte, wurde Oberregierungsrat Hüter (NSDAP- und SA-Mitglied) als stellvertretender oder kommissarischer Landrat des Kreises Lübbecke in der Lokalpresse vorgestellt. Hüter war Landrat des Kreises Erfurt-Weißensee bis 1936 gewesen, dann Oberregierungsrat im Preußischen Staatsministerium im Stabsamt von Göring. Vgl. Westfälische Neueste Nachrichten (vereinigt mit NS-Volksblatt und Lübbecke Kreisblatt seit Oktober 1935) vom 31.10., 4.11. und 9.11. 1938.

⁴⁴ Lazarus, Max: Erinnerungen, S. 146

⁴⁵ Mitteilung von Liesel Schlingmann; vgl. StADt, M I I P Nr. 1467

⁴⁶ Vgl. StADt, D 27 A KA 65/6

hatte. Dann verkaufte er es ohne Wissen und Willen der Firmeninhaber an das Textilhaus Kolck zum Preis von 6.853 RM, d.h. also ca. 54% unter dem Einkaufswert, und kassierte selbst Gebühren in Höhe von 444 RM. Der Restbetrag wurde am 20.3.1939 auf ein Sicherungskonto der Kreissparkasse Lübbecke überwiesen und später vom NS-Staat eingezogen.⁴⁷

Die Inhaber erhoben beim Landrat am 24.1.1939 Einspruch gegen das Verfahren dieses Zwangsverkaufs. Sie kannten Interessenten, die das gesamte Warenlager zum Einkaufspreis erwerben wollten.

„Auf Anfrage erfuhr ich erst heute durch den von Ihnen eingesetzten Treuhänder, Herrn W., dass mein Warenlager durch denselben ca. 50% unter dem Einkaufswert veräußert ist. Ich erhebe Einspruch und bitte, Ihre Genehmigung zu diesem Preis nicht zu geben.“⁴⁸

Doch dieser Einspruch hatte auf die Entscheidung der Behörden keinen Einfluss. Die ministeriell angeordnete Ausplünderungspolitik wurde von den nachgeordneten Staats- und Bewegungsstellen mechanisch ausgeführt. In einer mutigen Beschwerde vom 2.2.1939, die sie diesmal an die Adresse des verantwortlichen Ministeriums schickten, machten Schönebergs deutlich, dass sie nicht in der Lage waren, die Judenvermögensabgabe und die sonstigen Steuern zu zahlen, da der Veranlagung dieser Abgaben die bilanzmäßig wirklichen Werte zugrundegelegt wurden.

Schon zuvor, am 27.12.1938, wurde zwischen Kaufmann Alfred Weinberg, dem Bruder der Inhaberin als Vertreter ihrer minderjährigen Tochter, und Fräulein Amalie Reinköster vor dem Notar M. ein erzwungener Vertrag über den Verkauf des Hausgrundstücks Langestraße 42 verhandelt. Der Kaufpreis wurde auf Druck des RP, der sich auf die Verordnung vom 3.12.1938 über den Einsatz des jüdischen Vermögens berief, von 18.480 RM auf 16.500 RM gesenkt. Der Kaufpreis wurde unter Anrechnung einer auf dem Grundstück lastenden Hypothek (Judenabgabe) auf ein Sperrkonto der Kreissparkasse Lübbecke überwiesen, über das die Verkäuferin nur mit Genehmigung der Devisenstelle des Oberfinanzministeriums in Münster verfügen konnte. Der Verkäuferin wurde eine Räumungsfrist bis 15.2.1939 gesetzt. Bei vorhergehender „Liquidation“ der Firma M.B. Weinberg sollte sich diese Frist sogar verkürzen. Die zweite Hälfte des Doppelhauses, Langestraße 40, musste im April 1939 auf ähnliche Weise an einen anderen Käufer zwangsverkauft werden.⁴⁹

In Preußisch Oldendorf lebten während des Pogroms keine jüdischen Familien mehr. Familie Dalberg mit drei Personen war am 30.7.1934 nach Naharia bei Haifa ausgewandert. Die Familie des Gastwirts Stein, ebenfalls mit drei Personen, zog im Laufe des Jahres 1936 nach Rahden, wo sie bei Goldsteins eine Wohnung fanden. Die älteren Mitglieder der Familie Ehrlich zogen im Oktober 1938 nach Frille/Kreis Minden, die jüngeren nach Hannover.⁵⁰ Das Synagogengrundstück mit dem Schulgebäude wurde am 24.10.1938 von Georg Ehrlich an die Witwe eines Tierarztes in

⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. ebd.

⁵⁰ Vgl. Yad Vashem, Pinkas Hakehillot: Mitteilung der Amtsverwaltung Preußisch Oldendorf über die „Abmeldung der Glaubensjuden“ vom 23.3.1961 an die Kreisverwaltung Lübbecke.

Preußisch Oldendorf zum Preis von 2.500 RM verkauft.⁵¹ „Schon im Sommer 1937 wurde ein Brandanschlag auf die Schule verübt.“⁵² Der Terror der Nationalsozialisten und ihrer Gliederungen war bereits vor dem Pogrom so unerträglich geworden, dass die jüdischen Familien den Entschluss zur Flucht fassten.

Alfred Ehrlich (*16.08.1909) beschrieb die lokalen Verhältnisse unter NS-Bedingungen in seinem Überlebensbericht „12 Jahre nazistische Schreckensjahre“ wie folgt:

„29. [sic] Januar 1933 Machtergreifung durch Adolf Hitler. Von diesem Tage an begann die offizielle Unterdrückung gegen uns Juden. Mit nur 3 jüdischen Familien wohnten wir in Pr. Oldendorf, einem kleinen Platz von ca. 1500 Einwohnern. Mein Vater betrieb hier eine Schlachtereierie und ein Getreidegeschäft, in diesem Geschäft war ich tätig. Wie überall in Deutschland, so war auch in Pr. Oldendorf die Naziführung darauf bedacht, unser Geschäft zu zerstören und vor allen Dingen den Verkehr mit Ariern zu unterbinden. Am 1. April 1933 war der erste offizielle Boykott jüdischer Geschäfte in ganz Deutschland, so hatte man auch vor unser Geschäft SA Posten gestellt, die die Kundschaft, die bei uns kaufen wollte, es waren an diesem Tage nur sehr wenige, die unser Geschäft aufsuchten, fotografierten und bedrohten, in dem Stürmer veröffentlicht zu werden, falls sie beim Juden kaufen würden. Durch diese Hetze kam es, dass unser Geschäft von Jahr zu Jahr schlechter wurde. Die von den Nazis vergiftete Jugend stimmte beim Durchmarsch durch die Stadt, jedesmal bei den jüdischen Häusern das Lied an. ‚Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut. SA Kameraden, hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand.‘ Durch diese Hetze und Verleumdung wurden wir so deprimiert und seelisch zu Grunde gerichtet, dass wir immer daran dachten, so schnell wie möglich raus aus Deutschland, aber leider hatten wir keine Verwandte im Ausland, die uns eine Auswanderung ermöglichen konnten. Die eine jüdische Familie wanderte im Jahre 1935 nach Palestina aus, die andere verkaufte im Jahre 1936 ihre Besitzung und siedelte nach Rahden um. Ab dieser Zeit wohnten wir noch als einzige jüdische Familie in Pr. Oldendorf. Unser Geschäft wurde durch die Hetze der Nazis so geschädigt, dass wir es wohl oder übel verkaufen mussten, es war für uns ein schwerer Entschluss, aber schon allein der Aufenthalt in Pr. Oldendorf war unerträglich geworden. Die Bauern, von denen wir unser Schlachtvieh bekamen, durften uns dasselbe nicht mehr bringen, so dass wir uns dasselbe nachts holen mussten, so auch konnten unsere noch wenigen Fleischkunden unser Geschäft nur im Dunkeln aufsuchen. Es waren nur einzelne couragierte Kunden, die unser Geschäft noch am Tage aufsuchten. Die Kundschaft hatte eben Angst, unser Geschäft zu betreten oder auch nur, privat mit uns zu verkehren, wurden diese Leute doch von der Partei zur Rede gestellt und mit Geldstrafe belegt. So kam es, dass auch diese Kundschaft fernblieb, denn, wer noch mit einem Juden verkehrte, wurde als staatsfeindlich bezeichnet und Staatsfeinde waren Anwärter der K.Z. Lager. Im Jahre 1938 verkaufte nun mein Vater unter schwerem Entschluss seine Besitzung. Meine Eltern und meine Tante verzogen hierauf nach Frille bei Minden, um hier, wo sie bei einer jüdischen Familie Wohnung gefunden hatten, ihren Lebensabend zu verbringen. Im September 1938 war ich nach Hannover verzogen und bekam ich Arbeit in einer Betonwarenfabrik. Die Arbeit war sehr schwer [...]“⁵³

Als Vorsteher der Synagogengemeinde Lavern-Wehden und letzter noch nicht geflohener Jude suchte der frühere Viehhändler und Landwirt Simon Sauer aus Wehden 84 seit März 1938 bei der Provinzialregierung in Münster um den Verkauf der Synagoge in Lavern nach. Der Erlös dieses Verkaufs sollte an den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden gehen und die Zinsen der Kaufsumme zur „Erhaltung und Pflege des jüdischen Friedhofes in Lavern verwandt werden.“⁵⁴ Schließlich wurde der Verkauf im September 1938 abgewickelt. Auch auf diese Synagoge wurde schon vor dem Reichspogrom ein Brandanschlag durch einen Schüler verübt. Das Feuer wurde von Anwohnern gelöscht.⁵⁵ Ende September 1938 wurden sämtliche Fensterscheiben des Hauses von Simon Sauer von NSDAP- oder SA-Anhängern eingeschlagen. Die Gestapo in Bielefeld versuchte, diese „Aktion“ mit dem angeblich „freche[n] und provozierende[n] Benehmen“ von Simon Sauer zu begründen.⁵⁶ Am 19.10.1938 kam es noch schlimmer. Erneut warfen Täter, die frühmorgens mit einem Auto angereist waren, mit Steinwürfen Fenster im Hause von Simon Sauer

⁵¹ Vgl. Pracht (1998), S. 417

⁵² Brocke, Michael (Hg.): Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen. Gedenkbuch der Synagogen Deutschland. Bochum 1999/5760, S. 437

⁵³ Vgl. StdtA Preußisch Oldendorf, Ehrlich, Alfred: 12 nazistische Schreckensjahre. Typoskript. Begonnen 1948/49, S. 1. Ich danke Dr. Joachim Meynert für eine Kopie dieses bewegenden und zeitgeschichtlich bedeutenden Dokuments.

⁵⁴ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

⁵⁵ Vgl. Hillebrand (1996), S. 31, 60, 72

⁵⁶ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

ein, verletzten dabei ein Ferkel, brachen in das Haus ein und verrichteten dort ihre Notdurft.⁵⁷ Bevor der Terror des NS-Staates weitere Höhepunkte im Jahre 1938 erreichte, floh Simon Sauer mit seiner Frau nach Berlin und von dort nach Canada. Dennoch wurde sein Wohn- und Wirtschaftsgebäude während des Pogroms total abgebrannt und ein Schaden von 13.000 RM verursacht. Am Besitz des Gemischtwarenhändlers Philipp Coblenzer in Wehden 184 entstand während des Pogroms ein Schaden in Höhe von 1.200 RM.⁵⁸

In Rahden und Kleinendorf lebten im September 1932 nach einer Aufstellung des Vorsitzenden der Synagogengemeinde Rahden, Richard Haas, 41 Erwachsene (darunter 20 Frauen) und 13 Kinder unter 14 Jahren.⁵⁹ Vor dem Pogrom war die Familie Weidenbaum im Sommer 1937 mit drei Personen nach Palästina geflohen. Ilse Ginsberg wanderte schon im Dezember 1936 nach Palästina aus. Kurt Goldstein soll Anfang Oktober 1938 nach Herford gezogen sein und lebte hier, bevor er im Jahre 1941 in die USA floh. Iwan Ginsberg und seine Frau Gertrud wohnten kurze Zeit in Herford, bevor sie im Oktober 1938 nach Essen zogen. Familie Heine mit drei Personen war im August 1938 nach Italien ausgewandert. Heinz Oppenheim war schon am 1.9.1937 per Schiff von Le Havre nach New York ausgereist, um bei dem Richter Davidson in New York ein neues Leben zu beginnen.⁶⁰

Während schon vor dem Pogrom das Textilhaus, das im Besitz von Daniel Oppenheim war, im April 1938 verkauft werden musste, dann im Mai 1938 der Verkauf der Besitzung von Moritz Ginsberg, im Juli 1938 derjenige der Besitzung von Hugo Oppenheim, im August 1938 der der Besitzung von Louis Weidenbaum folgten, wurden nach dem Pogrom nicht weniger als 7 Immobilien, die im Besitz früherer jüdischer Bürger waren, zwangsverkauft.⁶¹

Bis hierhin wurde das Ausmaß und die Auswirkung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, soweit sie die Ausplünderung der jüdischen Gewerbetreibenden und Immobilienbesitzer vor und nach dem Pogrom von 1938 betraf, im Untersuchungsgebiet an einigen Beispielen dargestellt. Die neuen Besitzer, von denen angenommen werden muss, dass sie linientreue Anhänger des neuen Regimes waren, hatten von den preisgünstigen Verkäufen der terrorisierten Juden genauso profitiert wie der NS-Staat im allgemeinen, der seine leeren Kassen im Rahmen des Vierjahresplans des Reichswirtschaftsministeriums zum Zwecke der Finanzierung weiterer

⁵⁷ Vgl. StADt, M 2 Lübbecke Nr. 1783

⁵⁸ Vgl. Hillebrand (1996), S. 31; Rüter, Karin Kristin; Hampel, Christian: Schicksale 1933-1945. Die Judenpolitik in Deutschland 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung von Einzelschicksalen jüdischer Bürger der Gemeinden Minden, Petershagen, Lübbecke. Hg. v. der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Minden e.V. Minden 1986, S. 51

⁵⁹ Vgl. StADt, M 1 II A Nr. 820

⁶⁰ Vgl. Ester-Hartke (1998), S. 55-57; Brade, Lutz: Juden in Herford – Lebensverläufe, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1999. Bielefeld 1998, S. 135, Eintrag: „Iwan Ginsberg“; S. 144, Eintrag: „Kurt Herbert Goldstein“; Yad Vashem, Pinkas Hakehillot: Mitteilung Amtsverwaltung Rahden vom 24.2.1961 über „Abmeldung der Glaubensjuden in Rahden für die Jahre 1940-1944“ an Kreisverwaltung Lübbecke.

⁶¹ Vgl. Ester-Hartke, S. 68

Rüstungsprojekte auffüllte.⁶² Unterhalb der ministeriellen Ebene war an diesem Ausplünderungsprozess der regionale und lokale staatliche Apparat vertreten - wie die Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde, der Landrat als Preisüberwachungsbehörde, die Bürgermeister als unterste Durchführungs-behörden - als auch NS-Bewegungsstellen wie Gau- und Kreiswirtschaftsberater, Kreis- und Ortsgruppenleiter. Daneben leisteten Kreis- und Stadtparkassen, private Banken, Finanzämter, Devisenstellen und Industrie- und Handelskammern, Notare und private Abwickler willige Mitarbeit bei diesem Ausplünderungsprozess. Nachdem dieser Prozess mit der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ vom 3.12.1938 vorläufig zum Abschluss gebracht worden war, betrug die Geldsumme, die der NS-Staat nach dem Pogrom bis zum Kriegsausbruch aus der so genannten „Sühneabgabe“ und „Reichsfluchtsteuer“ von flüchtenden Juden erhob, nach Barkai über 2 Milliarden RM.⁶³

Was den Pogrom am 9./10.11.1938 im engeren Sinne betraf, so lieferte das tödliche Attentat auf den Legationsrat vom Rath am 7.11.1938 für die NSDAP-, SS- und SA-Führer lediglich einen Vorwand zu einer brutalen Verschärfung des gegen die Juden gerichteten Terrors und zu einer Radikalisierung des längerfristig vorbereiteten wirtschaftlichen Ausplünderungs-prozesses. Denn zielgerichtete Zerstörungen von Synagogen und massenhafte Abschiebungen von Juden gingen schon vor dem 9.11. bzw. 27.-29.10.1938 auf das Konto der Nationalsozialisten. Die Münchener Synagoge war schon am 9.6.1938, die Nürnberger Synagoge am 10.8.1938 zerstört worden.⁶⁴ Die Synagoge in Kaiserslautern wurde gesprengt, die Synagogen in Rodalben, Kusel und Albersweiler mussten an die jeweiligen Stadtverwaltungen verkauft werden und wurden zweckentfremdet. Auch die Dortmunder Synagoge am Hiltropwall musste schon im September 1938 verkauft werden und wurde im Oktober gesprengt.⁶⁵

Auch im Untersuchungsgebiet waren - wie erwähnt – die Brandanschläge auf die Synagoge von Levern und das jüdische Schulgebäude in Preußisch Oldendorf schon vor dem Pogrom verübt worden. In Versmold brachen sieben 8-11jährige Schulkinder im Sommer 1936 die Synagoge auf und verunreinigten sie. Nachdem sich nach polizeilichen Ermittlungen sogar der Landrat des Kreises Halle i.W. mit dem Fall befasst hatte und die Kinder von ihren Eltern und Lehrern für ihre Tat bestraft worden waren, erklärte der Vorsteher der Synagogengemeinde Versmold, Julius Spiegel, die Sache für erledigt, zumal in der Synagoge „der alte Zustand von den Tätern wieder hergestellt worden“ war.⁶⁶

⁶² Vgl. Moser, Jonny: Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse, in: Pehle (1988), S. 119

⁶³ Vgl. Barkai, Avraham: „Schicksalsjahr 1938“, in: Pehle (1988), S. 115

⁶⁴ Vgl. Scheffler, Wolfgang: Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964, S. 89-91

⁶⁵ Vgl. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade). Hg. v. Klaus Behnken. 5. Jg., 1938. Frankfurt a.M. 1980 (Nachdruck), 3. Aufl., S. 1181.

⁶⁶ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 670

Der Einbruch in die Synagoge von Rahden im Februar 1938, der vermutlich ebenso auf das Konto von antisemitisch indoktrinierten Jugendlichen ging, hatte sogar eine Verhaftung des jüdischen Vorsitzenden und eine umfangreiche Untersuchung durch die Gestapo ausgelöst, ohne dass allerdings zum Bedauern des Bürgermeisters Beweise für eine von Juden begangene hochverräterische Tat zu Tage gefördert werden konnte.

Kurt Weinberg (geb. 1924) erinnerte sich daran, dass jemand in den ersten Jahren des NS-Regimes einmal Blei in das Schloss der Synagoge von Werther gegossen hatte. Deshalb konnte er mit seinem Vetter die Synagoge nicht betreten, um die Thorarolle weiterzustellen bis zu dem Abschnitt (hebr. Parascha), der am folgenden Feiertag gelesen werden sollte.⁶⁷

Diese Sachbeschädigungen und Brandstiftungen durften zweifellos nicht als leichte Verfehlungen eingeschätzt werden, denn es war zu befürchten, dass diese kindlichen Produkte ideologischer Boshaftigkeit von potentiellen Schandtaten ideologierter Erwachsener aus den NS-Gliederungen noch übertroffen werden konnten.

Andererseits war die brutale Ausplünderung und Vertreibung von 15.000-18.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit und Staatenloser vom 27.-29.10.1938 durch Polizei, SA und SS aus dem Deutschen Reich über die Grenze nach Polen nicht die erste Massenvertreibung von Juden durch das NS-Regime gewesen. Denn nach dem „Anschluss“ an Österreich am 12.3.1938 waren schon am 26.3.1938 die ersten begüterten orthodoxen jüdischen Familien aus dem Burgenland vertrieben worden. Während des Pessachfestes Ende April 1938 lud die Gestapo Juden aus sieben burgenländischen Gemeinden auf Lastwagen und trieb sie auf die tschechoslowakische Grenze zu. Nach Schließung dieser Grenze mussten diese Juden nach Wien ziehen. Ihr Vermögen und ihre Grundstücke wurden von der Gestapo beschlagnahmt und an nichtjüdische Interessenten verkauft.⁶⁸ Auch diese Vertreibungen und Ausplünderungen hätten nicht alle Juden passiv hinnehmen müssen.

Der Reichspogrom vom 9./10.11.1938 soll der erste moderne Pogrom in Deutschland nach dem Mittelalter gewesen sein. Er wird insofern als „modern“ bezeichnet, als er zentral von der Staatsführung und mit modernen Kommunikationsmitteln angeordnet wurde.⁶⁹ Verantwortlich für die immensen Schäden an Leib, Seele, Hab und Gut der deutschen und österreichischen Juden war in erster Linie der Propagandaminister Joseph Goebbels in enger Absprache mit Hitler. Aber auch die anderen Führer der Bewegungsstellen wie Müller (Gestapa), Himmler für die SS, Heydrich für den SD und Lutze für die SA trugen erheblich zur Organisation des Pogroms bei.⁷⁰

⁶⁷ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 48

⁶⁸ Vgl. Deutschland-Berichte der Sopade, 5. Jg., 1938. Frankfurt a.M. 1980, 3. Aufl., S. 1182-1186; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 212, 214f

⁶⁹ Vgl. Loewenberg, Peter: The Kristallnacht as a Public Degradation Ritual, in: LBIYB, Bd. XXXII (1987), S. 313

⁷⁰ Vgl. Adam, Uwe: Wie spontan war der Pogrom?, in: Pehle (1988), S. 77f, 89

Wie hoch wurden die Schäden im Untersuchungsgebiet von den Staatsstellen eingeschätzt und welche NS-Gliederungen waren an den Zerstörungen und Verschleppungen beteiligt?

Die Synagoge in Versmold wurde am 10.11.1938 um 18.00 Uhr in Brand gesetzt und brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Inneneinrichtung war mit 2.100 RM versichert, der Gebäudeschaden wurde vom Landrat des Kreises Halle i.W., Karl Leweke, auf 1.500 RM geschätzt.⁷¹ Am 29.11.1939 forderte Bürgermeister Kettmann aus Versmold den kranken, kurz zuvor aus mehrmonatiger Haft entlassenen Bernhard Steinfeld in Köln auf, die Überreste der Synagoge, die schließlich von den verschiedenen Gliederungen des NS-Staates zerstört worden war, auf eigene Kosten abtragen zu lassen.⁷² 1940 erhielt ein bei der Fleischwarenfabrik Menzefricke beschäftigter Schlachter den Zuschlag beim Kauf des Synagogengrundstücks, der später auf der Parzelle ein Einfamilienhaus erbaute.⁷³

In der ominösen Besprechung im Reichsluftfahrtministerium vom 12.11.1938 war es die Idee des Propagandaministers Goebbels gewesen, die Juden zu zwingen, die Ruinen der geschändeten Synagogen auf eigene Kosten beseitigen zu lassen und anstelle von Gotteshäusern „freie Plätze“ anlegen zu lassen. Verschiedene Minister, Staatssekretäre, Polizeichefs, der Direktor der Reichsbahn und der österreichische Handelsminister verbrachten drei Stunden und vierzig Minuten miteinander, um Ideen auszutauschen, wie die Juden noch weiter gedemütigt werden könnten.⁷⁴

In Versmold wurde in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1938 der größte Teil der Wohnungseinrichtung im Hause der Familie Steinfeld zerstört, Fenster und Türen zerschlagen und die Möbel „auf die Straße geworfen“.⁷⁵ Die angerichteten Schäden wurden vom Landrat mit nicht weniger als 10.000 RM angegeben. Obwohl sich die Familie Steinfeld aufgrund ihrer Erfahrungen aus früheren pogromartigen Überfällen bei der Allgemeinen Versicherungsgesellschaft für See-, Fluß- pp. Transporte Dresden, Sitz Barmen, „gegen Tumultschäden“ versichert hatte, weigerte sich diese Versicherung, Schadenersatzleistungen zu zahlen.⁷⁶ Auf der Konferenz vom 12.11.1938 im Reichsluftfahrtministerium war nämlich mit dem Versicherungsexperten Hilgard vereinbart worden, dass jüdische Versicherungsansprüche vom NS-Staat beschlagnahmt werden sollten. Den massiv geschädigten Juden wurde in einem Erlass lediglich gestattet, etwaige Reparaturkosten von der so genannten „Sühneleistung“, die in Höhe von 25% des im April 1938

⁷¹ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1106

⁷² Vgl. Gatzen, Helmut: „... und vergib uns unsere Schuld.“ Die letzten Juden in Versmold, in: Westheider, Rolf (Hg.): 900 Jahre kirchliches Leben in Versmold. Bielefeld 1996, S. 131

⁷³ Vgl. Pracht (1998), S. 83

⁷⁴ Vgl. Loewenberg, S. 315

⁷⁵ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1106

⁷⁶ Vgl. Gatzen (1996), S. 131

angemeldeten Vermögens gezahlt werden musste, abzuziehen.⁷⁷ Die Tatsache, dass die materiell und seelisch geschädigten jüdischen Hausbesitzer und die jüdische Gemeinschaft als Kollektiv auch noch für die erlittenen Schäden selbst zahlen mussten, ist als höchste Stufe der Erniedrigung zu bewerten.⁷⁸

Über Schäden am Haus der Firma Gebrüder Weinberg in der Gemeinde Bockhorst im Amt Versmold wird im Bericht des Landrates nichts erwähnt. Unglaublicherweise soll die örtliche SA-Ortsgruppe auf Initiative des Ortsgruppenleiters Rave in der Pogromnacht vor dem Haus Weinberg Nr. 46 aufmarschiert sein, um die Juden vor Übergriffen und das Haus vor Zerstörungen durch SA-Angehörige, die möglicherweise aus anderen Orten anreisten, zu schützen. Während letzteres vermutlich gelang, konnte oder wollte die Bockhorster SA die Verhaftung des Mitinhabers Max Meyer nicht verhindern. Dieser wurde vermutlich von einem Ortspolizisten am 9. November verhaftet, zunächst ins Stadtgefängnis von Versmold verbracht, bevor er mit vielen anderen Juden aus der Region Ostwestfalen ins KZ Buchenwald verschleppt wurde. Seine Frau Selma, die ihm eine Decke und Essen ins Gefängnis bringen wollte, wurde von einem freundlichen nichtjüdischen Nachbarn im Auto nach Versmold mitgenommen.⁷⁹

Bei der unterschiedlichen inhaltlichen Formulierung und zeitlichen Absendung der Anweisungen an die unterschiedlichen Unterführer der NS-Gliederungen waren Kompetenzstreitigkeiten vor Ort bei der Ausführung des Pogroms vorprogrammiert. Während der Chef des Geheimen Polizeiamts, Heinrich Müller („Gestapo-Müller“), in seinem Fernschreiben vom 9.11.1938 um 23.55 Uhr anwies, „[...] zu den Gesamtktionen können herangezogen werden, Verfügungstruppen der SS sowie allgemeine SS“ und dass sich die Staatspolizei nicht beteiligen sollte⁸⁰, ordnete Himmler am 10.11.1938 um 1.25 Uhr an, dass die allgemeine SS nicht zum Einsatz kommen sollte. Um 5.00 Uhr hatte der General der Ordnungspolizei seinen Dienststellen befohlen, die Brandlegungen unter allen Umständen zu verhindern.⁸¹

In Halle i.W. pöbelte der betrunkene NSDAP-Ortsgruppenleiter Dr. Lücke in der Nacht vom 10. zum 11. November die vor den Häusern der jüdischen Besitzer Isenberg und Sachs aufgestellten Polizei- und SS-Wachen an, da er offensichtlich nicht damit einverstanden war, dass diese Immobilien vor Brandstiftern geschützt werden sollten. Eine Nacht später fuhren derselbe Ortsgruppenleiter aus Halle i.W. in Begleitung eines SA-Obersturmbannführers aus Brackwede, eines SS-Obersturmführers aus Halle i.W., eines Kreisamtsleiters aus Bielefeld und eines Führers

⁷⁷ Vgl. Hilberg, Bd. 1 (1990), S. 49

⁷⁸ Vgl. Loewenberg, S. 319

⁷⁹ Vgl. Bockhorst und seine Bauern während des 2. Weltkriegs. Schülerarbeit einer 12. Klasse des Gymnasiums der Jugenddorf-Christophersschule-Versmold im Rahmen des Wettbewerbs „Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ unter dem Thema „Alltag im Nationalsozialismus“. Die Kriegsjahre in Deutschland.“ 1982/83, Körber-Archiv, Hamburg, Nr. 83-334, S. 32

⁸⁰ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1714; Adam, in: Pehle (1988), S. 78

⁸¹ Vgl. Adam, in: Pehle (1988), S. 79

des Reichsarbeitsdienstes in zwei Autos um 23.30 Uhr nach Werther. Sie hielten vor der Synagoge. Obwohl zwei SS-Leute zur Bewachung der schon eine Nacht zuvor geschändeten Synagoge eingesetzt waren, um das Betreten und die Brandlegung des Gebäudes zu verhindern, gelang es ihnen nicht, den Ortsgruppenleiter und den Obersturmbannführer in Schach zu halten. Jedenfalls entfernten sie „die Holzverriegelung und das Verbotsschild von dem offenen Eingang und drangen in die Synagoge ein.“⁸² Anschließend beteiligten sich der NSDAP-Ortsgruppenleiter, der SA-Obersturmbannführer und der SS-Obersturmführer an der Zerstörung von Bänken, Schränken und Leuchtern.

In Brockhagen im Amt Halle i.W. versuchte ein Elektromeister, der Mitglied der NSDAP-Ortsgruppe war, auf Veranlassung des kommissarischen Ortsgruppenleiters das Haus von Nathan Hurwitz Nr. 220 am Morgen des 10.11.1938 in Brand zu setzen. Diese Brandsätze konnten jedoch von Frau Hurwitz und ihrer Tochter gelöscht werden. Nathan Hurwitz meldete den Vorfall dem Amtsbürgermeister von Halle i.W., Meyer zu Hoberge, der je zwei Polizeibeamte nach Halle und Brockhagen schickte, um weitere Brandlegungen zu verhindern. Um 22.00 Uhr gelang es dann vier Brandstiftern, darunter drei so genannten „Alte Kämpfer“, das Wohnhaus und das Stallgebäude des ehemaligen Viehhändlers Nathan Hurwitz in Brand zu setzen und einen materiellen Schaden von ca. 23.000 RM zu verursachen. Die obdachlos gewordene Familie Hurwitz zog am 21.11.1938 nach Bielefeld. Die eigentlichen Urheber der Brandstiftung auf lokaler Ebene waren der Kreisbauernführer, der Ortsgruppenleiter, der stellvertretende Ortsgruppenleiter und der Propagandaleiter. Diese wurden nach dem Krieg von der Militärregierung in Gewahrsam genommen. Die Ausführenden der Brandstiftung erhielten im Jahre 1946 Zuchthausstrafen.⁸³

In Werther warfen offensichtlich indoktrinierte Schulkinder mit stiller Duldung eines Polizeibeamten in der Mittagszeit des 10.11.1938 die Schaufenster des Textilhauses Weinberg ein und zerrten die Ausstellungsstücke auf die Straße. Von einem Nachbarn angerufen, eilte der Amtsinspektor Ellerbrake an den Tatort, wo vier Bürger und ein Straßenbauarbeiter „ihren Unmut und ihre Empörung über derartiges Tun“ zum Ausdruck brachten und von dem Amtsinspektor erwarteten, dass er diesen Unfug beendete. Der Besitzer eines Hauses in unmittelbarer Nähe der Synagoge, der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr war, äußerte gegenüber dem Amtsdirektor, dass er die Feuerwehr alarmieren würde, wenn SS-Leute versuchen sollten, die Synagoge in Brand zu setzen. Ellerbrake bat daraufhin den Landrat Leweke telefonisch, nach Werther zu kommen. Als dieser kurze Zeit später eintraf, wurde er „mit Unmut und Schimpf“ empfangen. Der Landrat befahl einem SA-Mann, dafür zu sorgen, dass die Schulkinder die Ausstellungsstücke in die Schaufenster des Textilhauses Weinberg zurücktrugen und die Schaufenster mit Brettern vernagelt würden. Bei

⁸² Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1106

⁸³ Vgl. Meynert (1988), S. 211; Heckert, Stadtgeschichte (1996); S. 54f; StADt, M 1 I P Nr. 1106

einer anschließenden Visitation der Synagoge im Beisein des Amtsbürgermeisters Ostrop und einiger SS-Leute wurde festgestellt, dass ein Thoraschrank aufgebrochen war, „aus dem ein Stab einer Torarolle herausging“.⁸⁴ Diese Thorarolle nahmen Bürgermeister und Amtsinspektor in Verwahrung.

Nach den weit schlimmeren Zerstörungen in der Nacht vom 11./12.11.1938 musste Alfred Weinberg als Vorsitzender der Synagogengemeinde die Synagoge im Beisein des Amtsdirektors und eines Polizisten „aufräumen“. Die beschädigten Kultgegenstände aus Metall soll Alfred Weinberg in den Ladenraum seines „stark demolierten“ Manufakturwarengeschäfts gebracht haben. Der Schaden in seinem Laden, im Büro und der zerstörten Fensterscheiben wurde auf 700 RM geschätzt.⁸⁵ Drei Thorarollen mit Mäntelchen und Schmuckschild, drei stark beschädigte Kronleuchter, zwei Handleuchter, mehrere Läufer, Plüschvorhänge sowie zwei weitere Thorarollen, die Alfred Weinberg einige Tage später ablieferte, hatte die Stadt Werther beschlagnahmt. Diese Gegenstände wurden zunächst in den Gefängniszellen oder auch im Obdachlosenheim - also an den aus religiöser Sicht ungeeignetsten Orten - verwahrt. Obwohl Alfred Weinberg noch im November um Rückgabe seiner eigenen beiden Thorarollen bat, weil er sie seinen Kindern vor ihrer geplanten Auswanderung mitgeben wollte, seine Bitte am 17.2.1939 wiederholte und ein Schreiben der Synagogengemeinde Herford vorlegte, aus dem hervorging, dass die dortige Gemeinde seit dem 4.2.1939 wieder regelmäßig ihre Gottesdienste abhalten durfte, traf der Landrat erst am 19.4.1939 die Entscheidung, die beschlagnahmten Kultgegenstände aus der Synagoge in Werther weiter aufzubewahren, bis er sie besichtigt habe. Tatsächlich hatte der Amtsbürgermeister von Werther dem Landrat aber schon Ende März 1939 drei Thorarollen, zwei Handleuchter und einige samtene Vorhänge zugesandt.⁸⁶ Wenigstens eine Thorarolle aus der Synagoge in Werther wurde vom Landrat in Halle i.W. am 12.7.1939 an die Staatspolizeistelle in Bielefeld aufgrund des Erlasses des Reichsinnenministers vom 15.4.1939 übersandt.⁸⁷ Als der Landrat Ende August 1939, kurz nachdem der Amtsbürgermeister zur Wehrmacht einberufen worden war, der Stadt Werther einen Besuch abstattete, entschied er, dass die beschädigten Kultgegenstände aus Metall als „Geburtstagsspende für den Führer“ verwendet werden sollten. Die anderen beschlagnahmten Kultgegenstände der Synagogengemeinde Werther sollten in einem Tresor der Kreisverwaltung, später im neuen Gebäude der Kreissparkasse, aufbewahrt werden. Tatsächlich blieben aber diverse Kultgegenstände - wie Thorarollen, Thoravorhänge, Thoraschmuck, der Schofar, Gebetbücher und Läufer sowohl im Amtshaus in Werther als auch im Tresor der Kreissparkasse in Halle i.W. auf unbestimmte Zeit und für unbestimmte Zwecke weiter

⁸⁴ Erinnerungen von Heinrich Ellerbrake, dem ehemaligen Amtsinspektor von Werther, vom 12.10.1988. Typoskript, in: StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

⁸⁵ Ebd. ; vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1106

⁸⁶ Vgl. StdtA Werther, B 95a

⁸⁷ Vgl. StADt, M1 I P Nr. 670

beschlagnahmte.⁸⁸ Wozu benötigte die totalitäre NS-Regierung, die sowohl das Judentum als auch die beiden Kirchen und verschiedene Sekten bekämpfte, Thorarollen?

Welche Schäden wurden von welchen Gliederungen des NS-Systems in Lübbecke verursacht?

Als offizielle Lesart des Pogroms in der Kreisstadt Lübbecke kann der „Tatsachenbericht“ des Polizeihauptwachtmeisters Fregin vom 23.11.1938 zitiert werden, in dem die verantwortlichen Täter erwartungsgemäß nicht erwähnt wurden:

„In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 gegen 3.45 Uhr wurde mir von dem Nachtschutzbeamten Theodor Jacobsen mitgeteilt, dass die Synagoge brenne und dass jüdische Geschäfte demoliert worden seien. Täter will er jedoch nicht gesehen haben. Ich begab mich sofort zur Brandstätte. Die Synagoge stand in hellen Flammen und es war mit einem Übergreifen des Feuers auf die Nachbargrundstücke zu rechnen. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert und war bald zur Stelle und nahm die Löscharbeiten auf. Der Kreisfeuerwehrführer Schürmeyer aus Bünde wurde ebenfalls von dem Brande verständigt, der an der Brandstelle erschien. Die Synagoge brannte bis auf die Grundmauern nieder. Es liegt Brandstiftung vor. Die Täter sind unbekannt. In der gleichen Nacht sind die Fensterscheiben von vier jüdischen Wohnungen zertrümmert und zum größten Teil die Wohnungseinrichtungen zerstört worden. Die Täter sind nicht bekannt.“⁸⁹

Aus den Berichten von Augenzeugen lassen sich einige Rückschlüsse auf das Verhalten der beteiligten NS-Gliederungen und der gaffenden Zuschauer während des Pogroms in Lübbecke ziehen.

Herr Alsmöller, Angestellter der im August zwangsverkauften Firma A. Hecht, ging am 10.11.1938 zwischen sieben und acht Uhr morgens zur Arbeit, als er Flammen aus der Synagoge schlagen sah. Mehr als hundert Leute schauten sich im Halbrund stehend den Brand von der Langestraße aus an. Von einer löschenden Feuerwehr war nichts zu sehen. Ein Arbeiter, der in der Packerei der neuen Firma „Lübbecker Kleiderfabrik, Kaufmann & Co KG“ beschäftigt war, von dem jeder Beschäftigte wusste, dass er Mitglied der SS war, habe gesagt: „Kerl, ich freue mich richtig. Wir wollen in den nächsten Tagen nach Rahden, auch die Synagoge anstecken.“ Außerdem konnte Herr Alsmöller bestätigen, dass die Wohnungsfenster des Hauses des früheren Firmeninhabers Hermann Hecht an der Osnabrücker Straße zerstört worden waren.⁹⁰

Zu den Aufgaben des Botenjungen Ewald Meier gehörte es, jeden Morgen zur Wohnung von Hermann Hecht in die Osnabrücker Straße 4 zu gehen, um diejenigen Poststücke, die noch mit „A.

⁸⁸ Vgl. Pracht (1998), S. 85

⁸⁹ StADt, M 1 I P Nr. 1106

⁹⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Herrn Alsmöller vom 2.10.1987. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs tauchte im Hause Bohne, Bahnhofstraße Nr. 11, eine der drei Thorarollen der jüdischen Gemeinde Lübbecke wieder auf, die während des Pogroms beschlagnahmt oder entwendet worden waren. Diese wiedergefundene Thorarolle wurde Helmut Bloch, der das Vernichtungslager Auschwitz und das KZ Dora-Mittelbau überlebt hatte, am 5.11.1949 von der Stadt Lübbecke ausgehändigt. Vgl. StdtA Lübbecke, D 156/03. In der neuen Synagoge in Minden, die 1958 eingeweiht wurde, werden noch heute zwei während des Pogroms angebrannte Thorarollen verwahrt, die aber nicht für Gottesdienste verwendet werden dürfen. Möglicherweise stammte eine dieser beschädigten Thorarollen aus der Gemeinde Lübbecke und wurde von Helmut Bloch der jüdischen Gemeinde in Minden zur Verwahrung ausgehändigt. Diese Vermutung ist insofern logisch, als es in Lübbecke keine jüdische Gemeinde und keine Synagoge mehr gab. Helmut Bloch besuchte mit seiner evangelischen Frau und seiner Tochter jüdische Gottesdienste in Minden und Weihnachtsgottesdienste in Lübbecke. Die zweite in der Synagoge in Minden verwahrte Thorarolle hatte den Pogrom in Minden in einem Hinterhaus der alten Synagoge überlebt. Mitteilungen von Hilde Bloch und Herrn Scheurenberg.

Hecht" adressiert waren, auszusortieren. Als der Junge um zwanzig vor sieben am 10.11.1938 vor der Villa der Familie Ruben an der Ostertorstraße 6 ankam, war dort eine gaffende Menschenmenge versammelt, die zusah, wie Gehlenbecker SS zerstörerisch tätig war. Auf dem Weg zu Hermann Hecht kam der Botenjunge an der brennenden Synagoge vorbei, wo ca. 60-70 gaffende Zuschauer versammelt waren. Auch an Feuerwehr und SS-Leute konnte sich der Zeitzeuge erinnern. Auf dem Weg durch die Lange Straße kam der Botenjunge am Textilgeschäft M.B. Weinberg vorbei. Dort waren keine Fenster unzerstört geblieben. Die Scheibengardinen flatterten heraus, die Haustür war eingeschlagen worden. Etwa 30 Leute gafften und hetzten den Hund von Weinbergs auf. Bei Hermann Hecht, Osnabrücker Straße 4, war auch „kein Fenster mehr heile“. Hedwig Hecht öffnete die Tür. Sie hatte einen Morgenmantel an und weinte. Sie soll sinngemäß gesagt haben: „Ewald, was machen die mit uns?“ Der Handlauf des Treppengeländers war weggerissen worden. Frau Hecht ging ins Büro ihres Mannes, holte den Schlüssel der Firma und gab ihn dem Jungen.⁹¹

Herr Lücker erinnerte sich daran, dass SS-Leute, die seiner Meinung nach nicht aus Lübbecke kamen, Bilder aus den eingeschlagenen Fenstern der Villa Ruben auf die Straße warfen. Bei der Zerstörung des Mobiliars der Wohnungen Ruben und Hecht waren auch SA-Leute aus Gehlenbeck beteiligt.⁹² Die Familie Ruben war vor dem Pogrom aus ihrer Wohnung geflüchtet. Albert Ruben war während der Pogromnacht verhaftet worden und zunächst im Stadtgefängnis festgehalten worden. Später wurde er von Bielefeld ins KZ Buchenwald verschleppt. Wie lange er dort gefangengehalten wurde, ist noch unbekannt.⁹³ Seine Frau, Dr. Hilde Ruben, war es vermutlich, die ihre Kinder Thomas (*1931) und Marianne (*1932) zu ihren Großeltern Max und Margarete Rosenberg nach Bielefeld in Sicherheit brachte.⁹⁴ Die Synagoge soll von Detmolder SS-Leuten in Brand gesetzt worden sein. Herr Lücker bestätigte, dass die Feuerwehr lediglich die Nachbarhäuser schützte.⁹⁵

Frau Kleffmann, die damals als Näherin bei der Firma Nathan Ruben beschäftigt war, erinnerte sich daran, dass Dr. Hilde Ruben nach der Pogromnacht weinend in den Nähssaal kam und darum bat, zwei Lodenmäntelchen für ihre Kinder Marianne und Thomas nähen zu lassen, was dann auch geschah. Der Vater der Zeitzeugin war verfolgtes KPD-Mitglied.⁹⁶

Herr Telkemeyer erlebte den 10.11.1938 als Schüler der Volksschule an der Bohlenstraße. Während der großen Pause oder nach der Schule lief er mit seinen Klassenkameraden zuerst zur

⁹¹ Mitteilung von Ewald Meier vom 30.9.1992

⁹² Mitteilung von Hanna Wilde vom 16.9.1992

⁹³ Vgl. HStA Weimar, so genannte „Geldkarte“ für Albert Ruben

⁹⁴ Mitteilung von Susanne Shapiro vom 2.9.1994

⁹⁵ Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Herrn A. Lücker vom 13.10.1987

⁹⁶ Mitteilung von Frau Kleffmann vom 17.2.1992

Villa Ruben. Dort waren die Fenster der Hauptfassade herausgerissen worden. Auch das Mobiliar, die Regale und der Wintergarten waren zerstört worden. Westlich der Villa brannte ein Feuer. Der Schüler hörte eine Frau sagen: „Haben sie tatsächlich das Spielzeug der Kinder noch angesteckt.“ An der Nöherei stand Polizei, die verhinderte, dass Leute weitere Fenster einwarfen. Die Synagoge brannte und schwelte noch. Verbrannte Bücher, angesengte Bücher und Papier lagen verstreut im Vorgarten. Die Feuerwehr habe nur die Seitenhäuser geschützt. Die Treppe des Wohnhauses der Familie Weinberg war abgesägt worden. Ein älterer Herr, vermutlich Paul Schöneberg, habe Pappe vor seine offenbar beschädigte altdeutsche Tür genagelt. Diese Pappe sei jedoch immer wieder von „Rowdies“ eingetreten worden.⁹⁷

Frau Schlingmann erinnerte sich daran, wie Paul Schöneberg - flankiert von zwei Polizisten - zwischen 9.30 und 10.00 Uhr am 10.11.1938 die Scharnstraße hochgehen musste und zum alten Rathaus gebracht wurde, wo der Bürgermeister Dr. Becker sein Büro hatte.⁹⁸ Diese Beobachtung passt zur Erinnerung, dass die jüdischen Gemeindemitglieder nach der Reichspogromnacht im Rathaus „regelrecht vorgeführt“ wurden.⁹⁹ In das Wohnzimmer des letzten jüdischen Lehrers, Max Lazarus, sei während der Pogromnacht ein „Radio oben in den Kronleuchter“ des Wohnzimmers geworfen worden. Der Rahmen eines Bildes, das Moses darstellte, sei zerschlagen und auf einen Schutthaufen geworfen worden. Das Bild selbst aber sei verschont geblieben. Max Lazarus habe es aufgerollt und mit nach Israel genommen. Dr. Lothar Lazarus habe die schwelende Synagoge nach dem Pogrom von der Lange Straße aus angesehen.¹⁰⁰ Tatsache war jedoch, dass Dr. Lothar Lazarus mit vielen anderen jüdischen Männern von Bielefeld ins KZ Buchenwald verschleppt wurde.¹⁰¹

Max Rosenberg (*1870) soll nach dem Pogrom die Glasscherben der Villa Ruben zusammengefeigt haben. Ein Lehrer habe seine Schulkinder ermutigt, das Schaufenster des Manufakturwarengeschäfts M.B. Weinberg einzuschlagen.¹⁰²

Nach Zassenhaus begann der Pogrom in Lübbecke gegen 2 Uhr nachts. 20-30 SA- und SS-Leute aus Lübbecke und Detmold sollen für die Zerstörungen in den Wohnungen der ehemaligen

⁹⁷ Mitteilungen von Wilhelm Telkemeyer vom 21.7.1992

⁹⁸ Mitteilung von Liesel Schlingmann vom 12.3.1993

⁹⁹ Vgl. Hüffmann, Helmut: Die St. Andreas-Kirche in Lübbecke. Zur Geschichte der Gemeinde und des Stiftes. Lübbecke 1990, S. 156

¹⁰⁰ Mitteilungen von Frau Büttemeyer und Frau Bunke vom 17.2.1992

¹⁰¹ Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996 im Auftrag von Steven Spielbergs „Survivors of the Shoah Visual History Foundation“. Vgl. Mitteilungen von Rachel Lazarus an Christa Lindemann, in: Beckmann (1993), S. 111. Nach Kogon wurden die Berliner Juden ins KZ Sachsenhausen verschleppt, während die von Bielefeld verschleppten Juden ins KZ Buchenwald verbracht wurden. Vgl. Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1988, 18. Aufl., S. 229

¹⁰² Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Volker Beckmann mit Anna Uehlemann vom 29.2.1992

jüdischen Bürger verantwortlich gewesen sein. Bei der Brandlegung der Synagoge soll der Kreisleiter Meiring Beihilfe geleistet haben, indem er Benzin zur Verfügung stellte.¹⁰³

In der Wohnung von Hermann Hecht wurden Fensterscheiben, Lampen und Mobiliar zerstört und eine Schreibmaschine entwendet. Der Schaden wurde amtlicherseits auf 500-1.000 RM eingeschätzt. Der Wohnungsschaden bei Bernhard Neustädter, ebenfalls Osnabrücker Straße 4, wurde genauso hoch eingeschätzt. Die Schäden an der Wohnung von Albert Ruben, Ostertorstraße 6, wurden auf 7.000-10.000 RM beziffert. Der kommissarische Landrat des Kreises Lübbecke, Hüter, meldete der Stapoleitstelle Bielefeld „die totale Zerstörung der gesamten Wohnungseinrichtung.“ Der Wohnungsschaden bei Paul Schöneberg (Manufakturwarenhandlung M.B. Weinberg), Lange Straße 40-42, wurde auf 2.000 RM geschätzt. Bei Max Lazarus, Bahnhofstraße 16, wurden Fenster, Lampen und Gardinen beschädigt. Der Schaden wurde mit 150-200 RM angegeben.

Der Gebäude- und Einrichtungsschaden der Synagoge wurde auf 20.000-21.000 RM geschätzt. Die Synagoge in Lübbecke soll bei der Aachener und Münchner Feuerversicherungsgesellschaft mit angeblich 25.000 RM versichert gewesen sein. Der gesamte, allein in Lübbecke angerichtete, materielle Schaden wurde also auf minimal 29.150 RM und maximal 35.200 RM geschätzt.¹⁰⁴

Auch der seelische Schaden der durch den Schock der Gewalteinwirkung traumatisierten jüdischen Menschen war immens groß. Der Terror der SA- und SS-Leute, die feindliche und zerstörerische Haltung der Nationalsozialisten und der indoktrinierten Jugendlichen (HJ) und die zumeist indifferente Haltung des gaffenden Publikums zerstörten das Vertrauen zu der Mehrheit der menschlichen Umgebung, verursachten aber auch Lähmung und Krankheit. Wer konnte, begann seine Flucht ins Ausland so schnell wie möglich zu organisieren. Doch die Voraussetzungen zur Realisierung solcher Fluchtvorbereitungen waren nicht in jeder Stadt, in jeder Familie gegeben. Manche Menschen waren alt und sahen für sich keine Zukunft mehr im Ausland. Andere hatten keine Verwandten im Ausland oder keine Devisen. Dr. Lore Shelley beschrieb die Reaktion ihrer Eltern, Meta und Paul Schöneberg, und die ihrer Verwandten auf die Reichspogromnacht wie folgt:

„Wir hatten keine Devisen, noch Schwarzgeld, noch Beziehungen und lebten in einer Stadt, die keine jüdische Hilfsorganisation besaß. Aus diesem Grunde hatte meine Mutter Schwierigkeiten, mich ins Ausland zu schicken. In den Großstädten gab es mehr Möglichkeiten zur Auswanderung (selbst Shanghai, usw.) Nach dem Novemberpogrom von 1938 war meine Mutter monatelang krank und lag im Jüdischen Krankenhaus in Hannover. Um diese Zeit hätte man aktiv, aggressiv und intensiv die Emigration betreiben sollen. Aber mein Stiefvater war nicht fähig dazu. Wir lebten in dem beim Pogrom teilweise zerstörten Haus in Lübbecke, waren in Schock und besuchten regelmäßig, per Eisenbahn meine Mutter, was sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Verwandte aus Holland kamen per Auto sofort nach der Novemberaktion von 1938, um mich nach Den Haag zu bringen – aber ich war um diese Zeit in Herrlingen. Sie nahmen meine Cousine Resi aus dem Münsterland zu sich und sandten sie später nach England.“¹⁰⁵

¹⁰³ Vgl. Neue Westfälische Nr. 261 vom 9.11.1988

¹⁰⁴ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1106

¹⁰⁵ Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993 an Verfasser

Auf die terroristischen Methoden, denen sich die männlichen Juden während der Verbringung per Eisenbahn von Bielefeld nach dem Konzentrationslager Buchenwald und in diesem Konzentrationslager selbst durch das Herrschaftssystem der SS und die dortigen objektiven Bedingungen ausgesetzt sahen, wird weiter unten ausführlicher eingegangen. An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass aus Lübbecke der frühere Kleiderfabrikant Albert Ruben, der Jurist Dr. Lothar Lazarus und vermutlich auch der frühere Gesellschafter der Kleiderfabrik A. Hecht, Bernhard Neustädter, zu denjenigen so genannten „Aktionsjuden“ gehörten, die nach Buchenwald verschleppt wurden.

Die jüdische Kultusgemeinde Lübbecke, vertreten durch Hermann Hecht, wurde laut Vertrag vom 22.4.1939 gezwungen, ihr Synagogengrundstück zum Preis der Abbruchkosten an die Stadt Lübbecke zu verkaufen. Hier zeigte sich wieder die mechanisch nach unten umgesetzte antisemitische Erniedrigungspolitik, deren geistige Urheber sich am 12.11.1938 im Reichsluftfahrtministerium getroffen hatten. Nicht genug, dass die NS-Gliederungen die Synagoge zerstört hatten, das Grundstück wurde nun praktisch zwangsenteignet. Darüber hinaus beschlagnahmte der NS-Staat die Versicherungssummen für die von ihm zerstörte Synagoge und für die Wohnungen der Juden. Welchen Bedürfnissen das Synagogengrundstück zukünftig für die nichtjüdische Bevölkerung Rechnung tragen sollte, ging aus dem Gemeindeprotokoll vom 25.4.1939 hervor:

„Der Vorsitzende gab davon Mitteilung, dass der Stadt nunmehr das Grundstück für die von der Stadt verausgabten Abbruchkosten zum Kauf angeboten ist. Die Ratsherren heißen den abgeschlossenen Kaufvertrag vom 22. April 1939 gut. Nach Anhörung der Ratsherren beschließe ich den Ankauf des Grundstücks Flur 8 Parzelle Nr. 1190/157 der Gemarkung Lübbecke in Größe von 434 qm zum Preise von 511 RM unter den weiteren Bedingungen des Kaufvertrages vom 22. April 1939. Der Platz soll als Grünanlage ausgestattet und mit einem Fahrradstande und einer Bedürfnisanstalt, evtl. auch mit einer Fernsprechkabine besetzt werden.“¹⁰⁶

Auf welche Weise liefen nun die terroristischen Aktionen des NS-Staates in Rahden ab und wie reagierten die Juden darauf?

Die Synagoge in Rahden soll angeblich von auswärtigen SA-Leuten am 10.11.1938 gegen 21.45 Uhr in Brand gesetzt worden sein. Die Feuerwehr beschränkte ihre Tätigkeit auf den Schutz der Nachbargebäude, insbesondere auf den des Rathauses. Da die starken Mauern der Synagoge nicht einfielen, wurden sie mit Hilfe so genannter „Weselbäume“ zum Einsturz gebracht. Die SA-Leute zerschlugen auch die Fenster und Türen von sechs Häusern, die im Besitz von Juden waren. Amtlicherseits wurde der Wohnungs- und Gebäudeschaden auf 1.100 RM eingeschätzt. Auf dieselbe perfide Weise wie in Lübbecke wurde auch die Synagogengemeinde Rahden, vertreten durch Robert Ginsberg, laut Vertrag vom 1.2.1939 gezwungen, das Synagogengrundstück in der Größe von 266 qm zum Preis der Abbruchkosten zu verkaufen. Das

¹⁰⁶ Vgl. StdtA Lübbecke, Protokollbuch des Gemeinderats in Lübbecke: Sitzung vom 25.4.1939

Amt Rahden richtete auf dem leeren Grundstück später einen Parkplatz ein.¹⁰⁷ Die „Jewish Trust Corporation“ schätzte die Schäden an dem Synagogengebäude, dem Inventar und den Kultgegenständen im Jahre 1955 auf 52.650 DM ein.¹⁰⁸

Nach den Berichten von Augenzeugen beließen es die SA-Leute nicht dabei, materielle Schäden anzurichten, sondern begingen auch schwere Misshandlungen an den jüdischen Bewohnern von Rahden:

„Die Frauen und die Kinder haben so geschrien, es war furchtbar. Die Fenster wurden mit dicken Steinen eingeschmissen, die Fensterrahmen, Schränke und andere Gegenstände mit Feuerwehreilen kaputt geschlagen und aus dem Haus geschmissen. Die Einmachgläser, die im Keller standen, wurden zertrümmert. Die Frauen wurden so verprügelt, dass sie vor lauter Angst ins Bett machten. Auch die Männer wurden gnadenlos verknoppt. Die Juden liefen weg und klopfen bei anderen Leuten, damit wir ihnen helfen sollten. Es war schrecklich! Man konnte das Schreien durch die ganze Stadt hören. Solche Angst hatten die Juden auszuhalten!“¹⁰⁹

Aus dem Hause von Richard Haas Nr. 393 wurden gemäß dem Schreiben des Amtsbürgermeisters von Rahden, Heinrich Stender, an die Stapo Bielefeld vom 26.11.1938 verschiedene Wertgegenstände und ein Koffer mit Dokumenten gestohlen, die dem Amtsbürgermeister vom Ortsgruppenleiter „zur vorläufigen Sicherung“ ausgehändigt worden waren, da sich der Eigentümer angeblich in Haft befand.¹¹⁰ Nach den Erinnerungen von Irma Haas, Ehefrau von Richard, konnte sich ihr Mann in Minden eine Woche lang auf einem Heuboden, der dem Rechtsanwalt Dr. Eugen Leeser gehörte, verstecken. Irma Haas und ihre Tochter Liesel fanden bei einer Tante in Minden Aufnahme. Eugen Leeser war von Bielefeld ins KZ Buchenwald verschleppt worden und verstarb dort am 20.11.1938. An diesem Ort des SS-Terrors ging er freiwillig oder unfreiwillig in den elektrisch geladenen Zaun. An diesem Ort der Unmenschlichkeit hatte er als Diabetiker kein Insulin erhalten.¹¹¹ Offensichtlich wurde Richard Haas nach seiner Rückkehr nach Rahden verhaftet. Seine Frau und seine Tochter fanden die Tür ihres Hauses zerschlagen vor, die Schränke lagen auf den Betten. Der Terror der NS-Gliederungen hinterließ nichts als Chaos und Zerstörung.

Während die SA-Gruppen Türen, Fenster und Wohnungseinrichtungen zerstörten und jüdische Bewohner von Rahden misshandelten, suchte nach den amtlichen Angaben des diensthabenden Polizeibeamten Otto Haase eine jüdische Frau, Sophie Frank mit ihren Kindern, auf dem christlichen Friedhof Zuflucht, um wenigstens dort Ruhe vor den SA-Leuten zu finden. Der

¹⁰⁷ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1439

¹⁰⁸ Vgl. Ester-Hartke, Ursula (Bearb.): Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997, S. 62f

¹⁰⁹ Zitiert nach Rüter, Verena: Juden – nationalsozialistische Vorgänge in Rahden und Umgebung. Schülerarbeit. Typoskript. 1984, S. 13, in: StdtA Rahden

¹¹⁰ Vgl. Ester-Hartke, S. 61

¹¹¹ Brief von Helga Becker-Leeser vom 2.8.1993 an Verfasser. Vgl. StADt, D 80 A Nr. 51: Interview von Joachim Meynert mit Otto Michelsohn vom 24.4.1985; StADt, D 80 A Nr. 75: Interview von Joachim Meynert mit Irma (*1907) und Liesel Haas (*1933) vom 27.5.1986. Nach einer Mitteilung von Walter Hoffman vom 17.04.2002 fanden Richard Haas und Hermann Frankenberg während des Prologs bei Hedwig Hoffmann, geb. Haas, der Frau des nach Dachau verschleppten Zahnarztes Dr. Leopold Hoffmann in Essen Zuflucht.

Polizeibeamte fand sie an diesem Ort am frühen Morgen des 10. November und forderte sie auf, nach Hause zu gehen.¹¹²

Noch früher am selben Tag wurden mindestens drei jüdische Männer der Synagogengemeinde Rahden - vermutlich von demselben Polizeibeamten - aus ihren Betten geholt und von ihm zum Bahnhof eskortiert: Richard Frank (*1899), Hugo Oppenheim (*1889) und Friedrich Jelin (*1916). Fred Jellin berichtete über den alptraumhaften Charakter der Verschleppung von Rahden über Lübbecke, Bünde, Herford nach Bielefeld und von dort ins KZ Buchenwald wie folgt:

„At 2 o'clock they picked us all up. Little did we know what was in store for us. Every male was picked up at 2 o'clock at night. And the policeman was a friend of mine, and a friend of the family. I said, 'Where are we going?' He said, 'I do not know. They just gave me orders, we have to pick you up and bring you to the station.' From there we went to a consolidation station. Every Jew from this place - we had about 55 families up there - every male was with us. Then we went to the next city Lübbecke, Bünde, Herford, all cities around the road. They were all picked up at the same time, gotten into the same train and the station was Bielefeld. That was where we got out of the railroad and we were brought to a schoolyard. That was where we had to stand up for the rest of the night and for the rest of the day until they gathered us in the next morning for the next trip. We did not realize what happened to us. Not to sleep in bed for the first time in my life I thought I had to die right then and there, to succumb. At 7 o'clock the next morning¹¹³ everybody was marching to the railroad station. And we were then bombarded with stones from the population. And then we really learned the hard way what was in store for us. There were only men and boys, no women and children at all. So we went to the station. And there is a station you walk the staircase down, there is an underpass when you get up to the next railroad - they had 2, 3 lines. Going down the railroad station, on both sides were SS-people, soldiers, Nazi-soldiers. And here they tripped people so that the elderly who were off the balance, they fell down. Falling down was not enough. They took their big rifles and hit them on their heads. So that were the first casualties we witnessed right then and there. We were all loaded in the train, thousands¹¹⁴ of people, and the destination we did not know. Nobody heard anything, it was still dark.

The horrible incident on this trip right then and there was [that] one of my fellows who was the son of the Rabbi in Lübbecke, [Dr. Lothar] Lazarus - I remember this as if right now - he wanted to pray his regular morning [prayer]. What he did was... Since he was born he laid Tefillin, that meant he laid his leather belts and the Ten Commandments he put them on his head, on both his arms he put his leather, they call it Tefillin laying.¹¹⁵ As soon as this Nazi saw what he did, he broke both of his arms in front of us. What happened to him afterwards... We did what we had to do [in order to help him].¹¹⁶ I did not think I would see the end of the trip myself. It was horrifying. We arrived in Weimar. There we were loaded again on trucks and brought to the camp. And the camp had a big sign on top, I forgot what it was.¹¹⁷ That was we called Buchenwald, we found out. Now we are in Buchenwald. We had nothing to eat already for two days. Now we had to go to Buchenwald into the camp. Again we were standing - I don't know for how many hours - all night, all day standing

¹¹² Vgl. Ester-Hartke, S. 60

¹¹³ Vgl. Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus. Bielefeld 1983, S. 74. Nach Meynert wurde „der größte Teil“ der 406 im Gestapogebiet Bielefeld verhafteten Juden am 12.11.1938 ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Da Dr. Lothar Lazarus nach der Erinnerung von Fred Jellin Tefillin (dt. „Gebetsriemen“) anlegte, müssten beide am Freitagmorgen des 11.11.1938 verschleppt worden sein, da Tefillin heutzutage nur werktags morgens und nicht am Shabbat oder an anderen Festtagen angelegt werden. Vgl. 9.11.1938. Reichspogromnacht in Ostwestfalen-Lippe. Gemeinsames Ausstellungsprojekt von Archiven in Ostwestfalen-Lippe. Ausstellungsbroschüre. LAV NRW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold. 2008, S. 40ff. „Liste der nach Buchenwald Deportierten“. S. 43: „Friedrich Jelin; 02.02.1939 entlassen“; S. 44: „Lothar Lazarus; 23.12.1938 entlassen“.

¹¹⁴ Vgl. Kogon, S. 229. Nach Kogon wurden 406 Juden von Bielefeld im Kontext der so genannten „Rath-Aktion“ ins KZ Buchenwald verschleppt.

¹¹⁵ Vgl. Schoeps, Julius (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh, S. 447f, Artikel: „Tefillin“

¹¹⁶ Fred Jellins Erinnerungen widersprechen der Mitteilung von Rachel Lazarus an Christa Lindemann, in: Beckmann (1993), S. 111, wonach Dr. Lothar Lazarus von Berlin ins KZ Buchenwald verschleppt worden sein soll. Nach Rachel Lazarus soll ein Aufseher im KZ Buchenwald Lothar Lazarus erkannt haben und versucht haben, „ihm etwas menschlichere Bedingungen zu verschaffen“. Da Fred Jellins Erinnerungen expliziter sind, kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass sich Dr. Lothar Lazarus, der beim Palästina-Amt in Berlin eine Funktion ausübte, vor dem Pogrom in Lübbecke bei seinen Eltern aufhielt. Tatsächlich wurden Tausende von Berliner Juden unter ähnlichen brutalen Begleitumständen ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Vgl. Naujoks, Harry: Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten. Berlin 1989, S. 90-95

¹¹⁷ Die Sprüche hießen: „Jedem das Seine“, „Recht und Unrecht – Mein Vaterland“. Vgl. Kogon, S. 97; Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt a.M. 1997, S. 76; Büchmann, Georg: Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Berlin 1972, 32. Aufl., S. 671. Mit diesen zynischen Sprüchen beabsichtigte der SS-Staat offensichtlich, die KZ-Insassen zu verhöhnen. Noch grausamer war die Täuschung im Vernichtungslager Treblinka, wo am Eingang des Gebäudes mit den Gaskammern ein geraubter Festvorhang aus einer Synagoge mit der hebräischen Aufschrift ‚Dies ist das Tor, durch das die Gerechten gehen‘ angebracht war. Vgl. Sofsky, S. 297

there. Anybody who fell down was regarded as dead. They were assigning us to barracks. These were barracks three tiers high. This is where we were going to stay for now until then.¹¹⁸

Die Art und Weise, wie die Unterbringung, die Verpflegung, die hygienischen Verhältnisse, die medizinische Versorgung für die insgesamt ca. 9.845 während des Pogroms ins KZ Buchenwald verschleppten Juden von der SS organisiert wurden, kennzeichnete die terroristischen Herrschaftsmethoden der SS, die auf die Entwürdigung, Entmenschlichung und Ausplünderung ihrer Opfer hinausliefen.

Obwohl die jüdischen Männer nichts Unrechtes getan hatten und nur das Merkmal miteinander teilten, Juden zu sein, wurden sie wie Gefangene behandelt, mit einer Häftlingsnummer verwaltet und auf 5 Blöcke verteilt, die jeweils nur für 400-500 Leute geplant waren. Jede Baracke war nach vorn geöffnet und damit Wind und Wetter preisgegeben, unbeheizt und mit dreistöckigen Pritschen bestückt, auf denen je vier Gefangene zusammen in einer Koje auf den bloßen Planken die Nacht verbringen mussten. Die tägliche Verpflegung war mehr als dürftig. Friedrich Jelin erhielt eine dünne Wassersuppe mit etwas darin, was aber kein Fleisch gewesen sein soll, und ein Stück Brot pro Tag. Trinkwasser wurde überhaupt nicht verabreicht, so dass sich die Häftlinge genötigt sahen, mit ihren Metallbechern Regenwasser, das von den Dächern ihrer Barracken floss, aufzufangen und zu trinken. Betrug das Körpergewicht von Friedrich Jelin zu Beginn seiner Häftlingszeit 70 kg, wog er nach dreimonatigem Freiheitsentzug im KZ Buchenwald nur noch 45 kg. Obwohl er nicht zur Zwangsarbeit genötigt wurde, bewirkten allein die schlechte Verpflegung und Unterbringung, die Verarbeitung des psychischen Stresses, der existentiellen Ängste vor dem alltäglichen Horror und Terror diese Abnahme des Körpergewichtes. Doch das war nicht alles. Eines Tages bemerkte Friedrich Jelin, dass er eine Lungenentzündung bekommen hatte. Da in dem KZ für die Häftlinge weder ärztliche Hilfe noch medikamentöse Behandlung bereitgestellt wurden, vertraute Friedrich Jelin auf den Rat mehrerer mitgefangener jüdischer Ärzte. Diese rieten ihm, sich in den von der Sonne angestrahlten Schnee zu legen. Diese Methode half angeblich, die diagnostizierte Lungenentzündung abklingen zu lassen. Zu den objektiv gegebenen Lagerbedingungen im KZ Buchenwald gehörte die SS-Schikane, dass sich die Häftlinge weder waschen, noch ihre Kleidung wechseln durften. Auch Friedrich Jelin musste drei Monate denselben Anzug tag- aus, tagein tragen. Dadurch, dass seine Tante einen nichtjüdischen Konkurrenten namens Wiegmann in Rahden überreden konnte, Decken ins KZ Buchenwald zu schicken, wurden die Rahdener Häftlinge wenigstens in die Lage versetzt, sich etwas Wärme in dem KZ auf dem Ettersberg bei Weimar zu verschaffen. Das war insofern ungewöhnlich, als später während des Krieges Rot-Kreuz-Pakete, die an Juden versandt wurden, normalerweise nicht an ihre Adressaten weitergeleitet, sondern von der SS unterschlagen wurden. Aufgrund der täglichen Terrormethoden der SS verlor Hugo Oppenheim, Friedrich Jelins Onkel, bald seinen Verstand. Er sprach davon,

¹¹⁸ Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996 im Auftrag von Steven Spielbergs „The Survivors of the Shoah Visual History Foundation“.

einen Fluchtversuch zu unternehmen. Der elektrische Draht oder eine Maschinengewehrsalve hätten einen Versuch des 49jährigen zu flüchten ein vorzeitiges Ende bereitet. Deshalb schlugen ihn sein Neffe und seine Freunde angeblich mit Absicht so lange, bis er nicht mehr laufen konnte und seine Fluchtabsichten vergaß.

Wie sah ein typischer Lageralltag für Friedrich Jelin aus? Es gab noch keine endlos langen Zählappelle, noch keine Zwangsarbeit. Aber auch ohne diese sinnlosen Aktivitäten waren die objektiv gegebenen Lagerbedingungen unmenschlich genug. Der SS-Staat selektierte, etikettierte und isolierte seine Opfer, bevor er sie seelisch und körperlich quälte und mit sinnloser Arbeit ausmergelte. Es war ein System des „radikalen Bösen“¹¹⁹, das sein wahres Gesicht während und nach dem Pogrom für immer mehr jüdische Menschen entblöste.

„They just let us stand there and be our own. That was killing already. We did not work, we did not do anything, just standing there and killing time. By this time was wintertime. And naturally, the barracks were not heated or anything. And Fred had pneumonia. And it was very heavy snow outside. And my doctor friends - we had friendly doctors in the camp, but no medication. So my doctor friends told me ‚The only thing we can tell you is to lie down in the snow during the daytime in the sun. That will cure you in the fresh air.‘ The location of Buchenwald was in the middle of woods. There was nobody there of the German people. Even the outside world did not know what was going on in this camp. It was impossible to find. Even if you cried - whatever you wanted to do - nobody would hear you. If you happen to try to escape there were towers all geared with machine guns. They would catch you one way or another. There was no way to get out of there. Anybody who ran, and they did run, committed suicide. They ran and touched the wire and were electrocuted. It was a nightmare. And this was where we lived. And when I was called one day, my name was called one day on the speaker. I had to report to the office. This is the story. ‚What is your name?‘ – ‚Friedrich Jelin‘ – ‚What is your name?‘ They had two SS-people in each corner. The man was sitting at his desk. So this man comes to me and knocks me over. – ‚What is your name?‘ – ‚Friedrich Jelin‘ - The other man comes and gives me another hit. At this point I was already gone, practically gone. Unconsciously, I thought about that they said that my name is Friedrich Israel Jelin. This is a new law, mind you, that was put into effect while we were in camp¹²⁰, isolated. Sarah is for the women, Israel is for the men. What was the reason for me to come to the office? My BMW they had confiscated. They could not do anything with it. I had the registration in my pocket. So this is what they wanted. After I said ‚Israel‘, [the man at the desk said], ‚Get into your pocket and give me the registration of your BMW. And get the hell out.‘ How I got out, I had to recoup that I had made it just by a miracle. I just barely made it. And that was just one more incident.

The woman in the camp, Ilse Koch, she was the commandant. There were two commandants, Rödl and Koch. Koch, his wife, was in charge and walked around the camp looking for beautiful Jewish men. What did she made out of them? She made lampshades out of their skin. And that was well known. Ilse Koch was tried later on and put into prison, whatever happened to her.“¹²¹

Die SS terrorisierte die Häftlinge an Alltagen und Feiertagen:

„[...] So coming back to the facilities. If you were old and feeble - and they had quite a few people like that - and these Nazis came around and gave with one finger a push, he would fall into the latrine so that he was a dead pigeon. The gases would kill you immediately. That was another incident. Just like that.

On Christmas Night two people were hanged. For what reasons I have no idea. Everybody of the inmates had to stand and had to look at those two people hanging there for Christmas. In Germany it is two days. We had to look at this for two days, the people hanging there.“

Die SS hatte auch einen Käfig mit Tigern und wilden Tieren. Manchmal steckten sie einen Häftling hinein und ließen ihn zerreißen, während die anderen Häftlinge gezwungen wurden zuzuschauen. Indem er die Sprache analysierte, die in der Sitzung im Reichsluftwaffenamt am 12.11.1938 verwendet wurde, charakterisierte Peter Loewenberg die politische Macht der nationalsozialistischen Politiker, die ihre antisemitischen Fantasien sofort in Handlungsanweisungen in Form von Erlassen, Verordnungen etc. umsetzen ließen, als die Macht

¹¹⁹ Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Bd. 3. Totale Herrschaft. Frankfurt a.M. 1975, S. 235f

¹²⁰ Vgl. Scheffler, S. 89. Die 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien-namen und Vornamen vom 17.8.1938 sollte offiziell ab dem 1.1.1939 in Kraft treten.

¹²¹ Zum Verhalten des Lagerführers Karl Otto Koch und dem seiner Frau im KZ Buchenwald siehe Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich. Hamburg 1998, 3. Aufl., S. 192; zur SS-Karriere von Arthur Rödl und ihrem Ende siehe Segev, Tom: Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten. Hamburg 1992, S. 164-167

„orientalischer Potentaten“.¹²² Auf KZ-Ebene wurden diese Handlungsanweisungen auf brutalste Weise umgesetzt.

Auf die Frage von Adele Foster an Fred Jellin, ob im KZ Buchenwald gebetet wurde, antwortete er, dass sich die Juden untereinander halfen, so gut es ging. Gruppenspezifisches, solidarisches Handeln hielt die Hoffnung aufrecht, eines Tages diesen Ort des Terrors verlassen zu können.

„No, there was no praying. I lost my praying when I got in, when I saw what happened to me. I really lost it. Because I couldn't believe that anything like this one human can do to the next fellow, especially as innocent as I was. I've never dreamt that I would ever stay on a wooden tier, in a barrack and had to sleep. I couldn't believe that I could ever exist and not have my own bed. So it was hopeless. There was no encouragement from nowhere. The only thing we had to do was to live from one day to the next and wake up to wear the same clothes every day in and out. And we were Jews from Austria and Jews from Germany, and Yehovah's witnesses were with us in the camp.“

In Fred Jellins Erinnerung gab es keine politischen Gefangenen im KZ Buchenwald während seiner Gefangenschaft (November 1938-Februar 1939). Da die Blöcke 1a bis 5a im so genannten Kleinen Lager, in das die jüdischen Häftlinge gepfercht wurden, durch Stacheldraht vom übrigen Lager abgetrennt waren¹²³, konnte Friedrich Jelin nicht wissen, dass zeitgleich auch noch Tausende weiterer Häftlinge im KZ gefangengehalten wurden. Eine offizielle Statistik gibt die Zahl der politischen Häftlinge aus Deutschland und Österreich, Angehörige der organisierten Arbeiterbewegung, für 1938 mit 3.941 Personen, für 1939 mit 3.979 Personen an. Der prozentuale Anteil der politischen Häftlinge betrug nach dieser Statistik für 1938 38,5% und für 1939 33,6% der allgemeinen Lagerstärke.¹²⁴

Die Tatsache, dass Hugo Oppenheim aus dem KZ Buchenwald ca. 2 Wochen eher entlassen wurde als Fred Jellin selbst, führte Letzterer darauf zurück, dass sein Onkel psychisch krank geworden war. Seine eigene Entlassung Ende Februar 1939 erklärte Fred Jellin mit der mutigen Tat seiner Tante. Sie ging mit einem fiktiven Telegramm, das angeblich von Freds Schwester Edith am 27.1.1939 in New York aufgegeben war und die Nachricht enthielt, dass ein US-Bürger (Morris B. Davidson) für Fritz ein Affidavit geleistet hätte und für ihn auch ein Visum für Kuba bereitstünde, zur Gestapo nach Bielefeld. Die Gestapo akzeptierte das Telegramm. Vier Wochen später wurde Friedrich Jelin entlassen. Zuvor musste er seine Haare radikal kurz schneiden lassen, damit für die Umwelt sofort erkennbar war, dass er aus einem KZ kam. Am Lagertor hielt ein Wachsoldat sein Gewehr an Friedrich Jelins Kopf und sagte sinngemäß: „Wenn du irgendjemandem sagst, was du hier gesehen hast, kriegen wir dich. Keine Sorge, wir kriegen dich.“

¹²² Vgl. Loewenberg, Peter: The Kristallnacht as a Public Degradation Ritual, in: LBIYB, Bd. XXXII (1987), S. 319

¹²³ Vgl. Kogon, S. 230

¹²⁴ Vgl. KZ Buchenwald Post Weimar/Thür. Katalog zu der Ausstellung aus der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius-Bau Berlin (West), April-Juni 1990. Hg. v. der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, S. 34.

Der Bericht eines Gewährsmannes, der in den „Deutschland-Berichten“ der Sopade veröffentlicht wurde, bestätigte, dass zunächst die über 60 Jahre alten Häftlinge freikamen, danach diejenigen, die bereits ein Visum hatten oder nachweisen konnten, dass sie bald eines bekämen.¹²⁵

Zuerst ging Friedrich Jelin zum Weimarer Bahnhof. Frauen vom Jüdischen Frauenverein, die auf die entlassenen jüdischen Häftlinge warteten, schenkten heißen Kaffee aus, boten belegte Brote an und gaben saubere Socken und Handtücher aus. Friedrich Jelin war so ausgehungert, dass er einen ganzen Laib Brot auf einmal aß. Dann gaben ihm die Frauen einen Fahrschein für Bielefeld. Dort musste er sich bei der Gestapo melden. Friedrich Jelin musste sich bei der Gestapo verpflichten, Deutschland innerhalb von 14 Tagen zu verlassen.¹²⁶

Nach Kogon waren 600 der so genannten „Aktions-Juden“ (ca. 6,1%) nach Auflösung des Kleinen Lagers im KZ Buchenwald am 13.2.1939 durch die objektiven Bedingungen der SS-Herrschaft zu Tode gekommen.¹²⁷ Dieses Resultat kann also als der erste nationalsozialistisch organisierte Massenmord an Juden aus Deutschland und Österreich interpretiert werden. Die noch nicht entlassenen ca. 250 „Aktions-Juden“ wurden im Großen Lager untergebracht.

Wie oben angedeutet, wurden nicht alle Juden im Untersuchungsgebiet ins KZ Buchenwald verschleppt. Einige - wie Alfred Weinberg in Werther oder Max Rosenberg in Lübbecke - wurden auf perfide Weise dazu gezwungen, die von den SA-, SS-Gruppen und NSDAP-Ortsgruppenleitern angerichteten Schäden teilweise mit eigener Hand zu beseitigen. In der offiziellen Sprache des Dritten Reichs wurden sie benötigt, um das „Straßenbild wieder herzustellen“.

Ein jüdischer junger Mann, Artur Sachs (*1914), schaffte es allerdings auf bewunderswert abenteuerliche Weise, sich der Verhaftung und Verschleppung während und nach dem Pogrom zu entziehen. Er war zu dieser Zeit erneut als Aushilfskraft im Textilgeschäft Gustav Loeb in Vlotho, in dem er schon Jahre zuvor seine Lehre absolviert hatte, angestellt worden. Nun musste die Firma auf Druck der nationalsozialistischen antisemitischen Wirtschaftspolitik zwangsverkauft werden. In einem Interview mit Joachim Meynert berichtete Artur Sachs wie folgt:

„Und morgens [am 10.11.1938] bin ich dann erschienen und da sagte Herr Loeb, Sachs, ich wurde ja Sachs genannt, ich übergebe Ihnen die Schlüssel, bleiben Sie hier an der Kasse und kassieren Sie. Er kassierte sonst... Er wurde zum Amtsgericht gerufen. Hier war das Geschäft Loeb, dann kam der Kirchplatz und dann schon das Amtsgericht, das konnte man sehen vom Fenster aus, von der Kasse aus konnte man das Amtsgericht ganz deutlich sehen. Ein Polizeibeamter kam rein und hat Herrn Loeb aufgefordert, mit ihm zum Amtsgericht zu kommen. Und da gab er mir die Schlüssel und sagte: ‚Kassieren Sie, bis ich wiederkomme.‘ Und was war die Folge davon? Ich hatte das auch nicht erkannt, dass man schon einige andere jüdische Leute zum Amtsgericht gebracht hatte. Ich war ja da nicht gemeldet. Ich hatte meinen Wohnsitz in Werther. Man hat mich da nicht vermutet. Was soll ich Ihnen sagen, das sind Erinnerungen, die wird man ja nie los. Da kommt ein jüdischer Mensch, und das gab's ja damals sehr oft, und bettelte. [...] Der sagte zu mir: ‚Sind Sie denn noch hier? Was machen Sie hier noch?‘ Und da hatte ich das immer noch nicht erkannt. [...] Und da sagte er zu mir: ‚Wissen Sie denn nicht, was los ist? Die haben doch die ganzen Juden verhaftet in Detmold und hier in Vlotho.‘ Der war noch auf der Straße und den hatte man nicht inhaftiert, weil er ja keinen festen Wohnsitz hatte. Der ging von einer Stadt zur anderen. Und da ging

¹²⁵ Vgl. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei (Sopade), 6. Jg., 1939. Frankfurt a.M. 1980, 3. Aufl., S. 924

¹²⁶ Vgl. Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996; Deutschland-Berichte der Sopade, 6. Jg., 1939, S. 924

¹²⁷ Vgl. Kogon, S. 232

mir überhaupt erstmal ein Licht auf. [...] Ich bin dann hinten raus durch den Garten. Wenn ich vorne rausgegangen wäre, hätten sie mich sofort geschnappt. Es war schon alles zerschlagen, die Scheiben. Die Ware rausgeschleppt. Das war morgens so gegen 10 Uhr. Ich bin dann geflohen, habe meinen kleinen Wagen geholt, den ich bei einem früheren Fussballkameraden untergestellt hatte. Der Sportsfreund, der Hermann Klocke, sagte: ‚Fahr, soweit Du fahren kannst, hier ist doch was los. Bei Euch haben sie schon die Scheiben eingeschlagen. Mach, dass Du wekommst.‘
Und dann bin ich gefahren, sah überall schon die brennenden Synagogen. Ich bin nicht nach Hause gefahren nach Werther hin, sondern ich wollte zu meinem Bruder nach Wuppertal. Aber als ich da ankam, war der auch schon geflohen zu meiner Tante nach Mülheim. Und da haben wir uns eine Nacht versteckt gehalten. Nachts kam die SS auch zu meiner Tante, wir haben uns dann in den Kleiderschränken versteckt. Sie ist dann in der Wohnung verhört worden, aber man hat sie nicht mitgenommen. Dann sind wir nachts auf die Straße, haben uns da rumgetrieben, und sind dann morgens wieder zur Tante gegangen.“¹²⁸

Dieses Interview zeigt, dass es auch Nichtjuden gab, die bereit waren, ihren jüdischen Freunden auch während des Pogroms zu helfen oder sie zumindest zu warnen.

Anders als Artur Sachs erging es seinem Halbbruder Max (*17.11.1898 in Werther) am 10.11.1938. Während der NS-Staat Max Sachs als „geisteskrank“ bzw. „schwachsinnig“ kategorisierte, charakterisierte ihn sein Halbbruder als lediglich etwas behindert. Max trug zum Lebensunterhalt seines Vaters bei, indem er Textilien verkaufte. Marianne H. erinnerte sich an ihn mit den folgenden Worten:

„Natürlich kannten wir Max, der stets mit einem Hausierkoffer unterwegs war und in den ländlichen Regionen Kurzwaren verkaufte. Als Kinder fanden wir ihn wunderlich. Er trabte eifertig seines Weges und wir betrachteten ihn wie andere Werthersche Originale.“¹²⁹

Im Lagebericht für den Monat Juni 1935 teilte der Landrat des Kreises Halle i.W. der Stapostelle in Bielefeld mit, dass Max Sachs „wegen Geisteskrankheit“ und nachdem er beschuldigt worden war, ein Kriegerdenkmal beschmutzt zu haben, in die Anstalt Morija in Bethel eingewiesen, dort zwangssterilisiert und wieder entlassen worden sei.¹³⁰ Der Amtsbürgermeister von Werther hielt es zunächst für unnötig, Max Sachs in ein Provinzialkrankenhaus einliefern zu lassen und relegierte den „Fall“ an die Stapostelle. Am 10.11.1938 wurde Max Sachs in Halle i.W., wo er sich bei seinem Onkel aufhielt, kurzzeitig in Haft genommen und wieder freigelassen. Die Stadt Halle i.W. sprach ein Aufenthaltsverbot gegen ihn aus.¹³¹ Schließlich wurde Max Israel Sachs, wie ihn der NS-Staat nannte, am 16.4.1939 „in einer jüdischen Anstalt in Berlin-Weißensee, Wört[h]str. 20, untergebracht.“¹³²

Später soll Max Sachs während des Krieges in das Durchgangslager Trawniki deportiert worden sein. Dieses Lager bestand von 1941-1943 im Distrikt Lublin für verschleppte Juden. Es wurde geschätzt, dass ca. 10.000 Juden über Trawniki in die Vernichtungslager verbracht wurden. Max Sachs wurde wie ca. 350.000 weitere zwangssterilisierte Männer und Frauen ein Opfer des rassistischen und rassenantisemitischen NS-Staates. 70.273 psychisch, aber nicht unheilbar

¹²⁸ StADt, D 80 A Nr. 70: Interview von Joachim Meynert mit Artur Sachs vom 5.9.1985

¹²⁹ Brief von Marianne Heuer vom 21.11.1996 an Verfasser

¹³⁰ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 631

¹³¹ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

¹³² Ebd. „In unmittelbarer Nachbarschaft des großen Jüdischen Friedhofs in Weißensee lag in der Wörthstraße 20 (heute Smetanastraße <53>) das 1923 vom Deutsch-Israelitischen Gemeindebund gegründete ‚Dauerheim für jüdische Schwachsinnige‘, eine Pflegeeinrichtung. Die Insassen dieses Heims wurden im Frühjahr 1943 nach Trawniki [sic] deportiert und dort ermordet; ein Gedenkstein in der Smetanastraße erinnert heute daran.“ Siehe Galliner, Nicola (Hg.): Wegweiser durch das jüdische Berlin. Geschichte und Gegenwart. Berlin 1987, S. 258. Vgl. jedoch Endlich, Stefanie et al.: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. II. Bonn 1999, S. 208. Danach wurden 82 Heimbewohner am 2. April 1942 nach Trawnici verschleppt, die verbliebenen 53 „zwischen Juni und Oktober 1942 vermutlich nach Theresienstadt deportiert.“

krankte Anstaltsbewohner wurden vom rassistischen NS-Staat in der so genannten Euthanasie („Aktion T 4“) von September 1939 bis August 1941 getötet. Ca. 13.000 weitere KZ-Häftlinge wurden in der Nachfolgeaktion unter dem Aktenzeichen des Inspektors der KZ („Sonderbehandlung 14f13“) in den Vernichtungslagern von Kommissions- oder Lagerärzten selektiert und durch das Personal der „Aktion T 4“ ermordet. Als psychisch kranker Jude wurde Max Sachs vom NS-Regime aus ideologischen Gründen doppelt stigmatisiert und sowohl aufgrund rassistischer als auch antisemitischer ideologischer Prämissen von dem totalitären NS-Staat verfolgt und ermordet.¹³³ Die Würde des Menschen zu achten, den kranken Menschen liebevoll zu behandeln und von fremden Kulturen zu lernen, statt sie auszugrenzen, waren in der NS-Ideologie unbekannte Grundsätze.

Zweifellos gab es ideologische, personelle, organisatorische und technische Verbindungslinien zwischen diesem Massenmord an jüdischen und nichtjüdischen Anstaltsbewohnern (vom SS-Staat so genannte Aktionen T 4 und 14f13) und dem Massenmord im Kontext der so genannten „Aktion Reinhard“ (Juni 1942-November 1943) an den europäischen Juden in den Vernichtungslagern Chelmo, Belzec, Sobibor und Treblinka im besetzten Polen. Denn einige der Büroleiter, Standesbeamten und Pfleger, die schon für die Durchführung des so genannten Euthanasieprogramms (September 1939-August 1941) und bei den nachfolgenden Selektionen für die Vergasung von Anstaltsbewohnern und KZ-Häftlingen verantwortlich waren, wurden später beim Aufbau und dem Betrieb der drei Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka eingesetzt. In Trawniki wurden ukrainische und volksdeutsche Einheiten als Wachpersonal für diese drei Vernichtungslager ausgebildet.¹³⁴

Schon im Rahmen des Novemberpogroms hatten die geistigen Urheber und ausführenden NS-Gliederungen auf katastrophale Weise immense Schäden an Seele, Leib und Gut der deutschen und österreichischen Juden angerichtet. In den KZ-Lagern wurde der erste Massenmord an deutschen und österreichischen Juden durch die objektiven Bedingungen der SS-Herrschaft begangen. Heydrich als Chef des SD schätzte die verursachten Gesamtschäden auf mehrere Hundert Millionen RM. Doch auch der außenpolitische ökonomische Schaden war enorm. Immer mehr Importeure, Händler und Vertreiber deutscher Waren schlossen sich der Boykottbewegung

¹³³ Vgl. Weinberg, Robert Allan: *The Descendants of Aron Heinemann Levi (1675-1736?) in Werther near Bielefeld*. Boston 1998. Überarbeitetes Typoskript, 134412; Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. Bearb. v. Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen. Koblenz 1986, 2. Bd., S. 1270; S. 1773, Artikel: „Trawniki“; Bedürftig (1998), S. 104, Artikel: „Euthanasie“; Weinmann, Martin (Hg.): *Das nationalsozialistische Lagersystem*. Frankfurt a.M. 1990, 2. Aufl., I Das Lagersystem, Begriffe, S. XIII-XVI, Artikel: „Aktion T4“; S. XLIV, Artikel: „Invalidenaktion“. Die Gesamtzahl der unter dem Codenamen „Sonderbehandlung 14 f 13“ ermordeten Menschen lag weit höher und wurde im Ärzte-Prozess auf 275.000 Getötete geschätzt.

¹³⁴ Vgl. Bock, Gisela: *Zwangsterilisationen im Nationalsozialismus. Studien zur Rassen- und Frauenpolitik*. Opladen 1986, S. 350f; Klee, Ernst: *Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord*. Frankfurt a.M. 1986, S. 151ff; Schmuhl, Hans-Walter: *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘. 1890-1945*. Göttingen 1992, 2. Aufl., S. 240-260; Sofsky, S. 278, 298

gegen das nationalsozialistische Deutschland an.¹³⁵ In offiziellen Fragebögen, die von den Funktionären des lokalen Apparates beantwortet wurden, versuchte die Gestapo u.a. die Meinung der Bevölkerung über den Pogrom zu ergründen. Der Amtsinspektor von Werther wies in seinem Bericht an den Landrat des Kreises Halle i.W. darauf hin, dass „große Teile der Bevölkerung“ die Zerstörungen von Sachwerten ablehne, gegenüber einer staatlich angeordneten Beschlagnahmung jüdischen Besitzes aber durchaus aufgeschlossen sei. Das Ansehen der Polizei sei beschädigt worden, weil man nicht verstehe, wieso die Zerstörungen von der Polizei geduldet würden. Auch die Beteiligung der Schuljugend an den Zerstörungen werde kritisiert. Der Amtsinspektor befürchtete „eine Verrohung der Jugend und gewisser Elemente“.¹³⁶

Auch im Kreis Lübbecke war „die Bevölkerung“ mit der Durchführung des Pogroms nicht einverstanden. Die jüdischen Opfer würden bemitleidet. Die Volksgenossen verstünden nicht, warum die Brandstifter des Pogroms straffrei ausgingen.¹³⁷

Der Landrat des Kreises Bielefeld sah die Kritiker des Pogroms in erster Linie unter den Anhängern der Bekenntniskirche, die weitere negative Auswirkungen auf ihr eigenes Milieu befürchteten. Nachdenklich schlussfolgerte dieser Landrat:

„[...] Ich stimme mit vielen Parteigenossen in der Absicht überein, dass es nunmehr vieler Aufklärungsarbeit bedarf, um die Notwendigkeit dieser Aktionen zu beweisen. Und wenn dies nicht gelingt, dann wird doch noch eine Zeit ins Land gehen müssen, damit im Lande diese Auswirkungen der Aktion vergessen werden.“¹³⁸

Der Landrat hatte mit seinen Vorahnungen merkwürdigerweise Recht. Die menschenverachtende Ideologie des Dritten Reiches wurde der deutschen und internationalen Öffentlichkeit in aller Brutalität vor Augen geführt. Die Schäden waren so groß, dass dieser Pogrom immer wieder zum Anlass genommen werden muss, um über die Differenz zwischen totaler Macht und individuell sich ausdrückendem Geist, zwischen der Funktionsweise des totalitären, antisemitischen und antichristlichen NS-Staates und eines repräsentativen, parlamentarisch-demokratischen, an Menschen- und Grundrechten orientierten Staates kritisch nachzudenken.

Der 9. November wird noch heute als Mahn- und Gedenktag in vielen Städten des Untersuchungsgebietes und im ganzen Staat begangen, um aller Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken, insbesondere aber der jüdischen Mitmenschen.

Im allgemeinen schwiegen sich die Geistlichen der Bekenntnenden Kirche über den Pogrom aus. Doch Helmut Gollwitzer, ein Schüler Karl Barths, sagte in seiner Predigt am 16.11.1938 in der Annenkirche in Berlin-Dahlem:

„Wir sind mitverhaftet in die große Schuld, dass wir schamrot werden müssen, wie biedere Menschen sich auf einmal in grausame Bestien verwandeln. Wir sind alle daran beteiligt, der eine durch Feigheit, der andere durch Bequemlichkeit, die allem aus dem Wege geht, durch das Vorübergehen, das Schweigen, das Augenzumachen, durch die Trägheit des Herzens, durch die verfluchte Vorsicht.“¹³⁹

¹³⁵ Vgl. Hilberg, Bd. 1, S. 47-49

¹³⁶ StADt, M 1 I P Nr. 1106

¹³⁷ Vgl. Rüter; Hampel, S. 51

¹³⁸ StADt, M 1 I P Nr. 1106

¹³⁹ Zitiert nach: Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefeld. Dokumentation einer Ausstellung. Zusammengestellt von der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde. Bielefeld 1986, S. 108

7.5 Die Fortsetzung des NS-Terrors (1939-41)

7.5.1 Erfolgreiche Auswanderungsbemühungen: Zwangsarbeit

Obwohl die Staatspolizeistelle Bielefeld nach dem Novemberpogrom den Druck besonders auf die ehemaligen jüdischen KZ-Häftlinge von Buchenwald, aber auch auf die anderen noch nicht ausgewanderten jüdischen Einzelpersonen und Familien verstärkte, um sie zu größeren Auswanderungsbemühungen zu nötigen¹, gelang es nicht jedem jüdischen Auswanderungswilligen, bis zum offiziellen Auswanderungsverbot am 23.10.1941 die Voraussetzungen zu erfüllen, die notwendig waren, um von einem Einwanderungsland aufgenommen zu werden. Das hatte mehrere Gründe. Zum einen gab es alte jüdische Menschen, die für sich keine Zukunft mehr in einem neuen Land sahen. Andere Auswanderungswillige hatten keinen Bürgen im Zielland, der den Behörden in dem Einwanderungsland die notariell beglaubigte Versicherung (Affidavit) gab, dass er für den Unterhalt des Eingewanderten in den nächsten Jahren sorgen könne. Anderen fehlten die nötigen Devisen, wieder andere erhielten von den Konsulaten eine so hohe Quotennummer, dass es Jahre bis zu ihrer Ausreise gedauert hätte, obwohl sie die Voraussetzungen der NS-Behörden zur Ausreise erfüllten. Nachfolgend werden einige Fallbeispiele dargestellt und die Konsequenzen der nicht erfolgreichen Ausreise aufgezeigt. Artur Sachs schrieb in seinen „Lebenserinnerungen 1933-1945“:

„Nach der Pogromnacht herrschte für uns höchste Alarmstufe - und erst recht, als diejenigen, die festgenommen worden waren, zurückkehrten. Was sie berichteten, aus Buchenwald und anderen Lagern, war unglaublich schrecklich. Wir versuchten nun alles, um aus Deutschland herauszukommen. Wir rannten von einem Konsulat zum anderen - wir wären nach Trinidad oder sogar in die Wüste gegangen. Aber es war sehr schwer, rauszukommen. Entweder hatte man Verbindungen zum Ausland - über Verwandte oder Freunde - oder man brauchte viel Geld: für bestimmte Länder konnte man sich die Auswanderung erkaufen. Kurz vor Toresschluß hatten wir die Möglichkeit, nach England auszuwandern. Doch da mußten viele englische Pfunde hinterlegt werden - und die hatten wir nicht. Ich hatte auch eine Quoten-Nummer für die Auswanderung in die USA - aber die war so ungünstig, dass ich noch Jahre hätte warten müssen. Die Amerikaner haben keine Ausnahme gemacht, was ich ihnen sehr, sehr nachtrage. Sie hätten, wenn sie nur gewollt hätten, alle Probleme der jüdischen Menschen in Deutschland mit einem Schlag lösen können.“²

Das Finanzamt Bielefeld stellte am 23.3.1939 eine Bescheinigung aus, dass es gegen eine Auswanderung von Artur Israel Sachs keine Bedenken habe, da eine Reichsfluchtsteuer und eine Judenvermögensabgabe nicht eingeholt werden könnten. „Reichssteuerrückstände“ seien auch nicht zu vermelden.³ Nach Beschlagnahmung seines Textilienlagers war Artur Sachs so verarmt, dass selbst das Finanzamt kein Interesse mehr an ihm hatte. Die Auswandererberatungsstelle in Bremen, an die sich Artur Sachs und sein Bruder Julius gewandt hatten, bat den Amtsbürgermeister von Werther am 14.4.1939, Reisepässe erst auszustellen, wenn eine Unbedenklichkeitsbescheinigung, die diese Behörde ausgestellt hatte, dem Passamt vorgelegt würde.⁴ Die Auswandererberatungsstelle stellte erst dann Unbedenklichkeitsbescheinigungen an die Auswanderungswilligen aus, wenn schriftliche Einwanderungserlaubnisse des Einwanderungslandes vorlagen. Der Amtsbürgermeister von Werther beklagte sich Ende August

¹ Vgl. StdtA Werther, B 95a

² StdtA Bielefeld, Pressemitteilung: Lebenserinnerungen (1933-1945) von Artur Sachs

³ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

⁴ Vgl. ebd.

1939 beim Landrat, dass durch diese Prozedur die Auswanderung von Juden behindert bzw. unmöglich gemacht würde.⁵

Da einer legalen Auswanderung innerhalb weniger Monate unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstanden, versuchte Artur Sachs mit einem Vetter und einem gemeinsamen Freund mit Hilfe eines Fluchthelfers illegal nach Holland zu fliehen. Dieser Fluchtversuch fand vor dem Kriegsbeginn und vermutlich auch statt, bevor sie Zwangsarbeit leisten mussten. Doch der Fluchthelfer, den sie in Münster kennengelernt hatten, brachte sie nicht etwa nach Amsterdam, sondern setzte sie zehn Kilometer westlich der deutsch-holländischen Grenze bei Gronau ab. Da die Wehrmacht schon einen Korridor östlich der holländisch-deutschen Grenze abgeriegelt hatte, schafften es Artur Sachs, sein Vetter und ihr gemeinsamer Freund nicht, diese Grenze unbemerkt zu passieren. Sie wurden entdeckt, von der Gestapo verhört und nach Bielefeld zurückgeschickt. Auch sein Bruder Julius und seine schwangere Frau versuchten später, mit einem Motorrad nach Holland zu fliehen. Doch auch sie wurden entdeckt, inhaftiert und zurückgeschickt.⁶

Spätestens seit Kriegsbeginn mussten Juden aus dem Untersuchungsgebiet Zwangsarbeit leisten. Sie wurden zu Hilfsarbeitern degradiert und vor die Wahl gestellt, entweder im Tiefbau zu arbeiten oder Fabrikarbeit für Hungerlöhne zu leisten. Artur und Julius Sachs entschieden sich für letztere. Da die Führerscheine von Artur Sachs und Alfred Weinberg spätestens bis zum 12.4.1939 vom Amtsbürgermeister von Werther eingezogen und einen Monat später dem Landrat übersandt worden waren⁷, waren die jüdischen Autobesitzer auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um an ihren Zwangsarbeitsplatz zu gelangen. Bevor Artur Sachs durch Vermittlung seines Arbeitgebers eine Zuzugsgenehmigung für Bielefeld erhalten konnte (ca. September 1940), mussten er und sein Bruder stehend im kalten Gepäckwagen der Kleinbahn von Werther nach Bielefeld fahren. Vor der Fahrt wurden sie häufig von fanatischen SS-Leuten „angepöbelt“.⁸ Zwangsarbeit leisteten Artur Sachs, sein Bruder, seine Frau, Rechtsanwalt Albert Daltrop und Ludwig Davidsohn bei der Fahrzeugfabrik Karl Goebel in Bielefeld, wo Fahrräder für die Wehrmacht hergestellt wurden.⁹

Alfred Weinberg (*1894) musste vermutlich im Tiefbau Zwangsarbeit leisten. Denn ein Zeitzeuge erinnerte sich daran, dass er um 1939/40 mit einem Spaten in der Hand im Postbus von Werther nach Bielefeld mitfuhr, wo er am Jahnplatz ausstieg. Nicht genug, dass der ehemalige Inhaber einer Manufakturwarenhandlung zu schwerer körperlicher Arbeit gezwungen wurde, er durfte sich im Bus noch nicht einmal auf einen Sitzplatz setzen. Wenn er mit der Kleinbahn zur Zwangsarbeit

⁵ Vgl. StdtA Werther, B 95a

⁶ Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996 an Verfasser

⁷ Vgl. StdtA Werther, B 95a

⁸ Vgl. StdtA Bielefeld, Lebenserinnerungen von Artur Sachs; Minninger et al. (1985), S. 190, Nr. 896

⁹ Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996 an Verfasser; vgl. Meynert; Schäffer (1983), S. 92

fuhr, durfte auch er nur stehend den kalten Gepäckwagen benutzen.¹⁰ Amtsbürgermeister Ostrop in Werther bescheinigte am 22.4.1939, dass „in steuerlicher Hinsicht“ gegen die Auswanderung des Kaufmanns Alfred Israel Weinberg „keine Bedenken“ bestünden. Obwohl er vom NS-Staat ausgeplündert worden war, hatte er seine Gemeindesteuern bezahlt. Das Finanzamt Bielefeld stellte am 25.4.1939 eine Bescheinigung aus, wonach Alfred Weinberg die „Judenvermögensabgabe“ gezahlt hatte. Die Erhebung einer „Reichsfluchtsteuer“ komme bei ihm nicht in Frage. Das bedeutete, dass Alfred Weinberg zu dieser Zeit seine Auswanderung noch nicht organisiert hatte oder er inzwischen aufgrund der NS-Ausplünderungspolitik so verarmt war, dass diese Steuer bei ihm nicht mehr erhoben werden konnte. Der Kaufpreis aus dem Grundstücksverkauf zwischen Julie Weinberg (gest.13.1.1940) bzw. in Vollmacht seiner Mutter zwischen Alfred Weinberg und der Kreissparkasse Halle i.W. und dem Amt Werther vom 21.7.1939 wurde vom Landrat des Kreises Halle i.W. erst mit Schreiben vom 7.6.1940 auf 22.995 RM festgesetzt und sollte eine Woche nach Rechtskraft des Bescheides auf ein Sperrkonto überwiesen werden.¹¹ Die Auswandererberatungsstelle in Bremen stellte am 21.8.1939 Alfred und Grete Weinberg eine Bescheinigung aus, dass sie „ihre ernste Auswanderungsabsicht nach Australien dargetan“ hatten. Das bedeutete, dass Alfred Weinberg schriftliche Einreiseerlaubnisse für sich und seine Familie vorgelegt hatte. Diese Unbedenklichkeitsbescheinigung wurde beim Passamt in Werther verlangt, bevor ihnen überhaupt Pässe ausgestellt wurden. Der Leiter der Beratungsstelle fügte aber die ominöse Schlussbemerkung hinzu, dass es empfehlenswert sei zu kontrollieren, ob die beiden Auswanderungswilligen „innerhalb angemessener Frist die endgültige Auswanderung angetreten“ hätten. Tatsächlich hatten Alfred, Grete, Herbert und Walter Weinberg Anfang September 1939 ihre Reisepässe erhalten. Am 3.11.1939 ließen Weinbergs unter Zollaufsicht Haushaltsgegenstände verpacken. Dabei handelte es sich keineswegs um wertvolle Gegenstände, denn eine Bescheinigung vom 7.11.1939 dokumentierte, dass es sich um „gebrauchtes Umzugsgut“ handelte. Eine Zeitzeugin erinnerte sich, dass Weinbergs Geschirr, Wäsche und Hausrat an einige Bekannte zur Aufbewahrung verteilten.¹² Doch obwohl sich die Familie Weinberg intensiv auf die Auswanderung nach Australien vorbereitet und offensichtlich alle bürokratischen Hürden der NS-Gesetzgebung überwunden hatte, fand ihre Ausreise nicht statt. Nachdem die Juden gezwungen waren, den Davidstern seit dem 1.9.1941 öffentlich zu tragen und durch diese Maßnahme noch weiter stigmatisiert wurden, stellte Amtsinspektor Ellerbrake Alfred Weinberg am 18.9.1941 den amtlichen Erlaubnisschein aus, „zwischen Werther und Brackwede über Bielefeld zu verkehren“, da der Zwangsarbeitsort von Alfred Weinberg in Brackwede lag. Am 15.11.1941 wurde Alfred Weinberg von der Polizeibehörde Werther ein Erlaubnisschein ausgestellt, wonach es ihm gestattet wurde, ein Fahrrad, die Straßenbahn, den Omnibus oder die Kleinbahn auch in der für Juden geltenden Zeit der Ausgangssperre von 20 Uhr

¹⁰ Mitteilungen von Hans und Melanie Herfurth vom 12.6.1996 an Verfasser

¹¹ Vgl. StADt, M 1 I P Nr. 1403 und StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

¹² Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake; Erinnerungen von Hanna Lütgemeyer vom 1.2.1984

abends bis 6 Uhr morgens zu benutzen, um seinen Arbeitsplatz Brackwede zu erreichen. Die Überschreitung der Ausgangssperre für Juden konnte nach dieser Bescheinigung dann eintreten, wenn Alfred Weinberg die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel verweigert würde. Nach elfstündiger Zwangsarbeit, die sich mindestens sechs Tage in der Woche hinzog und sich auch auf den normalerweise arbeitsfreien Sonntag ausdehnen konnte, mussten jüdische Zwangsarbeiter mit der zusätzlichen Schikane rechnen, dass sie keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen durften. Dem siebzehnjährigen Walter Weinberg, der in Bielefeld Zwangsarbeit leisten musste, wurde am 15.11.1941 eine ähnliche Bescheinigung ausgestellt.¹³

Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 4.3.1941 wurden alle noch im Reich verbliebenen 15-65jährigen Juden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Arbeitszeit betrug für Männer, Frauen und Jugendliche 60 Wochenstunden. Überstunden und Sonntagsarbeit wurden ohne tariflichen Zuschlag entgolten. Juden, die weniger als 7 Kilometer vom Wohnort zum Zwangsarbeitsort zurücklegen mussten, durften keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Jüdische Zwangsarbeiter mussten in von nichtjüdischen Arbeitern getrennten Kolonnen arbeiten und waren „dem feindseligen Spott und der Willkür sadistisch-gehässiger Meister und Vorarbeiter ausgesetzt“.¹⁴ Der Hungerlohn für jüdische Zwangsarbeiter betrug nur die Hälfte bis zu einem Drittel dessen, was ein nichtjüdischer Arbeiter für eine entsprechende Arbeit erhielt. Der Lohn stand den jüdischen Zwangsarbeitern jedoch nicht zur freien Verfügung, sondern wurde auf ein „Sicherheitskonto“ eingezahlt, von dem nur ein genehmigter geringfügiger Betrag abgehoben werden durfte.¹⁵

Da weder die für Juden zur Verfügung stehenden Geldmittel noch die seit 1.12.1939 gekürzten, mit einem „J“ gekennzeichneten Lebensmittelkarten, noch die seit 4.7.1940 geltende einstündige, nachmittägliche Einkaufszeit Möglichkeiten boten, um eine ausreichende Ernährung für die jüdischen Zwangsarbeiter und ihre Familien zu sichern, war die symbolische Hilfe, die nichtjüdische Nachbarn in den Kleinstädten des Untersuchungsgebietes den vom Regime ausgegrenzten und gedemütigten jüdischen Frauen, Männern und Kindern in Form von Lebensmitteln, Lebensmittel- und Kleiderkarten, Medikamenten, Genussmitteln etc. zukommen ließen, natürlich willkommen. Vermutlich war der psychologische Wert dieser symbolischen Hilfe größer als der materielle. Denn die stigmatisierten jüdischen Menschen spürten auf diese Weise, dass nicht alle Nichtjuden bereit waren, die antisemitische NS-Ausgrenzungspolitik gedankenlos zu akzeptieren. Freundschaftliche, nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, die in der demokratischen Weimarer Zeit gewachsen waren, hielten selbst der Gefahr

¹³ Privatarchiv Dr. Lore Shelley; Handakte Ellerbrake

¹⁴ Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 326

¹⁵ Vgl. ebd., S. 326

durch Sanktionen des lokalen NS-Apparates so lange stand, bis sie durch Denunziationsdrohungen unmöglich gemacht oder behindert wurden.¹⁶

Nicht alle Juden im Untersuchungsgebiet erhielten von den lokalen Behörden die Genehmigung, bis zu ihrer Verschleppung in die von den verschiedenen Gliederungen des NS-Militärs überfallenen und kontrollierten Ostgebiete in ihren meist zwangsverkauften Häusern oder in ihren Mietwohnungen wohnen zu bleiben.

Bernhard Neustädter und seine Frau Margarete wurden am 11.9.1939 von Lübbecke kommend nach Bielefeld in das so genannte „Umschulungslager“ Koblenzer Straße 4 eingewiesen. Das villenartige Haus, in dem der nach dem Novemberpogrom nach Holland ausgewanderte Orthopäde Dr. med. Bernhard Mosberg praktiziert hatte, wurde von der Gestapo dazu genutzt, jüdische Zwangsarbeiter zu konzentrieren, um sie für Minimallohne an Bielefelder Firmen auszuleihen.¹⁷ Der Gestapo-Staat nahm sich das willkürliche Recht, die ausgeplünderten und verarmten Juden auf diese Weise in der Rüstungsindustrie, im Tiefbau, bei Gleisbauarbeiten oder bei Abbrucharbeiten nach Bombenangriffen einzusetzen. Ende März 1940 mussten die jüdischen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in das neue Lager Schloßhofstraße 73a, einen ehemaligen

¹⁶ In Werther waren z.B. die Lebensmittelhandlung Heinrich Bartling, die Gastwirtschaften Louis Schäperkötter und Georg Wöhrmann, die Apotheke Adolf Witter und die Familie des Fabrikarbeiters Gustav Husemann aus Insingdorf-Arrode zu solchen symbolischen Hilfen für die ausgegrenzten jüdischen Familien Sachs und Weinberg bereit. Ihr freundschaftliches Verhalten erklärt sich aus nachbarschaftlichem Verkehr mit den jüdischen Familien in der Zeit der Weimarer Republik. Die Gastwirtschaft Wöhrmann war während der Weimarer Zeit das Zentrum der lokalen organisierten Arbeiterbewegung, da sich hier die Mitglieder des SPD-Ortsvereins, des Arbeiterturn- und Arbeitermusikvereins und der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold regelmäßig trafen. Der Textilhändler Feodor Sachs und sein Sohn Artur hatten sich der organisierten demokratischen Arbeiterbewegung in Reaktion auf die Bedrohung des Rechtsradikalismus angeschlossen. Mitteilungen von Hans und Melanie Herfurth, Hartwig Witter und Artur Sachs. Vgl. Beckmann, Volker: Juden in Werther (Westf.). Sozialgeschichte einer Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert. Werther 1998, S. 68. In Versmold soll Bäcker Otten während des Krieges Mitglieder der Familie Steinfeld mit zusätzlichem Brot versorgt haben. Mitteilung von Christel Stoffregen. In Lübbecke halfen Mitglieder der Familie Uehlemann, Dorothee Harre und Bäcker Siebe den jüdischen Familien Rosenberg und Weinberg mit zusätzlichen Lebensmitteln, Zigarren und Kleiderkarten. Ihr gruppenübergreifendes, mitmenschliches Verhalten ging auf nachbarschaftlichen Verkehr und auf die Tatsache zurück, dass Mitglieder ihrer Familien in jüdischen Familien als Haushaltshilfen angestellt worden waren. Vgl. Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Lübbecke 1994, S. 132f. Nach Mommsen hatte das gegen Juden anwachsende Denunziantentum die Funktion, „von den Unzulänglichkeiten des politischen und ökonomischen [NS-] Systems abzulenken.“ Siehe Mommsen, Hans: Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt?, in: Pehle, Walter (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ bis zum Völkermord. Frankfurt a.M. 1988, S. 182f. Gellately, der die erhaltenen Personenakten der Gestapo für die unterfränkische Stadt Würzburg auswertete, kommt zu dem Schluss, dass die Denunzianten meist „vom unteren Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter“ kamen und aus den unterschiedlichsten Motiven heraus handelten. Nach Hüttenberger hatte das Denunziationswesen für das NS-System die Funktion, die Individuen zu isolieren, nonkonformes Verhalten frühzeitig zu erkennen und zu bestrafen und das Unmutspotential in der Bevölkerung mit repressiven Methoden zu kontrollieren. Vgl. Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945. Paderborn 1994, 2. Aufl., S. 180f. Bauer unterscheidet bei seiner Interpretation faschistischen und nationalsozialistischen Verhaltens der Individuen zwischen charaktvollen „Anständigen“, für die der Satz galt: ‚Der größte Schuft [Lump] im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant‘ [Bonmot von Hoffmann von Fallersleben] und verräterischen Denunzianten, die nicht zögerten, Nachbarn oder sogar die eigenen Eltern anzuzeigen. Nach Bauer wurde das Denunzieren im NS-System zumindest eine Zeit lang gefördert, nahm aber nach Mommsen so überhand, dass Göring eine Anweisung erteilte, dagegen einzuschreiten, weil die Gestapo überfordert wurde. Vgl. Bauer, Fritz: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns. Frankfurt a.M. 1965, S. 37; vgl. Reich-Ranicki, Marcel: Mein Leben. Stuttgart 1999, S. 455; Mommsen, S. 183.

¹⁷ Vgl. Minninger et al. (1985), S. 9; S. 157, Nr. 733, 770. Interview von Joachim Meynert mit Tobias Blaustein vom 20.12.1985, in: Meynert, Joachim; Mitschke, Gudrun: Die letzten Augenzeugen zu hören. Interviews mit antisemitisch Verfolgten aus Ostwestfalen. Bielefeld 1998, S. 36

Gasthof, umziehen, weil das alte Sammellager für die Bedürfnisse der Gestapo zu klein geworden war. In dem neuen Zwangsarbeitslager wurden durchschnittlich ca. 75 jüdische Menschen, Männer, Frauen und Jugendliche im Alter von 15 bis über 60 Jahre in der Zeit vom 23.3.1940 bis zu seiner Auflösung am 2.3.1943 festgehalten. Die Insassen kamen aus ähnlichen Lagern, z.B. aus Paderborn oder Berlin. Aus Ostwestfalen stammten das Ehepaar Neustädter aus Lübbecke, Klara Isenberg aus Halle i.W. und eine Person aus Vlotho. Der Anteil der Frauen unter den Zwangsarbeitern betrug 38,4%. Die Fluktuation der Lagerinsassen war relativ hoch. 36% verblieben bis zu sechs Monate, 18% zwischen sieben und zwölf Monate und 39% der Zwangsarbeiter wurden länger als ein Jahr in diesem Lager festgehalten. Da die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden - von morgens sieben bis abends sechs Uhr - betrug, auch sonntags oft gearbeitet werden musste, zudem eine Ausgangssperre seit dem 9.5.1940 von der Bielefelder Gestapo für die Zeit von 21.00-5.00 Uhr (1.4.-30.09.) bzw. von 20.00-6.00 Uhr (1.10.-30.3.) eingeführt wurde, waren die meisten Lagerinsassen zu erschöpft, um die zugestandene Ausgehzeit von maximal 2 Stunden zu nutzen. Im allgemeinen konnte nur eine begrenzte Zahl von Lagerinsassen gleichzeitig das Lager verlassen. Zuvor mussten diejenigen, die ausgehen wollten, beim jüdischen Lagerleiter Ernst Jaruslawski einen Passierschein beantragen. Die jüdischen Stadtgänger kauften in der Stadt eine Kleinigkeit ein oder besuchten andere jüdische Familien, die in den so genannten „Judenhäusern“ festgehalten wurden und die gleiche Ausgehsperrre wie die im Lager internierten Juden beachten mussten. Der Besuch von Cafés, Kinos, Bibliotheken, Konzertsälen, Hallenbädern usw. war den Juden schon seit Dezember 1938 verboten. Der Wochenlohn eines Zwangsarbeiters im Lager Schloßhofstraße betrug 20 RM, wovon 15 RM als Kostgeld abgezogen wurden. Das Essen wurde in einer Zentralküche zubereitet. Während die wöchentliche Verpflegung für die körperlich schwer arbeitenden Menschen äußerst dürftig war, wurde zusätzlich Geld gespart, um am Freitagabend ein besseres Essen zum Sabbat vorbereiten zu können. Da auch junge, vermutlich teilweise zionistisch orientierte junge Leute im Lager waren, die am Sabbat jüdische Lieder sangen, war die Atmosphäre nicht immer gedrückt.

Nur acht Lagerinsassen schafften es, aus dem Zwangsarbeitslager heraus nach Palästina, Jugoslawien, Holland oder in die USA auszuwandern. Nur drei jungen Männern gelang die Flucht aus dem Zwangsarbeitslager Schloßhofstraße 73a Ende Februar 1943, kurz bevor die Lagerinsassen nach Auschwitz deportiert wurden. Doch auch diese Flüchtlinge wurden gefasst und in Jawischowitz, einem Nebenlager von Auschwitz, ermordet.

Der jüdische Lagerleiter des Zwangsarbeitslagers Schloßhofstraße 73a, in dessen Händen die Lagerorganisation und die Aufgabenkoordination lagen, musste dem Gestapomann Wilhelm Pützer, der das Judenreferat leitete, täglich Bericht erstatten und Weisungen entgegennehmen. Nachdem am 13.12.1941 die erste große Deportation von Juden aus Bielefeld nach Riga abgegangen war, von der auch einige Insassen des Lagers Schloßhofstraße betroffen waren, beging der Lagerleiter am 8.1.1942 vermutlich Selbstmord. Möglicherweise hatte ihm Pützer

Informationen über den wahren Charakter der so genannten „Arbeitseinsätze im Osten“ gegeben. Als Jaruslawkis Nachfolger soll Bernhard Neustädter bis Mitte Februar 1942 die Funktion als Lagerleiter kommissarisch wahrgenommen haben.¹⁸

Klara Isenberg wurde am selben Tage wie das Ehepaar Neustädter aus Lübbecke von Halle i.W. kommend in die Arbeitseinsatzstelle Koblenzer Straße 4 eingewiesen. Nach deren Auflösung wurde sie möglicherweise einige Zeit im Zwangsarbeitslager Schloßhofstraße interniert. Sie arbeitete als Sekretärin in der Fürsorgeabteilung der Bielefelder Bezirksberatungsstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Ihre Auswanderungsabsichten sollen im Frühjahr 1940 gescheitert sein.¹⁹ Nach dem Novemberpogrom waren alle jüdischen Organisationen, Vereine und Zeitungen verboten worden. Am 4. Juli 1939 wurde als Nachfolgerin der Reichsvertretung die von der Gestapo eng überwachte Reichsvereinigung „als Zwangsverband aller im Altreich lebenden Juden und ihrer Organisationen eingesetzt“.²⁰ Während die Reichsvertretung auf Druck der Gestapo seit Mitte 1938 hauptsächlich mit der Organisation der Auswanderung beschäftigt war, nahm die Wohlfahrtsfürsorge der Reichsvereinigung für die nach dem Pogrom ausgeplünderten und verarmten Menschen einen immer größeren Anteil des Ausgabenetats ein.²¹

7.5.2 „Judenhäuser“

Nach dem Gesetz über die Mietverhältnisse der Juden vom 30.4.1939 wurden nichtjüdische Vermieter von den Verpflichtungen des Mieterschutzes gegenüber ihren jüdischen Mietern entbunden. Sie konnten ihnen sofort kündigen, falls die Gemeindebehörde eine ‚anderweitige Unterbringung‘ der jüdischen Mieter bescheinigte. Andererseits durften jüdische Hausbesitzer nur mit Zustimmung der Gemeindebehörde frei werdende Räume vermieten und mussten jüdische Mieter aufnehmen, falls dies die Gemeindebehörde verlangte.¹ Die Konzentration der durch die Zwangsverkäufe ihrer Häuser und die Aufhebung des Mieterschutzes wohnungslosen Juden in so genannten „Judenhäusern“ entsprach dem Terror der antisemitischen NS-Trennungspolitik. Die Juden sollten nicht in ganzen Stadtteilen ghettoisiert werden, doch beabsichtigten die Nationalsozialisten durch die erzwungene Verlegung der Wohnungen von Juden in einzelne Häuser, die noch im jüdischen Besitz waren, sie besser kontrollieren zu können.²

¹⁸ Meine Darstellung folgt eng: Meynert, Joachim: Zwangsarbeit und Ghettoisierung. Zur Existenz sogenannter jüdischer „Umschulungslager“ 1939-1943 am Beispiel des Lagers Bielefeld-Schloßhofstraße, in: Meynert, Joachim; Klönne, Arno (Hg.): Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933-1945. Bielefeld 1986, S. 147-165; vgl. Meynert (1988), S. 234-246; Interview Tobias Blaustein, in: Meynert/Mitschke (1998), S. 32-42; Bericht von Julius Bendorf, in: Minninger et al. (1985), S. 284f

¹⁹ Vgl. Minninger et al. (1985), S. 100, Nr. 441; vgl. Heckert, Vortrag (1996), S. 19

²⁰ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 331

²¹ Vgl. ebd., S. 332ff

¹ Vgl. Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988, S. 181

² Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 328

Im Untersuchungsgebiet wurde in Rahden das Haus des ehemaligen Viehhändlers Julius Ginsberg Nr. 19 in ein solches „Judenhaus“ umfunktioniert. Hier wohnten bis zu ihrer Verschleppung Julius, Clara und Ruth Ginsberg bis zum 30.3.1942; Julius Frank vom 4.2.1941-30.3.1942 und Dagobert und Sophie Haas vom 6.5.1940-28.7.1942. Das Haus Nr. 19 in Rahden war das letzte, das noch im Besitz eines Juden war. Julius Ginsberg musste es am 25.11.1941 an einen Sattler zum Kaufpreis von 12.800 RM verkaufen.³

Kontoauszüge aus der Zeit von April 1939 bis 5.10.1942 belegen, dass das Ehepaar Haas regelmäßig 35 RM Miete für sein einziges Zimmer an Ginsberg überwies. Von seinem Sicherungskonto durfte Dagobert Haas für sich selbst und für seine Frau nicht mehr als 280-350 RM monatlich abheben. Als der NS-Staat Anfang Februar 1942 die monatliche Freigrenze für das Ehepaar von 350 RM auf 300 RM senkte, bat Dagobert Haas (81 Jahre) in einem freundlich formulierten Brief die Devisenstelle in Münster unter Hinweis auf altersbedingte Gebrechen seiner Frau (71 Jahre) und seiner selbst um die Belassung der bisherigen Freigrenze. Vermutlich nahmen die NS-Behörden dieses Schreiben zum Anlass, die monatliche Freigrenze für dieses ältere Ehepaar ab März 1942 auf 280 RM zu senken. Auch dieses Beispiel belegt erneut die Inhumanität des NS-Staats.

Regelmäßig wurden Pflichtbeiträge für die Reichsvereinigung in Bielefeld und die Winterhilfe abgebucht. Ein größerer Betrag (3.100 RM) wurde auf schriftliche Anweisung von Dagobert Haas am 19.8.1942, also zu einer Zeit, als das Ehepaar schon im KZ und Durchgangslager Theresienstadt interniert war, an die Bezirksstelle der Reichsvereinigung in Bielefeld überwiesen.⁴ Vermutlich handelte es sich um eine fiktive Transportkostenpauschale, die die Reichsvereinigung auf ein „Sonderkonto W“ überwies. Am 3.12.1941 hatte die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ihre Gemeinden angewiesen, dass jeder Teilnehmer eines „Evakuierungstransports“ wenigstens 25% seines Barvermögens als Schenkung überweisen sollte. Das Geld sollte für persönliche Bedürfnisse oder Fürsorgezwecke verausgabt werden. Tatsächlich aber verfügten die NS-Partei- und Regierungsstellen über die Vermögen, die die Reichsvereinigung auf Sonderkonten ansammelte. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich verkündete am 2.4.1942, dass das Vermögen der Reichsvereinigung zu ‚der Endlösung der europäischen Judenfrage‘ verwendet würde.⁵ Die Errichtung des Altersghettos Theresienstadt, das tatsächlich von der SS als Konzentrations- und Durchgangslager genutzt wurde, war im Frühjahr 1942 die letzte antijüdische Tat des Leiters des Reichssicherheitshauptamtes und Chefs der Sicherheitspolizei und des SD.

³ Vgl. Ester-Hartke, S. 68f

⁴ Privatarchiv Walter Hoffman

⁵ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 334f; Hilberg, Bd. 2, S. 490

Wie bekannt ist, wurde Heydrich durch Agenten der tschechischen Exilregierung in London am 27.5.1942 tödlich verletzt, wonach die SS das Dorf Lidice am 10.6.1942 vernichtete.⁶

Nachdem Dagobert Haas im Jahre 1939 gezwungen worden war, eine „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von insgesamt 6.800 RM in mehreren Teilraten an das Finanzamt zu zahlen, kassierte der NS-Staat nach seiner Deportation auch den Restbetrag seines Sicherungskontos in Höhe von 11.140,86 RM (Oberfinanzkasse Münster).⁷ Diese Belege verdeutlichen erneut, auf welche Weise und in welchem Maße der antisemitische NS-Staat redliche, tüchtige jüdische Bürger ausplünderte, bevor er sie in die Lager weiterverschleppte.

Unter derselben Ausplünderungs- und Trennungspolitik, die der NS-Staat gegenüber dem Ehepaar Haas in Rahden anwandte, hatte auch das Ehepaar Hermann und Hedwig Hecht in Lübbecke zu leiden. Am 6.6.1941 musste es nach Herford ins „Judenhaus“ am Lübbertorwall 18 ziehen, nachdem Hermann Hecht am 6.5.1941 gezwungen worden war, sein Grundstück mit Wohnhaus an der Osnabrücker Straße 4 an die NSDAP-Kreisleitung zu verkaufen. Der Kaufpreis betrug 26.500 RM unter Anrechnung der Tilgungsbeträge einer auf dem Grundstück ruhenden Grundschuld der Kreissparkasse Lübbecke in Höhe von 12.000 RM. Diese Hypothek musste Hermann Hecht vermutlich aufnehmen, um die „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 20% seines im April 1938 angemeldeten Vermögens zahlen zu können. Doch damit begnügte sich der NS-Staat nicht. Es gab „keine Verkaufsverhandlungen“, eine Umschreibung dafür, dass ein Zwangsverkauf stattgefunden hatte.⁸ Der Kaufgeldrest wurde auf ein Sperrkonto der Dresdner Bank eingezahlt und vom NS-Staat eingezogen.⁹ Die NSDAP-Kreisleitung in Lübbecke ließ das Gebäude umbauen und nutzte es als Bürohaus. Es wurden aber auch Arrestzellen an- oder eingebaut, wo die Nationalsozialisten „Leute festsetzten, die ihnen lästig waren [so genannte Volksschädlinge]“.¹⁰

In Bielefeld gab es mindestens 18 „Judenhäuser“.¹¹ Familie Hurwitz aus Brockhagen im Amt Halle i.W., die durch Brandlegung ihres Hauses während des Novemberpogroms obdachlos geworden und nach Bielefeld gezogen war, wurde sehr wahrscheinlich in eines oder mehrere dieser „Judenhäuser“ eingewiesen.¹² Diese Zwangswohnungen waren hoffnungslos überbelegt und die Fluktuation ihrer Bewohner groß. Dadurch, dass die Gestapo Wohnungskontrollen veranstaltete oder sogar trotz Arbeitskräftemangels einzelne Bewohner unter Hausarrest stellte, entlarvte sich

⁶ Vgl. Bedürftig, Artikel: „Reinhard Heydrich“, S. 159; Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.): Dauerausstellung. Katalogbroschüre. Berlin 1998, 2. Aufl., S. 54, 56

⁷ Privatarchiv Walter Hoffman

⁸ Vgl. StADt, M I I P Nr. 1459

⁹ Vgl. M I I P Nr. 1446, 1448

¹⁰ Vgl. StdtA Lübbecke, Interview von Dieter Zassenhaus mit Annemarie Kychenthal, geb. Hecht vom 18.9.1987

¹¹ Vgl. Minninger et al. (1985), S. 9

¹² Vgl. Heckert, Vortrag (1996), S. 20

die drastische Einschränkung der Freizügigkeit durch die erzwungene Einweisung in solche Wohnungen als Fortsetzung der terroristischen Politik des Gestapo-Staats.¹³

7.5.3 Fluchtgeschichten (1939-41)

Die nachfolgenden wenigen Glücklichen, denen es bis zum offiziellen Ausreiseverbot für Juden im Oktober 1941 gelang, aus dem Untersuchungsgebiet im engeren Sinne und darüber hinaus nach Nord- und Südamerika oder nach England auszuwandern, hatten Verwandte mit internationalen geschäftlichen oder organisatorischen Verbindungen, die sie mit den notwendigen Ein- und Auswanderungspapieren oder mit einer Bürgerschaft versorgen konnten. Doch jede Flucht vor den Nationalsozialisten verlief individuell unterschiedlich, oft unter dramatischen Umständen und lässt sich nicht in allgemeingültigen Mustern erklären. Alle Flüchtlinge teilten die feste Absicht, das nationalsozialistische Deutschland zu verlassen.

Nachdem Friedrich Jelin Anfang Februar 1939 aus dem KZ Buchenwald entlassen worden war, fuhr er mit der vom Jüdischen Frauenverein in Weimar zur Verfügung gestellten Eisenbahnfahrkarte nach Bielefeld, um seine Entlassung in der dortigen Staatspolizeistelle zu melden.¹ In seinem Kopf spukte die Drohung des Wachsoldaten von Buchenwald herum, dass in dem Fall, dass er sich nicht bei der Gestapo meldete, er wieder aufgegriffen und erneut ins KZ gebracht werden würde. Das wollte Friedrich Jelin verständlicherweise vermeiden. Nach seiner Rückmeldung bei der Bielefelder Stapo fuhr er weiter nach Herne und blieb dort einen Tag, um sich von seinen Eltern und seiner Schwester vor seiner Ausreise zu verabschieden. Er verschwieg seinen Eltern, wo er die letzten Monate verbracht hatte. Vor seiner Reise nach Hamburg packte Friedrich Jelin in Anwesenheit eines Zollbeamten seinen Koffer mit Kleidung und tat auch Familienerbstücke aller Leute, die sie loswerden wollten, hinein: Ringe, Schmuck, Briefmarkensammlungen. Wie zu erwarten war, ließen sich die Nazis diese Beute nicht entgehen. Auf dem Schiff „Orinoko“, mit dem Friedrich Jelin schließlich am 10.3.1939 mit seinem sechsjährigen Vetter (Gerd Oppenheim) von Hamburg nach Kuba ausreiste, war der Koffer jedenfalls nicht auffindbar. Friedrich Jelin hatte nun wieder nicht mehr als die Kleider am Leib. Doch sein Leben retten zu können, war mehr Wert als Schmuckstücke.

Die Schiffsreise hatte sein dänischer Onkel ermöglicht, der die Firma Louis Dreyfus mit Sitz in Paris für das skandinavische Gebiet vertrat. Er besorgte die nötigen Einreisepapiere und die Passageerlaubnis. Zuvor hatte Friedrich Jelin aus Verzweiflung für ca. 2.000 RM den Reisepass eines amerikanischen Matrosen erworben und mit seinem Passbild versehen, um seine Einreise in die USA zu ermöglichen. Doch dieses Dokument brauchte er nicht mehr, als er die Papiere, die

¹³ Vgl. Meynert (1988), S. 229f

¹ Vgl. Hey, Bernd: Zur Geschichte der westfälischen Gestapo, in: Westfälische Forschungen, 37 (1987), S. 58-90

sein Onkel besorgt hatte, erhielt. Die „Orinoko“ soll nach Fred Jellins Erinnerungen das letzte Schiff gewesen sein, das mit jüdischen Flüchtlingen an Bord von Hamburg auslief.

Doch am 13.5.1939 lief Kapitän Gustav Schröder mit 930 jüdischen und 6 nichtjüdischen Passagieren auf dem Hapag-Schiff „St. Louis“ von Hamburg nach Kuba aus. Obwohl alle jüdischen Passagiere bis zu 160 Dollars für kubanische Landeberechtigungen, die nach kubanischem Recht eigentlich gebührenfrei waren, ausgegeben hatten und zudem Wartenummern für die USA besaßen, wurde ihnen weder die Einreise nach Kuba noch in die USA genehmigt. Als das Schiff am 27.05.1939 im Hafen von Havanna einlief, wurden die jüdischen Flüchtlinge nicht an Land gelassen, weil der zuständige kubanische Beamte für den Rivalen seiner eigenen Regierung Partei ergriff und die Einwanderung weiterer jüdischer Flüchtlinge aus NS-Deutschland als unfreundliche Angelegenheit betrachtete, die der Regierung, der er diene, angeblich Unannehmlichkeiten bereitere. Nach einer anderen Interpretation wurden die Befugnisse des zuständigen Generaldirektors von der profaschistischen kubanischen Regierung eingeschränkt und die erteilten Landeberechtigungen am 5. Mai 1939 für ungültig erklärt.

Am 8.5.1939 hatten 40.000 nationalfaschistische Kubaner an einer antijüdischen Versammlung teilgenommen, die vom Ex-Präsidenten Grau San Martín angeführt worden war. Hier wurde auch zu weiteren antijüdischen Aktionen aufgerufen. Nach Strauss beeinflusste die antisemitische Pressekampagne gegen die Regierung des amtierenden Präsidenten deren unmenschliche und unnachgiebige Haltung gegenüber den jüdischen Flüchtlingen. Friedrich Jelin sah seine spätere Frau Liesel Katz an Bord der St. Louis, als das Schiff im Hafen von Havanna anlegte. Das Ehepaar Leo und Liesel Haas, geb. Katz bat den Kapitän, nicht nach Deutschland zurückzufahren. Sie hätten schon alles verloren, und nur das Konzentrationslager würde auf sie warten. Kapitän Gustav Schröder versicherte ihnen, keinen deutschen Hafen anzulaufen.

Das American Jewish Joint Distribution Committee entsandte einen Vertreter zu Verhandlungen nach Havanna, der dort am 30. Mai ankam. Doch die Verhandlungen scheiterten, da der kubanische Präsident darauf bestand, dass die St. Louis auslief. Nur 22 Juden mit gültigen kubanischen Visa und ein Jude, der ein Selbstmordversuch unternommen hatte, durften an Land gehen.

Am 2. Juni legte das Schiff ab und Kapitän Schröder kreuzte zwischen Kuba und Florida, während neue Verhandlungen aufgenommen wurden. Die amerikanischen Einwanderungsbehörden verweigerten den jüdischen Flüchtlingen die Einreise und amerikanische Küstenschiffe wachten darüber, dass keiner von ihnen über Bord sprang, um illegal die amerikanische Küste zu erreichen. Am 5. Juni wurde die Forderung gestellt, dass der Joint am folgenden Tag eine Kautionssumme in Höhe von \$ 500.000 für die kubanische Regierung sowie \$ 450.000 für jede der gegnerischen politischen Faktionen bereitstellen solle. Die kubanische Regierung versuchte also auf erpresserische Weise, diese hohen Geldsummen für die Aufnahme der Flüchtlinge zu verlangen. Doch dazu war der Joint nicht bereit. Die Zahlung einer solchen hohen Summe für die sichere Einreise jüdischer Flüchtlinge

aus NS-Deutschland in ein mittel- oder südamerikanisches Land wäre ein Präzedenzfall gewesen und hätte andere Regierungen ermutigt, ähnliche Forderungen zu stellen. Am 6. Juni steuerte Kapitän Schröder die St. Louis zurück nach Europa.

Die vorläufige Rettung der jüdischen Passagiere der St. Louis war insbesondere das Verdienst von Max Gottschalk, dem Präsidenten des Belgischen Komitees für die Flüchtlinge aus NS-Deutschland (1933-40). Er erreichte in Verhandlungen, dass das Schiff am 17. Juni 1939 in Antwerpen anlegen konnte. 287 jüdische Flüchtlinge wurden von Großbritannien aufgenommen und gehörten zu den geretteten. Die meisten der 214 Flüchtlinge, die Belgien aufnahm, die 224 Flüchtlinge, die nach Frankreich einreisten, und die 181 Flüchtlinge, die in die Niederlande gingen, wurden jedoch später von den SD-Jägern aufgegriffen und in die NS-Konzentrationslager verschleppt.²

Obwohl die Familie von Richard Haas aus Rahden schon vor dem Novemberpogrom von ihren Verwandten aus Holland und Belgien brieflich ermutigt worden war auszuwandern, zog sie erst im März 1939 nach Elberfeld. Richard Haas hatte im Ersten Weltkrieg als Soldat gedient und eine Auszeichnung erhalten. Möglicherweise wiegte er sich in der trügerischen Hoffnung, dass ihn seine militärischen Leistungen im Ersten Weltkrieg vor dem Terror der Nationalsozialisten schützen würden. Die brutalen Verfolgungen während des Pogroms gaben den Anstoß, in einer größeren Stadt - so gut wie es ging - unterzutauchen. Die Familie Haas wählte die Stadt Wuppertal, weil dort eine verheiratete Schwester und ein Bruder von Irma Haas wohnten. Liesel Haas (*1933) erinnerte sich daran, dass ihre Eltern immer sehr erschreckt waren, wenn SS- oder Gestapoleute in ihre Wohnung kamen. Es gab Bombenangriffe. Richard Haas musste in Barmen Zwangsarbeit leisten. Die Auswanderung nach Argentinien ermöglichte Max Gottschalk, ein Neffe seiner Mutter, der in Brüssel u.a. von 1929-40 die Funktion als Vorstandsmitglied bzw. Präsident der HICEM wahrnahm. Die Abkürzung HICEM steht für den Zusammenschluss von drei Auswanderungsorganisationen im Jahr 1927: HIAS (Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society) in New York, JCA (Jewish Colonization Association) in Paris und EMIGDIRECT (Vereinigtes Komitee für jüdische Auswanderung) in Berlin. Die Jewish Colonization Association (JCA) war schon im Jahre 1891 von dem Bankier und Philanthropen Baron Moritz von Hirsch („Türkenhirsch“) zu dem Zweck gegründet worden, um finanzielle Mittel für den Aufbau von jüdischen Ackerbaukolonien in Argentinien zur Verfügung zu stellen.³ Jedenfalls erhielt die Familie

² Vgl. Interview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 315; Briefe von Walter Hoffman vom 18.10.1999 und 29.01.2000 an Verfasser. Vgl. Strauss, Herbert: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: LBIYB, Bd. XXVI (1981), S. 366, 381; Jäckel, Eberhard; Longenrich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Berlin 1993, Bd. III, S. 1366f, Artikel: „St. Louis“; Encyclopaedia Judaica, Bd. 7. Jerusalem 1972, Spalte 830, Artikel: „Max Gottschalk“

³ Brief von Walter Hoffman vom 29.01.2000 an Verfasser; vgl. Landman, Isaac; Rittenberg, Louis (Hg.): The Universal Jewish Encyclopedia: an authoritative and popular presentation of Jews and Judaism since the earliest times. New York 1969, Bd. 5, S. 73, Artikel: „Max Gottschalk“; Elbogen, Ismar: Ein Jahrhundert jüdischen Lebens. Die Geschichte des

Haas Einreisevisa für Argentinien und Durchreisevisa für Spanien. Noch im September 1941 konnte diese Familie zusammen mit anderen in einem Sonderzug von Wuppertal nach Spanien ausreisen. Ihre Reisepässe waren mit einem 3 Zentimeter hohen, roten „J“ bedruckt. Den Juden waren im Juli 1938 ihre Pässe entzogen worden. Stattdessen musste jeder Jude eine Kennkarte, eine Art Identifikationskarte mit Fotografie und Fingerabdrücken - wie feindliche Ausländer in Kriegszeiten - bereithalten. Erst im Fall der Auswanderung wurden die Reisepässe wieder ausgehändigt.⁴

Die Kennzeichnung der Reisepässe mit einem „J“ war auf Initiative der Schweiz schon im Oktober 1938 eingeführt worden. Die Schweiz war nicht an einem Zustrom von jüdischen Flüchtlingen interessiert. Dieses Land gewährte zwar ca. 23.000 Juden in den nächsten Jahren Zuflucht, wies aber seit August 1942 Tausende von jüdischen Flüchtlingen an seinen Grenzen zurück, so dass ihnen die Möglichkeit genommen wurde, ihren brutalen Verfolgern zu entkommen.⁵

Die Mitglieder der Familie Haas mussten auch schon den Judenstern tragen. Nach einer Verordnung vom 8.9.1941 mussten die Juden ab dem 6. Lebensjahr im Altreich einen Judenstern in vorgeschriebener Größe sichtbar auf der linken Brustseite der Außenbekleidung tragen.⁶ Die Reiseroute führte über Bilbao nach Sevilla. Während eines einmonatigen Aufenthaltes in Sevilla konnten sich die jüdischen Flüchtlinge im frankistischen Spanien frei auf der Straße bewegen. In Cadix wurden zwei Schiffe für die jüdischen Flüchtlinge gechartert. Die Familie Haas reiste an Bord der „Cabo de Buena Esperanza“, 3. Klasse, nach Buenos Aires aus und gehörte damit zu den Glücklichen, die sich noch vor dem Beginn des offiziellen Auswanderungsverbots (23.10.1941) ins Ausland retten konnten.⁷

Die letzte jüdische Frau, die aus der Kleinstadt Werther ausreiste, war Elfriede Weinberg (*1863), die Mutter des Zigarrenfabrikanten Julius Weinberg. Sie hatte eine Wartenummer beim amerikanischen Konsulat in Stuttgart und erhielt erst am 19.7.1940 die Möglichkeit, ihren Antrag auf Ausreise in die USA zu stellen. Zuvor händigte ihr die Stadtverwaltung Werther ihren Auslandspass aus, der bei der Kreispolizeibehörde in Halle i.W. verwahrt wurde. Das amerikanische Konsulat teilte der alten Frau eine Einwanderungs-quotennummer zu. Danach

neuzzeitlichen Judentums. Frankfurt a.M. 1967, S. 222-233; Jäckel, E.; Longerich, P. (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Berlin 1993, Bd. II, S. 606f, Artikel „HICEM“; Schoeps, J.H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 196f, Artikel: „HICEM“; S. 199, Artikel: „Moritz Baron von Hirsch“; S. 230, Artikel: „Jewish Colonization Association (JCA)“

⁴ Vgl. Elbogen, S. 592

⁵ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 214; Minninger et al. (1985), S. 209; Interview von Kläre Loescher und Andrea Sundermeier mit Ernst und Gertrud Hurwitz vom 5.9.1986, in: Beckmann (1993), S. 165-172; Presser, Jacques: Ashes in the Wind. The Destruction of Dutch Jewry. London 1968, S. 290; vgl. Schoeps (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 418f, Artikel: „Schweiz“

⁶ Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenthal (1997), S. 321

⁷ Vgl. StADt, D 80 A Nr. 75: Interview von Joachim Meynert mit Irma und Liesel Haas vom 27.5.1986

musste sie bis Mai 1941 warten, bis alle Einreise- und Ausreiseformalitäten erfüllt waren. Am 8.5.1941 sah sie sich gezwungen, in Anwesenheit des NSDAP-Ortsgruppenleiters, des stellvertretenden Amtsbürgermeisters und eines Notars aus Halle i.W. ihren Grundbesitz zu verkaufen. Vor ihrer Ausreise sorgte der Superintendent Karl Heuer dafür, dass Elfriede Weinberg im Jacobi-Stift Unterkunft fand. Am 3.6.1941 erhielt die Ortspolizeibehörde Werther ein Schreiben vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lothringen-Saarpfalz in Metz und die Kennkarte von Elfriede Weinberg zugeschickt mit der Nachricht, dass sie die lothringisch-französische Grenze passiert habe.⁸

Noch während der ehemalige Zigarrenfabrikant Julius Weinberg aus Werther, der seine Firma schon im Januar 1938 verkaufen musste, im KZ Buchenwald festgehalten wurde, erhielt seine Frau von ihm eine Postkarte mit der Aufforderung, seine Ausreise vorzubereiten. Auch Julius Weinberg war im KZ gezwungen worden, seine Auswanderungsabsichtserklärung zu unterschreiben. Nach fünfwöchiger Inhaftierung im KZ Buchenwald, deren Bedingungen unter SS-Herrschaft oben angedeutet wurden, kehrte Julius Weinberg mit einem Nervenzusammenbruch nach Werther zurück. Von diesem konnte er sich bis zu seinem Lebensende nicht erholen. Ein Mithäftling, der neben ihm auf der Pritsche lag, war von einem SS-Aufseher mit einer Peitsche zu Tode geprügelt worden. Anfang Januar 1939 musste Julius Weinberg in eine jüdische Heilanstalt nach Berlin gebracht werden, später in eine zweite nach Hannover. Von dort reisten Julius und Elsa Weinberg - begleitet von einem Krankenpfleger - im August 1939 per Schiff von Hamburg nach Southampton in England aus. Die Ausreise war möglich geworden, weil entfernte Verwandte eine Bürgschaft für Julius Weinberg gegeben hatten. Dort beabsichtigte er, auf seine Ausreise in die USA zu warten, bis seine amerikanische Immigrantenquote aufgerufen wurde. Die Zwillingstöchter des Ehepaars Weinberg konnten im April 1939 mit der Hilfe einer Quäker-Organisation, die sich für ihren Unterhalt und ihre Versorgung verbürgte, per Zug nach England ausreisen. Auch die Ausreise ihres Sohnes Kurt-Wilhelm in einem Kindertransport im Mai 1939 von Berlin über Löhne und Hoek van Holland war angeblich vom Centralverein, vermutlich aber vom Hilfsverein organisiert worden. Denn der Centralverein war schon am 10.11.1938 vom NS-Staat verboten worden und zwangsweise in die Reichsvertretung der deutschen Juden eingegliedert worden, während der Hilfsverein bis Juli 1939 seine Tätigkeiten weiterhin wahrnahm, bevor er ebenso zwangsweise in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland integriert wurde. Kurz vor seiner eigenen Ausreise hatte Dr. Willy Katzenstein, Rechtsanwalt und Auswandererberater im Auftrage des Hilfsvereins in Bielefeld, noch im Mai 1939 einen Kindertransport nach England organisiert. Die Auswahl der Kinder oblag der Abteilung für Kinder-Auswanderung der Reichsvertretung in enger Zusammenarbeit mit der „Children and Youth Aliya“, der „Jewish Agency for Palestine“ und der „Movement for the Care of Children from Germany“

⁸ Brief von Kurt-Wilhelm Weinberg an Heinrich Ellerbrake vom 8.1.1984; Erinnerungen von Wilhelm Ellerbrake vom 30.3.1983; Mitteilung von Eberhard Heuer vom 8.7.1996 an Verfasser

bzw. „Refugee Children’s Movement“. Auf diese Weise konnten nach dem Pogrom und vor Kriegsbeginn ca. 9.354 Kinder aus Mitteleuropa nach England befördert und gerettet werden. Ein Affidavit hatte Kurt-Wilhelm Weinberg in England von einer Gruppe von jüdischen Leuten erhalten, die die Ausreise von insgesamt 15 deutsch-jüdischen Kindern ermöglichten und die Absicht hatten, ein Jugendheim zu eröffnen. Seit Februar 1939 verlangte die englische Regierung von dem Bürgen eines einwandernden Kindes die Deponierung von 50 Pfund als Sicherheit für seine spätere Rückwanderung.⁹

Die Einwanderung deutscher Juden nach Amerika wurde durch die Hoover Direktive vom September 1930 behindert, wonach die amerikanischen Konsulate Visumanträge ablehnen sollten, wenn die unerwünschte Möglichkeit bestand, dass der Antragsteller in den USA Wohlfahrtsempfänger werden könnte. Erst um die Jahreswende 1936/37 wurde diese Direktive gelockert. Nach der Annexion Österreichs durch Deutschland ordnete Präsident Roosevelt die Zusammenlegung der kleinen österreichischen mit der deutschen Quote an. Erst nach dem Pogrom erreichte die Quotenausnutzung im Jahr 1939 ein Maximum von 100% bei einer Gesamtzahl von 27.370 Einwanderern. Insgesamt soll die Zahl der jüdischen Einwanderer in die USA, die aus Deutschland und Österreich kamen, im Zeitraum von 1933-1944 120.661 Personen betragen haben.¹⁰

Meynert gibt die absoluten und prozentualen Anteile an jüdischen Auswanderern aus Minden-Ravensberg, definiert als die Landkreise Wiedenbrück, Halle, Bielefeld, Herford, Minden und Lübbecke und die Stadtkreise Herford und Bielefeld, für die Zeit von 1933-45 nach Hauptauswandererländern mit 257 (28,4%) für die USA, 171 (18,9%) für Holland, 138 (15,2%) für Großbritannien und 100 (11,1%) Personen für Palästina an.¹¹

⁹ Vgl. StADt, D 80 A, Nr. 48, 49: Interviews von Joachim Meynert mit Kurt-Wilhelm Weinberg vom 30.6.1985 und Elsa Weinberg vom 1.7.1985; StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake. Zu Dr. Willy Katzensteins Tätigkeit als Auswanderungsberater vor und nach dem Pogrom siehe Meynert (1988), S. 202f; zur Organisation von Kindertransporten siehe Minninger et al. (1988), S. 216ff. Hiernach setzte sich auf britischer Seite insbesondere die Organisation „Movement for the Care of Children from Germany“ für die Rettung von 5.500 deutsch-jüdischen Kindern bis Kriegsanfang ein. Diese Organisation schloss sich im März 1939 mit dem „Children’s Inter-Aid Committee“ zum „Refugee Children’s Movement“ zusammen. Auf deutscher Seite wurden die Kindertransporte im Rahmen der Kinder- und Jugendaliya insbesondere von dem Verein „Jüdische Jugendhilfe e.V.“ (gegr. am 30.1.1933 von Recha Freier) organisiert, die mit dem „Women’s Appeal Committee“ zusammenarbeitete. Weitere englische Organisationen, die sich für die Einreise jüdischer Flüchtlinge nach Großbritannien einsetzten, waren das „Jewish Refugee Committee“ (gegr. im März 1933 von Otto Schiff), die „B’nai B’rith“ und das „Chief Rabbi’s Religious Emergency Council“. Vgl. Barkai/Mendes-Flohr/Lowenthal (1997), S. 289; Jäckel; Longerich; Schoeps (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, Artikel: „Großbritannien“, besonders S. 576-579. Über Salomon (Schalom) Adler-Rudels diplomatische Bemühungen in Schweden als Abgesandter der „Jewish Agency for Palestine“ zur Rettung von 20.000 jüdischen Kindern vor dem Holocaust von Februar bis April 1943, zur Rettung ungarischer Juden im September 1944 und der Juden in Theresienstadt siehe: Adler-Rudel, Shalom: A Chronicle of Rescue Efforts, in: LBIYB, Bd. XI (1966), S. 213-241

¹⁰ Vgl. Strauss, Herbert: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: LBIYB, Bd. 26 (1981), S. 358-362

¹¹ Vgl. Meynert (1988), S. 185, Tabelle 10

Nach dem bisherigen Forschungsstand verteilte sich die Zahl jüdischer Auswanderer aus den beiden Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke für die Zeit nach dem Novemberpogrom 1939 bis zum offiziellen Auswanderungsverbot am 23.10.1941 wie in folgender Tabelle dargestellt. Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass eine Reihe von jüdischen Auswanderern aus Lübbecke und Rahden schon zuvor in meist größere Städte verzogen waren, wo jüdische Gemeinden und Hilfsorganisationen existierten und die Ausreise professionell vorbereitet werden konnte.

Der Schock des Novemberpogroms und der nachfolgende Druck der Gestapo bewirkten, dass sich die Zahl jüdischer Auswanderer aus den Landkreisen Halle i.W. und Lübbecke von 31 Personen im Zeitraum 1933-38 auf 56 im Zeitraum 1939-41 erhöhte. Von den insgesamt 87 jüdischen Auswanderern wählte eine Mehrheit von 31 Personen (35,6%) die USA als Zielland, gefolgt von 19 Personen (21,8%), die zunächst nach Großbritannien auswanderten. Von diesen entschieden sich aber mehrere Auswanderer, nach einigen Monaten weiter in die USA auszureisen. 12 Auswanderer (13,8%) emigrierten nach Palästina und nur 7 (8,0%) entschieden sich für die Niederlande. Während sich die Zahl der jüdischen Auswanderer, die sich für die USA als Zielland entschieden, in der Zeit nach dem Pogrom mehr als verdoppelte, gab es keinen Auswanderer mehr, der nach Holland auswanderte. Dieses Verhalten steht im auffallenden Gegensatz zu dem Forschungsergebnis, das Meynert vorlegte. Aus den sechs Landkreisen und zwei Stadtkreisen seines Untersuchungsgebietes wanderten nicht weniger als 82 Personen (23,9%) im Jahre 1939 nach Holland aus.¹² Die jüdischen Flüchtlinge aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. waren in der glücklichen Situation, in Länder ausreisen zu können, die möglichst weit vom Aktionsgebiet der Nationalsozialisten entfernt lagen.

Tabelle 82: Zahl und Zielländer jüdischer Auswanderer aus den Landkreisen Lübbecke und Halle i.W. (1939-1941)

Städte/ Gemeinde	Palästina	Groß- britannien	USA	Kuba	Argentinien	Chile	Südafrika- nische Union
Lübbecke	5	8	8	---	---	2	2
Rahden	---	1	10	4	3	1	---
Versmold	---	---	2	---	---	---	---
Werther	---	7	2	---	1	---	---
Summe	5	16	22	4	4	3	2

Quellen: Ester-Hartke (1997); Beckmann (1993, 1994, 1998); Zassenhaus (1988)

¹² Vgl. Meynert (1988), S. 185, Tabelle 10

7.6 Deportationen, Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Massenmord, Befreiung

Wie kann der pathologische Hass gegen die europäischen Juden, die antisemitische Zwangsneurose, der rassistische NS-Antisemitismus, den die führenden Nationalsozialisten erbarmungslos in die politische Praxis umsetzen ließen, erklärt werden? Waren es die Kriegsbedingungen, die als Begründung für die Radikalisierung der Politik gegenüber den europäischen Juden angeführt wurden, oder waren es die einsamen, pathologischen Entscheidungen einzelner Nationalsozialisten, die verantwortlich waren für die Fortsetzung des rassenantisemitischen Terrors und die radikale Ausbeutung der europäischen Juden?¹

Normalerweise erwartet ein demokratischer Bürger von einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung innerhalb eines repräsentativen, liberalen demokratisch-parlamentarischen Systems, dass sie sich mit Hilfe einer konstruktiven Friedenspolitik um die Stabilisierung und Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der außenpolitischen Beziehungen bemüht. Außerdem hat ein demokratischer Bürger ein vitales Interesse daran, dass sich die jeweils gewählte Regierung verpflichtet, Menschen-, Minderheiten- und Grundrechte zu achten.

Die NS-Regierung legte auf Menschen-, Minderheiten- und Grundrechte nicht den geringsten Wert. Da die NS-Gerichte nicht unabhängig waren, sondern Urteile im nationalsozialistischen Sinne sprachen, gab es für die massiv materiell und psychologisch geschädigten deutschen Juden auch keine Möglichkeit, Schadenersatzforderungen einzuklagen.

Im Kriegsjahr 1940 wurde noch ein Plan diskutiert, Millionen von europäischen Juden aus der deutschen Einflussphäre nach Madagaskar umzusiedeln. Diese wahnsinnige Idee wurde im Judenreferat der Deutschlandabteilung D III des Auswärtigen Amtes ausgearbeitet. Da jedoch die tropische afrikanische Insel nicht als Sommerfrische, sondern als ein riesiges Konzentrationslager für die in den westlichen Ländern lebenden Juden von den Nationalsozialisten gedacht war, in dem höchstens einige Tausende hätten überleben können, war die massenweise Verschleppung nach Afrika oder ihre massenweise Ermordung Varianten ein und desselben Ziels, für das Heydrich als Chef des RSHA den Begriff „Endlösung“ verwendete. Mit der Ausarbeitung der Details beauftragte Heydrich den Leiter des Judenreferats IV B 4, Adolf Eichmann, in seinem eigenen Machtapparat. Doch dieser Plan konnte aus zwei Gründen nicht verwirklicht werden. Erstens war es zu keinem Friedensvertrag mit Frankreich wegen der nicht beendeten Feindseligkeiten mit Großbritannien gekommen. Frankreich hatte diese Insel keineswegs an das Deutsche Reich abgetreten. Zweitens kontrollierte Großbritannien weiterhin den Seeweg nach Ostafrika und behielt auch in der Luftschlacht über England die Oberhoheit.

¹ Vgl. Mason, Tim: Intention and Explanation: A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: Hirschfeld, Gerhard; Kettenacker, Lothar (Hg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 23-42

Nach Bauers Annahmen wurde die physische Vernichtung der europäischen Juden in einer Konsultation zwischen Göring - oder Göring und Himmler - mit Hitler, die möglicherweise schon kurz vor oder nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR am 22.6.1941 stattfand, beschlossen. Mit Schreiben vom 31.7.1941 wurde der Leiter des RSHA, Heydrich, von Göring beauftragt, die „Gesamtlösung der Judenfrage“ bzw. die „Endlösung der Judenfrage“ zu organisieren. Die Behauptung von Eichmann, er selbst habe das Schreiben vom 31.7.1941 auf das Ersuchen von Heydrich unterschriftsreif für Göring verfasst, hält Bauer für sehr wahrscheinlich. Daher kommt Bauer zu folgender Schlussfolgerung:

„Das Dokument vom 31.7.1941 ist also eine Form des Führerbefehls, alle Juden zu ermorden. Die Unterschrift stammte von Göring, die Formulierung von Eichmann, die operationelle Verantwortung lag bei Himmler und Heydrich, aber die Stimme, laut und deutlich, war die von Hitler. Das Dokument, nach dem so viele Historiker suchten, hatten wir seit Kriegsende.“²

Während die vier vom RSHA aufgestellten und angewiesenen Einsatzgruppen, gegliedert in so genannten Sonder- oder Einsatzkommandos, die aus Sicherheitspolizisten und SD-Angehörigen, Ordnungspolizisten, Angehörigen der Waffen-SS sowie litauischen, lettischen, estnischen und ukrainischen Hilfstruppen bestanden, bis Ende des Jahres 1941 in Dutzenden von Pogromen, Massakern und Massenerschießungen Zehntausende von litauischen, lettischen, russischen, ukrainischen und seit dem 15.10.1941 deportierte deutsche, österreichische und tschechoslowakische Juden ermordeten, lud Heydrich am 29.11.1941 eine Reihe von führenden Staatssekretären und SS-Hauptamtschefs zu einer ‚Endlösungskonferenz der Judenfrage‘ für den 9.12.1941 ein, auf der die weitere Organisation des Massen- und Völkermordes an den europäischen Juden koordiniert werden sollte. Da diese Konferenz wegen des japanischen Überfalls auf Pearl Harbor (7.12.1941), der deutschen Kriegserklärung an die USA (11.12.1941) und der beginnenden Massenmorde der Einsatzgruppen verschoben werden musste, lud Heydrich erneut zu einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück zum 20. Januar 1942 um 12,00 Uhr“ nach Berlin zum Amtssitz des RSHA, Am Großen Wannsee 56-58, ein.

In dieser „Besprechung“ erläuterte Heydrich seinen 14 geladenen Spitzenbeamten, die das Ostministerium, das Innenministerium, das Amt für den Vierjahresplan, das Justizministerium, das Generalgouvernement, das Auswärtige Amt, die Parteikanzlei, die Reichskanzlei, das Rasse- und Siedlungshauptamt, das Reichssicherheitshauptamt mit seiner Abteilung IV (Gestapo) und Abteilung IV-B-4 (Juden) vertraten, sowie dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement und dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland, dass die europäischen Juden zukünftig nicht mehr auswandern, sondern nach dem Osten „evakuiert“ werden sollten. Heydrich präsentierte seinen Gästen eine Liste, auf der die europäischen Juden

² Bauer, Yehuda: Who was responsible and when? Some well-known documents revisited, in: Holocaust and Genocide Studies, Bd. 6, Nr. 2 (1991), S. 144-147; vgl. Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1990, Bd. 2, S. 416f; Dauerausstellung der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Katalogbroschüre. Berlin 1998, 2. Aufl., S. 53f; Benz, Wolfgang: „Endlösung“. Zur Geschichte eines Begriffs, in: Lichtenstein, Heiner; Romberg, Otto (Hg.): Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart. Bonn 1997, 2. Aufl., S. 16f

aus ca. 30 Ländern, darunter auch die neutralen Länder und Großbritannien, zahlenmäßig aufgelistet waren, über 11 Millionen, die für die „Endlösung der Judenfrage“ in Frage kämen. Die arbeitsfähigen Juden sollten „straßenbauend“ nach Osten umgesiedelt werden. Diejenigen Juden, die nicht bei der schweren Arbeit sterben würden, müssten „entsprechend behandelt werden“. In der Sprachregelung des RSHA bedeuteten die Vokabeln „Evakuierung“, „Endlösung“ und „Sonderbehandlung“ nichts anderes als die Fortsetzung des Massenmordes an den europäischen Juden, der seit dem Überfall auf die UdSSR mit geschichtlich einmaliger Brutalität durchgeführt wurde. Die Vertreter des Rasse- und Siedlungshauptamtes und des Reichsministeriums des Innern forderten zudem entweder die Zwangssterilisierung oder die Deportation der „Mischlinge“ ersten Grades, letzteres Ministerium auch die Zwangsscheidung der „Mischehen“. Juden, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, sollten zu einem späteren Zeitpunkt deportiert werden. Außerdem beschlossen die Teilnehmer der Konferenz, dass Juden über 65 Jahre, Schwerkriegsbeschädigte und Juden mit Kriegsauszeichnungen in ein so genanntes „Altersghetto“ verbracht werden sollten. Später stellte sich jedoch heraus, dass Theresienstadt ein Durchgangslager war, in das auch jüdische Kinder und Frauen sowie Mischehepartner und ihre Kinder aus unterschiedlichen europäischen Ländern verschleppt wurden.³

Die ca. 165 Männer, Frauen und Kinder, die vom NS-Staat als „Juden“, und sechs jungen Leute aus dem Untersuchungsgebiet, die als „Mischlinge 1. Grades“ kategorisiert wurden, wurden nicht alle von Bielefeld in die Vernichtungslager verschleppt. Manche wurden gezwungen, in Hamburg, Bremen, Hannover, Köln, Koblenz, Frankfurt/Main, Aachen, Westerbork oder Brüssel Deportationszüge zu besteigen. Ein Drittel bis ein Viertel der Juden wurde von der Polizei und der Gestapo gezwungen, von Bielefeld den Weg in die Ghettos und Vernichtungslager im Osten anzutreten.⁴ Nach Meynert wurden über 1.421 Juden, „Mischlinge“ und „Mischehepartner“ aus dem Stapobezirk Bielefeld in neun Transporten im Zeitraum von Dezember 1941 bis Februar 1945 in die Ghettos Riga und Warschau, in das KZ und Durchgangslager Theresienstadt, in das Vernichtungslager Auschwitz und in die Arbeitslager Elben und Zeitz verschleppt.⁵ Auf den Steinplatten der beiden Lesepulte des „Mahnmal[s] zum Gedenken an die als Juden in Bielefeld [zwischen 1933 und 1945] registrierten und ermordeten Menschen und zur Erinnerung an die Massendeportationen vom Bielefelder Bahnhof“, das am 16.8.1998 der Öffentlichkeit übergeben wurde, sind 1.841 Namen jüdischer Männer, Frauen und Kinder eingraviert, die in der Shoa

³ Vgl. Hilberg, Bd. 2, S. 287-350; 422-425; Dauerausstellung der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz. Katalogbroschüre. Berlin 1998, 2. Aufl., S. 43-68; Scheffler, S. 38

⁴ Vgl. Beckmann (1993), S. 149f; ders.: (1994), S. 134f; ders.: (Jüdische Bürger im Amt Vermold: 1998), S. 104f; ders.: (Juden in Werther: 1998), S. 102-104; Hillebrand (1996), S. 88-94

⁵ Vgl. Meynert, Joachim: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg. Münster 1988, S. 263

umkamen. Dieses Mahnmal gedenkt auch derjenigen jüdischen Männer, die im Kontext des Novemberpogroms ins KZ Buchenwald verschleppt und dort ermordet wurden.⁶

Zur regionalen Organisation der Deportationen erhielt die Gestapoaußendienststelle Bielefeld, zu deren Geschäftsbereich die Länder Lippe, Schaumburg-Lippe und der Regierungsbezirk Minden gehörten, die Anweisungen von der Stapoleitstelle Münster. Vor jeder Deportation berief der Gestapo-Dienststellenleiter in Bielefeld eine Besprechung mit den politischen Sachbearbeitern der Landratsämter und kreisfreien Städte ein, übergab ihnen die Listen der zu deportierenden Juden und bat um Amtshilfe bei der Abwicklung der „Evakuierung“. Die Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld wurde gezwungen, bei diesem Prozess Mithilfe zu leisten. Sie versandte Tage oder Wochen vor der Deportation Rundschreiben an die zu Deportierenden, in denen sie informiert wurden, welche Wertgegenstände sie vor dem Verlassen ihrer Wohnung zu hinterlegen hatten und welches und wieviel Gepäck sie mitnehmen durften.⁷ Das bedeutete, dass die Juden vor ihrer Zwangsverschleppung vom NS-Staat total ausgeplündert wurden, weil ihr Bargeld, ihr Schmuck, ihre Uhren u.s.w. von der Ortspolizei beschlagnahmt wurden und in einem versiegelten Umschlag dem leitenden Stapobeamten Pützer im jeweiligen Sammellager in Bielefeld ausgehändigt werden mussten. Vor ihrer Deportation ins Warschauer Ghetto am 31.3.1942 wurde den Juden mitgeteilt, dass sie maximal 25 kg Gepäck, darin eingeschlossen zwei Schlafdecken, mitnehmen durften, außerdem Verpflegung für zwei Tage. An Schmuck blieben ihnen nur ihre Eheringe. Alle offiziellen Ausweise und Papiere mussten sie hinterlegen. Lediglich ihre Kennkarten mussten ins Sammellager nach Bielefeld mitgenommen werden. Um das wahre Ziel der Deportationen geheimzuhalten, wurden selbst den Ortspolizeibehörden in täuschender und euphemistischer Sprache mitgeteilt, es handele sich um „Arbeitseinsätze im Osten“ oder um landwirtschaftliche Siedlertätigkeit.⁸

Nach der fast totalen Ausplünderung der jüdischen Menschen setzte sich der Dehumanisierungsprozess insofern fort, als bis zu 400 Juden in Bielefeld in von der Gestapo angemietete Gaststättensäle (Sammellager) eingewiesen wurden, deren hygienische und sanitäre Verhältnisse katastrophal waren. Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bielefeld versuchten, die Menschen, so gut es ging, mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe zu versorgen. Vor ihrer Überführung zum Hauptbahnhof bzw. zur Viehrampe des Güterbahnhofs erhielten die auf ihre Deportation wartenden Juden „Evakierungsnummern“ zugewiesen, mussten auf dem

⁶ Decker, Brigitte und Martin: Initiative Mahnmal „Jede Ermordete, jeder Ermordete hat einen Namen“ der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde. Das Mahnmal wurde am 16.8.1998 auf dem Bahnhofplatz in Bielefeld eingeweiht. Namensliste. Computerausdruck. Ich danke Frau Decker für die Nutzung dieses Dokuments.

⁷ Vgl. Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus. Bielefeld 1983, S. 107ff; Meynert (1988), S. 252ff

⁸ Vgl. Meynert (1988), S. 109; Beckmann: Juden in Werther (Westf.) (1998), S. 61; StdtA Bielefeld, Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-1945, S. 6

strohgedeckten Fußboden des Sammellagers schlafen und wurden schließlich von der Gestapo identifiziert und ihr Gepäck noch einmal kontrolliert.⁹

Artur Sachs (*19.03.1914 in Werther) wurde mit seiner Frau Berta (*13.12.1909) am 13.12.1941 in einem von der Stapoleitstelle Münster organisierten Transport, der insgesamt ca. 1.000 Personen (Männer, Frauen und Kinder) zählte, von Bielefeld nach dem Ghetto Riga verschleppt. Ca. 400 Juden kamen aus Münster, 200 aus Osnabrück, weitere 400 aus dem Gestapobezirk Bielefeld. Von diesen zuletzt genannten 400 Menschen sollen nur 47 Juden die Verschleppung überlebt haben, nach Artur Sachs' Erinnerung aber nur 5 Juden.¹⁰ Jeder Deportierte durfte 50 kg Gepäck inklusive Handgepäck mitnehmen. Die 40-stündige Fahrt ging über Berlin nach Lettland. Wasser war während der Fahrt nicht erhältlich. In Skirotava, einem Vorort von Riga, wurden die Deportierten von lettischen SS-Leuten mit Peitschen und Hunden in Empfang genommen. Die ersten mit Gepäck beladenen Menschen, die auf den vereisten Straßen nicht schnell genug laufen konnten, wurden erschossen. Alte Leute wurden niedergeschlagen und abtransportiert. Das auf dem Rangierbahnhof hinterlassene Gepäck und das Handgepäck wurde beschlagnahmt. Die jüdischen Wagenordner erhielten den Befehl, sämtliches mitgeführte Geld, Schmuck und Uhren einzusammeln und in das Auto des Kommandanten SS-Obersturmführer Krause zu legen. Der Bielefelder Transport wurde in das Ghetto Riga geführt. Der größere Teil der lettisch-jüdischen Bevölkerung von Riga, 27.800 Menschen, war zwischen dem 29.11.-1.12. und am 8./9.12.1941 von den Sonderkommandos der Einsatzgruppe A in Rumbula ermordet worden, um Platz zu schaffen für die Transporte aus Deutschland. Die meisten Juden der Transporte aus Bielefeld, Düsseldorf, Hannover, Berlin, Wien, Dresden, Leipzig, Kassel, Dortmund, Stuttgart, Nürnberg, München und aus der Tschechoslowakei wurden von lettischer SS im Bickernicker Wald erschossen. Seit November 1942 wurden die ankommenden Transporte in Lastwagen vergast, bevor die Leichen im Bickernicker Wald verscharrt wurden.¹¹

⁹ Vgl. Meynert (1988), S. 260f

¹⁰ Vgl. Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.): Dauerausstellung. Katalogbroschüre. Berlin 1998, 2. Aufl., S. 70f; StdtA Bielefeld, Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-1945. Bielefeld 1986/87, S. 12; Kruglov, A.I.: Die Deportation deutscher Bürger jüdischer Herkunft durch die Faschisten nach dem Osten 1940-1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 32. Jg., (1984), Heft 12, S. 1088

¹¹ Vgl. Hilberg, Bd. 2, S. 370; StdtA Bielefeld, Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-45, S. 8; StdtA Pr. Oldendorf, Ehrlich, Alfred: „12 Jahre nazistische Schreckensjahre“. Typoskript. Begonnen 1948/49. Zu Krause und den Massenmorden an lettischen, deutschen, österreichischen und tschechischen Juden siehe Kogon, S. 242-245. Das Große Ghetto bestand von Oktober 1941-30.11.1941. Nach den Massenerschießungen durch Sicherheitspolizei und SD wurden die ca. 4.500 überlebenden lettischen Juden gezwungen, im so genannten Kleinen Ghetto zu leben. Vgl. Gedenkbuch (1986), Bd. 2, S. 1771, Artikel: „Riga“. Die Gesamtzahl der aus dem Reichsgebiet nach Riga verschleppten Juden wird auf 18.000 geschätzt. Die Namen von 15.131 jüdischen Männern, Frauen und Kindern, die in Riga umkamen, wurden ermittelt. Das so genannte „Reichsjuden-Ghetto“ bestand in Riga von Dezember 1941-2.11.1943. Das deutsche Riga-Komitee, dem 43 Städte angehören (Sept. 2013), spricht von Deportationen aus 14 Städten des Deutschen Reiches mit mindestens 25.000 jüdischen Verschleppten. Von ihnen sollen 11.000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder ins Ghetto Riga gelangt sein. Alle anderen wurden z.B. im Hochwald von Bikernieki ermordet oder verscharrt. Winfried Nachtwei spricht von mindestens 35.000 Menschen in 55 Massengräbern, die in Bikernieki ermordet bzw. verscharrt wurden: europäische Juden, lettische politische Aktivisten, sowjetische Kriegsgefangene. Vgl. Erinnern und Gedenken sind keine Momentaufgabe. Tagungsband des 1. Symposiums des Riga

Artur Sachs überlebte die Verschleppungen und die Zwangsarbeit in zehn Konzentrationslagern, Ghettos und Außenlagern: Riga, Salaspils, in einem Arbeitskommando in einem Sägewerk an der Düna, Kaiserwald, Dondangen, Libau, Stutthof - (in diesem KZ wurde Artur Sachs von seiner Frau getrennt) - Buchenwald, Rehmsdorf, Tröglitz (Kreis Zeitz) und Theresienstadt, wo er von der Roten Armee befreit wurde.¹²

In einem Arbeitskommando des Konzentrationslagers Salaspils, in einem Sägewerk an der Düna, begegnete Artur Sachs auch Alfred Ehrlich aus Preußisch Oldendorf, der mit seiner Frau von Hannover-Ahlem in einem 1.001 Personen zählenden Transport am 15.12.1941 nach Riga verschleppt worden war. Alfred Ehrlich war der Nachtschicht zugeteilt worden. Auf die Frage des Verfassers, ob es möglich war, mit Alfred Worte zu wechseln, sagte Artur Sachs, dass man zu entkräftet war. Außerdem war das Sprechen bei der Arbeit verboten. Die Verhältnisse dort waren unbeschreiblich schlecht: eisige Kälte, Erfrierungen, dauernde Erschießungen, schlechteste Ernährung, Läuse.

Im Juni 1942 suchte die SS unter den Häftlingen des Lagers Salaspils Arbeitskräfte für das Ghetto und das KZ Riga. Artur Sachs meldete sich als Fahrer und Kfz-Mechaniker. Er wurde angenommen und musste zunächst beim Kommandeur der Sicherheitspolizei SD Holz stapeln, später in einer Transporteinheit arbeiten. Hier erlebte er, wie SS-Erschießungskommandos ihre Lastwagen mit Maschinengewehren beluden, bevor sie in Skirotava oder anderswo Judentransporte in Empfang nahmen und sie später erschossen. Danach musste Artur Sachs im zentralen Verpflegungslager der Wehrmacht Lebensmitteltransporte aus dem Reich entladen und Transportzüge, die nach der russischen Front abgingen, beladen.¹³

Anfang 1943 gehörten Artur und Bertha Sachs zu denjenigen, die ins Lager Dondangen (Dundanga) gebracht wurden. In diesem lettischen Durchgangs- und Zwangsarbeitslager, einem Nebenlager des Konzentrationslagers Kaiserwald, wo es auch ein Heeresverpflegungslager der Waffen-SS gab, begegnete Artur Sachs der brutale Rapport- und Arbeitsdienstführer Gustav Sorge, der „eiserne Gustav“. Dieser wurde schon in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen wegen seines sadistischen Verhaltens gefürchtet. Vom Schwurgericht Bonn

-Komitees in Magdeburg. Kassel 2013 (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.), S. 6, 10, 46. Ein wertvoller Dokumentarfilm mit Interviews von jüdischen Überlebenden des Ghettos Riga (z.B. Bernhard Press, Margers Vestermanis <beide aus Riga>, Marga Griesbach <Witzenhausen>, Irmgard Ohl, Ewald Aul <beide Osnabrück>): „Wir haben es doch erlebt“. Das Ghetto von Riga. Ein Film von Jürgen Hobrecht [Buch, Regie]. Phoenix Medienakademie e.V. Berlin 2013. [Drehorte: Berlin, Münster, Hamburg, Paris, Riga, New York, Tel Aviv, Witzenhausen] Vgl. auch: Alexander Bergmann: Aufzeichnungen eines Untermenschen. Ein Bericht über das Ghetto in Riga und die Konzentrationslager in Deutschland. Bremen 2009, 1. Aufl. Übersetzung aus dem Russischen: Ingrid Damerow.

¹² Vgl. StdtA Bielefeld, Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-1945. Bielefeld 1986/87; Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996 an Verfasser; vgl. Weinmann, Martin (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem. Frankfurt a.M. 1990, 2. Aufl., S. 44, Eintrag: „Theresienstadt“; S. 223-229, Eintrag: „Buchenwald“; S. 266, Eintrag: „Stutthof“; S. 564-569, Eintrag: „Male Kommandos of CC Buchenwald“; S. 661, Einträge: „Riga, Salaspils, Dundanga“; S. 666, Eintrag: „Libau“.

¹³ Vgl. StdtA Bielefeld, Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-1945. Bielefeld 1986/87, S. 10-12

wurde Sorge am 6.2.1959 wegen 67fachen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus sowie wegen Mordversuchs, Totschlags und Beihilfe zum Mord außerdem zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁴ In Dondangen war es im allgemeinen Lager so schlammig, dass manche der ausgemergelten Zwangsarbeiter sagten, es sei besser zu verhungern als im Schlamm zu versinken. Denn die Häftlinge mussten im Frühjahr 1943 über eine überschwemmte Wiese gehen, um eine Holzbaracke zu erreichen, in der es eine „primitive Suppe“ gab. Der Sprecher der jüdischen Gefangenen wurde hier Werner Samuel, ein ehemaliger Boxer im Sportclub Krefeld. Artur Sachs gehörte mit seiner Frau zu den wenigen Glücklichen, die ins Küchenkommando des SS-Verpflegungslagers abkommandiert wurden. Sie versuchten, den ausgemergelten Häftlingen des allgemeinen Lagers zu helfen, indem sie kleinere Pakete mit Brot auf der Straße deponierten. Es hatte sich als zu gefährlich erwiesen, einfach einen Sack voller Brot über den Zaun in das allgemeine Lager zu werfen. Alle ausgehungerten KZ-Häftlinge stürzten sich natürlich auf diese zusätzlichen Nahrungsmittel. Es bestand die Gefahr, dass die Lager-SS die Wohltäter hätte ausfindig machen und bestrafen können.

Franziska Jahn beschrieb die Funktion und die Verhältnisse in Dondangen I unter Bezug auf die Häftlingerfahrungen und späteren Ausarbeitungen von Margers Vestermanis wie folgt:

„Außenlager Dondangen I war ein Lager für männliche und wenige weibliche jüdische Häftlinge im Kreis Windau, etwa 100 Kilometer nordwestlich von Riga. Im Juli 1943 wurden 220 Männer und 25 Frauen von Kaiserwald nach Dondangen abgestellt, um auf dem unwegsamen und sumpfigen Gelände einen SS-Truppenübungsplatz aufzubauen. Dieses Gelände war wenige Wochen zuvor von der SS beschlagnahmt und die dort ansässige lettische Bevölkerung ausgesiedelt worden. Die Häftlinge errichteten auf diesem Areal Baracken für die SS, arbeiteten im Wald, im Munitionslager, bauten Bunker, Straßen und einen Flugplatz. Trotz der Schwerstarbeit erhielten die Frauen und Männer kaum Trinkwasser und täglich nur 150 Gramm Brot sowie eine wässrige Suppe, in der ab und zu Stückchen zähes stinkendes Pferdefleisch schwammen. Der Wassermangel bewirkte zudem eine katastrophale hygienische Situation im Lager. Die Menschen litten an Läusen und anderen Parasiten. Die Häftlinge verfügten über keinerlei feste Unterkünfte und schliefen auch bei minus 25 Grad unter freiem Himmel. Erst mit der Fertigstellung der SS-Unterkünfte und dem Bau einer Straße durften sie in Finnzelten schlafen. Mittels eines Kanisters, der mit Brennmaterial gefüllt war, versuchten sich die Männer und Frauen zu wärmen. Wöchentlich wurden Transporte mit dutzenden Arbeitsunfähigen zusammengestellt und zurück in das Stammlager transportiert, um durch arbeitsfähige Häftlinge ersetzt zu werden. [...]“^{14b}

Auch im KZ Buchenwald wurden die von der Lager-SS vorgegebenen Herrschaftsverhältnisse durch das Motto „Tod durch Arbeit“ bestimmt. Nach Einlieferung in dieses KZ musste Artur Sachs zunächst im so genannten Zigeunerlager zusammen mit französischen Gefangenen wochenlang unter freiem Himmel schlafen, mit einem Stein als Kopfkissen. Erst später wurden neuen Gefangenen Baracken zugewiesen. Im Gegensatz zu den Gefangenen aus anderen Nationen bekamen Juden keine Rot-Kreuz-Pakete. Die SS unterschlug Tausende von Paketen. Als amerikanische und britische Bomber das Gustloff-Werk II, den Bahnhof Buchenwald, die Deutschen Ausrüstungswerke und Teile des SS-Truppenbereiches am 24.8.1944 zerstörten,

¹⁴ Vgl. Artur Sachs: Lebenserinnerungen, S. 12; Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996. Das sadistische Verhalten von Gustav Sorge wird belegt in: Naujoks, Harry: Mein Leben im Konzentrationslager Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten. Berlin 1989, S. 128-131; vgl. Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager. Frankfurt a.M. 1997, S. 368, Anmerkung 7; Henkys, Reinhard: Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht. Berlin 1964, S. 55-58. Sorge war ab 1.2.1944 Lagerführer des Außenlagers Dondangen I in der Nachfolge des SS-Oberscharführers Gröschel.

^{14b} Zu den Verhältnissen im Außenlager Dondangen I und II siehe: Franziska Jahn, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hgg.). Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. München 2008, S. 65-67; hier: 65.

wurden auch Flugzettel abgeworfen mit der Botschaft an die KZ-Gefangenen: „Ihr seid die Alliierten der Alliierten“. Nach den stundenlangen morgendlichen Appellen musste Artur Sachs zunächst im Steinbruch arbeiten. Später im Nebenlager Tröglitz, wo die Häftlinge für die Braunkohle-Benzin AG („Brabag“) arbeiten mussten, wurde Artur Sachs einem Beerdigungskommando zugeteilt.¹⁵

Insgesamt sollen ca. 240.000 Menschen aus 35 Nationen im KZ Buchenwald, das im Sommer 1937 errichtet worden war, inhaftiert gewesen sein. Die Bedingungen in diesem KZ waren unter den SS-Herrschaftsverhältnissen so schlecht, dass nach konservativer Berechnung ca. 56.545 Häftlinge umkamen. „Viele Häftlinge starben an Unterernährung, Seuchen, Mißhandlungen, qualvollen medizinischen Versuchen oder unter der ungeheuren Arbeitsbelastung in den Steinbrüchen oder in einem der 130 Außenkommandos und Nebenlager.“¹⁶

Beim Vorrücken der russischen Front wurden ca. 1.000 KZ-Häftlinge des Nebenlagers Tröglitz - unter ihnen Artur Sachs - in einem nicht gekennzeichneten Zug unter SS-Bewachung abtransportiert. Der Zug fuhr an Chemnitz vorbei auf die tschechische Grenze zu. Unterwegs wurde die Lokomotive dieses Transports von alliierten Tieffliegern in Brand geschossen. Häftlinge, die fliehen wollten, wurden von der SS erschossen. Den Vorschlag zweier SS-Leute, die aus Ostwestfalen stammten, an Artur Sachs, mit ihnen einen Fluchtversuch zu wagen, lehnte Artur Sachs ab, weil es aus seiner Sicht zu gefährlich war, zu den Amerikanern zu fliehen. Denn sie hätten die russischen Frontlinien durchqueren müssen. Der Zugfahrt endete schließlich an einem kleinen Bahnhof an der tschechoslowakischen Grenze. Von hier aus wurden die erschöpften und ausgemergelten KZ-Häftlinge zu Fuß in Richtung des KZ Theresienstadt in Marsch gesetzt. 200 von den anfangs 1.000 KZ-Gefangenen dieses Todesmarsches erreichten schließlich das Lager Theresienstadt. Sie wurden in Katakomben untergebracht. Sie gehörten zu den Überlebenden, die am 8.5.1945 von russischen Soldaten befreit wurden.¹⁷

Im KZ Theresienstadt sollen 34.000 Juden, Männer, Frauen und Kinder zugrundegegangen sein, die meisten wegen ausgebrochener Seuchen verursacht durch die katastrophalen hygienischen Bedingungen und aufgrund der schlechten Versorgung mit Nahrungsmitteln. Andere Häftlinge

¹⁵ Mitteilungen von Artur Sachs vom 18. und 25.6.1996 an Verfasser; vgl. Kogon, S. 147f, 299f; KZ Buchenwald Post Weimar/Thür. Katalog zu der Ausstellung aus der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius-Bau Berlin (West), April-Juni 1990. Hg. v. der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, S. 90; Endlich, Stefanie et alii: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. II. Bonn 1999, Einträge: „Rehmsdorf“, S. 580; „Tröglitz“, S. 593

¹⁶ Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich. Hamburg, 1998, 3. Aufl., S. 51f, Artikel: „Buchenwald“. Kogon schätzt die Gesamtzahl der Toten des KZ Buchenwald auf 55.000 in siebeneinhalb Jahren einschließlich der exekutierten Lagerinsassen, der in andere Lager überstellten Häftlinge und derjenigen, die während der Todestransporte umkamen. Vgl. Kogon, S. 173. Vgl. Sofsky, S. 57; 331, Anmerkung 37. Die hier angegebene Totenzahl von 56.545 berücksichtigt die 8.500 exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die Opfer der Todesmärsche und der Todestransporte.

¹⁷ Vgl. Artur Sachs: Lebenserinnerungen, S. 15-17; Bedürftig, S. 338, Artikel: „Theresienstadt“

waren von der Gestapo hingerichtet worden. Es wurden nicht nur deutsche Juden nach Theresienstadt verschleppt, sondern vor allem tschechische Juden. Beispielsweise führten tschechisch-jüdische Waisenkinder aus Prag zwischen September 1943 bis September 1944 mindestens einmal pro Woche die Kinderoper „Brundibár“ auf. Es wurden auch niederländische, dänische und ungarische Juden in dieses Durchgangslager verschleppt. Am 24.8.1943 erreichte ein Transport mit 1.196 polnisch-jüdischen Kindern aus Bialystok mit 53 Ärzten und Krankenschwestern Theresienstadt. Diese Kinder wurden in besonderen Baracken untergebracht und lebten isoliert vom übrigen Lager. Die Kinder waren „furchtbar ängstlich und mißtrauisch“, denn die SS hatte ihre Eltern vor ihren Augen ermordet. Mit Transport Dn/a wurden sie am 5.10.1943 nach Auschwitz deportiert, wo sie am 17.10.1943 (Yom Kippur) vergast wurden.¹⁸

Rabbiner Leo Baeck versuchte, diese von der SS bewusst gesetzten Bedingungen mit den Worten zu umschreiben: „Mit einem Minimum der Möglichkeit gesund zu bleiben, wurde dort ein Maximum an Erkrankungsmöglichkeiten verbunden; der Daseinsraum wurde durch den Sterbensraum ersetzt.“¹⁹ Die Zahl der aus dem Lager Theresienstadt nach Polen in die Vernichtungslager Deportierten soll 87.000 betragen haben. Die Zahl derjenigen Menschen, die im Lager überlebten und schließlich von der Roten Armee befreit wurden, wird auf ca. 17.000 geschätzt.²⁰

Alfred Ehrlich (*16.8.1909 in Preußisch Oldendorf) wurde mit seiner Frau und 999 weiteren deutschen Juden am 15. 12.1941 von Hannover-Ahlem in einem verschlossenen Zug nach der lettischen Hauptstadt Riga transportiert.²¹ Erst nach 40 Stunden machte der Zug halt, und erst jetzt wurde den Juden die Erlaubnis gegeben, ihren längst verbrauchten Trinkwasservorrat aufzufüllen. Am Abend des 19. Dezember erreichte der Zug einen Rangierbahnhof in einem Vorort von Riga. Das deutsche Begleitkommando wurde von einer lettischen SS-Wache abgelöst. Die Heizung im Zug war abgestellt worden, obwohl draußen strenger Frost herrschte, und die Juden mussten die Nacht frierend im Zug verbringen. Am nächsten Morgen mussten alle Deportierten vor dem SS-Obersturmführer Krause antreten, der im Kasernenhofton herumschrie und sich von den jüdischen Wagenordnern, unter ihnen Alfred Ehrlich, den Schmuck, das Geld und die Uhren der Deportierten einsammeln und in seinen Wagen legen ließ. Dann mussten die

¹⁸ Vgl. Raveh, Karla: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo. Lemgo 1987, 3. Aufl., S. 59; Greenfield, Hanna: Die Überlebende als Forscherin, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, Bd. 18, Heft 3 (1989), S. 177-186; Hilberg, Bd. 2, S. 540f. Zur Entstehung und Aufführung der Kinderoper „Brundibár“ von Hans Krásar siehe: Kuna, Milan: Musik an der Grenze des Lebens. Musikerinnen und Musiker aus böhmischen Ländern in NS-Konzentrationslagern. Frankfurt a.M. 1998, 2. Aufl., S. 205-214. Zu den Funktionen von Theresienstadt als Schleuse, Propagandaobjekt und Vernichtungslager siehe: Kárný, Miroslav: Theresienstadt und Auschwitz, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 3, (1988), S. 9-26

¹⁹ Geleitwort zu Adler, Hans Günther: Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie. Tübingen 1960, 2. Aufl.

²⁰ Vgl. Gedenkbuch (1986), Bd. 2, S. 1274, 1772f, Artikel: „Theresienstadt“; nach Bedürftig, S. 338, wurden 30.000 Überlebende von der Roten Armee befreit, da er diejenigen KZ-Insassen mitzählt, die nach ihrer weiteren Verschleppung auch andere Konzentrationslager überlebten. Das Neue Lexikon des Judentums (1992), S. 251, gibt die Zahl von 17.000 Überlebenden des KZ Theresienstadt an.

²¹ Vgl. Kruglov, S. 1088; im Überlebensbericht von Alfred Ehrlich wird der 17.12.1941 als Abfahrtstermin genannt.

Juden - angetrieben von den brutalen lettischen SS-Wachen - den ca. 4 km langen Weg ins Ghetto antreten.

Nach drei Tagen gehörte Alfred Ehrlich zu denjenigen ca. 1.000 jungen Leuten unter 40 Jahren, die gezwungen wurden, in dem ca. 20 km südöstlich von Riga gelegenen Ort Salaspils ein Barackenlager aufzubauen. Als sie zu Fuß dort ankamen, existierte nur eine fertige und eine halbfertige Baracke, eine Werkstatt für lettische Arbeiter und einige Räume für den SS-Lagerkommandanten. Alfred Ehrlich traf 200 Juden an, die seit einer Woche an diesem Ort waren. Die 4.000 schon früher hierher verschleppten Juden aus Süddeutschland, von denen ein anderer Überlebensbericht spricht, bleiben in Ehrlichs Bericht unerwähnt. Vielleicht waren sie schon ermordet worden.²² Das Ziel der SS bestand darin, an diesem entlegenen Ort 45 Baracken für russische Kriegsgefangene und lettische Antifaschisten sowie Wachtürme errichten und das Lager mit Stacheldraht umgeben zu lassen. Tatsächlich sollen nach und nach 40 Baracken erbaut worden sein. Zunächst waren die noch unfertigen Baracken, die jeweils ca. 450 Häftlingen Unterkunft bieten sollten und mit vier- bis fünfstöckigen Kojen ausgestattet waren, wasserundicht und nach allen Seiten offen. Die Strohsäcke, auf die sich die Häftlinge legen mussten, waren nass. Die Folge war, dass viele Häftlinge in den Baracken erfroren.

Die Herrschaftsbedingungen unter den deutschen und lettischen SS-Wachmannschaften, die schlechte Ernährung, die katastrophalen hygienischen und medizinischen Bedingungen und der strenge Frost hatten zur Folge, dass von 15.000 Häftlingen, die in diesem Lager zu härtester Zwangsarbeit herangezogen wurden, nur 192 (1,3%) Juden überlebt haben sollen, die am 2.8.1942 ins Ghetto Riga zurückgebracht wurden. Deshalb bezeichnen die drei überlieferten Überlebensberichte das Lager Salaspils zu Recht als „Vernichtungslager“.²³

Margers Vestermanis beschrieb die unterschiedlichen Phasen, Funktionen und Häftlingsgruppen des so genannten Arbeitserziehungslagers (AEL) Salaspils mit den folgenden Worten:

„Das größte Lager in Lettland war das 18 km von Riga entfernt gelegene Salaspils, wohin ein großer Teil der Insassen der 'Ersatzgefängnisse' abgeschoben wurde. Vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin ausdrücklich nur als 'erweitertes Polizeigeängnis' akzeptiert und formal als 'Arbeitserziehungslager' bezeichnet, war es praktisch jedoch ein dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Lettlands unterstelltes Konzentrationslager. Dieser Umstand wurde auch von Himmler anerkannt. Mitte Dezember 1941 wurde mit dem Bau der ersten Lagerbaracken begonnen. In der Anfangsphase (bis Frühjahr 1942) war Salaspils ein Todeslager für männliche 'Reichsjuden', die das Lager aufbauen sollten. Am 30. Dezember 1941 befanden sich dort 1000 Juden aus dem Reich, später gab es nach Schätzungen zufolge bis etwa 5000 Insassen. Bis Mai 1942 wurden fünf Baracken aufgestellt. In vier Baracken waren jeweils bis zu 400 Juden zusammengepfercht, in einer Baracke 200 lettische politische Häftlinge. Hans Baermann, der am 2. August 1942 aus Salaspils ins Rigaer Ghetto überführt wurde, gab an, daß insgesamt 192 jüdische Männer das schreckliche Mordregime und die unmenschlichen Zustände hatten überleben können. Der größte Teil dieser Männer war jedoch kaum mehr lebensfähig. Die zweite Phase in der Entwicklung des Lagers Salaspils begann mit dem 7. Mai 1942, als dort die ersten lettischen Häftlinge untergebracht wurden, denen am 18. Mai die nächste Gruppe von 200 Häftlingen folgte. Im Laufe des Jahres stieg die Zahl auf 1000 Häftlinge, die sich dann noch einmal um ein Mehrfaches vergrößerte, als Salaspils im Sommer 1943 ein Durchgangslager für verhaftete 'partisanenverdächtige' Familien aus Letgallen und Weißrussland, aber auch aus den Gebieten Leningrad, Pskow, Nowgorod, Welikije-Luki und Kalinin wurde. Kinder bis fünf Jahre wurden den Eltern entrissen und in einer eigenen Baracke untergebracht, wo mehrere hundert eines elenden Todes starben. Ab 1943 wurde in Salaspils auch der Strafvollzug für fahnenflüchtige lettische Militärs durchgeführt. Die Höchstzahl der in Salaspils Inhaftierten soll 25 000 erreicht haben, die in 45 Baracken untergebracht waren. Salaspils besaß verschiedene Nebenlager: im Steinbruch der Zementfabrik in Sauriesi, in der Torffabrik Salaspils und auf dem

²² Vgl. Kogon, S. 243

²³ Vgl. Lebenserinnerungen von Artur Sachs, S. 11; Überlebensbericht von Alfred Ehrlich, S. 6; Bericht von Hans Baermann, in: Kogon, S. 243f.

Flugplatz Spilve in Riga. Kommandant des Lagers (gleichzeitig auch Kommandant des Ghettos Riga) war SS-Obersturmführer Kurt Krause. Das Lager bestand bis Ende Sommer 1944, als die Häftlinge in das Konzentrationslager Stutthof verschleppt wurden. Die Lagerbaracken wurden am 29. September 1944 von den SS-Leuten der Lagerführung vernichtet.^{23b}

Alfred Ehrlich wurde einem Arbeitskommando zugeteilt, dass in drei Kolonnen Bäume aus der Düna heraufziehen, zu einem Sägewerk befördern und Bretter schneiden, sortieren und stapeln musste. Andere Arbeitskolonnen mussten das Abfallholz wegbefördern und sortieren. Als Vorarbeiter hatte die deutsche SS 20 lettische Sträflinge in Zebra- und mehrere lettische Zivilarbeiter aus der Umgebung eingesetzt, die das Recht hatten, die jüdischen Zwangsarbeiter willkürlich mit Fußtritten und Knüppelschlägen zu behandeln. Das Sägewerk wurde von 4-6

^{23b} Margers Vestermanis: Die nationalsozialistischen Haftstätten und Todeslager im okkupierten Lettland 1941-1945, in: Ulrich Herbert; Karin Orth; Christoph Dieckmann (Hgg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur. Bd. I. Göttingen 1998, S. 472-492, hier: 478f. Russische Kinder wurden im April 1943 von ihren Müttern getrennt. Es wurde den Kindern Blut für Wehrmachtsoldaten abgenommen. Viele Kinder wurden ermordet. Heute erinnert auf dem Gelände der Gedenkstätte Salaspils in einem mit Plüschtieren überhäufter Gedenkstein an der Stelle der ehemaligen Kinderbaracken ein immerwährend schlagendes Metronom, das das Schlagen des Herzens symbolisiert, an die Leiden der russischen Kinder. Im Lager Salaspils wurden russische Mädchen im Alter von 18-25 Jahren für deutsche Wehrmachtsbordelle selektiert. Alte und schwache Häftlinge wurden dauernd ermordet. Vgl. Zeugenaussage der Frau Marija Grigorjewna Brinkmann im öffentlichen Militärgerichts-Prozess gegen Jeckeln u.a. in Riga vom 26. Januar bis 3. Februar 1946 (zit. nach dem Protokollauszug bei den Akten der StA Hamburg zum Verfahren 141 Js 534/60 gegen Maywald u.a.) in: Helmut Krausnick; Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des SD. Stuttgart 1981, S. 502-504. Vgl. ebenso: Zeugenaussage des ehemaligen Häftlings Janis Janowitsch Paulinsch im gleichen Verfahren (ebenfalls zit. nach dem Protokollauszug bei den Akten der StA Hamburg zum Verfahren gegen Maywald u.a.), publiziert in: Helmut Krausnick; Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des SD. Stuttgart 1981, S. 504f. Weitere Literatur zu den katastrophalen Verhältnissen im Lager Salaspils: Alfred Gottwaldt; Diana Schulle: Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005, S. 115f.; Andrew Ezergailis: The Holocaust in Latvia 1941-1944. The Missing Center. Riga 1996, S. 365f.; The Holocaust in the Soviet Union : studies and sources on the destruction of the Jews in the Nazi-occupied territories of the USSR, 1941 - 1945 / ed. by Lucjan Dobroszycki and Jeffrey S. Gurock . - Armonk, NY [u.a.] : Sharpe , 1993, S. 187; Leni Yahil: The Holocaust. New York und Oxford 1990, S. 303; Josef Katz: Erinnerungen eines Überlebenden. Kiel 1988; Augenzeugenbericht des Siegfried Weinberg (Automechaniker aus Münster i.W.), verfasst für die Sonderkommission des lettischen Volkskommissariats des Innern am 9.11.1944, publiziert in Auszügen in: Helmut Krausnick; Hans-Heinrich Wilhelm: Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatztruppen der Sicherheitspolizei und des SD. Stuttgart 1981, S. 589-591 (IfZ, Fb 101/17); Bernhard Press: Judenmord in Lettland 1941-1945. Berlin (Metropol-Verlag) 1992, 2. Aufl., S. 118f. Bernhard Press überlebte den Holocaust in Lettland, da er und sein Vater von Prof. Krūmiņš u. seiner Familie drei Jahre lang versteckt wurden. Eidesstattliche Erklärung des ehem. Häftlings Alfred Winter in Nürnberg vom 15.10.1947, (NO-5448), WL, zitiert in: Gerhard Schoenberger: Zeugen sagen aus. Berichte und Dokumente über die Judenverfolgung im „Dritten Reich“. Berlin 1998, S. 305f. Max Kaufmann: Churn Lettland. Die Vernichtung der Juden Lettlands. Hgg. v. Erhard Roy Wiehn. Konstanz 1999. Mit einem Preface von Howard L. Adelson. Nachdruck der Ausgabe von München 1947, S. 103, 109, 139, 424. Franziska Jahn, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 9. München 2009, S. 548-558; Andrej Angerick; Peter Klein: Die 'Endlösung' in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941-1944. Darmstadt 2006, Kap. 10. Deutsche Juden bauen Salaspils: Dezember 1941 bis August 1942, S. 259-270. DOCUMENT № 1. Medicolegal report on atrocities committed by the Nazi German occupants in the vicinity of Riga, of December 12, 1944. (State Archive of Russian Federation, fund 7021, list 93, file 21, page(s) 15-18, original, typescript), in: Latvia under the Nazi Yoke. Selection of archival documents. Übersetzt von: Vladimir Panov, Evgenia Vyunitskaya. Ohne Ort u. Jahr. Die Opferzahlen dieses von der Gestapo/Sipo sog. Arbeitserziehungslagers Salaspils (Oktober 1941-Oktober 1944) werden von den Historikern je nach politischer Interessenlage völlig unterschiedlich beurteilt. Während Angerick/Klein (2006) behaupten, das Lager sei von 12.000 Häftlingen „durchlaufen“ worden und neben den jüdischen seien 2-3.000 nichtjüdische Häftlinge dort zugrundegegangen, referiert Gräfe (2010), dass „im KZ-Komplex Salaspils [...] zwischen Oktober 1941 und Oktober 1944 87.000 Menschen ermordet“ wurden. Vgl. Karl Heinz Gräfe: Vom Donnergkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation. Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Beiheft 6. Berlin 2010, S. 289. Hinsichtlich der Strafverfolgung der Hauptkriegsverbrecher der SS/SD der Einsatzgruppe A und des Einsatzkommandos 2 durch deutsche, sowjetische, israelische Stellen siehe: Andrej Angerick; Peter Klein: Die

lettischen SS-Leuten bewacht, die die Misshandlungen der Vorarbeiter nicht nur duldeten, sondern auch förderten. Bei dem strengen Frost, dem äußerst schlechten Mittagessen (z.B. in verseuchtem Wasser gekochte, angefaulte Kartoffeln oder rote Beete; Rhabarberblätter; verfrorene Steckrüben), den schlechten sanitären Verhältnissen und der harten Arbeit war ein Überleben für die jüdischen Sklavenarbeiter nur möglich, wenn es ihnen gelang, mit den lettischen Sträflingen, Zivilarbeitern oder selbst mit den SS-Leuten zusätzliche Lebensmittel zu tauschen. Doch diese Tauschaktionen waren gefährlich, denn sie waren offiziell bei Todesstrafe verboten. Angesichts des großen Machtunterschieds zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen im Sägewerk, mussten die Mitglieder der schwächsten Gruppe, die jüdischen Sklavenarbeiter, im schlimmsten Fall mit ihrer Denunziation rechnen. Im günstigsten Fall erhielten sie einen inadäquaten Gegenwert für das von ihnen angebotene Tauschobjekt. Neben ihren eigenen Kleidungsstücken tauschten die Häftlinge auch mit denjenigen Kleidungsstücken, die neben der Kleiderbaracke zu Bergen aufgetürmt lagen und von den Judentransporten stammten, die gleich nach ihrer Ankunft in Riga ermordet worden waren. Dies hatte die SS zwar streng verboten, doch die jüdische Lagerpolizei, die diese Kleidungsstücke zu bewachen hatte, drückte manchmal ein Auge zu. Die jüdischen Häftlinge standen vor der Alternative, entweder zu verhungern oder sich zusätzliche Nahrungsmittel zu „organisieren“, d.h. auf illegale Weise zu beschaffen. Da die Gesetze und Anordnungen der SS als unmenschlich zu bezeichnen sind, war es für die jüdischen Häftlinge ein Gebot der Notwendigkeit, sie so gut wie möglich zu umgehen.

Die jüdischen Sklavenarbeiter, die sich zu Fuß zu dem ca. 2 km vom Barackenlager entfernten Sägewerk durch den hohen Schnee schleppen mussten, wurden morgens um 5.30 Uhr geweckt. Zum Frühstück gab es nur Ersatzkaffee. Um 6.30 Uhr begann der Zählappell, der sich in der eisigen Kälte eine Stunde lang hinziehen konnte. Denn viele Zwangsarbeiter wurden krank, verstarben oder wurden von der SS ermordet. Um 7.30 Uhr begann der Abmarsch der hungernden und frierenden jüdischen Zwangsarbeiter. Die Arbeit zog sich bis 17.00 Uhr hin, danach folgte die Nachtschicht anderer Arbeitskolonnen.

Die jüdischen Häftlinge in einem Lager wie Salaspils lebten in einer andauernden Extremsituation. Einerseits waren sie der mörderischen Willkürherrschaft der deutschen und lettischen SS-Wachmannschaften, der lettischen Vorarbeiter und der Lagerpolizei ausgesetzt, andererseits wurde ihre Gesundheit durch Seuchen bedroht. „Chronische Unterernährung und Vitaminmangel setzten die Infektabwehr herab, körperliche Strapazen und seelische Extrembelastungen erhöhten die Disposition radikal.“²⁴ Nach Alfred Ehrlich litten Anfang 1942 von den 400 in seiner Baracke untergebrachten Häftlingen 70-80 (17,5-20%) an Typhus, an einer durch verseuchtes Wasser oder verseuchte Nahrungsmittel übertragenen Darminfektionskrankheit. Diese führte aufgrund der nicht

'Endlösung' in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941-1944. Darmstadt 2006. Kapitel 20: Der Neubeginn und die Suche nach Gerechtigkeit, S. 447ff.

²⁴ Sofsky, S. 240

zur Verfügung gestellten Medikamente und Nahrungsmittel bei 95% der Infizierten zum Tode. Die Symptome dieser Krankheit sind u.a. hohes Fieber, Durchfall, Schwindelanfälle, Bewusstseinstörungen.

Nachdem auch Alfred Ehrlich durch das Typhusbakterium infiziert worden war, überlebte er diese Krankheit vermutlich nur aus dem Grunde, weil sein Bruder, sein Schwager und ein befreundeter Sanitäter sich darum bemühten, ihm so gut zu helfen, wie es ihnen unter den gegebenen Umständen möglich war. Da die Häftlinge keine Gelegenheit erhielten, sich zu waschen, rieb Siegfried Ehrlich den Kopf und die Hände seines Bruders mit Schnee ab. Siegfried versetzte seinen eigenen Wintermantel und den seines Bruders für Weißbrot und Butter, Nahrungsmittel, die Alfred jedoch nicht mehr aufnehmen konnte. Wegen der Ansteckungsgefahr musste er seine Baracke verlassen und wurde unter die sterbenden Häftlinge ins Lagerrevier gelegt. Typhusinfizierte mit 40 Grad Fieber wurden vom Lagerarzt krank geschrieben, während infizierte Häftlinge mit 39 Grad Fieber oder mit erfrorenen Gliedmaßen auf Befehl des Lagerkommandanten gezwungen wurden, zur Arbeit zu gehen.

Alfreds Glaube an einen liebenden, menschenfreundlichen Gott, der ihm seine Gesundheit schenken und seiner schwangeren Frau bei der bevorstehenden Geburt ihres Kindes beistehen mochte, half ihm, den Höhepunkt seiner schweren Infektionskrankheit seelisch zu überstehen. Alfreds Freund, der Sanitäter, brachte ihm heißen Tee und Kaffee ins Revier. Da Alfred die Atmosphäre im Revier unerträglich fand, trug ihn der Sanitäter zurück in seine Barackenkoje. Alfreds Schwager, der in der Küche der lettischen SS am Sägewerk arbeitete, war in der Lage, ihn mit Milchreis zu versorgen. Als Alfred nach 14 Tagen so weit wieder gesundet war, dass er seine Koje verlassen konnte, verlangte der Barackenälteste von ihm, die Arbeit am Sägewerk wieder aufzunehmen. Seine Freunde schleppten ihn dorthin. Glücklicherweise gab es einen mitleidigen lettischen Sträfling, der Alfred Ehrlich einige Tage in seine Bretterbude nahm, wo er einen Ofen zu versorgen hatte.

In Salaspils verstorbene und ermordete jüdische Häftlinge wurden durch Neuankömmlinge aus dem Ghetto Riga ersetzt. Anfang Mai 1942 überbrachte ein Freund Alfred Ehrlich die Grüße seiner Frau, einige belegte Brotscheiben und die Nachricht, dass seine Frau am 16.4.1942 einem kleinen Jungen namens Gideon das Leben geschenkt habe.

Am 20.5.1942 wurden für die Errichtung eines SS-Sportplatzes 50 Häftlinge aus Salaspils abgezogen. Unter ihnen war der Schwager von Alfred Ehrlich, der dafür sorgte, dass Alfred sein Nachfolger in der Küche der lettischen SS-Wache für das Arbeitskommando im Sägewerk wurde. Durch diesen Posten war das Problem Hunger für Alfred und seinen Bruder gelöst. Zusammen mit

einem Kollegen bestand Alfreds Dienst darin, für die SS-Leute zu kochen, zu putzen, zu waschen und zu bügeln. Lebensmittel für die SS-Leute wurden bei den umliegenden Bauern gegen Kleidungsstücke eingetauscht, die die SS-Leute den jüdischen Häftlingen beim Einmarsch ins Sägewerk abgenommen hatten. Diese parasitäre Lebensweise der SS kostete vielen Häftlingen das Leben, da die normalen Essensrationen unzureichend waren. Seine eigenen Essensmarken konnte Alfred seinem Bruder, der Zwangsarbeit im Sägewerk leistete, bringen, so dass er doppelte Portionen erhielt. Nach Arbeitsschluss um 21.00 Uhr ging Alfred Ehrlich allein, ohne Bewachung ins Lager Salaspils zurück, oft mit einem Beutel voll Kartoffeln von den lettischen Bauern, bei denen sich die SS-Leute einquartiert hatten.

Mitte August 1942 waren die Aufbauarbeiten des Lagers Salaspils beendet. Mehrere Baracken waren mit politischen lettischen Häftlingen belegt. Kranke und schwache jüdische Häftlinge hatte die SS schon im Juli im Wald nach Riga ermordet. Alfred Ehrlich gehörte zu den nach seiner Erinnerung ca. 300 überlebenden jüdischen Häftlingen, die zu Fuß und auf zwei Lastwagen ins Ghetto Riga zurückgeführt wurden. An seinem Geburtstag, dem 16.8.1942, wurde Alfred Ehrlich mit seiner Frau und seinem Kind vorläufig wiedervereint.

Das so genannte Reichsjudenghetto war zu dieser Zeit mit ca. 8.000 deutschen, österreichischen und tschechischen Juden belegt, das Kleine Ghetto mit ca. 6.000 lettischen Juden. Das größere Ghetto war in Gruppen unterteilt, die nach den Städten benannt wurden, woher die Transporte gekommen waren. Es gab die Gruppen Berlin, Bielefeld, Hamburg, Hannover, Kassel, Köln, Prag und Wien. Das höchste politische Gremium war der jüdische Ältestenrat. Der Arbeitseinsatz zählte und registrierte die ca. 120 jüdischen Arbeitskommandos, die in einer Stärke von 1-150 Mann jeden Morgen zu ihren Arbeitsstellen aus dem Ghetto herausgeführt wurden. Der Verpflegungsleiter der Zentralverpflegung leitete die Zuteilung der nicht ausreichenden Lebensmittel an die verschiedenen Gruppen. Außerdem gab es noch Lazarette, Kleiderkammern und Handwerkerbetriebe innerhalb des Ghettos. Der Lagerkommandant, SS-Obersturmführer Krause, hatte 100 Ghettopolizisten, so genannte OD-Leute (Ordnungsdienstleute), 65 für das große und 35 für das kleine Ghetto einsetzen lassen, deren Aufgabe darin bestand, die von der SS gesetzten Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Innerhalb des großen Ghettos gab es einen einzigen deutschen Polizisten, der verhindern sollte, dass die lettischen SS-Posten, die das mit Stacheldraht abgegrenzte Ghetto von außen bewachten, die Juden im Ghetto überfielen und Diebstähle und Vergewaltigungen begingen. Massenmorde an den ankommenden deportierten Juden, Raub und Vergewaltigungen an den Juden in den beiden Ghettos waren die Verbrechen, die auf Initiative des Lagerkommandanten Krause bzw. des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD, Dr. jur. Rudolf Lange, Leiter des Einsatzkommandos 2, ausgeübt wurden.

Zunächst musste Alfred Ehrlich zwei Monate bei der Organisation Todt in einer großen Autoreparaturwerkstätte arbeiten. Dann wurde er mit 34 weiteren jungen Leuten, die zuvor in

Salaspils gewesen waren, auf Befehl des Ghettokommandanten von dem Chef des jüdischen Ordnungsdienstes als OD-Mann eingewiesen. Am nächsten Tag wurden die 35 lettisch-jüdischen OD-Leute, die zuvor im Kleinen Ghetto ihren Dienst versehen hatten, von 12 SS-Leuten mit Maschinengewehren auf einem freien Platz erschossen, weil ihnen vorgeworfen wurde, einen Aufstand geplant zu haben. Außerdem selektierte der Lagerkommandant persönlich 300 lettische Juden, die auf Lastwagen abtransportiert und ermordet wurden. Tatsächlich wurden von der SS, die Foltermethoden anwendete, zwei Verstecke mit einigen Maschinengewehren, Munition, Sendegeräten und Proviant ausfindig gemacht. Doch nach Alfred Ehrlich waren die gefundenen Waffen „lächerlich“ gering im Verhältnis zu dem Arsenal, das der SS zur Verfügung stand.

Die deutsch-jüdischen OD-Leute mussten nun den Dienst der ermordeten lettischen OD-Leute im lettischen Ghetto ausüben. Zu den Aufgaben der OD-Leute gehörte das Abzählen der ausrückenden lettischen Arbeitskommandos, die Bedienung der Schlagbäume, das Kontrollieren von ins Ghetto zurückkehrenden Arbeitskommandos nach Lebensmitteln und Streifengänge. Angeblich sollen die abgenommenen Kartoffeln, Brot, Eier und Fette den Kranken im Krankenhaus zugute gekommen sein.

Doch während der Räumung des gesamten Ghettos seit Anfang November 1943 zeigte die SS wieder ihr bekanntes Gesicht. Ca. 2.000 Alte, Kranke und Frauen mit Kindern unter 10 Jahren wurden vom Ghettokommandanten und seinem Gefolge ausgesondert, auf Lastwagen verladen und im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Unter ihnen waren auch Alfred Ehrlichs Frau Grete und sein Sohn Gideon. Ukrainische SS-Leute durchkämmten das Ghetto auf der Suche nach Menschen, die sich versteckt hatten. Die übrige Ghettobevölkerung wurde in die Konzentrationslager Kaiserwald, Lenta, Stutthof und Libau überführt.

Als Nächstes musste Alfred Ehrlich mit ca. 60 Mithäftlingen im Lager Exporthafen in Riga beim Armeebekleidungsamt/Abteilung Fußbekleidung Zwangsarbeit leisten. Ihre Unterkunft war eine dreistöckige Fabrik der IG Farben in der Nähe von Riga. Die Fahrt mit dem Schiff zum Lagerhaus dauerte ca. 3/4 Stunde. Die tägliche Arbeitszeit betrug häufig 18 Stunden. Die Häftlinge tauschten mit den lettischen Zivilarbeitern eines benachbarten Kühlhauses Stiefel gegen Butter, um ihre kargen Essenszuteilungen zu ergänzen. Der wachhabende Wehrmachtsposten, der für sich selbst Butter und Schnaps organisierte, drückte ein Auge zu. Beim Näherrücken der russischen Front wurde Alfred mit seinen Mithäftlingen im Oktober 1944 per Schiff zum lettischen Hafen Libau transportiert. Kaum in Libau angekommen gab es einen Fliegerangriff. Alfred musste bei der Beförderung von Flakmunition helfen. Mit 15 Häftlingen wurde Alfred dem Arbeitskommando „Baptistenkirche“ zugeteilt. Es handelte sich um eine zu einem Lager umfunktionierte Kirche, die wiederum vom Armeebekleidungsamt verwaltet wurde. Die Zwangsarbeit war erneut hart und bestand im Transport schwerer Kisten und dem Be- und Entladen von Eisenbahnwagons und

Schiffen. Wenn ein kriegsbeschädigtes Schiff drohte, im Hafen von Libau mit Wasser vollzulaufen, dann musste Tag und Nacht die Ladung gelöscht werden. Unter den Bedingungen plötzlicher Fliegerangriffe war diese Zwangsarbeit besonders zermürend und gefährlich, zumal im Hafen viele Schiffe mit Munition lagen.

Im Januar 1945 wurde Alfred Ehrlich mit 60 männlichen und 60 weiblichen Häftlingen per Schiff nach Hamburg gebracht. Das Schiff transportierte Autos und Kartuschen, auf denen die Häftlinge sitzen bzw. schlafen mussten. Die Fahrt dauerte zwei Tage und zwei Nächte. In Hamburg wurden die jüdischen Häftlinge in die Strafanstalt Fuhlsbüttel eingewiesen.²⁵ Hier wurden sie gezwungen, wieder gestreifte Sträflingskleidung anzuziehen, die sie während ihres letzten Arbeitseinsatzes in Libau durch Zivilkleidung ersetzt hatten. Die männlichen Gefangenen wurden in einem Gemeinschaftssaal untergebracht.

Die erste Zwangsarbeit bestand darin, Eisenbahnwagons, die mit Kisten voller Patronenhülsen beladen waren, zu entladen, dann Rollwagen, die ca. 100 Kisten trugen, zu beladen und den Rollwagen ca. 2 km vom Güterbahnhof unter Begleitung einer Wachmannschaft zum Gefängnis Fuhlsbüttel zu ziehen. Diese Prozedur musste 2-3mal täglich bewältigt werden. Die nächste Zwangsarbeit fand unter der sadistischen Bewachung von 100 flämischen SS-Leuten statt, die in einer Schule vor den Toren Hamburgs einquartiert waren. Hier mussten die jüdischen Zwangsarbeiter Kartoffeln und Steckrüben schälen. Wenn es den SS-Leuten gefiel, musste ein Häftling einen ca. 40 kg schweren Sack voller Kartoffelschalen und Gemüsereste schultern und damit auf dem Sportplatz herumlaufen. Dabei wurde er mit den höhnischen Bemerkungen und Fußtritten der SS-Leute traktiert. Alfred Ehrlich und ein Kamerad wurden von dem Lehrer der geschlossenen Schule zur Bearbeitung seines Gartens angefordert, obwohl es Ende Februar, Anfang März in dem Garten eigentlich nichts zu tun gab. Der Lehrer wollte offensichtlich zwei Häftlingen etwas Gutes tun und versorgte sie verstohlen mit Brotstücken.

Im März 1945 wurde Alfred Ehrlich mit 14 weiteren Kameraden in einem Kraftfahrzeug mit Holzvergaser ins Konzentrationslager Bergen-Belsen verbracht. Die jüdischen Häftlinge hatten zunächst schwere Bedenken, in ein solches Transportmittel einzusteigen. Denn sie hatten den Verdacht, dass sie in einem Gaswagen ermordet werden sollten. Schließlich hatten sie in Riga schon solche Gaswagen gesehen, mit denen die dort angekommenen deportierten Juden ab November 1942 massenweise ermordet worden waren.²⁶ Doch einige Autoschlosser unter den jüdischen Häftlingen konnten diese Bedenken zerstreuen.

²⁵ Vgl. Puvogel, Ulrike; Stankowski, Martin; Graf, Ursula: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. I. Bonn 1995, 2. Aufl., S. 240-242, Artikel: „Gedenkstätte Konzentrationslager Hamburg-Fuhlsbüttel“

²⁶ Vgl. Kogon, S. 245; Hilberg, Bd. 2, S. 349f

Nach Einweisung in eine Baracke des Blocks 1 wollten sich die Häftlinge im Waschraum waschen. Kaum hatten sie damit begonnen, kam ein so genannter Kapo (vermutliche Abkürzung für „Kameradschaftspolizei“)²⁷ und verbot den Neuankömmlingen die Toilette. Als Julius Dannenberg als Sprecher der Gruppe mit lauter Stimme das Recht auf Körperpflege einzufordern beabsichtigte, nahm ein brutaler Kapo einen Schemel und erschlug ihn. Zwei hinzukommende Kapos beteiligten sich an diesem Mord. Die übrigen Kameraden suchten sich einen Platz in der Nachbarbaracke, in der ca. 200 Häftlinge untergebracht waren.

Die Sklavenarbeit für Alfred Ehrlich und seine Kameraden bestand zunächst darin, Eisenbahnwagons, die mit roter Beete, Kartoffeln oder Steckrüben beladen waren, zu entladen. Das Positive an dieser Arbeit bestand darin, dass sich die jüdischen Häftlinge mit zusätzlichen Lebensmitteln versorgen konnten. Ein anderes Mal musste eine Frauenleiche ins Lager zurücktransportiert werden. Diese Frau in Zebrakleidung hatte einen Fluchtversuch unternommen und war von der SS erschossen worden.

Anfang April wurde eines Abends die verlockende Nachricht von der Lagerleitung verbreitet, ein Transportzug mit Brot sei am Güterbahnhof angekommen, den es gelte auszuladen. Alfred Ehrlich mit zunächst 30 weiteren Häftlingen sowie 20 Kapos wurden mit Lastwagen zum Güterbahnhof gebracht. Dort stand ein Transport mit ca. 30 Wagons. Die Türen wurden von der Wachmannschaft dieses Transports und den Kapos aus dem KZ Bergen-Belsen aufgestoßen. Zum Vorschein kamen Hunderte von verhungerten, bis zum Skelett abgemagerte Menschen, auch Leichen. Offenbar waren die Menschen schon tagelang ohne Verpflegung in dem Zug eingeschlossen gewesen. Unter dem Geschrei der Kapos, die sich mit dicken Knüppeln bewaffnet hatten, mussten die Häftlinge die toten, halbtoten oder noch lebenden Muselmänner²⁸, lebende Leichen, aus den Wagons ziehen und sie auf die bereitstehenden Lastwagen legen oder werfen. Transporthäftlinge, die sich noch auf ihren Beinen halten konnten, wurden von den Kapos erschlagen. Diese Arbeit musste bis Tagesanbruch beendet werden. Ein weiteres Arbeitskommando hatte die Spuren dieses Todestransports zu beseitigen. Offensichtlich versuchte das SS-System bis zuletzt, das Ausmaß des Massenmords zu verheimlichen.

In dem Maße, wie das KZ Bergen-Belsen (1943-45), das als Austauschlager geplant worden war, als Auffanglager für die im Osten aufgelösten Konzentrationslager genutzt wurde, verschlechterten sich die Lebensverhältnisse der in diesem Konzentrationslager gefangengehaltenen Menschen von Tag zu Tag. Die katastrophale Überbelegung, die völlig unzureichende Ernährung, die nichtvorhandenen sanitären Anlagen verursachten Hunger und Seuchen wie Typhus und Fleckfieber. „Zwischen Anfang Januar und Mitte April 1945 sind hier etwa 35 000 Menschen ums

²⁷ Vgl. Shelley, Lore (Hg.): The Union Kommando in Auschwitz. The Auschwitz Munition Factory through the Eyes of its former Slave Laborers. Studies in the Shoah. Vol. XIII. Lanham. New York. London 1996, Glossary, S. 333

²⁸ Vgl. ebd., S. 335

Leben gekommen."²⁹ Viele Gefangenen erreichten bald den Zustand von Muselmännern, von Menschen, deren göttlicher Funken am Erlöschen war, von extrem ausgehungerten Menschen, die so schwach waren, dass sie nur noch dahinvegetieren konnten.³⁰

Alfred Ehrlich wurde mit vier Kameraden zur Arbeit in einem Beerdigungskommando gezwungen. Ihre Aufgabe bestand darin, die Leichen aus den Baracken zu ziehen, zu entkleiden und in dem Barackenhof aufzustapeln. Ein anderes Kommando transportierte die Leichen dann auf einem Pferdewagen zum Krematorium. An einem anderen Tag musste Alfred mit seinen Kameraden die Leichen im Frauenlager auf einen Pferdewagen werfen und zum Massengrab bringen. Aus Mangel an Brennmaterial konnte die große Zahl der Leichen nicht mehr verbrannt werden. Stattdessen wurden sie in Massengräber geworfen. Als Leichenschlepper schafften es die physisch und psychisch erschöpften jüdischen Zwangsarbeiter, maximal 4 Leichen unter dem Schreien der brutalen Kapos zu den 1,5 km entfernten Massengräbern zu ziehen. Da die Kräfte der Häftlinge nicht ausreichten, die Leichen mit Schwung in die Mitte eines Massengrabes zu werfen, wurde Alfred Ehrlich von einem Kapo gezwungen, in das Massengrab hinabzusteigen, um die Leichen vom Rand des Grabes in die Mitte zu ziehen. Dieses war erneut eine vom NS-System aufgezwungene Extremsituation, in der Alfred den nahen Tod vor Augen hatte. Wäre er gestürzt, hätte er sich nicht mehr aus eigener Kraft befreien können. Da dies nicht eintrat, musste er so lange im Massengrab verbleiben, bis es bis zur Erdoberfläche aufgefüllt war. Der Lageralltag in den Tagen vor der Befreiung war geprägt vom Leichenschleppen und der Suche nach Trinkwasser. Die SS-Lagerleitung hatte die allgemeine Wasserversorgung abgestellt. Alfred war froh, als er es geschafft hatte, seinen Behälter mit dem verschmutzten Wasser eines Feuerlöschteiches aufzufüllen, obwohl dieser Teich von Kapos umstellt war, die verhindern sollten, dass die Häftlinge in ihrer Not dieses Wasser tranken. Der Hunger unter den Häftlingen des KZ Bergen-Belsen war so groß, dass Fälle von Kannibalismus vorkamen.

An den Tag der Befreiung durch englische Truppen am 15.4.1945 erinnerte sich Alfred Ehrlich mit folgenden Worten:

„Die Engländer hatten das Lager eingenommen und die noch lebenden Menschen von den Qualen befreit. Ich hielt mich in dieser Zeit in meiner Koje auf, niedergekauert. Mehr tot als lebendig, wurde ich gewahr, dass die Engländer da wären. Ich glaube heute sagen zu können, dass es mir damals gar nicht so recht zum Bewußtsein gekommen war, im Augenblick dieser für alle Überlebende so freudigen Überraschung, dieses zu verstehen. Ist es doch noch in meiner Erinnerung, wie einige die einmarschierenden englischen Soldaten mit Rufen und Winken diese begrüßten. Als erstes wurden Wasserleitungen wieder angestellt, wir konnten trinken, uns waschen und erfrischen, welches man uns einige Tage nicht erlaubt hatte. Es wurden Kekse, Konserven mit Erbsen und Fleisch verteilt. So etwas hatten wir ja jahrelang nicht bekommen. Wenn tausende inhaftiert gewesene Häftlinge plötzlich frei werden und sich hiervon noch einige kräftig fühlen, so kann man auch verstehen, wie diese Menschen darauf gewartet haben und sich auch gewünscht haben, die Stunde der Rache noch erleben zu dürfen. Einige hatten die Kapos zusammengetrieben, das Blatt hatte sich jetzt gewendet, die Kapos wurden von den Engländern festgenommen und mußten die nicht schöne Arbeit, die Beseitigung der vielen Leichen, machen. Einige dieser Kapos waren aber von noch etwas kräftigeren ehemaligen Häftlingen zusammengeschlagen worden. Die meisten dieser verhungerten Menschen stürmten jetzt die Lebensmittelmagazine, auch eine Baracke mit Textilien: Unterwäsche, Strümpfe, Kernseife etc. Der ganze Warenbestand dieser Baracke wurde aus dieser herausgeholt und Berge von diesen Sachen lagen jetzt vor der Baracke. Ich hatte mir ein großes Paket mit grauen Soldatenstrümpfen und ein Paket Kernseife genommen und dann sogleich in meiner Koje versteckt.“³¹

²⁹ Puvogel et al., Bd. I, S. 384

³⁰ Vgl. Sofsky, S. 229-236

³¹ StdtA Pr. Oldendorf, Ehrlich, Alfred: 12 nazistische Schreckensjahre. Typoskript. Begonnen 1948/49, S. 32f

Die Baracken wurden von Leichen geleert und abgebrannt. Die befreiten Häftlinge wurden von polnischen Rot-Kreuz-Schwestern entlastet und in die benachbarten Wehrmachts-hospitäler überwiesen. Alfred Ehrlich war zu einem Skelett abgemagert und freute sich, endlich in einem sauber bezogenen Bett liegen zu dürfen. Doch auch in diesem Hospital gab es unterschiedliche Klassen von Rekonvaleszenten. Als deutscher Jude erhielt Alfred von der Verteilerstelle keine Nahrungsmittelpakete, die das schwedische Rote Kreuz für ehemalige Häftlinge gespendet hatte.

„Ich reklamierte, aber es hatte keinen Erfolg, es war deprimierend für mich, vielleicht hatte dieser Mensch noch nichts davon gehört, dass es auch deutsche Juden gab, die noch länger u. schwerer gelitten hatten wie seine Landsleute. Durch dieses Unrecht durfte ich mich aber nicht entmutigen lassen, denn mein Wille, meine Heimat und meine Angehörigen in Kürze wiederzusehen, war voller Hoffnung. Hier und da bekam ich dann auch mal ein Stückchen Keks, ein Bonbon oder ein Stückchen Schokolade.“³²

Nach drei Wochen wurde Alfred Ehrlich aus dem Hospital entlassen und suchte sich einen Platz auf dem Dachboden einer überfüllten Kaserne. Als deutschsprechender Jude hatte er große Schwierigkeiten, mit polnischen Juden in Kontakt zu kommen. Denn die NS-Täter hatten ihre Befehle in der deutschen Sprache des Dritten Reichs in die Welt geschrien. Erst als Alfred seinen hebräischen Namen (Avraham Ben Gerschon) aussprach, den er bei seiner Beschneidung erhalten hatte, wirkte dieser Akt wie ein Schibboleth und ermöglichte die Kommunikation mit den polnischen Juden. Jetzt hatte er Kameraden, mit denen er zum Tauschen, Handeln und Hamstern über Land gehen konnte. Doch nach einigen Wochen wurden auch diese polnischen Juden verlegt oder entlassen. Alfred Ehrlich war wieder allein. Von seinen 30 Hamburger Kameraden hatten nur drei das KZ Bergen-Belsen überlebt. Am 22.6.1945 genehmigten der englische Lagerkommandant und der Lagerarzt die Entlassung von Alfred Ehrlich, der den Entschluss gefasst hatte, nach seinem Geburtsort Preußisch Oldendorf zurückzukehren.³³ Alfred Ehrlich entschied sich, in Pr. Oldendorf sein Leben fortzusetzen, obwohl seine Frau und sein Kind, seine Eltern, zwei Schwestern und ein Bruder und viele seiner Verwandten in der Shoa umgekommen waren. Mit einem anderen Überlebenden der Shoa, Helmut Bloch aus Lübbecke, der das Vernichtungslager Auschwitz und das KZ Mittelbau-Dora überlebt hatte, verband ihn eine lebenslange Freundschaft.

Nachdem die jüdische Schule, die Lore Weinberg (*19.2.1924 in Lübbecke) in Berlin besuchte, im Mai 1941 geschlossen worden war, wurde sie mit anderen jüdischen Frauen ins Lager Kersdorf (Kreis Lebus) nach Mark Brandenburg verbracht, wo sie 2 Jahre lang zur Arbeit in der Landwirtschaft und in einer Fabrik gezwungen wurde. Das Zwangsarbeitslager Kersdorf bestand von 1940-43 für Juden mit 70 Gefangenen, einschließlich 40 Frauen.³⁴ Dorothee Harre aus Gehlenbeck (*1912), die als Haushaltshilfe bei dem jüdischen Lehrer Max Lazarus und dem

³² Ebd., S. 35

³³ Vgl. ebd., S. 36f. Obwohl Alfred Ehrlich alle Familienangehörigen verloren hatte und der einzige Überlebende der jüdischen Gemeinde Preußisch Oldendorf war, wanderte er nicht aus. Wie Helmut Bloch aus Lübbecke verheiratete er sich mit einer evangelischen Frau und wurde nach seinem Tod am 29.3.1984 auf dem evangelischen Friedhof in Preußisch Oldendorf beigesetzt. Die Beisetzungsfestlichkeiten gestalteten Pfarrer Heuer und Vorbeter Ahnefeld. Mitteilungen von Walter Heinemann und Pfarrer Hans-Joachim Karrasch

³⁴ Vgl. Weinmann (Hg.): NS-Lagersystem, S. 634, Eintrag: „Kersdorf“

Textilgeschäft M.B. Weinberg beschäftigt gewesen war, schickte Lore Weinberg Briefe ins Lager Kersdorf und Pakete nach Auschwitz.³⁵ Dr. Lore Shelley, geb. Weinberg, bestätigte, dass sie in Kersdorf Post von Frau Harre erhalten habe:

„Im Lager Kersdorf erhielt ich noch Post von Frau Harre, allerdings nicht mehr unter meinem Namen. Frau Harre hatte Angst, einen Brief an eine ‚Weinberg‘ zu schicken. (Ich war in der ganzen Gegend als ‚Weinbergs Lore‘ bekannt.) Sie sandte Post an meine Freundin, deren Namen sich nicht so jüdisch anhörte. Diese Freundin starb sehr schnell in Auschwitz und ich wagte nicht, unter meinem eigenen Namen an Frau Harre zu schreiben.“³⁶

Meta Schöneberg, geb. Weinberg (*7.11.1889 in Werther), letzte Jüdin in Lübbecke, zog am 23.3.1942 nach Köln. Dort arbeitete sie als Krankenschwester im Israelitischen Asyl für Kranke und Altersschwache, Ottostraße 85. Sie wurde am 15.1.1943 in einem Transport mit ca. 1.000 Personen von Köln über Berlin nach Auschwitz II (Birkenau) verschleppt und dort am 9.2.1943 vergast. Ihrer Tochter, Lore Weinberg, gelang es, vom Zwangsarbeitslager Kersdorf nach Köln zu reisen, wo sie gehofft hatte, ihre Mutter auf dem Transport begleiten zu dürfen. Doch das wurde ihr nicht gestattet.³⁷

Lore Weinberg wurde am 19.4.1943 mit dem 37. Osttransport nach Auschwitz verschleppt, der dort am ersten Pessah Feiertag des Jahres 5703 (20.4.1943) ankam.³⁸ Das RSHA suchte häufig absichtlich Deportationstermine aus, die auf jüdische Feiertage oder den Geburtstag Hitlers fielen. Die deutschen Faschisten hatten eine Vorliebe dafür, ihre Plünderungen jüdischen Eigentums, Verschleppungen und Ermordungen von Juden an jüdischen Feiertagen zu begehen. Nach der Selektion an der Rampe wurden die als arbeitsfähig klassifizierten jüdischen Frauen in einem Block untergebracht. Während das RSHA bzw. die politische Abteilung als ihre lokale Filiale beabsichtigte, aus politisch-ideologischen Gründen möglichst viele Juden zu ermorden, war das Wirtschafts-verwaltungshauptamt (WVHA) bestrebt, möglichst viele billige Arbeitsfähige für Bau- und Rüstungszwecke auszuwählen und rücksichtslos auszubeuten.³⁹ Zunächst musste Lore Weinberg in einem Außenkommando arbeiten. Später wurde sie gezwungen, die Kleidungsstücke der vergasteten Juden zu sortieren. Dieser Ort wurde von den polnischen Häftlingen „Kanada“ genannt, weil sie glaubten, dass dieses Land von unvorstellbar großem Reichtum sei.⁴⁰

Sehr schnell erlernte Lore Weinberg im Frauenlager Birkenau drei Überlebenstechniken. Erstens sprach sie ihre Tätowierungsnummer beim Essenfassen auf Slowakisch aus, weil die slowakisch-

³⁵ Mitteilung von Christa Lindemann

³⁶ Brief von Dr. Lore Shelley vom 17.1.1993

³⁷ Vgl. Shelley, Lore (Hg.): Schreiberinnen des Todes. Lebenserinnerungen internierter Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mußten. Bielefeld 1992, S. 116; Mitteilung des Historischen Archivs (NS-Dokumentationszentrum) Köln vom 2.12.1992; vgl. Rogmann, Gabriele (Bearb.); Matzerath, Horst (Red.): Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln. Gedenkbuch. Redaktion NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Köln. Weimar. Wien 1995, S. 543; Zassenhaus (1988), S. 106

³⁸ Mitteilung Landesarchiv Berlin vom 18.1.1993; vgl. Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1971, Bd. 1, S. 121; Shelley (1992), S. 116

³⁹ Vgl. Shelley (1992), S. 116; Sofsky, S. 291ff

⁴⁰ Vgl. Langbein, Hermann: der Auschwitz-Prozeß: eine Dokumentation. Frankfurt a.M. 1995 (Nachdruck 1965), Bd. 2, S. 1008

jüdischen Frauen die ersten im Frauenlager waren und alle Schlüsselpositionen innehatten. Zweitens schlief sie auf ihren Holzpantinen, weil diese unbewacht gestohlen wurden. Häftlinge ohne Pantinen verstießen aber gegen die Kleiderordnung und hatten Schläge des Kapos zu erwarten. Drittens meidete Lore Weinberg die grausamsten Häftlinge, die die an Ruhr erkrankten, ausgemergelten Häftlinge so lange schlugen, bis sie in die riesige Latrine fielen.⁴¹

Die Überlebensfähigkeit von Lore Weinberg in dem Vernichtungslager, in das Häftlinge aus mindestens achtzehn Nationen verschleppt worden waren, basierte auf drei Faktoren: 1. sie beherrschte die deutsche Sprache; 2. sie verfügte über Kenntnisse im Maschine schreiben; 3. sie war jung.⁴²

Von Juni 1943 bis zur Evakuierung von Auschwitz arbeitete Lore Weinberg in der Politischen Abteilung II, Unterabteilung Standesamt. Diese Verwaltungsabteilung als Vertreterin des RSHA entschied unabhängig über das Schicksal der Häftlinge und war nur zur Unterrichtung des Kommandanten verpflichtet. Die Funktionen der Abteilung II waren folgende:

„Führen der Kartei und Personaldossiers aller Häftlinge, Briefverkehr mit den verschiedenen für die Häftlingsverschickung nach Auschwitz verantwortlichen Gestapo- und Kripostellen, Empfang von Häftlingstransporten, Aufrechterhaltung der Lagersicherheit, Bekämpfung jeglicher Widerstandsbewegung unter den Gefangenen, Verhör von Häftlingen, Führen des Zivilregisters und Verwaltung der Krematorien.“⁴³

Zunächst bearbeitete Lore Weinberg in der Totenabteilung im Kommandanturgebäude (Auschwitz I) die Personalbögen der durch Gas ermordeten oder durch die weiteren unmenschlichen Bedingungen zugrundegegangenen Häftlinge. Später musste sie in der Schreibstube neben dem alten Krematorium I täglich Listen ermordeter Juden an das RSHA, an die Gestapo und die Kripo schreiben; wiederum später stereotype Kondolenzbriefe an die Angehörigen nichtjüdischer Ermordeter wie politische Gefangene, Kriminelle, Prostituierte, Homosexuelle, Jehovas Zeugen (Bibelforscher). Außerdem wurde sie gezwungen, die Sterbeurkunden für Partisanen und Nichthäftlinge, die im Männerlager standrechtlich erschossen worden waren, zu schreiben; manchmal auch Vernehmungsprotokolle, die Sturmman Kaufmann auf grausame Weise im Männerlager durchführte. Zudem musste Lore Weinberg für auswärtige Gestapobeamte schreiben, die meist aus den umliegenden Orten nach Auschwitz kamen, um Häftlinge zu vernehmen.⁴⁴ Um in dieser Hölle ihre Gefühle der Verzweiflung und der Hoffnung auszudrücken, schrieb Lore

⁴¹ Vgl. Shelley (1992), S. 117; Sofsky, S. 178-190

⁴² Vgl. Shelley, Lore (Hg.): Criminal Experiments on Human beings in Auschwitz and War Research Laboratories. Twenty Women Prisoners' Accounts. San Francisco 1991, S. 21f. Dr. Shelley untersuchte 1981 die Haltungen von jüdischen Überlebenden der Shoah. 73,8% hielten es für „Zufall“, „Glück“, „Schicksal“ oder ein „Wunder“, dass sie überlebten. 49,5% führten ihr Überleben auf ihren religiösen Glauben zurück. 26,8% der antwortenden Befragten sagten, dass Anpassungstechniken für ihr Überleben hilfreich waren. Immerhin 26% behaupteten, dass die Hilfe, die sie von Freunden erhalten hatten, bei ihrem Überleben eine Rolle spielte. Weitere Faktoren, die von den Überlebenden der Shoah genannt wurden, waren ihr Wille zum Überleben, besondere Fähigkeiten, ihr junges Alter, ihr Überlebenswille für einen besonderen Zweck, ihr Widerstand, der Typ der Arbeit im Konzentrationslager und psychologische Verdrängungsmechanismen („removal“). Vgl. ebd., S. 2f

⁴³ Shelley (1992), S. 25

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 117-119

Weinberg Gedichte und lernte von einer Mitgefangenen so gut die russische Sprache, dass sie Gedichte von Puschkin und Lermontov schätzen lernte.

Nach der Errichtung alliierter Luftstützpunkte in Italien war Auschwitz als Ziel amerikanischer Bomber in Reichweite gekommen. Tatsächlich bombardierten am 20.8.1944, 13.09.1944, 18.12.1944 und am 26.12.1944 hunderte amerikanischer Bomber Auschwitz III (Monowitz) mit dem Ziel, eine Ö raffinerie und ein Gummiwerk auszuschalten. Die Tatsache, dass in der Zeit zwischen Mai und November 1944, als in Auschwitz eine halbe Million Juden ermordet wurden, gezielte Angriffe auf die Gaskammern bzw. auf die Gleise dorthin nicht geflogen wurden, führt Hilberg auf die „unzulängliche Wahrnehmung“ zurück. „Den Juden mangelte es an Wissen, den Alliierten an Motivation.“⁴⁵ Während des Luftangriffs am 13.09.1944, als 96 B-24 Bomber 943 Zweizentnerbomben abwarfen, verfehlten einige Bomben ihr Ziel, trafen den Block im neuen Frauenlager in Auschwitz II (Birkenau), Abschnitt B Ib, wo Lore Weinberg mit ihren Kameradinnen seit 1944 untergebracht war. Eine Kameradin wurde getötet, Lore Weinberg leicht am Knie verwundet. Es wurde zwar im Männerlager verbunden, doch die Wunde heilte schlecht.

Am 18.1.1945 begann für ca. 60.000 überlebende Häftlinge von Auschwitz die Evakuierung des Lagers und die Todesmärsche in Richtung Westen. Wer nicht mehr laufen konnte oder zu fliehen versuchte, wurde erschossen. In Oberschlesien wurde Lore Weinberg mit ihren Kameradinnen in offene Viehwagons geladen und ins Frauen-KZ Ravensbrück, später ins Außenlager Malchow in Mecklenburg transportiert.⁴⁶ Lore Weinberg erkrankte, bekam hohes Fieber, Lungenentzündung, Rippenfellentzündung und wurde ins Lagerhospital eingewiesen. Anfang Mai 1945 mussten die jüdischen Häftlinge weitermarschieren, obwohl die Nationalsozialisten von alliierten Truppen eingekesselt waren. Lore Weinberg brach in der Scheune eines Bauernhofs zusammen und wurde in der Nacht von Soldaten der Roten Armee befreit, die sie in das Schlafzimmer des Bauern legten. Schon am 27.1.1945 hatten Truppen der Roten Armee ca. 7.600 Überlebende von Auschwitz befreit. Die Zahl der in diesem größten NS-Vernichtungslager ermordeten Menschen wird auf 1,5-1,6 Mio. geschätzt.⁴⁷

Es wurde geschätzt, dass unter den 1,6 Mio. Menschen, die in Auschwitz zugrunde gingen, 1.350.000 Juden (84,4%) waren. Es wurden schätzungsweise 1.345.000 Menschen in Auschwitz vergast, darunter 1.323.000 Juden (98,4%). 255.000 Menschen wurden durch Hunger, Krankheit,

⁴⁵ Vgl. Hilberg, Bd. 3, S. 1204-1209, hier: S. 1209; Bauer, Yehuda: A History of the Holocaust. New York. London. Toronto. Sydney 1982, S. 321. Zur Bedeutung der jüdischen Sklavenarbeiter für die deutsche Industrie in Auschwitz-Monowitz siehe: Roth, Karl Heinz: I.G. Auschwitz. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. 4. Jg, Juli 1989, Heft 4, S. 11-28

⁴⁶ Vgl. Shelley (1992), S. 122f; Shelley (1996), Appendix D, S. 318; Weinmann (Hg.), NS-Lagersystem, S. 263, Eintrag: „Malchow“; S. 264, Eintrag: „Ravensbrück“; S. 577, Eintrag: „Ravensbrück“. Schoeps (Hg.): Neues Lexikon, S. 383, Artikel: „Ravensbrück“. Hiernach wurden insgesamt 90.000 Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück ermordet.

⁴⁷ Vgl. Bedürftig, S. 24-26, Artikel: „Auschwitz“; Sofsky gibt die Zahl von 1,1 Millionen Opfer für alle Teillager inklusive des Vernichtungslagers Auschwitz an. Vgl. Sofsky, S. 331, Anmerkung 37

Zwangsarbeit, Folter, Erschießungen, Erhängungen, Phenolinjektionen und pseudomedizinische Experimente getötet.⁴⁸

Tabelle 83: **Mindestzahl der deportierten Juden, „Mischlinge“ und Überlebenden der Shoah aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. (1941-45)a**

Herkunft	Zahl der Deportierten	Überlebende	
		absolut	in %
Lübbecke	24	4	16,7
Pr. Oldendorf	10	1	10,0
Levern	23	0	0
Rahden	29	11	37,9
Amt Halle i.W.	14	0	0
Borgholzhausen	6	0	0
Versmold	21	3	14,3
Werther	38	5	13,2
Summe	165	22	13,3

a) Die Zuordnungskriterien sind Geburtsort, Wohnort und verwandtschaftliche Beziehungen
 Quellen: Beckmann (1993, 1994, 1998); Ehrlich (1948/49); Ester-Hartke (1997); Heckert (1996); Hillebrand (1996); Minninger et al. (1985); Gedenkbuch (1986); Gedenkbuch Köln (1995)

Neben Lore Weinberg überlebte auch Helmut Bloch (*11.12.1922 in Lübbecke), der am 2.3.1943 mit dem 4. Transport von Hannover nach Auschwitz verschleppt worden war, die Shoah. Während seine Mutter, Eva Bloch (*1.6.1886), vergast wurde, überstand ihr Sohn die Selektion, weil er als arbeitsfähig angesehen wurde. Zunächst musste Helmut Bloch in einem Außenkommando in Steinbrüchen arbeiten, wo viele Zwangsarbeiter zu Tode gequält wurden. Später musste er in einer SS-Gärtnerei Gemüse und Blumen ziehen.⁴⁹ Die SS-Mörder brauchten Blumen z.B., um ihr Julfest zu feiern. Manche SS-Leute mochten am 21. Dezember ein Wintersonnenwendfest mit Julfest begangen haben.⁵⁰ Nach Ende des Krieges soll Helmut Bloch öfters gesagt haben, dass Zwiebeln sein Leben gerettet hätten. Auf dem Todesmarsch nach der Evakuierung von Auschwitz erhielt Helmut Bloch von einem SS-Mann einen Schlag mit dem Gewehrkolben auf eines seiner Ohren, das daraufhin taub wurde. Helmut Bloch wurde ins KZ Mittelbau-Dora verschleppt, wo am 9.4.1945 die zurückgebliebenen, schwerkranken Häftlinge von amerikanischen Truppen befreit wurden. Nachdem am 17./18.8.1943 die Raketenversuchsanstalt in Peenemünde durch alliierte Bombenangriffe zumindest teilweise zerstört worden war, wurde die Produktion von Raketenwaffen in vorhandene Tunnel der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft am Harz verlegt. Der Aufbau unterirdischer Fabriken in einem aufgelassenen Salzbergwerk zur Produktion so genannter V 1- und V 2-Raketen wurde am 27.8.1943 von dem Außenkommando Dora des KZ Buchenwald begonnen. Die zu dieser Arbeit gezwungenen insgesamt 50.000-60.000 Häftlinge wurden nach und nach auch aus anderen Konzentrationslagern ins Lager mit der

⁴⁸ Vgl. Shelley (1991), S. 1f

⁴⁹ Mitteilungen von Hilde Bloch vom 17.11.1992; von Cornelia Vogt vom 2.12.1992; StdtA Hannover vom 30.11.1992; vgl. StADt, M I I P Nr. 1442

⁵⁰ Vgl. Bedürftig, S. 108f, Artikel: „Feiern“

Tarnbezeichnung „Mittelbau“ in der Nähe von Nordhausen in Thüringen geführt. Die Häftlinge waren Angehörige von mindestens 29 Nationen. Aufgrund der mörderischen Arbeitsbedingungen, Unterernährung und Epidemien sollen bis zum 3.4.1945 10.000 Häftlinge, nach einer anderen Quelle mindestens 20.000 Häftlinge zugrunde gegangen sein. Jüdische Häftlinge kamen im Mai 1944 aus Ungarn und später aus den evakuierten Konzentrationslagern Auschwitz und Groß-Rosen. Bei Auflösung des KZ Mittelbau Anfang April 1945 wurden die meisten Häftlinge ins KZ Bergen-Belsen transportiert.⁵¹

Der dritte Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz aus dem Untersuchungsgebiet, Hugo Spiegel (*28.06.1905 in Versmold), war mit seiner Frau, seiner Tochter und seinem Sohn 1939 von Warendorf nach Belgien geflohen. Um die Grenze nach Belgien passieren zu können, mussten SS-Leute mit einer hohen Geldsumme bestochen werden. Hugo Spiegel war mit seiner Frau Ruth Regina Weinberg schon 1930 nach Warendorf gezogen. Möglicherweise hatte ihn der NSDAP-Kreisbauernführer in Milte mit Waffengewalt und unter Androhung von KZ-Haft zur Aufgabe seines Berufes als Viehhändler gezwungen. Seine Frau Ruth konnte in Brüssel untertauchen. Eine jüdische Hilfsorganisation (Les enfants cachés) vermittelte seinen Sohn Paul (*31.12.1937) an eine katholisch-wallonische Bauernfamilie, und er konnte so den Krieg überleben. Seine Tochter Rosa wurde bei einer Razzia in Brüssel aufgegriffen. Sie wurde zunächst ins Durchgangslager Malines verbracht, von dort mit dem XIV. Transport nach Auschwitz deportiert und zwischen dem 9. und 13. November 1942 ermordet. Hugo Spiegel wurde zunächst im französischen Lager Gurs interniert, von dort ins Konzentrationslager Buchenwald und im Herbst 1942 nach Auschwitz verschleppt. Dieses Lager überlebte er aus dem Grund, weil ihn ein Oberscharführer aus Coesfeld zur Küchenarbeit abkommandiert haben soll. Im Januar 1945 begann ein dreiwöchiger Todesmarsch nach dem KZ Dachau, das er im Februar erreichte. Bei seiner Befreiung soll Hugo Spiegel nur noch 40 kg Körpergewicht gehabt haben, die Hälfte seines früheren Gewichts. Die Überlebenden des KZ Dachau wurden am 29.4.1945 einerseits von amerikanischen Soldaten des 3. Batallions des 157th Infantry Regiments der 45th Infantry Division befreit. Soldaten dieses Batallions entdeckten im Bereich des Lagers einen Zug bestehend aus 40 Wagons, die 2.000 Leichen enthielten. Nur 17 Überlebende dieses vermutlich letzten Evakuierungstransports aus Buchenwald konnten gerettet werden. Das Lager selbst wurde von amerikanischen Soldaten der 42nd Rainbow Division befreit.⁵²

Im Auftrage der Agudah und des Verbandes orthodoxer Rabbiner in den USA wurden durch Vermittlung des schweizerischen Alt-Bundespräsidenten Jean-Marie Musy und Himmlers Leibarzt

⁵¹ Vgl. Gedenkbuch (1986), Bd. 2, S. 1769, Artikel: „Mittelbau-Dora“; Simpson, Christopher: Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA. Wien 1988, S. 46

⁵² Vgl. Paul Spiegel: Wieder zu Hause? Erinnerungen. München 2001, S. 79f; Brief von Paul Spiegel vom 18.2.2000 an Verfasser; Rede von Paul Spiegel vom 2.11.1998 in Versmold; vgl. Allgemeine Jüdische Wochenzeitung Nr. 19 vom 13.9.2001; StdtA Versmold, Texte zur Ausstellung „50 Jahre Pogromnacht in Versmold“; Distel, Barbara: Der 29.4.1945. Die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau, in: Dachauer Hefte, Heft 1: Die Befreiung. München 1993, S. 9-10; Sofsky, S. 12

Felix Kersten am 5.2.1945 ein Personenzug mit „hocheleganten Pullmanwaggonen“ bereitgestellt, der 1.200 Juden aus dem Durchgangslager Theresienstadt in die demokratische Schweiz beförderte. Verständlicherweise waren die Häftlinge von Theresienstadt gegenüber dem von der SS gemachten Angebot zunächst sehr skeptisch eingestellt. Schließlich waren in der Zeit vom 28.9.-28.10.1944 noch 18.400 Menschen in elf Transporten nach dem Osten (Auschwitz) verschleppt worden. Diejenigen Juden, die sich um die Mitnahme in dem Transport nach der Schweiz bewarben, durften „keine Intellektuellen“ oder „Persönlichkeiten von Rang“ sein und keine Angehörigen haben, die nach dem Osten transportiert worden waren.⁵³ Das Ehepaar Max und Margarete Rosenberg (früher Lübbecke) und vermutlich auch Julius Frank (früher Rahden) gehörten zu denjenigen Juden, die die Gelegenheit wahrnahmen, mit diesem Zug das KZ Theresienstadt endlich verlassen zu können.⁵⁴ Die übrigen Überlebenden des KZ Theresienstadt aus dem Untersuchungsgebiet waren Alfred Frank mit seiner zum Judentum übergetretenen Ehefrau Sophie („Mischehepartner“) und ihre Kinder, die der NS-Staat als „Geltungsjuden“ einstufte. Noch am 13.02.1945 wurden die Eltern mit ihren Kindern Elfriede, Siegfried, Käthe, Adele und Walter von Bielefeld aus zu einem als Arbeitseinsatz getarnten Transport nach Theresienstadt gezwungen.

Auch Hermann Vogel (*27.03.1876 in Rahden), der von Bremen am 23.07.1942 nach Theresienstadt verschleppt worden war, überlebte dieses Konzentrationslager.⁵⁵

Am 19.9.1944 wurden von der Stapo Bielefeld ca. 180 so genannte „Mischlinge“ und „Mischehepartner“ aus dem Stapobezirk Bielefeld festgenommen, unter Polizeibewachung nach Bielefeld überführt und der Gestapo in der Sammelstelle, dem Saal der Gaststätte „Eintracht“ am Klosterplatz, ausgeliefert.⁵⁶ Die Behörden und die Stapo waren darüber informiert worden, dass Personen im Alter zwischen 14-70 Jahren für Arbeitseinsätze mobilisiert werden sollten. Von dieser Aktion waren auch Wilhelm (*31.10.1909 in Isingdorf-Arrode) und Edith Marx (* 04.12.1912 in Isingdorf-Arrode), die Kinder des vor seiner Heirat im Jahr 1908 zum evangelischen Glauben konvertierten Arztes Dr. med. Hugo Marx aus Werther, betroffen. Die Anordnung der Gestapo in Bielefeld, dass die Geschwister Marx am 19.09.1944 morgens um 5.00 Uhr festgenommen und nach Bielefeld transportiert werden sollten, wurde der Ortspolizeibehörde Werther am Vortag durch einen Boten gegen 21.00 Uhr überbracht. Ein Versuch, die Geschwister untertauchen zu lassen, scheiterte, weil der Freund von Wilhelm Marx Angst bekam.⁵⁷ Da die Verhafteten nicht über das Ziel des Transports aufgeklärt wurden und ihnen lediglich mitgeteilt wurde, dass sie ein paar Kleidungsstücke für einen Arbeitseinsatz mitnehmen sollten, waren die meisten verzweifelt,

⁵³ Vgl. Adler (1960), S. 199f; Barkai/Mendes-Flohr/Lowenstein (1997), S. 359

⁵⁴ Vgl. Zassenhaus, S. 104; Ester-Hartke, S. 78

⁵⁵ Vgl. StADt, M1 I P Nr. 1442; Ester-Hartke, S. 77-80

⁵⁶ Vgl. Meynert (1988), S. 262-272

⁵⁷ Vgl. StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

niedergeschlagen und hegten die schlimmsten Befürchtungen. In der Sammelstelle kam es sogar zu Selbstmorden: so groß war der seelische Druck, den der Gestapo-Staat auf jeden einzelnen Menschen ausübte. Die männlichen Deportierten wurden schließlich per Bahn nach Thüringen verbracht, wo sie der Organisation Todt⁵⁸ als Zwangsarbeiter überstellt wurden. 40 junge Leute kamen im Lager „Erbhof“ auf dem Gelände der Braunkohle-Benzin AG in Tröglitz zum Einsatz. Dieses Lager befand sich in unmittelbarer Nähe zum Lager des Außenkommandos des KZ Buchenwald für jüdische Häftlinge. Tagtäglich nahmen die Zwangsarbeiter des Lagers „Erbhof“ mit Schrecken wahr, dass der SS-Terror gegenüber den ausgemergelten Juden noch viel schlimmer war als die Arbeitsbedingungen in ihrem OT-Lager. Weitere Deportierte aus der Gruppe der so genannte „Mischlinge“, zu der auch Wilhelm Marx gehörte, wurden dem OT-Lager „Oberloquitz“ überstellt. Die Tatsache, dass die OT-Einsatzgruppe Deutschland IV in Weimar erst Mitte November Richtlinien von der OT-Zentrale erhielt, wie die „Mischlinge“ als Zwangsarbeiter zu behandeln waren, zeigte nach Meynert den „improvisierten Charakter“ dieses Zwangsarbeitseinsatzes.⁵⁹ Der Apotheker Wilhelm Marx, der zu Beginn des Krieges als Soldat eingezogen worden, nach dem Frankreichfeldzug aber aufgrund seines Status als „Mischling“ angeblich unehrenhaft entlassen worden war⁶⁰, fungierte im OT-Lager Oberloquitz als stellvertretender Lagerführer. Er bestätigte in einem Brief an den Amtsinspektor Heinrich Ellerbrake in Werther vom 13.10.1944, dass der OT-Führer wegen fehlender Handlungsanweisungen darüber verzweifelte, zu welchen Arbeiten die „Mischlinge“ überhaupt eingesetzt werden sollten. 40% der Zwangsarbeiter waren im Oktober als nicht arbeitsfähig freigestellt. Andererseits wuchs die Zahl derjenigen „Mischlinge“ als Zwangsarbeiter, die aufgrund von Reklamations-anträgen, die von Familienangehörigen bei der Stapostelle in Bielefeld gestellt wurden, zurück zu ihrem Wohnort auf Urlaub geschickt wurden. Je klarer sich die militärische Niederlage des NS-Regimes abzeichnete, desto verhandlungsbereiter wurde die Bielefelder Gestapo hinsichtlich der Beurlaubung der so genannten „Mischlinge“. Auch Wilhelm Marx bat den Amtsinspektor und den NSDAP-Ortsgruppenleiter Otto Eickhoff in Werther schriftlich darum, seine Beurlaubung durch die Gestapo in die Wege zu leiten.

☉berloquitz, Post Marktgrößitz, Kreis Saalfeld/Druidenstein ☉13.10.44

„Sehr geehrter Herr Ellerbrake!

Schon länger hatte ich vor, Ihnen privat einige Zeilen zu schreiben. Einiges werden Sie sicher von jemand gehört haben. Nach einer wenig schönen Fahrt unter Begleitung der Staatspolizei gings nach Zeitz, von da an umstehende Adresse, wo wir der O.T. übergeben wurden. Die Behandlung u. Verpflegung ist gut, wir haben freien Ausgang. Nur die sanitären Verhältnisse sind schlecht. Dazu kommt der ständige seelische Druck, was man einmal mit uns vorhat. Hier sind viele M; ☉Mischlinge ersten Grades, d.h. Personen mit zwei jüdischen Großeltern, die am 15.09.1935 weder der jüdischen Religion angehörten noch mit einem Juden verheiratet waren.⁶¹☉die schon den ersten Krieg u. den jetzigen mitmachten, teilweise mit Auszeichnungen. Einer ist erst am 1. Sept. 44 von der Ostfront entlassen worden. Viele Mischlinge 1 haben ihre Söhne an der Front. Eine groteske Angelegenheit, die - wie einige hörten - in Berlin viele Proteste ausgelöst haben, worauf ☉man☉diese Aktion abgeblasen hat. Wir sind zu 200, wovon nur ca. 120 arbeitsfähig sind. D.h. die Arbeit scheint in zweiter Linie zu rangieren, das politische Moment scheint ausschlaggebend zu sein. Jedenfalls sind wir Kriegsteilnehmer empört, dass man uns mit den Juden zus. ☉ammen☉steckt, mit teilweise üblen Elementen. Ich bin augenblicklich

⁵⁸ Vgl. Weinmann, NS-Lagersystem, S. LVII-LVIII

⁵⁹ Vgl. Meynert (1988), S. 267

⁶⁰ Mitteilung von Hartwig Witter

⁶¹ Vgl. Hilberg, Bd. 1, S. 168

stellvertretender Lagerführer, habe Verwaltungsarbeiten zu verrichten, viel Ärger mit den Leuten. Die vorgesetzte Dienststelle ist sehr anständig. Ich wollte Ihnen - da ich ja als Lagerführer damit zu tun habe - berichten, dass die Staatspolizei in Bielefeld Bombengeschädigte großzügig beurlaubt, ja sich sogar auf Nachurlaub eingelassen hat. Wichtig ist, dass man bei der Gestapo in Bielefeld vorstellig werden muß, die dann der O.T. Stelle hier Nachricht gibt. Andere sind von ihrer Firma durch die Staatspolizei bis auf Widerruf beurlaubt. Es hat sich gezeigt, dass ein Gesuch bei Gestapo [Hervorhebung im Original, Verf.] auf Beurlaubung der richtige Weg ist. Es hat den Anschein, als ob sie darauf wartet, dass jemand darum nachsucht, jedenfalls in einigen Fällen war es so. Wenn man erst zu Hause ist, besteht immer die Möglichkeit eines Nachurlaubs. Die O.T. Stelle hier hat keinerlei Richtlinien über uns, worüber der O.T. Führer sich täglich die Haare rauft, auf der anderen Seite jeden beurlaubt, wenn die Staatspolizei ihr Einverständnis gibt. Ich hörte, dass man sich in meinem Falle bemüht, mich freizukriegen. Nur dieser Weg ist möglich. Vielleicht sagen Sie es auch Eickhoff NSDAP-Ortsgruppenleiter falls er mit Ihnen darüber sprechen sollte. Ich schrieb ihm auch in dieser Hinsicht. Meine persönlich gelagerten Verhältnisse sind doch derart u. auch meine Stellung zur Partei, dass es in meinem Falle gelingen müßte. Wenn Sie in dieser Richtung etwas tun könnten, so wäre ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet. Betrachten Sie bitte diesen Brief als privaten Gruß. Lassen Sie sich bestens grüßen mit Ihren Angehörigen!⁶²

Amtsinspektor Ellerbrake stellte aufgrund dieser Bitte begründete Entlassungs- bzw. Urlaubsanträge für Wilhelm Marx und für dessen Schwester Edith aus, die vermutlich in das Zwangsarbeitslager Elben verschleppt worden war. Diese Anträge wurden vom Amtsbürgermeister unterschrieben. In dem Entlassungsantrag für Wilhelm Marx wurde ausgeführt, dass er als „erste Kraft“ in der örtlichen Apotheke dringend benötigt werde, da der Apothekenbesitzer seit längerer Zeit zum Heeresdienst eingezogen worden sei, andererseits 1.900 „Bombengeschädigte“, „Evakuierte“ und „Rückgeführte“ versorgt werden müssten. Der Entlassungsantrag für Edith Marx wurde mit der Pflegebedürftigkeit ihrer früheren Erzieherin begründet.

Kriminalobersekretär Wilhelm Pützer⁶³, der als Leiter des Judenreferats der Gestapo in Bielefeld für die Organisation aller Deportationen verantwortlich war, nahm diese Anträge zur weiteren Bearbeitung mit. Vier Wochen später wurden die Geschwister Marx aus den Zwangsarbeitslagern entlassen. Ihre geplante erneute Deportation am 12.2.1945 nach Theresienstadt wurde vermutlich aufgrund der Hilfe derselben lokalen Amtsträger und der Gestapo verhindert.

Das Ehepaar Richard (*02.12.1899 in Kleinendorf) und Else Frank wurde mit seinen Kindern Günther, Hans und Rolf am 18.11.1941 in einem Transport mit insgesamt 908 Personen, darunter 440 Juden aus Bremen, ins Ghetto nach Minsk verschleppt. Nach vier bis fünftägiger Fahrt erreichte der Zug die weißrussische Hauptstadt. Die Juden wurden von lettischen SS-Leuten auf brutale Weise in Empfang genommen. Die Juden mussten zum Ghetto marschieren und dort einen Tag und eine Nacht bei großer Kälte im Freien verbringen. Die 80.000-90.000 jüdischen Einwohner von Minsk waren im Juli 1941 in einem Ghetto eingeschlossen worden. Angehörige der Einsatzgruppe A, Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst hatten am 6. und 20. November 1941 12.000 und 7.000 weißrussische Juden außerhalb der Stadt in Massengräbern erschossen. In anderen Transporten ankommende Juden wurden 17 km von Minsk entfernt in Maly Trostinec in Gaswagen ermordet, ihre Leichen in Massengräbern verscharrt.

Die aus dem Reichsgebiet, aus Wien, Prag und Brünn verschleppten Juden erhielten die Unterkünfte der Ermordeten, die sie zunächst selbst reinigen mussten. Jedem Juden wurde im

⁶² StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

⁶³ Vgl. Meynert (1988), S. 98, 261; StdtA Bielefeld, Handakte Ellerbrake

deutschen Ghetto nur 1,5 qm Wohnraum zugestanden. Die Verpflegung aus der Gemeinschaftsküche war schlecht und unzureichend. Die Juden wurden zur Zwangsarbeit in Kolonnen eingeteilt. Am 28./29.7.1942 erschossen Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst über 10.000 Juden aus beiden Ghettos. 4-5.000 Juden wurden teils innerhalb des deutschen Ghettos ermordet, teils mit Lastwagen zu Massengräbern gefahren und dort erschossen. In diesem Massenmord kam auch Günther Frank ums Leben. Else Frank und vermutlich auch ihr Sohn Rolf wurden in einem Gaswagen ermordet. Bis September 1943 wurden weitere Tausende Juden von Gestapo- und SS-Leuten ermordet. Am 1.9.1943 selektierte die SS aus den noch 1.000 Überlebenden 300 Juden als Rüstungsarbeiter, darunter auch Richard und Hans Frank. Bis zum 15.9.1943 wurden sie als Zwangsarbeiter einem SS-Arbeitslager in Minsk zugeteilt. Beide wurden später nach Polen, zuletzt ins KZ Flossenbürg bei Weiden in der Oberpfalz verschleppt. Dieses Konzentrationslager sollen über 100.000 Häftlinge durchlaufen haben, von denen mindestens 30.000 zugrundegingen. Drei Tage, bevor die Überlebenden dieses Lagers von amerikanischen Soldaten befreit wurden, wurde das KZ

Flossenbürg am 20.04.1945 aufgelöst und die Häftlinge gezwungen, den Todesmarsch in Richtung Dachau zu gehen. Nicht mehr gehfähige Personen wurden am Straßenrand von der SS erschossen. Richard und Hans Frank überlebten, obwohl total erschöpft und ausgemergelt, auch diesen letzten Marsch und wurden von amerikanischen Soldaten befreit.⁶⁴

Die Befreiung der allgemeinen deutschen Bevölkerung von der NS-Gewaltherrschaft im Untersuchungsgebiet gelang im Kreis Halle i.W. amerikanischen Soldaten der Gefechtsverbände R, B und A der 5. Panzerdivision, die zum XIII (US) Armeekorps gehörte. Der Gefechtsverband R unter Colonel Glen H. Anderson erreichte Werther am Ostermontag, dem 02.04.1945, um 13.30 Uhr „fast kampflös“.

Danach setzte dieser Gefechtsverband seinen Vormarsch über Jöllenbeck in Richtung Herford fort, wurde in kleinere Kämpfe mit deutschen Infanteristen verwickelt und sprengte in der Nacht ein Munitionsdepot im Stuckenberg bei Herford. Der Gefechtsverband B unter Colonel John T. Cole wurde am selben Tag in Kämpfe mit wenig kampferfahrenen deutschen Soldaten aus Ausbildungs- und Ersatzverbänden bei der Verteidigung der Pässe im Teutoburger Wald bei Ibbenbüren, Bad Iburg, Bad Rothenfelde, Borgholzhausen und Halle i.W. involviert. Die deutschen Soldaten erlitten aber hohe Verluste und mussten schließlich ihre Stellungen räumen. Einen Tag später, am 03.04.1945, rückte der Gefechtsverband A unter Brigadier General Eugene A. Regnier vom münsterländischen Wolbeck über Halle i.W. und Werther nach Jöllenbeck vor. Wurden schon in diesen Tagen mit der allgemeinen Bevölkerung Hunderte von Kriegsgefangenen aus mindestens vier europäischen Ländern, die im Wachbezirk Halle in 34 Lagern gefangen gehalten wurden und

⁶⁴ Vgl. Ester-Hartke, S. 75-77; Gedenkbuch (1986), Bd. 2, S. 1786, Artikel: „Minsk und Maly Trostinec“; Bedürftig, S. 112f, Artikel: „Flossenbürg“. Zur Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen und der Wehrmacht und zur sozialen Zusammensetzung der Einsatzgruppe A siehe Hilberg, Bd. 2, S. 287-350

Hunderte von Zwangsarbeitern, die im Amt Halle i.W. in mindestens 20 Lagern festgehalten wurden, befreit?⁶⁵

Soldaten der 6. britischen Luftlandedivision unter Major General E.L. Bols, die durch ein Panzerbataillon der 6. Garde-Panzerbrigade verstärkt wurden, befreiten die Kreisstadt Lübbecke am 04.04.1945. Auf die Initiative des am 3. April ernannten Bürgermeisters Gerlach, der sich gegenüber dem NSDAP-Kreisleiter Meiring durchsetzen konnte, ging der Beschluss zurück, die Stadt nicht zu verteidigen. Bürgermeister Gerlach wurde vom britischen Stadtkommandanten am selben Tag in seinem Amt bestätigt, bevor am 11. April Rechtsanwalt Meyrahn von der Militärregierung als Bürgermeister eingesetzt wurde. Amerikanische Soldaten lösten nach einigen Tagen die englische Besatzungsbehörde ab und verhafteten als führende NSDAP-Amtsträger des lokalen Apparats den Landrat, den stellvertretenden Amtsbürgermeister und den Ortsgruppenleiter. Nach Auflösung des Hauptquartiers der westalliierten Streitkräfte unter General Eisenhower Mitte Juni 1945 wurde Lübbecke, neben dem britischen Hauptquartier in Bad Oeynhausen, wie Minden, Bünde und Herford Sitz einer Abteilung der „Control Commission for Germany (British Element)“.⁶⁶

Bevor der Ort Levern am 04.04.1945 kapitulierte, wurden in Gefechten zwischen deutschen und britischen Verbänden 11 deutsche und 6 britische Soldaten getötet. Erfolglos versuchten in der Ortschaft Rahden am selben Tag zwei zurückgelassene und wegen Treibstoffmangels fast bewegungslose „Tiger“-Kampfpanzer der SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ die vorrückenden britischen Panzerverbände aufzuhalten. Einer der Panzer blieb schließlich im Kleinendorfer Bruch liegen, die Besatzung des zweiten suchte ostwärts die Flucht. Am 04.04.1945 übernahmen britische Truppen die Restbestände von Zehntausenden von Granaten, die mit Nervenkampfstoff gefüllt waren, auf dem Gelände der Heeresmunitionsanstalt, auf dem nach dem Krieg die Flüchtlingsstadt Espelkamp entstand. Während die verantwortlichen NS-Strategen keine Skrupel hatten, die europäischen Juden systematisch mit Giftgas ermorden zu lassen, schreckten sie schließlich vermutlich aus dem Grunde davor zurück, diese neu entwickelten, hochgiftigen Nervenkampfstoffe militärisch einsetzen zu lassen, da die Alliierten mit ähnlich wirkenden chemischen Waffen hätten antworten können.⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Kleinebenne, Hermann: „Die Weser-Linie“. Kriegsende 1945. Versuch einer zusammenfassenden Dokumentation der wesentlichen Strukturen. Stolzenau 1998, S. 142, 145, 363f; Heckert (1996): 750 Jahre Halle (Westf.) Stadtgeschichte, S. 64-66

⁶⁶ Vgl. Kleinebenne, S. 165; Hüffmann (1975); S. 101f, 105; Albertin, Lothar: Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948. Paderborn 1998, S. 228f

⁶⁷ Vgl. Kleinebenne, S. 167-175; 388-395. „Bis zum 4. April [1945] sind vier Güterzüge mit Kampfstoffgranaten, darunter fast der gesamte Bestand an Nervenkampfstoff-Granaten, nach Nordenham in Marsch gesetzt worden. Die Munition wurde auf Schiffe eines Geleitzuges verladen und anschließend in der Ostsee vor Langeland versenkt. Ein Restbestand von Kampfstoffgranaten verbleibt in der Muna.“ Ebd., S. 175

Tabelle 84: Orte der Shoa für die verschleppten Juden und „Mischlinge“ aus den Kreisen Lübbecke und Halle i.W. (1941-45)a

Ort	Typ	Zahl der Deportierten	Überlebende	
			absolut	in %
Auschwitz	Vernichtungslager	54	3	5,5
Bergen-Belsen	Konzentrationslager	1	1	100
Buchenwald	Konzentrationslager	1	1	100
Dachau	Konzentrationslager	2	1	50
Dundanga	Durchgangs-, Zwangsarbeitslager	2	2	100
Elben	OT-Zwangsarbeitslager	1	1	100
Flossenbürg	Konzentrationslager	2	2	100
Izbica	Durchgangslager	8	0	0
Libau	Zwangsarbeitslager des Armeebekleidungsamtes	2	2	100
Lodz	Ghetto	2	?	?
Maidanek	Vernichtungslager	1	0	0
Malchow	Außenlager	1	1	100
Mauthausen	Konzentrationslager	1	0	0
Minsk (Maly Trostinec)	Ghetto	20	2	10
Mittelbau-Dora	Konzentrationslager	1	1	100
Oberloquitz	OT-Zwangsarbeitslager	1	1	100
Ravensbrück	Konzentrationslager	1	1	100
Rehmsdorf	Außenlager	1	1	100
Riga	Ghetto	14	4	28,6
Salaspils	Konzentrationslager	4	3	75
Sobibor	Vernichtungslager	10	0	0
Stutthof	Konzentrationslager	2	2	100
Theresienstadt	Konzentrationslager	45	11	24,4
Trawniki	Durchgangs-, Zwangsarbeitslager	1	0	0
Treblinka	Vernichtungslager	6	0	0
Tröglitz	Außenlager	1	1	100
Warschau	Ghetto	14	0	0

a) Typenbezeichnung nach Weinmann (1990) und Meynert (1988). Über 40 Juden wurden in mehrere Lager verschleppt. Quellen: Beckmann (1993, 1994, 1998); Brade/Heckmanns (1990); Ehrlich (1948/49); Ester-Hartke (1997); Heckert (1996); Hillebrand (1996); Minninger et al. (1985); Sachs (1986/87); Weinberg (1974/1998); Gedenkbuch (1986); Gedenkbuch Köln (1995)

Tabelle 85: **Sachor! Gedenke der Opfer der Shoa aus den Landkreisen Lübbecke und Halle i.W.^a**

Lübbecke

Eva Bloch; Regina Grünberg, geb. Rosenberg; Hedwig Hecht, geb. Cohn; Hermann Hecht; Klara Hecht, geb. Meyerstein; Max Hecht; Emilie Heimbach; Ottilie Hurwitz, geb. Schloss; Feodor Hurwitz; Sophie Hurwitz; Rosalie Mansbach; Martha Mergentheim; Margarete Neustädter, geb. Hecht; Bernhard Neustädter; Edith Oppenheim; Albert Rose; Irma Rose; Sophie Rose, geb. Weinberg; Max Schöneberg; Meta Schöneberg, geb. Weinberg; Julius Spiegel; Adele Spiegel

a) Die Zuordnungskriterien sind Geburtsort, Wohnort, Ehepartner und Verwandte
Quellen: Beckmann (1993; 1994); Zassenhaus (1988); Hengst (2013)

Preußisch Oldendorf

Hilde Agnes Bachmann, geb. Cahen; Alma Ehrlich, geb. Fels; Georg Ehrlich; Käthe Ehrlich; Siegfried Ehrlich, Yvonne Hanau; Grete Ehrlich, geb. Cohn; Gideon Ehrlich; Julie Goldstein, geb. Cahen; Luise Frank, geb. Cahen; Leopold Kirchheimer; Louis Stein; Frieda Stein, geb. Rose; Irma Stein, geb. Ehrlich, Werner Stein

Quellen: Alfred Ehrlich (1948/49); Gedenkbuch (1986); Besserer (2014)

Levern

Martha Meyer, geb. Hurwitz, Friedrich Meyer; Hedwig Saul, geb. Hurwitz; Friedrich Saul; Ingeborg Saul; Ruth Saul; Betty Hurwitz, geb. Schachner; Hans Hurwitz; Gerhard Hurwitz; Artur Hurwitz; Grete Hurwitz, geb. Vogel; Hans Hurwitz; Sophie Irma van Zuiden, geb. Hurwitz; Josef van Zuiden; Julius Frank; Erna Kaufmann, geb. Löwenstein; Werner Löwenstein; Ruth Löwenstein; Pauline Rhee

Quelle: Hillebrand (1996)

Rahden

Bernhard Frank; Else Frank; Günther Frank; Rolf Frank; Julius Ginsberg; Clara Ginsberg; Werner Ginsberg; Helmut Ginsberg; Hannelore Ginsberg, Ruth Ginsberg; Johanna Ginsberg; Iwan Ginsberg; Dagobert Haas; Sophie Haas, geb. Benoit; Johanna Horwitz, geb. Ginsberg; Rosa Vogel; Hans Vogel; Werner Vogel

Quelle: Ester-Hartke (1997)

Halle i.W.

Ida Herzberg; Nathan Hurwitz; Alma Hurwitz; Siegmund Hurwitz; Moritz Isenberg; Thekla Isenberg, geb. Herzberg; Klara Isenberg; Clara Schürmann, geb. Goldstein; Meta Goldstein; Herta Goldstein; Moritz Wissbrunn; Mathilde Wissbrunn, geb. Tuteur; Leopold Weinberg

Quellen: Heckert (1996); Minninger (1985)

Borgholzhausen

Johanna Friedheim-Maass; Emma Goldberg, geb. Maass; Julius Hesse; Jenni Hesse, geb. Sieger; Adolf Maass; Käthe Maass, geb. Elsbach; Bertha Maass; Selma Weinberg, geb. Horwitz; Gisela Weinberg

Quellen: Brade, Heckmanns (1990); Gedenkbuch (1986); Minninger (1985); Stolpersteine Hamburg

Versmold

Luise Bergfeld; Simon Blein; Gustav Spiegel; Rosalie Spiegel, geb. Wolf; Rita Spiegel; Marga Spiegel; Else Spiegel; Emmy Wolf, geb. Spiegel; Otto Spiegel; Anni Spiegel; Lina Spiegel, geb. Katz; Nathan Spiegel; Leo Spiegel; Norbert Spiegel; Rosa Spiegel; Julie Steinfeld, geb. Gumprich; Bernhard Steinfeld; Selma Steinfeld; Alma Steinfeld; Erna Meier, geb. Steinfeld

Quellen: Beckmann (1998); Gatzen (1996); Gedenkbuch (1986); Gedenkbuch Köln (1995)

Werther

Alex Alexander; Arnold Alexander; Lucie Frankfurter; Max Goldstein; Simon Goldstein; Paula Grueneberg; Jacob Jacobs; Eva Katzenstein, geb. Weinberg; Leonore Kaufmann; Gerda Lehmann; Hilde Lehmann; Johanna Lehmann, geb. Weinberg; Adele Neugarten, geb. Leven; Siegfried Neuwahl; Robert Pins; Albert Sachs; Max Sachs; Siegmund Sachs; Betty Sachs, geb. Marx; Hannacha Sachs; Egele Sachs; Julius Sachs; Ilse Sachs, geb. Samuel; Rechel Sachs; Inge Schmitz; Erna Schoenfeld, Grete Spanier, geb. Goldstein; Alfred Weinberg; Grete Weinberg, geb. Sternberg; Herbert Weinberg; Walter Weinberg; Dr. Moritz Weinberg; Hilde Weinberg, geb. Eschelbacher; Maria Luise Weinberg

Quellen: Beckmann (1998); Gedenkbuch (1986); Gedenkbuch Köln (1995); Weinberg, Robert A. (1974, 1998)

7.7 Zusammenfassung

Ein wesentliches Merkmal des nationalsozialistischen, totalitären Herrschaftssystems bestand in der Anwendung von Terror, der von den unterschiedlichen NS-Gliederungen und der Gestapo ausgeübt wurde, um politische und religiöse Gegner (z.B. Kommunisten, Sozialdemokraten, katholische Geistliche, evangelische Bekenntnispfarrer) auszuschalten und aufgrund pseudowissenschaftlicher, rassenideologischer Prämissen als angeblich minderwertig definierte Bevölkerungsgruppen systematisch auszugrenzen, zu entrechten, zu verstümmeln, auszuplündern und zu ermorden (z.B. Anstaltsbewohner, Juden, Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene). Die Zwangssterilisierung so genannter Erbkranker, die gesetzliche Freigabe von Abtreibungen aufgrund eugenischer Indikation, der Massenmord an Anstaltsbewohnern wurden vor und im Weltkrieg als sich stufenweise radikalisierte Politik von einem NS-Staat verantwortet, der sich auf pseudowissenschaftliche, rassenideologische Prämissen berief. Das nationalsozialistische ideologische Programm wurde im Schatten des Weltkriegs umso gnadenloser exekutiert, je weniger sich die Opfergruppen rechtlich oder militärisch gegen die mörderischen Angriffen zur Wehr setzen konnten. Nach Hannah Arendt setzte das totalitäre NS-System an die Stelle des auf Naturrecht oder göttlichem Recht basierende positive Recht das „eiserne Band des Terrors“. Dieses hatte die Funktion, die allgemeine Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, sie politisch zu paralisieren und des selbständigen Denkens zu entheben.¹ Das gemeinsame, vernünftige politische Handeln der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen wurde ersetzt durch die terroristische und logische Exekution einer NS-Bewegungsideologie, die auf rassistisch

¹ Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Bd. III. Totale Herrschaft. Frankfurt a.M. 1975, S. 237-264

definierten Prämissen basierte und auf die „eiskalte“ massenhafte Ermordung ganzer Bevölkerungsgruppen, ethnischer und kultureller Gruppen abzielte. Die willige Mittäterschaft des Staatsapparats von der ministeriellen Ebene abwärts und anderer gesellschaftlicher Apparate, Institutionen und Gruppen wie Industrie, Reichsbahn, Reichsbank, die Zivilverwaltungen in den besetzten Gebieten sowie die enge Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht, speziellen Mordkommandos und Polizeibatallionen bei der massenhaften, ideologisch motivierten Ermordung der europäischen Juden zeigte, dass die Exekution der NS-Ideologie keinesfalls ausschließlich nur von den NS-Bewegungsgliederungen getragen wurde. Zweifellos aber lag die hauptsächliche Verantwortung für die Exekution des Massenmords an Juden, Sinti und Roma und sowjetischen Kriegsgefangenen beim RSHA und der Wehrmacht, während die Ausbeutung der Arbeitskraft der KZ-Häftlinge von dem WVHA organisiert wurde.

Die NS-Ideologen und ihre Exekutoren inszenierten ein System des „radikal Bösen“, dessen Dimensionen der Zerstörung und des menschlichen Leidens jenseits der traditionellen sprachlichen Begrifflichkeiten liegen.² Das NS-System setzte mit seinen Machtmitteln der totalitären Propaganda und mit den Repressionsmethoden des Gestapo-Staats einen gezielten Prozess der Dehumanisierung in Gang. Die Verantwortlichen des kalten ideologischen Massenmords, der von den Einsatzgruppen, insbesondere aber in den Vernichtungslagern ausgeführt wurde, sind nicht zu Unrecht als Automaten ohne Mitleid und Reue bezeichnet worden, da sie sich in den NS-Prozessen auf einen angeblichen Befehlsnotstand beriefen. Tatsächlich muss aber lediglich von einem putativen Befehlsnotstand ausgegangen werden. Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen wies zahlreiche Fälle nach, bei denen die Verweigerung, an Massenerschießungen von Zivilisten teilzunehmen, nicht gleichbedeutend mit der Todesstrafe für den Befehlsverweigerer war.³

² Vgl. ebd., S. 236; Mommsen, Hans: Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 385

³ Vgl. Löwenthal, Leo: Individuum und Terror, in: Diner, Dan (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a.M. 1988, S. 18; Lichtenstein, Heiner: NS-Prozesse. Zum Ende eines Kapitels deutscher Justizgeschichte, S. 120; Renz, Ulrich: Zum Schutz der Mörder: NS-Verbrechen waren keine Kriegsverbrechen, S. 133f. Beide Aufsätze erschienen in: Lichtenstein, Heiner; Romberg, Otto (Hg.): Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart. Bonn 1997, 2. Aufl. Als Beispiel dafür, dass verantwortliche SS-Täter vor Gericht leugneten, dass Juden massenhaft mit Gas ermordet worden waren, kann auf den Fall Karl Höcker (geb. 11.12.1911 in Engershausen/Pr. Oldendorf) verwiesen werden. Im Auschwitz-Prozess beantwortete Höcker, der als Adjutant der Vernichtungslager Majdanek und Auschwitz I und im KZ Nordhausen fungiert hatte, die Frage des vorsitzenden Richters, warum er glaube, dass in Auschwitz unschuldige jüdische Frauen, Kinder und Männer getötet wurden, mit dem Satz: „Ja, ich glaube, wegen Gefährdung der Öffentlichkeit“. Im Auschwitz-Prozess wurde Höcker zu einer Gesamtstrafe von 7 Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre verurteilt wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zu gemeinschaftlichem Mord in drei Fällen, wobei angenommen wurde, dass in jedem Fall „mindestens tausend Menschen ermordet wurden.“ Vgl. Langbein, Hermann (Hg.): Der Auschwitz-Prozess. Bd. I. Frankfurt a.M. 1995, S. 214; Bd. II, S. 875f. Am 3.5.1989 wurde Höcker erneut wegen Beihilfe zum Massenmord zu vier Jahren Zuchthaus vom Bielefelder Schwurgericht verurteilt, da er als Adjutant des Vernichtungslagers Majdanek mindestens 8.100 Kilogramm Zyklon-B-Gas abgezeichnet hatte und wissen musste, wozu das Gas verwendet wurde. Vgl. Beckmann (1993), S. 146

Der nationalsozialistische Terror gegen die jüdischen und judenfreundlichen Familien im Untersuchungsgebiet kannte keine ruhigen Phasen. Insbesondere die wirtschaftliche und berufliche Ausgrenzung der jüdischen Bürger, die mit dem Boykott am 1.4.1933 begann, setzte sich in den nachfolgenden Jahren bis zum Reichspogrom kontinuierlich fort. Nur so ist erklärlich, warum sich seit 1934 immer mehr jüdische Geschäftsleute gezwungen sahen, ihre Handelsgeschäfte aufzugeben, in andere Orte abzuwandern und in demokratische Länder zu fliehen. Aber auch mit den anderen Formen des Terrors gegen Juden und ihr Eigentum im Untersuchungsgebiet - dauernde Verleumdungen und Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen, geplanter und ausgeführter Mord, pogromartige Ausschreitungen in Kombination mit Sachbeschädigungen - intendierte der totalitäre NS-Staat, die Juden zu erniedrigen, sie systematisch auszuplündern und sie zur Auswanderung zu bewegen.

Die ausgegrenzten und verfolgten Juden reagierten auf den radikalen NS-Terror, indem sie ihre gegenseitige Hilfe und Solidarität in den Strukturen ihres Vereins- und Verbandswesens organisierten (Centralverein, Frauenverein, Hilfsverein), die schon am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zum Teil in Reaktion auf die Angriffe der so genannten modernen Antisemitenparteien, aufgebaut worden waren. Der Geschäftsführer des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im Landesverband Ostwestfalen versuchte unermüdlich im Rückgriff auf menschenrechtliche und liberale Ordnungsvorstellungen mit seinen schriftlichen und mündlichen Protesten bei der Bezirksregierung gegen die Boykottpolitik der NS-Bewegungsstellen Einspruch einzulegen. Doch das umhegte Feld der Freiheit, das mit Rekurs auf das positive Recht während der Weimarer Republik noch einklagbar war, wurde im totalitären NS-Staat durch den Terror der NS-Bewegung zerstört und der Syndikus selbst Opfer eines Attentats.

Der geistige Widerstand der verfolgten deutschen Juden basierte auf den Geboten und ethischen Grundsätzen der jüdischen Religion und den überlieferten Werten der europäischen Kultur. Auf dieser Basis organisierten sie ihr eigenes Erziehungssystem, in dem die vom NS-System ausgegrenzten jüdischen Schüler in den jüdischen Schulen und Landschulheimen Wärme, Geborgenheit und eine vernünftige Ausbildung erhielten. Doch nicht jede Familie konnte es sich leisten, ihre Kinder in diesen Institutionen ausbilden zu lassen. Einige jüdische Kinder in Rahden waren gezwungen, so lange die öffentliche Elementarschule zu besuchen, bis sie mit ihren Eltern auswandern konnten oder nach dem Reichspogrom vom Besuch allgemeiner Schulen endgültig ausgegrenzt wurden.

Der Aufbau eines eigenen regionalen Kulturbundes mochte einige Jahre lang Erwerbsarbeit für die vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgegrenzten jüdischen Künstler sowie Trost und Zerstreuung für das jüdische Publikum geboten haben, eröffnete aber mittelfristig keine kulturellen

Entfaltungsmöglichkeiten, da er von den NS-Überwachungsbehörden immer repressiver überwacht und kontrolliert wurde. Das Schicksal des jüdischen Kulturbundes in Ostwestfalen war dem des regionalen Bekenntnismilieus ähnlich, da auch Bekenntnispfarrer bei der Ausübung ihres Dienstes überwacht und unterdrückt wurden.

Manchen Juden gelang es, mit Hilfe ihrer im Ausland lebenden Verwandten und internationaler Organisationen (z.B. HICEM; Society of Friends <Quäker>) Bürgschaften als Voraussetzung zur Beantragung eines Visums zu erhalten und so ihre Ausreise nach England, Nord- und Südamerika zu organisieren. Einige wenige junge Leute im Untersuchungsgebiet waren in zionistischen Organisationen vernetzt (Esra, Bachad; Werkleute) und schafften es, im Rahmen der Jugend-Alijah oder mit Hilfe des Palästina-Amtes nach Erez Israel oder mit Unterstützung der Reichsvertretung und des Hilfsvereins noch vor Kriegsbeginn nach Großbritannien auszureisen. Doch diejenigen jüngeren und älteren Juden, die keine hilfsbereiten Verwandten im Ausland hatten, durch die radikale NS-Politik (Reichspogrom) paralysiert worden waren oder über keine Devisen verfügten, blieben zurück. Die Fluchtversuche zweier jüngerer jüdischer Ehepaare nach Holland scheiterten. Selbst diejenigen Juden, die nach Holland auswanderten, waren dort nach der Okkupation durch die Nationalsozialisten keineswegs in Sicherheit. Nur wenigen Juden gelang es, mit Hilfe von bezahlten Schleusern, geheimen Kurieren, freundlichen französischen Grenzposten, die zur Seite schauten, auf abenteuerliche Weise durch das okkupierte Frankreich und Vichy-Frankreich in die neutrale Schweiz zu gelangen.⁴

Zu den charakteristischen Herrschaftsmethoden des Nationalsozialismus gehörte zum einen, dass die demokratischen Parteien, die freien und christlichen Gewerkschaften und die Vereine unterschiedlichen Typs aufgelöst und die Menschen aufgefordert wurden, sich Einheitsorganisationen anzuschließen. Zum anderen intendierte der Nationalsozialismus, so viel Mißtrauen und Furcht unter den Menschen zu verbreiten, dass sie zu solidarischem Handeln aus eigener Initiative nicht mehr in der Lage sein sollten. Der Versuch des Vorstands des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, sich mit dem NS-System zu arrangieren, musste im Juli 1933 scheitern, da eine solche Anpassung der 43jährigen Geschichte dieses Vereins diametral entgegenlief und das NS-System bei der Gleich- und Ausschaltung konkurrierender Parteien und Verbände keine Ausnahme machte. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen einigen verfolgten Juden und Nichtjuden im Untersuchungs-gebiet gelang es jedoch noch nicht einmal dem lokalen NS-System, eine nachbarschaftliche Wüste zu inszenieren. Jedenfalls konnte nachgewiesen werden, dass einige Nichtjuden ihre Freundschaft und Solidarität auf Umwegen, im Dunkeln, auf Bahnhöfen oder über Mittelsleute ausdrückten, indem sie die ausgegrenzten Juden wenigstens auf

⁴ Vgl. StdtA Lübbecke: Interview von Kläre Loescher und Andrea Sundermeier mit Ernst und Gertrud Hurwitz vom 5.9.1986, in: Beckmann (1993), S. 165-177

symbolische Weise ihrer Sympathie versicherten. Sie ließen ihnen Lebensmittel, Kleiderkarten, Medikamente oder Informationen und Warnungen zukommen (z.B. in Lübbecke, Werther, Vermold, Vlotho). Ein Geschäftsmann aus Rahden schickte den ins KZ Buchenwald verschleppten jüdischen Männern Decken. Eine Frau aus Gehlenbeck sandte einer jungen jüdischen Frau Briefe ins Arbeitslager, indem sie die Briefe an eine Mittelsperson adressierte. Nach Kriegsende besuchte sie die jüdische Frau, die das größte Vernichtungslager des SS-Staats, den Todesmarsch und den Krieg überlebt hatte, in einem D.P.-Krankenhaus bei Oldenburg. Dies waren einzelne humanitäre Gesten, die nicht mit einem politisch oder religiös organisierten Widerstand verwechselt werden können.

Pfarrer aus den Kreisen Lübbecke, Halle i.W. und Herford, die sich seit den beiden Bekenntnissynoden der Deutschen Evangelischen Kirche (Mai 1934 in Barmen; Oktober 1934 in Dahlem) auf ihre Ablehnung der Einführung des Führerprinzips und für die Einführung des Bruderrätesystems von unten nach oben als maßgebend für den Aufbau der evangelischen Kirchenstruktur verständigt hatten, leisteten geistigen Widerstand gegen das dehumanisierende NS-System, indem sie Bittgottesdienste für ihre verhafteten Kollegen abhielten, in Kanzelabkündigungen und Predigten die entchristlichenden Zwangsorganisationen kritisierten, den deutschen Gruß ablehnten, gute Worte für die verfolgten Juden fanden und mutig und öffentlich gegen den Massenmord an Insassen von Heil- und Pflegeanstalten protestierten. Während diese Proteste eines Teils der Geistlichen der evangelischen und katholischen Kirchen bewirkten, dass die NS-Machthaber die T-4 Aktion beendeten, den Massenmord an jüdischen und nichtjüdischen KZ-Häftlingen aufgrund pseudowissenschaftlicher Kriterien unter der weiteren Tarnbezeichnung „Sonderbehandlung 14f13“ jedoch fortsetzten, entging den meisten christlichen Geistlichen möglicherweise die Einsicht, dass zwischen dem Massenmord an Patienten in Heil- und Pflegeanstalten im Reichsgebiet und dem Massenmord an den europäischen Juden in den Ghettos und Vernichtungslagern auf dem Gebiet des okkupierten Polen unmittelbare ideologische, personelle und technische Verbindungslinien bestanden. Tatsächlich aber legten auch ganz vereinzelt deutsche evangelische und katholische Geistliche mutig Protest gegen die antijüdische Vernichtungspolitik (Holocaust, Shoa) der Nationalsozialisten bei der Reichsregierung ein oder gedachten der verfolgten und ermordeten Juden in öffentlichen Gottesdiensten.⁵

Der Rabbiner Leo Baeck, ein Überlebender des Konzentrations- und Durchgangslagers Theresienstadt, wurde einmal von dem Rabbiner Nelson Glueck, dem Rektor des Hebrew Union

⁵ Vgl. Schacht; Witteborg (1976), S. 157-163; Rosowski, Martin: Albert Schmidt 1893-1945. Politische Existenz in christlich-sozialer Verantwortung. Die Dokumentation seines Werkes. Bochum 1994; Schmuhl (1992), S. 182-260; 344-354; Denzler, Georg; Fabricius, Volker: Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente. Mit einem Exkurs: „Kirche im Sozialismus“. Frankfurt a.M. 1993, S. 174; Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefeld. Dokumentation einer Ausstellung. Zusammengestellt von der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde. Bielefeld 1986, S. 84f, 124; Klee (1985), S. 333-339

College in Cincinnati, gefragt, ob er den Deutschen jemals verzeihen könne. Darauf soll er geantwortet haben:

„Ich den Deutschen vergeben? Es ist an den Deutschen, sich selbst zu vergeben.“ Die Deutschen müssten sich bemühen, nicht das Unrecht, das in ihrem Namen begangen worden war, wiedergutzumachen – das könne nie wiedergutmacht werden –, sondern die innere Einstellung zu überwinden, die das Heraufkommen des Nazismus und die Hinnahme des Völkermords möglich gemacht habe: die Neigung zur Selbstzufriedenheit, die sie für die Bedrängnis anderer blind gemacht habe, die Anbetung der Macht, die zur Vernichtung der Schwachen und Unschuldigen geführt habe. Sie selbst würden tief in ihr Seelenleben, ihre Geschichte, ihre Symbole und ihre Religion hineinblicken, sich selbst von allen Elementen befreien müssen, die diesen Krieg und den Völkermord möglich gemacht hätten. Im 5. Buch Mose sage Gott jedem einzelnen: ‚Siehe, ich habe dir heute vorgelegt das Leben und das Gute, den Tod und das Böse.‘ (30, 15) Leo Baeck meinte, dass weder er noch die Juden den Deutschen diese Wahl abnehmen könnten – sie müssten selbst wählen.“⁶

Kapitel 8

Rückblick und Zukunftsaufgaben

Angesichts der immensen Dimensionen der NS-Verbrechen an unterschiedlichen Gruppen (so genannte „Lebensunwerte“, Anstaltsbewohner, Juden, Sinti und Roma, russische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter) besteht für den Zeithistoriker die Verpflichtung, wenigstens den Versuch zu machen, 1. die Shoa und den antifaschistischen Widerstand aus jüdischer und 2. das Phänomen des europäischen Faschismus aus sozialdemokratischer Perspektive theoretisch einzuordnen. 3. sollen die Konsequenzen für die regionale historische Gedenk- und Vermittlungskultur kurz dargestellt werden.

Indem Yehuda Bauer den Holocaust aus historischer Perspektive mit den Massenmorden an den Armeniern (1894-1916) und dem vom NS-Regime durchgeführten Massenmord an den europäischen Sinti und Roma vergleicht, kommt er zu der Schlussfolgerung, dass der nationalsozialistische Massenmord an den europäischen Juden aus mehreren Gründen „einzigartig“ war. Während die Sinti und Roma von den Nationalsozialisten als eine von vielen minderwertigen Rassen eingestuft und nach den Regeln ihrer so genannten Rassenhygiene behandelt wurden, figurierten die Juden in der NS-Propaganda als satanische „Gegenrasse“, als tödlicher Feind der so genannten „Arier“. Im Unterschied zur NS-Behandlung der Juden wurden „Mischlinge“ unter den Sinti und Roma getötet, „Reinrassigen“ wurde eine Überlebenschance eingeräumt. Den Massenmord an den europäischen Sinti und Roma, deren Opferzahl unter NS-Herrschaft zwischen 200.000 (Bedürftig) und 810.000 (Bauer) angegeben wird, ordnet Bauer auf einer Skala zwischen Völkermord und Holocaust ein, da er mehr als „selektiv“ war.¹

Der Massenmord an den christlichen Armeniern, deren Opfer mit 800.000 bis über eine Million geschätzt wird, unterschied sich vom Holocaust in regionaler Hinsicht, da die Massenmorde nur in der Türkei stattfanden, und in ideologischer Hinsicht, da sie vom antireligiösen jungtürkischen Regime aus „machtpolitischen“ Gründen angestiftet und organisiert wurden. Demgegenüber

⁶ Zitiert nach Baker, Leonard: Hirt der Verfolgten: Leo Baeck im Dritten Reich. Stuttgart 1982, S. 433

¹ Vgl. Bauer, Yehuda: The Place of the Holocaust in Contemporary History, in: Marrus, Michael (Hg.): The Nazi Holocaust. Vol. 1. Perspectives on the Holocaust. London 1989, S. 225-248, hier besonders: S. 233-239; Bedürftig, S. 382, Artikel: „Zigeuner“. Zur semantischen Abgrenzung der Begriffe „Holocaust“ und „Shoa“ siehe Young, James E.: Writing and Rewriting the Holocaust. Narrative and the Consequences of Interpretation. Bloomington 1990, S. 85-89 und Schoeps (Hg.), Neues Lexikon, S. 201, Artikel: „Holocaust“

wurden die europäischen Juden aus dem ganzen Gebiet, das die deutschen Faschisten mit ihren Kollaborateuren kontrollierten, in die Vernichtungslager verschleppt bzw. von den Einsatzgruppen ermordet. In der antisemitischen NS-Propaganda spielten neben rassistischen auch „pseudoreligiöse“ Elemente eine Rolle. Obwohl eine relativ große Zahl Armenier in den Städten Istanbul und Izmir und in der syrischen Wüste überlebte, war es die Absicht der Jungtürken gewesen, die armenische Nation in der Türkei zu vernichten. Deshalb schlussfolgert Bauer, dass diese Massenmorde, die im Schatten des Ersten Weltkriegs zum Teil von kurdischen und tscherkessischen Stammesangehörigen begangen wurden, dem Holocaust am nächsten kamen.² Der revisionistisch-zionistische Politiker Vladimir Jabotinsky hatte schon vor der Shoa in seinem Buch „The Jewish War Front“ (1940) davor gewarnt, dass den Juden ein ähnliches Schicksal wie das der Armenier bevorstehen könnte, wenn die Alliierten keine Konsequenzen aus dieser historischen Analogie zögen.³

Nach Emil Fackenheim sind die Adjektive „einzigartig“ und „universal“ inadäquate Charakterisierungen für die Shoa, da das erste die Shoa als „vorübergehendes Ereignis“ verkleinere und das zweite die Shoa als ein „weiteres Beispiel der Inhumanität der Menschheit an der Menschheit“ verwässere. Stattdessen geht Fackenheim von einer Geschichtsvorstellung aus, die den zeitlichen Aspekt der Fortdauer und den qualitativen Aspekt der Wandelbarkeit in der Mentalitätsgeschichte mitbedenkt. Fackenheim verweist auf die qualitative Verwandlung des europäischen Antijudaismus in den so genannten modernen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts und in den spezifischen Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten. Im christlichen Denken könne die Shoa nur als „negative Epiphanie“ gedeutet werden.⁴

Die europäischen Juden standen vor dem Problem, wie sie auf die faschistischen Verfolgungen und Unterdrückungen reagieren sollten. Keine Analogien zu den Verfolgungen im Altertum durch Assyrer, Ägypter und Römer, im Mittelalter durch den Mob der Kreuzzugsfahrer, am Ende des Spätmittelalters durch die Vertreibungen aus Spanien und Portugal, in der frühen Neuzeit durch die Chmielnicki-Pogrome oder im 19. Jahrhundert durch die Pogrome im zaristischen Russland boten Orientierungsmaßstäbe für die Juden, wie sie auf die brutalen Methoden der Einsatzgruppen, der Sicherheitspolizei und der SS reagieren sollten. Während es im Mittelalter mancherorts die Alternativen gab, entweder freiwillig ins Exil zu gehen oder zum christlichen Glauben zu konvertieren oder als Märtyrer des jüdischen Glaubens „Kiddusch Hashem“ (dt.

² Vgl. Bauer (1989), S. 239-241

³ Vgl. Young (1990), S. 92. Dieselben impliziten Warnungen vermittelte auf literarischer Ebene schon früher der Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ von Franz Werfel, der 1933 erschien. Schon im November 1932 verlas Werfel im Rahmen einer Vorlesungsreise durch mehrere deutsche Städte das fünfte Kapitel des ersten Buches seines Romans, in dem er das fiktionalisierte Gespräch zwischen Enver Pascha und Pastor Johannes Lepsius darstellte. Ein solches Gespräch soll tatsächlich stattgefunden haben. Der Romancier kontrastierte den scharfen Gegensatz zwischen der militärischen Macht, die sich gegen die Armenier richtete, und die humanitäre Gesinnung des Geistlichen, der beabsichtigte, internationale Hilfsaktionen für die verfolgten Armenier zu organisieren.

⁴ Vgl. Fackenheim, Emil: Concerning authentic and unauthentic responses to the Holocaust, in: Marrus (Hg.): The Nazi Holocaust. Vol. 1. Perspectives on the Holocaust. London 1989, S. 68-87, hier: 68, 71, 81

„Heiligung des göttlichen Namens“) zu begehen, fielen die ersten beiden Möglichkeiten für die Juden nach dem nationalsozialistischen Überfall auf Polen fort, da die nationalsozialistische Herrschaftsform nicht intendierte, ihren Imperialismus mit einem christlichen Sendungsbewusstsein zu legitimieren. Im Gegenteil, der Nationalsozialismus richtete seine Aggressionen auch auf die Verfolgung der Geistlichen aus dem Bekenntnismilieu und der katholischen Kirche. Zahlreiche katholische Geistliche aus Polen wurden von den Nationalsozialisten in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau verbracht, wo viele zugrundegingen.

Für diejenigen Juden, die es nicht schafften, mit Hilfe jüdischer Organisationen, ausländischer Freunde oder verschiedener Konsulate, die in letzter Minute den verzweifelt nach Rettung Suchenden Pässe ausstellten, ins demokratische Ausland oder nach Erez Israel zu fliehen, verblieb nur die Alternative zwischen „Kiddusch Hashem“ und „Kiddusch Hachaim“ (dt. „Heiligung des Lebens“). Der letzte Begriff stammte von dem zionistischen Rabbiner Yitzhak Nissenbaum (1868-1942), der in den ersten Monaten des Warschauer Ghettos schrieb: „Dies ist die Stunde des Kiddusch Hachaim und nicht des Kiddusch Haschem durch den Tod. Früher verlangten unsere Feinde unsere Seele, und mit der Opferung seines Körpers heiligte der Jude den Namen Gottes. Jetzt verlangt der Feind den Körper des Juden. Das macht es dem Juden zur Pflicht, den Körper zu verteidigen und zu schützen.“⁵

Die Einsicht, dass die Nationalsozialisten im Bündnis mit ihren faschistischen Hilfstruppen und Kollaborateuren beabsichtigten, alle Juden Europas zu töten, kam zum ersten Mal in einem von dem Partisanen- und Untergrundführer Abba Kovner verfassten Manifest zum Ausdruck, das in der litauischen Hauptstadt Wilna am 31.12.1941 auf einer Hechaluz-Versammlung verlesen wurde.⁶ Als Konsequenz dieser Einsicht wurden die Juden zum bewaffneten Widerstand gegen die Faschisten aufgerufen, den der Rabbiner Nissenbaum im Warschauer Ghetto mit den Begriff „Kiddusch Hachaim“ legitimierte.

Die Vorstellung, dass die Juden unfähig waren, bewaffneten Widerstand zu leisten oder sie sich alle entschieden, „Kiddusch Haschem“ zu begehen, ist falsch. Bauer zeigte, dass Juden in über zwanzig Ghettos und in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und Auschwitz Widerstand leisteten, obwohl ihre Mittel in keinem Verhältnis zu denen der Wachmannschaften standen.⁷

Nach Helga Grebing gab es keine spezifisch sozialdemokratische Faschismustheorie, sondern eine Vielzahl von Interpretationen des europäischen Phänomens von verschiedenen Politikern der SPD, des ADGB sowie von Autoren, die der SPD nahestanden.⁸

⁵ Zitiert nach Jäckel/Longerich (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Bd. II. S. 754, Artikel: „Kiddusch Hachaim“

⁶ Vgl. ebd., S. 801, Artikel „Abba Kovner (1918-1988)“

⁷ Vgl. Bauer, Yehuda: A History of the Holocaust. New York. London. Toronto. Sidney 1982, S. 245-277

⁸ Vgl. Grebing, Helga: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus 1924-1933, in: Grebing, Helga; Kinner, Klaus (Hg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen

Konsens herrschte in der SPD über die Funktionen des italienischen und deutschen Faschismus:

1. Er repräsentiere „eine bestimmte Form der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft“.
2. Der italienische faschistische Staat agiere als „Interessenvertreter des Kapitals“ bei der Durchsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik.
3. Die NSDAP agiere als „Instrument des Großkapitals“.

Unterschiedlich wurden in der sozialdemokratischen Diskussion die Zwecke des deutschen Faschismus gesehen:

1. Der Kapitalismus instrumentalisieren die NSDAP zur Erhaltung seiner Herrschaftsgrundlage, zur Erhaltung seines status quo.
2. Der Kapitalismus benutze die NSDAP als Offensive gegen die Arbeiterschaft, um neue Formen bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft zu kreieren.

Die theoretischen Defizite in den sozialdemokratischen Faschismusinterpretationen bezogen sich a) auf die rassistische Komponente des spezifischen nationalsozialistischen Antisemitismus, deren Konsequenzen nicht genügend wahrgenommen oder ernstgenommen worden seien. Wie oben erwähnt wurde, schaffte in dieser Hinsicht der vom C.V. finanzierte und redigierte „Anti-Nazi“, Handbuch im Kampf gegen die NSDAP, Abhilfe, denn er lieferte dem demokratischen Redner auch Argumente, die er gegen den NS-Antisemitismus vorbringen konnte. 1930 sollen 10.000 Funktionäre unterschiedlicher Parteien von diesem Handbuch Gebrauch gemacht haben.⁹ Ob der sozialdemokratische Redner seine Zuhörer auch von der Unhaltbarkeit der Unterstellungen des NS-Antisemitismus überzeugen konnte, steht auf einem anderen Blatt. Ein weiteres Defizit in der sozialdemokratischen Interpretation des Faschismus bestand nach Grebing b) in der Unterschätzung des nationalsozialistischen aggressiven Nationalismus.

Alexander Schifrin betonte in seiner Faschismusinterpretation die systemstrukturelle Gefahr für ganz Europa. Nach seiner Meinung, der sich der Verfasser anschließt, war der „Faschismus eine gesamteuropäische, nicht nur auf Italien und Deutschland beschränkte gegenrevolutionäre Offensive gegen den parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat als der existentiellen Kampfbasis der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung.“¹⁰

Nach der Befreiung von den lokalen faschistischen Strukturen und deren Personal durch alliierte Truppen konnten sich im Laufe der Nachkriegsjahre keine neuen jüdischen Gemeinden im Untersuchungsgebiet mehr entwickeln. Die wenigen Überlebenden der Shoa wanderten entweder

Arbeiterbewegung. Essen 1990, S. 237-246

⁹ Vgl. Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl., S. 119

¹⁰ Grebing, S. 240. Schifrin setzte sich nach seiner Emigration nach Frankreich (1933) im Vorstand der Pariser Gruppe der „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ und in seinen Beiträgen in der deutschen Exilpresse für die Bildung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Volksfront ein. Im Jahre 1939 schloss er sich der von Willi Münzenberg gegründeten „Union Franco-Allemande“ an. Nach Kriegsausbruch emigrierte Schifrin in die USA und arbeitete dort als militärpolitischer Publizist unter dem Pseudonym Max Werner. Vgl. Killy, Walther; Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE). Bd. 8. München 1999, S. 632, Artikel: „Alexander Schifrin (11.8.1901-8.1.1951)“

aus oder entschieden sich, in Ostwestfalen ein neues Leben zu beginnen. Zwei Überlebende der Shoa verheirateten sich mit evangelischen Partnern und besuchten sowohl synagogale Gottesdienste in Minden als auch evangelische Gottesdienste in den Kirchen ihrer Wohnorte. Ein jüdisches Ehepaar, das die Shoa überlebt hatte, schloss sich der neuen jüdischen Gemeinde in Bielefeld an. An der Stelle der Synagogen, die vom NS-Staat vorsätzlich zerstört worden waren, befinden sich heute Privathäuser (Vermold, Levern), Garagen (Werther), ein Parkplatz (Rahden) oder ein freier Platz mit Grünanlage (Lübbecke).¹¹

Der kommunale Erinnerungsprozess an die Opfer der Shoa differenzierte sich insofern aus, als auf Initiative der Kleinstädte, engagierter Bürger und Arbeitsgemeinschaften im Untersuchungsgebiet seit 1950 Mahn-, Gedenksteine und Gedenkplatten mit mehr oder weniger expliziten Texten auf Friedhöfen (Werther, Espelkamp) und an den Plätzen, wo vor dem Nationalsozialismus die Synagogen jahrzehntelang gestanden hatten (Lübbecke, Rahden, Vermold), feierlich eingeweiht wurden. Die in Lübbecke am 07.09.1986 eingeweihte Gedenkplatte, zu deren Enthüllung auch Überlebende der Shoa und der NS-Verfolgung eingeladen waren, appelliert an die Toleranz der Bürger und fordert ihre Wachsamkeit ein, ohne deren Objekt explizit zu nennen, nämlich die Wachsamkeit vor politischem Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus und – radikalismus.¹²

Eine komplexere Form der Kulturarbeit, die die historische Reflexion über die unterschiedlichen Phasen der deutsch-jüdischen Geschichte einschließt, verfolgt der Verein „Kulturen in der Region e.V.“ in Herford seit seiner Gründung im November 1989. Seine Zielsetzung drückte der Verein auf einem Faltblatt wie folgt aus:

„Wir wollen die Geschichte und Kultur der im Raum Herford lebenden religiösen und ethnischen Minderheiten kennenlernen und auch andere damit vertraut machen. Fremd ist nur, wen man nicht kennt. Wir suchen einen lebendigen, freien kulturellen Austausch auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und wenden uns aktiv gegen jede Form der Fremdenfeindlichkeit.“

„Der Verein veranstaltet Lesungen, Musik-, Film- und Informationsabende, Studienfahrten, Feste, Installationen und Ausstellungen. Seine Mitglieder dokumentieren filmisch und literarisch Erinnerungen in Form von Videoproduktionen und Materialheften.“¹³

Seit Januar 1997 wird der „Verein Kulturen in der Region e.V.“ vom „Kuratorium für eine Dokumentations- und Begegnungsstätte in Herford zum Erinnern, Forschen und Gedenken“ unterstützt. Nach § 1 seiner Satzung vom 27.01.1997 strebt das Kuratorium an, „eine ständige Dokumentations- und Erinnerungsstätte (Pädagogisch-kulturelles Zentrum) mit Mahn- und Gedenkstätte an zentraler, historisch bedeutender Stelle Herfords zu errichten.“^{13b}

¹¹ Vgl. Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998, S. 83, 85, 392, 422, 426

¹² Vgl. Brade, Christine; Heckmanns, Jürgen; Schwarzbach, Michael: Ich dachte, Sie wären tot. NS-Mahnmale und Erinnerungsprozesse in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1997, S. 26f, 36f, 38f. Westheider, Rolf: Zwei Jahrhundertgeschichten: Vom Synagogenbau und von der Errichtung eines Mahnmals, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh 2002. Gütersloh 2001, S. 152-159

¹³ Brade; Heckmanns, S. 106

Auf regionaler Ebene zielt die „Forschungsgemeinschaft zur Geschichte der Juden in OWL“ darauf ab, sich in einem Verein zu vernetzen, um „Forschungen und Arbeiten aller Art zur jüdischen Geschichte in OWL zu entwickeln, anzuregen, zu begleiten und zu koordinieren, ein insbesondere für Schulen, andere Bildungsträger, Vereine und sonstige Interessenten nutzbares Informations- und Publikationssystem aufzubauen und damit die Interessen der zum Thema Forschenden in der Region und darüber hinaus zu fördern.“ (§ 1 des Satzungsentwurfs vom 5.2.2000)

Inhaltlich wird es zukünftig weiterhin darauf ankommen, die Forschungen und die Geschichtsschreibung über die deutsch-jüdische Geschichte mit der allgemeinen deutschen Geschichte, z.B. mit der Geschichte der Demokratisierung, der Parteien, der Industrialisierung, der Unternehmensgeschichte, der Geschichte der Arbeiter-, Frauen- und Jugendbewegung im Zusammenhang zu sehen. Nur so können Solidarierungen über die Klassen-, Schichten-, Milieugrenzen und politischen Lager hinweg im Hinblick auf die deutsch-jüdische Geschichte im Zusammenhang dargestellt werden.

^{13b} Die Gedenkstätte Zellentrakt im Herforder Rathaus als „Ort der gewaltsamen Verfolgung von politischen, religiösen und sozialen Minderheiten“ in der NS-Zeit, als dort die Polizeiwache, das Polizeigefängnis, Schutz-, Kriminalpolizei und eine Außenstelle der Gestapo untergebracht waren, wurde am 9.11.2004 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Als erste Ausstellung wurde im Frühjahr 2005 „Anne Frank war nicht allein“ gezeigt. Die offizielle Eröffnung der Gedenkstätte fand am 18.7.2005 durch den damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, statt. Vgl. Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte NRW e.V. (Hg.): Geschichte in Verantwortung. NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in Nordrhein-Westfalen. Bearbeitet von Delia Quack und Ulrike Schrader. Wuppertal/Münster 2013, S. 40-43. Siehe auch die Informationstexte der websites: www.zellentrakt.de

Verzeichnis der Abkürzungen

ADGB	=	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
ALBI	=	The Archives of the Leo Baeck Institute (New York)
ASR	=	Arbeiter- und Soldatenrat
AZJ	=	Allgemeine Zeitung des Judentums
Bachad	=	Brit Chaluzim Datiim (Bund religiöser Pioniere)
BDJJ	=	Bund deutsch-jüdischer Jugend
BdL	=	Bund der Landwirte
BDM	=	Bund deutscher Mädel
CAHJP	=	The Central Archives for the History of the Jewish People
CJA	=	Centrum Judaicum Archiv der Stiftung „Neue Synagoge Berlin“
CNBL	=	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CSVD	=	Christlich-Sozialer Volksdienst
C.V.	=	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
d	=	denarius (Pfennig)
DAF	=	Deutsche Arbeitsfront
DIGB	=	Deutsch-Israelitischer Gemeindebund
Diss.	=	Dissertation
D.P.	=	Displaced Person
DVFP	=	Deutschvölkische Freiheitspartei
DSRP	=	Deutschsoziale Reformpartei
ggr	=	gute Groschen
Hadassa-WIZO	=	Zionistische Frauenorganisation von Amerika
HAPAG	=	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft
Hashomer Hatzair	=	Jugendorganisation der zionistischen Arbeiterpartei
HIAS	=	Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society
Histadrut	=	Allgemeine Organisation der jüdischen Arbeiter im Lande Israel
HJ	=	Hitlerjugend
HP	=	Horse Power
i.e.	=	id est
JCA	=	Jewish Colonization Association
KAGt	=	Kreisarchiv Gütersloh
KAHf	=	Kreisarchiv Herford
KGL	=	Kriegsgefangenenlager
KKL	=	Keren Kajemeth Lejisrael (Jüdischer Nationalfonds)
KPD	=	Kommunistischer Partei Deutschlands
KZ	=	Konzentrationslager
LBI	=	Leo Baeck Institute
LBIYB	=	Leo Baeck Institute Year Book
MdR	=	Mitglied des Reichstages
NSBO	=	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSFP	=	Nationalsozialistische Freiheitspartei
NSDAP	=	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	=	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OHG	=	Offene Handelsgesellschaft
OHL	=	Oberste Heeresleitung
OD	=	Ordnungsdienst
p.a.	=	per annum; pro anno
RdV	=	Rat der Volksbeauftragten
RGO	=	Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation
RjF	=	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RP	=	Regierungspräsidium; Regierungspräsident
RSHA	=	Reichssicherheitshauptamt
Rt(h)l	=	Reichst(h)aler
RV	=	Reichsverfassung
SA	=	Sturmabteilung
SAJ	=	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	=	Sozialistische Arbeiter Partei
SD	=	Sicherheitsdienst
Sgr	=	Silbergroschen
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	=	Schutzstaffel
StdtA	=	Stadtarchiv
StADt	=	Staatsarchiv Detmold
StAM	=	Staatsarchiv Münster
TAJB	=	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
UOBB	=	Unabhängiger Orden Bne Briss
V.d.H.	=	Verband deutscher Handlungsgehilfen
WVHA	=	Wirtschaftsverwaltungshauptamt
ZVfD	=	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Unveröffentlichtes Archivmaterial

The Archives of the Leo Baeck Institute (New York)

AR 3156 Hans Kronheim Collection. Das Statut für die Synagogengemeinde zu Borgholzhausen vom 29.4.1856/4.7.1856 und die Synagogenordnung vom 7.6.1860
AR 4130 The Descendants of Aron Heineman Levi (1675-1736?) in Werther near Bielefeld. Genealogical Tables compiled by Prof. Robert Allan Weinberg. Typoskript. Boston 1974/1998
AR 7161 Leo Baeck/LB/ London Collection. Das Kol Nidre Gebet 1935

Bundesarchiv Berlin

NSDAP-Mitgliederkarteikarte, SS-Führer-Akte
Dr. med. Hanns Löhr

The Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem)

Lübbecke Inventory 6198
Preußisch Oldendorf S/319/1, 2

The Central Zionist Archives (Jerusalem)

S 75 Nr. 60, 161, 162, 305, 307, 5238

Staatsarchiv Detmold

D 3 Bielefeld Nr. 699, 763, 808, 791
D 3 Minden Nr. 23, 52, 101
D 23 Halle Nr. 281, 283, 290
D 23 Lübbecke Nr. 133, 195
D 23 Rahden Nr. 21, 55
D 23 B Nr. 25766, 25767
D 27 A KA Nr. 65/2, 65/6, 65/13, 65/35,
D 80 A Nr. 39, 48, 49, 51, 70, 75
M 1 I G Nr. 272, 274, 287, 288 Bd. II, III
M 1 I L Nr. 43, 255, 265, 273, 274, 300, 303, 306, 319
M 1 I P Nr. 68, 373, 631, 670, 647 Bd. II, 1106, 1403, 1439, 1442, 1446, 1448, 1459, 1467, 1500, 1547, 1553, 1714, 2000
M 1 II A Nr. 808, 816, 820
M 1 II B Nr. 3957, 4000, 4015, 4016
M 2 Halle Nr. 5, 7, 137, 206, 867
M 2 Lübbecke Nr. 125, 195, 246, 1779, 1783, 2045, 2196, 2200, 2201, 2379, 2380
M 4 A Nr. 27, 28

Nordrhein-westfälisches Personenstandsarchiv Westfalen-Lippe

P 2 Nr. 67, 123, 134, 186, 187, 188, 210

Staatsarchiv Münster

Depositum Haus Benkhausen Nr. 201, 1561, 7329, 8689

Hauptstaatsarchiv Weimar

„Geldkarten“ für Albert Ruben, Julius Weinberg, Friedrich Jelin, Hugo Oppenheim, Richard Frank

Kreisarchiv Gütersloh

H LR1 31/5, 31/6, 31/9, 59/4, 59/6
H 2 H LR1 169.1, 169.3
H 3 H LR1 170.2, 170.5, 170.6
H 4 H LR1 171.1, 171.4, 084/06, 084/07, 084/09, 084/10, 084/11

Kreisarchiv Herford

A Nr. 1293, 1301

Katholische Kirchengemeinde Lübbecke

Chronik der katholischen Kirchengemeinde Lübbecke

Archiv des Kirchenkreises Lübbecke

A 45

Stadtarchiv Borgholzhausen

A Nr. 340, 441, 442, 448, 906, 956, 975
B 62.4.1
C 43.2.3/4/5
Meldewesen ab 1.1.1959

Stadtarchiv Halle i.W.

A Nr. 119, 133, 134, 135, 320, 609, 611
B Nr. 496, 642
C Nr. 190
„175 Jahre Juden in Halle i.W.“ Vortrag von Dr. Uwe Heckert gehalten am 28.2.1996.
Typoskript.

Stadtarchiv Lübbecke

B Nr. 2.8, 3.13, 4.4a, 4.4, 4.7, 55.16, 55.29 II, 63.1, 63.3, 63.4, 63.6, 84.25 IV, V
C I Nr. 1.3.2, 1.18, 1.30, 3.75, 13.1, 13.2, 13.3, 15.12, 17.17, 17.19, 17.21, 17.35
C II Nr. 3.2, 3.29, 4.5, 5.2.3, 8.10, 13.4, 13.8, 13.31, 13.58, 13.74, 13.81
C III Nr. 2.2, 7.53, 13.3a; 13.17, 14.6, 14.7, 15.18
D Nr. 156/03, 200/01
Chronik der Stadt Lübbecke
Ratssitzungsprotokollbuch der Stadt Lübbecke

Interviews (auf Kassette, einige verschriftlicht):

von Kläre Loescher und Andrea Sundermeier mit Ernst und Gertrud Hurwitz vom 5.9.1986
von Andrea Sundermeier und Isolde Oberlehberg mit Fred Edwards vom 9.9.1986
von Andrea Sundermeier mit Susanne Shapiro vom 9.9.1986
von Dieter Zassenhaus mit Joseph Lazarus vom 18.9.1987
von Dieter Zassenhaus mit Annemarie und Hans Kychenthal vom 18.9.1987
von Dieter Zassenhaus mit Herrn Alsmöller vom 2.10.1987
von Dieter Zassenhaus mit Herrn A. Lücker vom 13.10.1987
von Volker Beckmann mit Frau Büttemeier und Frau Bunk vom 17.2.1992
von Volker Beckmann mit Anna Uehlemann vom 29.2.1992

Stadtarchiv Preußisch Oldendorf

A Nr. 10.13, 52.14
II D 25, 2 Bde.

III F 1.2

Erinnerungen von Pastor Hartmann an die Bürger von Preußisch Oldendorf. Typoskript
Alfred Ehrlich: 12 nazistische Schreckensjahre. Begonnen 1948/49. Typoskript

Stadtarchiv Rahden

A Nr. 415, 417, 759, 765

Stadtarchiv Versmold

A Nr. 244, 246, 367, 864, 867, 1077, 1182, 1202, 1238

B Nr. 722a

C Nr. 283

Akte „Judendokumentation“

Stadtarchiv Werther

A Nr. 5, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 212, 213, 221, 222, 232, 269, 367, 381, 398

B Nr. 1, 77a, 77, 95a

Stiftung „Neue Synagoge Berlin-Centrum Judaicum“, Archiv (CJA), 1 (Gesamtarchiv der deutschen Juden) (Berlin)

75 A (Levern) Le 2, Nr. 1

75 A (Preußisch Oldendorf) Pr. 3, Nr. 1, 2, 6

Survivors of the Shoah Visual History Foundation

Videointerview von Adele Foster mit Fred Jellin vom 2.6.1996

Westfälisches Institut für Regionalgeschichte (Münster)

Fach 9.2b Nachlass Hans Chanoch Meyer

Yad Vashem Archives (Jerusalem)

Pinkas Hakehillot, Pressemitteilungen

01/24 (Erlebnisse und Beobachtungen in den ersten vier Hitlerjahren von Kurt Tuchler)

-

B. Veröffentlichtes Bibliotheks- und Archivmaterial

Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V.

Periodika

Allgemeine Zeitung des Judenthums

Mitteilung aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus

C.V.-Zeitung

Sonstige Veröffentlichungen

Martin Broszat: Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Deutschland. Diss. Köln 1952

Brigitte Klein: Die C.V.-Zeitung der Jahrgänge 1925-1935. Zum Problem des Selbstverständnisses deutscher Juden. Diplomarbeit. Frankfurt/Main 1969

Erik Lindner: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Magisterarbeit. Münster 1989

Henry Wassermann: Jews, Bürgertum, and Bürgerliche Gesellschaft in a Liberal Era (1840-1880). Abstract seiner Dissertation. Hebrew University. Jerusalem 1979

Leopold Zunz: Die Vorschriften über die Eidesleistung der Juden. Berlin 1859

National Library (The Lady Davis Building) Hebrew University Jerusalem

Periodika

Im deutschen Reich
Der Israelit
Jüdische Rundschau

Sonstige Veröffentlichungen

Satzungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Angenommen in der constituirenden Versammlung am 4. April 1893 in Berlin
C.V.-Mitgliederverzeichnisse (1895-1908)

Martin Mendelsohn: Die Pflicht der Selbstverteidigung. Eine Rede. Jahresbericht des Vorsitzenden in der ersten ordentlichen Generalversammlung des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin 1894

Eugen Fuchs: Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Rede gehalten am zehnten Stiftungsfest am 2. Februar 1903 vom stellvertretenden Vorsitzenden Justizrath Dr. Eugen Fuchs in Berlin. (Sonderabdruck aus „Im deutschen Reich“, No. 3 (1903)). Berlin 1904

Max Lazarus: Für unsere Jugend. Ausgewählte Gedichte von Lehrer Max Lazarus, Lübbecke i.W. 1935

Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld

Öffentliche Anzeigen der Grafschaft Ravensberg

Immanuel Herzberg: Mein Rendez-vous mit der Cholera in Frotheim. Lübbecke 1850

Volkswacht. Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Freistaaten

Handakte Ellerbrake

Pressemitteilung: „Artur Sachs: Lebenserinnerungen 1933-1945.“

Westermannsammlung

Kreisarchiv Minden

Lübbecker Kreisblatt
Mindener Zeitung

Firmenarchiv des „Haller Kreisblatt“ (Halle i.W.)

Heimatverein Werther

Der Familienfreund. Illustrierte Wochenzeitschrift. Verlag Johannes Thumel/ Werther

C. Mündliche Mitteilungen

Hilde Bloch
Kurt Halle
Walter Heinemann
Hans und Melanie Herfurth
Frau Kleffmann
Evamaria Kuchling-Marsden
Christa Lindemann
Paul Lütgemeyer
Herr Marquardt
Ewald Meier
Artur Sachs
Herr Scheurenberg
Liesel Schlingmann
Else Schmidt
Susanne Shapiro
Werner Siebe
Christel Stoffregen

Wilhelm Telkemeyer
Cornelia Vogt
Hanna Wilde
Hartwig Witter

D. Schriftliche Mitteilungen

Helga Becker-Leeser, NL
Marianne Heuer, D
Walter Hoffman, USA
Fred Jellin, USA
Heinz-Ulrich Kammeier, D
Arnold Paucker, GB
Dr. Lore Shelley, USA
Miriam Shimoni, ISRAEL
Paul Spiegel, D
Kurt-Wilhelm Weinberg, GB
Robert Allan Weinberg, USA

E. Zeitschriftenartikel

Adler-Rudel, Salomon (Schalom): A Chronicle of Rescue Efforts, in: LBIYB, Bd. XI (1966), S. 213-241

Almog, Shmuel: „Judentum als Krankheit“: Antisemitisches Stereotyp und Selbstdarstellung, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XX (1991). Hg. v. Institut für Deutsche Geschichte von Shulamit Volkov und Frank Stern, S. 215-235

Angress, Werner T.: The German Army's „Juden­zählung“ of 1916. Genesis-Consequences-Significance, in: LBIYB, Bd. XXIII (1978), S. 117-135

Aschoff, Diethard: Zum jüdischen Vereinswesen in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, Bd. 39 (1989), S. 127-157

Barkai, Avraham: German-Jewish Migrations in the Nineteenth Century, 1830-1910, in: LBIYB, Bd. XXX (1985), S. 301-318

Bauer, Yehuda: On the Place of the Holocaust in History, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 2, No. 2, (1987), S. 209-220

Bauer, Yehuda: Who was responsible and when? Some well-known documents revisited, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 6, No. 2, (1991), S. 129-149

Beckmann, Volker: Der lippische Landesverein zur Pflege der jüdischen Geschichte und Literatur mit Sitz in Lage (1899-1917), in: Zeitlupe 2001. Historisches Jahrbuch für Lage. Hg. von Hans C. Jacobs und Christina Pohl im Auftrage des Lippischen Heimatvereins, OV Lage e.V. Lage 2001, S. 76-85

Bernstein, Eduard: Das Schlagwort und der Antisemitismus, in: Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart 1893, 11. Jg., 2. Bd., S. 228-237

Besserer, Dieter: „Essen war der Hauptgedanke – wer umfiel, wurde getötet“. In: Der Minden-Ravensberger 68 (1996), S. 78-80

Boas, Jacob: Countering Nazi-Defamation. German Jews and Jewish Tradition, 1933-1938, in: LBIYB, Bd. XXXIV (1989), S. 205-226

Borut, Jacob: „Not a Small Number of Notables“: The Geographical and Occupational Structure of the Central Verein Membership During Its First Years, in: Jewish History, Vol. 9, No. 1, Spring 1995, S. 51-77

- Borut, Jacob: Vereine für Jüdische Geschichte und Literatur at the End of the Nineteenth Century, in: LBIYB, Bd. XLI (1996), S. 89-113
- Brade, Lutz: Juden in Herford - Lebensverläufe, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1999. Bielefeld 1998, S. 129-171
- Brilling, Bernhard: Archivgut und Dokumentation der Judenverfolgung unter besonderer Berücksichtigung von Nordrhein-Westfalen, in: Der Archivar 22 (1969), S. 157-168
- Distel, Barbara: Der 29.4.1945. Die Befreiung des Konzentrationslagers Dachau, in: Dachauer Hefte 1. Die Befreiung. München 1993, S. 3-11
- Erb, Rainer: „Jüdische Güterschlächtere“ im Vormärz. Vom Nutzen des Stereotyps für wirtschaftliche Machtstrukturen, dargestellt an einem westfälischen Gesetz von 1836, in: International Review for Social History, Jg. 30 (1985), S. 312-341
- Galliner, Arthur: The Philantropin in Frankfurt. Its educational and cultural significance for German Jewry, in: LBIYB, Bd. III (1958), S. 169-186
- Greenfield, Hanna: Die Überlebende als Forscherin, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, Bd. 18, Heft 3 (1989), S. 177-186
- Großmann, Karl: Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Minden-Ravensberg von 1789-1905, in: Mindener Heimatblätter 15 (1937), Nr. 5
- Herr, Theodor: Die St. Paulus-Innung zu Lübbecke in Westfalen. Ein praktischer Versuch des 19. Jahrhunderts zur Lösung der sozialen Frage, in: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften, Bd. 25 (1984), S. 185-206
- Herzberg, Kurt: Levi Bamberger und die jüdische Elementarschule in Gütersloh, in: Gütersloher Beiträge zur Heimat- und Landeskunde, Heft 36/37 (1974), S. 743-746
- Herzig, Arno: Alexander Haindorfs Bedeutung für die Pädagogik in Westfalen, in: Westfälische Forschungen, Bd. 23 (1971), S. 57-74
- Hey, Bernd: Zur Geschichte der westfälischen Staatspolizeistellen und der Gestapo, in: Westfälische Forschungen, Bd. 37 (1987), S. 58-90
- Horwitz, Rivka: Voices of Opposition to the First World War among Jewish Thinkers, in: LBIYB, Bd. XXXIII (1988), S. 233-259
- Jeismann, Karl-Ernst: Christoph Bernhard Ludwig Natorp (1774-1846), in: Stupperich, Robert (Hg.): Westfälische Lebensbilder. Bd. XV, Münster 1990, S. 108-134
- Kárny, Miroslav: Theresienstadt und Auschwitz, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 3. Jg., Juli 1988, Heft 3, S. 9-26
- Kestenberg-Gladstein, Ruth: Rezension der Erinnerungen „Ein jüdischer Lehrer erzählt“ in: Mitteilungsblatt des Irgun Olej Merkas Europa (Vereinigung der Einwanderer aus Mitteleuropa, Tel Aviv) vom 16.2.1968, S. 4
- Kruglov, A.I.: Die Deportation deutscher Bürger jüdischer Herkunft durch die Faschisten nach dem Osten 1940 bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 32. Jg., Heft 12 (1984), S. 1084-1091
- Landes, David: The Jewish Merchant. Typology and Stereotypology in Germany, in: LBIYB, Vol. XIX (1974), S. 11-30
- Livné-Freudenthal, Rachel: Der „Verein für Wissenschaft und Cultur der Juden (1819-1824)“ zwischen Staatskonformismus und Staatskritik, in: TAJB, Bd. XX (1991), S. 103-125
- Loewenberg, Peter: The Kristallnacht as a Public Degradation Ritual, in: LBIYB, Bd. XXXII (1987), S. 309-323

Mager, Wolfgang: Protoindustrialisierung und agrarisch-heimgewerbliche Verflechtung in Ravensberg während der Frühen Neuzeit. Studien zu einer Gesellschaftsformation im Übergang, in: *Geschichte & Gesellschaft*, 8. Jg. (1982), S. 435-474

Maoz, Eliyahu: The Werkleute, in: *LBIYB*, Bd. IV (1959), S. 165-182

Minninger, Monika: Salomon Blumenau aus Bünde (1825-1904). Lehrer, Kantor, Prediger, Freimaurer, Autor, in: *Ravensberger Blätter*, Heft 1, April 1988, S. 8-21

Mommsen, Hans: Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: *Geschichte & Gesellschaft*, 9. Jg. (1983), S. 381-420

Müller, Friedrich: Auswanderung aus Westfalen, in: *Beiträge zur westfälischen Familienforschung*, Bd. 22/24 (1964-66), Münster 1966, S. 7-45

Müller, Friedrich: Auswanderung aus dem Kreis Rahden/Lübbecke 1816-1900. Westfälische Auswanderer aus dem Regierungsbezirk Minden. *Beiträge zur westfälischen Familienforschung*, Bd. 38/39. Münster 1981

Müller, Friedrich: Westfälische Auswanderer im 19. Jahrhundert. Auswanderung aus dem Regierungsbezirk Minden, II. Teil, Heimliche Auswanderung 1814-1900. *Beiträge zur westfälischen Familienforschung*, Bd. 47/48. Münster 1992

Richarz, Monika: Jüdische Lehrer auf dem Lande im Kaiserreich, in: *TAJB*, Bd. XX (1991), S. 181-194

Roth, Karl Heinz: I.G. Auschwitz. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs?, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. 4. Jg., Juli 1989, Heft 4, S. 11-28

Rothert, Liebetraut: Zur Herkunft westfälischer Bergleute auf Bochumer Schachtanlagen im 19. Jahrhundert. Unter besonderer Berücksichtigung der Kreise Lübbecke und Büren als Herkunftsgebiete, in: *Westfälische Forschungen*, Bd. 31 (1981), S. 73-117

Schmelz, Usiel O.: Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 8. Jg., Nr. 1 (1982), S. 31-72

Schoeps, Hans-Joachim: Alexander Haindorf, in: Stupperich, Robert (Hg.): *Westfälische Lebensbilder*. Bd. XI. Münster 1975, S. 97-111

Segall, Jacob: Die Entwicklung der Juden in Preussen während der letzten hundert Jahre, in: *Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden*, 8. Jg., Heft Nr. 6 (Juni 1912), S. 81-86

Smaldone, William: Rudolf Hilferding and the Theoretical Foundations of German Social Democracy, 1902-33, in: *Central European History*, Vol. 21, Nr. 3 (Sept. 1988), S. 267-299

Spönemann, R.: Tumulte in Rahden und Levern während der Märztage 1848, in: *Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins*, Jg. 48 (1976) der *Mindener Heimatblätter*, S. 91-93

Strauß, Herbert: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (II), in: *LBIYB*, Bd. XXVI (1981), S. 343-409

Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (I). From its Beginnings to the First World War, in: *LBIYB*, Bd. XXVIII (1983), S. 205-239

Suchy, Barbara: The Verein zur Abwehr des Antisemitismus (II). From the First World War to its Dissolution in 1933, in: *LBIYB*, Bd. XXX (1985), S. 67-103

Toury, Jacob: Types of Jewish Municipal Rights in German Townships. The Problem of local Emancipation, in: *LBIYB*, Bd. XXII (1977), S. 55-80

Toury, Jacob: Der Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung im vormärzlichen Deutschland, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*. Frankfurt a.M., Bd. 23 (1963), S. 265-286

Vierhaus, Rudolf: Wahlen und Wählerverhalten in Ostwestfalen und Lippe untersucht an den Reichstags- und Landtagswahlen von 1867 bis 1912/13, in: Westfälische Forschungen, Bd. 18 (1968), S. 54-68

Walk, Joseph: The Torah va'Avodah Movement in Germany, in: LBIYB, Bd. VI (1961), S. 236-256

Watermann, Karl Friedrich: Politischer Konservatismus und Antisemitismus in Minden-Ravensberg 1879-1914, in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jg. 52 (1980), S. 11-64

Westheider, Rolf: Zwei Jahrhundertgeschichten: Vom Synagogenbau und von der Errichtung eines Mahnmals, in: Heimatjahrbuch Kreis Gütersloh 2002. Gütersloh 2001, S. 152-159

Weltsch, Robert: Introduction, in: LBIYB, Bd. I (1955), S. XIX-XXXI

Williamson, Samuel R.: Introduction to Symposium: The German Empire and the First World War: A Quarter Century after the Fischer Controversy, in: Central European History, Bd. 21, Nr. 3 (Sept. 1988), S. 203-223

Zumbini, Massimo Ferrari: Große Migration und Antislawismus: negative Ostjudenbilder im Kaiserreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Bd. 3. Frankfurt a.M. 1994, S. 194-226

F. Statistiken und amtliche Veröffentlichungen

Bünde, Lübbecke, Minden, Bad Oeynhausen, Rinteln, Solbad Melle. Hg. v. Magistrat der Stadt Bünde. Bearbeitet von Bürgermeister Dr. Dieckmann. Berlin-Halensee 1930, 4. Aufl.

Dieterici, C.F.W. (Hg.): Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin. 2. Jg. Berlin 1849

Engel, E. (Bearb.): Die Gemeinden und Gutsbezirke der Provinz Westfalen und ihre Bevölkerung. Nach den Materialien der allgemeinen Volkszählung vom 1.12.1871. Berlin 1874

Gemeindelexikon für das Königreich Preußen. Aufgrund der Volkszählung vom 2.12.1895. Berlin 1898

Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen. Aufgrund der Volkszählung vom 2.12.1895. Berlin 1897

Gemeindelexikon für die Provinz Westfalen sowie für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1.12.1905. Berlin 1909

Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1871-1961. Sonderreihe Volkszählung 1961. Heft 3c. Düsseldorf 1964; Heft 3d. Düsseldorf 1966

Handbücher der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege. Statistische Jahrbücher 1905, 1909, 1913. 17., 19., 21. Jahrgang. Hg. v. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Berlin

Jehle, Manfred (Hg.): Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz. Teil 3. München 1998

Landkreis Halle i.W. (Hg.): 150 Jahre Landkreis Halle (Westfalen). Eine Darstellung seiner Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Halle i.W. 1966

Neumann, Salomon: Zur Statistik der Juden in Preußen von 1816-1880. Berlin 1884

Preußische Statistik Bd. V. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung nach den Aufnahmen des 3. Dezember 1861 resp. Anfang 1862. Berlin 1864

Preußische Statistik Bd. XVI, I. Theil. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 3.12.1867. Berlin 1869

Preußische Statistik Bd. XXX. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1.12.1871. Berlin 1875

Preußische Statistik Bd. LXXVI, 3. Teil. Die Ergebnisse der Berufszählung vom 5.6.1882 im preußischen Staate. Berlin 1885

Reekers, Stephanie: Westfalens Bevölkerung 1818-1955. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden und Kreise im Zahlenbild. Münster 1956

Statistik des deutschen Reichs. N.F. Bd. 412, I. Landwirtschaftliche Betriebszählung vom 16.6.1925.

Statistik des deutschen Reichs. N.F. Bd. 427. Die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl 1932.

Statistik des Deutschen Reichs. N.F. Bd. 455. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16.6.1933. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen. Berlin 1936

G. Adressbuch, Dokumentationen, Gedenkbücher, Handbücher, Jahrbuch, Kataloge, Lexika

Adressbuch aller Länder der Erde der Kaufleute, Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Gutsbesitzer etc. [Leuchs] Bd. 7a: Westfalen, Lippe-Detmold und Pymont. Nürnberg 1908, 13. Ausgabe

Anti-Nazi. Handbuch im Kampf gegen die N.S.D.A.P. Hg. v. Deutschen Volksgemeinschaftsdienst. Berlin-Wilmersdorf 1930

Antisemiten-Spiegel. Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechts und der Wissenschaft. Danzig 1900, 2. Aufl.

Bauks, Friedrich Wilhelm: Die evangelischen Pfarrer in Westfalen von der Reformationszeit bis 1945. Bielefeld 1980

Bedürftig, Friedemann: Taschenlexikon Drittes Reich. München 1998, 3. Auflage

Bergmann, Klaus: Identität, in: Bergmann, K.; Rüsen, J.; Schneider, G., (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. Düsseldorf 1985

Brocke, Michael (Hg.): Gedenkbuch der Synagogen Deutschland 1938. Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938 Nordrhein-Westfalen. Bochum 1999/5760

Das Eiserne Buch des Amtes Borgholzhausen. Kriegerehrenbuch und Ortschronik der Kriegsjahre 1914-1919. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen 1922

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Hg. v. Klaus Behnken. Frankfurt a. M. 1980, 3. Aufl. (Nachdruck)

Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch. Hg. v. Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Berlin 1932, 2. Aufl.

Encyclopaedia Judaica. Jerusalem 1971/72, 16 Bde.

Endlich, Stefanie et alii: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. II. Bonn 1999

Evangelische Kirche im Nationalsozialismus am Beispiel Bielefeld. Dokumentation einer Ausstellung. Zusammengestellt von der Friedensgruppe der Altstädter Nicolaigemeinde. Bielefeld 1986

Fricke, Dieter et alii (Hg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde. Köln 1983-86

Fürst, Julius: Bibliotheca Judaica. Bibliographisches Handbuch der gesamten Jüdischen Literatur. Erster Teil. Hildesheim 1960

Galliner, Nicola (Hg.): Wegweiser durch das jüdische Berlin. Geschichte und Gegenwart. Berlin 1987

Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. Bearb. v. Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen. Koblenz 1986, 2 Bde.

Haus der Wannsee-Konferenz (Hg.): Dauerausstellung. Katalogbroschüre. Berlin 1998, 2. Aufl.

Karl Hengst, Ursula Olschewski (Hrsg.); Anna- Therese Grabkowsky, Franz-Josef Jakobi, Rita Schlautmann-Overmeyer, Bernd-Wilhelm Linnemeier (Red.): Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold. Herausgegeben von der Historischen Kommission für Westfalen und dem Institut für vergleichende Städtegeschichte an der Universität Münster. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen. Neue Folge 10. Münster (Ardey-Verlag) 2013, S. 511-519.

Ortsartikel „Preußisch Oldendorf“, a.a.O., S. 635-641.

Ortsartikel „Werther“, a.a.O., S. 779-787.

Ortsartikel „Lage“, a.a.O., S. 479-486.

Ortsartikel „Höxter“, a.a.O., S. 418-426.

Herlitz, Georg; Kirschner, Bruno (Hg.): Jüdisches Lexikon. Berlin 1927/1982

Hofmann, Rainer; Sponsel, Ilse: Führer durch die Synagoge mit einem Grußwort von Schalom Ben Chorin. Sammlungsführer durch das Fränkische-Schweiz-Museum. Bayreuth 1993, 2. Aufl.

Jäckel, Eberhard; Longerich, Peter (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Berlin 1993

Jahrbücher für jüdische Geschichte und Literatur. Hg. v. Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland. Berlin 1911, 1912, 1913 (14., 15., 16. Band)

Karrasch, Hans-Joachim: Der jüdische Friedhof Preußisch Oldendorf. Espelkamp 2000

Killy, Walther; Vierhaus, Rudolf (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DEB). München 1999

Kienecker, Paul: Das Kirchspiel Werther und der Krieg 1914-18. Zum dankbaren Gedenken an unsere Gefallenen und Kriegsteilnehmer. Werther (Westf.) 1920

KZ Buchenwald Post Weimar/Thür. Katalog zu der Ausstellung aus der Deutschen Demokratischen Republik im Martin-Gropius-Bau Berlin (West), April-Juni 1990. Hg. v. der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald.

Landman, Isaac; Rittenberg, Louis (Hg.): The Universal Jewish Encyclopedia: an authoritative and popular presentation of Jews and Judaism since the earliest times. New York 1969

Lowenthal, E.G. (Hg.): Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch. Stuttgart 1966, 2. Aufl.

Mahler, E.: Handbuch der jüdischen Chronologie. o.O. 1916

Maier, Johann; Schäfer, Peter: Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart/Konstanz 1987, 2. Aufl.

Möllenhoff, Gisela; Schlautmann-Overmeyer, Rita: Jüdische Familien in Münster 1918 bis 1945. Teil 1: Biographisches Lexikon. Münster 1995

Puvogel, Ulrike; Stankowski, Martin; Graf, Ursula: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Bd. I. Bonn 1995, 2. Aufl.

Reicher, Benno (Bearb.): Jüdische Geschichte und Kultur in NRW. Ein Handbuch. Essen 1993

Rogmann, Gabriele (Bearb.); Matzerath, Horst (Red.): Die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Köln. Gedenkbuch. Köln 1995

Sellien, R.; Sellien, H. (Hg.), Dr. Gablers Wirtschafts-Lexikon. Wiesbaden 1965

Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992

Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898-1918. Ein biographisch-statistisches Handbuch. Düsseldorf 1986

Schulte, Wilhelm: Westfälische Köpfe. 300 Lebensbilder bedeutender Westfalen. Biographischer Handweiser. Münster 1984, 3. Auflage

Walk, Joseph: Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918-1945. München. New York. London. Paris. 1988

Weinmann, Martin (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem. Frankfurt a. M. 1990, 2. Aufl.

Wistrich, Robert S.: Who is Who in Nazi Germany. London/New York 1995

H. Literatur

Adam, Uwe Dietrich: Wie spontan war der Pogrom?, in: Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a. M. 1988, S. 74-93

Adler, Benjamin Benno: ‚Esra‘. Die Geschichte eines orthodox jüdischen Jugendbundes zur Zeit der Weimarer Republik. Diss. Amsterdam 1992

Adler, Hans Günther: Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie. Tübingen 1960, 2. Aufl.

Adler-Rudel, Shalom: Ostjuden in Deutschland. 1880-1940. Tübingen 1959

Albertin, Lothar: Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945-1948. Paderborn 1998

Aleff, Eberhard (Hg.): Das 3. Reich. Hannover 1970, 23. Aufl.

Alter, Peter et alii: Grundriss der Geschichte. Bd. 2. Neuzeit seit 1789. Stuttgart 1984

Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Bd. 3. Totale Herrschaft. Frankfurt a. M. 1975

Aschheim, Steven: Brothers and Strangers. The East European Jew in German and German Jewish Consciousness, 1800-1923. London 1982

Aschoff, Diethard: Die westfälischen Vereine für jüdische Geschichte und Literatur im Spiegel ihrer Jahrbücher (1899-1920), in: Freimark, P.; Richterling, H. (Hg.): Gedenkschrift für Bernhard Brilling. Hamburg 1988, S. 218-245

Aschoff, Diethard; Schlautmann-Overmeyer, R.: Vincke und die Juden, in: Kloosterhuis, Jürgen; Behr, Hans-Joachim (Hg.): Ludwig Freiherr Vincke. Ein westfälisches Profil zwischen Reform und Restauration in Preußen. Münster 1994, S. 289-308

Aschoff, Diethard: „... krankhafte Auswüchse der menschlichen Gesellschaft“. Die Judengutachten des Landrats Georg von dem Bussche-Münch von Rahden im Rahmen der frühpreußischen Regierungsgutachten (1816-1827), in: Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern 1800-1938. Espelkamp 1996, S. 110-139

Barkai, Avraham: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988

Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt a.M. 1988

- Barkai, Avraham: „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Pehle (1988), S. 153-166
- Barkai, Avraham: Branching out. German-Jewish Immigration to the United States 1820-1914. New York/London 1994
- Barkai, Avraham: Amerikaauswanderung, Sozialprofil und Identitätsproblematik der deutschen Juden 1830-1914, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 119-127
- Barkai, Avraham; Mendes-Flohr, Paul; Lowenstein, Steven: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV. Aufbruch und Zerstörung 1918-1945. München 1997
- Barth, Karl: Theologische Existenz heute! Beiheft Nr. 2 von „Zwischen den Zeiten“. München 1933
- Bartov, Omer: Ganz normale Monster, in: Schoeps, Julius H. (Hg.): Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg 1997, 5. Aufl., S. 63-80
- Bauer, Fritz: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns. Frankfurt a. M. 1965
- Bauer, Yehuda. A History of the Holocaust. New York. London. Toronto. Sydney. 1982
- Beckmann, Volker: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Hg. v. der Stadt Lübbecke. Lübbecke 1993
- Beckmann, Volker: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke 1830-1945. Vom Vormärz bis zur Befreiung vom Faschismus. Hg. v. der Stadt Lübbecke. Lübbecke 1994
- Beckmann, Volker: Jüdische Bürger im Amt Versmold. Deutsch-jüdische Geschichte im westlichen Ravensberger Land. Im Auftrag der Stadt Versmold herausgegeben und eingeleitet von Rolf Westheider. Bielefeld 1998
- Beckmann, Volker: Juden in Werther (Westf.). Sozialgeschichte einer Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. v. der Stadt Werther i.W. Werther i.W. 1998
- Beckmann, Wolfgang: Alexander Haindorf (1782-1862). Leben und Wirken eines jüdischen Arztes, Schriftstellers, Kunstsammlers, Professors und Philantropen. Diss. Münster 1960
- Ben-Chorin, Schalom: Bruder Jesus. Der Nazarener in jüdischer Sicht. München 1977
- Ben-Sasson, Haim Hillel (Hg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 1992
- Bermann, Dagmar T.: Produktivierungsmythen und Antisemitismus. Assimilatorische und zionistische Berufsumschichtungsbestrebungen unter den Juden Deutschlands und Österreichs bis 1938. Eine historisch-soziologische Studie. Wien 1971
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1988
- Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg 1997
- Benz, Wolfgang: „Endlösung“. Zur Geschichte eines Begriffs, in: Lichtenstein, Heiner; Romberg, Otto (Hg.): Täter - Opfer - Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart. Bonn 1997, 2. Aufl., S. 11-23
- Benz, Wolfgang; Paucker, Arnold; Pulzer, Peter (Hg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998
- Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988

Besserer, Dieter: Beiträge zur Geschichte der Stadt Preußisch Oldendorf bis zum Jahre 1843, in: 275 Jahre Stadtrechte 1719-1994: Bünde, Enger und Preußisch Oldendorf. Hg. im Auftrag der Städte Bünde, Enger und Preußisch Oldendorf von Sabine Bartetzko und Andrea Plüss. Bielefeld 1994, S. 132-148

Besserer, Dieter: Jüdisches Leben in der Stadt Preußisch Oldendorf. Preußisch Oldendorf 2014

Blömer, Maria: Wucher auf dem Lande, in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“. Dortmund 1988, S. 23-45

Bock, Gisela: Zwangssterilisierungen im Nationalsozialismus. Studien zur Rassen- und Frauenpolitik. Opladen 1986

Brade, Christine und Lutz; Heckmanns, Jutta und Jürgen (Hg.): Juden in Herford. 700 Jahre jüdische Geschichte und Kultur in Herford. Bielefeld 1990

Brade, Anna Christine; Heckmanns, Jürgen; Schwarzbach, Michael: Ich dachte, Sie wären tot. NS-Mahnmale und Erinnerungsprozesse in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1997

Günter Brakelmann: Hans Ehrenberg. Ein judenchristliches Schicksal in Deutschland. Bd. 1: Leben, Denken und Wirken 1883-1932. Waltrop 1997

Brakelmann, G.; Rosowski, M. (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie. Göttingen 1989

Brammer, Annegret H.: Judenpolitik und Gesetzgebung in Preußen 1812-1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869. Berlin 1987

Brasse, Friedrich: Die Mariengemeinde Stift Berg in der Zeit des Dritten Reiches 1933-1945. Hg. vom Herforder Verein für Heimatkunde e.V. und der Evangelisch-Lutherischen Mariengemeinde Stift Berg zu Herford. Herford 1994

Brenner, Michael; Jersch-Wenzel, Stefi; Meyer, Michael A.: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. II: Emanzipation und Akkulturation 1780-1871. München 1996

Brilling, Bernhard: Das Judentum in der Provinz Westfalen 1815-1945, in: Hegel, Eduard; Stupperich, Robert; Brilling, Bernhard: Kirchen und Religionsgemeinschaften in Westfalen. Bd. 2. Münster 1978, S. 106-143

Broszat, Martin: Die antisemitische Bewegung im wilhelminischen Deutschland. Diss. Köln 1952

Buck, Albert: Die Haller Juden, in: 100 Jahre Haller Kreisblatt. Unsere Heimat im Spiegel der Geschichte. Halle i.W. 1982, S. 55f

Childers, Thomas: The Social Bases of the National Socialist Vote, in: Mosse, George L. (Hg.): International Fascism: New Thoughts and new Approaches. London 1979, S. 161-188

Craig, Gordon: Deutsche Geschichte 1866-1945. München 1980

Dahm, Volker: Kulturelles und geistiges Leben, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft. München 1988, S. 75-267

Degner, Wolfgang: Geschichte und Entwicklung des Sparkassenwesens, in: 1000 Jahre Levern. Beiträge zu seiner Geschichte. Minden 1969, S. 285-289

Determann, Andreas et alii: Deutsche Juden und ihr Beitrag zur deutschen Kultur. [Begleittext der gleichnamigen Ausstellung veranstaltet von der Volkshochschule Münster und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Münster 1985]

Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung, Neuanfang. Chemnitz/Leipzig 1993

Diewald-Kerkmann, Gisela: Verfolgung, Widerstand und Resistenz in Bielefeld 1933-1945, in: Diewald-Kerkmann, Gisela; Kunz, Kerstin; Knobelsdorf, Andreas: Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke durch die Justiz in Bielefeld 1933-45. Bielefeld 1992, S. 9-123

Diner, Dan (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a.M. 1988

Ditt, Karl: „Soziale Frage“, Sparkassen und Sparverhalten der Bevölkerung im Raum Bielefeld um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Conze, Werner; Engelhardt, Ulrich (Hg.): Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker. Stuttgart 1981, S. 516-538
Ehrenberg, Hans P.: Deutschland im Schmelzofen. Gewalten. Fronten. Entscheidungen. Berlin 1932

Ehrenberg, Hans P.: Autobiography of a German Pastor. London 1943

Elbogen, Ismar: Ein Jahrhundert jüdischen Lebens. Die Geschichte des neuzeitlichen Judentums. Frankfurt a. M. 1967

Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984

Erb, Rainer: Zur Erforschung der europäischen Ritualmordbeschuldigungen, in: Erb, Rainer (Hg.): Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigungen gegen Juden. Berlin 1993, S. 9-16

Ester-Hartke, Ursula (Bearb.): Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden. Rahden 1997

Fackenheim, Emil L.: Concerning authentic and unauthentic responses to the Holocaust, in: Marrus, Michael R. (Hg.): The Nazi Holocaust. Vol. 1. Perspectives on the Holocaust. London 1989, S. 68-87

Falter, Jürgen W.: Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn 1984, S. 47-59

Felden, Klemens: Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1875-1900). Diss. Heidelberg 1963

Feldman, Gerald D.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932. Göttingen 1984

Fiebig, Paul (Bearb.): Pirque 'aboth. Der Mischnatraktat „Sprüche der Väter“. Tübingen 1906

Flade, Roland: Juden in Würzburg 1918-1933. Diss. Würzburg 1985

Frankel, Jonathan: Crisis as a Factor in Modern Jewish Politics, 1840 and 1881-82, in: Reinharz, Jehuda (Hg.): Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses. Hanover & London 1987, S. 42-58

Freeden, Herbert: Die jüdische Presse im Dritten Reich. Frankfurt a.M. 1987

Freud, Sigmund: Zeitgemäßes über Krieg und Tod (1915): Die Enttäuschung des Krieges, in: Mitscherlich, Alexander; Richards, Angela; Strachey, James (Hg.): Sigmund Freud. Studienausgabe. Bd. IX. Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion. Frankfurt a.M. 1982, S. 35-48

Freund, Ismar: Die Emanzipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen. Zweiter Band. Berlin 1912

Freund, Susanne: Jüdische Bildungsgeschichte zwischen Emanzipation und Ausgrenzung. Das Beispiel der Marks-Haindorf-Stiftung in Münster (1825-1942). Paderborn 1997

Frevert, Ute (Hg.): Bürgerinnen und Bürger: Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988

- Frevert, Ute: „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne. München 1995
- Frevert, Ute: Nation, Krieg und Geschlecht im 19. Jahrhundert, in: Hettling, Manfred; Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. München 1996, S. 151-170
- Gatzen, Helmut: „... und vergib uns unsere Schuld.“ Die letzten Juden in Versmold, in: Westheider, Rolf (Hg.): 900 Jahre kirchliches Leben in Versmold. Bielefeld. 1996, S. 124-139
- Geisel, Eike; Broder, Henryk M.: Premiere und Pogrom: der Jüdische Kulturbund 1933-1942. Berlin 1992
- Geiss, Imanuel: Geschichte des Rassismus. Frankfurt a.M. 1988
- Gellately, Robert: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft 1933-1945. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945. Paderborn 1993, 2. Aufl.
- Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996
- Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938. München 1991
- Grebing, Helga; Kinner, Klaus (Hg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung. Essen 1990
- Grebing, Helga: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus. Mannheim 1993
- Greschat, M.: Protestantischer Antisemitismus in Wilhelminischer Zeit. Das Beispiel des Hofpredigers Adolf Stoecker, in: Brakelmann, G.; Rosowski, M. (Hg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie. Göttingen 1989, S. 27-51
- Guenter, Michael: Die Juden in Lippe von 1648 bis zur Emanzipation 1858. Diss. Detmold 1973
- Harsch, Donna Teresa: The response of German Social Democracy to the rise of National Socialism, 1928-1933. Yale 1987
- Harsch, Donna: Der Sklarek-Skandal 1929 und die sozialdemokratische Reaktion, in: Heid, Ludger; Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992, S. 193-213
- Haupt, Heinz-Gerhard: Rudolf Hilferding, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker. Bd. VIII. Göttingen 1982, S. 56-77
- Heckert, Uwe: 1907-1997. 90 Jahre Sozialdemokratie in Halle (Westfalen). Ein Blick zurück. Hg. v. SPD-Stadtverband Halle i.W. Bielefeld 1996
- Heckert, Uwe (Bearb.): 750 Jahre Halle/Westfalen. Stadtgeschichte rund ums Haller Herz. Ausstellungskatalog. Halle i.W. 1996
- Heid, Ludger; Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992
- Heid, Ludger: Achtzehntes Bild: „Der Ostjude“, in: Schoeps, Julius; Schlör, Joachim (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. Frankfurt a. M. 1995, S. 241-251
- Heidemeier, Ilse: Das Volkshaus bis 1933, in: Spurensuche - Das andere Herford. Stadtführung durch die Herforder Geschichte 1900 bis 1950. Hg. v. Arbeit & Leben - DGB/VHS im Kreis Herford in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Geschichte der Arbeiterbewegung“. Herford 1989, S. 7f

- Hemkemeier, Reinhard: Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929-1933. Hamburg 1987
- Henkys, Reinhard: Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht. Stuttgart. Berlin 1964
- Herzig, Arno: Judentum und Emanzipation in Westfalen. Münster 1973
- Herzig, Arno: Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Briefe. Dokumente. Presseartikel (1848-1853). Minden 1980
- Herzig, Arno: Juden und Judentum in der sozialgeschichtlichen Forschung, in: Schieder, Wolfgang; Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Bd. IV. Soziale Gruppen in der Geschichte. Göttingen 1987, S. 108-132
- Herzig, Arno: Die Problematik christlich-jüdischen Zusammenlebens in Westfalen und Lippe während des Mittelalters und in der Neuzeit, in: Rodekamp, Volker (Hg.): Jüdisches Leben - Religion und Alltag. Katalog zur kulturhistorischen Ausstellung. Bd. 2. Aspekte der Vergangenheit. Gütersloh 1988, S. 79-88
- Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.): Die Juden in Hamburg 1590-1990. Wissenschaftliche Beiträge zur Ausstellung „Vierhundert Jahre Juden in Hamburg“. Hamburg 1991
- Herzig, Arno: Die westfälischen Juden im Modernisierungsprozeß, in: Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994, S. 95-118
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt a. M. 1990, 3 Bände
- Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern 1800-1938. Magisterarbeit. Osnabrück 1992
- Hillebrand, Stefanie: Jüdische Geschichte in Levern und Umgebung 1800-1938. Espelkamp 1996
- Hochmuth, Anneliese: Eugenik, Sterilisation, Patientenmorde und die v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel 1929-1945. Bielefeld 1997
- Hoener, Erich: Die Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg von 1866 bis 1896. Ein Beitrag zur konservativen Parteiengeschichte. Diss. Bielefeld 1923
- Homburg, George: Sozialdemokratie unterm Hakenkreuz. Ostwestfalen-Lippe 1933-1945. Hamburg 1988
- Horst, Karl von der (Hg.): Die Rittersitze der Grafschaft Ravensberg und des Fürstentums Minden. Osnabrück 1970
- Hortzitz, Nicoline: „Früh-Antisemitismus“ in Deutschland (1789-1871/72): strukturelle Untersuchungen zu Wortschatz, Text und Argumentation. Tübingen 1988
- Hüffmann, Helmut: 1200 Jahre Lübbecke. Hüllhorst 1975
- Hüffmann, Helmut: Bürgergeld und Bürgeraufnahme in Lübbecke, in: Mindener Beiträge 20. An Weser und Wiehen. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Landschaft. Minden 1983
- Hüffmann, Helmut: Die St.-Andreas-Kirche in Lübbecke. Zur Geschichte der Gemeinde und des Stiftes. Lübbecke 1990
- Hüffmann, Helmut: Unterschichten und Obrigkeit. Zur sozialen Lage der städtischen und ländlichen Unterschichten im Raum Lübbecke in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Vogelsang, Reinhard; Westheider, Rolf (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998, S. 31-70
- Jäger, Wolfgang: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1984

- Jarren, Volker: Schmuggel und Schmuggelbekämpfung in den preußischen Westprovinzen 1818-1854. Paderborn 1992
- Kammeier, Heinz-Ulrich: Deutsche Amerikaauswanderung aus dem Altkreis Lübbecke in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diss. Münster 1989, 2. Aufl.
- Kammeier, Heinz-Ulrich: Der Landkreis Lübbecke und der 1. Weltkrieg. Alltagserfahrungen in einem ländlichen Raum Ostwestfalens. Rahden 1998
- Kamphoefner, Walter D.: Westfalen in der Neuen Welt. Eine Sozialgeschichte der Auswanderung im 19. Jahrhundert. Münster 1982
- Kaplan, Marion A.: Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938. Hamburg 1981
- Kaplan, Marion: Freizeit-Arbeit. Geschlechterräume im deutsch-jüdischen Bürgertum 1870-1914, in: Frevert, Ute (Hg.): Bürgerinnen und Bürger: Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988, S. 157-174
- Kaplan, Marion A.: The Making of the Jewish Middle Class. Women and German-Jewish Identity in Imperial Germany. New York/Oxford 1991
- Kirchhoff, Werner (Hg.): Die Chronik der Gemeinde Rahden 1818-1888. Espelkamp 1995
- Klee, Ernst: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt a. M. 1985
- Klee, Ernst: Was sie taten - was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt a.M. 1986
- Klein, Brigitte: Die C.V.-Zeitung der Jahrgänge 1925-1935. Zum Problem des Selbstverständnisses deutscher Juden. Diplomarbeit. Frankfurt a.M. 1969
- Kleinebenne, Hermann: „Die Weser-Linie“. Kriegsende 1945. Versuch einer zusammenfassenden Dokumentation der wesentlichen Strukturen. Stolzenau 1998
- Klumpe-Scheel, Bernd: Borgholzhausen an der Schwelle zum 18. Jahrhundert, in: Borgholzhausen historisch 1794-1994. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 41-49
- Knehans, Wilhelm: Borgholzhausen – die Honigkuchenstadt, in: Borgholzhausen historisch 1794-1994. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 103-107
- Knobelsdorf, Andreas; Minninger, Monika; Sunderbrink, Bärbel: Das Recht wurzelt im Volk. NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Bielefeld 1992
- Koch, Philipp; Meynert, Joachim: Ein Volk, ein Reich, ein Führer? Opportunismus und Widerstand proletarischer Milieus im Raum Minden 1933-1945. Bielefeld 1998
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1988, 18. Aufl.
- Krey, Ursula: Vereine in Westfalen 1840-1855. Strukturwandel, soziale Spannungen, kulturelle Entfaltung. Paderborn 1993
- Kuna, Milan: Musik an der Grenze des Lebens. Musikerinnen und Musiker aus böhmischen Ländern in NS-Konzentrationslagern. Frankfurt a.M. 1998, 2. Aufl
- Lakämper-Lührs, Heinrich; Westheider, Rolf: Treue Ravensberger und gute Preußen. Die Feiern aus Anlaß der 300jährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Ravensberg zu Brandenburg-Preußen im Amt Borgholzhausen im Jahre 1909, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 155-165

- Langbein, Hermann: Der Auschwitz-Prozeß: eine Dokumentation. Frankfurt a. M. 1995 (Nachdruck 1965), 2 Bände
- Lange, Paul: Die soziale Bewegung der kaufmännischen Angestellten. Berlin 1920
- Laqueur, Walter: Fascism: past, present, future. New York. Oxford 1996
- Lazarus, Lothar: Die Organisation der preußischen Synagogengemeinden. Diss. Göttingen 1933
- Lazarus, Max: Erinnerungen. Hg. v. Hans Chanoch Meyer. Dortmund 1967
- Lepsius, Mario Reiner: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart 1966
- Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871-1914. Bonn 1978
- Levy, Richard S.: The Downfall of the Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany. New Haven/London 1975
- Lichtblau, A.: Die Debatten über die Ritualmordbeschuldigungen im österreichischen Abgeordnetenhaus am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Erb, Rainer (Hg.): Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigungen gegen Juden. Berlin 1993, S. 267-293
- Lichtenstein, Heiner; Romberg, Otto (Hg.): Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart. Bonn 1997, 2. Aufl.
- Lindner, Erik: Philosemitismus im Krieg. Programmatik und Argumentation der Zeitschrift ‚Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus‘ 1914-1918. Magisterarbeit. Münster 1989
- Linner, Barbara: Lernen und Lehren im Ostjudentum, in: Licharz, Werner (Hg.): Lernen und Lehren im Jüdischen Lehrhaus. Arnoldshainer Texte Bd. 38. Frankfurt 1985, S. 34-49
- Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919-1923. Hamburg 1970
- Losemann, Volker: Rassenideologien und antisemitische Publizistik in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg. Basel. Wien 1997, S. 304-337
- Lowenstein, Steven M.; Mendes-Flohr, Paul; Pulzer, Peter; Richarz, Monika: Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. III. Umstrittene Integration 1871-1918. München 1997
- Löwenthal, Leo: Individuum und Terror, in: Diner, Dan (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a.M. 1988, S. 15-25
- Macha-Krau, Heidrun: Josepha Metz (1871-1941), eine Bielefelder Schriftstellerin, in: Brehmer, Ilse; Jacobi-Dittrich, Juliane (Hg.): Frauenalltag in Bielefeld. Bielefeld 1986, S. 227-253
- Mason, Tim: Intention and Explanation: A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: Hirschfeld, Gerhard; Kettenacker, Lothar (Hg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches. Stuttgart 1981, S. 23-42
- Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt a.M. 1986
- Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. Hildesheim. Zürich. New York 1993 (Nachdruck der Ausgabe Zürich/München 1949)
- Mayer, Reinhold (Bearb.): Der Talmud. München 1980, 8. Aufl.

- Mehl, Walter: Die historische Entwicklung und die sozialen Ziele des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen. Diss. Greifswald 1928
- Meiring, Kerstin: Zwischen zwei Welten: Studien zur christlich-jüdischen Mischehe in Deutschland, vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Diss. Bielefeld 1995
- Meise, Heinrich: Die Stadt Halle in Westfalen. Halle i.W. 1968
- Mendes-Flohr, Paul: The Kriegserlebnis and Jewish Consciousness, in: Benz, Wolfgang; Paucker, Arnold; Pulzer, Peter (Hg.): Jüdisches Leben in der Weimarer Republik. Tübingen 1998, S. 225-237
- Meynert, Joachim; Schäffer, Friedrich-Wilhelm: Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalsozialismus. Bielefeld 1983
- Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Judenverfolgung in Bielefeld, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 165-190
- Meynert, Joachim: Zwangsarbeit und Ghettoisierung. Zur Existenz sogenannter jüdischer „Umschulungslager“ 1939-1943 am Beispiel des Lagers Bielefeld-Schloßhofstraße, in: Meynert, Joachim; Klönne, Arno (Hg.): Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933-1945. Bielefeld 1986, S. 147-165
- Meynert, Joachim: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg 1933-1945. Münster 1988
- Meynert, Joachim; Mitschke, Gudrun: Die letzten Augenzeugen zu hören. Interviews mit antisemitisch Verfolgten aus Ostwestfalen. Bielefeld 1998
- Michaelis, Gottfried: Der Fall Vischer. Ein Kapitel des Kirchenkampfes. Bielefeld 1994
- Minninger, Monika; Meynert, Joachim; Schäffer, Friedhelm: Antisemitisch Verfolgte registriert in Bielefeld 1933-45. Eine Dokumentation jüdischer Einzelschicksale. Hg. v. Stadtarchiv Bielefeld. Bielefeld 1985
- Minninger, Monika; Stüber, Anke; Klusmann, Rita: Einwohner-Bürger-Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum, Bielefeld. Katalog. Bielefeld 1988
- Minninger, Monika: Die Verdrängung jüdischer Juristen im Landgerichtsbezirk Bielefeld, in: Herzig, Arno; Determann, Andreas; Teppe, Karl (Hg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen. Münster 1994, S. 15-28
- Minninger, Monika: Ostwestfälische Juden zwischen Emanzipation, Kulturreform und Revolution, in: Vogelsang, Reinhard; Westheider, Rolf (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998, S. 159-190
- Momberg, Rolf: Die Zigarrenmacher. Aus der Geschichte der Zigarrenindustrie im Minden-Lübbecke Land von 1830 bis zur Gegenwart. Hüllhorst 1996
- Mommsen, Wilhelm (Hg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1964, 2. Aufl.
- Mooser, Josef: Ländliche Klassengesellschaft 1770-1848. Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen. Göttingen 1984
- Moser, Hans Joachim: Musikgeschichte in hundert Lebensbildern. Stuttgart 1958
- Moser, Jonny: Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse, in: Pehle (1988), S. 118-131
- Mosse, George L.: The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich. New York 1964
- Mosse, George L. (Hg.): International Fascism: New Thoughts and new Approaches. London 1979

- Naujoks, Harry: Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten. Berlin 1989
- Near, Henry: The Kibbutz Movement. A History. Vol. I. Origins and Growth 1909-1939. Oxford 1992
- Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Frankfurt a.M. 1984
- Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Stuttgart 1973, 3. Aufl.
- Niewyk, Donald L.: Socialist, Anti-Semite, and Jew. German Social Democracy confronts the Problem of Anti-Semitism 1918-1933. Baton Rouge 1971
- Nordsiek, Marianne: Fackelzüge überall. Das Jahr 1933 in den Kreisen Minden und Lübbecke. Bielefeld 1983
- Pape, Rainer: Sancta Herfordia. Geschichte Herford von den Anfängen bis zur Gegenwart. Herford 1979
- Pätzold, Kurt; Weißbecker, Manfred: Geschichte der NSDAP 1920-1945. Köln 1998
- Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf, in: Werner E. Mosse (Hg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker: Das Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage am Ende der Weimarer Republik. Tübingen 1966, 2. Aufl., S. 405-499
- Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg 1969, 2. Aufl.
- Paucker, Arnold: The Jewish Defense against Antisemitism in Germany, 1893-1933, in: Reinharz, Jehuda (Hg.): Living with Antisemitism. Modern Jewish Responses. Hanover & London 1987, S. 104-132
- Pawlik, Johannes; Straßner, Ernst; Straßner, Fritz: Bildende Kunst. Begriffe und Reallexikon. Köln 1982, 7. Aufl.
- Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a. M. 1988
- Pohlmann, Klaus: Die Verbreitung der Handwerke unter den Juden. Zur Geschichte der jüdischen Handwerker in Lippe im 18. und 19. Jahrhundert. Detmold 1993
- Pracht, Elfi: Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867-1914. Diss. Pfaffenweiler 1990
- Pracht, Elfi: Jüdisches Kulturerbe in Nordrhein-Westfalen. Teil III: Regierungsbezirk Detmold. Köln 1998
- Presser, Jacques: Ashes in the Wind. The Destruction of Dutch Jewry. London 1968
- Prüter-Müller, Micheline; Schmidt, Peter Wilhelm A. (Hg.): Hugo Rosenthal (Josef Jashuvi): Lebenserinnerungen. Bielefeld 2000
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte in der Konservativen Partei. Bonn-Bad Godesberg 1975, 2. Aufl.
- Pulzer, Peter G.: The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria. New York. London. Sydney 1964
- Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989
- Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1996
- Ragins, Sanford: Jewish Responses to Antisemitism in Germany 1870-1914. Diss. Brandeis University. Waltham Mass./Ann Arbor, Mich. 1972

- Randt, Ursula: Zur Geschichte des jüdischen Schulwesens in Hamburg (ca. 1780-1942), in: Herzig, Arno; Rohde, Saskia (Hg.) (1991), S. 113-129
- Rasehorn, Theo: Rechtspolitik und Rechtsprechung. Ein Beitrag zur Ideologie der „Dritten Gewalt“, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Bonn 1988, 2. Aufl., S. 407-428
- Raveh, Karla: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo. Lemgo 1987, 3. Aufl.
- Reich-Ranicki, Marcel: Mein Leben. Stuttgart 2000, 11. Aufl.
- Richarz, Monika (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871. 3 Bände. Stuttgart. New York 1976-1982
- Riechmann, Wolfgang: „Vivat Amerika“. Auswanderungen aus dem Kreis Minden 1816-1933. Minden 1993
- Rieger, Paul: Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893-1918 von Landesrabbiner Dr. Rieger-Braunschweig. Berlin 1918
- Die Juden der Grafschaft Rietberg. Hg. v. Heimatverein Neuenkirchen und der Stadt Rietberg. Rietberg 1997
- Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966
- Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1992
- Rohrbacher, Stefan: Gewalt im Biedermeier: antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49). Frankfurt a.M./New York 1993
- Romer, Siegfried: Die katholische Kirche in Vermold, in: Westheider, Rolf (Hg.): 900 Jahre kirchliches Leben in Vermold. Bielefeld 1996, S. 117-123
- Rönne, Ludwig von; Simon, Heinrich: Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in den sämtlichen Landestheilen des Preußischen Staates; eine Darstellung und Revision der gesetzlichen Bestimmungen über ihre staats- und privatrechtlichen Zustände. Breslau 1843
- Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt a.M. 1988
- Rosowski, Martin: Albert Schmidt 1893-1945. Politische und pastorale Existenz in christlich-sozialer Verantwortung. Bochum 1984
- Rößler, Horst: Massenexodus: die Neue Welt des 19. Jahrhunderts, in: Bade, Klaus (Hg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München 1992, 2. Aufl., S. 148-157
- Rüter, Karin Kristin; Hampel, Christian: Schicksale 1933-1945. Die Judenpolitik in Deutschland 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung von Einzelschicksalen jüdischer Bürger der Gemeinden Minden, Petershagen, Lübbecke. Minden 1986
- Sahrhage, Norbert: Spenge 1860-1918, in: Mager, Wolfgang (Hg.): Geschichte der Stadt Spenge. Spenge 1984, S. 195-285
- Schachne, Lucie: Erziehung zum geistigen Widerstand. Frankfurt a. M. 1986
- Schacht, Detlef-Joachim; Witteborg Jörg: NS-Machtergreifung und Herrschaftsstabilisierung in Stadt und Kreis Lübbecke in den Jahren 1930-1939. PH Bielefeld 1976
- Scheffler, Wolfgang: Judenverfolgung im Dritten Reich. Berlin 1964

Schlangen, Walter (Hg.): Die deutschen Parteien im Überblick. Von den Anfängen bis heute. Düsseldorf 1979

Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘. Göttingen 1992, 2. Aufl.

Schmuhl, Hans-Walter: Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Bonn 1993, 2. Aufl., S. 182-197

Schoneweg, E. (Hg.): Minden-Ravensberg. Ein Heimatbuch. Bielefeld/Leipzig 1929

Schorsch, Ismar: Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870-1914. New York. London 1972

Schroubek, G.R.: Zur Tradierung und Diffusion einer europäischen Aberglaubensvorstellung, in: Erb, Rainer (Hg.): Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigungen gegen Juden. Berlin 1993, S. 17-24

Schwabe, Klaus: Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft. Bonn 1988, 2. Aufl., S. 95-133

Schweid, Eliezer: Wrestling until Day-Break. Searching for Meaning in the Thinking on the Holocaust. Lanham. New York. London. 1994

Segev, Tom: Die Soldaten des Bösen. Zur Geschichte der KZ-Kommandanten. Hamburg 1992

Seif, Jeffrey L. : The Evolution of a Revolution. Reflections on Ancient Christianity in its Judaistic, Hellenistic and Romanistic Expressions. Lanham 1994

Shelley, Lore (Hg.): Criminal Experiments on Human Beings in Auschwitz and War Research Laboratories. Twenty Women Prisoners' Accounts. San Francisco 1991

Shelley, Lore (Hg.): Schreiberinnen des Todes. Lebenserinnerungen internierter Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mußten. Bielefeld 1992

Shelley, Lore (Hg.): The Union Kommando in Auschwitz. The Auschwitz Munition Factory through the Eyes of its former Slave Laborers. Studies in the Shoah. Vol. XIII. Lanham. New York. London 1996

Simon, Ernst: Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand. Tübingen 1959

Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt a.M. 1997

Sorkin, David: The Transformation of German Jewry 1780-1840. New York 1987

Stern, Selma: Der preußische Staat und die Juden. 7 Bände. Tübingen 1962-1971

Stieghorst, Erika, Tausend Jahre - von "wartera" bis Werther. Eine Heimatchronik mit Berichten aus der Geschichte von Ereignissen und Menschen mit Bildern und Karten. Hg. v. Heimatverein Werther e.V. Bielefeld 1992

Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918-1933. Düsseldorf 1962

Stratmann, Gerhard: Das organisierte Feuerlöschwesen in Borgholzhausen im 19. und 20. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Stadt Borgholzhausen (Hg.): Borgholzhausen historisch 1719-1994. Borgholzhausen 1994, S. 133-146

- Strenge, Barbara: Juden im preußischen Justizdienst 1812-1918: der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation. München. New Providence. London. Paris 1996
- Tal, Uriel: Christians and Jews in Germany. Religion, Politics, and Ideology in the Second Reich, 1870-1914. Ithaka. London 1975
- Tenbrock, R.H.; Goerlitz, E.; Grütter, W. (Bearb.): Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart 1776 bis heute. Paderborn 1970
- Tenfelde, Klaus: Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945. München. Wien. 1982
- Tenfelde, Klaus: Die Geschichte der Arbeiter zwischen Strukturgeschichte und Alltagsgeschichte, in: Schieder, Wolfgang; Sellin, Volker (Hg.): Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Bd. IV. Soziale Gruppen in der Geschichte. Göttingen 1987, S. 81-107
- Tenfelde, Klaus: Historische Milieus - Erblichkeit und Konkurrenz, in: Hettling, Manfred; Nolte, Paul (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland. München 1996, S. 247-268
- Theine, Burkhard: Westfälische Landwirtschaft in der Weimarer Republik. Ökonomische Lage, Produktionsformen und Interessenpolitik. Paderborn 1991
- Thielking, Bernd-Friedrich: Die Entstehung und Frühphase der Minden-Ravensberger Zigarrenindustrie (1830-1875), in: Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.): Westfalens Wirtschaft am Beginn des „Maschinenzeitalters“. Dortmund 1988, S. 171-197
- Toury, Jacob: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar. Tübingen 1966
- Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847-1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation. Düsseldorf 1977
- Toury, Jacob: Die Judenfrage in der Entstehungsphase des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in: Heid, Ludger; Paucker, Arnold (Hg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen. Tübingen 1992, S. 215-235
- Toury, Jacob: Emanzipation und Assimilation, in: Schoeps, Julius H. (Hg.): Neues Lexikon des Judentums. Gütersloh 1992, S. 132-34
- Ullrich, Volker: Fünfzehntes Bild: „Drückeberger“. Die Judenzählung im Ersten Weltkrieg, in: Schoeps, Julius H.; Schlör, Joachim (Hg.): Antisemitismus. Vorurteile und Mythen. Frankfurt a.M. 1995, S. 210-217
- Uthe, Käthe und Horst: „Um Deine Erziehung in den historischen Gebieten zu vergrößern“. Dokumentation und Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte jüdischer Familien in Versmold. Hg. v. Heimatverein. Typoskript. Versmold. 1988
- Vinke, Wilhelm: Heimatgeschichte der Stadt Versmold und Umgebung. Bielefeld o.J. [1924]
- Vogelsang, Reinhard: Geschichte der Stadt Bielefeld. Bd. II. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Bielefeld 1988
- Vogelsang, Reinhard; Westheider, Rolf (Hg.): Eine Region im Aufbruch. Die Revolution von 1848/49 in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1998
- Volkov, Shulamit: Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland als Paradigma, in: dieselbe: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. München 1990, S. 111-130
- Volkov, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780-1918. München 1994
- Volkov, Shulamit (Hg.): Deutsche Juden und die Moderne. München 1994

- Voß, Günther: Herford Bekleidungs- und Wäscheindustrie im Wandel der Zeit. Herford 1984
- Walk, Joseph: Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich. Frankfurt a. M. 1991
- Wassermann, Henry: Jews, ‚Bürgertum‘ and ‚Bürgerliche Gesellschaft‘ in a Liberal Era (1840-1880). Abstract seiner Dissertation. Jerusalem 1979
- Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873-1890). Berlin 1927
- Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1997, 7. Aufl.
- Wehler, Hans-Ulrich: Wie ein Stachel im Fleisch, in: Schoeps, Julius H.: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hamburg 1997, 5. Aufl., S. 193-209
- Werfel, Franz: Die vierzig Tage des Musa Dagh. Frankfurt 1990 [Wien 1933]
- Westheider, Rolf: Krieg, Einheit, Denkmal. Beispiele politischer Symbolik in Minden-Ravensberg, in: Meynert, J.; Mooser, J. (Hg.): Unter Pickelhaube und Zylinder. Das östliche Westfalen im Zeitalter des Wilhelminismus 1888-1914. Bielefeld 1991, S. 487-502
- Westheider, Rolf: Versmold. Eine Stadt auf dem Weg ins 20. Jahrhundert. Bielefeld 1994
- Westheider, Rolf (Bearb.): Chronik der Land- und Stadtgemeinde Borgholzhausen [1806-1844], in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Hg. v. der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 51-98
- Westheider, Rolf: Vergessene Branchen. Eine Ausstellung zur Gewerbe-geschichte Borgholzhausens im 19. Jahrhundert, in: Borgholzhausen historisch 1719-1994. Hg. von der Stadt Borgholzhausen. Borgholzhausen 1994, S. 125-130
- Wex, Norbert: Staatliche Bürokratie und städtische Autonomie. Entstehung, Einführung und Rezeption der Revidierten Städteordnung von 1831 in Westfalen. Paderborn 1997
- Wiegel, Bert: Chronik vom Kirchspiel Wehden 1819-1879. Espelkamp 1994
- Winkler, Heinrich August: Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus - Juden als „Blitzableiter“, in: Benz, Wolfgang; Bergmann, Werner (Hg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus. Freiburg 1997, S. 341-362
- Wirsching, Andreas: Nationalsozialismus in der Region. Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Möller, Horst (Hg.): Nationalsozialismus in der Region: Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 25-46
- Wolf, Karl: Freud und Leid im Kreise Halle (Westf.). Halle i.W. 1905
- Wrede, Joseph: Die Minden-Ravensberger Zigarrenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ihrer Arbeiter. Diss. Münster 1921
- Young, James E.: Writing and Rewriting the Holocaust. Narrative and the Consequences of Interpretation. Bloomington 1990
- Zassenhaus, Dieter: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Lübbecke. Vom Spätmittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert. Lübbecke 1988
- Zimmerman, Gary J.; Wolfert, Marion: German Immigrants. Lists of Passengers Bound from Bremen to New York 1847-1854. Baltimore 1985
- Zoremba, Dieter: "Der Weg der SPD führt die Arbeiterklasse ins Verderben" - Bielefelder KPD in Auseinandersetzung mit der SPD, in: Emer, Wolfgang; Horst, Uwe; Schuler-Jung, Helga (Hg.): Provinz unterm Hakenkreuz. Diktatur und Widerstand in Ostwestfalen-Lippe. Bielefeld 1984, S. 39-45
- Zunz, Leopold: Die Vorschriften über die Eidesleistungen der Juden. Berlin 1859

Personenregister

Abel, Reisach
Abraham, Lea (Engel Hildebrand)
Abraham, Raphael
Abrahams, Jette
Abrahamson, Meyer
Abramowitsch, Bernhard
Adelsheim, Sabina
Adler, Abraham Ginzberger
Admanit, Hildegard, geb. Hurwitz
Ahlemann, Otto
Ahlwardt, Hermann
Alexander, Alex
Alexander, Emma, geb. Falk
Alexander, Jacob
Alexander, Moses
Alexander, Alexander Moses
Alexander, Siegfried
Alsbach, Jacob
Alsbach, Joseph
Alsbach, Sara
Anderson, Glen H.
Arendt, Hannah
Auerbach
Aufenanger, Johann Ludovicus
Bab, Julius
Bachmann, Heinrich
Backhaus, Julius
Baeck, Leo
Ballestrem, Graf
Ballin, Albert
Barmat, Henri
Barmat, Julius
Barmat, Salomon
Barth, Karl
Barth, Theodor
Baruch, Isidor
Baue, Bavette
Bauer, Max
Bauer, Yehuda
Baum, David
Baumann, Kurt
Becker, Dr.
Behrens, Berta
Behring, Heinrich
Bergfeld
Bergfeld, Carl
Bergfeld, Luise
Bergfeld, Nachmann
Bergfeld, Oscar
Bergmann
Bernstein, Eduard
Beyth, Hans
Bining, Freiherr von
Blase, August
Blein, Simon
Bloch, Eva
Bloch, Helmut
Bloch, Joseph
Bloebaum, Christian
Blogg, Salomon Ephraim
Blöink, Joseph
Blumenau, Salomon
Blumenfeld, Hugo
Blumenfeld, Itzig
Blumenreich, Wolf
Blumenthal, Sara
Boas
Boas, Bendix
Boas, Feibes (Ferdinand)
Boas, Julius
Boas, Aron Bendix
Boas, Bendix Aron
Boas, Prof. Dr. Franz
Boas, Rosette
Boas, Sophie, geb. Weinberg
Bock, Adolf
Bodelschwingh, Friedrich von
Boeckel, Otto

Bols, E. L.	Coblenzer, Gerson
Bolwin	Coblenzer, Paul
Bonn, Bendix	Coblenzer, Philipp
Borries, Kurt von	Cole, John T.
Bosch, Carl	Cornelius
Bottemöller, August	Cramer, Bendix
Böversen, Christian	Cramer, Jonas Bendix
Böversen, Heinz	Cramer, Louis
Braend, Wilhelm	Czernicki, von
Brauer, Erich	Dalberg
Breitscheid, Rudolf	Daltrop, Albert
Broel	Danneil, Dr. 2
Bruhns	Dannenberg, Abraham
Buber, Martin	Dannenberg, Julius
Buchholz, Johannes	Darré, Richard Walther
Buchthal	David, Meyer
Buchwitz, Otto	Davidsohn, Dr. Hans
Büdinger, Moses	Davidsohn, Ludwig
Burgheim, Simon	Davidson
Bussche-Münch, Georg von dem	Davidson, Morris B.
Büttemeier, Heinrich	Delius, Anton Daniel
Cahen, Bernhard	Delius, Anton Heinrich
Cahen, Flora	Kerkhoff
Cahen, Heinemann	Dickhöner
Cahen, Jacob	Dinter, Artur
Cahen, Jacob	Dohm, Christian Wilhelm von
Cahen, Julie	Dolle, Heinrich
Cahen, Julius	Drepper, Franz
Cahen, Luise	Dreyer, Salomon
Cahen, Max Philipp	Duve
Cahen, Meier	Eber, Louis
Cahen, Rosalie	Eber, Philipp
Cahen, Salomon	Ehrenberg, Hans Philipp
Cahen, Wilhelm	Ehrlich, Alfred
Cahn, Lion	Ehrlich, Gideon
Carlebach, Joseph	Ehrlich, Georg
Carroll, Stella	Ehrlich, Grete, geb. Cohn
Coblenz, Dr. Felix	Ehrlich, Rebecca
Coblenzer	Ehrlich, Siegfried
Coblenzer, Georg	Eichbaum, Joseph Marcus

Eichmann, Albert	Firma Gebr. Weinberg
Eichmann, Aron	Firma Gustav Loeb
Eichmann, Ascher	Firma Heinrich Brüning
Eichmann, Isaac	Firma Heinrich Schulze
Eichmann, Simon	Firma Johann Borgers
Eickhoff, Otto	Firma Joseph Mergentheim & Co.
Einstein, Albert	Firma Jörgens & Voerkel
Eisenstein	Firma Karl Goebel
Eisenstein, David	Firma Markus Löwenstein
Eisenstein, Moritz	Firma Moses B. Weinberg
Eisner, Kurt	Firma Moses E. Rosenberg
Ellerbrake, Heinrich	Firma Moses N. Rosenberg
Elsbach, Fritz	Firma Nathan Ruben
Elsbach, Käthe	Firma Philipp Coblenzer
Elson, Baruch Alge	Firma Philipp Stern
Erda	Firma Salomon Goldstein
Erdmann, Karl	Fischer, August
Etzel, von	Flinsch, H.
Eulenburg, Botho Graf von	Forckenbeck, Max von
Examen, Julie	Förster, Bernhard
Fackenheim, Emil	Förster, Paul
Falkenstein, L. 104	Franck, James
Farenkamp, Johann Hermann	Frank, Adele
Fechenbach, Felix	Frank, Alfred
Felden, Emil	Frank, Bernhard
Feldmann	Frank, Bernhard
Fink, Alfons	Frank, Elfriede
Finke, Adalbert	Frank, Else
Finke, Julius	Frank, Günther
Firma Abraham Ruben	Frank, Hans
Firma A.H. Delius	Frank, Isaak
Firma Aron Bendix Weinberg & Langer	Frank, Julius
Firma Abraham Hecht	Frank, Julius
Firma Adolf Blanke	Frank, Käthe
Firma Anton Kolck	Frank, Levy
Firma C.W. Delius	Frank, Liebmann
Firma Eduard Bergfeld	Frank, Raphael
	Frank, Richard
Firma Gebr. Alexander	Frank, Rolf
Firma Gebr. Frank	Frank, Röschen, geb. Levy

Frank, Samuel
Frank, Siegfried
Frank, Sophie
Frank, Walter
Franke, Louis
Fränkel, Maimon
Frankel, Zacharias
Frankfurter, David
Frankfurter, Vogel
Freier, Recha
Freud, Sigmund
Friedemann, Edmund
Friedheim, Moses Liebmann
Friedlaender, Emil
Friedländer, Moritz
Fritsch, Theodor
Fuchs, Eugen
Funke
Ganz
Ganz, Bendix Abraham
Ganz, Berta
Ganz, Julie
Ganz, Meyer
Ganz, Sara
Gast
Gehner, Charlotte
Geiger, Abraham
Gerlach
Gerling, Marie
Ginsberg, Clara
Ginsberg, Gertrud
Ginsberg, Ilse
Ginsberg, Iwan
Ginsberg, Joel
Ginsberg, Julius
Ginsberg, Moritz
Ginsberg, Robert
Ginsberg, Ruth
Ginsberg, Wolf
Ginsberg, Wolf

Ginsberg, Jacob
Glueck, Nelson
Gneist, Rudolph von
Goebbels, Joseph
Goldberg, Ephraim
Goldmann, Sigmund
Goldschein, Samuel
Goldschmidt, Bendix
Goldschmidt, David
Goldschmidt, Joseph
Goldschmidt, Leffmann
Goldschmidt, Michel
Goldschmidt, Minna
Goldschmidt, Nathan
Goldschmidt, Salomon
Goldschmidt, Samuel
Goldschmidt, Simon
Goldstein, Erwin
Goldstein, Hermann
Goldstein, Herz
Goldstein, Joseph
Goldstein, Kurt
Goldstein, Max
Goldstein, Max
Goldstein, Salomon
Goldstein, Samuel
Goldstein, Simon (Halle)
Goldstein, Simon (Werther)
Goldstein, Simon (Rahden)
Gollwitzer, Helmut
Göring, Hermann
Gothein, Georg
Gottschalk, Max
Gräbner, Lic.
Graefe, Albrecht von
Graetz, Heinrich
Grebing, Helga
Greve, Jesaias
Greve, Leffmann
Greve, Michael

Greve, Salomon	Hecht, Abraham
Greve, Sara	Hecht, Friederike, geb. Pins
Gruber, Prof. Dr. von	Hecht, Hedwig
Grünewald, Itzig Baruch	Hecht, Hermann
Gumbrich, Samuel	Hecht, Moses
Gustloff, Wilhelm	Hecht, Samuel
Gutmann, Levi	Heidelberg, Heinemann
Gutmann, Meyer	Heilbron, Julie
Haam, Achad	Heilbronn
Haas, Dagobert	Heilbronn, Dr. med. David
Haas, David	Heilbrunn, Bendix
Haas, Emma, geb. Gottschalk	Heimburg, Julius
Haas, Hedwig	Heine, Bendix
Haas, Hermann	Heine, Heinemann
Haas, Irma	Heine, Heinrich
Haas, Ludwig	Heine, Philipp
Haas, Richard	Heine, Therese
Haas, Sophie, geb. Bendit	Heine, Wolfgang
Haas, Theodor	Heitmann, Peter
Haase, Hugo	Held, Kurt
Haase, Otto	Hellborn, Levy
Haber, Clara	Helle zu Dielingen
Haber, Fritz	Hellen, August zur
Hahn, Otto	Hellen, Oscar zur
Hahn, Ruben	Hellmuth, Otto
Haindorf, Prof. Dr. med. Alexander	Hellwitz, Levi
Halle, Kurt	Henning, Wilhelm
Hallgarten, Charles	Henrici, Ernst
Hammer, Johannes	Hertz, Gustav
Hammerschlag, Abraham	Hervé, Gustave
Hammerschlag, Levi	Herz, Ilse, geb. Lazarus
Hammerschlag, Nias	Herz, Rudi
Hammerstein, Wilhelm von	Herzberg, Dr. med. Immanuel
Händel, Georg Friedrich	Herzberg, Emma
Harre, Dorothee	Herzberg, Ida
Hartmann	Herzfeld
Hartmann, Erich	Herzfeld, Joel
Hartog	Herzfeld, Joseph
Hauptmann, Willy	Herzfeld, Paul
Hausmann, Dr. med.	Hess, Moses

Heß, Rudolf	Hülsmeier, Heinrich
Hesse, Abraham	Hünerhoff, Walter
Hesse, Arthur	Hunke, W.
Hesse, Jacob	Hurwitz, Artur
Hesse, Jacob	Hurwitz, Feodor
Hesse, Samuel	Hurwitz, Ferdinand
Hesse, Simon	Hurwitz, Isidor
Heuer, Christoph Karl	Hurwitz, Johanna
Heuermann, Friedrich Theodor	Hurwitz, Margarete
Heydrich, Reinhard	Hurwitz, Moritz
Heydt, August von der	Hurwitz, Moses
Heymann, Albert	Hurwitz, Nathan (Levern, Lübbecke)
Hiemisch, Max	Hurwitz, Nathan (Brockhagen)
Hilferding, Dr. med. Rudolf	Hurwitz, Philipp
Hilgard, Eduard	Hurwitz, Simon
Hinkel, Hans	Hüter
Hirsch, Baron Moritz von	Immanuel, Fanny
Hirsch, Dr. Albert	Isenberg, Hans
Hirsch, Frommet	Isenberg, Josef
Hirsch, Lene 29	Isenberg, Klara
Hirsch, Lilly	Isenberg, Moritz
Hirsch, Otto	Iskraut, Karl
Hirsch, Samson Raphael 1	Jabotinsky, Vladimir
Hitler, Adolf	Jacobi, Abraham
Hoberge, Meyer zu	Jacobs, Jacob
Hochfeld und Carsoh	Jacobsberg
Hoffmann, Carl	Jacobsohn
Hoffmann, Werner	Jacobson, Israel
Hoffmann, Hedwig, geb. Haas	Jakob, Alexander
Holdheim, Samuel	Jakobsohn, David
Holländer, Dr. Ludwig	Jaruslawski, Ernst
Holle, Wilhelm	Jaurès, Jean
Holz, Karl	Jelin, Clara, geb. Oppenheim
Homann, Friedrich	Jelin, Friedrich
Hope, Leffmann	Jelin, Leopold
Hörnschemeyer	Jeremias, Julchen
Horst, Adolf von der	Jerrentrup, Franz
Horstmann, Emilie	Joseph
Horwitz, Karl	Joseph, Isaac
Horwitz, Maximilian	Josephson, Max

Kahen, Abraham	Kleist-Retzow, von
Kahn, Dr. Oscar	Kley, Dr. Eduard
Kaiser, Friedrich	Klostermann, Carl
Kaiser, Matzel	Knippenberg, Johann
Karpeles, Gustav	Kohlmann, Carl
Katsch, Kurt	Kohlmann, Frau
Katz	Kohlwes
Katz, Else	Kolkhorst
Katz, Leo	Kollhorst, Johann F.
Katz, Liesel	König, Dr. med. Adolf
Katz, Mina	Korff-Schmising, Clemens August Graf von
Katz, Rebecka	Kottenkamp
Katz, Rieke	Kovner, Abba
Katzenstein, Dr. Willy	Krakauer, Dr. Hugo
Katzenstein, Moritz	Kranefuß, Dr. med. Theodor
Katzenstein, Wolf	Krause, Waldemar (?)
Kaufmann	Kronawetter, Ferdinand
Kaufmann, Aron	Kronheim, Dr. Hans
Kaufmann, Jakob	Kunsemöller, Karl Ludwig
Kautzky, Karl	Künstler, Franz
Kemner	Kunz
Kemper, Abraham	Kunze, Richard
Kemper, Joseph	Kutschinski, Sender
Kemper, Lefmann	Kuttner, Erich
Kemper, Abraham Lefmann	Labandter, Karola
Kersten, Felix	Labandter, Willy
Ketteler, Wilhelm von	Läcke, Dr.
Kettmann	Ladebeck, Artur
Kienecker, Paul	Lafendel
Kind, Carl Ludwig Sigismund	Lampe
Kirschbaum	Landau, Dr. Anneliese
Kirschbaum, Henriette	Landau, Dr. Ludwig
Kirschbaum, Lena	Landauer, Georg
Kirschbaum, Levi	Landauer, Gustav
Kirschbaum, Max	Lange, Dr. jur. Rudolf
Kirschbaum, Moses	Langer, Wilhelm
Kirschbaum, Salomon	Lassalle, Ferdinand
Klasing, Dr. jur. August	Lazarus, Dr. jur. Lothar
Klaus, Friedrich Wilhelm	Lazarus, Ilse
Kleim, Fritz	Lazarus, Max

Lazarus, Moritz
 Lazarus, Prof. Dr. Moritz
 Ledebur, Wilhelm Freiherr von
 Leeser, Benjamin (Lübbecke, Peine)
 Leeser, Benjamin (Werther)
 Leeser, David
 Leeser, Dr. Eugen
 Leeser, Dr. med. Samuel
 Leeser, Heinemann
 Leeser, Jeannette, geb. Meyberg
 Leeser, Philipp
 Leffmann
 Leffmann, Levy
 Lehmann, Ida
 Lembke
 Leon, Hugo
 Lermontov, Michail Jurjewitsch
 Lessing, Gotthold Ephraim
 Leuß, Hans
 Levi, Aron Bendix
 Levi, Samuel
 Levison, Adolph
 Levy, Dr. med. Arnold
 Levy, Hermann
 Levy, Kurt
 Levy, Samson
 Leweke, Karl Friedrich Emil
 Ley, Robert
 Lieber, Hermann
 Liepmansohn, Elieser
 Liepmansohn, Joseph
 Lilienthal, Salomon
 Lilienthal, Samuel
 Lipinski, Richard
 Lipper
 Litzinger, Konrad
 Löbenstein, Max Marcus
 Löbenstein, Samuel
 Löbenstein, Wolf
 Loeb, Jacob
 Loges
 Löhr, Dr. med. Hanns 4
 Löw, Martha
 Löwenberg, Karl
 Löwenstein
 Löwenstein, Alex
 Löwenstein, Alfred
 Löwenstein, David
 Löwenstein, Dr. jur. Leopold
 Löwenstein, Fanny
 Löwenstein, Jacob
 Löwenstein, Julie
 Löwenstein, Carl
 Löwenstein, Leffmann
 Löwenstein, Levi Abraham
 Löwenstein, Lina
 Löwenstein, Markus
 Löwenstein, Max
 Löwenstein, Minna
 Löwenstein, Moritz
 Löwenstein, Philipp
 Löwenstein, Samuel
 Löwenstein, Willy
 Löwenstein, Wolf
 Lübking
 Lücker, Dr. med.
 Ludendorff, Erich
 Lueger, Carl
 Lümckemann, August (Kaufmann)
 Lümckemann (Rechtsanwalt)
 Lussheimer-Joseph, Emmy
 Lütgemeyer, Hanna
 Lütke-meier, Heinrich Christoph
 Maass, Abraham Seelig
 Maass, Adolf
 Maass, Alexander
 Maass, Bernhard
 Maass, Frommet
 Maass, Röschen
 Maass, Salomon

Madelung, Erwin
Mannsbacher
Mansbach
Mansbach, Itzig
Mansbach, Jakob
Mansfeld, Max
Marchenheimer, Lazarus Hirsch
Marks, Elias
Marr, Wilhelm
Martin, Grau San
Martin, Konrad
Marx, Dr. med. Hugo
Marx, Edith
Marx, Wilhelm
Mayer, Gustav
Mayer, Jesaias
Meier, Ewald
Meier, Marcus
Meier, Philipp August
Meier, Schönchen
Meierson, Lehmann Bendix
Meinberg, Wilhelm
Meiring, Ernst
Mendel, Leopold
Mendel, Levi
Mendel, Witwe
Mendelsohn, Martin
Mensing (Amtmann)
Merfeld, Jeremias
Mergentheim
Mergentheim, Conradine
Mergentheim, Levi
Mergentheimer, Lazarus
Metz, Johanne, geb. Mergentheim
Metz, Josefa
Meyer
Meyer, Abraham
Meyer, Abraham (Lübbecke)
Meyer, Abraham (Versmold)
Meyer, Dr. Alfred

Meyer, Erwin
Meyer, Fanny
Meyer, Heinemann
Meyer, Koppel
Meyer, Lene
Meyer, Magnus
Meyer, Max
Meyer, Sajon
Meyer, Sara
Meyer-Michael, Wolfgang
Meyerson, Abraham (Werther)
Meyerson, Abraham (Halle i.W.)
Meyerson, Bendix
Meyerson, Jacob
Meyerson, Joseph
Meyerson, Meier
Meyerson, Moses
Meyerson, Nathan
Meyerson, Samuel
Meyrahn
Michel
Michel, Willy
Michelsohn, Otto
Mierig, Ernst
Möller, Tilla
Mosberg, Dr. med. Bernhard
Moses, Abraham
Moses, Philipp
Müller, Albert
Müller, Hermann
Müller, Heinrich
Müller, Theodor
Münstermeyer, Abraham
Musy, Jean-Marie
Natansohn, Sara
Nathan, Hanna
Nathanson, Bendix
Nathanson, Itzig Bendix
Nathusius-Ludom, Philipp von
Natorp, Christoph

Nero	Pollack, Jeanette
Neuhaus, Samuel	Pollack, Jette
Neuhof, Adolf	Pollack, Moses Hirsch
Neustädter, Bernhard	Polly, Abraham
Neustädter, Ernst	Polly, Marcus
Neustädter, Gumpel M.	Polly, Nachmann
Neustädter, Hesekiel	Polly, Samuel
Neustädter, Joseph	Polly, Zacharias
Neustädter, Levy	Poritzky, Jacob Elias
Neustädter, M. (Pr. Oldendorf)	Posener, Joachim
Neustädter, M. (Rahden)	Prag, Isaac (Sohn)
Neustädter, Margarete	Prag, Isaac (Vater)
Neustädter, Samuel	Prag, Jette
Niedermeier, Carl Friedrich	Prager, Wolf Joseph
Niemöller, Wilhelm	Prange, Franz
Nieshöfner, Carl	Prinz, Joachim
Nissenbaum, Yitzhak	Pückler-Muskau, Hermann von
Norden, Levi	Puschkin, Alexander
Norden, Philipp	Pützer, Wilhelm
Nordsieck, August	Quarck, Max
Nordsieck, Louis	Quentin, Ludwig
Ochse-Stern, Abraham	Raab, F.
Oelze, Gustav	Raether
Oheimb, Alexander von	Ransenberg, Julius
Oppenheim, Daniel	Raphael, Moses Abraham
Oppenheim, Gerd	Raphaelson, Aron
Oppenheim, Heinz	Rathenau, Walter
Oppenheim, Hermann	Rave
Oppenheim, Hugo	Recke zu Stockhausen, Freiherr von der
Oppenheim, Ida	Regnier, Eugene A.
Oppenheimer, S.	Rehwoldt, Heinrich
Ostrop, Friedrich	Reid, John
Philippsohn, Heinz	Reineke, Gerhard
Philippson, Ludwig	Reinhaus, Regina
Pickenbach, Wilhelm	Reinköster, Amalie
Plaut, Moses	Remann
Pohlmann (Lübbecke)	Rempel, Rudolf
Pohlmann (Pr. Oldendorf)	Reventlow, Ernst Graf zu
Pollack, Henriette, geb. Mergentheim	Reventlow, Ludwig Graf zu
Pollack, Hirsch Levi	Rhee, Hannchen Lefmann

Rhee, Lefmann Isaac (Borgholzhausen)	Rosenberg, Moses Nathan
Rhee, Marcus Lefmann (Borgholzhausen)	Rosenberg, Nathan (Tuchhändler)
Rhee, Lefmann Marcus (Pr. Oldendorf, Levern)	Rosenberg, Nathan (Zigarrenarbeiter)
Rhein, Max	Rosenberg, Simon Moses
Rhein, Moses	Rosenberg, Wolf
Rheinberg, David	Rosenstock, Joseph
Rheinberg, Samuel	Rosenthal, Hugo
Richter, Eugen	Rosenthal, W.
Rickert, Heinrich	Ruben
Rieke, Wilhelm	Ruben, Abraham
Riensch	Ruben, Albert
Rintels	Ruben, Dr. Hilde, geb. Rosenberg
Rintels, Michael	Ruben, Dr. med. Louis
Rohling, August	Ruben, Henriette
Roos, Samuel	Ruben, Julius
Rose	Ruben, Marianne
Rose, Dr. Heinz	Ruben, Nathan
Rose, Meier	Ruben, Thomas
Rosé, Wolfgang	Rümker
Rosenbach, Siegmund	Ruschkewitz, Dora
Rosenbaum	Rütten, Dr.
Rosenbaum, Abraham	Sachs, Albert
Rosenbaum, Baruch	Sachs, Aron Meyer
Rosenbaum, David	Sachs, Artur
Rosenbaum, Dr. Erich	Sachs, Berta, geb. Heilbronn
Rosenbaum, Elias	Sachs, Feodor
Rosenbaum, Isaak	Sachs, Heinemann Meyer
Rosenbaum, Joseph David	Sachs, Jeremias
Rosenbaum, Kussel Levi	Sachs, Josef
Rosenbaum, Levi	Sachs, Julius
Rosenberg	Sachs, Ludwig
Rosenberg, Bernhard	Sachs, Martha
Rosenberg, Dr. med. Siegfried	Sachs, Max
Rosenberg, Elle	Sachs, Meyer Feibes
Rosenberg, Enoch	Sachs, Philipp
Rosenberg, Frömmchen	Sachs, Samuel
Rosenberg, Margarete	Sackai, Jochanan Ben
Rosenberg, Max	Salomon, Baer
Rosenberg, Moses Enoch	Salomon, Gotthold
	Samson, Samuel

Samuel, Werner
Sauer
Sauer, Abraham
Sauer, Alfred
Sauer, Moses
Sauer, Simon
Schäfer, Dr. med.
Schäfer, Walter
Schalk, Christian
Schall
Schemmel, Wilhelm zu Wüsten
Scherr, Johann
Schiermeyer
Schifrin, Alexander
Schildesheim, Abraham
Schildesheim, Blümchen
Schildesheim, Meyer
Schlieffen, Alfred von
Schlüter, Wilhelm
Schmidt, Albert
Schmidt, Robert
Schoenbaum, Abraham
Schoeps, Bernhard
Schoeps, Dr.
Scholem, Gershom
Schöneberg, Meta, geb. Weinberg
Schöneberg, Paul
Schöneberg, Therese (Resi)
Schönthal, Laura, geb. Ehrlich
Schönthal, Siegmund
Schorlemer-Alst
Schreck, Carl
Schreyer
Schröder, Gustav
Schultzen
Schumann, Bruno
Schutz, Emanuel
Schwarz, Boris
Schwarz, Joseph
Schwarze, Friedrich Wilhelm
Schwarzmeier
Schwerz, Johann Nepomuk von
Seelig
Segall, Jacob
Senger
Severing, Carl
Sieckendieck, W.
Silberberg, Alfred
Silberberg, B.
Silberberg, Lefmann
Silberberg, Meier
Silberschmidt, Bela
Simon, Ernst
Simon, Friederike
Simon, Moritz Alexander
Simons
Singer, Dr. med. Kurt
Sklarek, Leo
Sklarek, Max
Sklarek, Willy
Sonnenberg, Max Liebermann von
Sonnenschein, A.
Sonnenstein, Selig
Sorge, Gustav
Spanier
Specht, Franz
Spengemann
Spiegel 25
Spiegel, Heinemann
Spiegel, Hugo
Spiegel, Julius
Spiegel, Kurt
Spiegel, Levi
Spiegel, Martha
Spiegel, Nathan
Spiegel, Paul
Spiegel, Rosa
Spiegel, Ruth
Spiegel, Sigmund
Spier, Arthur

Sprenger
 Stahl, Julius
 Stegelmann
 Stein, General Hermann von
 Stein, Heinemann
 Stein, Jacob
 Stein, Louis
 Steinbach, Heinrich
 Steinberg
 Steinberg, Else
 Steinberg, Eugen
 Steinberg, Kurt
 Steinberg, Nathan
 Steinberg, Nathan Moses
 Steinberg, Pauline
 Steinberg, Salomon
 Steinfeld
 Steinfeld, Abraham
 Steinfeld, Alfred
 Steinfeld, Alma 4
 Steinfeld, Bernhard (Vorfahre)
 Steinfeld, Bernhard (Nachfahre)
 Steinfeld, Feidel Joseph
 Steinfeld, Julie
 Steinfeld, Selma
 Stender, Heinrich
 Stern
 Stern, Alexander
 Stern, Amalie, geb. Bendix
 Stern, Bertha, geb. Dalberg
 Stern, Feidel
 Stern, Gella Amalie
 Stern, Herbert
 Stern, Herz
 Stern, Lene
 Stern, Meyer
 Stern, Philipp
 Stern, Raphael
 Stern, Robert
 Stern, Victor
 Sternberg, Benjamin
 Sternberg, Jacob
 Sternberg, Nathan
 Stiefel, Benjamin
 Stiften, von
 Stoecker, Adolf
 Strasser, Gregor
 Strathmann, Johann
 Strauß, Dr. med. Abraham
 Strauß, Joseph
 Strauß, Moses
 Streicher, Julius
 Stresemann, Gustav
 Streuber, Friedrich
 Strubberg, Hermann
 Sutro, Abraham
 Sutro, Baruch
 Szold, Henrietta
 Taube, Michael
 Terwort, Dr.
 Tiemann
 Trauthan, Conrad
 Treitschke, Heinrich von
 Varenkamp
 Varnhagen, Mathias
 Vespasian
 Vielhaben
 Vincke, Ludwig von
 Vogel, Hermann
 Vogel, Hirsch
 Vogel, Levi
 Vogel, Rudolf
 Vogel, Sara
 Vogel, Simon
 Vogelstein, Dr. Heinemann
 Vorreuter, Salomon
 Waack, Abraham
 Wagner, Josef
 Wahnschaffe, Arnold
 Waidner

Waldthausen, Ludwig
 Wallach
 Wallach, Moses
 Walter, Auguste
 Warburg, Max
 Warneck, Dr. med. Gustav
 Watermann, Friedrich
 Weidenbaum, Alfred
 Weidenbaum, Louis
 Weihe
 Weil, Dr. med.
 Weinberg
 Weinberg, Abraham
 Weinberg, Abraham Bendix
 Weinberg, Alexander Bendix
 Weinberg, Alfred (Werther)
 Weinberg, Alfred (Bockhorst)
 Weinberg, Aaron
 Weinberg, Aaron Abraham
 Weinberg, Aron Bendix
 Weinberg, Bendix
 Weinberg, Bendix Abraham
 Weinberg, Bendix Aron
 Weinberg, Bernd
 Weinberg, Caspar A.
 Weinberg, Daniel Bendix
 Weinberg, Dr. jur. Max
 Weinberg, Dr. jur. Moritz
 Weinberg, Elfriede, geb. Auerbach
 Weinberg, Elfriede, geb. Sternberg
 Weinberg, Elisabeth, gen. Elsa, geb. Weinberg
 Weinberg, Grete, geb. Sternberg
 Weinberg, Hanna
 Weinberg, Herbert
 Weinberg, Jakob
 Weinberg, Johanna
 Weinberg, Jordan Bendix
 Weinberg, Joseph
 Weinberg, Julie
 Weinberg, Julius
 Weinberg, Kurt-Wilhelm
 Weinberg, Levi (Halle i.W.)
 Weinberg, Levi (Versmold)
 Weinberg, Max (Borgholzhausen)
 Weinberg, Meier
 Weinberg, Meta
 Weinberg, Meyer
 Weinberg, Moses
 Weinberg, Moses Bendix
 Weinberg, Nanny, geb. Merfeld
 Weinberg, Philip Meyer
 Weinberg, Röschen
 Weinberg, Samuel Aron
 Weinberg, Selig (Halle i.W.)
 Weinberg, Selig (Versmold)
 Weinberg, Siegfried
 Weinberg, Simson Aron
 Weinberg, Vögelchen
 Weinberg, Walter
 Weingarten
 Weingarten, Baruch
 Weiß, Levi
 Weiß, Moses
 Weißenbruch, Max
 Wellmann, Hans
 Wels, Otto
 Wendt, Heinrich Gottfried
 Werner, Ludwig
 Werthauer, Selig
 Westheim
 Westphal, Wilhelm
 Wiegmann
 Wiegmann, Chr.
 Wilamowska, Doris
 Wilhelm II. von Preußen
 Wilhelm IV. von Preußen
 Willikens, Werner
 Wilmanns
 Wilson, Thomas Woodrow
 Windmüller

Windmüller, M.
Windmüller, Julie
Wirth, Joseph
Wissbrunn
Wissbrunn, Albert
Wissbrunn, David
Wissbrunn, Edwin
Wissbrunn, Heinemann
Wissbrunn, Herz
Wissbrunn, Markus
Wissbrunn, Moses
Wissbrunn, Regine
Wissbrunn, Richard
Wissbrunn, Salomon
Wissel, Rudolf
Witter, Adolf

Wohlwill, Immanuel
Wolf, Abraham
Wolf, Benjamin
Wolfers, Dr. med. Philipp
Wolff
Wolff, Adolf
Wolff, Anni
Wolff, Dr. jur. Leo
Wolrab
Wrba, Max
Wrisberg, von
Wulle, Reinhold
Ysenburg und Büdingen-Philippseich, Georg
Graf zu
Zimmermann, Oswald

Ortsregister

Ahlem	Detmold
Ahlen	Dielingen
Alswede	Dissen
Altenbeken	Dondangen (Dundanga)
Augustowo	Mittelbau-Dora
Auschwitz	Einbeck
Autry	Elben
Baltimore	Engershausen
Barmen	Erwitte
Baumbach	Espelkamp
Beckum	Essen
Benkhausen	Fiestel
Bergen-Belsen	Flossenbürg
Berlin	Fuhlsbüttel
Beverloo	Fulda
Biala	Gehlenbeck
Bielefeld	Genf
Bilbao	Georgsmarienhütte
Blomberg	Gleicherwiesen
Bockhorst	Gronau
Borgholzhausen	Großendorf
Börninghausen	Großglogau
Bösingfelde	Groß-Rosen
Bremen	Güstrow
Bremerhaven	Gütersloh
Brilon	Haldem
Brockhagen	Halle i.W.
Brüssel	Hamburg
Buchenwald	Hannover
Buenos Aires	Harsewinkel
Buer	Havanna
Bünde	Heiden
Cadiz	Heiligenkirchen
Chicago	Herford
Cincinnati	
Cloppenburg	Herne
Coesfeld	Herrlingen
Dachau	Herzfeld
Dahlem	Hesselteich

Hirzenstein	Meinberg
Hoek van Holland	Melle
Holzhausen	Merzbach
Horn	Metz
Hörste	Milaslawe
Höxter	Minden
Hüllhorst	Minderheide
Isenheim	Minsk
Kaiserwald	Mönchengladbach
Kerpen	Montreal
Kersdorf	München
Kirjat Bialik	Münster
Kleineibstadt	Naharia
Kleinendorf	Neuenkirchen
Köln	New York
Köln-Ehrenfeld	Oberbauerschaft
Kornik	Obernhofe (Obbornhofen)
Kovno	Oelde
Kuba	Oerlinghausen
Künsebeck	Oestinghausen
Lamberg	Ossendorf
Leiberg	Ottweiler
Leipzig	Padberg
Lemförde	Peckeloh
Lenta	Peckelsheim
Levern	Petach Tikvah
Libau	Pfaffenwiesbach
Lichtenau	Philadelphia
Lipperode	Pless
Löhne	Prag
Loxten	Preußisch Oldendorf
Lübbecke	Randers
Luzern	Ravensbrück
Mailand	Rehmsdorf
Malchin	Reims
Malchow	Rettenberg
Maly Trostinec	Rheda
Manau	Rietberg
Manchester	Riga
Marsberg	Rodges (Kibbutz)

Rodges-Gehringshof (Hachscharah-Zentrum)	Teroneren
Rothenfelde, Bad	Theresienstadt
Rotterdam	Tonnenheide
Salaspils	Trier
Salvendi	Tröglitz
Schelfen	Varenholz
Schildesche	Varl
Schönlanke	Verdun
Secherwelle	Versmold
Sendenhorst	Wagenfeld
Sevilla	Warburg
Skirotava	Warendorf
Sobibor	Wehdem
Southampton	Wehe
Spenge	Wellingholzhausen
Steinhagen	Welze
Ströhen	Werther
Stutthof	Wien
Südlohn	Wuppertal (-Elberfeld)
Sudwalde	Würzburg
Sulzdorf	Yavneh
Telgte	

